

**AUS KIRCHE UND WELT**

**Festschrift  
zum 80. Geburtstag von Hanfried Müller**

published by

Brigitte Tiede  
Druckerei Well  
D-10367 Berlin  
Josef-Orlopp-Straße 5

ISBN 3-00-018328-0

Februar / 2006

# AUS KIRCHE UND WELT

## Festschrift zum 80. Geburtstag von Hanfried Müller

herausgegeben von Dieter Kraft

zum 4. November 2005

limitierte Auflage - Berlin 2006



## Inhaltsverzeichnis

Dieter Kraft	Vorwort des Herausgebers	9
	<b>§ 1 Gruß und Dank</b>	<b>11</b>
Egon Krenz	Professor Hanfried Müller zum 80. Geburtstag	12
Wolfgang Clausner	Zum 80. Geburtstag von Hanfried Müller	14
Moritz Mebel	In Dankbarkeit herzlichst	17
Gerke Pachali	In diesem Sinn bitte weitermachen!	17
Fritz Teppich	Von gestrigen und künftigen Gipfeln	18
Peter Gingold	Außerordentlich hilfreich	18
Brigitte Müller	In meinem „Schatzkästchen“	19
Ingeborg Böttcher	Sehr erfreut und auch ein bißchen stolz	20
Gerhard Winter	Soeben habe ich nachgezählt	22
Erich Hahn	Hanfried Müller und Georg Lukács. Ein Grußwort	28
Klaus Eichner	Daß das noch viele Jahre möglich sein wird	31
Peter Bäß	Glück und Segen	31
	<b>§ 2 Jubiläumsgrüße aus Suhl und Erfurt</b>	<b>33</b>
Renate Müller	„Evangelischen Dogmatik im Überblick“	34
Jochen Peters	Eine Danksagung	36
Christian Heinrich	Irrungen und Wirrungen	37
Gertrud Bauer	Ein unentbehrlicher Ratgeber und Begleiter	38
Ilse Dörffel	So machen mir die Beiträge Mut	38
Anneliese Weisleder	Kraft für meine politische Arbeit	39
Hans-Christoph Linke	Mit Respekt und Freude	40
Hannelore Heinrich	Unsere Exemplare kursieren laufend	40
	<b>§ 3 Weißenseer Blätter</b>	<b>43</b>
Gisela Steineckert	Ja, ich las die Weißenseer Blätter	44
Klaus Steiniger	Der „RotFuchs“-Pate	49
Eva Ruppert	Christlicher Sozialismus? Eine persönliche Reminiszenz	51
Wolfram Triller	Wider die babylonische Verwirrung	55
Horst Jäckel	Spurensucher-Gemeinschaft	59
	<b>§ 4 Theologische Fakultät und Sektion Theologie</b>	<b>61</b>
Christian Stappenbeck	H.H. - der gänzlich Uneitle. Mit einem Anhang	62
Berndt Winkler	Prof. Hanfried Müller zum 80. Geburtstag	72

Andreas Pangritz	„Die ‚Wende‘ machte alle weiteren Überlegungen überflüssig.“	75
Joachim Rohde	Habent sua fata libelli	89
<b>§ 5 Predigt und Auslegung</b>		93
Dieter Frielinghaus	Im Bunde. Predigt über 5. Mose 7, 6-13	94
Constanze Kraft	Predigt über Offenbarung 4	98
Hartmut Drewes	Mittagsgebet im Bremer St. Petri-Dom am 3. Mai 2005	101
Renate Schönfeld	Predigt über Exodus 1, 6-22	103
Rudolf Weckerling	Gesegnet werden und Segnen	106
Ton Veerkamp	Das Scheitern des Messianismus und unser Scheitern. Eine Auslegung des Prologs des Johannes-evangeliums	108
<b>§ 6 Zur Theologie- und Kirchengeschichte</b>		133
Hans Heinz Holz	Der dialektische Ursprung der Theologie aus der Apologetik	134
Dirk Kutting	Paul Schempp zur Möglichkeit und Unmöglichkeit religiöser Bildung	153
Ulrich Schneider	Evangelische Christen zwischen Kollaboration und antifaschistischem Widerstand	161
Hans Prolingheuer	Neues zur „Judenfrage“ im „sog. Betheler Bekenntnis“ von 1933	175
Horsta Krum	Jean Lasserre: Erinnerungen an Dietrich Bonhoeffer	187
Kurt Lüthi	Erinnerungen an Karl Barth	191
Hubert Mohr	Toleranz im Katholizismus	194
<b>§ 7 Geschichte und Geschichten</b>		203
Ulrich Krum	Die Geschichte von der Brücke	204
Herbert Vetter	Das Kriegsende, wie ich es als Zwölfjähriger erlebte	206
Monika Kauf	Ein wahrhafter Partisan	210
Gert Wendelborn	Krieg und westdeutsche Nachkriegsgesellschaft im Werk von Heinrich Böll	211
<b>§ 8 Imperialismus und „Dritte Welt“</b>		237
Ulrich Huar	Marx, Engels und die „Dritte Welt“	238
Carl-Jürgen Kaltenborn	Vitzliputzli oder die Erfindung Amerikas	254
Inge Viett	Auszüge aus „Morengas Erben“	265

Matin Baraki	Theorie und Praxis der nationaldemokratischen Revolution am Beispiel Afghanistans	284
	<b>§ 9 Friedensbewegung</b>	311
Friedrich-Martin Balzer	Prison is not a bad place for observing human nature. Aus den Gefängnisbriefen von Klaus Fuchs und Emil Fuchs (1950-1959)	312
Klaus Ehrler †	Was in einem Anti-Barbarismus-Programm nicht fehlen sollte. Erinnerung an vergessene und ungenutzte Chancen	327
Wolfgang Richter	Ein neuer Faschismus?	333
	<b>§ 10 Nach der Konterrevolution</b>	341
Manfred Sohn	Über den historischen Optimismus	342
Peter Franz	Zur „Kirchenfeindlichkeit“ der DDR	348
Günther Lange	Heute noch überzeugender als schon vor 15 Jahren!	351
	<b>§ 11 Klassenkampf</b>	357
Armin Stolper	Unsterbliche Opfer	358
Robert Steigerwald	1955 - 2005: Über 50 Jahre Wirkens von KPD und DKP	361
Hans Kölsch	Das Kräfteverhältnis im Kampf der Arbeiterklasse	368
Kurt Gossweiler	Gegen die Verfälschung der sozialistischen Freiheitsidee (1954)	386
	<b>§ 12 Marxismus und Sozialismus</b>	403
Herbert Münchow	Die Aktualität von Marx in den heutigen Debatten um sozialistische Programmatik	404
Ingo Wagner	Das Bild vom Sozialismus heute und der Programmentwurf der DKP	419
Lisl Rizy / Hellmut Fellner	Für die Kommunistische Initiative	437
	<b>§ 13 Recht und Gerechtigkeit</b>	441
Wolf-Dieter Gudopp-v.Behm	Notizen zu einem Vers von Solon	442
Erich Buchholz	Rechtsfragen des Potsdamer Abkommens zur Überwindung des Faschismus	449

Friedrich Wolff	Die Krise des Rechtsstaats - Ausdruck der Krise des Kapitalismus	480
	<b>§ 14 Politische Philosophie</b>	495
Eike Kopf	Die Welt erkennen und uns verstehen und der Wahrheit dienen mit ganzer Kraft! Oder: Die werdende Realität erkennen und mitgestalten!	496
Werner Wittenberger	Friedrich von Hardenberg (Novalis) als frische Quelle auf dem Wege zum marxistischen Denken	511
	<b>§ 15 Nach Redaktionsschluß</b>	539
Dick Boer	Über die Gemeinde	540
Hans Bauer	Ich möchte ehrlich bekennen	549
Matthias Kreck	Paul Kirhhofs Steuermodell - eine große wissenschaftliche Leistung?	550
Gerhard Feldbauer	Epochenwechsel in vorsozialistischer Zeit. Streiflichter zu Gestalten und Ereignissen	553
Margot Honecker	Gerne reihe ich mich ein	571



**Dieter Kraft**

## **Vorwort des Herausgebers**

Gewöhnlich läßt sich bei Herausgebern das Maß an Pflichten und Rechten nicht adäquat miteinander verrechnen. Eine Festschrift zum 80. Geburtstag von Hanfried Müller hebt aber bereits die Prämissen einer solchen Verrechnung auf; denn das Recht, im Vorwort dieser Festschrift als erster gratulieren zu dürfen, läßt den Gedanken an irgendwelche Pflichten gar nicht erst aufkommen, wiewohl der Herausgeber seinem theologischen und politischen Lehrer auf vielfältige und mehr noch in grundsätzlicher Weise verpflichtet ist. Ohne Hanfried Müller wäre es an der Theologischen Sektion der Berliner Humboldt-Universität kaum denkbar gewesen, in die Sukzession wahrhaft evangelisch-reformatorischer Theologie gestellt werden zu können und gleichzeitig - und ganz gewiß damit auch „irgendwie“ im Zusammenhang - politische Erkenntnisse und Überzeugungen gewinnen zu dürfen, deren dialektische Verbindlichkeit zu eindeutigen gesellschaftlichen Optionen führen mußte.

Als Hegel an die Berliner Universität kam, gab es Proteste von Studenten, die seinem schwäbischen Dialekt nicht folgen konnten. Als Müller auf einen Lehrstuhl berufen wurde, intervenierten gleich ganze Parteien, weil er mit seiner genuinen Dialektik nicht mehr nur interpretierte, sondern auf Veränderung insistierte. Dabei hatte er seine Maßstäbe stets so hoch aufgelegt, daß jedermann aufrechten Ganges unter ihnen hätte hindurchgehen können. Wer diese Anstrengung nicht scheute, der durfte sich glücklich schätzen, einen Lehrer und Kollegen zu gewinnen, dem die akademischen Würden einer Professur nichts, die konfessorische Profession eines Theologen hingegen alles bedeutet.

Hanfried Müller ist aus der Geschichte der DDR und ihrer evangelischen Kirchen nicht wegzudenken, zumal nicht mit seiner nachhaltigen Zuverlässigkeit, sich in Kirche und Gesellschaft niemals adaptieren zu lassen und ganz selbstverständlich eine Minderheit zu repräsentieren, wenn die Mehrheit abwegig wird. Unter kirchlichen Funktionären gewinnt man mit einer solchen Aufrichtigkeit ebenso wenig Freunde wie unter politischen. Wohl aber gewinnt man in Kirche und Gesellschaft Vertrauen bei all jenen, die unter diesen Abwegigkeiten gleichermaßen leiden.

Als Hanfried Müller vor 23 Jahren die „Weißenseer Blätter“ herausgab, gehörte er zu den ganz wenigen, die in den Abwegen sozialistischer Politik die Gefahr einer konterrevolutionären Entwicklung erkannten. Als 7 Jahre später die Konterrevolution den europäischen Sozialismus liquidierte, gehörte er zu der Minderheit, die in dieser „Wende“ eine weltgeschichtliche Katastrophe sahen und ihr bis zuletzt Widerstand entgegensetzten. Und er war zunächst fast der einzige, der in dieser Katastrophe nicht nur gegen den neuen und alten Opportunismus, sondern auch gegen Resignation und Entmutigung ankämpfte.

In der hier vorliegenden Festschrift haben sich Autorinnen und Autoren zusammengefunden, die ihm für sein einzigartiges Wirken danken möchten. Der Vielfalt der von ihnen behandelten Themen korrespondiert die Vielschichtigkeit an Beziehungen, in denen sie Hanfried Müller theologisch, politisch und auch biographisch verbunden sind.

Ganz sicher hätte es sich auch Peter Hacks nicht nehmen lassen, Hanfried Müller dafür zu danken, daß er „vermöge seiner Zeitschrift ‚Weißenseer Blätter‘ die Kenntnis der Marxschen Theorie über die gedankenlose, die schreckliche Zeit der Konterrevolution hinweg“ gerettet hat - auch wenn der Hacks nicht hätte verstehen können, daß des Müllers „Weißenseer Blätter“ eigentlich nur eine Fortsetzung der „Evangelischen Dogmatik im Überblick“ mit anderen Mitteln sind, jedenfalls in dem Sinne, den Hanfried Müller bei Dietrich Bonhoeffer unter dem programmatischen Titel „Von der Kirche zur Welt“ aufzudecken mußte.

Es ist also durchaus stringent, wenn die Festschrift den Titel trägt „Aus Kirche und Welt“; und es ist im Gefälle der Müllerschen Bonhoeffer-Interpretation auch nur konsequent, daß nun die Beiträge „aus der Welt“ überwiegen.

Hanfried Müller besteht aus gutem Grunde unbedingt - und kategorisch wie kein anderer evangelischer Theologe - auf der prinzipiellen Trennung von Theologie und Politik, von christlicher Glaubenserkenntnis und wissenschaftlicher Weltanschauung. Und wahrscheinlich wird er auch die Apostrophierung der „Weißenseer Blätter“ als Fortsetzung seiner „Dogmatik“ nicht unwidersprochen hinnehmen.

Daß aber diese ihm gewidmete Festschrift äußere Ähnlichkeiten mit Müllers „Dogmatik“ aufweist<sup>1</sup> und zudem noch in eben jener Druckerei gefertigt wurde, die seit Jahren auch die „Weißenseer Blätter“ betreut, läßt sich vielleicht doch nur unter Hinweis darauf erklären, daß sich halt jeder Inhalt seine Form sucht. Und diesem Grundsatz kann nun nicht einmal Hanfried Müller widersprechen, nachdem seine Schüler ihn bei ihm nicht nur gelernt, sondern in Müllers theologischer und politischer Existenz geradezu verifiziert gefunden haben.

Zu dieser beziehungsvollen Eigentümlichkeit gehört ganz sicher auch, daß in dieser Festschrift der umfänglichste Beitrag zur Theologiegeschichte ausgerechnet von einem marxistischen Philosophen stammt und daß an der Stelle sonst üblicher „Bischofsworte“ der Gruß eines sozialistischen Staatsratsvorsitzenden a.D. steht - und der Dank des Westberliner Pfarrers neben dem des DDR-Obersts der Aufklärung.

So ist die Festschrift auch in dieser Hinsicht ein Unikat. Und gerade als ein solches widerspiegelt sie eine Wirkungsgeschichte, die in der deutschen Kirchengeschichte einzigartig ist.

Von Karl Marx ist zu lernen, daß man versteinerte Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringt, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt. An Hanfried Müller ist zu erleben, daß sich neue Verhältnisse nur bilden, wenn die Reinheit und Klarheit des eigenen Cantus Firmus unter keinen Umständen preisgegeben wird.

Dafür danken ihm viele - aus Kirche und Welt.

---

<sup>1</sup> Die Hanfried Müller überreichte Festschrift ist im Layout identisch mit seiner „Dogmatik im Überblick“. Um den Selbstkostenpreis möglichst niedrig zu halten, wurde für den Druck der vorliegenden Ausgabe ein schlichter Paperback-Einband gewählt.

## **§ 1 Gruß und Dank**

## Egon Krenz

### Professor Hanfried Müller zum 80. Geburtstag

Sehr geehrter Herr Professor Müller,

zu Ihrem 80. Geburtstag gratuliere ich Ihnen von Herzen.

Was kann ein marxistischer Atheist, ein Kommunist, wie ich, Ihnen, einem gläubigen Christen mit dialektischer Denkweise aus der Schule von Karl Marx, zu Ihrem Jubiläum sagen?

Zunächst danke! Danke dafür, daß Sie seit Jahrzehnten vorleben, daß Christentum und Sozialismus nicht Gegensätze sind. Ihr Leben ist vielmehr ein Zeugnis des vertrauensvollen Miteinanders von Marxisten und Christen in der DDR. Vor diesem Gruß an Sie habe ich einige Ihrer Weggefährten und Ihrer Studenten befragt, was Sie an Ihnen besonders schätzen? Die Antwort war: „Wir haben bei Professor Müller denken gelernt.“ Kann es für einen Hochschullehrer ein höheres Lob geben?

Wenn ich die „Weißenseer Blätter“ vor mir sehe, dann fällt ins Auge, daß zu Ihrer Denkschule auch gehört, die Geschichte der DDR objektiv in ihrer dialektischen Einheit von Siegen und Niederlagen, Höhen und Tiefen, Erfolgen und Mißerfolgen in die Bewegung einer welthistorischen Epoche einzuordnen. War die Gründung der DDR ein Wendepunkt in der Geschichte Europas, so ist es mit anderen Vorzeichen auch ihr Untergang. Dafür spricht allein schon die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland nach dem Untergang der DDR die Lehre des 2. Weltkrieges aufgegeben hat, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Was uns beide - den Christen und den Atheisten - trotz weltanschaulicher Unterschiede verbindet, ist die Erfahrung: Mit der DDR hatten wir ein Vaterland des Friedens, das diesen Namen verdient.

Als Theologe und Hochschullehrer hatten Sie in der DDR eine unverwechselbare Identität, die vielleicht nicht immer und nicht von allen meinen Genossen verstanden und angemessen gewürdigt wurde. Daß sich ein evangelischer Theologe so unmißverständlich, so kompromißlos und unerschrocken für den Sozialismus einsetzte, hat in der deutschen Geschichte wenig Tradition. Statt dessen wollten manche DDR-Schwerter zu Pflugscharen schmieden, die nun bundesrepublikanische Kriegsbeteiligung befürworten. Einige machten sich mit „Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden“ auf den Weg zum Grabe von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Inzwischen haben sie Karl und Rosas Ideale längst vergessen und liefern auf Bestellung zeit- und themengerecht MfS-Dossiers. Vorgeblich christliche Ethik machte hier einen Kniefall vor der herrschenden Politik.

Sie, lieber Herr Professor, sind so beneidenswert anders. Sie werfen Ihren christlichen Gerechtigkeitssinn nicht in die Opferschale neuer politischer Räson. Sie haben sich Ihre Ideale auch in der Niederlage bewahrt. Ihnen dafür meinen aufrichtigen Respekt!

Ich erinnere mich, daß die „Weißenseer Blätter“ schon frühzeitig vor den Gefahren warnten, die auf die DDR lauerten. Einige Ihrer damaligen Kritiker haben inzwischen ihre Gesinnung für ein bißchen Macht oder ein bißchen weniger Verfolgung verhökert.

Um so größer ist meine Hochachtung für Sie, einen Mann, der schon in jungen Jahren aus der alten Bundesrepublik in die DDR übersiedelte und auch nach 1989/90 an seinem Ideal festhält, daß der Sozialismus eine des Menschen würdige und für die Menschheit notwendige Alternative ist.

Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute, vor allem aber Gesundheit, Gesundheit und nochmals Gesundheit! Das ist nicht alles, aber die Grundlage dafür, daß Sie noch viele Jahre aktiv sein und erfolgreich für die „Weißenseer Blätter“ wirken können.

Mit herzlichen Grüßen von der Ostseeküste  
und besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen  
verbleibe ich

Ihr Egon Krenz

## Wolfgang Clausner

### Zum 80. Geburtstag von Hanfried Müller

Ziemlich skeptisch begegnete ich damals jenem Zufall, der mich mit den „Weißenseer Blättern“ - und so auch mit Hanfried Müller - zusammenführte.

Ein freundlicher Wohnungsnachbar, aktives (und grundehrliches) PDS-Mitglied, brachte mir eines Tages eines dieser gelbgewandeten Hefte. Da ich jedoch seiner Partei wegen der Mitwirkung ihrer reformistischen Manager im Geschichtsverfälschungszirkel des Pfarrers Eppelmann - etikettiert als „Enquete-Kommission“ - den Rücken gekehrt hatte, schien mir gewisse Vorsicht geboten gegenüber Drucksachen, die via K-L-Haus verteilt wurden.

Zusätzlichen Anlaß zu solcher Zurückhaltung las ich dann aus dem Untertitel der „Weißenseer Blätter“ heraus: Eine Publikation, von einer kirchlichen Bruderschaft herausgegeben, hielt ich für kaum kompetent, um sich außer „Zu Fragen aus Theologie und Kirche“ auch zu solchen der Gesellschaft fundiert, und das hieß für mich marxistisch, äußern zu können.

Doch Neugier siegte schließlich über Vorbehalte; ich begann das Heft durchzublätern - und las mich unversehens fest.

Da waren nicht bloß neue Töne, die ich vernahm. Da kam bessere Einsicht auf mich zu, die zur Aufgabe von schematischem Vorurteil zwang.

Ich entdeckte Gleichgesinnte in Menschen, wo ich sie vordem weder vermutet, geschweige denn gesucht hätte.

Das erwies sich als beträchtlicher politischer wie menschlicher Gewinn.

Denn damals, in dieser wirren Zeit Anfang der neunziger Jahre, waren auf für mich höchst unerwartete Weise schlagartig Leute verschwunden, die mir bislang als Anleiter und Beaufsichtiger sowohl zur Seite wie über dem Kopf gestanden und sich - so einer von ihnen in schlichter Bescheidenheit - als „Generalstab der Berufsrevolutionäre“ empfunden hatten.

Nun aber und im Handumdrehen hatte sich dessen Personal mehrheitlich selbst privatisiert und in Sphären zurückgezogen, in denen man aufs Kämpfen vorsichtshalber verzichtet.

Dafür traten jetzt Menschen in mein Blickfeld, die ich zu Zeiten der DDR nicht entdeckt - oder schlicht: übersehen - hatte. Und wohl auch übersehen sollte nach dem Willen jener meiner führenden Genossen, die Problembenennung so scheuten, wie das dem Teufel hinsichtlich des Weihwassers nachgesagt wird.

So entging mir, beispielsweise, der Dichter Peter Hacks.

Und ebenso der streitbare Theologe und marxistische Wissenschaftler Hanfried Müller, spiritus rector der „Weißenseer Blätter“. (Sowie - das sei als mir unerlässlich scheinende Ergänzung hinzugefügt - seine wissenschaftliche Partnerin von Rang und Ehefrau, Rosemarie Müller-Streisand, ohne die mir Hanfried Müller schwerlich vorstellbar ist.)

Dafür, daß „der Funke“ von den WBl und ihren Schöpfern sogleich zu mir überspringen konnte, gab es - aus meiner Sicht - insbesondere drei Gründe.

Der erste: Dieses Blatt bezog ganz entschieden antifaschistische Position.

Der zweite: In den „Weißenseern“ wurde eindringlich vor jener fatalen Entwicklung gewarnt, die aus einer dringend notwendigen antikapitalistischen Partei ein systemkompatibles politisches Leichtgewicht machen, die PDS zum „sozialdemokratischen Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ degradieren würde. Diese Sorge teilte auch ich.

Und drittens, aber nicht an letzter Stelle: Angesichts des hysterischen Verfolgungswahns, mit dem die bundesdeutschen „Sieger“ und ihre Kollaborateure alles begeiferten und verurteilten, was zur DDR gehörte, erwies sich diese Publikation als kämpferischer, wenn auch keineswegs unkritischer Anwalt des ersten sozialistischen deutschen Staates.

Seit März 1995 zunächst nur - wenn auch in wachsendem Maße interessierter - Leser der WBl, entschloß ich mich schließlich, in dieser Publikation direkt teilzunehmen an „den Kämpfen unserer Zeit“.

Auftakt dafür war ein Leserbrief, den ich zu einem Artikel Hanfried Müllers schrieb, der in Heft 5/1996 erschienen war. In diesem setzte sich der Autor mit einem Pamphlet „nationalkommunistischer Irrlehren“ auseinander, das ein durch den Untergang unseres Staates offenkundig politisch Entwurzelter verfaßt hatte und mit dem er rechten, sprich neofaschistischen „Lösungen“ als Ausweg das Wort redete.

Mich faszinierte, daß Hanfried Müller seine Gegenargumente nicht als jenes „Schattenboxen“ vortrug, wie es vordem mehr als einmal von meiner „Parteiobrigkeit“ praktiziert worden war, indem diese zwar ihre Polemik vorbrachte, zugleich jedoch tunlichst vermied, jene Auffassungen konkret zu benennen, gegen die sie anzugehen bezweckte. So mußten selbst plausible Argumente oft ins Leere laufen.

Hanfried Müller hingegen fehlte es nicht am Mut, seinen Gegenpart erst einmal selbst zu Wort kommen zu lassen. Er druckte unverkürzt den Wortlaut von dessen Pamphlet, um dann diese Thesen als „neofaschistische, nationalistische und soziale Demagogie“ zu entlarven und wirkungsvoll zu widerlegen.

Bei aller Schärfe seiner Argumente war zugleich unverkennbar, daß es ihm nicht um Widerlegen des bloßen Rechtbehaltens wegen ging. Hier rang ein entschiedener Antifaschist um einen Menschen, der verloren zu gehen drohte. Hanfried Müller verdeutlichte das, indem er in jenem Artikel seine Beweggründe nannte. Er schrieb, daß „wir nicht das Gespräch mit solchen verweigern, die in der imperialistischen Misere, in die nun auch die DDR geraten ist, verzweifelt nach Auswegen suchen und sich dabei verlaufen ... Mit den Verführern zu reden ist sinnlos, aber die von ihnen Verführten müssen wir warnen, erst recht, wenn sie bereits die Sprache der Verführer sprechen.“ Worte, vor 10 Jahren geschrieben - und heute noch von nicht minder brennender Aktualität!

Nicht weniger drängend geblieben auch die von ihm damals artikulierte Warnung und Forderung: Daß nämlich, um in Deutschland eine neuerliche Entwicklung hin zu Faschismus unmöglich zu machen, eine wirkliche politische Alternativkraft unverzichtbar sei - dies in Gestalt einer nicht nur dem Namen nach sozialistischen, kommunistischen Partei.

Ich wüßte kaum eine Ausgabe der „Weißenseer Blätter“ zu nennen, wo diesem Grunderfordernis nicht Ausdruck gegeben worden wäre. Es hat deshalb an Warnungen vor den Folgen einer Sozialdemokratisierung der PDS nicht gefehlt, und als eindringlichster, argumentationsstärkster Mahner erwies sich dabei eben Hanfried Müller.

Die seitdem systematisch vollzogene politische Selbst-Kastration dieser Partei hat - durch das leider negative Resultat - seine Warnungen vollauf bestätigt. Inzwischen nehmen die Parteiputschisten von 1989 mit ihrem Wortführer Gysi schon ziemlich schamlos Kurs auf eine ihnen in absehbarer Zeit möglich erscheinende „Rückkehr in den Schoß von Mutter SPD“.

Der DDR-Thematik widmete Hanfried Müller besondere Aufmerksamkeit. In den von ihm dazu verfaßten Beiträgen untersuchte und bewertete er mannigfaltige gesellschaftliche Bereiche des Staates, der für Leute wie mich identisch war und ist mit eigener Lebensleistung - das im Positiven wie im Negativen. Wann immer er dazu das Wort ergriff, wurde der Leser bereichert durch tiefgründige Analyse, sachliche Bewertung und zugleich - ohne dem Versuch einer Verklärung zu erliegen - leidenschaftliche Parteinahme für die DDR.

Ich habe, seit sie erschienen, Hanfried Müllers Rückschau auf 40 Jahre DDR, 50 Jahre nach der Befreiung (Heft 2/1995) wiederholt und immer wieder mit Gewinn gelesen. Und ich wüßte nicht zu sagen, wo ich sonst in solcher Dichte und vergleichbarer Prägnanz einen solchen historischen Exkurs gefunden hätte.

Diese wie andere Arbeiten Hanfried Müllers zeichnen sich nicht allein durch ihr hohes wissenschaftliches Niveau aus. Sie besitzen zugleich große menschliche Ausstrahlungskraft: Sie ermutigen Menschen, die durch den Verlust der DDR in Lethargie oder Depressionen zu fallen drohten, den Kopf wieder zu heben und neuerlich teilzunehmen am Kampf um eine bessere Welt, deren einer Vorläufer die DDR gewesen ist.

Der Jubilar selbst lebt dieses Weiterkämpfen eindrucksvoll vor. Acht Jahrzehnte - und mit welcher Geschichtsfracht beladene! - vermochten ihn nicht zu ermüden. Meine Gratulation verbindet sich deshalb mit diesem Wunsch: Möge von der Kraft, die Hanfried Müller mit den „Weißenseer Blättern“ vielen Gleichgesinnten oder Suchenden vermittelt, so viel zurückfließen an ihn, daß er noch lange weiterkämpfen kann.

Das ganz in dem Sinne, wie es auf einer schlichten Postkarte hieß, die mich - etliche Jahre nach der sogenannten „Wende“ - erreichte: *„Immerhin hat diese böse Zeit das Gute, die sich vor 1989 nicht kannten, sich nun in einer so erfreulichen Kampfgemeinschaft befinden.“*

Rosemarie Müller-Streisand, Hanfried Müllers Frau, schrieb mir das seinerzeit. Zu dieser Kampfgemeinschaft zu gehören, gibt mir ein Gefühl von Vertrautheit, wie es eigentlich nur durch persönliches Kennenlernen und unmittelbare, alltägliche Zusammenarbeit wachsen kann. Doch obwohl es uns bislang - trotz von beiden Seiten oft geäußertem Wunsch - noch nicht gelang, einander zu begegnen: Hanfried Müller, Wissenschaftler von Rang, kämpferischer Marxist und glänzender Publizist ist mir sowohl Vorbild wie auf eine Weise nahe, wie sie durch Gemeinsamkeit entsteht, die sich in schwerer Zeit bewährte.



## Moritz Mebel

### In Dankbarkeit herzlichst

Sehr geehrter Herr Hanfried Müller,  
hochgeehrter Jubilar!

Wir sind uns noch nicht persönlich begegnet, leider. Trotzdem erlaube ich mir, Ihnen ganz herzlich zum 80. Geburtstag zu gratulieren. Sie sind mir durch die Weißenseer Blätter bekannt geworden, durch Ihre Beiträge und Anmerkungen. Konsequenter treten Sie gegen Meuchelei, Lügenpropaganda, Militarismus und Rassenhaß auf. Sie stehen auf der Seite der gesellschaftlich Benachteiligten. Prinzipientreue, Charakterfestigkeit und Konsensbereitschaft zeichnen Sie aus. Opportunismus ist Ihnen fremd. Als bekennender Christ, für den das Evangelium kein Lippenbekenntnis ist, sind Sie bereit „die freie Entscheidung des Einzelnen, auf ein religiöses Bekenntnis zu verzichten“ zu tolerieren. Mit Respekt begegne ich als Kommunist Ihren nie geleugneten positiven Einstellungen zu den sozialen und humanistischen Errungenschaften in der DDR. Menschlichkeit ist für Sie ein hohes Gut. Sie haben die Zivilcourage aufgebracht die Schuldigen am Versagen der Menschlichkeit zu benennen. Das kostet viel Kraft, fordert Lebensmut und Bereitschaft immer aufs Neue für seine Ideale einzutreten.

Mögen Ihnen, hochgeehrter Herr Jubilar, noch viele Jahre in Gesundheit, Schaffenskraft und Glück beschert sein.

## Gerke Pachali

### In diesem Sinn bitte weitermachen!

Immer wieder habe ich mich in den letzten Jahren gefragt: Lohnt es sich für mich, die WBl weiter zu beziehen? Hat der Sozialismus verloren? Muß ich die vielen Nachhutgefechte der Theoretiker lesen?

Andererseits: Die „Weißenseer“ haben ja einmal als *kirchliche* Bruderschaft begonnen. Gibt es da jetzt so wenig, vorüber die WBl kritisch berichten können? Von der heutigen „Kirche im Kapitalismus“ sind vermutlich viele Christen enttäuscht. Für sie alle brauchen wir die Zeitschrift. (Die Berichte über die Berlin-Brandenburger Synoden gehörten einst zu den Sternstunden des kritischen Kirchenjournalismus!)

Also: In diesem Sinn bitte weitermachen!

## **Fritz Teppich**

### **Von gestrigen und künftigen Gipfeln**

Erinnerung an den Höhepunkt der westberliner Friedensbewegung der 80er Jahre. Wichtiger Motor war die weiter lebendige Friedenskoordination. Zu ihr gehörte das weitverbreitete evangelische Nachrichtenblatt „Kirche Aktuell“. In dessen Redaktion war ich, Moderator der Friko, mit dabei. So lernte ich die theoriestrotzenden „Weißenseer Blätter“ kennen. Damit auch dessen fabelhafte, uns mit erleuchtende Wegweiser, Hanfried Müller und dessen eheliches Gleichgewicht.

Geschichte entwickelt sich in Wellen, mal oben, dann leider wieder mal unten. Potent verbreitete Verwirrung zeigt Wirkung. Es ist schwer, aus dem Versumpften hochzukommen. Um so wichtiger einmal mehr die von Jubilar Hanfried Müller und Pendant verbreiteten Sichten.

Drum alles Allerbeste dem Jubilar und seiner Frau! In unserem Alter ist ein Rest Gesundheit das Allerwichtigste und dazu das Wissen, Anstöße zu wirklichem Vorwärtskommen gegeben zu haben.

In diesem Sinne: Herzliche Umarmung und noch lange weiter so!

## **Peter Gingold**

### **Außerordentlich hilfreich**

Lieber, lieber Hanfried Müller,

es ist für mich ein großes Bedürfnis, Dich mit meinen Glückwünschen zu Deinem 80. Geburtstag wissen zu lassen, wie brennend ich immer wieder auf die nächste Nummer der Weißenseer Blätter warte und wie begierig ich Deine so kritischen Bemerkungen buchstäblich verschlinge. Sie sind mir außerordentlich hilfreich im Zurechtfinden in den so komplizierten Problemen der aktuellen Politik wie in historischer Einschätzung.

Mögest Du uns mit den Weißensee Blättern noch lange, lange in bester Gesundheit erhalten bleiben.

Mit ganz herzlichen Grüßen

Peter Gingold

## **Brigitte Müller**

### **In meinem „Schatzkästchen“**

Lieber Herr Professor Müller,

Geburtstage nimmt man gern zum Anlaß, dem Jubilar etwas Nettes zu sagen, obwohl ich bei Ihnen und Ihrer verehrten Frau Rosemarie viel öfter das Bedürfnis habe, spätestens dann, wenn Ihre Weißenseer Blätter eintreffen.

Und was lese ich zuerst? Ihre Eingangsworte, denn diese führen mich zu „meinen“ Schwerpunktthemen.

Kurz und gut, das ganze Heft wird nicht nur lose durchgeblättert, sondern wiederholt zur Hand genommen, dieser und jener Artikel nochmals überdacht. Für mich gehört das Heft zur Meinungsbildung, hilft es mir häufig, den Kerngedanken so zu interpretieren, daß ich mich in meinen Gedanken bestätigt finde, oft den eigenen Irrtum erkenne und ihn korrigieren kann oder aber in einen Widerspruch gerate, den ich dann gern diskutieren würde, mir jedoch leider nicht die Zeit dazu nehme.

Auch wenn Sie es nicht erwarten werden, die Beiträge zu theologischen und kirchlichen Themen interessieren mich sehr und sind für mich erlesenes Wissen.

Allein der bemerkenswerte Sprachstil Ihrer Texte, lieber Hanfried Müller, ist so wohlthuend, daß es beim Lesen oder Zuhören Freude bereitet. Das ist kein laxes und verlottertes Dahingeschreibsel, das die bürgerlichen Medien offensichtlich täglich betreiben, weil der „gemeine“ Leser/Hörer/Zuschauer sich gar nicht mühen muß/soll, einen Text zu erfassen.

Nein, bei Ihnen, lieber Professor Müller, sind generell das geschriebene wie das gesprochene Wort einfach mit Ihrem guten Namen verbunden.

Da unsere Vorfahren Jäger und Sammler waren, sind diese Relikte noch heute bei den Menschen anzutreffen. Auf jeden Fall gehöre ich zu den Sammlern. Ich sammle Menschen, Personen, die ich mag, von denen ich lernen kann. Die kommen in mein „Schatzkästchen“. Dort befinden Sie sich, lieber Professor, mit Ihrer Gattin schon seit 15 Jahren.

Nicht nur zu Ihrem Ehrentag, sondern generell Ihnen nur Gutes wünschend,

Ihre Brigitte Müller

## Ingeborg Böttcher

### Sehr erfreut und auch ein bißchen stolz

Lieber Hanfried Müller!

Sehr erfreut und auch ein bißchen stolz, zu der Festschrift zu Ihrem Geburtstagsjubiläum etwas beisteuern zu dürfen, habe ich mich lange schwer getan, angemessene Formulierungen zu finden für den weltanschaulichen, geistigen und politisch-ideologischen Gewinn, den Ihre Initiativen - in Verbindung mit den gemeinsamen Bemühungen des WAK und schließlich der Herausgabe von mehr als mindestens 100 Heften WBl in rund 25 Jahren - bedeuteten und bedeuten: Botschaften und Informationen aus zahlreichen Problemkreisen, die Menschen in tiefster Resignation und Verwirrung zum positiven streitbaren Denken ermutigten, Einsichten in Zusammenhänge von Philosophie und Religion, besonders des Christentums erweckten, die zuvor lange Zeit, durch engstirnige Falschauslegung eines Marx-Wortes, z.B. Christen und Marxisten trennten.

Wichtige weltanschauliche Themen aus Philosophie wie Religion für Ratsuchende, so also auch für mich, fanden ihren Weg in Herzen und Hirne vieler Menschen und gaben erste Anstöße neu motivierten tiefen Durchdenkens der Theorie des historischen und dialektischen Materialismus als Bindeglied zwischen beiden sowie tieferes Verständnis der Probleme des Klassenkampfes als Antagonismus und seiner Auswirkungen zu allen Zeiten der Geschichte menschlicher Gesellschaft.

Seit Anfang 1995 bin ich engagierte Leserin und Genießerin der Weißenseer Blätter. Sie brachten für mich wissenschaftlich fundierte Denkanstöße, die halfen, mit der gegen Ende des vorigen Jahrhunderts einsetzenden zerstörerisch und unkorrigierbar erscheinenden Katastrophe streitbar und qualifiziert zurechtzukommen und aus dem tiefen schwarzen Loch der *Wende* heraushelfende Botschaften und das Gefühl neuer solidarischer und tieferer Übereinstimmung zu finden.

Kenntnis davon hatte ich durch eine unserer Töchter erhalten, die seit dieser Zeit in Berlin als Geschichtslehrerin tätig ist, und ich bemühte mich sofort darum, motiviert durch eine Erinnerung aus meiner Studienzeit an der Humboldt-Universität, wo unter uns Arbeiter- und Bauernstudenten die *Mär* umging, daß an der theologischen Fakultät die besten Marxisten zu finden seien.

Mein erstes Heft war die Nummer 3/95 mit: *Verantwortung der Christen in der DDR*, darin über *das Darmstädter Bruderratswort*, das mir mittels *Ihrer* Interpretation erstmalig half, aus meinem inneren Konflikt zwischen Marxismus und anerzogener ev. Konfession, incl. dem Neuen Testament, herauszukommen. Das führte sogar zu meinem ersten Versuch einer Mitarbeit. Die Auseinandersetzung mit der Geschichtsbetrachtung von Heiner Karuscheit *Über das Scheitern des deutschen Kommunismus*, WBl 3+4/96, und ein Extrakt von Hanfried Müller, WBl 3/97, hat mich seither zum schriftlichen Mittun im linken Blätterwald ermuntert, was mir sehr gut tut. Danke für diese Lektion, welche mich gleichzeitig lehrte, wie intensiv und verantwortungsbewußt Sie, Hanfried, mit jedem Sie erreichenden Text (und das müssen inzwischen Tausende gewesen sein) umge-

hen, welche hohe Wertschätzung Sie auch dem Geringsten unter Ihren Korrespondenten widmen und welche *Wahnsinnsarbeit* Sie in den rund 25 Jahren selbst und im Kreise Ihrer Mitstreiter in der Familie, im WAK und der technischen Realisierung geleistet haben müssen.

Nach der unsäglichen Schmach der Zerschlagung unserer sozialistischen Welt brachten die *Blätter*, neben politisch ideologischem Aufwind, für mich persönlich neue erlösende Gedankengänge aus dem Zwiespalt zwischen marxistischer Weltanschauung und von der Kindheit her streng protestantischer Erziehung. Mein Mann und ich hatten uns 1950 an der Berliner ABF kennen gelernt; wir kamen beide aus einfachsten Verhältnissen, waren beide evangelisch getauft und konfirmiert, aber als überzeugte Erbauer des Sozialismus, der Kirche ferner gerückt, ließen wir uns weder kirchlich trauen noch unsere Kinder taufen. Mein Mann war da noch härter gesotten als ich, die ich mich einfach anpaßte, die Kirche aber schweigend *im Dorfe* lieb. (Wir zahlten ja damals keine Steuern, sondern *spendeten*, das taten meine Mutter und ich heimlich.)

Mit der *Wende* war für uns eine Welt untergegangen, unsere fünf Kinder erwachsen, ich zahlte *wieder Kirchensteuer*, mein Mann, *auch* aus Kummer über die erlittene Schmach des Unterganges, nun begraben. Ich verließ im Januar 1991 die SED, aber meine Kirche erst 2001, nachdem ich mit mir völlig ins Reine gekommen war, nicht zuletzt mit Hilfe des Heftes 3/95/ der *Weißenseer Blätter*, mein erstes *Blatt*, das mir half, mich zu bestimmten Erkenntnissen durchzuringen, den Mut nicht zu verlieren, weiter zu kämpfen und mir selbst und meinen/unseren Prinzipien treu zu bleiben.

Die Konfessionen haben heute wieder Unterstützung durch den Staat, und sie haben sich natürlich nach wie vor auf diesen eingepegelt. Ich selbst jedoch - sowohl als Christin unter den Eindrücken der Erziehung der Kindheit bemüht, eine Jüngerin Jesus-Christi zu bleiben, als auch als Kommunistin - halte es für richtiger, nach eigener Maxime zu leben, unbedingt zu tun, was menschlich, aber keineswegs immer leicht ist durchzustehen. Weder Mensch noch Tier bleibt, wenn in Not, an meiner Tür außen vor.

All meine Gedanken sind vorrangig schon lange bei Ihnen, den *Blättern* und dem Arbeitskreis. Zur Zeit habe ich fast vierzig Hefte, eine unermeßliche Fundgrube für Herz, Hirn und Seele. Hier lebt das *Wort* und der positive Gedanke, *die Dialektik der Natur* und damit die *Weisheit*. Immer wieder, wenn ich hinein schaue, bleibe ich irgendwo nachdenklich hängen, weil mir das meiste immer wieder ganz neu und nachdenkenswert erscheint.

Meine persönliche Sorge gilt sehr stark diesem Werk, je mehr, desto seltener die *Blätter* erscheinen. Deshalb übermittle ich Ihnen und all Ihren Mitstreitern und Helfern, daß Sie es noch lange bei bestmöglicher Gesundheit als Nestor und der führende und leitende Kopf mit einem jungen und agilen Team weiterführen können, neuen Zuspruch und interessante Autoren zur Verfügung haben und den Zusammenkünften des Arbeitskreises wie bisher, leitend und streitbar im Verein mit Frau Rosemarie, beiwohnen können.

Herzlichst  
Ihre Ingeborg Böttcher

## Gerhardt Winter

### Soeben habe ich nachgezählt.

Lieber Hanfried Müller,

soeben habe ich nachgezählt. Bald werden es 30 Jahre sein, seit ich mit Ihnen das erste Gespräch führen durfte. Indessen ist etliches an Meinungs-austausch hinzugekommen, mündlich und schriftlich. Gesagt werden muß: Sie waren Gebender, ich überwiegend Nehmender. So soll Ihr 80. Anlaß sein, Ihnen ein herzliches Dankeschön zu sagen.

Man mag solchen Gedankenaustausch getrost „Dialog“ nennen, bloß: ist es ein christlich-marxistischer oder ein marxistisch-marxistischer? Der christlich-marxistische Dialog hat manchmal auch solche Schwierigkeit: Der Marxist, der Christ ist, muß ja den Dialogpartner zunächst in sich selbst suchen und finden, den Dialog in einen Monolog verwandeln, d.h. aufheben. Dennoch bleibt m.E. der christlich-marxistische Dialog aktuell, weil eben die meisten Christen bis heute und in absehbarer Zukunft keine Marxisten sind und sein werden, sondern - nein ich denke gar nicht daran, den Terminus „Atheisten“ zu verwenden -, sondern, um ein mündlich von Ihnen auf mich überkommenes Wort zu übernehmen, „ganz Weltkinder“.

Daß Christen Marxisten sind, davon konnte Marx nichts ahnen. Wenn nun heutzutage solche Marxisten, die ganz Weltkinder sind, immerzu wiederholen, was Marx oder Lenin zum christlichen Glauben und den Glaubenden schrieben, und dabei stehen bleiben, dann hören sie auf, Marxisten zu sein. Ihnen brauchte ich das keineswegs zu schreiben.

Aber mir wurde von „Marxisten“ ein dogmatischer Marxismus der ewigen Wahrheiten entgegengehalten, bis hin zu erheblichem Ärger. Paradox formuliert: Der Theologe kann näher bei Marx sein als der marxistische Atheist.

Dennoch bleibt zwischen Ihnen und mir ein nicht aufgehobener bzw. nicht aufhebbarer theoretischer Gegensatz bestehen, der des Verständnisses von „Religion“. Sie äußerten einmal in einem Gespräch, daß Ihres Erachtens das Treffendste zur Religion von Engels im „Anti-Dühring“ (MEW 20/294 f.) geschrieben wurde. Ohne das näher ausführen zu wollen, halte ich doch zu bemerken für angebracht, daß Marx' Ausführungen in „Zur Kritik der hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ (MEW 1/378 ff.) mir mehr zusa-gen. Bei Engels ist im Unterschied zum jungen Marx nicht die Rede von Religion als „Protestation“, „Gemüt“, „Geist“, „Opium des Volkes“. Und weil Letzteres gar zu oft von Marxtöttern bis hin zu Sozialisten auch noch verfälscht in „Opium für das Volk“ wiedergegeben wird, ohne überhaupt den Unterschied zu Marx zu bemerken, geschweige denn darüber nachzudenken, deshalb möchte ich diesen kurzen Satz nicht in Vergessenheit geraten lassen. Ich habe den Eindruck, daß zu viele Leute - von Blüm bis Ramelow - den Marx gar nicht gelesen haben, sondern bloß nachplappern, was andere ihnen vorgesagt haben.

Wie dem auch sei - mir gibt jedenfalls jedes Gespräch mit Ihnen, jede Publikation aus Ihrer Feder Stoff zum Nachdenken und zur Meinungsbildung, sind Teil und Rohstoff neuer Erkenntnis. Als „Weltkind“ wäre ich nach Karl Barth, wenn ich ihn recht verstanden habe, von Gott benachteiligt. Ich selbst bin meinen maßgeblichen Erziehern für die rein weltliche Prägung dankbar. So wichtig Glaube oder Unglaube für das Individuum auch sein mögen, für das politische, moralische etc. Verhalten der Menschen zueinander ist mir die „Gretchenfrage“ nebensächlich, Proselytenmacherei ist mir genauso fremd wie Ihnen.

Nun folgt daraus, daß Glaubender sein oder Nichtglaubender sein für die Mitgliedschaft in einer sozialistischen (kommunistischen) Partei keine Rolle spielen darf, sondern nur die Haltung zum Parteiprogramm.

Das schließt die Zurückweisung aller Spielarten des politischen Klerikalismus ein. Eine m.E. heute noch gültige Haltung hinsichtlich der Pastoren und akademischen Theologen nahm die KPD-Führung bei der Behandlung des Aufnahmeantrags von Pfarrer Erwin Eckert anno 1930 ein. Die SED hat dann aber nicht bei der KPD, sondern bei der KPdSU gelernt.

Schon lange stimme ich Ihnen zu, „daß Christen marxistisch denken dürfen und daß Marxisten an Jesus Christus glauben dürfen“, wie ich in einem Brief von Ihnen lesen konnte. Längere Zeit war ratsam, mit manchem Ergebnis eines Lernprozesses hinter dem Berg zu halten. Philosophie als Aufklärung hat eben immer ihre Schwierigkeiten.

Zu meiner (verspäteten) Einsicht trugen Sie jedenfalls ein gerüttelt Maß bei. Danke dafür!

Dennoch erfreut mich noch immer, daß Sie niemals die SED „mit einem Aufnahmeantrag belästigt“ (H.M.) haben. Wären Sie SED-Mitglied geworden, dann hätten die Weißenseer Blätter in der vorliegenden Qualität niemals das Licht der Welt erblicken dürfen. Die Parteizensur hätte das mit Sicherheit zu verhindern gewußt. Welch ein Glück, daß Manfred Müller parteilos blieb! En passant: Schließlich waren Marx und Engels auch niemals Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Darum konnte Engels ohne Umstände erklären: „...keine Partei in irgendeinem Land kann mich zum Schweigen verurteilen, wenn ich zu reden entschlossen bin.“ (F. Engels, Brief an Bebel - 1./2. Mai 1891, MEW 38/94).

Ein drittes Dankeschön muß ich Ihnen vermelden, nämlich dafür, daß Sie als guter Sozialist/Kommunist ganz rasch nach dem Sieg der Konterrevolution in der DDR, nach der Niederlage des europäischen Sozialismus im Kalten Krieg mit dem Weltimperialismus der Suche nach den Ursachen dieses Debakels in den Weißenseer Blättern Raum boten und selbst klug mitredeten. Da konnte nicht ausbleiben, daß auch die Frage nach den Ursachen für die Kraftlosigkeit der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien einschließlich der KPdSU angeschnitten wurde.

Als die Kontras zum Angriff bliesen, stand - ich beziehe mich jetzt nur auf die DDR - die SED da wie eine Kuh wenn's donnert: ratlos, führungslos, fassungslos, erschrocken bis ins Mark, behaftet mit Illusionen aller Art, völlig sprachlos die Parteiführung. Da kann man viel reden über die Unvermeidlichkeit der Niederlage in dieser Situation. Es ging ja nicht um Waffengebrauch, sondern ausschließlich um politischen Kampf, um

Demonstrationen, Kundgebungen, Aufmärsche, Appelle; die Revolutionäre mußten wieder sichtbar und hörbar werden. Eine Niederlage im Kampf ist weniger schlimm als eine Niederlage, ohne Widerstand zu leisten, wegen der langfristigen demoralisierenden Wirkung solcher Kapitulation.

Soweit noch einzelne Parteiorganisationen halbwegs intakt waren, konzentrierten sie sich darauf, den erstarrten Parteiapparat, d.h. die Führung der Partei auseinander zu treiben. Soweit ich beobachten konnte, sahen die Genossen nach dieser getanen Arbeit entweder ihre Aufgabe als erledigt an oder waren ohne Orientierung für die nächsten Schritte. Auch der sozialistischen Wissenschaft waren die Zähne gezogen worden, sie stand weithin auf dem Abstellgleis, wo sie Kraft vergeudete mit Überlegungen über angebliche Friedensfähigkeit des Imperialismus, Dialog mit der sozialdemokratischen Führung, friedliche Koexistenz ohne Klassenkampf u.a.m. Ihr oblag noch die Erläuterung der Parteibeschlüsse, die zudeckten, statt die tatsächliche Lage zu analysieren und Wege aus der drohenden bzw. schon ausgebrochenen gesamtgesellschaftlichen Krise offenzulegen.

Seit dem Sieg der Konterrevolution in der DDR sind schon 15 Jahre vergangen. Ich denke, es wird Zeit aus der Geschichte der SED und der DDR die nötigen Lehren zu ziehen für die Formierung einer zeitgemäßen sozialistischen Partei und für die Bestimmung des strategischen Ziels dieser Partei. Die Aufgabe drängt, weil für eine längere Strecke die Weichen gestellt werden. Die Debatte darüber, was aus der politischen Linken werden soll, ist in vollem Gange, und ich würde mich freuen, wenn die Weißenseer Blätter dabei auch fürderhin mitmischen wollten, wie immer sachkundig, prinzipienfest, tolerant.

Ich weiß, es ist sicher gemein, einem Jubilar in „reiferer Jugend“ Wohlergehen zu wünschen und ihm im gleichen Atemzug zur Arbeit aufzurufen. Aber wahrscheinlich ist sinnvolle Arbeit für Menschen Ihrer Couleur, verehrter Hanfried Müller, ein notwendiges Lebensmittel, so daß ich kein schlechtes Gewissen haben muß. Also provoziere ich weiter.

Nicht zu akzeptieren vermag ich, daß auf Lenins Entwurf einer Partei neuen Typus uneingeschränkt beharrt werden müsse. In Lenins Konzeption steckt m.E. eine Menge Zeit- und Ortsgebundenes, das kritisch befragt werden sollte. Liegt es vielleicht mit an dem blinden Beharren auf Lenins Überlegungen, daß die SED Wahrhaftigkeit und Demokratie mehr und mehr verabschiedet? Dagegen brachte sie den Massen der Werktätigen zunehmend Mißtrauen entgegen, je schwieriger und komplizierter die politische und ökonomische Lage des Landes wurde. Auch die Masse der Parteimitglieder wurde regelrecht in die Ecke gestellt. Auf diese Weise aber werden gesellschaftliche Krisen genährt und vertieft.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Klasse wurde in den 80er Jahren zur dringenden Aufgabe, die ungelöst blieb. M.E. kam es und kommt es darauf an, sich auf manches zu besinnen, was in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung lange Zeit selbstverständlich war, später aber leichtfertig vergessen wurde. Was Engels für sich persönlich in einem Brief geltend machte, muß generell für jede sozialistische (kommuni-



nistische) Partei in Kraft sein: „Soweit ich Vertrauen besitze bei den Arbeitern, beruht dies auf der Voraussetzung, daß ich ihnen unter allen Umständen die Wahrheit sage, und nur die Wahrheit.“ (F. Engels, Brief an Martignetti - 13. Januar 1890, MEW 37/343). Die SED handelte anders, und nicht nur ich betätigte mich als Apologet, zog herauf, herab und quer und krum... (Faust I).

Dereinst fragte mich ein in leitender Stellung befindlicher Ökonomieprofessor, ob er seine Studenten belügen solle oder ihnen sagen, daß die Regierung der DDR lügt. Ich konnte ihm nur raten, sein Fachgebiet zu wechseln, was natürlich eine Unmöglichkeit darstellte. Das Dilemma war bedrückend.

Nur wenige Erfahrungstatsachen sollen noch genannt werden, die von dem oft genannten Demokratiedefizit in Partei und Staat zeugen. Doch vorher muß ich sagen, daß die DDR der beste deutsche Staat war, den ich kennengelernt und in dem ich gelebt habe. Sie war mein Staat, genau wie der Ihrige (wovon die Weißenseer Blätter u.a. zeugen). Die Sorge um ihr Gedeihen, um ihre und ihrer Bürger Sicherheit trieb mich um. Weil dies Haus nicht standhielt, muß an der Konstruktion auch theoretisch gearbeitet werden. Dies den Dreckschleudern ins Stammbuch!

Der XX. Parteitag der KPdSU hatte mit dem Kult um die Person Stalin abgerechnet. Danach wurde häufig nach Garantien gefragt, damit sich Ähnliches nicht wiederhole. Die generelle und sicher gültige Antwort war: Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in Partei und Staat. Doch die aufkeimenden Hoffnungen wurden Schritt für Schritt enttäuscht. Der Kult um den Generalsekretär des ... wurde sukzessive unerträglich und schuf immer neue Formen. Die Auswertung des IX. Parteitages der SED, der ich lauschen durfte, ließ diese Veranstaltung als eine Schau erscheinen, bei der die Teilnehmer sich als Claqueurs zu bewähren hatten. Die Politik der Gruppe um Honecker galt als alternativlos. Dementsprechend mußte jeder vorgesehene Diskussionsbeitrag vorher vom Sekretariat der jeweiligen Bezirksleitung abgesegnet werden. Das setzte sich fort bis zu den Delegiertenkonferenzen in den Kreisen.

Da stand auch für die „Parteizensoren“ viel auf dem Spiel. Als einmal (1984) in der Ostsee-Zeitung ein Artikel erschien, der sachgerecht auf widersprüchliche Wirkungen der „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ aufmerksam machte, wurde der Autor gemäßregelt, dazu der 1. Sekretär der Bezirksleitung zum Rapport zu Honecker bestellt, worauf seine Aussicht schwand, jemals Mitglied des Politbüros zu werden. Die Politik der Parteiführung wurde auch auf dem Parteitag nicht diskutiert, sondern beklatscht. Unter den Parteimitgliedern fanden sich genügend Leute, die aus Karrieregründen oder aus Überzeugung devot mitmachten oder gar ihre Obrigkeit übertrumpfen wollten.

Was sich derzeit in den bürgerlichen Parteien der BRD abspielt (die SPD rechne ich dazu), erinnert mich an solche Erlebnisse. Wie nun die BRD der DDR auf allen Gebieten überlegen sein soll kann sie das, und zwar mit vollem recht, auch auf dem Feld des Personenkultes beanspruchen: massenhaft als historisch bezeichnete Worte und Untaten von Politikern, Bildergalerien an den Straßen, Ablehnung jeder echten Alternative zur betriebenen Politik. Die Rede ist viel von den „Menschen“, für die alles getan werden

soll. Von denen nimmt sich aber der Politiker selbst aus, hebt sich von der Menge heraus als Nicht-Mensch oder Un-Mensch.

Solche Praxis, für bürgerliche Parteien normal, hat in einer sozialistischen Partei nichts zu suchen. Wieder muß ich an Engels erinnern: „... daß die Leute endlich einmal aufhören, die Parteibeamten - ihre eigenen Diener - mit den ewigen Glacéhandschuhen anzu-fassen und vor ihnen wie vor unfehlbaren Bürokraten gehorsamst, statt kritisch, dazustehen, ist auch nötig.“ (F. Engels, Brief an Kautsky - 11. Februar 1891, MEW 38/35 f.) Solche Worte passen zu dem, was bürgerliche Demokraten und Humanisten hinterlassen haben. Ich denke z.B. am krummes Holz - aufrechter Gang, Mehr Stolz vor Fürstenthronen!, Mündige Welt - mündige Bürger.

Die Erfahrung bestätigt: der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft kann nur als zu-tiefst demokratischer Prozeß in den politischen Parteien und im Staat gelingen. Wer wollte das noch bestreiten; auch in SED und DDR wurde das stets bekräftigt. Aber die Praxis! Ergebnisse von Kommunal- und Volkskammerwahlen wurden gefälscht. Nach meiner Beobachtung: bei der Ausfertigung der Wählerlisten, im Umgang mit Wahlscheinen, hauptsächlich aber bei der massiven Veränderung der von den Wahllokalen abgelieferten Ergebnisse auf der Ebene der Städte und Kreise. Ich schätze, daß bei den Kommunalwahlen 1984, zu denen ich als Vorstand in einem Wahllokal tätig war, etwa 65% der abgegebenen Stimmen die Zustimmung zum Wahlvorschlag der Nationalen Front enthielten. Andere Wahllokale hatten ähnliche Ergebnisse. Offiziell waren es aber dann weit mehr als 90% Ja-Stimmen. Die Differenz von etwa 30% beruhte auf Fälschung. Die Selbstanzeige des ehemaligen Oberbürgermeisters meiner ehemaligen Heimatstadt wegen Wahlfälschung, die er in der sog. Wendezeit erstattetet, war zweifellos begründet.

Dabei gab es dafür überhaupt keinen rationalen Grund. Ich kann mir keine andere Ursache für solches Fehlverhalten denken als maßlose Eitelkeit, Überheblichkeit und Lebensferne maßgeblicher Politiker, gepaart mit seit Jahrhunderten eingeübtem und gehegtem Untertanengeist. Demokratische Denk- und Verhaltensweisen müssen einge-übt werden. Das ist um so schwieriger und langwieriger, als in der spätbürgerlichen Gesellschaft mittels Konzentration und Zentralisation der Medienlandschaft und des in ihr steckenden Kapitals unter Ausnutzung vielfacher wissenschaftlicher Erkenntnisse und neuester Technik die Meinungs*bildung* durch Meinungs*mache* ersetzt worden ist.

Für die Medienarbeit der Sozialisten ergibt sich daraus für mich mindestens:

- „Enthüllungen“ im Sinne Lenins.
- Keine Zeitung darf wieder als „Organ des Zentralkomitees“ firmieren. Massenmedi-  
en müssen unabhängig von Parteivorständen bleiben, inhaltlich, organisatorisch, perso-  
nell, finanziell. Nur dann kann auf die Dauer vermieden werden, was bereits Engels so  
mißfiel: „Ich werde Bebel und Liebknecht wohl vor dem Kongreß hier sehn und das  
mögliche tun, daß ich sie von der Unklugheit aller Herausschmeißereien überzeuge, die  
nicht auf schlagende Beweise von die Partei schädigenden *Handlungen*, sondern bloß auf  
Anklagen der Oppositionsmacherei gegründet sind. Die größte Partei im Reich kann  
nicht bestehen, ohne daß alle Schattierungen in ihr vollauf zu Worte kommen, und

selbst der Schein der Diktatur á la Schweitzer muß vermieden werden.“ (F. Engels, Brief an Sorge - 9. August 1890, MEW 37/440)

Hat das Leninsche Modell einer marxistischen Partei den Anforderungen der Praxis nicht standgehalten, so ist die reformistische Vorstellung seit Blair und Schröder endgültig zu Schrott geworden. Für Sozialisten gilt es darauf zu achten, daß alles Brauchbare aus bürgerlich-demokratischen Einrichtungen im Sinne einer wirklichen Umgestaltung zu sozialistischer Demokratie ausgebaut wird. Ich denke z.B. an die Begrenzung der Amtszeit für Politiker, an die tatsächliche Auswahl der Führer aus einer größeren Anzahl von Kandidaten, an eine von den Parteimitgliedern gewählte und ihnen rechenschaftspflichtige Partei-Kontrollkommission, an die durch diese zu garantierende Freiheit des Wortes für Sozialisten.

Zweifellos war die DDR ein sozialistischer Rechtsstaat, angesichts ihrer Jugend von Unreife gezeichnet. Wer das bestreitet, begibt sich auf das Niveau mancher ehemaliger sog. Bürgerrechtler. Mancher - nicht aller. Ich meine z.B. solche, die nur dort und solange Waffen zu Pflugscharen umschmieden wollten, wie Sozialisten im Besitz von Waffen waren. Bei denen reicht's heute nur bis „Staasii“ und zur Rechtfertigung des Terrors von Bush und Blair. Aber das sind Fragen des Charakters, bzw. des Losseins von diesem.

Lieber Herr Müller, es ist bestimmt ehrlich gemeint und von Herzen kommend, und es ist mehr als bloß allgemeine Nächstenliebe, wenn ich Ihnen zu Ihrem Geburtstage - für's erste bis zum nächsten Fünfer - Gesundheit und Lebenslust, Arbeitsstoff und Arbeitskraft, Humor und prima Ideen bei der Handhabung des geistigen Säbels, kurz: ein sinnvolles Leben wünsche.

In den Chor der Gratulanten stimmt auch meine Frau ein.  
Herzlichen Gruß übermittelt Ihnen

Ihr Gerhard Winter

## Erich Hahn

### Hanfried Müller und Georg Lukács. Ein Grußwort

Die allerbesten Wünsche für unseren Jubilar und den Dank für immer neue Anregungen - nicht zuletzt für die Erfahrung, daß es Freude und Genugtuung bereitet, an einer fundierten Überzeugung festzuhalten - verbinde ich mit einer theoretischen Reminiszenz.

Im Teil V seiner ‚Apologie‘ - erschienen in Heft 5/1992 der ‚Weißenseer Blätter‘ unter der Überschrift ‚Krise und Wende des Sozialismus in den fünfziger Jahren‘ - kritisiert Hanfried Müller, daß der XX. Parteitag der KPdSU und die ihn begleitenden Aktivitäten keine Wende zu einer sozialistischen Demokratie eingeleitet haben. Objektive und subjektive Gründe dafür seien in Betracht zu ziehen.

Historisch gesehen - so sein Argument - war die sozialistische Gesellschaft in der UdSSR der übrigen Welt zwar um eine ganze Epoche voraus - aber sie hatte sich in einem Land zu realisieren, das nahezu eine Epoche hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurückgeblieben war und in dem weithin byzantinischer Despotismus die bisherige Lebensweise bestimmt hatte.

In theoretisch-konzeptioneller Hinsicht war die Problemlage Mitte der fünfziger Jahre nicht durch die Frage gekennzeichnet, ob die sogenannte ‚Stalin-Ära‘ kritisch zu beurteilen sei oder nicht, sondern wie, „das heißt von welcher Position aus (von der sozialistischen oder von der imperialistischen) und nach welchen Normen (nach historisch-dialektischen, nach kleinbürgerlich-neutralistischen oder nach antikommunistischen, ja womöglich faschistischen)“. (S.57) Diesen Herausforderungen sei die politische Führung nicht gerecht geworden. Unter der Pauschallosung der ‚Entstalinisierung‘ wurden die Erfolge der vorangegangenen Etappe eher diskreditiert denn als Grundlage notwendiger Weiterentwicklung genutzt. Die sich ergebenden historischen Aufgaben wurden auf die Revision willkürlicher Fehler reduziert. Über Stalin hinauszugehen, hätte bedeutet, in eine neue Ära hineinzuwachsen - vor allem, die Disproportion im demokratischen Zentralismus zugunsten sozialistischer Demokratie aufzuheben. Nicht zur Selbstbefreiung des Sozialismus aus seinen absolutistischen Formen habe der XX. Parteitag geführt sondern lediglich zu deren Diskreditierung - schreibt Müller an anderer Stelle (Hanfried Müller: Friede, Friede, und ist kein Friede. Erste Versuche zum besseren Verständnis unserer Epoche, in: Weißenseer Blätter, Heft 5/1990, S.65)

Schärfer noch formuliert Müller mit Bezug auf die Konterrevolution in Ungarn: „Wo... die bürgerlich-liberale Demokratie nicht als Fortschritt gegenüber feudal-absolutistischen, imperialistischen oder faschistischen Systemen, sondern als Rückschritt gegenüber sozialistischen Systemen zum Programm erhoben wird, wird sich der Rückschritt durch den anachronistisch gewordenen Liberalismus hindurch durchsetzen. Die liberalen Illusionen werden auf der Strecke bleiben, und der ‚Liberalismus‘, weil funktional nur noch für den Antikommunismus offen, wird nur allzu leicht im konsequentesten Antikommunismus enden.“ (S.59)

Zugleich legt Müller eindringlich dar, was er unter sozialistischer Demokratie versteht und worin deren Voraussetzungen zu sehen sind. Eine „Demokratisierung der Arbeiter-

und Bauernmacht“ hätte im Zentrum der notwendigen Neuorientierung der Sowjetunion Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts stehen müssen. Nicht darum, „weil sie bisher ‚undemokratisch‘ gewesen wäre ... sondern weil der Sozialismus zur Bewältigung der neu aufbrechenden Probleme einer gewaltigen Ausweitung des Verantwortungsbewußtseins für das Ganze (das nenne ich Demokratisierung) bedurft hätte.“ (Hanfried Müller: ‚Zusammenbruch‘ und/oder ‚Konterrevolution‘, in: Weißenseer Blätter, Heft 4/1992, S.63) Demokratie sei schließlich nicht nur eine Frage der Mehrheitsmacht und erst recht nicht nur eine des Verfassungsrecht. Undemokratische Mehrheiten können demokratische Verfassungen ändern oder unterlaufen, „ohne auch nur ihren Wortlaut einer Korrektur zu würdigen“. Zuerst sei Demokratie vielmehr eine Frage „der Massenbildung und Charakterbildung: Zivilcourage gegen Herdeninstinkt, Selbstdisziplin gegen provokatorischen Platzhirschinstant, gesellschaftliches Pflichtbewußtsein gegen Fluchtinstinkt, und all das als Massenerscheinung...“ Auf der Basis gesellschaftlichen Eigentums hätte das Bewußtsein, daß die „res publica“ (Republik heißt ja wörtlich: „öffentliche Angelegenheit“) in der Mitverantwortung eines jeden besteht, wachsen müssen. (ebenda) Und an anderer Stelle. Die Überwindung dessen, „was man nun ‚Dogmatismus‘ nannte“ hätte darauf hinauslaufen müssen, daß „die Massen selbst dogmatisch zu denken lernten, das heißt befähigt wurden, Dogmen (Lehrsätze und Entscheidungen) zu prüfen, richtige von falschen zu unterscheiden, historisch überholte zu korrigieren und zukunftsweisende zu formulieren.“ (Krise und Wende..., a.a.O., S.56)

Der Tragweite und Kompliziertheit der damit verbundenen historischen Prozesse ist Müller sich bewußt. Einem gravierenden objektiven Widerspruch sei zu begegnen. „Nur unter kommunistischen Verhältnissen kann sich massenhaft kommunistisches Bewußtsein bilden. Nur massenhaft kommunistisches Bewußtsein aber bietet die Reife zu sozialistischer Demokratie.“ (Friede, Friede..., a.a.O., S.66)

Keine Frage, daß die hier skizzierten Überlegungen als Gegengewicht gegen das selbst in bestimmten linken Kreisen vorherrschende Geschwätz von der gegebenen Demokratie als nicht hinterfragte Norm, als Ende der Geschichte außerordentlich wertvoll sind. Von sozialistischer oder bürgerlicher Demokratie zu sprechen, ist aus der Mode gekommen.

Ich möchte jedoch das Vorstehende durch eine Beobachtung ergänzen.

Hanfried Müller kommt in ‚Apologie V‘ auf Georg Lukács zu sprechen. In doppelter Hinsicht. Zum einen ist Lukács für Müller einer der „klügsten marxistischen Theoretiker“ des zwanzigsten Jahrhunderts, ein „intellektueller Revolutionär“. Andererseits ist schwer zu verstehen, daß er 1956 dem Kabinett Nagy „seine Autorität lieh“. Ihn - Hanfried Müller - hätte das „leicht zu falscher Parteinahme verleiten können“. (Krise und Wende, a.a.O., S.60)

Ich halte es nun für erwähnenswert, daß Georg Lukács in seiner 1968 geschriebenen und leider nach wie vor nur schwer zugänglichen Broschüre ‚Demokratisierung heute und morgen‘ mit der gleichen Eindringlichkeit und überzeugender Begründung für eine klassenmäßige, historisch konkrete Perspektive bei aktuellen Reflexionen zum Demokratieproblem plädiert wie Hanfried Müller. Seine Analyse der Fehlentwicklungen sozialistischer Demokratie stellt er entschieden in den Kontext der Zurückweisung bürgerlicher Kritik am Sozialismus der Oktoberrevolution. Deren Hauptmerkmal sieht er darin, sozialistische Demokratie nach den Maßstäben bürgerlicher Demokratie zu werten. Nicht unwesentlich für die Beurteilung des kommunistischen Intellektuellen

Lukács dürfte sein, daß er sich im Jahre 1968 - der Text wurde im Sommer und Herbst dieses Jahres niedergeschrieben - genauso scharf gegen ‚Reformer‘ im eigenen Lager wendet, die mit den Institutionen der bürgerlichen Demokratie und der Marktwirtschaft liebäugeln! Die historisch-theoretische Grundlage seiner Position sieht Lukács in Marx' Analyse der Dialektik von politischer und menschlicher Emanzipation und des kapitalistischen Widerspruchs zwischen individuellem und Gattungsleben, zwischen dem Menschen als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft und dem Menschen als Staatsbürger. Positionen, die Lenin in sein politisches Konzept aufgenommen hat. Und auch Lukács hatte keine Illusionen, was die Tragweite und Langfristigkeit der Realisierung sozialistischer Demokratie betrifft: Eine „Bewegung zur Demokratisierung im sozialistischen Sinne“ könne nicht spontan entstehen. Die „natürliche bewegende und leitende Kraft“ dieses Prozesses müsse die kommunistische Partei sein. (Georg Lukács: Demokratisierung heute und morgen, herausgegeben von László Sziklai, Budapest 1985, S.170)

Die allgemeine methodologische Bedeutung der hier rezipierten Überlegungen von Hanfried Müller und Georg Lukács für die aktuellen geistigen Auseinandersetzungen ist kaum zu überschätzen. An einem Schlüsselprozeß und -problem des realen Sozialismus des zwanzigsten Jahrhunderts belegen sie, daß die marxistische Weltanschauung eine unverzichtbare methodologische Voraussetzung dafür ist, diese Gesellschaft adäquat, ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien gemäß gedanklich zu erfassen. Von bürgerlicher Ideologie und Begrifflichkeit aus ist dieser Zugang nicht zu gewinnen.

**Klaus Eichner**

**Daß das noch viele Jahre möglich sein wird**

Hochverehrter Hanfried Müller,

herzlichste Grüße und Glückwünsche zum Jubiläum - von einem atheistischen (ehemaligen) Aufklärer der Hauptverwaltung A der DDR, der sich seit Jahren bei einem theologischen Aufklärer immer wieder viele geistige Anregungen und Erkenntnisse geholt hat und hofft, daß das noch viele Jahre möglich sein wird.

Herzlichen Dank für die wunderbare Edition der „Weißenseer Blätter“, für anregende und streitbare Diskussionen im Gesprächskreis bei Renate Schönfeld - und überhaupt für die Tatsache, daß ich Sie kennenlernen durfte.

Klaus Eichner, Oberst a.D.

**Peter Bäß**

**Glück und Segen**

Sehr geehrter Herr Professor Müller,

Ihren Geburtstag nehme ich zum Anlaß, Ihnen dafür zu danken, daß Sie nach wie vor 1990 die WBl herausbringen. Glück und Segen für Ihr persönliches Wohlergehen und zu allem, was Sie vorhaben!

Peter Bäß, Pfr. i.R.





## **§ 2 Jubiläumsgrüße aus Suhl und Erfurt**

## Renate Müller

### „Evangelischen Dogmatik im Überblick“

Lieber Bruder Müller,

zu Ihrem Jubiläum grüße ich Sie mit den letzten Worten Ihrer „Evangelischen Dogmatik im Überblick“. Es ist der Jubelruf für Sie heute:

„Alles ist Euer - Ihr aber seid Christi!“

Nun, ich will keine Laudatio auf Sie und Ihre Dogmatik schreiben. Doch ich möchte gern Theologinnen und Theologen an dieses Ihr Werk erinnern und Ihnen danken, daß Sie mir dieses Werk in einer Zeit schenkten, als die gewaltige Strukturkrise des kapitalistischen Systems sich anbahnte, in der wir heute mittendrin stehen. Bitte verstehen Sie diesen Brief auch in diesem Zusammenhang.

Ich erinnere mich an die Zeit vor 15 Jahren. Was für ein Glück, daß Sie damals gerade noch zur rechten Zeit pensioniert wurden, so daß Sie nicht gar zu lange den damals üblichen Demütigungen und Schmähungen ausgesetzt waren. Zugleich erinnere ich mich besonders an die Wochen vor der entscheidenden Wahl am 18.03.90 hier bei uns in Suhl: etwa an die Morddrohungen gegen unsren OB und andere in Staat und Partei leitenden Leute. Als „Rote Pastorin“ hatte ich Ähnliches erwartet. Ich erinnere mich an die Studenten der Suhler Offiziershochschule, die auf einer PDS-Versammlung stokkend berichteten, daß sie in der Nacht beim Kleben der Wahlplakate von Männern mit offenen Messern verfolgt wurden und nur knapp entkommen konnten. Andere waren nach Leipzig beordert, um größere Ausschreitungen zu verhindern. Sie erzählten, daß sie mit Steinen beworfen und angespuckt wurden und selbst zitterten vor Wut. Aber ein Schießbefehl kam nicht. - Nach Jahren hatte ich die Gelegenheit, mit einem Offizier der NVA zu sprechen. Er sagte: „Wir hatten geschworen: niemals die Waffe gegen das eigene Volk.“ - Und natürlich sehe ich vor mir die übervolle Stadthalle und unsere zwei großen Kirchen mit den Lichtträgern. Noch heute spüre ich den Hass der Massen. Und dann die verzweifelten Selbstmorde ... Am 04.04.90 bin ich in die PDS eingetreten.

In diesen Zeiten vor und nach der Konterrevolution, der sogenannten „Wende“, waren Sie öfters bei uns in Suhl. Auch gemeinsam mit Ihrer Gattin. Vor der „Wende“ bei uns linken Christen und nach der „Wende“ bei uns übrig gebliebenen linken Christen zusammen mit linken Atheisten. Die stundenlangen Gespräche mit Ihnen in diesen Jahren hatten für mich immer wieder neu richtungsweisende und eine große ermutigende, lebenserhaltende Kraft. Sie sind für uns alle - ich darf das so sagen - unvergessen.

Doch schon vor dem allen hatten uns die „Weißenseer Blätter“ sehr bald nach ihrem Erscheinen mit Ihnen in Kontakt gebracht (durch Christine Wienk, DDR-Friedensrat). Sie begleiten uns bis heute!

So kamen wir auf die Idee, Ihnen zu Ihrem Jubiläum ein paar Worte darüber zu sagen, was die „Weißenseer Blätter“ für unseren jeweils ganz persönlichen Weg in diesen schweren Zeiten bedeutet haben und bis heute bedeuten (vgl. unten). Und ich fange an.

Sehr herzlich bin ich Ihnen dankbar, daß Sie mir all die Jahre jeweils zehn Exemplare schickten, die ich verteilen konnte. Ich habe es sehr gern getan. Manchmal bestellten die eine oder der andere sie dann selbst, so daß ich Werbeexemplare gewann. So konnte ich z.B. unseren Erfurter Gesprächskreis einbeziehen (auch Christen und Atheisten). Und daß die „Weißenseer Blätter“ für mich selbst ein wertvolles Gut waren und sind - das wissen Sie.

Deshalb möchte ich jetzt etwas ausführlicher andeuten, was Ihre „Evangelische Dogmatik im Überblick“ für mein Leben bedeutet.

Am 17.05.91 erreichte mich Ihr einzigartiges Geschenk. Nachdem ich am 01.05.91 meinen Dienst in der Kirche ganz normal beendet hatte und nun Rentnerin war, hatte ich Zeit und Wut und Mut, um dieses Ihr Riesenwerk anzugehen. Das Riesige besteht aber nicht in der Zahl der Seiten, das ist winzig im Vergleich zu anderen Dogmatiken...! Sondern neben seinen Einzigartigkeiten in Form und Inhalt ist daran riesig, daß Sie mich durch Ihre Dogmatik noch einmal neu hineingenommen haben in einen vielschichtigen Erkenntnis- und Lernprozeß, um in der weltlichen Interpretation meines Glaubens und befreit von alten Bindungen neu leben zu lernen.

Dazu möchte ich aus Ihrer „Evangelischen Dogmatik im Überblick“ einige Sätze zitieren. Ich tue dieses als Bekenntnis meiner Nachfolge im doppelten Sinn.

„*Evangelische Dogmatik im Überblick*“, Seite 262:

(Aus dem Verstehenszusammenhang Ihrer Dogmatik zitiere ich Bonhoeffer.)

„Die Bibel weist den Menschen an die Ohnmacht und das Leiden Gottes; nur der leidende Gott kann helfen.“

„Christen stehen bei Gott in seinem Leiden, ... das unterscheidet Christen und Heiden. ... Das ist die Umkehrung von allem, was der religiöse Mensch von Gott erwartet. Der Mensch wird aufgerufen, das Leiden Gottes in der gottlosen Welt mitzuleiden. Er muß also wirklich in der gottlosen Welt leben und darf nicht den Versuch machen, ihre Gottlosigkeit irgendwie zu verdecken, zu verklären; er muß „weltlich“ leben und nimmt eben darin an dem Leiden Gottes teil; er darf „weltlich“ leben, d.h. er ist befreit von den falschen religiösen Bindungen und Hemmungen.“ „Unser Verhältnis zu Gott ist kein „religiöses“ zu einem denkbar höchsten, mächtigsten, besten Wesen - dies ist keine echte Transzendenz - sondern unser Verhältnis zu Gott ist ein neues Leben im „Dasein für andere“, in der Teilnahme am Sein Jesu“. „Nicht ein homo religiosus, sondern ein Mensch schlechthin ist der Christ, - wie Jesus ... ein Mensch war.“

Ebenda Seite 253:

„Und Sie fassen Christsein zusammen „... in der weltlichen Interpretation des Glaubens durch die Liebe und also in“ unserer politischen Existenz darin, daß wir „bereit werden zu selbstloser Solidarität und Zusammenarbeit für Frieden und soziale Gerechtigkeit mit Atheisten und Kommunisten.“

Von Herzen danke ich Ihnen für Ihre „Evangelische Dogmatik im Überblick“, dieses einzigartige Geschenk, das mein Leben weiter begleiten wird in dieser schweren Zeit.

Meine Jubiläumsgrüße und meine Wünsche für Sie fasse ich in das weltliche, unser Leben, unsere Gesellschaft und Welt ganzheitlich umfassende Wort unserer biblischen, befreienden Tradition: Schalom!

Ihre Renate Müller, Suhl

## Jochen Peters

### Eine Danksagung

„Nicht Konterrevolution *und*, sondern Konterrevolution *oder* Zusammenbruch!  
Und steht die Frage so, dann meine ich: Sieg der Konterrevolution - auch wegen des Zusammenbruchs sozialistischer Moral.  
Sie wieder aufzurichten ist aber weniger eine Aufgabe ethischer Theorien als vielmehr politischer Praxis.“

Hanfried Müller

In diesen „Wahlkampf“-Tagen kurz vor dem 15. Jahrestag der „Deutschen Einheit“ in „Zusammenbruch“ und/oder „Konterrevolution“ (1992) von Hanfried Müller lesen zu können

„Konterrevolutionäre schämen sich dessen, was sie sind und geben sich ‚revolutionär‘.“

hilft - nach meiner Erfahrung -, sich nicht für eine „neue soziale Idee“ unkritisch vereinnahmen zu lassen, nichts von in Jahrzehnten gewonnener Klarsicht zu verlieren.

Wie wahr:

„Erst dann triumphierte 1933 die Gegenrevolution gegen die halbherzige Revolution von 1918 (damals gegen die ‚Novemberverschörer‘ wie heute gegen die ‚Regierungskriminalität‘), als sie sich nicht als reaktionäre Gegenrevolution, sondern als ‚nationale Revolution‘ ausgab.“

Und so siegte auch in unseren Tagen die Gegenrevolution nicht im Gewand der ‚Konterrevolution‘, sondern als ‚sanfte Revolution‘. Sie schrieb keineswegs die Abwicklung des Sozialismus zugunsten der Deutschen Bank auf ihre Fahnen (obwohl der Adler im Schwarz-Rot-Gold fast alles sagte, was einst das Hakenkreuz im Schwarz-Weiß-Rot), sondern rief: ‚Verbesserung des Sozialismus‘ durch ‚mehr Demokratie‘.“

Also denke auch ich, sozialistische Moral „... wieder aufzurichten ist ... weniger eine Aufgabe ethischer Theorien als vielmehr politischer Praxis.“

Und für eine solche Praxis werden Multiplikatoren, wie Hanfried Müller für mich seit 1992 einer ist, gebraucht gegen die Verfechter von Werten der Ellbogengesellschaft und für die so lebensnotwendige Aufklärung. Es war 1993, als es hier in Suhl in einem Raum

der einstigen Bezirksleitung der SED eine Begegnung mit Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand gab.

Es war eine der Begegnungen in den Jahren nach der Konterrevolution, die mich anregten, mich selbst darum zu bemühen, Multiplikator zu sein und mit dem in den Jahrzehnten nach dem 8. Mai 1945 angeeigneten Wissen und den gewonnenen Erfahrungen beim Streben, die Aufmerksamkeit möglichst vieler Menschen in der Stadt Suhl und im Landkreis Suhl für Kultur und Kunst zu fördern, sorgsam umzugehen.

Dank für die vielen Anregungen besonders hierfür, sehr geehrter Hanfried Müller, und alles Gute.

Jochen Peters - sozialistischer Kulturpolitiker - Suhl / Stadt des Friedens

## **Christian Heinrich**

### **Irrungen und Wirrungen**

Seit der VI. Allchristlichen Friedensversammlung 1985 in Prag bin ich über meine Frau Leser der „Weißenseer Blätter“. Ich habe den Beitrag des Metropoliten *Mar Gregorius* über den Antikommunismus im Heft 4/85 wieder nachgelesen und finde ihn heute nach 20 Jahren noch gültig. Und im Heft 1/2005 finde ich im Beitrag des Jubilars „Mai 1945. Erlebnis - Erinnerung - Geschichte“ als drei Jahre Jüngerer ähnliche eigene Erfahrungen wieder.

Das vorläufige Ende unseres sozialistischen Versuchs bedeutet auch das Scheitern des Bemühens, die in der sozialistischen Welt gängige und geübte Begrifflichkeit gleichberechtigt zu etablieren. Mein Unbehagen gegenüber den WBl ist, daß diese vielfach unseren gewohnten sozialistischen Jargon zu unreflektiert tradieren.

Unsere Aufgabe ist doch, Menschen zu gewinnen, denen unsere Sicht auf Weltgeschehen und Weltzustände unvertraut ist - nicht uns selbst schulterklopfend zu bestätigen. Von uns richtig erkannte Fakten und Sachverhalte bedürfen plausibler Übersetzung, z.B. wie bei Mar Gregorius oder auch im gleichen Heft die Dokumentation aus dem ökumenischen Basisseminar Königswartha.

Die Irrungen und Wirrungen, denen die Kirchen der abendländischen Christenheit bei der Suche nach ihrem rechten Weg immer wieder unterliegen, sind wahrlich deprimierend und niederschmetternd. Unsere Mühe damit soll wohl zu dem Kampf gehören, der uns verordnet ist, Hebr. 12,1. Und: „Gott geht mit seinen Zeugen nicht zimperlich um.“ (G. Bassarak) Hanfried Müller sehe ich unter jenen Menschen, deren Führung durch unsere Zeiten Röm. 8,14 erweist.

## **Gertrud Bauer**

### **Ein unentbehrlicher Ratgeber und Begleiter**

Die allerbesten Glückwünsche zum Jubiläum verbunden mit dem Dank, daß ich das Glück hatte, in den frühen 90er Jahren Begegnungen und Gespräche mit Ihnen und Ihrer lieben Frau gehabt zu haben. Als überzeugte Kommunistin und treu zu unserer DDR stehenden Streiterin insbesondere für die Gleichberechtigung der Frau und als Suchende nach den Ursachen der Konterrevolution waren mir diese Gespräche und Ihre Weißenseer Blätter stets ein unentbehrlicher Ratgeber und Begleiter. Sie waren und sind mir in dieser Zeit - dieser menschenverachtenden Gesellschaft - die wertvollsten Anregungen für mein Leben und zum weiteren heutigen Wirken in meiner antifaschistischen Tätigkeit.

Mögen die WBl durch Ihr Wirken noch viele Jahre erscheinen. Dazu Ihnen viele gute Wünsche für Gesundheit und Kraft

Ihre Gertrud Bauer

## **Ilse Dörffel**

### **So machen mir die Beiträge Mut**

Prof. Hanfried Müller hat mir mit den wohlgedachten und aufschlußreichen Beiträgen, die ich in den „Weißenseer Blättern“ fand, geholfen, die Hintergründe der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Zeit zu erkennen.

Wenn auch vorerst das erlebte sozialistische Modell gescheitert ist, so machen mir die gelesenen Beiträge Mut, der Zukunft zu vertrauen.

Vor uns steht eine Entwicklung, die Wirtschaft und Politik zu bitteren Konsequenzen zwingen wird. Es gilt, die Grundlagen für die Überlebensfähigkeit der Menschheit zu schaffen. Vieles von dem, was wir heute erleben, haben die Analysen in den Beiträgen der „Weißenseer Blätter“ vorausgesehen.

Hoffentlich bleiben sie uns erhalten.

Ilse Dörffel, Buchhändlerin, Suhl

## **Anneliese Weisleder**

### **Kraft für meine politische Arbeit**

Anneliese Weisleder, Jahrgang 1934, von 1954 bis zur Gegenwart Jugendfunktionärin FDJ, Pionierleiterin, Jugendweihe, Plankoordinator Rat der Stadt, SODI, Suhler Friedensinitiative, AG Eine Welt, seit 1990 Rentnerin.

Die Weißenseer Blätter sind mir in der sogenannten „Nachwendezeit“ von Renate Müller nahegebracht worden. Seitdem eine wertvolle Lektüre, Arbeitsmittel, Informationsquelle, um meinen politischen Horizont zu erweitern, eigene Erfahrungen bestätigt zu finden und gedankliche Auseinandersetzungen anzuregen. Dabei interessiere ich mich auch für den kirchlichen Teil.

Aus vielen Beiträgen konnte ich Kraft für meine politische Arbeit schöpfen. Sehr gern lese ich persönliche Erlebnisse und Bekenntnisse wie z.B. von Hanfried Müller zum 08. Mai 1945. In den Beiträgen fand ich meinen Standpunkt zu Ursachen des Scheiterns der sozialistischen Vision, der DDR, bestätigt und konnte neue Erkenntnisse dazu gewinnen.

Gleichzeitig wurde mir bewußt, daß uns dieses Wissen vor eine gewaltige Herausforderung in der gegenwärtigen Zeit in der BRD und weltweit stellt - den neoliberalen Zeitgeist zu bekämpfen.

40 Jahre bewußt gelebtes Leben in der DDR haben mich geprägt, in den Weißenseer Blättern fand ich bestätigt, daß dieses Leben in der DDR auch für die Gegenwart bedeutungsvoll ist.

Unsere Aufgabe ist Solidarität, Frieden, Menschenwürde und Antifaschismus als ständige Aufgabe zu sehen und dafür zu kämpfen, mit den Menschen gemeinsam. An Hanfried Müller - Danke - für viele wertvolle Anregungen, Glückwünsche für viele weitere gute Gedanken bei bester Gesundheit

Solidarische Grüße

Anneliese Weisleder

## Hans-Christoph Linke

### Mit Respekt und Freude

In Zeiten, in denen Ohnmacht und Orientierungslosigkeit die Befindlichkeiten der Menschen zunehmend bestimmen, bedarf es mehr denn je solcher Persönlichkeiten, die sich konsequent dem bürgerlichen Zeitgeist verweigern und ihre Klugheit in Gestalt fundamentaler Gesellschaftskritik einbringen.

Mit Respekt und Freude erfüllt mich die Tatsache, daß Sie, lieber Prof. Hanfried Müller, diesem Anspruch, so lange ich Sie kenne, unermüdlich Rechnung tragen.

Ihr Jubiläum soll für mich aber auch Anlaß sein, Ihnen dafür zu danken, daß Sie mit den „Weißenseer Blättern“ eine interessante Möglichkeit für geistigen Austausch zu gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit bieten. Seit über zehn Jahren erhalte ich auf diese Weise wichtige Anregungen für eigene Überlegungen, die ich nicht mehr missen möchte.

Ich wünsche Ihnen im neuen Lebensjahrzehnt Gesundheit und weiterhin die Kraft, für die Realisierung jenes Glücks, welches Dorothee Sölle eins als „Gnade, im Widerstand zu leben“ umschrieb.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Christoph Linke, Diplom-Philosoph, Suhl

## Hannelore Heinrich

### Unsere Exemplare kursieren laufend

Die Glieder der *Christlichen Friedenskonferenz* aus dem Raum Thüringen luden 1989/90 christliche Linke und Interessierte zum Gespräch ein. Es kamen Menschen, die in ihrer Jugend einmal Kontakt zu Christen hatten oder unsere Standpunkte in dieser Umbruchszeit hören wollten. Wir kamen lange zu keiner Themendebatte; wir erschöpften unsere Sozialisationen. Danach wählten wir Themen. Dabei leisteten uns die *WB/* gute Dienste; mein Exemplar und vier, die uns Renate Müller aus Suhl übergibt, kursieren laufend. Die gründlichen Auseinandersetzungen hochaktueller, vernachlässigter und verdrängter Themenbereiche in den *WB/* bestärkten auch uns zu kontroverserem Disput.

Drei Themen konnten wir auf der Grundlage und mit Hilfe der *WB/* diskutieren:



- *WBl* 1/1995: Heiner Karuscheits Diskussionsbeitrag „Sozialismus und wie weiter?“ verschaffte uns Überblick, mit dem wir unsere Erinnerungen konfrontierten.
- *WBl* 2/2002: Unter Bezug auf seinen, Eike Kopfs, Artikel „Zur Entwicklung in China“ folgte er der Einladung in unseren Gesprächskreis und konnte unsere Fragen beantworten und Einzelheiten berichten, die ein Paar unserer Runde während einer Chinareise so detailliert nicht erfassen konnte.
- *WBl* 2/2004: Nach der Lektüre Ulrich Duchrows „Der Gott der EU-Verfassung“ richteten wir unsere Fragen an Gabi Zimmer und in einer zweiten Runde an Helmut Müller, Justitiar von ver.di Mittelthüringen.

Uns interessierten über mehrere Jahre die Wirtschaftsformen, angefangen bei den Juden, den Griechen, den Römern, die Eigentumsmarktgesellschafts-Theorie von Thomas Hobbes, die Umkehrung der Menschenrechte im Namen des bürgerlichen Eigentums, der laissez-faire-liberalistische Grundsatz des sogenannten freien Spiels der Kräfte im Kapitalismus, die Wirtschaftsform einer Subsidiaritätswirtschaft in einem afrikanischen Land, die Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion, der lateinamerikanische Ansatz einer erneuerten Dependenztheorie, die Wirtschaft in China, Gott oder Mammon, „Der Gott der EU-Verfassung“.

Wir wünschen dem Jubilar noch gute Zeit zu weiteren Jahrgängen der *WBl* als Anregung zu genauer Reflektion der Tagesereignisse und Bezüge zur deutschen Vergangenheit und Arbeit an der Überwindung der gegenwärtigen Gesellschaftsprobleme und -krisen.

Hannelore Heinrich, Gesprächskreis christlich-sozialistischer Gesellschaftskritik, Erfurt



### **§ 3 Weißenseer Blätter**

## Gisela Steineckert

### Ja, ich las die Weißenseer Blätter

Eines Nachmittags im bedeutenden Jahr neunundachtzig bekam ich den verabredeten Besuch einer Frau aus dem Kulturministerium der DDR. Wem sie beigeordnet oder unterstellt war, weiß ich nicht mehr, oder habe es auch gleich nicht gewußt, solche Kenntnisse gehören zu den schwächeren Stellen in den Schubfächern meines Wissens.

Wir redeten Weiberkram, was wir an hatten, oder lieber getragen hätten, aber deswegen war sie nicht gekommen. Sie fragte mich, ob ich wohl Lust und Zeit hätte, für ein paar Tage nach Bonn zu reisen. Der Anlaß wäre ein Treffen bedeutender Persönlichkeiten zwecks Austauschs unterschiedlicher oder auch übereinstimmender Meinungen über das Leben, den Staat, in dem man selber lebe, also Deutschland hier und Deutschland da, oder auch ganz woanders, sowie moderne Pädagogik, wegen der nächsten Generation, Lösungen auf der ganzen Welt, für anliegende, sowieso auch fernerhin denkbare Probleme...

Wollten wir für Jahre bleiben, Jahrzehnte vielleicht? Nein, vier Tage.

Da der des Beginns ziemlich nahe lag, konnte ich mir vorstellen, daß bereits mehrere bedeutende Persönlichkeiten sich für die Einladung bedankt und abgewinkt hatten, weil sie ihre Erfahrungen mit dem Austausch belebender unterschiedlicher Meinung als ausreichend ansahen.

Für mich konnte das nicht gelten. Zum einen hatte ich dergleichen noch nicht in enttäuschender Weise erlebt, im Gegenteil, zum anderen wohl überhaupt noch nicht oft, jedenfalls nicht in so illustrierter Runde. Fürst Bismarck würde teilnehmen. Den mußte ich nicht unbedingt kennen. Karl-Heinz-Böhm, dem würde ich gern zuhören, und nicht nur, weil ich ihn für sein karitatives Wirken der letzten Jahrzehnte verehrte, sondern auch, weil ich sein verlogenes Filmbild von Franz Josef neben der entzückenden Romy Schneider hinreißend fand. So schön, so ernst, so edel. Und Heinrich Fink noch, ein guter Mitstreiter, ein guter Freund, außerdem Portugalow, auch ein guter Mann, und Hartmut von Hentig, der Pädagogik-Papst im Westen, Dorothee Sölle, ... kannst du, hast du Lust?

Ich konnte und hatte Lust, zumal ich wußte, daß ein Freund von uns es sich nicht nehmen lassen würde, irgendwie daran teilzunehmen und mit meinem Mann in einem Hotel in der Nähe zu logieren. Besser als wir, wie sich dann herausstellte, und es machte mir durchaus Lust, als meine liebe Einladerin und ich zu einem kleinen Festessen im Steigenberger eingeladen wurden, wo die Bediener bei jedem Gang die Silberdeckel vom vorgewärmten Teller rissen. Neu für mich Kellerkind, für sie auch.

Aber noch war ich ja gar nicht dort. Noch war ich nicht mit Weltproblemen beschäftigt, sondern dachte mir den Inhalt von zwei Koffern aus, heilfroh, daß ich mir wegen meines Ehrenamtes als Präsidentin der von der Führung der DDR immer scheel angesehenen bunten Lumpen der Unterhaltung im Maßatelier in der Greifswalder Straße ein paar Kleider hatte machen lassen. Man kommt ja dann rum, auch wenn man nix dafür kriegt. Sie riß mich aus diesen durchaus angenehmen Gedanken.

Sie sagte: „Es war ja gar nicht so leicht, dich da reinzukriegen.“

Das konnte ich mir denken. Als Einspringerin war ich nicht ungeübt. Mich hatten sie schon einmal in eine Jury geholt, weil achtzehn dunkel gekleidete Herren ein tristes Fernsbild ergaben. Ich hatte mich gerächt, indem ich auch schwarz gekleidet erschien.

Ich könnte andere Beispiele anführen, aber bleiben wir bei diesem. Ich sagte: „Aha?“ nicht mal besonders neugierig. Sie sagte: „Du liest die ‚Weißenseer Blätter‘ ...“

Ich guckte sie eine Weile verständnislos an. Ja, ich las die Weißenseer Blätter. Und Goethe, Hacks, Krimis, Klemperer, das Neue Deutschland, manchmal den Spiegel, ich las seit meiner Kindheit alles Gedruckte, Geschriebene, manchmal nur drei Zeilen und legte es weg, manchmal verschlang ich es, manchmal wurde es mir zur lieben Gewohnheit, ja, ich las die Weißenseer Blätter, nicht von vorn bis hinten, wie mein Mann, aber ich las, was er mir empfahl, das tat er, er legte mir das unterschiedlich umfangreiche Heft auf mein Bett und wies mich auf einen Artikel hin, den ich unbedingt lesen müsse. Ich mag das so besonders nicht. Man muß eigentlich fast nie etwas unbedingt gelesen haben, jedenfalls ist unter all den Büchern, die man mir geliehen oder geschenkt hat, vieles gewesen, was ich sehr unbedingt niemals hätte lesen müssen, aber darunter ist kein Blatt, das er mir empfohlen hätte.

Lesen ist die Leidenschaft meines Lebens. Viele Kinder erinnern sich an die unwürdigen Situationen, unter denen sie lesen mußten. Ich hatte zu wenig Lesestoff, und ich las unter der Bettdecke mit Hilfe einer Dynamo-Taschenlampe.

Beim Einbringen der Ernte gab es in der Hitze auf dem Feld in Oberösterreich nur den widerlichen lauwarmen alkoholisierten Apfelmast, einen Halbliterkrug für alle. Wenn ich dachte, daß ich gleich verdurstete, schwor ich mir: In meinem ganzen späteren Leben werde ich von morgens bis abends Eis essen, Wasser trinken und lesen.

Es ist nicht ganz so geworden, Eis fällt weg, aber sonst?

Wir sind nach Bonn gefahren, und das Thema der Weißenseer Blätter ging mir nach. Nicht nur als Frage, wer überhaupt sich mit der Auswahl meines Lesestoffes zu befassen hatte, und welcher Grad an persönlicher Sympathie wohl nötig gewesen war, mir dies überhaupt als Problem hinter vorgehaltener Hand mitzuteilen, sondern als ärgerlicher Eingriff in unser Leben. Die Sache ging mir nach. Sie ließ nicht locker.

Der Tisch im Saal in Bonn war viereckig und riesig, an den Seiten Platz genug für interessierte Zuhörer, die natürlich während der offiziellen Redezeiten den Mund zu halten hatten. Wir redeten und redeten und zuhause rannte die Bevölkerung weg. Als wir einander vorgestellt wurden, sagte Frau Hamm-Brücher: „Wie sind Sie denn hierher gekommen? Ich denke, bei Ihnen ist alles zu und keiner darf raus?“ Ich dachte, jetzt hat die auch schon den Verstand verloren. Heinrich Fink wollte vermitteln, aber ich machte mich davon.

Dann hielt ich wirklich die Hand von Karl-Heinz Böhm in der meinen. Er war noch genauso schön wie in jenem Film. Und es war ein schöner Moment. Ich machte ihm schöne Komplimente. Er mir auch, aber da merkte ich, daß er mich für Christine Brückner hielt. Ich sagte es ihm und es war ihm peinlich. Mir nicht, denn woher sollte er mich kennen? Rings um den großen Tisch liefen zwei Welten. Die waren nicht immer an den Wohnorten auszumachen, an Wortwahl, Zeitaufwand bei der Darlegung der eigenen geschätzten Meinung und der Gelassenheit beim Zuhören fast immer. Wir Oster, das ist aber eher meine nachträgliche Meinung, wirkten auf andere überredend, ich

empfand mich selber wie im Lauf, mir saßen Zeit und Geschichte im Nacken und ich dachte, wirklich, ich habe das auch zu meinem Mann gesagt, das Gehöft brennt und wir lagern im Gras und genießen ein Picknick. Das ist jetzt nicht dran, aber warum, das weiß ich auch so genau nicht.

Es war Zufall, daß Hartmut von Hentig und ich in ein Gespräch kamen, und bis zur Abreise und bis in Briefe hinein haben wir es weitergeführt. Zwei Leute, die über die Erziehung von Kindern in der Familie, in der Schule und über den Stand der Dinge in der Pädagogik Ost oder West zu ähnlichem Ergebnis kamen. Er war der geistige Gewinn jener Tage in Bonn. Selten habe ich einen amüsanteren Lehrer und Gesprächspartner erlebt.

Amüsantes gab es durchaus auch anderwärts. Ich fiel meinem Mann vor dem Hotel um den Hals, wir hatten uns immerhin stundenlang nicht gesehen.

Dann ging ich mit meiner Begleiterin in mein Zimmer und räumte Kleider aus dem Koffer. Sie betrachtete mich nachdenklich: „Du bist wohl gar nicht lesbisch.“

„Nein“, sagte ich, „aber ich lese die ‚Weißenseer Blätter‘.“

Bis zum Ende jener vier Tage habe ich nicht alle Teilnehmer so gut kennengelernt wie den Fürsten Bismarck. Der fuhr einmal mit mir im rumpelnden, winzigen, mit Brokat ausgeschlagenen Fahrstuhl in dieselbe Etage. Beim Einsteigen nickten wir beide mit Kopf, er machte die Andeutung einer Verbeugung, dann fragte er mich, ob mich seine Piepe stört. Nein, sagte ich, aber ich weiß nicht mal, ob sie angezündet war, denn er hat nicht an ihr gesogen, oder gezogen, ich weiß nicht, wie das heißt, muß Dieter Kraft fragen. Der liest ja auch die Weißenseer Blätter, da kann man ihm trauen.

Mit Portugalow, das war eine andere Sache. Der sprach so gut deutsch, der hätte die Weißenseer Blätter mühelos lesen können, aber ich weiß nicht, ob er sie kannte. Ich weiß auch nicht, ob es immer derselbe Anzug war, oder ob der jeweilige vom selben Schneider stammte, denn er saß immer perfekt, die Farbe wäre auf der Straße nicht wieder zu erkennen gewesen und eigentlich der ganze Mann nicht. Sehr schlank, sehr glatt, und am Gesicht wäre der Blick auch abgeglitten. Portugalow war Gorbatschows Mann, aha, merkte ich mir im Vorbeieilen, Glasnost, Perestroika, wird er was beitragen.

Hat er, er war Gorbatschows Deutschland-Berater, kurzfristig ernannt und nach Bonn geschickt, um die Lage zu erkunden.

Für Portugalow war es schwierig, einen wichtigen oder bedrückten Gesichtsausdruck zu zeigen, aber er tat sein Bestes.

Portugalow also war mit in Bonn und suchte das Gespräch. Mit fast jedem, aber warum mit mir, das weiß ich nicht. Einmal nahmen wir beide morgens am Gottesdienst teil und schwatzten wie in der Schule. Portugalow wisperte in mir unverständlichen Worten über Sachverhalte, von denen er wohl annahm, daß ich in sie eingeweiht sei. Ach, mir hat man wegen meiner mütterlichen Ausstrahlung im Laufe meines Lebens soviel verworrene Familiengeschichten anvertraut, auf eine mehr oder weniger kommt es da nicht an. Er sah ein bißchen magenkrank aus, und ich suchte ihn zu beruhigen. Das wird alles, am Ende zeigt sich bei jeder Sache auch die gute Seite.

Wenn ich es mir heute überlege, hat er mit mir über die Öffnung der Mauer in Berlin gesprochen. Da ich aber keine Ahnung hatte<sup>1</sup>, nahm ich an, wir reden darüber, daß im Leben alles ganz schön schwierig und Gott ein großer Mann ist. Wir sind noch einmal im Dunkeln durch den kleinen Park zum Hotel gelaufen. Da kam er mir ziemlich unglücklich vor. Ja, aber die Welt war ziemlich durcheinander und es hatte ein jeder sein Päckchen zu tragen, seins kannte ich nicht. Entweder hat er mich für hoffnungslos blöd gehalten, oder für viel konspirativer, als sich selber. Ich habe später nie wieder von ihm gehört.

Wir kehrten nach Berlin zurück, alles nahm seinen geschichtlichen Lauf, und ich las die genannten „Blätter“. Ohne Hinweis und diesmal von der ersten Seite an.

Ich entdeckte Rosemarie Müller-Streisand und verliebte mich in sie, in ihre Sprache, ihre Argumente, ihre Logik, ihre Unabweisbarkeit. Manchmal rief ich laut „Juhu“, lachte, las zweimal und näherte mich spröden Sachverhalten wie an ihrer Hand. Sie machte mich klüger, weil ich ihr vertrauen lernte, nicht glauben, darum ging es nicht. Das wäre einfacher gewesen. Denn glaube ich ihr, kann ich es mir einfach machen. Ich vertraute ihr die Mühe an, die sie mir machte.

So eine klare Sprache. So ein „Weg mit allem Ballast.“ Je mehr ich mich in die Publizistik von Rosemarie Streisand und Hanfried Müller vertiefte, um so deutlicher wurde mir die geistige Unabhängigkeit dieser beiden verschworenen Persönlichkeiten. Man kann sie nicht voneinander trennen, aber ihre Ehe ist noch kein Grund, sie in einem Atemzug zu nennen. Ihren Meinungen, Plural, liegen gewiß Gespräche zugrunde, das ergibt interessante Aspekte, aber ich kann nicht erkennen, daß sie ineinander aufgegangen wären. Eins wäre auch ohne das andere eine ganz unverwechselbare Persönlichkeit geworden. Ich wage kühn zu denken, daß die lutherische großartige Einfachheit ihrer direkten Sprache zu einem Teil aus ihrer Zwiesprache kommen könnte. Diese Helligkeit macht natürlich angreifbarer als jenes deutsche Dunkle, aus dem der deutsche Spinner sich gern seinen immer romantischen Sinn abholt.

„Die Sarah W., die soll ja ihre Dickköpfigkeit bei denen und als sozusagen als deren Schülerin...“ Die Sarah mochte ich schon immer, und nicht nur wegen ihrer unbestrittenen Schönheit.

Mich hatte ein glaubwürdiger Mann am Telefon gefragt, ob ich auch wegen der Richtung der „Partei“ in großer Sorge sei. Ich sagte, ja, das sei ich auch. Ob ich das auch mit unterschreiben würde. Ja, würde ich.

Gerade stark mit Schreiben beschäftigt und abgelenkt, wußte ich eigentlich nicht, worum es geht, aber ich wäre eher in den Kerker gewandert, als mein Jaja zurückzunehmen.

So gehörte ich zu den 38ern, die gerade eben nicht verbrannt wurden. Im letzten Moment kam einer von der Partei zum Einlenken und meinte, etwas taktlos, es sei eben so, wenn „die Kinder“ aus der Art schlagen, daß dann der Vater auch mal die Nerven verliert.

Ich sagte, du bist nicht unser Papa, und wenn du dich entschuldigen willst, dann tu es.

---

<sup>1</sup> Gisela Steineckert bat den Herausgeber anzumerken, daß sie zudem nicht nur keine Ahnung hatte, offensichtlich für die KGB-Aktion „Lutsch“ rekrutiert werden zu sollen, sondern von der Bedeutung dieser Aktion „Strahl“ überhaupt erst 16 Jahre später Kenntnis bekommen zu haben.

Mein Mann hat ja immerhin studiert, da ist es nicht ganz so ulkig, unter die Professoren gehievt zu werden. Aber ich mit meinen sieben Jahren Dorfvolksschule gehörte ja nun auch zur Professorenriege, und das war in jenen Tagen der Schlammschlacht in den Zeitungen keine Bezeugung von Respekt.

Es war auch nicht so, daß sich viele darum gerissen hätten, uns beizustehen.

Auch unser Einlenker von der Partei hat sich nicht entschuldigt.

Also ist dies die Stelle, den Professoren Streisand und Müller Dank zu sagen. Denn: Mein Mann Wilhelm und ich, wir haben uns manchmal festgehalten an einer Wand hinter uns. Ich will nicht pathetisch werden, aber die Hände, die diese Wand Stein um Stein setzten und hielten, die hätten vielleicht auch manchmal ausruhen wollen. Es gab wenige, die uns verteidigt haben. Hanfried Müller stellte sich unerschrocken vor uns und zwar nicht mit blindem Mut, sondern mit herrlich klaren Argumenten, die freilich in seiner Sprache und mit der Glaubwürdigkeit seines respektablen Lebenswerkes besser klangen, als es jede Verteidigung von uns selber vermocht hätte.

War nicht die Zeit und wird lange nicht Zeit dafür sein. Eine Rose, ein Streicheln, ein Versprechen auf Festigkeit und Weiterreichen.

Die Stelle für Treue sitzt im Hirn. Als man mich wissen ließ, ich könnte ohne die Weißenseer Blätter in der DDR besser leben, habe ich angefangen, sie zu lesen. Und in Deutschland über alles seither damit nicht aufgehört.



## Klaus Steiniger

### Der „RotFuchs“-Pate

Wenn ich sage, kein anderer als Hanfried Müller sei der geistige Pate des „RotFuchs“ gewesen, dann ist das weder eine Laune übertriebener Höflichkeit noch eine dem Jubilar überreichte gedankliche Kunstblume.

Vor fast 16 Jahren - im Dezember 1989 - erreichte mich der Brief eines Mannes, dessen Weg ich nie zuvor gekreuzt hatte. Da wir auf gänzlich anderen Schauplätzen in Aktion getreten waren, mußte ich mich - hier sei's gestanden - erst bei Kennern der Biographie des Absenders kundig machen.

Hanfried Müller, dessen hoher politischer, theologischer, wissenschaftlicher und persönlicher Stellenwert mir sehr bald bewußt wurde, hatte an das ND geschrieben, wo ich seit 1967 als Redakteur und Auslandskorrespondent tätig war. Damals erschien in dieser Zeitung eine ganze Serie durch mich verfaßter Kolumnen, die sich der ideologischen Selbstentwaffnung des Blattes durch Leute um den faktischen Chefredakteur Reiner Oschmann und andere einflußreiche Opportunisten entgegenzustemmen suchten. Es war schwer, solche Artikel überhaupt in der Zeitung unterzubringen. Einmal zwang mich Oschmann dazu, außer dem Titel über den Text zu schreiben: „Aus ganz persönlicher Sicht“.

Meine Beiträge, auf die ich hier Bezug nehme, begannen stets mit dem Wort „Über...“. Einer davon erschien mit der Schlagzeile „Über Personen und über die Sache“. Nicht Mittag, sondern Marx sei das Maß, das die Zeiten überdauere, war der Tenor. Das scharf geschriebene Pamphlet stieß bei Hanfried Müller auf lebhafteste Zustimmung. So bekundete er mir seine Sympathie und riet, umgehend gleichgesinnte Journalisten um mich zu scharen, das nach dem „Sonderparteitag“ die „friedliche Revolution“ feiernde Organ Gysis, Bries und Biskys zu verlassen und eine Zeitung herauszugeben, die kommunistisch-sozialistische Positionen intelligent verteidige. Mit anderen Worten: genau das zu tun, was wir dann gut acht Jahre später - vor mittlerweile ebenfalls acht Jahren - mit dem „RotFuchs“ begonnen haben, der bei einer Startauflage von 200 Stück anfing und heute über 14 000 ständige Leser erreicht. Im Winter 1989/90 gab es dafür noch keine materiellen und personellen Voraussetzungen - und wohl kaum auch die notwendige Resonanz.

Hanfried Müllers „historischer“ Brief löste dennoch einiges aus. Sein Verfasser war zu jener Zeit gerade dabei, neben der Arbeit an den „Weißenseer Blättern“ auch noch die „Linke Runde“ in der Karlshorster Ehrlichstraße zu organisieren. So suchte er für seinen Kreis antiklerikaler Theologen geeignete marxistische Gesprächspartner. Auch ich erhielt ein Angebot und willigte sofort ein. Zunächst ging es bei diesem ersten politischen „Salon“ der Kapitulationsgegner darum, für die Wahlen im März 1990 einen gemeinsamen Standpunkt zu er- und begründen.

Die „Linke Runde“ besteht noch immer, wenn auch ihre Teilnehmer inzwischen überwiegend andere sind als in der Stunde jener Irrungen und Wirrungen - einer Konfu-

sion, die manche bis heute als „Wende“ ausgeben möchten, obwohl sie doch wissen müßten, daß es eine klassische Konterrevolution war.

Mit dem „RotFuchs“ bemühten wir uns, den hohen Ansprüchen unseres Paten und Ideengebers einigermaßen gerecht zu werden. Das ist uns sicher nicht immer gelungen. Stets seine ethisch-moralische und politisch-ideologische Norm zu treffen, dürfte schwer sein, zumal wir bei aller Prinzipienfestigkeit auch linken Meinungen gegenüber Toleranz üben, die nicht mit unserer Elle gemessen sind.

Bekanntlich ist der „RotFuchs“ an keine Partei angelehnt, sondern steht für das unitaire Ziel, Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage zusammenzuführen. Dennoch hoffen wir, vor dem messerscharfen Blick und der treffsicheren Kritik unseres eigentlichen Erfinders recht und schlecht bestehen zu können.

In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch, lieber Hanfried Müller!

## Eva Ruppert

### Christlicher Sozialismus? Eine persönliche Reminiszenz

Als ich vor vielen Jahren zum ersten Mal ein Exemplar der „Weißenseer Blätter“ in den Händen hielt, war ich zunächst skeptisch: eine „kirchliche Bruderschaft“ und sozialistische Themen? Wie paßt das zusammen?

Christentum und Sozialismus - oder etwa sozialistisches Christentum? Die letzte Begriffszusammenstellung scheint einleuchtender, ja fast tautologisch, ist doch Christentum - jedenfalls vom Ursprung her - sozialistisch oder gar kommunistisch geprägt. Was später daraus wurde und was es heute ist, ist eine andere Frage. Ähnlich könnte man fragen, was in unserem Jahrhundert oder Jahrtausend aus der kommunistischen Bewegung geworden ist, die einmal in so vielen Ländern Europas verbreitet war.

Vom Saarland, dicht an der französischen Grenze, wo ich geboren wurde, aus beruflichen Gründen in die BRD verschlagen, nicht dort „zu Hause“, bin ich auf dem Weg über christliche Ideologien und Glaubenslehren zum sozialistischen Denken gekommen. Das geschah natürlich nicht von heute auf morgen, aber solange ich denken kann, habe ich soziale Ungerechtigkeit schmerzhaft wahrgenommen und versucht, etwas dagegen zu tun, soweit man das als junger Mensch, als Schülerin und später als Studentin und Lehrerin vermag. Daß das immer nur bruchstückhaft möglich war und zu gesellschaftlicher Veränderung nicht beitragen konnte, war mir stets bewußt und machte mich oft wütend. Der evangelischen Kirche gehörte ich durch Taufe und Konfirmation an, stand ihren wechselhaften Formen, besonders ihren engen Bindungen an den Staat immer skeptisch gegenüber. Erst als 1975 in meinem neuen Wohngebiet ein „Gemeindezentrum“ keine „Kirche“ eröffnet wurde, kam ich nach Jahrzehnten der Distanz dem Umfeld Kirche wieder näher. Der Pfarrer schien aufgeschlossen für neue Formen des Gottesdienstes, auch für politische Fragen, er galt in unserer sehr konservativen Gegend als „rot“; es war die Zeit außerparlamentarischer und anarchistischer Bewegungen bis hin zur RAF. Auf Kirchentagen der siebziger und achtziger Jahre lernte ich Dorothee Sölle und Ernesto Cardenal kennen, Persönlichkeiten, die mich beeindruckten, vor allem beschäftigte mich Sölles „atheistische Theologie“, ja, sie schien mir die einzig einleuchtende zu sein. Einmischung, Widerstand gegen eine Welt des „Kalten Krieges“ und der Militarisierung - das war es, worauf ich gewartet hatte. Ich erinnere mich an eine Begegnung mit Jörg Zink auf dem „Markt der Möglichkeiten“ während eines Kirchentages. Auf meine verzweifelte Frage, was man denn als Einzelner tun könne gegen den Nato-Doppelbeschluß, antwortete er mir in schönstem Schwäbisch: „I mach mei Maul scho auf!“ Zum ersten Mal kam ich hier mit Widerstand in Berührung, der sich nicht einengen läßt auf Begriffe wie „christlich“ oder „sozialistisch“ oder gar „atheistisch“. Und ich lernte Vertreter der Sinti und Roma kennen, die mir bisher nur aus Büchern als „Zigeuner“ bekannt waren. Ich erkannte, daß ein großer Teil der Christen aktiv und bewußt am Kampf um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Imperialismus und soziale Unterdrückung teilnahm. Demgegenüber versuchten aber immer wieder reaktionäre Kräfte in den Kirchen diese Christen durch einen politischen Klerikalismus an die

kapitalistische Gesellschaft zu binden. So wurde später mit Hilfe des polnischen Papstes die Befreiungstheologie in der „Dritten Welt“ zerschlagen und der Sozialismus in Polen durch die antikommunistische Solidarnosc-Bewegung zerstört.

Während eines Kirchentages in Berlin - es kann 1979 gewesen sein - hatte ich zum ersten Mal die Möglichkeit, die Hauptstadt der DDR zu besuchen, wenn auch nur für wenige Stunden. Und bereits in dieser kurzen Zeit war ich beeindruckt von Menschenfreundlichkeit und Kultur. Meine Frage ist heute noch immer: Wie konnte Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft, in einem sozialistischen Staat bestehen? Hat sich nicht 1989 gezeigt, daß sie an erster Stelle verantwortlich war für das Gelingen der Konterrevolution, die sich im Schoß der Kirche entwickeln konnte? Hat nicht eine ständige antikommunistische Unterwanderung durch die West-Kirche stattgefunden? Gibt es nicht doch einen Grundwiderspruch zwischen Christentum und Sozialismus? Bei einem Besuch unserer „Patengemeinde“ in Kalbe/Milde Mitte der achtziger Jahre spürte ich deutlich den Widerspruch zwischen sozialistischem und kapitalistischem Denken, auch innerhalb der Kirche. Ist also „christlicher Sozialismus“ nicht doch eine *contradictio in adiecto*, ein Widerspruch in sich?

Lenin erläutert hierzu den Standpunkt des Marxismus-Leninismus u.a. mit folgenden Sätzen: „Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet ... Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hinieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hinieden, womit sie ihnen eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und Eintrittskarten für die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft.“ (LW 10,70) Schließlich bildet die kapitalistische Gesellschaft die wichtigste Grundlage für die Existenz der Religion in der Gegenwart. Lenin 10,74: „Die Einheit des revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel ... Jedem muß es vollkommen freistehen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d.h. Atheist zu sein, was ja auch jeder Sozialist in der Regel ist.“ (LW 10,71) Ist nicht Religion ein ideologisches Mittel, um die Menschen von der Erkenntnis ihrer wahren Interessen abzuhalten und sie mit der kapitalistischen Gesellschaft zu versöhnen?

Gegen diesen Mißbrauch der Religion wanden und wenden sich verantwortungsbewußte religiöse Kreise und treten für eine Politik der Verständigung, für eine loyale Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte ein, unabhängig von ihrer Weltanschauung.

Angesichts der großen Gefahr des Faschismus in Deutschland kämpften Christen und Sozialisten als Antifaschisten zusammen, in den Konzentrationslagern und im täglichen politischen Widerstand. Pfarrer Schneider, der in Buchenwald aus der Todeszelle seinen Mitgefangenen Mut zusprach, Pater Kolbe, Kaplan Rossaint - sie alle sind Beispiele für einen gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Krieg. Und es war kein Geringerer als der Kommunistenführer Thälmann, der 1933 kurz vor seiner Verhaftung zur Gemeinsamkeit aufrief: „...Zerbrecht den Einfluß der Spalter und Saboteure, die die Verbrüderung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und christlichen

Klassengenossen mit ihren kommunistischen Brüdern zu hintertreiben und zu verraten suchen.“

In den achtziger Jahren absolvierte ich ein Studium der Religionspädagogik in Kronberg im Taunus und kam dort mit sehr aufgeschlossenen Dozenten und Kollegen in Berührung. Auch das Programm entsprach meinen Vorstellungen: Aktualisierung der biblischen Stoffe im sozialpolitischen Sinn. Amos und Jona als Kämpfer gegen soziale Ungleichheit, der verlorene Sohn als Drogensüchtiger in einer unmenschlichen kapitalistischen Gesellschaft. Mit meinen Schülern entwickelte ich Projekte zum Thema Apartheid, Krieg und Frieden - die Friedensgesellschaft war damals noch sehr stark - und ich ließ im eigenen Schularchiv die NS-Zeit erforschen. Inzwischen hatte ich mich anhand von DDR-Literatur im Selbststudium mit den Werken von Marx, Engels und Lenin beschäftigt. So konnte ich meinen Oberstufenschülern im Ethik-Unterricht den Unterschied zwischen Materialismus und Idealismus, zwischen Metaphysik und Dialektik nahe bringen. Sind dies doch die Grundlagen, auf denen jede Ideologie, die christliche wie die materialistische basiert. Zeitzeugen, die ich, in die Schule einlud, waren damals christliche oder kommunistische Widerstandskämpfer (letztere wurden allerdings in der Schule nicht gern gesehen), heute sind es Bombenopfer und Flüchtlinge, also Vertreter der Tätergeneration!

Um auf die ursprüngliche Frage zurückzukommen: Ist - wie Karl Marx im Manifest der kommunistischen Partei formuliert - „der christliche Sozialismus nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsegnet“? „Hat das Christentum nicht auch gegen das Privateigentum, gegen die Ehe, gegen den Staat geeifert? Hat es nicht die Wohltätigkeit und den Bettel, das Zölibat und die Fleischestötung, das Zellenleben und die Kirche an ihrer Stelle gepredigt?“ (ebenda, Dietz 1984, S. 56) Ist nicht Religion „Opium des Volkes“? Meine Frage bleibt: Wäre in einer Welt, in der alle Menschen friedlich miteinander leben können, in der - wie Schiller es in einem Distichon formuliert - die Würde sich von selbst ergibt, wenn die Grundbedürfnisse wie Essen und Wohnen befriedigt sind - wäre in einer solchen Welt die Hypothese eines „Weltenlenkers“, der doch immer anthropomorph bleiben muß, notwendig oder sinnvoll?

Vor mehr als hundert Jahren löste August Bebel im Reichstag eine stürmische Debatte aus, weil er angesichts der Arbeitslosigkeit und der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zitierte, was Heinrich Heine vor 150 Jahren im Gedicht ausgesprochen hatte:

„Es wächst hinieden Brot genug  
für alle Menschenkinder  
auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust  
und Zuckererbsen nicht minder,  
Ja, Zuckererbsen für jedermann,  
sobald die Schoten platzen!  
Den Himmel überlassen wir  
Den Engeln und den Spatzen.“

Solange wir im Kapitalismus leben, muß es also für Christen und Atheisten Ziel sein, gemeinsam für eine Welt zu kämpfen, in der es „Arbeit, Brot und Völkerfrieden“ für

alle Menschen gibt, in der die Güter der Erde gerecht verteilt sind, für eine „sozialistische Globalisierung“, die es nur in einer klassenlosen Gesellschaft geben kann.

## Wolfram Triller

### Wider die babylonische Verwirrung

Als im Januar 1982 das erste Heft der Weißenseer Blätter erschien, war das ein kühnes Unternehmen, und es ist es bis heute geblieben. Das liegt vor allem an dem Anspruch, der das Handeln der Herausgeber bestimmt: „Wir meinen, daß es nur eine Wahrheit gibt.“<sup>1</sup>

Ihr Satz „Jesus Christus, das eine Wort Gottes, ist *die* Wahrheit und *das* Leben“ begründet sich auf Ihrer Überzeugung, daß Christus die gesamte Menschheit im Blick hat. „Er aber schließt die in sein Leben ein, die ihm das Leben nehmen. Ausschließlich er schließt keinen aus. Er verbindet die Menschen, die sich durch ihre Gottesbilder und Menschenbilder trennen. ... Wir sind sein, nicht er ist unser Eigentum - und mithin hat die Wahrheit uns, nicht wir sie. Wir sind keine Wahrheitsbesitzer.“

„Die Wahrheit hat uns“ ist für die Herausgeber die Verpflichtung zur Suche: „Um richtig oder falsch geht es - im Denken und im Handeln. ... Darum ist es zwar gut und nötig, daß wenn möglich alle nach den rechten Wegen suchen, aber gefunden werden muß der eine richtige Weg, den man gemeinsam geht. Darum darf die Pluralität der Diskussion nicht umschlagen in einen Pluralismus der Entscheidungen. ... Unser Ziel ist es, Fakten zu erklären, ihre Ursachen zu zeigen, sie wenn nötig zu verändern oder ihre Unabänderlichkeit zu begründen. Das aber geht nicht, wenn man vor Fakten die Augen verschließt, wenn man sie hysterisch dramatisiert oder sie um der Ruhe und des lieben Friedens willen verharmlost.“

Diese Art des Suchens nach der Wahrheit steht in krassen Gegensatz zu der Auffassung: Jeder hat seine eigene Wahrheit, man muß deshalb nach allen Seiten offen sein. Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein. Unter dem Deckmantel „Laßt alle Blumen blühen“ geht es den „Liberalisten“ bei genauerem Hinsehen in Wirklichkeit um die Durchsetzung ihrer eigenen egoistischen Interessen. Denn die „Akzeptanz einer (vermeintlichen) Wahrheit“ hängt auch von den Machtverhältnissen und den damit verbundenen Interessen ab.

Die Weißenseer Blätter sind bei der Wahrheitssuche erprobten Prinzipien gefolgt:

- „Es gibt unzählig viele Irrwege und Lügen, aber nur diesen einen Weg und diese eine Wahrheit. Darum sind wir gegenüber der Wahrheit nicht relativistisch und skeptisch, sondern skeptisch sind wir gegenüber einem Pluralismus, der die Wahrheit relativiert.“

- „Kritisch sind wir gegenüber einer Toleranz, die die Unwahrheit nicht leidend erträgt, sondern gleichgültig duldet. Fragwürdig ist uns eine Liberalität, die aus dem Satz: ‚Irren ist menschlich‘ den Satz macht: ‚Irren ist erlaubt‘. Insoweit sind wir theologisch ‚rechts‘ und ‚orthodox‘.“

---

<sup>1</sup> Die nachfolgenden Zitate sind entnommen aus: *Wie links sind eigentlich die Weißenseer Blätter?* von Christian Stappenbeck und Hanfried Müller. Dieser Text wurde als Rede 1978 anlässlich einer Einladung des Weißenseer Arbeitskreises gehalten und 1988 in den WBl dokumentiert, nachzulesen unter: [www.weissenseerblaetter.de/uns.htm](http://www.weissenseerblaetter.de/uns.htm)

- „Darum sind wir auch im Blick auf die Erkenntnis der Welt nicht relativistisch und skeptisch. Um richtig oder falsch geht es - im Denken und im Handeln. Was recht und richtig ist, *kann* zwar in der Mitte liegen, *muß* es aber nicht. Der ‚goldene Mittelweg‘ ist zwar meist bequem, aber nur selten richtig.“

- „Zwar gibt es meist viele Wege, um das Rechte und Richtige zu erkennen, aber in der Regel ist nicht vieles, sondern nur eines wirklich recht und richtig, ...“

Auch nach dem Abbruch des sozialistischen Entwicklungsweges in der DDR sind die Weißenseer Blätter ihrer Grundüberzeugung treu geblieben. Sie wurden nicht mit Blindheit für die wirklich ablaufenden Prozesse geschlagen und waren nicht bereit, für ein „Linsengericht“<sup>2</sup> oder gar die „Fleischtöpfe Ägyptens“ „zween Herren“ zu dienen. Im „Tohuwabohu“ der Vereinigung der beiden deutschen Staaten machten sie „aus ihrem Herzen keine Mördergrube“. Sie vertrauten darauf, daß dem, der „Ohren hat, zu hören“, auch bald „ein Licht aufgehen“ wird. Denn „unrecht Gut gedeihet nicht“ und „an den Früchten erkennen“ kann man jene, die nur notdürftig mit einem „Feigenblatt“ ihre wahren Interessen verhüllen und in Wahrheit „Wölfe in Schafskleidern“ sind.

Indem die Weißenseer Blätter immer wieder den „Baum der Erkenntnis“ aufrichten, leisten sie ihren Beitrag dafür, daß die Menschen nicht weiter mit „Blindheit geschlagen“ werden können. Es lohnt sich, „wieder den Strom zu schwimmen“, denn „der Mensch lebt nicht vom Brot allein“. Er kann lernen, „die Spreu vom Weizen zu trennen“ und dafür sorgen, daß jene, die „Wind säen“, „Sturm ernten“ werden.

In den zurückliegenden 15 Jahren sind immer mehr Menschen „die Schuppen von den Augen gefallen“. Die Verheißungen über das neue Zeitalter der Globalisierung erweisen sich nur als „neuer Wein in alten Schläuchen“. Viele der „friedlichen Revolutionäre von 1990“ haben inzwischen gelernt, „Du sollst niemanden rühmen vor seinem Ende“. Nicht wenige bedauern, die „Perlen vor die Säue geworfen“ zu haben. Denn das „zweischneidige Schwert“ des Kapitalismus schafft Sieger und Verlierer, Arme und Reiche - es spaltet die Gesellschaft. Jene, die die Macht haben, „teilen den Raub unter sich“.

Es ist ein Verdienst der Herausgeber der Weißenseer Blätter, in ihren Heften weitgehend vermieden zu haben, daß ihnen „Unkraut zwischen den Weizen gesät“ wurde. Doch dem Leser wurde zugleich geholfen, das Unkraut zu erkennen und sich ein eigenes Urteil zu bilden; aus Fehlern zu lernen und nicht mehr ihr „Leid in sich zu fressen“. Sie wurden ermuntert, „auf Herz und Nieren zu prüfen“, denn wer „suchet, der findet“ die Wahrheit.

Obwohl die Weißenseer Blätter in größeren zeitlichen Abständen erschienen, waren sie doch immer aktuell, weil sie sich auf Wesentliches - auf die „Zeichen der Zeit“ - konzentrierten und auf jegliche Effekthascherei verzichteten. Denn „jegliches hat seine Zeit“ und Geduld ist ein besserer Ratgeber als vorschnelles Entscheiden. Mancher Beitrag mag wie eine „Hiobsbotschaft“ geklungen haben. Vor allem, wenn „die Axt an die Wurzel gelegt“ wurde. Doch dabei wurde schnell klar, daß der „Geiz die Wurzel allen Übels“ ist und nur ein „Ende mit Schrecken“ nehmen kann.

Vor allem aber vermitteln die Weißenseer Blätter die Überzeugung, daß der Kapitalismus ein „Koloß auf tönernen Füßen“ ist, der ähnlich wie „der Teufel umhergeht wie ein brüllender Löwe“. Die Befreiung vom Teufel erfordert als ersten Schritt, die „fa-

---

<sup>2</sup> Zitate aus der Bibel



schen Propheten“ zu entlarven und ihre Heilsversprechen wie „Spreu im Wind“ hinwegzufegen.

Natürlich ist der Wirkungskreis der Weißenseer Blätter begrenzt. Aber als „Pfahl im Fleisch“ eines zum Untergang verurteilten Systems, leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Beendigung des „Tanzes ums goldene Kalb“. Das wird durch eine große Anzahl von Autoren - „dienstbaren Geistern“ - ermöglicht, die als „Täter des Worts“ in Klassenauseinandersetzungen erfahren sind und die geistigen Waffen schmieden, die einen erfolgreichen Kampf ermöglichen.

Ein Nebenschauplatz dieses Kampfes ist das Internet, wo die Weißenseer Blätter seit dem 16.04.2001 nachgelesen werden können. Bisher wurde auf die Webseite über 85.000 mal zugegriffen, etwa 600 mal pro Woche. Die Zahl kommt vor allem durch die Suchmaschinen im Internet zustande. Doch etwa 100 Webseiten, die jeweils ein Heft beinhalten, werden wöchentlich gelesen bzw. heruntergeladen. Auch die Weißenseer Blätter müssen im Internet mit der Tatsache leben, daß dieses Medium nur eine Informationsquelle für eine kleine Zahl Eingeweihter ist, die nicht nur das Medium technisch beherrschen, sondern auch in der Lage sind, in diesem ständig wachsenden Müllhaufen von Daten<sup>3</sup>, die wenigen, für die Verbesserung der Welt nützlichen Informationen zu finden. Das setzt aber zuerst einmal voraus, daß man die Welt verbessern will. Diese Einstellung erwächst aber nicht aus der Nutzung des Internets, sondern aus der Teilnahme an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und der Einsicht, daß die Welt, so wie sie ist, nicht weiter existieren kann. Die daraus entstehende „Suchmotivation“ kann dann mit einer Webseite (mit einem speziellen Informationsangebot) befriedigt werden. Die Zugriffshäufigkeit auf eine Internetseite ist damit indirekt ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Situation, vor allem vorhandener Interessen.

Für die Interessen der Menschen aber gilt: „Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.“<sup>4</sup> „In einem Palast denkt man anders als in einer Hütte.“<sup>5</sup> Die „Umstände“ sind aber gegenwärtig durch die Klassenherrschaft des Kapitals bestimmt, das weder Mühen noch Kosten scheut, die Köpfe der Menschen mit jenen Daten zuzuschütten, die seine Klassenherrschaft sichern sollen. So halten die meisten „Hüttenbewohner“ die herrschenden Verhältnisse als das letzte Wort der Geschichte, sie glauben den Heilsversprechern oder fügen sich in ihr Schicksal. Mancher ist schon glücklich, wenn er für sich eine individuelle Nische gefunden hat und hoffen kann, darin zu überwintern. Selbst dort, wo Protest laut wird, geht er in die Irre, wenn er auf die Wiederherstellung der „guten alten Verhältnisse“ oder die „Minderung der sozialen Grausamkeiten“ oder die Reformierung des Profitsystems gerichtet ist.

Die Herausgeber des Weißenseer Blätter wissen, daß man den Klassenkampf nicht mit Worten aus der Welt schaffen kann. Er findet statt und braucht auf Seiten der Opfer des Profitsystems eine klare Vorstellung von den realen Klassenverhältnissen - die Wahrheit über die Bewegungsgesetze gesellschaftlichen Handelns, eine wissenschaftliche Interpre-

---

<sup>3</sup> Informationen besitzen gegenüber von Daten die Eigenschaft, daß sie dem Nutzer dabei helfen können, seine Ziele zu erreichen.

<sup>4</sup> F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, In: MEW Bd. 21, S. 298

<sup>5</sup> Ebenda S. 286

tation der Welt. Diese Weltsicht kann das Kapital nicht bieten. Es würde sonst seine eigene Existenz in Frage stellen. Es kauft sich deshalb die Apologeten, Scharlatane und Lakaien, die bereit sind in Forschungsinstituten, Beratergruppen und Medien, die Wirklichkeit falsch zu „belichten“ oder wissenschaftliche Erkenntnisse (vor allem der Psychologie) als Waffe gegen die Ausgebeuteten einzusetzen.

Dagegen sind Klassenkampf Erfahrungen verbunden mit einer „wissenschaftlichen Weltanschauung“ die Grundvoraussetzungen für die Arbeiterklasse, ihr Klassenbewußtsein zurück zu gewinnen und die Menschheit von der Geißel der Ausbeutung, des Krieges und der Zerstörung der Menschenwürde zu befreien. Bei der Befreiung der Arbeiterklasse von der Bevormundung durch die Bourgeoisie spielen die Weißenseer Blätter mit ihrer Wahrheitssuche die Rolle eines Sämanns, von dem es heißt: „Es ging ein Sämann aus, zu säen seinen Samen. Und indem er säte, fiel etliches an den Weg und ward zertreten, und die Vögel unter dem Himmel fraßen es auf. Und etliches fiel auf den Fels; und da es aufging, verdorrte es, darum es nicht Saft hatte. Und etliches fiel mitten unter die Dornen; und die Dornen gingen mit auf und erstickten, s. Und etliches fiel auf ein gutes Land, und es ging auf und trug hundertfältige Frucht.“<sup>6</sup>

Mögen die Weißenseer Blätter auch in Zukunft reiche Frucht tragen. Dem verantwortlichen Herausgeber ist zu wünschen, daß er seine Tätigkeit auch weiterhin als köstlich empfindet, getreu der Erkenntnis: „Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn es hoch kommt, so sind, s achtzig Jahre, und wenn, s köstlich gewesen ist, so ist's Mühe und Arbeit gewesen.“<sup>7</sup> Was er 1978 formulierte ist wert zu einer Lebensmaxime jedes Sozialisten zu werden: „Es geht um die verantwortungsbewußte Freiheit, ‚alles zu prüfen und das Gute zu behalten‘. Das Gute ist nicht einfach alles, was als nützlich oder zweckmäßig erscheint. Daß uns letztlich die Wahrheit zugute kommt, schließt gerade nicht ein, sondern aus, einfach für wahr zu halten, was uns nützt. Und Freiheit heißt nicht, Beliebiges tun zu können, sondern es heißt Vermögen und Macht und Verantwortung dazu und dafür, das Not-Wendende zu tun und die ‚Notwendigkeiten‘ so zu erkennen, anzuerkennen und zu verändern, daß das möglich wird. Wer und was immer so geprüft wird und sich nicht gerne prüfen läßt, wird sich getroffen fühlen. Ohne das geht es nicht, wenn wir gemeinsam den besten Weg zum gebotenen Ziel finden wollen. Selbstgerechtigkeit steht der Gerechtigkeit, Selbstsucht der Liebe und Selbstmitleid der Barmherzigkeit im Wege, und wir werden uns im Blick darauf freimütig und offen kritisieren müssen, wenn wir den Weg zu einem überzeugten Handeln finden wollen, das weder einem chaotischen noch einem akklamativen Spontanismus erliegt, sondern dazu hilft, daß wir als Kirche in der sozialistischen Gesellschaft unsere politische Mitverantwortung bewußt, besonnen und entschieden wahrnehmen.“<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Das Gleichnis vom Sämann in Lukas 8, 5- 8

<sup>7</sup> Psalm 90,10

<sup>8</sup> In: Wie links sind eigentlich die Weißenseer Blätter? von Christian Stappenbeck und Hanfried Müller

## Horst Jäkel

### Spurensucher-Gemeinschaft

Im Jahre 1998 wurde durch Ursula Münch der Grundstein zu einer Unabhängigen Autorengruppe „So habe ich das erlebt“ gelegt. Ein Jahr später erschien der erste Band einer längeren Reihe unter dem Titel „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“.

Mehr als siebenzig Autoren kamen übereinstimmend zu dem Schluß, daß 1953 der erste konterrevolutionäre Versuch zur Liquidierung der DDR zu recht scheiterte.

Als im Jahre 2003 der 7. Band dieser Buchreihe mit etwas verändertem Logo (Unabhängige Autorengruppe „Als Zeitzeugen erlebt“; Spuren der Wahrheit) mit dem Titel „Vereinnahmung der DDR“ erschien, da enthielt derselbe auch einen fundierten Beitrag von Prof. Dr. Hanfried Müller (S. 106-109). Dessen kritische Auseinandersetzung mit deutschen Linken aus Ost und West erschien zuerst in den Weißenseer Blättern und gefiel der unabhängigen Spurensucher-Gemeinschaft besonders wegen der marxistischen Grundaussage, der wissenschaftlichen und historischen Fundiertheit, der klaren Sprache und der treffenden Charakterisierung linker Oberflächlichkeit und fauler Kompromisse („Dr. Lieschen Müller“ und andere Wendehälse.)

In diesem Buch wird die Konterrevolution von 1989/90 aufs Korn genommen und mit klaren Beweisen belegt. Es wurde begonnen, deren Ursachen und begünstigenden Bedingungen zu analysieren.

Inzwischen erscheint der 8. Band („Bewahrenswertes DDR-Erbe“) dieser Reihe. Und darin kommen mehrere Autoren zu Wort, die zum Freundeskreis von Prof. Dr. Hanfried Müller - zum Autorenkreis der Weißenseer Blätter - gehören. Diese Arbeit verlangt nach einer gewissenhaften Fortsetzung.

Warum habe ich so weit ausgeholt, um meine Wertschätzung für Prof. Dr. Hanfried Müller zum Ausdruck zu bringen?

Spricht das nicht für einen Menschen, wenn dessen Denken, Schreiben und Wirken anderen denkenden Menschen inspiriert und zum Handeln ermuntert? Seit mehr als 13 Jahren ist mir das Ehepaar Müller durch die „Marzahner Runde“ von Renate Schönfeld bekannt. So lange fahre ich fast regelmäßig nach Berlin, um an den Gesprächsrunden dieses linken, marxistischen Freundeskreises teilzunehmen. In diesen Jahren habe ich viel gelernt und „profitiert“ für meine ehrenamtliche politische Arbeit. Selbstverständlich wurde ich Abonnent und eifriger Leser der Weißenseer Blätter. Immer wieder helfen mir die Beiträge der WBl bei der Auseinandersetzung mit linken „Bremsklötzen“, die die außerparlamentarische politische Arbeit vernachlässigen, sich einseitig auf die parlamentarische Tätigkeit orientieren (nicht selten „Pöstchenjägerei“ im Auge haben), und die das Ausbeuterregime unterschätzen und verharmlosen und nicht selten die DDR verteufeln. Für mich sind die WBl eine wichtige Quelle für die marxistisch-leninistische Bildungsarbeit.

Meine Hochachtung gilt den Schöpfern der Weißenseer Blätter und ihrem Chefredakteur.

Herzlichen Glückwunsch, verehrter Prof. Dr. Hanfried Müller, zum 80!  
Mögen uns beide Müllers noch viele Jahre gesund erhalten bleiben!

Horst Jäkel  
Potsdam, 22.09.2005

## **§ 4 Theologische Fakultät und Sektion Theologie**

## Christian Stappenbeck

### H. M. - der gänzlich Uneitle. Mit einem Anhang<sup>1</sup>

Hanfried Müller war nicht mein Doktorvater. Er hat aber, als Ehemann meiner Promotrix, oft und ohne Murren sich Zeit genommen, Thesen zu erörtern und aus seiner Erinnerung Episoden beizusteuern zum Verständnis der Gestalten und kirchlichen Kämpfe in der Zeit, die ich bearbeitete, der Ära Dibelius.

Hier will ich eine Seite an ihm rühmen, die mich in einem der abendlichen Gespräche beeindruckte. Von einer Idee oder These Müllers angetan, fragte ich ihn, wie diese nun von mir quellenmäßig zu belegen sei, mit seinem Namen als Urheber. Er wehrte ab und meinte sinngemäß: Wenn eine brauchbare Idee weitergetragen werde, sei das Ehre genug; auf die urheberschaftliche Nennung des Namens könne er gern verzichten.

Solcher ganz selbstlose Standpunkt war mir durchaus neu, überraschend und frappierend. Waren nicht die Gelehrten sonst sorgsam darauf bedacht, ihr geistiges Eigentum hochzuhalten? - Weitere Anzeichen für diesen Charakterzug fand ich in den Zeugnissen aus der Arbeit und Diskussion der kirchlichen Bruderschaften. Beispielsweise während der Erarbeitung des Wortes des Weißenseer Arbeitskreises „Von der Freiheit der Kirche zum Dienen“: Der begleitende Briefwechsel dazu zeigt keinerlei Anspruch auf geistiges Eigentum, sondern allein den strengen Ruf Müllers „an die Arbeit“ und „zur Sache“. Und auch in seiner „Evangelischen Dogmatik“, worin im Anhang unter der Anmerkung Nr. 753 das genannte Wort der berlin-brandenburgischen Bruderschaft kommentiert wird, kein Wort über Müllers Anteil an der Abfassung.

Weder selbstgefällig noch gefallsüchtig, weder wichtigtuend noch auftrumpfend, sondern uneitel und gelegentlich sich selbst ironisierend - so war der damalige Mittdreißiger und so ist der spätere H.M. geblieben.

Vielleicht freut ihn die Mitteilung, daß ich zumindest einmal seinem Beispiel folgte. Bei einer kirchengeschichtlichen Konferenz, es ging um den angeblichen Kirchenkampf in der DDR, trug der Redner einen interessanten Gedanken vor - und ich wußte, er hatte ihn von mir, denn er hatte dem früher einmal vehement widersprochen. Beinah hätte ich mich hinreißen lassen... aber dann sagte ich mir: halt.

Ein Wort auch zur Fähigkeit Müllers zur Selbstironie. Eine alte, anklägerische Archivakte contra Müller, die kürzlich bei mir auftauchte, zeugt davon. Es war die erste Zeit seiner Hochschullehrertätigkeit, überschattet vom Boykott der Vorlesung durch die Studenten der Theologie. Der damalige Dekan Fascher berichtet befremdet von einem Vorkommnis beim Begrüßungsabend, der für die Neuimmatrikulierten der Fakultät üblicherweise stattfand. Im Verlauf des Abends erzählte der Dekan zur Auflockerung Anekdoten und forderte die „jüngeren Herren“ des Lehrkörpers auf, ebenfalls etwas Lustiges beizutragen.

---

<sup>1</sup> Fundstelle: BArchiv Bln., Akten-Sign. DO 4/482 (Abt. Dt. Reich; DDR 2-05) mit besonderem Dank an Frau Kotras und Herrn Dr. Naasner für die Unterstützung.

Als die Reihe an Müller kam, äußerte er: Zur Abwechslung wolle er nicht etwas Komisches über andere, sondern über sich selbst erzählen. Frage: Was ist der Unterschied zwischen einem Telefon und dem Dozenten Müller? Antwort: Das Telefon hat wenigstens *einen* Hörer.

Beachtlich, in der damaligen betrüblichen Situation, der Versuchung zu widerstehen, die Lacher auf Kosten anderer für sich einzunehmen.

Das Fundstück, aus dem diese Reminiszenz stammt, sei diesem Grußwort für den 80jährigen H.M. beigelegt.

x

Der Vorsitzende der CDU Gerald Götting erhielt seinerzeit in der Sache Müller sorgenvolle Briefe von Fakultätsangehörigen. Darunter ein Resümee des Dekans mit der Überschrift „Wie das Ehepaar Müller in die Fakultät kam“; daß diese Berufung geschehen konnte... ein Skandal in den Augen der Klerikalen und eine schwierige Sache mit Verdruß für die staatlichen Stellen, denen ein Streit zwischen ihren CDU-Bündnisfreunden und den „snobistischen“ (G.G.) barthianischen Theologen ganz und gar nicht paßte.

Damals meinte Gerald Götting (zu seiner Ehre sei gesagt, daß er später ein treuer Leser der Weißenseer Blätter wurde): „Sicherlich nützt die Tätigkeit der Familie Müller nicht der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus dem denkwürdigen Gespräch des 9. Februar 1961 für die Zusammenarbeit von Marxisten und Christen ergeben.“<sup>2</sup>

Tempora mutantur. In den sich ändernden Zeiten war H.M. sich aber nicht zuletzt auch darin treu, daß er frei blieb von Ruhmsucht und kein Aufhebens macht von seiner eigenen Person.

### Abschrift

#### Wie das Ehepaar Müller in die Fakultät kam

##### 20.1.59

Beim Mittagessen in der Professorenmensa berichtet Prodekan Vogel, Frau Fessen habe ihn zum Kaffee in die Wohnung geladen und eröffnet, das Ehepaar Müller werde demnächst eine Dozentur erhalten, Rektor Hartke wünsche das. Der Dekan und die Fakultät sind gar nicht befragt.

##### 17.2.59

Nachmittags 14.30 Uhr zu Frau Fessen ins Amtszimmer geladen.

Sie eröffnet mir, die Ernennung des Ehepaares Müller zu Dozenten. Fürsorglich hat sie mit ihnen telefonisch schon Vorlesungen verabredet, ohne daß die Fachkollegen der Fakultät befragt worden sind. Es sollen Pflichtvorlesungen sein, damit die beiden nicht ohne Hörer bleiben! Erklärte sofort, daß das die Fakultät nicht unwidersprochen hinnehmen würde. Sie erklärte, man werde dem Staat sein Ernennungsrecht nicht bestreiten können.

---

<sup>2</sup> Fundstelle: Siehe Anm. 1.

18.2.59

Lebhafte Fakultätssitzung mit dem Beschluß, der Dekan solle beim Rektor Beschwerde einlegen gegen die Ernennung des Ehepaares Müller.

23.2.59

10.45 - 11.30 Uhr Besprechung mit Rektor Hartke. Sehr freundliche Aussprache. Hartke lehnt strikt ab, daß Frau Fessen hinter dem Rücken der Fakultät Kollegs festsetzt und zur Pflicht machen will. Das könne sich eine Fakultät nicht gefallen lassen, auch in anderen Fakultäten werde dergleichen zurückgewiesen. H. habe an Herrn Müller als Dozenten Interesse, da er ausgezeichnet verstehe, Kontakte zu westl. Theologen herzustellen, Frau Müller interessiere ihn weniger. Bestehe die Fakultät auf ihrem Vorschlagsrecht, müsse auch Ernennung Dr. Wallis zurückgezogen werden; denn diese drei Ernennungen hingen zusammen. Kampf mit der Kirche wolle H. natürlich nicht, aber diese Seite der Sache sei nicht erwogen worden bei den Überlegungen, inwieweit die Fakultät eine wichtige Kontaktstelle zwischen Ost und West sein könnte. Erbiete mich, zur Aussprache ins Staatssekretariat zu gehen.

12.3.59

Abschriftlich Mitteilung des Rektors, daß Müller ab 1.1.59, Wallis ab 1.2.59 zu Dozenten ernannt seien.

13.3.59

Offene Aussprache mit Ehepaar Müller um 11 Uhr. Erfahre, daß Herr M. mit Prodekan Vogel in einem Hotel Unter den Linden ein Gespräch hatte, wo V. Herrn M. Ernennung ankündigte und schon Vorlesungsthemen besprach. Vogel habe darüber in der letzten Fakultätssitzung nichts sagen dürfen, der Dekan durfte es nicht wissen!

So ist das Ehepaar M. in die Fakultät gekommen!

Herr M. hat in letzten Jahren Reisen gemacht, ohne dem Dekan je zu melden, daß er von Berlin abwesend sei. Kollegs oder Übungen hat er nicht zustandegebracht. Die Studenten lehnen ihn ab, nachdem sie einmal den Versuch mit einem Seminar gemacht haben.

Im September 1962 sollte Herr M. auf Vorschlag Vogels die Vorbereitungstage für die ersten Semester gestalten helfen. Vogel schlug das in einer Sitzung (in Gegenwart von Frau Fessen, mit der er wiederholt in der Professorenmensa gesessen und dort längere Unterredungen gehabt hat) ganz unvermutet vor. Die Dinge liefen so, daß Herr M. mir mitteilte, wenn die Gestaltung der Tage so erfolgt, daß er sie nicht verantworten könnte, weil sie seiner Auffassung nicht entsprächen, müsse er bedauern, in der fraglichen Fakultätssitzung seine Zustimmung zur Mitarbeit gegeben zu haben. An seine Stelle trat FDJ-Vertreter Schwartzkopf, dessen Promotionsarbeit ich beanstanden mußte, weil sie im Schlußabschnitt offensichtlich Atheismus vertritt. Ohne Änderung dieses Textes lehnte ich als verantwortlicher Fachrichtungsleiter Annahme der Pflichtexemplare und Aushändigung der Urkunde ab! Sie ist bis heute nicht abgeholt worden. Die Disputation (Mai 1962, unter Vogels Leitung, ich war damals zur Osterreise nach Moskau) hat leb-



haftes Befremden erregt bei den Studenten. Schw. selbst hat bei Einleitung in eine philosophische Übung gesagt: Ich bin Dr. theol., aber ich bin Marxist.

So hat mich eine Studentendelegation mit ehrlicher Sorge, was das denn werden sollte, befragt, könnten solche Leute sie als Diener der Kirche ausbilden?

Ich sagte andeutungsweise Koll. Vogel davon. Er sagte wütend: das sind diese kleinbürgerlichen Piätisten, die nichts lernen wollen. Im Westen gibt es ja Existenzialisten auf theolog. Lehrstühlen.

Was soll das? Könnte sich Herr Vogel erlauben, solche Leute in Zehlendorf anzubieten? Ist der Westen für uns maßgebend? Die Studenten, denen echte seelische Not im Gesicht geschrieben stand, erklärten, sie gingen nicht zu Dr. Müller, die böten auch nicht die Handhabe zu einem Lehrerfolg, damit solche Dozenten hernach die Fakultät beherrschten!

Was soll man dagegen sagen? Darf man diese anständigen Jungen, die in jedem Ernteeinsatz hervorragend arbeiten, als „kleinbürgerlich“ beschimpfen, weil sie intellektuellen Akrobaten nicht trauen, die Theologie und Marxismus verquicken wollen und sich keinen Deut um die Erklärung vom 9.2.61 kümmern?

Soll der Berliner Dekan die klare Linie einer Ausbildung zu echten Christen und guten Staatsbürgern verfolgen können oder darf er weiter durch diese (und nach manche andere) Vorgänge hinten herum gehemmt und behindert werden?

Das ist die sorgenvolle Frage

Ihres alten  
(gez.) Erich Fascher

### **Abschrift**

#### Aktenvermerk

1.

Bis 1956 gab Herr Ludwig Zimmerer zunächst in Essen, später in Düsseldorf hektografierte Zeitschriften „Glaube und Vernunft“ bzw. „Umschau im Katholizismus“ heraus, die so etwas wie ein theoretisches Organ von Kreisen katholischer Jugendlicher in Nordrhein-Westfalen sein sollten, die gegen die Remilitarisierung kämpften. Die Stellungnahme gegen das Adenauer-Regime verband sich bei Zimmerer in zunehmendem Maße mit der Einnahme atheistischer Positionen, mindestens aber mit einer sozusagen ultra-marxistischen Kritik an der Katholischen Kirche, aber auch an solchen Katholiken, die ihre Position gegen Adenauer anders als er und seine Freunde, nämlich katholischer, kirchlicher, begründeten.

Da Zimmerer schon früher Kontakte zum Deutschen Friedensrat, vornehmlich zu Dr. Eberlein, unterhielt, wurde er auch mit vielen Persönlichkeiten der DDR bekannt, und es war typisch für ihn, daß er bei Gesprächen mit diesen Persönlichkeiten immer wieder den Versuch unternahm, seine extrem-ideologischen Positionen auch seinen Gesprächspartnern in der DDR plausibel zu machen. In diesem Zusammenhang ist vor allem seine Kritik an der Existenz einer christlichen Partei in der DDR charakteristisch.

Bei seinen Besuchen in der DDR lernte Zimmerer Hanfried Müller kennen, und sie trafen sich gerade a) in einer sozusagen atheistischen Begründung der Haltung von Christen gegenüber dem Sozialismus und b) in der Ablehnung der CDU. Zimmerer hat bei dieser Gelegenheit auch Artikel von Hanfried Müller zu solchen Problemen erhalten und in seinem Publikationsorgan abgedruckt.

Weiterhin wurden Zimmerer und seine Freunde, darunter H. Fessen, mit einer Jenenser Theologiestudentin, Friederun Milde, bekannt. Sie verlobte sich zunächst mit einem jungen katholischen Arbeiter aus diesem Kreis, später heiratete sie H. Fessen, der in die DDR übersiedelte. Inwieweit sie, die ursprünglich in Jena Theologie studiert hatte, in ihrer späteren Entwicklung von den Gedanken Müllers, Zimmerers u.a. beeinflußt wurde, läßt sich natürlich schwer sagen. Ihr Lehrer, Prof. Hertzsch, ist jedenfalls von ihr mehr als enttäuscht worden.

Wahrscheinlich ist die Bekanntschaft zwischen Friederun Milde und Hanfried Müller ebenfalls über Zimmerer erfolgt. Am 8. Parteitag der CDU 1956 nahm Ludwig Zimmerer als westdeutscher Gast teil. Er fuhr von Weimar, wo der Parteitag stattfand, direkt nach Warschau. Dort geriet er in die sogenannten „Oktober-Ereignisse“ und lernte bei dieser Gelegenheit den Chefredakteur der Hamburger „Welt“, Zehrer, kennen. In diesem Augenblick „vergaß“ Zimmerer seine ideologischen Positionen, seinen Linksradikalismus, seine „marxistischen“ Auffassungen - er wurde Büttel der Presse des kalten Krieges in Westdeutschland, nämlich Warschauer Korrespondent des Springer-Blattes „Die Welt“.

2.

Für alle Aktionen der friedliebenden und fortschrittlichen Christen in der DDR, ihre Gemeinsamkeit in der Zusammenarbeit für unseren Staat und ihre Gemeinsamkeit mit den marxistischen Freunden zu formulieren, hat Hanfried Müller immer nur ein zynisches Lächeln. Typisch ist sein Brief, den er aus Anlaß des 9. Februar 1961 an Professor Emil Fuchs geschickt und den das „Evangelische Pfarrerblatt“ 2/62 nachgedruckt hat. Aus Anlaß dieser Veröffentlichung habe ich im März 1962 einen Brief an die Redaktion des „Evangelischen Pfarrerblattes“ gerichtet, der als Anlage beiliegt. Der Brief wurde im „Evangelischen Pfarrerblatt“ nicht abgedruckt.

3.

Als Hanfried Müller im Sommer 1962 gefragt wurde, ob er Mitglied des Deutschen Friedensrates werden wolle, hat er geantwortet: Jawohl. Als er gefragt wurde, ob er im Christlichen Arbeitskreis mitarbeiten werde, antwortete er: Nein. Hierin spiegelte sich diese Linie seines Sektierertums wider.

4.

Unter diesem Gesichtswinkel muß auch die konkrete Haltung von Müller zu anderen fortschrittlichen Theologen in der DDR betrachtet werden. Er hat etwa für Professor Haufe in Leipzig oder für Professor Fritzsche in Berlin, die - jeder auf seine Weise - einen Zugang zum Sozialismus und einer sachgemäßen Begründung der christlichen Existenz im Sozialismus suchen, nur ein Achselzucken übrig, und er ist nicht bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Ihm geht es um die Bildung einer kleinen Sekte von solchen Theologen, die bereit sind, seine extreme Position zu unterstützen.

5.

Es ist daher auch Wunder, daß Hanfried Müller sowohl dem Evangelischen Pfarrertag fern blieb, als auch im vergangenen Jahr - wenngleich mit vorgeschobenen Begründungen - eine Reise in die UdSSR ablehnte. Nach seiner Meinung hat die Russisch-Orthodoxe Kirche eine indiskutable theologische Position.

1 Anlage

(gez.) G. Wirth

### **Abschrift**

#### Aktenvermerk

1.

In den letzten Monaten wird in der DDR der Begriff einer „atheistischen Theologie“ hochgespielt, und das in einer Weise, die mehr und mehr den Charakter der ideologischen Diversion annimmt. Diese Diskussion geht letztlich zurück auf Hanfried Müller. In seinem Buch „Von der Kirche zur Welt“ hat Müller den Begriff des „an Jesus Christus glaubenden Atheisten“ (Seite 552, Anmerkung 1157) erfunden.

2.

Nach Hanfried Müller muß sich der christliche Glaube mit einer „atheistischen Weltanschauung“ verbinden. Von dieser Position aus polemisiert Hanfried Müller gegen alle Formen der „christlichen Weltanschauung“. Er vertritt theoretisch und praktisch die Auffassung, daß die einzige Aufgabe der Theologie in der „Bekämpfung der christlichen Weltanschauung“ besteht. In diesem Zusammenhang tritt er mit dem Anspruch auf, die Schlußfolgerungen aus dem Marxismus zu ziehen und unterstellt allen, die an der „christlichen Weltanschauung“ festhalten, daß sie in ihrer Anwendung des Marxismus zurückgeblieben seien.

3.

Durch dieses Auftreten ruft Müller überall, wo er in christlichen Kreisen auftritt, Verwirrung hervor. So wurde er vom Deutschen Friedensrat zu einer Tagung der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen-Nassau geschickt. Dort schockierte er die westdeutschen Teilnehmer mit dem Satz: „Ich bin Atheist und glaube an Gott.“ Diese Information

stammt von Prof. Kehnscherper. Sie wurde jedoch auf Befragen von Müller selbst bestätigt. Diese Theorie von Müller bewirkte, daß bei dem Besuch in Westdeutschland nicht mehr die Fragen des Kampfes um den Frieden und der gemeinsamen gesellschaftlichen Aktionen bei unterschiedlichen theoretischen Voraussetzungen diskutiert wurden, sondern sich eine Auseinandersetzung über die absurden Theorien von Hanfried Müller ergab.

4.

In der DDR führte die Position von Hanfried Müller dahin, daß er theologisch in einer Front steht mit reaktionärsten Kräften, die ihm in der Ablehnung der sogenannten „Theologie der Synthese“ zustimmen (Erläuterung siehe nächster Absatz), und ständig polemisiert er gegen die Positionen der CDU, von der er behauptet, daß sie eine „Theologie der Synthese“ darstelle. Die Haltung von Hanfried Müller wirkt sich praktisch so aus, daß sie die Reihen derjenigen Christen spaltet, die bereit sind, sich für den Sozialismus und den Frieden einzusetzen, indem er ständig gegen die angebliche „CDU-Theologie“ polemisiert.

5.

Zu den Methoden der ideologischen Diversion, wie sie durch die klerikale Reaktion betrieben wird, gehört u.a. der Vorwurf, die fortschrittlichen Christen würden eine unerlaubte Verklammerung des christlichen Glaubens mit gesellschaftlichen Zielsetzungen, nämlich dem Kampf für den Sozialismus, verbinden. Diese angeblich unerlaubte Verklammerung wird als „Theologie der Synthese“ bezeichnet. Demgegenüber wird die Behauptung aufgestellt, der christliche Glaube und die gesellschaftliche Entscheidung müßten radikal getrennt werden. Diese Ablehnung der sogenannten „Theologie der Synthese“ wirkt sich im konkreten Fall stets so aus, daß um der sogenannten „Reinheit der Theologie“ willen gegen Vorgänge polemisiert wird, durch die Geistliche oder Laienchristen einen Schritt nach vorn tun. Eine gelegentliche ungeschickte Ausdrucksweise wird dazu benutzt, um mit formalen „theologischen“ Argumenten in Wirklichkeit die Schritte zur Neuorientierung zu bekämpfen. Es kann nicht behauptet werden, daß Müller das bewußt tut. Objektiv aber operiert er auf derselben Linie. Dies wurde sichtbar, als er sich von dem Gespräch vom 9. Februar 1961 distanzierte. Er tat dies, weil Emil Fuchs angeblich dort eine „Theologie der Synthese“ vertreten habe. Sachlich bedeutete dies jedoch eine Stellungnahme gegen die Konzeption, wie sie auch vom Staatsratsvorsitzenden der DDR vertreten wurde.

6.

Von seiner „atheistischen Theologie“ her bekämpft Hanfried Müller theologische Konzeptionen der Art, wie sie Emil Fuchs vertritt. Er nennt diese Konzeptionen mit einem gewissen historischen Recht Fortsetzungen des „religiösen Sozialismus“. Er entstellt jedoch das wirkliche Wesen und Wollen dieser Konzeptionen. Es muß hinzugefügt werden, daß Hanfried Müller mehrfach behauptet hat, auch die „CDU-Theologie“ sei eine Abart des religiösen Sozialismus. Darüber schreibt er in seinem Buch „Von der Kirche zur Welt“: „Es geht hier nicht um jene ... sozialistisch-religiöse Illusion, die einen rosa gewordenen Marxismus und einen grau gewordenen Klerikalismus auf der mittleren Linie ideologischer Koexistenz vereinigen möchte; ich tendiere weder darauf, den

Marxismus zu revidieren, noch ihn ... in den Schoß der Kirche zurückzurufen. In beiden Fällen geht es ja eben letztlich um eine Vereinigung zweier Religionen oder zweier Weltanschauungen, um ein synkretistisches Unterfangen, daß sich gerade von der unaufgebaren Unterscheidung zwischen Glaube und Weltanschauung her strengstens verbietet“ (S. 550f., Anmerkung 1154).

7.

In seiner Polemik wirkt Müller unter den fortschrittlichen christlichen Kräften spaltend und unter denen die gewonnen werden könnten, verwirrend. So unternahm beispielsweise Walter Bredendiek als Sekretär des Deutschen Friedensrates einmal den Versuch, einige Professoren für die Mitarbeit in der Friedensbewegung zu gewinnen und führte zu diesem Zweck eine Begegnung durch, an der u.a. die Professoren Benckert und Bandt teilnahmen. Statt mitzuhelfen, das Gemeinsame zu suchen, erging sich Müller in unsachlichen, gehässigen und entstellenden Polemiken gegen die CDU. Nachdem er seine polemischen Ausführungen gemacht hatte, verließ er die Beratung, bevor die Möglichkeit gegeben war, zu seinen Behauptungen überhaupt Stellung zu nehmen. Das führte dahin, daß die Professoren Schmauch, Bandt und Benckert sich bei den anwesenden CDU-Mitgliedern für das unmögliche Benehmen von Müller entschuldigten.

8.

Besonders verhängnisvoll ist die hochschulpolitische Rolle von Müller, weil er mit dem Anspruch auftritt, der einzige Theologe zu sein, der die Erkenntnis des Marxismus auf die Theologie angewandt hat. In dieser Hinsicht bezeichnet er Ekkehard Schwartzkopf als seinen „Schüler“, der ihn „links überholt“ habe. Auf einer Aspirantentagung in Rostock erregte ein Referat von Schwartzkopf, das von Müller vorgetragen wurde (da Schwartzkopf krank geworden war) allgemeine Ablehnung. Der Sinn dieses Referats bestand darin, daß Schwartzkopf die These vertrat, der einzige Sinn der Theologie könne sein, Glauben, Kirche und Theologie aufzuheben. Die Art und Weise, wie durch Müller und Schwartzkopf diese Form „atheistischer Theologie“ vertreten wird, muß die Annäherung des theologischen Nachwuchses an sozialistische Positionen erschweren und behindern. Denn logischerweise ruft Müller die Reaktion hervor: Wenn das das Ergebnis einer Beschäftigung mit dem Marxismus ist, denn kann sich ein Theologe nicht auf diesen Weg begeben.

9.

Angesichts der „atheistischen Theologie“ von Müller ist es bedenklich, daß er selbst ständig den Eindruck hervorruft, als werde er persönlich und seine Art von den für Hochschulpolitik zuständigen staatlichen Stellen gestützt und gefördert. Die Schlußfolgerungen, die sich ergeben, werden verstärkt durch die Dissertation von Schwartzkopf, bisher des „einzigen Schülers“ von Müller. In seiner Dissertation soll Schwartzkopf - nach einer Äußerung von Eberhard Klages, ich selbst kenne die Dissertation nicht - zu dem Resultat gekommen sein, die Theologie müsse den Atheismus verbreiten. Es ergibt sich nunmehr folgende Gedankenkette: Hanfried Müller wird von den staatlichen Stellen unterstützt und vertritt diejenige Theologie, die die staatlichen Organe wollen. Schüler von Hanfried Müller enden als Atheisten. Folglich ist das Ziel der staatlichen

Hochschulpolitik, die Theologiestudenten zu Atheisten zu machen, indem ihnen Hanfried Müller aufgezwungen wird.

10.

Angesichts des Verhaltens von Hanfried Müller ist ein Zustand eingetreten, durch den die Glaubwürdigkeit der Staatsratserklärung über die Stellung der Republik zu den christlichen Bürgern unglaubwürdig wird. Da Müller selbst erklärt hat, daß er auch die Formulierungen der Staatsratserklärung ablehnt, kann es nur als zweideutig erscheinen, wenn er andererseits den Eindruck hervorruft, besondere staatliche Förderungen zu genießen und sozusagen der „Hoftheologe der DDR“ zu sein. Müller gibt auf diese Weise den feindlichen Kräften in Westdeutschland - gewollt oder ungewollt - die Möglichkeit, die Kirchenpolitik der DDR zu verleumden. Den Beweis dafür, daß die Gegner die Chance nutzen, die ihnen durch Müller zugespielt wird, ist ein „Offener Brief“ von Fritz Söhlmann, eines maßgebenden Mitgliedes der Kirchlichen Bruderschaft Hannover. In diesem Brief wird mit einer Polemik gegen Hanfried Müller eine Polemik gegen die DDR verbunden. Söhlmann argumentiert zwar demagogisch, aber es ist nicht zu übersehen, daß die Wirksamkeit und Gefährlichkeit seiner Argumentation dadurch gegeben ist, daß Hanfried Müller ihm reale Ansatzpunkte liefert. Der Brief Söhlmanns ist ein Beweis, daß die „atheistische Theologie“ heute zu einem Mittel der ideologischen Diversion unserer Gegner geworden ist.

11.

Eine weitere Form einer „atheistischen Theologie“ hat ein Pfarrer Bock in Taucha bei Leipzig entwickelt. Ein direkter Zusammenhang zwischen Müller und Bock besteht möglicherweise nicht. Es soll ja auch nicht die subjektive Absicht, sondern die objektive Rolle Müllers dargestellt werden. Bock ist bestrebt, in der DDR eine Diskussion über seine Konzeption der „atheistischen Theologie“ zu entfesseln. Während der Leipziger Messe reiste eine größere Anzahl westdeutscher Theologen in die DDR ein, um mit Bock seine Thesen zu diskutieren. Unter den Eingereisten befand sich auch ein Mitglied des Bundesverfassungsschutzes, Gruppe Bonn, der sich durch eine Ungeschicklichkeit verriet. Dieser Vorgang, auch wenn er völlig unabhängig von dem Auftreten Müllers zu sehen ist, scheint zu beweisen, daß das Thema der „atheistischen Theologie“ von feindlichen Agenturen vorsätzlich in die DDR hineingetragen wird, um hier Unruhe zu stiften.

Zusammenfassung:

Es handelt sich bei Müller nicht um gelegentliche Schwankungen und Irrtümer, sondern um eine Konzeption, die prinzipielle Bedeutung hat. Aus Müllers Konzeption geht auf gesellschaftlichem Gebiet die Konsequenz hervor, daß er nicht nur die sogenannte „CDU-Theologie“ ständig bekämpft und sie ablehnt, sondern auch öffentlich erklärt hat, daß er nicht auf dem Boden der Staatsratserklärung steht und das Gespräch vom 9. Februar 1961 ablehnt. Daraus ergibt sich der Widerspruch, daß er einerseits mit dem Anspruch auftritt, der einzige Theologe in der DDR zu sein, der den Marxismus konsequent in der Theologie anwendet, und daß er andererseits solche Prinzipien der Politik der DDR wie die Blockpolitik und die Respektierung, daß Christen „aus ihrem Glauben heraus“ am friedlichen Aufbau des Volkslebens teilnehmen, bekämpft. Müller zeigt ein

„ultra-linkes“ Sektierertum, er wirkt spaltend und zersetzend in den Reihen der Christen, die sich am Aufbau des Sozialismus beteiligen und irritiert diejenigen und stößt sie zurück, die sich auf dem Wege zu einer Neuorientierung befinden.

Auf hochschulpolitischer Ebene bewirkt Müller eine Diskreditierung der staatlichen Politik durch sein merkwürdiges Auftreten. Prof. Fascher berichtete folgende bezeichnende Begebenheit: Bei der Einführung der neuimmatrikulierten Studenten in das Leben der Theologischen Fakultät wurde u.a. ein Offener Abend veranstaltet, bei dem Fascher einige Anekdoten erzählte und anschließend die „jüngeren Herren“ aufforderte, ebenfalls etwas Lustiges zum Besten zu geben. Daraufhin stand Müller auf und sagte etwa folgendes: Andere könnten immer nur Witze über andere erzählen. Er aber sei imstande, über sich selbst einen Witz zu erzählen. Was sei der Unterschied zwischen einem Telefonhörer und Hanfried Müller? - Antwort: Der Telefonhörer habe wenigstens einen Hörer. Sprachs und setzte sich. Ein solches öffentliches Auftreten sei nicht geeignet, erklärte Prof. Fascher, das Ansehen und die Autorität der Fakultät und Müllers persönlich zu heben.

Wenn man es auf eine Ablehnung der Studenten zurückführen kann, daß Müller keine Hörer hat, so bleibt andererseits festzustellen, daß er seit seiner Dissertation keine wissenschaftliche Arbeit mehr veröffentlicht hat. Aus diesem Grunde müßte es Befremden erregen, wenn der Eindruck, den Müller selbst immer wieder zu erwecken versucht, als sei er der „Hoftheologe der DDR“, noch durch eine Beförderung scheinbar bestätigt und verstärken würde, ohne daß durch eine neue wissenschaftliche Arbeit, die eine Weiterentwicklung Müllers nachweist und eine Klärung seiner Positionen erkennen läßt, eine Voraussetzung geschaffen ist. Mit anderen Worten: Eine Beförderung Müllers müßte von der Vorlage einer neuen wissenschaftlichen Arbeit (Habilitationsschrift) abhängig gemacht werden, die sowohl einen wissenschaftlichen Fortschritt wie auch eine Behebung seiner gesellschaftlichen Unklarheiten erkennen läßt.

(gez.) Trebs

## Berndt Winkler

### Prof. Hanfried Müller zum 80. Geburtstag

In dankbarer und erregender Erinnerung gratuliere ich herzlich und wünsche weiterhin genügend Kraft für geistige Streitbarkeit.

Anläßlich eines runden Geburtstages Erinnerungen aus zu kramen ist eine zumeist auf-rührend wohlige Beschäftigung. Da die Erinnerungsbruchstücke überwiegend aus „DDR-Zeiten“ stammen, kam ich zwangsläufig wieder ins Grübeln und Übeln was zu diesem hohen Anlaß aber hinten an stehen soll.

Mein Lebensweg kreuzte sich mit dem Wirkungsfeld von Prof. HM, damals Ordinari-us für Systematische Theologie an der Berliner Humboldt - Universität, erstmals Ende 1980 /Anfang 1981

Damals wurde mir im MHF der Arbeitsbereich der „Theologische Sektionen“ über-tragen. Mit meinen 31 Jahren war ich - im Gegensatz zu heute - noch sehr lernfähig und auch unbändig interessiert an den besonderen Herausforderungen dieses Arbeitsgebie-tes. Da meine katholische Großmutter mich gerne zum Priesterstudium gebracht hätte, fühlte ich mich auch in ihrem Geiste irgendwie mit der Gotteskunde verbunden.

Mein damaliger Ministerchef, der Historiker Prof. Engel, gab mir bei der Tätigkeits-aufnahme sinngemäß mit auf den Weg: „Die Theologischen Sektionen ... sind integraler Bestandteil unseres staatlichen Hochschulwesens und Du trägst die Mitverantwortung dafür, daß sie gleich berechtigt und gleich verpflichtet in Lehre und Forschung wirken können. Berndt! Du mußt Dich wenn nötig auch als Seelsorger der Theologen verste-hen. Suche das direkte vertrauensvolle Gespräch, wo immer es geht.“

Für mich war diese hohe Maßgabe damals in der ganzen Breite nicht gleich erfaßbar. Sehr interessiert aber auch relativ unbekümmert nutzte ich bald jede Gelegenheit, um mit den Hochschullehrern der Sektionen Theologie direkte persönliche Kontakte herzu-stellen. Sie alle, von Rostock bis Jena, habe ich nach und nach gesprächsweise etwas näher kennengelernt.

Den Einladungen zum Professorentee nach Karlshorst kam ich immer gerne nach. Das in der Ehrlichstraße Professoren- Häuschen im bescheidenen Stile eines englischen Landhauses war hinter der wuchtige Hecke und dem großen Garten nicht ohne weiteres auszumachen. An der Pforte wurde ich stets sehr freundlich empfangen. Allein das Haushündchen war manchmal etwas knurrig zu mir.

Bei einem guten Tee wurde dann diskutiert und geplaudert. Dabei schmauchte Prof. HM sein Pfeifchen genüßlich, was mir als militantem Nichtraucher gegen den Strich ging. Das bemerkte Prof. HM wohl bald und ich wurde charmant darüber belehrt, „die Wissenschaft hat festgestellt, daß ein Verkehrspolizist auf der Kreuzung schon in weni-gen Berufsjahren viel mehr Schadstoffe zu sich nimmt als ein Raucher es im Leben schaffen kann, zumal ein Pfeifenraucher.“ Das mußte ich so im Raum stehen lassen. Prof. HM zeigte fast immer unerschütterliche Meinungsfestigkeit! Später habe ich mir



den Kult des Pfeiferauchens von Prof. HM eigenberuhigend tolerabel gemacht, so etwa „die Pfeife gehört zu HM eben wie die Zigarre zu Winston Churchill oder die Zigarette zu Humphrey Bogart.“

Natürlich hatten unsere Gespräche auch beachtlichere thematische Gegenstände, die an dieser Stelle nicht so vertieft werden sollen, zuviel davon ist verschwommen und müßte erst nachgelesen werden. Nur soviel, da Prof. HM in meinen Zeiten sowohl bei der Abt. Kirchenfragen im ZK aber auch gelegentlich im Staatssekretariat für Kirchenfragen nicht so sehr gut gelitten war, besonders in den Tagen nach dem Erscheinen der „Weißenseer Blätter“, oblag es mir, dann und wann die parteiliche und staatliche Erwartungshaltung zu vermitteln. Zu sehr wiegte man sich in dem Glauben, die WBl würden den Segen für die staatliche Kirchenpolitik der DDR erteilen.

Ich mußte wieder mal zum Rapport antreten und mir wurde bedeutet, daß HM die Kirchenpolitik der Partei „von links“ attackiere, er sei nicht bündnisfähig und ich sollte doch versuchen gemäßen Einfluß auf ihn zu nehmen. Ich nickte ab, durchaus wissend, daß ich gegen Überzeugungen nichts ausrichten werde können. Prof. HM war eben ein Dogmatiker durch und durch. Ich selbst kam mir in der Rolle vor, daß ich sehr freundlich ausgehört wurde, was da „Oben“ so gedacht wurde. (Mit Geheimnissen konnte ich sowieso schwer umgehen.) Aber auch ich versuchte natürlich ausloten und profitierte immer sehr von den glasklaren Analysen von Prof. HM über kirchenpolitische, theologische und kirchliche Entwicklungen.

Was unseren Jubilar heraushob, er gebrauchte den „Marxismus“ mit Vergnügen. So nahm ich bei manchem Treffen beiläufig auch eine kleine m.-l. Lektionen mit.

Durchaus schwerwiegend hatte mich einst sein Vorhalt getroffen, daß ich zu leichtgläubig gegenüber den Theologen und Kirchenleuten sei. Er hatte damals vielleicht recht, ich konnte aber nicht anders.

Ein weiteres Erinnerungsbruchstück, es ging wohl gesprächsweise um eine Synodaläußerung von Prof. HM, ich erlaubte mir die Anfrage, warum er faktisch gegen die staatliche Kirchenpolitik votiert habe. Ohne seine guten Gründe zu vertiefen sagte er in Lockerheit, „aber, Herr Winkler, mindestens deshalb mußte ich so stimmen, damit meine Biografen dereinst nicht feststellen müssen, daß ich bei diesem einem Mal meine Überzeugungen aufgegeben hätte, umgekippt sei. Das kann niemand von mir erwarten.“ Ich stimmte damals verständnisvoll beeindruckt zu, weshalb diese Aussage in meinem Gedächtnis geblieben ist. (Möglichst authentisch bleiben, das war für mich dann nach den politischen Veränderungen auch eine Maxime.) Ich kann mich daran erinnern, daß ich einmal seiner verblüffenden Frage ausgesetzt war, welchen Rang ich im Ministerium bekleiden würde. Nicht gleich begreifend, wollte er meine dienstliche Stellung im Ministerium mit der bundes-deutschen Ministerialhierarchie vergleichen. Davon hatte ich so gut wie keine Ahnung. Ich erfuhr dann seine gefällige Einordnung als „Ministerialdirigent“ oder „Ministerialrat“.

War diese Überlegung prophetisch?

Einige ganz wenige meiner damaligen MHF-Kollegen sind heute als Regierungsrat oder Senatsrat bei den neuen Dienstherren tätig.

Bei einem anderen Teestündchen begegnete mir HM auffallend strahlend, aus stolzer Brust teilte er mir mit, „nun Herr Winkler, jetzt beginnt die Missionierung des Reiches der aufgehenden Sonne.“ Ich etwas ungläubig, Aha? Er daraufhin,

„ich habe gerade auf meinem Konto eine Überweisung festgestellt und eine Mitteilung der EVA erhalten, daß einige tausend Exemplare meiner Dogmatik, vielleicht sagte er einige hundert, nach Japan verkauft wurden.“ Na, das war ein Grund anzustoßen.

In meiner Erinnerung ist auch seine amüsant erzählte Geschichte aus Zeiten der Kriegsgefangenschaft in Italien, der Stoffstreit um Talar oder Fußlappen (gegen die Sandflöhe). Diese Erzählung kennen sicher viele der befreundeten Geburtstagsgratulantinnen.

Auch kann ich mich an eine zufällige Begegnung mit Prof. HM bei der LL- Demo im kalten Januar an der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde gut erinnern. Das war vor einigen Jahren, als der „Bombendroher“ Schlagzeilen machte und die Demo abgesagt werden sollte. Mitten im Menschengedrange traf ich Prof. HM mit seinem Gehstöckchen, einem warmen Lodenmantel und der Pelzkappe. Nach beiderseitiger freudiger Begrüßung machte Prof. HM mir klar, daß er bei dieser bombenbedrohten, sozusagen bombastischen Gedenkveranstaltung natürlich dabei sein müsse. Mir ging es damals ähnlich.

Als Adlatus des Ministers hatte ich damals auch die Professoren - Geburtstagsgratulationen vorzufertigen.

Auch nach der Auflösung des MHF bemühte ich mich noch gelegentlich die Geburtstagsglückwünsche des MHF zu übermitteln. Leider ist mir dafür in den letzten Jahren etwas die Puste ausgegangen.

Diesmal soll es aber wieder so sein, daß ich Ihnen, lieber Herr Professor Hanfried Müller, die herzlichen Glückwünsche des Ministers übermittle und meine geringen anschließe. Ich bin dankbar, daß ich Ihnen zeitweilig näher sein durfte, als ich es heute ermöglichen kann, aber über die WBl bin und bleibe ich Ihnen weiter treu und dankbar verbunden.

PS: Ihre Ehefrau möge bitte Nachsicht üben, daß ich sie hier gänzlich herausgelassen habe, aber, sie hat ja ihren eigenen Geburtstag.

## Andreas Pangritz

### „Die ‚Wende‘ machte alle weiteren Überlegungen überflüssig.“

*Hanfried Müller zum 80. Geburtstag*

In seinem Buch „Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990“<sup>1</sup> geht Gerhard Besier abschließend unter der Kapitelüberschrift „Einflußnahme durch Ost-West-Wissenschaftskontakte“ auf eine mich betreffende Episode ein, bei der Hanfried Müller eine wichtige Rolle spielte. Es kann hier offen bleiben, ob Besiers Buch „wegen der zahllosen bisher unbekanntenen Quellen, die sehr ausführlich zitiert werden, ... einen grundlegend neuen Forschungsstand“ markiert, wie Friedrich-Wilhelm Graf in der FAZ behauptet hat,<sup>2</sup> oder ob in dieser „einseitigen Darstellung der DDR-Kirchen“ eher „Geschichte verhackstückt“ wird, wie es Wolf Krötke empfunden hat,<sup>3</sup> oder ob hier nicht noch einmal ganz andere Urteile angemessen wären.

#### I.

Besier verläßt sich über weite Strecken darauf, die ihm zur Verfügung gestellten Akten sprechen zu lassen. Die Interpretation wird durch Auswahl und Anordnung der recherchierten Dokumente, aber auch durch knappe Überleitungen und entsprechende Kapitelüberschriften eher suggeriert als begründet. Es kommt also bei der Lektüre auch darauf an, diese Rahmung zu beachten. Schon der Untertitel des Buches muß auffallen: die Vision vom „Dritten Weg“. Es mag ja sein, daß irgendwer eine solche „Vision“ in den Jahren 1969-1990 kultiviert hat; Hanfried Müller, der ja eher für seine Parteilichkeit berüchtigt ist, kann damit wohl kaum gemeint sein. Und für welchen obskuren „Dritten Weg“ soll ich benutzt worden sein oder mich gar eingesetzt haben? Da mein „Fall“ unter der Kapitelüberschrift „Einflußnahme durch Ost-West-Wissenschafts-Kontakte“ behandelt wird, soll wohl suggeriert werden, Müller habe mich zu „beeinflussen“ versucht. Die wissenschaftlichen Kontakte hätten also nur als Vorwand gedient, um die eigentlich dahinter stehende Absicht der politischen Beeinflussung der Kirche im Sinne des SED-Staats zu tarnen.

In Besiers Ausführungen klingt es dann eher umgekehrt: „Insbesondere aus Berlin (West)“ hätten „immer wieder junge Theologen aus der linksprotestantischen Szene den Weg an die Ost-Berliner theologische Fakultät“ gesucht. „In keinem Fall gelang der ‚Transfer‘.“<sup>4</sup> Demnach hätte nicht Müller versucht, mich zu beeinflussen, sondern die Initiative wäre von mir als jungem Theologen aus der linksprotestantischen Szene aus-

---

<sup>1</sup> G. Besier, *Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“*, Berlin/Frankfurt a. M.: Propyläen, 1995, 589.

<sup>2</sup> Klappentext zum Buch von G. Besier.

<sup>3</sup> Wolf Krötke, *Geschichte verhackstückt. Besiers einseitige Darstellung der DDR-Kirchen*, in: *Evangelische Kommentare*, 1995, 593-595.

<sup>4</sup> G. Besier, a.a.O., 587.

gegangen, wobei es nicht einmal um die Pflege wissenschaftlicher Kontakte gegangen wäre, sondern ein regelrechter „Transfer“, also wohl ein Wechsel von West nach Ost, das Ziel gewesen wäre. Besier bemerkt dann, daß mein Lehrer Friedrich-Wilhelm Marquardt, damals Prof. für Systematische Theologie an der Freien Universität Berlin und kaum mehr ein „junger Theologe“, am 4. März 1987 „auf Einladung der Sektion Theologie der Humboldt-Universität in der Friedrichstadtkirche eine Gastvorlesung zum Thema ‚Wer ist Jesus Christus für uns heute?‘“<sup>5</sup> gehalten habe, - die erste Einladung Marquardts an die alte Berliner Universität. Und er erwähnt, Marquardt habe „bei der vorangegangenen Besichtigung der Ost-Berliner Universität“ geäußert, „daß er hier gespürt habe, was die eigentliche Berliner Universität sei“.<sup>6</sup> Diese Äußerung, sollte sie korrekt überliefert sein (mir erscheint sie durchaus glaubwürdig!), wäre an der Freien Universität natürlich auf Empörung gestoßen, hätte geradezu als Verrat gegolten. Es sollte aber berücksichtigt werden, daß Marquardt seine erste Vorlesung als Nachfolger Helmut Gollwitzers an der Freien Universität im Sommersemester 1976 nicht etwa seinem Lehrer Karl Barth, sondern - Friedrich Schleiermacher gewidmet hatte, dem Mitbegründer der alten und insofern „eigentlichen Berliner Universität“. Besier zitiert Berndt Winkler vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR: „Prof. M[arquardt] sollte als ständiger politischer und theologischer Gesprächspartner gewonnen werden.“<sup>7</sup> Das soll im Zusammenhang der Darstellung wohl als Beleg dafür dienen, daß Marquardt zumindest geistig längst auf dem Weg zum „Transfer“ von West nach Ost war. Wie sonst hätte er sich solches Lob eines Vertreters der DDR-Regierung verdienen können?

Damit ist der Rahmen für die brisante Fortsetzung konstruiert: „Zwei Jahre später wurde der Versuch einer festeren Verknüpfung der Bande zwischen den fortschrittlichen FU- und den Sektions-Theologen der Humboldt-Universität unternommen.“ Im April 1989 habe sich Hanfried Müller darum bemüht, „einen jungen Wissenschaftler aus dem Schülerkreis Marquardts als Dozenten an die Berliner Sektion Theologie zu holen“. Es habe nämlich „wegen des knappen ‚Kaderreservoirs‘ einen Engpaß“ in der Systematischen Theologie gegeben, „den Müller durch ‚die Berufung eines Ausländers‘ überbrücken wollte“. Daher habe er im April 1989 an Kurt Rätz vom ZK der SED geschrieben und ihn „um eine ‚interne Prüfung‘ des politisch brisanten Plans“ gebeten, „den übrigens auch der Sektionsdirektor, Heinrich Fink, unterstützte“.<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang nennt Besier dann ausdrücklich meinen Namen: Was meine wissenschaftliche Qualifikation für die Stelle betrifft, habe Müller mich u.a. als einen „exzellenten Bonhoeffer-Forscher“ gepriesen, der insbesondere die „warme Zustimmung“ von Altbischof D. Albrecht Schönherr finde, wie Besier aus einem „Entwicklungsbericht“ über mich zitiert.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Vgl. F.-W. Marquardt, Wer ist Jesus Christus für uns heute?, in: *Weißenseer Blätter*, H. 2, 1987, 4-12.

<sup>6</sup> G. Besier, a.a.O., 588. - Das Zitat hat Besier wie auch das folgende in den Akten der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [ehem. Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv der SED]“ gefunden.

<sup>7</sup> G. Besier, a.a.O., 588.

<sup>8</sup> G. Besier, a.a.O., 588. - Besier bezieht sich hier auf einen Brief H. Müllers an K. Rätz vom 26. 4. 1989, den er in den Akten des ehemaligen Parteiarchivs der SED gefunden hat.

<sup>9</sup> G. Besier, a.a.O., 589.

Nach Besier soll Rätz, der Empfänger von Müllers Schreiben, sich „an Kraußer von der SED-Arbeitsgruppe für Kirchenfragen“ gewandt haben, um die Chancen von Müllers Anliegen zu erkunden. Kraußer habe am 31. Mai 1989 abschlägig reagiert: „Im Kulturabkommen mit der Bundesrepublik seien seines Wissens keine Gastprofessuren vorgesehen.“ Außerdem, so zitiert Besier Peter Kraußer, halte er „ein solches Projekt für überhaupt nicht opportun und zeitgemäß [...] [S]o mancher ‚Theologe ‚ganz links‘ nützt uns [...] im Theologenstreit in der innerkirchlichen Auseinandersetzung recht wenig.“ Er riet daher, „Prof. Hanfried Müller in keiner Weise Hoffnung (zu) machen“.<sup>10</sup> Besier schließt seine Darstellung und sein Buch mit dem Satz: „Die ‚Wende‘ machte alle weiteren Überlegungen überflüssig.“<sup>11</sup> Warum eigentlich?

## II.

Ich möchte zunächst ergänzen, was sich in meiner Erinnerung und sporadischen Aufzeichnungen wiederfinden läßt. Dazu muß ich etwas weiter ausholen, weil es sich in den Achtziger Jahren ja nicht von selbst verstand, daß ein an der Freien Universität Berlin arbeitender Theologe mit Kollegen der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin in Kontakt kam, war doch die Freie Universität 1948 mit Unterstützung der Henry-Ford-Foundation als dezidiert westliche Gegenuniversität gegen die alte Berliner Universität gegründet worden.<sup>12</sup>

Seit Mai 1984 war ich als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Systematische und Biblische Theologie am Institut für Evangelische Theologie der Freien Universität tätig. Da mir auf dieser Stelle auch Gelegenheit zur Promotion geboten wurde, hatte ich mit F.-W. Marquardt ein Dissertationsprojekt zur Theologie Dietrich Bonhoeffers vereinbart. Vom 12.-17. Juni 1984 nahm ich am 4. Internationalen Bonhoeffer-Kongreß in Hirschluch/DDR teil, der vom Bonhoeffer-Komitee beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ausgerichtet wurde. Mein Interesse war im wesentlichen ein fachliches, da der Kongreß die Gelegenheit bot, die führenden Bonhoeffer-Forscher aus Ost und West innerhalb weniger Tage kennenzulernen und mich mit ihnen auszutauschen. Soweit ich mich erinnere, war ich neben dem Bonhoeffer-Schüler Winfried Maechler der einzige Teilnehmer aus West-Berlin. Im übrigen lernte ich bei dieser Gelegenheit neben einer Reihe von Kollegen aus den USA auch Dieter Kraft kennen, damals Dozent für Systematische Theologie an der Humboldt-Universität.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> G. Besier, a.a.O. 589. - Besier zitiert hier ein Schreiben von Kraußer an Rätz vom 31. 5. 1989, das er in den Akten des SED-Archivs gefunden hat.

<sup>11</sup> G. Besier, a.a.O., 589.

<sup>12</sup> Noch im Jahr 1956 hatte Karl Barth seinen Schüler Helmut Gollwitzer davor gewarnt, von der Universität Bonn an „die ‚freie‘ Universität in Berlin“ zu wechseln, da er dort - in die antikommunistische Blockkonfrontation eingespannt - seine theologische Freiheit einbüßen werde: „Ja, Berlin: solltest du dich dort und insbesondere im Rahmen jener so ausgesprochen ‚westlichen‘ Universität nicht doch in eine Sackgasse begeben, von der aus du nicht mehr so recht glaubwürdig weil unabhängig weiterreden kannst?“ (K. Barth, Brief an H. Gollwitzer, Basel, 25. Juni 1956; zit. nach: A. Pangritz, Vom Kleiner- und Unsichtbarwerden der Theologie. Ein versuch über das Projekt einer ‚impliziten Theologie‘ bei Barth, Tillich, Bonhoeffer, Benjamin, Horkheimer und Adorno, Tübingen 1996, 115, Anm. 58).

<sup>13</sup> Hanfried Müller nahm an dem Kongreß nicht teil.

In der ersten Februarwoche 1986 wurde nacheinander zunächst im Westen, an der Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf, dann im Osten, an der Humboldt-Universität der 80. Geburtstag Dietrich Bonhoeffers gefeiert. Da ich zu der von der Sektion Theologie der Humboldt-Universität ausgerichteten Veranstaltung, die unter dem Titel „Dietrich Bonhoeffer - gefährdetes Erbe in bedrohter Welt“ stand, eine Einladung erhalten hatte, nahm ich die Gelegenheit wahr, das westliche und das östliche Bonhoeffer-Gedenken vergleichend zu beobachten. Auf der Veranstaltung an der Humboldt-Universität hielt Hanfried Müller unter dem Titel „Stationen auf dem Weg zur Freiheit“ einen der Hauptvorträge.<sup>14</sup>

Aus Anlaß von Bonhoeffers 80. Geburtstag war auch eine Neuauflage seiner Dissertation „Sanctorum Communio“ als erster Band der auf 16 Bände konzipierten kritischen Bonhoeffer-Werkausgabe erschienen.<sup>15</sup> Zu dieser verdienstvollen Neuauflage schrieb ich eine kritische Rezension, die ich dem Herausgeber, aber auch Hanfried Müller zuschickte. Im Juli 1986 erhielt ich einen Brief von Müller (vom 15. 7. 86), in dem er sich zunächst dafür entschuldigte, meinen „Beitrag zur kritischen Bonhoeffer-Ausgabe“ auf Empfehlung von Dieter Kraft in Heft 3 (1986) der „Weißenseer Blätter“ aufgenommen zu haben,<sup>16</sup> ohne vorher mit mir Rücksprache zu nehmen. Mein in der „Jungen Kirche“ veröffentlichter „Bericht über die beiden Bonhoeffer-Veranstaltungen“<sup>17</sup> war ihm nun Anlaß, mir für die Informationen über die „Westberliner Veranstaltung“ zu danken, an der er nicht teilgenommen hatte, und mir Zustimmung und Kritik zu meinen vergleichenden Beobachtungen mitzuteilen. „Mit Vergnügen“ habe er die Qualifizierung seines eigenen Referats als „Midrasch“ zur Kenntnis genommen, auch wenn er sich gerne einmal erklären ließe, inwiefern dieser Midrasch „barock“ gewesen sei. Teilweise fühlte Müller sich wohl mißverstanden (was wiederum in erster Linie dem in der „Jungen Kirche“ hausenden „Druckfehlerteufel“ geschuldet war, wie er richtig vermutete). Im übrigen sehe er sich bei mir „zum ersten Mal mit der Methode behandelt, mit der ich stets andere behandle: d.h. Sie fragen hinsichtlich der ‚Wandlung‘ meines Bonhoefferbildes nicht nach dem subjektiven Beweggrund, sondern nach der objektiven Funktion“. Allerdings müsse er sich „noch überlegen“, ob ich mit meiner Einschätzung der Hintergründe seiner theologischen Entwicklung „etwas Richtiges gesehen“ haben könnte; sie habe ihn „zumindest erst mal überrascht“. Der Brief endete mit der Einladung, einmal ein „ausführlicheres Gespräch“ zu vereinbaren.

Ich nahm die Einladung an, so daß es Ende August 1986 zu einem ersten Besuch bei Müllers in Berlin-Karlshorst kam. Ich erinnere mich an ein angeregtes Gespräch, in dem es wohl auch darum ging, ob mein Lehrer Marquardt bereit sein könnte, einmal zu ei-

---

<sup>14</sup> Vgl. H. Müller, Stationen auf dem Weg zur Freiheit, in: Die Präsenz des verdrängten Gottes. Glaube, Religionslosigkeit und Weltverantwortung nach Dietrich Bonhoeffer (IBF 7), hg. v. Christian Gremmels u. Ilse Tödt, München 1987, 145-165.

<sup>15</sup> Vgl. D. Bonhoeffer, Sanctorum Communio. Eine dogmatische Untersuchung zur Soziologie der Kirche (DBW 1), hg. v. Joachim von Soosten, München 1986.

<sup>16</sup> Vgl. A. Pangritz, Eine Entdeckung - und eine verpaßte Chance. Zur Neuauflage von Bonhoeffers „Sanctorum Communio“, in: *Weißenseer Blätter*, H. 3, 1986, 45-48.

<sup>17</sup> Vgl. A. Pangritz, West-östliches Bonhoeffer-Gedenken, in: *Junge Kirche*, H. 6, 1986, 343-352. - Da meine Ausführungen von der Redaktion der Zeitschrift z.T. sinnenstehend bearbeitet worden waren, legte ich Protest ein, der jedoch nicht veröffentlicht wurde. Vgl. aber die Richtigstellung des größten Schnitzers in: *Junge Kirche*, H. 8/9, 1986, 521.

nem Gastvortrag an die Humboldt-Universität zu kommen. Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand ließen mich wissen, worin sie sich mit ihm verbunden fühlten - gemeinsame Erfahrungen in den 50er Jahren in der Kirchlichen Bruderschaft in Berlin-Brandenburg -, aber auch, worin sie ihm meinten widersprechen zu müssen. Letzteres bezog sich wohl vor allem auf die Einschätzung von Karl Barths „Israellehre“.<sup>18</sup> Am 3. September 1986 griff ich dieses Thema in einem Brief an Müller wieder auf. Dabei bezog ich mich auf einen Vortrag, den dieser im Rahmen des internationalen Kolloquiums gehalten hatte, das die Sektion Theologie der Humboldt-Universität am 7./8. Mai 1986 aus Anlaß von Karl Barths 100. Geburtstag veranstaltet hatte.<sup>19</sup>

In seinem Vortrag, der mir erst durch den Abdruck in den „Weißenseer Blättern“ bekannt geworden war,<sup>20</sup> da ich nur am ersten Tag des Kolloquiums hatte teilnehmen können, hatte Müller u.a. die anthropologische Ausweitung des Gesetzesbegriffs zum „Begriff der Religion“ in der Neufassung von Barths „Römerbrief“ von 1922 kritisiert, da dadurch „der biblisch-ekklesiologische Bezug des Gesetzes,, wonach das Gesetz „doch wirklich partikulär nur dem Volke Gottes gegeben ist,, „verloren“ gehe.<sup>21</sup> Damit hänge eine Aporie in Barths „Israellehre“ zusammen: Barth habe „Israel und Kirche als theologische Kategorien wiederentdeckt,, und doch habe er dann „an der historischen Bestimmung der Begriffe Israel und Jude festgehalten und ihnen eine geschichtstheologische Qualität gegeben,, - mit der „Folge eines ... Antisemitismus wider Willen“.<sup>22</sup> In meinem Brief an Müller stellte ich die Frage, ob die „geschichtstheologische Qualität“ der Begriffe Israel und Jude wirklich eine Inkonsequenz in Barths Konzeption darstellte, oder ob es sich hier nicht vielmehr um eine Konsequenz aus dem „Materialismus“ der Bibel handelte, da es bei Israel und Jude ja nicht nur um „theologische Kategorien,, sondern auch und vor allem um konkrete Menschen gehe: „Es wäre also zu fragen, wie theologisch legitim von Geschichte, auch von der Geschichte der Juden, zu reden wäre,, ohne auf einen „Antisemitismus wider Willen“ zu verfallen.

Müller antwortete mir bereits am 12. September 1986, indem er darauf insistierte, daß sich aufgrund der „Erfüllung“ der Geschichte Israels in Jesus Christus eine Fortsetzung dessen, was alle Geschichtstheologie eigentlich meint, „post Christum crucifixum“ verbiete. Um Jesu Christi willen müßten wir „die Geschichte Israels von ihm an ... in die allgemeine Geschichte nivellieren ...“ Dies meinte er aber in erster Linie kirchenkritisch: „Die Kirche muß sich nicht über, sondern in die Geschichte der Menschheit stellen ...“ Müller räumte jedoch ein, daß seine „(vorläufige) Antwort“ noch nicht ganz „ausgegrenzt“ sei, wie ich dies auch von meiner Frage gesagt hatte. Kurz: Müller nahm den sich hier andeutenden Dissens, der ja zugleich ein Dissens zwischen Marquardt und Müller

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu F.-W. Marquardt, Die Entdeckung des Judentums für die christliche Theologie. Israel im Denken Karl Barths, München 1967.

<sup>19</sup> Auf dem Kolloquium, das unter dem Titel „Reformatorische Kritik und bürgerliche Religion“ stand, waren zuvor u.a. Hellmut Traub, Ernst Käsemann („Karl Barth Römerbrief als Bruch mit der historisch-exegetischen Tradition“; vgl. *Weißenseer Blätter*, H. 3, 1986, 5f.) und Peter Eicher („Exodus aus der bürgerlichen Religion. Zu Karl Barths letztem Wort,,; vgl. *Weißenseer Blätter*, H. 4, 1986, 11-18) zu Wort gekommen.

<sup>20</sup> Vgl. H. Müller, Das „Evangelium vom Gott der Gottlosen“ und die „Religion an sich“, in: *Weißenseer Blätter*, H. 4, 1986, 26-40.

<sup>21</sup> H. Müller, a.a.O., 34f.

<sup>22</sup> H. Müller, a.a.O., 39.

war, zum Anlaß, mich erneut zu einem Gespräch einzuladen, damit wir uns womöglich mündlich über das Thema austauschen könnten.

Bei Marquardts erstem Gastvortrag auf Einladung der Humboldt-Universität im März 1987, von dem Besier Spuren in den SED-Akten gefunden hat, war ich nicht anwesend. Ich meine mich aber zu erinnern, am 9. November 1987 zu einem weiteren Gastvortrag Marquardts, der dem Gedenken an die Pogromnacht vom 9. November 1938 diente, eigens nach Ostberlin gereist zu sein.<sup>23</sup>

Für eine Umfrage der „Weißenseer Blätter“ über die aktuelle Bedeutung des Darmstädter Bruderratsworts „Zum politischen Weg unseres Volkes“ aus dem Jahr 1947 - nach 40 Jahren - hatte mich Müller im Lauf des Jahres 1987 um einen Beitrag gebeten; da ich mitten im Abschluß meines Promotionsverfahrens steckte, konnte ich dieser Bitte nicht nachkommen. Erst am 3. Januar 1988 - nach Abschluß des Verfahrens - schrieb ich Müller, um ihm „mitzuteilen, in welche Richtung etwa meine Überlegungen gelaufen wären“. Da die Umfrage - 70 Jahre nach der Oktoberrevolution - insbesondere auf das Eingeständnis des Bruderrats - „Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen“- abgehoben hatte, schrieb ich, daß mir im westlichen Kontext eine andere Aussage eher relevant erscheine, nämlich die Erinnerung, „daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre ein von der Kirche weithin vergessenes Element biblischer Wahrheit (Auferstehung des Fleisches!) neu ans Licht gestellt hat“, - so in der Entwurfsfassung Karl Barths zum „Darmstädter Wort“. Müller dankte umgehend mit einem Kärtchen (11. 1. 88), gratulierte mir zur Promotion und lud mich ein, „uns einmal wieder zu besuchen“. Er deutete an, meinen Brief zum „Darmstädter Wort“ eventuell als Nachtrag zur Umfrage noch in den „Weißenseer Blättern“ veröffentlichen zu wollen, äußerte jedoch zugleich gewisse Bedenken, ob meine Ausführungen nicht „auch von Gutwilligen in unserer Provinz ... mißverstanden werden“ könnten, „was weniger an Ihrem Brief als an dieser Provinz liegt“.<sup>24</sup> Der Brief ist dann doch noch nachträglich in den „Weißenseer Blätter“ dokumentiert worden.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> In Marquardts Nachlaß, der sich jetzt im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin befindet, findet sich ein bis heute unveröffentlichtes 7-seitiges Typoskript mit dem Titel: „Noch einmal: Das jüdische Nein und die christliche Theologie,“. Als Anlaß ist angegeben: „9. November 1987 im Französischen Dom - Sektion Evang. Theologie an der Humboldt-Universität Berlin,“. Dieser Vortrag hat offenbar keine Spuren in den von Besier konsultierten Archiven hinterlassen, ebensowenig ein dritter Vortrag vom 2. November 1989 in der Französischen Friedrichstadtkirche. Von diesem ebenfalls unveröffentlichten Vortrag unter dem Titel „Die zerbrochene Evidenz des Ethischen und die fraglich gewordene Möglichkeit christlicher Theologie heute. Ein Stück Umdenken nach Auschwitz“ findet sich ein 27-seitiges Manuskript in Marquardts Nachlaß, dem ein handschriftlicher Zettel beigefügt ist: „Eine immer noch gültige, auch innerhalb meiner Dogmatik noch nicht ebenso deutlich vollzogene Reflexion meines ‚Ansatzes‘. Wäre durchaus mal zu veröffentlichen. Gesprochen *während* der Prozesse der ‚Wende‘,“

<sup>24</sup> Dies bezog sich nicht auf meine Andeutungen zum biblischen Materialismus, sondern auf die Verbindung, die ich von der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 zum „Deutschen Herbst“ 1977 - dreißig Jahre nach dem „Darmstädter Wort“- gezogen hatte.

<sup>25</sup> Abgedruckt unter dem für meinen Geschmack etwas unglücklich gewählten redaktionellen Titel: „Erlebte Jugend in der BRD,“, in: Weißenseer Blätter, H. 1, 1988, 53-56. - Unglücklich fand ich den Titel, da ich mich eigentlich noch nicht alt genug fühlte, um Jugenderinnerungen zum besten zu geben. Im übrigen sollte es ohnehin nicht in erster Linie um die Darstellung von Erlebnissen gehen, sondern um einen theologischen Kommentar zum Darmstädter Bruderratswort aufgrund meiner eigenen Erfahrungen. - Aus einem ganz anderen Grund war der Titel im Nachhinein auch Hanfried Müller pein-



Zur Festschrift „Semper Reformanda“ aus Anlaß des 65. Geburtstags von Rosemarie Müller-Streisand steuerte ich einen Beitrag über das Kapitel „Erbe und Verfall“ in Bonhoeffers „Ethik“ bei,<sup>26</sup> für den sich die Jubilarin im August 1988 bei mir bedankte, indem sie zugleich um eine Abdruckgenehmigung für die „Weißenseer Blätter“ bat: „Sie haben mit Ihrer Fragestellung ja wirklich ganz neue Probleme für die Bonhoeffer-Interpretation aufgeworfen, und während ich sonst den Ansätzen der Frankfurter Schule etwas skeptisch gegenüberstehe, meine ich, daß Sie hier wirklich deren bedenkenswer-testen Ergebnisse aufgenommen haben, nämlich die Frage nach der Ambivalenz *bürgerlicher* Ratio - nicht, wie das so oft geschieht, um ihr Irrationalismus entgegenzusetzen, sondern um ihre Grenzen, sofern es die Ratio des Bourgeois ist, gegenüber dem Entwurf des Citoyen aufzuweisen.“ Sie meinte sogar, daß ich damit, falls sie mich richtig verstanden habe, in gewisser Weise „gegen meinen Mann Recht haben“ könnte, der darüber gerne mit mir (auch öffentlich) diskutieren werde. Ich fühlte mich durchaus richtig verstanden.<sup>27</sup>

Am 17. Dezember 1987 war ich aufgrund meiner Dissertation über „Dietrich Bonhoeffers Forderung einer Arkandisziplin“<sup>28</sup> und einer theologischen Disputation an der Freien Universität zum Dr. phil. promoviert worden. Von meinem Doktorvater F.-W. Marquardt erhielt ich zu Weihnachten 1987 ein Kärtchen, in dem er mir ausdrücklich für die Dissertation dankte, die ihm „das Arcanum als Entmachtung und *darin* als ... *Leitmotiv* des Bonhoefferschen Denkens“ deutlich gemacht habe; „darin auch als Vorbild für alles, was ‚wir‘ tun sollen: zumal in der gegenwärtigen Restaurationsphase“. Meine Arbeit habe „gezeigt, daß es und inwiefern es bei der Restauration weder bleiben kann noch *wird*. Also Weihnachtshoffnung und: Aggression der Jungfrauengeburt!“ Ansonsten blieb die Dissertation nach ihrer Veröffentlichung im Jahr 1988 weitgehend ohne Echo, - mit wenigen Ausnahmen.

Ende Oktober 1988 nahm ich an einem Lesertreffen der „Weißenseer Blätter“ in Berlin/DDR teil, dessen erste Hälfte ich freilich verpaßte, weil ich mehrere Stunden lang am Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße festgehalten wurde. Ich hatte ein Exemplar meiner soeben erschienenen Dissertation dabei, das ich Hanfried Müller überreichte. Am 1. November 1988 bedankte dieser sich brieflich bei mir für das Bonhoefferbuch, in dem er, neugierig wie er sei, „bereits gründlich ‚genascht‘“ habe. Sein erster Eindruck:

---

lich: Wie er mir am 12. 3. 1988 schrieb, „ist uns ein unverzeihliches Malheur passiert: Die WBl haben zum ersten Mal, wenn ich nicht irre, sich einer Völkerrechtsverletzung schuldig gemacht! Der so sehr auf die BRD bezogen klingende Inhalt hat mich verführt, zu vergessen, daß Sie Bürger der Besonderen Einheit sind - und leider hat keiner in unserer Redaktion gemerkt, daß ich grob fahrlässig das ‚Vierseitige Abkommen‘ verletzt habe.,“

<sup>26</sup> Vgl. A. Pangritz, „Dialektik der Aufklärung“ in Bonhoeffers „Ethik“?, in: *Weißenseer Blätter*, H. 7, 1988, 2-9.

<sup>27</sup> Aus Anlaß von Hanfried Müllers 65. Geburtstag unternahm ich später (auf Einladung von Dieter Kraft) noch einmal einen Versuch, das Denken der „Kritischen Theorie“ theologisch fruchtbar zu machen; vgl. A. Pangritz, „Das ‚messianische Gesicht‘ der klassenlosen Gesellschaft. Walter Benjamins theologisch inspirierter Materialismus“, in: *Weißenseer Blätter*, H. 1, 1991, 9-15.

<sup>28</sup> Vgl. A. Pangritz, Dietrich Bonhoeffers Forderung einer Arkandisziplin - eine unerledigte Anfrage an Kirche und Theologie, Köln 1988. - Mit einer erneuerten „Arkandisziplin“, d.h. einer Schweigeverpflichtung, hatte Bonhoeffer „die Geheimnisse des christlichen Glaubens vor Profanierung“ behüten wollen (vgl. D. Bonhoeffer, Brief an E. Bethge vom 5. 5. 1944, in: *Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft*, hg. v. Christian Gremmels u.a. [DBW 8], Gütersloh 1998, 415).

Er fühle sich „etwas beschämt“ durch die freundliche Haltung seiner früheren Bonhoeffer-Arbeit gegenüber,<sup>29</sup> die er in meinem Forschungsbericht gefunden habe. Zugleich habe ihn „ein Anflug von Schwermut“ überkommen: „So wie mein Buch deutlich am Anfang, steht Ihr Buch am Ende einer Epoche, wenn man diesen großen Begriff für so kleine Einheiten wie die Bonhoefferrezeption benutzen kann ... Erst affizierte die religionslose Welle die Theologie, und nun affiziert die neoreligiöse Welle den ‚Marxismus‘.“

Am 28. März 1989 schrieb mir Eberhard Bethge einen begeistert zustimmenden Brief zu meiner Dissertation: Er habe sich über die Ostertage in meine Arbeit vertieft, und nun wolle er mir „sagen, was das für ein Ostern damit geworden ist! Freude, bei Ihnen nun endlich gesagt und weitergearbeitet zu finden, was ich schon lange gern in Gang gesetzt gesehen hätte! Ob Sie schon irgend sonst ein Echo erhalten haben? Wie gut haben Sie gelesen und zitiert, wie gründlich gearbeitet ... Ihre Klarheit und Darstellungsfähigkeit ist wunderbar ... Was haben Sie alles erarbeitet, nachgeprüft und auf das rechte Gleis geschoben. Wie bringen wir das nun wohl ins allgemeinere Bewußtsein?“

Am 29. Mai 1989 bedankte ich mich bei Bethge für dieses ungemein schmeichelhafte Lob, indem ich ihn darauf hinwies, daß das einzige schriftliche Echo, das ich ansonsten erhalten hätte, von Hanfried Müller stammte. Außerdem wies ich ihn auf Dieter Krafts Besprechung meiner Arbeit hin, die mittlerweile in den „Weißenseer Blättern“ erschienen sei „und (leider!) auf jegliche kritische Bemerkung verzichtet“. Kraft hatte an meiner Darstellung gelobt, daß sie „systematisch-theologische Stringenz mit historisch-politischer Reflexion zu verbinden“ verstehe „und zudem ganz dezidiert nach der Aktualität Bonhoeffers für Theologie und Kirche heute“ frage; und er hatte abschließend aus meiner Arbeit zitiert: „Bonhoeffers Forderung einer Arkandisziplin wird heute offensichtlich vor allem dort als aktuell empfunden, wo die Kirche in Solidarität mit den ausgebeuteten und unterdrückten Völkern selbst am ‚messianischen Leiden Gottes in der Welt‘ teilhat ...“<sup>30</sup>

Das war ungefähr die Vorgeschichte der Ereignisse, über die sich Gerhard Besier in seinem Buch ausläßt. Mein Kalender vermerkt für 1989 vier Besuche bei Müllers in Berlin-Karlshorst,<sup>31</sup> den ersten am Sonntag, 8. Januar, 16 Uhr. Es wird bei dieser Gelegenheit gewesen sein, daß Hanfried Müller mich fragte, ob ich - im Fall, daß es gelänge, eine solche Stelle einzurichten, bereit sei, eine „international besetzbare“ Dozentur an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität für ein paar Semester zu übernehmen. Zwar seien die Chancen, eine solche Dozentur einzurichten, die programmatisch den Namen Dietrich Bonhoeffers tragen sollte, gering; aber er sei bereit, sich dafür einzusetzen, daß ich auf diese Stelle berufen würde, wenn ich meinerseits zusagen würde, im unwahrscheinlichen Falle des Erfolgs auch tatsächlich zu kommen.

<sup>29</sup> Vgl. H. Müller, *Von der Kirche zur Welt. Ein Beitrag zu der Beziehung des Wortes Gottes auf die societas* in Dietrich Bonhoeffers theologischer Entwicklung, Leipzig 1961.

<sup>30</sup> D. Kraft, *Dietrich Bonhoeffers Forderung einer Arkandisziplin*, in: *Weißenseer Blätter*, H. 1, 1989, 54f. - In merkwürdigem Kontrast zu dem freundlichen Echo auf meine Arbeit durch Müller, Bethge und Kraft stand dann ein Verriß der Arbeit im Rahmen einer Sammelrezension in der „Theologischen Literaturzeitung“ (vgl. Ernst Feil, *Aspekte der Bonhoefferinterpretation*, in: *ThLZ* 117, 1992, 90f.).

<sup>31</sup> Nach meiner Erinnerung war bei den Gesprächen neben Hanfried Müller jeweils auch Rosemarie Müller-Streisand anwesend, mindestens einmal auch Dieter Kraft.

Der Hintergrund des Projekts, wie er mir erläutert wurde, war folgender: Nach Müllers Einschätzung bestand die Gefahr, daß die Lehrkapazität in der Systematischen Theologie zum Zeitpunkt seiner für 1990 anstehenden Emeritierung reduziert würde. Um dies zu verhindern, wollte er dem Sprecher der Sektion Theologie, Heinrich Fink, den Vorschlag machen, durch eine Internationalisierung, wie sie mit der Einrichtung der Dietrich-Bonhoeffer-Dozentur verbunden wäre, die systematische Disziplin für die Studierenden attraktiver zu machen. Dies würde zugleich eine gewisse Öffnung der Humboldt-Universität nach Westen bedeuten, die politisch gewiß nicht leicht durchzusetzen wäre. Andererseits könnte man argumentieren, daß sich gerade die Theologie wegen ihrer Marginalität für solch ein Experiment eigne: Im Falle eines (wie auch immer zu beschreibenden) Erfolgs könne das Experiment als Präzedenzfall bzw. Modell für andere Fächer herangezogen werden, im Falle des Mißerfolgs könne man es als einmalige Ausnahme bezeichnen, so daß der Schaden begrenzt bliebe.

Auch über meine theologische Qualifikation wurde gesprochen: Wahrscheinlich müßte ich, um meine Berufung auf eine solche Dozentur zu rechtfertigen, zunächst zum Dr. sc. - das in der DDR übliche Äquivalent zur Habilitation im Westen - promoviert werden, wozu eine zweite Dissertation vorzulegen wäre. Ich schlug für diesen Zweck eine Studie über die Beziehung zwischen Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer vor, die demnächst im Druck erscheinen sollte.<sup>32</sup> Müller war bereit, die Arbeit daraufhin zu überprüfen, ob sie der Qualifikation zum Dr. sc. entspreche. Auch politische Rahmenbedingungen kamen zur Sprache: Ein Eid auf die DDR-Verfassung wurde nicht erwartet, wohl aber eine gewisse politische Zurückhaltung, die meinem Status als Gast entspreche. Ich sollte in der Hauptstadt der DDR wohnen, aber meinen Westberliner „Behelfsmäßigen Personalausweis“ behalten, um jederzeit ungehindert in den Westen reisen zu können.<sup>33</sup>

Ich bat zunächst um Bedenkzeit: Schließlich war mir gerade erst die Ernennung zum Wissenschaftlichen Assistenten für Systematische Theologie und Neuere Theologiegeschichte an der Freien Universität in Aussicht gestellt worden, die dann auch zum 1. Februar 1989 erfolgte. So wollte ich zunächst erkunden, ob ich von der Freien Universität ggfs. für mehrere Semester beurlaubt werden könnte, um eine Gastdozentur in der DDR zu übernehmen. War solch eine Möglichkeit im Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD überhaupt vorgesehen, oder müßte hier ohne diplomatisches Netz verhandelt werden? Ausschlaggebend für meine Bereitschaft, mich schließlich auf das Abenteuer einzulassen, war wohl die Tatsache, daß mir F.-W. Marquardt, mit dem ich mich beriet, Mut machte. Für ihn wäre damit indirekt ein alter Wunsch in Erfüllung gegangen, da er als gebürtiger Eberswalder in seiner Studienzeit die Absicht gehabt hatte, Pfarrer im Osten zu werden, was sich dann nicht verwirklichen ließ, da die DDR

---

<sup>32</sup> Der Studie lag meine Tübinger Examensarbeit zugrunde, die ich dort 1980 bei Eberhard Jüngel eingereicht hatte. Ursprünglich war das Thema jedoch von F.-W. Marquardt angeregt worden.

<sup>33</sup> Auch solche Details kamen zur Sprache: „Modische Kleidung“, wie ich sie trüge (Ich trug kein Jacket, sondern einen Pullover), solle ich als Dozent besser nicht tragen, da dies in der DDR unüblich sei und daher provokativ wirken könne. Einen Anzug könne ich mir preisgünstig in Ostberlin schneiden lassen.

Anfang der 50er Jahre ihre Grenzen für im Westen ausgebildete Theologen geschlossen hatte.<sup>34</sup>

Ein weiterer Besuch in Karlshorst hat laut meinem Kalender am Sonntag, 26. Februar 1989, um 15 Uhr stattgefunden. Damals werde ich wohl meine Zusage für den Fall gegeben haben, daß es gelänge, die Dozentur einzurichten. Wahrscheinlich hatte ich auch bereits mein Buch über „Karl Barth in der Theologie Dietrich Bonhoeffers“ dabei.<sup>35</sup> Bald darauf habe ich Müller wohl Verzeichnisse meiner Publikationen und meiner bisherigen Lehrveranstaltungen sowie einen „Bericht über meine theologische Entwicklung“ zukommen lassen, - eben die Unterlagen, die bei der Bewerbung auf eine Dozentur üblich sind. Sie sollten Müller zur inhaltlichen Begründung seines Vorstoßes dienen.

Ein weiterer Besuch in Karlshorst fand am Donnerstag, 11. Mai 1989, um 17 Uhr statt. Dann herrschte erst einmal „Funkstille“. Es erfolgte, wovon ich damals nichts wußte, offenbar zunächst einmal die ablehnende Reaktion der SED auf Müllers Vorstoß. Angesichts der im Sommer 1989 sich zuspitzenden gesellschaftlichen Unruhe in der DDR wurde auch mir die Perspektive, auf die ich mich da eingelassen hatte, allmählich etwas unheimlich. Fast war ich schon froh, daß wohl nichts daraus werden würde. Am 1. und 8. September unternahm ich noch zwei „touristische“ Besuche in der mir ja noch weitgehend unbekanntem Hauptstadt der DDR, um mich an die vage Zukunft etwas zu gewöhnen.

Einen Monat vor der „Wende“, im Oktober 1989 erhielt ich überraschend die Nachricht - ich meine mich zu erinnern, daß es ein Telegramm war - aus Ostberlin: es gebe „grünes Licht“. Daraufhin fuhr ich am Freitag, 13. Oktober, erneut zu einem Besuch nach Karlshorst, um „Nägel mit Köpfen“ zu machen. Es ging bei dieser Besprechung wohl hauptsächlich um Terminfragen, etwa um die Frage der Einleitung des Promotionsverfahrens zum Dr. sc. Möglicherweise war diesmal auch Heinrich Fink anwesend.<sup>36</sup>

Am 9. November 1989 kam abends über das Radio die Meldung, daß die Berliner Mauer geöffnet worden sei. Das interessierte mich erst einmal weniger, da ich am nächsten Morgen zur praktischen Fahrprüfung anzutreten hatte. Diese verlief dann unter Bedingungen des Ausnahmezustands, weil ich bei sonnigem Wetter - eingeklemt zwischen unzähligen Trabis - kaum vom Fleck kam. Die Fahrerlaubnis wurde mir dann mit den Worten überreicht: „Weil heute so ein schöner Tag ist.“

Daß ich in den folgenden Wochen und Monaten nichts mehr von der Humboldt-Universität hörte, hat mich nicht gewundert. Tatsächlich ging ich davon aus, daß die Anarchie der „Wende“ alle weiteren Überlegungen erst einmal blockieren würde. Wie auf der Ebene der gesamtberliner Politik so wurden auch innerhalb der theologischen Ausbildung in Berlin die Karten zwischen Humboldt-Universität, Freier Universität, Kirchlicher Hochschule und Sprachenkonvikt völlig neu gemischt. Hanfried Müller ging in den Ruhestand, Dieter Kraft wurde entlassen. Eine förmliche Absage der Humboldt-

---

<sup>34</sup> Vgl. A. Pangritz, „Mich befreit nur der Gott Israels“. Friedrich-Wilhelm Marquardt - eine theologisch-biographische Skizze, Berlin 2003, 15.

<sup>35</sup> Vgl. A. Pangritz, Karl Barth in der Theologie Dietrich Bonhoeffers - eine notwendige Klarstellung, Berlin 1989; - vgl. auch die überarbeitete und erweiterte englische Fassung: A. Pangritz, Karl Barth in the Theology of Dietrich Bonhoeffer, transl. by Barbara and Martin Rumscheidt, Grand Rapids 2000.

<sup>36</sup> Fink, der ursprünglich andere personelle Vorstellungen gehabt hatte, war inzwischen von Müllers Personalvorschlag überzeugt.

Universität, wie sie den formalen Regeln der Höflichkeit entsprochen hätte, war bei dem ausbrechenden Postengeschacher nicht zu erwarten.

Daß, wie Besier anhand seiner Entdeckungen in den SED-Akten ausgeplaudert hat, die Geschichte bereits im Mai 1989 von der SED blockiert worden war, ahnte ich damals noch nicht. Umgekehrt scheint Besier entgangen zu sein, daß es wenige Wochen vor der „Wende“ doch noch „grünes Licht“ gegeben hat. Diese, den Akten offenbar nicht zu entnehmende Information, hätte für ihn eigentlich ein gefundenes Fressen sein müssen, da doch erst sie plausibel macht, warum die „Wende“ tatsächlich „alle weiteren Überlegungen überflüssig“ machen mußte. An sich ist ja nicht einzusehen, warum der Plan der Errichtung einer international besetzbaren Dietrich-Bonhoeffer-Dozentur für Systematische Theologie, für die man personell ja durchaus neue Vorstellungen hätte entwickeln können, nicht weiterverfolgt wurde. Hätte eine „Bonhoeffer-Dozentur“ nicht auch einer gewendeten Humboldt-Universität gut angestanden?

### III.

Als Gerhard Besier den „Fall“, soweit er ihn aus den SED-Akten rekonstruieren konnte, Jahre später (1995) publik machte, war ich zunächst überrascht. Ich wunderte mich über die Tatsache, daß er aus Dokumenten zitierte, die mir selbst als dem „Betroffenen“ unbekannt waren. Daher wandte ich mich im Februar 1996 an die Außenstelle des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde, in der die von Besier zitierten Akten der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ inzwischen lagerten, um meinerseits Einsicht in die Dokumente nehmen zu können. Merkwürdigerweise erhielt ich von dort zunächst die Auskunft, niemand dürfe Einsicht in diese Akten nehmen, da sie gesperrt seien, um „Belange Dritter“ zu schützen. Erst als ich darauf hinwies, daß ich selbst ein solcher „Dritter“ sei, der hier vor sich selbst geschützt werde, während Besier ohne Rücksicht auf solche „Dritte“ offenbar Einsicht in diese Akten habe nehmen dürfen, erhielt ich die Erlaubnis, die gewünschten Aktenbestände meinerseits am 15. April 1996 auszuwerten.

So konnte ich Einsicht in Hanfried Müllers mich betreffendes Schreiben vom 26. April 1989 an Kurt Rätz vom Zentralkomitee der SED nehmen, das ich mit Interesse las. Es bietet auf vier eng getippten Seiten in großer Ausführlichkeit zahlreiche Argumente, die bei Besier nicht berücksichtigt sind. Gleichwohl würde ich nicht sagen, daß Besier den Inhalt durch seine Auslassungen grob verfälscht hätte. Der Mißbrauch liegt in der Einordnung der Zitate in einen irreführenden Kontext. Im übrigen hatte Besier sich vor Einsichtnahme in diese Dokumente verpflichtet, von ihnen allenfalls anonymisiert Gebrauch zu machen.

In seinem Schreiben an Rätz erläutert Müller zunächst „die Stellenplan- und Kadersituation“ an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität, die ihn zu seinem Berufungsvorschlag veranlasse, er begründet dann, „warum der Bereich Systematische Theologie und der Sektionsdirektor samt mir Dr. Pangritz für den optimalen Kandidaten halten“, und erklärt schließlich, „inwiefern wir darin, daß Dr. Pangritz nicht Bürger unserer Republik ist, keinen Mangel, sondern sogar einige Vorteile sehen“.<sup>37</sup> Das Schrei-

---

<sup>37</sup> Zusammenfassend behauptet Müller: „Ich wüßte innerhalb der DDR keinen Kandidaten für die systematisch-theologische Dozentenstelle in Berlin zu nennen (mich selber eingeschlossen), von dem

ben enthält auch einen konkreten Zeitplan, wonach zunächst meine Promotion zum Dr. sc. hätte genehmigt werden sollen, „um das Verfahren bis zum 1. 2. 1990 abzuschließen“, dem Datum, an dem spätestens meine Berufung auf die Dozentur hätte beantragt werden müssen, „um am 1. 2. 1991 wirksam zu werden“.<sup>38</sup> Angefügt ist dem Schreiben ein in dritter Person formulierter 2-seitiger „Entwicklungsbericht“ über mich, offenbar Müllers Bearbeitung des Berichts, den ich ihm hatte zukommen lassen.<sup>39</sup>

Auch in das 1<sup>1/2</sup>-seitige abschlägige Schreiben von Peter Kraußner aus dem „Büro Hager“ an „Genossen Rätz“ vom 31. 5. 1989 konnte ich Einsicht nehmen. Kraußner verrät eine große Ängstlichkeit gegenüber Experimenten, wenn er schreibt: „Die Grundfrage, die ich hier nicht voll beantworten kann, wären die entsprechenden Regelungen, und meines Wissens sind im Kulturabkommen mit der BRD keine Gastprofessuren vorgesehen, was dann ja auch auf Dozenten zutreffen würde.“<sup>40</sup> Im übrigen betont Kraußner mit einem gewissen Recht, es könne „doch niemand die Frage beantworten - auch wenn Prof. Hanfried Müller Dr. Pangritz als einen ‚linken Theologen‘ schildert -, welche Position, Einflußnahme auf die Studentenschaft wirklich erfolgen würde; und so mancher Theologe ‚ganz links‘ nützt uns dann im Theologenstreit in der innerkirchlichen Auseinandersetzung recht wenig.“<sup>41</sup> Man spürt dieser Formulierung förmlich ab, wie Kraußner offenbar alles „Linke“ irgendwie unheimlich zu sein scheint, so daß er lieber die Finger davon läßt. Im übrigen wurde hier - im Gegensatz zu Besiers Suggestion - offenbar eher die gefährliche Beeinflussung durch den Westen gefürchtet als umgekehrt.

Da ich vor der Auswertung der Akten entsprechend dem Bundesarchivgesetz hatte unterschreiben müssen, von den mir vorgelegten Dokumenten im Falle einer Zitierung allenfalls anonymisiert Gebrauch zu machen, fragte ich mich, ob dies nicht auch für Besier hätte gelten müssen. Ich wandte mich daher an einen Anwalt, um den Vorgang

---

ich, so wie unsere Studenten zu reagieren pflegen, mir einen so effektiven positiven Einfluß verspräche wie von diesem fachlich hoch qualifizierten, jungen, der gegenwärtigen Generation als ihr Zeitgenosse begegnenden, ausländischen Freund und Dozenten mit einer theologischen, kirchlichen und politischen Grundhaltung, wie sie Dr. Pangritz eigen ist.“- Ich spare mir weitere Zitate aus Müllers Schreiben an K. Rätz, da ein großer Teil des Lobes taktisch begründet sein dürfte.

<sup>38</sup> Auch die Berufung von Dieter Kraft in die Nachfolge Müllers zum 1. 9. 1990 war in diesem Zeitplan vorgesehen.

<sup>39</sup> Diese Fassung des „Entwicklungsberichts“ durch Hanfried Müller enthält taktische Formulierungen, die offenbar dazu dienen sollten, den Anstoß, den der von mir verfaßte „Bericht über meine theologische Entwicklung“ hätte bereiten können, abzumildern, um mich der SED genehm erscheinen zu lassen. Gleichwohl kann ich mich in Müllers Charakterisierung noch wiedererkennen. Es wäre eine interessante historisch-kritische Aufgabe, beide Berichte im Detail zu vergleichen.

<sup>40</sup> Hier irrt Genosse Kraußner: Das „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit“ vom 6. Mai 1986 sah in Artikel 2 u.a. vor: „den Austausch von Wissenschaftlern zu Vorlesungs-, Forschungs- und Studienaufenthalten“. Diese offene Formulierung hätte m.E. bei gutem Willen durchaus die Möglichkeit der Einladung eines Gastdozenten auch über mehrere Semester geboten, auch wenn zum Zeitpunkt der Unterzeichnung wohl eher an kurzfristige Aufenthalte gedacht worden war. Im übrigen wurde das Kulturabkommen nach Artikel 13 „entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 ... auf Berlin (West) ausgedehnt“, so daß auch unter diesem Aspekt kein Hinderungsgrund bestanden hätte.

<sup>41</sup> Die Charakterisierung als „ganz links“ deutet darauf hin, daß Müller bei der Überarbeitung meines „Entwicklungsberichts“ noch zu zurückhaltend gewesen ist, so daß ich der SED trotz aller Retuschen als anarchistischer Utopist erschienen bin („Linksradikalismus“ als Kinderkrankheit).

rechtlich prüfen zu lassen. Dieser riet mir zunächst, mich noch einmal an das Bundesarchiv zu wenden und nähere Auskunft zu verlangen. Ich richtete daher am 29. April 1996 die Anfrage an die Stiftung, ob „der Gebrauch, den Herr Prof. Dr. Gerhard Besier (Heidelberg) von dieser gesperrten Akte durch Zitate und Nennung meines Namens gemacht hat, ... rechtens“ sei.

In der Antwort vom 23. Mai 1996 wurde mir zunächst versichert, daß ich aus dem mich betreffenden Vorgang „jederzeit ... zitieren“ dürfe. „Dazu bedarf es keiner Genehmigung unsererseits.“ Was Besiers Umgang mit den betreffenden Akten betrifft, erhielt ich die folgende Auskunft: „Zum Zeitpunkt der archivischen Bearbeitung des Teilbestandes ‚Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED 1972-1989‘ in der ersten Hälfte des Jahres 1991“ habe es dafür noch „keine persönlichkeitschutzrechtlichen Vorschriften für die Bewertung von Vorgängen“ gegeben, „die schutzwürdige Belange Dritter berührten“. Gleichwohl habe „die damalige Leitung des Zentralen Parteiarchivs der SED, das dem Parteivorstand der PDS unterstand, ... versucht, solche schutzwürdigen Angelegenheiten angemessen zu berücksichtigen“. So habe sie „alle Bestände mit einer 30jährigen Sperrfrist belegt“. Im Jahr 1992 hätten „nur 4 Benutzer mit Sondergenehmigungen Einsicht in den Teilbestand der Arbeitsgruppe Kirchenfragen ... erhalten. So auch Herr Professor Dr. Gerhard Besier, der damals im Auftrag des Brandenburgischen Ministerpräsidenten, Dr. Manfred Stolpe, entsprechende Archivalien wissenschaftlich ausgewertet hat. Herr Prof. Besier hat sich vor Benutzung (u.a. auch der o.g. Akte) per Unterschrift verpflichtet, ... die schutzwürdigen Belange Dritter zu gewährleisten.“ Nach Überführung der Bestände in die Stiftung im Jahr 1993 seien die Akten dieses Teilbestandes erneut „von der allgemeinen Benutzung ausgeschlossen worden“. Seitens der Stiftung sei daher kein Verstoß gegen rechtliche Bestimmungen zu erkennen. „Herr Prof. Besier müßte ... einen Verstoß gegen seine Verpflichtung Ihnen gegenüber selbst vertreten. Vielleicht haben Sie ja die Möglichkeit, diese Problematik mit Herrn Besier zu besprechen.“<sup>42</sup>

Da ich eine solche Möglichkeit nicht sah, beriet ich mich erneut mit dem Rechtsanwalt, - auch im Blick auf mögliche berufliche Nachteile, die ich durch Besiers Veröffentlichung zu befürchten hatte. Das Gespräch ergab, daß zwischen einer politischen und einer juristischen Bewertung des Vorgangs zu unterscheiden sei: Ohne Zweifel gebe es rechtliche Gründe, gegen Besier vorgehen; aus politischen Gründen sei davon aber abzuraten: Erstens werde der „Fall“ dadurch erst recht bekannt, so daß Besier gerade damit sein denunziatorisches Ziel erreiche; im übrigen sei die Sache ja keinesfalls „ehrenrührig“ für mich, - es sei denn, „links“ wäre ein Schimpfwort. Das leuchtete mir ein.<sup>43</sup>

Schwer zu sagen, was Besier dazu veranlaßt haben mag, rechtswidrig aus den Akten des SED-Archivs meine Adellung durch einen Vertreter dieser Partei zum „Theologen ‚ganz links‘“ zu zitieren. Vielleicht glaubte er, aufgrund der Rückendeckung durch Manfred Stolpe jenseits des Rechts zu stehen. Vielleicht war er der Meinung, daß in diesem Fall der Zweck die Mittel heilige. Da er sich nun einmal für meinen „Fall“ interessierte,

---

<sup>42</sup> Schreiben der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv vom 23. 5. 1996 an mich (Gesch.-Z. A2-9411 FUB/2).

<sup>43</sup> Vgl. Karl Barth, Der Römerbrief [1. Aufl.], Bern 1919, 581 [zu Röm 13,1 !]: „... ihr werdet euch schwerlich anderswohin stellen können als auf die äußerste Linke.“

hätte er auch auf die Idee kommen können, mich selbst um Auskunft zu bitten und nach meiner Erinnerung zu befragen. Dies hat er zu keinem Zeitpunkt getan.

Ironie der Geschichte: Heute bin ich als Professor für Systematische Theologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn tätig, die - anders als die „eigentliche Berliner Universität“ - noch heute den Namen „Friedrich-Wilhelm“ trägt. Wie ich dazu kam, wäre eine eigene Geschichte. Von hier waren 1957 meine Lehrer Helmut Gollwitzer und Friedrich-Wilhelm Marquardt nach Berlin gekommen. Hier wirkte später Dietrich Bonhoeffers Freund und Biograph Eberhard Bethge als Honorarprofessor. An der Bonner Universität hatte im übrigen im Juli 1931 die erste persönliche Begegnung zwischen Karl Barth und Bonhoeffer stattgefunden.



## Joachim Rohde

### Habent sua fata libelli

Krebs, Bernd: Nationale Identität und kirchliche Selbstbehauptung - Julius Bursche und die Auseinandersetzungen um Auftrag und Weg des Protestantismus in Polen 1917-1939, Neukirchen-Vluyn, Neukirchener Verlag 1993, 298 S., = Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von G. Besier u.a., Band. 6

Habent sua fata libelli (Bücher haben ihre Schicksale). Dieser Satz wird dem spätrömischen Schriftsteller Terentianus Maurus zugeschrieben; „je nach der Fassungskraft des Lesers“ (pro captis lectoris) geht diesen Worten voraus um anzuzeigen, wie der Verfasser seine Worte verstand. Angesichts des hier zu besprechenden Buches könnte man den obigen Satz abwandeln: Auch Dissertationen und Promotionsverfahren haben ihre Schicksale. Deshalb in dieser Besprechung etwas ausführlich zur Vorgeschichte der vorliegenden Publikation.

Bernd Krebs, Gemeindepfarrer in West-Berlin, war in den 80er Jahren wiederholt Besucher der von der Sektion Theologie an der Humboldt-Universität unter dem Direktorat von Heinrich Fink in jedem Jahr veranstalteten ökumenischen Symposien und hatte als Betreuer seiner geplanten Dissertation über den polnischen Bischof Julius Bursche den inzwischen emeritierten ordentlichen Professor für ökumenische Theologie, Gerhard Bassarak, gefunden, der infolge seiner ostpreußischen Herkunft auch ein guter Kenner der kirchlichen deutsch-polnischen Beziehungen ist und ein Buch des Warschauer Kirchenhistorikers Woldemar Gaspary über Bischof Bursche in deutscher Sprache herausgegeben hatte, dazu mehrere Sammelbände über den osteuropäischen Protestantismus. Gaspary war übrigens seit etwa 1980 theologischer Ehrendoktor der Humboldt-Universität.

Nach der sog. Wende in der DDR, d.h. nach ihrer Einverleibung in die Bundesrepublik mit anschließender restaurativ-konterrevolutionärer Umgestaltung, riß der Kontakt zwischen Krebs und Bassarak ab. Angesichts der entdemokratisierenden Umgestaltung auch der Hochschullandschaft in der bisherigen DDR mit Hilfe der jetzt geltenden besatzungsrechtlichen Ordnung, genannt Einigungsvertrag, sah Krebs wohl keine Möglichkeit mehr, angesichts der restaurativen Grundhaltung der meisten theologischen Fakultäten auf dem Boden der nun vergrößerten Bundesrepublik, mit seiner Arbeit den Doktorgrad einer deutschen Universität erlangen zu können. Er reichte die Erstfassung seiner Arbeit daher an der Christlich-Theologischen Akademie in Warschau ein, die in Polen den theologischen Nachwuchs der protestantischen, orthodoxen und altkatholischen Kirchen ausbildet. Das Promotionsverfahren kam dort im Frühjahr 1991 erfolgreich zum Abschluß. Außer dem Promotor Janusz Maciuszko waren als Gutachter die Professoren Jerzy Gryniakow (Warschau) und Mieczyslaw Wojciechowski (Univ. Torun) beteiligt.

Schwierigkeiten bereitete dem Promovenden dann die Drucklegung. Martin Greschat vermochte die Aufnahme in die von ihm herausgegebene Reihe „Konfession und Ge-

sellschaft“ gegen den Widerstand seiner Mitherausgeber nicht durchzusetzen. Natürlich nimmt Krebs in großen und ganzen ziemlich eindeutig Partei für Bischof Bursche gegen die revisionistische Kirchenpolitik des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin und gegen die deutschnationalen Pastoren deutscher Zunge in den nach 1918 an Polen abgetretenen preußischen Territorien und setzt sich deutlich von den nationalistisch eingestellten Theologen, Kirchenhistorikern und Historikern ab, die nicht nur in der Zeit der Weimarer Republik und in der Nazizeit die Grenzen von 1914 verteidigt und ihre Wiederherstellung gefordert haben, sondern auch von denjenigen in der alten Bundesrepublik, die auch aus der zweiten Niederlage des deutschen Imperialismus nichts gelernt haben und etwa die Positionen der sog. Heimatvertriebenenverbände vertreten. Es ist zu vermuten, daß diese Geisteshaltung der wahre und tiefere Grund dafür war, daß die Arbeit von Krebs nicht die Zustimmung des Herausgeberkreises von „Konfession und Gesellschaft“ gefunden hat.

So landete die Arbeit schließlich nach etlichen Kürzungen und Erweiterungen durch Einarbeitung weiteren Quellenmaterials bei Gerhard Besier und seinem Herausgeberkreis der Reihe „Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert“. Ersterer hat sich ja, dadurch einen unrühmlichen Namen gemacht, daß er sich auf die Fälschung der Kirchengeschichte der DDR spezialisiert hat. Wie Besier die Aufnahme der Arbeit in seine Reihe zu interpretieren und einzuordnen versucht, ist unschwer aus seinem Vorwort zu erkennen. Die deutschen Verbrechen an Polen im 2. Weltkrieg werden in den beiden letzten Absätzen des Vorworts mehr verschleiert als angesprochen und vertuschen das Geschehen auch in dem Blabla des folgenden Satzes: „Die intendierte strikte Trennung von Staat und Kirche (im Reichsgau Wartheland unter Gauleiter Greiser, J.R.) überholte die traditionellen Konstellationen von Volk, Nation und Religion“. In solch einem Satz vermag man sich als Hintergrund zwar allerlei Harmlosigkeiten vorzustellen, aber nicht die Ausmaße der tatsächlichen Vertreibungen von Polen, ihrer Ermordung und des Versuchs zur Schaffung eines Sklavenvolkes für das Großdeutsche Reich. Was versteht Besier unter „letztlich ungeklärten Umständen“, unter denen Bischof Bursche 1942 im KZ Sachsenhausen verstorben sei? Daß ein 80-jähriger Kranker den Terror eines nazistischen KZ-Lagers in Einzelhaft nur kurze Zeit überleben konnte, bedarf wohl nicht der besonderen Klärung weiterer Umstände. Es kann vermutet werden, daß man bei seinem plötzlichen Ende auch nachgeholfen hat, denn ein Brief vom 15. Februar 1942 aus Sachsenhausen enthält keinen Hinweis auf Schwäche oder akute Krankheit, aber schon 5 Tage später ist er gestorben, angeblich im Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin, wie die Sterbeurkunde des Standesamtes Berlin-Mitte es behauptet, aber weshalb lag zwischen angegebenem Todestag und der Übergabe seines Nachlasses durch die Gestapo in Warschau an seine Angehörigen eine Zeit von mehreren Wochen ohne jede Information?

Im übrigen dürfte es verfehlt sein, daß Besier „nationalistische Verirrungen von Deutschtum und Polentum“ einander gleichsetzt und als für beide Seiten gleichermaßen gültige „bleibende Mahnung“ bezeichnet. Die an Polen gefallenen Teile von Posen und Westpreußen als „annektierte preußische Provinzen“ zu bezeichnen, geht an der geschichtlichen Wirklichkeit und ihrem tatsächlichen Verlauf ebenfalls vorbei, denn die nach 1918 an Polen zurückgefallenen Gebiete waren tatsächlich der größere Teil derjenigen Territorien, die Preußen im Verein mit dem zaristischen Rußland und den Habs-

burgern bei den beiden ersten polnischen Teilungen sich einverleibt hatte, in denen besonders unter Bismarck kräftig germanisiert worden war.

Sehr bedenklich finde ich aber, und das ist eine ernste Anfrage an Bernd Krebs, daß der Name des Erstbetreuers Gerhard Bassarak lediglich in der Vorbemerkung des Verfassers auftaucht und sein Anteil dort auf „vertiefende Gespräche“ reduziert wird. Im Literaturverzeichnis steht Bassaraks Name nur als Herausgeber einiger Sammelbände zur Geschichte des osteuropäischen Protestantismus; er fehlt jedoch als Bearbeiter der deutschen Fassung des Buches von Woldemar Gaspary „Bischof Bursche und die polnische Sache“ (Berlin 1979) und als Verfasser eines ausführlichen Vorwortes dazu. War diese Verleugnung seines ersten Förderers eine Vorbedingung für die Aufnahme in die vor allem von Besier verantwortete Reihe?

Die Druckfassung der Dissertation ist in 12 Kapitel gegliedert, wobei sich die kürzeren ersten drei mit der Zeit vom Vorabend des 1. Weltkrieges bis zur Konsolidierung des wiedererstandenen polnischen Staates bis 1921 befassen. Die nächsten Kapitel 4 bis 8 behandeln je einen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren: 1922-1926, 1925-1929, 1930-1933, 1933-1935. Weitere Kapitel (9-11) stellen die Selbstbehauptung der evangelischen Kirche unter den autoritär-diktatorischen Regimes Pilsuski und Rydz-Smigly und den zunehmenden staatlichen Repressionen von polnischer Seite angesichts eines zunehmenden nazistischen Einflusses auf die evangelischen Deutschen in Polen dar. Das 12. und letzte Kapitel widmet sich schließlich der faschistischen Kirchenpolitik nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht und endet mit dem Tod Bursches nach seiner Verschleppung nach Berlin und der Überführung in das KZ Sachsenhausen.

Im einzelnen ist die Darstellung durch Bernd Krebs dadurch gekennzeichnet, daß er die Unierte Evangelische Kirche in Polen, die bis zum Ende des 1. Weltkrieges zur Evangelischen Kirche der altpreußischen Union gehört hatte, und die von ihren Amtsträgern vertretene volkstumspolitische Linie auf der einen Seite und die von Bischof Bursche und seinen Parteigängern vertretene Linie der Evangelisch-Augsburgischen Kirche auf der anderen Seite als Antipoden darstellt. Da ein erheblicher Prozentsatz der deutschsprachigen Literatur zu diesem Thema bisher die Auseinandersetzung aus der Sicht der Gegner Bischof Bursches dargestellt und das Bild eines seit 1905 ununterbrochen anhaltenden Kirchen- und Volkstumskampfes zwischen deutsch und polnisch gezeichnet hat, sieht es Krebs als seine Aufgabe an, die auf Grund dieser Sichtweise entstandenen Legenden und Mythen nach ihrem Wahrheitsgehalt zu befragen und den tatsächlichen Gang der Ereignisse nachzuzeichnen. Dies kann und braucht in einer Rezension nicht im einzelnen dargestellt zu werden. Nur soviel sei gesagt: Die Abhandlung von Krebs hätte sicherlich weitestgehend auch die Zustimmung seines ersten Förderers Gerhard Bassarak gefunden. Dessen Anteil nun im Vorwort auf „vertiefende Gespräche“ zu reduzieren, scheint mir absolut unangemessen zu sein.



## **§ 5 Predigt und Auslegung**

## Dieter Frielinghaus

### Im Bunde

„Denn du bist ein heiliges Volk dem Herrn, deinem Gott. Dich hat der Herr, dein Gott, erwählt zum Volk des Eigentums aus allen Völkern, die auf Erden sind. Nicht hat euch der Herr angenommen und euch erwählt, weil ihr größer wäret als alle Völker - denn du bist das kleinste unter allen Völkern -, sondern weil er euch geliebt hat und damit er seinen Eid hielte, den er euren Vätern geschworen hat. Darum hat er euch herausgeführt mit mächtiger Hand und hat dich erlöst von der Knechtschaft, aus der Hand des Pharao, des Königs von Ägypten. So sollst du nun wissen, daß der Herr, dein Gott, allein Gott ist, der treue Gott, der den Bund und die Barmherzigkeit bis ins tausendste Glied hält denen, die ihn lieben und seine Gebote halten, und vergilt ins Angesicht denen, die ihn hassen, und bringt sie um und säumt nicht, zu vergelten ins Angesicht denen, die ihn hassen. So halte nun die Gebote und Gesetze und Rechte, die ich dir heute gebiete, daß du danach tust. Und wenn ihr diese Rechte hört und sie haltet und danach tut, so wird der Herr, dein Gott, auch halten den Bund und die Barmherzigkeit, wie er deinen Vätern geschworen hat, und wird dich lieben und segnen und mehren ...“

5. Mose 7, 6-13

Das letzte der „Fünf Bücher Mose“ ist gestaltet als eine lange Rede Moses an die „Kinder Israel“, worin er die Ereignisse bis kurz vor der Einwanderung in des „gelobte Land“ noch einmal ins Gedächtnis ruft und die Gebote und Gesetze wiederholt. Ob er die Hörer mit „ihr“ oder mit „du“ anredet, immer meint er das Volk. Und wo wir „ich“ lesen, meint er also sich selber.

„Dich hat der Herr, dein Gott, erwählt zum Volk des Eigentums.“ Hier kommt es erst recht auf den Wortlaut an. Denn es macht schon einen Unterschied, ob ein Volk hören soll, es sei von Gott dem Herrn erwählt, oder ob es ohne Hemmung ruft: Wir sind das erwählte Volk! Da haben wir das Wort bereits mißbraucht. Manche Völker sind dazu schon verführt worden, nicht zuletzt die Deutschen, und es sieht so aus, daß es schon wieder betrieben wird. Schlimmer, daß dieses anspruchsvolle „wir“ durch die Jahrhunderte das Wort in der Kirche verdunkelt hat. Denn dieses falsche „wir“ erwählt sich selber. Damit halten wir uns für die Besseren und wollen glänzen vor allen anderen und finden, trotz beteueter Demut, Gott müsse uns dabei geradezu zu Diensten sein.

Der Ausdruck „erwähltes Volk“ kommt aber aus der Geschichte der Juden: Es ist allein Gott der Herr, der dich erwählt hat, und zwar als Volk, und das zu *seinem* Eigentum. Mose könnte fortfahren: Es war nicht deine Idee, Er hat dich nicht einmal gefragt. Darum kann diese Wahl auch eine schwere Last sein. Das haben gläubige Juden immer wieder bis heute ausgesprochen.

Wenn wir nun fragen, warum der Herr sein Volk erwählt hat, gibt es darauf eigentlich nur die Antwort: weil Er es will. Aber in dem Wort seines Zeugen will Er selber diese Antwort entfalten. Vielleicht erfassen wir ein wenig davon trotz der Kürze der Zeit.

Weil er dich geliebt hat. Liebe hat weiter keinen Grund. Das ist das Schwere und das Schöne an ihr. Sie sagt: Wenn du mich auch nicht liebst, ich liebe dich doch. Und das noch im Zorn, so sagt hier Gottes Liebe.

*Weil* Gott der Herr sein Eigentum haben will. Nun ist „Eigentum“ ein häufiges Wort im Alten Testament. Aber hier steht dafür ein besonderer Ausdruck, der nur überaus selten vorkommt. Er meint ursprünglich ein außergewöhnlich kostbares Eigentum, das Eigentum des Königs. Dieser König, „dein Gott, der allein Gott ist“, ist gleichwohl ein einsamer König. Er hat all sein Eigentum mit Freuden verschenkt an die Menschen. Was aber ist daraus geworden unter lauter falschen Königen, die nicht lieben, sondern ihr Eigentum geraubt haben! Doch ein einziges Eigentum möchte der wahre König haben und behalten für seine Liebe zu seiner Freude und zur Freude der Geliebten. Da wählt er nicht das beste und größte Volk, sondern das kleinste. Die Größe dieses allenthalben unbekanntem Königs ist seine Zuwendung zu den Unbekannten, Verachteten, Elenden. Sie sollen sein kostbares Eigentum werden. Er ist ihr Befreier und bittet sein Volk: Liebe mich doch wieder! Für sein so angeredetes Volk wird diese Bitte zum Befehl, und das ist der eigentliche Inhalt seiner Gebote.

Weil Er seinen Eid hält, den er euren Vätern einmal geschworen hat. Dem Bunde, den Er schon vorzeiten beschlossen hat, bleibt Er treu und erwartet die Treue der Seinen. Wir sind füreinander, soll es in diesem Bunde heißen, wir mögen und suchen einander. Mit dem Bunde hält er auch die Barmherzigkeit. Darunter verstehen wir sowohl Mitleid als auch Vergebung. Das in der alten Sprache gebrauchte Wort meint zugleich Gunst und Huld. Eine vorzügliche Übersetzung wäre nach einem modernen jüdischen Gelehrten des Hebräischen unser Wort „Solidarität“: ich kann nicht von dir lassen, dein Wohl ist in meinem eigensten Interesse.

So will der Herr des Bundes lieben, segnen und mehren, und das Gebot des Bundes sagt denen, die im Bunde stehen: Siehe doch alle die Unbefreiten!

Aber ich scheue mich, dieses Letzte gerade an dieser Stelle zu sagen. Denn ich darf nicht verschweigen, daß dieser schöne und grundlegende Abschnitt der Heiligen Schrift vorne und hinten von schrecklichen Anweisungen umschlossen ist. In diesem selben Kapitel schreibt Mose vor, die Götzen und die Völker in dem nun zu betretenden Lande zu zerschlagen und zu vertilgen.

Sollen wir uns aus diesen grauenvollen Mordbildern heraushelfen durch die wissenschaftlich wahrscheinlich richtige Auskunft, daß es „ganz so“ dann ja nicht gekommen sei? Sollen wir klagen, nicht einmal Mose habe den Herrn und den Bund begriffen? Das wäre, der Bibel selber entsprechend, richtig, wenn wir uns gleich miteinbeziehen. Der große jüdische Theologe Martin Buber, der sich im 20. Jahrhundert als einsamer Prediger des Friedens, ja der Gemeinschaft zwischen Israelis und Palästinensern den eigenen Ruhm verdarb, hat gesagt, als es zu Moses Zeiten mit Israel anfing, sei es fast unmöglich gewesen, das Volk genug zu warnen vor den damaligen Religionen. Das Volk sollte Eigentum des Herrn, seines Gottes, sein, während die Religionen ihre Götter sich selber zu eigen nahmen. So verhält es sich auch heute. Der biblische Glaube kann ganz schnell und scheinbar unbeabsichtigt in sein Gegenteil verkehrt werden, in bloße Religion. Diese sagt: Wir wissen, wir bestimmen, und der Gott, dem wir (mit Maßen) dienen wollen,

ist dazu da, uns zu dienen. Solche Religion dient vor allem den Mächtigen, soll sie mit göttlicher Weihe umgeben, also gerade *sie* größer machen, damit das Volk um so fester an *sie* glaube und sich füge. Ein aktuelles Beispiel: Die Bundeswehr wird 50 Jahre alt, und selbstverständlich findet dazu im Berliner Dom ein solenner Gottesdienst statt. Damit ist doch der Inhalt des Gottesdienstes festgelegt, also das Gegenteil zum Ersten Gebot. So soll es in Gottes Volk nicht sein.

Die scharfe Warnung an die, die Gott den Herrn hassen, meint ja das Volk des Eigentums. Ihn hassen können nur die Erwählten, die das Wort seiner Liebe hören und ihn dennoch nicht lieben. Wer aber ist es, der von sich sagen kann, daß er ihn wirklich liebt von Herzen und gänzlich und jeden Augenblick? So hat der Herr das Recht zu tun, was er dem Bundesvolk androht, das ihn haßt: „Er bringt sie um und säumt nicht, zu vergelten ins Angesicht denen, die ihn hassen.“ Wirklich, es ist gefährlich, Sein erwähltes Volk zu sein. Aber Er hat es *nicht* umgebracht. Doch die Kirche, die sich anmaßte und lehrte zu sagen „*wir* sind die Erwählten“, hat durch die Jahrhunderte viele Juden umgebracht und die sog. Endlösung, den Massenmord durch den Faschismus, entscheidend mit vorbereitet.

In der Kirchenzeitung („Die Kirche“, 19. Juni 2005, S.1) steht zu lesen: „Die Kirche braucht Kampagnefähigkeit... Deutschland braucht schlagfertige Kirchen... Christen in Europa stellen noch eine Macht dar...“ Der Geist solcher Sprache erscheint in solchen Zeitungen heute häufig. Die Kirche eine Partei, die auf Herrschen aus ist und ihre Mitglieder darauf einstimmt? Da spricht weder Liebe noch Gehorsam, und was würde Jesus dazu sagen?

Gegen seine eigenen Worte in unserem Kapitel weiß Mose von dem Bunde des Herrn mit Abraham, der ins Unsichere aufbrechen sollte „zum Segen für alle Völker“. Mose selber schärft dem Volke wiederholt ein, „den Fremdling zu lieben“, der bei dir wohnt, also aus anderem Volke und anderer Religion. Israels Propheten sehen schon den großen Frieden, da die Völker „den Krieg nicht mehr lernen werden“. Darum soll Gottes Volk „wandeln im Lichte des Herrn“.

An dem einen Juden Jesus können wir die Erwählung erkennen. Er lebt ganz daraus, daß er geliebt wird von Gott, seinem Vater, und er lebt ganz daraus, daß er Ihn liebt. Mit derselben Liebe liebt er die Menschen, die Elenden und die, die ihn so elend machen. Das Evangelium des heutigen Sonntages schreibt, daß der auferweckte, von Gläubigen Gekreuzigte den in der Treue ebenfalls unbewährten Jüngern gesagt hat: „Gehet hin in alle Welt“. Das kann doch nur heißen: Gehet hin mit meiner Liebe zu meinem und euren Vater und mit meiner Liebe und Barmherzigkeit und Solidarität zu den Menschen, vornehmlich zu den Elenden, gehet aber nicht mit eurer Macht, gehet in Demut eurentwegen, und seid bereit, mein Leid zu teilen.

In dem Bekenntnis der Schuld deutscher evangelischer Kirchen 1947 (Darmstadt) bezog sich die kleine Schar auch auf ein Wort ihres Bruders, des Theologieprofessors H.J. Iwand: „Nicht Rückkehr zum Christentum, sondern Umkehr zu Gott durch das Evangelium ist uns geboten. Nicht die Rettung der Welt ist die Aufgabe der Christenheit, sondern die Reformation der Christenheit ist die Rettung der Welt. Darum rufen wir alle, die es zu glauben vermögen, auf: Bezeugt die wohltätige und befreiende Herrschaft Jesu Christi im Dienst an seiner ganzen Schöpfung, erkennt, daß der Staat zu seinen Geschöpfen gehört, dazu bestimmt, zur Ehre Gottes und zur Wohltat, zum Glück und Frieden unter den Menschen zu dienen.“



So sagen gläubige Juden: Wenn *wir* den von Gott dem Herrn gehaltenen Bund endlich halten, wird die Welt heil werden.

So habe ich, ohne nach euren Fähigkeiten oder Verdiensten zu fragen, die Predigt zu schließen mit den Worten: Liebe Gemeinde, du wirst geliebt von dem erwählenden Gott. Liebe ihn, denn du bist sein Eigentum. Bekenne dich zu der elenden Gestalt seines Christus, deines Bruders, und liebe die Elenden mit der Tat. Denn Er bleibt treu und hält den Bund.

(Predigt am 3. Juli 2005 in der evangelischen Kirche Brüssow)

## Constanze Kraft

### Predigt über Offenbarung 4

Ein Bild der Superlative wird vor uns ausgebreitet: ein offenes Tor zu einem geöffneten Himmel, im Himmel ein Thronsaal, auf den Thronen jemand, der nur mit lichtbrechenden Edelsteinen zu beschreiben ist, 24 in Weiß und Gold gekleidete Menschen, 7 brennende Fackeln, vier Lebewesen, deren Ausstattung alles Vorstellbare überschreitet, Blitze, Donner und Stimmen, Meer wie Kristall und ununterbrochener Gesang, Verneigungen und Darbringungen. Ein Rausch, der auf Menschen, die nicht der Bilderflut unterworfen sind wie wir Heutigen, berückend wirkt. Solche Bildtexte haben zu Hochleistungen sowohl in der Kunst als auch in der religiösen Reflexion motiviert.

Es gibt mehrere solcher Bildtexte in der Johannesapokalypse. Sie stehen an ganz bestimmten Schnittpunkten des Buches, das die verschiedenen Phasen der geschichtlichen Auseinandersetzungen der Welt beschreibt. Sie funktionieren wie eine Präambel zu diesen einzelnen Phasen. Sie nennen die theologische Perspektive, unter der die nachfolgend beschriebenen Prozesse zu verstehen sind. Diese Bildtexte sind weder Motivvorlage für künstlerische noch für religiöse Hochleistungen. Sie sind nicht religiös, sie sind emanzipativ. Sie sind Teil der Protestliteratur, mit der wir es bei diesem Buch zu tun haben. Sie sind Befreiungstexte, die sich aus dem Gott von Abraham, Isaak und Jakob speisen.

Die Kapitel 2 und 3 haben die griechisch-römische Gemeinderealität zum Inhalt und zeigen die Brüche, gesellschaftlichen Konflikte und sozialen Ängste der Menschen in diesen kleinen Randgruppen im globalen römischen System ungeschminkt. Ab Kapitel 4 schildert Johannes die geschichtlichen Prozesse und Auseinandersetzungen, die ihnen bevorstehen und ohne die die Befreiungsgeschichte Gottes nicht geschehen kann. Zur ersten Phase der Befreiung gehört die Offenlegung der Geschichte, ihre Realität, die politischen Kämpfe. Der Nenner, der Blickwinkel, unter den Johannes diese Offenlegung stellt, findet sich in den beiden hymnischen Versen, die den Schluß des Kapitels 4 bilden. Dort heißt einerseits: Der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs ist der Zielpunkt der Geschichte. Er kommt ganz bestimmt in diese Geschichte hinein. Und andererseits: Der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs ist Schöpfer. Er wird den Zustand der Welt verändern.

Unter diesen beiden Aspekten erklärt sich der Inhalt des Textbildes. Es ist ein Gegenbild zu der gesellschaftlichen Gegenwart. In diesem Gegenbild wird diese recht eigentlich sichtbar:

- Wo das Textbild Licht, Helligkeit, Glanz schildert, ist die Realität Roms gegenteilig: keine Helligkeit, in der man sehen kann, wie es weitergeht, kein Glanz der Wohnorte, keine Menschen, denen Ehre zukommt.
- Wo im Textbild ein Leuchten von dem Thron ausgeht, wird deutlich, daß vom Römischen Thron Verführungen, Verdummungen, Drohungen ausgehen.

- Wo das Textbild einen Regenbogen malt, weiß es von den gestörten Verhältnissen zwischen den Menschen, die nicht unter dem Zeichen des Bogens leben, mit dem einst der Frieden der Menschen auf der Erde und mit Gott besiegelt worden war.
- Wo es die Ältesten als siegreiche Mitarbeiter Gottes sieht, weiß es, daß die gegenwärtige Weltmacht keine Gleichberechtigung der Völker zuläßt, sondern diese zu politischen Marionetten ihres Willens degradiert.
- Wo das Textbild die Zahl 24 einbaut, die neben dem einen Thron Gottes eine Rolle spielt, weiß es um Aberglauben oder Astralkulte oder Tierkreiszeichen oder Werbesignale, deren magische Anziehungskraft das Denken der Menschen nachhaltig bestimmen.
- Wo das Bild ein kristallgleiches, also ein beruhigtes, durchschaubares Meer einfügt, spricht es indirekt von Ängsten der Menschen vor der Gewalt des Wassers, das ebenso einen Ort der Verbannung umschließen kann wie es der Ort von niederkonkurrierendem Handel ist.
- Wo es vier Lebewesen neben den Thron gruppiert, die mit ihren vielen Augen alles wahrnehmen sehen und von Zukunft sprechen, spiegelt es die tierischen Polizeikräfte innerhalb des Römischen Reiches wieder, die wild und stark sozial ausgewogenes Leben zu verschlingen drohen.
- Wo im Textbild eine unüberhörbaren Stimmenvielfalt und Gesang erklingen, wird zugleich laut, daß die Gegenwart die Menschen stumm gemacht hat und sich unter ihnen statt Widerstand Schweigen und Passivität ausbreitet.
- Wo das Bild die sieben Fackeln leuchten sieht, sieben lebendige Geister, zu denen sich die Gemeinden wandeln können, weiß es, daß die Gemeinden in Wirklichkeit schwach, mutlos und vereinzelt sind und daß der siebenarmige Leuchter, der einst im Jerusalemer Tempel stand, zerstört worden ist.
- Wo sich die Mitarbeiter vor dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs neigen und ihre Kronen niederlegen, weist das Bild auf die Tatsache hin, daß sich die Bewohner der Römischen Reiches vor Domitian als „unserem Herr und Gott“ niederwerfen und unterworfenen Politiker ihre Krone zu seinen Füßen legen müssen, wollen sie überleben.
- Wo in das Bild Stimmen, Donner und Blitze hineingeschrieben werden und somit untrügliche Zeichen des Exodus aus ägyptischen Verhältnissen, sind in der römischen Gegenwart keine Hinweise auf Befreiung zu spüren.

Das Bild erklärt verschlüsselt: Die Lebenssituation im Römischen Reich ist babylonisch, knechtend. Sie ist eine Kriegserklärung einer sich maßlos gebärenden Supermacht sowohl nach innen als auch nach außen. In Rom liegt scheinbar unbezwingbare Macht, und sie wird gnadenlos ausgeübt. Das Textbild des Johannes ist deshalb aufklärend, weil es das alles indirekt beim Namen nennt. Indem es diese Realität konstatiert und analysiert, gibt es den Opfern die Möglichkeit, sich selbst und die Verhältnisse zu verstehen. *Die Schilderung der Realität stärkt die Opfer, weil sie das Reich Gottes als Gegenentwurf zu dieser Realität erkennen.* Der Text des Johannes wird somit zu einem Transformationsriemen der Hoffnung. Gott, dem jede Einzelheit dieser Realität bekannt ist, wird aus dieser Geschichte befreien.

Insofern überläßt Johannes die Symbole der politischen Macht (Kandelaber, Thronessel, Edelsteine) nicht dem Kaiser, sondern sieht sie bei Gott. Sie werden zu Zeichen seines Befreiungsbeschlusses. Die öffentlichen Huldigungsformeln, die Sprache des Kaiserreiches, die Sprachregelungen des Braintrusts also, die Ausdruck von Verlogenheit

und der Entstellung der Wahrheit sind, legt er den Mitarbeitern Gottes in den Mund. So werden sie zu Worten, die über Gott als den Befreier reden. Auch die Rituale der Machtausübung werden von Johannes nicht negiert, sondern durch das Handeln Gottes mit neuem Inhalt gefüllt. Macht an sich ist nicht abzulehnen, Johannes kommt es darauf an, zu wessen Gunsten sie eingesetzt wird. Auch Reichtum, Glanz und Edelsteine sind nicht verwerflich, insofern alle daran partizipieren (das wird in den folgenden Doxologien deutlicher)

Daß Gott aus dieser Geschichte befreit wird, zeigt sich auch an der Erweiterung, die Johannes an den Anspielungen aus der Hebräischen Bibel vornimmt, aus denen sich das Textbild zusammensetzt:

- Wo - ebenfalls in einer Thronszene - Hesekiel und Jesaja zu Propheten berufen werden, dient die vorliegende Thronszene dazu, *Gottes* überwältigende Macht zu demonstrieren.
- Wo für Jesaja die Vision im Tempel stattfindet und für Hesekiel im Exil, hat diese Vision ihren Ort am Eingang des Himmels selbst.
- Der Runde Tisch im Himmel setzt sich nicht mehr aus verklärten Menschen zusammen wie bei Hesekiel und Jesaja, sondern aus Mitarbeitern (Engeln / Boten).
- Das dreimalige Heilig meint nicht den Herrn aller himmlischen Heerscharen, den Herrn Zebaoth wie bei Jesaja, sondern den Kyrios der Welt, den Pantokrator, der alles umfaßt und über allem waltet.

Johannes zeichnet einen universalen Gott. Kein Ort begrenzt ihn, keine Zeit, keine Nationalität, kein Kulturkreis, keine Sprache, kein politisches Konzept. Der Gott Israel, der umfassender als jedes Weltmachtssystem ist, steht Johannes vor Augen als ein Schöpfer, in dem die Summe aller zukünftigen Möglichkeiten des Menschen sind. Es ist Offenheit in ihm, eine Offenheit im Blick auf die Menschheit, auf die menschliche Geschichte. Ein Ende der Geschichte, eine endgültige Machtkonstellation der Unterwerfung von Menschen unter Menschen gibt es nicht für ihn.

Das ist der Gott, von dem es bei Johannes heißt, daß er kommt. Er war da, er ist da - in der römischen Realität, die er kennt -, und er wird kommen. Er kommt, um zu verändern. Er kommt in jedes globale Reich, das sich uneinnehmbar dünkt. Die hoffnungslosen, kleinen Randgruppen, zerstritten, stimm- und sprachlos, nicht immer nicht verfolgt, oft aber im Untergrund, ihrer grundsätzlichen Kraft beraubt - diese auch in ihrer physischen Existenz gequälten Leute brauchen nicht ohne die Gewißheit zu leben, daß die Verhältnisse nicht so bleiben werden wie sie sind. Sie können an der Analyse des Johannes festhalten. Sie dürfen und sollen an dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs festhalten. Das Textbild des Johannes führt sie, führt uns dazu, unser Hören auf das erste Gebot nicht zu widerrufen: *Ich bin dein Gott, der ich dich führte aus Ägypten, aus dem Haus der Sklaverei. Habe keine anderen Götter neben mir.* Amen

(Niederländische Ökumenische Gemeinde, 26. Oktober 2003)

## Hartmut Drewes

### Mittagsgebet im Bremer St. Petri-Dom am 3. Mai 2005

Tageslosung: Psalm 118, 22+23 „Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist zum Eckstein geworden. Das ist vom Herrn geschehen und ist ein Wunder vor unseren Augen.“

Es ist fast achtzehn Jahre her, daß mich nach einem Gottesdienst in der damals kasachischen Hauptstadt Alma Ata ein Mann ansprach und drei Worte sagte: „Bremen, Admiral Brommy“. Durch Übersetzung erfuhr ich, daß dieser Mann von 1943 bis 1945 als Zwangsarbeiter im Bremer Lager „Admiral Brommy“ war. Wladimir Trebuschnoj, so hieß er, war als junger Mann von 17 Jahren aus seiner ukrainischen Heimat nach Bremen deportiert worden und durchlitt hier die Hölle von Heimweh, Hunger, Kälte, harter Arbeit und Todesfurcht.

Durch unsere Begegnung ausgelöst war bei ihm der damalige Hunger sofort wieder gegenwärtig. Er beschrieb ihn kurz mit der kargen Tagesration. Aber noch mehr gegenwärtig war seine Freundlichkeit und Wärme, mit der er uns Bremer begrüßte. Für ihn waren wir nicht die Vertreter der Nation, deren Aggression er für Jahre schutzlos ausgesetzt war. Für ihn waren wir die Schwestern und Brüder in Christus. Das beschämte uns sehr.

Er hatte in Christus den Eckstein erkannt, den Eckstein eines Gebäudes, das nicht *von* uns Menschen gebaut ist, aber *für* uns Menschen gebaut ist. Die Bauleute des Dritten Reiches - und diese waren nicht wenige gewesen - hatten diesen einen Stein verworfen, den Gott der Herr der Welt, zum Eckstein gemacht hat. Sie wollten sich ein Weltgebäude nach eigenen Vorstellungen und Wünschen errichten, das dann aber schließlich in Schutt und Asche fiel.

Da Christus allein das letzte Wort über Gericht und Gnade spricht, ist es hier nicht unsere Sache, über diese Bauleute zu befinden.

Aber noch etwas Zweites ist im Blick auf die Begegnung mit Wladimir Trebuschnoj zu bedenken. Er war der erste ehemalige Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, der dann Bremen auf unsere Einladung hin wiedersah. Das war 1989, so spät, 44 Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft. Da stellt sich schon die Frage: Wie ist in Deutschland die nächste Generation, zu der ich selbst gehöre, mit den Opfern der Naziherrschaft umgegangen ist? Ist das so einfach mit dem Wiederaufbau Deutschlands oder dem Kalten Krieg zu begründen? Oder haben auch hier die Bauleute wieder den einen Stein verworfen?

Nun begehen wir inzwischen den 60. Jahrestag der Befreiung von der Naziherrschaft. Eine weitere Generation ist herangewachsen und hat mit Verantwortung übernommen. Deutschland ist ein mächtiges Land mit weltweitem Einfluß geworden. Und daran wird weiter gebaut. So stellte Ende letzten Jahres der Rüstungsexportbericht einer gemeinsamen Kommission der Evangelischen und Katholischen Kirche kritisch fest, daß im Jahre 2003 von Deutschland aus fast 50 Prozent mehr Kriegswaffen exportiert wurden als im Jahr zuvor. Wohin soll das führen?

Aber wie dem auch sei: Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist zum Eckstein geworden. Das ist vom HERRN geschehen. Unwiderruflich. An ihm hängt alles. Mit ihm steht und fällt alles. Durch ihn ist alles gefügt. Daran läßt sich von uns Menschen aus nicht rütteln.

Der neue Bau Gottes steht *fest*. Er steht für immer. Alles andere erhält von da aus den Stempel der Endlichkeit. Und: Von diesem Bau aus gesehen muß sich vor Gott alles messen lassen, was Menschen bewegen und bewirken. Nichts hat Bestand, das nicht auf diesem Eckstein Christus gebaut ist.

Diese Tatsache ist nicht nur ein Ruf zur Gottesfurcht, sondern auch ein tiefer Trost. Gott hat mit dem Eckstein Christus das Wort der Gnade gesprochen. Das ist das Wunder, das auf Golgatha geschehen ist. Das mag uns Mut machen, mitten in dieser Welt ein wenig von seiner Gnade zu bezeugen, auch im politischen Bereich. Das ist nicht einfach. Es herrscht das Recht des Stärkeren. Gegensätzliche Bemühungen werden nicht nur gehindert und verhindert, sondern auch verworfen. Und wir werden das Verworfenwerden mit Christus teilen. Luther hat einmal geschrieben: „Der Stein ist verworfen, heißt verworfen, bleibt verworfen. Aber nichtsdestoweniger ist und bleibt er bei den Gerechten und Gläubigen kostbar, edel und wertvoll; denn sie bauen nicht auf ihr eigenes Menschenwerk noch auf Fürstenmacht, sondern auf diesen Stein.“ (Aus: „Das schöne Confitemini“)

## Renate Schönfeld

### Predigt über Exodus 1, 6-22

Als nun Joseph gestorben war und alle seine Brüder und die ganze Generation dieser Zeit, waren die Israeliten fruchtbar und wurden zahlreich und mächtig, und das Land war voll von ihnen. Da kam ein neuer König in Ägypten, der von Joseph nichts wußte. Und er sprach zu seinem Volk: „Seht, die Israeliten sind groß und stärker als wir. Wohlan, wir wollen klug vorgehen, daß sie nicht noch mehr werden. Denn wenn ein Krieg ausbrechen würde, könnten sie sich zu unseren Feinden schlagen und mit ihnen gegen uns kämpfen und aus dem Land ziehen.“

Da sie setzten Fronvögte über sie, um sie mit Frondienst niederzudrücken. Und sie bauten dem Pharao die Städte Pithom und Ramses. Aber je mehr sie das Volk unterdrückten, um so stärker vermehrte es sich und wurde größer. Sie aber fürchteten sich vor den Israeliten. Da benutzten die Ägypter die Israeliten als Sklaven und mißhandelten sie und verbitterten ihnen ihr Leben durch schwere Arbeit und als Sklaven auf dem Feld mit all der Arbeit, die sie ihnen unter Mißhandlungen auferlegten.

Da sprach der König von Ägypten zu den hebräischen Hebammen, die Schiphra und Pua hießen: „Wenn ihr den hebräischen Frauen bei der Geburt helft und seht, daß es ein Sohn ist, tötet ihn, ist es eine Tochter, laßt sie am Leben.“

Aber die Hebammen fürchteten Gott und taten nicht, wie ihnen der König von Ägypten gesagt hatte, und ließen alle Kinder am Leben. Da rief der König von Ägypten die Hebammen und sprach zu ihnen: „Warum tut ihr das und laßt die Kinder am Leben?“ Die Hebammen aber sprachen zum Pharao: „Die hebräischen Frauen sind nicht wie die ägyptischen. Sie gebären leicht, und wenn die Hebamme zu ihnen kommt, haben sie geboren.“ Darum tat Gott den Hebammen Gutes. Das Volk aber vermehrte sich und wurde stark und mächtig.

Weil die Hebammen Gott fürchteten, segnete er ihre Häuser.

Der Pharao befahl aber seinem ganzen Volk und sprach: „Alle Söhne, die geboren werden, werft in den Nil, aber alle Töchter laßt am Leben.“

Das ist die Geschichte von zwei mutigen Menschen, von zwei Frauen. Von ihnen geht Kraft aus, denn sie hatten es gewagt, den Befehl des damals mächtigsten Mannes in Ägypten nicht zu befolgen. Wenn wir allerdings auf das Ende des Textes blicken, können wir die Frage stellen, ob ihr Mut nicht vergebens war. Schließlich war der Pharao noch brutaler geworden, indem er alle Ägypter gegen die Israeliten in ihrer Mitte aufstachelte. Lassen wir diesen Widerspruch zunächst stehen und sehen wir uns den Text genauer an.

Er beginnt mit der scheinbar ganz nebensächlichen Bemerkung: Als nun Joseph gestorben war und alle seine Brüder und seine gesamte Generation. Das erinnerte an eine Zeit, die ebenfalls sehr dramatisch und voller Widersprüche war. Joseph sollte als

Zeit, die ebenfalls sehr dramatisch und voller Widersprüche war. Joseph sollte als junger Mann umgebracht werden. So war es jedenfalls der Plan einiger seiner eifersüchtigen Brüder. Nur der Älteste von ihnen hatte Gewissenbisse. Deshalb verkauften sie ihn an einen ihnen fremden Mann, erzählten aber dem Vater, daß ihr Bruder tot sei. Durch diesen Umstand gelangte er an den Königshof des Pharaos. Dort fiel er durch seine Klugheit auf, und es gab ein Wechselspiel von Vertrauen und Mißtrauen des Königs gegenüber dem Fremden, der Ägypten zum wirtschaftlichen Aufschwung brachte. So wurde er, wie wir heute sagen würden, Wirtschaftsminister, ein Mann mit großem politischen Einfluß. Als der konnte er später das Leben seines Vaters und seiner Brüder vor einer Hungersnot retten, indem er sie nach Ägypten kommen ließ. Das war der Ausgangspunkt dafür, daß im Laufe der Zeit war ein großes Volk aus ihnen geworden war.

Die Bedeutung, die Joseph für das Aufblühen von Ägypten hatte, war aber weitgehend in Vergessenheit geraten. Es kam ein neuer König, der nichts mehr von ihm wußte. Allerdings wußte er sehr wohl, und das war sein Problem, daß inmitten seines Volkes die Israeliten, die Hebräer lebten. Der Umgang mit der Geschichte hat den Menschen offensichtlich schon immer Schwierigkeiten bereitet. Wir erleben das auch heute.

Für den neuen Pharaos waren die Hebräer eine Bedrohung, weil sie so viele geworden waren. Deshalb wollte er verhindern, daß sie noch mehr wurden. Allerdings war er nicht daran interessiert, daß sie das Land verließen. Er brauchte sie als Arbeitskräfte. Eine ähnliche Problematik erleben wir gegenwärtig in bezug auf die Ausländer.

Durch die vom König angekündigte „Geburtenkontrolle“ sollte das Problem gelöst werden. Er setzte Aufseher ein. Ihre Aufgabe bestand darin, dafür zu sorgen, daß die Israeliten keine Zeit und Kraft mehr hatten, Kinder zu zeugen und zu gebären. Aber das half nichts. Das Volk Israel vermehrte sich trotzdem, und die Ägypter fürchteten sich vor diesen Menschen, obgleich sie zwei Städte im Land gebaut hatten. Folglich wurden sie zu Sklaven gemacht, die rechtlos waren und mißhandelt wurden. Aus dem einstmaligen friedlichen Miteinander in Ägypten war ein feindlicher Umgang geworden. Mißhandeln, wir hören heute viel von unglaublichen Folterungen im Irak, im amerikanischen Stützpunkt in Guantanamo, um exemplarisch nur einige zu nennen, bedeutet, den Menschen die Würde zu nehmen und bleibende körperliche und seelische Schäden zuzufügen.

Als der Pharaos die von ihm geschaffene Lage nicht in den Griff bekam, versuchte er, zwei hebräische Frauen unter Druck zu setzen, die Hebammen Schiphra und Pua. Sie gehören zu den ersten Menschen, deren Widerstand in die Geschichte eingegangen ist. Der Pharaos hatte von ihnen verlangt, daß sie sich an den Schwächsten, an neugeborenen Kindern vergehen sollten. Wie viele Schwache wurden im Laufe der Zeiten Opfer! Und wie viele starke Menschen werden dadurch, daß sie nicht mehr gebraucht werden, noch immer zu Schwachen. Es gibt heute in bezug auch auf Menschen den zynischen Begriff „Kollateralschäden“. Und die Kirchen werden schuldig an diesen Vorgängen durch die Beteiligung von Militärseelsorgern an Auslandseinsätzen oder auch durch die Einstellung von „Eiurojobbern“ in ihren Einrichtungen und Gemeinden. Anstatt für den Frieden einzutreten und den Widerstand der Menschen zu unterstützen, denken sie an sich selbst und nutzen die Not der Menschen aus und meinen, damit Gutes zu tun. Es kommt ihnen nicht in den Sinn, historische Parallelen zu erkennen. In diesem Zusammenhang liegt der Reichsarbeitsdienst nicht so fern.



Die Ägypter fürchteten die Hebräer, die beiden Hebammen aber fürchteten Gott. Vor ihm hatten sie Ehrfurcht, nicht vor dem Pharaon. Der konnte den Widerstand der Frauen nicht brechen, noch weniger konnte er ihn hinnehmen. Folglich verhörte er sie. Sie aber verhielten sich so wie Jesus es sagte, als er die Jünger auf kommende Verfolgungen vorbereitete: Seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben. (Matthäus 10, 16)

Die Hebammen hatten keine Angst um sich selbst. Ihre Sorge galt dem bedrohten Leben. Darin unterscheiden sie sich von unserer heutigen Kirche, die sich dem Trend der Zeit, wie jeweils im Laufe der Kirchengeschichte, anpaßt. Nicht das Evangelium, sondern das Thema Geld ist das, was sie seit 1989 mehr denn je beschäftigt.

Den beiden Frauen tat Gott Gutes, und er segnete ihre Häuser. Wie gut würde es den Kirchen gehen, wenn sie Buße tun, bei der Sache bleiben und sich dem Kapital verweigern würden. Sie wären für die Menschen in der Welt, aber auch im eigenen Land, deren Sorgen immer mehr zunehmen, ein Segen. Sie brauchten nicht auf den Markt zu gehen, Feuerwehrfahnen und renovierte Kriegerdenkmale zu segnen. Sie müßten nicht zu jeder Gelegenheit, die heute „Event“ genannt wird, einen „Festgottesdienst“ veranstalten und sich nicht immer etwas Neues einfallen lassen, um das Interesse der Menschen auf sich zu lenken. Und sie brauchten sich um die eigene Zukunft nicht zu sorgen.

Der Text schließt mit dem Befehl des Pharaon an sein eigenes Volk, das zu tun, was die Hebammen verweigert hatten. Sie sollten zu Denunzianten und Mittätern werden.

Der anfangs genannte Widerspruch läßt alles offen. Aber am Ziel stand für das Volk Israel nach den Plagen in Ägypten, der Befreiung aus der Sklaverei und den vierzig Jahren in der Wüste die Lösung und das Ziel: Das Land, in dem Milch und Honig fließt.

Es bedarf vieler Menschen wie Schiphra und Pua, innerhalb und außerhalb der Kirche, damit dieses Ziel die Zukunft für die Welt mit ihren grundsätzlichen Widersprüchen und unzähligen Opfern wird. Wir wollen Gott bitten, daß er uns immer wieder die Kraft gibt, mutig für dieses, sein Ziel einzutreten, außerhalb und innerhalb der Kirche.

## Rudolf Weckerling

### Gesegnet werden und Segnen

*Ansprache am Israel-Sonntag, 27. August 2000, im Jüdisch-christlichen Begegnungsgottesdienst in der Ev. Philippus-Nathanael-Gemeinde in Berlin-Schöneberg*

Liebe Gemeinde!

Sind wir nicht alle gesegnet durch diese Begegnung von Juden als Gottes Bundespartner und von Christen, die durch den Juden Jesus von Nazareth zu Juniorpartnern des Abraham-Bundes geworden sind? „Ja, fürwahr, dir huldigt alle Welt“ - Wir haben heute damit anfangen dürfen! Wir haben auch Psalm 103 gebetet und das Lied gesungen, in dessen letzter Strophe aufgerufen wird: „Lobet mit Abrahams Samen.“ So dürfen wir uns als Minderheit Gottes verstehen, die sich IHM und SEINER geliebten Welt verbunden und verpflichtet weiß.

Vor fast 40 Jahren, 1961 auf dem Kirchentag in Berlin, sprachen zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit Juden nach Krieg und Shoa: Eva Reichmann, Robert Raphael Geis, Schlom ben Chorin. „Gott kommt in Israel zur Welt“ - wurde erkannt und bekannt. Ein langer Weg wurde seitdem zurückgelegt, mit beglückenden und oft tief besorgten Versuchen, Gottes Gerechtigkeit, Seinen Frieden und Seinen teuren Segen den Mächtigen und den Opfern verbindlich und hilfreich zu bezeugen.

Auf diesen Weg sind wir heute eingeladen. Gegen die Todesgeschichte der Menschen und ihrer Gesellschaften dürfen wir die Lebensgeschichte Gottes, Seine Zusagen und Seine Hoffnung bezeugen.

Zuerst gilt es, unseren Gott nicht nur zu loben und zu preisen, sondern zu segnen. Christen erschien das zu kühn. Sie übersetzten daher ungenau. Aber es steht im 103. Psalm wirklich „Baruch“. Das heißt mehr als Loben und Preisen. Es muß heißen - wie es Martin Buber auch korrekt übersetzt:

„Segne, meine Seele, IHN, all meine Inwendigkeit,  
seiner Heiligung Namen!  
Segne, meine Seele, IHN, und vergiß nimmer,  
was all er zufertigte dir:  
der all dein Fehlen verzeiht,  
der all deine Erkrankung heilt,  
der dein Leben aus der Grube erkaufte,  
der mit Huld und Erbarmen dich krönt,  
der deine Mündigkeit sättigt mit Gutem,  
daß sich wie des Adlers deine Jugend erneut.“ Ps. 103, 1-5 Martin Buber Übers.

Liebe Gemeinde, ist es vermessen, den zuallererst und zuallerletzt aus tiefer Dankbarkeit für so viel uns zugeteilte Lebensqualität zu segnen - in guter, aber auch, und gerade auch in schlimmer Zeit? Ja, segne, meine Seele, IHN!

Das ist das Erste!

Zweitens: Gott will uns segnen. Segen, den wir von Gott empfangen, ist etwas anderes, als wenn genervte Eltern zu ihren immer anspruchsvolleren Kindern sagen: Ja, meinen Segen habt ihr, ihr kriegt Geld und dürft machen, was ihr wollt. Nein, Gottes Segen verändert uns und vermittelt eine Art Bio-Energie, er gibt die Kraft, die wir brauchen für ein Gelingen des Lebens, für die Tora, für das Zehnwort, für die Anweisung zum Leben trotz aller Widerwärtigkeiten und angesichts vieler Widerstände - wie Josef in Ägypten, der im Schloß wie im Knast immer wieder auf die Füße fällt, - wie mir es doch auch oft erfahren in unserer persönlichen Segens-Geschichte!

Das Dritte ist: Du wirst zum Segen! Auch wir dürfen uns gegenseitig und vielen ein Segen sein. Oft erscheint uns das, was wir hier verwünschen, stärker und wirksamer zu sein. Aber wir wirken wohl am meisten segnend, wenn wir es nicht direkt beabsichtigen und erleben dann positive Überraschungen.

Eine Frau - so wird berichtet - sah in der sowjetischen Besatzungszeit vor Kriegsende, wie ein Soldat einem hungernden Kind Brot gab. Da faßte sie sich ein Herz und segnete den Krieger. Der fuhr erschrocken zusammen über das Segenswort: Gilt der Segen wirklich mir? Ja, auch Dir! -

Diese Segenskraft will sich ausbreiten - wie ein Virus?

Du Gesegnete, du Gesegneter, „Bleib erschütterbar und widersteh!“ (Rühmkorff) widersteh der Resignation, der Depression, widersteh der Gottvergessenheit, die uns vergessen läßt, was Er uns ständig Gutes tut - zum Segens-Dienst!

Gott, auch Gott braucht uns zur Verbreitung Seines Segens in einer globalen Lage, die ihn nur am Weltrande erscheinen läßt. Unser Gott braucht treue und erfindungsreiche Bundespartnerinnen und -Partner. Er ist kein einsamer Herrscher und kein Schicksal. Er leidet an Seiner weit, an dir, an uns. Wie oft haben wir ihn müde gemacht.

Darum - dies zuletzt - nie vergessen: Segne, meine Seele, IHN, der uns so segnet und zum Werkzeug und Mitwisser macht, der uns befreit und Durchblick geben will, der uns begeistert für Sein Reich.

Er regiert in einer Welt, deren Menschheit immer zahlreicher wird, immer schwerer regierbar wird, da will Er gesegnet sein.

## Ton Veerkamp

### Das Scheitern des Messianismus und unser Scheitern. Eine Auslegung des Prologs des Johannesevangeliums

#### 1. Eine Vorbemerkung

Auslegung von Bibeltexten sind eine Literaturgattung, die fast zweitausend Jahre alt sind. Die Auslegung, die hier folgt, unterscheidet von den heute gängigen in mehreren Hinsichten. Erstens fassen wir Texte, erste recht solche ideologisch so folgenreichen und effektiven Texte wie das Johannesevangelium, als Reflex der gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen sie hervorgegangen sind und auf die sie einwirken wollen. Keine wissenschaftliche Exegese kommt ohne Vorkenntnisse der gesellschaftlichen Kontexte aus. Der auszulegende Text reflektiert natürlich das Sprachfeld, in dem er sich verständlich machen und so ideologische Zusammenhänge; aber es sind gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die den Text zum Eingriff in die gesellschaftliche Verhältnisse macht. Im Johannesevangelium fallen schroffe Dualismen auf: Licht/Finsternis, Leben/Tod, Oben/Unten, Geist/Fleisch. Man muß dann fragen, warum die Verhältnisse so unerträglich geworden sind, daß man das ganze Leben nur noch als ein Durcheinander unversöhnlicher Gegensätze auffassen kann. Offenbar ist der gesellschaftliche Kontext, das Römische Reich und die Zersetzung traditioneller Gesellschaften in seinem Herrschaftsbereich, für Johannes das Hauptproblem. Er nennt diesen Kontext selber *Kosmos*, mit einem griechischen Wort, für das es kein hebräisches Äquivalent gibt. Er versucht, den Kontext, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen er leben muß (*Kosmos*), zu verstehen. Das konnte er nur tun von der Vorstellungs- und Denkwelt her, die ihn geprägt hat. Und sein Werkzeug ist *Sprache*, im umfassenden Sinne des Wort, die ganze Welt der *Zeichen*, in der gelernt hat, sich zu verständigen. Diese Zeichenwelt ist in jenem Grunddokument aufgehoben, das Johannes und die Angehörigen seines Volkes zu denken und zu reden lehrt, das Dokument, das die Juden TeNaK nennen, die Christen *Altes Testament*. Kenntnis dieses Grunddokuments ist eine entscheidende Voraussetzung für die Ermittlung der Struktur des Johannesevangeliums. Die spezifisch eigene Struktur des Johannesevangeliums zeigt die spezifisch eigene Weise, in der Johannes den gesellschaftlichen Kontext wahrnimmt und verarbeitet. Das Register des Kontextes verlangt das Register der Struktur. Erst, wenn man die *Struktur* kennt, kann man darüber entscheiden, ob Johannes die gesellschaftlichen Probleme in der gleichen Weise verarbeitet, wie es andere Texte tun, anders gesagt, ob Johannes ein gnostischer Text war oder nicht. Wer das nicht tut, bleibt an der Oberfläche.

Die sprachliche Heimat des polnischen Judentums vor seiner Ausrottung durch die deutschen Faschisten war ein Deutsch, das kein Deutsch war, sondern *Jiddisch*. Das Griechisch des Johannes ist ein Griechisch, das kein Griechisch ist, eine Art *Jiddisch avant la date*. Das überwiegend deutsche Vokabular und die deutsche Grammatik (Wortlehre, Satzbau) ergaben in Polen *Jiddisch*. *Jiddisch ist nicht deutsch*. Nicht nur im Vokabular, sondern auch in der Satzbildung sind die aramäische Muttersprache des Johannes und die

hebräische Schriftsprache, in der er zu denken gelernt hat, unüberhörbar. Er schreibt ein korrektes Griechisch, was die Wortbehandlung und den Satzbau betrifft, aber sein Text ist kein griechischer Text. Sein Text wurde aber dann in einem griechischen Kontext rezipiert. Johannes wurde spätestens schon seit dem dritten Jahrhundert u.Z. ideologisch „glattgebügelt“ und bestimmt die gängige Auslegung des Johannesevangeliums. Johannes redet nicht über das *Wesen* oder die *Natur* des Wortes (*Logos*), ob es *identisch* mit Gott sei, ob es *eine göttliche Natur habe* usw. Diese Probleme entstehen, wenn sich die Hörer des Evangeliums unter die spätantike Philosophen begeben. Unsere Vorgänger wollten und mußten in die Welt der damaligen Gelehrten gehen, ihre Sprache - im umfassenden Sinn des Wortes - sprechen. Nicht selten haben sie die Aufgabe mit Bravour gemeistert. Aber wir dürfen die ersten Wörter des Johannesevangeliums nicht von den wissenschaftlichen Leistungen des vierten und fünften Jahrhunderts her lesen. Hier reden weder Origenes, noch Anastasios, weder Gregorius von Nyssa noch Leo von Rom oder Augustin. Hier redet ein orientalischer Jude aus der Zeit der flavischen oder der ersten Adoptivkaiser, und zwar ein orientalischer Jude jenseits vom Mainstream des entstehenden rabbinischen Judentums.

Überhaupt sind unsere biblischen Texte keine abendländischen, christlichen Texte, sondern altorientalische Texte. Sie stammen aus einer Kultur, die von unserer Kultur weit entfernt ist. Das Christentum hat aus diesen Texten sozusagen das *Privateigentum* der westlichen Kultur gemacht. Die Figuren Jesus, Petrus, Maria, Jakobus, Thomas, Magdalena, aber auch Abraham, Isaac, Jakob, David, Salomon usw. sind für uns nach zweitausend Jahren Christentum sozusagen „alte Bekannte“. Wir müssen sie uns „verfremden“, um überhaupt erst einmal wieder zuhören zu können. Bertolt Brecht hat auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen, daß der flämische Maler Breughel in der Szene der Tempelreinigung die Gebäude und die Schieber hinter ihren Waren- und Geldbanken aussehen läßt wie flämische Gebäude und flämische Bauern des 16. Jahrhundert. Der zornige Jesus mit seiner Peitsche aber ist altorientalisch gekleidet. Die Warengesellschaft ist für uns eine „alte Bekannte“. Jesus aber ist ein völlig Unbekannter, die in die Gesellschaft kleiner Schieber und Betrüger einbricht. Er ist der gesellschaftlich *ganz Andere*. Breughel war der bessere Theologe, besser sogar als Luther und Calvin. Der Marxist Brecht konnte das Gemälde und so den Vorgang besser deuten, als es mancher Theologe könnte. Brechts Beispiel ist für mich Leitfaden für eine kontextuelle, strukturkonforme Exegese So ist Jesus *Jeschua*, Petrus *Schimon Petros*, Johannes *Jochanan* usw. In meiner Auslegung treten sie in orientalischen Gewändern auf. Aber jetzt *medias in res*.

## 2. Text und Auslegung von Joh 1,1-18

### Der Text

- 1,1 Im Anfang ist das Wort.  
Das Wort ist auf Gott gerichtet,  
gottbestimmt ist das Wort.
- 1,2 Dieses ist im Anfang auf Gott gerichtet.
- 1,3 Alles geschieht durch es,  
ohne es geschieht nichts.

- 1,4 Was geschehen ist, ist mit ihm Leben.  
Das Leben ist das Licht für die Menschen.
- 1,5 Und das Licht scheint in der Finsternis,  
die Finsternis hat es nicht überwältigt.
- 1,6 Es geschah:  
Ein Mensch, Gesandter von Gott,  
sein Name: Jochanan.
- 1,7 Dieser kam für das Zeugnis,  
damit er das Licht bezeugt,  
damit alle vertrauen durch ihn.
- 1,8 Nicht jener war das Licht,  
vielmehr sollte er das Licht bezeugen.
- 1,9 Das ist das wirkliche Licht,  
das jeden Menschen erleuchtet,  
das in die Weltordnung kommt .
- 1,10 In der Weltordnung wirkt es,  
die Weltordnung wirkt durch es,  
und die Weltordnung erkennt es nicht an.
- 1,11 In das ihm Eigene kommt es,  
die Eigenen nehmen es nicht an.
- 1,12 Die es aber annehmen,  
denen gibt er die Macht,  
Gottgeborene zu werden.
- 1,13 Denen, die seinem Namen vertrauen,  
die nicht aus Blut,  
die nicht aus dem Willen des Fleisches ,  
die nicht aus dem Willen des Mannes ,  
sondern die gottgemäß gezeugt werden.
- 1,14 Das Wort geschieht als Fleisch,  
hat sein Zelt bei uns,  
wir schauen seine Ehre,  
Ehre wie eines Einziggezeugten vom VATER,  
erfüllt von solidarischer Treue .
- 1,15 Jochanan gab Zeugnis über ihn, er rief aus:  
„Dieser ist es, von dem ich sagte:

Der nach mir Kommende,  
ist vor mir geschehen,  
mein Erster ist er.”

- 1,16 Aus seiner Fülle nehmen wir alle,  
ja, Solidarität für Solidarität.
- 1,17 Was nun als die Tora durch Mosche gegeben ist,  
das geschieht als solidarische Treue durch Jeschua Messias.
- 1,18 Niemand hat je Gott gesehen, niemals.  
Einziggezeugter, gottbestimmt,  
*der am Busen des VÄTERS:*  
der hat es ausgeführt.

## Die Auslegung

Die Einteilung unseres Textes ist das vorweggenommene Resultat der Auslegung. Sie wird durch das Nachfolgende plausibel gemacht.

1. Das Wort und das Leben 1,1-3
2. Das Leben und das Licht 1,4-5
3. Der Zeuge, 1,6-8
4. Das Licht und die Weltordnung, 9-11
- 5 Geburt 1,12-13.
5. Das Wort und die menschliche Wirklichkeit, 1,14
6. Ein Nachwort, 1,15-18

Die Struktur dieser „Vorrede“ zeigt sich in den verklammernden Stichworten Leben und Licht, Licht und Zeugnis, Licht und Weltordnung, Geburt und Fleisch (menschliche Wirklichkeit), Zuwendung und Treue. Eine „Vorrede“ schreibt man, wenn das Werk vollendet ist. Verstehen kann man sie erst, wenn man das Werk gelesen hat.

## 2.1 Das Wort und das Leben, 1,1-3

### 2.1.1 Biblische Logik

Das Problem steckt in der Geflogenheit, das Verb *sein* als die einzig gangbare Übersetzung für das hebräische *hajah* zu nehmen. In den europäischen Sprachen ist *sein* (*être, to be, ser, være* usw.) eine *Kopula*. Es verbindet das Subjekt mit dem Prädikat nach dem logischen Grundformel  $S = P$ , Subjekt ist dem Prädikat *gleich*. Eine *Kopula* kennen die semitischen Sprachen nicht. Der Platzhalter für dieses Verb im Arabischen, das Verb *kana*, wird mit dem Akkusativ konstruiert, ist also keine *Kopula*. Bei Identitätsaussagen verwenden diese Sprachen nicht die *Kopula*, sondern die schlichte Juxtaposition. *Hajah* bedeutet *geschehen, wirken als, existieren als, werden*. Wir können in unserem Text *hajah* nicht mit *geschehen* übersetzen, weil Johannes dafür ein eigenes Verb hat: *ginesthai*. Das Praesens übernimmt in unserer Übersetzung die Funktion des „Schockierens“. Würden wir das

traditionelle Imperfektum nehmen, „im Anfang *war* das Wort“, wird eine historische Reihenfolge suggeriert, „im Anfang *war* das Wort, und dann kommt weiteres.“ Das Wort wirkt aber immer als Anfang, als Prinzip, bei allem, was geschieht, genau wie „Schöpfung“. Beide, „Wort“ und „Schöpfung“ gehören zur inneren Struktur aller menschlichen Wirklichkeit, in ihr *wirkt* das Wort, *wirkt* Schöpfung als Anfang, als Prinzip, als *Hauptsache*.

Man kann die Vorrede des Johannesevangeliums nur vom ersten Kapitel der Schrift her verstehen. Die Schöpfungserzählung beginnt mit dem Satz: „Im Anfang schuf Gott den Himmel und die Erde.“ Das Verb dieses Satzes wird nur mit dem Subjekt „Gott“ verwendet. Die Fundorte sind hauptsächlich Gen. 1,1ff. und Jes. 40-48. Diese Handlung ist das politische Fundament sowohl der Schrift als auch des Evangeliums. Das bezeichnet das hebräische Wort *bereschit*. Die Wurzel dieses Wortes ist *rosch*, Haupt, Kopf. Man könnte übersetzen: „Als Hauptsache schafft Gott den Himmel und die Erde.“ André Chouraqui<sup>1</sup> schreibt „*Entête...*“ Die Hauptsache ist nicht der Himmel und die Erde, sondern das ganz spezifische *Schaffen*. *En archè*, *bereschith* hat aber eine strukturelle Funktion. Anfang *ist* immer in allem, was ist. Dieser Anfang ist vom Schöpfer her ein vollendetes Werk: „Am siebten Tag vollendete Gott seine Werke, die er machte, und feierte (*jischboth*, *Schabbath*) am siebten Tag von allen seinen Werken“, wie es in Gen. 2,2 heißt. Die Juden feiern das jede Woche. Die Messianisten haben dieser Ansicht widersprochen. Die Schöpfung sei keine vollendete, in der Vergangenheit abgeschlossene Tatsache. Gerade dieser Gedanke wird im Johannesevangelium deutlich ausgesprochen. Deswegen ist bei den Messianisten und vor allem bei Johannes der Schabbath kein Tag, an dem man der Vollendung der Schöpfungswerke gedenkt und deswegen feiert. Johannes wird es deutlicher, provozierender als bei den anderen Evangelisten sagen. „Mein VATER wirkt bis jetzt, also werke auch ich“ (5,17), lässt er den Messias Jeschua sagen. Ein gelähmter Mensch, ein gelähmtes Israels ist Zeichen der Nicht-Vollendung. Von Bewahrung der Schöpfung<sup>2</sup> kann also keine Rede sein; Schöpfung *ist* nicht, Schöpfung *wird*. Schöpfung bedeutet kein massives Sein, wie „Welt“ oder „Natur“, sondern eine Wirklichkeitsstruktur, eine Struktur von immer nur werden, niemals an und für sich *sein*. Daß *alles* einen Anfang und auch ein Ende hat, ist eine Platitide. Schöpfung bedeutet, daß *nichts* in sich selbst begründet ist, daß *nichts Wirkliches*, also kein Einzelnes in der Wirklichkeit sich zum Absoluten, sprich zum *theos*, erklären kann. Mit seinen ersten zwei Worten *en archè*, *bereschith*, ruft das Johannesevangelium die Schöpfungstheologie eines Propheten in Babel um die Mitte des 6. Jahrhunderts v.u.Z. auf. Dieser anonyme Prophet, als *Deuterocesaja* bekannt, wollte verhindern, daß die nach Babel verschleppten Menschen aus Jehuda unter dem immensen Anpassungsdruck ihre Identität und somit ihre Zukunft verlieren. Der Gott dieser Menschen, also das, was ihre traditionelle Gesellschaftsordnung als zentrale Chiffre repräsentiert, kann daher keine regionale, gar

<sup>1</sup> André Chouraqui ist ein jüdischer Sprachwissenschaftler, Philosoph und Theologe algerisch-französischer Herkunft.

<sup>2</sup> Es ist Mode geworden, neben Frieden und Gerechtigkeit die „Bewahrung der Schöpfung“ als drittes Hauptziel der Christen anzugeben. Wir bewahren die Schöpfung (gemeint ist die Natur oder die natürlichen Umwelt) nicht. Wir verändern sie stetig, allein dadurch, daß wir leben. Was wir tun müssen, endlich die Kosten des Naturverbrauchs als reale Produktionskosten in Rechnung zu bringen. Das wiederum ist ein Teil der Gerechtigkeit. Schöpfung war noch nie; was wir haben, ist immer noch *tohu wabohu*.



lokale Instanz sein. In einer Zeit, wo die Großmächte - das Neubabylonische, das Ägyptische und das Persische Reich - die Geschicke aller Völker bestimmten, kann das Volk Judas im Exil nur dann eine eigene Zukunft haben, wenn das, was sein gesellschaftliches Wesen ausmacht, eine Instanz *über* allen politischen Instanzen ist, *allen*, ohne Ausnahmen in Zeit und Raum. Dieser Prophet kann also den *shooting star* der politischen Neuordnung im ganzen Orient, den Perserkönig Kourosch (Cyrus), zum Hauptfunktionär des Gottes Judas/Israels machen, zu seinem Gesalbten, zu seinem *Messias* (Jes. 45,1ff). Der Sinn der Schöpfungstheologie ist politischer, nicht kosmologischer Natur. Der Text Gen. 1,1-2,4 ist die formalisierte Zusammenfassung der Schöpfungstheologie jenes *Deuterocesajas*. Er fängt mit den Worten *bereschit, en archè*, an. Gen. 1,1ff. dient der ganzen Heiligen Schrift als Vorrede, wie die Zusammenfassung des Johannesevangeliums dem ganzen Evangelium als Vorrede dient. Kein Jude kann einen Text mit den Worten: „Im Anfang“ hören, ohne das „Im Anfang“ der Schöpfungserzählungen mit zu hören.

Der Satz *im Anfang ist das Wort* kann man auch so umschreiben: *prinzipiell geschieht das Wort*. Was *Wort, davar, logos* bedeutet, erzählt das Evangelium ausführlich. Der Text bestimmt die Vokabel „Wort“ genau. Es *ist* zunächst als *Prinzip*. Dann wird gesagt: „Das Wort ist auf Gott gerichtet.“ In der Schrift ist „Gott“ die Instanz, der man unbedingt Folgen zu leisten hat, das Grundprinzip (*archè*) einer jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung. Sie organisiert als Punkt der Konvergenz alle gesellschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse. Im Rahmen der biblischen Logik ist die Frage, ob denn überhaupt ein Gott existiert, eine absurde Frage. Einzig erlaubt ist die Frage: „*Wer bzw. was* ist der Gott, wer bzw. was funktioniert in einer gegebenen Gesellschaft als *Gott*.“ Vor diese Frage stellte der Prophet Eliahu das ganze Volk Israel auf dem Berg Karmel (1Kön. 18,20ff). Nach dieser Logik kann es keine gottlose Gesellschaft geben, weil keine Gesellschaft auf eine Grundordnung verzichten kann. Sie würde dann auseinander fallen. Wer haben in der Schrift keinen abstrakten, idealistischen Monotheismus. Für sie gab es viele Götter, viele Gesellschaftsordnungen vieler Völker, die auf unbedingte Loyalität bestehen. Die Frage ist also: „Welche Gesellschaftsordnung wollen wir?“ Ist die Frage einmal beantwortet, steht die Gesellschaftsordnung nicht mehr zur freien Disposition. Sie wird dann ein absolutes Gegenüber, eben „Gott“. „Gott“ ist eine Funktionsbestimmung, das, was in der altjehudischen Gesellschaft die Funktion hat „aus dem Sklavenhaus heraus zu führen“. Ex. 20,2. Der bestimmende Artikel (*ho theos, der Gott*) deutet im Johannesevangelium jene ganz bestimmte Gottfunktion an. Das Wort ist durch diesen funktionalen *Gott* bestimmt. *Pros ton theon* bedeutet also nicht auf *Gott* oder das *Göttliche überhaupt*, sondern auf einen bestimmten Gott, den Gott Israels. Die zwei Vokabeln *ton theon, den Gott*, bedeuten in unendlicher Verdichtung die spezifische, detailliert bestimmte Gesellschaftsordnung, die sich Israel in seiner Tora gegeben hat, eine Ordnung von *Autonomie und Egalität*.<sup>3</sup> Also ist hier der bestimmte Artikel angezeigt. Das Wort ist also auf *den = diesen* Gott gerichtet, also nur von dieser Schrift her verständlich. Das gilt für das Johannesevangelium und überhaupt für alle messianischen Schriften. Unter der Voraussetzung, daß wir in der deutschen Übersetzung unter *Gott* ohne Artikel *diesen* Gott verstehen, können wir übersetzen: „Auf Gott gerichtet.“ Ist die Voraussetzung nicht erfüllt, muß

<sup>3</sup> Ausführlich in: *Autonomie und Egalität. Ökonomie, Politik und Ideologie in der Schrift*, Berlin 1993.

der bestimmte Artikel mit übersetzt werden. In der Übersetzung gehen wir davon aus, daß die Voraussetzung erfüllt ist.<sup>4</sup>

Der dritte Satz lautet: „Und das Wort ist gottbestimmt.“ Es handelt sich nicht um einen griechischen Urteilsatz nach dem Muster S = P. Das Wort ist nicht irgendeinem Prädikat identisch, sondern es *geschieht gottbestimmt*. Der Artikel fehlt hier, deswegen nicht *Gott*, sondern *gottbestimmt* oder, wenn man will, *göttlich*. Natürlich ist das keine allgemeine Feststellung, das Wort hat keine *allgemeine, göttliche* Struktur, sondern eine spezifische: Das Wort vollzieht sich im Rahmen dessen, was in Israel *der Gott* heißt und es wirkt *wie (der) Gott*. Dieses „wie Gott“ wird im Evangelium sachlich durch den Ausdruck „Sohn des Gottes“ (*hyios tou theou*) wiedergegeben. Ein im Denken der spätantiken Kultur geschulter Grieche kann solche Sätze nicht anders als im Rahmen seiner Logik lesen, in Rahmen der abendländischen Logik überhaupt. Natürlich wird er seine Probleme haben. Der logische Satz *das Wort = Gott* scheint gegen den monotheistischen Hauptsatz der Schrift zu verstoßen. Er muß den Satz dann *interpretieren*. Er kennt die alexandrinische philosophische Tradition und ihren großen Höhepunkt, die Philosophie des Plotins. Manche interpretieren: Das Wort ist nicht *Gott*, sondern *göttlich*. Das sahen aber andere anders, und der Streit begann. Ist die Identität zwischen *Gott* und *Wort* als Wesensgleichheit oder als Wesensähnlichkeit, auf griechisch *homoousios* oder *homoioousios* zu denken? Der Unterschied scheint subtil - wenn nicht gar lächerlich<sup>5</sup> - das Problem ist wichtig. Ordnet man das Wort dem Gott Israels unter, reduziert man den *Christus* der christlichen Religion letztlich zu einem der großen Propheten Israels. Dem Judentum und später dem Islam gegenüber hätte das Christentum dann keine wesentlichen Vorteile. Macht man aus dem Wort auf neoplatonische Weise eine der Emanationen des *Einen (to hen)*, verliert das Christentum der Spätantike gegenüber seinen einmaligen Charakter. Das Christentum sollte aber nach 323 - dem Jahr in dem Konstantin die Alleinherrschaft über das Reich übernahm - die Rolle einer einzig legitimen und universalen - oder besser gesagt: hegemonialen - Reichsideologie spielen. Nachdem die spätantike Kultur unter Kaiser Julianus (361-363) noch einmal und vergeblich versucht hatte, das verlorene Terrain zurück zu erobern, wurde sie als *Heidentum* unter Theodosius (379-395) verboten. Das Christentum hatte das Rennen gemacht, das christliche Mittelalter, basierend auf der neu organisierten Ausbeutung bäuerlicher Arbeit (Kolonat), begann. Mit der plotinischen Übersetzung und Deutung des Satzes „und das Wort war Gott“ war das Christentum in der Ausbeutungsordnung des Kolonats, die zur Ausbeutungsordnung des Feudalismus führte, ideologisch hegemoniefähig geworden. Seitdem können wir kaum noch anders, als Johannes 1,1-18 *griechisch* zu lesen. Unsere Lektüre hier ist aber *orientalisch*, wenn man will.

Der vierte Satz nimmt das Wort *bereschith* wieder auf. Jetzt aber ist das Wort bestimmt durch die Gesellschaftsordnung Israels. Es war nicht von Anfang *allgemein* auf *Gott allgemein* gerichtet, sondern es *ist* auf diesen ganz bestimmten Gott gerichtet und das *im Anfang, prinzipiell*, also von dem her, was in Israel *Schöpfung* heißt Dieser Anfang ist keine

<sup>4</sup> Diese Annahme dürfte zu optimistisch sein. Die ästhetisch ansprechendere Übersetzung ohne Artikel transportiert, wie ich fürchte, eine allgemeine religiöse Neigung.

<sup>5</sup>Der Unterschied wird durch den Buchstaben *Jota* wiedergegeben. Als sich die Politik des Dogmenstreits bemächtigte, mussten wegen dieses *Iotas* Tausende von Menschen ihr Leben lassen. Spätestens hier hörte die Angelegenheit auf, witzig zu sein.

Vergangenheit , sondern Gegenwart. Da, wie wir gesehen haben, *Schöpfung*, etwas Politisches und nicht Kosmologisches ist, bestimmt sie politisch die Richtung auf den Gott (die Gesellschaftsordnung des alten Israels als solche) hin.

Der fünfte Satz ist ein Doppelsatz: a) „Alles geschieht durch es [das Wort]“ und b) „Ohne es geschieht nichts.“ Die Interpunktion der Handschriften ist ein Deutungsversuch der Hersteller der Handschrift. Manche haben hinter Satz b) einen Punkt, andere fahren fort mit einem Relativsatz. Der nächste Punkt in der ältesten vollständigen Handschrift aus der Zeit um das Jahr 200 - der Papyrus P 66 - erscheint erst nach dem Satz: „und das Licht scheint in der Finsternis.“ Wir müssen uns entscheiden und setzen einen Punkt hinter „was geschehen ist“. Was *geschehen* ist, alles, was in der Vergangenheit begonnen und in der Vergangenheit abgeschlossen wurde (*gegonen*, semitisches, kein griechisches Perfekt). Erst durch das Wort wird die vollendete und abgeschlossene Vergangenheit aufgebrochen und zukunfts-fähig gemacht und wird die Vergangenheit *wirklich*: *egeneto*, semitisches, kein griechisches Imperfekt. Die Verbalform *egeneto* zeigt die Fortdauer alles dessen, was in der Vergangenheit begann. Ohne es [das Wort] ist alles, was in der Vergangenheit geschah und in der Vergangenheit abgeschlossen wurde, endgültig vorbei. Die *Geschichte* - das Kürzel für alles, was in der Vergangenheit begann und abgeschlossen wurde - hätte dann keinen Atem, erst recht keinen langen Atem. Ohne das Wort geschieht nichts mehr, was Geschichte war, *ho gegonen*. Das Wort *ouden*, nichts, oder, wie andere Handschriften wollen, *oude hen*, nicht ein Ding, bezieht sich auf *ho gegonen*, das, was geschehen ist. Unser Perfekt gibt das Semitische am Perfekt *gegonen* nur ungenügend wieder; muß müßte unschön umschreiben etwa: „das, was in seinem Werden abgeschlossen ist“. *Nicht ein Ding* ist in seinem *Werden* abgeschlossen. Durch das Wort bleibt *alle* Geschichte *lebendig*, wie wir in der nächsten Zeile hören werden. *Nichts* ist vorbei und *nichts* ist fertig.

### 2.3 Das Leben und das Licht

„Mit ihm ist Leben“ heißt es. Oder, traditionell, „in ihm ist Leben.“ *Leben* ist der Gegensatz zu *Nichts*. Das *Leben* muß näher bestimmt werden. Das geschieht durch *Licht*, nicht *Licht an-sich*, nicht *Licht* als kosmisches Prinzip, sondern *Licht für etwas*, *Licht der Menschen*. Der Genitiv ist hier ein sogenannter Genitivus objectivus. Sobald es um nähere Bestimmungen von Wort, Geschichte, Leben, Licht geht, taucht die menschliche Wirklichkeit auf. Diese menschliche Wirklichkeit ist konkrete Geschichte. Bevor diese Geschichte zur Sprache kommt, muß der Widerspruch zum *Licht* benannt werden. Der Widerspruch lautet *Leben/Licht* gegen *Nichts/Finsternis*. Dieser Widerspruch führt uns wieder in die Schöpfungserzählung zurück:

Im Anfang schuf Gott den Himmel und die Erde.

Die Erde ist wirr und irr geworden:  
Finsternis über der Fläche des unendlichen Meeres.

Hauch Gottes brütete über der Fläche des unendlichen Meeres.

Und Gott sprach:  
„Es werde Licht!“

Licht wurde.  
Und Gott sah das Licht - daß es gut war.

Bevor wir dort das Wort *Licht* überhaupt hören, bevor überhaupt ein Wort gesprochen wird, hören wir in der Schöpfungserzählung das Wort *Finsternis*. Es ist ein Wort, das einen Zustand beschreibt. Bevor aus dem Himmel und Erde *Schöpfung* wird, muß die Finsternis in ihre Schranken gewiesen werden, genauso wie das Chaosmeer. Die Propheten haben das, was vielleicht ursprünglich ein kosmologischer Ursprungsmythos war, zu einer politischen Lehre des von Menschen verursachten Chaos und ihrer finsternen Zustände gemacht. Wir müssen hier zwei Texte mithören. Zunächst Gen. 1,1ff:

Gott trennte zwischen dem Licht und der Finsternis.  
Gott rief dem Licht zu: „Tag!“  
Der Finsternis rief er zu: „Nacht!“  
Es wurde Abend, es wurde Morgen,  
Tag eins.<sup>6</sup>

Hiermit ist die Finsternis sozusagen *entmythologisiert*. Sie ist kein kosmisches Prinzip, sie ist schlicht *Nacht*, mehr nicht, weniger auch nicht. Es gibt freilich auch eine von Menschen verursachte Finsternis. Wir hören Jer. 4,24:

„Ich sah das Land, da, irr und wirr,  
den Himmel: Keins seiner Leuchten!  
Ich sah die Berge, da, erschüttert,  
alle Hügel, sie wälzen sich um.  
Ich sah, da, keine Menschheit mehr,  
alle Vögel des Himmels verflogen.  
Ich sah, da, Weinberg ist Wüste,  
Städte zerstört,  
vor dem Antlitz des NAMENS,  
vor dem Antlitz der schnaubenden Glut seiner Nase.“

Hier wird der Zustand eines von Krieg verheerten Landes beschrieben mit dem Zustand einer Erde vor jedem schöpferischen Wort: Irr und wirr, kein Licht, keine Menschheit, keine Vögel, alles verwüstet und zwar wegen der törichten Politik der Eliten Jeruschalaims, ihrer Verweigerung, das Reformwerk des guten Königs Joschijahus zu bewahren und die Machtverhältnisse in der Region zu beachten. Das Ergebnis dieser Politik ist das Nichts und die Finsternis.

In einem ähnlichen Zustand verkehrte das Volk Jehudas. Seine Stadt Jeruschalaim ist verwüstet, die Bevölkerung massakriert, das Land unbewohnbar. Was Not tut, ist ein vollkommener Neuanfang. Von der Katastrophe des Jahres 70 führt kein Weg mehr

---

<sup>6</sup> Nicht: „erster Tag“. Der „Tag eins“ steht außerhalb der Reihe, deswegen ein Kardinalzählwort, *'echad, mia*. Alle folgende Tage bilden eine Reihe; sie werden mit Ordinalzählwörter (zweite, dritte, vierte, *scheni, schlisi, rabi`d*) wiedergegeben. Der Tag nach dem Großen Schabbath nach der Ermordung des Messias nennen alle Evangelium *mia sabbatoon*, Tag eins der Schabbathwoche. Auch dieser Tag steht außerhalb der Reihe, Joh 20,1. Mit der Auferstehung des Messias beginnt sozusagen die Schöpfung neu; es geht nicht bloß um eine neue Woche in einer unendlichen Kette weiterer Wochen.

zurück, nichts wird mehr sein, was je war. Wegen des aktuellen Zustandes muß jemand, der wie Johannes das Jahr 70 als das Ende deutet, mit den Worten *im Anfang* beginnen. Das Werk des Messias ist eine neue Erde unter einem neuen Himmel, Leben und Licht. Die Finsternis hat nicht gewonnen. Das Verb, das hier auftaucht, *katalambanein*, hat in der griechischen Version der Schrift immer eine gewalttätige Konnotation. Gegen das Nichts und die Finsternis, die seit dem katastrophalen Ausgang des jüdischen Krieges 66-70 herrschten, holt Johannes „Licht“ und „Leben“ hervor.

## 2.4 Der Zeuge

„Es geschah: ein Mensch, Jochanan sein Name.“ Dem Satz Joh. 1,6 ist der Satz Ri. 13,2 sehr ähnlich:

„Es geschah: ein Mann aus Tsar`ah, aus einer danitischen Großfamilie, sein Name Manoach.“

„Es geschah: ein Mann (Mensch), Gesandter von Gott, sein Name Jochanan.“

Der Zusammenhang zwischen beiden Sätzen ist nicht nur die „semitische“ Herkunft der Sprache des Johannes, er ist auch inhaltlich bestimmt. Beide, Manoach und Jochanan, ermöglichen eine Befreiungsgeschichte, sind aber nicht die Befreier. Mit dem Wort *wajehi*, (*kai*) *egeneto*, es geschah, wird eine nichtige Geschichte von Unterdrückung und Ausichtslosigkeit beendet. Jetzt wird aus *Vergangenheit* wirkliche Geschichte. Dieser Ausdruck kommt viele Hunderte Male in der Schrift vor; es geht immer um das, was *geschah*, nie um das, was *war*. Der Held der Erzählung Ri. 13-16 ist nicht Manoach, sondern Schimschon, aber ohne Manoach wäre die Erzählung über den Befreier Schimschon nicht möglich gewesen. So ist auch die Erzählung vom Messias Jeschua ohne Jochanan nicht möglich gewesen. Es geschieht ein Mensch und diese Geschichte ist „von Gott her“, ohne Artikel; dieser Mensch ist ganz bestimmt von dem, was in Israel „Gott“ ist. Der Name des von Gott her gesandten Menschen ist *Jochanan*, ein priesterlicher Name; bei Lukas entstammt er einer Priesterfamilie. Bei Johannes ist er aber nicht Jochanan, *der Täufer*, sondern Jochanan, *der Zeuge*. Auch Vers 7 hat eine hebräische Färbung. Würde man zurückübersetzen und dann das hebräische Resultat wieder „verdeutschen“, erhielte man: „Dieser kam, ein Zeugnis zu bezeugen, damit alle durch ihn vertrauen.“<sup>7</sup> Das Ziel seiner Tätigkeit als Zeuge ist, Vertrauen zu wecken. Das Ziel Jochanans ist identisch mit dem Ziel des ganzen Evangeliums, des Schriftstücks, das „aufgeschrieben wurde, damit ihr vertraut“, 20,31. Jochanan ist Zeuge in einem Verfahren um die Vertrauenswürdigkeit des Messias. Näheres hören wir in 1,19-34. und 3,23-30. „Er war nicht das Licht“ ist die Kurzform von: „Er bekannte, er leugnete nicht, er bekannte: ich bin nicht der Messias“ (1,20). Aber Jochanan ist der Kronzeuge des Messias, des Lichtes. Der Zeuge weckt das *Vertrauen* im Messias Jeschua, das war seine Lebensaufgabe. Wir erklären das Verb *pisteuein*. Es ist die griechische Form der kausativen Verbalform der Wurzel *'aman*, *treu*, *fest sein*; kausativ also, *he'emin*, einen Mensch ver-

<sup>7</sup> Die Konstruktion mit einem Infinitivus constructus und einem Finalsatz des Typus eines Waw mit finiter Verbalform versucht Johannes häufig im Griechischen mit einer zweifachen Finalpartikel (*hina*) wiederzugeben. Für Liebhaber einer klassischen Satzbildung ein wenig elegantes Verfahren.

trauenswürdig sein lassen, also Vertrauen.<sup>48</sup> *Glauben* ist eine mehr oder weniger begründete Meinung haben, *Vertrauen* setzt eine Praxis in Gang. Johannes überträgt die hebräische Wurzel *`aman* mit griechischen Wörtern vom Stamm *alèth-*. Wir haben den Vorschlag Martin Bubers übernommen, alle Wörter dieser hebräischen Wurzel mit deutschen Wörtern vom Stamm *trau-* oder *treu-* zu übersetzen. Das Licht ist vertrauenswürdig, es kann Vertrauen erwecken. Die der *Treue* des Lichtes entsprechende Handlung der Menschen ist *pistenein*, vertrauen.

## 2.5 Das Licht und die Weltordnung

Das Licht leuchtet in die Weltordnung (*kosmos*) hinein. Nicht die Welt als Lebensraum für die Menschen - auch das bedeutet das Wort *kosmos* - ist finster, sondern die Art und Weise, in der die Menschen den Lebensraum *geordnet*, *organisiert*, haben; das griechische Verb *kosman* bedeutet *in (schöne) Ordnung bringen* (vgl. *Kosmetik*). Wir haben hier keine Pseudometaphysik der Urgegensätze Licht/Finster, Himmel/Erde bzw. Welt, Geist/Fleisch bzw. Materie usw. Wir haben keine *Kosmologie*, erst recht keine „gnostische“, hier wird Politologie verhandelt. *Kosmos* ist durch und durch griechisch. Wie der Himmel ein geordnetes, berechenbares Gesamt von Himmelskörpern ist, so ist die Welt eine politische geordnete Welt, eine *Weltordnung*. Das Hebräische hat *`olam*, Epoche, keine Raum-, sondern eine Zeitkategorie. Die Erde (*`aretz*) besteht für Israel aus vielen „Erden“/Ländern (*`aratzoit*), in denen viele Völker nach ihren eigenen Satzungen oder Ordnungen leben, Geschlecht für Geschlecht in Weltzeit (*dorwedor le`olam*). Das ist eine völlig andere Weise von Weltsicht. Seit der Eroberung des Orients durch Alexander leben die Menschen in einer städtischen, hellenistischen Ordnung, eben in einem *Kosmos*. Durch die Römer wird diese Ordnung buchstäblich zur Weltordnung. Und genau das ist das politische Problem. Die Weltordnung zerstört alle traditionelle Ordnungen der Menschen. Für sie ist Ordnung wirklich Unordnung, alles gerät aus den Fügen. Den Messianismus des sogenannten *Neuen Testaments* kann man nur verstehen gegen den Hintergrund traditionalistischer Revolten, manchmal sogar Revolutionen, im ganzen Orient. Erfolg hatten sie zeitweise in Jehuda durch die Makkabäische Revolution um 170 v.u.Z.

Der Zweck des Lichts ist die Erleuchtung der Menschen, eine Erleuchtung durchaus im Sinne der *Aufklärung*.<sup>9</sup> Sie sollen sehen, wie die Weltordnung wirklich ist, und sich entsprechend verhalten. Wir haben uns dafür entschieden, den letzten Nebensatz, „kommend in die Weltordnung“, nicht auf das Wort *Menschen* (*antroopon*), sondern auf das Wort Licht (*phoos*) zu beziehen; grammatikalisch ist beides möglich. Der Messias - das Licht - ist nämlich der, „der in die Weltordnung kommt“; so definierte Martha den Messias (11,27). Der Messias „klärt“ die Menschen „auf“. Der Messias zeigt buchstäb-

<sup>8</sup> In Jes. 7,9 sagt ein Prophet dem König Jehudas in einer sehr kritischen Situation, er solle nicht die Nerven verlieren: „Vertraut ihr (selber) nicht, findet ihr keine Treue (bei anderen).“ *Im lo ta`aminu ki lo ta`amenu, kai ean mè pistensète oude mè synète*. Die Septuaginta wird dem hebräischen Wortspiel mit dem kausativen und dem passiven Form der Wurzel *`aman* nicht gerecht. Buber übersetzt: „Vertraut ihr nicht, bleibt ihr nicht betreut.“ Der Sinn ist, daß Panik das Volk ins Verderben führen muss. Der König soll seinem Berater, das Volk dem König vertrauen und entsprechend handeln. Diese Haltung ist dem Messias gegenüber einzunehmen und das ist mehr als *glauben*.

<sup>9</sup> Im Niederländischen gibt es für beide Sachverhalte nur ein Wort: *verlichting*.

lich *aufklärende Wirkung*. Die Verbalform *èn* darf nicht mit einer Form unseres Verbs *sein* übersetzt werden. Es geht nicht um ein allgemein-abstraktes Sein, sondern um ein konkretes, tatkräftiges, effektives Geschehen, *wirken*. Der nächste nebengeordnete Satz ist schwer zu deuten. Wir können ihn nicht von einer orthodox-trinitarischen Orthodoxie her erklären, der VATER habe die Weltordnung durch den SOHN erschaffen, sie sei demnach durch ihn *geworden*. Die *Weltordnung* ist aber kein Schöpfungswerk, sondern Menschenwerk. Der Lebensraum der Menschen ist hier die *Erde*; sie ist geschaffen. Aus der Erde machen die Menschen *Welt, Weltordnung*. Wenn also übersetzt wird, *die Weltordnung sei durch es [Licht, Wort] geworden*, verbreitet man Unsinn. Denn man müsste dann fragen, wie der Satz weiter zu denken ist. Geworden zu dem, was sie ist? Oder geworden zu dem, was sie sein soll? Der Sinn ist: Durch das Wort wird die herrschende Weltordnung (*ho kosmos houtos*, jüdisch *`olam hazzeleb*) konfrontiert mit ihrer absoluten Alternative, der kommenden Weltzeit, *ho aioon ho melloon*, *`olam habba'*. Keine herrschende Weltordnung kann ihre eigene radikale Alternative erkennen. Das Wort ist etwas, das von außen, als Fremdes, auf sie zu kommt und Dinge in Gang setzt, die sie vollkommen in Frage stellen werden. Wirklich deutlich wird das erst im Gespräch zwischen dem Messias und dem Vertreter Roms, Pilatus. Diese Weltordnung und das Wort schließen sich absolut aus. Die Geschichte, die durch das Wort in Gang gesetzt wird, steht der Geschichte Roms - der konkreten Weltordnung - diametral gegenüber.<sup>10</sup>

Das Wort kam in das Eigene. Die Kommentare behandeln das *Eigene* in der Regel als ein Synonym für *Welt*. Aber es ist nicht die Welt, erst recht nicht die *Weltordnung*. Es geht um das, was das Eigene des Messias unter den Bedingungen der Weltordnung ist, das jüdische Volk. Die Eigenen sind die, die im Evangelium *joudaioi* genannt werden, die *Jehudim, Juden* in den gängigen Übersetzungen. Dieses Volk nimmt seinen *eigenen* Messias nicht an. Das ist der Konflikt, der das ganze Evangelium bestimmt, die Kampf um Anerkennung des Messias durch sein eigenes Volk. Dieser Kampf wurde zu einer Tragödie, ja, zu einem Verbrechen, unter dem die Welt bis heute leidet und eine Wurzel der mörderischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten ist.

## 2.6 Geburt

„Die aber [dennoch] den Messias Jeschua annahmen, erhalten Vollmacht, *aus Gott Geborene* zu werden.“ Wir umschreiben den Ausdruck *tekna tou theou*, Kinder Gottes, mit „aus Gott Geborenen“. Aus der Schrift kennen wir Ausdrücke wie *bene ha'elohim*, Gottessöhne, *'isch ha'elohim*, Gottesmann, aber *jlade-ha'elohim*, Kinder Gottes, kommen in der Schrift nicht vor. Gott hat keine Kinder. Das wird auch nicht gesagt; es ist nicht von *tekna tou theou* die Rede, sondern von *tekna theou*, ohne Artikel. Wie in 1,1 bedeutet *theos* ohne Artikel *göttbestimmt, gottgemäß*. Es geht um eine Auseinandersetzung mit den Jehudim, wer als Nachkommen Abrahams, *sperma abraham, tekna abraham* ein besonderes Verhältnis zum Gott Israels hat. Die Jehudim sagen: „Wir haben den EINEN als VATER“ (8,41). Ein solches *jus sanguinis*, Recht, basierend auf Blutverwandtschaft, erkennt Johannes nicht an, darin mit den synoptischen Evangelien übereinstimmend

---

<sup>10</sup> Dem trägt Augustin in den ersten zehn Büchern seines Hauptwerkes *De Civitate Dei, Vom Staat Gottes*, Rechnung und zwar durch eine umfangreiche und vernichtende Kritik der antiken Religion und Ideologie.

(„Gott kann aus Steinen dem Abraham Kinder zeugen,“ Mat. 3,9, Luk. 3,8). Wenn überhaupt, haben wir hier *jus fidei*, ein Recht, das auf Vertrauen basiert. Dabei denkt Johannes nicht in erster Linie an Menschen überhaupt, sondern an diejenigen der Eigenen, die den Messias annehmen. Annehmen bedeutet vertrauen, vertrauen im *Namen* des Messias. Der Name war in jener Kultur mehr als eine Kennzeichnung eines Individuums, wie bei uns. Bei uns kann man beliebig seinen Namen wechseln. Aber *Name* in einer altorientalischen Kultur ist das unverwechselbare, unaufgebbare Eigene der Person, es ist die ureigene Lebensaufgabe einer Person. Tut sie nicht das, was ihr Name sie zu tun heißt, bleibt es für immer ungetan und ungeschehen. Der *Name* des Messias ist die Befreiung der Welt von der Ordnung, die auf ihr lastet, Joh. 4,42. Vertrauen im Namen (oder *auf den Namen hin*) bedeutet, daß man vertraut, daß der Name hält, was er verspricht. Das wird nun mit drei Negationen und einer Affirmation erklärt: Kinder, gezeugt *nicht* aus Blut, *nicht* aus dem Gefallen des Fleisches, *nicht* aus dem Gefallen eines Mannes, *sondern* aus Gott. Der Reihe nach.

*Nicht aus Blut.* Wir haben hier für Blut einen Plural *haimata*, das es in der deutschen Sprache nicht gibt. Auf Hebräisch gibt es den Plural *damim*. Er kommt 73-mal in der Schrift vor, vor allem im Zusammenhang mit Opferritualien. Ex. 4,25f. erzählt:

Es geschah:

Unterwegs, im Nachtlager, trat der NAME ihm [Mosche] entgegen,  
Er suchte ihn zu töten.

Zippora nahm einen Kieselstein und schnitt ihrem Sohn die Vorhaut  
ab,

sie berührte mit ihr seinen Fuß.

Sie sagte: „Ein Bräutigam des Bluts [*damim*, Plural] bist du mir geworden.“

Er [der NAME] ließ von ihm ab.

Deswegen hatte sie Bräutigam des Bluts gesagt,  
der Beschneidung wegen.

Nicht die Beschneidung, Merkmal der Unterscheidung Israels von der anderen Völkern, entscheidet darüber, wer zum „Eigenen des Messias“ gehört. *Nicht aus Blut* heißt daher: nicht aus der Beschneidung und für sie gezeugt werden. Hier gibt es kein Meinungsunterschied zwischen Johannes und Paulus.

*Nicht nach dem Gefallen des Fleisches.* *Thelema* steht für zwei hebräische Wörter: *chephets* und *ratzon*. Buber übersetzt das erste meistens mit *Gefallen* und das zweite mit *Gnade*, aber auch mit *Gefallen* (Hi. 14,6); beide Wörter haben eine ähnliche Bedeutung. Von Gott heißt es: „Alles, was Ihm gefällt (*‘ascher-chaphetz*, *ho etheläsen*), tut er“, Ps. 115,3. Das impliziert in der Schrift keine Willkür, wohl aber eine nicht hinterfragbare Macht. „Fleisch“ ist keine negative Vorstellung. Es bedeutet die verwundbare, vergängliche menschliche Existenz. Jes. 40,6ff. sagt: „Alles Fleisch ist wie Gras ... das Grass verdorrt ... das Wort unseres Gottes besteht (*jaqum* - steht) in Weltzeit“. Was die menschliche Wirklichkeit zeugt und erzeugt, wird immer „Fleisch“ sein, vergänglich wie das Gras und wie die Blumen des Feldes. Die Negation des „Gefallens des Fleisches“ ist keine Ablehnung der menschlichen Existenz; sie wäre absurd, wie die Ablehnung des grünen Grasses und der Blumen des Feldes auf Grund ihrer Vergänglichkeit absurd wäre. Der Gegensatz ist der zwischen „vergänglich“ und „bleibend“. *Nicht nach dem Gefallen des*



*Fleisches* heißt: nicht aus einer vergänglichen für eine vergängliche Existenz gezeugt werden, eine Existenz, die an dieser Weltzeit, an der *òlam hazze*, und somit an der herrschenden Weltordnung gebunden bleibt. Ob es etwas anderes gibt als das vergängliche Leben, steht auf einem anderen Blatt. Johannes ist von einer menschlichen Existenz als messianischer Existenz überzeugt, und damit auch von einem Leben, das nicht ist wie das Leben der Blumen des Feldes. Der Gegensatz zu einem vergänglichen, verwundbaren, körperlichen Leben ist bei Johannes nicht das ewige, geistige Leben, sondern ein Leben der Weltzeit, nämlich der kommenden Weltzeit, *zooè aioonios*. Das Adjektiv *aioonios* bedeutet den kommenden *aioon*, *`olam habba`*, also die kommende Epoche (Buber: *Weltzeit*) betreffend. Diese Epoche wird bleibend sein, eine Epoche, in der das menschliche Leben nicht länger durch unmenschliche Verhältnisse bedroht ist. Wir übersetzen daher *zooè aioonios* konsequent mit „Leben der kommenden Weltzeit.“

*Nicht nach dem Gefallen des Mannes.* Hier ist an Abraham zu denken. Der Sohn ist das Thema von Gen. 15-22. Dieser Sohn wird geboren aus einer Frau, „der es nicht länger nach der Art der Frauen erging“ und die mit einem Mann lebte, „der schon alt war“, Gen 18,12:

Sarah lachte in ihrem Innersten, sie sagte:  
 „Nachdem ich ein Nichts bin,  
 soll mir dann noch Wohllust werden,  
 obwohl mein Herr alt ist?“  
 Der NAME sprach zu Abraham:  
 Warum lachte Sarah so und sagte:  
 „Soll ich da wirklich gebären,  
 obwohl ich alt bin?“  
 Ist das denn für den NAMEN ein Ding der Unmöglichkeit?  
 Ich werde zu dem Zeitpunkt, zurückkommen,  
 um diese Jahreszeit hat Sarah einen Sohn“.

Welches Gefallen konnte der Mann Abraham an Sarah finden? Auf alle Fälle nicht das Gefallen, das Sarah ihm tun könnte, indem sie zur Mutter eines Sohnes wird. Welches Gefallen könnte Sarah an Abraham finden, die nichts sehnlicher gewünscht hatte, als einen Sohn? Dieser Zug sei abgefahren, denkt Sarah bei sich, bitter lachend. Dann aber, 21,1:

Und der NAME ordnete es für Sarah, wie Er gesagt hatte,  
 Er tat für Sarah, was er geredet hatte:  
 Sie wurde schwanger.  
 Sara gebar dem Abraham einen Sohn, als er schon alt war,  
 an dem Zeitpunkt, den Gott mit ihm beredet hatte.

An keiner Stelle ist davon die Rede, daß Abraham diesen Sohn, den einzig Geborenen, gezeugt hatte. Es ist nur von Sarah und ihrem Sohn die Rede. Wir hören nirgends den klassischen Satz: „Der und der [Abraham] erkannte sie und sie [Sarah], sie wurde schwanger und gebar einen Sohn...“ Der Sohn, den beide wollten, um den sie Gott gefleht hatten, wird geboren, *nicht aus dem Gefallen eines Mannes!* Natürlich wird nicht ausgeschlossen, daß Abraham der natürliche(!) Vater Jitzchaqs sein könnte. Aber diese

Information wäre allenfalls für Juristen interessant. Für den Erzähler hat die Frage nach der natürlichen Vaterschaft keinen Belang. Das Ganze ist vielmehr ein Witz. Sarah lachte. Das wird betont:

Sie log, sie sagte:  
 „ich lachte nicht“, denn sie fürchtete sich.  
 Er sagte:  
 „Nein doch, du hast gelacht!“

Und Abraham erkennt das an:

Er rief den Namen seines Sohnes,  
 der ihm geboren wurde,  
 den Sarah ihm geboren hatte:  
 Jitzchaq, er lacht,

Das Kind wurde Abraham geboren, passiv; Sarah hat geboren, aktiv. Der Witz ist der Name. Ein Kapitel weiter wird daraus Ernst, Gen. 22,1ff.

Er geschah nach diesen Worten:  
 Gott erprobte Abraham, er sagte zu ihm:  
 „Abraham!“  
 Der sagte:  
 „Hier bin ich.“  
 Er sagte:  
 „Nimm doch deinen Sohn,  
 deinen Einzigem (*jachid, monogenès*),  
 den du liebst,  
 den Jitzchaq.  
 Gehe dann du ins Land Moria,  
 Bringe ihn dar als Erhöhungsoffer,  
 auf einem der Berge des Landes, die ich dir sagen werde.

Auf den „einzigem Sohn“, den *Monogenès*, kommen wir noch zu sprechen. Jedenfalls können wir uns eine Vorstellung machen, was es heißt, wenn wir hören: „Nicht nach dem Gefallen eines Mannes, sondern aus Gott gezeugt.“<sup>11</sup>

## 2.7 Das Wort und die menschliche Wirklichkeit

Jetzt muß das Wort, der *Logos*, näher bestimmt werden. Wäre es nach dem gnostischen Mythos das Ewige Licht und wäre die menschliche Wirklichkeit ein Gefängnis, in dem die Seele als Funke dieses Ewigen Lichtes eingeschlossen ist, dann käme das Licht in

---

<sup>11</sup> Das berühmte vierte Kapitel aus dem Galaterbrief bringt diesen Gedanken auch. Offenbar war die Verbindung zwischen Jitzchaq und dem Messias Jeschua in der messianischen Bewegung eine verbreitete Auffassung. Dort taucht nicht zufällig auch der biblisch, nicht griechisch gedachte Gegensatz zwischen *Geist* und *Fleisch* auf, der Gegensatz zwischen dem nach dem Fleisch gezeugten Ismael und dem nach dem Geist gezeugten Jitzchaq, Gal 4,29.

eine ihm diametral gegenüberstehende, Wirklichkeit, die ontologisch als *finster* bestimmt ist, in eine feindliche und göttliche Gegeninstanz. „Das Wort geschieht als Fleisch“, übersetzen wir. Unser Autor ist kein Grieche, sondern ein Kind Israels, das im Gebäude der Großen Erzählung zu denken gelernt hat. Seine Sprache ist immer und überall die Sprache der Schrift Israels. Für griechisch Denkende ist es nahezu unmöglich, das Vergängliche (Fleisch) und das Unvergängliche (Wort) zusammen zu denken. Wer sich die Mühe macht, die Enneaden Plotins zu lesen, gerät unweigerlich unter den Eindruck der elitären heidnischen Pracht dieses ideologischen Konstruktes. Wer aber dann einen Text wie Joh. 1,14 mit der Elle der plotinischen (oder neoplatonischen) Kategorien mißt, verliert sich in eine unlösbare Problematik. Das ewige unvergängliche Wort, der *Logos*, kann sich nach der neoplatonischen Logik nicht mit der vergänglichen menschlichen Wirklichkeit vereinen. Wenn die griechisch-christlichen Denker nicht einerseits aus der Haut ihres durch Plotin<sup>12</sup> geschulten wissenschaftlichen Denkens herauskönnen, andererseits sich der Schrift der Juden und Christen verpflichtet wissen, entsteht im 4. und 5. Jahrhundert jenes ideologische Chaos, das sie mit mühselig ausgehandelten, oft brüchigen Kompromißformeln zu bändigen suchten. Sie behandeln den Satz „Das Wort ist Fleisch geworden“ einerseits auf griechische Art, nach der logischen Formel S = P, das Subjekt ist das Prädikat. Das Wort = „Gott“ (ewig, unvergänglich) = „Fleisch“ (zeitlich, vergänglich) sprengt diese Logik. Andererseits lassen unsere Kirchenväter keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie es mit der Identität zwischen Subjekt und Prädikat genauso ernst meinen, wie mit den Grunddokumenten ihrer *Glaubens*. In der Formel *das Wort = Gott = Fleisch/Mensch* bedeutet das Zeichen „=“ *wesensgleich*. Das kann ein an Plotin geschulter Theologie eigentlich gar nicht denken. Das, was die beiden Polen der Gleichung vereint, gilt „*unvermischt, unverwandelt, ungeteilt, ungeschieden*.“ Mit diesen vier Adjektiven, die alle ein Alpha privans ( $\alpha$ , deutsch *un-*) haben, gibt die eine Hand, was die andere wegnimmt. Mit solchen Formeln versuchte man, den - oft nicht unblutigen! - Auseinandersetzungen um die Orthodoxie den Stachel zu ziehen. Von diesen spekulativen Klimmzügen der Kirchenpolitik und ihrer mühselig ausgehandelten Orthodoxie des 5. Jahrhunderts war Johannes Lichtjahre weit entfernt. Der Messias ist ein konkreter Mensch und dieser Mensch macht die Wahrheit des Satzes Jes. 40,6 aus: „Das Wort unseres Gottes steht in Weltzeit.“ Für ein Kind Israels sind der vergängliche Mensch Mosche einerseits, und die Unvergänglichkeit der Tora des Mosche andererseits nie ein Gegensatz. Von dieser Vereinigung des Vergänglichen und des Bleibenden her redet Johannes. Läßt man sich dann auf die heidnische Pracht der Denksysteme ein, gerät alles auf die schiefe Bahn.

Johannes wehrt sich gegen eine Tendenz in den messianischen Gemeinden der Griechen. Die Geringschätzung des Fleisches führt dazu, einen Satz wie: „... Sohn, geworden aus dem Samen Dawids nach dem Fleisch, aufgerichtet als Sohn Gottes nach dem Geist der Heiligung...“ (Röm. 1,4) de facto zu streichen. Die Herkunft aus dem „Samen Dawids“, seine Verwurzelung im Volk Israel, spielte eine immer geringere Rolle. Eine Generation später ist das Bewußtsein dafür, daß der Messias ein Kind Israels war, so weit verschwunden, daß Marcion um 150 den christlichen Gemeinden die Abschaffung der Schrift nahe legen konnte, durchaus mit Erfolg. Gegen diese Tendenz polemisiert der Satz: „Das Wort geschieht als Fleisch“. Er meint die konkrete menschliche Wirklichkeit

---

<sup>12</sup> Plotin ist eine Kurzformel für spätantike Kultur.

und dazu gehört in diesem Fall die Angehörigkeit zu einem konkreten Volk und einer konkreten Kultur. Wenn „Gott“ schon „Mensch“ geworden, dann auf alle Fälle nicht ein *allgemein-abstrakter Mensch*, sondern Kind Israels, eben *Jude*. Und dann nicht ein allgemein-abstrakter Jude - das ist und bleibt der Nachteil der Christologie F.W. Marquards<sup>13</sup> -, sondern ein Jude, der in den konkreten politischen Auseinandersetzungen seines Volkes eine ganz bestimmte Stellung eingenommen hatte, eine Stellung, die ihn in einen tödlichen Gegensatz zu den Eliten seines Volkes und zu Rom als Besatzungsmacht brachten. Gerade bei Johannes ist der Messias als dieser konkrete Mensch leidenschaftlich Partei in den politischen Auseinandersetzungen. Schüler eines solchen Messias zu sein, heißt bei Johannes: Kampfgefährte, Fleisch und Blut des Messias zu werden, „sein Fleisch zu essen, sein Blut zu trinken“, an seiner konkreten menschlichen Wirklichkeit teilzuhaben und demzufolge von der herrschenden Weltordnung gehaßt zu werden.

„Es hatte sein Zelt bei uns“, heißt es dann. Die Übersetzung: „es hat unter uns gewohnt“ ist mehr als fade. Das Zelt ist das „Zelt der Begegnung“ aus der Wüste, wo der NAME wohnte: „Die Wolke hüllte das Zelt (*'ohel*) der Begegnung ein, die Wucht/Ehre des NAMENS erfüllte die Wohnung (*mischkan*)“, Ex. 40,34. Die zwei hebräischen Wörter gibt die Septuaginta mit *skènè*, Zelt, wieder. Das Zelt war der Ort des Daseins dessen, der mit den vier unaussprechlichen Zeichen IHWH angedeutet wird und bei uns mit dem Wort NAME wiedergegeben wird. Das Zelt ist der Ort der Gesetzgebung, der Ort, wo die Ordnung der Gesellschaft von befreiten Sklaven festgelegt wird. Auf Ex. 40,34-38 folgt das Buch Leviticus: „Er rief Mosche zu, der NAME sprach mit ihm vom Zelt der Begegnung aus.“ In diesem Buch wird das Koordinatenfeld von Autonomie und Egalität ausgefüllt. Das Zelt der Begegnung ist zugleich mobil: „Als die Wolke sich hob von der Wohnung, zog Israel aus auf allen ihren Zügen“, 40,36. Aus diesem mobilen Ort wurde später der stabile Ort des Heiligtums in Jeruschalaim. Johannes sagt, nach der Zerstörung des Heiligtums durch die Römer habe das Zelt der Begegnung die Gestalt des fleischgewordenen Wortes, des Messias Jeschua, angenommen.

Bei Johannes ist der Platzhalter für den NAMEN das Wort VATER. In Joh. 1,14 hören wir dann auch zum ersten Mal das Wort VATER, nachdem wir das Wort Wucht/Ehre schon gehört haben: „Wir schauen seine Ehre, Ehre wie die eines Einziggezeugten vom VATER, *erfüllt* von solidarischer Treue.“ Alle entscheidenden Worte von Ex. 40,34 hören wir in Joh. 1,14. Was mit dem rätselhaften Wort *kabod*, Wucht (die Wurzel *kabed* bedeutet schwer, wuchtig sein), angedeutet wird und das wir mit *Ehre* zu übersetzen versuchen, wird inhaltlich gefüllt mit „Ehre wie die eines Einziggeborenen beim VATER“. Die Analogie ist das Verhältnis zwischen Jitzchaq und Abraham, vor allem in der Erzählung von der „Bindung Jitzchaqs“, Gen 22. Die Verflechtung des Motivs der „Bindung Jitzchaqs, des Einziggeborenen“ mit dem Verhältnis zwischen dem Gott Israels und dem Messias Israels wirft Fragen auf, aber der Zusammenhang zwischen Gen 22 und unserer Stelle ist eindeutig.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Das christliche Bekenntnis zu Jesus, dem Juden I-II, München 1990-1991.

<sup>14</sup> *Monogenès* steht für das hebräische *jachid*. In der Septuaginta bedeutet es in sechs von zehn Fällen „einziges Kind“ (z.B. die Tochter Jephtas, Ri. 11,34). In zwei Fällen bedeutet es „die einzige Seele“ Ps. 22,20 und 35,17, in Psalm 25,16 „einsam“ – wie ein Mensch ohne Geschwister. Im apokryphen Buch *Weisheit Salomos* ist „einzigartig“ eine angemessene Übersetzung: „Einzigartig ist die Inspiration der Weisheit“ 7,22). Bei Johannes kommt es fünfmal vor (inkl. 1Joh.4,9); bei Lukas bedeutet es dreimal

Die Ehre wird abschließend mit den Wörtern *charis/chesed* und *alètheia/ 'emeth* wiedergeben. *Chesed* übersetzt Buber mit *Huld*, und begründet das mit der Zuneigung des Herrn zu seinem Vasallen. Uns scheint *Huld* zu sehr von feudalen Herrschaftsvorstellungen geprägt, wie überhaupt Buber einen Hang zum neugothischen Deutsch von Leuten wie Richard Wagner hatte.<sup>15</sup> *Gnade* ist vollends herrschaftlich geprägt, Gott erscheint so als der absolute *Herr* der altorientalischen Antike. Das mag mit dem Bild übereinstimmen, das sich die Menschen damals vom absoluten Gegenüber ihrer Gesellschaftsordnung machten, die für sie „Wort Gottes“ war. Die Funktion „Gott“ ist aber nicht die Funktion „Herrschaft“. Das Wort *charis* kommt bei Johannes nur in der Vorrede zum Evangelium vor, zweimal zusammen mit *alètheia*, einmal allein. Da im Evangelium das Wort *agapè* sowohl eine Haltung Gottes zu den Menschen, als auch die Haltung der Menschen untereinander angibt, ist hier ebenfalls an *chesed* zu denken. Offenbar hat der Verfasser der Vorrede Anlass gesehen, für die Haltung Gottes zu den Menschen das Wort *charis* zu nehmen. In der LXX steht es gewöhnlich für *chen*, Gunst („Gnade“). Es ist dort die Haltung des Höhergestellten den Untertanen gegenüber. Andererseits finden wir in der Schrift niemals den Ausdruck *chen w' emeth*, sondern immer *chesed w' emeth*. Aus dem Grund übersetzen wir mit *solidarischer Treue*. Diese Übersetzung mag auch dazu dienen, uns aus der Umklammerung von Herrschaftsvorstellungen zu befreien.

Das Wort als menschliche Wirklichkeit und als einzige Zukunft für das neue Israel in einer neuen Menschheit ist für Johannes nur dann konkret, wenn es als ein konkreter Mensch aufgefasst wird. Das Wort ist dieser ganz bestimmte jüdische Mensch, Jeschua ben Joseph aus Nazareth, Galil. Es gibt, so meint Johannes, kein anderes Wort. Joh. 1,14 ist das Zentrum der Zusammenfassung des Evangeliums. Mit diesem letzten Satz ist die Vorrede eigentlich abgeschlossen. Aber die Diskussionen in der messianischen Gemeinde um Johannes gehen weiter. Die sogenannten Abschiedsreden Joh. 13-17 geben einen Einblick in den Diskussionsprozeß. Das Nachwort der Vorrede verweist auf zwei ungelöste Probleme: das Verhältnis zur messianischen Gruppe um Jochanan, „den Täufer“ und zum im Entstehen begriffenen rabbinischen Judentum (die „Juden“ des Johannesevangeliums).

## 2.8 Ein Nachwort

„Nach (hinter) mir kommt, der vor mir geschehen ist; denn für mich ist er der Erste“ (1,15=1,30, vgl. Off. 1,17).<sup>16</sup> Angedeutet hat sie das schon, indem sie sagt: „Er (Jochanan) ist nicht das Licht, sondern Zeuge des Lichts.“ Den Mitgliedern der Gruppe der Täuferschüler wird gesagt: der Messias Jeschua sei *Hintergrund* und *Zukunft* des Täufers und nicht umgekehrt. Die ganze politische Tätigkeit der Bewegung um Jochanan hänge

---

„einziges Kind“, (in Heb. 11,17 das „einzig Kind“ Abrahams, Jitzchaq). Johannes überträgt den theologischen Gebrauch von „einzig“ (*jachid*) in der Erzählung von Jitzchaq als „einzig Sohn“ und somit als die einzige Zukunft Abrahams auf den Messias Jeschua. Er ist der neue Jitzchaq, er eröffnet die Zukunft des neuen Israels. Dieser Gebrauch des Wortes ist typisch für Johannes. Niemand anders unter den messianischen Autoren verwendet das Wort so.

<sup>15</sup> S. S. Kracauer, *Das Ornament der Masse*, 174ff., Frankfurt/M. 1977.

<sup>16</sup> *Prootos*, Ordinalzahlwort, nicht *beis*, der EINE, Kardinalzahlwort. Die hebräische Form für *prootos* ist *reschit*, nicht *'echad*. Man soll deswegen übersetzen: „Mein Erster ist er“; man könnte auch übersetzen: „Mein Anfang ist er!“

in der Luft, wenn sie sich nicht als eine Bewegung *auf den Messias Jeschua hin* begreift. Daß das Johannesevangelium wiederholt - sehr deutlich im Passus 3,25-30 - auf diese Problematik zurückkommt, zeigt, daß es Widerstände gegen diese Einsicht gab. Zwar gab es eine Tendenz von der Täufergruppe her zu den Messianisten um Jeschua hin, aber ein Rest zeigte sich als ziemlich zäh. Der historische Hintergrund ist darin zu suchen, daß der Messias Jeschua ursprünglich zum Schülerkreis um Jochanan den Täufer gehörte; für diesen Kreis war auch später Jochanan der Täufer der „Erste“, *Prootos*. Das muß offenbar eine Quelle der Unruhe in der Gemeinde um Johannes gewesen sein.

Der Satz in 1,16 leitet zum zweiten Problemkreis über. Das Pronomen *wir* zeigt, daß „Johannes“ für die Gruppe insgesamt spricht. Aus der Fülle des Messias empfangen *wir alle, Solidarität für (statt) Solidarität*. *Charis* steht hier wieder für *chesed*. Die Solidarität mit Israel wird ersetzt (*anti*) und zwar durch eine neue Gestalt der Solidarität. Die Solidarität Gottes mit Israel zeigte sich in der Tora (*nomos*) durch Mosche. Die Peruschim sagten zum geheilten Blindgeborenen: „Wir sind die Schüler des Mosche“ (9,28). Das bedeutet, daß Mosche ihr Lehrer ist, *Mosche rabbenu*. Letzteres ist geradezu die Definition des rabbinischen Judentums. Die Solidarität Gottes mit Israel ist die Tora des Mosche. Diese Tora beschreibt die Ordnungen, in denen das Volk Israel leben will. Diese Ordnungen sind heilsam, sie ermöglichen ein menschliches Leben in Israel. Diese Gesellschaftsordnung von *Autonomie und Egalität* ist/war die Solidarität Gottes. *Ist* sagt das rabbinische Judentum. *War* sagt Johannes. Denn die Umstände - und wahrlich weltweite, globale Umstände - haben sich so geändert, daß die Gesellschaftsordnung der Tora politisch nirgendwo mehr durchführbar ist. Hier vertreten Johannes und Paulus die gleiche politische Grundtendenz: unter römischen Verhältnissen „geht“ die Tora nicht mehr. Nach Johannes schüttet aber Paulus das Kind mit dem Badewasser aus. Paulus sage: neue Verhältnisse, neues Gottesvolk aus *Jebudim und Gojim*, „Juden und Heiden“. Absit, sagt Johannes. Das Gottesvolk bleibt, Israel bleibt Israel, aber lebend aus einer neuen Ordnung, dem „neuen Gebot“, 13,34. Die Tora ist jetzt das *mandatum novum*, die Solidarität, die *Agapè* der Schüler des Messias untereinander. Also nicht die allgemeine Menschenliebe, sondern der Zusammenhalt der Gruppe unter allen, auch unter den widrigsten Umständen. So geschieht heute die bleibende *chesed w'emeth, charis kai alètheia* des Gottes Israel durch den Messias Jeschua.

Der Verfasser des ersten Johannesbriefes hat da seine Schwierigkeiten. Ist das „Neue“ die ersatzlose Streichung des „Alten“, Jeschua die ersatzlose Streichung des Mosche? Der Ausdruck: *Solidarität statt Solidarität* legt diese Schlussfolgerung nahe, erst recht der Satz: „Was nun als die Tora durch Mosche gegeben wurde, das geschieht als solidarische Treue durch Jeschua Messias.“ 1Joh. 2,7f. lautet:

„Freunde, ich schreibe euch kein neues Gebot,  
sondern ein Gebot von alters her, das ihr es von Anfang an hattet.  
Das Gebot von alters her ist das Wort, das ihr gehört habt.  
Wiederum schreibe ich ein neues Gebot.  
Was vertrauenswürdig ist bei ihm, ist es auch bei euch:  
daß die Finsternis vorbeigeht  
und das wirkliche Licht bereits scheint.“

Der Verfasser des ersten Johannesbrief sieht keinen Ersatz des „Gebots von alters her“ (Mosche) und dem neuen Gebot. „Das Gebot von alters her“ (*entolè palaia*) ist das gehör-

te Wort. Er vermeidet das Wort *anti* (statt) der Vorrede. In der messianische Gruppe um Johannes ist das Verhältnis zum rabbinischen Judentum noch lange im Fluß geblieben. Neu ist für ihn die neue Situation, die durch den Messias bereits in der alten Ordnung der Finsternis leuchtet. Kein Ersatz der Tora durch das *mandatum novum*. Die Diskussion in der Gruppe um Johannes ging offenbar auch um die Frage, ob man das „Alte“ überhaupt noch braucht. In Antiochien war man um diese Zeit schon „weiter“. Der dortige Bischof Ignatius schrieb an die Gemeinde in Magnesia, daß die Leute nicht mehr „mit der alten Praxis leben, sondern zu einer neuen Hoffnung gelangten, indem sie nicht mehr den Schabbath feiern, sondern ihr Leben ausrichten nach dem Tag des Herrn“ (Brief an die Magnesier, 9,1). Überall suchten die messianischen Gemeinden ihr Verhältnis zum rabbinischen Judentum zu klären. Joh. 1,16f. reflektiert diese Debatte.

Jetzt kommt ein wahrhafter Schlußsatz. „Niemand hat je Gott gesehen“, schreibt auch 1Joh. 4,12. Dieser Satz stammt der Substanz nach aus der Tora. Dem Ansinnen Mosche, er wolle das Gesicht Gottes sehen, erteilt der NAME eine schroffe Abfuhr: „Nicht sieht mich der Mensch und lebt,“ Ex 33,12. Nur „von hinten“ kann Mosche, kann man überhaupt sehen, nämlich, das, was hinterher geschehen ist: das, was geschah, zeigt sich als wirkliche Befreiung, Ex. 34, 6:

...  
 der NAME, der NAME,  
 Gottheit barmherzig, Gunst erweisend,  
 langmütig,  
 reich an solidarischer Treue (*rav chesed w'emeth*)...

Übersetzen wir „Gott sehen“ in die politische Prosa des 21. Jahrhunderts. Wenn „Gott“ der tiefste Konvergenzpunkt aller gesellschaftlicher Verhältnisse ist, die dichteste Zusammenballung dessen, was es an Ordnung in einer Gesellschaftsordnung gibt, dann bedeutet „Gott sehen“: Seine Hand auf die Gesellschaftsordnung selbst legen, seine eigenen Vorstellungen über die Gesellschaftsordnung selber stützen. „Niemand hat je Gott gesehen“ ist keine empirische Feststellung. Vor und nach dem Niederschreiben dieses Satzes behaupteten und behaupten immer wieder Menschen, sie hätten unmittelbare Gotteserfahrungen. Der Satz heißt: Gotteserfahrung ist etwas zutiefst illegitimes. Wer diese Gottunmittelbarkeit politisch umsetzt, erhebt den Anspruch, die innerste Ordnung der Gesellschaft persönlich zu verkörpern. Das haben Kommunisten „Personenkult“ genannt und das ist eine korrekte Beschreibung dessen, was unter Stalin mit der kommunistischen Partei geschehen ist.

Auch der Messias hat „Gott“ nicht gesehen. Niemand hat *gesehen*. Der Messias hat das, was hier mit der Vokabel „Gott“ ausgesagt werden sollen, nicht *gesehen*, sondern „erklärt“, *exègesato*. Wir schreiben hier „ausgeführt“, weil die „Erklärung“ durch den Messias sein Lebenswandel (*halaka*) ist, ein Lebenswandel, die ihn in einen letztendlich unversöhnlichen Gegensatz zu den Eliten seines Volkes und der römischen Besatzungsmacht führte.

Das Subjekt des zweiten Teiles des Schlußsatzes wird *monogenès theos*, einziggezeugter Göttlicher, Gottgemäßer genannt. Daß wir damit Probleme haben, sollte uns nicht wundern. Diejenigen, die unseren Text in den ersten Jahrhunderten überliefert haben, hatten damit auch Probleme. Einige setzen den bestimmten Artikel ein, also: *der* einzig-

gezeugte Gott. Andere ersetzen die Vokabel *Gott* durch die Vokabel *Sohn*. Letzteres paßt sehr gut zur Orthodoxie des 4. und 5. Jahrhunderts. Der Gedanke lautet dann: „Niemand hat je Gott gesehen, der eingezeugte Sohn, der am Busen des Vater (=der mit Gott wesensgleiche /homousios/ Sohn) hat...“ Man benutzte eine Orthodoxie, zwei bis drei Jahrhunderte nach der Abfassung unseres Textes, um das Problem, das der Text uns aufgibt, zu lösen. Das ist kein wissenschaftlich zu verantwortendes Verfahren. Der Schlüssel liegt wohl im rätselhaften Ausdruck *der am Busen des VATERS*. Hören wir Num. 11. Das Volk in der Wüste gedachte der schönen Tagen im Sklavenhaus, wo es umsonst (*chinam*) Fisch zu essen gab, dazu „Gurken, Melonen, Porree, Zwiebeln, Knoblauch!“ Mosche war es leid, dieses Volk zu führen. Er beklagt sich über diese Aufgabe beim Gott Israels. Es heißt dann, Num. 11,11ff:

Und Mosche sagte zum NAMEN:  
 „Warum bist du deinem Knecht übelwollend?  
 Warum habe ich keine Gunst in deinen Augen gefunden,  
 daß du mir die Last dieses ganzen Volkes auflegst?  
 Bin ich etwa schwanger gewesen mit diesem ganzen Volk,  
 habe ich es etwa gezeugt,  
 daß du mir gesagt hättest,  
 hebe es an deinen Busen auf,  
 wie der Warter den Säugling aufhebt ...?“

Das Verhältnis eines Säuglings zur Bezugsperson ist das einer völligen Abhängigkeit. So ist das Verhältnis Mosches zum Volk, das er führen muß und das von ihm abhängig ist. Mosche sagt zu seinem Gott: „Die sind nicht mein, sie sind Dein Volk. Hebe es an Deinen Busen auf!“ Tatsächlich kann dieser Einziggezeugte *theos*, einer von Gott Bestimmter, genannt werden. Er ist die exemplarische Konzentration Israels, er ist „am Busen des NAMENS/VATERS“, ganz und gar von Gott bestimmt, eben *theos*.

### 3.1 Ein Kommentar

Werfen wir einen kurzen Blick auf die politischen Projekte der damaligen Messianisten. Johannes will die Vereinigung aller „auseinandergesprenkten Gottgeborenen zusammenzuführen in das Eine“, wie 11,52 die politische Perspektive des Johannesevangeliums bündig formuliert. Die Bedingung ist der Sieg über die Weltordnung („Ich habe die Weltordnung besiegt“, 16,33). Die Politik des Johannes ist auf Israel und nur auf Israel orientiert. Das neue Israel ist kein neues Gottesvolk aus Juden und nicht Juden, *ioudaioi kai ethnè, jehudim ngojim*, wie es Paulus vor dem Krieg als strategisches Ziel des Messianismus sieht. Sämtliche Unterschiede, die Menschen von Menschen unterscheiden, würden nach Paulus in der messianischen Zeit aufgehoben sein, Gal. 3,28:

Nicht mehr Jehude oder Hellene,  
 nicht mehr Sklave oder Freier,  
 nicht mehr Männliches oder Weibliches,  
 sondern alle seid ihr eins mit Jeschua Messias.

oder, Eph. 2,14:



Er selbst ist unser Friede,  
 der die zwei eins macht,  
 indem er die Trennwand auflöste,  
 die Feindschaft mit seinem Fleisch,  
 indem er die Tora der Gebote mit seinen Satzungen abschafft,  
 indem er die zwei durch ihn zu einem macht, zum neuen Menschen,  
 indem er Frieden macht...

Das sind die großen politischen Visionen des messianischen Judentums in der hellenischen Welt des Ostens.

Eine völlig andere Richtung schlägt der Messianist Matthäus ein. Die Tora bleibt, bis ins letzten Pünktchen und Strichelchen, Mt. 5,18. Und nicht nur die schriftliche Tora, sondern auch die mündliche: „Tut alles, was sie (die Toraexperten, Schriftgelehrten und Peruschim) euch sagen, also Tora und Talmud in *statu nascente*. Das ist, mit den durch die gesellschaftlichen Verhältnisse gebotenen Zuspitzungen, der Inhalt der Lehre des Messias. „Geht also“, so heißt es am Schluß des Matthäusevangeliums, „zu allen Völkern... und lehrt sie zu bewahren, was ich euch geboten habe“, 28,19f. Das Kriterium, nach dem der Mensch bei Matthäus beurteilt wird, ist die Praxis. Mt. 16,27 bringt ein Psalmzitat, nach dem „jeder nach seiner Praxis [nach seinen Werken] abgegolten wird.“ Diese jüdische Werkgerechtigkeit, die durch die lutherische Reformation in Bausch und Bogen verworfen wird, zeichnet das Matthäusevangelium aus. „Alle Reden“ des Jeschua gipfeln in der großen Vision des Weltgerichtes, in dem nach den Werken gefragt wird, 25,31-46. Luther hatte damals seine Gründe, die römisch-katholische Karikatur der Werkgerechtigkeit vernichtend zu kritisieren. Später haben nicht wenige Lutheraner die Schrift auf Römerbrief und Galaterbrief reduziert und damit gezeigt, daß sie von Matthäus nichts verstanden hatten.

Johannes ist wiederum ein anderes Kapitel. Bei Johannes ist *ζωὴ αἰώνιος* kein „ewiges Leben“, sondern Leben in der kommenden Weltzeit, in der *`olam habba`*. Sie löst die *`olam hazzeah*, diese Weltzeit, zwar ab, aber als konkrete und absolute und vor allem *irdische* Alternative. Von der Toraliebe des Matthäus hält er offenbar nichts. Aber auch die politischen Unterschiede zwischen Paulus und Johannes können größer nicht sein. Johannes zieht die ganze Geschichte Israel in die eigene Gemeinde, zusammenschweißt durch die Solidarität, konzentriert. Die Völker spielen bei ihm gar keine Rolle. Die „anderen Schafe, nicht aus diesem Hof“ (10,16) sind nicht die Heiden, sondern die Kinder Israels in der weltweiten Diaspora. Denn der „Hof“ aus dem Gleichnis des Guten Hirten ist das Heiligtum in Jeruschalaim. Vom Faktum der Verbreitung des Christentums unter den Völkern des Reiches her können wir Johannes nicht deuten. Nein, Israel ist der Parameter, ein neues Israel. Dieses sieht er nur in seiner Gruppe und das bringt ihn in einen sektiererischen Gegensatz nicht nur zum rabbinischen Judentum, sondern auch zu allen anderen messianischen Gruppen, sowohl zu denen der „Petrusrichtung“ - was man mit einem sehr ungenauen Ausdruck *Judenchristentum* nennt - als auch zu denen der „Paulusrichtung“- *Heidenchristentum*, nicht weniger ungenau. Von diesem fast punktförmigen Konzentration Israels aus wird die herrschende Weltordnung besiegt werden. Wie das konkret vor sich gehen soll, sagt Johannes nicht. Deswegen ist das Evangelium trotz seiner politischen Vehemenz völlig unpolitisch; nur die „Inspiration der Treue“ - besser bekannt als „Geist der Wahrheit“ - sollte der Gruppe den Weg zeigen, *hodègèsei*, 16,13.

Das ist keine politische Strategie, sondern ein Mittel, die Gruppe zusammenzuhalten. Ganz anders liegen die Dinge beim Pauluslehrling Lukas, der die vielen einander bekämpfenden Gruppen vereinigen und den Messianismus als subversive Bewegung in das Zentrum des Reiches hineinragen will, Act. 28,30f.

### 3.2 Das Scheitern des Messias

Diese messianischen Strategien und Projekte sind alle gescheitert. Aber ihr Impuls ist bewahrt geblieben, und zwar in einer aufgehobenen Gestalt. Wie aus diesen völlig heterogenen Bewegungen eine einheitliche religiöse Ideologie werden konnte, ist ein Geheimnis, das auch heute noch nicht ganz geklärt ist. Die meisten messianischen Gruppen standen außerhalb der Synagoge, genossen nicht den Status einer anerkannten ethnischen Minderheit, der eine eigene Kultorganisation und ein gewisses Maß an Selbstverwaltung erlaubt war (*religio licita*). Alles, was keine *religio licita* war und sich nicht im Rahmen der antiken staatskonformen Religiosität bewegte, wurde als *superstitio*, als kultische Perversion, betrachtet und politisch verfolgt. Die messianistischen Gruppen wurden zwar nicht immer und überall zu gleicher Zeit verfolgt, aber es gab lokal und regional blutige Verfolgungswellen.<sup>17</sup> Sie wurden in den Untergrund gedrängt und hatten nicht die geringste Aussicht, für ihre politischen Fernziele öffentlich tätig zu sein. So wurden aus fast allen messianischen - christlichen - Gemeinden Gruppen, die durch die innere Solidarität zusammengehalten wurden. Alle Gruppen waren Gruppen wie die des Johannes. Sie waren andererseits keine Sekten, denn sie hielten durch Kontakt untereinander weltweit (griechisch *kath'olos*) das Ganze im Auge, sie waren von Anfang an „kirchlich“. Wie die Sekte des Johannes „kirchlich“ wurde, erzählt der Anhang, Kap 21.

Das rabbinische Judentum verabschiedete sich von den messianischen Tendenzen, die auch bei ihm unterschwellig vorhanden waren.<sup>18</sup> Nach drei katastrophalen Kriegen gegen Rom (66-70; 115-117; 131-135) mussten die Juden zur Kenntnis nehmen, daß man Rom mit militärischen Mitteln nicht beikommen konnte. Aber auch die Messianisten mussten zur Kenntnis nehmen, daß der *`olam hazzeb* von Dauer sein würde. Gerade unter den großen Kaisern des 2. Jahrhunderts, von Nerva (96-98) bis zum Mark Aurel (161-180) erreichte das Römische Reich seinen Höhenpunkt an innerer und äußerer Macht. Der Erfolg Roms ist das Scheitern des Messianismus. Aber der Messianismus blieb in Judentum und Christentum latent. Alle messianischen Projekte, Träume, Visionen einer anderen Weltordnung meldeten sich immer wieder, meistens in der Form ketzerischer Eruptionen in der Kirchengeschichte und der Geschichte des Judentums bis in die Moderne oft machtvoll zu Wort. Der Messianismus wurde in der christlichen Kirche *aufgehoben*, im Hegelschen Sinne des Wortes, abgeschafft, aufbewahrt und auf ein höheres Niveau gehoben zugleich. Abgeschafft, weil das Christentum messianische Bewegungen als Ketzerei wertete und oft grausam bekämpfte. Aufbewahrt, weil die christliche Kirche die Schriften Israels mit ihrer Vision einer „neuen Erde unter einem neuen Himmel“ als Grunddokumente behielt. Auf ein höheres Niveau gehoben, weil die Kirche ihre messianische Weltordnungskritik überwiegend in der Form einer jenseitig

<sup>17</sup> Erst nach der Mitte des 3. Jahrhunderts wurden Christenverfolgungen zentral angeordnet, etwa vom Kaiser Decius (250-251). Eine wirklich universale Verfolgung gab es unter Diokletian, 284-305.

<sup>18</sup> Zuweilen offen; s. Rabbi Aqiba im dritten Krieg zwischen den Judäern und Rom, 131-135.

ausgerichteten Religion propagierte. Weltordnungskritik trat dann als Rückzug aus der Politik auf. Aus der neuen Zeit wurde die Ewigkeit, aus dem Leben in einer neuen Weltordnung wurde ewiges Leben im Himmel. Durchweg wurde die Verbindung zur irdischen Vision der Schrift Israels und des Messianismus unkenntlich gemacht. Von den Donatisten des 4. und 5. bis zu den Bauernkriegen des 15. und 16. Jahrhunderts und den lateinamerikanischen befreiungstheologischen Basisgemeinden Südamerikas des späten 20. Jahrhunderts war sie als Zeichen der „Werke des Messias“ sichtbar. Vom *höheren Niveau* stiegen sie auf die Erde ab und kehrten die Bewegung der *Aufhebung* um. Die christliche Religion war nicht nur, aber immerhin *auch* „Seufzer der bedrängten Kreatur“, wie Karl Marx mit dem Apostel Paulus sagt (MEW 1, 378; Röm 8,22).

### 3.3 Unser Scheitern

Für nicht wenige unter uns ist das Scheitern des Sozialismus, das Herbst 1989 aktenkundig wurde, verwandt mit dem Scheitern des Messias. Das Scheitern des Sozialismus/Kommunismus war zunächst der Erfolg des weltweiten Kapitalismus. Aber es war auch das Scheitern der Sozialisten/Kommunisten, wie das Scheitern des Messianismus das Scheitern der Messianisten war. 1989 war keine vorübergehende Malaise des Sozialismus, wie die Zeit nach den messianischen Niederlagen in den Kriegen 66-70, 115-117 und 131-135 keine vorübergehende Malaise war. Zunächst herrschte das Entsetzen darüber, daß die Macht des Todes, die Macht Roms, unerschütterlich schien. Dieses Entsetzen ist strukturell verwandt mit der Lähmung der Sozialisten unter den Verhältnissen eines Kapitalismus, der die letzten weißen Flecken auf der Landkarte des Weltmarkts beseitigt. So wie damals im zweiten Jahrhundert die große Zeit Roms noch kommen mußte, so könnte die große Zeit des weltweiten Kapitalismus uns noch bevorstehen, womöglich mit Ostasien als Zentrum. Sozialismus hätte, so denken viele, dann keinen Ort - *ou topos* - mehr, sie wäre dann aufgehoben in eine quasi-religiöse Gestalt der *Utopie*. In allen größeren Parteien der Bundesrepublik wird der Sozialismus dämonisiert, ist abgehakt oder allenfalls als Utopie zugelassen, etwa als nostalgischer Rest im Namen einer Partei. Würde sich hier die Geschichte des 2. Jahrhunderts wiederholen, dann könnte man das so beschreiben, wie Marx den Putsch des Louis Bonaparte beschrieb, als Farce. Nach Marx habe Hegel „irgendwo bemerkt, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen.“ Er habe „vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce“ (MEW 8, 115). Die *Aufhebung* des Messianismus im Osten des Römischen Reiches war eine tragische Geschichte. Wäre die Geschichte des 21. Jahrhunderts die der *Aufhebung* des Sozialismus in eine moralische, quasi-religiöse Utopie, hätten wir es mit einer blamablen Farce zu tun.

Wir sehen zur Zeit keine Wege und wir wissen nicht genau, wie wir gehen müssen. Aber wir wissen, daß die zentralen Probleme der Menschheit, die die Arbeiterbewegung mit ihrem Sozialismus bzw. Kommunismus zu lösen versucht hatte, nach wie vor ungeklärt sind: das Problem der Ausbeutung von Menschen durch Menschen. Beim Nachdenken über dieses irdische Grundproblem und beim Beharren auf die Möglichkeit der Lösung dieses sehr und nur irdischen Problems, haben wir irdische Orte und Zeiten im Auge und keine nebelhaften *OU-topoi*. Zu bekämpfen wäre vordringlich die Haltung der vielen Peachums, die gönnerhaft sagen: „Wäre doch schon, dieser Sozialismus, aber *die Verhältnisse, sie sind nicht so!*“

Deswegen müssen einige da sein, die des Sozialismus gedenken, diesem Gedenken treu bleiben und es zum Ort der Sammlung neuer Kraft machen. Die Weißenseer Blätter, Lebenswerk Hanfried Müllers, sind eine Gestalt des Gedenkens, eine Gestalt, die gelegentlich zum Widerspruch nötigt, sehr oft ermutigt, der Erde treu zu bleiben (*pistenein*) und dem Nicht-Ort zu mißtrauen. Achtzig Lebensjahre sind eine lange Zeit. Fünfzehn Lebensjahre der angefochtenen Treue nach dem Scheitern wohl eine genauso lange Zeit. Hanfried Müller ist einer, der gedenkt. Weil er zu leben versucht *bchesed w'emeth*, in Solidarität und Treue.

Ich wünsche ihm die Kraft, weiter für uns da zu sein.

Lemgow-Schmarsau, im September 2005

## **§ 6 Zur Theologie- und Kirchengeschichte**

**Hans Heinz Holz**

## Der dialektische Ursprung der Theologie aus der Apologetik

### 1. Christenverfolgung

Verfolgung und Martyrium als Wesenszüge des Konstitutionsprozesses der Kirche sind ein Bestandteil der Lehr- und Theoriegeschichte, ein Korollar der sich ausbildenden theologischen Dogmatik. Der Historiker muß mit dieser Tradition vorsichtiger umgehen. Eine planmäßige, gar universelle Verfolgung der Christen gab es im Römischen Reich keineswegs. Anklagen, Hinrichtungen und Pogrome waren zeitlich und lokal begrenzte Vorgänge, in jedem Falle schrecklich genug, aber keine allgemeine religionspolitische Strategie der Kaiser.<sup>1</sup>

Das römische Imperium verhielt sich gegenüber fremden Religionen tolerant oder vielmehr indifferent. Die polysemantische Religiosität der hellenistischen Welt erlaubte es, jeglichem Kult und Glaubensinhalt in der Weltanschauungspluralität einen Platz einzuräumen und ihn gegebenenfalls in den allgemeinen Synkretismus zu integrieren. Lokale und stammeskulturelle Besonderheiten wurden respektiert, sofern sie sich nicht gegen die verbindende Idee der Reichseinheit und römischen Oberhoheit auflehnten. Die Gemeinsamkeit der im Römischen Reich zusammengefaßten Völkerschaften, Kulturen, Traditionen war eine politische, und nur als eine solche wurde sie auch durch einen religiösen Staatskult abgesichert, der sich mit anderen Formen der Verehrung durchaus vertrug.

In diesem Sinne vollzog sich beim Übergang von der Republik zum Prinzipat ein religionspolitischer Wandel. Bis zum 2. Triumvirat war Rom von der Donau bis zum Euphrat, von Ägypten bis Gallien als Eroberer aufgetreten. Das Reich hatte sich gebildet aus einer Abfolge von regionalen Okkupationen aus sehr unterschiedlichen Anlässen und Interessen. Nach der Schlacht bei Philippi drückte sich in der Machtverteilung zwischen Octavian und Marc Anton auf zwei Reichshälften noch der additive Charakter des Staatsaufbaus aus. Die zufällige Verbindung der Reichsteile bildete jedoch keine hinreichende Grundlage für eine stabile Friedensordnung dieses riesigen heterogenen Gebiets. Nach der Niederlage der Caesar-Mörder stellte sich für die neue Staatsführung die Frage

---

<sup>1</sup> Antonie Wlosok, „Die Rechtsgrundlagen der Christenverfolgungen der ersten zwei Jahrhunderte“, in: Richard Klein (Hg.), *Das frühe Christentum im römischen Staat*, Darmstadt 1982, S. 275 ff., hier S. 290: „Zusammenfassend ist über den Verlauf der Christenverfolgungen aus ihrem Verlauf folgendes zu konstatieren:

1. Sie sind durchwegs sporadisch, zeitlich diskontinuierlich und auf bestimmte Rechtsgebiete beschränkt. Bis in die 2. Hälfte des 2. Jahrhunderts hören wir überhaupt nur aus Rom und Kleinasien von Christenprozessen. Erst seit Marc Aurel dehnen sie sich auch auf die westlichen Provinzen aus: 177 Lugdunum (Lyon), 180 Africa, 201 Ägypten.
2. Sie werden häufig von Volkstumulten in Bewegung gesetzt oder zumindest begleitet. Dagegen ist der Magistrat in der Anstrengung von Prozessen gewöhnlich passiv, zuweilen sogar ablehnend gegen Anzeigen und in der Durchführung des Prozesses von der Volksstimmung abhängig.“

von Einheit oder Zerfall. Das war dem Senat ebenso klar wie dem Octavian, sonst hätten die zerstrittenen Fraktionen sich nicht so einhellig auf ihn und seine Politik geeinigt. Der Griff nach der Macht wurde ihm erleichtert durch den maßvollen Gebrauch der Macht:<sup>2</sup> Die Kraft zur Neuorganisation der Staatsgewalt paarte sich mit dem zurückhaltenden Respekt vor traditionellen Formen; das machte ihn zum *Augustus*, der in einer Generation eine Staatsarchitektur zu schaffen vermochte, die auch von den Exzessen seiner Nachfolger nicht so bald zu erschüttern war.

Die Einheit des Reichs war eine politisch-militärische. Seine Ausdehnung gestattete unter den damaligen Verkehrsbedingungen keine strenge administrative Zentralisation.<sup>3</sup> Die Proconsuln und Legaten in den Provinzen hatten eine große Selbständigkeit. Um die Gestalt des Imperiums im Bewußtsein der Menschen zu verankern, bedurfte es eines Symbols, das in jener Zeit nur ein religiöses sein konnte. Die aus dem Orient vertraute, seit Alexander dem Großen von den Griechen übernommene Vergottung des Herrschers bot sich an. Es war ein Akt staatspolitischer Integration, daß Augustus den Kult des Kaisers einführte und Tempel für sich errichten ließ. Wirkliche politische Macht sollte hier demonstriert werden, nicht irgendeine jenseitige, übernatürliche Kraft.

Für das römische Religionsverständnis, das die religionspolitische Indifferenz im Reichsverband ermöglichte, muß man berücksichtigen, daß drei Typen der Zuwendung zu religiösen Gegenständen unterschieden wurden: das *genus mythicum*, das *genus physicum* und das *genus civile*.<sup>4</sup> Zum *genus mythicum* gehörten die Göttergeschichten, die die Dichter erzählten, also auch das homerische Pantheon. Hier herrschte eine gewisse Beliebigkeit der Ausgestaltung von Kernbedeutungen eines Numens. Im *genus physicum* standen die philosophischen Spekulationen, wie zum Beispiel Ciceros *De natura deorum*, aber auch die Kosmogonien und allegorischen Deifikationen von Naturmächten und gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien; dies ist der eigentliche Bereich theologischer Dogmatik. Hier nimmt die *res publica* keine Entscheidungshoheit in Anspruch. Das *genus civile* erstreckt sich dagegen auf einen Regelungsbereich des öffentlichen Rechts, nämlich die Erfüllung kultischer Pflichten wie Opfer und Feste und die Einhaltung von Riten; die Respektierung dieser *mores maiorum* war unabhängig davon, ob die damit verbundenen Glaubensmeinungen als solche akzeptiert wurden oder nicht. Im *genus civile* fungierte die Religion als ideologische Repräsentation der *res publica*, als Ausdruck der Bindung an den Staat und der Verpflichtung gegenüber dem Staat.<sup>5</sup>

Varro hatte die *theologia tripartita* noch in republikanischer Zeit in seiner den Vorrang der *civitas* betonenden Darstellung der *Antiquitates rerum divinarum* herausgestellt.<sup>6</sup> Als Augustus dann nach dem Sieg über Marc Anton an die Konsolidierung des durch ein

<sup>2</sup> Zu Octavian/Augustus vgl. Richard Heinze, *Die augusteische Kultur*, Darmstadt 1960 (3. Aufl.). – Neuerdings die Biographie von Jochen Bleicken, *Augustus*, Berlin 1998.

<sup>3</sup> Der Reichsverband war ein lockeres Gefüge von Provinzen, abhängigen Klientel-Staaten, Bundesgenossen, orientiert an den Interessen aller, den allgemeinen Landfrieden gesichert zu wissen.

<sup>4</sup> Siehe G. Lieberg, „Die Theologia Tripartita“, in: *Aufstieg und Niedergang der Römischen Welt*, I, 4, Berlin und New York 1973, S. 63 ff. – Vgl. Arnaldo Momigliani, *Ausgewählte Schriften* I, Stuttgart und Weimar 1998, S. 260.

<sup>5</sup> Ebd., S. 261.

<sup>6</sup> Vgl. Momigliani, a.a.O., S. 262: „So stellt Varro sehr selbstbewußt fest, daß er absichtlich die *Antiquitates divinae* hinter die *Antiquitates humanae* gestellt hat. Die *civitas* muß Vorrang vor den Institutionen der *civitas* haben“.

Jahrhundert blutiger Machtkämpfe und Bürgerkriege erschütterten Römischen Reichs ging, knüpfte er mit großer Umsicht die konstitutionelle Revolution - den Übergang von der senatorischen Republik der Oligarchen zum monarchischen Prinzipat mit einem ihm ergebenen Beamten- und Militärapparat - an eine konservative Restitution altrömischer Sitten und Institutionen; selbst die republikanische Staatsverfassung hielt er zum Schein aufrecht. So gelang es ihm, die schon von Caesar als notwendig erkannten Neuerungen durchzusetzen, ohne den Widerstand der führenden Schichten herauszufordern, die ihre Interessen in der Beharrung auf der Tradition am besten gewahrt sahen.<sup>7</sup> Diese Strategie einer vorsichtigen, in kleinen Schritten vorgenommenen Umwälzung verfolgte Augustus auch in der Religionspolitik.

Nach Kriegen und Bürgerkriegen war innerhalb der Grenzen des Römischen Reichs zum erstenmal Frieden eingekehrt. Gegen äußere Feinde standen die Legionen zur Abwehr bereit, soweit nicht Größe und Nimbus Roms die Nachbarn von Einfällen abhielten oder eine kluge Diplomatie (wie im Umgang mit dem Partherreich) an die Stelle militärischer Konfrontation getreten war. Die Erleichterung über den Friedenszustand, über die nun wieder mögliche Herstellung der inneren Sicherheit gegen Räuberbanden und Piraten, über den wachsenden Handelsaustausch und Wohlstand war allgemein so groß, daß die römische Oberherrschaft nicht als Bedrückung, sondern als Segen empfunden wurde, zumal die römischen Statthalter sich in die eigenen Angelegenheiten der Beherrschten nicht oder nur mäßig einzumischen pflegten.<sup>8</sup> Aber Augustus war sich darüber im klaren, daß mit dem Andauern dieser Friedenszeit auch ihre Bedeutung für die Erhaltung der Reichseinheit abnehmen würde. Es bedurfte einer verbindenden Ideologie, die die Suprematie Roms legitimierte und für jeden wahrnehmbar zum Ausdruck brachte.

Die frühen orientalischen Großreiche hatten diese Ideologie in der Apotheose des Herrschers ausgebildet.<sup>9</sup> Alexander und die Diadochen hatten nach der Eroberung des Ostens und Ägyptens diese Tradition aufgenommen. Dort konnte Augustus an Vertrautes anknüpfen, wenn er in der Person des Kaisers als göttlicher Gestalt die Einheit des Reichs verbürgen wollte. Nicht so im Westen und schon gar nicht in Rom, das an republikanische Zurückhaltung gewöhnt und jedem Personenkult abhold war. Caesars Schicksal war eine Warnung. So begann Augustus in Rom, die Verehrung des *princeps* über den Kult der Laren, der Schutzgötter von Haus und Grund, einzuleiten. Die Laren waren individuell der Familie zugeordnet, ihnen wurden im Hause (am Herd) bzw. an

---

<sup>7</sup> Hermann Bengtson, *Römische Geschichte*, München 1973, S. 217. Bengtson zitiert aus der Autobiographie des Augustus, den *res gestae*: „Seit dieser Zeit (13.1.27) habe ich an *auctoritas* alle überragt, an Amtsgewalt (*potestas*) aber habe ich um kein Gran mehr besessen als die anderen, die ich im Amt zu Kollegen gehabt habe“ (34,3). – Vgl. dazu auch Hans Georg Pflaum, *Das Römische Kaiserreich*, in: *Propyläenweltgeschichte*, Band IV, 2, Frankfurt am Main/Berlin 1963, S. 319 ff., hier: S. 323: „Fast noch mehr kam es dem Prinzipat darauf an, seine eigene Stellung im Staat sowenig wie möglich in den Vordergrund treten zu lassen“. Ders., S. 322: „Die Besetzung einer großen Anzahl neuer Beamtenstellen stärkte so Augustus' Macht in Rom und schuf den Verwaltungsstab, dessen er nicht entraten konnte, wenn er die ihm zugefallenen Provinzen in der Hand behalten und regieren wollte“.

<sup>8</sup> Daß dies auch dem stadtrömischen Staatsverständnis entsprach, betont Ernst Meyer, *Römischer Staat und Staatsgedanke*, Zürich 1961 (2. Auflage).

<sup>9</sup> Zum Gottkönigtum vgl. Atti dell' VIII. Congresso Internazionale della Storia delle Religioni Roma 1955, Firenze 1956.



der Grenze des Grundstücks Altäre errichtet.<sup>10</sup> In der zweiten Hälfte seiner Regierungszeit begann Augustus damit, die in den Stadtbezirken öffentlich aufgestellten Laren-Altäre den Laren des Augustus zuzuordnen und so den Herrscher in den religiösen Umkreis des *genus civile* einzubeziehen. Im Jahre 7 v.u.Ztr. wurde dies durch ein Dekret für alle Stadtbezirke verbindlich gemacht.<sup>11</sup>

Diese Erweiterung einer altrömischen Sitte, durch die der *princeps* als *pater patriae* sozusagen zum Familienoberhaupt und Hausvater des römischen Staats deklariert wurde,<sup>12</sup> bereitete die göttliche Verehrung in der Hauptstadt vor. In den Provinzen hatte es schon einen darüber hinausgehenden Vorlauf gegeben. Im griechischen Kulturbereich war schon lange die allegorische Personifikation Roms als „Göttin Roma“ (thea Rômê) geläufig. Zuerst übertrug Augustus diese Vorbild nach Gallien, wo er durch seinen Stiefsohn Drusus im Jahre 12 v.u.Ztr. einen Altar der Roma und des Augustus „als sakralen Mittelpunkt der gallischen Provinzen“ errichten ließ.<sup>13</sup>

„Es ist bezeugt, daß Augustus einen offiziellen Kult seiner Person in Italien und in den Provinzen nicht gewünscht hat; er ließ ihn nur zu in Verbindung mit dem Kult der Göttin Roma, zunächst in einigen Gemeinden Kleinasiens. Der Erlaß, der sich darauf bezieht, ist sicher aufs Jahr 29 v. Chr. datiert. Durch eine persönliche Entscheidung hat also damals der Kaiser Roma in seine besondere Nähe gerückt; denn er hätte seinen Kult ja ebensowohl mit dem einer anderen Gottheit verbinden können, die ihm besonders nahestand, mit Mercur, Venus oder Apollo.“<sup>14</sup>

Diese Koppelung zielte darauf, nicht nur die Person des überall verehrten Friedensstifters, sondern über dessen persönliche Lebensdauer hinaus die *res publica Romana* als Garanten der Einheit und Ordnung des Reichs zu betrachten. Kaiserkult und Staatskult wurden miteinander verschmolzen, die Dea Roma wurde zum Emblem des Imperium Romanum und damit zum festen Bestandteil des *genus civile*. „Wer zum römischen Reich gehörte, sollte das Gefühl haben, daß jetzt die Kaiser- und Reichsidee in ihm selber lebe und wirke.“<sup>15</sup> Ihre Krönung fand diese religionspolitische Strategie dann in der Errich-

<sup>10</sup> Georg Niebling, „Laribus Augusti Magistri Primi“, in: *Historia*, V, 3, September 1956, S. 303 ff.: „Im Hause wurden die Laren zusammen mit den Gottheiten (di) des häuslichen Herdes, der Vesta, den di penates, di manes verehrt und in die streng beachteten Riten und feierlichen Handlungen der römischen Familie aufgenommen“ (S. 308).

<sup>11</sup> Ebd., S. 309: „Bei der Einteilung Roms in 14 Regionen und 265 vici erhielt im Jahre 7 v. Chr. jeder vicus sein compitum Larum, in dem von staatswegen die zwei lares Augusti in der festen Verbindung mit dem genius Augusti verehrt wurden. [...] Daß die zwei Lares Augusti, d. h. die Laren des augusteischen Hauses mit dem genius Augusti vom Jahre 7 v. Chr. an im Kult der vici an den Compitalsacella öffentlich Opfer genossen, bedeutet die Verbindung der alten religio Larum mit dem offiziellen Herrscherkult. Die häuslichen Laren und der häusliche Genius Augusti wurden zum offiziellen Staatskult erhoben“.

<sup>12</sup> Den Titel *pater patriae* verlieh der Senat im Jahre 2 v.u.Ztr. dem Augustus.

<sup>13</sup> Ulrich Knoche, „Die augusteische Ausprägung der Dea Roma“, in: *Gymnasium* 59, 1952, S. 324 ff., hier: 338.

<sup>14</sup> Ebd., S. 336. Eingehend erörtert Knoche anhand des literarischen Befundes die Installation der Göttin ROMA als religionspolitischen Akt des Augustus.

<sup>15</sup> Ebd., S. 338. Siehe ebd., S. 338: „Den Kult dieser ROMA verband nun der Kaiser fest mit seinem eigenen und deutete seine Mission als die eines *custos patriae*, als die eines neuen Romulus. Diese Verbindung des Staatsleiters mit dem Vaterland wandte sich ihrerseits an feste Vorstellungen traditionellen römischen Staatsbewußtseins und Bürgersinns“.

tung der *ara pacis Augustae*, deren Ikonographie ganz auf das augusteische Politikprogramm und auf dessen personellen Träger abgestellt ist.<sup>16</sup>

Das Verhältnis von Magistratur und Bevölkerung zu den aufstrebenden Christengemeinden ergab sich aus dieser religionspolitischen Situation der Kaiserzeit. Neue Sekten traten im ersten Jahrhundert vielfach auf, viele nur lokal, einige von weiterer Verbreitung. Sie stießen auf keinen politischen Widerstand. Warum die Christen? Es war eine (wenn ich so sagen darf) fundamentalistische Unbedingtheit, durch die die Christen ihre Umwelt provozierten. Sie verweigerten sich dem Kult des Kaisers und der *Dea Roma*. Das hatten zwar auch die Juden getan und waren toleriert worden, weil ihre auf die mosaischen Gebote bezogene Ablehnung der vom *genus civile* geforderten religiösen Pflichten als eine sektiererische Besonderheit galt. Bei den Christen indessen verband sich diese Ablehnung mit der eigentümlichen messianischen Reichsideologie eines bevorstehenden Gottesreichs, vor dem die irdische Reichsgewalt zu Schanden werden sollte. Die kategoriale Differenz zwischen dem spirituellen Reich Gottes und dem politischen Imperium Romanum begriffen die am *genus civile* orientierten Kritiker der Christen um so weniger, als sie von den in apokalyptischer Erwartung lebenden Christen selbst nicht deutlich gemacht wurde. Der urchristliche Messianismus war von einem diesseitig gerichteten Enthusiasmus erfüllt, der von den politischen Instanzen und vor allem von der öffentlichen Meinung als Opposition gegen die Ordnung des Imperium Romanum verstanden werden mußte.

In der gedrängten Darstellung Rudolf Bultmanns<sup>17</sup> wird nachvollziehbar, daß die Zeitgenossen die christliche Verkündigung als eine Kampfansage an das Imperium Romanum empfinden mußten, das sie doch gerade in der augusteischen Friedensordnung bejahten und nicht gefährdet sehen wollten. Das Reich *Gottes* wird in

---

<sup>16</sup> Vgl. Guido Kaschnitz von Weinberg, *Römische Kunst II. Zwischen Republik und Kaiserreich*, Reinbek bei Hamburg 1961, S. 53 ff. – Gerhard Rodenwaldt, *Kunst um Augustus*, Berlin 1943. Zur Ergänzung sei hier die einfacher zu beschreibende Bildaussage des Altars von Karthago hinzugefügt, der kurz nach dem Tode des Augustus geweiht wurde. Kaschnitz, a.a.O., S. 60: „Auf der Vorderseite des Altars erkennen wir eine Darstellung der *Dea Roma*, die auf einem Haufen Waffen sitzt. Mit ihrem linken Arm stützt sie sich auf einen Schild, in der ausgestreckten Rechten hält sie eine kleine Säule, über der ein runder Schild erscheint, den eine *Victoria* eben vom Himmel herabgebracht hat. Vor der *Roma* erkennt man einen Altar, auf dem ein großes Füllhorn, ein Merkurstab und ein Globus liegen. Mit Recht hat man in dieser Zusammenstellung eine Symbolisierung des augustischen Rom gesehen. In tiefem Frieden sitzt die majestätische Gestalt der *Roma* da. Der Krieg ist siegreich beendet. Die Waffen werden nicht mehr benötigt, sie können nun der römischen Macht als Ruhebetten dienen. Der Blick der Göttin ist auf den Altar gerichtet, der als Sinnbild der Weltherrschaft Roms gedeutet werden soll. Der Altar, die Basis des Ganzen, symbolisiert Frömmigkeit und Religion als Grundlage des staatlichen Lebens, er trägt das durch Rom hervorgerufene Wohlergehen der Welt, sinnbildlich gegeben durch das Füllhorn und den Merkurstab“.

<sup>17</sup> Rudolf Bultmann, *Theologie des Neuen Testaments*, Tübingen 1977 (7. Aufl.), S. 3 ff: „Der beherrschende Begriff der Verkündigung Jesu ist der Begriff der *Gottes Herrschaft (basileia tou theou)*. Ihr unmittelbar bevorstehendes Hereinbrechen, das sich jetzt schon kund tut, verkündigt er. Die Gottes Herrschaft ist ein eschatologischer Begriff. Er meint das Regiment Gottes, das dem bisherigen Weltlauf ein Ende setzt, das alles Widergöttliche, Satanische, unter dem die Welt jetzt seufzt, vernichtet und damit alle Not und alles Leid beendend, das Heil heraufführt für das Volk Gottes. [...] Deutlich ist, daß Jesus der Gewißheit ist: diese Weltzeit ist abgelaufen. [...] Jesus ist überzeugt, daß der gegenwärtige Weltlauf unter der Herrschaft des Satans und seiner Dämonen steht [...] Er teilt die Vorstellung von der Feuerhölle, in die die Verdammten geworfen werden. [...] Jetzt ist die Entscheidung und Jesu Ruf ist der Ruf zur Entscheidung.“

bejahen und nicht gefährdet sehen wollten. Das Reich *Gottes* wird in einer Terminologie angekündigt, die für die Menschen jener Zeit mit dem Begriff des *Weltreichs* erfüllt ist: *basileia* und *regnum*. „Die Zeit ist erfüllet und das Reich Gottes ist herbeigekommen“ (Mk. 1,15).<sup>18</sup> Der eschatologische Sinn der Aussage liegt im Zeit-Begriff (*kairos*), konnte aber in der hellenistischen Welt, die nicht vom jüdischen Messianismus infiltriert war, so nicht aufgefaßt werden. Zumal andere, sehr weltliche und martialische Konnotationen sich anlagern mußten: „Welcher König will sich begeben in einen Streit wider einen anderen König und sitzt nicht zuvor und ratschlaget, ob er könnte mit zehntausend begegnen dem, der über ihn kommt mit zwanzigtausend? Wo nicht, so schickt er Botschaft, wenn jener noch ferne ist, und bittet um Frieden“ (Lk 14, 31 f.).<sup>19</sup> So ein Gleichnis mußte Erinnerung an die Periode der Bürgerkriege wecken. Besonders dann, wenn es auch an anderer Stelle heißt: „Niemand kann zweien Herren dienen; entweder er wird einen hassen und den anderen lieben, oder er wird einem anhangen und den anderen verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Matth. 6, 24). *Dyskyrios* ist präziser noch als *duo domini* - zwei Herren und besagt die „Doppelherrschaft“. Da wird die Loyalität des Gottesknechts gegenüber dem Kaiser geradezu ausgeschlossen; mit der Geschichte der römischen Republik hinter sich, denkt man an Octavian und Marc Anton und die Entscheidung in der Schlacht bei Actium.<sup>20</sup> Auch auf den „Mammon“ bezogen war das in einer Zeit des Wohlstandswachstums nicht vertrauenerweckend. Die weltlich verstandene Botschaft vom Gegenreich klang nicht nach spiritueller *Metanoia*, sondern nach sozialem Umsturz. Jedenfalls mußten die Menschen, die Erinnerung an den Spartacus-Aufstand im Sinn, solche Drohung aus Lk. 6,20 heraushören: „Selig seid ihr Armen, denn das Reich Gottes ist euer. Selig seid ihr, die ihr hie hungert, denn ihr sollt satt werden. [...] Aber dagegen wehe euch Reichen, denn ihr habt euren Trost dahin. Wehe euch, die ihr voll seid, denn euch wird hungern“ (Lk. 6, 20 ff.); besonders wenn man Mk. 3,27 danebenstellte: „Es kann niemand einem Starken in sein Haus fallen und seinen Hausrat rauben, es sei denn, daß er zuvor den Starken binde und alsdann sein Haus beraube“.<sup>21</sup>

Mißverständnisse über Mißverständnisse, werden die Verteidiger der Christen sagen. Aber Mißverständnisse, die vom Text her möglich waren und die man bei Bedarf wecken konnte. (Wer kennt nicht die Mechanismen der Massenpsychologie und Propaganda!) Wer den Verdammten das „unauslöschliche Feuer“ androht - „das ewige Feuer, da ihr Wurm nicht stirbt und ihr Feuer nicht verlöscht“ (Mk. 9, 44 f.) - und hinzufügt: „Es

---

<sup>18</sup> Ich zitiere die Luther-Übersetzung. Diese verstärkt zuweilen die Tendenz zur spirituellen Lesart des griechischen bzw. lateinischen Textes. Von Fall zu Fall werde ich darauf aufmerksam machen, wenn nötig auch den griechischen bzw. lateinischen Text angeben.

<sup>19</sup> Auch hier wieder sind die Reizworte *polemos* und *bellum* schärfer als Luthers deutsche Übersetzung „Streit“.

<sup>20</sup> Mk. 3, 23 ff.: „Wie kann ein Satan den anderen austreiben? Wenn ein Reich mit ihm selbst untereinander uneins wird, mag es nicht bestehen. Und wenn ein Haus mit ihm selbst untereinander uneins wird, mag es nicht bestehen“. Dies kann im Kontext der gerade überstandenen Bürgerkriege durchaus als eine Aufforderung zur Reichsspaltung genommen werden.

<sup>21</sup> Luther übersetzt das Zeitadverb *nyn* - *nunc* = *jetzt* durch das Raumadverb *hie*. Die Verheißung wird dadurch deutlich jenseitig, während das Zeitadverb eher auf eine diesseitige Zukunft hindeutet.

muß alles mit Feuer gesalzen werden“ (Mk. 9, 49)<sup>22</sup> - dem kann man leicht die Brandstiftung Roms in die Schuhe schieben.

So verwundert es nicht, daß es zu Pogromen gekommen ist und daß die Magistraturen in den Christen Staatsfeinde sahen. Wer sich demonstrativ aus der *religio civilis* heraussetzt, setzt sich auch der *res publica* entgegen.

Denn das war es eben, was man den Christen juristisch zur Last legte: die Verletzung staatsbürgerlicher *Pflichten* aus dem *genus civilis* der Religion. Damit verband sich der Verdacht, daß das Gottesreich jenes obskuren Königs der Juden, der am Kreuz gestorben war, eine politische Gegenmacht gegen das Römische Reich bilden sollte - und die apokalyptische Terminologie nährte diesen Verdacht. In der Bevölkerung gab die Zurückgezogenheit der christlichen Gemeinden, die Clandestinität des religiösen Kultus<sup>23</sup> phantastischen Mutmaßungen und Gerüchten Auftrieb. Die Rede ging von Menschenopfern, Kindesschlachtungen, Kannibalismus bis zu Unzuchtsorgien und Inzest (und einige gnostische Sekten, die man von den Christen nicht genau unterschied, lieferten zu letzterem Verdacht ja auch das Anschauungsmaterial). Daß von daher die laut Tacitus anlässlich der neronischen Christenverfolgung erhobene ganz allgemeine Anklage, ihre Schuld sei ein Haß auf das Menschengeschlecht (*odium humani generis*) gewesen, mag gerade mit dem erregten Vokabular der apokalyptischen Predigten und Schriften zusammenhängen, und dann durch die Unterstellung von Schandtaten (*flagitia*), deren man sie bezichtigte, untermauert worden sein.<sup>24</sup>

Jedenfalls darf man festhalten, daß die Christenverfolgungen, soweit sie nicht aus Massentumulten entsprangen, im Rahmen ordentlicher Jurisdiktion aufgrund strafrechtlicher Tatbestände abliefen. „Es scheint, als habe sich der Staat nur dann zu Maßnahmen gegen einen fremden Kult entschlossen, wenn dieser offenkundig die Ordnung und die öffentliche Moral bedrohte“.<sup>25</sup> Allerdings ließ das Verfahren neben richterlichen Verurteilungen auch polizeiliche „Coercitionen“ zu, bei denen die Schuldfeststellung weitgehend im Ermessen der Ermittlungsinstanzen lag und die Verteidigungsmöglichkeiten, die im Anklageprozeß vor dem Quaestionengericht genutzt werden konnten, hier nicht zum Zuge kamen.

---

<sup>22</sup> Offenkundig ging die erste Christenverfolgung aus der Insinuation hervor, die Christen hätten Rom in Brand gesetzt, nachdem zunächst der Verdacht auf Nero gefallen war und dieser ihn von sich abzulenken versuchte. Daß das Propagandamanöver gelingen konnte, setzt allerdings voraus, daß die Christen bereits in einem schlechten Ruf standen.

<sup>23</sup> Zum mindesten kann die Formulierung des zweifelhaften Institutum Neronianum „*non licet esse Christianus*“ als Ausdruck einer Volksmeinung gelten, die die christlichen Gemeinden als *collegia illicita* betrachtete. Vgl. J. W. Ph. Borleffs, „Institutum Neronianum“, in: Richard Klein (Hg.), *Das frühe Christentum im römischen Staat*, Darmstadt 1982, S. 217 ff. Die Formulierung Tertullians (*Apologeticum* 4,4) „*non licet esse vos*“ klingt ohnehin mehr nach einer Volksmeinung als nach einem kaiserlichen Dekret.

<sup>24</sup> Vgl. Martin Dibelius, Rom und die Christen im ersten Jahrhundert, in: R. Klein (Hg.), *Das frühe Christentum ...*, a.a.O., S. 47 ff.

<sup>25</sup> Denis van Berchem, „Tertullians ‚De pallio‘“, in: R. Klein (Hg.), *Das frühe Christentum ...*, a.a.O., S. 106 ff., hier: S. 107, sagt van Berchem im Vergleich mit dem Bacchanalienskandal: „Nicht die Tatsache, daß sie einen fremden Kult pflegten, sondern vielmehr, daß man ihnen gotteslästerliche Orgien, Mordtat, Blutschande und andere Vergehen gegen die allgemeine Rechtsordnung vorwarf“, habe die strafrechtliche Verfolgung ausgelöst.

## 2. Apologetik

Wir haben gesehen, daß die heidnische Polemik gegen das Christentum auf verschiedenen Ebenen vorgetragen wurde: staatsrechtlich, philosophisch, populistisch. In der Verweigerung des Kaiserkults, der geradezu orientalischen Form des *crimen maiestatis*, lag eine „unrömische Haltung“, die Feindschaft gegen die *res publica* bekundete.<sup>26</sup> Darum war das Bekenntnis zum Christentum, zum *nomen Christianus*, Indiz eines strafwürdigen Verhaltens - und darum konnte auch der Widerruf, die Erfüllung des Kaiseropfers (unabhängig von der zugrundeliegenden Gesinnung), als juristisch ausreichende Satisfaktion angesehen werden. Dagegen zeigt sich, daß die Anschuldigungen gegen die Christen in der Öffentlichkeit eher unbestimmt allgemein gehalten waren und nur in der Gerüchteküche sensationslüsterner Eiferer mit der Behauptung tatsächlich krimineller Handlungen unterfüttert wurden - dann allerdings mit der Folge, daß Volksstimmungen angeheizt wurden und zu Exzessen führen konnten, die wiederum als eine Störung der staatlichen Ordnung galten.

Vor diesem Hintergrund ist die Ausbildung einer apologetischen Literatur im ersten und zweiten Jahrhundert zu sehen. Die aus den Reihen der Christen kommenden Verteidiger ihrer Gemeinden und Glaubensgenossen mußten sich auf drei Ebenen zur Wehr setzen: gegenüber den Magistraturen, von denen sie wegen eines Offizialdelikts angeklagt waren; gegen die philosophischen Kritiker, von denen sie wegen der Ungeheimheiten ihres Glaubens ironisiert wurden, und gegen populistische Vorurteile, die in den Bereich der Greuelpropaganda gehörten. Ganz unterschiedliche inhaltliche und formale Gesichtspunkte überlagerten sich dabei, weil natürlich alle drei Perspektiven bei den Verfahren gegen Christen zusammenwirken konnten. Dabei ergab sich eine argumentative Inkohärenz zwischen den taktisch im Vordergrund stehenden Aufgaben, wahrheitswidrige Verdächtigungen zu widerlegen und die staatspolitische Loyalität glaubhaft zu machen einerseits, und dem missionarischen Antrieb, den Geltungsanspruch des eigenen Glaubens überzeugend zu vertreten, andererseits.

(Ich überspringe hier aus Platzgründen eine Darstellung charakteristischer Beispiele für die Hauptlinien apologetischer Argumentation und gehe gleich zu einer zusammenfassenden Einschätzung über).

Die Apologetik entwickelt sich aus den unmittelbaren Lebensumständen der christlichen Gemeinden als Minderheitsgruppen in einer ihnen weltanschaulich fremden, zuweilen feindlichen Umwelt. Die Heilsverkündigung Jesu veränderte ihr Verhältnis zur Gegenwart, die als eine zu überwindende (und von den Erweckten in ihrem Glauben und Verhalten bereits überwundene) Wirklichkeit angesehen wird, die sich in eine Zukunft öffnet, deren Lebensweise völlig anders ist. Zunächst wurde diese Zukunft als kurz bevorstehend erwartet, später - unter der Parusie-Verzögerung - in eine unbestimmte Ferne versetzt, deren Hereinscheinen in die Gegenwart als eine spirituelle Präsenz der Transzendenz im Subjekt oder in der Gemeinde wirklich wird. Diese Präsenz der Transzendenz gewinnt in den Sakramenten symbolische Form und bewährt sich im ethischen Verhalten als vorläufige, unvollkommene (weil weltlich kontaminierte) Verwirklichung. Die spontane Betroffenheit, die durch die Predigt (und Wundertaten) Jesu für die Mitglieder der Urgemeinde zum Ereignis wurde, wird nun in der institutionellen

---

<sup>26</sup> Antonie Wlosok, a.a.O., S. 287.

Zugehörigkeit zur Gemeinde ritualisiert, woraus letztlich die Organisationsform einer allgemeinen („katholischen“) Kirche hervorging. „Die Zugehörigkeit zur christlichen Gemeinde war konstitutiv für das Christsein des einzelnen. Er war also nur Christ als Anhänger einer bestimmten Gemeinschaft. Diese zeichnete sich durch regelmäßige geschlossene Zusammenkünfte, ohne Trennung der Geschlechter, gewöhnlich außerhalb der normalen Tageszeiten aus. Den Inhalt dieser Zusammenkünfte bildeten kultische Vollzüge, Gebet, Belehrung, gemeinsame kultische Mahle, Initiationsriten wie das Taufsakrament. Die Anhänger nannten sich untereinander ‚Brüder‘ und ‚Schwestern‘, zeichneten sich durch enge Verbundenheit und teilweise Gütergemeinschaft aus. Die Gemeinde hatte eine bestimmte Verfassung, einen Vorsteher, einen Ältestenrat und andere Amtsträger. Sie war also organisiert“.<sup>27</sup>

Für die literarische Selbstdarstellung dieser frühchristlichen Gemeinschaften „dürfen wir nicht vergessen, daß das Christentum in seinen frühen Tagen eine niedere Religion war. Nicht nur, daß die meisten seiner Anhänger niedrigen Standes waren und wenig oder keine Bildung hatten, auch ihre heiligen Bücher waren roh und barbarisch und verfaßt in einem Griechisch oder Latein, das das Feingefühl eines jeden gebildeten Menschen verletzte“.<sup>28</sup> Es ist eine einfache Denk- und Schreibweise, deren sich die frühen Christen bedienen. Der Ton, den die Droh- und Strafpredigt des 2. Petrusbriefes gegen die Falschgläubigen anschlägt (2.Petr.2), unterscheidet sich inhaltlich doch sehr von der Bergpredigt und ist sprachlich einfach, ja manchmal vulgär. In der Verbreitung des eigenen Glaubens wie in der Bekämpfung gegnerischer Meinungen überwiegt eine simple, ostentative Sprache, in der als unbezweifelbar behauptet wird, was man selbst glaubt,<sup>29</sup> und in der man sich auf die Autorität eines Gottesworts stützt, das doch von den anderen als Gotteswort gar nicht anerkannt wird. So läßt sich natürlich kein Verständnis wecken. Darum entwickelt sich in der Apologetik jene zweite Argumentationslinie, die

---

<sup>27</sup> Ebd., S. 279 f.

<sup>28</sup> A. H. M. Jones, „Der soziale Hintergrund des Kampfes zwischen Heidentum und Christentum“, in: Richard Klein, *Das Frühe Christentum*, a.a.O., S. 337 ff., hier: 341 und 343.

<sup>29</sup> Jac. 1, 6-8: „Zweifle nicht, denn wer da zweifelt, ist gleich wie die Meereswoge, die von Winde getrieben und gewebet wird. Solcher Mensch denke nicht, daß er etwas von dem Herrn empfangen werde. Ein Zweifler ist unbeständig in allen seinen Wegen“ (Luther). Beachte die Übersetzungen des griechischen *diakrinomenos*: lat.: *haesitare* = ungewiß sein; engl. *waver* = schwanken; franz. *hesiter* = bedenken, unschlüssig sein; deutsch: *zweifeln*. *Diakrinein* heißt *unterscheidend beurteilen*, auch *sondern* und gegebenenfalls *auflösen*. Das Wort meint nicht die Einstellung des Skeptikers, sondern des prüfenden Philosophen. Gegen eine Haltung, die die Wahrheitssuche vom Denken, der *dianoia*, abhängig macht, wendet sich der Satz des Jacobus-Briefes, nicht gegen den Zweifler, der die Möglichkeit der Wahrheitserkenntnis überhaupt bestreitet. Insofern ist die Antithese schärfer und die Irrationalität der Berufung auf den Glauben provokanter, als es die deutsche Version empfinden läßt. Zur Lutherzeit ist die Bedeutung der Zweiheit in einer unentschiedenen, ungewissen Sache noch gegenwärtig, wenn auch gerade Luther den Zweifel auch schon als eine dem Glauben entgegengesetzte, sich von Gott abwendende Geisteshaltung ansieht. Siehe Grimms Deutsches Wörterbuch. Die Zusammenstellung „wahn und tzweyffel“ (Luther 7, 673) zeigt die Akzentverschiebung von der offenen Unentschiedenheit zum Negativen, gegenüber dem „rechten vollkommen glauben“ (Luther 9, 606). *Pistis* vs. *diakrinein* setzt eine neue Erkenntnisart, ja geradezu eine Umkehrung des epistemischen Erkenntnisbegriffs. Diese Zwiefältigkeit wird dann die weitere Geschichte der christlichen Glaubenslehre und Dogmatik begleiten. – Die folgende Wendung *aner dipsychos* ist spätantik; sie besagt dasselbe wie der faustische Seufzer „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust“. Bei Parmenides heißt es von den Menschen mit dem „schwankenden Verstand“ (*noos plagktos*), sie seien „doppelköpfig“ (*dikeranoi*) – B 6, 5 f.

an die griechische Rhetorik anschließt und die Methoden logisch (oder sophistisch) argumentierender Überzeugungs- (oder Überredungs-) Kunst anwendet. Damit konnte man den philosophischen und forensischen Bedürfnissen gerecht werden.

Dementsprechend sind die apologetischen Schriften durchweg nicht aus einem Guß. Sie richten sich zumeist an den Kaiser oder dessen Statthalter, um die Legalität und Loyalität der christlichen Gemeinden zu beweisen; aber sie wehren sich ebenso gegen die volkstümlichen Vorurteile und Verleumdungen und benutzen die Lehren der Philosophenschulen, um den Götterglauben zu diskreditieren und die Überlegenheit der christlichen Anschauungen herauszustellen, um dann im nächsten Schritt aber auch die Philosophie wieder gegenüber dem eigenen Glauben abzuwerten. Indem die Apologeten sich der Denkfiguren der griechischen Philosophie bedienen, verlassen sie aber den originären Boden der christlichen Verkündigung und begeben sich damit ihres eigenen argumentativen Instrumentariums; im glaubensfremden Bereich der philosophischen Deduktionen bleiben sie schwächer als ihre Gegner. Wo ihnen die Rhetorik plump gerät, gehen sie zum Angriff auf die heidnischen Positionen über. Die Apologetik schlägt um in Polemik und verfehlt dann ihren Zweck der Verteidigung des Christentums, sondern erzeugt eher Ressentiments.

Mit den frühchristlichen paränetischen und apologetischen Schriften ereignet sich ein Gattungswandel in der philosophischen Lehre. Nicht mehr die aus der *theoria* ihre *Gründe* schöpfende Argumentation, sondern die in der Lebenspraxis sich bewährende ethische *Haltung*, die Bereitschaft und Standhaftigkeit zum Martyrium, die Unerschütterlichkeit der persönlichen Glaubenseinstellung sind beweiskräftig für die Wahrheit. Nicht die logische Schlüssigkeit, sondern die Überzeugungskraft des Bekenntnisses bildet das Fundament der frühchristlichen Propaganda. Dies wird besonders deutlich, wo sie sich - wie in der Apologetik - der Formen der griechisch-römischen Rhetorik bedient, aber deren appellativen Charakter umbiegt in die Bekundung existentieller Betroffenheit und Glaubwürdigkeit. Das Zeugnis tritt an die Stelle der Sachgründe. Im *Octavius* des Minucius Felix wird dieser Übergang von römischer forensischer Rhetorik zu christlicher *confessio* formal faßbar an dem verschiedenen Vortragsstil der Dialog-Kontrahenten, des Heiden Caecilius und des Christen Octavius; hier prallen die zwei Denk- und Kulturstile noch in gleichberechtigten Partnern aufeinander, der Vortrag des Octavius ist keineswegs überzeugender als der des Caecilius, aber der müden Skepsis des Caecilius<sup>30</sup> steht der packende Ernst des Octavius gegenüber, der mitreißt, ohne daß seine Argumente schlagender wären. Römische Rechtsprechung war vor diesem Umschlag hilflos. Gerichtsverhöre sollten, gegebenenfalls durch Anwendung der Folter, zum Geständnis führen; die Christen aber bekannten sich ja zu ihrer Religionsgemeinschaft und leugneten ihr Christentum nicht. Die Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft, die bestimmte staatsreligiöse Pflichten des Kaiserkults verweigerte, war die inkriminierte Tat und wurde nicht bestritten; das crimen hätte bestraft werden müssen. Statt dessen sollte ein Widerruf erzwungen werden. „Hatten sie einmal gestanden, so folterten wir sie bis zum Wi-

---

<sup>30</sup> Caecilius verweist darauf, „daß alles Wissen im Bereich des Menschen unsicher und zweifelhaft ist und eigentlich immer in der Schwebelage bleibt; daß alles nur als wahrscheinlich, nicht als wahr gelten darf.“ – Nullum negotium est patefacere omnia in rebus humanis dubia incerta suspensa magisque omnia verisimilia quam vera. Minucius Felix, *Octavius*, hrsg. und übers. von Bernhard Kytzler, München 1965, S. 52/53.

derruf. [...] So wendeten wir ihnen gegenüber jene widersinnige Inquisitionsmethode an, die nicht die Wahrheit erforschen, sondern die Lüge erzwingen will.“<sup>31</sup> Die am römischen Recht sich orientierenden humanistischen Kommentatoren weisen auf die einschlägige juristische Literatur hin. Daß eine prinzipielle Veränderung statthatte, weil die Haltung der Christen den Widerspruch zwischen Täterstrafrecht und Gesinnungsstrafrecht provozierte, hat man im 16. und frühen 17. Jahrhundert nicht bemerkt.<sup>32</sup>

Genau die Veränderung der Weltperspektive ist es jedoch, die den Konflikt zwischen römischer Staatsgesinnung und christlicher Heilsorientierung hervorruft. Leo Koep hat das an einem klärenden Paradigma gezeigt. „Die sogenannten *Acta proconsularia Cypriani* [...] schließen mit den Worten: ‚Es hat aber gelitten der seligste Märtyrer Cyprianus am 14. September unter den Kaisern Valerianus und Gallienus, in Wahrheit unter der Herrschaft unseres Herrn Jesus Christus, dem Ehre und Herrlichkeit gebührt von Ewigkeit zu Ewigkeit‘ [...] Die formelhafte Gegenüberstellung der Herrschaft der beiden Kaiser und der Herrschaft Christi enthält durch die Hinzufügung des Adverbs ‚vero - in Wahrheit, in Wirklichkeit‘ den Charakter einer Antithese“.<sup>33</sup> Der antike Mensch der hellenistischen Welt - wenn er nicht in der vorderorientalisch-jüdischen Tradition eines transzendenten, aber personal gedachten Monotheismus stand - konnte mit einem Reich, das nicht von dieser Welt sei, nichts anfangen. Für die leiblich-sinnliche Anschauungsbezogenheit des griechischen Person-Begriffs waren Personalität und Transzendenz ein Widerspruch. Ideen mochte man sich quasi transzendent denken (obschon uns Platons Höhlengleichnis vor Augen führt, welcher metaphorischen Vermittlungen man sich dabei bediente); aber der materiell wirksame Gott, der in unser Leben eingreift und zu dem man betet, der unser Vater und Herrscher ist, ließ sich von einer an irdischen Bildern orientierten Vorstellung nicht abtrennen.

So sprachen die Apologeten an ihrer Umwelt vorbei, wenn und indem sie deren Vokabular gebrauchten. Origines hat dieses Dilemma in seiner Polemik gegen Celsus gespürt und versucht, für die Semantik der neuen Weltanschauung eine Explikation zu finden. Die älteren Apologeten stehen dem noch uneinsichtig gegenüber; sie gebrauchen die Begriffe als Formeln eines Lehrgehalts, für den sie Anerkennung fordern, ohne ihn zu begründen. Wissenssoziologisch ist dieses Verhalten auch einleuchtend; die eigene Weltanschauung mußte ihren Anhängern durch ein Verständnistraster strukturiert und gefestigt werden, das im unterscheidenden Auseinanderlegen (*diakrinein*) in Gefahr geraten wäre, sich in subjektive Meinungen aufzulösen. Dem Gegner wie dem in den eige-

---

<sup>31</sup> Ebd., S. 160/161: „Torqueremus confitentes ad negandum [...], exercentes in his perversam quaestionem, non quae verum erueret, sed quam mendacium cogeret.“ In der rhetorischen Konfrontation von *confitens* und *negans* kommt die Perversion der Untersuchung, die nicht die Wahrheit einer Tatsache, sondern die Leugnung eines Bekenntnisses zum Ziel hat, noch klarer zum Ausdruck als in der deutschen Fassung.

<sup>32</sup> Minucius Felix, *Octavius*, rec. Jacob Ouzelius, Leiden 1652, mit den Annotationen, Kommentaren und Bemerkungen der vorangegangenen Ausgaben von F. Balduinus, Johannes Wowerus, Gevert Hart Elmenhorstius, Desiderius Heraldus und Nicolaus Rigaltius. Wowerus verweist in seinen Anmerkungen zum *Octavius* auf Ulpian, Elmenhorst in seinem Kommentar auf den *Codex Iustinianus*.

<sup>33</sup> „Passus est autem beatissimus Cyprianus martyr die octava decima calendarium Octobrium sub Valeriano et Gallieno imperatoribus regnante vero domino nostro Iesu Christo cui est honor et gloria in saecula saeculorum“ (*Acta procons. Cypriani* 6). Zitiert nach Leo Koep, „Antikes Kaisertum und Christusbekenntnis im Widerspruch“, in: R. Klein, *Das frühe Christentum ...*, a.a.O., S. 302 f.



nen Reihen Unsicheren galt es, eine terminologisch eindeutige und unverrückbare Bekenntnissprache entgegenzusetzen.

### 3. Übergang zur Theologie

Polemisch zugespitzt wird zum Paradigma des Bekennerstils das *Apologeticum* Tertullians, das den Typus christlichen Vortragsstils gegenüber dem ciceronianischen Rededuktus des Minucius Felix in radikaler Reinheit ausbildet.<sup>34</sup> Tertullian beruft sich auf das Zeugnis von „Männern, die durch ihre makellose Gerechtigkeit würdig waren, Gott zu erkennen und zu offenbaren“.<sup>35</sup> Nicht ein Beweisgrund, sondern das Martyrium verbürgt den Sieg der Wahrheit. „Wir sind Sieger, wenn wir umgebracht werden. [...] Mögt ihr uns immerhin Reisig- und Pfahlleute nennen, weil wir, mit dem Rücken an den Pfahl eines halbierten Brettes gebunden, rings mit Reisig umgeben und verbrannt werden, - dies ist unsere Siegesgebärde, dies ist unser Siegesgewand, auf solchem Wagen feiern wir Triumph“.<sup>36</sup> Der umfangreiche Aufweis in der apologetischen Literatur, welche Absurditäten die überlieferten Mythen und Philosopheme enthalten, dient nicht der Vorbereitung einer besser gesicherten und rationalen Erkenntnis des Göttlichen, sondern verwirft die Rationalität. Die Berufung auf den Glauben, auf eine Epiphanie oder auf eine geheiligte Überlieferung könnten die von Tertullian verhöhnten Mythen und Kulte ja auch für sich in Anspruch nehmen. Das „Engagement“ (modern gesprochen) der Christen ist es, das ihrem *credo* den Vorrang gibt. So gipfelt der Schluß des *Apologeticum* in

---

<sup>34</sup> Unsere Absicht kann es nicht sein, sich in den Streit der Latinisten einzumischen, ob Minucius Felix dem Tertullian vorhergegangen sei oder umgekehrt. Daß der kraftvollere, auch in der rhetorischen *dispositio* weit überlegene Tertullian nicht von Minucius „abhängig“ war, scheint mir einleuchtend. Jedoch hat Tertullian zahlreiche Vorgänger, vor allem aus der griechischen Apologetik, als Quellen und Anregungen benutzt, bis zu wörtlichen Anklängen, die er aufgenommen hat, und es gelang ihm, sie nahtlos in seinen eigenen Stil und Vortragsduktus zu integrieren; warum nicht also auch Minucius? Der Ernst der Argumentation, der in Tertullians rhetorischem Gestus sich durchsetzt, kennzeichnet den neuen Geist der frühchristlichen Ära. Tertullian, obwohl forensisch argumentierend, geht auf grundlegende theologische Probleme ein: das Wesen Gottes und der Gottessohnschaft Jesu, begründet in einer Lehre vom göttlichen *logos* (cap. 17 f. und 21,4 ff.). Daß nach Tertullian eine apologetische Schrift aus dem gleichen Umkreis auf diesen theologischen und christologischen Kern hätte verzichten können, ist unwahrscheinlich; bei Minucius aber fehlt genau dies. Der *Octavius* ist ein brillantes, gefälliges Stück gepflegter spätrömischer Dialog-Literatur, das *Apologeticum* ein Zeugnis neu erwachender Sprachgewalt im Dienst einer neuen Idee. Der *Octavius* könnte für jeden verleumdeten Kult geschrieben worden sein, das *Apologeticum* in der Tat nur für die christliche Religion. Weltanschauungstypologisch ist Minucius ein später römischer Advokat, Tertullian ein früher christlicher Eiferer, durch dessen wohlgesetzte Worte der Fanatismus klingt. Daß beide formal dem Argumentationsstil der römischen Rhetorik folgen, ist der gemeinsame Boden, auf dem sie stehen – aber an entgegengesetzten Enden. Minucius umspielt sein Thema mit der Leichtigkeit ästhetischen Charmes, Tertullian behandelt es mit der Wucht eines Waffenschmieds. Minucius repräsentiert ein früheres Stadium als Tertullian. Für die Chronologie allerdings besagen solche Klassifikationen wenig, denn natürlich kann es auch nach dem Einsatz des Neuen noch Hervorbringungen der älteren Einstellung gegeben haben. Mit Tertullian kommt jedenfalls ein neuer Ton in die Apologetik.

<sup>35</sup> Tertullian, *Apologeticum*, München 1952, hrsg. und übers. von Carl Becker, S. 120/121: „Vivos enim iustitiae innocentia dignos deum nosse et ostendere.“

<sup>36</sup> Ebd., S. 220/221. „Vicimus, cum occidimur. [...] Licet nunc sarmenticios et semaxios appelletis, quia ad stipitem dimidii axis revincti sarmentorum ambitu exurimur, hic est habitus victoriae nostrae, haec palmata vestis, tali curru triumphamus.“

einer leidenschaftlichen Apotheose der Verfolgten, die für die Wahrheit Zeugnis ablegen, indem sie dafür Leiden und Tod auf sich nehmen. „Kreuzigt, martert, verurteilt uns, reibt uns auf - nur ein Beweis unserer Unschuld ist eure Ungerechtigkeit. [...] Viele gibt es bei euch, die zu standhaftem Ertragen von Schmerz und Tod auffordern, wie etwa Cicero in den Gesprächen in Tusculum, wie Seneca in der Schrift über die Zufälle, wie Diogenes, Pyrrho, Kallinikos; und doch finden ihre Worte nicht so viele Schüler wie die Christen, die durch Taten lehren. [...] Denn alle Sünden werden diesem Tun vergeben“.<sup>37</sup>

Tertullian war, wie Minucius Felix, Jurist, und seine Verteidigung des Christentums folgt dem Typus der Gerichtsrede. Er prüft die Anklage, fragt nach den zutreffenden Gesetzen und Präzedentien, widerlegt die belastenden Tatsachenbehauptungen, destruiert Vorurteile, indem er herrschenden Meinungen ihren eigentlichen Sinn entgegengesetzt; er brilliert mit Ironie und polemischer Schärfe. Man spürt, daß er Freude am Wortgefecht hat und sich zuweilen davon auch zu weit fortreißen läßt, so daß er die Urteilen den gegen sich einnimmt, und er schnell wieder dahin zurückkehrt, wo er Akzeptanz erwarten, einfordern darf. Er wendet sich an die Statthalter (*antistites*), die Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt ausüben, also an gebildete Zuhörer, die mit der forensischen Rhetorik vertraut sind. Er kann literarische und philosophische Kenntnisse voraussetzen.

Aber das *Apologeticum* ist eine Kunstrede, nicht gehalten, sondern aufgeschrieben, weil ein öffentliches Gerichtsverfahren ja gar nicht stattfand (1,1). Die Verfolgung der Christen geschah nicht aufgrund von Rechtsverfahren, sondern in der Form von polizeilichen Gewaltakten.

Diese Ausgangssituation teilte Tertullian mit den anderen Apologetikern. Sie alle richteten ihre Schriften als Eingaben an die Obrigkeit - meist unmittelbar an die Kaiser - in der Absicht, deren Religionspolitik zu ändern. Sie waren Ideologen und Propagandisten ihres Glaubens. Davon unterscheidet sich Tertullian. Seine Argumentation ist zwar auch allgemein rechts- und religionspolitisch, aber sie bezieht sich konkret auf laufende Inquisitionen und Vollstreckungen, auf Entscheidungen örtlicher Instanzen, für die die kaiserlichen Dekrete nur einen allgemeinen und weit auslegbaren Rahmen abgaben. Könnte man die Verschiebung vom Argument zum Appell bei den lateinischen Apologeten, bei Minucius Felix und Tertullian, auf ihre Herkunft aus der forensischen Tradition, auf ihre Zugehörigkeit zum Anwaltsstand zurückführen, so zeigt sich in dem analogen Vorgang bei den griechischen Kirchenvätern, die durchweg von der Philosophie und also von der Fixierung auf die *theoria* herkommen, daß es sich um einen grundsätzlichen Einstellungswandel in der *persuasio* handelt.<sup>38</sup> Empirische Faktizität und Richtigkeit der Denk- und Aussageformen treten für die Feststellung der Wahrheit zurück hinter der Inkarnation der Wahrheit im Tun der Menschen. „Die Wahrheit steht nicht mehr in kühler Neutralität über den streitenden Parteien, sondern sie ist selbst in Christus konkret geworden und lebt in einer bestimmten Gemeinschaft, in einer bestimmten Lehre, in einem bestimmten

<sup>37</sup> Ebd., S. 222/223 f. „Cruciate, torquete, damnote, atterite nos: probatio est enim innocentiae nostrae iniquitas vestra. [...] Multi apud vos ad tolerantiam doloris et mortis hortantur, ut Cicero in Tusculanis, ut Seneca in Fortuitis, ut Diogenes, ut Pyrrhon, ut Callinicus; nec tamen tantos inveniunt verba discipulos, quantos Christiani factis docendo.“

<sup>38</sup> Hans FRh. von Campenhausen, *Griechische Kirchenväter*, Stuttgart 1955, S. 20.

nem bestimmten Wort“.<sup>39</sup> Selbst Origenes, der als erster ein umfassendes theologisches Lehrgebäude errichtete, das sich in systematischer Gestalt darbot,<sup>40</sup> hat das Tun Christi für beweiskräftiger gehalten als die Rede. Christus, der nach Matth. 26, 59 ff. vor den Anklägern schwieg, habe damit bekundet, „daß sein ganzes Leben und die unter den Juden vollbrachten Taten gewaltiger für ihn sprächen als eine Rede, die das falsche Zeugnis widerlegt hätte“.<sup>41</sup> Ausdrücklich betont Origenes, es komme darauf an, eine Lehre „nicht nur als wahr zu ‚beurteilen‘, sondern sie auch zu ‚befolgen‘ und dadurch als wahr zu erweisen“.<sup>42</sup> Die Wahrheit der christlichen Botschaft wird nicht logisch bewiesen, sondern durch das Verhalten Jesu und danach seiner Anhänger beglaubigt. Es ist eine historische Wahrheit, die sich erweist, indem sie sich durchsetzt, keine Aussage-wahrheit, die durch Widerspruchsfreiheit bewiesen wird. „Und doch gilt all eure ausgeklügelte Grausamkeit nichts; ein Lockmittel ist sie eher für unsere Gemeinschaft. Nur zahlreicher werden wir, so oft wir von euch niedergemäht werden: ein Same ist das Blut der Christen“.<sup>43</sup>

Die Kirchenväter haben die kämpferische Gebärde der Apologetik aufgenommen, aber sie haben die apologetische Intention nicht einfach fortgesetzt, sondern sie ins Offensive gewendet. Aus Verteidigern der Christen sind sie zu Anklägern ihrer Verfolger geworden.

Dieser Richtungswandel von der Apologetik zur Polemik hatte bedeutsame Veränderungen des Stils zur Folge - Stil im doppelten Sinne von Lebenshaltung und sprachlicher Ausdrucksform verstanden. An die Stelle der Bereitschaft zur Hinnahme von Ungerechtigkeit und Leiden trat nun die Überzeugung vom Sieg der gerechten Sache durch Leiden. War das Martyrium zunächst eine dulddende *imitatio Christi*, so wird es nun zum Vorzeichen der *ecclesia triumphans*. Der Gegner wird nicht mehr beschwichtigt, sondern eingeschüchtert; der Anhänger nicht mehr getröstet, sondern begeistert. Das Zutrauen in die Überzeugungskraft des eigenen Glaubens war unüberwindlich geworden.

Damit stellte sich nun aber zugleich eine neue Aufgabe. Es reichte nicht mehr, die Argumentationsmuster der klassischen Rhetorik aufzunehmen und nach ihnen die Verteidigungsrede zu gestalten. Vielmehr kam es darauf an, eine neue Linienführung der Argumentation zu entwickeln, die den Gehalten der christlichen Verkündigung angemessen war. Es genügte nicht, den Glauben gegen das kritische Denken zu stellen; die Legitimität des Glaubens mußte erwiesen werden - und sie beruht darauf, daß den Worten Jesu ein höherer Status gesichert werden konnte als denen jedes anderen Menschen. Der Mensch Jesus mußte, über den Rang jedes Propheten hinaus, zur Göttlichkeit des Christus Jesus gesteigert werden. Der Messias, im altjüdischen Schrifttum der König der Juden, wurde nun, in Anlehnung an den aus der Sektensprache stammenden Terminus

---

<sup>39</sup> Ebd., S. 43.

<sup>40</sup> Der Titel des Hauptwerks *Peri archôn* knüpft an die Tradition der griechischen Systemphilosophie an.

<sup>41</sup> Origenes, *Contra Celsum*, übers. von Paul Koetschau, München o.J., S. 1 (Vorrede 1).

<sup>42</sup> Ebd., S. 8 (I, 2). Vgl. ebd., S. 43 (I, 31); da heißt es, „daß der erst kürzlich Gekreuzigte freiwillig diesen Tod für das Menschengeschlecht auf sich genommen habe, ähnlich wie jene, die für ihr Vaterland gestorben sind, um es von drückenden Seuchen oder von Mißwachs oder von Stürmen, welche die Schifffahrt bedrohten, zu befreien.“

<sup>43</sup> Tertullian, a.a.O., S. 222/223. „Nec quicquam tamen proficit exquisitor quaeque crudelitas vestra; illecebra est magis sectae. plures efficimur, quotiens metimur a vobis: semen est sanguis Christianorum.“

„Menschensohn“, zum Sohn Gottes, zur Inkarnation der göttlichen Substanz. Die Ausbildung eines einfachen Glaubens zu einer systematischen Gestalt in einem neuen Diskurstypus erforderte statt der Rede zu Gott (des Gebets) eine Rede *über* Gott; die Theologie wurde geboren.

Ein weiteres Moment kommt hinzu. Die Ausbreitung des Christentums über das ganze Römische Reich gab zwei Möglichkeiten Raum: seinem Zerfall in lokale und regionale, unter verschiedensten kulturellen Fremdeinflüssen stehende Sekten - oder seine Homogenisierung durch eine verbindliche ideelle Grundlage der Gemeinsamkeit (eine Situation, die der weltlichen Reichseinheit mit dem daraus erwachsenden Kaiserkult analog ist). Paulus' ganzes Wirken richtete sich auf diesen ideologisch-organisatorischen Zusammenschluß; welthistorisch gesehen, war *er* der „Gegenkaiser“.

Aus dem ökumenischen Zusammenschluß der christlichen Gemeinden in einer durch denselben Glauben vereinigten Solidargemeinschaft ergab sich die Konsequenz, daß die Glaubensinhalte systematisiert und dogmatisiert werden mußten, was im griechisch beeinflussten Osten eher philosophischen, im römischen Westen eher juristischen Denkduktus annahm (zwei Möglichkeiten, die im Formtypus der Rhetorik gleichermaßen angelegt sind). Die gegen die Heiden und Juden gerichtete Apologetik und Polemik, die sich des Drucks von außen erwehrte und die Berechtigung der eigenen Lehre und Lebenshaltung begründete und verkündete, nahm nun eine Wendung gegen die „Abweichungen“ (Häresien) im eigenen Lager, die als Gefahr für die Einheit und den Zusammenhalt der jungen Glaubensgemeinschaft galten. Die Titel „*Adversus haereseos*“ (Irenäus) und „*Adversus paganos*“ (Arnobius) zeigen nun die doppelte Stoßrichtung der patristischen Autoren an. Am Beginn dieser neuen, sich zur Theologie formenden Denkweise steht für die philosophische Richtung Clemens von Alexandria, für die juristische Tertullian - und dieser ist sozusagen zum Vater der Westkirche geworden.<sup>44</sup>

Mit dem Namen Tertullian verbindet sich in der landläufigen Philosophiegeschichtsschreibung die Formel *credo quia absurdum*. Wörtlich hat er das so nicht gesagt, aber die Überlieferung hält sich gern an formelhafte Vereinfachungen, die sich dem Gedächtnis einprägen und leicht zu handhaben sind; und in der Sache ist der Satz keine unzutreffende, wenn auch verknappte Zusammenfassung einer Argumentationsstruktur, deren Tertullian sich bedient hat. So heißt es in dreifacher Steigerung in *De carne 5*: „Das Kreuz ist Gottes Sohn - es beschämt uns nicht, weil es beschämend ist. Gottes Sohn ist gestorben - das ist ganz und gar ungläubhaft, weil es unangemessen ist. Und der Begrabene stand wieder auf; das ist gewiß, weil es unmöglich ist“.

Es wäre zu kurz geschlossen, wollte man solche Formulierungen der Advokatenrhetorik zuschreiben, die sich der Paradoxa als eines intellektuellen Reizmittels bedient. Quintilian, der das Paradox als eines der fünf *genera* der Gerichtsrede behandelt, bei der *praeter opinionem hominum constitutam* argumentiert werde,<sup>45</sup> nennt dies ausdrücklich eine *insinuatio*, von der man Gebrauch mache, „weil die Sache selbst nicht sauber ist oder von den Menschen nicht als solche angesehen wird“.<sup>46</sup> Der Ernst Tertullians und der

---

<sup>44</sup> Mit der Patristik bildet sich eine neue Form der Literatur heraus, deren immer noch formgeschichtlich treffendste Charakteristik schon Franz Overbeck gegeben hat: „Über die Anfänge der patristischen Literatur“, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 48, 1882, S. 417 ff., Nachdruck Darmstadt 1954.

<sup>45</sup> Quintilian, *Institutio oratoriae* IV, 1, 41, Darmstadt 1972, Band I, S. 420.

<sup>46</sup> Ebd., IV, 1, 42. Die *Rhetorica ad Herennium* ordnet die Paradoxien dem *genus turpe* zu.

Radikalismus seines Wahrheitsanspruchs schließen aus, daß er die *insinuatio* nur als einen Trick der Überredung einsetzte. Das für die *opinio constituta* Anstößige der christlichen Verkündigung muß aus sich selbst, aus ihrem kontradiktorischen Sinn begriffen und akzeptiert werden. Genau das soll das paradoxe *quia* bewirken, es evoziert nicht das Erstaunen über ein *inopinatum*, sondern macht auf ein der philosophischen Logik sich entziehendes, sie verkehrendes Denkverhältnis aufmerksam. Als ein Appell an das Umdenken des Gewohnten wird das Paradox zu einem Argument in der Beweisführung.<sup>47</sup>

Das Paradox verstrickt sich in die Amphibolie des Wahrheitsbegriffs. Die geglaubte Wahrheit ist unbeweisbar, sonst brauchte sie nicht geglaubt zu werden; aber der Glaube tritt mit der Gewißheit auf, die unbedingte Wahrheit in sich zu tragen, die jeder beweisbaren und des Beweises bedürftigen Wahrheit übergeordnet ist.<sup>48</sup> Doch es muß ein Kriterium geben, das das Wahre vom Falschen unterscheidet. Spinozas Satz „*veritas est norma sui et falsi* - die Wahrheit ist das Richtmaß ihrer selbst und des Falschen“<sup>49</sup> wird schon von Tertullian vorweggenommen: „Alle Mittel gegen die Wahrheit sind auf der Wahrheit selbst aufgebaut“.<sup>50</sup> Wahrheit kann nur aufgrund ihrer selbst erwiesen werden oder den Irrtum widerlegen. Also liegt der Beweisgrund der Wahrheit in der Struktur der Wahrheit selbst - und das ist die Logik. Das Absurde ist nicht wahrheitsfähig, aber eben darum auch nicht widerlegbar, wenn es sich nicht schon dem Logos als Norm unterstellt. Genau das ist die Situation des Glaubens.

Tertullian hat systematisch recht, wenn er für die Glaubenswahrheit Exemption vom Wahrheitsbeweis in Anspruch nimmt, was das auf *credo* folgende *quia* ausdrücken soll. Aber die Berechtigung dieses Anspruchs ist selbst aus dem Prinzip der Negation abgeleitet, das in der Zweistelligkeit von Identität und Nicht-Identität die Basis jeder logischen Operation bildet. So tritt beim ersten Versuch einer Begründung von Glaubenssätzen der Selbstwiderspruch der Theologie zutage - Logos von A-Logischem (dem „ganz Anderen“ des Logischen) zu sein. Tertullian bietet darauf eine Antwort an, die diese Differenz aus der Dialektik im Denken des Unendlichen auflösen möchte:<sup>51</sup> „Was aber unermesslich groß ist, das ist allein sich selbst bekannt. Daher kommt es, daß Gott eben dadurch zu begreifen ist, daß er nicht begriffen werden kann“.<sup>52</sup>

Daß aber das, was alle begrenzte Erkenntnis überschreitet, nicht ignoriert werden kann („*ignorare non possunt*“), geht daraus hervor, daß wir ja die Grenze,<sup>53</sup> die uns und unsere Erkenntnis begrenzt, wahrnehmen. So bleibt uns - und das ist nun allerdings kein

<sup>47</sup> Quintilian, a.a.O., IX, 2, 23, Band II, S. 278: „paradoxon, id est inopinatum“. Diese Figur steht in der Nähe zur *simulatio* (ebd. IX, 2, 26). Schon deshalb verbietet es sich, die Wendung Tertullians ausschließlich als eine rhetorische Figur anzusehen; sie hat einen echt logischen Sinn.

<sup>48</sup> Im späten Mittelalter wird angesichts des Konflikts zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und Glaubensdogma die Lehre von der doppelten Wahrheit an diesem Problempunkt wieder ansetzen.

<sup>49</sup> Spinoza, *Ethica* II, Prop. 43, Schol. „*Sic veritas norma sui et falsi est*“.

<sup>50</sup> Tertullian, *Apologeticum*, ed. Carl Becker, München 1952, cap. 47, 11: „*Omnia adversus veritatem de ipsa veritate constructa sunt*“.

<sup>51</sup> Hier ist im Keim das Argument des Anselmschen Gottesbeweises angelegt. Siehe Jos Lensink, „Im Spiegel des Absoluten. Kritische Erwägungen zum ontologischen Gottesbeweis“, in: *DIALEKTIK* 1992/1, S. 75 ff.

<sup>52</sup> Tertullian, *Apolog.* 17, 3: „*Quod vero immensum est, solo sibi notum est. Hoc est, quod deum aestimari facit, dum aestimari non capit*“.

<sup>53</sup> Helmuth Plessner hat darum die Grenze als ein materiales Apriori bezeichnet. *Die Stufen des Organischen und der Mensch*, in: *Gesammelte Schriften*, Band IV, Frankfurt am Main 1980.

Argument, sondern der rhetorisch-forensische Rückgriff auf die Autorität - nur das Vertrauen auf die Einsicht derer, deren Weisheit sich auch sonst bewährt hat, also auf „Männer, die durch ihre makellose Gerechtigkeit würdig waren, Gott zu erkennen und zu offenbaren“ und die „predigen, es gebe den Einen Gott, der das All erschaffen hat“.<sup>54</sup> Für alle Zeiten ist Autorität - im Unterschied zur Logik - der Wahrheitsgrund der Theologie.

Den Autoritätsbeweis führt Tertullian ausführlich in den Kapiteln 18-20 des *Apologeticum*. Da sind es zunächst die Propheten des Alten Testaments, die durch ihre Weissagungen die Person Jesu beglaubigen; nicht nur, daß sie sein Kommen angekündigt haben (denn da könnte ja noch ein Zweifel bestehen, ob Jesus von Nazareth der Gemeinde war); ihre Prophezeiungen haben sich auch in einzelnen Fakten erfüllt. „Welt, Zeit und Ereignisse“ bestätigen sie: „Alles, was geschieht wurde im voraus verkündet, alles, was erscheint, schon vernommen. [...] Und daher ist bei uns der Glaube auch an das Künftige unerschütterlich, das ja bereits als wahr erwiesen ist, da es zusammen mit dem, was sich täglich als wahr erweist, vorausgesagt wurde“.<sup>55</sup> Darum ist ihre Autorität gesichert: „Wer auf sie hört, wird Gott finden; wer sich auch bemüht, ihn zu erkennen, wird genötigt, an ihn zu glauben“.<sup>56</sup>

Es war die Auffassung jener Zeit, daß ein hohes Alter der Quellen ihnen auch höhere Wahrheit verbürge.<sup>57</sup> Der Nachweis, daß die Schriften des Alten Testaments weiter zurückreichen als zum Beispiel die der griechischen Philosophen, gehörte zum Standardargument der Apologetik. Bei Tertullian wird dieses Argument in den systematischen Aufbau einer Begründungsstruktur für die Göttlichkeit Jesu einbezogen, die drei Elemente enthält: die Autorität der Propheten, das Alter der Schriften und ihre Kontinuität in der Geschichte - „man muß pilgern durch Geschichte und Literatur der Welt“<sup>58</sup> - und schließlich den Eintritt der prophezeiten Ereignisse.

Das sind vorbereitende Gründe, die auf das Eigentliche einstimmen und zu ihm hinführen sollen. Denn das theologische Fundament, das die Apologetik trägt, ist die Christologie. Dieser Umschlag wird im Kapitel 21 vollzogen - und hier wird erst der Glaube an das vor der Logik Widersinnige offenbar. Denn „alle Welt weiß ja schon, daß Christus nur ein gewöhnlicher Mensch war, und als einen solchen haben die Juden ihn verurteilt. [...] Notwendig sind also einige Worte über Christus als Gott“.<sup>59</sup>

Worum es hier zunächst geht, ist noch nicht die Darstellung der patristischen Theologie. Deren entwickeltste Gestalt, die dann auch weltanschauungsprägend für die kommenden Jahrhunderte und darüber hinaus ein konstitutiver Bestandteil aller christlichen Dogmatik wurde, gewinnt sie erst bei Augustinus. Hier soll vorbereitend nur auf den Ursprung hingewiesen werden, aus dem überhaupt christliche Theologie entstand. Denn

---

<sup>54</sup> Tertullian, *Apolog.* 18, 2: „viros enim iustitiae innocentia dignos deum nosse et ostendere [...] qui praedicarent deum unicum esse, qui universa conciderit“.

<sup>55</sup> Ebd., 20, 2: „Mundus et saeculum et exitus: quicquid agitur, praenuntiabatur; quicquid videtur, audiebatur [...] hinc igitur apud nos futurorum quoque fides tuta est, iam scilicet probatorum, quia cum illis, quae cottidie probantur, praedicebantur“.

<sup>56</sup> Ebd., 18, 9: „qui audierit, inveniet deum; qui etiam studuerit intellegere, cogetur et credere“.

<sup>57</sup> Ebd., 19, 1: „auctoritatem summa antiquitas vindicat“.

<sup>58</sup> Ebd., 19, 7: „Peregrinandum est in historias et in litteras orbis“.

<sup>59</sup> Ebd., 21, 3: „Vulgus iam scit Christum ut hominum aliquem, qualem Iudaei iudicaverunt [...] necesse est igitur pauca de Christo ut deo“.

die urchristliche Verkündigung, deren Kanon uns in den Evangelien und den zugehörigen Schriften, also im neutestamentlichen Textcorpus vorliegt, ist ganz und gar nicht auf Theologie angelegt.<sup>60</sup>

Zu einer christlichen theologischen Systematik gehören unverzichtbar eine kohärente Lehre von Gott und seiner Beziehung zur Welt und den Menschen; eine Explikation, was die Gottessohnschaft Jesu besagt und wie sie sich zusammen mit seinem menschlichen Schicksal verstehen läßt; eine Verständigung über Sünde und Gnade, Heil und Verdammnis, Leiden und Seligkeit - d. h. eine *Theologie* der Transzendenz, eine *Christologie*, eine *Soteriologie*; und abgeleitet davon eine Kosmologie, eine Anthropologie, eine Ethik. Zu all dem finden wir im Neuen Testament keine theoretischen oder wenigstens sekundär theoretisch begründeten Aussagen, sondern durchaus nicht einheitliche, widerspruchsvolle, situationsbezogene Lebensweisheiten, denen gemeinsam ist, daß sie durch Jesus als Gottes Wort beglaubigt sind und also den Glauben an Jesu Gottessohnschaft voraussetzen und fordern.<sup>61</sup>

Der Sprachduktus der Evangelien ist evozierend, d. h. er will eine Überzeugung wecken, und appellativ, d. h. er will eine Haltung und ein Verhalten bewirken; er ist nicht argumentativ, d. h. er will nicht durch Begründung überzeugen. Die Wirkung von Evokation und Appell geht vom Charisma Jesu aus, ihre Rechtfertigung ist der dadurch gefestigte Glaube an Jesus als Christus, Messias, Sohn Gottes. Die Gottessohnschaft ist die höchste Stufe der Legitimation, sie geht über jede menschliche Vermitteltheit der Botschaft hinaus und nimmt die Unbedingtheit der Wahrheit für sich in Anspruch.

Wer sich als Christ bekennt, muß diesen ungeheuerlichen (und für jeden Nicht-Gläubigen blasphemischen) Anspruch begründen, wenn er ihn gegenüber Kritikern geltend machen will. Tertullian war sich dessen bewußt: Mit dem Zugeständnis, es müsse über Jesu Gottsein gesprochen werden, verläßt er aber den Bereich des unbegründbaren Glaubensinhalts, über den man gerade nicht argumentativ sprechen kann. Jetzt kann er, nach seinem eigenen Vorsatz, nicht mehr evozieren, sondern muß argumentieren. Seine apologetische Intention zwingt ihn zum Logos, wo er eigentlich nur die Pistis beschwören könnte.

Tertullian muß diesen Zwiespalt gefühlt haben. Er fürchtet, der christliche Glaube könne „nicht für ein göttliches Unternehmen, sondern eher für eine Art Philosophie“ gehalten werden.<sup>62</sup> Damit aber wäre die verkündete Lehre *doch wieder* nur eine unten vielen anderen, eine weltliche relative Wahrheit. Ihr Absolutheitsanspruch gründet auf der Unanfechtbarkeit des Gottesworts, also der Einheit von Gottvater, Sohn und Logos. Die Wahrheitssuche der Philosophen, das *diakrinein*, wird als Verderbnis (*corruptio*) der Wahrheit denunziert, eben gerade weil sie die kritische Untersuchung und den Widerspruch offen hält und sich der Anmaßung des Absoluten entschlägt. Die Theologie erhebt, in der Stunde ihrer Geburt, den Alleinvertretungsanspruch,<sup>63</sup> proklamiert ihre Intoleranz mit schmetterndem Pathos: „Was also haben gemeinsam der Philosoph und

---

<sup>60</sup> Franz Overbeck hat dies an der anderen literarischen Form überzeugend gezeigt. Es läßt sich auch an den Lehrgehalten dartun. Die Sonderstellung der Briefe des Paulus im Rahmen der neutestamentlichen Schriftensammlung bedarf einer eigenen Analyse.

<sup>61</sup> Das ist der logische Gehalt der These von der Erlösung *sola fide*.

<sup>62</sup> Tertullian, *Apolog.* 46, 2: „non divinum negotium, sed magis philosophiae genus“.

<sup>63</sup> Ebd., 45, 7: „illusores et corruptores inimice philosophi adfectant veritatem et adfectando corrumpunt – Christiani necessario appetunt et integre praestant“.

der Christ, der Schüler Griechenlands und der des Himmels, [...] der Freund und der Feind des Irrtums, der Verfälscher der Wahrheit und ihr Erneuerer und Dolmetsch, ihr Dieb und ihr Wächter? [...] Kurzerhand aber schneiden wir unseren Verfälschern das Wort ab mit dem Einwand, daß nur jene Regel der Wahrheit gültig sei, die von Christus kommt auf dem Weg über seine Begleiter im Vergleich zu denen diese verschiedenen Ausleger nachweislich weit jünger sind“.<sup>64</sup>

Das ist Tertullians letztes Wort, aber nicht das letzte Wort der Theologie. Indem diese ihre Systematik ausbildet, greift sie unausweichlich wieder zu den Mitteln des philosophischen Denkens, verankert sie wieder die Pistis im Logos und gibt sich das Leitthema, dem sie anderthalb Jahrtausende gefolgt ist: *fides quaerens intellectum*.

---

<sup>64</sup> Ebd, 46, 18 und 47, 10: „Adeo quid simile philosophus et Christianus, Graeciae discipulus et caeli [...] amicus et inimicus erroris, veritatis interpolator et integrator et expressor, et furator eius et custos? [...] Expedite autem praescribimus alidukteris nostris illam esse regulam veritatis, quae veniat a Christo transmissa per comites ipsius, quibus aliquanto posteriores diversi isti commentatores probabuntur“.



## Dirk Kutting

### Paul Schempp zur Möglichkeit und Unmöglichkeit religiöser Bildung

#### Vorbemerkung

Mitte der 80er Jahre hätte ich als westdeutscher Student der evangelischen Theologie gerne ein Gemeindepraktikum in der DDR gemacht. Leider bekam ich dafür kein Visum. Daher machte ich mich von Westen aus auf die Suche nach der evangelischen Theologie in der DDR. Zunächst erkundigte ich mich nach Zeitschriften. Ich fand die evangelische Monatsschrift „Standpunkt“. Die Artikel gaben mir einen ersten Eindruck kirchlichen Denkens, daß vor allem der Ost-CDU nahe stand.

Im „Standpunkt“ 10, 1985 konnte ich dann eine Würdigung von Dieter Kraft zu Hanfried Müllers 60. Geburtstag lesen. Wenn man so will: Ich hatte gefunden, was ich suchte.

Ein Briefwechsel mit Hanfried Müller entstand, ich las die „Weißenseer Blätter“ und vor allem die „Evangelische Dogmatik“ Hanfried Müllers. Ich liebte dieses Buch, daß mich wie kein anderes in dialektischem Denken schulte und die Urväter der dialektischen Theologie an Präzision noch überbot (und überbietet). 1987 konnte ich dann im Namen der evangelischen Fachschaft, der ESG und der Zeitschrift „Neue Stimme“ Rosemarie Müller-Streisand und Hanfried Müller zu zwei Vorträgen zum Darmstädter Wort in Mainz begrüßen. Vorher hatte ich schon die Gastfreundschaft bei Müllers in Berlin genossen, die mir unvergeßlich ist. Es wurde viel geraucht, rheinhessischer mit ungarischem Wein verglichen und natürlich viel diskutiert. In einem unserer Gespräche machte mich Hanfried Müller darauf aufmerksam, daß eine ordentliche Arbeit über Paul Schempp fehlt, für deren Realisierung er eventuell an mich dachte. Ich promovierte später jedoch bei Eilert Herms in Tübingen, so daß das Thema „Paul Schempp“ unbearbeitet liegen blieb. Seit 1992 nun arbeite ich als Pfarrer im Schuldienst und erteile evangelischen Religionsunterricht, zunächst in Frankfurt/Main in einer Berufsschule für Metallberufe, dann seit 2000 in einem humanistischen Gymnasium in Mainz. Hanfried Müller und ich haben sehr unterschiedliche Vorstellungen zur Frage von Sinn und Zweck des Religionsunterrichts an der öffentlichen Schule.

Hanfried Müller will bestenfalls (oder vielleicht besser: schlimmstenfalls) einen religionskundlichen Religionsunterricht à la LER akzeptieren, womit er interessanter Weise mit dem kürzlich verstorbenen Nestor der Praktischen Theologie Gert Otto übereinstimmt.

Ich vertrete einen Religionsunterricht, der offen für eine konfessionell-christliche Orientierung eintritt. Denn: Im Spiel weltanschaulicher Positionen mögen alle Karten benutzen, der Religionsunterricht legt dabei jedoch in der Schule seine als einziges offen auf den Tisch. Denn Schule wird zwar bildungspolitisch als weltanschaulich neutraler Ort betrachtet, aber in der Schulpolitik und der Wirklichkeit der Schulpraxis kommen immer auch weltanschauliche Gesinnungen zum tragen, die verdeckt den Kindern vermittelt werden. Beim (konfessionellen!) Religionsunterricht wissen die Kinder (und

deren Eltern) immer, welche gesinnungsbildenden Inhalte Gegenstand des Unterrichts sind, weshalb es für diesen Unterricht das Recht gibt, sich von ihm abzumelden. Der Religionsunterricht ist somit der einzige Unterricht, der die Kinder nicht heimlich indoktriniert, weil, wenn man so will, die Doktrin Aufgabe und Inhalt dieses Unterrichts ist.

Ich möchte Hanfried Müller zum 80. Geburtstag grüßen, in dem ich Paul Schempps Position zur religiösen Bildung und zum Religionsunterricht darstelle und meine Überlegungen daran anschließe. In meiner Darlegung begleiten mich viele Einwände Hanfried Müllers, die ich zwar beinahe hören kann, die ich aber nicht formulieren möchte, um nicht einer möglichen Reaktion von seiner Seite vorzugreifen.

### 1. Paul Schempp (1900-1959)<sup>1</sup>

Paul Schempp, geboren am 4. Januar 1900, war schon in seiner Repetentenzeit im Tübinger Stift 1925 bis 1929 der geistig führenden Kopf für Studenten und jüngere Pfarrer, welche von der „Theologie des Wortes“ ergriffen waren. Der berufliche Weg Schempps war gepflastert mit Konflikten. Seine Stelle in Waiblingen gab er auf, da er die Einziehung der Kirchensteuer ablehnte. Als Religionslehrer in Stuttgart wurde er 1933 als politisch untragbar entlassen, weil er im Lehrerzimmer gesagt hatte: „Jetzt gehe ich zu meinen Kriegerwitwen.“ Daraufhin übertrug ihm die Württembergische Landeskirche das Pfarramt im Dorfe Iptingen, das er zehn Jahre lang versah. Im Gegensatz zu seinem Kirchenpräsidenten Theophil Wurm, trat Schempp entschieden für einen von Barmen vorgezeichneten Weg der Bekennenden Kirche ein. 1938 gehörte Schempp zu einem der 80 Pfarrer der württembergischen „kirchlich-theologischen Sozietät“, die den von der Kirchenleitung geforderten Eid auf Hitler verweigerten. Obwohl Schempp 1939 als Pfarrer von der Landeskirche abgesetzt wurde, konnte er auf Wunsch seiner Iptinger Gemeinde sein Pfarramt weiterführen. Nach heftigen Konflikten legte Schempp sein Pfarramt nieder und trat 1943 aus der Landeskirche aus. Er arbeitete als kaufmännischer Angestellter und beteiligte sich zusammen mit seiner Frau Erika an der Organisation der Beherrbergung untergetauchter Juden. Nach Wehrmachtseinzug und Kriegsgefangenschaft, nimmt er mit Hermann Diem 1946 in der Sozietät mit neuem Elan die kirchlich-theologische Arbeit auf. 1948 bekommt er wieder das Predigtrecht auf landeskirchlichen Kanzeln. Mit Zustimmung des Oberkirchenrats wird ihm eine Studienratsstelle an einem Stuttgarter Gymnasium übertragen, die er von 1949 bis 1958 wahrnimmt. Als Theologieprofessor an die Universität Bonn berufen, kann er dort nur ein Semester lesen. Paul Schempp stirbt nach schwerem Leiden am 4. Juni 1959.

---

<sup>1</sup> Eine kurze Einführung zum Lebensweg Paul Schempps bietet: Martin Widmann, Paul Schempp und die Sozietät, in: Paul Schempp, Der Weg der Kirche. Dokumentation über einen unerledigten Streit, Berlin 1985, 29-34. Aus Widmanns Darstellung übernehme ich hier die wichtigsten Daten von Paul Schempps Leben.

## 2. Paul Schempps Vortrag „Der religiöse Bildungsvorgang“, 1933<sup>2</sup>

Die beiden ersten Kapitel seines Vortrags sind überschrieben „Religiöse Bildung ist möglich“ und „Religiöse Bildung ist heute unmöglich“. Man könnte von daher denken, daß religiöse Bildung zwar generell möglich ist, aber unter den damaligen Zeitbedingungen eine Unmöglichkeit darstelle. Schauen wir, ob er Schempp das meint.

Zunächst also: „Religiöse Bildung ist möglich“

Ausgangspunkt für Schempps Argumentation bildet die These: „... Bildung jeder Art hat als Ausgang und Ziel irgendeinen Glauben oder Aberglauben, etwa den Glauben an die Persönlichkeit, an die Kultur, an das Vaterland u. dergl., und je mehr das verheimlicht wird, desto mehr wird eben daraufhin dressiert,...“ (25).

Man muß von daher folgern, religiöse Bildung ist nicht nur möglich, sondern eine allgegenwärtige Tatsache. Alle Bildner nehmen mehr oder weniger die Kinder für ihre eigenen Weltanschauungen in Anspruch, das läßt sich auch dann nicht vermeiden, wenn ich das Kind als spontanes Wesen betrachte, dem keine Vorgaben gemacht werden sollen. Ein Lehrer, der jede inhaltliche (religiös-weltanschauliche) Vorgabe ablehnt, hat auch eine Vorstellung über die Bestimmung des Menschen, nämlich die, daß sich der Mensch von sich aus als Individuum selbst verwirklichen kann, ohne auf die Gesellschaft und ihre Ordnung(en) Rücksicht nehmen zu müssen.

Jedoch schränkt Schempp ein, auch wenn jeder Bildung ein Glaube oder Aberglaube zugrunde liegt, so ist doch einzuwenden: „Religion ist Geschenk, nicht entwicklungsfähige Anlage, sie ist unmittelbar zu Gott, nicht übertragbar, sie beruht auf Offenbarung, und „offenbaren“, „erleuchten“ kann nur das Göttliche selber; die beste Bildungsmethode hätte da nichts voraus vor der schlechtesten, denn Gott könnte sich gerade so gut der Einfalt oder Narrheit wie des psychologischen Scharf- oder Tiefsinns bedienen, um Religion mitzuteilen;...“ (26).

Wenn also anscheinend beides gilt: jeder Bildungsvorgang hat religiöse Voraussetzungen und Konsequenzen *und* Religion ist letztlich nicht vermittelbar, dann ist für Schempp nur viererlei möglich:

„1. Religionsdressur mit dem Bewußtsein, daß das religiöse Genie sich mit Recht dagegen auflehnt; 2. Religionsbeschreibung mit dem Willen zu schrankenloser Toleranz; 3. Religionsexperiment mit der Bescheidenheit, Erfolg oder Mißerfolg Gott zu überlassen; und 4. Religionsabbau mit dem ehrlichen Ziel, gerade dadurch Offenheit zur Offenbarung zu schaffen.“ (26) Er schreibt weiter: „... ganz ohne die Anmaßung des ersten und drittens Falles und ganz ohne die Bescheidenheit des zweiten und vierten Falles wird wohl keine religiöse Bildungsarbeit möglich sein.“ (27) Ich finde mein Verständnis von Religionsunterricht eher in den „anmaßenden“ Punkten eins und drei wieder und vermute nicht ganz falsch zu liegen, daß sich Hanfried Müller wohl eher mit den „bescheidenen“ Punkten zwei und vier identifizieren kann.

Aber Schempp bleibt bei diesem „viererlei Möglichen“ nicht stehen, sondern geht weiter, in dem er wieder zu seinem Ausgangspunkt zurückkehrt. Ist Bildung möglich,

---

<sup>2</sup> Vortrag vor einer Arbeitsgemeinschaft von Religionslehrern in Stuttgart, 1933. In: Paul Schempp, Gesammelte Aufsätze, München 1960, 25-37. (Ich zitiere die Seitenzahlen im Text).

dann ist auch religiöse Bildung möglich. Die Angst, den Menschen zu nahe zu treten und sie religiös beeinflussen zu wollen, sei grundlos. Wenn jeder Bildungsvorgang beeinflusst, warum dann nicht auch religiöse Bildung? „Der Weg der Bildung geht vom Zwang zur Freiheit in der Ganzheit des Menschen, also gerade und am meisten in der Religion.“ (27) Und das „Viererlei“ überbietend setzt er die These: „Echte, erfolgreiche, Religion verwirklichende religiöse Bildung sei möglich, und das heißt: religiöse Bildungsarbeit muß mit der Zuversicht darauf geschehen, daß durch sie Bildung überhaupt erst ihre Berechtigung, ihre Einheit und ihre Maßstäbe bekommt.“ (27) Dem entsprechend widerspricht Schempp klar und deutlich der Behauptung Religion sei Privatsache oder es gäbe eine religiöse Neutralität des Staates: „Es gibt überhaupt keine Privatsachen in der Schule, wenn sie Menschen bilden will. Es ergibt dagegen nur eine Zerreißung des Menschen in private, familiäre, staatliche und kirchliche Interessenssphären, wenn man die Bildung aufteilt nach den Gebieten unantastbarer, individueller Freiheit und elterlicher, staatlicher und kirchlicher Einflußsphären, wie es heute tatsächlich geschieht.“ (27)

Ist der Mensch also religiös bildungsfähig, dann heißt das für Schempp: „Er hat zu allen Zeiten und an allen Orten Anlage für Glauben und Unglauben, Angst und Sehnsucht, Lieben und Hassen, Beten und Fluchen; er kann ohne Altäre nicht leben - die Bibel drückt das so aus, daß mit dem Sündenfall die Religion begonnen habe; aber das heißt auch, daß die Bildung in Raum und Zeit geschieht und daß man also nur in einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort bestimmten Menschen eine bestimmte Religion einpflanzen kann.“ (28)

*„Religiöse Bildung ist heute unmöglich.“*

Hier bietet Schempp - durch das Wort „heute“ schon angedeutet - keine kategorialen Überlegungen zur prinzipiellen Unmöglichkeit religiöser Bildung, sondern beschreibt deren Gegenwartsbedingungen. Da sind zu nennen: Die verschiedenen Weltanschauungen der Lehrer, die immer vorhanden sind, wobei es um die Bildung gar noch schlimmer steht, werden diese zurück- und geheimgehalten, als offengelegt. Bringen die Lehrer nur ihr Wissen an den Mann, dann überlassen sie den Schülern, die schwierigere Arbeit, dieses Wissen, wie man heute sagen würde, für ihre eigene Orientierung zu verarbeiten. Bildung hieße dann, die Schüler sind sich selbst überlassen und müssen allein mit dem Wust an Fakten zurechtkommen. Die Wurzeln der Bildung, der der damalige Lehrplan seicht und vieldeutig mit „Antike, Volkstum und Christentum“ (29) umschreibt, bleiben zu unbestimmt. Grundverschieden deutbar, in Auflösung oder Umdeutung begriffen, lassen diese Wurzeln bestenfalls eine „religiösen Kosmopolitismus“ (29) zu.

Der Lösungsansatz, den Schempp vorschlägt, liegt in der Bildung von Gemeindeschulen. „Gemeindeschulen! Das ist etwas Sinnvolles, da ist doch der geographische Ort festgehalten und eine Gemeinde erzieht ihre Jugend in sich hinein.“ (29f) Der Bildungsauftrag geht nach Schempp an die Gemeinde, d.h. für Schempp wohl an die kirchliche Ortsgemeinde, die deckungsgleich mit einer politischen Gemeinde ist, jedoch unabhängig von der landeskirchlichen Struktur. „Gäbe es heute auch im religiösen Sinne Gemeinde, dann müßte man fordern, daß sie ihre eigenen Schulen errichten, um wirkliche religiöse Bildung wieder zu ermöglichen. Aber die geographisch begrenzten Gemeinden müßten es tun, nicht irgendeine Landeskirche, die nur eine Verwaltungsorganisation ist

und keine Gemeinde, und wohlgemerkt eine Gemeinde müßte eine Schule bilden, nicht eine Schule eine Gemeinde, eine sogenannte Schulgemeinde!“ (30)

Das wäre sicher Bildung aus einem Guß, wenn eine überschaubare, kirchlich verwurzelte, bürgerliche Gemeinde selbständig Schule machen würde. Ich vermute aber, daß Hanfried Müller, ebenso wie ich, diesen Gedanken heutzutage als romantisch und unrealistisch einschätzt. Zu heterogen sind unsere Gemeinden heute, als daß sich aus ihnen heraus einheitliche, übereinstimmende Bildungseinrichtungen ergeben könnten.

Jedoch sieht Schempp selbst die Unmöglichkeit einer Umsetzung seiner Idee einer Gemeindeschule: „Zur Ermöglichung religiöser Bildung gehört eine religiöse Bildungssphäre, eine Umwelt, aus der heraus und in die hinein erzogen wird. Dazu gehört eine religiöse Gemeinde, ein religiöses Bekenntnis, eine religiöse Schule und die Durchdringung des gesamten Bildungstoffes von dieser bestimmten religiösen Perspektive aus. All das ist heute in keiner staatlichen Schule, auch nicht in den konfessionellen Volksschulen der Fall, und deshalb ist der Satz berechtigt: Religiöse Bildung ist heute unmöglich.“ (30)

Paul Schempp kommt zu einem (im Kontext der NS-Diktatur) überraschenden Schluß. Er formuliert:

*„Christlich gesehen ist der Erfolg jeder echten und tiefen religiösen Bildungsarbeit Pharisäismus.“*

Entgegen dem rassistischen Zeitgeist hat das Wort „Pharisäismus“ für Schempp eine positive Bedeutung: „Will man ein Beispiel erfolgreicher religiöser Erziehung in der Geschichte finden, so bietet es der jüdische Pharisäer. Er ist von Kopf bis Fuß auf Religion eingestellt. Sein ganzes privates und öffentliches Leben hat die positive, strenge Religion des Gesetzes zur Richtschnur. Es hat in der Weltgeschichte noch nie eine größere, tiefere, umfassendere Frömmigkeit gegeben als die pharisäische.“ (34) Wenn man den Glauben an Christus nicht im Unterricht vermitteln oder durch Erziehung bewirken kann, weil Glaube Geschenk des Heiligen Geistes ist, dann bleibt nur der Pharisäismus als positive Möglichkeit. „Religiöse Bildung heißt: sich der Religion bemächtigen, sich Religion zu eigen machen. Ihr Produkt ist der religiöse Mensch im Unterschied zum nichtreligiösen, und das war der Pharisäer.“ (34) Wenn man also den Glauben an die Gnade Gottes in Christus nicht vermitteln kann, weil der Glaube selber nur Gnade ist und es keinen Erziehungsweg zu Christus gibt, weil Christus selber der Weg ist, dann stellt sich die Frage, ob nicht alle christliche Erziehung einzustellen ist. Den spannenden dialektischen Vorgang den Schempp im folgenden beschreibt, spricht jedoch ein deutliches - wenn auch gebrochenes - Ja zur religiösen Bildung. Man könnte dabei vielleicht in der Terminologie Hegels von einer Aufhebung der Religion sprechen. Der Weg des Menschen in der Frage der Religion ist der Weg des Gesetzes. Der religiöse Mensch kann nicht anders, als Religion zu leben und weiterzugeben. Der Weg Gottes ist die Aufhebung der menschlichen Bemühungen um die Religion, in dem Gott den Menschen von seinen Bemächtigungsversuchen ihm selbst gegenüber gnädig befreit. Wir müssen unsere Wege zu Gott gehen, um in die irre zu gehen, um zu erfahren, daß allein Gott einen Weg zu uns gefunden hat.

Paul Schempp schreibt: „Die Versuchung Jesu ist die Versuchung der Religion, und ihr entgeht man gerade nicht durch die Flucht vor der Religion, durch das Nicht-Wissen-Wollen darum, was Gut und Böse ist, weil diese Flucht selber das Fallen in diese

Versuchung ist, nämlich die Meinung, diese Flucht sei gut und die Religion sei böse. Wir wollen religiöse Erziehung. Wir wollen, daß der Mensch bis auf Essen und Trinken religiös sei. Wir wollen den Pharisäer, weil wir die Erfüllung des Gesetzes wollen, die Erfüllung unserer religiösen Anlage; das Gesetz ist dem Menschen ins Herz geschrieben. Wir weichen dieser Versuchung nicht aus, denn wer vor dem Teufel flieht, den jagt er.“ (35) Der christlich-religiöse Mensch steht immer vor der Aufgabe, Christus als das Ende seiner Religion anzuerkennen. Religiöse Erziehung hat vor Gott keinen Vorzug. Wenn Gott selbst ins Licht tritt, dann wird alle religiöse Bildung, wie es für den Pharisäer Paulus der Fall, Kot und Dreck. Religiöse Bildung steht immer im Schatten eines eschatologischen Vorbehalts: Es gibt keine religiöse Bildung, die gerecht vor Gott macht, es gibt keinen Bildungsvorgang, der auf Gericht und Gnade hin erzieht. Sündenerkenntnis und Buße lassen sich nicht bilden. Diese Grenze religiöser Bildung läßt sich menschlicherseits nicht überschreiten, wir können diese Grenze in unserer Religiosität nicht einmal wahrnehmen, an dieser Grenze läßt sich einzig von Gericht und Gnade Gottes *zeugen*: „...unsere Grenze ist die Freiheit Gottes, nicht die unserer religiösen Bildung, die Freiheit Gottes, den Pharisäer zu verstocken und die Zöllner anzunehmen. Wenn wir diese respektieren, dann wollen wir den Pharisäer, aber halten es zugleich mit den Zöllnern und Sündern und bitten, alle Bildungsvorgänge mögen von Gott zu religiösen Bildungsrückgängen gemacht werden, zu Rückgängen hin zur Einfalt des Herzens, die wir nicht schaffen und bilden, nicht anvisieren und in unser Programm aufnehmen können. Denn je mehr man da bildet, desto weniger entsteht Einfalt.“ (36) Das letzte Hindernis und damit den Pharisäismus zu überwinden und dahin zu kommen, daß sich Religion von selber versteht und Religion die Innenseite aller Bildung und des Lebens ist, „dieses Hindernis können wir nicht beseitigen.“ (36)

### 3. Das gute Werk des Religionsunterrichts und sein gutes Mißlingen

Ich möchte nun weniger Paul Schempp als Schiedsrichter zwischen meinem und Hanfried Müllers Verständnis religiöser Bildung einsetzen, als versuchen, mit Paul Schempp meine Position zu formulieren. Sollte meine Interpretation Hanfried Müllers Verständnis widersprechen, ist er aufgerufen seine Interpretation Paul Schempps vorzulegen.

„Wir haben solchen Schatz in irdenen Gefäßen, auf daß die überschwengliche Kraft sei Gottes und nicht von uns.“ (2. Kor. 4,7) Diese Aussage Paulus' umschreibt für mich treffend Unmöglichkeit und Möglichkeit von religiöser Bildung und Religionsunterricht. Ich halte den Religionsunterricht in lutherischer Perspektive für ein gutes menschliches Werk. Paul Schempp hat sicher recht, daß ein paar Stunden Religionsunterricht nicht den Menschen zu einem religiös gebildeten Menschen machen können. Und ich denke ebenfalls Schempp nicht zu widersprechen, wenn ich überzeugt bin, daß jede Bildung ein religiöses Fundament braucht und hat.

Bildung ist immer ein Prozeß der zweierlei auf zwei Weisen vermittelt und verbindet. Gelungene Bildung vermittelt *erstens* Fertigkeiten, Können und Wissen. Dies ist alles, was sich vermitteln, sprich aneignen oder lernen läßt. Gelungene Bildung verbindet jedoch *zweitens* die disparaten Daten technischen Wissens und die vermittelten Fertigkeiten zu einer Ordnung. Ein gebildeter Mensch kann das Gelernte einordnen, er hat mit seiner Bildung ein Steuerungsinstrument für sein Leben, er hat eine ethische Orientierung gewonnen, die ihn einerseits unabhängig im Urteil macht und ihn sogleich als ver-

antwortliches Mitglied der Gesellschaft in die Pflicht nimmt. Dies zweite, als Fähigkeit, sich verstehend und handelnd in der Welt zurechtzufinden, möchte ich mit Schleiermacher als *Gesinnung* bezeichnen. Gesinnung meint dann eine handlungsorientierende Gesamtsicht oder daseinsbestimmende Gewißheit, eine (um mit Paul Schempp zu sprechen) Durchdringung der Wirklichkeit von einer bestimmten Perspektive aus, die eine Person oder eine Gemeinschaft von Personen stetig und beharrlich bestimmt.

Diese beiden Formen von Bildung werden auf zwei Weisen vermittelt. *Erstens* wird ein Mensch je jünger er ist, um so mehr rezeptiv sein (müssen). Die Vorgaben kommen aus der Welt der Erwachsenen. Das Kind ist zunächst rein empfänglich. *Zweitens* gewinnt das Kind im Laufe seiner Entwicklung immer mehr die Möglichkeit aus seiner zunächst überwiegend passiven Rolle herauszuwachsen zu eigener Spontaneität. Das Kind wird - je älter und je eigenständiger es wird - selbst aktiv in seiner Bildung, es gewinnt also zunehmend an Selbständigkeit.

Was hat das nun mit religiöser Bildung zu tun?

Religiöse Bildung ist die „Innenseite aller Bildung“ (Paul Schempp, s.o.). Wenn man auch Wissen und Können relativ unabhängig von den inneren Überzeugungen der Lernenden vermitteln kann und dies auch für möglichst viele Mitglieder der Gesellschaft tun soll, so hat man damit noch nicht die Fähigkeit vermittelt, dieses Wissen und Können für die Gesellschaft gewinnbringend einzusetzen. Es fehlt die ethische Orientierung. Nun gibt es nicht *eine* ethische Orientierung oder *eine* Gesinnung, die man für alle gleichermaßen fordern könnte, sondern es gibt verschiedene Grundauffassungen von dem was dem Leben und dem Gemeinwohl dient. Die Grundauffassung vom „guten Leben“, die Gesamtperspektive, die den Einzelnen bewußt oder unbewußt in seinem Handeln bindet, bezeichne ich als religiös, in dem ganzen weiten Verständnis, wie es auch Paul Schempp in seinem Vortrag immer deskriptiv als „Anlage zum Glauben bzw. Unglauben“ bezeichnet. Religiös (bzw. weltanschaulich) ist jede handlungsorientierende Gesamtsicht der Wirklichkeit (d.i. wie schon gesagt „Gesinnung“), weil in dieser Gesamtsicht eine Gewißheit über Ursprung, Weg und Ziel des Menschen (und der Menschheit) zum tragen kommt. Ich behaupte, kein Mensch lebt ohne eine solche Gewißheit, sei sie noch so unklar und verworren. Jedoch, behaupte ich weiter, steigt die Handlungsfähigkeit mit der Bewußtheit der eigenen Gesinnung. Je genauer ich meine Daseinsgewißheit (meine religiös-weltanschauliche Gesinnung) beschreiben kann, um so besser kann ich sie im privaten und öffentlichen Leben bewähren. Als Konsequenz heißt das, religiöse (oder auch weltanschauliche) Bildung stellt eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe dar, die nicht nur mit ein paar Stunden Religionsunterricht abzudecken ist.

Welche Konsequenz hat das für die institutionelle religiöse (oder auch weltanschauliche) Bildung?

Weil religiöse Bildung eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe darstellt, würde ich - in Abwandlung von Paul Schempps Überlegung zur Gemeindeschule - dafür eintreten, daß Religionsunterricht für die Kinder einer bestimmten Konfession zwar sinnvoll ist, aber es noch besser wäre, Schulen in verschiedener Trägerschaft anzubieten. Ähnlich wie in den Niederlanden sollte der Staat die Schulen finanzieren und Träger mit unterschiedlicher religiös-weltanschaulicher Orientierung sollten Schule machen dürfen. Dann hätten die Eltern die Wahl, ob sie ihr Kind in eine christlich konfessionelle Schule schicken oder vielleicht in eine Schule, die von der Humanistischen Union oder den Gewerk-

schaften geleitet wird. Die Schulen müßten dann in eine Konkurrenz untereinander treten und zeigen, ob sie gut sind.

Wenn jedoch mein Ausgangspunkt die religiöse Bildung oder der Religionsunterricht als gutes Werk bildet, was meint dann das gute Mißlingen von beidem?

Es ist genau das, was Paul Schempp radikal mit der Anlage des Menschen zu Glauben oder Unglauben als Sündenfall beschrieben hat. Wir müssen in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit Strukturen, Ordnungen und Institutionen bilden und tun dies auch im religiösen Bereich, wie die beiden großen Kirchen in Deutschland zeigen. Wir müssen aber wissen, daß damit nur die Gestaltung der sichtbaren Kirche als gutes Werk besorgt wird. Der Vollzug des Bildungsauftrags der Kirchen kann nur die äußeren Mittel auf dem Weg zur „Einfalt des Herzens“ bereitstellen.

Religion, die wirklich die „Innenseite aller Bildung“ zur Geltung bringen will, kann nur in dem Perspektivenwechsel liegen, der sich einstellt, wenn Gott selbst zum Herzen spricht, das ist nicht machbar. Jeder, der religiös bildet, hat den Schatz nur in irdenen Gefäßen, darf diesen darum aber nicht verbergen. Er muß darauf vertrauen, daß Gott selbst unsere irdischen Gefäße mit seinem Reichtum füllt.



## Ulrich Schneider

### Evangelische Christen zwischen Kollaboration und antifaschistischem Widerstand

#### Vorbemerkung

Im September 1987 erschien in der Zeitschrift „Neue Stimme“ ein Aufsatz von Hanfried Müller „Gegen das deutschnationale Christentum“, in dem er sich mit der Aktualität des „Darmstädter Wortes“ von 1947 beschäftigte. Dieser Text war die gekürzte Fassung eines Vortrages, den er gemeinsam mit seiner Frau im Juni des Jahres 1987 in Mainz gehalten hatte. Seine Schlußfolgerungen lauteten damals: „Aktuell ist die Versuchung zum Kaltenkrieg, aktuell ist die Versuchung, eine Front der Kinder des Lichtes gegen die Kinder der Finsternis zu bilden, aktuell ist die Versuchung zu deutschnationalem Revisionismus. Das ‚Dogma‘ von Darmstadt scheidet bis heute die Geister.“<sup>1</sup>

Wenn man den Begriff „Kinder der Finsternis“ durch „Schurkenstaaten“ ersetzt, dann ist Hanfried Müllers Warnung auch im Jahre 2005 voller Aktualität.

Der Zufall wollte es, daß in der gleichen Ausgabe der Zeitschrift eine umfangreiche Rezension meiner ein Jahr zuvor erschienenen Doktorarbeit über „Die Bekennende Kirche zwischen ‚freudigem Ja‘ und antifaschistischem Widerstand“ abgedruckt wurde. Der Rezensent verwies auf die Auseinandersetzung um diese Arbeit in der Landeskirche, da hierin tradierte Geschichtsbilder in Frage gestellt wurden. Seine Schlußfolgerungen lauteten: Dieses Buch sei „wichtig für Menschen, die sich heute antifaschistisch orientieren und aktiv werden. Christen sollte das Buch helfen, intensiv über die jüngste Geschichte der Kirche nachzudenken, damit die nach 1945 an den Tag gelegte ‚organisierte Unbußfertigkeit‘ (Hans Joachim Iwand) überwunden werden kann. Antifaschistischen Nichtchristen kann es helfen, Christen besser zu verstehen, die sich unter Schwierigkeiten von ihrer Vergangenheit lösen und heute antifaschistische Positionen einnehmen.“<sup>2</sup>

Was scheint daher passender für diese Festschrift, als ein Beitrag, der sich mit der - wenn auch zufälligen - Schnittstelle gemeinsamer kirchengeschichtlicher Beschäftigung auseinandersetzt?

Und dabei dürfte sich zeigen, daß trotz unterschiedlicher Perspektiven eines Theologen und eines Politikwissenschaftlers die Einschätzungen zu Ursachen und Konsequenzen kirchenpolitischen Handelns in der NS-Zeit nur wenig differieren. Es geht beiden darum, welche Rolle Kirchen und Christen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ihrer Zeit spielen.

---

<sup>1</sup> In: Neue Stimme, Heft 9/1987, S. 17.

<sup>2</sup> In: Neue Stimme, 9/1987, S. 31.

### 1. Bekennende Kirche als Widerstandsorganisation?

Es gehört zu den Allgemeinplätzen der Kirchengeschichtsschreibung, das Verhalten evangelischer Christen in der Zeit des deutschen Faschismus mit dem Wirken der „Bekennenden Kirche“ zu verbinden und diese als Teil der Widerstandsbewegung zumindest aber als Nazigegner zu verstehen.

Begründet wird dies zumeist mit Hinweis auf die „Blutzeugen“, auf die Verfolgung einzelner Persönlichkeiten durch den faschistischen Terrorapparat, wie z.B. Martin Niemöller, der als „persönlicher Gefangener Adolf Hitlers“ im KZ festgehalten wurde, oder Dietrich Bonhoeffer, der am Ende seiner Haftzeit im KZ Flossenbürg noch am 9. April 1945 ermordet wurde. Weitere Blutzeugen aus fast allen Landeskirchen und Kirchenregionen der evangelischen Kirche lassen sich anführen.

Dies war auch eine der Begründungen, mit der der Bayerische Kassationsgerichtshof in einer Grundsatzentscheidung zu den Spruchkammern im Oktober 1946 die Bekennende Kirche als „Widerstandsbewegung“ anerkannt hatte.

Es überrascht daher auch nicht, daß dieses Selbstbildnis des Protestantismus durch die führenden Vertreter der Kirchengeschichtsschreibung in den folgenden Jahrzehnten versucht wurde zu untermauern, zu nennen wären insbesondere Wilhelm Niemöller, Heinrich Hermlink und Klaus Scholder oder - aus der Leipziger Schule - Kurt Meier und Kurt Nowak, die sogar das Bild vom „Resistenzfaktor Volkskirche“ versuchten zu entwickeln.

Selbstkritische Stimmen, wie Eberhardt Bethge mit seiner beeindruckenden Bonhoeffer-Biographie oder gar der Kirchengeschichtskritiker Hans Provingheuer konnten diesem „Selbsterweis“ der Kirche als Widerstandskraft nicht ernsthaft entgegenreten.

Erst seit Ende der 80er Jahre haben jüngere Kirchengeschichtsforscher einen differenzierten Blick auf verschiedene Aspekte der Kirchengeschichte entwickelt und dabei erhebliche Brüche in dem heilen Bild der widerständischen Evangelischen Kirche gefunden. Doch immer noch hält sich das Bild der Bekennenden Kirche als Teil des Widerstandes.

Diese Selbstdarstellung als Teil des Widerstandes war nicht nur eine - diskutierbare - Geschichtsperspektive, sondern hatte besonders in den ersten Nachkriegsjahren eine durchaus praktische Bedeutung. Für die Vertreter des deutschen Protestantismus - vor allem in den Westzonen und der spätere BRD ergab sich daraus konkrete Vorteile:

a) Die evangelische Kirche konnte sich mit dieser Bewertung der Kontrolle durch die öffentlichen Spruchkammern entziehen und ihren Anspruch auf „interne Bereinigung“ der kirchlichen Verfehlungen wirksam verteidigen. Diese Praxis führte im übrigen dazu, daß nur sehr wenige Pfarrer und Kirchenführer aus ihren Ämtern entfernt wurden. Nur offene Vertreter der „Deutschen Christen“, die sich in herausragender Funktion dem faschistischen Regime angedient hatten, mußten Versetzungen in Kauf nehmen oder verloren in Einzelfällen ihr Amt. Andere, die aus konservativ-monarchistischer Perspektive die Errichtung der faschistischen Herrschaft fast euphorisch begrüßt hatten (Dibelius), konnten unbeschadet ihre Funktionen in der Nachkriegskirche beibehalten.

b) Ansprüche auf Wiederherstellung ehemaliger Rechtszustände, Restitutionsen und Machtpositionen konnten in den ersten Monaten der Jahre 1945 bis 1947 mit Hinweis auf diese Widerstandsrolle legitimiert werden. Dies betraf besonders die Durchsetzung

von Eigentumsansprüchen und Entschädigungen für Verluste, die sich aus der faschistischen Kriegspolitik ergeben hatten. Anders als Hauptverantwortliche und Mittäter wurden kirchliche Einrichtungen, selbst wenn sie an der Umsetzung faschistischer Verbrechen - zu erinnern sei nur an die Beteiligung an den Euthanasieverbrechen - beteiligt waren, in keiner Weise belangt.

c) Mit dieser Bewertung waren Pfarrer und andere Vertreter der BK legitimiert, als „unbelastete Persönlichkeiten“ so genannte „Persil-Scheine“ auszufertigen, die wiederum vor den Spruchkammern als Entlastungsdokumente anerkannt wurden. Von dieser Möglichkeit machten Pfarrer oftmals exzessiv Gebrauch. Einzelne von ihnen legitimierten dies mit der nur noch pervers zu nennenden Argumentation, daß man den Fehler im kirchlichen Verhalten während der NS-Zeit, sich nicht genügend für Verfolgte eingesetzt zu haben, nicht wiederholen wolle.

Doch auch in den 50er und 60er Jahren brachte dieses Selbstbild - besonders in der alten Bundesrepublik - noch konkrete Vorteile. Während auf der einen Seite die tatsächlichen Kämpfer gegen den deutschen Faschismus durch Antikommunismus und Restaurationspolitik ins gesellschaftliche Abseits gedrängt wurden, manche von ihnen wegen ihrer linken politischen Überzeugung - nach der Haft in faschistischen Konzentrationslagern - nun in Gefängnissen der Bundesrepublik Deutschland landeten, waren die Kirchen (und dabei die evangelische und katholische gleichermaßen) die „moralische Institution“, die das Widerständische bei entsprechenden öffentlichen Verlautbarungen repräsentierten.

Und man pflegte dieses Bild durch die fleißige Sammlung von Äußerungen bzw. offiziellen Verlautbarungen der faschistischen Führung von Rosenberg aus seinem „Mythus des 20. Jahrhunderts“, von Martin Bormann und seinen Verlautbarungen aus dem „Braunen Haus“, von Reichskirchenminister Hanns Kerrl, von Adolf Hitler selber oder auch von den verschiedenen regionalen Nazigrößen, die sich oftmals über das Störpotential der evangelischen Kirche beschwert hatten.

Als Historiker kann man durchaus bestätigen, daß all diese Quellen und Dokumente bedeutend sind. Sie zeigen, was die faschistische Führung in den verschiedenen Jahren ihrer Herrschaft von der evangelischen Kirche auf den Ebenen von Ideologie und Politik gehalten hat und wie sie mit einer Institution, wie der Kirche nach dem „Endsieg“ umzugehen gedachte. Das Beispiel Wartegau - die okkupierten polnischen Gebiete - galt als Modellregion, in der solche Entwicklungen exemplarisch durchexerziert wurden.

Die Sammlung und Auflistung solcher Fremdperspektiven ist jedoch - und hier beginnt die spannende Diskussion der Historiker - beileibe nicht identisch mit dem Selbstverständnis der Kirchen und kirchenleitenden Persönlichkeiten, über die seitens der faschistischen Herrschaft geurteilt wurde.

Und es gehört zu den Notwendigkeiten einer kritischen Aufarbeitung der evangelischen Kirchengeschichte sich der Ambivalenzen und Anpassungen der kirchlichen Leitungen klar zu werden. Nur dann ist es möglich, das tatsächlich geleistete widerständische Verhalten Einzelner in seiner historischen Bedeutung angemessen zu beurteilen. Erst dann wird erkennbar, welche große Leistung es - auch und gerade in der

evangelischen Kirche - für jeden einzelnen Pfarrer, für jedes einzelne Kirchenglied gewesen ist, gegen den Zeitgeist und die politische Mehrheitsmeinung laut „Nein“ gesagt zu haben.

Im Folgenden soll diese Thematik unter drei Schwerpunkten behandelt werden, an denen die Ambivalenzen und deren Ursachen sichtbar werden:

- Das Verhältnis von evangelischer Kirche und Nationalsozialismus in den Jahren 1932 und 1933.
- Die Ansatzpunkte widerständischen Verhaltens innerhalb der evangelischen Kirche.
- Die Grenzen des Widerstandes gegen den Faschismus und ihre ideologischen Ursachen.

## **2. Verhältnis von evangelischer Kirche und Nationalsozialismus 1932/1933**

Es ist auch in der traditionellen Kirchengeschichtsschreibung unstrittig, daß die evangelische Kirche in der Endphase der Weimarer Zeit keine besondere Nähe zur Demokratie entwickelt hatte. In der kircheneigenen Geschichtsschreibung wird gern davon gesprochen, die Kirche habe sich „unpolitisch“ verstanden. In der Tat trat der Protestantismus - anders als das katholische Zentrum - in der Weimarer Zeit nicht als politische Partei in Erscheinung. Die evangelisch gebundenen Parteien hatten zu keiner Zeit die kirchliche Unterstützung und Förderung. Daraus jedoch ein „unpolitisches“ Selbstverständnis abzuleiten ist mehr als zweifelhaft. Faktisch war es doch so, daß die Evangelische Kirche und so gut wie alle ihre Landeskirchen ein sehr distanzierendes Verhältnis zur (bürgerlichen) Demokratie als Herrschaftsprinzip und zur Weimarer Republik als Staatsform hatten. Selbst wenn nicht alle Kirchengemeinden Kaisers Geburtstag oder andere reaktionären Geschichtsbilder pflegten, ein positives Verhältnis zur Demokratie, in der die „gottlose Sozialdemokratie“ in der Regierung sein konnte, entwickelte keine Landeskirche. Die wenigen Ausnahmen - zu nennen wären da als innerkirchliche Gruppe die „Religiösen Sozialisten“ - stellten trotz regionaler Unterschiede eine absolute Minderheitsmeinung dar, auch wenn ihre Veröffentlichungen wie das „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ von Erwin Eckert und Emil Fuchs in der kirchlichen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.<sup>3</sup>

Die politische Präferenz des deutschen Protestantismus lag bei den konservativen bürgerlichen Parteien, DNVP und DVP, einige wenige Theologen - zumeist aus dem akademischen Milieu - waren Anhänger der DDP bzw. der Staatspartei. Anhänger der SPD fanden sich in der absoluten Minderheit im Protestantismus.

Mit dem Aufkommen der NSDAP und ihrer Etablierung in verschiedenen Landesparlamenten entwickelte sich besonders unter jüngeren Theologen, die - als Kriegsgeneration - unter dem Verlust der Orientierung nach der Novemberrevolution besonders litten, eine hohe Affinität gegenüber der NSDAP und ihren Strukturen. Für sie waren der Verlust der Verbindung von Thron und Altar als Richtgröße, sowie die Aufhebung der

---

<sup>3</sup> Vgl die jüngst erschienene Sammlung Erwin Eckert/Emil Fuchs, Blick in den Abgrund, Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker, Bonn 2002.

„Heiligkeit der Nation“, für die sie ins Feld gezogen waren, verursacht durch den „gottlosen Bolschewismus“ - die entscheidenden ideologischen Brüche. Die NSDAP bot mit ihrer chauvinistischen und antikommunistischen Ideologie hinreichende Schnittmengen zum Denken dieser jüngeren Theologengeneration.

Dabei war es weniger das ideologische Gemisch von „Gottgläubigkeit“ und „Deutschem Christentum“ innerhalb der NSDAP, sondern vielmehr der „nationale Aufbruch“, den viele jüngere Theologen hier zu verspüren glaubten. Und so findet man auch an den theologischen Fakultäten zahlreiche Studenten in den faschistischen Formationen, im NSDStB bzw. in der SA.

Aber nicht nur die jungen Generationen im Protestantismus waren offen für die faschistische Bewegung. Sichtbar wurde die breite ideologische Akzeptanz faschistischer Positionen innerhalb der evangelischen Kirche auch in den beiden Heften „Die Kirche und das Dritte Reich“ von 1932, in denen führende Vertreter der unterschiedlichen kirchenpolitischen Richtungen in Deutschland ihr Verhältnis zur NSDAP erläuterten.<sup>4</sup>

Diese Publikation spiegelte vor allem die akademische Debatte im Protestantismus wider. Aber selbst hier kann von einer überzeugenden Distanz keine Rede sein. Auffällig ist, daß selbst unter den Professoren nur wenige eine klar ablehnende Haltung formulieren. Oftmals findet man Haltungen wie die des Marburger Pfarrers Karl-Bernhard Ritter (Berneucher Bewegung, später Mitbegründer des Pfarrernotbundes in Kurhessen), der dafür plädierte, die Anhänger der faschistischen Organisationen als gleichsam religiöses/volkskirchliches Potential zu integrieren.

Offene theologische Ablehnung kam nur von Vertretern, die auch aus politischer Überzeugung gegen die NSDAP eintraten, wie z.B. Prof. Martin Rade, liberaler Theologe und Herausgeber der „Christlichen Welt“, der eine „Ablehnung der heutigen Führer der NSDAP“<sup>5</sup> forderte, oder Karl Barth, Schweizer Sozialdemokrat und als Theologe an der Universität Bonn, der Anfang 1933 gegen das Vordringen der NSDAP auch im kirchlichen Raum seine politisch zu verstehende Forderung an die Kirche richtete, heute sei „Theologie, nichts als Theologie“ gefordert<sup>6</sup>.

Doch von solchen Mahnungen war die evangelische Kirche in ihrer überwiegenden Mehrheit - und das auf allen Stufen der Hierarchie - meilenweit entfernt. Das Jahr 1933 war vielmehr in allen Landeskirchen von jenem „freudigen Ja“ geprägt, mit dem Pfarrer und Laien auf die Machtübertragung an den deutschen Faschismus reagierten.

Schon am 3. Februar 1933 hatte die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ erklärt: „... das alte und das junge Deutschland reichen sich in Hindenburg und Hitler die Hand. Ein neuer Anfang ist gemacht. Die letzten Reserven sind eingesetzt. Gott gebe, daß es für unser Volk der Anfang zum neuen Aufstieg sei.“<sup>7</sup> Was folgte, waren Dankgottesdienste, Kanzelabkündigungen und andere Formen des „evangeli-

---

<sup>4</sup> Vgl. Leopold Klotz, Die Kirche und das Dritte Reich, Bd. 1 und Bd. 2, Gotha 1932.

<sup>5</sup> Klotz, a.a.O., Bd. 1, S. 95.

<sup>6</sup> Und nicht nationalistischer Überschwang – wie man ergänzen müßte. Später wurde diese Aussage als Forderung nach einem unpolitischen Verhalten der evangelischen Kirche uminterpretiert, das Barth als Schweizer Staatsbürger natürlich leichter habe fordern können. Im Gegensatz zu solchen bewußten Fehlinterpretationen war die von Karl Barth geforderte Verweigerung der Einbindung in die faschistische Politik das tatsächlich Politische.

<sup>7</sup> Nach Kurt Meier, Der Evangelische Kirchenkampf, Bd. 1, S. 83 f.

schen Segens“. Selbst dort, wo es in den ersten Tagen nach dem 30. Januar 1933 noch eine gewisse Zurückhaltung gegeben hatte, brachen nach der Reichstagswahl und dem „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933, bei dem Otto Dibelius zur Eröffnung des neuen Reichstages predigte, alle Dämme. Dabei hatte Dibelius in aller Deutlichkeit den faschistischen Terror legitimiert. Er sagte: „Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt. ... Wir haben von Dr. Martin Luther gelernt, daß die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. ... Wenn der Staat seines Amtes waltet gegen die, die die Grundlagen der staatlichen Ordnung untergraben, gegen die vor allem, die mit ätzendem und gemeinem Wort die Ehe zerstören, den Glauben verächtlich machen, den Tod für das Vaterland begehren - dann walte er seines Amtes in Gottes Namen.“<sup>8</sup>

In diesem Zitat wird deutlich, daß diese Offenheit gegenüber der faschistischen Herrschaft in Deutschland nicht allein einer lutherischen „Unterordnung unter die Obrigkeit“ geschuldet war, sondern ihre Basis in einer ideologischen Konvergenz fand. Ihre Gemeinsamkeiten waren Antikommunismus, Nationalismus, Militarismus und Ablehnung von Pazifismus, Eintreten für einen autoritären Staat und Kritik an der Demokratie als „Herrschaft des Pöbels“ sowie die Ablehnung der Zulassung von Freidenker-Organisationen in der Weimarer Zeit.

Die Tatsache, daß sich die ersten Maßnahmen des faschistischen Terrors gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung, gegen pazifistische und freidenkerische Vereinigungen richteten, wurde von der evangelischen Kirche mit Genugtuung wahrgenommen. Daß davon auch kirchliche Gruppen, wie die „religiösen Sozialisten“ betroffen waren, wurde nicht als störend empfunden.

Als exemplarisches Beispiel für die große Affinität zwischen faschistischer Herrschaft und evangelischer Kirche sei hier der Text der Kanzelabkündigung vom 3. April 1933 des kurhessischen Landesoberpfarrers Möller, veröffentlicht im Kirchlichen Amtsblatt wiedergegeben. Er ist weder eine Ausnahme, noch in besonderem Maße offen gegenüber der neuen faschistischen Herrschaft - es gab schlimmere Erklärungen:

„Nach Jahren der Not und der Trauer erhebt sich unser Volk zur Befreiung aus den Banden eines knechtischen, selbstsüchtigen, zwieträchtigen Gottlosengeistes zum entschlossenen Aufbau eines neuen Deutschlands, in dem Gerechtigkeit, Freiheit und Eintracht wohnen sollen. Aus dem starken Volkserleben kann und will die evangelische Kirche, zumal als Volkskirche, sich nicht lösen: Wenn sich nun eine neue Ordnung der Dinge anbahnt, ... dann wollen wir als Glieder der Kirche pflichttreu die Hand an den Pflug legen, damit auch durch unseren Dienst der nationale christliche Staat und in dem Staat das Reich Gottes gebaut werde.“<sup>9</sup>

Zum Abschluß wurde zur Fürbitte für die „nationale Regierung“ aufgefordert.

---

<sup>8</sup> Zit. nach Reinhard Kühnl, *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln 2000, S. 202 f.

<sup>9</sup> Zit. nach Kirchliches Amtsblatt für die kurhessische Landeskirche, 3.4.33, 8/ 48. Jg. S. 31.

### 3. Ansatzpunkte widerständischen Verhaltens

Nach so viel Übereinstimmung in inhaltlicher Hinsicht war es schon eher überraschend, daß sich dennoch in dieser Phase erstes nichtkonformes Handeln zeigte. Abgesehen von einigen wenigen protestantischen Einzelpersonlichkeiten, die sich auf Grund ihrer politischen Überzeugung dem Faschismus an der Macht verweigerten, war die allgemeine Grundlage für widerständisches Verhalten im Protestantismus das Eingreifen der faschistischen Politik in unmittelbar als innerkirchlich verstandene Bereiche. Dazu gehörte beispielsweise der Umgang mit getauften Juden. Um es ganz deutlich zu sagen: Die rassistische Ausgrenzung von Bürgern jüdischen Glaubens durch den Staat, beispielsweise mit Hilfe der Boykottaktion am 1. April 1933 oder das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933 war nicht Gegenstand der Kritik im Protestantismus. Problematisiert wurde allein die Frage, ob der Staat durch die Einführung eines Arierparagraphen in der evangelischen Kirche zwei Klassen von Gläubigen schaffen darf oder nicht. Die offenen Parteigänger der NSDAP rechtfertigten selbst diesen Eingriff in die innerkirchliche Struktur. Kritische Kräfte - und zu ihnen zählten beispielsweise Professoren der Marburger theologischen Fakultät - verweigerten sich, dem Staat dieses Recht zuzusprechen. Ausgehen von einem „Ariergutachten“, das die Marburger Fakultät auf Anforderung der Marburger Kirchengemeinden erstellt hatte, verbanden sich reichsweit jene Kräfte im „Pfarrernotbund“, die dem Staat einen solchen Eingriff nicht zubilligten.

Schon vorher hatten sich Konflikte zwischen Teilen der alten Kirchenleitung und den Vertretern der „neuen Bewegung“, die sich zumeist in der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (DC) organisierten, ergeben. Die auf Druck der DC zustande gekommenen Wahlen zu den Kirchenvorständen vom Juli 1933 endeten noch mit einem Ausgleich zwischen DC und den Nicht-DC-Kräften. In fast allen Gemeinden wurden Einheitslisten mit DC-Vertretern an der Spitze gebildet. Direkte „Wahlkämpfe“ oder die Durchführung formeller Wahlen unterblieben dadurch. Man kann dies durchaus als freiwillige Gleichschaltung ausgehend von der Kirche bezeichnen. Konflikte gab es vor allem dort, wo aktive Nazis sich einer solchen Verständigung widersetzten.

Der Schritt aber, eine Reichskirche von oben einzuführen und dafür einen offenen Parteigänger der „Deutschen Christen“, Wehrkreispfarrer Ludwig Müller, als Reichsbischof einzusetzen, führte zum Widerspruch der bisherigen kirchenleitenden Gremien.

Dabei richtete sich die Kritik noch nicht einmal gegen die staatlich forcierte Vereinigung von oben, gleiches vollzog man beispielsweise in den Landeskirchen Kurhessen und Waldeck und im heutigen Südhessen mit den Landeskirchen Nassau, Hessen und Frankfurt zur Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Kritik ergab sich dagegen, daß die alten Eliten und ihre Repräsentanten, wie zum Beispiel Friedrich von Bodelschwingh, der Leiter der Betheler Anstalten, der als Kandidat für die Position des Reichsbischofs von den alten Kirchenführern ausersehen war, nicht berücksichtigt wurden. Eine ähnliche Konfliktlage ergab sich auch in den einzelnen Landeskirchen, wenn zum Beispiel als Repräsentant der Kirche von Hessen und Nassau ein aktiver DC-Repräsentanten, wie Ernst-Ludwig Dietrich (Wiesbaden), in den leitenden Gremien

durchgedrückt wurde oder wenn anerkannt leitende Kirchengremien mit staatlicher Unterstützung durch neue Leitungsstrukturen ersetzt wurden.<sup>10</sup>

Der objektive Kern dieser Auseinandersetzung war die Durchsetzung von Machtpositionen innerhalb der evangelischen Kirche, nicht jedoch theologische Debatten, obwohl auch auf diesem Feld hinreichend Konfliktpotenzial zu finden war. Auf einer Sportpalastkundgebung der „Deutschen Christen“ im November 1933 wurde vom damaligen DC-Gauführer Reinhold Krause ein faschistisches Ideologiemisch als deutscher Protestantismus präsentiert, das von „artgemäßem Christentum“, einer heldischen, fast schon arischen Jesusfigur, über Arierparagraph in der Kirche bis zu deutschgläubigen Versatzstücken alles enthielt, was in liberal-theologischem Verständnis abzulehnen war. Auf dieser Basis legitimierten die nichtfaschistischen Protestanten ihre Opposition als Kritik an der falschen Glaubenslehre der DC, jedoch nicht als Kritik an der faschistischen (Kirchen-)Politik und damit antifaschistisches Verhalten.

Die „Deutschen Christen“ wiederum versuchten ihre Position in ideologischer und in organisatorischer Hinsicht dadurch zu stärken, daß sie ihre Kritiker als Gegner des „neuen Staates“ denunzierten.

Und so entwickelte sich die absurde Situation, daß sowohl die faschistischen „Deutschen Christen“, als auch ihre Kritiker sich jeweils positiv auf die NS-Herrschaft bezogen, sich in ihrer Ansprache gegenüber den staatlichen Instanzen als jeweils besonders obrigkeitstreu beschrieben und damit versuchten ihre Position innerhalb des Handlungsrahmens, den das faschistische Regime gewährte, umzusetzen. Für die faschistische Herrschaft entwickelte sich aus dieser Situation die Denunziation der innerkirchlichen Auseinandersetzung als „Pastorengezänk“.

Bezeichnenderweise sprachen auch die handelnden Kräfte der „Bekennenden Kirche“ in dieser Auseinandersetzung bewußt vom „Kirchenkampf“.

Der Kirchenkampf-Begriff umfaßt dabei die zwei unterschiedlichen Dimensionen, die im eigentlichen Sinne auch das Handeln der Gruppierungen ausmachte, nämlich einerseits den Kampf innerhalb der Kirche. In der Tat bemühte sich besonders die „Bekennende Kirche“ darum deutlich zu machen, daß ihr Ringen nichts mit der politischen Regierung zu tun hat, selbst als sie sich gegen den Vertreter der faschistischen Kirchenpolitik Reichskirchenminister Kerrl und seinen Reichsbischof („Reibi“) Müller wehrte. Eine der Losungen, mit der auch der „unpolitische“ Charakter der Auseinandersetzung unterstrichen werden sollte, lautete damals „Kirche muß Kirche bleiben!“. Man wehre sich nur deshalb gegen DC und die kirchenpolitischen Maßnahmen, da man sie als ungerechtfertigte Eingriffe in die kirchliche Selbstbestimmung und traditionelle kirchliche Strukturen erlebe. Als Beleg dafür, daß es wirklich nichts mit dem faschistischen Staat zu tun habe, wurde in Eingaben der BK immer wieder darauf verwiesen, daß selbst „Alte Kämpfer“, Träger des goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, in den Reihen der „Bekennenden Kirche“ zu finden seien.

---

<sup>10</sup> Vgl. den Streit in der Landeskirche von Kurhessen und Waldeck zwischen der Einstweiligen Kirchenleitung unter Gerhard Merzyn und der kommissarischen Kirchenleitung unter Karl Theys, siehe Ulrich Schneider, *Bekennende Kirche zwischen ‚freudigem Ja‘ und antifaschistischem Widerstand*, Kassel 1986, S. 236 ff.



Die zweite Dimension des Begriffs, nämlich der Kampf um die Kirche, wurde nur noch von den konsequenten Kräften innerhalb der BK geführt, die sich im Gefolge der Dahlemer Bekenntnissynode herausbildeten. Sie sahen sich als Vertreter der zerstörten Landeskirchen, zu denen auch die hessen-nassauische Landeskirche gerechnet wurde. Hier war der Machtanspruch der „Deutschen Christen“ durch die Ernennung Dietrichs zum Landesbischof durchgesetzt worden.

Durch solche Angriffe auf die kirchliche Organisationsstruktur wurden die Vertreter der „Bekennenden Kirche“ faktisch in eine Oppositionsrolle getrieben, bei der sie - oftmals wider eigenen Willen - zu nicht-konformen Verhalten gezwungen waren. So wurde beispielsweise die Ausbildung von angehenden Pfarrern dem Zugriff der Kirchenleitung entzogen und in „illegalen Seminaren“ durchgeführt. Auch andere Bereiche der kirchlichen Amtsführung wurden unter Umgehung der eingesetzten Kirchenleitung realisiert. Dazu gehörte beispielsweise die Organisation von Kanzelabkündigungen, die Sammlung der Kollekte und deren Einsatz für die Unterstützung von gemäßregelten Amtsbrüdern, die Bekanntmachung der Repressalien gegen Pfarrer und andere Mitglieder von Kirchenleitungen und anderes mehr. All dies blieb nicht nur ein Handeln im innerkirchlichen Rahmen sondern hatte direkte Auswirkungen auf die Ziele der faschistischen Herrschaft.

Deren Zielsetzung war im Kern die Integration aller Teile der evangelischen Kirche in die faschistische „Volksgemeinschaft“. Die politischen Maßnahmen zur Gleichschaltung der evangelischen Kirche, vom Arierparagraph bis zur Etablierung einer Reichskirche und der Einsetzung eines Reichsbischofs nach dem Führerprinzip, dienten diesem Ziel. Auch wenn es innerhalb der faschistischen Ideologie Versuche gab, einen „völkischen Glauben“ durchzusetzen, so war doch das vorrangige Ziel der NSDAP, die Kirche als Institution in die Strukturen der faschistischen Herrschaft zu integrieren.

Und dabei erwiesen sich die Auseinandersetzungen zwischen den „Deutschen Christen“ und der „Bekennenden Kirche“ in jeder Hinsicht als störend. Dabei war es weniger die Tatsache, welche kirchliche „Fraktion“ das Sagen innerhalb der evangelischen Kirche hatte, als vielmehr die Folge für die Haltung der Menschen gegenüber der faschistischen Kirchenpolitik und damit ihre Einbindung in die „Volksgemeinschaft“. Die politisch Verantwortlichen des Staates waren sich durchaus bewußt, daß die meisten Pfarrer ein überaus loyales Verhalten gegenüber der faschistischen Herrschaft an den Tag legten, selbst wenn vereinzelte kritische Bemerkungen zu hören waren. Die faschistischen Verfolgungsbehörden kümmerten sich jedoch vor allem deshalb um die innerkirchlichen Auseinandersetzungen, da sie zu einer „Beunruhigung der gesamten Öffentlichkeit, insbesondere der kirchlich eingestellten Bevölkerungskreise“ beitrage<sup>11</sup>, wie ein entsprechender Bericht der Gestapo formulierte.

Und tatsächlich entwickelte diese innerkirchliche Auseinandersetzung eine Eigendynamik, die nur schwer zu kontrollieren war. Einfache Kirchenglieder, Gläubige, ergriffen in den Auseinandersetzungen Partei für ihre Pfarrer und angegriffenen Kirchenvertreter. Sie organisierten Eingaben gegenüber staatlichen Stellen, Solidaritätsgottesdienste, Unterschriftensammlungen, Spenden und andere Formen von Hilfeleistungen. Auch wenn

---

<sup>11</sup> Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchengemeinden in Deutschland 1933 –1944, Mainz 1971, S. 69.

in der Regel betont wurde, daß sich solches Handeln nur gegen das unrechtmäßige Kirchenregiment richte, so war doch damit eine ideologische Distanz gegenüber der faschistischen Politik insgesamt verbunden, ergriffen doch oftmals Kreisleiter und andere Repräsentanten der faschistischen Bewegung in den Auseinandersetzungen Partei für die offen faschistischen Kräfte der DC.

Damit wuchs sich der „Kirchenkampf“ in seiner Wirkung zunehmend als politischer Störfaktor gegenüber den Zielsetzungen einer gleichgeschalteten faschistischen „Volksgemeinschaft“ aus. Folgerichtig verschärften sich die Reaktionen des faschistischen Verfolgungsapparates gegen die Repräsentanten der konsequenten Kräfte der Bekennenden Kirche. Dies reichte vom Verbot kirchlicher Blätter über Warnungsverhandlungen gegen Pfarrer und Kirchenvertreter, über Redeverbote, Anzeigen wegen illegaler Spendensammlung bis zu Haftstrafen und KZ-Haft.

Während in den ersten Monaten und Jahren der faschistischen Herrschaft der Staat selber ein Interesse an der engen Einbindung des Protestantismus entwickelte, wurde die Distanz seit Mitte der 30er Jahre immer größer und das Interesse an einer Kooperation seitens des Staates immer schwächer. Mehr noch, es wurde immer mehr die Regel, daß Gottesdienste und andere kirchliche Veranstaltungen von der Gestapo bzw. Vertretern der NSDAP überwacht wurden. Hatten sie doch erkannt, daß in den Kirchen z.T. offener über die faschistische Verfolgung und die Sorgen und Nöte von Menschen gesprochen wurde. Die NSDAP befürchtete daher, daß sich „unter den Kanzeln“ alle staatsfeindlichen Kräfte versammeln würden. Und tatsächlich ist es in verschiedenen Gemeinden nachweisbar, daß sich - insbesondere bürgerliche - Kritiker des NS-Regimes in den Gottesdiensten von konsequenten BK-Pfarrer zusammenfanden und die „Rote Karte“, die Mitgliedskarte der „Bekennenden Kirche“, beantragten. Gleichzeitig trug der faschistische Staat mit einer solchen Überwachungspraxis selber dazu bei, daß die Distanz zur evangelischen Kirche und den protestantischen Gläubigen immer größer wurde.

Aus solch verschärften Repression des faschistischen Verfolgungsapparates resultierte jedoch nicht automatisch konsequenteres antifaschistisches Verhalten von Pfarrern und Gläubigen. Dies lag an politischen und ideologischen Begrenzungen, die antifaschistisches Verhalten aus christlicher Verantwortung in aller Regel prägten.

Diese Grenzen zu überwinden, setzte voraus, über ein gesellschaftspolitisches Verständnis zu verfügen, was jedoch nur in sehr begrenztem Umfang gegeben war.

#### 4. Grenzen des Widerstandes

Die erste - und sicherlich zentrale - ideologische Begrenzung resultierte aus der langen und wirksamen Tradition des lutherischen Obrigkeitsverständnisses. Dieses war innerhalb der verschiedenen kirchlichen Richtungen, ob in lutherischen oder reformierten Landeskirchen, unterschiedlich stark ausgeprägt war, aber es dominierte faktisch den deutschen Protestantismus in seiner Gesamtheit. Natürlich gab es einen Unterschied, ob man sich „pflichtgemäß“ der Obrigkeit unterordnete, weil sie die „von Gott gegebene“ Obrigkeit ist, oder ob man sich mit „freudigem Ja“ dieser Obrigkeit zur Verfügung stellen wollte. Protest gegen diese Obrigkeit - vor allem da es endlich eine starke Obrigkeit war, die man in der Weimarer Zeit so „schmerzlich vermißt“ habe - wurden in den er-

sten Jahren nicht geäußert. Nur sehr wenige Vertreter innerhalb des Protestantismus akzeptierten Karl Barths spätere Verurteilung der faschistischen Herrschaft als „un-christliche Herrschaft“, der kein Gehorsam mehr geschuldet sei.

Schon im „Stuttgarter Schuldbekennnis“ und noch viel deutlicher im „Darmstädter Wort“ wurde nach der Befreiung vom Faschismus selbstkritisch darauf verwiesen, daß man nicht kritisch genug der Obrigkeit gegenüber gewesen sei. Doch auch diese Erkenntnis setzte sich nur sehr langsam im deutschen Protestantismus durch.

Eine weitere Begrenzung im antifaschistischen Handeln von evangelischen Christen ergab sich aus dem Fehlen eines politischen Widerstandsverständnisses. Das meint nicht, daß nur derjenige Widerstand leisten konnte, der eine politische Analyse der faschistischen Herrschaft mit seinem eigenen Handeln verband. Es bedeutete aber, daß im Handeln evangelischer Christen die politische Dimension ihres Handelns weitestgehend ausgeblendet war. Immer wieder betonten die Repräsentanten der „Bekennenden Kirche“, daß sie sich selbstverständlich nicht gegen die faschistische Herrschaft richten würden. All ihr Handeln sei lediglich gegen die „falsche kirchliche Lehre“ der DC gerichtet. Vertreter der BK, wie z.B. Prof. Hans von Soden in Marburg oder andere gingen auf die Repräsentanten des faschistischen Staates und selbst der Verfolgungsorgane zu, um sie davon zu überzeugen, daß ihr eigenes Handeln selbstverständlich nicht politisch zu verstehen sei.

Das hatte auf der anderen Seite aber auch zur Folge, daß diejenigen, die ihr Handeln politisch verstanden bzw. deren Handeln als politische Gegnerschaft angesehen werden konnte, der Solidarität der BK verlustig gingen. Das Beispiel der Auseinandersetzung um die Eidesfrage in der Kirche im Mai 1938 machte deutlich, daß man zwar den geforderten Dienst vor einer „unrechtmäßigen Kirchenleitung“ ablehnte. BK- Studenten aber, die - im Gefolge von Karl Barths Position - in einem Rundschreiben an alle Pfarrer in Kurhessen-Waldeck diese aufforderten, den Eid „um der Sünde willen“ nicht abzuleisten, da er „über die durch das NT gebotene Ehrfurcht gegen die Obrigkeit hinaus seine ‚innerste Verbundenheit mit dem Dritten Reich‘“ versichere, wurden kritisiert und ihr Handeln als „politischer Widerstand“ abgelehnt.<sup>12</sup>

Das fehlende politische Verständnis drückte sich auch in einer weiteren Dimension der Begrenztheit von christlich motivierten Verhalten aus, nämlich der fehlenden Solidarität mit anderen Verfolgten Gruppen. Das Handeln der BK-Vertreter war zumeist begrenzt auf das Eintreten für die eigenen Mitstreiter. Kanzelabkündigungen, die von den verschiedenen staatlichen Repressalien kündeten, Rundbriefe, die auf das Schicksal verfolgter BK-Anhänger hinwiesen, selbst Flugblätter, wie das im April 1938 von Marburger Theologiestudenten verbreitete Papier „Martin Niemöller in Konzentrationslager“, zeigen die Vielfalt - aber gleichzeitige Begrenztheit der Aktivitäten.

Der Statement von Martin Niemöller: „Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen. Ich war ja kein Kommunist.“, das mit dem Satz endet „Und als sie mich holten, war keiner mehr da, der protestieren konnte.“ ist bekannt. Es war in der Tat so, daß sich die Bekennende Kirche verweigerte, für andere Verfolgten Gruppen einzuste-

---

<sup>12</sup> Staatsarchiv Marburg 307 a, acc. 1962/12, Nr. 39.

hen. Insbesondere war man mit dem faschistischen Staat einer Meinung, daß die „gottlosen Kommunisten und Sozialdemokraten“ verfolgt werden dürften.

Dort, wo Christen praktische Solidarität mit Angehörigen von Verfolgten übten, war dies vor allem aus gemeinsamer politischer Erfahrung in anderen Milieuzusammenhängen entstanden. Bekannt ist es besonders aus dem Spektrum der katholischen Arbeiterbewegung, weniger aus dem protestantischen Milieu.

Und hatte die evangelische Kirche schon ihre Solidarität mit den getauften Christen missen lassen (es sei an die Arierparagraph - Debatte erinnert), so war sie in keiner Weise bereit, der Verfolgung von Menschen jüdischen Glaubens oder aus Gründen der von den Nazis dekretierten Rassedefinition entgegenzutreten. Die Verfolgung von jüdischen Menschen in der Reichspogromnacht im November 1938 war kein Thema für die evangelische Kirche, auch nicht für die Bekennende Kirche als Organisation. Es gab tatsächlich nur eine Handvoll Pfarrer im ganzen Deutschen Reich, die aus diesem Anlaß ihr Stimme erhoben.

Erst als die Verfolgung jüdischer Menschen und deren Deportation im großen Umfang auch getaufte Juden umfaßte, begann die evangelische Kirche mit dem Amt Grüber zu reagieren. Dies war eine verdienstvolle Arbeit, aber es kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Bekennende Kirche für die aus politischen oder rassistischen Gründen Verfolgten kein Augenmerk hatte.

Selbst auf die Sorgen der deutschen Bevölkerung gegenüber der drohenden Kriegsgefahr haben nur ganz wenige Pfarrer und bekennende Christen reagiert. In ihrer überwiegenden Mehrzahl war die evangelische Kirche und waren gleichermaßen die Repräsentanten der „Bekennenden Kirche“ nationalistisch und kriegsbegeistert. Zwar wurde auf ihre Mitwirkung an Feldgottesdiensten und anderen Formen militaristischer Propaganda seitens der faschistischen Herrschaft kein Wert gelegt. Das hinderte aber die BK-Vertreter nicht, sich selber in diese Tradition zu stellen. Auch zu Zeiten staatlicher Verfolgung seiner Person als BK-Repräsentant war beispielsweise das Buch von Martin Niemöller „Vom U-Boot zur Kanzel“ ein Bestseller im kirchlichen Spektrum. Zum ersten - und einzigen - Mal unternahmen im Herbst 1938, als die Kriegsgefahr besonders hoch war, Vertreter der Dahlemer Richtung der „Bekennenden Kirche“ den Versuch, mit einer Gebetsliturgie auf eine Verhinderung des drohenden Krieges hinzuwirken. Da jedoch mit dem unterzeichneten Münchener Diktat der unmittelbare Kriegsbeginn verzögert wurde, wurde diese Gebetsliturgie niemals gehalten. Und obwohl diese Stellungnahme Anlaß zu massiven staatlichen Repressalien gegen die Vertreter der BK war, führte sie nicht zu Haltungsänderungen.

Statt dessen hörte man ein Jahr später die schreckliche Erklärung des „Geistlichen Vertrauensrates“ der Deutschen Evangelischen Kirche vom 2. September 1939 (Dr. Friedrich Werner und Landesbischof August Marahrens), die in ihrer inhaltlichen Tendenz auch von konsequenteren BK-Vertretern akzeptiert wurde.

Es ist auch kein Geheimnis, daß selbst Martin Niemöller aus seiner Haft heraus nach dem 1. September 1939 einen Antrag stellte, nun der faschistischen Wehrmacht dienen zu dürfen, wobei er dies als „Dienst am Vaterland“ verstand. Und der bekannte BK-Pfarrer Karl Veidt aus Frankfurt/ Main grüßte Anfang September 1939 die „Feldgrau-

en“, die „unserem Volk und Vaterland eine gesicherte Zukunft und einen ausreichenden Lebensraum ... erkämpfen“.<sup>13</sup>

Die „Bekennende Kirche“ sah sich im September 1939 in Übereinstimmung mit der faschistischen Regierung, da es nun „um Deutschland“ gehe. Kein Gedanke daran, daß es in diesem Krieg schlicht um imperialistische Interessen des deutschen Kapitals und die damit korrespondierenden Weltherrschaftspläne der NSDAP ging - Pläne, in denen die Kirchen keinen Platz hatten.

Nur wenige Pfarrer stellten sich dieser Kriegsbegeisterung entgegen und nahmen die Sorgen der Kirchengemeinden erst, wenn gleich sich auch viele von ihnen durch die „Blitzsieg“ - Euphorie einwickeln ließen. Einzelne fanden im Laufe des Krieges auch den Weg der Solidarität mit Zwangsarbeitern und anderen Verfolgten. Sie sind die eigentlichen Vorbilder für nichtfaschistisches, widerständisches Verhalten, was eigentlich die evangelische Kirche als Ganze hätte ausmachen sollen.

Bezeichnend für das Verhalten der Anhänger der „Bekennenden Kirche“ gegenüber der faschistischen Kriegspolitik und der NS-Herrschaft insgesamt ist die Anfrage des Marburger Kirchenkreises, der überwiegend BK-orientiert war, vom 28. April 1945 an die Theologische Fakultät Marburg, ob man in der gegenwärtigen Situation der faschistischen Obrigkeit noch Gehorsam schulde. Es ist dabei zu bedenken, daß diese Anfrage vier Wochen nach der Befreiung Marburgs durch die amerikanischen Truppen gestellt wurde.

Und die Antwort ist so halbherzig, wie die Fragestellung selbst absurd erscheint. Die Fakultät erklärt, daß ein Anspruch „auf Gehorsam den evangelischen Christen nicht mehr in seinem Gewissen binden kann“ Begründet wurde das damit, daß in den Tagen nach der Befreiung Fakten über die Verbrechen des Faschismus bekannt geworden seien, die den unchristlichen Charakter der Naziherrschaft dokumentierten und daß „im jetzigen Stadium die Regierung mit allen Mitteln den Krieg fortsetzt.“<sup>14</sup>

Selbst in dieser Situation unterblieb eine klare - auch politisch begründete - Verurteilung der faschistischen Politik.

## 5. Gesamtbewertung - Umgang mit Geschichte

Mit diesem Hinweis könnte man schließen und damit das gesamte Selbstbild der evangelischen Kirche als Widerstandskraft als obsolet zurückweisen.

Dies wäre m.E. aber ebenfalls zu pauschal. Natürlich hat es antifaschistisches Verhalten innerhalb der evangelischen Kirche gegeben. Die eingangs genannten „Blutzeugen“ und Verfolgten sind ein Beispiel dafür, daß der faschistische Staat im Verhalten von evangelischen Christen Potenziale von Widerstand entdeckte.

Einzelne dieser Akteure sahen sich selbst im Widerspruch zu den Zielen der faschistischen Herrschaft und sie reagierten auf die faschistischen Verfolgungsmaßnahmen, indem sie konspirative Strukturen aufbauten, Verbindungen knüpften, Menschen in ihren Überzeugungen bestärkten und Solidarität mit verfolgten Brüdern und Schwestern

---

<sup>13</sup> Katalog Evangelische Kirche in Frankfurt/Main, S. 91.

<sup>14</sup> (zit. nach Heinrich Hermelink, Kirche im Kampf, Tübingen 1950, S. 698)

organisierten. Dabei bewegten sich diese Christen - wenn sie denn „organisiert“ waren - im Rahmen der „Bekennenden Kirche“ und bezogen sich in der Regel auf die Aussagen der Dahlemer Bekenntnissynode und das sich daraus entwickelnde Selbstverständnis. Daraus ist jedoch nicht abzuleiten, daß die BK in ihrer Gesamtheit eine Widerstandsorganisation gewesen sei. Ihre Ambivalenzen und politische Begrenztheit wurden hinreichend skizziert.

Erfreulicherweise gibt es auch in der gegenwärtigen Kirchengeschichtsschreibung Ansätze, das selbstformulierte Bild der „BK“- Generation in Frage zu stellen.<sup>15</sup>

In historisch kommentierten Dokumentenbänden finden sich auch jene Texte, die von Kollaboration und Einbindung der evangelischen Kirche, einschließlich der Vertreter der „Bekennenden Kirche“ berichten. Gleichzeitig sucht man in der Forschung nach tatsächlichen protestantischen Märtyrern, die um des Glaubens willen verfolgt wurden und die „um des Glaubens willen“ widerstanden haben. Dabei hat man nicht nur die bekannten Beispiel der eingangs genannten Blutzengen oder das Amt Grüber im Blick. Es gibt diese protestantischen Märtyrer, aber man findet sie zumeist nicht in den Kirchenleitungen, sondern in den Kirchengemeinden und unter den christlichen Laien. Hier gilt es in der zukünftigen Forschung genauer hinzuschauen. Die verdienstvollen Sammlungen von Klaus Drobisch und Gerhard Fischer<sup>16</sup> wiesen bereits in die richtige Richtung. Man findet protestantische Antifaschisten in christlichen Gemeinschaften und in regionalen Zusammenhängen. Ihrer gilt es als Teil des christlich motivierten Widerstandes zu gedenken.

---

<sup>15</sup> Zu nennen sind dabei u.a. Hans Prolingheuer, Eberhard Röhm, Leonore Siegele-Wenschkewitz, Gerhard Thierfelder.

<sup>16</sup> U.a.: Ihr Gewissen gebot es, Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus, Berlin/ DDR 1980.

## Hans Prolingheuer

### Neues zur „Judenfrage“ im „sog. Betheler Bekenntnis“ von 1933

Im Juli 2003 wird ein Text publiziert, der die bisherige Entstehungsgeschichte des „Judenkapitels“ im "Sog. Betheler Bekenntnis" stark korrigiert. Vorstellung dieses Textes vom 15.8.1933 und sein Vergleich mit der bekannten „Bonhoeffer/Sasse“- (31.8.) und der Endfassung (Dez. 1933) am 30.6.2003, 9 Uhr, Reinoldinum. beim Dortmunder „Literatur-Frühstück“.

70 Jahre nach Entstehung des „sog. Betheler Bekenntnisses“ präsentiert Eberhard Busch einen Text<sup>1</sup>, von dem in der Bonhoeffer- und Bethel-Forschung zwar die Rede ist<sup>2</sup>, dessen Wortlaut jedoch der Öffentlichkeit beharrlich vorenthalten wurde: die „originale Urfassung“ der Kapitelvorlage „Die Kirche und die Juden“, die der Alttestamentler Wilhelm Vischer<sup>3</sup> - mit nachdrücklicher Zustimmung des in Bonn lehrenden Freundes und schweizer Landsmannes Karl Barth<sup>4</sup> - im Auftrag (des Bethel-Vorstehers und gerade gescheiterten „Reichsbischofs“ Fritz von Bodelschwingh?) für die vom 15.8. bis Anfang September 1933 in Bethel tagende Textkommission<sup>5</sup> verfaßt hat. Mein Vergleich des von Karl Barth so vehement zur Beschlußfassung empfohlenen Vischer-Textes mit den anderen Fassungen zeigt nun auch zur „Bonhoeffer/Sasse“-Fassung ein bislang ungeahntes Gefälle!

A. = Wortlaut der „Urfassung“ Wilhelm Vischers, zitiert aus der quellenreichen Studie von E. Busch; 10 Punkte, Hervorhebungen im Original.

---

<sup>1</sup> E. Busch: „Die Kirche und die Juden“ - Der Beitrag Wilhelm Vischers zum „sog. Betheler Bekenntnis“, in: M.L. Frettlöh/H.P. Lichtenberger (Hrsg.): „Gott wahr nehmen“. Festschrift für Christian Link zum 65. Geburtstag, Neukirchen 2003, S. 41-52.

<sup>2</sup> Bonhoeffer GS 1959/Bd.2 und DBW 1997/Bd. 12; E. Bethges Bonhoeffer-Biographie (BB), S.352ff.; E. Bethge: „Dietrich Bonhoeffer und die Juden - 2. Betheler Bekenntnis“, in: H. Kremers (Hrsg.): „Die Juden und Martin Luther. Martin Luther und die Juden“, 1985/227f.; Bethel-Heft 25/1983: „Das Betheler Bekenntnis“, mit Brief D. Bonhoeffers; Ch.-R. Müller. „Bekenntnis und Bekennen. Dietrich Bonhoeffer in Bethel (1933)“, 1989; in W. Niemöllers „Kampf und Zeugnis“ 1948/69 und „BK in Westfalen“ 1952/39 kommt Vischer gar nicht vor.

<sup>3</sup> Dem während dieser Wochen (!) gegen W. Vischer verhängten Berufsverbot folgte 1934 seine Rückkehr in die Schweiz. Vgl. H. Bödecker, „Das Sommersemester 1933 - Die Vertreibung von Wilhelm Vischer“, in: Kirchliche Hochschule Bethel 1905-1980, S. 89-97, Bielefeld 1980.

<sup>4</sup> K. Barth nach der Lektüre an Vischer: „Sage den Dortigen, daß ich mit jedem Wort einverstanden sei und daß ich wohl wünschte, sie würden es auch sein.“ Erst am 12.9.(!) geht der Gesamttext an Barth. Dessen ablehnende Kritik vom 11.10. gilt nun auch den veränderten „Judenkapitel“, das direkt dem zur „Obrigkeit“ folgt. Sie gipfelt in der Frage: „Ist die *Bürgerliche* Behandlung, die man den Juden im heutigen Deutschland systematisch zuteil werden läßt, eine solche, zu der ‚wir‘ nichts zu bemerken haben? Die ‚wir‘, weil sie von der ‚Obrigkeit‘ verfügt ist, als gottgewollt hinnehmen und mitmachen?“

<sup>5</sup> Neben den „Mitarbeitern“ H. Fischer, G. Merz, G. Stratenwerth und W. Vischer, der Erlanger Kirchenhistoriker H. Sasse sowie D. Bonhoeffer, der Berliner Studentenpfarrer und Dozent.

B. = Wortlaut der „Bonhoeffer/Sasse“-Fassung<sup>6</sup>. zitiert aus: DBW, Bd. 12/402ff.; durchgehender Text, 7 Abschnitte, hier markiert mit //.

C. = Wortlaut der Endfassung, zitiert aus: „Die Bekenntnisse des Jahres 1933“, 1934/127f., „Das Bekenntnis der Väter und die bekennende Gemeinde (Das sog. Betheler Bekenntnis)“, Kap.VII: „5. Die Kirche und die Juden“; durchgehender Text, 3 Abschnitte, hier markiert mit //.

A. „DIE KIRCHE UND DIE JUDEN	B. „DIE KIRCHE UND DIE JUDEN.	C. „DIE KIRCHE UND DIE JUDEN.
1. Wir glauben und bekennen, daß Gott unter allen Völkern der Erde <u>Israel auserwählt</u> hat zu seinem Volke, allein in der Kraft seines Wortes und um seiner Barmherzigkeit willen, keineswegs aufgrund eines natürlichen Vorzugs (2. Mose 19,5; 5. Mose 7,7-11).	Die Kirche lehrt, daß Gott unter allen Völkern der Erde Israel erwählt hat zu seinem Volke. Allein in der Kraft Seines Wortes und um Seiner Barmherzigkeit willen, keinesfalls auf Grund eines natürlichen Vorzugs (2. Mose 19,5,6; 5. Mose 7,7-11).	Die Kirche lehrt, daß Gott unter allen Völkern der Erde Israel erwählt hat zu seinem Volke. Allein in der Kraft Seines Wortes und um Seiner Barmherzigkeit willen, keinesfalls auf Grund eines natürlichen Vorzugs (2. Mose 19,5-6; 5. Mose 7,7-11).
2. Der Hoherat und das Volk der Juden haben den durch das Gesetz und die Propheten verheißenen <u>Christus Jesus verworfen</u> nach der Schrift. Sie wollten einen nationalen Messias, der sie politisch befreien und ihnen die Weltherrschaft bringen sollte. Das war und tat der Christus Jesus nicht. Er starb durch sie und für sie.	Der Hohe Rat und das Volk der Juden haben den durch das Gesetz und die Propheten verheißenen Christus Jesus verworfen nach der Schrift. Sie wollten einen nationalen Messias, der sie politisch befreien und ihnen die Weltherrschaft bringen sollte. Das war und tat der Christus Jesus nicht, er starb durch sie und für sie.	Der Hohe Rat und das Volk der Juden haben den durch das Gesetz und die Propheten verheißenen Christus Jesus verworfen nach der Schrift. Sie wollten einen nationalen Messias, der sie politisch befreien und ihnen die Weltherrschaft bringen sollte. Das war und tat der Christus Jesus nicht, er starb durch sie und für sie.
3. Durch die Kreuzigung und Auferweckung des Christus Jesus ist der Zaun zwischen den Juden und den Heiden abgebrochen (Epheser 2)  An die Stelle des alttestamentlichen Bundesvolkes tritt nicht eine andere Nation, sondern die christliche Kirche aus und	Durch die Kreuzigung und Auferweckung des Christus Jesus ist der Zaun zwischen den Juden und den Heiden abgebrochen (Eph. 2). An die Stelle des alttestamentlichen Bundesvolkes tritt nicht eine andere Nation, sondern die christliche Kirche aus und in allen	Durch die Kreuzigung und Auferweckung des Christus Jesus ist der Zaun zwischen den Juden und den Heiden abgebrochen (Eph. 2). An die Stelle des alttestamentlichen Bundesvolkes tritt nicht eine andere Nation, sondern die durch in allen Völkern

<sup>6</sup> Bethge weiß, daß der „Erstentwurf“ (BB/355) „auf Dietrich Bonhoeffer und Hermann Sasse zurückgeht“. (GS 2, S. 80) Merz: Bonhoeffer war „der Hauptmitarbeiter“. (Bethel-Heft S. 17)



in allen Völkern.

Völkern.//

verkündigte Botschaft von  
Jesus Christus aus allen  
Völkern gesammelte christ-  
liche Kirche.//

Wir verwerfen jeden Versuch,  
in irgendeinem Sinne die  
Sendung des deutschen oder  
eines anderen Volkes mit dem  
heilsgeschichtlichen Auftrag  
Israels zu vergleichen oder zu  
verwechseln.

4. Es kann nie und nimmer  
Auftrag eines Volkes oder  
einer Regierung sein, ‚an den  
Juden den Mord von Golga-  
tha zu rächen‘.  
‚Mein ist die Rache, spricht  
der Herr‘ (5. Mose 32,25;  
Hebr. 10,30)

5. Gott preist seine Treue da-  
durch überschwenglich, daß  
er Israel nach dem Fleisch,  
aus welchem Christus nach  
dem Fleisch hergekommen  
ist, trotz aller Untreue auch  
nach der Kreuzigung des  
Christus noch die Treue hält.  
Er will die Erlösung der Welt,  
die er mit dem Herausrufen  
Israels angefangen hat, mit  
den Juden auch vollenden  
(Röm. 9-11). Darum bewahrt  
er von Israel nach dem  
Fleisch einen heiligen Rest,  
der weder durch Emanzipati-  
on noch durch Assimilation in  
einer anderen Nation aufge-  
hen, noch durch zionistische  
Bestrebungen eine Nation  
unter den Nationen werden,  
noch durch pharaonische  
Maßnahmen ausgerottet  
werden kann. Dieser heilige  
Rest trägt den Charakter  
indelebilis des auserwählten  
Volkes, der nicht zu verwech-  
seln ist mit ‚dem gelben Fleck  
auf schwarzem Grund‘, durch  
den die Völkischen die Juden

Gott preist seine Treue da-  
durch überschwenglich, daß  
er Israel nach dem Fleisch,  
aus welchem Christus nach  
dem Fleisch geboren ist, trotz  
aller Untreue auch nach der  
Kreuzigung des Christus  
noch die Treue hält. Er will  
die Erlösung der Welt, die er  
mit dem Herausruf Israels  
angefangen hat, mit den Juden  
auch vollenden (Röm. 9-11).  
Darum bewahrt er von Israel  
nach dem Fleisch einen heili-  
gen Rest, der weder durch  
Emanzipation und Assimilati-  
on in einer anderen Nation  
aufgehen, noch durch pha-  
raonische Maßnahmen ausge-  
rottet werden kann. Dieser  
heilige Rest trägt den Charak-  
ter indelebilis des auserwähl-  
ten Volkes.

Gott preist Seine Treue  
dadurch überschwenglich,  
daß Er Israel nach dem  
Fleisch, aus welchem Chri-  
stus nach dem Fleisch  
geboren ist, trotz aller  
Untreue auch nach der  
Kreuzigung des Christus  
nicht verwirft.

brandmarken wollen.

Wir verwerfen jeden Versuch, das Wunder dieser besonderen Treue Gottes gegenüber Israel nach dem Fleisch als einen Beweis für die religiöse Bedeutung des jüdischen oder eines anderen Volkstums zu mißbrauchen.

---

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <p>6. Die Kirche hat von ihrem Herrn den Auftrag empfangen, die <u>Juden zur Umkehr zu rufen</u> und die Glaubenden auf den Namen Jesu Christi <u>zu taufen</u> zur Vergebung der Sünden (Matth. 10,5ff. Ap.Gesch. 2,28ff. 3,12-26). Eine Judenmission, die aus kulturellen Erwägungen oder unter politischem Drucke sich weigert, überhaupt noch Judentaufen zu vollziehen, verweigert ihrem Herrn den Gehorsam.</p>  | <p>Die Kirche hat von ihrem Herrn den Auftrag empfangen, die Juden zur Umkehr zu rufen und die Glaubenden auf den Namen Jesu Christi zu taufen zur Vergebung der Sünden (Matth. 10,5f; Act. 2,38ff; 3,19-26). Eine Judenmission, die aus kulturellen oder politischen Erwägungen sich weigert, überhaupt noch Judentaufen zu vollziehen, verweigert ihrem Herrn den Gehorsam.</p>          | <p>Die Kirche hat von ihrem Herrn den Auftrag empfangen, die Juden zur Umkehr zu rufen und die Glaubenden auf den Namen Jesu Christi zu taufen zur Vergebung der Sünden.</p>   |
| <p>7. Der gekreuzigte Christus ist den Juden ein Ärgernis und den Griechen eine Torheit (1. Kor. 1,22ff.). Er entspricht dem religiösen Ideal der jüdischen Seele ebensowenig wie dem religiösen Ideal der deutschen Seele. <u>Auch einem Juden kann nicht Fleisch und Blut den Glauben an ihn geben</u>, sondern allein der Vater im Himmel durch seinen Geist (Matth. 16,17). Die Behauptung, der Glaube des Judenchristen sei im Unterschied von dem des Heidenchristen blutgebunden, verwerfen wir als judaistische Schwärmerei.</p> | <p>Der gekreuzigte Christus ist den Juden ein Ärgernis und den Griechen eine Torheit (1.Kor. 1,22ff). Er entspricht dem religiösen Ideal der jüdischen Seele ebensowenig wie dem religiösen Ideal der Seele irgendeines anderen Volkes. Auch einem Juden kann nicht Fleisch und Blut den Glauben an ihn geben, sondern allein der Vater im Himmel durch seinen Geist (Matth. 16,17).//</p> | <p>Auch einem Juden kann nicht Fleisch und Blut den Glauben an Ihn geben, sondern allein der Vater im Himmel durch seinen Geist (Matth. 16,17). Darum ist die Behauptung, der Glaube des Judenchristen sei im Unterschied von dem des Heidenchristen blutgebunden, judaistische Schwärmerei.//</p> |
-

8. Die Gemeinschaft der zur Kirche Gehörigen wird nicht durch das Blut und also auch nicht durch die Rasse, sondern durch den heiligen Geist und die Taufe bestimmt. Wenn die deutsche evangelische Kirche die Judenchristen ausschließen oder als Christen zweiter Klasse behandeln würde, würde sie aufgehört haben, christliche Kirche zu sein (Barth).<sup>7</sup>

Die Gemeinschaft der zur Kirche Gehörigen wird nicht durch das Blut und also auch nicht durch die Rasse, sondern durch den heiligen Geist und die Taufe bestimmt.//

Wir verwerfen jeden Versuch, die geschichtliche Sendung eines Volkes mit dem heilsgeschichtlichen Auftrag Israels zu vergleichen oder zu verwechseln.//

Es kann nie und nimmer Auftrag eines Volkes sein, an den Juden den Mord von Golgatha zu rächen. ‚Mein ist die Rache, spricht der Herr‘ (5. Mose 32,35, Hebr. 10,30). Wir verwerfen jeden Versuch, das Wunder der besonderen Treue Gottes gegenüber Israel nach dem Fleisch als einen Beweis für die religiöse Bedeutung des jüdischen oder eines anderen Volkstums zu mißbrauchen.//

Wir wenden uns gegen die

---

<sup>7</sup> Während Vischer in Pkt.5 zum „Heiligen Rest“ Israels und mit dem „Wunder der Treue Gottes gegenüber Israel“ Formulierungen aus dem 17. der druckfrischen „72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage“ H. Ehrenbergs aufgreift, ist dieser Pkt.8 das wortwörtliche Zitat des sechsten aus K. Barths 8-fachen „Nein“ zu den politischen und kirchlichen Zumutungen im Frühjahr 1933, in: K. Barth, „Theologische Existenz heute!“, 25. Juni 1933, S. 24f. Die neue Gesamtausgabe DBW irrt also, wenn C. Nicolaisen in Bd. 12/404 anmerkt: „Diesen Satz (!) hatte Vischer wörtlich aus K. Barths Schrift ‚Theologische Existenz heute‘ vom Juni 1933 übernommen, nicht aber Barths Schlußfolgerung: ‚Wenn die deutsche evangelische Kirche die Judenchristen ausschließen oder als Christen zweiter Klasse behandeln würde, würde sie aufgehört haben, christliche Kirche zu sein.‘“ Dieser zentrale 2. Satz wurde erst in der „Bonhoeffer/Sasse“-Fassung gestrichen! Könnte es sein, daß auch Mitherausgeber C. Nicolaisen (was der auf S. 405 Christine-Ruth Müller ankreidet) „die Vorlage Vischers nicht kannte“? - Anleihen aus Bonhoeffers im rechtsklerikalen „Vormarsch“ des Jungdeutschen Ordens gleichzeitig erschiene-nem Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“ sind in Vischers „Urfassung“ allerdings nirgends erkennbar.

<sup>8</sup> Diese drei Abschnitte greifen Pkt.3,3, Pkt.4 mit 5/2 sowie Pkt.7 der Urfassung auf.

Behauptung, der Glaube des Judenchristen sei im Unterschied von dem des Heidenchristen blutgebunden, als judaistische Schwärmerei.//<sup>8</sup>

9. Wir lehnen die Bildung judenchristlicher Gemeinden ab. Denn die falsche Voraussetzung dafür ist, entweder daß die ‚deutsche Reichskirche die Kirche der Christen arischer Rasse sei‘; oder daß das Besondere der Judenchristen auf der gleichen Ebene liege wie z.B. die geschichtlich bedingte Besonderheit der französischen Refugiantengemeinden in Deutschland; oder daß die Christen aus dem Judentum ein ihrer Art gemäßes Christentum entwickeln müßten. Das Besondere des Judenchristen ist nicht in seiner Rasse oder Art oder Geschichte begründet, sondern allein in der Treue Gottes gegenüber Israel nach dem Fleisch (auf die in Th.5 hingewiesen ist). Dadurch daß der Judenchrist gerade nicht in irgendeiner gesetzlichen Weise besonders gestellt wird in der Kirche, ist er in ihr ein lebendiges Denkmal der Treue Gottes und ein Zeichen dafür, daß der Zaun zwischen Juden und Heiden niedergelegt ist, und der Christusglaube nicht in der Richtung auf eine Nationalreligion verfälscht werden darf. Die aus dem deutschen Volkstum stammenden Christen müssen eher sich selbst der Verfolgung aussetzen, als die durch Wort und Sakrament gestiftete Bruderschaft mit dem Judenchristen freiwillig oder gezwungen auch nur

Wir wenden uns gegen das Unternehmen, die deutsche evangelische Kirche durch den Versuch, sie umzuwandeln in eine Reichskirche der Christen arischer Rasse, ihrer Verheißung zu berauben. Denn damit würde ein Rassegesetz vor den Eingang der Kirche aufgerichtet und wäre eine solche Kirche selbst zur judenchristlich gesetzlichen Gemeinde geworden.<sup>9</sup> Wir lehnen darum die Bildung judenchristlicher Gemeinden ab, denn die falsche Voraussetzung dafür ist, daß das Besondere der Judenchristen auf der gleichen Ebene liegt wie z.B. die geschichtlich bedingte Besonderheit der französischen Refugiantengemeinden in Deutschland oder daß die Christen aus dem Judentum ein ihrer Art gemäßes Christentum entwickeln müßten. Das Besondere des Judenchristen ist nicht in seiner Rasse oder Art oder Geschichte begründet, sondern allein in der besonderen Treue Gottes gegenüber Israel nach dem Fleisch. Dadurch, daß der Judenchrist gerade nicht in irgendeiner gesetzlichen Weise besonders gestellt wird in der Kirche, ist er in ihr ein lebendiges Denkmal der Treue Gottes und ein Zeichen dafür, daß der Zaun zwischen Juden und Heiden niedergelegt ist und der Christusglaube nicht in der Richtung auf eine

Von der Pflicht, Israel zur Buße zu rufen, kann sich die Kirche durch keine kulturellen oder politischen Erwägungen befreien lassen. Ebenso wenig können sich die Heidenchristen von den Christen aus dem Volke Israel trennen. Ihre Gemeinschaft in Wort und Sakrament ist das Zeichen dafür, daß die Kirche Jesu Christi die Erbin der Verheißung Abrahams ist. Durch seine Taufe geht der Jude in das eigentliche Israel ein. Indem er Jesum von Nazareth als seinen Messias erkennt, erkennt er den König seines Volkes

und scheidet sich von seinem ungläubigen Volke. Darum muß sich die Kirche gegen jede Verweltlichung der Judenmission wenden, die in der Aufnahme in die christliche Kirche nur das Zeichen der Aufnahme der Juden in die abendländische Zivilisation sieht. Ebenso sieht sie in jeder jüdischen und außerjüdischen Lehre, die im Judentum entweder nur eine ‚Konfession‘ sieht (Moses Mendelssohn, humanitärer Liberalismus) oder das Judentum nur als ein ‚Volk unter Völkern‘ anerkennen (Zionismus, Nationalismus), eine dem Geist der Bibel fremde

<sup>9</sup> Diese beiden Sätze seien „offensichtlich von Bonhoeffer hinzugefügt“. DBW, Bd. 12/405.

in einer einzigen Beziehung preisgeben. Die Judenchristen müssen zu allen Ämtern der Kirche den gleichen Zutritt haben wie die anderen. Wenn das Studentenrecht oder irgendein der Kirche fremdes Recht den Judenchristen das theologische Studium unmöglich macht, dann muß die Kirche dagegen protestieren und den Judenchristen einen anderen Weg zum Pfarramt auf tun.

Nationalreligion oder auf ein artgemäßes Christentum verfälscht werden darf. Die aus der Heidenwelt stammenden Christen müssen eher sich selbst der Verfolgung aussetzen als die durch Wort und Sakrament gestiftete kirchliche Bruderschaft mit dem Judenchristen freiwillig oder gezwungen auch nur in einer einzigen Beziehung preisgeben.“

Irrlehre. Israel ist immer als Volk zugleich Kirche, sei es gläubige oder widerstrebende. Wo das eine oder andere vergessen wird, wird das Wort der Schrift nicht gehört. Zum Zeichen dafür, daß der getaufte Jude heimkehrt zu seiner Bestimmung, in Jesus dem Sohne Abrahams, dem Sohne Davids (Matth. 1,1), den Messias und den Sohn Gottes zu erkennen, gewährt ihm die christliche Kirche alle Rechte, die sie als Gemeinde Jesu Christi auch dem Heidenchristen gewährt.“<sup>10</sup>

- 
10. Gott, der die Welt gemacht hat, hat von Einem Blut alle Völker abstammen und sie auf dem ganzen Erdboden wohnen lassen, und hat zum voraus die Zeiten und die Grenzen ihres Wohnens bestimmt, damit sie den Herrn suchen sollten, ob sie doch ihn fühlen und finden möchten. Jetzt aber stellt er durch die Botschaft des Evangeliums jedes Volk und jeden Einzelnen in das Gericht vor den Einen Mann, durch den er beschlossen hat, den ganzen Erdkreis zu richten (Ap.Gesch. 17).

Dem deutschen Volke das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen, zum Gericht und zur Rettung durch den Einen Mann, ist die Aufgabe der evangelischen Kirche in Deutschland; nicht aber ein artgemäßes deutsches Christentum auszubilden.“<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Zu dieser noch weiter „verwässerten“ Endfassung stand dann auch Bonhoeffer nicht mehr.

<sup>11</sup> Dieses Exemplar der „Urfassung“ A befindet sich im Karl-Barth-Archiv Basel (s. Anm. 4). Warum gibt es in den Editionen des „sog. Betheler Bekenntnisses“ seit 1959 aus dieser zur Frage der Juden

**Wortlaut der veränderten und gestrichenen Texte in den Fassungen B und C**

(verglichen mit den 10 Punkten der „Urfassung“ Wilhelm Vischers)

Die Veränderungen und Streichungen in der BONHOEFFER/SASSE-FASSUNG (B), von der es seit 1897 in der revidierten DBW-Ausgabe, Bd.12, S.402, beiläufig heißt: „Dieser Abschnitt ‚Die Kirche und die Juden‘ ist - bis auf einige Kürzungen, Umstellungen und redaktionelle Veränderungen - textgleich mit dem Entwurf Vischers.“ Daß allzuoft eben jene „Kürzungen“ und „redaktionellen Veränderungen“ evangelisch-theologische Aussagen verkürzen und politische Konkretisierungen tilgen, zeigen viele Textbeispiele.

Pkt. 1.

Statt „Wir glauben und bekennen“: „Die Kirche lehrt“; statt „auserwählt“: „erwählt“.

PKT. 2.

Statt „Der Hoherat“: „Der Hohe Rat“.

Pkt. 3. (eingefügt in Pkt. 8)

Statt „in irgendeinem Sinne die Sendung des deutschen oder eines anderen Volkes“: „die geschichtliche Sendung eines Volkes“.

Pkt. 4. (eingefügt in Pkt. 8)

Statt „Auftrag eines Volkes oder einer Regierung“: „Auftrag eines Volkes“.

Pkt. 5.

Statt „hergekommen“: „geboren“; statt „mit dem Herausrufen“: „mit dem Herausruf“; statt „Emanzipation noch durch Assimilation in einer anderen Nation aufgehen, noch durch zionistische Bestrebungen eine Nation unter den Nationen werden, noch durch pharaonische Maßnahmen“: „Emanzipation und Assimilation in einer anderen Nation aufgehen, noch durch pharaonische Maßnahmen“.Gestrichen: „der nicht zu verwechseln ist mit ‚dem gelben Fleck auf schwarzem Grund‘, durch den die Völkischen die Juden brandmarken wollen“ .

Pkt. 6.

Statt „aus kulturellen Erwägungen oder unter politischem Drucke“: „aus kulturellen oder politischen Erwägungen“.

Pkt. 7.

Statt „Ideal der deutschen Seele.“: „Ideal der Seele irgendeines anderen Volkes.“; statt „Die Behauptung, der Glaube des Judenchristen sei im Unterschied von dem des Heidenchristen blutgebunden, verwerfen wir als judaistische Schwärmerei“: (eingefügt in

---

und „Judenchristen“ einzigartigen ersten Vischer-Fassung kein Zitat? - Weshalb wird statt dessen die sinnändernd verkürzte Fassung B als „Erstform“, werden statt Vischer andere Personen als „Erstverfasser“, gar als Ghostwriter (Scholder 1977, I/581: der Text folge „ganz der Bonhoefferschen Argumentation“!) ausgegeben?

Pkt. 8) „Wir wenden uns gegen die Behauptung, der Glaube des Judenchristen sei im Unterschied von dem des Heidenchristen blutgebunden, als judaistische Schwärmerei.“

Pkt. 8.

Gestrichen: „Wenn die deutsche evangelische Kirche die Judenchristen ausschließen oder als Christen zweiter Klasse behandeln würde, würde sie aufgehört haben, christliche Kirche zu sein (Barth).“

Pkt. 9.

Statt „Wir lehnen die Bildung judenchristlicher Gemeinden ab. Denn die falsche Voraussetzung dafür ist, entweder daß die ‚deutsche Reichskirche die Kirche der Christen arischer Rasse sei‘; oder daß das Besondere der Judenchristen auf der gleichen Ebene liege, wie“: „Wir wenden uns gegen das Unternehmen, die deutsche evangelische Kirche durch den Versuch, sie umzuwandeln in eine Reichskirche der Christen arischer Rasse, ihrer Verheißung zu berauben. Denn damit würde ein Rassegesetz vor dem Eingang der Kirche aufgerichtet und wäre eine solche Kirche selbst zur juden-christlich gesetzlichen Gemeinde geworden. Wir lehnen darum die Bildung judenchristlicher Gemeinden ab, denn die falsche Voraussetzung dafür ist, daß das Besondere der Judenchristen auf der gleichen Ebene liege, wie“; statt „In der besonderen Treue Gottes“: „In der Treue Gottes“; statt: „Nationalreligion verfälscht werden darf. Die aus dem deutschen Volkstum stammenden Christen“: „Nationalreligion oder auf ein artgemäßes Christentum verfälscht werden darf. Die aus der Heidenwelt stammenden Christen“; statt „gestiftete Bruderschaft“: „gestiftete kirchliche Bruderschaft“.

Gestrichen: „Die Judenchristen müssen zu allen Ämtern der Kirche den gleichen Zutritt haben wie die anderen. Wenn das Studentenrecht oder irgendein der Kirche fremdes Recht den Judenchristen das theologische Studium unmöglich macht, dann muß die Kirche dagegen protestieren und den Judenchristen einen anderen Weg zum Pfarramt auf tun.“

Pkt. 10.

Völlig gestrichen: „Gott, der die Welt gemacht hat, hat von Einem Blut alle Völker abstammen und sie auf dem ganzen Erdboden wohnen lassen, und hat zum voraus die Zeiten und die Grenzen ihres Wohnens bestimmt, damit sie den Herrn suchen sollten, ob sie doch ihn fühlen und finden möchten. Jetzt aber stellt er durch die Botschaft des Evangeliums jedes Volk und jeden Einzelnen in das Gericht vor den einen Mann, durch den er beschlossen hat, den ganzen Erdkreis zu richten (Ap.Gesch. 17). Dem deutschen Volke das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen, zum Gericht und zur Rettung durch den Einen Mann, ist die Aufgabe der evangelischen Kirche in Deutschland; nicht aber ein artgemäßes deutsches Christentum auszubilden.“

### **Die Änderungen und Streichungen in der ENDFASSUNG (C),**

die unmöglich auf alle vom Bethel-Vorsteher eingeholten Gutachten - z.B. von Paul Althaus. Hans Asmussen (Bethel-Heft 25/1983, S.15: „Barth hatte, aus welchen Gründen auch immer, erst am 12. September den Entwurfstext zugeschickt bekommen.“).

Robert Frick, Adolf und Theodor Schlatter, Hans Fischer, Hans Ehrenberg. Ludwig Steil und Karl Leutiger - zurückgeführt werden können, scheinen nicht mehr anhand des Vischer-Textes, sondern anhand der schon veränderten Bonhoeffer/Sasse-Fassung erfolgt zu sein.

Pkt. 1.

Statt „Wir glauben und bekennen“: „Die Kirche lehrt“; statt „auserwählt“: „erwählt“.

Pkt. 2.

Statt „Der Hoherat“: „Der Hohe Rat“.

Pkt. 3.

Statt „sondern die christliche Kirche aus und in allen Völkern.“: „sondern die durch in allen Völkern verkündigte Botschaft von Jesus Christus aus allen Völkern gesammelte christliche Kirche.“

Gestrichen: „Wir verwerfen jeden Versuch, in irgendeinem Sinne die Sendung des deutschen oder eines anderen Volkes mit dem heilsgeschichtlichen Auftrag Israels zu vergleichen oder zu verwechseln.“

Pkt. 4.

Völlig gestrichen: „Es kann nie und nimmer Auftrag eines Volkes oder einer Regierung sein, ‚an den Juden den Mord von Golgatha zu rächen‘. ‚Mein ist die Rache, spricht der Herr‘ (5. Mose 32,25; Hebr. 10, 30).“

Pkt. 5.

Statt „hergekommen“: „geboren“; statt „noch die Treue hält.“: „nicht verwirft.“

Gestrichen: „Er will die Erlösung der Welt, die er mit dem Herausrufen Israels angefangen hat, mit den Juden auch vollenden (Röm. 9-11). Darum bewahrt er Israel nach dem Fleisch einen heiligen Rest, der weder durch Emanzipation noch durch Assimilation in einer anderen Nation aufgehen, noch durch zionistische Bestrebungen eine Nation unter den Nationen werden, noch durch pharaonische Maßnahmen ausgerottet werden kann. Dieser heilige Rest trägt den Charakter indelebilis des auserwählten Volkes, der nicht zu verwechseln ist mit ‚dem gelben Fleck auf schwarzem Grund‘, durch den die Völkischen die Juden brandmarken wollen. Wir verwerfen jeden Versuch, das Wunder dieser besonderen Treue Gottes gegenüber Israel nach dem Fleisch als einen Beweis für die religiöse Bedeutung des jüdischen oder eines anderen Volkstums zu mißbrauchen.“

Pkt. 6.

Gestrichen: „(Matth. 10,5ff. Ap. Gesch. 2,28ff.; 3,12-26). Eine Judenmission, die aus kulturellen Erwägungen oder unter politischem Drucke sich weigert, überhaupt noch Judentaufen zu vollziehen, verweigert ihrem Herrn den Gehorsam.“

Pkt. 7.

Gestrichen: „Der gekreuzigte Christus ist den Juden ein Ärgernis und den Griechen eine Torheit (1.Kor. 1,22ff.). Er entspricht dem religiösen Ideal der jüdischen Seele ebenso wenig wie dem religiösen Ideal der deutschen Seele.“



Statt „Die Behauptung, der Glaube des Judenchristen sei im Unterschied von dem des Heidenchristen blutgebunden, verwerfen wir als judaistische Schwärmerei.“: „Darum ist die Behauptung, der Glaube des Judenchristen sei im Unterschied von dem des Heidenchristen blutgebunden, judaistische Schwärmerei.“

Pkt. 8.

Völlig gestrichen: „Die Gemeinschaft der zur Kirche Gehörigen wird nicht durch das Blut und also auch nicht durch die Rasse, sondern durch den heiligen Geist und die Taufe bestimmt. Wenn die deutsche evangelische Kirche die Judenchristen ausschließen oder als Christen zweiter Klasse behandeln würde, würde sie aufgehört haben, christliche Kirche zu sein.“

Pkt. 9.

Völlig verändert (vgl. Synopse).

Pkt. 10.

Völlig gestrichen: „Gott, der die Welt gemacht hat, hat von Einem Blut alle Völker abstammen und sie auf dem ganzen Erdboden wohnen lassen, und hat zum voraus die Zeiten und die Grenzen ihres Wohnens bestimmt, damit sie den Herrn suchen sollten, ob sie doch ihn fühlen und finden möchten. Jetzt aber stellt er durch die Botschaft des Evangeliums jedes Volk und jeden Einzelnen in das Gericht vor den Einen Mann, durch den er beschlossen hat, den ganzen Erdkreis zu richten (Ap.Gesch. 17). Dem deutschen Volke das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen, zum Gericht und zur Rettung durch den Einen Mann, ist die Aufgabe der evangelischen Kirche in Deutschland; nicht aber ein artgemäßes deutsches Christentum auszubilden.“<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Die vollständigen Titel der in Anm. 2) und 10) genannten Literatur: GS = Dietrich Bonhoeffer: Gesammelte Schriften. Herausgegeben von Eberhard Bethge; Bd. 2: Kirchenkampf und Finkenwalde. Resolutionen, Aufsätze, Rundbrief /1933-1943, 1959. DBW = Dietrich Bonhoeffer Werke. Herausgegeben von E. Bethge, E. Feil, Chr. Gremmels, W. Huber, H. Pfeifer, A. Schönherr, H.E. Tödt, I. Tödt. Bd. 12: Berlin 1932-1933. Herausgegeben von C. Nicolaisen/E.-A. Scharffenorth, 1997. BB = Eberhard Bethge: Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie, 2. Aufl. 1967. „Das Betheler Bekenntnis. Einführung Jelle van der Kooi. Anhang: Brief von Dietrich Bonhoeffer“, „Bethel“, Heft 25, 1983, eine Schriftenreihe der v. Bodelschwingschen Anstalten, herausgegeben von Bethel-Vorsteher Pastor Johannes Busch (Bruder von Eberhard Busch). Christine-Ruth Müller: Bekenntnis und Bekennen. Dietrich Bonhoeffer in Bethel (1933). Ein lutherischer Versuch, 1989. Wilhelm Niemöller: Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche, 1948. Ders.: Bekennende Kirche in Westfalen, 1952. Klaus Scholder: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd.1, 1977.

Weitere Literatur zur einführenden Skizze des kirchenhistorischen Hintergrundes: Eberhard Bethge: Otto Dibelius - Autobiographisches, in: Wolfgang Huber (Hrsg.): Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland, 1990. Eberhard Busch/Rolf-Joachim Erler/Hans Prolingheuer: Karl Barth - Nur ein Streit um Zitate? In: ‚Junge Kirche‘ 1984, S. 267-274. Eberhard Busch: Unter dem Bogen des einen Bundes - Karl Barth und die Juden 1933-1945, 1996. Hans Prolingheuer: Wider die „Träume von einer besseren Vergangenheit“ - Eine Antwort an Wolfgang Schweitzer, in: ‚Junge Kirche‘ 10/1988, S. 553-560, und 11/1988, S. 649. Ders.: Der „unpolitische Karl Barth“ als Lehrer der Kirche 1933-1925? Eine politische Legende! Vorlesung am 7.12.1988 in der Göttinger Universität - aus Anlaß des 20. Todestages von Karl Barth am 10. Dezember und als Gruß zum 80. Geburtstag des Barth-Schülers Helmuth Gollwitzer am 25. Dezember 1988, in: ‚Reformierte Kirchenzeitung‘ 4/1989, S. 115-124. Ders.: Wieder muß die jüngste Kirchengeschichte korrigiert wer-

---

den. NDR-Kommentar vom 8.11.1992, in: ‚Reformierte Kirchenzeitung‘ 12/1992, S. 373f. Ders.: ‚Entjudung von Kirche und Theologie‘ - Dargestellt am Beispiel des Eisenacher ‚Entjudungsinstituts‘, Vortrag in Kassel, Köln, Dachau und Wittenberg, mit Anmerkungen in: C. Staffa (Hrsg.) ‚Vom Protestantischen Antijudaismus und seinen Lügen‘ - Tagungstexte der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Akademie-Verlag, Bd.1, 3. Aufl., Magdeburg 1997, S. 57-92. Wilhelm Vischer: Das Christuszeugnis des Alten Testaments, Zürich, Bd.1 1934, Bd.2 1940; dazu: H.-J. Kraus: Geschichte der historisch-kritischen Erforschung des Alten Testaments von der Reformation bis zur Gegenwart, Neukirchen 1956, S. 387-394.

## Horsta Krum

### Jean Lasserre: Erinnerungen an Dietrich Bonhoeffer

War es Zufall, daß Jean-Claude Lasserre, der Sohn von Jean Lasserre, einer der ersten Franzosen war, denen ich 1995 in meiner Lyoner Gemeinde begegnete? Natürlich fragte ich ihn nicht gleich, ob er vielleicht etwas mit Jean Lasserre zu tun habe und ob ihm der Name Bonhoeffer bekannt sei. Das kam erst später. Und dann, eines Tages, sagte er mir voller Freude, daß seine Schwester ein Manuskript des Vaters gefunden habe und daß er gleich anfangen werde, es in Maschine zu schreiben, was nicht leicht sei!

Als er mir später das Manuskript gab, fragte ich ihn, ob ich es für den Berliner Theologen Hanfried Müller übersetzen dürfe, durch den ich zu einem neuen, tieferen Bonhoeffer-Verständnis gefunden habe und der - mit seiner Frau Rosemarie - zu den Menschen gehörte, die mir 1995 bei meinem Weggang aus Berlin durch ihre Solidarität und Freundschaft geholfen hatten. Und dann, in Lyon, hat eine Gemeinde mich freundlich aufgenommen, deren Vorsitzender Jean-Claude Lasserre war - zwei gute Gründe für mich, dieses Manuskript heute, zum 80. Geburtstag von Hanfried Müller, in deutscher Übersetzung vorzulegen. Als die Deutschen ganz Frankreich besetzten, hat Jean Lasserre alles Schriftliche vernichtet, was mit Dietrich Bonhoeffer zu tun hatte, einschließlich der Briefe. Kann man's ihm übelnehmen? Das folgende Manuskript wird dadurch wertvoller - auch wenn es nur ein ganz, ganz kleiner Pinselstrich im großen Bonhoeffer-Gemälde ist!

Anmerkung von Jean-Claude Lasserre:

Das Manuskript trägt kein Datum. Der Autor hat es aber auf die freien Rückseiten von Briefdurchschlägen geschrieben, die vom 23. bis 26. Januar 1976 datiert sind. Wir gehen also davon aus, daß die folgenden handschriftlichen Aufzeichnungen nach diesem Datum entstanden. Deutsche und französische Historiker haben den Autor oft nach Bonhoeffer gefragt. So ist es wahrscheinlich, daß diese Notizen auf eine solche Anfrage zurückgehen oder daß sie ein Interview vorbereiten sollten. Der Zustand des Manuskripts mit seinen vielen Korrekturen und Ergänzungen (einige mit Kugelschreiber, während das Ganze mit Tinte geschrieben ist) läßt vermuten, daß der Autor mehrfach daran gearbeitet hat. Aber soweit wir wissen, ist dieser Text nie in Schreibmaschine gesetzt noch je gedruckt worden. Vielleicht wurde auch die Weiterarbeit an diesem Text durch den Tod des Autors 1983 unmöglich gemacht.

Gefunden hat diesen Text die Tochter des Autors, Christiane Lasserre, im Jahre 2001. Auf Bitten von Horsta Krum hat der Sohn Jean-Claude die Reinschrift im Jahre 2002 angefertigt.

„Im September 1930, gleich bei meiner Ankunft im theologischen Seminar New York, fühlte ich mich zu Studenten hingezogen, die, wie ich, Stipendiaten waren und die vom europäischen Kontinent kamen: Dietrich Bonhoeffer und dem Schweizer Erwin Sutz.

Dafür gab es drei Gründe. Einer war sehr äußerlicher Natur: Ihr Englisch verstand ich besser, denn es besaß keinen amerikanischen Akzent und keinen zu großen Wortschatz. Der andere Grund lag tiefer: ihre theologische Argumentation in den Auseinandersetzungen war weniger oberflächlich und nicht in erster Linie auf Wirksamkeit bedacht, was bei den meisten unserer amerikanischen Studien-Kollegen der Fall war. Den dritte Grund könnte man soziologisch nennen: Die Amerikaner hatten natürlich alle schon von Anfang an viele Freunde, waren in Aktivitäten und Verantwortlichkeiten eingebunden, während wir drei Ausländer uns mitten in einer Riesenstadt vorfanden, wo wir niemanden kannten.

Wir lernten uns ganz ohne Schwierigkeit kennen. Für mich hatte die Nähe zu einem Deutschen nichts Abschreckendes, war ich doch durch das ‚Soziale Christentum‘ (Bewegung und Zeitschrift im französischen Protestantismus der zwanziger und dreißiger Jahre) und meine pazifistische Grundhaltung geprägt. Außerdem stammt einer meiner Urgroßväter aus Württemberg. Ich vermute, daß für Dietrich die Dinge ganz anders lagen. Vielleicht war ich der erste Franzose, den er aus der Nähe sah; und zweifellos mußte er erst einmal die ungeheure Abneigung [*ressentiment*?!] überwinden, die damals alle Deutschen gegen Frankreich hatten wegen des Versailler Vertrages und der Besetzung von Ruhr und Saar. Falls er so empfand, dann ließen sein Feingefühl, seine natürliche Freundlichkeit und seine Zurückhaltung nichts davon merken.

Er war zwei Jahre älter als ich und trug schon den Titel ‚Privat-Dozent‘, was ihm eigentlich einen Platz gab zwischen Professoren und Studenten unseres Seminars. Aber er verhielt sich uns gegenüber ganz einfach und normal, höflich und freundlich wie ein richtiger Kamerad, ohne besondere Ansprüche. Er beobachtete uns ständig, lächelte dabei leicht, halb belustigt, halb wohlwollend. Zu Anfang glaubte ich, auch Ironie zu sehen. Aber ich lernte schnell, daß es nichts anderes war als wirkliche Neugier, in der viel Menschlichkeit und Respekt lag. In seiner Gegenwart fühlten wir uns sofort wohl, wir konnten wir selber sein. Es war deutlich, daß er uns als Menschen und als Christen ansah - kurz: er nahm uns ernst. Nie erschlug er uns mit seiner theologischen Überlegenheit; niemals ließ er uns fühlen, daß er etwas in uns oder in unserem Verhalten verachtete. Er respektierte ganz und gar unsere Freiheit, die Freiheit zu leben und zu denken, wie wir wollten.

Oft fanden wir uns in einem unserer drei Zimmer. Mit dem Schweizer Erwin Sutz konnte er deutsch reden; wenn ich da war, sprachen wir alle englisch (das heißt: ‚unser‘ Englisch!). Ich kenne nur einige deutsche Wörter, und er hatte Mühe, sich französisch auszudrücken. So mußten wir englisch sprechen, und das war gut so!

Sicherlich hätte ich noch viel mehr die Anwesenheit Dietrichs nutzen sollen. Aber damals ahnte ich ja nicht, daß er ein so berühmter Theologe werden würde. Er, intelligent wie er war, fand sich in allen New Yorker Milieus zurecht, auch in den schwarzen Gemeinden von Harlem, während ich meine Kräfte und meine Zeit dem Neuen Testament widmete. Denn ich hatte mir vorgenommen, eine gute und gründliche Seminararbeit abzuliefern. Wir waren also nicht oft zusammen - schade!

Aber eine Begebenheit in diesem Winter hat uns beide nachhaltig beeindruckt: Der Film ‚Im Westen nichts Neues‘ (nach dem Buch von Remarque) lief gerade in den Kinos an. Dietrich und ich beschlossen hinzugehen, ohne zu ahnen, was uns in dem vollen Kino erwartete. Der Film war ja aus deutscher Sicht gedreht, und die Hauptfiguren waren deutsche Soldaten. Die Zuschauer, hauptsächlich Amerikaner, bekundeten ihren

Beifall, wenn auf der Leinwand deutsche Soldaten Franzosen töteten; oder die Zuschauer lachten, wenn Franzosen in die Flucht geschlagen oder außer Gefecht gesetzt wurden. Für mich war das entsetzlich. Hatten denn diese Zuschauer vergessen, daß ihre eigenen Leute gegen die Deutschen im ersten Weltkrieg 1914 - 1918 zusammen mit den Franzosen gekämpft hatten? Das lag doch noch gar nicht lange zurück! Ganz und gar gefühlsmäßig bestimmt, war ihre Sympathie auf Seiten derer, die ein hartes Leben im schmutzigen Schützengraben führten, genau so, wie die Leinwand es ihnen zeigte - ein schlagender Beweis, wie stark nationale Gefühle schwanken können und wie schnell Kriegswahn künstlich erzeugt wird. Aber für mich war das grausam.

Dietrich hatte die Zweideutigkeit dieser Situation völlig begriffen. Seine Sympathie für mich war bewundernswert. Wie eine Mutter ihr Kind tröstet, tröstete er mich. Dabei waren sein Taktgefühl und seine Güte unendlich groß, seine Zuneigung war eindeutig, hatte nichts Verschwommenes. Dieses Ereignis hat uns noch tiefer verbunden. Besser als jemals zuvor, begriffen wir, wie stark das Band ist zwischen denen, die vor allem anderen und vor allen anderen an Christus glauben; daß dieses Band stärker ist als alle Barrieren, die Menschen immer wieder mit viel Mühe errichten. Gleichzeitig begriffen wir, wie zweifelhaft und künstlich nationale Bindungen sind, die viele ‚Christen‘ als beinahe absoluten Wert ansehen wollen. Ich denke, daß unsere pazifistische Überzeugung sich an diesem Tag ganz fest in uns beiden verankert hat. Fest stand und fest steht, daß der Glaube unendlich viel stärker ist und schwerer wiegt als Vaterlandsliebe. Diese nämlich gehört in den Bereich unserer menschlichen Existenz, den die Bibel ‚das Fleisch‘ nennt - bei allem Zögern gegenüber einem ungeschützten Gebrauch dieses Wortes.

Am Ende des Studienjahres fuhren wir nach Mexiko mit einem alten Auto, das Dietrich von Freunden überlassen, fast geschenkt bekommen hatte. Diese Reise war ein wirkliches Abenteuer mit immer wieder neuen, unerwarteten Situationen, ohne daß es zwischen uns die leiseste Mißstimmung gegeben hätte. Dietrich war ein guter Kamerad, wie man ihn sich nur wünschen kann: immer friedfertig, mit Selbstbeherrschung und Beherrschung jeder beliebigen Situation. Einmal hatten wir unser Zelt in einem ruhigen Wäldchen aufgeschlagen ohne zu ahnen, daß das der Schlafplatz einer Schweineherde war. Wir hatten viel Mühe, uns die wütenden Tiere vom Leibe zu halten, die immer wieder neu mit schreckenerregenden Lauten zum Angriff ansetzten, um ihren gewohnten Schlafplatz zurückzuerobern. Als wir schließlich begriffen hatten, daß diese wütenden Wesen nichts weiter als gewöhnliche Schweine waren, schliefen wir irgendwann vor Erschöpfung ein. Aber ich war unruhig und schlief schlecht. Am frühen Morgen fuhr ich aus dem Schlaf hoch: ein regelmäßiges, aber furchterregendes Schnarchen, wie ein Röcheln, das ganz nahe war, hatte mich geweckt. Mein erster Gedanke war, daß Dietrich ernsthaft krank sei. Ich stürzte zu seinem Feldbett: Er schlief ganz ruhig, wie ein kleines Kind. Und die Laute, die mich so in Schrecken versetzt hatten, kamen von einem großen Schwein. Das hatte sich gegen unser Zelt gelegt und freute sich wahrscheinlich, eine Art Bettlaken gefunden zu haben. Was immer auch geschah: Dietrich war durch nichts zu erschüttern, immer gleichbleibend. Zorn, Angst oder Entmutigung waren ihm fremd. Er schien unfähig, jemanden zu verachten.

Wir fuhren weiter nach Victoria (Tamaulipas), wo unser Freund Heberto Sein einen öffentlichen Vortragsabend angesetzt hatte. Heberto Sein bildete Lehrer aus, er war Quaker und ganz und gar nicht eng-nationalistisch. Die beiden Redner, die er auf den Plakaten angekündigt hatte, waren also ein Deutscher und ein Franzose. Mehrere hun-

dert Zuhörer waren gekommen. Das, was Dietrich und ich sagten, hatten wir gut aufeinander abgestimmt, so daß die anfängliche Zurückhaltung und Neugier unserer Zuhörer bald in Begeisterung umschlug. So konnten wir die pazifistische Arbeit von Heberto in seiner Stadt unterstützen.

Im Laufe dieses Studienjahres sind Dietrich und ich wirklich Freunde geworden, und danach haben wir uns noch mehrmals wiedergesehen: auf der ökumenischen Konferenz in Oxford, wo Dietrich mir den Posten eines Ordners verschafft hatte; auf der Jugendkonferenz in Fanö, wo er einen beeindruckenden Appell an die Kirchen richtete, damit sie sich dem Krieg entgegenstellten, der drohend näher rückte. Dietrich kam sogar nach Bruay, wo ich junger Pastor war. (*Bruay liegt im Norden Frankreichs; damals, 1934, bestand diese Stadt fast nur aus Bergarbeitern*) Er kam mit einer kleinen Gruppe von englischen und deutschen Pastoren (zwei seiner engsten Freunde), die in meiner Gemeinde aufgenommen und beherbergt wurden. Wir haben uns dann noch einmal in Houches (Nähe Chamonix) gesehen während meiner Ferien; dort waren wir 24 Stunden zusammen. Dann kam der Krieg mit all dem Furchtbaren, und wir konnten uns nicht mehr sehen. Das wird im anderen Leben sein.“

## Kurt Lüthi

### Erinnerungen an Karl Barth

#### 1. Karl Barth - Professor in Basel

Meine Studien an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Basel in den Jahren nach 1945 standen vorrangig im Zeichen von Karl Barth. Eine Anknüpfung zur Begegnung war damit gegeben, daß ich Konfirmand von Peter Barth (dem Bruder von Karl Barth) war. Peter Barth war Pfarrer in Madiswil, Kanton Bern, und - zusammen mit Wilhelm Niesel - bekannter Herausgeber der „Institutio“ von Calvin von 1559. Weiter gab es gleich Begegnungen mit Karl Barth, weil ich den gleichen Weg zur Vorlesung von Karl Barth hatte, die jeweils nachmittags um 5 Uhr stattfand. Es ist wohl charakteristisch für Karl Barth, daß er diese Weggespräche mit der Frage begann: „Herr Lüthi, haben Sie die Zeitung von heute Morgen gelesen?“ Aus Barths Biographie ist die Formulierung bekannt: „Neben der Bibel die Zeitung“. Barth hat mich dann auch in sein gastliches Haus eingeladen. Hier lernte ich Frau Nelly Barth kennen und Charlotte von Kirschbaum, die Sekretärin Barths. Im Hause Barth ging eine Vielzahl von Studierenden aus den verschiedenen Ländern aus und ein. Hier waren Nahkontakte zu Studierenden aus Deutschland, Frankreich, Holland, Dänemark und der Schweiz möglich. Die Studierenden versammelten sich regelmäßig in der „Sozietät“ von Barth. Zwei ergänzende Erinnerungen: Barth und die bei Barth Studierenden waren intensive Pfeifenraucher. Meine Abstinenz in Bezug auf Rauchgewohnheiten hat Barth mit folgendem Satz kommentiert: „Was ist mit ihrer Theologie, Herr Lüthi, wenn Sie nicht Pfeife rauchen?“ Und dann die Erinnerung an Barths Studierzimmer. Hier gab es das Nebeneinander von zwei Bildern: Calvin und Mozart. Dann lernte ich auch den Barth der kulinarischen Genüsse kennen. Gern und oft trank er sein Glas Rotwein. Beeindruckt hat uns, wenn er im Lokal „Charon“, einem Weinlokal in Basel, zusammen mit dem katholischen Theologen Hans Urs von Baltasar saß und mit ihm diskutierte. Seine Öffnung zu einem Gesprächspartner der römisch-katholischen Kirche war für mich vorbildlich und stand gegen meinen Antikatholizismus, den ich von meiner Herkunft her mitbrachte. Dann Gespräche, an die ich mich erinnere: das abrupte Ende seiner Lehrtätigkeit in Deutschland wegen der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus und dann die Übernahme der Basler Professur. Auch hier wieder Engagement für Barmen. Und hier wieder Enttäuschungen wegen des Nichtengagements der Schweizer Kirchen; Barth qualifizierte die Schweizer Kirchen als „bekenntnis-arm“.

#### 2. Karl Barth - eine kritische Schweizer Stimme

Für zahlreiche kirchliche Zeitgenossen stand Barth für die „kritische Schweiz“. Für die Gegner war er der „rote Professor“ aus Basel, den sie ablehnten. Hintergrund: die Zwierspältigkeit der Schweiz im Schatten des zweiten Weltkrieges. Die eine Seite: Option gegen Deutschland und gegen den Nationalsozialismus. Für einige bedeutete das: Weg

vom Pazifismus zur Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung; das war auch der Weg Barths. Auch Barth als ehemaliger Pazifist sagte jetzt Ja zu einer bewaffneten Schweizer Armee und er war selbst in Hilfsorganisationen der Armee aktiv. So absolvierte er z.B. das in der Schweiz übliche Programm in Schießübungen. Auch die Barthanhänger waren nun mit Munition ausgerüstet. Die andere Seite der Schweiz: Anpassungstendenzen in Kreisen der Wirtschaft, des Handels und zum Teil im Bereich der Regierung; hier hoffte man die Schweiz durch Anpassungen an das nationalsozialistische Deutschland retten zu können. Ein Beispiel war die Asylantenpolitik. Asylanten - auch Juden - die an der Schweizer Grenze standen, wurden zurückgewiesen. In der Öffentlichkeit gab es das populistische Schlagwort „Das Boot ist voll“. Barth hat - mit verschiedenen Kreisen der Kirchen - eine eindeutige Stellung genommen und er hat diese Stellungnahme in der Öffentlichkeit vertreten.

Für die Position des Widerstandes Barths verweise ich auch auf seinen Vortrag „Die Deutschen und wir“ (1945). Der Vortrag wurde an mehreren Orten der Schweiz gehalten und ich hatte selbst die Gelegenheit, ihn zu hören. Er gehört zur Phase gegen das Ende des Krieges und zur Phase, wo man schon mit der Niederlage der deutschen Seite rechnete. Hier einige Argumente: Barth sprach in einer Stimmung der Ablehnung der Deutschen und des Deutschtums. Sein Postulat: die Deutschen brauchen jetzt Freunde, - aufrichtige Freunde. Es müßte zur Ablöse der Gefühle der Feindschaft kommen und es müßten gegenüber Deutschen und gegenüber dem Deutschtum wieder positive Urteile möglich sein. Zielvorstellungen Barths: Mündigkeit der Völker, - Leben im Zeichen der Freiheit. Weiter Barth: Freunde Deutschlands trotz allem, - das sei jetzt auch der Schweiz und den Schweizern zugemutet. Richten sei - nach der militärischen Katastrophe - nicht mehr Sache des Menschen, sondern vollziehe sich in der Niederlage. Darum - so Barth: „Her zu mir, ihr Unsympathischen ... ihr bösen Hitlerbuben ...“. Nach Barth ist heute die Chance eines Neuanfangs gegeben: Deutsche und Franzosen müßten sich an einen Tisch setzen. Barth unterstützte dann auch die „Stuttgarter Schuldklärung“.

### **3. Solidarität mit jüdischen Schicksalen unter dem Einfluß Karl Barths**

Ich habe oben auf die Probleme jüdischer Asylanten mit einer zwiespältigen Schweiz und auf die Stellungnahme Barths hingewiesen. Hier nun meine Erinnerung: Der Pfarrer des Dorfes, in dem ich aufwuchs, war Anhänger von Karl Barth und bestimmt von der Stellungnahme Barths in der Judenfrage. Es gab eine Stellungnahme des „Schweizerischen Hilfswerkes“ (Pfarrer Hellstern) und des Christlichen Friedensdienstes (Flüchtlingsmutter Gertrud Kurz). In einer bestimmten Phase war eine Situation gegeben, in der sich Juden aus Deutschland durch die Schweiz nach Frankreich und Amerika absetzen konnten. Diese Chance wurde auch vom Dorfpfarrer wahrgenommen. Damit waren mir erstmals Kontakte und Begegnungen mit Juden und Jüdinnen möglich. Im evangelischen Gemeindegottesdienst wurden auch neuartige Möglichkeiten wahrgenommen. Es gab einen „Politischen Gottesdienst“, eine Art „Antizensur“. Damit hatte man in einer frühen Phase des Krieges Möglichkeiten, Informationen zum Schicksal der Juden in Deutschland zu bekommen (Reichskristallnacht, Konzentrationslager, Holocaust). Ich war auch darüber informiert, daß hinter diesen Informationen der Einfluß von Karl Barth stand. Allerdings: Barth hat dann zum Thema Israel auch Selbstkritik



geübt. Die Herausforderungen des deutschen Kirchenkampfes habe verhindert, daß er ein deutliches Wort für die Juden in der Öffentlichkeit formuliert habe.

## Hubert Mohr

### Toleranz im Katholizismus

Die Brisanz der Toleranz zeigte sich auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil am 11. Okt. 1964, als Kardinal Bea die tägliche Sitzung des Sekretariats mit den Worten eröffnete, er habe heute „Erfreuliches und Trauriges“ zu berichten. Letzteres bestand darin, daß der Generalsekretär des Konzils, Erzbischof Peride, ihm in einem „auf höheren Befehl“ (des Papstes) geschriebenen Brief mitgeteilt habe, die Erklärung über die Religionsfreiheit werde von einer gemischten Kommission (bestehend aus vier Mitgliedern seines, Beas, Sekretariats und vier Mitgliedern der Theologischen Kommission, die „auf höheren Befehl“ schon ernannt) von Grund auf umgearbeitet. Damit war die Angelegenheit dem Kard. Bea mit seinem Sekretariat faktisch entzogen: drei von den vier Mitgliedern der Theol. Kommission waren ausgesprochene Gegner der Gewissensfreiheit (aus der die Glaubensfreiheit folgt). Unter ihnen befand sich der Generalsuperior der Kongregation der Väter vom Hl Geist, der bis dato der Kommission überhaupt nicht angehört hatte, Marcel Lefebvre, der nach dem Konzil dessen Beschlüsse nicht anerkannte und sich mit seiner Bruderschaft Hl. Pius X. von der Kirche trennte. Paul VI. hatte in seinem Brief auch den Grund für seinen ungewöhnlichen, schockierenden Eingriff genannt: er wünsche, der Opposition entgegenzukommen (er strebte eine größtmögliche Mehrheit bei der Verabschiedung der Texte an), deshalb verlange er eine Revision der z.Z. vorliegenden Fassung. Unmittelbar darauf hatten schon am 10.10. sich einige Kardinäle in der Anima, dem Sitz von Kardinal Frings, versammelt und einen Brief an den Papst gerichtet (mit 17 Unterschriften), der mit seinen Eingangsworten „Magno cum dolore“ in die Konzilsgeschichte einging: „Mit großem Schmerz haben wir erfahren, daß die Erklärung über die Religionsfreiheit, die doch in großer Übereinstimmung mit den Wünschen der Mehrheit der Väter verfaßt ist, einer gemischten Kommission übergeben werden soll... Drei davon scheinen in Gegensatz zu den Ansichten des Konzils in dieser Frage zu stehen... Wir sind aufs höchste beunruhigt ...Sollten jedoch Eure Heiligkeit glauben, daß eine gemischte Kommission nötig sei, so müßte sie u. E. auf der Grundlage der Konzilskommission gebildet werden...“ Eine Audienz, die der Papst am 13.10. Kardinal König gewährte, beendete diesen Zwischenfall. Der Vorstoß wurde zurück genommen; die Sache blieb bei dem unter Leitung Beas stehenden Sekretariat, und die Theol. Kommission hatte nur noch ihr Nihil obstat für die sie angehenden theologischen (nicht pastoralen) Fragen in dem vom Sekretariat überarbeiteten Text zu geben, was sie schließlich mit erheblicher Verspätung am 9.11. auch tat. Dies war jedoch nur ein Vorspiel.

Über den neuen Entwurf, der in den zuständigen Gremien und dann auch in der Aula (Vollversammlung) diskutiert worden war, sollte in der Vollversammlung am 19.11. abgestimmt werden. Doch am Vorabend, dem 18.11., gab der Generalsekretär im Namen des Konzilspräsidenten und der Moderatoren eine Erklärung ab, der zufolge zahlreiche Väter (es waren an die 200) an die Präsidentschaft des Konzils eine Petition gerichtet hatten: Sie könnten sich in dieser wichtigen Frage nicht so schnell entscheiden,

sie wünschten mehr Zeit. Deshalb werde am 19. 11. nur eine Vorabstimmung erfolgen, um festzustellen, ob das Plenum zur Abstimmung schreiten solle oder nicht. „Am nächsten Tage platzte dann die Bombe“, heißt es in dem Bericht, Bd.III/2 der in der DDR 1967 erschienenen großen Konzilsdokumentation (Vaticanum Secundum), unter der Überschrift „Krisen der Dritten Session« bringt (S.122 ff.). Der amtierende Präsident des Konzils, Kurienkardinal Tisserant, zog kurzerhand den Vorschlag der Vorabstimmung wieder zurück, und verschob, ohne das Konzil zu fragen, die gesamte Entscheidung auf die nächste Sitzungsperiode. „In der Aula entstand der Eindruck eines Erdbebens“, heißt es in dem Bericht, „das Konzil glich einem Bienenschwarm ... Ein Kardinal bemächtigte sich der Schreibmaschine des Generalsekretärs, der ebenfalls seinen Platz verlassen hatte, und verfaßte einen kurzen Text, der an den Papst gerichtet war: „Heiliger Vater, ehrfürchtig, aber instanter, instantior, instantissime (inständig, dringend mit den beiden Steigerungsformen, *H.M.*) bitten wir, daß die Abstimmung über Erklärung zur Religionsfreiheit während dieser Session durchgeführt wird.“ In kurzer Zeit unterschrieben fast Tausend Bischöfe. Drei Kardinale gingen damit zum Papst. Trotz alledem wurde die Abstimmung über das Schema auf die vierte Session verschoben.

Ähnlich ging es bei dem Schema „Über den Ökumenismus“ zu, das ebenfalls von Kardinal Bea erarbeitet, in vielen Diskussionen überarbeitet, gegen Ende der dritten Session vorgelegt wurde. Auch hier wandten sich die (konservativen) Gegner des vorgelegten Textes an den Papst mit der Bitte einzugreifen. Und auch hier gab dieser, auf größtmögliche Mehrheiten bedacht, der Bitte nach und übersandte dem Einheitssekretariat 40 Änderungsvorschläge. Kardinal Bea nahm 19 von ihnen an, legte den überarbeiteten Text rechtzeitig vor, so daß er doch noch in der dritten Session verabschiedet werden konnte. Die Zahl der Konservativen auf dem Konzil konnte an den 450 Konzilsvätern gemessen werden, die während der vierten Session (Sept. bis Dez. 1965) eine Petition an den Papst richteten, in der gefordert wurde, in das Schema 13 (Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute) eine öffentliche Verurteilung des Kommunismus einzubauen. Dies lehnte Paul VI. jedoch ab, da eine Zustimmung ihn in einen deutlichen Gegensatz zur Konzilsmehrheit gebracht hätte, auf deren Seite er selbst stand. Hatte schon sein Vorgänger, Johannes XXIII., den militanten Antikommunisten auf solche Forderungen geantwortet: „Laßt sie doch in Ruhe, auch sie sind meine Kinder. Richtet eure Aufmerksamkeit nicht darauf, was Verurteilung verdient, sondern darauf, was Lob verdient.“ In seiner Enzyklika „*Pacem in terris*“ (1963) hatte er dies vorexerziert: „Wer könnte übrigens leugnen, daß in solchen Bewegungen, soweit sie sich den Gesetzen einer geordneten Vernunft anpassen und die gerechten Forderungen der menschlichen Person berücksichtigen, etwas Gutes und Anerkennungswertes sich findet.“ Und er ging in seiner Toleranzforderung noch weiter: „Sie sollen die Meinung der anderen Seite mit echtem Wohlwollen, sachlich und selbstlos prüfen und bereit sein, mit vereinten Kräften zu schaffen, was seiner Natur nach gut ist oder zum Guten gewendet werden kann.“ Die Reaktion der Konservativen ist bekannt. Kardinal Siri meinte, es seien nicht weniger als 50 Jahre erforderlich, um den Schaden wiedergutzumachen, den diese Enzyklika der Kirche zugefügt habe. In Deutschland schrieb R. Krämer-Badoni. „Du willst die Kirche retten und wirfst als Preis unsere Freiheit hin. Du hast keinen Auftrag zur Politik. Laß ab von diesem Weg!“ („Die Welt“) Paul VI. schritt auf diesem Wege weiter, indem er in seiner Enzyklika „*Ecclesiam suam*“ ( während der

dritten Session des Konzils) zum ersten Mal lobende Worte für Kommunisten bzw. Atheisten fand. Er sieht unter ihnen Menschen, „erfaßt von Leidenschaftlichkeit und utopischen Wünschen, oft aber auch beseelt von Großmut, erfüllt von einem Traum von Gerechtigkeit, von einem Fortschritt, der zu einer idealen Welt führen soll... sie verstehen es, der Solidarität und dem menschlichen Mitgefühl ... Ausdruck zu verleihen.“ Und er endet mit der Hoffnung, „daß sich eines Tages zwischen ihnen und der Kirche ein positiver Dialog anbahnen wird.“ Man vergleiche diese Sprache mit der früherer Päpste, die schon beim Sozialismus von der „Pest“ sprachen, wonach die von dieser Befallenen als Leprakranke anzusehen waren. Welch ein Fortschritt auf dem Wege zu einer wahren Toleranz!

Schon bei der Vorbereitung auf das Konzil waren viele Vorschläge unter der Bezeichnung „De Tolerantia“ zusammengefaßt worden. Manche von ihnen hätten sich sowohl unter diesem als auch unter dem Titel „De libertate conscientiae“ (Über die Gewissensfreiheit) vereinigen lassen. Der Terminus Toleranz findet sich schon im Kirchenschema („De ecclesia“), das gegen Ende der ersten Session vorgelegt wurde. Ein Kapitel trug die Überschrift: Über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat sowie über die religiöse Toleranz. Hier handelten die Paragraphen 6 und 7 über die religiöse Toleranz in katholischen und die Anwendung dieses Grundsatzes in nichtkatholischen Staaten. Diese Vorlagen wurden in der vorbereitenden Zentralkommission zusammen mit der Entwürfen, die vom Sekretariat für die Einheit der Christen unter Leitung von Kard. Bearbeitet waren („Über die Notwendigkeit, die Güter des Glaubens in Liebe zu fördern“; „Über die Zusammenarbeit der Katholiken mit den Nichtkatholiken“; „Über die Beziehungen zwischen der Kirche und der bürgerlichen Gesellschaft“), beraten und auf die beiden Schemata verteilt. Auf diese Weise wurde die Frage der Toleranz mit der Frage der Gewissensfreiheit verbunden und erhielt diese ihre besondere Brisanz, da mit der Gewissensfreiheit die Glaubensfreiheit eng verbunden ist, und aus beiden Toleranzforderungen erwachsen.

Den öffentlichen Höhepunkt der Auseinandersetzung erlebte das Konzil auf der 86. Vollversammlung am 23. Sept. 64, auf der sich - einmalig in der Konzilsgeschichte - gleich neun Kardinale zu Wort meldeten. In den insgesamt 43 Statements sprachen sich 19 gegen die Vorlage aus. Der damalige Leiter der Kongregation des Heiligen Offiziums (am 7. Dez. 65 in Kongregation für die Glaubenslehre umbenannt), Kard. Ottaviani, ohne Zweifel der Prominenteste unter den Konservativen, der auch die erwähnte Petition der 450 von 1965 initiierte, erklärte rundheraus, die volle Billigung der Glaubensfreiheit bringe die Mauern des eigenen Hauses ins Wanken. Ein anderer Bischof meinte, das Recht auf unterschiedliche Verbreitung der religiösen Wahrheit und des religiösen Irrtums sei, „gelinde gesagt, eine neue Lehre in der Kirche“, und erinnerte an die altbekannte These, die bisher in der Kirche gegolten habe: *Ius pro veritate, pro errore tolerantia, si quando id exigat bonum commune* (gegenüber dem Irrtum Toleranz, wenn das Gemeinwohl dies verlangt). Der (nach dem Urteil der Glaubenshüter bestehende) Irrtum hat kein Recht auf Existenz und muß nur notfalls toleriert werden (z.B. dort, wo er eine große Zahl von Anhängern oder gar die Mehrheit hat, wie in nichtkatholischen Ländern). Das war eine klare Absage an Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit und auch an die wahre Toleranz. Bei der Mehrheit der Konzilsteilnehmer hatte sich aber die Auffassung durchgesetzt, daß die eigentlichen Fundamente der Gewissensfreiheit und die Gründe für ihre Geltung auch im öffentlichen Bereich sowie die Natur der echten Tole-

ranz, die den anderen akzeptiert, auch wenn er in den Augen der Katholiken irrt, in seiner *Personenwürde* und seinen *sozialen Rechten* liegen. Die Würde und Freiheit der *Person*, seines Gewissens, auch des „irrenden“ Gewissens, muß stets gewahrt bleiben. Bischof De Smedt, der die *Relatio* vorgelegt hatte, erläuterte die Option für den Begriff „Gewissensfreiheit“ anstelle von Toleranz (manche Konzilsväter plädierten dafür, nur von Religionsfreiheit und Toleranz zu sprechen) damit, daß „das Schema die Sprache unserer Zeit sprechen wolle“ (das ganze Konzil stand bekanntlich unter der Losung *Aggioramento*). Der bisherige Begriff „Toleranz“ reiche nicht aus, um eine der Würde entsprechende rechtliche Ordnung aufzubauen. „Die Religionsfreiheit ist ein wahres Gut, da sie in der personalen und bürgerlichen Menschenwürde gegründet ist.“ Diese wiederum gründet sich in der Gottebenbildlichkeit des Menschen, die ihrerseits das Naturrecht (religiös) begründet. Sie erstreckt sich auf die geschwisterlich verbundenen anderen christlichen Glaubensgemeinschaften, auf die nichtchristlichen (unter denen die zwei abrahamitischen, Judentum und Islam, als dem gleichen Stamm entsprungen, zuerst genannt werden), und auch auf die Nichtgläubigen (wiederum mit ihren Differenzierungen: faktisch, agnostizistisch, atheistisch). Sie gilt also universal. In der letzten kompetenten und ausführlichen Verlautbarung zu dieser Frage (Internationale Theologenkommission: „Das Christentum und die Religionen“ - 1996) wird die „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ (*Gaudium et Spes*) zitiert: „Was von den Christen gesagt wird, gilt auch für alle Menschen guten Willens, in deren Herzen die Gnade unsichtbar wirkt. Auch sie können durch den Hl. Geist mit dem österlichen Geheimnis verbunden ... werden und der Auferstehung entgegengehen“ (GS, 22). Die Theologen fügen dazu dann aus der „Dogmatischen Konstitution über die Kirche“ zwei bemerkenswerte Sätze an: „In diesem Sinne können die Kirchenväter sagen, daß die gerechtfertigten Nichtchristen der ‚Ecclesia ab Abel‘ angehören. Während diese in der allgemeinen Kirche beim Vater versammelt werden, werden diejenigen nicht gerettet werden, die der Kirche zwar ‚dem Leibe‘, aber nicht ‚dem Herzen‘ nach angehören, weil sie nicht in der Liebe ausharren“ (LG. 2 u. 14). Als Kriterien bzw. Kennzeichen der Zugehörigkeit werden an verschiedenen Stellen genannt: „Menschen guten Willens“, „das Gute in die Tat umsetzen“, „dem Spruch des Gewissens folgen“, „das Bemühen, ein rechtes Leben zu fahren“, „wahre Liebe“. Die Theologenkommission resümiert: „Selbstverständlich treten die Nichtchristen, die ohne Schuld nicht zur Kirche gehören, in die Gemeinschaft der zum Reiche Gottes Berufenen ein, und zwar durch den Vollzug der Gottes- und Nächstenliebe; diese Gemeinschaft wird bei der Vollendung des Reiches Gottes und Christi als *Ecclesia universalis* offenbar werden“ (ChrR., S. 36). Die Theologenkommission zieht aus dem Gesagten im dritten und letzten Kapitel „einige Folgerungen für eine christliche Theologie der Religionen“ (S. 39ff.): Hier wird die neue Haltung deutlich ausgesprochen: „Die Heilsmöglichkeiten außerhalb der Kirche für diejenigen, die gemäß ihrem Gewissen leben, steht heute nicht mehr in Frage“ (S.39). In einer Anmerkung dazu heißt es: Die Anhänger anderer Religionen antworten immer dann positiv auf Gottes Einladung und empfangen das Heil von Jesus Christus, wenn sie in ehrlicher Weise das in ihren Traditionen enthaltene Gute in die Tat umsetzen und dem Spruch ihres Gewissens folgen. Dies gilt sogar für den Fall, daß sie Jesus Christus nicht als ihren Erlöser erkennen oder anerkennen“ (S. 57, Anm. 32). Auch die im Kampf gegen den Kommunismus und Atheismus oft gebrauchte diskriminierende (Toleranz und Dialog verhindernde) These, Glaubenslose, Religionslose könnten auf de

Dauer kein moralisch einwandfreies Leben führen, ist aufgegeben: „Die Religionen können nur Trägerinnen der rettenden Wahrheit sein, sofern sie zur wahren Liebe führen. Auch wenn es wahr ist, daß diese auch denjenigen gegeben sein kann, die keine Religion praktizieren, scheint es doch, daß die wahre Gottesliebe zur Anbetung und religiösen Übung in Gemeinschaft mit den anderen Menschen führen muß“ (S. 42). Es sei hier auf die von Gustav Mensching schon 1925 vertretene Auffassung erinnert, nach der „die universale göttliche Gnade“ auch diejenigen nicht im Stich läßt, „die wir heute Heiden nennen“ (Die Welt des Glaubens, 1925.S.23), und daß es eine „gänzliche Verzerrung der Intentionen Christi“, eine „dogmatische Verengung“ bedeute zu glauben, „erst seit Christus sei die Möglichkeit des Heils gegeben“ (Gott und Mensch, 1948, S. 3). Echte Toleranz akzeptiere „das Wehen des Geistes auch innerhalb der fremden Religionen“ (Glaube und Gedanke, 1929,8. 56). In seinem in viele Sprachen übersetzten Standardwerk „Toleranz und Wahrheit in der Religion“ (erste Aufl. 1955), in dem u.a. auch die Geschichte der Toleranz, beginnend mit Buddha, skizziert wird, beweist er als einer der ersten „ökumenische Weite“, die ihm auch Hans Küng bescheinigt (Christentum und die Weltreligionen, 1959, S. 15). In der Ausgabe von 1966 geht Mensching auf die Ergebnisse des 2. Vatikanums ein, dessen „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ sowie „Erklärung über die Religionsfreiheit“ er als „Wendepunkt“ bezeichnet. „Was ... über das Verhältnis der Kirche zu den nicht christlichen Religionen ausgeführt wurde, bezeugt eine Grundstellung, die wir in diesem Buch als ‚inhaltliche Toleranz‘ bezeichnet haben. Man kann nur wünschen, daß diese Prinzipien auch in die Praxis umgesetzt werden“ (S. 87). In der Neuauflage von Menschings Werk, die G. Tworuschka 1996 besorgte, der er ein lobendes Vorwort von Hans Küng voranstellte, und die er selbst mit einer „Einleitung“ und „kritischen Beobachtungen“ versah, betont dieser: „Mensching bewertet ... die Aussagen 2. Vatikanums sehr positiv und stellt sogar eine große Nähe zu seiner Toleranz-Konzeption fest“ (S. 208). Küng seinerseits hebt „einen für heute unverzichtbaren Gedanken von G. Mensching“ hervor, „der für meine persönliche Arbeit zentral und von dem ich glaube, daß er für den künftigen Religionsdialog entscheidend ist: die Gemeinsamkeit der Religionen im Ethos“ (S. 12).

Wenn man von Toleranz spricht, spielt nicht so sehr die Frage nach dem Subjekt (wer toleriert) und dem Objekt (wer und was wird toleriert) eine Rolle als vielmehr die Frage nach der Art, dem Grad, der Qualität der Toleranz. Beim Objekt tritt zur Personalfrage (Einzelperson und Zusammenfassung von Personen als Staat mit seinen Organen, überstaatliche wie nichtstaatliche Organisationen mit ihren Untergliederungen, Religionen und Kirchen mit ihren Gemeinde-, regionalen, staatlichen und überstaatlichen Organen, z.B. Weltkirchenrat) die Sachfrage hinzu: Äußerungen mündlicher, schriftlicher Art, Riten, Gebräuche, Handlungen, Taten, Aktionen usw. Nicht alle von tolerierten Personen oder Personengruppen, Organisationen etc. irgendwie geäußerten, zum Ausdruck gebrachten Meinungen, Auffassungen, Aktionen, Taten sind tolerierbar. Es gibt Grenzen der Toleranz. Das entscheidende Kriterium ist stets die Freiheit. Ehre, Würde, das Recht der Einzelperson bzw. der Gemeinschaft, der Gesellschaft, das *bonum commune*. Weit wichtiger aber ist die Art, der Grad, die Qualität der Toleranz. Hier lassen sich fünf Stufen unterscheiden: erstens die erzwungene, „zähneknirschende“ Toleranz ; zweitens die unterkühlte, mißtrauische, argwöhnische Toleranz; drittens die gleichgültige, gefühllose Toleranz; viertens die wohlwollende, dialogbereite Toleranz ; fünftens die liebevoll-

le, kooperative Toleranz. Diese wurde vom Konzil gefordert, wie aus dem Gesagten hervorgeht. Darüber hinaus geht nun, 35 Jahre später, Johannes Paul II. mit seinem Schuld- und Reuebekenntnis für alle Verfehlungen in Vergangenheit und Gegenwart im Namen der ganzen Kirche im Jahre 2000. Einige notorischen Papstkritiker haben diesen Akt als ungenügend, zu allgemein, Papst und Hierarchie nicht einbeziehend, oder gar als scheinheilig bezeichnet - zu Unrecht, denn der Papst spricht von „wir“ und von „uns, seinen Dienern, von denen der Herr für alle Schuld einst Rechenschaft fordern wird“. Damit ist eine neue Stufe der Toleranz erreicht: Die Kirche tritt als eine ihre Schuld bekennde, um Verzeihung bittende Partnerin auf. Sie ist sozusagen vom „hohen Ros“ der alleinigen Hüterin der Wahrheit und Moral, als die man sie im Mittelalter sah und einige heute noch sehen, „herabgestiegen“ und kommt allen anderen Gläubigen und Nichtgläubigen als schuldbeladene und um Vergebung bittende (soweit diese durch ihr Verhalten beschädigt wurden) Partnerin entgegen. Ihre Liebe ist keine herablassende, sondern ein demütige, dialog- und kooperationsbereite. Der Aufstieg zu dieser Stufe geschah nicht ohne Hindernisse, die eine Art Parallele bzw. Analogie zu den skizzierten Vorgängen während des Konzils darstellen, nur daß der Papst damals als Vermittler zwischen zwei Fronten stand, während dieses Mal der Weg von oben nach unten führte, der Anstoß vom Papst selbst ausging. Er begann im Frühjahr 1994 mit einem an die Kardinale anonym versandten Arbeitspapier unter dem Titel „Reflexionen über das große Jubiläum des Jahres 2000“ ,das zur Vorbereitung des für den 13./14. Juni angesetzten außerordentlichen Konsistoriums (Vollversammlung der Kardinale) dienen sollte und eine kontroverse Diskussion hervorrief. Der gut informierte Vatikankorrespondent des „Corriere della Sera“, Luigi Accattola, hat in seinem vor dem Vollzug des öffentlichen Aktes veröffentlichten Buch „Wenn der Papst um Vergebung bittet.- Alle ‚mea culpa‘ des Papstes an der Wende zum dritten Jahrtausend“ (1999) die Geschichte dieser schwierigen Diskussionen ausführlich beschrieben. Hauptgegenstand der Kritik bildete der Paragraph 7 (Reconciliatio et paenitentia = Versöhnung und Reue), in dem u. a. hieß: „Während sich das zweite Jahrtausend des Christentums seinem Ende zuneigt, muß sich die Kirche mit einer neu belebten Hellsichtigkeit bewußt machen, inwiefern sich ihre Gläubigen im Verlauf der Geschichte als untreu erwiesen und gegen Christus und sein Evangelium gesündigt haben.“ Die ursprüngliche Anonymität des Papiers war wohl der Absicht geschuldet, eventuelle Hemmungen bei der Kritik dieser Vorlage von vornherein auszuschließen. Erst auf dem Konsistorium gab sich der Papst als Autor bzw. Urheber zu erkennen. Das entscheidend Neue war der Schritt von einzelnen Schuldbekennnissen und Vergebungsbitten, die es schon während des Konzils, nach dem Konzil und von ihm selbst schon 40-mal gegeben hatte, zu einem allgemeinen, alle Verfehlungen und alle Jahrhunderte umfassenden Bekenntnis, das die gesamte Kirche mit allen ihren Gliedern einschließt. Die kritischen Einwände werden von Accattola in einem mit „Widerstand der Kardinale“ überschriebenen Abschnitt behandelt, dessen Einzelheiten hier nicht wiedergegeben zu werden brauchen. Genannt seien nur die Bedenken von Kardinal Giacomo Biffi, die er auch nach dem Konsistorium schriftlich äußerte. Er spricht von der Möglichkeit, daß die Reue und Selbstanklage zu einer „Quelle von Zweideutigkeit und daher auch der geistlichen Verunsicherung werden“ könne. „Ist es recht und angebracht, daß wir für die kirchlichen Irrtümer der vergangenen Jahrhunderte um Vergebung bitten müssen?... Ganz zu schweigen davon, daß heute alle damit einverstanden zu sein scheinen, daß für die wahrhaft enormen Verbrechen der

Geschichte gegen die Menschheit inzwischen keine Verantwortlichen mehr zu finden sind. Vielmehr werden diese Geschehnisse von einem barmherzigen kulturellen Schweigen zugedeckt... Wem wird die Menschheit die Rechnung vorlegen für die vielen Millionen russischer Bauern, die von den Bolschewiken niedergemetzelt wurden? Wäre es nicht besser, wir alle würden im Hinblick auf die Sünden der Geschichte das Weltgericht abwarten?“ (Accattola, S. 62-63). Biffi meint, die Bitte um Vergebung würde niemandem helfen zu glauben. Er zählt die Risiken einer solchen Initiative auf: den Skandal, der dem einfachen Gläubigen gegeben werde, die möglichen Verwirrungen über die Sündhaftigkeit der Kirche, die Notwendigkeit, die Irrtümer durch objektive Untersuchungen zu beweisen, die Schwierigkeiten, überholte Bewertungen zu vermeiden (S. 64). Auch die italienische Presse bemächtigte sich dieses Themas; so hieß es in dem Organ der Bewegung „*Comunione e Liberazione*“, „*Trentagiorni*“: „Folgt man dieser Logik, dann kann man zu dem Schluß kommen, daß die ganze Kirche in zweitausend Jahren eine wahrhafte Geißel der Menschheit gewesen sein muß, zumindest jedoch, bis Johannes Paul II. den Plan betreten hat, dessen bereitwillige Anerkennung all dieser Schuld als ein bewegendes Zeichen christlicher Demut Anerkennung findet... Mittlerweile beginnt die Verfolgung von ‚Verbrechen‘, die der gegenwärtige Nachfolger Petri fortwährend, mehr oder weniger ausdrücklich, der Geschichte der Katholischen Kirche zuschreibt, ein gewisses Unbehagen hervorzurufen... Es scheint, daß die Geistlichen eine ganz besondere Befriedigung an diesem Werk der Selbstzerstörung finden“ (A., S. 209).

Besonders schwierig war und ist immer noch der „Spagat“ zwischen der im katholischen Kirchenbegriff enthaltenen „Heiligkeit der Kirche“ als mystischer Leib Christi und der „Sündhaftigkeit“ vieler ihrer Mitglieder, auch ihrer Würdenträger, die allen sichtbar ist. Erstere ist eine Frage des Glaubens und kann deshalb von Außenstehenden, nicht erkannt werden, und daher auch nicht anerkannt werden. Sie übersehen dabei oft, daß die Kirche, deren Theologie die Existenz der Kirche als einer Gemeinschaft sündiger Menschen, die auch Verbrechen begehen können und begehen, nicht leugnet, sondern durchaus sieht und anerkennt, auch von einer „sündigen Kirche“ spricht. Schon 1968 schrieb Joseph Ratzinger, damals noch Prof. an der Tübinger Universität, in seiner „Einführung in das Christentum - Vorlesungen über das Apostolische Glaubensbekenntnis“: „Das Zweite Vatikanische Konzil hat sich dazu durchgerungen, nicht mehr bloß von einer heiligen, sondern auch von einer sündigen Kirche zu sprechen ... Die Jahrhunderte der Kirchengeschichte sind so erfüllt von allem menschlichen Versagen, daß wir Dantes grauenvolle Vision verstehen können, der im Wagen der Kirche die babylonische Hure sitzen sah, und daß uns die furchtbaren Worte des Pariser Bischofs Wilhelm von Auvergne (aus dem 13. Jahrhundert) begreiflich erscheinen, der meinte, ob der Verwilderung der Kirche müsse jeder, der sie sieht, vor Schrecken erstarren. ‚Braut ist das nicht mehr, sondern ein Untier von furchtbarer Ungestalt und Wildheit‘. „(S. 282) Der Autor sucht dann den Begriff „Heiligkeit“ zu erklären: „Das Wort ‚heilig‘ ist ... in allen diesen Aussagen zunächst nicht als Heiligkeit menschlicher Person gemeint, sondern verweist auf die göttliche Gabe. die Heiligkeit schenkt inmitten menschlicher Unheiligkeit... Die Heiligkeit der Kirche besteht in jener Macht der Heiligung, die Gott in ihr trotz menschlicher Sündigkeit ausübt... Das erregende Ineinander von Treue Gottes und Untreue der Menschen, welches die Struktur der Kirche kennzeichnet, ist gleichsam die dramatische Gestalt der Gnade, durch die die neue Realität der Gnade als Begnadigung der an sich Unwürdigen fortwährend in der Geschichte anschaulich gegenwärtig



wird. Man könnte von da aus geradezu sagen, eben in ihrer paradoxalen Struktur aus Heiligkeit und Unheiligkeit sei die Kirche die Gestalt der Gnade in dieser Welt (S. 283f). Johannes Paul II. setzte sowohl Theologen als auch Historiker auf das Thema an, um alle einzelnen Punkte seines Schuldbekenntnisses theologisch und historisch abzusi-  
chern und bezog bekanntlich in den Akt selbst hochrangige Kardinale mit ein. „Mit diesem Unterfangen vollendet der Papst das Werk des Konzils“, schreibt Accattola in einem Vorwort, „und läßt seine Kirche einen Schritt nach vorne tun, der womöglich entscheidend sein wird für ihre volle Eingliederung in die ökumenische Bewegung. Aber er begründet auch eine neue Apologetik, modifiziert das Bild des Papsttums und verschiebt den Ort, den die katholische Kirche im zeitgenössischen kulturellen Panorama einnimmt“ (S. 11).

Daß Johannes Paul II. diesen Schritt, diese Geste erstmalig unter den Augen der Weltöffentlichkeit wagte, ist ein (kirchen-) geschichtliches Ereignis, das auch auf die künftige Entwicklung des interreligiösen Dialog und der Zusammenarbeit aller Religionen und auch nichtreligiösen Institutionen einen großen Einfluß haben wird. Ich wage zu behaupten, das kommende Jahrhundert wird ein Jahrhundert der Toleranz, des Dialogs und der Kooperation sein. Dabei dürfen allerdings die von den Fundamentalisten aller Schattierungen ausgehenden Gefahren für diese Entwicklung nicht übersehen oder gering geschätzt werden, und ebenso nicht die „Mühen der Ebene“.



## **§ 7 Geschichte und Geschichten**

## Ulrich Krum

### Die Geschichte von der Brücke

Es war einmal. Menschen lebten in einer Ortschaft an einem Fluß. Der war weder besonders breit noch besonders schmal, man konnte ihn nicht durchwaten, aber bei guter Konstitution schwimmend überqueren, einfacher war es mit einem Boot.

Da es auf beiden Seiten des Flusses viel zu tun gab, erschien die Überquerung als ein allgemeines Problem, weniger für die Jungen - die gut schwimmen konnten - oder für die Begüterten, die Boote hatten oder Fähren mieteten, anders für die Kinder und die Alten, aber auch für viele einfache Leute, die etwas hin- oder herzubringen hatten oder irgend etwas zu erledigen.

Menschen, die über den Tag hinausdachten, schlugen den Bau einer Brücke vor. Damit meinten sie, allen in gleicher Weise zu helfen: Arm und Reich, Jung und Alt konnten sie benutzen und ihren Angelegenheiten nachgehen.

Was eigentlich jedem einleuchten müßte und deshalb auf allgemeine Zustimmung treffen dürfte, erwies sich aber als Problem. Die Jungen sahen sich der Möglichkeit beraubt, ihre Leistungsfähigkeit öffentlich zu demonstrieren. Die Wohlhabenden sahen die Vorteile verschwinden, die ihnen ihr Reichtum verschafft hatte. Die Fährleute waren schon aus Prinzip dagegen.

Außerdem: Auch wenn man den Bau der Brücke mit vereinten Kräften gemeinsam angehen und wohl auch zum Ende bringen könnte, so blieben doch Investitionskosten, Materialien der verschiedensten Art, die bezahlt werden müssten. Ohne eine Finanzhilfe derer, die dazu in der Lage waren, würde es nicht gehen. Die aber zierten sich - siehe oben.

Einmal gab es dann die Situation eines allgemeinen Neuanfangs. Eine Flut hatte das Schwimmen erschwert, die Boote und Fähren weggespült. Ob man wollte oder nicht, alle gaben mit unterschiedlicher Begeisterung ihre Zustimmung zum Brückenbau. Man organisierte einen Brückenbauverein, der sich um den Bau kümmerte. Da die Zeiten schlecht waren, waren auch die Materialien, die man verwenden konnte, nur entsprechend. Als die Brücke fertig war, konnte man sie zwar benutzen, sie wurde aber von vielen Menschen heftig kritisiert, sogar von einigen ihrer Erbauer.

Sie hielt einige Jahrzehnte, wurde aber nicht entsprechend gewartet, obwohl einige in ihr einen Bau für die Ewigkeit sahen.

Von oberhalb des Flusses kamen Leute, die über die Brücke spotteten, außerdem boten sie moderne Boote und Fähren an, priesen deren überragende Leistungen, die größere Flexibilität einer solchen Technik, die zu größerer individueller Freiheit jedes Einzelnen führen würde usw.

So kam es, daß die Menschen der genannten Ortschaft eines Tages die Brücke abrisen. Eigentlich wollten sie das nur tun, um gleich eine bessere zu erbauen. Aber weil sie erst einmal alle neue Boote und Fähren brauchten, ließen sie sich diese aufschwätzen, benutzten sie und fanden sich damit ab. Dies geschah natürlich unter dem Beifall der Jungen, der Begüterten und des Fährgewerbes. Die Reste des Brückenbauvereins verlo-

ren an Bedeutung, lösten sich auf in einzelne Gruppen, die das Ziel, eine steinerne Brücke für die Ewigkeit, auf sehr unterschiedlichen Wegen anstrebten.

Was machen da die Menschen, die über den Tag hinaus denken? Sie halten die steinerne Brücke immer noch für die beste Lösung für Arm und Reich, Alt und Jung, müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß um sie herum das Leben weitergeht, ohne daß von der Mehrheit dieses Problem gebührend beachtet wird. Einige Junge sonnen sich in ihrem jugendlichen Optimismus, die Reichen machen ihre Geschäfte und werden immer reicher, die große Mehrheit von Jung und Alt strampelt in ihren Tagesproblemen und kommt dabei immer weniger dazu, über den Tag hinaus zu denken.

Wird eines Tages eine neue Flut kommen, die die Boote und Fähren wegspült? Wird man dann ernsthaft den Bau einer festen Brücke vornehmen? Werden die Menschen mehrheitlich lernen, ihre Interessen zu erkennen und durchzusetzen? Auch ohne Flut?

So müssen die Menschen, die über den Tag hinaus denken, leben, auch ohne diese Fragen beantworten zu können.

## Herbert Vetter

### Das Kriegsende, wie ich es als Zwölfjähriger erlebte

Der zweite Weltkrieg ging seinem Ende entgegen.

Zur Flucht vor „dem Russen“ hatten wir uns vom Bauern P. eine hochtragende Kuh ausgeborgt, die uns den schweren Leiterwagen ziehen sollte. Weil das aber sowohl für die Kuh als auch für uns völlig ungewohnt war, kam uns zustatten, daß in Ringenhain eine von ein paar deutschen Soldaten getriebene Kuhherde - ebenfalls auf der „Flucht“ - an uns vorbeigetrieben wurde. Ein Soldat bemerkte unsere Schwierigkeiten, sah sofort, daß "unsere" total ungeeignet zum Ziehen war und bot uns an, aus „seiner“ Herde eine auszuwählen, die auf dem Halsrücken ein abgeschabtes Fell hatte als Zeichen des gewohnten Tragens einer Zugvorrichtung. Nun hatten wir zwei Kühe.

Wiederum zufällig kam eine Verwandte, der wir die erste Kuh zur „Aufbewahrung“ überließen.

Am nächsten Tag - dem 9. Mai 1945 - hörten wir, daß der Krieg zu Ende sei und wir wieder nach Hause könnten.

Mama fuhr mit dem Fahrrad sofort los, um sich bei Großmutter, die in unserem bisherigen Wohnort geblieben war, zu erkundigen, ob noch alles in Ordnung sei. Wir beluden inzwischen den Leiterwagen und warteten auf Mama.

Dann kam sie angestürzt: „Los, los, wir fahren zurück; ich war schon in Gefangenschaft!“

Mama war nicht ganz bis nach Dretschen gekommen, konnte aber in der Kurve nach dem Kleebusch das Dorf sehen, als sie bemerkte, daß auf der Seitenstraße aus Richtung Gaußig über Diehmen eine Militärkolonne gezogen kam. Der mußte sie zuvorkommen, wenn sie uns in Ringenhain abholen wollte. Sie kehrte um und radelte los unter Einsicht der Soldaten schaffte es aber nicht mehr. Mit vorgehaltenen Gewehren mußte sie absteigen, das Rad führen und der ganzen Einheit 5 Schritt voraus laufen durch den Wald hindurch und den Kleebuschberg hinauf und bis nach Neukirch.

Als die ersten Häuser Neukirchs erreicht waren, wollten drei Soldaten mit ihr in das Haus hinein, aber zu ihrem Glück waren die Bewohner nicht auf der Flucht (Ich kenne sie, denn ich bin auf dem Schulweg oft dort lang gegangen.)

Jetzt schienen die Soldaten aber kein Interesse mehr zu haben an einem menschlichen „Schutzschild“ durch meine Mutter, denn das Straßendorf war erreicht und offenbar „feindfrei“. Ein Offizier deutete ihr an, daß sie doch bloß abhauen solle. Was sie auch schnellstens tat, mit furchtbarer Angst im Nacken, weil alle Soldaten an ihren Gewehren hantierten.

Und dann kamen auch schon die ersten fremden Soldaten auf der Straße gezogen. Ganz anders als uns unsere Lehrer den „Russen“ beschrieben hatten: (Später stellte es sich

heraus: Es waren Polen) Wir machten uns auf den Weg, ihnen entgegen, nach Hause. Ein Weg von ungefähr sieben Kilometern.

Kaum 150 Meter waren wir gekommen, da war Tante Linda schon ihren ganzen Stolz los: das von ihrem allerersten Verdienst selbstgesparte und ständig gehegte und gepflegte Fahrrad. Gotthard - 4 Jahre alt - mußte den Kindersitz verlassen und Linda unter Tränen das Rad einem Soldaten überlassen.

So kam es, daß Mama fünf Minuten vor dem Troß bei uns eintraf. Noch hatte sie ihr Fahrrad. Aber nicht mehr lange. Auch Sieglinde mußte aus dem Körbchen und auch Mamas Rad wechselte in den Besitz der Sieger.

Wir zogen weiter. Unmittelbar vor dem Einfamilienhaus, das Mama beinahe zum Verhängnis geworden wäre, brach unser Zugtier in einem Straßengully ein, weil wir auf freies Feld ausweichen mußten, denn zwei Panzer mit aufgesessenen Soldaten kamen uns mit ohrenbetäubenden Getöse entgegen und überholten die Truppe. Sofort kamen uns sechs Soldaten zu Hilfe und halfen unserer Kuh, die Hinterbeine aus dem Gully zu ziehen.

Als es den Berg hinauf ging, kam uns ein durchgegangenes Pferdegespann entgegen. Ganz von oben hörten wir bereits Warnrufe und wieder stürzten sofort Soldaten herbei um die Kinder Gotthard und Sieglinde vom Wagen herunter und in Sicherheit zu bringen. Dann sprangen die Soldaten selbst in die Sicherheit jenseits des Straßengraben und mit Donnergetöse stürmte wie die wilde Jagd das Zweiergespann mit dem Resten eines Leiterwagens in Millimeterabstand an uns vorbei die Straße hinab um die Kurve, kracht an einen Telefonmast und kam auf freier Wiese vor einem offenen Brunnen zum Stehen.

Wieviel „feindliche“ Soldaten-(Engel) waren wohl an dieser Bewahrungsaktion beteiligt?

Aus einem Waldweg wurden unter Bewachung drei entwaffnete deutsche Soldaten an uns vorbei gebracht.

Auf der Höhe des Kleebuschberges waren noch Windschutzgitter gegen Schneeverwehungen aufgestellt. Dort, auf freiem Feld gruppierten sich fünf Soldaten um einen größeren Flüchtlingswagen und nahmen diesen restlos auseinander, während die dazugehörigen Besitzer verstört danebenstanden und wohl damit rechneten, daß sie, wenn überhaupt, mit leerem Wagen wieder nach Hause fahren würden.

Als wir hinter der Kleebuschschenke von der Anhöhe ins Dorf sehen konnten, sahen wir eine Fahrzeugkolonne auf der Straße vor unserem Hause halten und hörten Gewehrschüsse von dort. Wir wußten dort unsere Großmutter allein im Hause. Was werden wir dort vorfinden? (Großmutter war diesmal nicht mit „auf die Flucht“ mit uns gegangen, weil sie nach den Erlebnissen und Strapazen des ersten Males am 20. April, als die Stadt Bautzen vom „Russen“ - fast - vollständig eingenommen und zerstört wurde, meinte: Ich kann zu Hause auch nicht mehr als sterben und so könnte ich wenigstens noch auf unser Zeug aufpassen!“)

Dann setzte sich die Kolonne in Richtung Wilthen in Bewegung. Mit schrecklichen Befürchtungen nahmen wir die restlichen zwei Kilometer unter unsere Füße und Räder.

Großmutter kam gutgelaunt aus der Haustür uns entgegen. Sie hatte gerade eine soldatische Plünderungsaktion hinter sich, die sich aber vorwiegend auf zivile Männersachen von Onkel Gottfried beschränkte. Kritisch war eigentlich nur die Tatsache, daß auf seiner Kommode sein Soldatenbild stand. Die Frage, wo er denn an der Front sei, konnte sie glaubwürdig mit „Jugoslawien“ beantworten. (Wäre er in „Rußland“ gewesen, wer weiß...?)

(Die Gewehrschüsse, die wir vor dem Ortseingang gehört hatten, galten Sch.'s. Emil. Er hatte die Aufforderung „Stoi!“ nicht befolgt und eine Ladung abbekommen, von der er sich nie mehr richtig erholt hat.

Zu gleicher Zeit bekam der frühere Bürgermeister Max K. Wahnsinnsprügel, weil er, ohne Nazi gewesen zu sein, vergessen hatte, das Porzellanschild „Deutsch sei dein Gruß: Heil Hitler!“ von der Gaststättentür zu entfernen.)

Mutter brachte die eingetauschte Kuh zu Bauer P. zurück. Er war damit zufrieden, wenn es auch keine hochtragende war wie die, die er uns ausgeborgt hatte.

Eine Woche später, nachdem sich die Lage im Dorf wieder einigermaßen beruhigt hatte, machte sich Mama wieder und allein auf den Weg, um auch die dort untergestellte Kuh zu holen und dem Eigentümer P. zurückzubringen.

Sie lief die gleiche Straße und holte die P.-Kuh bei unseren Verwandten ab. Als sie kurz vor dem Kleebusch war, sah sie, daß im Straßengraben ein Flüchtlingswagen recht schräg dastand und daß daneben sich jemand offenbar ausruhte. Ihr wohlwollendes Staunen wich dem Entsetzen, als sie merkte, daß diese dort „ruhenden“ Leute (2 ältere Ehepaare und eine jüngere Frau) eben erst an Ort und Stelle erschossen worden waren. Nun erst merkte sie, daß ganz in der Nähe noch zwei Erhängte (ein Mann und ein Kind) lagen. Sie konnte hier nichts mehr tun. Nach 200 Metern traf sie auf zwei heftig diskutierende ältere Frauen, die sich offensichtlich nicht einigen konnten, was sie wohl mit dem zwischen ihnen stehenden Kinderwagen und dem darin befindlichen Säugling machen sollten.

Mutter mischte sich ein und erfuhr, daß vor etwa einer halben Stunde ein Auto mit polnischen Soldaten, die in der Neukirchener Schnapsfabrik H. ihren Sieg gefeiert hatten, alles niedergeschossen hatte, was sich auf der Straße befand. Ein Mann mit einem Kind habe zwar in den dichten Wald flüchten können, habe angesichts der Tragödie seiner Verwandten sich und den Kindern das Leben genommen. Nun hätten sie im Kinderwagen das Kind entdeckt, das die Soldaten offensichtlich übersehen, seine Mutter aber erschossen hatten. „Was können wir denn bloß machen? Wir können es nicht versorgen und in den Häusern hier wohnt auch niemand der das könnte.“

Unsere Mutter nahm wortlos den Kinderwagen in die eine Hand zu der Kuh in der anderen und sah zu, daß sie bald von der Straße wegstäbe. Die beiden Frauen waren nun auch zufrieden.

Als mich am späten Nachmittag meine Mutter vom Spielen mit den Nachbarjungs nach Hause rief, staunte ich nicht schlecht über den Familienzuwachs.

Mutter erzählte mir in Stichworten, was sie erlebt hatte und brachte dann die Kuh dem Bauern zurück, der sich über den nicht mehr erwarteten Zuwachs sehr freute.



Inzwischen packte ich die im Kinderwagen versteckten Sachen aus und ersah daraus, daß der kleine Junge Roland Herzog heißt, „am 7. Januar dieses Jahres in Bautzen, Salzenforster Straße 103 als Sohn der unverheirateten ... Herzog unehelich geboren“ wurde. Aber seine Mutter lebte ja nun nicht mehr, und er war hier bei uns.

Dann sollte ich für den kleinen Roland im Laden von Frau A. etwas zum Essen holen. Frau A. gab mir recht schnippig zu verstehen, daß sie nichts da habe.

Mama mußte also selbst gehen und erfuhr den Grund:

Eine Woche zuvor war ein polnisches Militärauto vorgefahren, und die Soldaten hatten den Laden nach allem Eßbaren durchstöbert und nach Herzenslust geplündert. Sogar die Verstecke im Schuppen und unter den Briketts hatten sie gefunden. Das alles geschah am helllichten Tage und in aller Öffentlichkeit. Auch wir Kinder waren neugierig hinzugeeilt. Ich staunte, was da an Köstlichkeiten zutage gefördert wurde. Im Mai richtige eßbare Äpfel! (Die letzten hatte ich zu Weihnachten von Großmutter erhalten).

Nun waren die Soldaten aber recht mißtrauisch. Sie packten nur Dinge in unversehrter Verpackung auf den riesigen LKW. War aber eine Packung schon geöffnet, (weil z. B. Marmelade gramm-weise verkauft, aber in 5-kg-Eimern geliefert wurde), bekamen wir neugierigen Jungs den Eimer mit dem Rest. An die „armen“ A. dachte niemand von uns! Nach den entbehrungsreichen Kriegsjahren schlemmerten wir 12-jährigen erst mal wie im Frieden und löffelten Marmelade mit einem Zwieback direkt aus dem Eimer!

Aber Frau A. hatte sich alle Gesichter gemerkt, und meine Mutter erfuhr es von ihr: „Du, Liesbeth, kriegst von mir keinen Zwieback! Dein Junge hat von meinem auch mit gefressen!“

Roland wurde trotzdem satt. Mutter war da sehr erfinderisch und organisierte vieles. Auch Sieglinde (fast 4) umsorgte den Kleinen mustergültig wie einen kleinen Bruder.

Immer wieder betonte Mama, daß Roland aber nicht für immer bei uns bleiben könne. Ich redete schließlich auf sie ein und bat sie mit allen einem Jungen zur Verfügung stehenden Argumenten, Roland zu behalten. Schließlich platzte ihr der Kragen, und sie fuhr mich an: „Das kann ich Papa nicht antun. Er muß schon für dich mitsorgen, obwohl er gar nicht dein Papa ist. Und nun noch ein Kind! Nein, sobald sich jemand von seiner Familie meldet, müssen wir ihn wieder abgeben.“

Wie Rolands Großmutter erfahren hat, wo er sich befindet, weiß ich nicht. Post- und Telefonverkehr ruhten noch. Auf jeden Fall aber konnte Mama den Kleinen nach etwa 4 Wochen an sie übergeben ...“ mit Wagen und Papieren“.

Wir haben niemals wieder etwas von Roland gehört.

## Monika Kauf

### Ein wahrhafter Partisan

Ich war knapp 13 Jahre alt, als ich mit einer Kindergruppe, deren Angehörige, genau wie mein Vater und Großvater, Kämpfer gegen den Faschismus waren, in die Sowjetunion reiste.

Etwas jünger als mein Land, die DDR, wußte ich diese Auszeichnung, die eigentlich meinem Vater zustand, zu schätzen.

Ich machte mich vorab mit allem Wissenswerten, was mir in die Hände fiel und die Sowjetunion betraf, vertraut, und da ich sehr lesefreudig und auch wißbegierig war, hatte ich auch bereits einige russische Romane der Weltliteratur gelesen, was in der DDR und in diesem Elternhaus nichts besonderes war, da dieses Land ein Leseland war.

Zu den Plänen des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer, welches diese 6-wöchige Reise organisiert hatte, gehörte ein Besuch beim ebenbürtigen Komitee in Moskau.

Die Gastgeber waren, zum großen Teil in Uniform und ordensgeschmückt, so wie die Meinen Kämpfer gegen den Faschismus und aktiv an der Front tätig oder aber auch in den faschistischen Konzentrationslagern verbracht.

Unter ihnen befand sich ein wahrhafter Partisan, der den Namen Aleksej Maresjew trägt (es gibt ihn noch).

Ich hatte bis dato noch nie etwas von ihm gehört, kannte auch nicht den Roman Boris Polewois „Der wahre Mensch“, der dem Fliegerhelden gewidmet ist.

Welch unwiederbringlichen Wert diese Begegnung hatte, sollte mir erst später bewußt werden, als ich mich mit dem Leben und der Heldentat dieses Mannes befaßte:

Maresjew trägt den Titel „Held der Sowjetunion“. Nachdem sein Flugzeug abgeschossen worden war, gelang ihm, schwer verletzt und ohne Nahrung, eine 18tägige Flucht, nach der ihm beide Beine amputiert wurden und er dennoch als Flieger der Roten Armee tätig blieb.

Als ich einige Jahre später meine pädagogische Abschlußprüfung in einer zweiten Klasse zum Thema „Mein Vorbild“ ablegte, kam ich auf Maresjew zurück:

Ich erzählte den Kindern von meinem Erlebnis und begründete ihnen gegenüber, weshalb Maresjew mein Vorbild geworden und bis heute geblieben ist:

Er war einer von denen, die entsprechend dem bekannten Ausspruch von Nikolai Ostrowski in seinem Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“:

„Das Wertvollste, das der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben und nutzen muß er es so, daß ihn später vertane Jahre nicht qualvoll gereuen, die Schande einer unwürdigen nichtigen Vergangenheit ihn nicht bedrückt und daß er sterbend sagen kann: ‚Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem herrlichsten auf der Welt - dem Kampf um die Befreiung der Menschheit gewidmet.‘“ sein Leben für eine bessere Welt eingesetzt hat.

Herrn Prof. Müller die herzlichsten Grüße und Wünsche zum 80. Geburtstag!

**Gert Wendelborn**

**Krieg und westdeutsche Nachkriegsgesellschaft  
im Werk von Heinrich Böll**

Daß sich in diesem Jahr der Tod des Literaturnobelpreisträgers und kritischen Katholiken Heinrich Böll (1917-85) zum 20. Mal jährt, war für mich Anlaß, sein vielgestaltiges Werk aufs neue oder erstmals zu lesen. Mein Fazit ist, daß dieses Werk in mancherlei Hinsicht aktuell ist, zumal auch wir nun, z.T. gegen unsern Willen, in dem Staat leben müssen, dessen Bürger Böll von Anbeginn bis zu seinem Tode war.

Eine große Rolle spielt in seinem Werk der 2. Weltkrieg. Wir werden uns gewiß in belletristischer Hinsicht auch weiterhin nicht nur durch ihn unterrichten lassen. Die DDR-Literatur von Dieter Noll bis zu Franz Fühmann ist unvergessen und ebenso die sowjetische Literatur, gipfelnd im Werk von Konstantin Simonow. Bei Böll finden wir nicht den gerechten Verteidigungskampf, der Unzählige zu Helden werden ließ. Wir finden bei ihm auch nicht das Reifen von Soldaten der Hitlerwehrmacht zu Antifaschisten, die aus Überzeugung die Seite wechseln. Aber er, der den gesamten Krieg selbst miterlebte, unterzieht sich in vielen Erzählungen wie in einem frühen Roman der ebenso notwendigen Aufgabe, den Krieg zu entmythologisieren, den ganzen Wahnwitz und das Verbrechen des Massenmordes und der Zerstörung unwiederbringlicher Werte aufzudecken, und dies in einer Gesellschaft, die hiervon so schnell wie möglich ablenken und diese Vergangenheit verdrängen wollte. Wir begegnen in seinem Werk keinen aktiven Antifaschisten, wohl aber weiß er zu differenzieren zwischen denen, die sich den Befehlen lustlos aussetzen und dabei Mensch zu bleiben versuchen, und denen, die in blindem Fanatismus alle Befehle ausführen und zu Mördern aus Überzeugung werden. Der Wahnwitz des Krieges wird in starken Erzählungen entlarvt, etwa in „Der Zug war pünktlich“. Andreas, der Pianist werden wollte, aber nach dem Abitur sofort zu Reichsarbeitsdienst und Wehrmacht eingezogen wurde, besteigt in Köln den aus Paris kommenden Zug, der ihn nach Lemberg zurück an die Front bringen soll. Er leidet im Zug unter der Stumpfheit der meisten Kameraden, aber entscheidend ist, daß er den kalten Mechanismus des sich pünktlich von einer Stadt zur nächsten bewegenden Zuges mit der steigenden Gewißheit, daß er bald sterbe, wahrnimmt, aber keine Möglichkeit sieht, sich dem zu entziehen. Er fällt denn auch wenige Tage später im Auto einer Attacke von Partisanen zum Opfer, obwohl die Polin Olina, die gleichfalls Pianistin werden möchte, aber derzeit im Untergrund wirkt, ihn aus erwachter Liebe retten möchte.

In „Wanderer, kommst du nach Spa“ wird ein schwer verwundeter blutjunger Soldat auf einer Bahre durch die Gänge eines Gymnasiums getragen und begreift allmählich, daß es sich um das seiner Heimatstadt handelt, wo er noch vor wenigen Wochen Schüler war. Er entdeckt schließlich sogar an der Wandtafel des Zeichensaals seine eigene Schrift. Doch in den nächsten Stunden schreit er oft durchdringend, und als er vom Arzt aus seinem Verband gewickelt wird, wird ihm erst bewußt, daß ihm beide Arme und das rechte Bein fehlen.

In „Der General stand auf einem Hügel“ wird nach langem Rückzug an der Ostfront der Versuch unternommen, im Gegenangriff einen Fluß wieder zu überqueren, doch der General weiß, daß dieser Befehl wegen des Munitionsmangels sinnlos ist. Drei Soldaten liegen in einem in der Nacht ausgehobenen Graben, während pausenlos die Geschosse der „Stalin-Orgel“ über sie fliegen oder in ihrer Nähe einschlagen. Unter ihnen ist der 17jährige Erwin, ein schwächtiges, blasses Großstadtkind, erst vor drei Monaten eingezogen und vor zwei Tagen 20 km hinter der Front ausgeladen. Vor wenigen Stunden kam er nach strapaziösem Marsch schweißtriefend und völlig erschöpft an. Mit wildem Schrecken duckt er sich in das Loch und zittert am ganzen Leib, fast besinnungslos vor Angst. Der Kamerad neben ihm hört das Splintern von Knochen und spürt das Blut, das ihm warm gegen Hals und Gesicht spritzt. Erwin war lautlos zusammengesunken, und ein großes Loch klaffte in seinem Rücken. Später sieht Kamerad Paul den Arm eines Flihenden, der bis zur Erde herabbaumelt und nur noch an einem Fetzen hängt. Er sieht auch ein von einer Bombe getroffenes Verpflegungsfahrzeug, an dessen Resten noch Fetzen der Pferde kleben.

Es gibt aber auch eine Erzählung, „Todesursache: Hakennase“, die den verbrecherischen Rassismus der Nazis aufs Korn nimmt. In einem Ort der Sowjetunion, von deutschen Truppen besetzt, hält sich die Bevölkerung versteckt, und nicht einmal Hund und Katze wagen sich noch hinaus, da alle Juden herausgeholt wurden und nun ermordet werden. Leutnant Hegemüller erfährt von seiner Wirtin, daß auch ihr Mann wegen seiner Hakennase mitgenommen wurde, obwohl er kein Jude ist. Der Leutnant rast durch das Städtchen, um wenigstens diesen Mord zu verhindern. Er sieht den endlosen Zug derer, die an den Rand eines Steinbruchs geführt werden, wo die Maschinengewehre ununterbrochen knattern. Die Gesichter der Mörder sind stumpf und tierisch, und alle sind betrunken. Der Leutnant kann auch Pjotr Grimschenko nicht mehr retten, obwohl er den Schwerverwundeten ins Lazarett bringt.

Das Gegenbild zu dieser verbrecherischen Barbarei entwirft Böll in der Erzählung „Die Verwundung“, wo zwei Verwundete, als ihr Zug auf einer kleinen Station hält, wo weder Mensch noch Hund oder Huhn zu sehen ist, eine Allee hinabwandern und, durch die Geigenmusik eines Zigeuners angelockt, eine Kneipe betreten, wo magere, abgearbeitete Burschen sitzen. Eine sprachliche Verständigung ist unmöglich, und trotzdem verstehen sie einander prächtig, verbrüdern sich schnell und trinken zusammen. Der noch nicht einmal 19jährige hält unter dem Einfluß des Weins eine Rede, sie alle seien Brüder trotz der Banditen, die den Krieg begannen. Die Ungarn applaudieren dazu, sagen, Hitler und Horthy seien Schweine, und spucken dazu auf den Boden. Die beiden kehren mit einer großen Schüssel kaltem Braten und einem Teller mit vielen Weißbrotschnitten zu ihrem Zug zurück und können gerade noch aufspringen, als die neue Lok schon pfeift.

Die genannten Hauptmotive begegnen auch in dem wohl gerade durch seine nüchternen Berichterstattung im Stil von Ernest Hemingway so erschütternden Antikriegsroman „Wo warst du, Adam?“ (1951), der im Hinblick auf den 2. Weltkrieg wohl dieselbe Funktion hat wie Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ für den 1. Den Sinn seines Werkes beschreibt Böll selbst mit zwei vorangestellten Worten anderer: Antoine de Saint-Exupéry's Feststellung, Krieg sei kein Abenteuer, sondern eine Krankheit, und Theodor Haeckers Mahnung, der Krieg dürfe nicht dazu führen, ein Alibi vor Gott finden zu wollen, eine Mahnung, aus der sich gewiß auch der Romantitel erklärt.

Fünf Beispiele aus dem Roman verdeutlichen die Sinnlosigkeit des Krieges. Da begibt sich in einem ungarischen Ort, wo der Hauptteil der deutschen Truppe schon abgezogen ist, ein Unteroffizier, als in der Nähe sowjetische Panzer auftauchen, mit der Rotkreuzfahne auf den Bahndamm, denn er hatte bei den Verwundeten auszuharren. Doch er stolpert über einen Draht, der Rebstöcke verbindet, und tritt, ängstlich geworden, an einer Jauchegrube auf einen Blindgänger, der mit großem Getöse explodiert. Die Panzerbesatzungen folgern daraus, daß der Feind sich in der Nähe verteidigen will, und knallen wie irrsinnig auf die Schule, in der die Verwundeten untergebracht sind. Ihre Geschosse sägen die dünne Wand des Hauses durch, bis das Gebäude vornüber kippt. Erst später merken sie, daß von der anderen Seite kein einziger Schuß fällt. Da wird der Kantinenwirt eines großen Lazarets bei Linz von seinem Chef nach Tokai geschickt, um 50 Flaschen Tokaier einzukaufen. Auf der Rückfahrt büßt Gustav Finck schon den Schließkorb ein, als er trotz seines Protestes vom Zug in einen vom Militär beschlagnahmten Möbelwagen getrieben und an die Front verfrachtet wird. Er läßt den schweren Koffer nicht aus den Händen, wird aber einem Trupp zugeteilt, der unter Beschuß gerät. Eine der Granaten schlägt in seinen Koffer, und nur 6 der Flaschen bleiben heil. Finck aber liegt reglos als dunkler Klumpen neben dem Koffer.

Da leidet Unteroffizier Greck an einer so schweren Kolik, daß er nicht einmal mehr kriechend den Sammelpunkt seiner Truppe erreichen kann. Er hockt sich an eine kleine Mauer, die die Jauchegrube einfaßt, und rings um ihn schlagen Granaten ein. Eines der Geschosse durchschlägt den Stützbalken einer Scheunenüberdachung, die ihn mit einem Ballen gepreßten Strohs unter sich begräbt.

An einem abgelegenen, menschenarmen Punkt in der Slowakei wird drei Jahre nach der Sprengung einer kleinen Brücke durch Partisanen der Neubau durch eine deutsche Baueinheit mit einem jungen, sympathischen Major an der Spitze mit großer Präzision ausgeführt und vier Tage vorfristig vollendet. Der Major baute schon eine Menge Brücken, die zu diesem Zeitpunkt bereits fast all wieder gesprengt waren. Das geschieht auch in diesem Fall unmittelbar nach dem Wiederaufbau, da sich die Frontlage jäh verschlechtert, durch einen deutschen Pioniertrupp vor der Preisgabe des Ortes, aufs neue mit großer Präzision.

Die Hauptgestalt des Romans, der junge Architekt Feinhals, gelangt ungeachtet mehrerer Verwundungen wieder in seinen Heimatort. Doch auf der letzten Seite des Romans schlagen, als er vor dem Elternhaus angelangt ist, zwei deutsche Granaten, von einem fanatischen Durchhalteoffizier aus Ärger über das aus dem Haus gehängte weiße Tuch dorthin abgeschossen, in das Haus ein, töten Feinhals und zerbrechen die Fahnenstange, so daß das weiße Tuch über den Leichnam fällt. Das ist gewiß kein typisches Schicksal, auch nicht im Krieg, zeigt aber in dieser Zuspitzung die Sinnlosigkeit des Krieges besonders kraß. Feinhals hatte sich in einer ungarischen Stadt in die junge Lehrerin Ilona Kartök verliebt, da die Verwundetenstelle in ihrer Schule untergebracht wurde. Doch die sehr sympathisch gezeichnete Ilona war nicht nur Katholikin, sondern auch Jüdin. Die Juden des Ortes aber werden an diesem Tag im Jahre 1944 in einem zweckentfremdeten Möbelwagen der Vernichtung zugeführt. Man erfährt lange nichts über die Insassen, sondern nur über die beiden Fahrer, die einander ablösen. Gegen 4 Uhr morgens aber kommt das Fahrzeug in einem kleinen KZ an, das wegen des Herannahens der Front gerade aufgelöst wird, wo aber der Schlot des Krematoriums noch raucht. Kommandant ist Filzkeit, dessen Biographie genau geschildert wird. Er ist nicht

nur ein fanatischer Nazi, sondern auch ein meisterhafter Chorleiter und pflegt aus den Häftlingen die besten Sänger für seinen Lagerchor auszuwählen. Auch Ilona muß ihm vorsingen, und als gläubige Katholikin singt sie die Allerheiligen-Litanei mit solcher Reinheit und voll Glauben, daß Filzkeit ihren Gesang nicht mehr erträgt, sein ganzes Magazin noch auf die am Boden Liegende abfeuert und den Befehl zur Vernichtung aller gibt. Selten nur wurde in der Belletristik das Grauen eines KZ so erfahrbar gemacht. Die Litanei aber wirkt wie ein aufgerichtetes Zeichen der Humanität noch in dieser Hölle. Angesichts dieser schuldbeladenen Vergangenheit kam alles darauf an, eine qualitativ neue Gesellschaft aufzubauen, wie dies im Osten Deutschlands auch geschah. Voraussetzung dafür aber war ein gründliches Umdenken. Davon konnte aber bei den meisten aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten im Westen Deutschlands nicht gesprochen werden, wie Böll schon in der Erzählung „Als der Krieg zu Ende war“, dem Bericht von seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Herbst 1945, berichtet. Da nähert sich im Heimkehrerzug schon in Miawegen sein Nachbar die Fahnenjunkerlitze wieder an unter Berufung auf die preußische Tradition seiner Familie. Böll aber droht man sogar ein Ehrengericht an, das ihm die Eigenschaft, ein Deutscher zu sein, absprechen sollte.

Bölls erster die Nachkriegszeit in Westdeutschland behandelnder Roman, der damals tatsächlich erschien, war „Und sagte kein einziges Wort“ (1953). Da die von Böll in seinen Romanen geschilderten Vorgänge in der Regel, abgesehen von zahlreichen Rückblicken, das dem Druck vorangehende Jahr behandeln, geht es hier also um Ereignisse des Jahres 1952, vermutlich in seiner Heimatstadt Köln. Noch sind die Trümmer durchaus nicht beseitigt. Manche Häuser sind nur teilweise bewohnt, einige Fassaden zerstörter Häuser abgestützt. Selbst in der Kanzlei, in der Fred Bogler, Hauptgestalt des Romans, arbeitet, sind nur wenige Zimmer unbeschädigt. Viele Holzbuden, z.B. die öfters von ihm besuchte Imbißbude, sind in die Trümmer hineingebaut, und ihre Wände bestehen aus nackten Holzbrettern. Es ist zugleich die Zeit des beginnenden „Wirtschaftswunders“, aber daran haben der fast 44jährige Fred und seine 38jährige Frau Käte, seit 15 Jahren verheiratet, keinen Anteil. Die Gründe dafür sind objektiver wie subjektiver Natur. Fred ist gewiß nicht ganz schuldlos an seiner Unfähigkeit zum Aufstieg, denn er ist zweifellos labil, und diese Labilität ist nicht erst eine Folge des Krieges. Er hat einen Hang zum Alkohol und hat zeitweilig auch Käte damit angesteckt. In Kneipen bedient er Spielautomaten, bis all sein Geld verbraucht ist. Er wirkt lustlos und hat kaum wirkliche Interessen. Vor zwei Monaten verließ er seine Frau und drei Kinder. Er tat es nicht, weil er seiner Frau überdrüssig war. Er entfloh so der häuslichen Atmosphäre, für die seine Frau nicht verantwortlich war, wohl aber die Hauptmieterin der Wohnung. Sie bewohnen nur *ein* Zimmer, wovon durch Sperrholzplatten eine Abstellkammer, wo auch der Jüngste schläft, abgetrennt ist. Franckes aber bewohnen vier Zimmer und haben auch das Recht auf den vierten Raum, den Bogners so gut gebrauchen könnten, durchgesetzt, weil dort oft katholische Zusammenkünfte stattfinden.

Die katholische Kirche ist in diesem Roman noch allgegenwärtig. Auch beide Bogners besuchen regelmäßig Messen, und Käte beichtet auch. So verwundert nicht, daß auch die 60jährige, noch immer schöne Frau Francke mit den harten Augen vielen Komitees, Ausschüssen und Vereinen angehört, jeden Morgen die Kommunion empfängt und jeden Monat den Ring des Bischofs küßt, wenn er die führenden Damen der Diözese empfängt. Doch sie tyrannisiert Bogners als Untermieter, so daß deren Kinder kaum

noch laut zu sprechen wagen und in einer für Käte erschreckenden Weise still sind. Da half auch nicht mehr, daß sie die Bogners zu Weihnachten einlud und ihnen sogar Geschenke machte, obgleich Fred sich zweifellos dankbarer hätte zeigen können. Ihr Mann ist anders, legt sogar zuweilen eine Tafel Schokolade oder einen Umschlag mit Geld in ihr Zimmer, wenn seine Frau nicht in der Nähe ist. Frau Francke aber handelt so, wie sie es tut, aus ihrer sozialen Gebundenheit heraus. Sie stammt aus einem alten städtischen Händlergeschlecht. Sie handelten mit Öl, Salz, Fisch, Wein und Tuch und wurden dann zu Grundstücksmaklern. So spricht sie von Geld, wie manche Leben, Liebe, Tod oder Gott aussprechen, und wenn sie im Keller ihre Einmachgläser zählt, erinnert ihre Stimme an die einer betenden Nonne.

Aus dieser Atmosphäre geflohen - am Ende des Romans wird er aus Liebe zu Frau und Kindern doch zu ihnen zurückkehren -, ist Fred im Grunde ein Obdachloser. Am Tage arbeitet er als Telefonist in der kirchlichen Zentrale und gibt in Privatwohnungen als nutzlos empfundenen Nachhilfeunterricht, liefert auch den größten Teil seines Lohnes bei seiner Frau ab, hat aber Schulden und bittet immer wieder meist erfolglos andere an. Die Nächte verbringt er unterschiedlich. Er schläft z.B. in der Gepäckaufbewahrung des Bahnhofs, wo die Holzverschalung um einen großen Heizkörper eine Sitzbank trägt. Er schläft aber auch durch einen Bekannten, der dort als Wächter tätig sein darf, in einer Villa mit 13 Zimmern, die 9 Monate jährlich wegen der Reisen der Besitzer unbewohnt sind. Er darf dort in einer kleinen Kammer in der Diele hausen, die eigentlich für die Garderobe bestimmt ist. Die Villa enthält allein 4 Badezimmer und auch ein Zimmer für den Hund, das größer ist als das der Familie Bogner und wo die Hundehütte so groß wie eine Pagode ist. Als er Käte bei einem ihrer Treffen davon erzählt, überkommt ihn Haß.

Es gibt in diesem Roman bereits deutliche Kritik an der Institution Kirche. Käte beichtet auch dem bäurischen Priester, daß sie ihren eigenen Priester nicht mag, und er verweigert ihr zunächst die Absolution, gesteht ihr dann aber zögernd, daß es ihm mit seinen Vorgesetzten ähnlich geht. Mit einem Anflug von Satire wird eine kirchliche Prozession beschrieben, voran der Bischof, groß und schlank, mit fürstlichem Schritt in roten Saffianpantoffeln. Im Krieg war er Offizier. Sein Asketengesicht aber ist fotogen und eignet sich gut als Titelblatt für religiöse Illustrierte. Es folgen in der Prozession die Domherren mit meist dicken, sehr bleichen oder sehr roten Gesichtern. Auf Wunsch des Bischofs, der die soziale Seite der Kirche herausstreichen will, gehen auch zwei Arbeiter mit, aber ihre Anzüge sitzen nicht so gut wie die der anderen Herren, denn sie sind geliehen. Die meisten Priester sehen wohlgenährt aus, was man von den meisten Leuten am Straßenrand noch nicht behaupten kann. Der Wortschatz in der katholischen Zentrale, den Fred als Telefonist gut beobachten kann, beträgt übrigens auch nur 150 Wörter. Fred war schon im Krieg Telefonist. Der Wortschatz der Offiziere betrug 120-130 Vokabeln. Interessant ist auch, daß in den Telefonaten der Kleriker das Wort „Vorsicht“ besonders häufig vorkommt. Man ist dabei, sich ganz auf die sich neu herausbildenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die weithin konform sind mit denen in der Vergangenheit, einzustellen, damit die eigenen Privilegien nicht gefährdet werden.

Noch bedeutender ist der 1954 erschienene Roman „Haus ohne Hüter“. Der Titel weist schon darauf hin, daß im Zentrum hier das Leid von Familien steht, deren Männer bzw. Väter nicht aus dem Krieg zurückkehrten. Das Leid der jungen Witwen und ihrer Kinder kennen wir auch aus der sowjetischen Kunst. Es wird in Kalatosows Film „Die

Kraniche ziehen“ ebenso meisterhaft und anrührend geschildert wie in Tschingis Aitmatows früherer Erzählung „Goldspur der Garben“. Im Mittelpunkt des Romans stehen zwei junge Witwen mit ihren miteinander befreundeten Söhnen. Heinrich Brielachs Vater fiel schon 1941, als seine Frau erst 19 Jahre alt war. Heinrich wurde während eines Bombenangriffs geboren, als zuletzt auch Bomben auf das Haus fielen, in dessen Keller die Mutter auf einem schmutzigen Luftschutzbett in Wehen lag. Nach der Geburt hörten sie die Schreie derer, denen es nicht gelang, durch den verschütteten Flur nach oben zu gelangen. Mutter besaß nur noch ihre Handtasche mit Geld, Lebensmittelmarken und einigen Fotos ihres Mannes. Vom Tod ihres Mannes erfuhr sie gut zwei Monate nach der Entbindung. Während Heinrichs Kindheit hatte seine Mutter nacheinander vier Liebhaber: Erich, Gert, Karl und Leo. Deshalb verachtete ihre Umgebung sie, aber sie war nicht eigentlich leichtfertig. Erich trug eine braune Uniform, war aber gut zu ihr. Doch er litt unter Asthma und blieb dann in Sachsen, wohin sie evakuiert wurden. Von ihm blieb nur ein Feuerzeug. Den Plattenleger Gert hielt es nicht lange in derselben Stadt. Bei seinem Verschwinden ließ er eine Armbanduhr mit achtzehn Steinen zurück. Heinrich machte zu dieser Zeit für die zahlreichen Hausbewohner schon Besorgungen, gegen Umsatzprovision auf dem Schwarzmarkt. Da er eine sorglose Kindheit nie kennenlernte, lachte er nur selten, eineinhalb Jahre später tauchte Karl auf. Er wollte nicht wie die anderen Onkel, sondern Vater genannt werden und hatte ernsthafte Absichten, die Mutter zu heiraten. Er war Angestellter eines städtischen Amtes, war freundlich und genügsam, untersagte aber Heinrich weitere Schwarzmarktgeschäfte. Als die schwangere Mutter gegen seinen Willen eine Abtreibung vornehmen ließ, verließ er sie. Das alte Leben begann für Heinrich von neuem. Oft fuhr er auch mit dem kleinen Leiterwagen an die Kohlenzüge, um in kalten Nächten Briketts zu stehlen. Der Wagen war schwer, wenn er zwei Zentner lud. Jetzt gab es für ihn den 4. „Onkel“ und zugleich den minderwertigsten, den Straßenbahnschaffner Leo, kaltherzig, geizig, egoistisch und triebhaft, der bei ihnen zur Untermiete wohnte. Wieder wurde die Mutter schwanger und gebar gegen Leos Willen Wilma, um die sich Leo überhaupt nicht kümmerte. Die Mutter schlug sich mit Berufstätigkeit durch, zuletzt als Gehilfin eines Bäckers. Sie war nachmittags stets aus dem Haus, und Heinrich hatte seine 2jährige Schwester zu versorgen, was er auch in rührender Weise tat. Als sie dann gegen Schluß des Romans in eine Bodenkammer des Bäckers umzogen, benötigte der wenige Hausrat nicht einmal ein Fünftel des Laderaums des Lkw, so daß die auf dem Flur versammelten Hausbewohner und die Arbeiter höhnische Kommentare gaben. Da gab es eine Margarinekiste voll Spielzeug. Heinrichs Bett war eine auf Holzklötze genagelte Tür mit einer alten Seegrasmatratze und den Resten eines Vorhangs. Dazu kamen zwei Stühle und ein Tisch. Als Kleiderschrank diente ein Brett, zwischen Küchenschrank und Wand geklemmt und mit Kleiderhaken versehen. Ansehnlich waren nur Wilmas Kinderbett, ein Geschenk, und das erst zwei Jahre alte mahagonifarbene Küchenbüfett. Die Gegenstände wirkten jetzt wie zufällig zusammengeworfener Plunder.

Heinrich führte auch das Haushaltsbuch und konnte viel besser mit Geld umgehen als seine Mutter. Doch es war auch wenig genug, was ihr monatlich zur Verfügung stand. Sie geriet in eine besondere Kalamität, als ihr Zahnarzt, der wegen ihrer Parodontose 13 Zähne ziehen wollte, einen Kostenvoranschlag über 1.200 DM machte, sie aber nur 150 DM auftreiben konnte, während er schon eine vorherige Anzahlung von 300 DM verlangte. Sie zahlte immer noch die Kosten für Heinrichs Erstkommunion ab mit einem



wöchentlichen Betrag von 8 DM. Noch gegen Ende des Romans versucht Heinrich mit gerunzelter Stirn, vom Haushaltsgeld monatlich 20 DM für die neuen Zähne seiner Mutter abzuzweigen. Die 1917 geborene Mella Bach dagegen brauchte nicht zu arbeiten. Sie und ihre über 60jährige Mutter kannten keine Geldprobleme. Die Großmutter freilich wuchs in einem Eifeldorf noch in tiefem Elend auf. Damit aber war es zu Ende, als sie früh den Marmeladenfabrikanten Holstege heiratete. Dieser erzielte seine größten Geschäftserfolge freilich während der Weltkriege und seit der NS-Machtergreifung. Das Jahr 1917 war für ihn ein Spitzenjahr. Ein solcher Aufschwung wurde bis 1941 nicht wieder erreicht. Doch schon 1933 begann wieder der rapide Anstieg durch massenhafte Bestellungen für Zeltlager, Massenversammlungen und Parteitage. So war die Großmutter eine Neureiche mit entsprechendem Benehmen, obwohl sie an sich wohl gutartig war. Sie liebte es seit 40 Jahren mit kindlicher Freude, ihr Scheckbuch zu zücken und auch die Hausbewohner mit Schecks zu beglücken, kannte aber keinen Takt, gab sich gern laut und bestimmend. Alle halbe Jahre ging sie mit ihrem Enkel in ein vornehmes Restaurant, wo sie Massen in sich hineinschlang und sich dabei provozierend gab. Sie suchte Martin dazu zu bringen, ebensolche Massen in sich hineinzustopfen, doch das endete regelmäßig mit seinem Erbrechen - zuweilen noch im Restaurant -, von ihr mit einem großen Scheck ungeschehen gemacht. Bei einem solchen Restaurantbesuch verbrauchte sie ebenso viel, wie der Familie Brielach im ganzen Monat zur Verfügung stand. Sie konnte auch in jedem Jahr sommers wie winters auf Reisen gehen und ließ dann zwei Taxis für all ihr Gebäck vorfahren, schickte neben Postkarten auch regelmäßig Päckchen mit Süßigkeiten, Spielzeug und Andenken.

Ihre schöne Tochter Nella war ganz anders geartet, viel kultivierter. Sie bewegte sich gern in künstlerischen Kreisen, war aber labil, sah in ihrem Leben keinen Sinn mehr. Schon am 7.7.1942 fiel ihr Mann Rai(mund) in Kalinowka (Ukraine), und Martin wurde erst am 8.10.1942 geboren. Daß sie alle männlichen Bekannten im Vergleich zu Rai fade und abgeschmackt fand, spricht an sich für sie. Daß sie kein neues Familienglück spielen wollte, mag verständlich sein. Aber Martin litt darunter, denn sie war oft tage- und nächtelang nicht zuhaus, führte nichts zu Ende, träumte gern vor sich hin, lag immer noch im Bett, wenn Martin zur Schule mußte, so daß er meist zu spät kam und seine ausnahmsweise Pünktlichkeit Gelächter hervorrief, kochte oft gar kein Mittag und sonst erst um 15 oder 16 Uhr und brachte oft abends Gäste mit, die Martin zwar süß fanden und ihm Geschenke mitbrachten, die er aber haßte, weil sie ihm den Abend mit der Mutter nahmen und erst spät in der Nacht wieder verschwanden. Er sehnte sich nach einem geregelten Familienleben, wo die Mutter zu Haus ist, das Mittagessen bereit hat, wenn er aus der Schule kommt, häkelt und strickt - ein Ideal freilich, das auch Feministinnen heute bestenfalls ein müdes Lächeln abnötigt.

Sie hatte auch eine kurze BDM-Zeit, aber die war bereits beendet, als sie Rai in einer italienischen Eisdiele kennenlernte. Rai war Lyriker, verfaßt insgesamt 37 Gedichte, in seinen letzten 5 Lebensjahren freilich keines mehr, weil die Nazis die angebliche Weitherzigkeit ihrer Kunstpolitik damit beweisen wollten, daß sie ihn lobten. Sein Schwiegervater verschaffte ihm und seinem Freund Albert Muchow ein Unterkommen als Zeichner und Werbetexter in seiner Firma. Drei Tage lang gerieten sie trotzdem in einen Folterkeller der SA am Stadtrand, wo auch der erste Jude des Ortes zu Tode getrampelt wurde, doch Holstege holte sie heraus. Albert zeigt Martin diese grausige Stätte und schärft ihm ein, sie nie wieder zu vergessen. In der Schule aber lernte er, schlimm seien

nur Verstoße gegen das 6. Gebot und „die Russen“, die Nazis dagegen seien nicht wirklich schlimm gewesen.

Die Schuld am Tod Rais trug Werner Gäseler, der ihn und Albert wegen einer als frech empfundenen Frage Rais als freilich blutjunger Leutnant auf einen Spähtrupp schickte, der ein Todesunternehmen war. Bei Befehlsverweigerung drohte er ihm Erschießung an. Die halbe Kompanie mußte dies mit Tod oder Gefangennahme büßen. Als Albert ihn danach ohrfeigte, büßte er dies mit einem halben Jahr Militärgefängnis mit Ratten in Odessa. Nella lernt elf Jahre später diesen Gäseler kennen, als er sie zu einem seiner Vorträge im Auto mitnimmt. Er hat nach vier Jahren Militärdienst sechs Jahre studiert und ist seit neuestem Leiter des Feuilletons einer namhaften Zeitschrift. Er ist dabei, eine Lyrik-Anthologie herauszugeben, in die er auch Gedichte Rais einbeziehen will. Er ist ein schlanker, eleganter Mann mit gewinnendem Wesen, auch am Steuer sicher und anpassungsfähig. Nella bemüht sich seit zehn Jahren, den bisher Unbekannten zu hassen, behandelt ihn auch während der gemeinsamen Fahrt kühl und schnippisch, doch führt die plötzliche Nähe dessen, der sie offensichtlich begehrt, nur zu Langeweile. Sie erkennt, daß persönlicher Haß auf den, der ihr Lebensglück zerstörte, unangemessen ist. Ihre Mutter will dies auch jetzt nicht begreifen, sondern begibt sich im Taxi zu der Versammlungsstätte, wo Gäseler sein Referat über Lyrik in der Gegenwart hält. Sie versucht auf ihn einzuschlagen und stört damit zwar die illustre Versammlung, doch als sie zurückkehrt, weiß sie selbst, daß sie damit nichts erreichte. Erstmals hat sie ein graues Gesicht, wirkt schlaff und weint. Auf diese Weise können gesellschaftliche Probleme nicht gelöst werden.

Doch Bölls Blick auf die damalige Kulturszene ist durchaus kritisch. Das zeigt er vor allem an dem 43jährigen Schurbiegel, der auf einer von Pater Willibrord organisierten Veranstaltung zum Thema „Das Verhältnis des geistig Schaffenden zu Kirche und Staat in einem technisierten Zeitalter“ spricht. 1934 aber schrieb er seine Dissertation über das Thema „Unser Führer in der modernen Lyrik“. Heute beklagt er, daß jugendliche Schreihälse unfähig seien, die Konversion eines geistig Gereiften zu begreifen. Er war jetzt auch Spezialist für moderne Malerei und Musik und erschloß sich nach dem Krieg die ungeheuren Reize der Religion. Einst Redakteur einer großen Nazizeitung, entdeckte er doch schon damals Rai und nannte ihn den größten Lyriker seiner Generation, druckte auch als Erster eines seiner Gedichte. Das Foto „Die Witwe des Dichters mit dem Entdecker ihres Mannes“ brachte er jetzt mindestens alle Halbjahr irgendwo unter. Einst aber wollte er die SA christianisieren und feierte 1940 in Briefen den Sieg über Frankreich, wobei er in Zeitungsartikeln die deutsche Jugend aufforderte, mit der dortigen Dekadenz aufzuräumen. Böll gibt deutlich zu verstehen, daß er nicht wirklich an den Sinneswandel derer glaubt, die einst ihre Begeisterung für den Hitlerfaschismus nicht laut genug verkünden konnten, jetzt aber behaupten, irgendwo zwischen Claudel und Sartre zu stehen. Im Roman „Billard um halb zehn“ (1959), einem von Bölls Meisterwerken, entsteht allmählich das Bild der Familie Fähmel. Der nur kurz erwähnte Großvater war noch in traditioneller Weise Küster und Organist zugleich, sang selbst beim Hochamt, bei Beerdigungen 1. Klasse viel, solchen 2. Klasse wenig und solchen 3. Klasse gar nicht, schwang den Taktstock aber auch für Vereine und verrichtete noch viele landwirtschaftliche Arbeiten auf dem Feld und im Stall. Doch von seinen vier Kindern starben zwei früh an der Schwindsucht. Als auch das dritte Kind starb, verstummte er völlig und dirigierte auch nicht mehr.

Sein Sohn Heinrich, der einzige Überlebende, konnte am 6. September 1953 seinen 80. Geburtstag begehen. Er begab sich an seinem 29. Geburtstag für immer in die Stadt wie einst Balzacs Rastignac nach Paris. Er kam im gewendeten Anzug seines schon 20jährig verstorbenen Patenonkels. Er hatte bisher denkbar einfach gelebt und sich bei verschiedenen Architekten alle erforderlichen handwerklichen Kenntnisse angeeignet. Nun aber baute er in der Stadt clever sein Image auf und bewarb sich mit anderen um den Bau des Klosters St. Anton. Er schlug drei Koryphäen, die schon viele Kirchen und Klöster erbauten, aus dem Feld, da sein Kostenvoranschlag so günstig war und er auf einen jungen, verständnisvollen Abt stieß, obgleich die Konkurrenten auf seine fehlende Erfahrung und Kapitaldecke hinwiesen. St. Anton wurde sein großer Durchbruch. Mit Reparaturen und Anbauten in diesem großen Komplex hatte er auch in den folgenden Jahrzehnten zu tun. Man übertrug ihm nun auch den Bau weiterer Klöster. Er ging jedoch nicht in seinem Beruf auf, sondern betrieb diesen mehr wie ein Spiel, verfügte überhaupt anders als sein Sohn über eine gewisse Leichtigkeit des Lebensstils mit viel Sinn für dessen Freude und mit der Gabe auch zur Liebe. Er machte damit seine Frau Johanna glücklich, die dem berühmten Haus Kilb entstammte, wo die Frauen aber wenig glücklich waren und deshalb auch ihre Töchter nicht gern glücklich sahen. Damit heiratete Heinrich in eine Patrizierfamilie ein, die in ihrem Haus schon seit Jahrhunderten wohnte. Ihr entstammten Kämmerer, Notare, Bürgermeister und Domherren. In der Kanzlei Kilb gehörte Behäbigkeit zum Schick. Tintenfässer wurden hier 80 Jahre alt. Doch wurden hier gewaltige Transaktionen vollzogen, wechselten ganze Stadtviertel ihre Besitzer, wurden Heiratsverträge mit jährlichen Nadelgeldern abgefaßt, die höher waren als die Summe, die ein Kanzlist in fünf Jahren verdiente. Hier wurde aber auch des zitt-rigen Rentners Testament aufbewahrt, in dem er seinem Lieblingsenkel seinen Nach-tisch vermachte. Heinrich lernte seinen künftigen Schwiegervater im „Sängerbund deutscher Kehlen“ kennen, in dem er an jedem Freitag Abend sang, obwohl er die auch hier anwesenden männlichen Honoratioren verachtete. Johannas Vater war hier ein dröhnender Baß.

Auch Heinrich wurde mit dem 1. Weltkrieg konfrontiert, in dem er Pionierhauptmann der Reserve war. Er erbaute zu dieser Zeit freilich auch ein Landhaus für einen General, die Jagdhütte für den OB und die Sebastianskapelle für die Schützenbrüder als Ur-laubsaufträge. Schon sein Vater diente hier drei Jahre bei den Ulanen, haßte aber Pferde und Offiziere. Heinrich ließ seine alte Mutter nicht in die Stadt kommen, denn er fürchtete sich vor der Weisheit ihres Blicks und ihren Fragen. Auch er spürte bei Beginn des Krieges anders als die meisten anderen keine Begeisterung, doch er baute jetzt Kasernen, Festungen und Lazarette. Seine Frau aber, die sich durch ihn aus Familienfesseln befreit fühlte, sprach auch im Krieg aus, was er nur dachte. Als sie beim Standortkommandanten eingeladen waren, sprach sie vom kaiserlichen Narren, und Heinrich brachte sie sofort zur Kutsche und erklärte ihre Provokation mit ihrer Schwangerschaft und dem Verlust ihrer Tochter und Brüder wenige Jahre zuvor. Johanna aber riß 1917 ihrem Sohn ein Kriegsgedicht aus der Hand, das er auswendig lernen sollte, wonach Petrus sein Himmelstor weit vor Blücher öffnete. Der alte Feuerkopf, so hieß es dort, solle dreinschlagen, denn der alte Gott werde mit ihm sein. Im Gedicht wurde auch Hindenburg als feste Burg bezeichnet. Heinrich lernte im Krieg, daß Ironie nur ein Narkotikum für Privilegierte sei.

Heinrich hatte zwei Söhne. Der jüngere Sohn Otto stand an sich seinem Herzen viel näher als Robert, denn er war als Kind lieb, brav und folgsam, interessierte sich für seinen Beruf und begleitete ihn gern auf Baustellen. Doch er fiel auf die NS-Propaganda herein, kostete vom „Sakrament des Büffels“, das der Gewaltfreiheit im Zeichen des „Sakramentes des Lammes“ entgegengestellt wird, und entfremdete sich der Familie immer mehr, war wohl auch schuld am Tod anderer durch Denunziation und hätte jetzt selbst seine Mutter dem Henker ausgeliefert. Er schlug schon vor dem Krieg Leute auf der Straße nieder, die die Fahne nicht grüßten. Er kam nicht einmal zum Urlaub von der Front nach Haus, brachte es bis zum Oberstleutnant und fiel 25jährig am 12. Januar 1942.

Vor Robert hatte Heinrich immer etwas Angst, denn er war verschlossen, kühl und sehr rational, obgleich auch er über die Höflichkeit und die guten Umgangsformen der ganzen Familie wie selbstverständlich verfügte, ihm nur die liebenswürdige Grandezza seines Vaters fehlte. Als Schüler war er ein großer Sportler, der beste Schlagballspieler und 100-Meter-Läufer, den die Stadt je besaß. Er war zäh und, wenn es darauf ankam, hart. Er betrieb auch Sport gleichsam wissenschaftlich, weshalb er seinen Mitschülern, die verehrend zu ihm aufblickten, haushoch überlegen war. Doch er konnte Unrecht nicht ertragen. So sorgte er am 14. Juli 1935 dafür, daß ein Schlagball trotz eifrigsten Suchens nicht wiedergefunden wurde. Damit verfolgte er ein bestimmtes Ziel: seinen Mitschüler Alfred Schrella zu schützen. Dieser war nämlich seit geraumer Zeit, weil er sich dem Gewaltekult widersetzte, das Ziel von Mißhandlungen durch die große Mehrheit seiner Mitschüler. Dabei tat sich Ernst-Rudolf Nettlinger besonders hervor. Sportlehrer Wakiera deckte dies alles. So stellte man Schrella gern ein Bein, wenn er in der Schulpause die Treppe hinunterging, so daß er mit dem Kopf auf die stählerne Treppenkante schlug und sich der Stahlbügel seiner Brille in sein Ohrläppchen bohrte. Sie überfielen ihn auf dem Heimweg, zerrten ihn in Hauseingänge, verprügelten ihn zwischen Abfalleimern und abgestellten Kinderwagen und stießen ihn dunkle Kellertreppen hinab, wo er lange mit gebrochenem Arm lag. Sein Rücken war mit Narben übersät, Ergebnis seiner Mißhandlung in einer alten Kaserne mit einer Stacheldrahtpeitsche. Man warf ihm beim Schlagballspiel den Ball mit aller Kraft ins Gesicht, gegen die Beine oder die Nieren.

Robert wurde mit Schrella und anderen Gegnern der Gewalt näher bekannt, die sich regelmäßig in einem Cafe trafen. Der 17jährige Tischlerlehrling Ferdi Progulské aber schoß übers Ziel hinaus, als er Bernhard Wakiera eine Bombe vor die Füße warf, wenn dieser auch nur Brandwunden an den Füßen erlitt. Er büßte diese Torheit unterm Handbeil, denn bewußt wurde ein Exempel an ihm statuiert, an allen Plakatsäulen bekannt gegeben. Robert, der Ferdi das Pulver besorgte, geriet selbst in große Gefahr, irrte Stunden zwischen Kleingärten umher. Nach seiner Ergreifung schlug man auch ihn mit der Stacheldrahtpeitsche. Daran war Nettlinger wieder beteiligt, er sorgte aber auch dafür, daß Robert fliehen konnte: auf einem Schiff in die Niederlande, was wie bei Schrella nur durch proletarische Solidarität möglich war. Andere aber büßten ihren Widerstand mit Tod oder KZ-Haft. Die kurze heroische Zeit Roberts war schnell zu Ende, doch wohnte er in den nächsten fünf Jahren mit Schrella in einem Amsterdamer Zimmer, und beide studierten, wenn auch unterschiedliche Fächer, und spielten auch entsprechend Roberts Familientradition Billard. Dann aber sorgte dessen Mutter durch persönliche Beziehung zum Polizeipräsidenten dafür, daß er in seine Heimatstadt zu-

rückkehren konnte unter der Bedingung, sich nicht mehr politisch zu betätigen und sich sofort nach dem Studium zur Wehrmacht zu melden. Johanna hatte sich während seiner Abwesenheit auch seiner schwangeren Freundin Edith angenommen, die er nach Rückkehr heiratete und die sonst obdachlos gewesen wäre, die aber „bei einem Luftangriff ums Leben kam. So wurde Robert im 2. Weltkrieg Spezialist für Sprengungen und erhielt für die Präzision dieser Arbeit mehrere Auszeichnungen und Zusatzurlaub. Er leitete Dynamit von Dynamik ab als der Kehrseite der Statik. Er sprengte Brücken, Bahnüberführungen und Straßenkreuzungen, als letztes freilich die Benediktinerabtei St. Anton drei Tage vor Kriegsende. Diese Tat, typisch für das eigenwillige Protestgebaren in Bölls Werken, konnte er nicht einmal dem ihn verhörenden gleichaltrigen US-Offizier verständlich machen. Er verstand diese Tat als Rache, auch am Tod seiner Frau und vieler anderer und daran, daß hier einst eine Sonnenwendfeier stattfand, bei der „Es zittern die morschen Knochen“ unter Mitwirkung Ottos gesungen wurde.

In der Nachkriegszeit gründete Robert ein Büro für statistische Berechnungen, für das er die drei Männer arbeiten ließ, die einst an der Sprengung der Abtei mitwirkten. Er selbst war täglich nur *eine* Stunde in seinem Büro, beschränkte also, da er wohlhabend war, seine berufliche Tätigkeit auf ein Minimum, zog sich überhaupt so weit wie irgend möglich vom öffentlichen Leben in seine verschlossene Privatsphäre zurück, suchte aber Gutes zu tun an solchen, die ebenfalls als Anhänger des Lammes Opfer waren.

An die wirkliche Bekehrung der Nettlinger und Co. glaubte er nicht und entzog sich ihnen möglichst. Dieser, inzwischen ein hoher Beamter, gab sich als gereift und als überzeugter Demokrat und grenzte sich verbal auch von Wakiera ab, der es zum Polizeipräsidenten brachte und zum Rechtsradikalismus tendierte. Er sorgte auch dafür, daß Schrella, der beim Grenzübertritt sofort verhaftet wurde, weil er immer noch auf der Fahndungsliste stand, nach 23 Stunden vorläufig wieder freikam. Er holte ihn in seinem Auto mit eigenem Fahrer ab und nahm den Widerstrebenden mit in eine vornehme Raststätte, wo er sich als sehr gereift auch in der Auswahl der Speisen und seinen Tischgewohnheiten erwies. Schrella glaubte ihm ebenfalls nichts und provozierte ihn bewußt durch schlechtes Benehmen bei Tisch, bevor er vorzeitig verschwand. Später war er mit Robert beim Billard zusammen, verließ aber seine Heimatstadt und Deutschland so schnell wie möglich wieder. Er saß inzwischen freilich auch in niederländischen und englischen Gefängnissen, weil er sich dagegen wandte, alle Deutschen über einen Kamm zu scheren. Ihm jetzt erwiesene Wohltaten aber schienen ihm fast noch schrecklicher als einstige Missetaten, und Nettlingers Entgegnung, er sei unbarmherziger als Gott, der die bereuten Sünden verzeihe, ließ ihn kalt, doch empfand er nicht einmal mehr Haß. Auch das Faktotum des Restaurants riet ihm zur Vorsicht, denn „die Schweine hätten doch gesiegt“. Robert konnte ihm berichten, von den wenigen humanen Mitschülern sei einer Priester geworden und habe nach dem Krieg einige unvergeßliche Predigten gehalten. Da versetzte man ihn in ein Dorf, das nicht einmal Bahnanschluß hat. Dort verehrten ihn Bauern und Schulkinder wie einen liebenswürdigen Narren. Da er sage, alle Menschen seien Brüder, fragten sie sich freilich, ob er nicht doch Kommunist sei. Mehr falle ihnen nicht ein, da sich die Anzahl der Schablonen noch verringerte. Der Priester sei schon deshalb verdächtig, weil er zu oft über die Bergpredigt sprach.

Johanna aß auch im Krieg keinen Krümel mehr, als es auf Lebensmittelkarten gab, und gab auch ihren Kindern nicht mehr, obgleich sie inzwischen Bauernhöfe besaßen und der Abt von St. Anton ihr Butter in Fässern, Hering in Krügen und Brot schickte.

So mußten auch die Kinder Sägemehlbrot mit gefärbter Marmelade essen. Im Winter 1941/42 aber brachte sie sich in Lebensgefahr, als sie zum Güterbahnhof lief und darauf bestand, mit den Juden transportiert zu werden. Heinrich konnte sie nur retten, indem er sie in ein Irrenhaus sperren ließ, freilich eines, das mehr einem Sanatorium glich, wo sie keinen Mißhandlungen ausgesetzt war und relativ viel Freiraum besaß, Heinrich und Robert sie regelmäßig besuchten. Sie sagte, Heinrich sei ein Kind und wisse nicht, wie böse diese Welt sei und wie wenige reine Herzen es gebe. Sie nannte ihn einst David, den Kleinen mit der Schleuder, schlich sich vor der Verlobung in seine Chorprobe und sah seinem Gesicht an, daß er nicht zu den Büffeln gehöre. Sie galt in der Anstalt als harmlos und durfte deshalb sogar zum 80. Geburtstag Heinrichs zu dessen Feier im Restaurant abgeholt werden. Da aber wurde sie vom Balkon aus Zeuge eines Aufmarsches Rechtsradikaler mit Wakiera. Sie besorgte sich zuvor einen Revolver und wollte zunächst auf Wakiera hoch zu Roß schießen. Dann aber schoß sie auf einen Minister der vom Nachbarbalkon aus den Demonstranten zuschaute, weil er von seiner Partei angewiesen war, den Kolonnen freundlich zuzuwinken, um so bei der nächsten Wahl zusätzliche Stimmen zu erlangen, ohne sich völlig mit ihnen zu solidarisieren. Angesichts der Gesichter der Marschierenden sehnte sich Johanna sofort zu ihren Irren zurück. Übrigens wird über den Minister angemerkt, daß er im Grunde „diese Burschen“ da unten nicht mochte, weil sie an etwas glaubten. Nettlinger erschien zwar nicht in Uniform, drückte unten aber Hände und klopfte auf Schultern. Johanna aber wußte, der eigentliche Mörder sitze auf dem Balkon, obgleich er anders denke, handle und plane, fließend Französisch und Englisch spreche, Latein und Griechisch lernte und schon das Lesezeichen für den morgigen Sonntag in seinem Schott zurechtlegte. Auch Robert wußte bereits damals, es sei im Grunde gleichgültig, welcher Partei ein Politiker angehöre. Bei Gesprächen von Politikern im Foyer wurde auch Schrella nicht klar, ob sie zur Regierungskoalition oder zur Opposition gehörten. Von ihrem „Star“ sagte er, wenn der eine Hoffnung sei, wolle er nicht wissen, was Verzweiflung sein könnte. Alles laufe auf Untergang hinaus.

Böll wußte selbst, daß Johannas Tat, so verständlich sie in psychischer Hinsicht sein mag, nichts ausrichtet. Der Direktor des Hotels nahm jedenfalls die Nachricht vom Attentat mit Entzücken statt mit Entsetzen entgegen und rieb sich die Hände. Ein solcher Skandal könne ein Hotel mit *einem* Schlag sanieren. Es werde Schlagzeilen nur so regnen. Man solle den Eindruck erwecken, der Minister sei lebensgefährlich verletzt. Alle Telefongespräche seien sofort auf seine Leitung zu legen. Es werde massenhaft Zimmerbestellungen geben. Schon zuckten Blitzlichter im Treppenhaus.

Wohin eine so geprägte Widerstandshaltung führt, zeigt vollends der Roman „Ansichten eines Clowns“ (1963). Hans Schnier, der den Beruf eines Komikers kenntnisreich ausübt, aber durch den Fortgang seiner Lebensgefährtin Marie Derkum in eine Lebenskrise mit jähem beruflichem Abstieg fällt, sitzt am Schluß auf einer Stufe des Bonner Bahnhofs zur Karnevalszeit als geschminkter Clown. Kann die bloß individuelle Empörung bloß dazu führen, ein Clown zu werden? Schnier konnte um die gesellschaftliche Alternative wissen. Er wurde nach Erfurt eingeladen, um kapitalismuskritische Nummern seines Programms aufzuführen. Ironisch wird vermerkt, daß Kulturfunktionäre ihn mit ziemlichem Pomp schon auf dem Bahnhof empfangen und ihn anschließend im Hotel mit Forelle blau, Kaviar, Halbgefrorenem und Unmengen Sekt bewirteten. War es so falsch, daß sie dann aber, weil er Marie nicht heiratete, von einer Erscheinungsform

kleinbürgerlicher Anarchie sprachen? Marie jedenfalls verließ ihn ja schließlich auch, da er - obgleich streng monogam - nicht daran dachte, sie zu heiraten, und weil er schon seit 5 Jahren mit ihr von einer Stadt in die andere und von einem Hotelzimmer ins andere zog, freilich auch weil er keinerlei Sinn für Religiöses hatte, während sie nach einer Glaubenskrisis in den Schoß ihrer katholischen Kirche zurückkehrte und einen gutbürgerlichen Katholiken heiratete, auch unter Verweis auf Johannes XXIII. Schnier sollte in der DDR z.B. sein Stück „Aufsichtsratssitzung“ spielen. Er aber entschied sich dafür, dort, wo es keine Aufsichtsräte gab, lieber „Der Parteitag wählt sein Präsidium“ zu spielen. So blieb er weniger als 7 Stunden in der DDR.

Ich muß gestehen, daß auch mir nicht alle seine Lebensgewohnheiten wie die der folgenden 68er-Generation gefallen. Persönlich liegt mir sein Bruder Leo näher, der konvertierte und katholische Theologie studierte. Er gab dem längere Zeit armen Bruder sein ganzes Taschengeld, denn er selbst war bedürfnislos, rauchte und trank nicht, las keine Abendzeitungen und ging nur alle 2 bis 3 Jahre in einen garantiert guten Film, ging auch lieber zu Fuß, als die Verkehrsmittel zu benutzen, benötigte nur hin und wieder eine Bahnsteigkarte, eine Rolle Pfefferminz und einen Groschen für einen Bettler. Streichhölzer kaufte er nur, um sie für Vorgesetzte griffbereit zu haben. Er war sehr gewissenhaft. Seine Hose hatte scharfe Bügelfalten. Er versuchte vergeblich locker auszusehen, wirkte rührend und steif. Dabei war er der beste Turner in seiner Klasse, und über seinem Bett hingen 6 Sportdiplome. Er war empfindlich gegen den Vorwurf der Angeberei, war freilich in politischer Hinsicht naiv, weil er seinen Lehrern alles glaubte. So wollte er zum Militär gehen, weil es angeblich der Demokratie diene. Hans, der präzise beobachtet, stellt fest, daß er und der Vater im Briefstil gleich seien. Sie schrieben über alles, als gehe es um Braunkohle.

Das freilich hat konkret zu benennende Ursachen. In der Hand der Familie befindet sich nämlich seit zwei Generationen ein großer Teil der Braunkohlenaktien. Seit 70 Jahren verdienen die Schniers an den Wühlarbeiten, denen Dörfer, Wälder und auch Schlösser zum Opfer fallen. Vater ist aber z.B. auch an einer Bademittelfabrik und der Herstellung von Zahnpasta beteiligt. Er ist Millionär. Dabei mochte er ein halbwegs humaner Ausbeuter sein und verfügt persönlich über positivere Charaktereigenschaften als die Mutter. Doch beide gehören noch zu jenen Reichen, für die jede Geldausgabe Verschwendung ist, wenn es auch auf Mutters Konto geht, daß die Kinder sich im Entwicklungsalter nicht einmal satt essen durften. Über Geldgeschäfte darf im Familienkreis gar nicht gesprochen werden, und als Hans nach eigenem Willen gegen den elterlichen Protest aus der Obersekunda abging, erhielt er von ihnen keinerlei finanzielle Unterstützung, sollte sich vielmehr mit seiner Freundin durch heroische Anstrengungen, zu denen er keine Lust verspürte, durchbeißen. Auch Taschengeld bekamen die Kinder nur wenig. Vater war aber ein gefragter und eloquenter Interviewpartner im Fernsehen und entwickelte dabei eine ganz neue Begabung.

Die Haltung der Mutter hängt mit ihrer Herkunft zusammen. Ihre Mutter war eine v.Hohenbrode, so daß sich Vater noch heute wie ein gnädig aufgenommener Schwiegersohn vorkommt, obwohl sein Schwiegervater schlicht Tuhler hieß. Auch die Schniers sollten im Sommer 1918 geadelt werden, doch das scheiterte daran, daß der Kaiser überstürzt floh. Beide Eltern waren streng gläubige Protestanten. Doch Hans macht mit Recht v.a. seine Mutter für den sinnlosen Tod seiner hübschen und lebenslustigen Schwester Henriette verantwortlich. Der Krieg ging schon zu Ende und die US-

Artillerie war schon zu hören, als Mutter die 16jährige, beste Tennisspielerin zwischen Bonn und Remagen, noch veranlaßte, sich im Februar 1945 freiwillig als Flakhelferin zu melden. Hans sah sie in der Straßenbahn winkend davonfahren. Mutter hatte mit sanfter Stimme gesagt, jeder müsse das Seinige tun, um die jüdischen Yankees wieder zu vertreiben. Henriette kam nie zurück, und die Familie weiß bis heute nicht, wo sie begraben ist. Nach Kriegsende kam die Nachricht, sie sei bei Leverkusen gefallen. Man wollte sich gerade zum Mittagessen begeben, und Mutter zumindest aß auch, da das Leben ja weitergehe.

Mit dieser Haltung stand Mutter freilich nicht allein. Lehrer Brühl sang mit ihnen „Frommes und Nationales“. Als wieder einmal ein Deserteur im Wald erschossen wurde, erklärte er, so werde es allen gehen, die sich weigerten, „unsere heilige deutsche Erde gegen die jüdischen Yankees zu verteidigen“. Er ist jetzt Professor an einer Pädagogischen Akademie und gilt als „Mann mit tapferer politischer Vergangenheit“, weil er nicht der NSDAP angehörte.

Noch fanatischer gebärdete sich Hans' Jungvolkführer, der 14jährige Herbert Kalick, dem Mutter den Park zur Ausbildung an Panzerfäusten zur Verfügung stellte. Am Schießstand erzählte er die Geschichte von einem Jungen, der schon 10jährig in Schlesien das EK I bekam, weil er mit Panzerfäusten drei sowjetische Panzer erledigte. Als der noch nicht 11jährige Hans darauf abweisend-spöttisch reagierte, nannte Kalick ihn einen schmutzigen Defätisten. Als Hans ihn darauf ein Nazischwein nannte, weil er das Wort auf der Schranke eines Bahnübergangs las, sperrte Kalick ihn in einen Schuppen und benachrichtigte Eltern, Lehrer und die Partei. Brühl sagte immer wieder: „Mit Stumpf und Stiel ausrotten!“ Hans wurde dazu verurteilt, unter Kalicks Aufsicht im Garten einen Panzergraben auszuwerfen. Bei der Ausbildung an der Panzerfaust sprengte sich der kleine Georg irrtümlich selbst in die Luft. Kalick meinte, daß er zum Glück nur ein Waisenkind war. Inzwischen erhielt er das Bundesverdienstkreuz wegen seiner Verdienste um die Verbreitung des demokratischen Gedankens in der Jugend. Er besitzt eine hübsche Gattin und hübsche Kinder. Hans widersetzte sich vor zwei Jahren der Versöhnung mit ihm auf ostentative Art, worauf Marie ihm unchristliches und unmenschliches Verhalten vorwarf. Marie meint das ehrlich. Sie ist sehr hilfsbereit und mitleidig, hat auch unerschöpfliche Geduld beim Anhören umständlicher Schilderungen alter Frauen im Bahnabteil und beim Anschauen von Fotos wildfremder Menschen.

Auch Mutter hat sich seit Kriegsende sehr gewandelt. Sie ist schon seit Jahren Präsidentin des ZK der Gesellschaften zur Versöhnung rassischer Gegensätze, reist in das Anne-Frank-Haus in Amsterdam und gelegentlich sogar in die USA, wo sie vor Frauenklubs Reden über die Reue der deutschen Jugend hält. Drei Tage lang war sie sogar Anti-Atomkämpferin, bis ihr Präsident ihr klar machte, des führe zum radikalen Aktiensturz, worauf sie sich sofort von der Aktion distanzierte. Als Hans nach fünf Jahren sich am Telefon wieder bei ihr meldet, stellt er sich als durchreisender Delegierter des ZK jüdischer Yankees vor, worauf er ihr Altfrauenweinen durch die Muschel hört. Sie, die Geizige, nahm während des Krieges Schriftsteller und Künstler für Monate bei sich auf, die für Hans nur Schmarotzer waren. Schnitzler z.B. schwärmte vom Selbstbewußtsein der Germanen. Trotzdem erlegte ihm die Reichsschrifttumskammer für 10 Monate Schreibverbot auf. Die US-Militärbehörde nahm ihn deshalb mit offenen Armen als Widerstandskämpfer in den Kulturdienst auf. Dabei sagte er noch eineinhalb Tage vor



Bonns Besetzung, wir müßten zusammenhalten, stehen und leiden. Der Führer habe die Rettung in der Hand. Er ist jetzt im Außenministerium tätig.

Respekt nötigte Hans dagegen Maries Vater ab, ein Linker, der trotz Konflikten mit seiner Parteiführung seiner Überzeugung treu blieb. Er besaß eine kleine Druckerei, Verlag und Buchhandlung. Davon blieb nur ein Schreibwarenladen übrig. Dabei hatte er nach Kriegsende die Chance, eine eigene Zeitung zu gründen. Sein Scheitern wird seinem „politischen Fanatismus“ zugeschrieben, wobei man nach Böll Fanatismus mit Konsequenz verwechselte. Marie besaß, als Hans sie kennenlernte, nur drei Kleider, einen alten Wintermantel und drei Paar Schuhe, mit ihrem Vater vier Garnituren Bettwäsche, und es fehlte das Geld, den Boiler zu reparieren. Die Küche war klein und dunkel, nur ein Hinterzimmer zum Laden, und alles bei ihnen wirkte ärmlich. Auf sein Grab häufte Hans so viel Erde, daß Marie ihm schließlich die Schaufel aus der Hand nehmen mußte.

In der langen Erzählung „Ende einer Dienstfahrt“ (1966) ist in teils humoristischer, teils satirischer Form von einem Prozeß die Rede. Angeklagt waren Johann und Georg Gruhl, Vater und Sohn, in der Kleinstadt Birglar. Sie wurden an einem Junitag 1965 auf einem Feldweg in 2 km Entfernung entdeckt, als sie auf einem Grenzstein rauchend einen Jeep der Bundeswehr abbrennen ließen, dessen Fahrer der Sohn war. Sie taten es seelenruhig, ja mit offensichtlicher Genugtuung. Der Tank wurde zuvor mit einem spitzen Gegenstand durchlöchert und dann erst aufgefüllt und der Jeep mit Brennstoff übergossen. Der Ort in je 2 km Entfernung von den umliegenden Dörfern wurde mit Bedacht gewählt, doch lockte das erhebliche Feuer sofort eine Menschenmenge herbei. Die Gruhls empfanden über diese Tat keine Reue, machten auch keine Versuch, einen Unfall vorzutäuschen. Sie sangen am Tatort und schlugen die Pfeifen gegeneinander. Auch hörte man Knallgeräusche im Rhythmus des Ora pro nobis. Nur widerwillig erläuterte Georg später, das Knallen sei eines der wenigen Stilelemente des „Happenings“, das er weiterzuentwickeln gedenke. Er erzielte die Geräusche mit Malz und z.T. auch mit Rahmbonbons. Frühere Versuche mit sauren Bonbons und sog. Seidenkissen seien gescheitert, da das Zeug schmolz und breiig zerfloß. Auch mit Ziegenkot und zerbrochenen Zuckerstangen habe man vergeblich experimentiert. Nach der Verhaftung gingen beide fast freudig mit. Vier Psychiater hielten sie für überdurchschnittlich intelligent und für ihre Tat voll verantwortlich. Diese beruhe nicht auf emotionalen, sondern auf Bewußtseinsantrieben, sei wohl eine Äußerung des homo ludens, zumal beide ausgesprochen künstlerische Menschen seien.

Lag hier ein Protest gegen das Militärwesen vor? Schon sein Pfarrer riet Georg zur Wehrdienstverweigerung, was dieser aber ablehnte, weil er sich nicht vom Gewissen, sondern von der Vernunft leiten lasse. Nach der Zeugenaussage eines Kameraden litt er aber in der Bundeswehr unter der „Quaternität des Absurden“: Sinnlosigkeit, Unproduktivität, Langeweile und aufgenötigte Faulheit. Sein Vorgesetzter erklärte, er sei kein begeisterter Soldat, zwar nicht renitent, aber mürrisch-gleichgültig. Im Manöver half er beim Ausarbeiten und Zeichnen der Einsatzpläne. Anlaß der inkriminierten Tat war ein typisch sinnloser Vorgang: Die Kfz mußten rechtzeitig inspektionsbereit sein mit dem erforderlichen km-Stand. Manche Kfz wurden aber später als geplant geliefert, während die Inspektion pünktlich erfolgte. Da mußten manchmal Kfz „zum Kilometerfressen auf die Landstraße gehetzt werden“. Es könne vorkommen, daß ein Kfz mit einem Stand von knapp 1.000 km innerhalb von weniger als einer Woche auf 5.000 km ge-

bracht werden müsse. Damit wurde meist Georg als sehr guter Autofahrer betraut. Die offizielle Bezeichnung war Tachometer-Angleichungsfahrt. Sie dauerte in der Regel fünf Tage. Georg begab sich in diesem Fall zu seinem Vater, fuhr den Jeep in eine leere Scheune und ließ ihn dort vier Tage stehen, bockte ihn auf und ließ ihn mit angelassenem Motor laufen. Die Abgase lenkte er durch einen Schlauch ins Freie.

Der eigentliche Grund ihrer Tat aber war nicht der Protest gegen die Sinnlosigkeit des Militärwesens - heute gäbe es dort ernstere Gründe -, sondern der Protest gegen die Behandlung des Vaters durch die Steuerbehörde. Der 50jährige war Möbeltischler von allerbesten Qualität. Schon seit dem 2. Weltkrieg, wo er in Frankreich eingesetzt war und „an der Möbelfront kämpfte“, restaurierte er meisterhaft Stilmöbel. Doch befand er sich schon seit 10 Jahren in ständigem Konflikt mit dem Steuergesetz. Er stand ständig unter Pfändungs- und Zwangsvollstreckungsbefehlen. So wurde nach einem psychiatrischen Gutachten sein „Sozietätsbewußtsein“ erheblich verletzt. Ein Zeuge sprach von mörderischer Mittelstandspolitik. Vater kam mit den zahlreichen Abgaben nicht mehr zurecht und geriet in Steuerrückstand. Es kam zu Zwangsversteigerungen, zuerst des elterlichen Hauses, dann von zwei Äckern und einer Wiese, dann seines Anteils an der „Bierkanne“. Inzwischen wurde er auch seines gesamten pfändungsfähigen Hausrats beraubt. Zuletzt kam es sogar zu Taschenpfändungen. Er verlor schließlich das Interesse an größeren Aufträgen. Durch Schwarzarbeit verdiente er seinen Lebensunterhalt und arbeitete nur noch gegen Naturalien, die nur schwer pfändbar waren. Dabei sei seine Redlichkeit, für die er sogar Spott erntete, sprichwörtlich. Er hätte dieser Situation nur durch Tricks entgehen können, zu welchem Zweck die Innung ihren Mitgliedern Kurse und Rundschreiben anbot, doch dem verweigerte er sich. Er buchte aber erhebliche Einnahmen nicht mehr. Das kam bei mehreren Betriebsprüfungen heraus und hatte hohe Steuerstrafen zur Folge.

Ein als Spezialist geladener Diplom-Volkswirt und Dr. habil. erklärte vor Gericht, Gruhl sei Opfer eines erbarmungslosen, aber notwendigen Prozesses, der sich in der Wirtschaftsgeschichte schon öfters abspielte, so beim Übergang von der mittelalterlichen Zunft in die neuzeitliche Industriegesellschaft und im 19. Jh. Die Wirtschaft kenne eben keine von ihr finanzierten Museen für anachronistische Betriebe. Moralische Aspekte gebe es in der modernen Wirtschaft ohnehin nicht. Auch zwischen Finanzamt und Steuerzahler bestehe eine Kampfsituation. Gruhls einziger Fehler war, daß er sich erwischen ließ. Es gebe zwar eine Rechts-, aber keine Steuerphilosophie. Gruhls Betrieb arbeite mit viel zu geringen Unkosten, da kaum Maschinen und nur wenig Material nötig sei. So komme es bei ihm zu einem geradezu absurden Bilanzergebnis, was der Gutachter mit exaktem Zahlenmaterial belegte. Weil seine Unkosten so gering waren, waren Einkommen, Umsatz und Kirchensteuer um so größer. Zusammen mit Zwangsversicherungen hatte er deshalb über 55% seines Gewinns wieder abzuführen, da einen solchen Reingewinn wie er in vielen Fällen nicht einmal ein mittlerer Betrieb erziele. Der mit den Pfändungen beauftragte Beamte erklärte, sein Verhältnis zum Schuldner sei nun einmal das von Jäger und Gejagtem. Spielend könne eine Schuld innerhalb weniger Jahre auf das 2-4fache gesteigert werden.

Man kann nicht sagen, daß das Gerichtsverfahren repressiven Charakter trug. Schon während der Untersuchungshaft bekamen beide Gruhls alle drei Mahlzeiten aus dem besten Haus am Platz geliefert. So gut wurden beide seit 22 Jahren, seit dem frühen Tod von Johanns Frau, nicht versorgt. Sie wurden sogar bei besonders populären Fernseh-

sendungen in das Wohnzimmer des Justizwachtmeisters eingeladen. Beide verhielten sich vor Gericht ruhig, wirkten nicht nur gefaßt, sondern sogar heiter, was freilich auch Züge „frivoler Heiterkeit“ trug. Schon die Vernehmungen zur Person verliefen fast reibungslos. Allerdings mußte sich besonders der Ankläger immer wieder gegen Formulierungen verwahren, die dem offiziellen Staats- und Politikverständnis widersprachen. Als Johann vor Gericht sogar seine Pfeife stopfte und entzündete, wurde die Verhandlung unterbrochen.

Die maßvolle Art der Verhandlungsführung hatte jedoch in diesem Fall auch einen besonderen Hintergrund. Da das Vergehen an einem Militärfahrzeug erfolgte, wurde ein brisanter Bereich berührt. Die Öffentlichkeit erfuhr über den Verlauf der Verhandlung anders als in anderen Fällen denn auch sehr wenig. Die drei in diesem Gebiet verbreiteten Zeitungen, die sonst umfangreiche Gerichtsreportagen veröffentlichten, brachten über diesen Fall nur eine gleichlautende kleine Notiz. Die Chefredakteure kamen schon einige Wochen zuvor überein, den Fall nicht hochzuspielen, und die liberale Zeitung, die zunächst Einsprüche erhob, wurde schnell zum Einlenken veranlaßt. Der Ankläger wünschte die Angeklagten nur wegen Sachbeschädigung und grobem Unfug, nicht wegen Brandstiftung verurteilt. Auch fand der Prozeß im kleinsten der drei Säle vor nur 10 Zuhörern statt, deren Zahl sich am Nachmittag noch verringerte und die während des Verhörs der Militärangehörigen noch von der Verhandlung ausgeschlossen wurden. Unter ihnen saß Amtsgerichtsrat Bergnolte aus der nahen Großstadt, unauffällig, jedoch gediegen gekleidet, der schon in der Mittagspause seinen Vorgesetzten über den Gang des Prozesses telefonisch informierte, nach Ende des Prozesses in der Nacht noch mündlich in seiner Privatvilla, worauf dieser sofort auch den zuständigen Abgeordneten anrief. Die beiden Angeklagten wurden zum vollen Schadenersatz und sechs Wochen Haft verurteilt. Da ihnen aber die Untersuchungshaft angerechnet wurde, wurden sie sofort auf freien Fuß gesetzt.

Dieses Urteil aber wurde nur durch eine Justizkomödie möglich, indem man nämlich einer Aussage Georgs folgend das Vergehen als neueste Kunstform deklarierte, wogegen der Ankläger nur kurze Zeit protestierte. Das „Happening“ wurde als ganz neue Kunstform und neuer Ausdruckswille hingestellt. Dabei werde etwas zerstört, möglichst im Einverständnis mit dem Besitzer, notfalls aber auch ohne dieses. So fahre man mit Loks auf Autos, reiße Straßen auf, spritze Hühnerblut an die Wand oder zerschlage kostbare Uhren mit einem Hammer. Man erwog nur, ob Georgs Tat nicht noch näher der Popart verwandt sei. Ein recht auffallend gekleideter Zeuge aus dem Künstlermilieu beschrieb das Happening als Anti-Kunst, als Versuch, heilbringende Unordnung zu schaffen, als Entstaltung, ja Entstellung, aber so, daß eine neue Gestalt entstehe. Die künstlerische Tat Georgs sei außerordentlich und berühre nicht weniger als fünf Sparten der Kunst: Architektur, Plastik, Literatur, Musik und tänzerische Elemente. Das Kunstwerk sei wegen der Anrufung von Heiligen sogar christlich. Verwerflich sei nur, daß ein fast fabrikneues Auto genutzt wurde, doch seien hier Elemente der modernen Technik auf fast geniale Art künstlerisch komponiert. Von Verbindlichkeit bzw. Objektivität könne bei dieser Kunstart freilich nicht mehr gesprochen werden. Im Plädoyer des Verteidigers hieß es, das erstellte Kunstwerk habe Gnaden- und Erbarmungslosigkeit ausdrücken sollen. In jeder Kunstäußerung seien von der Natur der Sache her grober Unfug und Sachbeschädigung enthalten. Alle Kunst verunsichere, verwandle und zerstöre immer

auch Material. Es ist klar, daß Böll hier das spätbürgerliche Rechtssystem ebenso aufs Korn nimmt wie sein Kunstverständnis.

Im Mittelpunkt seines Romans „Gruppenbild mit Dame“ (1971), eines seiner besten Werke, steht die im Jahre 1970 48jährige Leni Pfeiffer. Sie entscheidet sich unbeachtet einer gewissen Eigenwilligkeit, die aber weithin in ihrem Willen zu einem selbstbestimmten Leben begründet ist, in der Regel richtig, weil sie ihr Herz und ihr unverfälschtes Empfinden sprechen läßt. Doch dessen ungeachtet oder gerade deshalb ist sie mit ihrer Umwelt zerfallen, obwohl sie mit Recht meint, niemandem etwas zuleide getan zu haben. Man nennt sie ein mieses Stück, Kommunistenthure und Russenliebchen. Man hetzte sogar die Kinder in der Nachbarschaft gegen sie auf, mit denen sie sich zuvor gut verstand. Einer der Gründe dafür wird sofort verraten: Sie war mit Unterbrechungen lange Zeit berufstätig, 5 Jahre als ungelernete Hilfskraft im Büro ihres Vaters und 27 Jahre als ungelernete Gärtnerin, verschenkte aber „leichtfertig“ ein solides Mietshaus, das nun 400.000 DM wert wäre, und gab auch ihre Berufstätigkeit auf, um sich den Kindern von ausländischen Untermietern voll zuwenden zu können, so daß sie jetzt mittellos dasteht und seit Monaten von Kreditinstituten Mahnungen erhält. Sie vermietete drei Zimmer an Ausländer, darunter eines an drei türkische Gastarbeiter. Sie hat mit einem der Türken ein Liebesverhältnis, obgleich er Frau und Kinder in seiner Heimat hat. Doch ist sie alles andere als ein Flittchen, gab sich im ganzen Leben nur drei Männern hin. Da sie 1941 drei Tage lang mit einem Unteroffizier bis zu dessen Tod an der Front verheiratet war, bezieht sie aber eine „Kriegerwitwenrente“.

Der Roman hat keine durchgehende Handlung. Vielmehr recherchiert der Verfasser eingehend in Lenis Umkreis und gelangt dabei zu immer neuen Erkenntnissen über ihre Vergangenheit und die ihrer Verwandten und Bekannten. So ergibt sich insgesamt ein höchst aufschlußreiches Bild der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsgesellschaft. Während ihres Aufenthalts in einem katholischen Internat wurde Leni in starkem Maße von Schwester Rahel beeinflusst. Erst gegen Schluß des Romans erfährt Verfasser deren Vorgeschichte durch einen Besuch bei ihrer Ordensleitung in Rom. Sie hieß eigentlich Rahel Maria Ginzburg und wurde 1891 in der Nähe von Riga geboren, legte 1908 in Königsberg das Abitur ab, studierte in Berlin, Göttingen und Heidelberg und wurde dort 1914 in Biologie promoviert. Sie wurde im 1. Weltkrieg als pazifistische Sozialistin jüdischer Herkunft mehrmals inhaftiert. Sie wurde 1918 erneut promoviert mit einer Arbeit über die Anfänge der Endokrinologie, die auch medizinische, theologische und philosophische Aspekte hatte. Danach arbeitete sie als Ärztin in Arbeitervierteln des Ruhrgebiets. Sie konvertierte 1922 und hielt Vorträge im Kreis der Jugendbewegung. Der Klostereintritt war wegen ihres Alters mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Lehrtätigkeit wurde ihr schon nach einem halben Jahr untersagt, weil sie als eigenwillig und aufmüpfig galt. Sie war nicht beliebt, zumal sie hartnäckig ihre Überzeugungen treu blieb. Sie übte von da an nur noch die als sehr niedrig betrachteten Dienste einer Flurschwester aus, war faktisch 5 Jahre Toilettenfrau. Doch verbrachte sie viele Stunden in der UB der nahe gelegenen mittleren Universitätsstadt, später viele Tage in einem Antiquariat. Ihr starkes Interesse galt auch der Kräuterkunde. Während der Judenverfolgung versteckte man sie zunächst unter dem Dach in einer ganz kleinen Kammer, wo früher Putzmittel lagerten, Leni sie aber noch oft besuchte, später im Keller, wo sie Ende 1942 verhungerte. Man verscharrte sie im Klostersgarten. Jetzt aber sah sich der Orden zu einem Antrag auf Seligsprechung verpflichtet, weil an ihrem Grab selbst im Winter Ro-

sen blühten. Die Umbettung der Reste ihres Leichnams änderte daran nichts, auch nicht die Einäscherung, den nun quollen die Rosen aus der Urne und überwucherten die ganze Kapelle. Der Antrag wurde freilich gegenstandslos, als im Klostergarten eine Thermalquelle entdeckt wurde, was das angebliche Rosenwunder zu einem natürlichen Phänomen machte.

Wer das Leben eines Menschen erforschen will, kann an seinen Eltern nicht vorübergehen. Der 1899 geborene Vater Lenis war gelernter Maurer, nahm ein Jahr lustlos am 1. Weltkrieg teil, wurde danach Polier und heiratete 1919 die Tochter eines beamteten Architekten in der Position eines Baudirektors, die einen Packen wertlos gewordener türkischer Eisenbahnaktien und ein Mietshaus „mit guter Adresse“ in die Ehe brachte, literarische Interessen hatte, aber für ihren Mann allzu sensibel und verletzlich war. Sie veranlaßte ihn, nach dreijähriger Ausbildung Bauingenieur zu werden. Nach dem Studium war er gesuchter Bauleiter, auch für größere Objekte, gründete 1920 ein Bauunternehmen, bewegte sich aber bis 1933 am Rand des Konkurses. Ab 1933 ging es mit seinem Betrieb bergauf mit Höhepunkt Anfang 1943. Die folgenden zwei Jahre aber verbrachte er im Gefängnis bzw. als Zwangsarbeiter aufgrund betrügerischer Geschäfte. Er war kein großer Architekt, aber ein um so besserer Organisator, hatte zeitweise fast 10.000 Beschäftigte, verlor aber nie den Überblick. Er war vital, aber auch ein Grübler. Obwohl er von einfacher Herkunft war, verhandelte er gewandt mit der Prominenz und war insofern zweifellos bis zu seinem jähen Sturz ein Kriegsgewinnler. Er hatte viel von einem Spieler, war nüchtern, aber großzügig und angenehm im Umgang. Er verdiente besonders am Bau des Westwalls. Schon seit 1935 kaufte er die besten Festungs- und Bunkerspezialisten für teures Geld ein. Er arbeitete mit schwindelerregenden Krediten, setzte aber auf den „Maginot-Komplex“. Seine Firma hatte 1938 schon den sechsfachen Umfang von 1936 und steigerte sich bis 1940 erneut auf das Doppelte. Er bezahlte gut, trug Maßanzüge aus teurem, aber nicht aufdringlich wirkendem Material, schämte sich nicht, ein Neureicher zu sein, weigerte sich aber, in dem für Wohlhabende obligatorischen Stadtviertel sich eine Villa zu bauen. Alle seine Mitarbeiter bewunderten und die meisten verehrten ihn. Er war Jahre lang mit einem Regierungsflugzeug ausgestattet, kam zum Nachmittagskaffee manchmal aus Berlin, München, ja Warschau und erfuhr von Politikern Geheimnisse hohen Ranges. Er war fast mit der gesamten Generalität bekannt. Andererseits entließ er während der Weltwirtschaftskrise keinen einzigen Mitarbeiter und half auch Kommunisten, zu überleben. Er kannte jeden Arbeiter mit Namen, auch die ihrer Frauen und Kinder, und fragte sie nach allen Details. Spürte er einen Engpaß auf einer Baustelle, so griff er selbst zu Schaufel oder Hacke oder übernahm eine Lkw-Fahrt. An Geld lag ihm nichts, so daß er es in großem Stil verschenkte. Sein Sturz war die Folge des „Tote Seelen“-Skandals. Ein Finanzbeamter, Liebhaber der russischen Literatur des 19. Jh., stieß in der Liste seiner angeblichen russischen Zwangsarbeiter auf Namen wie Raskolnikow und Swidrigailow, ja sogar auf Puschkin, Gogol, Lermontow und Tolstoi und nahm ihm besonders übel, daß seine Lieblinge Tschechow und Turgenjew fehlten. Der Angeklagte bekannte sich zwar ohne Einschränkung als schuldig, erschwerte aber seine Lage noch, weil er bestritt, sein Motiv sei Gewinnsucht. Er entging nur knapp der Todesstrafe, wurde zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt und sein Vermögen konfisziert. Folge war auch der noch raschere Tod der Mutter, die an Multipler Sklerose litt und seit längerer Zeit dahinwelkte.

Leni dagegen fühlte sich durch diese Familienkatastrophe erleichtert, ja befreit. Sie wurde dienstverpflichtet und kam in eine Kranzbinderei. Hier wurde Walter Pelzer ihr Chef, eine weitere Hauptgestalt des Romans, viel stärker noch als Lenis Vater mit ambivalenten Zügen ausgestattet. Er nahm seine „ökonomischen Chancen“ schon als 19-jähriger bei einer Feldzeugkompanie im 1. Weltkrieg wahr, die Schlachtfelder zu räumen hatte. Er fand in den Brieftaschen der Toten manchmal Geld und eignete es sich ebenso wie ihre Goldzähne an, obwohl dies streng verboten war. Er begründete dies dem Verfasser gegenüber Jahrzehnte später damit, daß er gegen jede Art von Verschwendung sei. Er machte sich nichts aus Vorschriften und Gesetzen, sorgte nur dafür, daß er nicht geschnappt wurde. So kam er bereits mit einem Vermögen heim, auch in ausländischen Währungen. Auch hatte er großen Instinkt für auf Dauer günstige Immobilien. Am liebsten waren ihm unbebaute und deshalb sehr billige Acker am Stadtrand, möglichst nah an der Hauptausfallstraße, und kleine Häuser von bankrotten Handwerkern und Geschäftsleuten im Stadtzentrum. Nach dem Krieg exhumierte er auch US-Soldaten, die dann in Zinksärgen in ihre Heimat transportiert wurden, was sehr gut mit Dollars bezahlt wurde. Ein solcher Mann lebte auch in geistiger Hinsicht naturgemäß nicht nach festen Prinzipien. Er war aktiv in der Jugendbewegung, kämpfte aber auch ein halbes Jahr als Mitglied eines Freikorps in Oberschlesien. Zeitweise war er in der KPD organisiert, doch 1932 trat er in die SA ein und beteiligte sich Anfang 1933 an Treibjagden auf prominente Politiker der Weimarer Republik, ließ sie aber, wenn sie ihm all ihren Schmuck und Bargeld aushändigten, frei und ins Ausland entkommen. Er kaufte billige jüdische Grundstücke auf. Die Frau, die er 1934 heiratete, brachte weitere Grundstücke und Bargeld in die Ehe. Er wurde 1934 Ehrensturmführer, hielt sich nun aber aus brutalen Einsätzen heraus und beteiligte sich auch nicht an der „Kristallnacht“. Er übernahm 1936 endgültig die Gärtnerei vom Vater und erweiterte sie in großem Stil. Dabei war er nie im eigentlichen Sinne böse oder kleinlich, schikanierte in der Gärtnerei eher fanatische Nazis als Opfer des Regimes, denen er hier Unterschlupf gewährte. Mitte 1944 wußte er, daß der Krieg verloren war. In diesem Jahr betonte er immer wieder, er sei doch kein Unmensch. Er hatte seine alten Grundstücke für Siedlungen und den Bau von Kasernen verkauft und ließ sich in anderen Grundstücken bezahlen. Moral besaß er nie, steckte oft in Schwierigkeiten, gelangte aber auch zu Reichtum und bewahrte seine Kaltblütigkeit. Juden waren ihm so gleichgültig wie Russen, Kommunisten und „Sozis“. Er war an Politik so uninteressiert wie am „Schicksalskampf des deutschen Volkes“. Am 1. März 1945 erklärte er wenige Tage vor dem Einmarsch der US-Truppen schriftlich seinen Austritt aus NSDAP und SA als Verführter. So erhielt er sofort wieder seine berufliche Lizenz.

In der Gärtnerei wurde der junge sowjetische Kriegsgefangene Boris zu Lenis großer Liebe, was Pelzer deckte, obgleich er selbst sehr verliebt in sie war. Die Suche nach Angaben über Boris ließ den Verfasser auch mit anderen sowjetischen Kriegsgefangenen aus dessen Umkreis sprechen. Frucht dessen sind erschütternde Aussagen über deren Behandlung durch Nazideutschland. Nach der Gefangennahme marschierten sie tagelang durch Dörfer und über Felder und litten schrecklich am Durst. 5.000 Mann lagen dann in einem Viehhof unter freiem Himmel. Wollten russische Zivilisten ihnen etwas zu essen und zu trinken bringen, wurden sie mit Maschinengewehren erschossen, auch ein 5-jähriges Mädchen mit Brot und Milch, von der Mutter geschickt. Zweimal täglich gab es dünne Erbsensuppe. Mit bloßer Hand mußten sie sie aus dem Topf holen und

wie Hunde schlürfen. Manchmal gab es auch halbgare Rüben, Kohl oder Kartoffeln, so daß sie am Wegesrand an Ruhr starben. Manchmal gab es an *einem* Tag 800 bis 900 Tote. Der Befragte arbeitete danach bei Krupp in Königsberg in einem Werk für Raupenketten, nachts 11, am Tag 12 Stunden. Sie schliefen in Abtritten oder einer Hundehütte. Wer als Bummelant galt, wurde der SS übergeben. Wer wegen Krankheit nicht mehr arbeiten konnte, kam in eine als Krankenhaus getarnte Vernichtungsstätte, 4fach überbelegt und verdreckt. Die Tagesration bestand aus 250 Gramm Ersatzbrot und 2 Liter „Balanda-Suppe“. Sie bestand aus verfaulten Kartoffeln, untermischt mit Küchenabfällen und gewürzt mit Rattendreck. Das „Ersatzmehl“ war ganz grob zerkleinertes Stroh, Häcksel und Holzfasern. Täglich starben daran bis zu 100 Mann. Da war es eine große Vergünstigung, zum Leichensammeln und Trümmerräumen in eine Stadt zu kommen. Manchmal fanden sie in den Trümmern noch Lebensmittel in Küchenschränken, und der Wachsoldat schaute fort. Man riskierte jedoch dabei den sofortigen Tod.

Boris ging es seit Ende 1943 besser, als er bei Pelzer zu arbeiten begann. Eine noch heute sehr hoch gestellte Persönlichkeit, die um keinen Preis genannt sein will, nachdem sie 1945-52 inhaftiert war, trat für ihn ein. Damals war Boris 23jährig und sprach fließend Deutsch, wenn auch mit baltischem Akzent. Er betrat Deutschland 1941 erstmals und noch auf normalem Weg, eineinhalb Jahre später aber als Kriegsgefangener. Er war Sohn eines Angestellten der sowjetischen Handelsmission in Berlin, der zuvor Arbeiter war. Boris kannte nicht nur deutsche Volkslieder, sondern auch Hölderlin und Trakl, aber auch Brecht und Kafka, die deshalb auch Leni lebenslang liebte, nachdem sie sich Kafka noch während des Krieges unter Lebensgefahr besorgte. Boris war aufgeweckt, nachdenklich und still, freilich auch etwas weltfremd. Als Leni ihm schon an seinem ersten Arbeitstag in der Frühstückspause eine Tasse Kaffee anbot, schlug ein fanatischer Nazi sie ihm aus der Hand, aber sie kam sofort mit einer zweiten Tasse. Bald war die Liebe zwischen ihnen leidenschaftlich, und Leni gab sich ihm unter Todesgefahr bei jeder sich bietenden Gelegenheit hin und brachte ihren Sohn Lew während eines schweren Luftangriffs zur Welt. Zwei Wochen hielten sie sich vor der Befreiung in Friedhofsgemäuer versteckt. Aber ihr Glück währte nicht lange, weil sie zu unvorsichtig waren. Da Lenis Freundin ihm ein deutsches Soldbuch verschaffte, wurde er während der Sperrstunde am Rhein im Juni 1945 von einer alliierten Militärstreife verhaftet, kam in ein Kriegsgefangenenlager und wurde den Franzosen übergeben. So geriet er geschwächt in ein lothringisches Bergwerk, wo er tödlich verunglückte. Alle Versuche Lenis, ihn frei zu bekommen, waren gescheitert, und sie war kurz nach ihrem 23. Geburtstag aufs neue Witwe.

Lenis Vater kam 1945 frei und trat in eine Putzkolonie Pelzers ein. Er gab sich jetzt bewußt als Prolet, zog mit einem alten Handkarren, Spachtel und Schaufel von Haus zu Haus und bot seine Dienste an gegen Kartoffeln, Brot und eine Zigarre. Pelzer aber kaufte Schrott auf, Stahlträger bester Qualität, und besorgte sich die Ausschachtungsrechte, wofür er eine eigene Firma gründete. Die halbe Stadt lachte ihn aus, er aber besorgte sich so 100.000 Meter Stahlträger, die er gut stapelte und lagerte. Er zahlte seinen vier Kolonnen guten Akkordlohn. Manche kamen an *einem* Tag auf 150 Mark. Sie arbeiteten sich systematisch von den Außenbezirken in die Innenstadt vor mit ihren großen Kauf- und Bürohäusern, wo noch viel Beton an den Trägern hing.

Die Arbeit war nicht immer ungefährlich. 1953 erhielt Pelzer für den Schrott 1,5 Mio. Mark, und manche erklärten ihn nun für einen Spekulanten und Kriegsgewinnler. Lenis

Vater aber verunglückte bei dieser Arbeit 1948 tödlich, durch den Stahl förmlich durchbohrt, als er in die Tiefe stürzte, als Pelzer schon an die Beendigung dieser Arbeit dachte.

War Lenis politisches Interesse auch gering, so trat sie doch in die KPD ein und weigerte sich auch nach deren Verbot, sich von ihr zu distanzieren. Mehrmals zog sie mit der roten Fahne durch die Stadt und saß auch bei großen Veranstaltungen auf der Bühne. Aus Platzgründen gehe ich hier auf eine andere Kommunistin unter den bei Pelzer Beschäftigten nicht ein. Was Leni aber in ihren Konflikt von 1970 brachte, war ihre Unfähigkeit, das bürgerliche Profitdenken zu übernehmen oder gar zu praktizieren. Das wurde dem Verfasser vollends deutlich, als er zwei clevere Enkel des früheren Hauptbahnhalters von Lenis Vater besuchte, die zu ihrem Grundbesitz schon bei ihrer Geburt kamen und von ihrem Großvater ganz im kapitalistischen Sinn erzogen wurden. Einer von ihnen nennt sich jetzt Baulenkungsmanager. Beide empfangen den Befrager im Konferenzzimmer ihrer Gesellschaft im 12. Stock eines Hochhauses am Rhein mit großartigem Ausblick. Das Grundstück kostete 1870 nur einen Groschen pro Quadratmeter, dieser hat jetzt aber einen Wert von 350 DM. Das Grundstück lag 70 Jahre brach. Typisch für ihre Grundeinstellung war auch, daß, als ihr Großvater Verfassers Jacke beschädigte, die Enkel sie durch eine sofortige überhöhte Barzahlung ersetzen wollten. Doch dieser hing an seiner alten Jacke und bestand auf ihrer Ausbesserung durch eine Kunststopferin. Dies hielten die Enkel für anormal. Es reizte sie, daß es für ihn Dinge gab, die nicht mit Geld zu ersetzen waren. Zu Leni aber bemerkten sie, durch die Fremdarbeiter habe sie den Wert des Hauses um fast 65% gemindert. Sie schrecke „bessere“ Mieter geradezu ab und verderbe so den Mietpreis. Das Haus bringe so nur 14.000 statt 40.-50.000 DM ein. Man könne aus jedem Zimmer 3-400 DM monatlich herausschlagen. Die drei Türken zahlten nur 5% ihres Lohnes für Miete, wo doch 20-40% normal seien. Sie verletze damit eklatant wirtschaftliche Gesetze. Damit gehe von ihr (Selbst-)Zerstörung aus. Gerade in den großen Altbauwohnungen bildeten sich leicht Zellen, die der bürgerlichen Gesellschaft den Kampf ansagten. Die Verfälschung der Wettbewerbssituation untergrabe wie eine ansteckende Krankheit eines ihrer Prinzipien. Das fördere geradezu kommunistische Illusionen, die als Idylle verheerend seien, weil sie „Paradiesismus“ förderten.

So wollte man am folgenden Tag Lenis Wohnung zwangsweise räumen lassen, doch das verhinderte proletarische Solidarität. Die Fahrer zweier Müllautos simulierten eine Karambolage, die den Verkehr für 5 Stunden unterbrach, so daß auch das Räumungsauto stecken blieb. Diese Zeit nutzten ihre Freunde, um ihre Schulden zu begleichen, so daß der Räumungsbefehl ausgesetzt werden konnte. Darüber freut man sich, obgleich die Fahrer natürlich ihre Entlassung befürchten mußten, auch wenn man dies Mittel generell kaum für realistisch halten kann. Lenis Sohn Lew aber ist zwar wie sie eigenwillig und sitzt z.Z. wegen Wechselfälschung sogar im Gefängnis, hat aber wie sie keinerlei Verständnis für Profitdenken und Karriere, sondern wurde ebenfalls Fahrer eines Müllautos, spricht dagegen schon perfekt Russisch und lernt gerade auch Türkisch.

Auch die Heldin der längeren Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ (1974) ist eine Frau. Sie kam aus einem tristen Elternhaus. Ihr Vater, Bergarbeiter, kam auf Dauer geschädigt aus dem Krieg und litt auch an Staublunge, so daß er vergrämt war und schon 37jährig starb. Die Mutter war labil. Die Tochter floh aus dieser bedrückenden Atmosphäre zu früh in eine ebenso bedrückende Ehe, die sie schon nach einem



halben Jahr wieder beendete. Danach aber entwickelte sie sich prächtig. Mit 27 Jahren besitzt sie bereits eine Eigentumswohnung im Wert von 100.000 DM. Sie wurde Hauswirtschafterin bei mehreren Familien, seit 4 Jahren bei Rechtsanwalt Dr. Hubert Blorna und seiner Frau Trude, die im Architekturbereich arbeitet. Auch abends arbeitet sie bei älteren Ehepaaren oder auf Empfängen, Parties, Hochzeiten, Gesellschaften und Bällen. Schon als Kind half sie bei Dorfbewohnern und in der Ernte aus, war danach auch Verkäuferin in einer Metzgerei, Serviererin und Küchengehilfin in Restaurants. Mit Hilfe ihrer Patentante Else Woltersheim besuchte sie eine Hauswirtschaftsschule, die sie mit „sehr gut“ abschloß. Ein Wirtschaftsprüfer, bei dem sie zeitweise arbeitete, ermöglichte ihr, Abend- und Weiterbildungskurse zu besuchen und zur staatlich geprüften Wirtschafterin zu werden. Sie übte ihren Beruf 1974 bereits freiberuflich aus und hatte Ersparnisse von 7.000 DM, da sie sehr sparsam war. Blornas bürgten für einen Kredit von 30.000 DM, so daß sie Anfang 1970 in ihre Eigentumswohnung einziehen konnte. Ihre monatliche Mindestbelastung betrug zwar zu Anfang 1.100 DM, doch konnte sie ihren Kredit rasch abzahlen. Ihre monatlichen Brutto-Einnahmen betrugen zu dieser Zeit 1.800-2.300 DM. Ihre Steuererklärung wird kostenlos durch das Büro Blorna erledigt. Sie konnte im Frühjahr 1972 einen VW, Baujahr 1968, anschaffen. Nach Aussage ihrer Hausbewohner war sie immer adrett und freundlich, galt sogar als fast prüde, besuchte nie eine Diskothek und wirkte etwas kühl. Es war Zufall, daß sie trotzdem plötzlich ins Visier der Polizei kam. Im Karneval begab sie sich in Elses Wohnung, wo sie den etwa gleichaltrigen Ludwig Götten kennen und sofort lieben lernte, so daß sie nur mit ihm tanzte und ihn anschließend mit in ihre Wohnung nahm. Sie konnte nicht ahnen, daß dieser seit Tagen von der Polizei überwacht wurde, eine Überwachung, die sich so geradezu automatisch auf sie und ihre Wohnung ausdehnte. Trotzdem entkam Götten am nächsten Morgen, weil sie einen geheimen Ausgang aus dem Appartementhaus kannte, und er konnte sich mit ihrer Hilfe in einem Gartenhaus versteckt halten, bis er Tage später durch ein Einsatzkommando überwältigt und verhaftet wurde. Auch Katharina wurde mehrmals verhört unter dem Verdacht, zu seiner „Bande“ zu gehören. In Wahrheit war er nur Bundeswehrdeserteur und dabei, sich ins Ausland abzusetzen. Er schädigte die Bundeswehr durch Plünderung eines Safes, der den Wehrsold für zwei Regimenter und erhebliche Goldreserven enthielt, und beging auch Bilanzfälschung und Waffendiebstahl.

Was Böll in dieser auch gut verfilmten Erzählung besonders aufs Korn nimmt aber ist die Sensationspresse, hier ZEITUNG genannt. Doch heißt es bereits im Vorspann: „Sollten sich bei der Schilderung gewisser journalistischer Praktiken Ähnlichkeiten mit den Praktiken der ‚Bild‘-Zeitung ergeben haben, so sind diese weder beabsichtigt noch zufällig, sondern unvermeidlich. Ihr Reporter Werner Tötges tauchte schon am Tag nach Götters Übernachtung bei Katharina in Blornas Urlaubsort auf und fragte ihn, ob er diese eines Verbrechens für fähig halte. Blornas Verweigerung einer Auskunft erklärte er für böse mißdeutbar. Schon am nächsten Tag brachte das Blatt ein Riesefoto Katharinas auf der Titelseite. In Riesenlettern stand: „Räuberliebchen Katharina Blum verweigert Aussage über Herrenbesuch“. Aus der Blorna doch abgerungenen Äußerung, sie sei klug und kühl, machte man „eiskalt und berechnend“. Das Blatt fragte, ob ihre Wohnung Konspirationszentrum, Bandentreff oder Waffenumschlagplatz sei und ob sie an der Beute beteiligt war. Bei ihrer überstürzten Rückkehr sahen Blornas schon auf dem Bahnhof ihrer Heimatstadt das Blatt vom folgenden Tag, wieder mit Katharina auf der

Titelseite und der Zeile „Mörderbraut immer noch verstockt“. Sie könne ihre Reichtümer nicht ehrlich erworben haben. Das Blatt berichtete in dieser Nummer aber auch, daß Trude einst als „Rote Trude“ bekannt war und auch ihr Mann sich gelegentlich als links stehend bezeichne. Als Katharina bei der abschließenden Vernehmung sagte, es sei ihr unbegreiflich, wie Details der Vernehmung zur Kenntnis des Blattes gelangen konnten, antwortete man unter Hinweis auf das riesige öffentliche Interesse. Sie sei jetzt eine „Person der Zeitgeschichte“. Beleidigende und vielleicht verleumderische Details der Berichterstattung könne sie zum Gegenstand einer Privatklage machen. Doch auch Else fragte bei ihrer Vernehmung, ob es zu verantworten sei, ein junges Leben zu zerstören. Das Skandalöseste an diesem Fall war aber, daß das Blatt bei seiner „Berichterstattung“ vom Justizapparat selbst gelenkt wurde, der genaue Anweisungen gab, auf welche Personen man sich zu konzentrieren und welche man unerwähnt zu lassen habe. Tötges drang sogar im Maleranzug ins Krankenhaus zu Katharinas schwerkranker Mutter vor. An dieser war gerade eine schwere, aber erfolgreiche Krebsoperation durchgeführt worden, und sie bedurfte dringend der Ruhe. Durch sein ungesetzliches und inhumanes Verhalten verursachte er den Tod der Kranken, für den dann im selben Blatt noch ihre Tochter verantwortlich gemacht wurde. In der Sonntagsausgabe füllte die „Story“ sogar drei Seiten und enthielt zahlreiche Abbildungen, Hier wurden die Vernehmungsmethoden als zu milde bezeichnet und die rhetorische Frage gestellt: „Soll man gegen Unmenschen menschlich bleiben müssen?“ Am selben Tag noch gab Katharina vier Schüsse auf Tötges ab, die zu seinem sofortigen Tod führten. Das Blatt bezeichnete ihn mit Schlagzeilen, Titelblättern, Sonderausgaben und Todesanzeigen als Opfer seines Berufes. Katharina muß mit 8-10 Jahren Gefängnis rechnen, ebenso lange übrigens Gölten. Sie gilt als vorbildliche Gefangene, arbeitet in der Küche und soll in die Wirtschaftsabteilung versetzt werden, doch fürchtet man sowohl auf der Verwaltungs- als auch auf der Häftlingsseite ihre Korrektheit.

Opfer des Falles waren auch die bisher so erfolgreichen Blornas, weil sie sich nicht im gewünschten Maße von Katharina distanzierten und Blorna sogar ihre Verteidigung übernehmen wollte. In den letzten 7 Jahren durfte er sogar in Brasilien, Saudiarabien und Nordirland seine berufliche Versiertheit beweisen. Man streute das Gerücht aus, er wolle sich scheiden lassen, was unsinnig war, und es gehe ihm finanziell „dreckig“, was zutraf. Ein Versuch, Trude aus ihrer Firma zu entlassen, wurde zwar in 1. Instanz abgewiesen, aber niemand ist sich sicher, wie die 2. und 3. Instanz entscheiden. So wurde der Zweitwagen schon abgeschafft. Das Blatt brachte ein Foto von Blornas elegantem Auto mit der Unterschrift „Wann wird der rote Anwalt auf den Wagen des kleinen Mannes umsteigen müssen?“ Das Verhältnis zu seiner Investmentfirma ist fast gelöst. Man spricht nur noch von Abwicklungen, wenn man ihm auch am Telefon sagte, man lasse ihn nicht verhungern. Er ist fast nur noch auf lokaler Ebene tätig, hat es fast nur noch mit Vertragsbrechern und Querulanten zu tun. Er will sein Stadtbüro aufgeben, und es gibt nur wenig Hoffnung auf eine neue Karriere. Tötges' Nachfolger fotografierte Blorna beim Betreten einer Pfandleihe durchs Schaufenster, als er über den Leihwert eines Ringes verhandelte. Das Bild erhielt die Unterschrift: „Fließen die roten Quellen wirklich nicht mehr, oder wird hier Not vorgetäuscht?“ Als aber Blorna einem an seiner Misere Schuldigen ins Gesicht schlug, so daß seine Nase blutete, fing ein Maler das Blut geistesgegenwärtig mit einem Löschblatt auf und verarbeitete es zu einem „One minute piece of art“.

Bölls letzter Roman „Frauen vor Flußlandschaft“ erschien erst in seinem Todesjahr 1985. Er nennt ihn einen „Roman in Dialogen und Selbstgesprächen“, und tatsächlich gibt es in ihm keine durchgehende Handlung im Sinne des traditionellen realistischen Romans. Vielmehr erschließt sich das Gesamtbild allein aus Bemerkungen der Personen im Zwiegespräch und aus ihren Reflektionen. Deshalb soll hier abschließend auch nur dieses Gesamtbild Gegenstand der Erörterung sein, ohne daß der Versuch gemacht wird, den einzelnen Personen eine scharfe persönliche Kontur zu geben, obwohl uns allerlei Züge mitgeteilt werden. Dieser Roman unterscheidet sich von allen anderen Werke Bölls auch dadurch, daß es hier um allerhöchste Vertreter der Gesellschaft geht. Der im Titel gemeinte Fluß ist der Rhein, da er die Hauptstadt der alten BRD, Bonn, berührt. Zwischen Bonn und Bad Godesberg werden die Gespräche geführt. Es sind Vertreter des höchsten Establishments in Politik und Wirtschaft, die großenteils bereits das Renteneintrittsalter überschritten. Paul Chundt ist offenbar sogar Bundeskanzler. Der in den Tod getriebene Plukanski war Bundesminister. Sein Nachfolger wird Blaukrämer, dessen Staatssekretär Bingerli. Wubler ist Chundts graue Eminenz, von diesem in nächtlicher Runde als Schreibtischtäter bezeichnet.

Sie alle gemeinsam gestalten den Staat Bundesrepublik. Das bedeutet durchaus nicht, daß sie von Böll als graue Masse gezeichnet werden. Sie sind in mancher Hinsicht unterschiedlich. Sie kommen aus sehr verschiedenen Verhältnissen, sogar aus tristem Umfeld wie Plukanski. Sie haben sich während des 2. Weltkrieges unterschiedlich verhalten. Blaukrämer war Nazi, während Chundt offenbar keine Illusionen über dieses Regime hatte und in die Wehrmacht nur als Verantwortlicher für die Versorgung von Lazaretten in Italien eingebunden war. Wühler vollends fehlte alles Forsche. Er hielt sich als Soldat möglichst im Hintergrund und geriet drei Tage vor Kriegsende als Deserteur sogar in Lebensgefahr. Auch in charakterlicher Hinsicht unterscheiden sie sich beträchtlich. Chundt und Blaukrämer sind ausgeprägte Machtpolitiker, auch als solche noch in wichtigen Nuancen unterschieden. Sie drängen beiseite und vernichten gar, wo sie dies für erforderlich halten, verzichten aber nach Möglichkeit auf Blutvergießen, wohl wissend, daß sie ohnehin nicht übersehen, welche Opfer im In- und Ausland von ihnen gegebene Weisungen verursachen. Wubler ist der Korrekte, der zwar menschlich sauber bleiben möchte, aber letztlich alles Beschlossene wie selbstverständlich umsetzt. Sie unterscheiden sich auch in ihrem Verhalten zur Frau. Für die einen ist Ehebruch selbstverständlich. Sie nehmen sich die Ehefrauen anderer, wie sie nach Aktien greifen und Bankiers für sich arbeiten lassen. Wubler unterscheidet sich auch hier, betet nur „platonisch“ eine viel jüngere Frau an. Eingebunden ist auch die (katholische) Kirche. Sie kommt in diesem Roman nicht gerade mehr oft vor entsprechend ihrem beträchtlich gesunkenen Wert, aber das von ihr gemalte Bild ist bedrückend. Da veranstaltet der Kardinal eine Gedächtnismesse für den vor 20 Jahren verstorbenen Vorgänger von Chundt. Nur geladene Gäste der höchsten Prominenz und ihre Frauen sind zugelassen, wofür der Ordnungsdienst sorgt, und Sicherheitsleute befinden sich sogar unter den Ministranten. Doch man meint, der auch bei jedem Empfang anwesende Bischof täusche sich gründlich, wenn er dies für ein Zeichen der Wertschätzung der Kirche hält. Sie gehören einfach dazu wie ein General und ein Wissenschaftler. Auch letzterer will seine literarischen Kenntnisse an seine Gesprächspartner weitergeben und merkt gar nicht, wie lächerlich er sich damit macht, da alles, was nicht direkt mit Macht und Wohlstand zu tun hat, für diese langweilig, ja lästig ist.

Nicht alle männlichen Gestalten des Romans machen das auf Dauer mit. Karl, der im diplomatischen Dienst stand, wohnt jetzt in einem Wohnwagen und stiehlt gegen gute Bezahlung die Mercedessterne von den Autos sehr berühmter Leute, angeblich für einen russischen Spion. Er verlor seinen Beruf, als er in Rio de Janeiro einer von Folter und Tod bedrohten Brasilianerin mit Hilfe einer entwendeten Geldsumme zur Flucht verhalf. Seinem Vater Heinrich wird auf den letzten Seiten des Romans sogar ein hohes Amt angeboten. Aber nach längerem Ringen mit sich selbst lehnt er ab. Dabei waren ihm bisher Vaterland, Kirche und Tradition wirkliche Werte. Doch der Besuch der Gedächtnismesse ließ ihn an seiner bisherigen Haltung vollends irre werden, ohne daß er sich den Utilitarismus, das bloße Nützlichkeitsprinzip, Jüngerer zu eigen machen kann. Auch Karl griff schon vor Jahren zu einem extremen Mittel, seinen Protest zu artikulieren: Er zerlegte ein Klavier, auf dem schon Beethoven spielte. Ob folgende Vernichtungen berühmter Flügel gleichfalls auf sein Konto gehen, wird nicht ganz deutlich. Auch Ehefrauen Prominenter wie Erika Wubler und Jüngere, die sich aus einfachen Verhältnissen hocharbeiten müssen wie Hausgehilfin Katharina, machen sich keinerlei Illusionen über ihre Gesellschaft mehr, wollen und müssen aber dennoch leben und wollen auch nicht ab-, sondern lieber aufsteigen. Zeitweise wird Kuba für mehrere von ihnen zu einem Traumziel, für eine andere Nikaragua. Doch erkennen sie, daß dies im Grunde Flucht wäre und ihre Aufgabe in der Heimat bestehen bleibt. Die Frustration ist unverkennbar. In einem Fall muß eine Frau sogar wieder in eine als Sanatorium getarnte „Klappmühle“ eingewiesen werden, weil sie mit ihren kritischen Worten und ihrem Insiderwissen gefährlich zu werden beginnt. Als sie sich auch in der Psychiatrie durch Fachkräfte und einen als Animateur bezeichneten Gigolo nicht von der Wahrheit abbringen läßt, wirft man ihr einen zerstörerischen Trieb vor. Sie begeht Selbstmord an dem Tag, an dem ihr früherer Ehemann Blaukrämer Bundesminister wird. Selbst einem kritisch denkenden CDU-Politiker wird die Erkenntnis in den Mund gelegt, daß zwar die Regierenden absetzbar sind, nicht aber die Herrschenden. Die alles entscheidende Frage bleibt: Muß das immer so bleiben?

## **§ 8 Imperialismus und „Dritte Welt“**

## Ulrich Huar

### Marx, Engels und die „Dritte Welt“

Gab es denn schon eine „Dritte Welt“ zu Lebzeiten von Marx und Engels? Gegenfrage: Gab es denn eine solche in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und gibt es eine im 21. Jahrhundert?

Es gab den Terminus „Dritte Welt“ etwa ab den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, aber diesem Terminus entsprach keine Realität. Es ist in den meisten Fällen schwierig, den Erfinder von Termini und Begriffen festzustellen. Der Terminus „Dritte Welt“ wird französischen Theoretikern zugeschrieben, die ihn als „Entwicklungsweg“ den jungen Nationalstaaten empfohlen haben sollen als einen „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Imperialismus.<sup>1</sup> Mit anderen Worten, unter dem Terminus „Dritte Welt“ wurde eine Welt zwischen Sozialismus und Kapitalismus verstanden, eine „Welt“ die es nie gegeben hat. Dieser pseudowissenschaftliche Terminus ist nicht zu verwechseln mit einem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Ein solcher Übergang ist ein revolutionär-demokratischer Prozeß innerhalb des Formationswechsels. Im sozialökonomischen und formationsspezifischen Sinne gab und gibt es keine „Dritte Welt“ neben oder zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Dieser Terminus „Dritte Welt“ war Ausdruck der neokolonialistischen Politik der imperialistischen Großmächte, vor allem den USA, um den revolutionären Zusammenbruch des Kolonialsystems in für die Imperialisten genehme Bahnen zu lenken, einen mit Hilfe der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten, einschließlich militärischem Beistand, wenn nötig,<sup>2</sup> sozialistischen Entwicklungsweg der jungen Nationalstaaten abzublocken und als Rohstoff- und Militärbasen zur Einkreisung der Sowjetunion und der VR China zu nutzen.

Afrikanische Publizisten stellten Ende der 80er Jahre die rhetorische Frage, welche „Gemeinsamkeiten“ die Länder der sogenannten „Dritten Welt“ aufwiesen? Zu den Ländern, die unter diesem Terminus subsumiert werden, gehören die erdölreichen Staaten, die Golfemirate, Saudiarabien, der Iran, Irak wie auch die ärmsten Länder Afrikas und Lateinamerikas. Alle diese Länder, in denen die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt, unterscheiden sich wesentlich nach dem Grad ihrer sozialökonomischen Entwicklung und politischen Organisation, nach ihrer Geschichte, Kultur und Religion. „Gemeinsamkeiten“, so die afrikanischen Autoren, bestünden für die Mehrheit der armen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas lediglich in ihren Schuldenbergen, Zinszahlungen in astronomischer Höhe, der Ausplünderung ihrer natürlichen Rohstoffe, einem nichtäquivalenten Warenaustausch zu Ungunsten der armen Länder, der Verlagerung arbeitsin-

---

<sup>1</sup> Günther Fuchs/Hans Henseke: Das französische Kolonialreich, Berlin 1987, S. 199f.

<sup>2</sup> Der bewaffnete Kampf der Völker Afrikas für Freiheit und Unabhängigkeit. Hrsg. vom Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR./ Afrikainstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1974, Deutsche Übersetzung: Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1981.

tensiver und umweltschädlicher Industrien von multinationalen Konzernen - „Entwicklungshilfe!“ - dem Einkauf von Frauen und Kinder für Prostitution, dem Klauen von Kindern zum Ausschachten von Organen und anderen zivilisatorischen Errungenschaften.<sup>3</sup>

Diese Länder, bei allen genannten wesentlichen Unterschieden, gehören eindeutig zum kapitalistischen Weltsystem, und jeder Versuch von demokratischen Kräften dieser Länder, sich aus dem Zugriff der imperialistischen Räuber zu befreien, beantworten diese mit mörderischen Interventionskriegen. Der Terminus „Dritte Welt“ ist nichts anderes als eine propagandistische Floskel, um die Beherrschung der Völker armer Länder zu kaschieren.

## x

In den Schriften von Marx und Engels ist dieser Terminus „Dritte Welt“ auch nicht zu finden. Aber den Sachverhalt, nämlich die Ausplünderung kolonial unterdrückter Völker und deren Kampf gegen die europäischen Kolonialherren, gab es bereits seit den großen geographischen Entdeckungen.

„Die Entdeckung der Gold- und Silberländer Amerikas, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation.“<sup>4</sup>

Marx zitierte den französischen Journalisten Marie Augier, nach dem das Geld „mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt“ und ergänzte ihn mit der bekannten Aussage, „so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend.“<sup>5</sup>

Offenbar hat das Kapital eineinhalb Jahrhunderte später, als diese Zeilen geschrieben wurden, die Absicht, die Welt auch wieder „blut- und schmutztriefend“ zu verlassen.

Der Beginn des 21. Jahrhunderts begann denn auch schon in dieser Hinsicht vielversprechend. Nach dem Institut für Friedensforschung in Stockholm gab es 2004 insgesamt 40 Kriege, davon 19 größere mit mehr als 1.000 Toten. Diese Kriege fanden in Asien, Afrika und Lateinamerika statt. Nach dem Verteidigungsminister der Schröder-Regierung, Peter Struck, wird die „Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch“ verteidigt<sup>6</sup>. Er meint auch, daß sich die Deutschen auf „Kriegseinsätze“ der Bundeswehr einstellen müßten und daß dabei „auch Soldaten sterben.“<sup>7</sup> Er vergaß wohl hinzuzufügen, daß durch Kriegseinsätze der Bundeswehr auch Menschen sterben, die am Hindukusch leben und möglicherweise andere Sicherheitsbedürfnisse haben.

---

<sup>3</sup> Third World. Second Sex Vol.2. ed. Miranda Davies (Zed Books, London 1987), in: The African Communist, London 1988, Nr. 114, S. 99.

<sup>4</sup> Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, in: Marx-Engels-Werke, Dietz-Verlag Berlin, Bd. 23, S. 779 (im weiteren MEW genannt, Bd. vor/ S. nach/, also MEW 23/779).

<sup>5</sup> Ebd. S. 788.

<sup>6</sup> Der Tagesspiegel, 4. Juni 2005.

<sup>7</sup> Der Tagesspiegel, 5. Juni 2005.

Der von der US-Administration eröffnete Aggressionskrieg gegen den Irak, um sich in den Besitz der dortigen bedeutenden Ölquellen zu setzen, die die Baath-Partei unter Saddam Hussein in nationalstaatliches Eigentum überführt hatte, erzeugte einen Widerstand breiter Teile der irakischen Bevölkerung gegen die US-Besatzer und ihre Satelliten, den die US-Administration nicht vorausgesehen hat. Dieser Widerstand wird sich weiter entfalten.

Weitere Kriege gegen die von der US-Administration als „Schurkenstaaten“ bezeichnete Staaten sind zu erwarten, ob mit oder ohne Mandat der UNO spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Die Entscheidungen fallen zur Zeit ohnehin unilateral von der US-Administration, die ihre „Bündnispartner“ darüber informieren kann oder auch nicht.

Die von imperialistischen Staaten überfallenen Völker setzen sich mit den ihnen eigenen Kampfmitteln und -methoden zur Wehr, die ihrem erreichten ökonomischen, technischen, sozialen, politischen und kulturellen Lebensniveau entsprechen. Die ihnen aufgezwungenen Kriege tragen den Charakter nationaler Verteidigungskrieg, unabhängig von den Formen und der Ideologie, unter denen sie geführt werden. Zum Teil tragen diese Kriege revolutionären Charakter. Dabei dürfen die Aktivitäten reaktionärer Kräfte, die innerhalb der Befreiungskriege eine äußerst schädliche Rolle spielen, den Widerstand destabilisieren können, nicht übersehen werden. Sie werden nicht selten von Agenturen imperialistischer Mächte ausgenutzt, unterstützt, bis zu einem gewissen Grade auch erst geschaffen.

Angesichts imperialistischer Kriege gegen Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und deren Befreiungskriege kann eine Reflektion einschlägiger militär- und revolutionstheoretischer Schriften von Marx und Engels über nationale Befreiungskriege kolonial unterdrückter Völker für die Politik revolutionärer Arbeiter- und demokratischer Parteien in unserem Jahrhundert nützlich sein. Sie sind auch heute noch von theoretischer und methodologischer Bedeutung in der Analyse der nationalen und Klassenkämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika. Dabei sind zwei Prämissen zu berücksichtigen:

Sie müssen erstens im Kontext des Marxschen Gesamtwerkes, der allseitigen Begründung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse gesehen werden, zweitens müssen sie im Kontext der Zeit verstanden werden, in der die Arbeiten von Marx und Engels geschrieben wurden, unter Berücksichtigung des damaligen Kategoriengefüges, das Marx und Engels zunächst von den Theoretikern ihrer Zeit übernehmen mußten. Erst im Zuge der Ausarbeitung der Theorie des Wissenschaftlichen Sozialismus entwickelten sie das dieser Theorie adäquate Begriffs- und Kategoriensystem.

So hat auch der Begriff „Kolonie“ seine Geschichte. Marx und Engels verstanden - wie ihre Zeitgenossen und die Theoretiker ihrer Zeit - etwas anderes darunter als wir heute. Sie unterschieden Kolonien in einem doppelten Sinn. Einmal als „die eigentlichen Kolonien“, zu denen die von europäischer Bevölkerung besiedelten Gebiete gehörten, Nordamerika, Australien, Südafrika, zum anderen die „bloß beherrschten, von Eingeborenen bewohnten Länder, Indien, Algier, die holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen.“<sup>8</sup> Zuweilen verwandten Marx und Engels den Begriff „Kolonie“ auch unter dem Aspekt der Arbeitsteilung. In seinem Werk „Das Kapital“ bezeichnete

---

<sup>8</sup> Engels an Kautsky, 12. September 1882, in: MEW 35/357.



Marx die USA als „Kolonialland von Europa“, da ihre ökonomische Entwicklung selbst ein Produkt der europäischen, namentlich englischen, Industrie ist.<sup>9</sup>

Wichtig sind die Kriterien, nach denen Marx und Engels soziale und politische Bewegungen dieser Völker sowie die Tätigkeit der Kolonialmächte beurteilten und einschätzten. Ein grundlegendes Kriterium für die Beurteilung sozialer Aktionen war die Frage nach ihrem Beitrag zum Menschheitsfortschritt. Den Fortschrittsbegriff haben Marx und Engels zu keiner Zeit klassenindifferent aufgefaßt. Dies sei hier angesichts der „Theorien“ von „Erneuerern“ Gorbatschowscher Provenienz ausdrücklich betont.

Die Herausbildung und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im 18. und 19. Jahrhundert als internationaler Prozeß war in dieser Zeit die höchstmögliche Form des Menschheitsfortschritts, allerdings nur für eine Klasse, die Bourgeoisie, für einzelne Individuen dieser Klasse und für einzelne Nationen auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung, in den kapitalistischen Staaten des ausgebeuteten Proletariats und der Völker in den Kolonien, die in ihrer Mehrheit Bauernvölker waren. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas spielten in diesem Entwicklungsprozeß eine konstituierende Rolle, waren aber von den Früchten des Fortschritts ausgeschlossen. Einerseits voll integriert in diesen „fortschrittlichen“ Weltprozeß, waren sie andererseits Objekt barbarischer Kolonialpolitik, der Ausrottung, Stagnation, Zerstörung ihrer natürlichen Produktions- und Lebensgrundlagen preisgegeben.

Mußte diese destruktive Seite der Kolonialpolitik nicht selbst zur Gefährdung des Menschheitsfortschritts, auch in den Metropolen, werden? „Die Frage ist, ob die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann ohne radikale Revolutionierung der sozialen Verhältnisse in Asien.“<sup>10</sup> Diese Fragestellung von Marx aus dem Jahre 1853 bezog sich nicht nur auf Asien. Marx und Engels banden den Menschheitsfortschritt an die soziale, ökonomische und politische Befreiung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in einem revolutionären Prozeß, worunter im 19. Jahrhundert zunächst kapitalistische Umgestaltungen dieser Länder zu verstehen waren. Im 21. Jahrhundert kann nur noch die sozialistische Revolution - unabhängig von ihrer jeweiligen Form - zur Emanzipation dieser Völker führen.

Unter politischem Aspekt nahmen Marx und Engels die „revolutionäre Demokratie“ zum Kriterium für die Beurteilung sozialer Bewegungen in diesen Ländern.

Die „Interessen der revolutionären Demokratie“ waren für Engels das entscheidende Kriterium für die Bestimmung der Politik in der Lösung der türkischen Frage jener Zeit.<sup>11</sup> Engels kritisierte sowohl den zaristischen Absolutismus und dessen Expansionspolitik als auch die „europäische Diplomatie“, namentlich die englische und französische, die als Lösung der türkischen Frage die Aufrechterhaltung des Status quo, das heißt die Verewigung der rückständigen, feudalen Gesellschaftsordnung in der Türkei, befürworteten.

„Nein, Diplomatie und Regierung im altherkömmlichen Sinne werden diese Schwierigkeiten niemals lösen. Die Lösung des türkischen Problems bleibt der europäischen

---

<sup>9</sup> Karl Marx: Das Kapital, a.a.O., S. 475.

<sup>10</sup> Karl Marx: Die britische Herrschaft in Indien, in: MEW 9/133.

<sup>11</sup> Friedrich Engels: Worum es in der Türkei in Wirklichkeit geht, in: MEW 9/17.

Revolution vorbehalten.“ Die „Vorposten der nächsten Revolution müssen Petersburg und Konstantinopel sein.“<sup>12</sup>

Der Menschheitsfortschritt muß also in der sozialen Revolution erkämpft werden. Die von Gorbatschow und seinen Epigonen wiederholte These von der Unterordnung des Klasseninteresses der Arbeiterklasse unter das Menschheitsinteresse hat mit der Zerstörung des europäischen Sozialismus als Ergebnis die Menschheit um 100 Jahre zurückgeworfen, den mit der Oktoberrevolution erreichten Menschheitsfortschritt liquidiert. Das Menschheitsinteresse ist in der sozialistischen Revolution eingeschlossen und kann auch nur innerhalb dieser Revolution realisiert werden. Sollte sie nicht stattfinden, wird es auch keinen Menschheitsfortschritt mehr geben, weder für die Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas noch für die Volksmassen in den Metropolen.

x

Der Kapitalismus konnte nur entstehen als ein Weltsystem, das von Anfang an die Kolonialvölker als einen besonderen Teil integrierte. Die Durchsetzung der neuen kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedurfte jedoch der politischen Revolution. In diesem Sinne waren die englische, amerikanische und französische Revolution im 17. und 18. Jahrhundert weltgeschichtliche Revolutionen mit Auswirkungen auch auf die Kolonien. Es sei hier nur an die erfolgreiche soziale Revolution auf Haiti erinnert als eine der internationalen Auswirkungen der Französischen Revolution. Unter Führung des legendären Pierre François Dominique Toussaint L'Ouverture gelang es den aufständischen Negern und Mulatten, 1804 die erste unabhängige Negerrepublik der Welt zu errichten. Umgekehrt hatten aber auch nationale Unabhängigkeitsbewegungen der Kolonialvölker Rückwirkungen auf die Metropolen.

Im Leitartikel der „New-York Daily Tribune“ vom 14. Juni 1853 konstatierte Marx, daß es paradox erscheinen möge, „daß die nächste Erhebung der Völker Europas und ihr nächster Schritt im Kampf für republikanische Freiheiten ... wahrscheinlich in großem Maße davon abhängen dürfte, was sich jetzt im Reich des Himmels ... abspielt“.<sup>13</sup> Die gewaltsame Öffnung des chinesischen Marktes durch England im Opiumkrieg brachte das industrielle England in Abhängigkeit von der Aufnahmefähigkeit des chinesischen Marktes. Die „chinesische Revolution“ (Taiping-Aufstand 1851, *U.H.*) engte die Aufnahmefähigkeit dieses Marktes für englische Waren ein, was Marx zu der Annahme veranlaßte, daß dadurch der Ausbruch einer industriellen Krise beschleunigt werden müßte. Die chinesische Revolution kann „den Funken in das übervolle Pulverfaß des gegenwärtigen industriellen Systems schleudern und die seit langem heranreifende allgemeine Krise zum Ausbruch bringen ..., der dann beim Übergreifen auf das Ausland politische Revolutionen auf dem Kontinent unmittelbar folgen werden. Es wäre ein merkwürdiges Schauspiel, wenn China Unruhe in die westliche Welt brächte, während die Westmächte auf englischen, französischen und amerikanischen Kriegsschiffen ‚Ruhe und Ordnung‘ nach Schanghai, Nanking und den Mündungen des großen Kanals befördern.“<sup>14</sup> Wenn der konkrete Geschichtsverlauf im einzelnen auch anders verlief, die

---

<sup>12</sup> Friedrich Engels: Was soll aus der europäischen Türkei werden?, in: MEW 9/33.

<sup>13</sup> Karl Marx: Die Revolution in China und in Europa, in: MEW 9/95.

<sup>14</sup> Ebd., S. 100.

Rückwirkung politischer Revolutionen in den Kolonien und Halbkolonien hatte Marx richtig erkannt.

Die internationalen Beziehungen, einschließlich der Beziehungen zwischen Kolonien und den Metropolen wie auch zwischen den Kolonien und abhängigen Ländern selbst, Handel und Schifffahrt haben die Interdependenz der Nationen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wesentlich verstärkt. In diesem Sinne zitierte Marx aus der italienischen Zeitung „Il Parlamento“ für einen Artikel der „New-York Daily Tribune“ vom 19. August 1853: „Handel und Schifffahrt haben die gesetzmäßigen Beziehungen und Verträge zwischen allen Völkern der Welt vervielfacht. Kein Volk kann sich heute als fremd in irgendeinem Meer des alten oder neuen Kontinents oder als unbeteiligt an irgendeiner großen Frage, wie der des Schicksals des Ottomanischen Reichs, halten.“<sup>15</sup>

Marx und Engels unterschieden bezüglich des Kolonialsystems eine destruktive und eine konstruktive Funktion. Die Dialektik zwischen beiden Funktionen war in den einzelnen Regionen unterschiedlich ausgeprägt. In solchen Gebieten, in denen die Bevölkerung im Zuge der Kolonisierung ausgerottet wurde, kann man wohl schwerlich von einer „konstruktiven“ Funktion sprechen. Diese Dialektik bezieht sich auf das Kolonialsystem in seiner Gesamtheit, nicht aber auf jede einzelne Region dieses Systems. Marx hat die konstruktive Seite des Kolonialismus vordringlich für Indien untersucht. Er hob vor allem die revolutionierende Rolle der Einführung der Eisenbahn in Indien hervor. Diesem Problem hat er mehrere Artikel gewidmet. Die Einführung von Maschinerie in das Verkehrswesen in ein Land, das über Eisen und Kohle verfügt, mußte zwangsläufig zur Fabrikation solcher Maschinen in diesem Land führen. Aber moderne kapitalistische maschinelle Großindustrie schaffe auch den modernen Lohnarbeiter in Indien, über dessen intellektuelle Fähigkeiten sich Beamte der Ostindischen Kompanie sehr anerkennend äußerten. Eisenbahn und maschinelle Großindustrie mußten zur Aufhebung der überkommenen Arbeitsteilung und damit der Grundlagen des Kastenwesens führen.“<sup>16</sup>

Repräsentanten der nationalen Befreiungsbewegungen in Indien beurteilten die „konstruktive“ Funktion der Ostindienkompanie und der britischen Kolonialregierung verständlicherweise sehr zurückhaltend. In einem Zeitschriftenartikel vom Juli 1942 bemerkte Jawaharlal Nehru: „Die Herrschaft Großbritanniens über Indien führte zu politischer Einheit und war zugleich ein Mittel, die industrielle Revolution nach Indien zu bringen. Die Weiterentwicklung dieser Revolution wurde jedoch durch die Briten verhindert, die feudale Elemente förderten und das Wachstum der Industrie drosselten. Auch der andauernde Verschmelzungsprozeß wurde durch diese Herrschaft gebremst, und auf Spaltung bedachte Kräfte wurden unterstützt.“<sup>17</sup> Marx war sich bereits 1853 völlig darüber im klaren, daß die Entwicklung der Produktivkräfte allein weder zur Befreiung noch zu einer wesentlichen Verbesserung der sozialen Lage der Inder führen würde. Dies würde erst dann der Fall sein, wenn das Volk die Produktionsmittel selbst in Besitz nimmt. Aber die englische Bourgeoisie schaffte mit der Errichtung moderner Produktivkräfte die materiellen Voraussetzungen für beides.

---

<sup>15</sup> Karl Marx: Die Annoncensteuer - Russische Schritte - Dänemark - Die Vereinigten Staaten in Europa, in: MEW 9/250.

<sup>16</sup> Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW 9/224.

<sup>17</sup> Jawaharlal Nehru: Anmerkungen zur Zeitgeschichte 1927-1947, Leipzig/Weimar 1985, S. 247.

Marx sah für die soziale Befreiung des indischen Volkes zwei Möglichkeiten: Entweder durch die Verdrängung der in Großbritannien herrschenden Klassen von der Macht durch das Industrieproletariat oder dadurch, daß die Inder selbst stark genug werden, um das englische Joch ein für allemal abzuwerfen.<sup>18</sup>

Dank der hohen internationalen Autorität der Sowjetunion nach dem Sieg über die faschistische Koalition hatte sich das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte für Sozialismus und Demokratie im Weltmaßstab verändert. Dies ermöglichte der bürgerlichen Kongreßbewegung in Indien, die nationalstaatliche Unabhängigkeit Indiens durchzusetzen. Indien verblieb dabei innerhalb des kapitalistischen Weltsystems. Die Bourgeoisie führte einen blutigen Klassenkampf gegen das indische Proletariat und die Masse der verarmten Bauernschaft. Blutige Schlachten zwischen Muslimen und Hindus taten ein übriges. Die soziale Befreiung der indischen Arbeiterklasse und armen Bauern bleibt noch immer Aufgabe der künftigen Revolution.

Richtig an der Prognose von Marx aus dem Jahre 1853 war, daß er die nationale und soziale Befreiung des indischen Volkes an die Revolution band, wobei er den Zeitraum, - wann? - natürlich nicht einschätzen konnte, so wenig, wie wir das heute können.

Ähnliche Gedanken äußerte Engels 30 Jahre später in seinem Brief an Kautsky vom 12. September 1882. Einerseits glaubte Engels, daß Länder wie Indien, Algerien, die holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen nach einem Sieg des europäischen Proletariats von diesem „vorläufig übernommen werden und so rasch wie möglich der Selbständigkeit entgegengeführt werden müssen“. Bezüglich Indiens hielt Engels eine eigene Revolution zur Selbstbefreiung für „sehr wahrscheinlich“, desgleichen für Algerien und Ägypten.<sup>19</sup>

Marx und Engels erkannten den Zusammenhang zwischen der zukünftigen nationalen Befreiung der Kolonialvölker und dem Kampf um die zukünftige Emanzipation der Arbeiterklasse, ohne jedoch ein Junktum zwischen beiden herzustellen. Die Zusammenhänge zwischen antikolonialem Befreiungskampf und europäischer Arbeiterbewegung wurden besonders deutlich während des amerikanischen Bürgerkrieges 1861 bis 1865. Er begann zwischen zwei rivalisierenden Gruppen, der Industriebourgeoisie und freien Farmer des Nordens und den Plantagenbesitzern der Südstaaten, deren Produktion auf Sklavenarbeit beruhte. Die Südstaaten bildeten eine Art innerer Kolonie in den USA.

Der mit Sklaven betriebene Anbau von Baumwolle führte zu rascher Erschöpfung des Bodens und zum Bestreben der Sklavenhalter, sich die westlichen Gebiete Nordamerikas, die sogenannten „freien Territorien“ (Gebiete, die noch nicht den Status eines Unionsstaates hatten), anzueignen und die Sklavenwirtschaft weiter auszudehnen. Diese Bestrebungen stießen auf den Widerstand der Bourgeoisie, der Farmer und der Masse der Lohnarbeiter der Nordstaaten. Die Beherrschung der ausgedehnten Territorien des Westens war gleichbedeutend mit der ökonomischen und politischen Herrschaft über die gesamten Vereinigten Staaten. Die auf Sklaverei beruhende Wirtschaft behinderte ernsthaft die Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie als der höchstmöglichen Form des Fortschritts in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Entscheidungsfrage, Wer - Wen?, Sklaverei oder freie Lohnarbeit, war herangereift.

<sup>18</sup> Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, a.a.O., S. 224.

<sup>19</sup> Engels an Kautsky, 12. September 1882, a.a.O., S. 357.

Durch die Wahl Abraham Lincolns als Repräsentanten der Industriebourgeoisie, der freien Farmer, verschiedener Schichten der mittleren und Kleinbourgeoisie, der farbigen Bevölkerung der Nordstaaten zum Präsidenten der USA 1860 sah die südliche Sklavenhalteroligarchie ihre weitere Herrschaft gefährdet. Im Dezember 1860 löste sich Südcarolina aus den USA, bis zum Juni 1861 folgten weitere zehn Südstaaten von insgesamt 34 Bundesstaaten. Im Februar 1861 verbanden sich die bis dahin von der Union getrennten Staaten zu den „Konföderierten Staaten von Amerika“ unter Präsident Jefferson Jackson. Mit der Beschießung von Fort Sumter am 14. April 1861 eröffneten die Südstaaten den Sezessionskrieg. Dieser Krieg trug von Anfang an den Charakter einer demokratischen, antikolonialen Revolution. Mit dem Dekret zur Aufhebung der Sklaverei durch Lincoln am 1. Januar 1863 verstärkte sich der revolutionäre Charakter des Krieges von Seiten der Nordstaaten. Die demokratischen Kräfte in den USA und in Europa, insbesondere die Arbeiterbewegung, unterstützten von Anfang an die den gesellschaftlichen Fortschritt verfechtende Union gegen die reaktionäre Sklavenhalteroligarchie des Südens.

Das europäische Proletariat, namentlich das englische, trug auf vielfältigem Wege zum Sieg der Union als der „bisher höchste(n) Form der Selbstregierung des Volkes“ über die Sklavenhalterherrschaft der Sezessionisten als der „niedrigsten und schamlosesten Form der Menschenversklavung“ bei.<sup>20</sup> Zehntausende europäischer Proletarier gingen nach Übersee und kämpften in der Unionsarmee. Sie brachten eine „beträchtliche Masse militärischer Erfahrung“ aus der europäischen Revolution 1848,49 mit, die sich in der Organisation der Unionsarmee auswirkte.<sup>21</sup> Deutsche Kommunisten und andere Demokraten, die nach der Niederlage der Revolution 1849 in die USA ausgewandert waren, stellten einen bedeutenden Teil an Soldaten und Offizieren der Unionsarmee. August Willich, ehemaliger Leutnant der preußischen Armee, der Kommandeur des legendären Willichen Freikorps im badisch-pfälzischen Krieg, an dessen Seite Friedrich Engels als Adjutant stand, war General der Unionsarmee. Der Kommunist Joseph Weydemeyer, Freund und Briefpartner von Marx und Engels, war Oberst der Unionsarmee. Friedrich Anneke, Alexander Schimmelpfennig, Robert Rosa, Fritz Jacobi dienten in der Unionsarmee als Offiziere. Die Unionsarmee war in der Geschichte die erste „Arbeiter- und Bauernarmee“. Von 1.000 Soldaten der Unionsarmee gehörten 421 der Arbeiterklasse an, 487 waren Bauern.<sup>22</sup> Nicht wenige Offiziere und Soldaten der Unionsarmee waren Mitglieder des Bundes der Kommunisten oder kommunistischer Organisationen in den Nordstaaten der USA. Unter internationalistischen Aspekt ist es bemerkenswert, daß die Revolutionäre der europäischen Revolution von 1848,49, die den Heeren der feudalfürstlichen Reaktion unterlagen, den Sklavenhaltern in Übersee eine vernichtende Niederlage bereiteten. Wüteten die königlich-preußischen Standgerichte vor Rastatt gegen die gefangenen Revolutionäre mit Erschießungen und Verurteilungen zu einem langsamen Tod in den feuchten Kasematten der Festung Rastatt, so erlitten die amerikanischen Sklavenhalter nicht zuletzt von den 48er Revolutionären in der Entscheidungsschlacht von Gettysburg im Juli 1863 eine vernichtende Niederlage Gettysburg für Rastatt!

---

<sup>20</sup> Karl Marx: Die Londoner „Times“ über die Prinzen von Orleans in Amerika, in: MEW 15/327.

<sup>21</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Der amerikanische Bürgerkrieg, in: MEW 15/488.

<sup>22</sup> Philip S. Foner: History of the Labor Movement in the United States, New York 1917, S. 307.

Die englische Arbeiterklasse, die unter dem Ausbleiben der Baumwollimporte aus den USA durch die Yankee-Blockade der Häfen der Konföderierten harte Entbehrungen zu erdulden hatte, zwang durch „pressure from without“ (Druck von unten) die britische Oligarchie auf den beabsichtigten und vorbereiteten Interventionskrieg auf Seiten der Sklavenhalter gegen die Union zu verzichten. „Der Versuch einer solchen Intervention würde das Ministerium stürzen“, schrieb Marx.<sup>23</sup>

Mit dem amerikanischen Sezessionskrieg wurde der objektive wechselseitige Zusammenhang zwischen nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen kolonial unterdrückter Völker und dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse deutlicher. Auf diesen Zusammenhang hatte Marx schon in seiner Polenrede am 29. November 1847, anlässlich des 17. Jahrestages des polnischen Aufstandes von 1830 verwiesen. Marx kennzeichnete die These von der „Vereinigung und Verbrüderung der Nationen“ als „eine Phrase“ die „alle Parteien“, so die „bürgerlichen Freihandelsmänner“ im Munde führen.

„Damit die Völker sich wirklich vereinigen können, muß ihr Interesse ein gemeinschaftliches sein. Damit ihr Interesse gemeinschaftlich sein könne, müssen die jetzigen Eigentumsverhältnisse abgeschafft sein, denn die jetzigen Eigentumsverhältnisse bedingen die Exploitation der Völker unter sich: die jetzigen Eigentumsverhältnisse abzuschaffen, das ist nur das Interesse der arbeitenden Klasse. Sie allein hat auch die Mittel dazu. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist zugleich der Sieg über die nationalen und industriellen Konflikte, die heutzutage die verschiedenen Völker feindlich einander gegenüberstellen. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist darum zugleich das Befreiungssignal aller unterdrückten Nationen.“<sup>24</sup>

In seinem Hauptwerk, dem „Kapital“, konnte Marx die Erfahrungen des Sezessionskrieges theoretische verallgemeinern. „In den Vereinigten Staaten von Nordamerika blieb jede selbständige Arbeiterbewegung gelähmt, solange die Sklaverei einen Teil der Republik verunstaltete. Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird. Aber aus dem Tod der Sklaverei entsproß sofort ein neu verjüngtes Leben. Die erste Frucht des Bürgerkrieges war die Achtstundentagitation, mit den Siebenmeilenstiefeln der Lokomotive vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean ausschreitend, von Neuengland bis nach Kalifornien.“<sup>25</sup>

Wie der „amerikanische Unabhängigkeitskrieg eine neue Epoche der Machtentfaltung für die Mittelklasse einweihete“, so wird „der amerikanische Krieg gegen die Sklaverei eine neue Epoche der Machtentfaltung für die Arbeiterklasse“ einleiten.<sup>26</sup> „Und tatsächlich hat die siegreiche Beendigung des Krieges gegen die Sklaverei eine neue Epoche in den Annalen der Arbeiterklasse eröffnet.“<sup>27</sup>

Der amerikanische Bürgerkrieg und die Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation waren Zäsuren im Geschichtsprozeß, zwischen denen es einen Zusammenhang gab. Noch blieb die Errichtung der revolutionären Demokratie Ziel und Kriterium in der Politik der Arbeiterparteien und zur Beurteilung der Politik anderer Klassen und Regierungen. Aber schon wurde das neue Kriterium, der Kampf um die Emanzipation

<sup>23</sup> Karl Marx: Interventionsfeindliche Stimmung, in: MEW 15/460.

<sup>24</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Reden über Polen, in: MEW 4/416.

<sup>25</sup> Karl Marx: Das Kapital. a.a.O., S. 318.

<sup>26</sup> Karl Marx: An Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, in: MEW 16/19.

<sup>27</sup> Karl Marx: Adresse an die Nationale Arbeiterunion der Vereinigten Staaten, in: MEW 16/356.

der Arbeiterklasse als internationale Aufgabe, erkennbar, was auch auf den Befreiungskampf kolonial unterdrückter Völker mit in Betracht zu ziehen war. Mit dem amerikanischen Bürgerkrieg und der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation entwickelte sich ein objektiver wechselseitiger Zusammenhang zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen kolonial unterdrückter Völker und dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse, eine Interdependenz zwischen revolutionärer Arbeiterbewegung und nationalen Befreiungsbewegungen. Die Stellung zu den nationalen Befreiungsbewegungen fand seit dieser Zeit Eingang in die Programmatik der internationalen Arbeiterbewegung, wurde zu einem Kriterium für revolutionäre Politik der Arbeiterparteien. In der von Marx verfaßten Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation wies er die Arbeiterklasse darauf hin, eine konsequente internationalistische Haltung gegenüber dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker einzunehmen. „Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heroische Widerstand der englischen Arbeiterklasse gegen ihre verbrecherische Torheit bewahrte den Westen Europas vor einer transatlantischen Kreuzfahrt für die Verewigung und Propaganda der Sklaverei. Der schamlose Beifall, die Scheinsympathie oder idiotische Gleichgültigkeit, womit die höheren Klassen Europas dem Meuchelmord des heroischen Polen und der Erbeutung der Bergveste des Kaukasus durch Rußland zusahen; die ungeheuren und ohne Widerstand erlaubten Übergriffe einer barbarischen Macht, deren Kopf zu St. Petersburg und deren Hand in jedem Kabinett von Europa, haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.“<sup>28</sup>

Marx und Engels wiesen aus der Untersuchung der konkreten geschichtlichen Bewegungen bestimmte Entwicklungstendenzen nach, ließen sich jedoch niemals auf Spekulationen über künftige Entwicklungen ein.

Bezüglich der kolonial unterdrückten Völker bemerkte Engels in dem bereits genannten Brief an Kautsky: „Welche sozialen und politischen Phasen aber diese Länder dann durchzumachen haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Organisation kommen, darüber, glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen. Nur das eine ist sicher: das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Beglückung auf zwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben.“<sup>29</sup>

x

---

<sup>28</sup> Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW 16/13.

<sup>29</sup> Engels an Kautsky, 12. September 1882, a.a.O., S. 358.

Marx und Engels untersuchten nicht nur die großen, epochebestimmenden Ereignisse ihrer Zeit, sondern auch einzelne, nichttypische Erscheinungen, die aber in bestimmten Regionen eine Rolle spielten und in Verflechtung mit den Grundtendenzen der betreffenden Geschichtsepoche eine hemmende oder fördernde Rolle spielten und die auch heute noch als ungelöste Probleme vergangener Zeitperioden von Einfluß auf den Geschichtsprozeß sind. Diese Artikel in ihrer politischen Publizistik sind bis jetzt noch wenig ausgewertet worden, obwohl sie für das Verständnis analoger Vorgänge in demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika nützlich sein dürften.

Zu diesen Problemen gehört die Rolle der Religionen im politischen Geschehen, wobei es hier nicht um die weltanschauliche Seite, sondern um die Rolle von religiösen Bewegungen in der Politik, um das Verhältnis dieser Bewegungen zum gesellschaftlichen Fortschritt geht.

Religiöse Unterschiede und Gegensätze zwischen den verschiedenen Religionen und Konfessionen auf dem Balkan, im Osmanischen Reich und im Mittleren Osten, Afghanistan, Persien, arabische Länder) - Katholiken, Anhänger der griechisch-orthodoxen Kirche; Maroniten in Libanon, Muslime sunnitischer und schiitischer Richtungen, Druzen und Sekten verschiedener Art - wurden - und werden - von den kapitalistischen Großmächten oft geschürt und in eigennützigem Interesse ausgenutzt.

Religiöse Überzeugungen führten nicht selten zu blutigen Pogromen zwischen den unterschiedlichen ethnisch-religiösen Bevölkerungsgruppen.<sup>30</sup>

Hinter diesen religiös gefärbten Kämpfen verbargen sich handfeste politische und ökonomische Interessen der kämpfenden Parteien. Diese politischen Auseinandersetzungen in religiöser Form hatten ihre Eigenständigkeit, ihre eigenen Ursachen, die aus den konkreten Verhältnissen des vorderen Orients entsprangen. Als isolierte Erscheinungen hatten sie keinen Einfluß auf das Weltgeschehen. Aber durch deren Schürung und Ausnutzung durch die Großmächte waren sie in das Weltgeschehen einbezogen. Sie werden nach wie vor heute noch von den imperialistischen Metropolen für die Destabilisierung von ihnen nicht genehmen Regierungen in Regionen, auf die sie ein Auge geworfen haben, ausgenutzt oder sogar erst entfacht. Es ist nicht schwierig, Hindus auf Muslime in Indien zu hetzen oder Kurden gegen arabische Iraker, Sunniten gegen Schiiten im Irak.

Marx untersuchte das von der englischen Regierung verkündete „Ziel“ der Westmächte, angeblich für die Gleichberechtigung der christlichen Religion zum Islam in der Türkei einzutreten, hinsichtlich der politischen Konsequenzen eines solchen Vorgehens. Die Gewährung gleicher politischer und bürgerlicher Rechte an Muslime und Christen, an alle Bürger, unabhängig von jeglicher Religionszugehörigkeit und Religion wäre gleichbedeutend mit einer vollständigen Trennung von Kirche und Staat, von Religion und Politik.

Aber in der Türkei wie auch in anderen orientalischen Staaten waren Staat und Moschee, Politik und Religion aufs engste miteinander verflochten. Der Koran ist für diese

---

<sup>30</sup> Siehe Karl Marx: (Die Parlamentsdebatten vom 22. Februar - Die Depesche Pozzo di Borges - Die Politik der Westmächte) in: MEW 10/101 f. / (Die Kriegspläne Frankreichs und Englands - Der griechische Aufstand - Spanien - China) in: MEW 10/114 ff. / (Die Kriegserklärung - Zur Geschichte der orientalischen Frage) in: MEW 10/173 ff.



orientalische Staaten Quelle des Glaubens und Rechts zugleich. Nach dem Koran ist eine Gleichstellung von Muslimen und Christen, „Gläubigen“ und „Ungläubigen“ unmöglich. Gleiche staatsbürgerliche Rechte für beide würde die Emanzipation des Staatswesens von der Religion bedeuten, die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit der Bürger, die Ersetzung des Koran durch eine bürgerlich-demokratische Verfassung. Die Säkularisierung des türkischen Staatswesens würde die Struktur der türkischen Gesellschaft insgesamt verändern, „eine Revolution in ihren sozialen, politischen und religiösen Verhältnissen“, hervorrufen. „Wer den Koran durch einen Code civil ersetzt, der muß die ganze Struktur der byzantinischen Gesellschaft nach abendländischem Muster verändern.“<sup>31</sup>

In Indien waren religiöse Motive zumindest an der Auslösung des Sepoy-Aufstandes (1857-1859) beteiligt. „Die Ausgabe von Patronen, deren Papphülsen ... mit Rindertalg und Schweinefett bestrichen waren, weshalb das obligatorische Einbeißen der Hülsen von den Eingeborenen als Verletzung ihrer religiösen Gebräuche angesehen wurde, gab das Signal zu den örtlichen Unruhen.“<sup>32</sup> Für die in der indischen Armee verwendeten Enfield-Gewehre gab es Pappatronen, die schon mit Pulver gefüllt waren. Die Kugeln wurden auf die Pulverladung in die Pappatrone gelegt. Um die Patrone zu schließen, mußten die Soldaten sie einbeißen, wodurch die Berührung von Rindertalg und Schweinefett mit ihren Lippen unvermeidlich war. Den Hindus sind Rinder bekanntlich heilig, und Schweinefleisch ist für die Muslime verboten, es ist ihnen zuwider. Trotz religiöser Gegensätze zwischen Hindus und Muslimen, die immer wieder zu blutigen Kämpfen zwischen ihnen führten, verursachte in diesem Falle die Verletzung ihrer unterschiedlichen religiösen Überzeugungen gemeinsame Aktionen gegen ihre englischen Offiziere. Allerdings auch nur vorübergehend. Eine der Ursachen der Niederschlagung des Sepoy-Aufstandes war dessen Schwächung infolge des religiösen Haders zwischen den hinduistischen und muslimischen Sepoys. Er genügte, „um ihre oberflächliche Organisation zu zerstören und ihren Niedergang zu verbürgen.“<sup>33</sup>

Der schon genannte Taiping-Aufstand in China 1851, der sich gegen die Feudalordnung der Tatarenkaiser (die Mandschu-Dynastie) richtete, nahm den Charakter eines Religionskrieges an wie viele Bauernbewegungen in Asien. Die Tartarenkaiser stützten sich auf den Buddhismus mit seinem Zentrum in Tibet, dem Sitz des großen Lama, das Allerheiligste für die Buddhisten. „Die chinesischen Rebellen haben ... einen regelrechten Kreuzzug gegen den Buddhismus unternommen, dessen Tempel zerstört und seine Bonzen getötet.“<sup>34</sup> Im Falle eines Sturzes der Mandschu-Dynastie durch Taiping Tiānwang hielt Marx einen Religionskrieg zwischen Chinesen und Tataren für sehr wahrscheinlich, der sich auch über die Grenzen Indiens ausdehnen konnte.<sup>35</sup> Es gab innere Unruhen in der Taiping-Bewegung, die es verhinderten, daß sie die Feudalordnung in China beseitigen konnten. Die Hauptursache war jedoch die offene militärische Intervention Englands, der USA und Frankreichs, die im Bündnis mit chinesischen Feudalherren den Aufstand 1864 niederwarfen. Der Taiping-Aufstand erwies sich als eine

---

<sup>31</sup> Karl Marx: (Die Kriegserklärung - Zur Geschichte der orientalischen Frage) a.a.O., S. 171.

<sup>32</sup> Karl Marx: Der Aufstand in der indischen Armee, in: MEW 12/231.

<sup>33</sup> Karl Marx: (Der Aufstand in Indien) in: MEW 12/309.

<sup>34</sup> Karl Marx: (Die Kriegspläne Frankreichs und Englands - Der griechische Aufstand - Spanien - China) a.a.O., S. 116.

<sup>35</sup> Ebd.

antifeudale revolutionäre Bewegung, die in religiösem Gewande ausgefochten wurde, wobei die religiösen Belange auswärtigen Großmächten Vorwände für ihre Intervention lieferten.

x

Volksaufstände, nationale Befreiungsbewegungen und Revolutionen in Asien, Afrika und Lateinamerika gehörten zu den epochetypischen Erscheinungen innerhalb des Formationswechsels von feudalen und anderen vorkapitalistischen Gesellschaften zum Kapitalismus.

Waffenkenntnis, Strategie und Taktik nationaler Befreiungskriege übernahmen diese Völker zum Teil von den europäischen Armeen. (Die Kolonialmächte konnten ihre Herrschaft in den von ihnen unterworfenen Gebieten nicht ohne Eingeborenearmeen aufrechterhalten; sie lieferten ihnen die Waffentechnik, deren Beherrschung und moderne Strategien und Taktiken, sie bildeten die Armeen aus, die die Waffen gegen sie wenden sollten.

In Indien stellten die Engländer eine Armee von 200.000 Mann auf, mit englischen Waffen ausgerüstet, von englischen Offizieren ausgebildet. Mit dieser Armee haben die britischen Kolonialherren „das erste allgemeine Widerstandszentrum“ gegen ihre Herrschaft geschaffen, „ein Zentrum, wie es das indische Volk nie zuvor besessen hatte“.<sup>36</sup>

Aber es war keine bloße Übernahme europäischer Kriegskunst. Die Völker brachten auch hier eigenes mit ein. Eine bloße Übertragung des europäischen Militärwesens auf die unterschiedlichen konkreten gesellschaftlichen Bedingungen Asiens war gar nicht möglich. Engels verdeutlichte die Möglichkeit und Schwierigkeiten in der Einführung europäischer Militärtechnik bei asiatischen Völkern. Sie war grundsätzlich möglich, wie empirisch bewiesen in der Türkei und in Indien, als langwieriger Prozeß, der aber auch auf bedeutende Hindernisse stieß, die vorwiegend subjektiver Natur waren, wie die Überwindung alter nationaler Vorurteile, Reminiszenzen in Militärdingen, orientalische Ignoranz, Ungeduld und Voreingenommenheit. Es gab aber auch keine bloße „Nachahmung europäischer Evolutionen“, wobei Engels die chinesischen Aufständischen im Auge hatte, die gegen die englischen Truppen, die zur Niederwerfung der Taiping-Revolution eingesetzt waren, einen Volkskrieg entfachten. Die chinesischen Aufständischen entwickelten ihre eigenen Formen des Volkskrieges gegen die ihnen waffentechnisch weit überlegene englische Armee.<sup>37</sup>

Die Kriterien für die Führung von Volkskriegen konnten nach Engels weder die „allgemein anerkannten Regeln der regulären Kriegführung“ noch irgendein anderer abstrakter Maßstab sein, sondern allein der „Grad der Zivilisation, den die aufständische Nation erreicht hat“.<sup>38</sup> Asiatische Armeen waren in dieser Zeit durchaus schon fähig, Elemente „einer wissenschaftlichen Kriegführung“, gemessen an europäischer Kriegskunst, zu entwickeln, wobei Engels auf die Verteidigung von Delhi durch die Sepoys verwies. „Was die Verteidigung angeht, so zeigen der Versuch zu offensiven Gegenbewegungen, die Flankenstellung am Kabul-Tor, die Gegenlaufgräben und die Schützenlö-

---

<sup>36</sup> Karl Marx: Der Aufstand in der indischen Armee, a.a.O., S. 231.

<sup>37</sup> Friedrich Engels: Persien - China, in: MEW 12/212 f.

<sup>38</sup> Ebd., S. 214.

cher, daß sich gewisse Vorstellungen einer wissenschaftlichen Kriegführung unter den Sepoys durchgesetzt hatten; doch waren sie entweder nicht klar oder nicht stark genug, um mit Erfolg in die Tat umgesetzt zu werden. Ob sie von Indern stammten oder von einigen Europäern, die es mit den Sepoys halten, ist natürlich schwer zu entscheiden; doch eins steht mit Sicherheit fest: Diese Versuche, wenn auch unvollkommen in der Ausführung, sind in ihrer Grundlage der aktiven Verteidigung Sewastopols sehr ähnlich; und die Ausführung erweckt den Anschein, als hätte irgendein europäischer Offizier einen genauen Plan für die Sepoys entworfen, sie jedoch waren nicht imstande gewesen, die Idee völlig zu begreifen, oder aber Desorganisation und mangelhafte Führung verwandelten brauchbare Entwürfe in schwache und kraftlose Versuche.“<sup>39</sup>

Der Befreiungskampf der Araber (1832 bis 1847) unter Führung von Abd el Kader gegen die französische Kolonialmacht fand die Anerkennung und Bewunderung von , Marx und Engels. Abd el Kader gelang es, die einzelnen Araber- und Kabylenstämme zu vereinigen. Er brachte den französischen Truppen - darunter der in dieser Zeit berüchtigten *legion étrangère* (Fremdenlegion) empfindliche Niederlagen bei, die von dem militärischen Können der arabischen Reitervölker zeugten. Die französischen Behörden waren 1834 gezwungen, den Westen Algeriens als unabhängigen arabischen Staat anzuerkennen, den sie erst durch Betrug und unter Bruch vorheriger Abkommen zehn Jahre später zerschlagen konnten, ohne jedoch den Widerstand der Araber brechen zu können. Die Bedinen und Kabylen haben in ihren Kämpfen in Algerien gegen die französischen, die Mauren gegen die spanischen Kolonisatoren die Guerillataktik zu einer hohen Kunst und Wirksamkeit entwickelt.<sup>40</sup>

In ihren Untersuchungen der Kolonialpolitik kritisierten Marx und Engels auch die Methoden, die von europäischen Regierungen angewandt wurden, um Kriege gegen Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika auszulösen. „Unerklärte Kriege“, gezielte Falschmeldungen, Fehlinformationen, „covert action“ (verdeckte Aktionen) gab es bereits im 19. Jahrhundert, nur die Terminologie , war noch eine andere. Bezüglich der Auslösung des Krieges Englands gegen Persien (1856 - 1857) bemerkte Marx: „Sobald die Kompanie (gemeint ist die Ostindische Kompanie, U.H.) einen habgierigen Blick auf die Besitzungen eines beliebigen unabhängigen Herrschers oder auf ein Gebiet wirft, dessen politische oder kommerzielle Hilfsquellen oder dessen Gold und Edelsteine begehrt werden, wird das Opfer beschuldigt, irgendeinen angenommenen oder wirklichen Vertrag verletzt, ein imaginäres Versprechen gebrochen, eine Einschränkungsbestimmung überschritten oder irgendeinen greifbaren Frevel begangen zu haben, und dann wird der Krieg erklärt...“<sup>41</sup>

1861 unternahmen England, Frankreich und Spanien eine gemeinsame Intervention gegen Mexiko, um die progressive Regierung Juárez zu stürzen, die Republik zu , zu beseitigen und zugleich ein Aufmarschgebiet für ihr Eingreifen in den amerikanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Sklavenhalterstaaten zu erhalten.

Am 17. Juli 1861 hatte der mexikanische Kongreß ein Dekret erlassen, die Tilgung der Auslandsschulden für zwei Jahre auszusetzen. England, Spanien und Frankreich, meist-

<sup>39</sup> Friedrich Engels: (Die Einnahme Delhis) in: MEW 12/334.

<sup>40</sup> Siehe Friedrich Engels: Der bisherige Verlauf des Krieges gegen die Mauren, in: MEW 13/548-551 / Algerien, in: MEW 14/95-106.

<sup>41</sup> Karl Marx: (Der Englisch-Persische Krieg) in: MEW 12/71.

beteiligt an diesen Ansprüche beschlossen eine Intervention gegen Mexiko. Um einen Krieg zu verhindern, hob die mexikanische Regierung das Dekret vom 17. Juli im November 1861 auf. Die englische Argumentation übertrüfe an „Brutalität“ alles, „was die Geschichte kennt,“ schrieb Marx an Engels.<sup>42</sup> Den Vorwand für den Krieg lieferte die Behauptung, in Mexiko die Anarchie zu beseitigen, die Anerkennung der Geldforderungen und den Schutz der europäischen Untertanen zu sichern, die Mexikaner auf den Weg der Selbstregierung zu bringen. Marx entlarvte diese neue „Heilige Allianz“, die sich unter Führung der britischen Regierung annahm, die Herstellung der Ordnung in der ganzen Welt durch bewaffnete Gewalt durchzusetzen.<sup>43</sup>

Ausführlich dokumentierte Marx die Argumentation des britischen Premierministers, Lord Palmerston, die für die Begründung von Interventionskriegen auch heute noch bemerkenswert ist: Ihm, Lord Palmerston, sei „vom Hörensagen“ bekannt, daß es in Mexiko eine Partei gäbe, die die Republik in eine Monarchie umzuwandeln wünsche. In Mexiko müßte eine Regierung errichtet werden, mit der fremde Regierungen verhandeln könnten.

Die legal existierende Regierung Juárez war für Palmerston einfach nicht vorhanden.<sup>44</sup> Marx zitierte aus einem Depeschenwechsel englischer Diplomaten, woraus die Absicht der britischen Regierung deutlich wird. Danach sollen die verbündeten Streitkräfte „die Mexikaner nicht an ihrem Recht hindern, ‚sich ihre eigene Regierung zu wählen‘“. Die Mexikaner hätten nicht nur das Recht, „neue Regierungsmitglieder, sondern sogar ‚eine neue Form der Regierung‘“ - die Monarchie - unter Leitung der Alliierten zu wählen. Die Konstituierung einer neuen Regierung würde die britische Regierung erfreuen, wobei es dem Urteilsvermögen der Befehlshaber der Invasionstruppen überlassen bliebe, zu bestimmen, „welche Form der neuen Regierung mit ‚den Gefühlen Mexikos unvereinbar‘ ist und welche nicht.“

John Rüssel (britischer Außenminister) hoffe, „die Soldaten werden ihre Sache sanft ausführen und sehr sorgfältig die politischen Gefühle des Landes prüfen“, wobei er den Erzherzog Maximilian von Österreich „als mexikanischen König aufs Tapet brachte“, der „angeblich das Idol des mexikanischen Volkes sei.“ Marx verwies darauf, daß Lord Rüssel „überhaupt nicht auf den Gedanken kommt, daß er keinen Krieg gegen Mexiko ohne vorherige Kriegserklärung führen kann... Das sind nun die Leute“, schloß Marx ironisch, „die uns zwei Monate lang mit ihrer scheinheiligen Heuchelei über die Heiligkeit der strengen Regeln des Völkerrechts und ihrer Ehrfurcht davor ermüdet haben!“<sup>45</sup>

Die von Marx und Engels untersuchten Erscheinungen waren in bestimmter Hinsicht voneinander isoliert. Jedoch die Interdependenz im Verkehr zwischen den Kolonien und Metropolen ist unverkennbar. Die ostasiatischen Märkte, die amerikanische Baumwolle, die demokratischen Revolutionen und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen waren konkret-historische Erscheinungen, in denen sich die Weltgeschichte im 19. Jahrhundert vollzog.

Der Kampf um die revolutionäre Demokratie begann sich zu verflechten mit dem Kampf um die Emanzipation der Arbeiterklasse, in ersten Anzeichen des Erwachens der

---

<sup>42</sup> Marx an Engels vom 6. März 1862, in: MEW 30/222.

<sup>43</sup> Siehe Karl Marx: Die Intervention in Mexiko, in: MEW 15/366-373.

<sup>44</sup> Karl Marx: Die Adreßdebatte im Parlament, in: MEW 15/471.

<sup>45</sup> Karl Marx: Mexikanischer Wirrwarr, in: MEW 15/475, 476, 477.

asiatischen Völker zum nationalen Leben. Die Taiping-Revolution, der Sepoy-Aufstand und die Unabhängigkeitsbewegungen in Marokko und Algerien konnten niedergeschlagen werden, aber die Erfahrung, die Erinnerung blieben im Gedächtnis der betreffenden Völker. Die Ursachen für nationale Befreiungsbewegungen wirkten weiter und mußten sie unter den Bedingungen de Imperialismus im 20. Jahrhundert mit größere Wirksamkeit und Dynamik erneut hervorbringen. Die Oktoberrevolution und die Entstehung des sozialistischen Weltsystems haben maßgeblich zum Sturz des alten Kolonialsystems beigetragen, ihn sogar erst ermöglicht. Wie es im 21. Jahrhundert nach der Niederlage de europäischen Sozialismus weitergeht, läßt sich nicht voraussehen.

Den Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich vom Würgegriff neokolonialistischer Ausbeutung und Unterdrückung von imperialistischen Großmächten erst noch befreien müssen, wenn sie an den Errungenschaften der Zivilisation teilhaben wollen, stehen noch schwere revolutionäre Befreiungskriege bevor.

„Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.“<sup>46</sup>

---

<sup>46</sup> Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, a.a.O., S. 226.

## Carl-Jürgen Kaltenborn

### Vitzliputzli oder die Erfindung Amerikas

Das folgende Angebot verblüfft Ende der sechziger Jahre den Völkerkundler Ferdinand Anders in einem Zürcher Kaufhaus: „Fitzleputz, der lustige Kasperl in der Filztüte“.

Endstation des Gottes Huitzilopochtli der Mexica.

Diese merkwürdige Entdeckung und entsprechende Reflexionen hat Anders in der „Ethnologischen Zeitschrift“, Zürich I/1970 (S. 11-40) unter dem Titel „Altmexiko und Europa im Licht der Ideengeschichte“ publiziert.

Huitzilopochtli, neben Quetzalcoatl der einflußreichste unter den aztekischen Göttern, hieß sein Volk in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts von der Insel Aztlan (Daher wohl die Fremdbenennung: Azteken!) zu einer langen Wanderung nach Süden aufbrechen. Huitzilopochtli's Name verbindet sich mit dem Abwehrkampf gegen die spanischen Conquistadoren.

Der aztekische Widerstand gegen das Christentum der Eindringlinge macht Huitzilopochtli in den Augen europäischer Eroberer zum Zentrum der Gottesleugnung. Aus Huitzilopochtli wird deshalb der „Vitzliputzli“ barocker Teufelsliteratur in Europa.

„De Nieuwe en Onbekende Weereld: of Beschryving van America en't Zuid-Land“ des Niederländers Arnoldus Montanus offeriert „Vitzliputzli“ in Amsterdam, 1671, der gruselnden europäischen Leserschaft, in Kupfer gestochen, als langschwänzigen, bocksfüßigen Kannibalengötzen.

Der brasilianische Befreiungstheologe Eduardo Hoornaert nennt in seiner Geschichtsanalyse („Formacao do catolicismo brasileiro 1550-1800“, Petropolis 1974, S. 53) als Grund für die Renaissance indianischer Kriegsgötter den die Conquista leitenden martialischen Geist des iberischen Katholizismus. Entartete Kirche provoziert die Reanimierung Menschenopfer fordernder Götter.

Mitte des 19. Jahrhunderts entlarvt der „Vitzliputzli“ des Heineschen „Romanzero“ die in diesem Zusammenhang zum Ausdruck kommende europäische Doppelzüngigkeit:

„Dort auf seinem Thronaltar  
Sitzt der große Vitzliputzli,  
Mexikos blutdürst'ger Kriegsgott.  
Ist ein böses Ungetüm.

Doch sein Äußres ist so putzig,  
so verschnörkelt und so kindisch,  
Daß er trotz des innern Grausens  
Dennoch unsre Lachlust kitzelt -

Und bei seinem Anblick denken

Wir zu gleicher Zeit etwa  
An den blassen Tod von Basel  
Und an Brüssels Mankepiß.

Und des Vitzliputzli-Tempels  
Helle Plattform ist die Bühne,  
Wo zur Siegesfeier jetzt  
Ein Mysterium tragiert wird.

„Menschenopfer“ heißt das Stück.  
Uralt ist der Stoff, die Fabel;  
In der christlichen Behandlung  
Ist das Schauspiel nicht so gräßlich.

Diesmal aber bei den Wilden,  
War der Spaß sehr roh und ernsthaft  
Aufgefaßt: man speiste Fleisch,  
und das Blut war Menschenblut.

Diesmal war es gar das Vollblut  
Von Altchristen, das sich nie,  
Nie vermischt hat mit dem Blute  
Der Moresken und der Juden.

Laß uns siegen, liebes Göttchen,  
Putzlivitzli, Vitzliputzli!

O verderbe unsre Feinde,  
Diese Fremden, die aus fernen  
Und noch unentdeckten Ländern  
Zu uns kamen übers Weltmeer -

Was ist ihr Begehrt? Sie stecken  
Unser Gold in ihre Taschen,  
Und sie wollen, daß wir droben  
Einst im Himmel glücklich werden!

In Erfüllung geht die böse,  
Uralt böse Prophezeiung.

Von des Reiches Untergang  
Durch die furchtbar bärt'gen Männer,  
die auf hölzernem Gevögel  
Hergeflogen aus dem Osten.

Dieser Tempel stürzt zusammen,

Und ich selber, ich versinke  
In dem Qualm - nur Rauch und Trümmer -  
Keiner wird mich wiedersehen.

Doch ich sterbe nicht; wir Götter  
Werden alt wie Papageien,  
Und wir mausern nur und wechseln  
Auch wie diese das Gefieder.

Nach der Heimat meiner Feinde,  
Die Europa ist geheißt,  
Will ich flüchten, dort beginn ich  
Eine neue Karriere.

Ich verteufle mich, der Gott  
Wird jetztund ein Gottseibeius;  
Als der Feinde böser Feind,  
Kann ich dorten wirken, schaffen.

Ja, ein Teufel will ich werden,  
Und als Kameraden grüß ich  
Satanas und Belial ...

Mein geliebtes Mexiko,  
Nimmermehr kann ich es retten,  
Aber rächen will ich furchtbar  
Mein geliebtes Mexiko.“

Diese Persiflage europäisch-kapitalistischer Doppelmoral ist zynischer Kommentar zur harmlos wirkenden Entwicklungsgeschichte des Wortes „Kannibale“.

Im Tagebuch des Christoph Kolumbus von der „Westindischen Entdeckungsfahrt“ notiert dieser (Christoph Kolumbus Bordbuch, Inseltaschenbuch 476, Frankfurt a. M. 1981, S. 154): „Caniba“ für ein „menschenfressendes Volk“. Daraus bildet er schon 1492 das spanische „Canibales“. Dahinter steht Lautwandel von r zu n, was uns zu den „Cariben“ als Ausgangswort bringt.

Ein weiterer Lautwandeln von r zu l führt zur Shakespeare-Figur des „Caliban“ im letzten Stück, „Der Sturm“, das der Dichter am 1. November 1611 vor dem König in Whitehall aufführt.

Der Wortwechsel zwischen Prospero und Caliban in der 2. Szene des ersten Aufzugs illustriert den enteignenden europäischen Paternalismus wie das Mißverstehen und An-einandervorbeireden unter-schiedlicher Kulturen (Sämtliche Werke Bd. 2, Berlin/Weimar 1975, S. 603 ff.):

**Prospero:** Du gift'ger Sklav', gezeugt vom Teufel selbst/ Mit deiner bösen Mutter!  
Komm heraus!



**Caliban:** Ich muß zu Mittag essen. Dies Eiland/ Ist mein, von meiner Mutter Sycorax,/ Das du mir wegnimmst. Wie du erstlich kamst,/ da streicheltst du mich und hielt'st auf mich,/ Gabst Wasser mir mit Beeren drein und lehrtest/ Das große Licht mich nennen und das kleine,/ die brennen tags und nachts; da liebt'ich dich/ Und wies dir jede Eigenschaft der Insel:/ Salzbrunnen, Quellen, fruchtbar Land und dürres./ Fluch, daß ich's tat, mir! Alle Zauberei/ der Sycorax, Molch, Schröter, Fledermaus befall' Euch!/ Denn ich bin, was Ihr habt an Untertanen,/ Mein eigener König sonst; und staltt mich mich hier/ in diesen harten Fels, derweil Ihr mir/ Den Rest des Eilands wehrt.

**Prospero:** Du lügenerischer Sklav',/ Der Schläge fühlt, nicht Güte! Ich verpflegte,/ Kot wie du bist, dich menschlich; nahm dich auf/ In meiner Zell', bis du versucht zu schänden/ Die Ehre meines Kindes.

**Caliban:** Ho,ho! Ich wollt', es wär' geschehn. Du kamst/ Mir nur zuvor, ich hätte sonst die Insel/ Mit Calibans bevölkert.

**Prospero:** Schnöder Sklav',/ In welchem keine Spur des Guten haftet,/ Zu allem Bösen fähig! Ich erbarmte/ Mich deiner, gab mir Müh', zum Sprechen dich/ Zu bringen, lehrte jede Stunde dir/ Dies oder jenes. Da du, Wilder, selbst/ Nicht wußtest, was du wolltest, sondern nur/ Höchst viehisch kollertest, versah ich dich/ Mit Worten, deine Meinung kund zu tun./ Doch deiner niedern Art, obwohl du lerntest,/ Hing etwas an, das edlere Naturen/ Nicht um sich leiden konnten: darum wardst du/ Verdienterweis' in diesen Fels gesperrt,/ Der du noch mehr verdient als ein Gefängnis.

**Caliban:** Ihr lehrtet Sprache mir, und mein Gewinn/ Ist, daß ich weiß zu fluchen. Hol' die Pest Euch/ Fürs Lehren Eurer Sprache!

**Prospero:** Fort, Hexenbrut!/ Schaff' Holz her, und sei hurtig, rat' ich dir,/ Um andres noch zu leisten! Zuckst du, Unhold?/ Wenn du versäumest oder ungern tust,/ Was ich befehle, foltr' ich dich mit Gichtern,/ Füll' dein Gebein mit Schmerzen, mach' dich brüllen,/ Daß Bestien zittern vor dem Lärm.

**Caliban:** (*Beiseit*) Ich muß gehorchen; seine Kunst bezwänge/ Wohl meiner Mutter Gott, den Setebos,/ Und macht' ihn zum Vasallen.

**Prospero:** Fort denn, Sklav'!

(*Caliban ab.*)

In dramatischem Dialog gelingt es Shakespeare den Einblick in ein Kolonialverhältnis zu vermitteln, wie es uns breit entfaltet und dann schon selbstverständlich in Daniel Defeos „Robinson Crusoe“ von 1719 begegnet. Die Episode der Errettung des Freitag durch Robinson wie die sich daran anschließende erste intensive Fühlungnahme zwischen beiden Männern bietet hierfür die beste Illustration:

„Schließlich kam er ganz dicht an mich heran, und da kniete er von neuem nieder, küßte den Boden, legte seinen Kopf auf die Erde, nahm meinen Fuß und setzte ihn sich auf den Scheitel. Das schien zu bedeuten, er schwöre, für immer mein Sklave zu bleiben. Ich hob ihn auf, bemühte mich um ihn und ermutigte ihn, so gut ich nur konnte. Aber es gab noch Arbeit, denn ich bemerkte, daß der Wilde, den ich niedergeschlagen hatte, nicht tot, sondern von dem Schlag nur betäubt war und langsam zu sich kam, so deutete ich mit der Hand auf ihn und zeigte dem anderen, daß er noch am Leben war; daraufhin sagte er einige Worte zu mir, und obgleich ich sie nicht verstehen konnte, empfand ich es doch als angenehm, sie zu hören, denn ich vernahm ja zum ersten Mal seit über fünf- undzwanzig Jahren den Klang einer anderen menschlichen Stimme als nur meiner eige-

nen. Jetzt war jedoch keine Zeit für solche Überlegungen; der zu Boden geschlagene Wilde hatte sich soweit erholt, daß er aufrecht auf der Erde saß, und ich bemerkte, daß mein Wilder sich zu fürchten begann. Als ich das sah, zielte ich mit meiner Flinte auf den Mann, als wolle ich ihn erschießen; darauf bat mich mein Wilder, denn so nannte ich ihn jetzt, durch eine Gebärde, ihm meinen Säbel zu leihen, der nackt seitlich in einem Gehänge hing. Ich tat es, und kaum hielt er die Waffe, da stürzte er sich auf seinen Feind und schlug ihm mit einem Hieb so geschickt den Kopf ab, daß kein Henker in Deutschland es hätte schneller und besser machen können... Als er das getan hatte, kam er zum Zeichen des Triumphes lachend zu mir, brachte mir den Säbel zurück und legte ihn mit vielen Gesten, die ich nicht verstand, zusammen mit dem Kopf des Wilden, den er getötet hatte, vor mir nieder. Am meisten wunderte ihn jedoch, wie ich den anderen Indianer aus so großer Entfernung hatte töten können;...Mein Wilder nahm Pfeil und Bogen des anderen auf und kehrte zurück“.

Nachdem Robinson den durch ihn geretteten „Wilden“ in sein neues Heim eingeführt hat und dieser dort erneut durch Gesten der Unterwerfung zu verstehen gegeben hat, „wie eifrig er mir sein Leben lang dienen wolle“, wird der Leser mit einem typischen Herrschaftsakt konfrontiert. Robinson fragt nämlich nicht etwa seinen neuen Mitbewohner nach dessen Namen. Robinson hält sich für befugt, ihm einen Namen zu geben. Fremdbenennung begleitet die Begegnung Europas mit den Völkern des aufgespürten Doppelkontinents von Anfang an. Namengebung, Fremdbenennung, Umbenennung steht immer am Anfang von Eroberungen.

Stefan Zweigs „Amerigo. Die Geschichte eines historischen Irrtums“ ließ dieses Kapitel auf höchstem Niveau Literatur werden.

Bei Daniel Defoe liest sich das so:

„Ich verstand ihn in vielen Dingen und ließ ihn wissen, daß ich sehr zufrieden mit ihm sei. Bald darauf begann ich zu ihm zu reden und ihn zu lehren, mit mir zu sprechen. Zuerst machte ich ihm begreiflich, daß er Freitag heißen sollte, denn weil ich ihm an dem Tag das Leben gerettet hatte, so hatte ich ihm zur Erinnerung daran diesen Namen gegeben. Ich lehrte ihn auch, ‚Master‘ zu sagen, und erklärte ihm, daß dies mein Name sein solle. Außerdem brachte ich ihm bei, ‚ja‘ und ‚nein‘ zu sagen und zu verstehen, was diese Worte bedeuteten. Ich gab ihm etwas Milch in einem Tontopf und ließ ihn zusehen, wie ich davon trank und mein Brot hineintauchte, und ich gab ihm ein Stück Brot, damit er es mir nachmachte, was er rasch tat, und ich erklärte durch Zeichen, daß es ihm sehr guttun werde. Wir blieben die ganze Nacht über dort; sobald es aber Tag wurde, winkte ich ihm, mit mir zu kommen, und gab ihm zu verstehen, daß ich ihm etwas Kleidung geben wollte, worüber er sich sehr zu freuen schien, denn er war splitternackt.“

Das Gefälle zwischen Herr und Diener ist schon im Akt der Namensgebung eingeschlossen. Folgen weitere Akte kultureller Entwurzelung, die, weil hier im Zuge einer Lebensrettung mit freundlicher Selbstverständlichkeit berichtet, fast unbemerkt passieren. Nahrung und Kleidung wird diskussionslos vom Europäer vorgegeben, als Wohltat, der man sich mit Freuden anpaßt, nachdem man zuvor ins Minimalvokabular der Herrschaftssprache eingeführt worden ist.

Gerade weil Defoe mit Sympathie aus der Robinson-Perspektive das Herr-Diener-Verhältnis beschreibt, manifestiert sich die Selbstverständlichkeit, mit der hier eurozentrisch Besitz ergriffen wird von der Welt und ihren Völkern:

„... Einen treueren, liebevolleren, ehrlicheren Diener als Freitag hat wohl nie jemand gehabt...mit seinem ganzen Gefühl hing er an mir wie ein Kind an seinem Vater...Dies veranlaßte mich oft, festzustellen, und zwar mit Staunen, daß Gott, wenn es ihm auch in seiner Voraussicht und in seiner Herrschaft gefallen hat, einem so großen Teil seiner Geschöpfe den besten Teil dessen vorzuenthalten, wozu ihre Fähigkeiten und ihre Seelenkraft angelegt sind, ihnen doch die gleichen Kräfte, die gleiche Vernunft, die gleichen Leidenschaften...und alle Fähigkeiten, Gutes zu tun und Gutes zu empfangen, verliehen hat wie uns und daß sie ...ebenso bereit sind wie wir, ja noch bereiter, angemessenen Gebrauch davon zu machen. Dies ließ mich manchmal sehr schwermütig werden, wenn ich darüber nachdachte, wie schlecht wir bei den verschiedenen Gelegenheiten all das nutzen, obwohl wir zu unserer Erleuchtung jenes helle Licht der Unterweisung, den Geist Gottes und die Kenntnis seines Wortes, zusätzlich zu unserer Vernunft haben, und weshalb es wohl Gott gefallen haben mag, eben dieses rettende Wissen vor so vielen Millionen Seelen zu verbergen, die, wenn ich nach diesem armen Wilden urteilen konnte, besseren Gebrauch davon machen würden als wir.“

In all dieser anrührenden Geneigtheit läßt die Herrscherhaltung der Einverleibung und Eingliederung die wechselseitig bereichernde Neugier auf die fremden anderen nicht aufkommen. Hier wird vielmehr alles Fremde durch das Eigene definiert, was sich in der christlichen Mission bereits vom 16. Jahrhundert an weithin durchsetzt und vom führenden jesuitischen Missionologen José de Acosta (1571-86 in Peru) auf die Formel gebracht wird: „Modelación humana del Indio“. Was besagt: man müsse die Barbaren erst zu Menschen machen, ehe sie zu Christen werden könnten.

In seinem 1589 im spanischen Salamanca herausgegebenen Werk: „De promulgatione Evangelii apud barbaros sive de procuranda indorum salute libri sex“ schlägt er deshalb vor, die Götzen aus den Herzen zu entfernen und dafür zu sorgen, daß sie aus den Augen und Bräuchen verschwinden. Jede ihrer Spuren müsse vernichtet werden, was am besten dadurch geschehe, daß Zeremonien durch Zeremonien in Vergessenheit gebracht würden. Mit einem Wort: Entwurzelung steht auf der Tagesordnung.

Auf den ersten Blick wirkt die „Modelación humana del Indio“ wie eine Vorwegnahme des Bonhoefferschen Denkansatzes bei einer Unterscheidung von „letzten und vorletzten Dingen“, wenn Bonhoeffer in seiner „Ethik“ (Werke, Bd. 6, München 1992, S. 152) darauf pocht, daß das „Vorletzte“ ( „das Menschsein und das Gutsein“) um des Letzten willen (die den Sünder rechtfertigende Gnade Gottes) gewahrt bleiben müsse und das illustriert an einer Situation, in der „ein menschliches Leben der Bedingungen, die zum Menschsein gehören, beraubt wird“. Hier, so Bonhoeffer, sei „die Rechtfertigung eines solchen Lebens durch Gnade und Glauben wenn nicht unmöglich gemacht, so doch ernstlich gehindert. Konkret: Der Sklave, dem die Verfügung über seine Zeit soweit genommen ist, daß er die Verkündigung des Wortes Gottes nicht hören kann, kann durch dieses Wort Gottes jedenfalls nicht zum rechtfertigenden Glauben geführt werden.“ Daraus ergibt sich für Bonhoeffer „die Notwendigkeit, mit der Verkündigung des letzten Wortes Gottes, der Rechtfertigung des Sünders aus Gnaden allein, auch für das Vorletzte Sorge zu tragen, in dem Sinne, daß nicht das Letzte durch Zerstörung des Vorletzten verhindert werde. Der Verkünder des Wortes, der nicht zugleich alles dafür tut, daß dieses Wort auch gehört werden kann, wird dem Anspruch des Wortes auf freien Lauf, auf ebene Bahn nicht gerecht. Es muß dem Wort der Weg bereitet werden. Das verlangt das Wort selbst.“

Bei genauerer Betrachtung erweist sich jedoch die „Modelación humana del Indio“ des José de Acosta als der Bonhoefferschen Intention entgegengesetzt; denn Acosta will die fremde Religiosität des Indio - als Götzendienst gebranntmarkt - durch die spanisch-katholische ersetzen, Zeremonien durch Zeremonien vergessen machen. Acosta versucht ins Herz des zu Missionierenden einzudringen. Eine wie auch immer geartete sozioökonomische Lage, die der Evangeliumsverkündigung im Weg stehen könnte, kommt beim Jesuiten-Missionologen gar nicht in den Blick. Er fällt mit seinem Denkansatz hinter die paulinische Freiheit einer voraussetzungslosen Christus-Botschaft zurück und setzt vor die göttliche Rechtfertigung des „Gottlosen“ die Übernahme spanisch-katholischer Ideologie.

In dieselbe Richtung denkt Diego de Landa Calderón (1524-79; verwandt mit dem berühmten spanischen Dramatiker Pedro Calderón de la Barca), der als Franziskaner von 1572 bis zu seinem Tode das Bischofsamt von Yucatán bekleidet. In seiner Biographie begegnet uns zum ersten Mal dieselbe schizophrene Haltung gegenüber den Kulturen der „amerikanischen“ Indígenas wie sie uns mit der „Robinson“-Lektüre entgegentritt.

Als der 25jährige Franziskaner-Priester 1549 auf eigenen Wunsch zur Mission nach Yucatán gesandt wird, empfindet er die „Entdeckung“ dieser den Europäern bisher unbekanntem Territorien als göttliche Bestätigung der für seinen Orden stimulierenden Prophezeiungen des Joachim von Fiore (ca. 1130-1202) wonach sich die Menschheit in der dritten und letzten Zeit vor dem Anbruch der Gottesherrschaft befindet, der Weltordnung des Heiligen Geistes, die mit dem Vater des westlichen Mönchswesens, dem Heiligen Benedikt von Nursia (geb. um 480 in Umbrien) begonnen hat und in das Weltende mündet. In der Conquista der neuen Länder, jenseits des Atlantiks eröffnet sich die Möglichkeit die dort Lebenden zum Christentum zu bekehren. Dieser Aufgabe gilt de Landas ganze Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund übernimmt er auch das Amt des Inquisitors und veranstaltet 1561 ein Autodafé.

Was ihn dazu bewegt, zeigt seine „Relación de las cosas de Yucatán“. Er schreibt sie, 1566, als Guardian des Klosters San Antonio de Cabrera, in Spanien, als er sich in einem sechsjährigen Verfahren vor dem franziskanischen Ordensprovinzial von Kastilien verantworten muß. In diesem „Bericht aus Yucatán“ (Reclam-Verlag Leipzig 1990, S. 135ff.) heißt es über die Indígenas von Yucatán:

„Diese Leute gebrauchten auch bestimmte Schriftzeichen oder Buchstaben, mit denen sie in ihren Büchern ihre alten Geschichten und ihre Wissenschaften aufschrieben, und durch sie, die Bilder und einige Zeichen an den Bildern verstanden sie ihre Angelegenheiten, machten sie anderen begreiflich und lehrten sie. Wir fanden bei ihnen eine große Zahl von Büchern mit diesen Buchstaben, und weil sie nichts enthielten, was von Aberglauben und den Täuschungen des Teufels frei wäre, verbrannten wir sie alle, was die Indios zutiefst bedauerten und beklagten ... jetzt gebrauchen sie ihre Schriftzeichen für nichts mehr, besonders gilt das für die jungen Leute, die unsere Buchstaben erlernt haben.“

Vor allem durch die Freundschaft mit einem Kaziken, gewinnt Diego de Landa Einblicke in die Tradition der yucatekischen Indígenas, die er für seine Missionstätigkeit nutzen möchte. So wird der „Bericht aus Yucatán“, geschrieben von einem der intensivsten Zerstörer autochthoner Kultur, paradoxer Weise zur Informationsquelle über diese Kultur für folgende Generationen.

Repräsentant einer völlig anders ausgerichteten Begegnung mit fremden Kulturen und Völkern ist der Sohn eines Adligen (in Sevilla durch Handel zu Wohlstand gelangt) der nachmalige Dominikaner-Bischof von Chiapas, Fray Bartolomé de Las Casas (1474 - 1566).

In fast zehnjähriger Arbeit sammelt er Manuskripte, amtliche Dokumente und Briefe, die sich auf die Eroberung der „neuen Länder“ beziehen. Seinen systematischen Recherchen verdanken wir u.a. die Kenntnis der Kolumbus-Schiffstagebücher. Er läßt sich auf die Kultur der neuen, fremden Völker ein und warnt davor, diese mit europäischen Maßstäben zu messen. Er sieht keinen Grund zu spanischer Überheblichkeit gegenüber den „Indianern“. Als erster vergleicht er die Maya-Tempel auf Yucatán mit den ägyptischen Pyramiden. Bis zu seinem Tode, im Jahre 1566, schreibt er an verschiedenen Werken wie der „Apologética historia de las Indias“, der „Brevissima relación de la destrucción de las Indias“ und seinem Hauptwerk, der „Historia general de las Indias“, die erst 1877 im Druck erscheint.

Sein Kampf für die Rechte der Indígenas führt 1542 zu den „Neuen Gesetzen“ für die spanischen Kolonien, deren Schlußsatz lautet: „Es soll mit den Bewohnern der Westindischen Länder in allen Dingen so verfahren werden wie mit den freien Untertanen der Krone Kastiliens: denn zwischen diesen und jenen ist kein Unterschied.“ (zitiert nach: Bartolomé de Las Casas, Kurzgefaßter Bericht von der Verwüstung der Westindischen Länder, hrsg. v. Hans Magnus Enzensberger, Insel-Taschenbuch 553, Frankfurt a. M. 1981, S. 146).

Um so tragischer ist es, daß das taktische Geschick des Bischofs von Chiapas im Umgang mit den spanischen Behörden bis hin zum Kaiser zur Initialzündung für den „Dreieckshandels“ mit afrikanischen Sklaven wird. Während einer Audienz, im Jahre 1520, bei Kaiser Karl V. verweist Las Casas auf die schwache Konstitution der Indígena und bemerkt, daß die Einwohner Afrikas den Strapazen der Gruben- und Plantagenarbeit weit eher gewachsen seien. Unter Hinweis auf diese Äußerung von Las Casas entwickelt sich über mehr als dreieinhalb Jahrhunderte das unmenschliche Geschäft des Sklavenhandels mit Afrikanern. Des Bischofs bitterer wie wirkungsloser Kommentar in seiner „Historia General de las Indias“:

„Der Priester Las Casas hat als erster dazu geraten, daß man Afrikaner nach Westindien einführe. Er wußte nicht, was er tat. Als er vernahm, daß die Portugiesen wider alle Rechtlichkeit in Afrika Menschen fingen und sie zu Sklaven machten, bereute er bitter seine Worte...Das Recht der Schwarzen ist dem Recht der Indianer gleiche.“ (a.a.O., S. 144)

Michel de Montaigne (1533-1592) ist nun zu nennen. Er gehört mit seiner Haltung gegenüber den Völkern der „Neuen Welt“ in eine Reihe mit Bartolomé de las Casas.

1580 überreicht er König Heinrich III. die erste Ausgabe seiner „Essais“. (Wir zitieren aus: Michel de Montaigne, Die Essais, Hrsg. v. Arthur Franz, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung Leipzig 1953) Darin nimmt er - vor dem Hintergrund der blutigen Hugenotten-Kriege im eigenen Land -, trotz informatorischer Defizite, deutlich Partei für ein partnerschaftliches Miteinander. Im 6. Kapitel des Dritten Buches (a.a.O., S. 322ff.) schreibt Michel de Montaigne unter der Überschrift:

„Über Kutschen

Unsere Welt hat vor kurzem eine neue Welt entdeckt, ... so groß, so voll, so kräftig wie sie selbst ist; und doch so neu und so jung, daß ihr noch das Abc beigebracht wer-

den muß: vor weniger als fünfzig Jahren wußte man noch nicht, was Schreiben ist...; sie waren sozusagen noch ein nackter Säugling am Busen der Mutter Natur...Es war eine kindliche Welt...Als wir mit ihnen verhandelten, zeigten die meisten ihrer Antworten, daß sie uns an natürlichen Geistesgaben, Klarheit und Treffsicherheit, nicht unterlegen waren...Ihre kunstreichen Arbeiten...zeigen, daß sie uns auch in handwerklicher Geschicklichkeit nicht nachstanden. Ihre Frömmigkeit (!), ihr Gehorsam gegen die Gesetze, ihre Güte, ihre Freigebigkeit, ihre Ehrlichkeit, ihre Offenheit standen höher als bei uns; aber es ist uns recht nützlich gewesen, daß wir von diesen Vorzügen nicht so viel besaßen wie sie: infolge der Überlegenheit in diesen Tugenden sind sie in ihr Verderben gerannt; sie haben sich dadurch selbst verraten und verkauft.“

„Wie hätte sich die ganze Welt verjüngt und gebessert, hätte das Verhalten der ersten Vertreter unserer Welt, die die Völker drüben zu sehen bekamen, diese veranlaßt, unsere Auffassung von Tugend zu bewundern und nachzuahmen und dadurch zwischen hüten und drüben ein Band brüderlicher Gemeinschaft und Eintracht zu knüpfen. Wie leicht wäre es gewesen, die Seelen von Menschen zu gewinnen, die so unberührt, so lernbegierig waren und in der Regel so glücklich veranlagt! Aber nein: wir haben ihre Unwissenheit und Unerfahrenheit dazu mißbraucht, sie an Verrat, Unzucht, Habsucht, Grausamkeit und unmenschliches Verhalten aller Art zu gewöhnen, weil sie unsere Sitten sahen und sich danach richteten. Wo hat es je Menschen gegeben, die der Sucht nach Handels- und Tauschgewinn so vollständig verfallen waren? Zerstörte Städte, ausgerottete Völker, Millionen erschlagener Menschen, völliger Umsturz im reichsten und schönsten Weltteil, nur weil man Perlen und Pfeffer einheimen wollte! Es waren Siege ohne höheren Sinn...Eine Handvoll Spanier fuhren an der Küste entlang auf der Suche nach Edelmetall...Sie stellten sich den Bewohnern in der gewohnten Weise vor: 'Sie hätten friedliche Absichten, kämen weit hergereist, sie wären vom König von Kastilien geschickt, und das sei der mächtigste König auf der bewohnbaren Erde, dem der Papst, der Stellvertreter Gottes auf Erden, ganz Indien zu Lehen gegeben hätte; wenn sie ihren Tribut zahlen wollten, würden sie sehr gnädig behandelt werden.' Außerdem verlangten sie Lebensmittel zur Nahrung und Gold zu medizinischen Zwecken; schließlich erklärten sie ihnen den Glauben an einen einzigen Gott und die Wahrheit unserer Religion, die sie ihnen anzunehmen rieten; zum Schluß kamen noch einige Drohungen.

Die Antwort lautete folgendermaßen: ‚Wenn sie wirklich friedlich wären, so sähen sie jedenfalls nicht so aus; ihr König müsse wohl arm und bedürftig sein, da er Forderungen stellte; und derjenige, der ihm das Land zugesprochen hätte, müßte ein zwietrachtliebender Mann sein, wenn er einem Dritten etwas schenkte, was ihm nicht gehöre, und ihn dadurch gegen die früheren Besitzer aufhetzte: Lebensmittel würden sie ihnen liefern; Gold hätten sie wenig, und sie schätzten es auch gar nicht besonders, da es für ihre Bedürfnisse überflüssig sei; sie verlangten vom Leben nur Glück und Zufriedenheit; deshalb könnten sie ruhig alles mitnehmen, was sie fänden, außer dem, was im Lande für den Gottesdienst gebraucht werde; was sie darüber vorgetragen hätten, daß es nur einen Gott gäbe, das hätte ihnen gefallen; aber eine andere Religion wollten sie nicht annehmen, da die eigene ihnen so lange gute Dienste geleistet hätte; und sie wären gewöhnt, sich nur bei ihren Freunden und Bekannten Rat zu holen. Ihre Drohungen seien ein Zeichen von Unverständnis, denn sie wüßten doch gar nicht, von welcher Art die Menschen seien, denen sie Angst machen wollten ...‘ Das ist ein Beispiel von dem Gestammel dieser Primitiven ...“

Im 29. Kapitel des Ersten Buches (a.a.O., S. 117ff.) notiert de Montaigne:

„Über die Kannibalen

Ich habe lange mit einem Mann verkehrt, der zehn oder zwölf Jahre in dieser anderen Welt gelebt hat, die in unserem Jahrhundert entdeckt worden ist, in Brasilien, wo Villegaignon landete. Er nannte das Land antarktisches Frankreich ... Es war ein einfacher, ungebildeter Mann; gerade dieser Umstand macht sein Zeugnis glaubwürdig. Denn kultivierte Leute sind zwar wißbegieriger und sehen mehr, aber sie wollen alles erklären; und um ihre Deutung wahrscheinlich und für andere einleuchtend zu machen, laufen sie Gefahr, die Tatsachen etwas zu verfälschen ... Nach diesem Bericht sind die Völker dort durchaus nicht barbarisch oder wild; gewöhnlich freilich wird alles als Barbarei bezeichnet, was ungewohnt ist. Eigentlich lassen wir ja als richtig und vernünftig nur das gelten, was in dem Lande, wo wir sind, vorkommt und was zu den hier üblichen Anschauungen und Gebräuchen paßt. Wo wir leben, da ist immer die einzig richtige Religion, die einzig richtige Politik ... Die Einwohner dieses fernen Landes sind Wilde in dem Sinne, wie man als Wildobst solche Früchte bezeichnet, welche die Natur auf dem gewöhnlichen Wege von sich aus hervorgebracht hat. Durch unsere Eingriffe haben wir diese ja eigentlich verfälscht und der Normalentwicklung entfremdet; unser verfälschtes Obst sollten wir lieber Wildobst nennen;...durch die Umzüchtung in der Richtung unseres verdorbenen Geschmacks haben wir gerade diese Naturkräfte in ihnen verkümmern lassen ... Die Kunst zeigt sich eben doch unserer großen und mächtigen Mutter Natur nicht überlegen. Wir haben den Reichtum und die Schönheit ihrer Werke durch unsere Erfindungen so überdeckt, daß wir sie vollständig erstickt haben ...Es gelingt uns mit aller Anstrengung nicht, etwas zu schaffen wie das Nest des unscheinbarsten Vögels...oder wie das Netz der winzigen Spinne... Also: diese fremden Völker kommen uns so barbarisch vor, weil sie vom menschlichen Geist wenig umgestaltet und ihrem Originalzustand noch sehr nahe sind. Bei ihnen sind die Naturgesetze noch in Geltung; sie sind durch menschliche Gesetze noch wenig verdorben ... Was wir bei diesen Völkern in der Wirklichkeit erleben, ist mehr als alle Bilder, die die Dichter sich ausgemalt haben, um damit die Vorstellung vom goldenen Zeitalter auszuschnücken, und als alle Utopien von Menschenglück, ... kein Dichter und kein Philosoph hat eine so reine und einfache Natürlichkeit ausdenken können, wie wir sie hier verwirklicht sehen können; keiner hat es für möglich gehalten, daß die menschliche Gesellschaft mit so wenig künstlichen Zwangsmitteln bestehen könne ... Plato müßte zugeben, daß der Idealstaat, den er sich ausgedacht hat, bei weitem nicht so vollkommen ist wie dieser.“

Am Ende einer breiten Schilderung dieser südamerikanischen Gesellschaft schildert de Montaigne die Tötung eines Kriegsgefangenen, dessen gebratenes Fleisch man gemeinschaftlich verzehrt. Sein Kommentar:

„Ich habe durchaus nichts dagegen einzuwenden, daß man in einem solchen Vorgehen eine furchtbare Barbarei sieht; wohl aber dagegen, daß wir zwar ihre Fehler verdammen, aber so blind gegen unsere eigenen Fehler sind. Es ist doch viel barbarischer, einen lebenden Menschen zu martern, als ihn nach dem Tode aufzuessen; einen Körper, der noch alles fühlt, zu foltern, ihn langsam zu verbrennen...und zwar nicht alten Feinden gegenüber, sondern unter Nachbarn und Bürgern derselben Gemeinde, und, was die Sache noch schlimmer macht, unter dem Vorwand von Glauben und Frömmigkeit...Wir können die Wilden also Barbaren nennen, wenn wir ihr Vorgehen von der Vernunft aus beurteilen, aber nicht, wenn wir sie mit uns vergleichen; denn wir sind in

vieler Beziehung barbarischer. Was sie zum Kampf treibt, ist eine hohe und edle Gesinnung; wenn am Kriege, dieser Pest der Menschheit, irgend etwas schön und entschuldigbar ist, so findet sich das bei ihnen. Bei ihnen bedeutet der Kampf nur eine Kraftprobe. Sie streiten nicht, um neue Gebiete zu erobern; denn die Natur ist bei ihnen noch so reich, daß sie ihnen, ohne Mühe und Arbeit, alles liefert, was sie brauchen, und zwar so reichlich, daß es für sie zwecklos wäre, ihr Gebiet zu erweitern.“

Beide einander kontradiktorisch gegenüberstehenden Traditionslinien in der Begegnung mit fremden Kulturen sind uns Folie wie Anstoß für eine wirksame Auseinandersetzung mit gegenwärtigem globalem Herrschaftsstreben, das sich als Kampf gegen internationalen Terrorismus tarnt und mit seinen Wurzeln bis zur Conquista-Politik im Frühkapitalismus zurückreicht.



## Inge Viett

### Auszüge aus „Morengas Erben“

Zehntausend Meter unter uns breitet sich die Kalahari aus. Durch die klare Luft erkenne ich aus dieser Höhe Einzelheiten am Boden, den weitläufigen kargen Bewuchs niedriger Bäume und Büsche. Niedergehalten von der brennenden Sonne. Ihre Erde hat die Farbe verblichener Knochen.

*Unmöglich über die Kalahari zu fliegen und nicht an die Geschichte der namibischen Völker, an die Geschichte der Hereros erinnert zu werden.*

In diesem Brennofen da unten haben die kaiserlich deutschen Truppen ihren ersten Völkermord praktiziert. Da unten haben zigtausend Menschen und Tiere erfolglos gegen den Dursttod gekämpft. Kein Wunder, daß die Erde, die Farbe verblichener Knochen hat. Das Sterben war lang, so lang wie der Kampf ums Überleben. In verzweifelter Hoffnung auf Wasser hatten die Menschen bis zu zehn Meter tiefe Brunnen gegraben, um am Ende entkräftet hineinzufallen und zu sterben.

Wieder bin ich unterwegs in einer Gegenwart, die sich müht mit den Traumata hundertjähriger Verstümmelung fertig zu werden: Die Christianisierung durch die europäischen Missionare, die Kolonisierung durch das imperiale deutsche Kaiserreich, die Vernichtungspolitik gegenüber den Hereros und Namas, die Enteignung und Entrechtung der afrikanischen Nationen auf diesem Stück Erde, die Apartheidpolitik der Südafrikaner, dann der lange bittere Befreiungskampf um Unabhängigkeit, der bis heute nicht aufgehört hat, auch wenn die Befreiungsbewegung 1990 an die Macht gekommen ist.

Und ich bin unterwegs in einem Land so tausendschön, so schüchtern trotz seiner Extreme, so freundlich trotz seiner Rauheit, so hartnäckig und zäh im Überleben. Die Menschen, die Tiere, die Natur.

### Hererogeschichte

Aus der Ferne gesehen, steht der Waterberg wie ein einziges grobes Möbelstück in einem leeren ausgedehnten Raum. Ein großer flacher Tisch zum Tafeln! Fünfzig Kilometer lang, maximal 16 Kilometer breit und 1800 Meter über dem Meeresspiegel. Trotzdem ist er nicht sehr hoch, weil das namibische Innenland sich hier schon tausend Meter über den Meeresspiegel erhebt. Dieser „Tisch“ ist reich gedeckt mit historischen Bedeutsamkeiten und gegenwärtigem Reichtum an Flora und Fauna, der für Namibia ungewöhnlich ist. Durch seine geologische Besonderheit ist er wie ein Leben spendender Wasserspeicher geschaffen. Das Plateau ist bedeckt mit einer zehn Meter dicken Schicht aus feinstem Sand, der aus der Kalahari aufgeweht wird. Wie ein Schwamm und wie ein Filter saugt die Sandschicht den Regen auf und leitet ihn in die unteren Schichten, bevor er in der Hitze verdunsten kann. Wunderbarer Weise trifft das Wasser dort

auf eine undurchlässige Schicht, so daß es sich einen horizontalen Weg bahnt und an den Seiten des Plateaus als Quellen wieder austritt. Es gibt fünfzehn solcher Quellen am Waterberg. In einem Wüsten- und Halbwüstenland wie Namibia ist eine Quelle - das Wasser überhaupt - der zentrale Lebensnerv. Wo es Wasser gibt, siedeln Menschen, gibt es Tiere und Pflanzen. Bevor die Weißen ins Land kamen, lebten am und auf dem Waterberg die Damara, die San und etwas später die Hereros. An der größten Quelle der „Otjosondjupa“ (Platz der Flaschenkürbisse) wurden Kürbisse und Melonen gepflanzt. Auf dem Plateau wurde gejagt. Wenn zu Dürrezeiten in den Ebenen kein Gras mehr zu finden war, zogen die Hereros mit ihren Rinderherden auf den Waterberg. Es gab oft Kämpfe zwischen den Afrikanern um die Quellen und Weidegründe.

Für die Missionare der Rheinischen Mission war der Berg ebenfalls ein geeigneter Ort, um sich niederzulassen. Sie errichteten hier 1871 durchaus mit der Erlaubnis des damaligen Hererohäuptlings Kambazembis eine Missionsstation, eine Schule für die „Heidenkinder“. Dies war nicht die erste Missionsstation der Rheinischen Missionen. Im Hereroland gab es bereits gut etablierte Stationen in den Hauptsitzen der Häuptlinge, die sich zu Handelszentren entwickelten, denn im Schleppe der Missionare kamen die europäischen Händler und machten die Stationen zu Umschlagsorten für ihre Waren. Die Hereros nahmen die Missionare skeptisch, vorsichtig, aber nicht unfreundlich auf, sie wurden nach einem traditionellen Prinzip der Gastfreundschaft empfangen. Außerdem brachten sie nützliche Sachen mit. Vor allem die Häuptlinge profitierten in mancherlei Weise von ihnen: medizinische Hilfe, Alkohol, Waffen, Munition und Dinge, die das alltägliche Leben erleichterten, kamen mit ihnen. Die Missionare unterrichteten die Söhne der Stammeselite, dienten den Häuptlingen als Sekretäre und mehrten dadurch Macht und Ansehen der Häuptlingsfamilien. Bei politischen Konflikten im Machtgefüge der Häuptlinge nahmen sie diplomatische und politische Funktionen ein, schlugen sich mal auf diese, mal auf jene Seite. Die Missionsstationen spielten bis zur totalen Durchsetzung des deutschen Machtanspruchs in der Konstituierung der Hererogesellschaft eine zentrale Rolle als politisch/ökonomische und soziokulturelle Drehscheibe. Sowohl für die Hereros als auch für die Rheinische Mission waren sie eine Machtbasis für die jeweils eigenen Interessen. 1870 wurde die Missions-Handels-Aktien-Gesellschaft gegründet und damit begann auch die militärische Bedeutung der Missionsstationen, sie wurden zu Festungen ausgebaut. Die Christianisierung war in den ersten Jahrzehnten mangels Erfolg von marginaler Bedeutung.

Die Afrikaner sahen zunächst keinerlei Gefahren in der Absicht und der Arbeit der Missionare, schließlich war deren Sicherheit und Leben völlig in ihrer Hand. Noch 1904, als die Deutschen schon fast das ganze Land mit ihrer Hilfe unterworfen hatten und die Hereros den Deutschen den Krieg erklärten, hatte der oberste Häuptling der Hereros Samuel Maharero den Befehl herausgegeben: „alle deutschen Männer zu töten, die Frauen, Kinder und Missionare aber zu verschonen.“

Die Missionare haben den Weg für die Händler, Siedler, Beamten und Soldaten des kolonialen deutschen Kaiserreichs gebahnt. Sie haben die Türen geöffnet für die Kolonisierung der schwarzen Völker und die Korruption ihrer Eliten. Ihr Bedürfnis, den „Barbaren“ Gottes Wort zu lehren und im afrikanischen Busch „Oasen europäischer Zivilisation“ zu errichten, war in der Praxis die Vorbereitung für die nachfolgende Kolonialisierung. Die Christianisierung war Teil der Unterwerfung und Vernichtung der Afrikaner.

Das imperiale Deutschland war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, eine aufsteigende Kolonialmacht. Alle Kontinente waren bereits unter den anderen europäischen Mächten aufgeteilt, in Afrika gab es noch einige nicht besetzte Gebiete. Mit der Landung der „Brigg“, einem Schiff des Bremer Kaufmanns Franz Adolf Lüderitz, begann die Inbesitznahme von Süd-West-Afrika. Lüderitz war nicht zum Handeln gekommen, er wollte das Land kaufen. Sein Schiff war mit Baumaterialien, Waffen und Gold beladen. Wenige Wochen später hatte er dem Kapitän Frederiks, dem damaligen Führer der Namas, für 200 Gewehre und 100 Pfund Gold die Angra Pequena Bucht abgekauft. Fortan hieß sie Lüderitz Bucht. Lüderitz ergaunerte sich von den Namas ein Territorium von 500 km mal 150 km Größe, machte es zu Privatbesitz und hißte die Flagge des Deutschen Reiches.

Die Missionare hatten das Feld sondiert, die ersten Stützpunkte errichtet, sich mit dem politischen Gefüge der afrikanischen Gesellschaften vertraut gemacht und verflochten, und die Bevölkerung mit ihrem neuen Gott, fremdem Wissen, nützlichen und unnützen Geschenken verwirrt. Die nachfolgenden Händler, Landvermesser, dann die Beamten und die ersten Siedler trafen dank der Missionare auf eine positive, erwartende Mentalität der Afrikaner. In völliger Verkennung der Absichten und Ziele der Weißen, haben die einheimischen namibischen Völker die sich ausbreitenden, Institutionen gründenden, Armee aufstellenden Deutschen zunächst als mögliche Verbündete in ihren eigenen kriegerischen Konflikten untereinander gesehen. Es wurden „Schutzverträge“ abgeschlossen und je mehr ein Stammeshäuptling sich von einem Rivalen bedroht sah, je eher war er bereit, die Unterstützung der Deutschen zu beanspruchen und dafür im Gegenzug Land abzutreten. Die betrügerischen Händler brachten Alkohol, Waffen, Munition, europäische Gegenstände, Nahrung und viel Tand ins Land. Die Bevölkerung und auch die Stammeselite waren schell verschuldet und mußten mit Rindern und Land bezahlen. Verträge, Schuldscheine, Unterschriften wurden ihnen mit Hinterlist ange-dreht oder abgepreßt. Für die Afrikaner waren das nur Rituale der Weißen, die wieder verändert werden konnten, wenn die Umstände eine Änderung verlangten. Ein Stück Papier, dem keinerlei Macht anhaftete. Wie ein gegebenes Wort unter neuen Umständen zurückgenommen werden konnte, eine Abmachung jederzeit neu verhandelbar war, so war auch ein Vertrag nichts Endgültiges. Eigentumsrechte, Eigentumstitel waren ihnen fremd. Sie kannten nur Gemeinbesitz. Das Land war Stammesbesitz, die Ausdehnung der Weideregionen für die Rinderherden waren bestimmt von Regen- und Trockenzeiten, nicht von Grenzen und Zäunen. Wenn sie den Deutschen Land abtraten, bedeutete es für sie keinesfalls, daß es jetzt den Weißen und nicht mehr ihnen gehörte, sondern daß die Weißen es ebenfalls nutzen durften. Sie teilten die Nutzbarkeit.

Die Deutschen aber zogen Zäune, errichteten Grenzen, schafften Gesetze und bewaffnete Gesetzeshüter zum Schutz ihres „Eigentums“. Rinder wurden konfisziert, die Menschen ins Gefängnis gesteckt oder erschossen, wenn sie die Zäune nicht respektierten. Die Afrikaner wurden gewaltsam in ein Rechtssystem gezwungen, das praktisch genau das Gegenteil vom traditionellen afrikanischen Verständnis von Kollektivrecht, Gerechtigkeit und Konfliktlösung war.

Es dauerte einige Jahrzehnte, bis die Afrikaner die stetige Einkreisung durch die Weißen als Existenzbedrohung erkannten und zum Widerstand rüsteten. Die Namas erkannten es früher als die Hereros. Erst als die Kolonialregierung Reservate für die afrikanischen Völker festlegte und damit die Überlebensfähigkeit der Hereros und ihrer

Rinderherden bedrohte, rüsteten die Hereros zum Widerstand. Mit der unakzeptablen Alternative vor Augen, für die Weißen arbeiten zu müssen, weil sie sich nicht mehr autonom ernähren können, sammelten sie sich und erklärten den Deutschen den Krieg. Aber da war es schon zu spät. Die Dominanz der Deutschen Kolonialisten war bereits auf allen Gebieten politisch militärisch, ökonomisch und geographisch gefestigt. Nicht zuletzt auch weil die Hereros jahrelang die treuesten Verbündeten der Deutschen gewesen waren. Die Geschichte von Samuel Maharero dem Obersten Häuptling - das ist der Rang eines Königs- liest sich wie die Geschichte eines schamlosen Opportunisten, der seine Augen vor den politischen Folgen seiner Kollaboration verschloß, weil seine privaten Bedürfnisse, seine persönliche Macht von den Deutschen bedient und abgesichert wurden. Christianisiert durch die Rheinischen Missionare, im kaiserlichen Berlin von seiner Majestät Wilhelm II, empfangen, ausgehalten mit einer monatlich gut dotierten Apanage, war Samuel ein Spielball der deutschen Kolonialpolitik. Ihn verband eine persönliche Freundschaft mit Leutwein, dem ersten Gouverneur von Deutsch Südwestafrika. Mit politischer und militärischer Hilfe von Leutwein hat Samuel Maharero seine Häuptlingsschaft durchgesetzt und seine Rivalen aus dem Weg geräumt. Er war mit Leutwein durch ein komplexes Netz von Abhängigkeiten verbunden, bis seine eigenen Leute ihn vor die Alternative stellten: „Entweder du gibst den Befehl zum Aufstand oder du bist kein Häuptling mehr.“

Die Hereros waren für die Deutschen die wichtigsten Verbündeten gewesen, weil sie am stärksten politisch organisiert und einflußreich waren. Als Abtrünnige waren sie nun die größte Gefahr für die Festigung der kolonialen Herrschaft.

Die Sonne ist bereits über dem Zenit, als wir in die Staubstraße Richtung Waterberg Camp einbiegen. Es sind höchstens noch zwanzig Kilometer. Zwei junge Männer und ein Kind stehen am Straßenrand und wollen mitgenommen werden. Eigentlich haben wir uns aus Sicherheitserwägungen heraus vorgenommen, höchstens einen einzelnen Mann mitzunehmen. Wir halten wie so oft trotzdem an und aus einer Staubwolke kommen sie herangerannt. „Können Sie uns ins Camp mitnehmen? Wir arbeiten dort.“

Die Straße ist ein Waschbrett, der Wind hat eisenharte Wellen in die Oberfläche geschnitzt. Ich muß das Steuerrad fest umklammern und das Auto klappert so laut, daß wir uns nur schreiend verständigen können. Wie lange wir bleiben wollen, fragt einer der Männer. Zwei bis drei Tage antworten wir.

„Ich heiße Keshi,“ sagt er „wir sehen uns bestimmt noch.“

Wir sind von dem Camp begeistert. Riesige alte Bäume auf weitflächigem Areal spenden Schatten. Wir rollen unter die Krone einer mächtigen Akazie, lassen uns nieder, machen Feuer und kochen Spaghetti. Alles ist da, funktioniert und ist hygienisch einwandfrei: Strom, Toiletten, Duschen, eine vorzügliche Wasch- und Kochküche. Erdmännchen spielen und pfeifen in nächster Nähe, ohne sich von uns stören zu lassen. Ein wunderschöner Toquo sitzt gelassen im offenen Küchenfenster, einige Safarigruppen bauen ihre Zelte auf.

Was für ein Abend! Die sinkende Sonne vergoldet die steilen Riffs des Waterbergs. Fledermäuse fliegen schnell und geräuschlos durch das Halbdunkel, eine kühle Stille breitet sich aus, kleine Feuer brennen an den Lagern. Es wird gesungen.

Die Dämmerung hat es immer eilig in Afrika. Mit dem Restrot der Sonne bricht sie plötzlich herein, verweilt nur kurz und verschwindet ebenso plötzlich in der Dunkelheit.

Frederike hat uns eine Petroleumlaterne mitgegeben. Sie schaukelt noch eine Weile über uns in der Akazie, während wir herumsitzen, den Sternen zusehen, wie sie sich versammeln, verdichten und zu flimmern beginnen. Im stündlichen Takt läuft ein Securityguard das Gelände ab, bewaffnet mit einem Gewehr.

Das Camp am Waterberg ist staatlich und gut ausgestattet. Die historische „Schlacht am Waterberg“ ist heute touristisch aufbereitet. Die ehemalige deutsche Polizeistation ist ein gut bestelltes Restaurant mit historischen Fotos an den Wänden und einer versierten afrikanischen Belegschaft.

Der Kambazembi-Wanderweg führt durch die grünen, dichten Hänge am Waterberg. Im Gelände entdecken wir die Reste alter Wasserkanäle, die Ruinen der ehemaligen Missionsstation. Kleine bunte Echsen huschen über den Weg und die Klippschliefer sonnen sich auf den Felsen. Der Friedhof der deutschen Soldaten ist von einer Mauer umgeben, die alten Grabsteine mit hochfahrenden, patriotischen Inschriften, werden sorgfältig erhalten, die Gräber stehen steinumrandet in Reih und Glied auf trockener, grasloser Erde. Es ist seltsam, dort zwischen den Gräbern herum zu laufen, tief in Afrika, und zu lesen: „Hier focht am 11.8.04 die Abteilung Deimling. Es starben den Helldentod...“

Oder „...gefallen zum Ruhme des deutschen Kaisers...“

Oder „... fanden in treuer Pflichterfüllung ihren Tod...“

Erst vor einigen Jahren wurde an der Mauer dieses Friedhofes auch eine schlichte Gedenktafel für die gefallenen Hereros angebracht: „Dem Andenken der in der Schlacht am Waterberg gefallenen Hererokrieger.“ Jedes Jahr zelebrieren die Nachkommen der Völkermörder an diesem Ort ihre kolonialen Rituale: die deutschen Kameradschaften, die deutschen Kulturpfleger, die deutschen Pfadfinder, die deutschen Volkstanzgruppen. Während ich dieses Büchlein schreibe, nähert sich wieder der Tag für die Rituale am Waterberg, und das erste Mal nach dreizehn Jahren Unabhängigkeit hat die namibische Regierung der deutschen Gemeinde mitgeteilt, was sie von diesem Gedenktag hält: „... Sie haben eine Epoche unsäglicher Grausamkeiten ausgesucht, um diese zu feiern und zeigen damit eine Gefühllosigkeit gegenüber der namibischen Nation, den Opfern des Völkermordes, in einer Zeit des Trauerns...“

Maharero war von seinen Leuten überzeugt worden, daß der Landraub und ihre Entrechtung durch die Deutschen nur noch mit Gewalt zu stoppen sei. Als Leutwein mit seinen Truppen im Süden war, um einen Aufstand der Namas niederzuschlagen, griffen Maharero und seine Leute an. Der Krieg begann im Januar 1904 mit dem Überfall auf die Missionsstation am Waterberg und in wenigen Tagen hatten sie ganz Zentralnamibia besetzt. Aber sie hatten nicht die Militärstationen zerstört, in denen die Deutschen sich verschanzt hatten und auf Verstärkung warteten.

Hereros waren in der Überzahl, hoch motiviert, aber schlecht ausgerüstet. Mit Gewehren und traditionellen Waffen kämpften sie gegen Kanonen, Schrapnellgranaten und Maschinengewehre. In jeder Schlacht, selbst in den siegreichen, wurden sie zu Hunderten niedergemäht. Trotzdem kämpften sie acht Monate lang bravourös und mit großer Verbissenheit. Bis es zur letzten Entscheidungsschlacht am Waterberg kam. Hier hatten sie alle ihre Kräfte versammelt. „Alle ihre Kräfte“ heißt im Verständnis der Herero: das ganze Volk hatte sich mit ihren Herden, dem gesamten Hab und Gut in der Region niedergelassen. Etwa sechzig- bis achtzigtausend Menschen mit zigtausend Rindern! Ein

riesengroßes Lager. In den Nächten erglühete der Busch von Tausenden heiligen Feuern. Das machte den deutschen Truppen die Einkreisung leicht. Es ist rätselhaft, warum Samuel Maharero hier an den Wasserquellen, das ganze Volk zusammensammelte und sich dem Gegner präsentierte. Damit den Kriegern die tödliche Schlacht leichter wurde? Denn siegen konnten sie in offener Schlacht nicht. Manche Erklärungen sagen: Maharero wollte hier ein Friedensangebot machen. Die Hereros hatten sich in den sieben Kriegsmonaten als sehr fähige Militärstrategen und ausgesprochen mutige, zu allem entschlossene Krieger gezeigt, als sie sich endlich zum Kampf entschieden hatten. Sie wussten jederzeit sehr gut über die Kolonialarmee bescheid und kannten deren absolute waffentechnische Überlegenheit. Die Führung der deutschen Truppe hatte der neue Gouverneur, General Lothar von Trotha, versehen mit allen kaiserlichen Befugnissen für die Niederschlagung des Widerstandes. Leutwein war wegen zu weicher Kriegsführung aus dem Amt entlassen worden. Für Trotha war dieser Krieg ein „Rassenkrieg“. Er hatte bereits Erfahrungen in den Mau-Mau-Aufständen in China und in den Kolonialkämpfen in Deutsch-Ostafrika gesammelt. Der Ruf von Brutalität und Gnadenlosigkeit ging ihm voraus. Sein erklärter Wille war es, „die aufständischen Stämme in Strömen von Blut“ zu vernichten. Seine Befehl an die Truppe lautete: alle bewaffneten Rebellen standrechtlich erschießen. Er setzte Kopfgeld auf die militärischen Führer der Hereros aus, fünftausend Mark für den Kopf von Maharero, für die Kapitäne tausend.

Ich bin nicht die einzige, die sich fragt, wieso die Hereros sich den deutschen Kolonialtruppen zur offenen Schlacht stellten, sich von den deutschen Truppen aus allen Himmelsrichtungen einkreisen ließen, obwohl ihnen völlig klar war: wenn sie diese Schlacht nicht gewinnen, sind sie als selbständiges Volk politisch, aber auch physisch ausgelöscht. Das militärische Ziel von Trotha die Hereros zu vernichten war ihnen bekannt. Warum haben sie keinen Partisanenkrieg geführt, sie hatten noch weite, von den Deutschen unkontrollierte Rückzugsgebiete als Hinterland für ihre Familien. Warum haben sie sich den Kanonen und Maschinengewehren gestellt, als wären sie unverwundbar.

Die Granaten und Kanonen der Deutschen waren weit über die Front hinaus in die Lager der Bevölkerung geschlagen und hatten Frauen, Kinder, Tiere und Nahrungsvorräte getroffen. Als sich abzeichnete, daß die Schlacht nicht zu gewinnen war, begannen zuerst die Frauen mit ihren Kindern, den Alten und den Tieren zu fliehen. Sie nahmen in Panik die Überreste ihres Hab und Guts und flüchteten, ihre Rinder vor sich hertreibend, in die einzige Richtung, die nicht von der deutschen „Schutztruppe“ besetzt war. Gen Südosten, ins wasserlose Sandfeld der Omaheke. Die Omaheke ist ein Teil der Kalahari. Die kämpfenden Männer deckten dem nur langsam vorwärts kommendem Zug zunächst den Rücken. Sie hatten nur zwei Tage Vorsprung, denn die Schlacht hatte auch den deutschen Truppen zugesetzt. Die einige Tage brauchten um sich neu zu organisieren und dann die Verfolgung aufzunehmen. Die Alten, die Frauen und Kinder verhungerten und verdursteten zuerst, weil Nahrung und Wasservorräte von den Männern den Kriegern beansprucht wurden. Viele wurden einfach auch zurückgelassen, weil sie zu langsam waren. Ihr Fluchtweg war von sterbenden und gestorbenen Menschen und Tieren gesäumt. Wer zurückwollte, lief in die Kugeln der deutschen Soldaten. Von Trotha hatte den Befehl gegeben, niemanden aus der wasserlosen Omaheke herauszulassen. Von Trotha gab die Verfolgung erst auf, als der Tod in Gestalt von Typhus und Wassermangel seine eigene Truppe halbiert hatte. Er ließ den Rückweg ins Hereroland

abriegeln und gab den Befehl, weder Wasser noch Nahrungsmittel oder irgendwelche Hilfe an zurückkehrende Hereros zu geben. Es kamen vor allem Frauen und Kinder zurück. Auf ihren Spuren folgten hungrige Hyänen und Löwen. Dem Tode nahe bettelten sie um Wasser und Brot. Die Soldaten gehorchten ihren Befehlen. Hinter den errichteten Dornenzäunen blieben die ausgemergelten Leichen liegen, bis die Raubtiere sie holten.

Die Rückkehr ins Hereroland bedeutete Tod. Die Flucht durch die Kalahari ins Bechualand oder in den Norden nach Angola schafften nur wenige. Zigtausende kamen in der Wüste um. Samuel Maherero gelang mit einigen Getreuen die Flucht ins Bechualand. Manche Unterhäuptlinge entkamen mit kleiner Gefolgschaft nach Angola. Etwa dreitausend Männer, Frauen und Kinder wurden gefangen und als Sklaven an die weißen Farmbesitzer verkauft, als Zwangsarbeiter in die Minen getrieben oder kamen in Gefangenschaft um. An den verschiedenen Orten des Landes waren Konzentrationslager für die gefangenen Hereros und Namas errichtet worden. Von 17 000 Gefangenen dieser Lager starb nahezu jeder zweite, an Entkräftung, Skorbut und anderen Hungerkrankheiten.

Das deutsche Reich hatte seinen ersten Genozid vollbracht. Die Hereros hatten aufgehört, ein souveränes Volk zu sein, Zweidrittel der Bevölkerung war physisch vernichtet, das letzte Drittel wurde brutal unterworfen, enteignet, versklavt oder ins Exil getrieben.

Vorsichtig berührt Keshi mit einem dünnen Stock die unzähligen Beine des müden Tausendfüßlers. Zusammengerollt liegt er da im feinen roten Sand und mag sich nicht von der Stelle bewegen. Es ist noch zu kalt, zu früh. So wie die Vögel sich in der Morgenfrühe der aufgehenden Sonne entgegenstrecken, um ihr Gefieder zu erwärmen, so wartet auch der Tausendfüßler, bis der Sand warm wird und seine Beine geschmeidig macht. Dieser hier ist fast dreißig Zentimeter lang, als er sich endlich entrollt und ungeschlüssig seinen fingerdicken, glänzend schwarzbraunen Gliederkörper streckt. Keshi sitzt im Sand und streicht solange zart mit dem Stöckchen über die feinen Beine des Tieres, bis es endlich losläuft. Die Bewegung der niemals gezählten tausend Beine ist wie eine unendliche Welle. Sie durchläuft in einem harmonischen Rhythmus den Körper vom Anfang bis zum Ende und wieder zurück. Keshi lacht und die fehlenden zwei Schneidezähne geben ihm was charmant Unschuldiges, Kindhaftes. „Das ist der Spielgefährte meiner Kinderzeit. Er war meine Eisenbahn. Mit Stöcken und kleinen Steinen hab ich eine kurvenreiche Strecke gebaut, damit er nicht ausbrechen und weglaufen konnte. Manchmal hab ich ihm leere Zigarettenschachteln an sein Ende gebunden, das war meine Transnamib.“

Dann richtet Keshi sich auf und sein Arm macht einen weiten Bogen, der die scheinbare Endlosigkeit der afrikanischen Landschaft unter uns einschließt. Wir stehen auf dem Waterbergplateau und schauen in die trockene Dornensavanne, die sich bis an den Horizont ausdehnt.

„Dies ist das Land meiner Ahnen, ihnen wurde das Land gestohlen und das Vieh, sie wurden von den Deutschen versklavt, vertrieben, getötet. Wer noch lebte, hatte ein schlechtes Leben. Seht ihr die vielen Ahnenbäume dort unten? Sie sind schon mehr als hundert Jahre tot, aber sie fallen nicht um. Und seht mich an, ich bin hier geboren, im Apartheidsystem. Ohne Chancen. Wir hatten nichts als unsere Armut. Und jetzt ist es

wieder unser Land. Ich bin hier geboren. Meine Großmutter kehrte mit meiner Mutter an den Ort ihrer Leiden zurück, sie war eine starke tapfere Frau.“

Die Ahnenbäume recken sich grau, kahl und gewaltig aus dem Grün der Akazienbäume hervor. Es sind heilige Bäume. In der Mythologie der Herero- und Ovambovölker sind alle ihre Vorfahren, auch alle Tiere, dem Ahnenbaum, dem *Omumborombonga* entsprungen. Kein Herero, dem die Ahnenverehrung noch wichtig ist, würde jemals einen *Omumborombonga* fällen. Er kann tausend Jahre alt werden. Ihm wird Respekt gezollt. Mit seinem Holz wird das heilige Feuer entzündet, die Stätte der Kommunikation mit den Ahnen. Heute brennen nur noch wenige heilige Feuer. Mit dem Vorrücken der westlichen Kultur verlieren sich die alten Traditionen.

Wir setzen uns in den Schatten eines riesigen knorrigen Feigenbaumes mit weit ausladender Krone, um uns herum eine üppige Vegetation aus Büschen, Farnen, verschiedenen Akazien, Aloen und Gräsern, die aus dem roten, heißen Sand herauswachsen. Vor uns ein geschütztes Wasserloch für das Wild. In der Nähe lärmen die Paviane und stolzieren gelassen um uns herum. Wir hören Keshis Erzählung zu. Er spricht ohne Phrase, ohne Anklage, zwischendurch sagt er freundlich lächelnd zu uns: „Das ist Geschichte, uns verpflichtet die Gegenwart zur Versöhnung.“

Keshis Großmutter Meekulu war Überlebende des Hererokrieges. Meekulu war fast noch ein Kind, sie kam als Sklavin auf die deutsche Polizeistation hier am Waterberg. Sie war recht- und schutzlos, jeder Grausamkeit der Umstände und der Weißen ausgeliefert, abgeschnitten von all ihren eigenen Zusammenhängen und Traditionen. Ihre Seele gedemütigt, ihre Gefühle verstümmelt, ihr Verstand geknebelt, so ertrug sie ihr Leben von einem Tag zum nächsten. Aber sie war stark und ging nicht unter, sie hatte noch Kraft anderen zu helfen.

Die Gefangenen der Polizeistation jammerten nach Wasser und Essen. Sie waren in unterirdische Zellen gepfercht und den unmenschlichen Behandlungen der weißen Polizisten ausgesetzt. Die Zellen waren von oben durch ein Gitter verschlossen. Vielen erging es wie ihren Angehörigen in der Omaheke-Wüste, sie verhungerten, verdursteten oder starben an Krankheit und Seuchen, oder sie ertranken in den gefluteten Zellen. Wenn ein malträtiertes Gefangene seine Hand hilfesuchend durch die Gitter streckte, schlug der wachhabende Polizist sie mit einem Bajonetthieb vom Arm herunter.

„Meine Großmutter mußte das täglich mit ansehen. Es waren ihre Leute, ihr Volk.“

Meekulu hielt es nicht aus. Sie begann die Gefangenen heimlich zu unterstützen und öffentlich über die Grausamkeiten zu klagen. Das war selbstmörderisch für eine Sklavin, und Meekulu konnte ihr Leben nur durch Flucht retten. Viele Tage hatten die Soldaten sie verfolgt, bis sie nach Angola entkam. Erst 1964 kehrte sie mit ihrer Familie nach Namibia zurück und siedelte wieder am Waterberg. Dieses Gebiet war von dem südafrikanischen Apartheidregime zum Herero-Homeland erklärt worden.

„Da war sie schon alt, aber sie hat mich noch großgezogen und mir die Geschichte meiner Vorväter erzählt.“

Keshi fährt uns im Schrittempo mit seinem „Fourwheel“ über das streng geschützte Plateau. Der Sand ist so locker und hoch, wir schwimmen von einer Seite auf die andere. Hier auf dem Plateau werden gefährdete Arten zur Regeneration ihrer Population ausgesetzt. Er zeigt uns die Spuren des schwarzen und weißen Nashorns und wenn eine Giraffe ihren langen eleganten Hals aus dem Busch streckt und uns neugierig beobachtet, hält er vorsichtig an, damit wir sie ebenso neugierig betrachten können. Zu allem weiß



er kleine Geschichten zu erzählen und hat eine Menge Informationen zu den Tieren und Pflanzen. „Lady“, sagt er, „das ist mein Land, das ist mein Job“.

Während ich im Schatten der Akazie sitze und lese, kommt zweimal der Guard vorbei, beim dritten Mal kommt er zu mir und stellt sich höflich vor: Salomon ist sein Name. Woher ich komme, wo mein Mann wäre, wie ich heiße und was ich von dem Krieg der Amerikaner gegen den Irak halte. Ich sage es ihm.

„Ja“, sagt er, „es ist das Öl, aber das ist egal, sie führen den Krieg, weil sie mächtig sind. Mächtige respektieren nichts. Sie nehmen sich, was sie wollen und zerstören, was sie nicht wollen. Mächtige sind nicht gut.“ Am meisten empörte ihn die Bombardierung der Städte: „Warum müssen die Frauen und Kinder sterben, wir Männer, ja, wir können gegeneinander kämpfen, das ist unser Job, wenn Krieg ist, aber die Frauen und Kinder sind hilflos, das ist ein Verbrechen.“ Er will einfach nicht gehen, starrt auf meine nackten Beine und redet immer freundlich weiter. „Die Deutschen sind so freundliche Menschen, ganz anders als die Engländer, die reden nicht gerne mit uns.“

„Die Deutschen haben's auch nötig“, sage ich halb spitz, halb spaßig.

Ach, das sei doch Geschichte, wir müssen die schreckliche Vergangenheit vergessen und uns versöhnen. Ob er am Befreiungskampf teilgenommen hat, frage ich ihn. Nein, er sei noch zu klein gewesen, aber sein älterer Bruder sei in Angola gefallen. Ich zeige ihm das Buch, das ich gerade lese, es ist die Autobiographie von Helao Shityuwete... Ob er den Autor kenne? Oh ja, das sei ein großer SWAPO-Kämpfer, der viele Jahre mit Nelson Mandela auf Robben Island gefangen war. Ob er denkt, daß auch jemand, der Grausamkeiten erlebt habe und gefoltert wurde, vergessen und vergeben, sich mit seinem Peiniger versöhnen könne. Er schweigt eine Weile. „Trotzdem, wir müssen doch miteinander leben“, sagt er schließlich.

### Grootfontein

Nach zweieinhalb Tagen fahren wir auf der Staubstraße am Fuß des Waterbergs nach Grootfontein weiter. Kurz vor der Stadt biegen wir auf einen sandigen Farmpad und schauen uns auf dem Gelände einer Lodge nach einem Campingplatz um. Zwei dicke Frauen, Mutter und Tochter, sitzen in dem lauschigen Innenhof der ehemaligen Farm in einem zerschlissenen Sofa und raten Kreuzworträtsel. Wir sprechen die Mutter auf Englisch an, sie antwortet auf Deutsch, es ist eine burische ehemalige Farmersfamilie. So, wir möchten auf dem Campingplatz übernachten? Sie würden uns empfehlen, lieber ein Zimmer zu nehmen. Warum? möchte ich wissen.“ Auf dem Campingplatz wohnen auch zwei Schwarze,“ flüstert sie komplizenhaft. „Ja und, gibt es keinen Platz mehr?“ Frage ich ungerührt.

„Ja, also bitte sehr, wenn es Sie nicht stört“, ändert sie beflissen ihre Haltung und fügt hinzu, „Wir sind ja auch so froh, daß die Schwarzen so schön mitmachen seit der Unabhängigkeit.“ Wanda und ich schauen uns verblüfft an: Diese verdammten Rassisten... Was machen die Schwarzen so schön mit? Sie haben den weißen Folterern und deren schwarzen Kollaborateuren nicht die Köpfe abgeschlagen, sie nicht gehängt, ja nicht mal vertrieben, nicht enteignet, sie nicht mal juristisch zur Verantwortung gezogen. Sie haben die Macht erkämpft und eine „Politik der Versöhnung“ eingeleitet. „Laßt uns die Vergangenheit begraben“ sagen sie. „Laßt uns zusammen die Zukunft aufbauen“.

Die Region um Grootfontein ist vor allem von den Buren besiedelt. Die burischen Farmer haben die schwarzen Arbeiter, die aus dem Norden über die Kontraktarbeiter-Gesellschaft hierher vermittelt wurden, besonders brutal behandelt und ausgebeutet. Nicht wenige konnten nie wieder zu ihren Familien zurückkehren, sie waren bei geringsten Vergehen oder auf der Flucht einfach erschossen, erschlagen und an die Schweine verfüttert worden, ohne daß es irgendwelche Folgen für die Farmer hatte. Die burischen Farmer waren gefürchtet und gehaßt.

Grootfontein ist eine Stadt voller Farben und voller herumlungender Jugendlicher, Frauen in leuchtenden Gewändern verkaufen Gemüse und allen möglichen Kleinkram am Straßenrand, pastellfarbene Häuser, kleine Geschäfte, die üblichen Supermarktketten.

„Fällt dir was auf?“ fragt Wanda.

„Ja, Grootfontein ist eine schwarze Stadt“, sage ich. „Mir fällt auf, daß hier so viele mit der Schnapsflasche herumlaufen und in den Ecken saufen“, sagt Wanda.

Auf dem parkähnlichen Mittelstreifen der Hauptstraße, unter hohen Schattenspendenden Bäumen, stehen bunte Bänke. Dazwischen farbenfrohe Abfalltonnen. Die Bänke sind besetzt mit Trinkenden, Wartenden, Ausruhenden. Es ist Vormittag, Aus der Disco hämmert westliche Rockmusik, die Mädchen und Jungen kommen auf die Straße, schäkern, rauchen, trinken und gehen wieder hinein. Auf dem Bordstein sitzt ein junger Mann und trinkt still in sich hinein, die Flasche in einer Plastiktüte.

„Warum wickeln sie wohl ihre Flaschen immer in Plastiktüten“, sinniert Wanda.  
„Sie verstecken sie, sie schämen sich.“

### Windhoek

Die Stadt ist voll junger Menschen. Die Unabhängigkeit ist jung, sie hat der afrikanischen Bevölkerung nicht viel Zeit gegeben für die Aufgabe, ihre Geschicke nun selbst zu regeln. Nach Regeln, die im Wesentlichen nicht ihre eigenen sind, sondern vorgefunden wurden und zwangsläufig angenommen werden mußten. Nur eine verschwindend kleine Minderheit der AfrikanerInnen hatte eine ausreichende Schulbildung, ein Studium, Berufsbildung und Berufserfahrung, Verwaltungswissen. Das alles konnte erst nach der Unabhängigkeit erworben werden. Wie viele Jahre braucht es, aus einem Schulkind eine Lehrerin, eine Ärztin, einen Rechtsanwalt werden zu lassen? Wie viele Jahre braucht es, Erfahrungen zu sammeln, Lehren zu ziehen, Fehler korrigieren zu können? Die junge namibische Generation kann von ihrer Elterngeneration das kühne Bewußtsein eines dreißigjährigen, am Ende siegreichen Unabhängigkeitskampfes erben, aber sie muß bei Null beginnen um die Unabhängigkeit zu gestalten, zu verteidigen. In Namibia breiten sich Sekten aus. An der Universität, an den Hochschulen, im Township. Charismatische Prediger aus den USA sammeln die Jugendlichen um sich. „Habt keine Angst, „our Lord“ wird alles regeln, „clapp the hands“, und singt „Jesus loves me.“ Das sind die Botschaften an die überforderten Jugendlichen. Herausgerissen aus ihren traditionellen Strukturen oder im bewußten Bruch mit ihnen, schwimmen sie zwischen westlichen und afrikanischen Werten. Verunsichert in ihren alten Geschlechterrollen, unzufrieden mit ihren politischen und ökonomischen Möglichkeiten, suchen sie neue spirituelle Anlehnung. Sie werden die Beute hochprofessioneller „Evangelisten“. An den Feiertagen

stehen Gruppen in den Passagen und rappen mit modernen Anlagen nach religiösen Phrasen.

### „Prayer Strategie“ für Afrika

Ich bin gespannt auf den 1. Mai in Namibia. In den Medien wird eine verwirrende, aber auch ratlose Diskussion um die richtige Veranstaltung zum 1. Mai geführt. Soll es ein Tag der Versöhnung werden für die ganze Gesellschaft? (der namibische Kirchenrat und zivilgesellschaftliche Gruppen) Ist es der Tag der Arbeiter? (Gewerkschaft und SWAPO). Es geht hin und her. Zunächst sollte es im Unabhängigkeitsstadion in Windhoek eine gemeinsame Feier mit allen gesellschaftlichen Kräften geben, unter dem Motto: „Beten für die Heilung unseres Landes“. Shila ruft mich empört an:

„Bruce Wilkinson, ein US-amerikanischer Prediger, hat den ersten Mai gehijacked und die namibische Kirche merkt es nicht mal.“

Sie bringt mir Material aus dem Internet mit über die weltweit operierende Organisation von Wilkinson.

„Es ist ungeheuerlich, stöhnt sie, die sind mit einem fertigen Konzept für den 1. Mai angekommen und der namibische Kirchenrat ist nur noch perplex.“

Die Gewerkschaften und die Swapo steigen aus und machen in Katutura eine eigene Veranstaltung. Die Medien sind verunsichert, stellen aber keine Fragen.

Wer ist Dr. Bruce H. Wilkinson und was hat er am ersten Mai im Unabhängigkeitsstadion von Windhoek zu tun? Wilkinson ist Baptisten-Prediger, ein religiöser Visionär aus Atlanta, der von der Idee beseelt ist, die Menschen und vor allem die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent „wiederzuerwecken“. Mit einem wahren Medienimperium hat er sich ein Instrument zur Durchsetzung seiner Vision geschaffen. Als Gründer und Präsident von „Walk Thru the Bibel Ministrys“ und „WorldTeach“ organisiert er weltweit Seminare, Camps, Konferenzen, Trainingsstätten für Wirtschaftsführung in geistigen Ämtern, religiöse Medienpolitik, geistliche Bildung, Gebetsstrategien, Bibellehre, (sein Ziel ist: für weltweit für 50.000 Menschen muß es einen Bibellehrer geben) usw.

Dr. Wilkinson hat mehrere Bücher in Millionenaufgabe veröffentlicht, gibt zwölf religiöse Monatszeitschriften heraus: Z.B. „Daily Walk, eine Führung durch die Bibel für das ganze Jahr oder „Youth Walk“, die den Jugendlichen biblische Lösungen für ihre Konflikte anbietet, oder „Family Walk“, sie präsentiert den Eltern 156 Regeln für die Familienandacht usw. Wilkinson spricht wöchentlich im US-Fernsehen und in großen Stadien. Seine Organisation produziert Videos, Filme und eigene Fernsehprogramme. Dies ist nur ein Ausschnitt seiner Aktivitäten. Seine Organisation ist die größte christliche Organisation in den USA und arbeitet eng mit der Regierungs- und Wirtschaftselite zusammen. Dr. Wilkinson ist ein mächtiger Mann, denn er ist auch verbunden mit „World Vision“, der größten, christlichen Entwicklungshilfeorganisation mit Entwicklungsgeldern von 280 Millionen Dollar jährlich, davon 125 Millionen von der US-Regierung. Dr. Wilkinson war viele Jahre Direktor für die Regionen West- und Südafrika. Er entscheidet, in welche Staaten „World Vision“-Gelder fließen und in welche nicht, seine Beziehungen reichen bis in die Spitzen der Macht. Politiker in Afrika, einschließlich Sam Nujoma, der Präsident Namibias, lassen sich gern mit ihm in der Öffentlichkeit sehen. Im Jahr 2002 hat sich Dr. Wilkinson in der Republik Südafrika niedergelassen und die „Wiedererweckung“ Afrikas zu seinem Hauptthema gemacht.

Afrika muß zur Bibel zurückkehren, um von seiner Armut und seinen Plagen befreit zu werden, ist seine Botschaft. Südafrika sei von Gott auserkoren, zu einem Zentrum für „Transformation Africa“ zu werden. Ihm sei eine Vision von Gott mit vier Säulen erschienen:

1. ein Rugby-Stadion mit 60.000 Plätzen in Cape Town für einen Gebetstag zu mieten,
2. einen nationalen Gebetstag für Südafrika durchzuführen
3. im ganzen südlichen Afrika dasselbe zu organisieren und
4. diese Vision auf dem afrikanischen Kontinent zu verbreiten.

Die professionelle Umsetzung dieser Vorhaben mittels seines Medienimperiums, mittels seines Charismas, mittels seiner Gelder und seiner Beziehungen, ist geradezu atemberaubend. In zahlreichen afrikanischen Staaten wurden nationale „Transformation Africa“ Agenturen gegründet. In Namibia ist es „Transformation Namibia“. Die Presse betonte, daß „Transformation Namibia“ zwar zu Dr. Wilkinsons Organisation gehört, aber allein von Namibians geführt würde. Das Pressefoto zeigt einen smarten Managertyp aus gutem weißen Hause. In 135 Stadien in Afrika findet am 1. Mai der „Prayers Day“ statt.

„Heilen und versöhnen“ ist die offizielle politische und kirchliche Parole in Namibia. Die Idee vom „Nationalen Gebetstag für die Heilung unseres Landes“, fiel zunächst bei der Regierung, der Wirtschaft und der Kirche auf wohlbereiteten Boden. Sam Nujoma hatte seine Beteiligung zugesagt, hohe Wirtschaftsfunktionäre und die Opposition ebenfalls. Die Kirchen und NGOs mobilisierten, bis die Gewerkschaft aufwachte und fragte: „Was ist hier eigentlich los, der 1. Mai ist unser Tag, beten könnt ihr an jedem anderen Tag auch.“ Der CCN (Council of Church in Namibia) stellte mit Verwunderung fest, daß das komplette organisatorische und inhaltliche Programm für den Gebetstag im Unabhängigkeitsstadion bereits von Dr. Wilkinsons Organisation festgelegt war. Die Gewerkschaft organisierte in Katutura eine politische 1. Mai Veranstaltung, worauf Sam Nujoma die Fronten wechselte und dem Stadion fernblieb. Im NCC kamen Irritationen auf, aber der konnte nicht mehr zurück. Allein Bischof Kameeter zog seine Unterstützung für den „Prayer Day“ zurück. Bischof Kameeter ist wohl von allen Schichten Namibias der am höchsten respektierte und geschätzte Kirchenmann, angesehen als ehemaliger Unabhängigkeitskämpfer und Swapomitglied und souverän gegenüber den Machthabenden Genossen. „Wenigsten Kameeter hat die Vorgänge durchschaut“, sagt Shila erleichtert.

Im Stadion empfingen etwa fünftausend vorwiegend schwarze Bürgerinnen und Bürger mit Gesängen, Rhythmen, Gebeten, Predigen und Händeklatschen die Botschaft ihrer Heilung und die ihres Landes.: Ihr seid Sünder, betet um Vergebung, lebt nach der Bibel, seid keusch und ihr werdet die AIDs Plage besiegen. Glaubt an Jesus, er ist unter euch und wird euch helfen.

Armut gibt es, solange es die Welt gibt, sie ist schon immer dagewesen, sie abzuschaffen hieße eine Einrichtung Gottes anzutasten. Armut ist ein Projekt, eine Verpflichtung für die Reichen. Sie haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Armut gelindert wird und für die Armen ertragbar bleibt. Sie haben für die Armen zu sorgen, und wenn ihre Gesellschaften das nicht mehr tun, muß das kritisiert und eingefordert werden. Die Armut ist nichts Würdeloses, sondern gottgewollt. Widerstand gegen die Einrichtung von Arm und Reich ist vergeblich und antichristlich, die Armen sollen rechtschaffen und gläubig leben, dann können auch sie glücklich sein. Das ist die religiös verpackte

Ideologie Dr. Wilkinsons von der Verantwortung des reichen weißen Patronats für die arme schwarze Welt. Sie paßt fugenlos in die rassistischen Theorien und neokolonistischen Strategien der konservativen Globalisierungseliten, die Afrika auf Dauer zu einem ausbeutbaren Protektorat machen wollen, in dem die einheimische Bevölkerung von den reichen Staaten auf Bettelniveau alimentiert wird.

„Sind wir Verschwörungsmanien aufgefressen?“ fragen wir uns.

Je tiefer wir per Mausclick ins Imperium von „Walk through the Bibel“, „World Teach“, „World Vision“, „Transformation Africa“ hineinleuchten, je deutlicher zeigen sich die personellen, wirtschaftlichen und politischen Verknüpfungen und Beziehungen mit den reaktionärsten Kreisen der US- Elite. Wir landen auf den Mitgliederlisten des CNP -Council for national Policy. Ein Who is Who aus Militär, Wirtschaft, Hochfinanz, Politik, Diplomatie und christlichen Organisationen der USA. Es ist eine Dachorganisation für globale christliche Strategien.

Die politische 1. Mai-Veranstaltung in Katutura war nur von wenigen hundert Interessierten besucht. Das Charisma der ehemaligen Befreiungsbewegung SWAPO verlebt sich auch in der schwarzen Bevölkerung immer sichtbarer. Die ungelösten Probleme wachsen: Die Landverteilung, die Arbeitslosigkeit, die Armut, AIDS. Die SWAPO - als Staatspartei - ist eingeklemmt zwischen neoliberaler Praxis und ehemaligem sozialistischem Anspruch als Befreiungsbewegung. Sie kann ihre sozialen Versprechungen nicht einlösen. Nicht schnell genug, nicht gut genug. Die Probleme sind schneller. Sie verstrickt sich in Korruption. Die Menschen verringern schleichend ihre Erwartungen und ihr Interesse an der SWAPO. Noch wählt die Mehrheit der Schwarzen sie, weil keine Oppositionspartei auch nur annähernd ihr Vertrauen hätte, oder vertrauenswürdiger Konzepte vertritt. Und weil viele noch sagen: das sind unsere Leute, es ist besser von den eigenen Leuten betrogen zu werden, als von den anderen. Doch bald ist der moralische Kredit der SWAPO als ehemalige Befreiungsbewegung verbraucht und sie wird als eine Partei wie jede andere Herrschaftspartei angesehen, und wie jede andere Herrschaftspartei wird sie von unten bekämpft werden. Ich spüre, daß dieser Prozeß im Gange ist: in den wilden Streiks der Minenarbeiter von Tsumep, den wilden Streiks bei Revatex, einer Joint Venture Textilfabrik, im Fernbleiben von SWAPO-Veranstaltungen, in der sinkenden Wahlbeteiligung. Ein Freund erklärte mir: „Wir brauchen das Charisma, eine bestimmte reizvolle Aura, eine bestimmte spirituelle Kommunikation. Sie ist uns wichtiger als die Rationalität. Wer als Leader kein Charisma hat, egal auf welcher Ebene: Politik, Erziehung, Kirche, Wirtschaft, wird es nicht weit bringen. Aber wer es hat, ist sofort privilegiert und kann sich manches erlauben. Wir opfern dem Charisma manchmal den Inhalt. Die SWAPO verliert ihr Charisma und die religiösen Scharlatane profitieren von diesem Mangel.“

Ich hatte mich auf einen tollen 1. Mai in einem befreiten Namibia gefreut: kämpferisch, musikalisch, afrikanisch. Statt dessen müssen wir einem professionellen Hijacking des 1. Mai von dubiosen Kräften zuschauen.

### **Im Schatten der Baobabs**

Wir erreichen das alte finnische Missionshaus noch gerade zu rechtschaffener Zeit. Total erschöpft, durchgeschwitzt und müde. Hilia empfängt uns herzlich und so selbstverständlich, als wären wir grad mal aus der Nachbarschaft herübergekommen. Ihr Mann

Thomas, der Bischof, ist nicht da. Wie so oft, wenn Verabredungen getroffen werden, kommt eine Beerdigung dazwischen. Es wird Nacht werden, bevor er zurückkommt. Hilia stellt Brot, Margarine, Käse, Wurst, frisches Wasser und Tee auf den Tisch, aber selbst zum Essen sind wir zu müde. Hilia erzählt mit liebenswürdigem Humor und satirischen Pointen von Begebenheiten aus der Region, der Politik und ihrem eigenen Leben. Carlos ist ein alter Freund des Hauses. Hilia ist gepflegt sportlich gekleidet, wirkt mit ihren sechzig Jahren jugendlich und trotzdem mütterlich durch ihr warmherziges Verhalten. Das Haus ist bescheiden, europäisch und etwas altertümlich eingerichtet. Afrikanisch sind die nicht zu besiegenden Ameisen auf dem Küchentisch und die nagenden Termiten im Gebälk des 1922 erbauten Holzhauses.

„Es wird irgendwann zusammenbrechen, den Zeitpunkt bestimmen die Termiten. Aber sicherlich nicht heute und morgen Nacht, wo ihr zu Gast seid“, sagt Hilia lachend.

Sie spricht fließend Englisch, Finnisch, Afrikaans und Oshivambo, die vorherrschende Sprache der Ovambo-Region.

Vor dem Schlafengehen sitze ich noch einen Moment auf der Treppe vorm Haus. Es ist warm, die Moskitos summen interessiert um mich herum. Es riecht gut, vielleicht ist es die große alte Akazie im Hof. Am Fuß ihres Stammes schlafen aneinander gedrängt die Enten im Sand, ihre Köpfe ins Gefieder gesteckt. Am schwarzblauen Himmel funkelt ein dichtes Sternennetz. Ich höre den Gesängen der Leute zu. Sie haben sich gegenüber in der Kirche versammelt. Gelächter und lautes Lärmen geht immer wieder in wunderschönes vielstimmiges Singen über. Noch auf dem Heimweg höre ich sie singen und lachen. Sie gehen in völliger Dunkelheit nach Hause. Keine Laterne, kein Mond erhellt ihren Heimweg, nur die stillen Konturen neben ihren Fußpfaden und die blitzenden Sterne sind ihre Wegweiser.

Zwischen der Kirche und dem Missionshaus verläuft ein stabiler Zaun zum Schutz gegen Räuber. Er hilft nicht wirklich. Erst vor wenigen Monaten ist der weit und breit einzige Computer nachts aus dem Bischofsbüro gestohlen worden. Auf dem Land ist die Kirche das soziale und spirituelle Zentrum. Während des Unabhängigkeitskampfes war sie vor allem im Norden auch ein politischer Ort zur Organisation des Widerstandes.

Das Gelände des Bischofssitzes ist weitläufig, sandig, trocken, wie alles hier im Norden. Hilia gibt sich Mühe, einen kleinen Garten am Leben zu erhalten. Sie hat Tomaten, etwas Hirse, Kürbisse und Zwiebeln gepflanzt. Ein Teil ist schon vertrocknet, sie hat ihn zugunsten der Tomaten aufgegeben, die jetzt das wenige Wasser allein bekommen. Das Büro ist ein einfacher Steinbau, verstreut stehen oder besser liegen noch ein paar verfallene Ställe aus alter Zeit. Abgetrennt durch einen Zaun schließt sich das Reha-Krankenhaus für behinderte Menschen an. Ebenfalls ein Projekt der finnischen Mission. Drei bescheidene Wirtschaftsgebäude, kleine weißgetünchte, aus Stein erbaute Rundhütten, strohgedeckt und Rollstuhlgerecht, stehen im weißen Sand, dazwischen große Schattenbäume. Hier kann ich zum ersten Mal den Baobab in seiner ganzen Pracht und Skurrilität bewundern. Was für ein imposanter Baum! Kurze struppige, sich unaufhörlich neu verzweigende Äste wachsen aus dem mächtigen gedrungenen Stamm. Eine eigenartige tausendjährige Schönheit, wie geschaffen für Mythen und Legenden. In der Wildnis bewohnen ihn Tiere. Seine Früchte sind Affen und Menschen bekömmlich, aus den Kernen wird Öl gemacht, aus der faserigen Rinde eine Vielzahl nützlicher Gegen-

stände wie Musiksaiten, Angelrouten, Körbe, Matten usw. Darüber hinaus sind alle seine Teile medizinisch nutzbar.

Auf dem Reha-Gelände stehen gleich drei wunderschöne, sehr alte Baobabs. Ihre starken Wurzeln wölben sich aus der trockenen Erde. Dem wunderlichsten Baobab wächst ein Teil seines Stammes im Bogen wieder dem Boden zu und bildet ein Tor auf dem sich die dünnen Zweige wie hölzerne Strahlen spreizen.

Im schwarzen Anzug mit staubigen Hosenbeinen bis zum Knie, staubigen schwarzen Schuhen, und einer Aktentasche unterm Arm, steht eine kleine Gestalt im weißen Sand auf dem Hof. Die Morgensonne malt den schmalen Schatten seiner zierlichen Figur auf die Erde. Es ist Jonas, er ist gekommen, um eine Beerdigung in der Kirche dort drüben durchzuführen und weil er Carlos treffen will, mit dem er zusammen studiert hat. Sie haben sich einige Jahre nicht gesehen. Jonas ist inzwischen Pastor geworden. Am Frühstückstisch hören wir amüsiert seinen Geschichten zu. Ich muß mich zwingen, nicht ständig in seine großen strahlenden Augen und in sein schönes Gesicht zu starren. Jonas ist witzig und ernst, selbstironisch, selbstsicher und zurückhaltend gleichzeitig.

„Erst wollten sie mir mein Examen nicht geben, weil ich noch zu jung war. Als ich das endlich durch hatte, bekam ich eine Gemeinde hier auf dem Land, abgeschieden im Busch. Es gibt keine öffentlichen Verkehrsmittel und die Straße ist kilometerweit entfernt, das Wasser auch, kein Strom, die Wohnstätten der Gemeinde liegen elendig weit auseinander, ich mache tägliche Fußmärsche von Stunden. Ich hätte auch ablehnen können, aber ich hatte sowieso keine Erfahrung und auch keine Vorstellung, was besser für mich sein könnte. Das Dorf hatte einen Pastor angefordert und als ich dann ankam, waren die Leute sehr im Zweifel, ob ich dem Leben mit ihnen und den Problemen gewachsen wäre. Ich war es auch. Der Dorfverantwortliche steckte mir ein Stück Land ab, mit nichts als Dornenbüschen drauf. Ich hatte keine Ahnung, was ich damit machen sollte und keine Ahnung, womit und wie ich da eine Hütte bauen sollte. Ich rief eine Dorfversammlung ein und sagte den Leuten: ihr seid meine erste Gemeinde, und ich bin euer erster Pastor, wenn ihr mir nicht helft, kann ich euch nicht helfen. Ich bat um ihre Unterstützung und bekam sie. Wir bauten meine Hütte zusammen und ich war Tagesmärsche zu ihren Hütten unterwegs, wenn sie mich brauchten. Am häufigsten muß ich zu Beerdigungen. Mit der Zeit wurde ich ihr „Little Pastor“. Nach zwei Jahren hätte ich in der Stadt eine andere Gemeinde bekommen können und hab es mir auch lange überlegt. Dann bin ich doch geblieben. Ich hatte nur diese eine praktische Erfahrung und sie war eine gute. Warum sollte ich etwas anderes anfangen, weil es auf den ersten Blick einfacher aussieht. Jetzt fange ich an mich für farming zu interessieren und will mein Stück Land bestellen.

„Willst Du nicht heiraten?“ fragt Carlos.

„Ich bin keine gute Partie für die Familien im Dorf“, lacht Jonas „sie zahlen meinen Lohn, nicht die Kirche.“

„Wie behandelt ihr das Aids- Problem?“

„Es ist kein Thema, in der Gemeinde gibt es eine ziemlich starke Fluktuation. Die Leute ziehen weg, wenn bekannt wird, daß sie HIV positiv sind. Sie ziehen dorthin, wo es niemand weiß. Stirbt jemand, ist die Todesursache Lungenentzündung oder Malaria. Weil AIDS und Sexualität zusammenhängen wird die Krankheit tabuisiert.

Jonas verabschiedet sich, er muß die Beerdigung in der Kirche leiten. Wir begleiten ihn noch bis zum Tor, vor dem ein paar magere Rinder gierig auf das Gras im Hof star-

ren. Das Tor ist nur locker mit der Kette zugehängt, und sie schaffen es manchmal die Kette mit ihren Hörnern auszuhängen. Das Gras im Hof ist braun und vertrocknet, aber es ist noch da. Grünes Gras gibt es in Namibia sowieso nur in den bewässerten Gärten der weißen Farmer und Städter. Jenseits des Tores steht kein Halm mehr, die dünnen Grasbüschel sind bis auf die Wurzeln abgeweidet, den Rest verbrennt die sengende Sonne. Weite Flächen im Norden sind bereits durch die Versteppung zur Wüste geworden.

### Lainas Augen

Der Bischof hat ein Treffen mit Frauen aus dem Dorf organisiert. Laina begrüßt mich und fragt nach meinem Interesse.

Lainas Augen sind so müde. Es schmerzt, ihr ins Gesicht zu schauen. Wenn sie zu sprechen beginnt, bewegt sich ihr Blick langsam vom Fußboden in meine Augenhöhe und gibt diese tiefe Müdigkeit preis. Die Müdigkeit von all ihren Kämpfen, all ihrer Verantwortung, von den Anstrengungen ihres ganzen Volkes, seiner ganzen Geschichte. Sie ist Koordinatorin im SWAPO-Büro, ihr schmaler kleiner Körper steckt in einem modernen, leuchtend roten Kostüm, darunter trägt sie ein weißes T-Shirt. Loida, die Lehrerin des Dorfes, trägt ein Kleid aus prachtvollem grünen Brokat mit passender Kopfbedeckung. Obwohl sie viel jünger ist, kleidet sie sich nach traditioneller Art der Ovambofrauen, sehr würdevoll und sehr schön. Es ist eine Form ihres Respekts, mir sorgfältig und gut gekleidet entgegenzutreten. Ich nehme plötzlich wahr, daß sie sich extra für unser Zusammentreffen gut angezogen haben und peinlich berührt senkt sich mein Blick auf meine ausgebeulte Hose und den zerwanderten Schuhen an meinen Füßen.

Laina spricht mit stiller Hartnäckigkeit und ohne Befangenheit.

„Wir sind unabhängig und wir leiden immer noch. Viele kämpfen ums tägliche Überleben und gewinnen dabei nicht. Wir schaffen es in unseren Gemeinden nicht mehr, die Konflikte zu lösen, die Familien zerfallen, wir werden nicht fertig mit der AIDS- Bedrohung, wir werden nicht fertig mit der steigenden Gewalt in den Familien, unsere Mahangofelder vertrocknen...“ Sie macht eine lange Pause, schaut dabei auf den Boden und dann wieder dieser langsame, zielgerichtete Blick in meine Augen. „Schwester, kannst du dir überhaupt vorstellen, wie unser Überlebenskampf hier auf dem Dorf aussieht? Wir sind auf uns selbst gestellt. Windhoek ist eine andere Welt, und die unzähligen Hilfsorganisationen sind nicht bis hier gekommen. In unseren Dörfern gibt es noch keinen Strom, das Wasser ist manchmal zum verdursten weit entfernt, darum nehmen die Leute das Wasser aus den *Oshanas*, kochen es nicht ab, werden krank, die Kliniken sind weit weg, manchmal Tagesmärsche, sie haben keine Medizin.

Alles, was wir hier versuchen, wir Frauen, ist wie ein Tropfen im heißen Sand. Der Kampf um unsere Freiheit war nicht halb so hart, weil wir alles zu gewinnen hatten, und in den Camps waren Männer und Frauen Geschwister.“

Mit 19 Jahren ist Laina über die Grenze nach Angola gegangen, um sich der „Peoples Liberation Army of Namibia“ (PLAN) anzuschließen. Das war die militärische Organisation der SWAPO. „Ich bin hier geboren und aufgewachsen. Mein Clan wollte mich nicht gehen lassen, viele Eltern haben nie wieder von ihren Kindern gehört, wenn diese aus ihren Dörfern verschwunden waren und nichts als Gerüchte zurückblieben, wohin



sie verschwanden. So ging auch ich heimlich, weil nichts anderes mir mehr wichtig war, als für die Unabhängigkeit meines Landes zu kämpfen.“ Flüchtig umreißt sie ihr Leben in den verschiedenen Ausbildungs- und Flüchtlingscamps in Angola und Sambia: „Alles was wir lernten, organisierten, erarbeiteten, die Disziplin, die Probleme und Konflikte, unsere Verluste, unsere Torturen, alles hatte einen klaren Sinn, ein klares Ziel: Die Vertreibung der südafrikanischen Kolonialisten, die Rückkehr in ein freies, unabhängiges Namibia. Darum war es einfach. Jetzt ist so vieles unklar. In den Camps waren wir vereint, wir kehrten in eine tief gestörte und gesplante Heimat zurück.“

Lainas Blick geht durch das Fenster, ohne wirklich hinauszuschauen. Er geht in die Ferne und scheint sich irgendwo an der Grenze zu Angola zu verlieren. „Was ist von all dem heute noch wichtig und hilfreich? Nach dem Zauber der Befreiungstänze, nach dem wunderbaren Rausch, sind viele von uns in ihre Dörfer zurückgegangen. Manche, weil in den neuen Regierungsstrukturen kein Platz für sie frei war und sie in den Städten keine Arbeit fanden, manche, weil sie wieder mit ihren Familien leben wollten, und einige so wie ich, weil wir uns den Ärmsten widmen müssen. Sie sind noch immer hilflos und leiden. Es geht alles so langsam, oft geht es gar nicht. Unsere lange Geschichte als ignorierte, und unterdrückte Menschen hat den eigenen Willen, die eigene Initiative verstümmelt. Das viele Leid, die Armut und die neue Krankheit bedroht und zerbricht den Lebenswillen. Unsere traditionellen sozialen Mechanismen sind im Vergehen, sie funktionieren nicht mehr, neue sind noch nicht da. Unsere Wunden aus Krieg und Vertreibung bluten und eitern im Dunkeln. Die Politik der Versöhnung ist eine Politik des Verschweigens von Ungeheuerlichkeiten.“

Laina strafft plötzlich ihren mageren Körper und lächelt in den Raum hinein. „Trotzdem fühle ich mich immer noch stark genug, habe ich immer noch Ausdauer, um weiterzumachen. Diese Kraft hat mir der Befreiungskampf gegeben.“ Mit diesen Worten zeht sie ihre Augen der Lüge.

Ich hatte so viele Fragen im Kopf zu ihrer Vergangenheit, ihrer Zeit als Swapo-Partisanin, ich sprach sie nicht aus, denn angesichts ihrer brennenden alltäglichen Probleme, die nur so aus ihnen herausprudeln, kamen diese zwei Frauen mit ganz anderem Interesse zu unserem Treffen. Loida beugt sich nah zu mir: „Inge, könnt ihr Frauen in Deutschland ganz allein einen Vertrag unterschreiben auf der Bank z.B. oder beim Einkauf?“ Ich erzähle, daß es auch bei uns noch nicht lange so ist, und daß es auch für uns Frauen ein jahrhundertelanger Kampf um Gleichberechtigung war und immer noch ist.

„Wie habt ihr angefangen, was sollen wir machen, wer kann uns helfen, kannst du uns helfen?“ Ihre Fragen sind so direkt und forderten sofortige und praktische Hilfe.

Ich fühle mich unter Druck, es ist der Druck unter dem ihr Leben steht und mir werden meine leeren Hände bewußt, mit denen ich gekommen bin, mein eigenes Interesse im Kopf, luxuriös und nicht hilfreich für ihre Realität. Wie haben wir Frauen angefangen, was ist - und war - unabhängig von jeder Ideologie und Theorie, unabhängig von sozialen Unterschieden der erste Schritt, überlege ich schnell. Und so dringlich wie ihre Fragen ist meine Antwort: „Ihr Frauen müßt zusammenkommen, euch allein versammeln, ihr müßt zusammen darüber reden, was zu Hause bei euch passiert, ihr müßt euch beistehen, ihr müßt... ihr müßt... ihr müßt... und dann müßt ihr gemeinsam auf die Straße gehen und demonstrieren.“

Die beiden Frauen schauen einander vielsagend an und lehnen sich entmutigt zurück.

„Die Frauen reden nicht, soweit sind wir hier noch nicht,“ seufzt Laina.

Die afrikanischen Frauen vor allem in den ländlichen Gebieten sind gefangen in den gesellschaftlichen Tabus. Die Familien- und Klanehre muß nach außenhin intakt bleiben. Wer sie beschmutzt, wird verstoßen. Wer familiäre Probleme nach außen trägt, verstößt gegen ein Tabu und verliert soziales Ansehen und soziale Sicherheit im Dorf. Nur sehr starke Frauen haben den Mut, sich Unterstützung und Rechtsbeistand außerhalb der traditionellen Stammesrechtsprechung zu suchen. In der namibischen Verfassung ist die Gleichberechtigung der Frauen niedergelegt. Sie ist prinzipiell juristisch einklagbar. Die große Mehrheit der Frauen in ländlichen Gebieten aber ist so arm, ohne oder mit geringer Bildung, so traditionell verankert, daß sie daran gar nicht zu denken vermögen.

„Wann kommst du wieder Inge? Wenn du kommst, bringe viele Frauen mit und bleib länger, wir können diskutieren und was zusammen organisieren“, sagt Laina eindringlich zum Abschied.

Louisa ist etwa siebzig Jahre alt und vor Ort die SWAPO-Älteste. Sie ist groß, kräftig und steckt voller Geschichten, die sie nur zu gerne erzählt. Dafür ist sie bekannt.

„Ich war schon über vierzig, als ich illegal über die Grenze nach Angola ging, um mich der PLAN anzuschließen. Darum haben mich alle gleich respektiert, und auch weil ich vorher Lehrerin war und konspirativ für die SWAPO gearbeitet hatte. Was willst du wissen, soll ich dir erzählen, wie der Freund meines Sohnes umgekommen ist? Sie waren beide jung und unvorsichtig, schleppten Sprengstoff und Waffen über die Grenze. Dabei ist etwas explodiert und der Freund wurde getötet. Mein Sohn hatte nur den einen Gedanken, den toten Freund zurück nach Namibia zu seiner Familie zu bringen, damit er begraben werden konnte. Mit der Leiche auf den Schultern ging er zum Haus seiner Eltern, aber der Vater des Sohnes hatte das Militär gerufen und mein Sohn konnte nur knapp entkommen. Ja, so war es damals, die Kollaboration mit dem Feind ging quer durch die Familien. Glaub nur, wir waren 1989 überhaupt nicht sicher, ob wir die Wahlen gewinnen würden, aber was wir genau wußten, war: wenn wir die Wahlen verlieren, werden uns die Gegner erbarmungslos zerschmettern. In der Wahnacht haben wir unsere Waffen genommen, bereit, sofort wieder in den Busch zu gehen, um der Abrechnung zu entkommen.“ Plötzlich schaut Louisa mich mißtrauisch an und fragt streng, ob die Regierung es mir denn erlaubt hätte, hier herumzufahren und die Leute nach ihrer Vergangenheit auszufragen. Ob ich ein Papier hätte, eine Erlaubnis. Normalerweise erzählt niemand etwas ohne dieses Papier, sagt sie, es sei ihre Aufgabe als SWAPO-Älteste, dafür zu sorgen, daß alles seine Richtigkeit hat. Ich bin verblüfft, gerade hatte sie mir doch ganz viel ohne dieses „Papier“ erzählt.

„Na ja, ich vertraue dir weil der Bischof mich geholt hat“, versichert sie dann, aber nächstes Mal sollte ich erst ins Parteibüro kommen und das Papier holen.

Am Abend frage ich Helia, ob das denn stimme. „Ach wo, das ist nur Louisas Vorstellung von ihrer Wichtigkeit als SWAPO-Älteste.“

An einem Abend sitzen wir am Okavango und schauen weit über das flache andere Ufer nach Angola hinein. Wie absurd, wie willkürlich die Grenzen sind. Diesseits und jenseits des Flusses leben die gleichen Menschen unter den gleichen armseligen Bedingungen, mit derselben Kultur, denselben Traditionen. Sie sind verwandt miteinander, am Abend brennen die Feuer auf beiden Seiten des Wassers. Der Himmel ist bezogen. Es fällt unentschieden ein wenig Regen aus den Wolken. Als wir uns den Zeltplatz der Kavan-

go-Riverlodge ansehen, ist der gepflegte Rasen gerade tiefendnaß, es gibt keine Feuerstelle, nichts zum Sitzen und überhaupt gefällt uns das kleine eingezäunte Stück Wiese nicht. Wir sind von den Naturcamps verwöhnt. Wir zahlen etwas drauf und gönnen uns ein Appartement mit Dusche und Selbstverpflegung. Die Lodge liegt traumhaft auf einem kleinen Hügel mit abfallendem Gelände zum Fluß hinunter. Wie ein Delta breitet er sich unter uns aus. Auf der namibischen Seite verliert sich das Ufer weit in sumpfige, flache Seen. Schilf, Bäume, Wasserpflanzen wachsen aus dem Wasser.

Am Tage toben die Kinder in den flachen Seen, Männer und Frauen stehen stundenlang im Wasser und fischen. Fischreiher und andere Wasservögel schweben über das Delta, die Sonne spiegelt sich in der scheinbar bewegungslosen Oberfläche. Am Abend entfaltet sich unvergeßliche Schönheit über dem Kavango. Still, langsam und gerade strömt er gen Osten. Die sich rötende Sonne läßt das Wasser erglühen, das weite Delta leuchtet geheimnisvoll mit den schwarzen Schatten der Pflanzen. Der untergehende Feuerball sprüht sein immer tiefer werdendes Rot über den Himmel und über das Wasser, der Wind treibt die Farben durch die Wolkenschichten und noch wenn die Sonne bereits in den Fluß getaucht ist, um sich abzukühlen für den nächsten Tag, klingt ihr Abendleuchten in den Wolken und auf dem Wasser lange nach. Wir sitzen auf der Mauer des Geländes und geben uns einfach den Geschenken der Natur hin. Mit dem aufziehenden Rot und der eintretenden Abendstille erhebt der Kavango seine Stimme und begleitet den Tanz der Farben mit berückenden Klängen. Erst vereinzelt, dann sammeln sich die Stimmen und aus dem Delta erklingt ein zauberhaftes Konzert, das bis in die Nacht aufspielt. Es sind die Flußgrillen, ihre mehrtönigen Laute, sind wie die warmen Klänge eines hölzernen Xylophons.

## Matin Baraki

### Theorie und Praxis der nationaldemokratischen Revolution am Beispiel Afghanistans

„Die Wahrheit ist so wenig bescheiden als das Licht ...  
Bildet die Bescheidenheit den Charakter der Untersuchung,  
so ist sie eher ein Kennzeichen der Scheu vor der Wahrheit  
als vor der Unwahrheit. Sie ist eine der Untersuchung vorge-  
schriebene Angst, das Resultat zu finden, ein Präservativmittel  
vor der Wahrheit.“<sup>1</sup>

Karl Marx

#### Vorbemerkung

Sind wir, wie manche Apologeten der Bourgeoisie behaupten, angesichts der vorläufigen historischen Niederlage des „real existierenden Sozialismus“ Ende der achtziger Jahre in Europa an das Ende der Geschichte gelangt, oder gibt es Möglichkeiten eines neuen Anlaufes hin zu einer sozialistischen Orientierung? In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, die in den Hintergrund geratene Diskussion über die Umgehung des kapitalistischen Entwicklungsweges zum Sozialismus für die in „Unterentwicklung gehaltenen Länder“<sup>2</sup> wieder aufzunehmen und die praktische Umsetzung dieser Theorie am Beispiel Afghanistan zu untersuchen. Dabei sollen Schlußfolgerungen für die Perspektiven der in Unterentwicklung gehaltenen Länder unter den neuen Rahmenbedingungen, d.h. ohne Existenz des Sozialismus, gezogen werden.

#### I. Die Theorieansätze bei den marxistischen Klassikern

Die marxistischen Klassiker haben unter anderem im Rahmen ihrer Hauptuntersuchung der kapitalistischen Produktionsweise Westeuropas auch die Entwicklungsprobleme der vorkapitalistischen Gesellschaften, bevorzugt Indiens, Rußlands, Chinas, Persiens, Ägyptens und der Türkei, behandelt. Marx und Engels legten ihre Auffassungen über die Möglichkeit einer Vermeidung des kapitalistischen Entwicklungsweges zum ersten Mal ausführlich und explizit bezüglich Rußlands dar. Marx kam zu dem Resultat: „fährt Rußland fort, den Weg zu verfolgen, den es seit 1861 eingeschlagen hat,<sup>3</sup> so wird es die schönste Chance verlieren, die die Geschichte jemals einem Volk dargeboten hat, um

---

<sup>1</sup> Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 1, Berlin/DDR, S. 6.

<sup>2</sup> Diesen Begriff habe ich zum ersten Mal im August 1974 in einer Runde von afghanischen Studierenden in Bonn zur Diskussion gestellt.

<sup>3</sup> Hier handelte es sich um die eingeleitete Bauernreform.

dafür alle verhängnisvollen Wechselfälle des kapitalistischen Systems durchzumachen,<sup>4</sup> wie er 1877 in einem Brief an die Redaktion der „Otetschestwenyje Sapiski“ hervorhob. In einem Schreiben an Vera Sassulitsch von Februar 1881 erläuterte Marx: „Es [das Gemeineigentum] ist mit dem gesellschaftlichen Fortschritt überall verschwunden. Warum sollte es demselben Schicksal allein in Rußland entgehen? Ich antworte: Weil in Rußland, dank eines einzigartigen Zusammentreffens von Umständen, die noch in nationalem Maßstab vorhandene Dorfgemeinde sich nach und nach von ihren primitiven Wesenszüge befreien und sich unmittelbar als Element der kollektiven Produktion in nationalem Maßstab entwickeln kann. Gerade auf Grund ihrer Gleichzeitigkeit mit der kapitalistischen Produktion kann sie sich deren positive Errungenschaften aneignen, ohne ihre furchtbaren Wechselfälle durchzumachen. Rußland lebt nicht isoliert von der modernen Welt, noch weniger ist es die Beute eines fremden Eroberers wie Ostindien.“<sup>5</sup> Mit dieser Differenzierung zwischen Rußland und Ostindien weist Marx auf eine wesentliche Voraussetzung, nämlich die nationale Unabhängigkeit für den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg (NKEW) hin. Marx hatte in einem Brief an Engels die Priorität der nationalen Revolution in Irland für den Aufschwung der englischen Arbeiterklasse betont, wobei er seine alte Auffassung, „daß das irische Regime durch den Aufstieg der englischen Arbeiterklasse zu stürzen“<sup>6</sup> sei, korrigierte. Eine konkrete Konzeption, wie die Entwicklung vorkapitalistischer Gesellschaften sich gestalten könnte, wurde von Marx und Engels aber nicht vorgelegt. Engels schrieb im September 1882 an Karl Kautsky: „Welche sozialen und politischen Phasen aber diese Länder [gemeint sind die in Unterentwicklung gehaltenen Länder] dann durchzumachen haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Ordnung kommen, darüber glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen.“<sup>7</sup> Im Vorwort zu 1. Auflage des „Kapitals“ konkretisierte Marx einen wesentlichen Aspekt seiner Vorstellung zum NKEW: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist [...], kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.“<sup>8</sup> Am umfassendsten und genauer definierte Engels in seinem „Nachwort zu ‚Soziales aus Rußland‘“ die Voraussetzungen zum NKEW. Hierin erklärte Engels, daß es nach dem „Sieg des westeuropäischen Proletariats über die Bourgeoisie“<sup>9</sup> und nach der „Überführung der Produktionsmittel in Gemeinbesitz bei den westeuropäischen Völkern“<sup>10</sup>, für andere in der Unterentwicklung gehaltene Völker „nicht nur möglich, sondern gewiß“ ist, „ihren Entwicklungsprozeß zur sozialistischen Gesellschaft bedeutend abzukürzen und sich den größten Teil der Leiden und Kämpfe zu ersparen, durch die wir in Westeuropa uns durcharbeiten müssen.“<sup>11</sup>

---

<sup>4</sup> MEW, Bd. 19, S. 108.

<sup>5</sup> MEW, Bd. 19, S. 385. Marx analysiert gründlich die Situation der „Ackerbaugemeinde“ in Rußland und weist auf die Möglichkeit des NKEW hin „ohne durch das Kaudinische Joch gehen zu müssen.“ Ebenda, S. 389.

<sup>6</sup> MEW, Bd. 32, S. 414f.

<sup>7</sup> MEW, Bd. 35, S. 358.

<sup>8</sup> MEW, Bd. 23, S. 15 f.

<sup>9</sup> MEW, Bd. 22, S. 427.

<sup>10</sup> MEW, Bd. 22, S. 428.

<sup>11</sup> MEW, Bd. 22, S. 428.

Während in der Arbeit der Internationalen Arbeiterassoziation, der Ersten Internationale (1864-1876), die Entwicklungsprobleme der Kolonien noch kaum Beachtung fanden, rückten sie bald in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen der Zweiten Internationale (1889-1914). Auf ihren Kongressen in London (Juli 1896) und Paris (September 1900) hatte die Zweite Internationale einhellig die Kolonialpolitik der europäischen Bourgeoisie verurteilt und die Selbstbestimmung der Nationen propagiert. Mit der Herausbildung von Revisionismus und Opportunismus in der Zweiten Internationale, vertreten durch ihre Hauptprotagonisten, den Niederländer Heinrich van Kol, den Deutschen Eduard Bernstein und den Österreicher Otto Bauer, wurde auf dem Amsterdamer (August 1904) und Stuttgarter Kongreß (August 1907) der Kolonialismus als eine logische Folge der Unterentwicklung einiger Länder dargestellt. Es wurde darauf hingewiesen, daß „der Kapitalismus in Europa eine Notwendigkeit ist, eine notwendige und unvermeidliche Entwicklungsstufe,“<sup>12</sup> die auch von den Kolonien durchgemacht werden müsse. Daher „verwirft der Kongreß nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann.“<sup>13</sup> Dies war die Position der Mehrheit auf dem Kongreß, die von van Kol als deren Vertreter vorgetragen wurde.

In zwei Artikeln zum Stuttgarter Kongreß unterzog Lenin die Position der „sozialimperialistischen“ Fraktion der Sozialdemokratie und der revisionistischen und opportunistischen Strömungen der Zweiten Internationale einer scharfen Kritik.<sup>14</sup> Er setzte die Thesen van Kols, Bernsteins und Bauers „mit einem offenen Rückzug in Richtung bürgerlicher Politik und bürgerlicher Weltanschauung, die koloniale Kriege und Greuel rechtfertigen“<sup>15</sup>, gleich. Lenin stellte fest, daß expansive europäische Kolonialpolitik gerade dazu geführt hat, „daß der europäische Proletarier *zum Teil* in eine solche Lage geraten ist, daß die Gesellschaft als Ganzes *nicht* von seiner Arbeit, sondern von der Arbeit der fast zu Sklaven herabgedrückten kolonialen Eingeborenen lebt.“<sup>16</sup> Schon der von Bernstein und seinen Freunden verbreitete Begriff „sozialistische Kolonialpolitik“ ist heillose Konfusion.<sup>17</sup> Die Position van Kols auf der Ersten Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel im Oktober 1908 verglich Lenin mit der Haltung eines richtigen gesinnungstreuen Beamten. „Das ganze Referat war nicht vom Geist des proletarischen Klassenkampfes erfüllt, sondern vom Geist des kleinbürgerlichsten, ja noch schlimmer, eines Beamten-Reformertums.“<sup>18</sup> Lenin hob die Verbundenheit zwischen dem Proletariat Europas und den unterdrückten Völkern hervor: „Wir waren, wir sind und werden immer für die engste Annäherung und Verschmelzung der klassenbewußten Arbeiter der fortgeschrittenen Länder mit den Arbeitern, Bauern und Sklaven *aller* unterdrückten Länder sein. Wir haben allen unterdrückten Klassen in allen unterdrückten Länder, darunter auch in den Kolonien, immer geraten und werden ihnen

---

<sup>12</sup> Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 26.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 34.

<sup>14</sup> Vgl. Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart, in: Lenin Werke (LW), Bd. 13, Berlin/DDR, S. 66-85.

<sup>15</sup> LW, Bd. 13, S. 78. „Das ist ein Rückzug auf die Position Roosevelts“, stellte ein US-amerikanischer Delegierter auf dem Kongreß fest. LW, Bd. 13, S. 78.

<sup>16</sup> LW, Bd. 13, S. 68.

<sup>17</sup> LW, Bd. 13, S. 79.

<sup>18</sup> LW, Bd. 15, S. 241.

immer raten, sich *nicht* von uns loszutrennen, sondern sich uns möglichst eng anzuschließen und sich mit uns zu verschmelzen.“<sup>19</sup>.

Als wichtiges Diskussionsforum, auf dem die Perspektive der Kolonien thematisiert wurde, erwies sich die 1919 neu gegründete Kommunistische Internationale („Kominintern“, KI) und ihr Exekutivkomitee. Die ersten vier Kongresse hatten noch unter unmittelbarer Mitwirkung Lenins stattgefunden. Aufgrund der russischen Erfahrungen wies Lenin auf die Spezifik der „national-demokratischen Revolutionen“ bei den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern hin. Er riet den Kommunisten der Länder des Ostens, die allgemeine kommunistische Theorie und Praxis unter den besonderen Bedingungen der jeweiligen Länder anzuwenden. Diese müßten berücksichtigen, daß „die Hauptmasse der Bevölkerung Bauern sind und wo es den Kampf nicht gegen das Kapital, sondern gegen die Überreste des Mittelalters zu führen gilt.“ Lenin hebt hervor, daß hier eine Aufgabe bevorsteht, „wie sie vor den Kommunisten der ganzen Welt bisher nicht gestanden hat.“<sup>20</sup> Tatsächlich wurden damals gerade die ersten Schritte auf dem Wege zum NKEW für die Völker Transkaukasiens, Mittelasiens und Sibiriens sowie der Mongolei unternommen, ohne daß man schon auf gesicherte Erfahrungen hätte zurückgreifen können. Hier wird die Komplexität der bevorstehenden Aufgaben ganz nachdrücklich vor Augen geführt. Deswegen betonte Lenin die Notwendigkeit einer Einheitsfront *aller* antiimperialistischen Kräfte in den Kolonien, also eines breiten Bündnisses einschließlich der jeweiligen Nationalbourgeoisie. Die in Unterentwicklung gehaltenen Länder können mit Unterstützung der fortgeschrittenen Länder über bestimmte Entwicklungsstufen zum Sozialismus gelangen, „ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen.“<sup>21</sup>

Allerdings gab es dazu Widerspruch auf dem II. Kongreß der KI: Die Vertreter aus Indien, Persien und Italien, Manabendra Nath Roy, Sultan Sade und Serrati lehnten einige Thesen Lenins, vor allem jegliches Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie in der bürgerlich-demokratischen Revolution ab.<sup>22</sup> Roy plädierte für die führende Rolle der Kommunisten in der bürgerlich-demokratischen Revolution.<sup>23</sup> Hingegen wurde auf dem III. (22. Juni bis 12. Juli 1921) und IV. (4. November bis 5. Dezember 1922) Kongreß der KI die Notwendigkeit einer antiimperialistischen Einheitsfront in den Kolonien und Halbkolonien unterstrichen. Die kommunistischen Parteien und Gruppen wurden aufgefordert, „die Taktik der Einheitsfront auf das Strengste durchzuführen.“<sup>24</sup> Für die Umsetzung der Einheitsfront wurde darauf hingewiesen, daß „es jetzt mehr denn je der strengsten internationalen Disziplin“<sup>25</sup> bedürfe.

---

<sup>19</sup> LW, Bd. 23, S. 61.

<sup>20</sup> LW, Bd. 30, S. 146.

<sup>21</sup> LW, Bd. 31, S. 232.

<sup>22</sup> Vgl. Der zweite Kongreß der Kommunist. Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 170 und 216f.

<sup>23</sup> Vgl. Roy, Manabendra Nath: Die revolutionäre Bewegung in Indien, in: Die Kommunistische Internationale, Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Jg. 2, 1920, Nr. 12, Hamburg, S. 248; und seine Rede, in: Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. II, Erlangen 1973 (Reprint), S. 638ff.

<sup>24</sup> Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 14.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 18.

Die Hauptpunkte der Theorie der nationaldemokratischen Revolution wurden trotz gradueller Meinungsunterschiede beibehalten. Die kommunistischen und Arbeiterparteien entwickelten und konkretisierten diese Theorie dann ständig weiter, und sie fand ihren Niederschlag in den Programmen der antikolonialen Bewegungen in der Phase der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Dazu wurden umfangreiche Untersuchungen, vor allem aus der Feder der Wissenschaftler aus den sozialistischen Ländern, vorgelegt.<sup>26</sup> Dank der fleißigen Übersetzungsarbeit und durch konspirative Lieferungen der Tudeh-Partei Irans, konnten wir afghanische Linken in der Illegalität mit großem Interesse das Programm der Front de Libération National (FLN) und die Verfassung der Demokratischen Volksrepublik Algerien studieren. Diese Dokumente wurden zur Pflichtlektüre innerhalb der Befreiungsbewegungen.

Zusammengefaßt beinhaltet die Theorie der nationaldemokratischen Revolution folgende Kernpunkte:

- genaue Analyse der sozio-ökonomischen Verhältnisse des jeweiligen Landes,
- Berücksichtigung der objektiven und subjektiven Faktoren,
- Durchführung einer demokratischen Bodenreform,
- Alphabetisierung der gesamten Bevölkerung,
- die Bündnisfrage,
- die Stellung der Frau in der Gesellschaft,
- Demokratisierung der Gesellschaft und Partizipation der gesellschaftlichen Gruppen, wie Gewerkschaften und anderer Interessenvertreter der Bevölkerung,
- Möglichkeiten des Überganges von vorfeudalen, halbfeudalen bzw. feudalen Verhältnissen direkt zum Sozialismus,
- können Entwicklungsetappen überhaupt übersprungen werden?
- Frage der Unterstützung von außen durch fortgeschrittene Länder.

## II. Die historische Mission der DVPA

Die Idee der nationaldemokratischen Revolution wurde auch in das Programm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) vom Januar 1965 aufgenommen. Darin wurde Afghanistan im 19. Jahrhundert und bis Ende der zweiten Dekade des 20. Jahrhunderts als ein koloniales und halbkoloniales Land charakterisiert. „Die unterdrückte Nation dieses Landes hat die schwerste, tyrannischste Form des Despotismus und der Ausbeutung, der Unwissenheit und Armut im Würgegriff der herrschenden lokalen

---

<sup>26</sup> Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, in 3 Bden, Berlin/DDR 1969; Tjulanow, S. I.: Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt a.M. 1972; Uljanowski, R. A.: Der Sozialismus und die befreiten Länder, Berlin/DDR, 1973; Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Berlin/DDR 1973; Ibrahim, Salim/Metze-Mangold, Verena: Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Köln 1976; Brehme, Gerhard: Der nationaldemokratische Staat in Asien und Afrika, Berlin/DDR 1976; Baumann, Herbert: Staatsmacht, Demokratie und Revolution in der DVR Algerien, Berlin/DDR 1980; Uljanowski, R. A.: Komintern wa Chawar [Komintern und der Osten], Teheran 1360 [1981/82] (persisch); Enqelabe Demokratike Melli, Hegemonie Proletaria wa Samtgiri Sozialisti, Nationaldemokratische Revolution, proletarische Hegemonie und sozialistische Orientierung, o. O., 1358 [1979/80].



Feudalherren und britischen kolonialen Aggressoren erduldet.“<sup>27</sup> Die Ursache der Unterentwicklung wurde zum einen in der „langsamen Entwicklung der Produktivkräfte und miserablen Lage der Völker Afghanistans, die in Armut, Unwissenheit und Krankheit ihr Leben fristen“, gesehen; zum anderen in der politischen und ökonomischen „Herrschaft der Feudalklasse, der Schichten der spekulierenden Großhändler und Kompradoren, der verdorbenen Bürokraten und Agenturen der internationalen imperialistischen Monopole, deren Klasseninteressen im Widerspruch stehen zu denen der Volkmassen Afghanistans“<sup>28</sup>. Die Errichtung einer nationaldemokratischen Regierung wurde als strategisches Ziel formuliert. „Das politische Fundament der nationaldemokratischen Regierung in Afghanistan wird in einer nationalen Einheitsfront aller fortschrittlichen, demokratischen und patriotischen Kräfte bestehen; diese umfaßt Arbeiter, Bauern, progressive Intelligenz, Handwerker, Kleinbürgertum (kleine und mittlere Eigentümer) und nationale Bourgeoisie (nationale Kapitalisten), die den nationalen und demokratischen Kampf führen für die nationale Unabhängigkeit, die Verbreitung der Demokratie im gesellschaftlichen Leben und die Vollendung des demokratischen, anti-imperialistischen und antifeudalen Prozesses.“<sup>29</sup> Angesichts der ethnischen Vielfalt Afghanistans wurde „der Kampf für die Einheit und Solidarität aller werktätigen Völker Afghanistans, auf der Basis der Gewährleistung der Interessen der entrechteten Klassen, des Prinzips der brüderlichen Gleichberichtigung und des allseitigen Kampfes gegen jegliche nationale Unterdrückung“<sup>30</sup> als Aufgabe einer nationaldemokratischen Regierung proklamiert. Im ökonomischen Bereich sollte „die feudale und vorfeudale Produktionsweise“ abgeschafft, eine tiefgreifende demokratische Bodenreform durchgeführt und der staatliche Sektor ausgedehnt werden. Im Bildungsbereich wurde dem Analphabetismus im ganzen Land der Kampf angesagt. Der NKEW wurde auf der Grundlage der fortschrittlichen Ideologie und wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse<sup>31</sup> als Ziel angestrebt.<sup>32</sup>

### III. Afghanistan am Vorabend der April-Revolution

Afghanistan gehörte in allen Bereichen zu den am wenigsten entwickelten und ärmsten Ländern der Welt, laut UNO-Statistik schon damals das unterentwickeltste Land Asiens. Das jährliche Prokopf-Einkommen betrug 1977 rund 150 US-Dollar. Auf einer Fläche von 652660 qkm lebten ca. 17 Mio. Menschen, unter feudalen bzw. vorfeudalen Verhältnissen. Circa 5% Großgrundbesitzer verfügten über ca. 50%, im Norden des Landes sogar 2% über 70% des Bodens. Nur etwa 5% der Landesfläche, d.h. drei bis vier Millionen ha, stellte bebaubares Ackerland dar. Annähernd 85% der Menschen lebten auf dem Land als Bauern, Landarbeiter, Tagelöhner, Viehzüchter usw., wobei der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt 1975/76 etwa zwei Drittel ausmachte. Etwa

---

<sup>27</sup> Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, 1. Januar 1965, in: Chalq, Kabul, Nr. 1/2, 11.4.1966 (22.1.1345), Präambel (in Dari und Paschto, Archiv des Verf., eigene Übers.).

<sup>28</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>31</sup> Hier wurde angesichts der herrschenden monarchistischen Regierung aus taktischen Gründen nicht von Marxismus-Leninismus gesprochen.

<sup>32</sup> Vgl. Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, a.a.O., S. 8.

zwei Millionen Menschen lebten nomadisch oder halbnomadisch und bestritten ihren Lebensunterhalt durch Tierzucht bzw. Saisonarbeit. Es existierte teilweise Leibeigenschaft, die Großgrundbesitzer verfügten über eigene Gefängnisse.

Der Analphabetismus stellte ein schwerwiegendes und entwicklungshemmendes Problem für Afghanistan dar. Etwa 97% der Menschen - bei Frauen lag die Quote noch darüber - konnten weder lesen noch schreiben. Von einer Stellung der Frau im öffentlichen Leben konnte daher - wie in allen traditionellen islamischen Gesellschaften - überhaupt keine Rede sein, erst nach dem April-Aufstand 1978 verbesserte sich die Stellung der Frauen spürbar. Desgleichen konnte in Afghanistan vom Bestehen einer Arbeiterklasse im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden. Im Jahre 1967 waren landesweit lediglich 88 Industriebetriebe registriert, in denen 23.436 Personen beschäftigt waren. Die Gesamtzahl aller arbeitenden Menschen betrug im Vergleich dazu ca. 3,8 Mio. Nur 0,6% aller Erwerbstätigen waren in der industriellen Produktion beschäftigt, deren Zahl bis 1978 auf 40.000 angewachsen war.<sup>33</sup> Babrak Karmal, Generalsekretär der DVPA und Vorsitzender des Revolutionsrates, gab 1982 die Zahl der Betriebe mit 300 und die der Arbeiter mit 150 000 an.<sup>34</sup> Präsident Hafisullah Amin sprach erst nach dem April-Aufstand von 5% Werktätigen in der afghanischen Industrie, worauf er seine Herrschaft als „Diktatur des Proletariats“ begründet haben wollte. Wegen der enormen Analphabenerate, der Herkunft der Industriearbeiter<sup>35</sup>, fehlender Organisation und mangelnder Kampferfahrung, kann von einer klassenbewußten Arbeiterschaft nicht ausgegangen werden.

Festzustellen bleibt noch, daß keine Regierung Afghanistans bis April 1978 auch nur annähernd die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen konnte. „Aufeinander folgende Regierungen waren daran gescheitert, die Völker Afghanistans zu alphabetisieren, hatten nicht vermocht, Respekt und eine bessere Lage für Frauen durchzusetzen, oder versäumt, dem Land irgend eine substantielle Regierungs- oder industrielle Infrastruktur zu geben.“<sup>36</sup> Vor allem ist auch eine besonders hohe Kindersterblichkeit - fast jedes zweite Kind starb, bevor es ein Jahr alt wurde - hervorzuheben, außerdem waren Krankheiten wie Lepra, Pocken und Cholera an der Tagesordnung; die katastrophale Gesundheitssituation wird daran deutlich, daß es insgesamt nur 800 Ärzte im Land gab. Nur in Kabul gab es ein Militär-, ein Zivil- und ein Frauenkrankenhaus. In den Provinzen wurden Krankenstationen errichtet, aber als Krankenhäuser deklariert, die zum größten Teil nur von Pflegepersonal betreut wurden. Ärzte konnten nur per Regierungserlaß aus Kabul für kurze Zeit dahin verpflichtet werden.

Der Außenhandel Afghanistans bewegte sich auf einem recht niedrigen Niveau. Er war in allen Jahren defizitär, und sein Defizit kumulierte im Verlauf von 14 Jahren auf rund 2,7 Mrd. DM. Der Deckungsgrad der afghanischen Importe durch eigene Exporte lag nur zwischen 50 und 75%.

---

<sup>33</sup> Vgl. Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978, dargestellt anhand der wichtigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Afghanistan, Frankfurt/M. 1996, S. 444.

<sup>34</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem neunten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Kabul, Asad 1361 [Juli/August 1982], S. 18, in Dari (Archiv des Verf.).

<sup>35</sup> Sie entstammten der Schicht der von Landflucht betroffenen Handwerker und Bauern, die eng mit dörflichen Traditionen und der Religion verbunden waren.

<sup>36</sup> Hippler, Jochen: Der Krieg geht weiter, in: Blätter des iz3w, Freiburg 1988, Nr. 152, S. 18.

**Exporte, Importe und Handelsbilanzsalden Afghanistans in Mio. DM**

Jahr	Export	Import	Saldo	Export in %
1963/64	217,9	378,2	-160,3	57,6
1964/65	240,8	481,6	-240,8	50,0
1965/66	291,4	545,6	-254,2	53,4
1966/67	280,7	608,6	-327,9	46,1
1967/68	281,0	585,4	-304,4	48,0
1968/69	264,7	458,7	-194,0	57,7
1969/70	321,1	488,9	-167,8	65,7
1970/71	322,2	417,2	-95,0	77,2
1971/72	379,2	637,0	-257,8	59,5
1972/73	452,1	569,0	-116,9	79,5
1973/74	439,6	520,9	-81,3	84,4
1974/75	734,7	777,0	-42,3	94,6
1975/76	549,5	860,1	-310,6	63,9
1976/77	749,3	876,2	-126,9	85,5
Insgesamt	5.524,2	8.204,4	-2.680,2	67,3

Quelle: Weltwirtschaft am Jahreswechsel: Afghanistan, in: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, laufende Jahrgänge (eigene Berechnungen).

Die Kompensierung des afghanischen Handelsbilanzdefizits erfolgte überwiegend durch Auslandskredite.<sup>37</sup> Ebenso war auch die Finanzierung der Fünf- bzw. Siebenjahrpläne (Entwicklungspläne) für den Zeitraum von 1956 bis 1978 fast völlig von ausländischen Finanzmitteln abhängig. Davon ausgehend kann ohne weiteres von mehr als einer Verdoppelung der Verschuldung ausgegangen werden. So hatte Afghanistan allein im Jahre 1976 für bis dahin erhaltene Kredite 200 Millionen Dollar an Zinsen zu zahlen, eine Summe die die Jahreseinnahmen um mehr als zweimal überstieg.

Trotz der von den Staaten des Westens, allen voran die USA und BRD, an Afghanistan über Jahrzehnte gewährten sektorübergreifenden neokolonialistischen „Entwicklungshilfe“ hat sich die sozio-ökonomische Situation in Afghanistan von Jahr zu Jahr verschlechtert. Einzig die Verschuldung, nicht zuletzt für die zahlreichen, teilweise wenig erfolgreichen bzw. gescheiterten Entwicklungsprojekte<sup>38</sup>, nahm weiter kräftig zu, so daß die Lage für die Monarchie insgesamt immer bedrohlicher wurde.

Die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung lebte ohnehin schon am Rande des Existenzminimums. Als der Hungersnot nach der verheerenden Dürreperiode von 1971/72 geschätzte anderthalb Millionen Menschen zum Opfer fielen, war damit das Ende der Herrschaft von König Mohammad Saher besiegelt. „Die Zeit für die Entscheidung, entweder über die Revolution derer, die im Schatten stehen, [...] oder aber durch ein-

<sup>37</sup> Vgl. Schumacher, Hans: Außenhandel und Terms of Trade Afghanistans 1961-1975, in: Asiel, Murad (Hrsg.), Außenhandel und Terms of Trade Afghanistans 1961-1975, Bochum 1979, S. 32, Tabelle 6.

<sup>38</sup> Vgl. Baraki, M.: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978, a.a.O., S. 201-548.

schneidende Maßnahmen zur modernen Demokratie zu kommen, war nicht mehr fern. Es mußte über kurz oder lang seitens der Monarchie etwas geschehen, oder es würde mit der Monarchie etwas passieren.“<sup>39</sup> Für eine politische Kanalisierung der Krise waren aber keine Mechanismen geschaffen worden. Obwohl das Parteiengesetz von der Nationalversammlung (Schorae Melli) verabschiedet worden war, wurde es von König Mohammad Saher nie ratifiziert. Dennoch kam es zur Bildung von Parteien, die sich auf Artikel 32 der Verfassung vom 9. Misan 1343 [9. Oktober 1964] beriefen. Darin steht u.a.: „Afghanische Staatsbürger haben das Recht, in Übereinstimmung mit dem Gesetz politische Parteien zu gründen, unter der Voraussetzung, daß 1. die Ziele und Aktivitäten der Parteien und die Ideen, auf denen die Organisation der Parteien basieren, nicht zu den in der Verfassung verankerten Werten in Widerspruch stehen. 2. Die Organisation und die Finanzierungsquellen der Parteien offengelegt werden. Eine in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes gebildete Partei kann nicht ohne ordentliches Gerichtsverfahren und ohne Anordnung des Obersten Gerichtshofes aufgelöst werden.“<sup>40</sup>

Die Krise in Afghanistan spitzte sich soweit zu, daß das gesamte System erfaßt wurde. König Mohammad Saher verlängerte per Dekret die 13. Legislaturperiode des Parlaments, um einen eventuellen Aufstand des Volkes im Verlaufe des bevorstehenden Wahlkampfes zu vermeiden. Es half nichts. Um die Dynastie zu retten, mußte die Monarchie geopfert werden.

Am 17. Juli 1973 putschten die der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) zugehörigen Militäroffiziere gegen die Monarchie und verhalfen Mohammad Daud (von 1953-1963 Ministerpräsident, außerdem Schwager und Cousin des Königs) zur Macht. Die Regierung M. Dauds führte aber keine der nennenswerten Reformen durch, die er in seiner ersten „Rede an die Nation“ versprochen hatte. Außenpolitisch warf er die traditionelle Politik der Blockfreiheit Afghanistans über Bord, in dem er die Beziehungen zum Schah von Iran, Anwar Al Sadat von Ägypten, Saudi-Arabien und Pakistan intensivierte. Zunächst schloß M. Daud alle linken Kräfte peu à peu von allen wichtigen Positionen aus, darüber hinaus ging er im Frühjahr 1978 zur offenen Repression gegen die Parteiführung der DVPA über. Hinzu kam noch der politische Terror der Islamisten bzw. des Geheimdienstes, dem namhafte Politiker und Repräsentanten der DVPA zum Opfer fielen. Mir Akbar Chaibar, Gründungsmitglied der Partei und Mitglied des Politbüros, war am 18. April auf offener Straße erschossen worden. Außerdem ließ M. Daud die gesamte Parteiführung bis auf wenige Ausnahmen verhaften; sie sollte liquidiert werden. Als diese Meldung in den Abendsendungen des afghanischen Fernsehens verbreitet wurde, kam es am 27. April 1978 zum militärischen Aufstand gegen das Daud-Regime unter der Führung von Teilen der DVPA und infolgedessen auch zum Beginn eines revolutionären Prozesses. Die Militärs befreiten die Parteiführung und übertrugen ihr die Leitung des Staates: Generalsekretär Taraki wurde Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident, Karmal sein Stellvertreter und Hafisullah Amin Außenminister.

---

<sup>39</sup> Ackermann, Klaus: Stille Revolution in Afghanistan, in: Außenpolitik, Stuttgart, Jg. 16, 1965, H. 1, S. 34.

<sup>40</sup> Baraki, M.: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978, a.a.O., S. 110.

Objektiv war Afghanistan längst reif für eine gründliche Umgestaltung, innenpolitisch gesehen bestand jedoch das Hauptproblem in der Nichtbeachtung der subjektiven Faktoren, die dann bei der Durchführung der Reformen den Boden für Konterrevolution und ausländische imperialistische Einmischung bereitete und letztendlich das Scheitern des revolutionären Prozesses zur Folge hatte.

#### IV. Das historische Versagen der DVPA

Die aus der volksdemokratischen Bewegung hervorgegangene DVPA war am 1. Januar 1965 in der Illegalität gegründet worden, mit Nur Mohammad Taraki als Generalsekretär und Babrak Karmal als zweitem Sekretär. Vor der April-Revolution 1978 hatte die Partei ca. 18.000 Mitglieder, hauptsächlich städtische, kleinbürgerliche Intellektuelle mit vagen Vorstellungen von marxistischer Theorie. Man kann sogar von einem theoretischen Analphabetismus in der DVPA bis in hohe Ränge sprechen. Das war eine ihrer größten Schwächen, die die gesamte Partei erfaßt, lahm gelegt und schließlich zum Scheitern verurteilt hat. Das führte schon am 4.5.1967 wegen aufgebrochener Rivalitäten in der Führung um hohe Posten, wegen Meinungsverschiedenheiten über den Charakter einer künftigen Revolution, über die Bündnisfrage in der Etappe der nationaldemokratischen Revolution und über die nationale Frage, d.h. die Paschtunistanfrage - also lauter „Kinderkrankheiten“ - zu ihrer Spaltung, die erst am 3.7.1977 mit einer Wiedervereinigungsvereinbarung formal beendet werden konnte. Aber weder war die psychologische Schwelle überwunden, noch waren die Wunden geheilt, die der ein Jahrzehnt dauernde Kampf gegeneinander geschlagen hatte.

Nach dem erfolgreichen Aufstand vom 27. April 1978 begann die Revolutionsregierung unmittelbar mit der Realisierung von Reformmaßnahmen wie der Regelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten (Dekret Nr. 7 vom 17.10.1978), der Bodenreform (Dekret Nr. 8 vom 28.11.1978) sowie mit einer umfassenden Alphabetisierung, um die feudalen und halbfeudalen Strukturen aufzubrechen.<sup>41</sup> Die Bekämpfung des Analphabetismus war zunächst sogar so erfolgreich, daß in einem halben Jahr ca. 1,5 Mio. Menschen das Lesen und Schreiben lernten, wofür Afghanistan einen Preis von der UNESCO erhielt. Im ganzen Land wurde 27 000 ständige Kurse eingerichtet, an denen gleichzeitig 600 000 Menschen teilnahmen.<sup>42</sup> Erst als die Alphabetisierungsmaßnahmen auf die ländlichen Regionen ausgedehnt wurden, kam es zu gravierenden Fehlern. Sie wurden ohne Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen im ländlichen Afghanistan durchgesetzt. U.a. kam es zu zwangsweisen Alphabetisierungen. Weil es an Lehrkräften mangelte, erklärten sich Studierende bereit, in den Semesterferien als Lehrkräfte auf das Land zu ziehen, wobei viele von der Konterrevolution ermordet wurden. Mädchen und Frauen wurden gezwungen, gemeinsam mit den Männern an den Kursen teilzunehmen. „Mit Gewalt kann man die Bevölkerung nicht alphabetisie-

---

<sup>41</sup> Vgl. Taraki, Nur Mohammad: Grundlinie der revolutionären Aufgaben der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan, 9. Mai 1978, in: Brönnner, Wolfram: Afghanistan, Revolution und Konterrevolution, Frankfurt/M. 1980, S. 203.

<sup>42</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem neunten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, a.a.O.

ren,<sup>43</sup> stellte Anahita Ratebzad, Mitglied des Politbüros der DVPA fest. Bei der Umsetzung der Bodenreform wurden gleichfalls schwerwiegende Fehler gemacht, insbesondere wurden die Bauern weder politisch noch materiell darauf vorbereitet. Die Stammesstrukturen blieben unberücksichtigt. Des öfteren sind die Großgrundbesitzer zugleich auch Stammes- bzw. Religionsführer, von daher ist es wesentlich problematischer, ihr Land an Stammes- bzw. Gemeindemitglieder zu verteilen. Von den wichtigsten Reformmaßnahmen waren insbesondere die Großgrundbesitzer, Feudalherren und Feudaltheokraten betroffen, die dann die Konterrevolution angeführt haben.

Eine weitere Fehlentscheidung war, daß sämtliche Regierungsfunktionen an Parteimitglieder vergeben wurden, ohne Rücksicht auf deren Qualifikation. Ein Geologe wurde z.B. Präsident der Industrie- und Handelskammer, Ingenieure oder Mathematiker wurden auf gut dotierte Posten als Botschafter gehievt, wie der Schwiegersohn von Taraki, Ingenieur Nazar Mohammad in Bonn, der Mathematiker Dr. Machan Schinwari, erster Sekretär der Botschaft in Bonn<sup>44</sup> oder der Halbbruder von Karmal, Ingenieur Zalmai Damun, als UN-Botschafter in Genf, um nur einige zu nennen. Es gab zahlreiche im Ausland studierte Naturwissenschaftler und Ärzte, die in der Abteilung für internationale Beziehungen der DVPA arbeiteten, da diese als Sprungbrett in den diplomatischen Dienst galt. Zahlreiche Lehrer wurden Leiter von Bezirken und von Kreisverwaltungen, obwohl Afghanistan an chronischem Lehrermangel litt. Aber in der Verwaltung gab es vielseitigere Möglichkeiten der Korruption. Für die lukrativen Posten gab es eine Art „Schlüsselgeld“. Die Korruption hatte ein Ausmaß erreicht, daß der Generalsekretär der DVPA, Babrak Karmal, dies sogar öffentlich ansprach. Der Premierminister Sultan Ali Keschtmand<sup>45</sup> hatte Babrak Karmal einen Bericht des Präsidialamtes für Kontrolle und Revision vorgelegt, in dem durch Fakten belegt war, daß auf höchster Ebene im Staatsapparat Korruption verbreitet sei, was Karmal als beschämend bezeichnete.<sup>46</sup> Der Partei- und Staatsapparat wurde zu einem Postenbeschaffungs- und Selbstbedienungsladen<sup>47</sup> für Freunde und Verwandte von Mitgliedern der Parteiführung.

---

<sup>43</sup> Islam, Revolution und Frauenbewegung - afghanische Erfahrungen: Anahita Ratebzad im Gespräch mit Mostafa Danesch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Jg. 26, 1981, H. 12, S. 1497.

<sup>44</sup> Es wurde unter DVPA-Mitgliedern in der BRD gemunkelt, daß Schinwari an den Außenminister Abdul Wakil für den Posten in Bonn Geld gezahlt hätte.

<sup>45</sup> Mir berichtete ein Mitglied der Revisionskommission beim ZK der DVPA, daß die Frau des Ministerpräsidenten Keschtmand, deren Gepäck als diplomatische Fracht galt und am Flughafen nicht kontrolliert wurde, westliche Waren in die Sowjetunion geschmuggelt habe.

<sup>46</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Zusammenfassung der Rede in der Sitzung der führenden Mitarbeiter der Partei und des Staates, Kabul, 8. Qaus 1362 [29.11.1983], S. 41f., in Dari (Archiv des Verf.).

<sup>47</sup> Das afghanische Außenministerium hat 1366 [1987/88] 2000 qm Land, das unter König Amanullah Anfang der 20er Jahre des 20. Jh. in Berlin (West) gekauft worden war, ohne Ausschreibung für 950 000 DM verkauft, obwohl Anfang der 70er Jahre dafür vier Mio. DM angeboten worden waren. Die Einnahmen wurden nicht an den Staat überwiesen, sondern 350 000 DM wurden auf die Konto von Mohammad Daud Schahbas (Botschaftssekretär für Geheimdienstfragen in Bonn) und 80 000 DM auf das Konto des Geschäftsträgers überwiesen. Die Summe wurde dem Außenminister als Ausgaben mitgeteilt, jedoch ohne Belege. „Im Monat Qaus [November/Dezember] 1367 [1988] habe ich von der Angelegenheit erfahren [...], die Sachlage habe ich dem Präsidenten [Dr. Nadjibullah] mitgeteilt. Er befahl, die Akten sollen ihm vorgelegt werden, damit er persönlich mit solchen Personen abrechnen könne. Darüber, ob er das Geld zurückbekommen hat oder nicht, bin ich nicht informiert,“ schreibt

„Aber mit Bedauern will ich Euch mitteilen, daß manche Genossen, die der Partei auch Dienste erwiesen haben, zu mir kommen und kategorisch, klar und unverblümt Privilegien und Posten verlangen.“<sup>48</sup> Einer von diesen Genossen war der spätere Außenminister, Mitglied des ZK der DVPA und langjährige Kampfgefährte außerdem ein Cousin von Karmal, Abdul Wakil.

Die meisten der tausende Stipendien, die aus den sozialistischen Ländern an afghanische Hochschulen und Institutionen vergeben wurden, erhielten Söhne, Brüder und weitere Verwandten der Partei- und Staatsführung, unabhängig von ihrer Qualifikationen.<sup>49</sup>

Da faktisch nur für Mitglieder der DVPA die Möglichkeit einer Karriere bestand, strömten alle Karrieristen in die Partei. Die Zahl der Parteimitglieder nahm rapide zu. Während die DVPA vor der Revolution 1978 ca. 18 000 Mitglieder hatte, erreichte sie im Juli/August 1982 mehr als 70 000,<sup>50</sup> im November/September 1982 mehr 80 000,<sup>51</sup> im Juni/Juli 1983 mehr als 90 000<sup>52</sup> und in Februar/März 1985 schon mehr als 130 000.<sup>53</sup> Es ist also eine kontinuierliche Steigerung zu verzeichnen. Viele Parteifunktionäre trachteten danach, sich Posten und Autos zu verschaffen. Die Genossen stritten sich darüber, warum die Farbe ihres Autos nicht mit der Farbe ihrer Krawatte übereinstimme, und warum der eine nur einen sowjetischen Jeep, der andere aber einen Wolga fahren dürfe, berichtete uns der erste afghanische Botschafter der Demokratischen Republik Afghanistan in Bonn, Ing. Nazar Mohammad am 27. April 1979 während eines nichtöffentlichen Beisammenseins der Parteigruppe.<sup>54</sup> Viele Fachkräfte, die nicht der Partei angehörten, wurden nicht befördert oder gar ihrer Funktion enthoben und zum Teil in die Emigration getrieben. Entgegen den im Parteiprogramm formulierten Grundsätzen wurde ein breites Bündnis der national-demokratischen Kräfte nicht angestrebt. Zwar wurde mit der Hilfe von erfahrenen Politikern aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) Ende Dezember 1980 eine „Nationale Vaterländische Front“ (NVF) gebildet, jedoch blieben alle wichtige Funktionen bei der DVPA. Zum Beispiel wurde Saleh Mohammad Zeray, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK

---

der Ministerpräsident der Republik Afghanistan. Scharq, Mohammad Hassan: Karbas puschaie Brahnapa [Barfüßige Leinwandträger], Peschawar 1991, S. 275f.

<sup>48</sup> Karmal, Babrak: Zusammenfassung der Rede in der Sitzung der führenden Mitarbeiter der Partei und des Staates, a.a.O., S. 40.

<sup>49</sup> Ich kenne Ärzte, die nicht einmal bereit waren, nach dem Zusammenbruch der CSSR, wo sie auf Kosten dieses Volkes studiert hatten, wenn schon nicht in Afghanistan, zumindest dort zu arbeiten. Sie gingen in die kapitalistischen Länder, z.B. die Niederlande, wo mehr zu verdienen war.

<sup>50</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem neunten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, a.a.O., S. 12.

<sup>51</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem zehnten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Kabul, Aqrab 1361 [Oktober/November 1982], S. 5, in Dari (Archiv des Verf.).

<sup>52</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem zwölften Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Kabul, Saratan 1362 [Juni/Juli 1983], S. 5, in Dari (Archiv des Verf.).

<sup>53</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem fünfzehnten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Kabul, Hut 1363 [Februar/März 1985], S. 8, in Dari (Archiv des Verf.).

<sup>54</sup> Der Mitglieder der DVPA in der Bundesrepublik.

der DVPA, ihr Präsident.<sup>55</sup> Auch bei den anderen gesellschaftlichen Organisationen, wie Gewerkschaften, Frauenverbänden, Genossenschaften und der Jugendorganisation, sah es nicht anders aus. Daher fühlten sich die Bündnispartner nicht ernstgenommen und ließen sich nicht von der DVPA instrumentalisieren. Ihre Passivität hat die ohnehin schmale Basis der Revolution weiter minimiert.

Als Fehler mit besonders verhängnisvollen Konsequenzen erwies sich die Spaltung der Partei von 1967-1997, die kurz nach der Revolution zu einem erneuten Machtkampf der beiden Parteifraktionen innerhalb der DVPA führte. Zunächst wurde die Partscham-Fraktion unter Babrak Karmal schon im Juli/August 1978 entmachtet. Die führenden Persönlichkeiten wurden als Botschafter ins Ausland geschickt und später von ihren Posten entfernt, weil sie angeblich einen Putsch hätten organisieren wollen. Anschließend wurden sie auch aus der Partei ausgeschlossen. Der afghanische Botschafter in Bonn, Ing. Nazar Mohammad, der 1978 die DVPA auf dem DKP-Parteitag in Mannheim vertrat, verleumdete die Fraktion von Karmal mit folgenden Worten: „Sie haben das Haupt in den Reihen der Feinde der Revolution erhoben, an ihrer Spitze der Lakai des Imperialismus und des Adels, der afghanische Trotzki, Babrak Karmal, und eine begrenzte Anzahl anderer pseudorevolutionärer nationaler Verräter.“<sup>56</sup> Es wurden auch tausende „einfache“ Parteimitglieder verhaftet, gefoltert und in großer Zahl ermordet. Amin verfolgte jede Opposition innerhalb und außerhalb der Partei, 2 500 DVPA-Mitglieder und weitere 12 000 Menschen wurden ermordet. Am 16. September 1979 ließ er auch ihren Generalsekretär Taraki ermorden. Amin sprach von der „Diktatur des Proletariats“ in Afghanistan, und jeder, der diese gefährdete, wurde eliminiert. In seinen Reden berief er sich unentwegt auf irgendwelche Aussagen von Lenin, die niemand überprüfen konnte. Damit instrumentalisierte er Lenin als Kronzeugen und Legitimation für seine persönliche Ambitionen und sektiererischen politischen Positionen. Amin verkörperte in sich sowohl Machiavelli als auch Pol Pot. Ihm hätten für den Aufbau des Sozialismus auch einige wenige Millionen Afghanen ausgereicht.

Taraki besaß keine Führungsqualitäten und war von Anfang an nicht in der Lage gewesen, die Partei zusammenzuhalten. Seine Neigung zum Personenkult wurde von Amin gnadenlos instrumentalisiert und gegen die Karmal-Anhänger und gegen Taraki selbst eingesetzt. „Nach der April-Revolution entfernte sich die Parteiführung leider vom Volk. Unrealistische Programme und Maßnahmen schufen eine Kluft zwischen der Führung und dem Volk. Die Volksmassen sahen keine Führung und die Parteiführung keine Masse hinter sich. Deshalb konnte der Gegner in dieser Kluft und in diesem Vakuum leicht sein Unwesen treiben.“<sup>57</sup> Es entstand eine Klima der Angst, des Duckmäusertums und des Opportunismus. Alle Entscheidungen kamen von der sich selbst rekrutierenden Führung, und die Basis hatte so gut wie keinen Einfluß auf die Gestaltung der Politik und vor allem auf die Auswahl der Spitzenfunktionäre. Die Folge davon

---

<sup>55</sup> Siehe dazu: Hundt, Walter: Nationale Vaterländische Front in Afghanistan, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin/DDR, Jg. 26, 1981, H. 10, S. 47-57.

<sup>56</sup> Protokoll des Mannheimer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf 1978, S. 553. Als Karmal 1980 die Partei- und Staatsführung übernahm, wurde Ing. Nazar Mohammad Mitglied des ZK der DVPA und Minister für Öffentliche Arbeit.

<sup>57</sup> Islam, Revolution und Frauenbewegung - afghanische Erfahrungen: Anahita Ratebzad im Gespräch mit Mostafa Danesch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Jg. 26, 1981, H. 12, S. 1499.



war dann, daß Personen in die Führung von Partei und Staat aufstiegen, die der Revolution den Todesstoß versetzen konnten.

## V. Die Sowjetunion in der afghanischen Falle

„Aber es hat uns auch neun Jahre gekostet, die polnische Solidarnosc-Bewegung zu unterstützen, und 1980 sah es absolut nicht so aus, als ob sie 1989 in Polen an die Macht kommen würde.“<sup>58</sup>

James Woolsey, Ex-CIA-Chef

Alle genannten Punkte zusammengenommen und die de facto weiter bestehende Spaltung der Partei führten zwangsläufig zur Stärkung der Konterrevolution. Ende 1979 war die Lage der Regierung so hoffnungslos, daß sowjetische Militärhilfe unumgänglich wurde, um zu verhindern, daß Afghanistan zu einem zweiten Chile (Militärputsch gegen die Regierung Allende am 11.9.1973) gemacht wurde.<sup>59</sup> Aus einer Mini-Revolution wurde eine Mega-Konterrevolution. Unmittelbar nach der Revolution begannen die konterrevolutionären Banden, die von den westlichen Politikern und Medien als Modjahedin (Heilige Krieger) bzw. sogar Freiheitskämpfer gefeiert wurden, mit ihrem erbitterten Kampf gegen die neue Regierung und versuchten mit allen Mitteln, die Reformen zu verhindern. Sie terrorisierten Politiker und Parteiaktivisten, die an der Umsetzung der Reformen unmittelbar beteiligt waren. Bevorzugt wurden Bildungseinrichtungen, vor allem Mädchenschulen, zerstört, die Lehrkräfte umgebracht und das Trinkwasser der Schulen vergiftet. Bis Ende 1362 [1983/84] wurden 1814 Schulen, das ist die Hälfte aller Schulen in Afghanistan, und 130 Krankenhäuser zerstört.<sup>60</sup> Der Gesamtschaden belief sich auf 35 Milliarden Afghani. Das entsprach etwa 50% der gesamten Investitionen des Landes in den letzten 20 Jahren.<sup>61</sup> Solange sie die afghanischen Kinder umbrachten, waren sie „Freiheitskämpfer“, heute, da sie sich gegen ihre einstigen Förderer wenden, sind sie zu Terroristen mutiert. Die Konterrevolutionäre verlagerten unmittelbar nach der Ausrufung der Republik 1973, verstärkt jedoch nach der Revolution 1978, ihre Zentralen nach Pakistan, wo sie zunächst in der Regierungszeit der sozialdemokratischen People Party Pakistans (PPP) unter Zulfikar Ali Bhutto und seit dem Putsch am 5. Juli 1977 verstärkt unter dem islamistischen Diktator General Mohammad Zia Ul-Haq, ideologisch, propagandistisch und militärisch massiv unterstützt wurden. In der pakistanischen Nordwestfrontprovinz (NWFP) an der Grenze zu Afghanistan wurden 2500 Ausbildungslager für die afghanischen Konterrevolutionäre errichtet. „Die Existenz von

<sup>58</sup> Woolsey, James: Schwache Politik, in: Die Woche, 6.3.1998, S. 25.

<sup>59</sup> „Ich sehe nicht ein, warum wir ein Land marxistisch werden lassen sollen, nur weil sein Volk verantwortungslos ist“, verkündete US-Außenminister Henry Kissinger am 27. Juni 1970 in vertrauter Washingtoner Runde im Hinblick auf seinen Beitrag beim Sturz der Regierung Salvador Allendes am 11.9.1973 in Chile, in: Dederichs, Mario R.: Reagan legt die Lunte an, in: Stern, Nr. 32, 4.8.1983, S. 102; Schmid, Thomas: Der andere 11. September, in: Die Zeit, Nr. 38, 11.9.2003, S. 90.

<sup>60</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem dreizehnten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Kabul, Hut 1362 [Februar/März 1984], S. 9, in Dari (Archiv des Verf.).

<sup>61</sup> Vgl. ebenda.

Trainingslagern ist wohl nicht mehr ernsthaft zu bezweifeln, denn nicht nur kommunistische Quellen sprechen von ihnen. Die Aufständischen selber verweisen stolz auf amerikanische, chinesische und islamische Finanz-, Ausbildungs- und Waffenhilfe. Der große Plan scheint aber zumindest vorerst wegen der sowjetischen Einmischung undurchführbar geworden zu sein: über Kabul und anderen Städten, die noch als Stützpunkte der Regierung dienten, hätten in Laufe des Januars oder Februars mit Fallschirmen eine große Zahl von Rebellen abspringen sollen und dem verhassten kommunistischen Regime endgültig den Garaus machen sollen. Woher die dazu benötigten Flugzeuge hätten kommen sollen, darüber schweigt man sich allerdings geflissentlich aus,<sup>62</sup> berichtete Mitte Januar 1980 die großbürgerliche Neue Zürcher Zeitung aus Peschawar. „Das ist nach Art. 3f) und g) der UN-Resolution 3314 vom 14.12.1974 (Definition der Aggression) eine eindeutige Aggressionshandlung, gegen die der afghanischen Regierung das Recht auf kollektive Selbstverteidigung im Verbund mit den sowjetischen Truppen zusteht. Nach Art. 3f) ist eine solche Aggressionshandlung, ‚die Erlaubnis eines Staates, sein Territorium, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, durch diesen für Aggressionshandlungen gegen einen dritten Staat verwenden zu lassen‘ und nach Art. 3g), ‚die Entsendung durch einen Staat oder im Namen eines Staates von bewaffneten Banden, Gruppen, Irregulären o. Söldnern, die bewaffnete Gewalt gegen einen anderen Staat von solcher Schwere anwenden, die den oben genannten Handlungen gleichkommt, oder die maßgebende Verwicklung dieses Staates darin.‘ Danach sind alle Unterstützungshandlungen für die Organisation des Bürgerkrieges in Afghanistan, wie sie von verschiedenen Staaten vom Boden Pakistans aus geleitet werden, ein Verstoß gegen das geltende Interventionsverbot des Völkerrechts. [...] Die von Pakistan aus militärisch operierenden Gruppen können sich auch nicht auf den Status einer Befreiungsbewegung berufen. [...] Der legitime Kampf der afghanischen Regierung gegen diese Gruppen umfaßt auch das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung unter Zuhilfenahme befreundeter Truppen. Im Rahmen dieser Bitte um Entsendung von Truppen war die Sowjetunion völkerrechtlich legitimiert, der Bitte nachzukommen. [...] Die völkerrechtlichen Schlußfolgerungen sind eindeutig und klar. Sie würde es der afghanischen Regierung sogar gestatten, gegenüber Pakistan militärisch vorzugehen.“<sup>63</sup> Bekanntlich hat die afghanische Regierung darauf verzichtet und eher auf eine politische Lösung des Konfliktes hingearbeitet.

Obwohl das Ersuchen der afghanischen Führung, zunächst unter Taraki später auch unter seinem Nachfolger H. Amin, um Militärhilfe der Sowjetunion in den bürgerlichen Medien als Propaganda der afghanischen und vor allem der sowjetischen Regierung abgetan wurde, wissen wir nun seit Ende des Kalten Krieges, daß insgesamt 21 mal<sup>64</sup> von afghanischer Seite - u.a. in einem Telefongespräch am 18. März 1979 zwischen N. M. Taraki und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen So-

---

<sup>62</sup> Ratloses Pakistan in der afghanischen Krise, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 14.1.1980.

<sup>63</sup> Paech, Norman: Völkerrechtliches Gutachten zur Anwesenheit der sowjetischen Truppen in Afghanistan, Hamburg, 13.12.1982. (Hrsg.: Informationskreis Afghanistan, Bonn), S. 3f. (Archiv des Verf.).

<sup>64</sup> Vgl. Sapper, Manfred: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994, S. 68.

wjetrepubliken (UdSSR), Alexej N. Kossygin - die Sowjetunion um Hilfe gebeten worden ist.<sup>65</sup>

### Übersicht

Gesuche der afghanischen Regierung an die UdSSR um Militärhilfe und Truppenentsendung		
1	17.03.79	Hilfe „zu Lande und aus der Luft“
2	20.03.79	Kampfhubschrauber, Transporthubschrauber mit Besatzung, Nachrichtentechnik
3	14.04.79	15-20 Kampfhubschrauber mit Besatzung
4	16.06.79	Panzer und Schützenpanzer zum Schutz der Regierung
5	11.07.79	Mehrere Specnaz-Verbände in Bataillonstärke
6	12.07.79	Hubschrauberstaffel für Aufklärung
7	19.07.79	Zwei Divisionen
8	20.07.79	Eine Division Luftlandetruppen nach Kabul
9	21.07.79	8-10 MIG-24 Hubschrauber mit Besatzung
10	24.07.79	Drei Armee-Einheiten nach Kabul
11	02.08.79	Schnellstmögliche Entsendung von Truppeneinheiten
12	12.08.79	Drei Specnaz-Bataillone, Transporthubschrauber mit Besatzung
13	21.08.79	1500-2000 Fallschirmspringer
14	25.08.79	Truppen nach Afghanistan entsenden
15	02.10.79	Wachbataillon zu Amins persönlichen Schutz
16	17.11.79	Wachbataillon zu Amins persönlichen Schutz
17	20.11.79	Wachbataillon für Amins persönlichen Schutz
18	02.12.79	Verstärktes Regiment in die Provinz Badachschan
19	04.12.79	Polizeieinheiten in die nördlichen Regionen Afghanistans
20	12.12.79	Garnisonen in die nördlichen Städte zum Schutz der Straßen
21	17.12.79	Garnisonen in die nördlichen Städte zum Schutz der Straßen

Quelle: Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994, S. 68.

Mit dem sowjetischen Militäengagement seit dem 27.12.1979, basierend auf Art. 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 5.12.1978 und Art. 51 der UN-Charta, gewann der innerafghanische Konflikt eine neue Qualität. Er wurde internationalisiert und zunächst verdeckt, später ganz offensichtlich von den meisten westlichen Ländern, einschließlich der BRD und ihrer regionalen Verbündeten vor Ort, geschürt. Alle afghanischen Konterrevolutionäre hatten in den westlichen Metropolen, u.a. auch in Bonn, ihre Verbindungsbüros, die stillschweigend wie eine diplomatische Vertretung behandelt wurden, eröffnet. Durch diese Einrichtungen wurden Reisebegegnungen zwischen Modjahedin-Kommandanten und hochrangigen westlichen Politikern, Medi-

<sup>65</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, 18. März 1979, nach Sapper, M.: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, a.a.O., S. 385ff.

enredakteuren, Geheimdienstlern, Wirtschaftsmanagern und Waffenlobbyisten sowie Rekruten für den Widerstand organisiert. Die Konterrevolutionäre wurden demonstrativ von BRD-Politikern, wie dem damaligen Niedersächsischen Ministerpräsidenten, Ernst Albrecht (CDU), dem Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU), dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und sogar dem Vorsitzendem der Sozialdemokratischen Partei Willy Brandt empfangen. Bundeswehroffiziere wurden vom Dienst beurlaubt und dann als Privatpersonen getarnt zum Einsatz nach Afghanistan bzw. Pakistan geschickt, um die afghanischen Konterrevolutionäre auszubilden.<sup>66</sup> Der damalige Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer plädierte vehement für die Aus- und Aufrüstung der Konterrevolutionäre mit modernsten Waffen und motivierte vor Ort die Fanatiker zum Kämpfen und zur Zerstörung Afghanistans.

Norbert Blüm, Jürgen W. Möllemann und Todenhöfer marschierten in der ersten Reihe der Demonstration gegen Afghanistan und Sowjetunion; so wurden aus Hinterbänkeln bekannte Politiker, die es dann zu Ministern bzw. bis zum Vizekanzler brachten.<sup>67</sup>

Hier soll noch auf zwei weitere Aspekte hingewiesen werden, die die sowjetische Intervention begünstigt haben: 1.) Babrak Karmal hielt sich nach seiner Entlassung von seinem Posten als Botschafter Afghanistans in Prag und nach dem Parteiausschluß in der Sowjetunion auf. Er hatte der sowjetischen Führung versprochen, die begangenen Fehler unter Taraki und Amin zu korrigieren, die Einheit der Partei wiederherzustellen und die Bevölkerung erneut für die Ziele der Revolution zu gewinnen, wenn die Sowjetunion ihm dabei helfen würde. 2.) Schon lange vor dem vom sozialdemokratischen BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt erfundenen sog. „Doppelbeschuß“ wurde in der NATO-Zentrale die Stationierung von US-amerikanischen Atomraketen „Cruise Missile“ und „Pershing II“ in Westeuropa debattiert. Die sowjetische Führung wartete die Ergebnisse der Verhandlungen ab. Als die Stationierung beschlossene Sache, und das internationale Klima vergiftet war, sollte zumindest ein Blutbad durch die Konterrevolutionären in Afghanistan, mit unabsehbaren Folgen an der Südgrenze der Sowjetunion, verhindert werden.

Unmittelbar nach der sowjetischen Intervention reiste KGB-Chef Jurij Andropow nach Kabul. Er wollte den afghanischen Revolutionären zwar helfen: „Politisch, ökonomisch, mit Waffenlieferungen unterstützen - ja, für die Afghanen kämpfen - nein“<sup>68</sup>. Andropow hat der afghanischen Führung deutlich vorgetragen, daß die sowjetischen Einheiten „bis zum Frühjahr fertig zu werden“<sup>69</sup> beabsichtigten, dann müßten die Afghanen selbst in der Lage sein, sich zu verteidigen. Karmal, der sich bei Großdemonstrationen in Kabul äußerlich wie Lenin kleidete und von sich sehr überzeugt war, konnte sein Versprechen nicht halten. Durch kosmetische Korrekturen konnten weder die zutiefst beleidigte und verletzte afghanische Bevölkerung und Intelligenz noch die bis aufs Blut verfeindeten, äußerst sektiererischen Partefraktionen für die Ziele der Revolu-

<sup>66</sup> Vgl. z.B. Kothny, Erik/Dayani, Khalid: Bundeswehr-Major am Hindukusch, Böblingen 1986.

<sup>67</sup> Ich habe seit 1978 in mehr als hundert Vorträgen auf diese verhängnisvolle Kooperation der „freien Welt“ mit den afghanischen konterrevolutionären Banden und ihre Folgen für Afghanistan und die internationale Gemeinschaft aufmerksam gemacht.

<sup>68</sup> Falin, Valentin: Politische Erinnerungen, München 1993, S. 399.

<sup>69</sup> Ebenda, S. 401.

tion gewonnen werden. Das Versagen der afghanischen Revolutionäre war unübersehbar geworden. Nun mußte die Sowjetunion für die unfähige afghanische Führung die Kohlen aus dem Feuer holen. „Der Eindruck war deprimierend. Immer tiefer rutschten wir in Afghanistan in einen politischen Sumpf. Aus ‚Helfern‘ wurden wir zu Söldnern gemacht. Für wen und weshalb wird das Blut unserer Soldaten und das der Afghanen vergossen? Finden sich denn in ganz Afghanistan keine patriotisch gesinnten Menschen mit moderner Weltsicht, die imstande sind, mit uns zu sprechen, ohne sich in tiefen Bücklingen zu ergehen, und die nicht den Ausländern ihre eigenen Sorgen aufhalsen wollen?“<sup>70</sup>, beschreibt der Diplomat Valentin Falin, Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU (1988-1991) seine Eindrücke von der letzten Begegnung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Leonid Breschnew, mit Babrak Karmal.

Die imperialistischen Länder waren hoch erfreut, die Sowjetunion in eine Falle gelockt zu haben, aus der sie schwer entkommen konnte. In seinen Memoiren gab der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates, zu: „Die amerikanischen Geheimdienste haben den afghanischen Modjahedin *sechs Monate vor* der sowjetischen Intervention zu helfen begonnen.“<sup>71</sup> Vom ehemaligen Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter (1977-1981), Zbigniew Brzezinski, wurde das auf Anfrage eines Journalisten von „Le Nouvel Observateur“ wie folgt bestätigt: „Ja. Nach der offiziellen Version der Geschichte hat die Hilfe der CIA an die Modjahedin angefangen im Laufe des Jahres 1980, d.h. nachdem die sowjetische Armee am 24. [sic!] Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert war. Aber die Realität, bis jetzt geheimgehalten, ist eine ganz andere. Es war *tatsächlich der 3. Juli 1979*, an dem Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des prosowjetischen Regimes in Kabul unterzeichnet hat.<sup>72</sup> Und an diesem Tag habe ich dem Präsidenten eine Notiz geschrieben, in der ich ihm erklärte, daß meiner Ansicht nach diese Hilfe eine militärische Intervention der Sowjets zur Folge haben würde.“ Er führt weiter aus: „Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, daß sie es tun, wesentlich erhöht.“<sup>73</sup> Ab 1979 wurde gegen Afghanistan „die größte Geheimoperation in der Geschichte der CIA durchgeführt.“<sup>74</sup> Es wurden unmittelbar unter der Regie des US-Geheimdienstes CIA und dessen pakistanischer Bruderorganisation Inter Service Intelligence (ISI) etwa 35 000 radikale Islamisten aus 40 islamischen Ländern<sup>75</sup> zu schlagkräftigen, bewaffneten

---

<sup>70</sup> Ebenda, S. 410f.

<sup>71</sup> Les Révélations d'un Ancien Conseiller de Carter, „Oui, la CIA est entrée en Afghanistan avant les Russes...“, in: Le Nouvel Observateur, Paris 15-21 janvier 1998, S. 76 (eigene Übers. und Hervorhebungen durch den Verf.).

<sup>72</sup> Jimmy Carter erhielt am 10. Dezember den Friedensnobelpreis für das Jahr 2002, es wäre eher angebracht, Carter und Brzezinski als Kriegsverbrecher vor dem internationalen Tribunal in Den Haag zur Rechenschaft zu ziehen.

<sup>73</sup> Les Révélations d'un Ancien Conseiller de Carter, „Oui, la CIA est entrée en Afghanistan avant les Russes...“, a.a.O.

<sup>74</sup> Chossudovsky, Michael: Global brutal, Frankfurt a.M. 2002, S. 359.

<sup>75</sup> Ein Freund von mir, dessen Namen ich aus Sicherheitsgründen hier nicht nennen kann, ist Prof. an der Universität von Riad, Saudi-Arabien. Er berichtete, daß 5% von den Gehältern der saudischen staatlichen Angestellten und Beamten, ohne deren Einverständnis für den Djeihad in Afghanistan abgezogen worden sind. Auch in anderen arabischen Scheichtümer war das nicht anders.

Organisationen umstrukturiert und auf Afghanistan losgelassen.<sup>76</sup> Über 100 000 Islamisten wurden direkt von dem Krieg gegen Afghanistan beeinflusst.<sup>77</sup> Es wurden Propagandisten, wie der blinde ägyptische Prediger, Abdul Rahman, der 1993 das World Trade Center in die Luft sprengen wollte und immer noch in US-Haft sitzt, sowie der Al Qaeda Chef Osama Ben Laden, mit Hilfe der CIA nach Afghanistan gebracht. Der Führer der Islamischen Partei, Gulbudin Hekmatjar, „der Mann, der für alle wichtigen Geheimdienste dieser Welt arbeitete, der Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat,<sup>78</sup> war *der* Favorit von CIA/ISI unter allen sieben aus Pakistan operierenden islamischen Gruppen. Die CIA hat die afghanische Konterrevolution im Rechnungsjahr 1985 „mit der Rekordsumme von 250 Millionen Dollar“<sup>79</sup> unterstützt. Dies machte „über 80 Prozent des CIA-Budgets für geheime Operationen aus,<sup>80</sup> das der CIA für weltweite Wühltaten zur Verfügung stand. Dem „Spiegel“ zu Folge sind die Islamisten in den ersten zehn Jahren des Bürgerkrieges in Afghanistan offiziell mit „mehr als zwei Milliarden US-Dollar hochgerüstet worden.“<sup>81</sup> Der Löwenanteil dieser für das afghanische Volk todbringenden Hilfe, nämlich „60 Prozent der jährlich bis zu 700 Millionen Dollar US-Hilfe für den afghanischen Widerstand“,<sup>82</sup> ging bis Ende 1991 über ISI an G. Hekmatjar.<sup>83</sup> Die einzige Modjahedin-Gruppe, die mehr als 1000 US-amerikanische Stinger-Raketen und 300 britische Blowpipes erhielt, die zuvor nur an NATO-Länder geliefert wurden, war die Islamische Partei von Hekmatjar.<sup>84</sup> Diese tragbaren Raketen können, von der Schulter abgefeuert, ihre Ziele automatisch verfolgen. Dadurch wurden nicht nur Militär-, sondern auch zahlreiche Zivilflugzeuge abgeschossen.

Dieser umfangreiche und vielfältige Einsatz der USA und ihrer Verbündeten gegen die afghanische Revolution hing mit der geostrategischen Lage des Landes, unmittelbar an der sowjetischen und iranischen Grenze und nur einen Katzensprung entfernt von den Ölreichtümern des Nahen Ostens, zusammen. Afghanistan durfte keinesfalls Schule machen. Ansonsten würden die Herrscher der gesamten Region, angefangen von dem engsten Verbündeten der USA in Iran bis hin zu den despotischen arabischen Potentaten, von revolutionären Stürmen hinweggefegt werden. Die iranische Februar-Revolution 1979 war dafür ein Paradebeispiel, bei welcher der Schah von Iran, einer der mächtigsten Herrscher der Region und neben dem NATO-Partner Türkei der wichtigste Verbündete der westlichen Welt, vertrieben wurde. Die USA wurden daraufhin gezwungen, ihre Spionagestationen von der iranisch-sowjetischen Grenze in die Türkei zu verlegen, ihre rund 40 000 Militärberater abzuziehen und den Sitz der regionalen Zentrale der CIA in Teheran zu schließen.<sup>85</sup> Wenn schon der afghanische Monarch es abgelehnt

---

<sup>76</sup> Vgl. Baraki, A. M.: Nacht über Afghanistan, in: Marxistische Blätter. Essen, Jg. 31, 1993, Nr. 4, S. 17f.

<sup>77</sup> Chossudovsky, Michael: Global brutal, a.a.O., S. 359.

<sup>78</sup> Othmerding, Heinz-Rudolf: Friedenshoffnung in Afghanistan: Taliban rücken nach Kabul vor, in: Deutsche Presse Agentur (DPA), 15.2.1995.

<sup>79</sup> CIA-Hilfe für afghanischen Widerstand höher den je, in: Frankfurter Rundschau, 14.1.1985, S. 2.

<sup>80</sup> Ebenda.

<sup>81</sup> Absolut blind, in: Der Spiegel, Nr. 38, 1989, S. 194.

<sup>82</sup> Eiserne Faust, in: Der Spiegel, Nr. 38, 1992, S. 204.

<sup>83</sup> Vgl. ebenda.

<sup>84</sup> BND als Waffenkäfer, in: Der Spiegel, Nr. 45, 30.10.2004, S. 116.

<sup>85</sup> Vgl. Brönnner, W.: Afghanistan, Revolution und Konterrevolution, a.a.O., S. 18.

hatte, die Wirtschaftshilfe der USA, die von einem Beitritt Afghanistans zum Militärpakt CENTO abhängig gemacht wurde, unter diesen Bedingungen anzunehmen, würde eine revolutionäre Regierung das Land niemals unter ein Diktat der USA stellen. Afghanistan, Mitbegründer der Blockfreien Bewegung, berief sich auf die Neutralität seiner Außenpolitik, die jedoch im Rahmen der „Dulles-Doktrin“<sup>86</sup> für unmoralisch erklärt wurde.<sup>87</sup> Die Außenpolitik Afghanistans stand, zumindest in diesem Punkt, in diametralem Gegensatz zur US-Asien-Strategie. „Es [Afghanistan] ragte daher wie ein Keil in den Gürtel der mit dem Westen verbündeten Staaten hinein, die an der sowjetischen Südflanke liegen,“<sup>88</sup> hob der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günter Nollau, hervor.

Sowohl die afghanischen Konterrevolutionäre als auch ihre Unterstützer in den westlichen Medien behaupteten, es handele sich hier um eine nationale Widerstandsbewegung, die ihre Waffen von der afghanischen Armee erbeute. Diese Lügen wurden entlarvt, als der damalige ägyptische Präsident Anwar Al Sadat im ägyptischen Fernsehen Waffenlieferungen an die afghanischen Konterrevolutionäre zugab.<sup>89</sup> In einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft NBC bestätigte Sadat dann ägyptische Waffenverkäufe an die USA unter der Präsidentschaft Jimmy Carters, die dann die Ausrüstung an die afghanische Konterrevolution weitergaben. „Ich habe mein Lager für sie [die USA] geöffnet. Doch sie waren sehr großzügig“<sup>90</sup>, betonte Sadat. Die FAZ war sehr verärgert über „das Lüften eines Geheimnisses“ durch Sadat, das sie als „Prahlerie“ und „Geschwätzigkeit“ abtat und weiter fragte: „Aber muß er darüber reden, sich damit brüsten? Bestimmte Dinge tut man, aber schweigt darüber.“<sup>91</sup> Diese Enthüllungen Sadats brachten das westliche Lager zu Beginn einer Afghanistan-Debatte in der UNO in Bedrängnis: „Die Russen können nun Sadat als Kronzeugen für ihre These anführen, der Bürgerkrieg in Afghanistan wäre längst zu Ende, wenn er nicht von außen immer wieder angefacht würde“<sup>92</sup>.

Die westlichen Medien, die den Konterrevolutionären propagandistisch zu Hilfe eilten, verbreiteten gezielt präparierte Meldungen über die Lage in und um Afghanistan. „Jeden Dienstag erhalten Journalisten in Neu-Delhi und Islamabad ein ‚Briefing‘, wie eine Unterrichtung heutzutage heißt, ‚aus diplomatischen Kreisen‘. Tatsächlich handelt es sich wohl um einen Veranstaltung des amerikanischen Geheimdienstes, der auf diese Weise ausgewählte Informationen an die Öffentlichkeit gelangen läßt. Niemand ist in der Lage, solche Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Ein unbefriedigendes Verfahren, das nun schon Jahre immer gleich abläuft, ohne daß bisher eine westliche Nachrichtenagentur gewagt hätte, sich dieser fragwürdigen Prozedur zu

---

<sup>86</sup> Dulles-Doktrin, genannt nach dem von 1953-1959 amtierenden US-Außenminister John Foster Dulles, die eine Eindämmung des Sozialismus mit allen Mitteln vorsah.

<sup>87</sup> Vgl. Andel, Horst: Die Neuzeit kommt auch nach Afghanistan, in: Deutsche Woche, München, 11, 1961, 13, S. 5.

<sup>88</sup> Nollau, Günther/Wiehe, Hans-Jürgen: Rote Spuren im Orient, Köln 1963, S. 166.

<sup>89</sup> Sadat: Mehr Waffen für die afghanischen Freiheitskämpfer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.12.1980.

<sup>90</sup> Sadats „peinliche Geschwätzigkeit“, in: Unsere Zeit (UZ), Neuss, 26.9.1981.

<sup>91</sup> Sadats Erzählungen, in: FAZ, 24.9.1981, S. 12.

<sup>92</sup> Ebenda.

entziehen.“<sup>93</sup> Aber genau die Zeitung, der diese entlarvenden Äußerungen entnommen sind, war selbst seit Jahren in gleicher Art und Weise an der Verbreitung von Unwahrheiten gegen Afghanistan beteiligt und hat dies trotz dieser Erkenntnis auch weiterhin fortgesetzt.

## VI. Afghanistan: Gorbatschows erstes Geschenk an den Westen

„Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus.“<sup>94</sup>

Michail Gorbatschow.

Von der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik<sup>95</sup> unter Präsident Michail Gorbatschow blieb auch der Afghanistan-Konflikt nicht unberührt. Babrak Karmal, der mit dem Eintreffen des sowjetischen Militärkontingentes und mit der Beseitigung des Terrorregimes von H. Amin an die Spitze von Partei und Staat getreten war, der als Garant der Einheit der Partei und für die Versöhnung mit dem von Amin verfolgten Teil des Volkes galt, wurde nunmehr als Hemmnis für die Lösung des Konfliktes in und um Afghanistan angesehen. Am 5. Mai 1986 wurde er als Generalsekretär der DVPA und am 21. November desselben Jahres von all seinen anderen Funktionen entbunden. An seiner Stelle wurde der Favorit von Michail Gorbatschow, Dr. Nadjibullah, zuvor Präsident des Staatlichen Nachrichtendienstes ChAD, zum Vorsitzenden des Revolutionsrates und zum Generalsekretär der DVPA gewählt. Auf dem zweiten Parteitag der DVPA im Juli 1990 wurde die DVPA sozialdemokratisiert, entideologisiert und in Hesbe Watan (Partei der Heimat) umbenannt. Dies war die Konzeption Gorbatschows für die KPdSU,<sup>96</sup> die auch in Afghanistan umgesetzt worden ist. Damit war den rechten Opportunisten in der Partei der endgültige Durchbruch gelungen. Alle wesentlichen Ziele der Revolution wurden aufgegeben. Es ging nur noch um den reinen Machterhalt.

In einem zweiten Schritt wurde der Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan angeordnet, der am 15.2.1989 abgeschlossen wurde. Aufgrund dieser neu entstandenen Situation glaubten die Konterrevolutionäre und ihre internationalen Auftraggeber, ihre Stunde wäre gekommen, die nun allein stehende afghanische Armee besiegen und damit die so ungeliebte Regierung in Kabul hinwegfegen zu können. „Nadjibullah würde sich ohne sowjetische Armee keine vier Wochen an der Macht halten können“, so lauteten die Prognosen der internationalen Presseagenturen. „Die Mudschahedin ‚kontrollieren‘ große Teile des Landes, waren aber bisher nicht in der Lage, auch nur eine einzige bedeutende Stadt in Afghanistan zu erobern. Die im pakistanischen Exil von Peshawar gebildete ‚Afghanische Interims-Regierung‘ der sieben wichtigsten Mudschahedin-Parteien konnte daher nicht ihren Sitz in Afghanistan nehmen. Die Autorität dieser ‚Regierung‘ schwindet von Monat zu Monat. [...] Von den Machenschaften der Politiker in der Etappe zunehmend angewidert, haben viele Mudschahedin-Kommandeure in

<sup>93</sup> Immer nur Dienstag, in: FAZ, 8.8.1985, S. 10.

<sup>94</sup> Gorbatschow, Michail Sergejewitsch: „Das Ziel meines Lebens war die Vernichtung des Kommunismus“, in: Prawda Rossii, 26.7.-1.8.2000, zitiert nach UZ, 8.9.2000, S. 7.

<sup>95</sup> Sie hatte letztlich die Beseitigung des Sozialismus zum Ziel.

<sup>96</sup> Vgl. Gorbatschow, Michail S.: Lenin in meinem Leben, in: Der Spiegel, Nr. 29/1999, 19.7.1999, S. 151.



Afghanistan damit begonnen, in den von ihnen beherrschten Gebieten eigene Verwaltungen aufzubauen und sich um die Exil-Politiker in Peshawar nicht mehr zu scheren.<sup>97</sup>

Hätten die Konterrevolutionäre ihren „Regierungssitz“ nach Afghanistan verlegen können, wären sie zumindest von den westlichen Staaten und ihren regionalen Verbündeten international anerkannt worden - mit allen völkerrechtlichen Konsequenzen. Dazu waren sie offensichtlich nicht in der Lage. Im Gegenteil, bei ihrer groß angelegten Offensive zur Eroberung der ostafghanischen Provinzhauptstadt Djalal Abad im März 1989, an der mindestens 20.000 Mann teilnahmen, obwohl „mit Panzern, schwerer Artillerie und Raketenwerfern“ ausgerüstet und „unterstützt von arabischen Freiwilligen, angeleitet vom pakistanischen Geheimdienst“<sup>98</sup>, waren sie vernichtend geschlagen worden und auch weitere Großangriffe gegen Kabul (Anfang Oktober 1990), gegen die Stadt Chost in der Provinz Paktia (März 1991) und nochmals gegen Djalal Abad (Ende Juli 1991) scheiterten kläglich.<sup>99</sup>

Um diese verhängnisvolle Situation zu beenden und dem UN-Plan zur politischen Lösung des Konfliktes zum Erfolg zu verhelfen,<sup>100</sup> stellte Präsident Nadjibullah sein Amt zur Disposition und erklärte seine Bereitschaft, das Land zu verlassen. Als Teile der Partei-, der Staats- und der Armeefunktionäre seine Weisungen nicht mehr befolgten - hier sei die Parteigruppe um Außenminister Abdul Wakil, Mahmud Barialei (Bruder von B. Karmal) und der Milizenführer Abdul Raschid Dostum hervorgehoben - und ihn an der Ausreise hinderten, flüchtete er in die Kabuler UN-Vertretung, wo er bis zu seiner Ermordung durch die Taleban im September 1996 lebte. Die inner-afghanische Ursache des Scheiterns der Politik von Nadjibullah lag darin, daß er es nicht vermocht hatte, die verschiedenen Fraktionen der Partei zu einen; ganz im Gegenteil, fast jedes Politbüro-Mitglied der Partei hatte seine eigene Clique bzw. Fraktion gebildet. Dieser Zustand untergrub die Autorität des Präsidenten sowohl bei der Armee als auch bei der Volksmiliz. Der bewaffnete Aufstand des Verteidigungsministers Schah Nawas Tani in Zusammenarbeit mit Teilen der Parteiführung<sup>101</sup> gegen Nadjibullah am 6. März 1990, der jedoch niedergeschlagen wurde, macht die Qualität der Krise und die Tragik der Politik der DVPA-Führung deutlich. Als Nadjibullah seinen besten Milizenführer General Abdul Raschid Dostum brüskierte, in dem er dessen Stellvertreter, General Mohmen,

<sup>97</sup> Natorp, Klaus: „Umgestaltung“ auch in Afghanistan, in: FAZ, 25.1.1990.

<sup>98</sup> Denecke, Hermann: Ein Faß voll Leben, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (DAS), Hamburg, 19.5.1989.

<sup>99</sup> Vgl. Mudjaheddin nehmen Kabul ins Visier, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 6./7.10.1990, S. 12; Koydl, Wolfgang: Blutiges Patt am Hindukusch, in: SZ, 27.3.1991, S. 4; Neue Offensive gegen Jalalabad, in: Neues Deutschland (ND), Berlin, 1.8.1991, S. 4.

<sup>100</sup> Es wurden namhafte afghanische Persönlichkeiten in der ganzen Welt, u.a. der ehemalige bürgerliche Ministerpräsident, Dr. Mohammad Josofof, sein erster Stellvertreter, Dr. Abdul Samad Hamed, Finanzminister, Prof. Dr. Gholam Haidar Dawar, Minister für Stämme, Saien Masud Pohanyar, Staatssekretär im Planungsministerium, Mir Mohammad Sediq Farhang, General Abdul Karim Mostaghni und 53 weitere Personen, die sich in der BRD aufhielten, aufgefordert worden, sich an einer nationalen und politischen Lösung des Afghanistan-Konfliktes zu beteiligen, jedoch ohne Erfolg.

<sup>101</sup> Beteiligt waren neben Schah Nawas Tani, der auch Kandidat des Politbüros war, weitere Mitglieder des Politbüros, wie Mir Saheb Karwal, Nias Mohammad Mohmand, Gholam Dastagir Pandjscheri, Dr. Saleh Mohammad Zeray und Mitglieder des Zentralkomitees, wie Abdul Raschid Arian, Innenminister General Saied Mohammad Golabseu und General Qader Aka, Kommandant der Luftwaffe und der Luftverteidigung.

durch den aus Paktia (Heimatprovinz von Nadjibullah) stammenden Paschtunen, General Abdul Satar, ersetzt, verlor er weiteren, entscheidenden Rückhalt in der Armee. Damit war sein Schicksal besiegelt.

## VII. Die Kapitulation der Führung der Hesbe Watan

Die neue Führung um Außenminister A. Wakil, Nadjmudin Kawiani, Farid Masdak (alle drei waren Mitglieder des Politbüros) und Nadjibullahs früherem Stellvertreter und Nachfolger Abdul Rahim Hatef hatte beschlossen, die Macht an die Konterrevolutionäre zu übertragen.<sup>102</sup> So geschah es auch am 27. April 1992, genau am Tag des Sieges der Aprilrevolution von 1978, nachdem ihnen die Stadt Kabul kampfflos und nahezu unzerstört überlassen worden war. Bei diesem Komplott zwischen der genannten Personengruppe und der Konterrevolution ging es um die Rettung ihrer eigenen Person und ihres Besitzes. Daraufhin wurde Sebghatullah Modjadedi, der Exil-Präsident der Konterrevolutionäre, erster Präsident des Islamischen Staates Afghanistan.

Die afghanische Führung, insgesamt 95 Personen, verließ in einem Flugzeug von Kabul aus das Land. Seitdem tun diese ehemals hohen Funktionäre so, als ob sie mit der ganzen Angelegenheit, dem ganzen politischen Schlamassel, der in Afghanistan in all den Jahren angerichtet worden ist, nichts zu tun hätten. Aus Angst vor den vielen Fragen von tausenden aufrechten Mitgliedern, wurde kein Parteitag einberufen, wo Rechenschaft abgelegt, die Fehler analysiert und eine neue Führung hätte gewählt werden können. Die Parteimitglieder wurden zurückgelassen wie Waisenkinder und zersplitterten sich in alle Himmelsrichtungen, in dutzende Räte, Kulturvereine und Gruppen, ohne nennenswerte politische Bedeutung. Das ist historisches Versagen, ein verantwortungsloses Verhalten, wenn nicht Verbrechen der Führung der DVPA (bzw. Hesbe Watan) vor den Parteimitgliedern und vor dem afghanischen Volk, das nicht wieder gut zu machen ist. Es gibt kaum eine Familie in Afghanistan, die keine Opfer zu beklagen hat. Aber nicht die Familien der Partei- und Staatsführung. Während einfache ehrenhafte Mitglieder und Söhne des einfachen Volkes im Kampf für die Verteidigung der Revolution ihr Leben gaben, wurden die Söhne, Töchter und Verwandten der hohen Funktionäre mit Staatsstipendien zum Studium ins Ausland geschickt, die dann später die entsprechenden Ämter übernahmen. Mir ist nicht bekannt, daß jemand von ihnen heute gegen die imperialistischen Besatzer Afghanistans, zumindest auch nur verbal kämpfen würde.

In einem Rundschreiben an ihre Mitglieder wurde durch die Leitung der Parteigruppe für die Bundesrepublik sogar jegliche Diskussion über die Parteipolitik untersagt.<sup>103</sup> Bei meinen vielfältigen persönlichen Gesprächen mit Führungsmitgliedern der Partei wurde das Scheitern der Revolution den Sowjets in die Schuhe geschoben. Daß die sowjetischen Berater jedoch zum größten Teil die Aufgaben für die Afghanen zu erledigen hatten, ist nur ein weiterer Beweis für die Unfähigkeit und das Versagen der afghanischen Parteiführung.

---

<sup>102</sup> Auf Basis neuer Informationen korrigiere ich mich hier insofern, als ich 1993 von der „Machtergreifung“ gesprochen hatte, vgl. Baraki, A.M.: Nacht über Afghanistan, a.a.O. S. 14.

<sup>103</sup> Weisung an alle Genossen der DVPA (Hesbe Watan) in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 11.8.1993, (vertraulich, Archiv des Verfassers), in Dari.

Nach dieser Kapitulation der Führung der Hezbe Watan und der Machtübertragung an die Konterrevolutionäre gelang es ihnen wegen der Priorität eigener politischer und ökonomischer Interessen jedoch nicht, das Land gemeinsam zu regieren. Der vom Volk so heiß ersehnte Frieden kehrte infolgedessen mit dieser *Machtübertragung* nicht zurück. Im Gegenteil, der Krieg wurde im wahrsten Sinne des Wortes gegen das afghanische Volk und unter den Islamisten selbst mit einer nie dagewesenen Brutalität fortgesetzt. Die Weltöffentlichkeit hat dies kaum wahrgenommen, aber „die letzten Nachrichten aus der afghanischen Hauptstadt Kabul lassen selbst den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beinahe als harmlosen Konflikt erscheinen: 3000 bis 4000 Tote<sup>104</sup>, 200.000 Flüchtlinge, eine Stadt ohne Wasser, Strom und Lebensmittel.“<sup>105</sup> Die großen Städte, darunter Kabul, wurden in Schutt und Asche gelegt. Beobachter sprachen gar von der Einäscherung Kabuls.<sup>106</sup> Was von ihr noch übrig geblieben war, wurde in sechs Einflußbereiche der verschiedenen Islamisten zerlegt, die Grenzen der Einflußbereiche vermint und die Stadt bombardiert, bis nur noch Ruinen übrig waren.<sup>107</sup> Die Bevölkerung stand diesen Geschehnissen macht- und fassungslos gegenüber und konnte nicht verstehen, warum ausgerechnet die glühenden Verteidiger des angeblich zuvor so gefährdeten Islam nun gegen einander Krieg führten, mit allen Folgen für die Zivilbevölkerung.

Die Islamisten registrierten dies und befürchteten, ihren Einfluß und ihre Autorität bei der Bevölkerung ganz zu verlieren und sich somit zu isolieren. Die „Islamische Karte“ stach nicht mehr, was die Konterrevolutionäre bewog, jetzt auf die „Nationalitäten-Karte“ zu setzen. Aber sie führte ebenfalls in die Sackgasse, denn der Krieg ging unvermindert weiter, nun unter der Flagge des Stammes bzw. der Volksgruppe, jedoch ohne Perspektive und ohne der Erfüllung des Auftrages näher zu kommen, der den Konterrevolutionären seitens ihrer internationalen Mentoren übertragen worden war: Die völlige Kontrolle über das Land zu erreichen, und sei es in Form einer „Friedhofsruhe“, die eine Öffnung der Handelswege von Pakistan nach Mittelasien ermöglichen würde. Dieses historische Versagen der Islamisten stand im Widerspruch zu den politisch-ökonomisch und strategischen Interessen ihrer ausländischen Auftraggeber. Denn nach deren Auffassung sollte ein mit den USA und Pakistan eng kooperierendes Regime in Afghanistan, stabile politische Verhältnisse schaffen, um die Konzeption des US- und des pakistanischen Kapitals in der Region des Mittleren Ostens - insbesondere in den mittelasiatischen Republiken - zu realisieren. Damit war die Geburtsstunde für die Taliban gekommen, deren Geburtshelfer die USA waren.

### VIII. Schlußfolgerungen

Die Geschichte der afghanischen Revolution und ihres Scheiterns ist nüchtern zu analysieren und entsprechende Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Ansonsten besteht die Gefahr, daß bei einem neuen Anlauf zum Sozialismus die begangenen Fehler wiederholt

---

<sup>104</sup> Nach der völligen Zerstörung Kabuls waren über 50.000 Tote zu beklagen.

<sup>105</sup> Sichrovsky, Peter: Ein Land zerfleischt sich selbst, in: SZ, 31.8.1992, S. 4.

<sup>106</sup> Vgl. Gatter, Peer: Hoffnung in Trümmern, in: Mahfel, Berlin 1995, Nr. 5, S. 7. Zuvor war Kabul durch drei Sicherheitsringe der afghanischen bzw. sowjetischen Armee abgesichert.

<sup>107</sup> Das Inventar der Ministerien, der Universitäten, der Schulen und alles Wertvolle, das sich im Kabuler Museum befand, wurde geplündert und nach Pakistan verfrachtet; viele Bücher der großen Bibliotheken fielen „Bücherverbrennungen“ zum Opfer.

werden könnten. Damit wären die Millionen an menschlichen Opfern und die Milliarden an materiellen Verlusten umsonst gewesen. Aus Fehlern wären dann Verbrechen geworden. „In jeder Revolution geschehen unvermeidlich eine Menge Dummheiten, gerade wie zu jeder andern Zeit, und wenn man sich endlich wieder Ruhe genug gesammelt hat, um kritikfähig zu sein, so kommt man notwendig zum Schluß: Wir haben so viel getan, was wir besser unterlassen hätten, und wir haben so viel unterlassen, was wir besser getan hätten, und deswegen ging die Sache schief.“<sup>108</sup> Die „Dummheiten“, die die afghanische Partei im Verlaufe ihrer Revolution gemacht hat, übertreffen sicherlich bei weitem solche, an die Friedrich Engels damals gedacht haben könnte.

„Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte“<sup>109</sup>, stellte Karl Marx in seiner Analyse „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ fest. Die Konterrevolutionen sind auch Lokomotiven, nur in umgekehrter Richtung, das afghanische Beispiel führt es uns deutlich vor Augen. Afghanistan machte einen Umweg über Berge von Leichen und grenzenlose Zerstörung vom Feudalismus zum Klerikal-Feudalismus mit mafiosen Strukturen, verlor dabei seine politische und nationale Souveränität und wurde zum Protektorat des internationalen Imperialismus, unter der Führung der USA.

Die DVPA war keine revolutionäre Partei, dafür fehlten ihr alle Voraussetzungen, sowohl fundiertes ideologisches Wissen als auch kampferfahrene Kader. Sie war eher eine kleinbürgerliche, in Teilen nationalistische Partei. Die afghanische Revolution hätte eine so erfahrene und gebildete Partei gebraucht, wie es die Tudeh-Partei Irans war.

Die Frauen, zunächst Gewinner der Revolution, waren schließlich nach ihrem Scheitern die Hauptverliererinnen. Sowohl aus ideologischen Gründen, aber auch aus Not - da die Männer für den Kampf gebraucht wurden - erhielten sie eine gute Ausbildung und damit zum ersten Mal in der afghanischen Geschichte Aufstiegschancen in der Berufswelt und im öffentlichen Leben. Die Handelsbourgeoisie hat in allen Phasen der Revolution sowie in den Jahren des Bürgerkrieges bei der Wareneinfuhr eine wichtige Rolle gespielt und damit für die Versorgung gesorgt; sie wurde gefördert und militärisch geschützt. Man kann sogar sagen, daß sie die eigentliche Gewinnerin der Revolution war.

## XI. Thesen

Zum Schluß sollen einige Thesen formuliert und zur Diskussion gestellt werden: Die nationaldemokratischen Parteien im Allgemeinen und die DVPA im Besonderen hatten Angst davor, im Verlaufe des revolutionären Prozesses die Macht zu verlieren. Daher haben sie nach der Regierungsübernahme, entgegen ihren Programmen, auf ihrem Machtmonopol bestanden. Bürgerliche Kräfte, aber auch linksorientierte Bewegungen wie die Maoisten, die heute in Afghanistan sogar mit der US-Marionette Abdul Hamid Karsai zusammenarbeiten, wurden von der Mitarbeit ausgeschlossen. Die DVPA erhob den Anspruch, das Wahrheitsmonopol gepachtet zu haben. Ein Wettstreit um die besten politischen Ideen und Initiativen wurde nicht nur verhindert, sondern mögliche Verbündete sogar als Gegner der Revolution verfolgt.

---

<sup>108</sup> MEW, Bd. 18, S. 534.

<sup>109</sup> MEW, Bd. 7, S. 85.

Marxistisch orientierte Kräfte oder solche, die den Anspruch erheben, marxistisch zu sein, sollten auf das Führungsmonopol in der Phase der nationaldemokratischen Revolution verzichten. Eine solche Führungsfähigkeit ist erst durch entsprechenden Kampf im Laufe der Zeit zu erringen. Ansonsten wird dem Voluntarismus, Sektierertum und der Ignoranz Tür und Tor geöffnet, was zur Niederlage der Revolution und darüber hinaus zur unvermeidlichen Katastrophe für das Volk führen muß, wie am Beispiel Afghanistans in erschreckender Weise deutlich wurde.

Was spricht dagegen, auch im Kampf auf dem Wege zum Sozialismus, zwei Parteien zu haben, die für dieselbe Idee kämpfen, z.B. eine sozialistische und eine kommunistische? Die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften haben nachweislich gute Erfahrungen damit gemacht.

Marx und Lenin irrten, indem sie die Gewaltenteilung im Sozialismus ablehnten,<sup>110</sup> für die Periode der Nationaldemokratischen Revolution wäre ein solcher Verzicht völlig kontraproduktiv, da die gesellschaftlichen Verhältnisse noch weiter von feudalen, patriarchalischen und tribalen Strukturen geprägt sind. Auch und gerade in dieser Situation wäre die Gewaltenteilung einer von vielen notwendigen Schritten zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Die Trennung von Staat und Partei ist m.E. eine unverzichtbare Notwendigkeit, um Machtmißbrauch und Fehlentwicklungen vorzubeugen. In Staat und Verwaltung sollten nicht Parteifunktionäre, sondern ausgebildete Fachkräfte tätig sein, die Partei in konzeptioneller und beratender Funktion. Als ich diesen Vorschlag bezüglich Afghanistan schon 1979 in einer Redaktionssitzung des Antimperialistischen Informationsbulletins (AIB) unterbreitete, bemerkte ein gerade von einer politischen Reise aus Kabul zurückgekehrter Redakteur: „Sei froh, daß Du diese Idee nicht in Afghanistan vorgetragen hast. Das hätte Dich den Kopf gekostet“.

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip der revolutionären Arbeiterpartei, das das einheitliche Handeln aller Mitglieder und die Durchführung der von der Leitung gefaßten Beschlüsse gewährleistet, wurde sträflich mißachtet bzw. teilweise mißbraucht. Dem Zentralismus wurde gegenüber der Demokratie Vorrang geben und damit die Mehrheit der Parteimitglieder zum bloßen Befehlsempfänger degradiert. Es muß künftig unbedingt beachtet werden, daß es eine Balance gibt; daher sollte es besser mehr Demokratie als Zentralismus geben, um möglichen Machtmißbrauch zu vermeiden.

Einer grundsätzlich neuen Theorie der NKEW für die in Unterentwicklung gehaltenen Völker bedarf es nicht. Weder sollte auf die wichtigsten Elemente dieser Theorie verzichtet, noch dürfen sie ignoriert oder wesentliche Etappen übersprungen werden. Die Theorie der NKEW ist bisher noch nicht einmal ansatzweise umgesetzt worden. Daher behalten m.E. die allgemeinen Aussagen dieser Theorie auch weiterhin ihre Gültigkeit, wenn sie im einzelnen auch der heute gegebenen Situation angepaßt werden müssen. Denn die wichtigsten natürlichen Verbündeten der Länder der NKEW waren die sozialistischen Länder, die heute nicht mehr existieren. Auf die Notwendigkeit einer solchen Unterstützung durch fortschrittliche Länder hatten schon die Klassiker des Marxismus hingewiesen. Die VR China heute als sozialistisches Land und damit als

---

<sup>110</sup> Vgl. Gerns, Willi: Schlußfolgerungen für die Sozialismusprogrammatur, in: UZ, 9.10.1992, S. 15.

Verbündeten einer nationaldemokratischen Revolution anzusehen, wäre eine fatale Illusion.

Wir müssen zurück zu Marx und nicht zu Lenin. Denn Lenin ging von einer Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Land aus, was heute angesichts der totalen Beherrschung der Welt durch den aggressiven Imperialismus nicht möglich ist. Es wird jeder Ansatz zum NKEW im Keim erstickt werden. Während Marx von einer revolutionären Bewegung in Europa ausging, also im Zentrum des Kapitalismus. Unter derzeitigen Bedingungen muß der Kapitalismus in seinem Herz getroffen und seine tragenden Säulen erschüttert werden, möglicherweise flankiert aus den Peripherien. „Der Weltimperialismus muß fallen, wenn der revolutionäre Ansturm der ausgebeuteten und unterjochten Arbeiter im Innern jedes Landes den Widerstand der kleinbürgerlichen Elemente und den Einfluß der wenig zahlreichen Oberschichten der Arbeiteraristokratie besiegt, sich mit dem revolutionären Druck von Hunderten von Millionen der Menschheit vereinigt, die bisher außerhalb der Geschichte standen, nur als Objekt betrachtet wurden“<sup>111</sup>, stellt Lenin in seinem Bericht auf dem zweiten Kongreß der Komintern am 19. Juli 1920 in Moskau fest.

Trotz des jetzigen Widerstandes gegen die Besetzungen und die Besatzungsmächte, wie in Afghanistan und Irak, haben die in Unterentwicklung gehaltenen Länder alleine keine Chance, die Konzeption der NKEW umzusetzen. Ob über die Restauration des Kapitalismus, wie in der VR China, Vietnam, Laos, Kampuchea, oder durch den Umweg über den kapitalistischen Entwicklungsweg, wie in Angola oder Moçambique, der Übergang zum Sozialismus führen kann, wird die Zukunft erweisen.

Mit der Vorstellung dieser Thesen erhoffe und wünsche ich mir, eine produktive Diskussion über das Thema der Möglichkeit einer „Nichtkapitalistischen Entwicklung“ angestoßen zu haben.

(Matin Baraki lehrt internationale Politik an den Universitäten Marburg, Gießen und Kassel. Email: [baraki@staff.uni-marburg.de](mailto:baraki@staff.uni-marburg.de)  
Internet: <http://www.Staff.uni-marburg.de/~baraki>)

---

<sup>111</sup> Der zweite Kongreß der Kommunist. Internationale, a.a.O., S. 38.

## **§ 9 Friedensbewegung**

## Friedrich-Martin Balzer

### Prison is not a bad place for observing human nature. Aus den Gefängnisbriefen von Klaus Fuchs und Emil Fuchs (1950-1959)\*

#### I.

„Wissenschaft, Krieg und der Pakt mit dem Teufel“<sup>1</sup>. So lautet der Titel eines kürzlich erschienenen Buches von John Cornwell über „Hitlers“ Wissenschaftler, d. h. über Wissenschaftler im Dienst für ein verbrecherisches und menschenverachtendes Regime, das die Welt in einen bis dahin unvorstellbar opferreichen Krieg stürzte. Die Lektüre dieses Buches ist ein hilfreicher Einstieg ins Thema.

Als Hitler 1933 die Macht übertragen wurde, Emil Fuchs im Gefängnis saß und sein Sohn Klaus Fuchs als Jungkommunist untergetaucht war, um den Häschern der Barbarei zu entkommen, wandte sich Max Planck an Hitler mit der Bitte, jüdische Wissenschaftler, die so viel zum Ruhme der deutschen Naturwissenschaft beigetragen hatten, nicht zu verfolgen, sondern auf ihren Posten zu belasten. Hitlers lapidare Antwort war: „Wenn die Wissenschaft nicht ohne Juden auskommen kann, dann müssen wir eben einige Jahre ohne Wissenschaft auskommen.“

Nach dem Kriege wurden zehn deutsche Physiker in der Nähe von Cambridge von Engländern befragt und mit dem schrecklichen Schicksal von Hiroshima und Nagasaki konfrontiert. Ihre Reaktion ist aufschlußreich. Walter Gerlach bedauerte, daß die Atomphysiker dem „Vaterland“ - gemeint ist das faschistische Terrorregime - keine Atomwaffe zur Verfügung gestellt hätten, mit der der Krieg auf deutscher Seite hätte gewonnen werden können. Im Gegensatz hierzu erklärte Otto Hahn gegenüber Gerlach „Ich danke Gott auf meinen Knien dafür, daß wir die Uranium-Bombe nicht gemacht haben.“

Seit dieser Zeit geistert die Legende, an der sich anfänglich auch Robert Jungk beteiligte, als ob deutsche Atomphysiker wie Werner Heisenberg in der Lage gewesen wären, eine Atombombe zu bauen, aber aus ethischen Gründen dieses Projekt hintertrieben hätten. Davon kann jedoch keine Rede sein. Werner Heisenberg war nach den Worten von John Cornwell „moralisch und politisch begriffsstutzig“ („morally and politically obtuse“). Dem Eingeständnis Heisenbergs, er sei philosophisch ein „Dilettant“, ist nicht zu widersprechen. Heisenberg war ein philosophischer „Dilettant“. Klaus Fuchs war es

---

\* Der Text beruht auf einem Vortrag, den der Verfasser am 14. November 2003 in Berlin auf dem Kolloquium der Leibniz-Sozietät „Ethik in der Wissenschaft - Die Verantwortung des Wissenschaftlers. Klaus Fuchs zum Gedächtnis“ gehalten hat.

<sup>1</sup> Der Originaltitel lautet: Hitler's Scientists. Science, War and the Devil's Pact. New York 2003. Als weiterführende Literatur über Klaus Fuchs seien hier genannt: Klaus Fuchs-Kittowski: Klaus Fuchs and the Humanist Task of Science. In: Nature, Society, and Thought (NST), Vol. 16, No.2, 2003. S.133-170. Eberhard Panitz: Treffpunkt Banbury oder wie die Atombombe zu den Russen kam. Klaus Fuchs, Ruth Werner und der größte Spionagefall der Geschichte, Berlin 2003; Ronald Friedmann: Klaus Fuchs. Der Mann, der kein Spion war, (Manuskript, Drucklegung in Vorbereitung)



nicht. Zwar war Heisenberg kein Nazi, aber doch Teil einer korrupten und korrumpierenden „Kultur“, die ihre moralische und politische Verantwortung als Wissenschaftler nicht wahrnahm, wissenschaftliche Karrieren betrieb und sich ansonsten politisch und ethisch vom Hitler-Regime himmelweit entfernt glaubte. Max Planck wurde öffentlich mit dem Hitlergruß geoutet. Werner von Braun sang ein Loblied auf die „wertfreie Wissenschaft“ mit den Worten: ihm sei es gleichgültig, ob er für Uncle Joe<sup>2</sup> oder Uncle Sam arbeitete „All I really wanted, was an uncle who was rich“<sup>3</sup>. Zu diesem Zweck setzte er während des „Dritten Reiches“ Zwangs- bzw. Sklavenarbeiter für den Bau der V2 in Peenemünde ein.

Es ist unabdingbar, Wissenschaftler zu haben, die ein hoch entwickeltes Verständnis von Politik und Moral besitzen und die entsprechend ihrem humanistischen Auftrag bereit sind, militärisch-dominierte Wissenschaft in Frage zu stellen, ihre Anwendung auch öffentlich zu kritisieren und ggf. ihre Mitarbeit zu verweigern.

Als Vorbild kann Josef Rotblat<sup>4</sup> dienen, der einzige Wissenschaftler in Los Alamos, der sich zurückzog, als er herausfand, daß Nazi-Deutschland *nicht* über eine Atombombe verfügte. Wie Bert Brechts Galileo hat Rotblat Wissenschaftler gefordert, die einen hippokratischen Eid leisten, um ihre Verantwortung gegenüber der Menschlichkeit zu unterstreichen. Denn, wie Rotblat zu Recht sagt, „Ein Wissenschaftler ist in aller erster Linie ein Mensch, und ein Wissenschaftler erst in zweiter Linie.“

## II.

Klaus Fuchs war so ein Mensch, der als Wissenschaftler und Antifaschist - in Furcht vor einer deutschen Atombombe - an der Herstellung einer Gegenbombe mitwirkte und es für selbstverständlich und geboten hielt, daß die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition im gemeinsamen Kampf gegen die imperialistisch-faschistischen Achsenmächte *gleichermaßen* über den Stand der Forschung an der Atombombe informiert wurden bzw. waren.

Um einen Einblick in den Menschen Klaus Fuchs und seinen familiären Hintergrund zu liefern, möchte ich einige Passagen aus dem Briefwechsel zwischen Klaus Fuchs und seinem Vater Emil Fuchs während der Gefängnishaft 1950-1959 vortragen.

Insgesamt sind 33 Briefe erhalten, die mir Klaus Fuchs-Kittowski zur Erfassung und ersten Auswahl erstmals überließ. Als Stoff für reißerische Darstellungen mögen sie ungeeignet sein. Da dürften die 20 Dossiers, die das MI5 im Frühjahr 2003 veröffentlicht hat<sup>5</sup> mehr hergeben. Über das Innenleben der beiden Jahrhundertgestalten, Vater wie Sohn, sagen sie jedoch sehr viel aus.

Beide Briefschreiber waren sich der Tatsache bewußt, daß ihre Korrespondenz von den Gefängnisbehörden und dem britischen Geheimdienst überwacht wurden. Klaus Fuchs spricht in seinem Brief vom 12. Mai 1951 davon, wie schwer es sei, die Sorgen vor den „eyes of the curious“ fernzuhalten. Diesem Umstand dürfte es zuzuschreiben sein, daß Emil Fuchs alle seine Briefe (16) - in erstaunlich flüssigem Englisch - in die

---

<sup>2</sup> Gemeint ist Josef Stalin.

<sup>3</sup> Cornwell, S. 14.

<sup>4</sup> Josef Rotblat (1908-2005), Mitbegründer der Pugwash-Konferenzen, Friedensnobelpreisträger, unterschrieb 1955 u.a. mit Albert Einstein, Max Born, Bertrand Russel, Linus Pauling und Frédéric Joliot-Curie (Präsident des Weltfriedensrates) einen Appell zur Abschaffung aller Atomwaffen.

<sup>5</sup> Public Record Office, Kew/London. Siehe auch London Telegraph vom 26. Mai 2003.

Maschine tippte, auch wenn Klaus meinte, das Englisch seines Vaters sei ein wenig angerostet. Klaus Fuchs, dem nicht erlaubt war, eine Schreibmaschine in der Gefängniszelle zu benutzen, faßte hingegen alle seine Briefe (17) handschriftlich ab, davon die letzten 11 seit dem 11. April 1955 auf deutsch.

Der intensive Briefwechsel, auch durch einen Besuch von Emil Fuchs im Gefängnis gekrönt, umfaßt ca. 18300 Wörter. Er kreist um grundsätzliche Fragen der Wahrheit in allen ihren Formen: philosophisch, wissenschaftlich, politisch, geschichtlich, menschlich und moralisch. Die Korrespondenz berührt u. a. Themen wie Sprach- und Existenzphilosophie, Christentum und Marxismus, Idealismus und Materialismus, Mystik und Buddhismus, Ökonomie und Sozialismus, Evolutions- und Gesellschaftstheorie, Anthropologie und Psychologie. Bei all diesen Themen steht im Mittelpunkt die Verantwortung des Menschen und Wissenschaftlers und die Frage nach dem Gewissen, wobei von Klaus Fuchs die Historizität von Moral und die Dialektik des historischen Prozesses stärker betont wird.

Ein flüchtiger Blick auf die in den Briefen vorkommenden Namen läßt die ganze Bandbreite des Dialogs deutlich werden: Philosophen wie Descartes, Kant, Hegel, Marx, Bloch, Sartre, Heidegger, Wittgenstein, Bergson und Jaspers werden ebenso behandelt wie Schriftsteller wie Shakespeare, Goethe, V. Hugo, K.F. Meyer, J. Ruskin, O. Wilde und Tolstoi. In dem Briefwechsel kommen außerdem zur Sprache Naturwissenschaftler wie Darwin, Eddington, Kockel und Harvey, Sprachwissenschaftler wie Arthur Frederick Parker-Jones, Reformatoren wie Luther und Humanisten wie Hutten, politische Ökonomen wie Ricardo und Mill, Psychologen wie Freud und C. G. Jung sowie der Komponist Ludwig van Beethoven.

Die seit den Tagen der mit dem 30. Januar 1933 beginnenden Barbarei geleistete Freundschafts- und Solidaritätsarbeit der Quäker werden von beiden Briefschreibern dankbar gewürdigt. Zu ihnen gehörte u.a. Lydia Cadbury, Frau des ehrenamtlichen Leiters des American Friends' Service, des Hilfswerkes der amerikanischen Quäker, Professor Henri Cadbury. An erster Stelle ist jedoch Corder Catchpool, Leiter des Berliner Quäker-Büros im Jahre 1933 zu nennen, der Klaus Fuchs auch im englischen Gefängnis besuchte und an den auch zwei Briefe von Klaus Fuchs erhalten geblieben sind.

Zugleich geben die Briefe einen Einblick in die tapfere Leidensgeschichte der Familie Fuchs und zeugen - bei aller unterschiedlichen und offen ausgetragenen Meinungsverschiedenheit - von der tiefen und trotz schwerer Schicksalsschläge unverbrüchlichen Verbundenheit der „roten Fuchse“. Zu ihnen gehören die Kinder Klaus, Gerhard und Christel, die Schwiegerkinder Gustav und Karin, und last but not at least der Enkelsohn, Klaus Fuchs-Kittowski, der seinen Onkel in England besuchte und durch die unmittelbare Nähe zum Großvater am nächsten am Schicksal des ins Gefängnis verbannten Onkels Anteil nahm.

### III.

Am Tage der Verurteilung seines Sohnes zu 14 Jahren Gefängnis wegen Geheimnisverrats am 1. März 1950 schreibt EMIL FUCHS:

My dear boy!

Yes. So it was and so it will be. It is the great thing and comfort for me in these days to feel that. You went the way of conscience and you will go the way of conscience and not of egotism or irresponsibility. I always felt when I met you in the last years that something very hard stood in your life. But when I tried to ask you about it I felt your reserve and felt that I could not press on you.

But I never thought that it was such a hard thing as I realise now. [...] To think what you suffered and suffer is hard. But at the same time I feel that to go such a way of sacrifice and loneliness has something in it, which we have to acknowledge in reverence and deep, deep love.

How I wish I had in the last years more opportunity to let you feel this love and how I long to show it to you now. But you will feel it and time may come when it is possible to meet.

*Am 10. Mai 1950 antwortet KLAUS FUCHS:*

Dear Father,

[...] I am sorry if I had to deceive even you. I don't know whether you felt it, but I expect you know now that I could not take Klaus here, however much I would have liked to do so. If you knew that I resisted, thank you for not showing it and for not pressing me.

And please don't romanticise too much. What you say about the fact, that I did not marry, is perfectly true; but the violin I had given up long before all this, due to the fact that I was such a mixer with my time. Well - I have got time now - and in spite of temptation I shall not be stingy with it, but do some of the things I always wanted to do, such as reading poetry, history and philosophy.

Was it Hutten who said „Ich bin nicht ein gelehrtes Buch. Ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch“. I always liked this sentence but I think I am only just beginning to learn what it really means. For one thing: There is a lot more than just conscience to make up a complete human being and the appeal to one's conscience can be carried too far [...].

I am trying to exaggerate in order to hit at the weakness of an over-idealistic position. I expect you know that I am not saying this to repudiate your sentiments. I cherish them, and I cherish your love [...]. The real reason for saying this is, that I have to re-examine myself - and I am trying to do it without falling prey to the easy fallacies of (self)-pity.

[...] I hope you will feel behind these words at least that knowledge of quietness and happiness, which you wished me in your dreams.

*Am 18. Juni 1950 schreibt EMIL FUCHS:*

My dear, dear boy!

[...] I think you are right, very right in that resolution to use your time for those things you till now neglected. I hope you will go on in this way. If a man of your scientific outlook, your strong experiences of life and decisions, comes also to an understanding of those realities which are revealed to us in art, history and philosophy he may come to

important consequences. That cannot take away loneliness and hardship but it will add to it the creative power by which we grow.

[...] Why do you excuse yourself about your secrecy? You mention Hutten's word of the antagonism in man. In the same poem Hutten says of Luther: „Sein Geist ist zweier Zeiten Schlachtgebiet. Mich wundert's nicht, daß er Dämonen sieht“ - You and I - we all - struggle between two times. Very often we have to seek our way and to make our decisions without the help of a leading vision given by past experiences. [...] Certainly we must try with all our might to find the best und most truthful way between us. But we must also accept the fact that there are differences between us, which we cannot overcome without giving each other pain - even without wronging each other and giving disappointment. You had not to tell me, what by purpose I did not ask. But now I sometimes feel that I should have asked more. If we had spoken more about this problem, perhaps you would feel now not quite as lonely. Certainly, you would not be haunted by the demon of Narcissus.

To experience the antagonism in us and between us is the bitter but necessary pain of man trying to find his responsible way in such a time. [...] As a Christian I have to accept the fact that God ordered us to live in this world in which we [...] have to seek our own way in darkness and find ourselves in error again und again even in sin. [...]

Sometimes it is a little too much for an old man. But the feeling to have a task and the deep hope and the feeling to help for the realisation of a peaceful world sustains me again and again.

[...] We hope you will feel, how much we think of you and how strongly we all feel united with you - the love of a father, brother, friends is with you and even more than love.

*KLAUS FUCHS am 12. Mai 1951:*

[...] The sphere of our knowledge is wider than the sphere of reason, yet I would not accept, that there is a special faculty - call it revelation or instinct - through which such wider knowledge is obtained. The mediation of the mystic, in spite of its emotional appeal, is no more a solution than the mediation of the rationalist. Indeed, it substitutes for the clear knowledge of our immediate being, at best the immediacy of an emotion, which - though real - is nevertheless a different thing; at the worst it substitutes superstition.

The answer is - I believe - in the realisation that reason itself is subject to evolution; [...] There are indications in modern physics which - I believe - show that traditional logic is not a prior knowledge but purely empirical. Perhaps we shall have, one day, non-Aristotelian logics, just as we have now non-Euclidean geometries. In fact, traditional logic, which assumes the existence of more or less isolated individuals, is essentially suited for knowledge concerning past events with isolated individual facts, with questions which admit either yes or no. But knowledge concerned with the future - and that is scientific knowledge - involves the intermediary of human action, and within the straitjacket of traditional logic, it raises the apparent paradox of free will, of free action, which cannot exist without such knowledge and yet the existence of such knowledge would seem to destroy the possibility of free will.

As Euclidean geometry is an abstraction from a reality in which space, time and matter are inextricably interrelated, so Aristotle's logic is an abstraction from a real world in which knowledge and creative action mutually condition each other.

So for your birthday I send you the faith of optimism and youth. That youth which you have always retained through all trials and which perhaps we should trace back to our French ancestors, but tempered a little by Socrates wisdom, which perhaps shows, that I am beginning to grow old. [...]

*EMIL FUCHS am 16. Juni 1951:*

[...] I belong to those you may call mystics. But it seems to me that people do not realise the real essence of often that „inner“ experience they very often compare with fantasy or imagination. But it is an experience of the whole being of man which experiences a creative revolution und renovation of confidence and courage and influence of power and that makes sure of the communion with the creative mystery of the world, religion calls God. But the word „God“ is for many people only an idea, given to them by tradition, connected with traditional laws and doctrines and so its real meaning is veiled to millions.

*EMIL FUCHS am 13. Mai 1952:*

Again the 13<sup>th</sup> of May and again I think of you and Christel and all those who are gone. We were a real happy family I think and sometimes I feel as if I should die from homesickness. But then I see the long, long road to eternity and see the three together come from there to meet me and I have the reality of this eternity so clear in my mind that certainty comes and makes me quiet and even happy and gives me the strength to work so hard as I have to [...]. We are all on the road, all who try to find their own way in responsibility. [...]

*KLAUS FUCHS vom 16. Mai 1952:<sup>6</sup>*

[...] Was ich im Mystizismus als berechtigt anerkenne, ist das Geheimnis des Seins. Ich erkenne nicht eine mystische Erfahrung an, die mehr als ein Produkt der Einbildungskraft ist, denn jede Erfahrung schließt Veränderung in sich ein. Sie umfaßt eines, das sich in ein Anderes verändert. So gibt sie einen gewissen Ausgangspunkt - wie unsicher er auch immer sein mag - von dem aus die schöpferische Einbildungskraft des Menschen ihre Untersuchung beginnen kann. Hier ist auszugehen von dem Einen, das sich verändert in das Andere. Das Geheimnis des Seins aber ist jenseits nicht nur der Logik und der Worte. Es ist jenseits der Erfahrung - oder besser - es ist Untergrund aller Erfahrung. Es ist das Geheimnis, welches bleibt, wenn auch alle Erfahrung begriffen und erklärt werden könnte.

---

<sup>6</sup> Der folgende Brief von Klaus Fuchs vom 16. Mai 1952 liegt handschriftlich in englischer Sprache vor, ist aber nicht mehr zu erfassen. Glücklicherweise konnte auf eine frühere Übersetzung zurückgegriffen werden.

Dies Geheimnis, ob ich es über den Sternen des Himmels über mir finde oder im moralischen Gesetz in mir, ist für mich die metaphysische Wahrheit des Mystizismus. Es ist auch die Quelle, aus der die Einbildungskraft des Menschen die suggestive Macht der mystischen Erfahrung nimmt.

Ich bin mir klar, daß ich dieses zunächst nur für mich selbst sagen kann, als einer, der, während er an die Macht des wissenschaftlichen Denkens glaubt, doch nicht unempfindlich ist für den Zauber, die suggestive Kraft und die moralische Macht des Mystizismus. Aber ich bin geneigt zu glauben, daß mystische Erfahrung bis zu ihrer Quelle verfolgt zum selben Ergebnis führen wird. Denn mystische Erfahrung bleibt widerspruchsvoll. [...]

Es scheint mir, daß mystische Erfahrung auf einer Verwechslung (Vermischung) dieses Geheimnisses des Seins mit dem Rätsel schöpferischer Macht beruht, das wir in der Erscheinung des Lebens, der Entwicklung, der menschlichen Geschichte und Persönlichkeit erfahren.

Schöpfung, wenn es irgend etwas überhaupt bedeutet, umschließt auch die Veränderung des Einen in das Andere, verbunden mit dem Hervortreten einer neuen Qualität, die vorher verborgen oder nicht vorhanden war.

[...] Ich spreche über unsere Welt, ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und ich sage, daß wo auch immer ein Gebiet der Erfahrung ist, wir oder unsere Nachkommen eines Tages zu wissenschaftlicher Wahrheit kommen. [...]

Trotzdem behaupte ich nicht, daß wissenschaftliche Wahrheit die einzige Form von Wahrheit ist. Es gibt die Erkenntnis des Handwerkers, die wir Geschicklichkeit nennen, die Wahrheit der Kunst, die wir Schönheit nennen, die moralische Wahrheit, die wir Tugend nennen. [...]

Biologische Entwicklung kann erklären, daß es einem Geschöpf, das so wehrlos ist wie der primitive Mensch, sehr wichtig ist, ob seine Meinungen, die seine Taten leiten, wahr sind oder nicht. In Wirklichkeit gibt diese Gedankenführung in einer etwas mehr ausgearbeiteten Form gerade das Kriterium aller wissenschaftlichen Wahrheit. [...] Wenn man zugesteht, daß unsere wissenschaftliche Ausdrucksweise Begriffe aufnehmen muß, die die schöpferische Tätigkeit darstellen, verschwindet die gemütsbedingte Reaktion gegen die wissenschaftliche Erklärung der sittlichen Werte. Solche Erklärung kann nicht im geringsten ablenken von der zwingenden Natur der Forderung intellektueller Unbestechlichkeit, die der wahre echte Wissenschaftler als eine unausweichliche Bestimmung empfindet. Der Wissenschaftler ist ja nicht nur ein erkennendes Tier sondern auch ein handelndes, fühlendes und leidendes Tier (was ihn vom Philosophen unterscheidet). So ist der Anspruch der Wissenschaft, fähig zu sein, alle Gebiete menschlicher Erfahrung zu erforschen nicht höher als der Anspruch der Moral und Schönheit (wenn er in einem genügend weiten Sinn erfahren wird) für *alle* menschlichen Handlungen die hauptsächliche Quelle zu sein [...]. Jedes der erkennbaren Formen der Wahrheit umfaßt das ganze Feld menschlicher Erfahrung.

Ich kann nicht zugeben, daß wissenschaftliche Wahrheit und moralische Wahrheit sich von einander zurückziehen sollen auf zwei Seiten eines eisernen Vorhanges. Sind sie im Widerspruch, so müssen sie ihn ausfechten und der Sieg wird nicht errungen dadurch, daß eine die andere korrumpiert, sondern durch die Anerkennung, daß jede von ihnen lebensnotwendig ist, sowohl für den Einzelnen als für die menschliche Gesellschaft. Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht die Wahrheit der Handwerkserfah-

rung vergessen wie dies moderne Moralisten tun, die beklagen, daß der Fortschritt der menschlichen Sittlichkeit nicht Schritt gehalten hat mit dem Fortschritt der technischen Fähigkeit.

Gewiß die Wahrheit an der Sache ist, daß ein Niedergang der sittlichen Kraft folgte auf die Zerstörung der Wahrheit der Arbeitserfahrung durch die Massenproduktion und die Herrschaft des Handelsgeistes. Diese haben eine der Hauptquellen der Befriedigung in schöpferischer Tätigkeit für die große Mehrheit der Menschen zerstört, und nun ist man überrascht, daß sie ihre Befriedigung suchen in der Erregung des Wettens oder - wenn sie Leidenschaften haben - in verbrecherischer Tätigkeit.

Ja - alle diese Formen der Wahrheit sind wesentlich und sie sind eng ineinander verwoben. So ist z. B. für den Wissenschaftler der sittliche Wert einer Wahrheit wesentlich, die Geschicklichkeit des Experiments gibt ihm das Kriterium für seine Wahrheit, und die Schönheit ist die weckende Kraft für seine schöpferische Einbildungskraft.

[...] Sammlung und Ordnung der Tatsachen ist natürlich notwendig, ganz gewiß in der Frage der Wahrheit. In allen ihren Formen sammeln und ordnen wir Tatsachen, so lange wir leben. Der nächste Schritt ist die Geburt einer Idee. Zu dieser Geburt mag jeder Teil unserer darauf bezüglichen Erkenntnis mitwirken in der Form, in der unsere Erfahrung ihn bewirkt hat. Wenn wir zugestehen, daß jede der Formen der Wahrheit alle menschliche Erfahrung durchdringt, wird deutlich, daß sittliche und ästhetische Erregungen ihren Teil zur Geburt einer wissenschaftlichen Idee beitragen können. So gestehe ich einer mystischen Weltanschauung eine positive, konstruktive Bedeutung zu, nicht als ein Ersatz der wissenschaftlichen Erkenntnis oder im Wettkampf mit ihr, sondern mehr als die Hebamme für alle die Keime, die in wissenschaftlicher Erkenntnis ausreifen sollen. [...] Wenn wir in Betracht ziehen, daß wir uns der absoluten Wahrheit nähern, sie aber nie erreichen können, so ergibt sich, daß ein gewisses Stück Mystizismus immer ein notwendiger Einschlag wahrhafter Philosophie sein wird. Dies dauernde mystische Element, ist, wie ich überzeugt bin, die Idee der absoluten Wahrheit als Ausdruck der wissenschaftlichen Einheit aller Formen der Wahrheit. Hier leistet Mystizismus noch einen anderen Dienst, den Dienst eines Richters. Wahrheit umfaßt alle Wirklichkeiten menschlicher Natur und ihre Anerkennung umschließt alle Arten von menschlicher Aufnahmefähigkeit und Tätigkeit, die ihre Züge ihr tief eingedrückt haben. Nicht der unwichtigste dieser Züge ist die Tatsache, daß die Anerkennung der Wahrheit einen positiven Akt des Urteilens einschließt als persönliche Verantwortung, die nicht völlig erklärt werden kann. Die Anerkennung dieses Aktes des Urteils, in persönlicher Verantwortung, ist Gewissen.

*EMIL FUCHS am 31. Mai 1952:*

[...] When I feel, how connected we are in our innermost being, I feel strong and happy. You do the same thing as I do myself: wrestling with the great problems of human life out of the hard and still grand experiences of people who are involved in the great struggle of a changing world. Your problem is my problem.

[...] You may perhaps think that I misunderstood much of your thought. I for myself do not feel in this way. But it may be. In any case it is a joy and help for me to stay in such a mental intercourse with you.

*KLAUS FUCHS am 9. Januar 1955:*

[...] I read your book on *Marxism and Christianity*<sup>7</sup> with great interest. But I think you look at the problem too much from a Christian, and not sufficiently from a Marxist point of view. As a Christian, you compare the record of churchmen - lay and clergy with the declared ideals of Christianity, and you find the former something. A Marxist however should look at the problem historically, and derive the influence of Christianity on Marxism from the fact that Christianity has been the expression of revolutionary forces through many ages, though many attempts have been made - often unsuccessfully - to make it subservient to the established order. [...]

The Christian idea has slowly emerged, struggling through the middle ages, when it can be discerned in its most sublime form in the Cathedral of *Chartres*, blending individual expression and individual craftsmanship in the grand design of a collective endeavour; it can be seen in its most distorted form in the inquisition, burning the human flesh in order to save the human soul. [...]

Prison is not a bad place for observing human nature. One observation is this: Without love there is no more possibility of reasoning, man has yet to fight. And what man as an individual or as a nation is preferred to fight for is no shame, but a real force. Perhaps I should have said: What they are forced to fight for, because where reason ceases there is no choice. There remains only fear or anger, which according to physiologists is the preparation of human body for flight or fight, a gathering of all forces, regardless of the consequences. Such as England experienced in 1940, when she stood almost alone and unarmed, but would not - in fact could not surrender.

To come back to the subject: I think it is not too much to say that Marx with his ideal „From each according to his capacity, to each according to his needs“ gave a reformation of the central Christian idea from the point of view of economic problems of his time, and in opposition to the distortion of that idea in the individualism of *laissez faire*. In fact one might almost say that Marx upheld the Christian principles, which dominated the great design of Elizabethan economic legislation against the devil's perfidious invention of the doctrine that looking after one's own interest was the best way of promoting the common weal. I think Marx himself would not quarrel with this statement, since he always stressed the heritage, which such class owes to its forerunners.

[...] As space is limited, I take the liberty of quoting what is favourable and disregarding the unfavourable, and I hope you will not interpret this as mental laziness, induced by the lack of opposition. In my case, I am not trying to prove any definite proposition, but only to let you have some of the ideas induced by reading your book. Maybe you'll also find in it an acknowledgement of a heritage.

*KLAUS FUCHS am 11. April 1955:*

[...] die Vernunft gibt uns die Mittel, mit denen wir unsere Ziele zu erreichen suchen, das Gefühl gibt uns das Ziel, und man könnte vielleicht erwarten, daß diese sich schon auseinanderhalten lassen, wie die reine Vernunft und die praktische Vernunft von Kant.

---

<sup>7</sup> Eine Kopie der Übersetzung mit einem Vorwort von Klaus Fuchs befindet sich im Privatarchiv Friedrich-Martin Balzer (PAB).



Jedoch jedes praktische Ziel ist doch selbst wieder ein Mittel zu einem anderen Ziel, und jedes Mittel - um angewendet zu werden - wird ein Ziel. Und darüber hinaus hat die Vernunft auch eine Urteils-Funktion, indem sie unseren Zielen Klarheit gibt, und sie von Vorurteilen reinigt. Und mir scheint, daß auch das Gefühl eine Erkenntnisfunktion hat, besonders wenn es sich um Verstehen zwischen Menschen handelt. [...]

Wenn man [...] immer nur der Vernunft lauscht, und das Gefühl zum Schweigen bringt, dann erhebt sich doch der Zweifel, ob ein gegenseitiges Verstehen überhaupt möglich ist. Die Vernunft beginnt zu verzweifeln; das Gefühl läßt die Hoffnung doch nicht aufgeben.

Ich bin in guter Gesundheit, obwohl nun schon über fünf Jahre verflossen sind. Du weißt ja wohl, daß es hier Brauch ist, ein Drittel der Strafe für gute Führung zu erlassen. Da ich dies zu verdienen hoffe, sind also nur noch etwas über vier Jahre übrig.

*KLAUS FUCHS am 1. Januar 1956:*

[...] Es wäre doch schön, wenn der Mensch etwas länger leben würde; dann könnte er vielleicht doch noch die Weisheit eines Elefanten erreichen. Aber dann würde er der nächsten Generation im Wege stehen, die nun doch darauf besteht, ihre eigenen Dummheiten zu machen.

Ich bin jetzt seit einiger Zeit in der Zentralbibliothek beschäftigt und bin schon ganz zufrieden, daß sich die Anfrage nach Büchern wesentlich gesteigert hat, obwohl mir das mehr Arbeit macht. Es zeigt dies doch, daß die Arbeit einen Zweck hat. Und das habe ich in diesen Jahren gelernt, wie man auch von der einfachsten Arbeit Befriedigung findet, wenn man den menschlichen Zweck der Arbeit nicht aus den Augen verliert.

Das ist ja wohl eines der Probleme unserer Zeit, daß der Arbeiter so oft den Zweck seiner Arbeit nicht mehr sehen kann, und daher diese Befriedigung nicht mehr empfinden kann, wie sie etwa der mittelalterliche Zunfthandwerker fühlen konnte. Aber wenn er den Zweck nicht mehr sehen kann, verliert er auch den Zusammenhang zwischen seiner Arbeit und seinem Verdienst, und damit zugleich alles Verantwortungsgefühl für sich selbst und für andere. Das zeigt sich in der kleinen Gemeinschaft des Gefängnisses sehr scharf, aber scheint mir auch im größeren Maßstabe der Gesellschaft so zu sein, und das ist ein Problem, an dem der schönste „Wohlfahrtsstaat“ zu Grunde gehen kann.

*EMIL FUCHS am 22. Juni 1956:*

[...] We here live [in der DDR] under the influence of western Existentialism, Heidegger and Sartre first of all, also Jaspers and the new development of Leninism. I try to show the way, how Christian faith gives a clear assurance of the human dignity and so calls for realization of the brotherhood of man by which we have to give an important help for the renewing of human society and world-peace. I only wished that the millions of Christians would understand it better than they do. [...]

*KLAUS FUCHS am 7. Oktober 1956:*

[...] Klaus [Fuchs-Kittowski] wird Dir wohl inzwischen über die zwei Besuche berichtet haben, die er mir hier abgestattet hat. Ja, eine Ähnlichkeit mit Gerhard ist mir auch auf-

gefallen. Ich sagte ihm, ich fühlte beinahe, als ob nicht mein Neffe, sondern mein Bruder dasitze. Nun, meinte er, das ist ja kein Wunder, wir sind ja beide von demselben Manne aufgezogen worden. Trotz der Verschiedenheit der Zeiten haben wir uns doch gleich verstanden, und seine Besuche haben mich sehr gefreut. Ich muß Dir zu Deinem Erziehungswerk gratulieren. Er ist ein feiner junger Mann geworden.

Ich habe gerade Wittgensteins „*Philosophische Untersuchungen*“ gelesen, die 1953 erschienen sind. Es ist höchst interessant, wie er mit seiner logisch-philosophischen Methode das logisch-philosophische Gewebe zerreißt, das er selbst früher gesponnen hat. Es ist nur schade, daß das Buch so zusammenhanglos hingeworfen ist, so daß es zuerst den Eindruck macht, als ob man den Wald vor Bäumen nicht sehen könnte. Aber doch liegt ihm ein ganz systematischer Gedankengang zu Grunde.

Wie früher besteht seine Methode, philosophische Fragen zu untersuchen, darin, daß er den Zusammenhang zwischen ‚Wort‘ und ‚Bedeutung‘ untersucht. Aber das Neue liegt darin, daß die ‚Bedeutung‘ des Wortes ‚Bedeutung‘ Schwierigkeiten macht, die nur zu beheben sind durch die Einsicht, daß die Bedeutung eines Wortes im allgemeinen nicht begrenzt ist, ja im Prinzip sich nicht begrenzen läßt. Ersteres, weil die Bedeutung des Wortes nicht etwas ist, was sich von dem Zusammenhang der Sprache, in der es gebraucht wird, ablösen läßt. Und zweitens weil unser Wissen nicht fest begrenzt ist, sondern sich allmählich vom Klaren ins unklare verliert. Die Bedeutung eines Wortes ist also nur durch seinen Gebrauch in der Sprache zu erkennen. Aber er scheidet sich dann klar von den Pragmatikern ab, indem er sich weigert, Bedeutung und Gebrauch zu identifizieren. Er betont immer wieder und zeigt an konkreten Beispielen, daß ‚Bedeutung‘ und ‚Gebrauch‘ verschiedene Begriffe sind, denn sie werden ja auch in verschiedener Weise gebraucht.

Leider bleibt er hier stehen. Und man kann wohl kaum weiterkommen, wenn man nicht ‚Bedeutung‘ als ein Zwischenglied zwischen Wort und Realität betrachtet, und auch den Zusammenhang zwischen Bedeutung und Realität untersucht. Die ganze Betrachtungsweise des Buches scheint mir auf diesen Schritt hinzudrängen, und doch wird der Schritt nicht gemacht.

*KLAUS FUCHS am 29. Dezember 1956:*

[...] Ich habe gerade John Ruskins „*Unto This Last*“ gelesen, das nun schon vor beinahe hundert Jahren eine solche Wut erregte [...]. Eine politische Ökonomie, die zum Motto hat „*Unto this last as unto thee*“, ist natürlich etwas unbequemer als die Versicherung der liberalen politischen Ökonomie, daß Eigennutz der beste Weg ist, dem Gemeinnutz zu dienen. Aber John Ruskin ist nun vergessen und begraben; ich habe ihn auch niemals in einem ökonomischen Buch erwähnt gesehen, während die Männer, die er angriff, Ricardo und J. S. Mill noch ehrenhafte Erwähnung finden. Du solltest ihn schon lesen; er ist ja - ich hätte beinahe gesagt - der erste christliche Sozialist; nur ist er kein Sozialist, sondern vertritt durchaus den Kapitalismus. Aber wenn jemand sein Christentum ernst nimmt, dann scheint mir der Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu verschwinden.

Die akademischen Ökonomen würden wahrscheinlich die Achsel zucken und herablassend sagen: Der gute alte Ruskin hat halt den Ricardo und Mill nicht verstehen

können. Es war ein bißchen zu schwer für ihn. Mir scheint, er hat sie nur zu gut verstanden, und zu leicht befunden.

Wenn einer sagt: Ich betreibe Ökonomie, und Ruskin macht Soziologie und davon verstehe ich nichts, aber es hat mit meiner Methode, Ökonomie zu treiben, nichts zu tun, dann ließe sich darüber reden. Aber Ricardo und Mill behaupteten ja wohl, *politische* Ökonomie zu betreiben, und da scheint mir Ruskin der bessere *politische* Ökonom, wenn auch ein *schlechterer* Ökonom.

Das Buch hat mich um so mehr interessiert, da ich mich zur Zeit in einer Gesellschaftsordnung befinde, in der die herrschende Klasse es sich anscheinend zur Aufgabe gemacht hat, ihre Untertanen zu überzeugen, daß jeder nur recht für sich selbst sorgen sollte, um vorwärts zu kommen. Glücklicherweise haben die Verbrecher mehr moralischen Verstand, als sich davon zu sehr beeinflussen zu lassen. Es sind auch hier wieder vor allem die „Gebildeten“, die die Fahne nach dem Wind drehen und sich nun als einziges Lebensziel vorhalten, es sich selbst so bequem als möglich zu machen. Ich lasse mich mit ihnen so wenig als möglich ein. Ein treuer Dieb, oder Räuber, oder Mörder ist mir schon lieber.

*KLAUS FUCHS am 8. Mai 1957:*

Vielen Dank für Dein Buch. Ich versuche gerade, es ins Englische zu übersetzen, aber deutsche Geisteswissenschaft läßt sich nicht so leicht in eine andere Sprache übersetzen, denn die gebraucht so viele Wortwendungen, die keine feste Bedeutung haben, aber mit vielen Assoziationen schillern.

[...] Leider scheinen die Psychologen keine Anthropologie, und die Anthropologen keine Psychologie zu lesen (abgesehen von Freud, dessen Theorie aber für diese Frage kein Verständnis hat). Denn der Zusammenhang springt in die Augen, wenn man sich ein wenig in diese beiden Gebiete vertieft.

Das wichtigste biologische Merkmal des Genus Homo ist die Anpassungsfähigkeit. Der Nachteil ist aber, daß die, die sich dauernd anpassen, keine Technik entwickeln können. Sie bleiben sozusagen immer Amateure. Daher ist Homo auch immer wieder der Lockung der Spezialisierung erlegen, die durch biologische Anpassung an die Zustände momentane Vorteile bringt, aber sich nicht rückgängig machen läßt, auch wenn die Umstände sich verändern. So entstanden verschiedene Spezies, die aber alle wieder von der Erde verschwunden sind. Nur Homo Sapiens hat seine ursprüngliche Anpassungsfähigkeit bewirkt, obwohl ihn das auch immer wieder in momentanen Nachteil gegenüber den Spezialisten des Augenblicks bringen mußte. Doch hat er schließlich diesen Nachteil überwunden, als er die Institution erfand. Dies hat sich wohl aus periodischen Zusammenkünften entwickelt, die zuerst anderen Zwecken diente (so wie ja auch die Vögel persönlich für ihre Wanderung zusammenkommen). [...] Der ursprüngliche Mensch ist aber ein Tier, da er am Alltage in kleiner Familie lebte, wo es auf sich selbst angewiesen war, wo es Initiative und individuelle Leistung entwickeln konnte. Aber das Tier wurde Mensch, wenn es gleichzeitig zu einer Gemeinschaft gehörte, der er es seine Technik verdankte und die seinem Leben einen tieferen Sinn gab.

[...] Wenn man sich im Einzelnen vorzustellen versucht, wie diese Urmenschen sich vom Tier zum Menschen entwickelt haben, wie viel Furcht und seelische Not sie überstehen mußten, wie viel Mut und Kraft dazu gehörte, seine Wege einzuschlagen, dann

sieht man erst, wie leicht es uns geht, die wir schon in den ersten Jahren die gesammelte Erfahrung von Jahrtausenden zur Verfügung haben. Was wir sind, ist ein Geschenk, was wir daraus machen, ist unsere Verantwortung.

Selbstverantwortung hat keinen Sinn, es sei denn, daß wir auf das, was wir sind oder werden, einen Einfluß haben. Doch was uns schafft, ist die menschliche Gesellschaft. Daher ist das ethische Ideal einer Welt, in der jeder auf den anderen den Einfluß zu wirken sucht, den er von dem anderen erhofft. Eine Welt, in der individuelle Leistung und Einordnung in die Tradition der Gemeinschaft wieder eine Einheit bilden, die aber dann eine bewußte Einheit der menschlichen Seele sein wird. [...]

*EMIL FUCHS am 9. August 1957 nach dem Besuch im Gefängnis:*

[...] In great joy and pain together I look back to the beautiful hours we could have in Wakefield. For me it was as if we could sit in our parlour in Kiel and again discuss our life's problems as we did then. And it is a strengthening power in me till today and will be till we can meet again as we hope. So it was when you came in your unexpected visit to Bad Pyrmont. Such minutes of happiness, I often think, are given only those who had to go through suffering and loneliness. It is as Goethe says: „Alle die Freuden die unendlichen - alle die Schmerzen die unendlichen - geben die Götter ihren Lieblingen ganz!“ - My life has something of that. [...] Something sings in me the old tune: „die hart gebundenen macht er frei“. [...]

*KLAUS FUCHS am 30. Oktober 1957:*

[...] Es freut mich sehr, daß meine Übersetzung Dir gefallen hat. Aber Du mußt mir auch sagen, wenn etwas davon Dir nicht recht ist, denn vollkommen kann ja nichts sein. Das Radio macht mir viel Freude. Ich lausche fast jeden Abend vor dem Schlafengehen. Meistens höre ich Musik. [...]

*EMIL FUCHS am 21. Februar 1958:*

Since some days I must think of the future for you and what will happen, when you will be released. Then I always remember our conversation in 1947 or 1948 before I left you. I asked you if it would create difficulties for you, if I accepted the vocation to the professorship here [in der DDR]. You answered: „Did your children ever ask if they created difficulties for you? How can you ask me that? Do, what you think right for your work“.

The same now I say to you, thinking of your future. You have to decide, what seems to you the best way to use your gifts for mankind and your future.

*KLAUS FUCHS am 20. Dezember 1958:*

[...] Dies wird ja wohl das letzte Weihnachten im Gefängnis sein. Vielen Dank für Deine Briefe und für die Glaubenslehre. Ich bin damit noch nicht fertig, aber es scheint mir sehr interessant; doch wirst Du kaum erwarten, daß ich damit übereinstimme. [...] Nur noch ein paar Tage, und dann ist das Jahr 1959 endlich da.

*KLAUS FUCHS am 8. Mai 1959:*

[...] Jetzt möchte ich Dir vor allem zu Deinem 85. Geburtstag herzlichst gratulieren. Es war eine lange Zeit, die viel Glück, und auch viel Leid und Not gebracht hat. Beider ist ja notwendig, wenn man das Leben - soweit es in unserer Macht steht - wirklich voll und in seiner ganzen Tiefe erschöpfen will.

Wir Kinder haben wohl zu beidem beigetragen. Manchen Schmerz hätten wir Dir vielleicht ersparen oder erleichtern können, wenn wir von Anfang an genügend tief und ernst gefühlt hätten. Aber, das muß auch erst gelernt werden. Es ist ja meistens nicht das Glück, sondern der Schmerz, der uns lehrt, das Leben in seiner wunderbarsten Tiefe kennen zu lernen. Mit einer Ausnahme: Das Glück, mit einer Frau geistig und körperlich vereint zu sein, geht wohl tiefer als die meisten anderen Erfahrungen.

Wenn wir Dir unnötige Schmerzen bereitet haben, - Du hast es dann immer schnell vergessen. Aber was wir für Deine Freude tun konnten, das hast Du immer in Deiner Erinnerung behütet. Und so kommt es auch uns so vor, als ob wir mehr zum Glück als zum Leid beitragen konnten.

Wenn das so war, dann war auch das nur Dir und Mutter zu verdanken, die ihr uns Kindern ein Familienleben gegeben habt, wie ich es nirgends anderswo wieder gesehen habe.

Im Namen von uns allen vier, möchte ich Dir und Mutter zu diesem Tage noch besonders danken für das, was ihr uns damit gegeben habt, und was uns durch unser ganzes Leben begleitet hat und Kraft gegeben hat, den Schmerz zu überwinden und die Freude zu genießen. Auf baldiges Wiedersehen Dein Sohn Klaus“.

#### IV.

Hier enden die ausgewählten Auszüge aus den Gefängnisbriefen zwischen Klaus und Emil Fuchs. Entlassen wurde Klaus Fuchs am 23. Juni 1959. Über sein Leben und Wirken in der DDR soll hier nicht gesprochen werden. Nur soviel sei dem Biografen des „kommunistischen Christen“ (Helmut Ridder) Erwin Eckert gestattet. Als dieser 1959/60 „wegen Rädelführerschaft in einer kriminellen Organisation“, gemeint war das Friedenskomitee der Bundesrepublik, vor dem Düsseldorfer Landgericht angeklagt war und verurteilt wurde, schrieb Klaus Fuchs zusammen mit seiner Frau Grete an Eckert „herzlichste Grüße dem Kämpfer für den Frieden und für die Unterdrückten dieser Erde.“<sup>8</sup> Am 20. Jahrestag der Gründung der DDR bestand Erwin Eckert als Gast aus der BRD darauf, Klaus Fuchs, den „so geliebten Sohn Klaus“ in Dresden besuchen zu können. Von dort aus richtete er die herzlichsten Grüße an seinen Vater Emil Fuchs aus.<sup>9</sup>

Gemeinsam hatten Eckert und Fuchs in den Wochenberichten des Bundes der Religiösen Sozialisten in den „Abgrund des Faschismus“ hell- und klarsichtig geschaut und

---

<sup>8</sup> Grußkarte vom 29.12.1959. In: „Sammlung Eckert“ im Privatarchiv PAB. Der Düsseldorfer Prozeß erscheint demnächst als Lesebuch unter dem Titel „Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozeß. Mit einem Geleitwort von Heinrich Hannover. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, mit Texten von Walther Ammann, Heinrich Hannover, Rudolf Hirsch, Friedrich Karl Kaul, Diether Posser und D.N.Pritt.

<sup>9</sup> Brief Erwin Eckert an Emil Fuchs vom 9. Mai 1970, in: PAB.

alles in ihrer Kraft unternommen, um die Katastrophe des 30. Januar 1933 abzuwenden.<sup>10</sup>

Der an den Wochenberichten mitarbeitende Klaus Fuchs war im Gegensatz zu allzu vielen Menschen, die glaubten, den „Geist der Wissenschaft und Forschung „objektiv“ und „unpolitisch“ zu vertreten, fähig, aus geschichtlichen Erfahrungen zu lernen. Schlüsselerlebnis vor seinem Eintritt in die Kommunistische Partei war u.a. das kapitulantenhafte Verhalten der SPD gegenüber dem Staatsstreich Papens in Preußen. In großer Einsamkeit legte er den weiten und widerspruchsvollen Weg zur Wiederbelebung und Praktizierung wirklichen humanen Denkens und Handelns zurück und ergriff jenseits aller „wertfrei“ geglaubten Wissenschaft für den Fortschritt Partei. Er war ein wissenschaftlicher Politiker.

---

<sup>10</sup> Siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs, *Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, 1930-1933*. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker, Bonn, 2002.

## Klaus Ehrler †

### **Was in einem Anti-Barbarismus-Programm nicht fehlen sollte. Erinnerung an vergessene und ungenutzte Chancen**

Der Zusammenprall der Kulturen findet nicht an ethnischen und konfessionellen Grenzflächen adversativer Macht- oder Ohnmachtsblöcke statt. Die Fronten des globalen Kulturkampfes verlaufen mitten durch die noch altertümlich schein-souverän strukturierten Nationalstaaten, denen selbst in den seltenen Fällen optimaler demokratischer Verfassungsverhältnisse nicht gegen die Börsen-Diktatur der Weltmarkt-Werte und -Gebote zu helfen ist. Die imperialistische Abschreckungsstrategie gegen die durch beeindruckende Wachstums- und Entwicklungserfolge „gefährlich“ gewordenen (und gewesenen) sozialistischen Länder und Gesellschaften der „Zweiten Welt“ des 20. Jahrhunderts hat sich vom raketenmassiven nuklearen Drohbereich auf das diffuse und bedarfsgemäß manipulierbare Definitions- und Kriegsfeld des „Anti-Terrorismus“ verlagert, also des Kampfes gegen das diesmal als weltweit agierend wahrgenommene linke „Gespenst“ des 21. Jahrhunderts. Das globale Einfluß-Monopol der „letzten Supermacht“ verleitet sie dazu, das „Ende der Geschichte“ zu proklamieren - als Folge der militärisch-strategischen Konkurrenzlosigkeit, wobei „Geschichte“ als Serie und Summe eigener Existenz- und Aktionsrisiken verstanden wird. Das Faust- und Folterrecht des vom Stärkeren zum scheinbar Stärksten Avancierten wird weder durch moralische Codices oder völkerrechtlich durchsetzbare Sanktionen noch durch machtpolitische Gleichgewichtsverhältnisse ausgebremst, wie sie in der Periode der konfrontativen Koexistenz des 20. Jh.s ent- und bestanden. Der *Rückschritt* - nicht nur *Rückfall* - in Zustände der von Immanuel Kant im Entwurf „Zum ewigen Frieden“ (1795) noch für vorübergehend angesehenen barbarischen Zeiten - in Guantanamo und im Irak bereits drastisch praktiziert - stößt weltweit auf moralischen Widerstand, der aber noch nicht das not-wendende Maß an materieller Gegengewalt erreicht hat.

Zu ihrer Rettung vor dem unwiderruflichen Regress und Repress in die technologisch perfekt organisierte Neu-Barbarei bedürfen die aktivierbaren zivilisatorischen (Rest)-Potentiale der Menschheit vielfältiger, möglichst synergetisch aufeinander abgestimmter Anstrengungen, von der Anstrengung der Begriffe bis zur phantasievoll entwickelten Solidarität und Kooperation ihrer unterschiedlichen individuellen und kollektiven Subjekte. Das Paradigmen-Diktat des „Anti-Terrorismus“-Systems wird überwindbar, wenn eine wahrnehmbar lebensfördernde und menschenfreundliche Alternative be- und ergreifbar das Bewußtseinsfeld der Öffentlichkeit erreicht und bestimmt.

Angesichts der Dringlichkeit, anti-neubarbarische Verhaltensweisen und Handlungsmuster (oder gar Strategien) zu fördern, sei an bittere Rückschläge und Erfahrungen erinnert, deren Aktualität auch nach Dezennien unverdrossener Friedensarbeit noch immer nicht erloschen ist.

## I.

Die BRD muss endlich ihre Friedensverträge zur völkerrechtlich korrekten Beendigung des II. Weltkrieges mit den 51 Mitgliedsstaaten der Anti-Hitler-Koalition (respektive ihren Nachfolgestaaten) aushandeln und abschließen.

Die von reaktionären und konservativen Kräften bis heute erzwungene Friedensvertrags-Verweigerungspolitik der BRD verhindert tiefgreifende und nachhaltige Vertrauensbildung. Das jahrzehntelange „Offenhalten“ der deutschen Frage hat die West-Ost-Blöcke-Konfrontation verschärft, die 1945 noch unvorstellbare Remilitarisierung bis hin zum Griff nach der (Mit-) Verfügung über Atomwaffen ermöglicht und sogar in der Fassadenform der Entspannungs- und Vertrags-Politik der 70er Jahre jegliche Definitivität im Sinne unwiderruflicher Beschlüsse und Ergebnisse vermieden und verweigert. Sogar Adenauers Zusage von Friedensschlüssen „erst nach freien Wahlen und der Wiedervereinigung Deutschlands“ wurde 1990 vergessen, geschweige denn öffentlich in Erinnerung gerufen.

Der Friedensvertrags-Vorbehalt in Brandts Ostverträgen war sozusagen das letzte amtliche Eingeständnis der deutschen Verpflichtung zur Einhaltung politisch-diplomatischer Regeln auch im Sinne der von Kanzler Schmidt strapazierten Sekundärtugenden der Zuverlässigkeit, Vertragstreue und Rationalität. Die KSZE-Schluß-Akte von 1975 trug zwar auch Schmidts Unterschrift, war aber kein Dokument des Völkerrechts. So konnten nach 1989 die Bestimmungen des Korbes I der Helsinki-Schlußakte zur territorialen Integrität der 35 Unterzeichnerstaaten nicht völkerrechtlich einklagbar als weiterhin gültig und allseits respektiert aufrecht erhalten werden: vier KSZE-Staaten fielen der Überbewertung des Korbes III zum Opfer: die DDR, Jugoslawien, die UdSSR und die Tschechoslowakei.

Die zur Pflege der Menschenrechtsverwirklichung vereinbarten KSZE-Regeln wurden mit dem Ergebnis überstrapaziert, daß die vier Staaten in den 90er Jahren von der politischen Landkarte verschwanden und zum Teil in blutige interne Konflikte gestürzt wurden. Gegen Rest-Jugoslawien wurde von NATO-Mächten völkerrechtswidrig Krieg geführt, der nicht allein das Recht auf Leben und Gesundheit sehr vieler Bürger verletzte, sondern auch dem Geist des KSZE-Korbes II zutiefst zuwider handelte, der die 35 Helsinki-Nationen zur friedlichen Kooperation verpflichtete.

Die BRD hätte als „Feindstaat“ im Sinne der UN-Charta (Art. 53 und 107) a priori nicht an diesem Krieg teilnehmen dürfen, da Jugoslawien Unterzeichnerstaat der UN-Charta in San Francisco war (26.6.1945). Warum wurde die BRD nicht vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag angeklagt? Fühlte sich die Belgrader Regierung nicht stark und legitimiert genug dazu - von ihren ehemaligen Bündnispartnern (noch aus der Zeit des I. Weltkrieges) nicht ausreichend unterstützt? Die Zerschlagung Jugoslawiens in den 90er Jahren kann als nachträglicher Revisionserfolg des deutschen Imperialismus im Sinne der Wilhelminischen Kriegsziele von 1914-18 und ihrer Weiterverfolgung bis in die Gegenwart interpretiert werden.

Wenn es vor 1990 den deutsch-jugoslawischen Friedensvertrag als in Kraft befindliches Völkerrechtsdokument gegeben hätte, welches im Sinne der Helsinki-Prinzipien die



territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen Jugoslawiens auch als von der BRD zu respektierende Bestimmungen enthielt, wäre die Vertragsbrüchigkeit der BRD noch deutlicher erkennbar geworden. 1973 (gleichzeitig mit der DDR) als Teil-Nachfolgestaat Hitler-Deutschlands Mitglied der UNO geworden, sah sich die (Alt)BRD offenbar nicht mehr als Feindstaat im Sinne der UN-Charta an: ein friedensstörender Irrtum, in dessen Gefolge die noch immer friedensvertragslose Neu-BRD sogar einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstrebt! Auch völkerrechtswirksam möchte sich die offizielle BRD auf die Seite der Sieger von 1945 schmuggeln.

Um so bedauerlicher - wenn auch nur nachträglich - erscheint die inkonsequente Friedensvertragspolitik der am meisten von der deutschen Nazi-Vernichtungspolitik betroffenen Staaten: Nach der Ablehnung der Friedensvertrags-Vorschläge der UdSSR von 1952 und 1959 galt noch bis 1963 der Abschluß des deutschen Friedens - sei es mit einer Konföderation oder mit BRD und DDR als je eigenständigen Völkerrechtssubjekten - als wichtigstes Ziel der sowjetischen Außenpolitik in Europa. Warum konnte sich die UdSSR nicht zum Friedensschluß vorerst nur mit der DDR durchringen und damit ein völkerrechtswirksames Stopp-Signal gegen die Revision der Ergebnisse von Jalta, San Francisco (endgültige Gründung der UNO) und Potsdam aufrichten? Der am 12.6.1964 geschlossene Freundschaftsvertrag UdSSR - DDR war kein gleichwertiger Ersatz. Es gab ja Beispiele für gesonderte Friedensschlüsse territorialer Nachfolgestaaten mit ehemaligen Kriegsgegnerstaaten, z.B. die Verträge von Saint Germain für Österreich (1919) und Trianon (1920) für Ungarn als „Erben“ der Habsburger Doppelmonarchie.

Im Jahr 2005 steht die deutsche Friedensschluß-Aufgabe prinzipiell immer noch auf der internationalen Agenda: sie wird aber nicht wahrgenommen, weiterhin von all den Verunsicherungen, Bedrängnissen und Anmaßungen vonseiten revisionistischer Lobby-Gruppen der BRD überlagert, die den osteuropäischen Opfernationen des II. Weltkrieges trotz deren Mitgliedschaft in der EU oder in der KSZE- Nachfolge-Struktur OSZE nicht nur zur Belastung, sondern schon lange zur Belästigung geworden sind.

Ob es sich um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin oder um Entschädigungsforderungen der Erben einstiger ostelbischer Grundbesitzer an Polen und Rußland handelt: alle damit verbundenen Ansatzpunkte für entsprechende Anklagen und Prozesse wären a priori obsolet, wenn es rechtzeitig zu den ordnungsgemäßen Friedensschlüssen gekommen wäre.

Japan, der andere große Verursacher des II. Weltkrieges hat alle seine Friedensverträge mit einer Ausnahme abgeschlossen: der UdSSR bzw. Rußland. Aber Präsident Putin hob im Kontext der Erinnerungen an den 8. Mai 1945 hervor, daß diese Friedensschluß-Aufgabe bald gelöst werden solle.

Am peinlichsten nimmt sich die deutsche Friedens-Verweigerungspolitik gegenüber dem Weltjudentum und dem Staat Israel aus: obwohl Hitler als Reichsoberhaupt und Regierungschef Deutschlands am 30. Januar 1939 - kurz nach den Novemberpogromen 1938 - dem Judentum den Krieg erklärt hatte (und der Zionistische Weltkongreß im September 1939 mit einer Kriegserklärung die fällige Antwort an das Deutsche Reich erteilte), verhielt sich die BRD nicht als Reichs-Nachfolgestaat, der zu sein sie sonst

beanspruchte. Es kam nur zu dem Reparations-Abkommen zwischen Adenauer und Ben Gurion von 1952, welches vor allem als wichtiges Entree-Billet der BRD in die NATO galt. Diplomatische Beziehungen gab es erst ab 1965. Ein regelrechter Friedensschluß vor 1967 hätte Israel in den Grenzen vor dem expansiven Sechs-Tage-Krieg bestätigt und damit indirekt eine völkerrechtliche Basis für die Bildung des 1947 von der UNO mit-beschlossenen Palästinenserstaates werden können.

Der Ev. Kirchentag gründete 1961 zwar die Arbeitsgruppe zur Pflege und Verbesserung des Verhältnisses von Kirche, Christentum und Judentum: - die Friedensschluß-Aufgabe als deutscher Beitrag zur Versöhnung von Christen und Juden wurde dabei aber nicht wahrgenommen.

Welche Partei der neuen BRD hätte derzeit die Courage, die Friedensfrage so störend konkret auf die außenpolitische Agenda zu setzen? Wer die von den Zentren der supermächtigen Faustrechts- und Folterstrategie ausgehende globale Barbarisierungsgefahr erkennt, müßte bereit sein, die Aufarbeitung der entsprechenden Verdrängungs- und Verweigerungspolitik (ja: -Tradition) der BRD und ihre endgültige Überwindung zu unterstützen oder gar mitzutragen.

## II.

Da der Krieg trotz kompletter und partieller Ächtungen auch weiterhin und sogar wafentechnologisch immer effektiver bis hin zu Mini-Atomraketenplanungen programmiert und exemplarisch praktiziert wird - mit all seinen dehumanisierenden Umständen und Folgen - , ist es längst überfällig, die pazifizierenden Gegenkräfte und -mittel dort zu aktivieren oder zu re-aktivieren, wo die Widerstands-Deiche Lücken und Schwächen, aber auch Chancen der Stabilisierung aufweisen.

Schon zu Beginn des 20. Jh.s haben Rosa Luxemburg und Bertha v. Suttner die Barbarismus-Fragen gestellt: „Sozialismus oder Barbarei“ und „Die Barbarisierung der Luft“ oder die Erneuerung des von 1899 bis 1905 gültigen Luftkriegsverbotes? Diese von der I. Haager Friedenskonferenz beschlossene geradezu prophetische Ächtung der späteren Hauptvernichtungsstrategie des 20. Jh.s wurde 1907 von der II. Haager Friedenskonferenz nicht verlängert, geschweige denn für „alle Zeiten“ verewigt. 1912 erfolgten die ersten großen Luftbombardierungen: dem Kolonialkrieg zur Annexion Libyens fielen Rote-Halbmond-, d.h. völkerrechtlich geschützte Rot-Kreuz-Hospitäler zum Opfer. Berthas Protest verhallte ungehört; 1923 erwies es sich als unmöglich, eine Haager Luftkriegsordnung zu beschließen, die in Analogie zu den entsprechenden Land- und See-Kriegsordnungen humanitäre Mindest-Standards geltend gemacht hätte. Nach den illegalen NATO-Luftkriegsattacken gegen Belgrad - 100 Jahre nach der I. Haager Friedenskonferenz - wurde von NGO-Gruppen, darunter dem Bremer Friedensforum und der restlichen CFK der BRD, die Forderung der Erneuerung des grundsätzlichen und generellen Luftkriegsverbotes erhoben und in Form einer Petition an den Bundestag gerichtet, der nach überwundener Annahmeverweigerung schließlich im Juni 2002 dieses humanitäre Anliegen - trotz aller Trauerbeteuerungen für Dresden, Coventry, Rotterdam und Warschau etc. ablehnte, weil ja inzwischen der Afghanistankrieg die Unverzichtbarkeit von Luftwaffeneinsätzen erwiesen habe.

Fazit: Es genügt im Kampf gegen die Neu-Barbarei einfach nicht mehr, nur gegen die jeweils zuletzt praktizierten Luftkriegsverbrechen zu protestieren.

Der 75. Jahrestag des Kellogg-Kriegsächtungspaktes vom 27.8.1928 legte 2003 die Initiative nahe, möglichst öffentlichkeitswirksam an ihn und seine Weitergeltung zu erinnern. Nur *eine* deutsche Großstadt, die Freie und Hansestadt Hamburg, hatte den Hauptinitiator Frank B. Kellogg, den republikanischen US-Außenminister (1925-29) und Friedensnobelpreisträger von 1929, im Jahre 1947 - im Kontext der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse - mit einer Straßenbenennung gewürdigt und geehrt. Warum sollte die BRD-Hauptstadt Berlin nicht auch eine Kellogg-Allee erhalten und benennen dürfen? Es bot sich die damals namenlose „Entlastungsstraße“ als Namensträgerin an: sie verläuft zwischen Kanzleramt und Potsdamer Platz, auch unweit der US-Botschaft. Drei Monate blieb der entsprechende Antrag von der Behörde unbeantwortet; dann kam ihr Bescheid, die Entlastungsstraße würde nach den israelischen Politikern Ben Gurion und Rabin benannt. Inzwischen hatte Bush den Irakkrieg losgetreten; vermutlich sollte er nicht auch noch durch ein positives US-republikanisches Gegenbeispiel verwirrt und gestört werden. Oder? Die Suche und Benennung von Kelloggstraßen sollte - nicht nur in Berlin - weitergehen. Die Rest-CFK der BRD hat angeregt, eine Petition an den neuen Papst Benedikt XVI. (eingedenk der Friedensinitiative seines Amts- und Namensvorgängers Benedikt XV. im I. Weltkrieg 1917, die am deutschen Veto scheiterte) zu unterstützen, ihn um den Beitritt des Vatikanstaates, der als Heiliger Stuhl seit 1929 auch wieder Völkerrechts-Subjekt ist, zum Kellogg-Pakt zu bitten, um ein drastisch deutliches Friedenszeichen zu setzen. Es sei daran erinnert, daß die Verurteilungen der deutschen Kriegsverbrecher in Nürnberg 1946 entscheidend auch wegen Bruches des Kellogg-Kriegsächtungspaktes erfolgten. Die Friedens-NGOs sollten dazu angeregt werden, auch alle seit 1945 unabhängig gewordenen Staaten zum Kellogg-Pakt-Beitritt aufzufordern: die Ratifikations-Urkunden können und müssen seit 1928 in Washington D.C. hinterlegt werden. 2006 sollte die Friedens- und Anti-Barbarei-Bewegung den 150. Geburtstag Kelloggs thematisch gezielt und des edlen Zieles würdig begehen.

Schließlich sei noch an die UNO-Neubauruine einer Anti-Intoleranz-Konvention erinnert. Die entsprechende Deklaration vom 25.11.1981 war nur als erster Schritt vorgesehen. Wie die Menschenrechts-Konventionen von 1966, die nach den erforderlichen Ratifikationen 1976 zu geltendem Völkerrecht wurden, der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 folgten und u.a. das Recht auf Arbeit festschreiben, sollte eine entsprechend verbindliche Konvention alle Formen der Intoleranz - ob aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen erwachsen - ächten und verbieten. Auf Anfrage der UN-Menschenrechts-Kommission in Genf schlug die CFK - damals, 1984, noch von ihrem Zentrum Prag aus - vor, die erstrebte Förderung der Menschenrechtsverwirklichung in allen Ethnien und Gesellschaften der Welt im Rahmen eines UNO-Jahres gegen alle Formen der Intoleranz zu stärken. Die CFK-Vollversammlung in Prag richtete 1985 die Empfehlung mit der Autorität ihrer aus 80 Ländern gekommenen Kirchen- und Denominationsvertreter als Teil ihrer Adresse an den UN-Generalsekretär Perez de Cuellar. Da die CFK in der UNO kein Antragsrecht besaß, das nur Mitgliedsstaaten zusteht, sollten die CFK-Vertreter versuchen, ihre heimischen Regierungen zur Unterstützung des UN-Toleranzjahr-Projektes anzuregen. Die Umsetzung des von einem der

Hauptredner der CFK- Vollversammlung 1985 in Prag, Prof. Walter Kreck, kirchenhistorisch analysierten und bekräftigten Vorschlages - wobei an 1989 als Gedenkjahr der Französischen Revolution gedacht war - scheiterte schlicht und kraß an der Lobbymacht großer Wirtschaftskonzerne, sozusagen an den stärker als Regierungen herrschenden NGOs. Die UNO-Abteilung des Außenamtes der BRD in Bonn teilte 1986 dem CFK-Petenten freundlich-energisch mit, daß die Mitwirkung der BRD an einer Toleranzjahr-Initiative den bundesdeutschen Industrien besonders in islamischen Staaten wie Saudi-Arabien beträchtliche Schäden und Gewinneinbußen zufügen würde: dies sei unakzeptabel im Blick auf Exportchancen und - gesicherte Arbeitsplätze. Offenbar gab es nicht allein in der BRD entschiedene und entscheidende Widerstände. 1987 resignierte die internationale CFK - eine solche Initiative sei „zu kompliziert“. Als die UNESCO 1994/95 einen entsprechenden Antrag erfolgreich auf die UN-Agenda setzen lassen konnte, war der Barbarismus in Jugoslawien und auf den Schlachtfeldern des Golfkrieges von 1991 schon so dominant, daß der „Kairos“ für Aufklärung, Toleranz und Friedensvernunft bereits verpaßt war. Die CFK- Toleranzjahr-Anregung von 1984, die als restlicher Versuch zur verdünnten Realisierung eines christlich- kirchlich unterstützten Anti-Antikommunismus-Programms verstanden oder auch gefürchtet werden konnte, war inzwischen fast vergessen. Vielleicht lehrt die Not des Neo-Barbarismus auch bisher „unpolitische“ Christen und Kirchenvertreter, ganz neu zu beten und zu arbeiten.

Möge die Unverdrossenheit und treue Weiterarbeit der Mitstreiter der WBl und ihres 80-jährigen Herausgebers und Inspirators Hanfried Müller dazu beitragen, die „zu komplizierten“ Umstände, die als Vorwände zur Blockierung der Friedensbewegung herhalten müssen, zu durchleuchten und aus Glauben und Vernunft überwinden zu helfen.

Ad multos annos!

27.8.2005 (77. Kellogg-Tag)

†12.9.2005

## Wolfgang Richter

### Ein neuer Faschismus?

„... wenn je der Faschismus in die Vereinigten Staaten Einzug halten würde, käme er sicher unter dem Namen des Antifaschismus“, sagte der amerikanische Senator Huey Long in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wohl mit einem Seitenblick auf Deutschland. Auch unter dem Namen des Guten, der Verbreitung der Menschenrechte, des Kampfes gegen Terrorismus, der humanitären Intervention?

Ich frage mich, warum wir uns heute weigern - mit einem schauernden Blick in die deutsche Geschichte noch dafür entschuldigend statt aufgeschreckt - diesen aktuell im Namen amerikanischer (demokratischer, antifaschistischer) Werte daherkommenden amerikanischen Faschismus zur Kenntnis zu nehmen.

Die Phänomene selbst vermag man auf Zusammenkünften von Friedens- oder Sozialbewegungen im einzelnen durchaus zu vermitteln, jedoch den Namen nicht ebenso. Das wäre vielleicht nicht weiter bedenklich, doch ein Verzicht darauf schärft der Menschheit nicht den Blick für die gerade mit dem Namen „Faschismus“ treffend bezeichneten und bekannten Gefahren, die der Menschheit heute drohen.

Wiederholen wir die Frage nach der Charakterisierung der USA-Politik mit Blick auf den Vietnamkrieg. Warum hat die Friedensbewegung heute, die ja gewiß nicht so stark ist wie zu Zeiten dieses Krieges, gegenwärtig eine andere, eine gemäßigtere Sicht auf die amerikanische Politik? Damals hatte die internationale Friedensbewegung keine Skrupel, die Russelltribunale vornehmlich auch als antifaschistische Tribunale zu verstehen und durchzuführen und die USA schwerster faschistischer Verbrechen zu zeihen - und zwar ungeachtet der Tatsache, daß die Rolle der USA als Alliierte im Kampf gegen den Hitlerfaschismus ihren Kritikern historisch noch weit näher lag.

Der zum Vorbild für das Russelltribunal erklärte Nürnberger Prozeß gab den Rahmen für die Vorwürfe. Russell sagte 1966, „daß unsere Lage heute den Umständen entspricht, die die Nürnberger Prozesse notwendig machten“<sup>1</sup>

In seiner Rede an die amerikanischen Soldaten über den Sender der Nationalen Befreiungsfront erklärte er: „Man begreift, der Krieg in Vietnam unterscheidet sich nicht von dem Krieg, den die Deutschen in Osteuropa geführt haben. Der Krieg in Vietnam dient dazu, amerikanischen Kapitalisten die Kontrolle über den Reichtum des Gebietes auch in Zukunft zu sichern...“

Der vom ganzen vietnamesischen Volk getragene Widerstand läßt sich treffend mit dem mit dem revolutionären Widerstand der Amerikaner gegen die britische Kontrolle über das politische und wirtschaftliche Leben der amerikanischen Kolonie im 18. Jahrhundert vergleichen. Der Viet-cong entspricht dem Maquis Frankreichs, den Partisanen Jugoslawiens, den illegalen Widerstandsgruppen Norwegens und Dänemarks zur Zeit der Nazibesetzung. Nur wenn man das erkennt, begreift man, warum es einem kleinen

---

<sup>1</sup> Post Scriptum: An das Gewissen der Menschheit. In: Bertrand Russell, Plädoyer für einen Kriegsverbrecherprozeß. Voltaire 5, Berlin o.J., S. 44.

Bauernvolk gelingt, die starke Armee der mächtigsten Industrienation der Welt nicht zum Zuge kommen zu lassen.“<sup>2</sup> Was unterscheidet diesen Krieg vom Krieg gegen den Irak? Es war ebenfalls ein Weltordnungs- und ein Ressourcenkrieg, und wenn auch in anderer Weise gleichfalls ein Weltanschauungskrieg. Man kann sich nicht wirklich und nicht mit vollem Recht auf das Russelltribunal berufen, wenn man seine Gegner heute anders charakterisiert, ohne daß sie tatsächlich anders geworden wären. Wir laufen Gefahr, mit der bloßen Berufung auf die Rechtsförmigkeit des Russel-Tribunals, seine politische Motivation und Ambition zu marginalisieren. Zuallererst war es ein antifaschistisches Antikriegstribunal. Das war weitgehend Konsens. Der heute oft als Einwand gegen eine Charakterisierung der US-Politik als „faschistisch“ geltend gemachte nationalsozialistische Holocaust, ist kein neues Argument. Russell hatte es bereits aufgegriffen. In seinem berühmten „Appell an das Gewissen Amerikas“ schrieb er: „Wenn die Amerikaner eine nationale Revolution wie die große historische Erhebung des vietnamesischen Volkes unterdrücken wollen, müssen sie zwangsläufig so verfahren, wie die Japaner in Südostasien oder die Nazis in Osteuropa. Das ist wörtlich zu nehmen.... Zwar haben die Nazis die Juden systematisch ausgerottet und die USA etwas Vergleichbares in Vietnam nicht getan. Aber die Judenausrottung ausgenommen, haben die USA alles, was die Deutschen in Osteuropa angerichtet haben, in Vietnam wiederholt, und zwar auf breiterer Basis und mit furchtbarer und gründlicherer Wirkung.“<sup>3</sup>

Es liegt m.E. nicht so sehr am Charakter des Krieges oder seiner Brutalität und Ambitioniertheit, wenn heute der Krieg gegen den Irak immer häufiger mit dem Vietnamkrieg verglichen wird, sondern an der wesentlichen Identität der beiden Kriegen zugrundeliegenden Weltherrschaftspolitik.

Der Vietnamkrieg ist als „Weltordnungskrieg“ heute zentraler denn je für die Bestimmung des Charakters der neuen Kriege. Sartre nannte ihn auf dem Roskilder Russell-Tribunal einen „exemplarischen Krieg“. Er hob dafür zwei Aspekte hervor. „Den Amerikanern geht es um die Erhaltung einer Basis und um die Demonstration eines Exempels. Sie können, um ihr erstes Ziel durchzusetzen, den Widerstand eines ganzen Volkes nur durch die totale Liquidierung brechen und die *pax americana* nur in einem vollkommen verwüsteten Vietnam aufrechterhalten.“<sup>4</sup> Damals wie heute wollten die USA mit ihren großen Kriegen entscheidende geopolitische Weichen stellen und haben sie gestellt.

Lelio Basso erklärte ebenda in seinem „Zusammenfassenden Bericht“: „Ich habe bereits gesagt, daß der Vietnamkrieg ein Krieg des übersteigerten Imperialismus der Amerikaner ist... Der amerikanische Imperialismus zielt darauf, alle seine Satelliten in diesen Krieg einzubeziehen, und er will zugleich alle Staaten schlagen, die sich weigern, seine ohnmächtigen Marionetten zu werden.“<sup>5</sup>

Günter Giesenfeld hat erst kürzlich darauf hingewiesen, daß der Vietnamkrieg eine besondere Zäsur in der Nachkriegsgeschichte darstellte. Mittlerweile, drei Jahre nach Beginn des Afghanistankrieges, scheint es so, als überträfe der Vietnamkrieg als Bezugs-

<sup>2</sup> Bertrand Russell, Plädoyer für einen Kriegsverbrecherprozeß, S. 25.

<sup>3</sup> Ebd., S. 29.

<sup>4</sup> Jean-Paul Sartre, Begründung des Urteils zum Komplex „Völkermord“. In: Bertrand Russell, Jean-Paul Sartre: Das Vietnam-Tribunal II oder Die Verurteilung Amerikas, a.a.O., S. 228.

<sup>5</sup> Lelio Basso, Zusammenfassender Bericht. In: Bertrand Russell, Jean Paul Sartre, Das Vietnamtribunal II oder die Verurteilung Amerikas, a.a.O., S. 212f.

punkt für die historische Bewertung der gegenwärtigen Situation sogar die Terroranschläge vom 11. September.<sup>6</sup>

Die USA verloren in und mit ihm vor der Weltöffentlichkeit ihre Reputation, sich selbst als antikoloniale Macht befreit und konstituiert zu haben und fortan allen Völkern, die um ihre Freiheit kämpfen, beizustehen. So hatten sie auch ihre Rolle als Alliierte im Kampf gegen den Hitlerfaschismus verstanden und kolportiert. Jetzt wurde der antikoloniale Befreiungskampf gegen sie geführt. Sie selbst waren jetzt die Kolonisatoren. „Der Vietnamkrieg symbolisiert damit auch das Ende der herrschenden Selbstinterpretation der USA, nämlich das Bild der aus reinem Abwehrkampf gegen europäische Kolonialmächte entstandenen amerikanischen Nation, welches das Bewußtsein der US-Amerikaner über Jahrhunderte geprägt hat.“<sup>7</sup> Das war das eigentliche „Vietnamtrauma“.<sup>8</sup> „Letztlich ist der Vietnamkrieg als ein Übergangsphänomen zu begreifen: als der letzte Kolonialkrieg und zugleich der erste Krieg im sog. amerikanischen Jahrhundert“.<sup>9</sup> Eine entsprechende Sichtweise wurde u.a. auch von der Friedensforschung in den siebziger Jahren entwickelt. Gerade zur Zeit des Vietnamkrieges, in den anderthalb Jahrzehnten von 1961 bis 1976, haben die westlichen „Großmächte ihre Rollen untereinander getauscht. Die Vereinigten Staaten haben die Rolle des bewaffneten Teilnehmers von ihren NATO-Verbündeten übernommen. An die Stelle der führenden Kolonialmächte trat die führende neokoloniale Macht.“<sup>10</sup> Das drückt sich auch im gewachsenen Anteil der USA an den Kriegen der Welt aus. Ungeachtet der Niederlage in Vietnam ist es die Zeit, in der sich die USA - nach einem Jahrzehnt der Verunsicherung in den 70er Jahren - zum dominanten Aggressor der Neuzeit nach dem zweiten Weltkrieg entwickelten. Die USA verloren damit sehr schnell ihren Charakter als antifaschistische Macht. Johan Galtung beschrieb diesen Prozeß: „Die USA sind ein geofaschistisches Land. Im Weltmaßstab sind sie faschistisch, obwohl sie im Inland demokratische Züge tragen. Es wäre ein Fehler zu glauben, daß ein Land nicht faschistisch sein kann, wenn es das zuhause nicht ist. Seit dem 2. Weltkrieg haben die USA nach Schätzungen 12 bis 16 Millionen Menschen getötet.“<sup>11</sup> Richtigerweise hat Galtung hier die gesamte Politik der USA nach dem 2. Weltkrieg im Auge, die bereits in den Jahren 1945 bis 1947 (Trumandoktrin) in ihren antikommunistischen Grundzügen deutlich sichtbar wurde. Wer gegen den antifaschistischen Staat Sowjetunion zu agieren zum Hauptinhalt seiner Außenpolitik erklärte, hatte sich damit vom antifaschistischen Charakter seines Wirkens in der Anti-Hitler-Koalition offen distanziert.

Auch die Kriege der USA, der NATO und anderer „Williger“ nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes folgten einem bekannten geopolitischen Konzept der globalen

---

<sup>6</sup> Vgl. G. Giesenfeld, Im Sumpf. Das Scheitern der USA von Vietnam bis Irak. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 11/04, S. 1334.

<sup>7</sup> Günter Giesenfeld, Im Sumpf..., a.a.O., S. 1333.

<sup>8</sup> Hervorzuheben ist auch die angesichts der weitgespannten imperialen Ziele und der besonderen Brutalität der Kriegführung aufkommende und bis heute nicht verstummte Faschismusdebatte um die amerikanische Außen- und Militärpolitik. Insbesondere das von den USA freizügig verteilte Epitheton „faschistisch“ für andere Staaten, gegen die - wie im Falle des Irak, wo Saddam Hussein als Wiedergänger Hitlers bezeichnet wurde - Kriege geführt werden, schürt die Debatte immer wieder aufs Neue.

<sup>9</sup> Günter Giesenfeld, Im Sumpf..., a.a.O., S. 1333f.

<sup>10</sup> Istvan Kende, Kriege nach 1945. In: Militärpolitik. Dokumentation. H.27/1982, S. 51.

<sup>11</sup> Johan Galtung, taz, 28. Sept. 2002.

Vormachtstellung der USA. Bereits 1990 bis 1992 arbeiteten unter dem Präsidenten Bush. sen. Cheney, Wolfowitz und Libby an verteidigungspolitischen Richtlinien, die die „Charta von Paris“ und die „Agenda für den Frieden“ mit ihren (illusionären) Hoffnungen auf eine Welt des Friedens und eine Friedensdividende zur Lösung drängender globaler Probleme konterkarierten, ein wichtiger Bezugspunkt der amerikanischen Außenpolitik wurden und nach gewissen Modifikationen und der Wahl von Bush. jun. Ende der neunziger Jahre erneut an Bedeutung gewannen.

Deshalb gibt es auch heute eine zugespitzte Debatte über den Charakter der amerikanischen Politik. Manolis Glezos sagte im Mai 2005 auf einer Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Sieges über den Faschismus, die die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde gemeinsam mit dem Europäischen Friedensforum in der Berliner Humboldt-Universität durchführte, Hitler ist in Bush wieder auferstanden.<sup>12</sup>

Heute höre ich auf Konferenzen und Antikriegsribunalen des öfteren den Begriff des Faschismus, der auf die amerikanische Weltordnungspolitik angewendet wird. Auch in Istanbul beim Weltribunal über den Irakkrieg im Juli 2005 fiel dieser Vorwurf.<sup>13</sup>

Das kann natürlich nicht verwundern, denn die Offenkundigkeit faschistischer Züge oder des faschistischen Charakters der US-Außenpolitik stellt ja immerhin für die Weltgeschichte eine weit bedeutsamere Bedrohung dar als der „Patriot Act“ oder der rigide Sozialabbau in den USA.

Es stellt sich jedoch auch die Frage, ob die Vorstellung der Dichotomie einer weitgehend antifaschistischen oder demokratischen Innenpolitik und einer davon grundsätzlich unabhängigen geofaschistischen Außenpolitik Wahrheit, Illusion, Schizophrenie oder Kalkül ist, ob nicht gerade die - ohnehin stark destruierten - demokratischen Züge der Innenpolitik der USA gerade die Voraussetzung des Mittragens oder zumindest eine gezielte Unterstützung der faschistischen Züge der Außenpolitik darstellen. Traditionell sind in der Politikwissenschaft Innen- und Außenpolitik stets als zwei Seiten ein und derselben Medaille betrachtet worden. Man stritt sich um den Primat. War für Hitler z.B. die geopolitische Expansion „eine Funktion der inneren Neuordnung im Sinne des völkischen, also überstaatlichen Selbsterhaltungstriebes, der sich hier zwar notwendig nach außen verlängert, jedoch mit Staatsräson als einem Wert per se nicht mehr identisch war“<sup>14</sup>, so ist für die USA-Regierung heute die Verinnerlichung des Sendungsbewußtseins einer weltweiten Verbreitung ihrer Werte als Bedingung von Weltherrschaftspolitik, die ihnen den höchsten Lebensstandard zumindest im Sinne des höchsten Pro Kopf Anteils am Verbrauch der Weltressourcen und an nicht zu ahnender Gefährdung der Ökosphäre ermöglicht, auch mit den tatsächlich eingesetzten Mitteln des Krieges verbunden. Es kann ja keinen so großen Unterschied machen, ob der

---

<sup>12</sup> Vgl. Manolis Glezos, Neues Deutschland 4./5. Juni 2005. So etwas sage man nicht, auch wenn man es denke, soll zu M. Glezos jemand von den Veranstaltern gesagt haben. Ich war es gewiß nicht.

<sup>13</sup> Auch bei der Gründung des Deutschen Sozialforums gab es am Rande einer Debatte des Irakhearings eine rigide Ablehnung des Begriffs, stark emotional gestützt, mit Verweis auf die Rolle der USA in der Antihitlerkoalition und das Beispiel des Holocaust. Aber es gab nicht nur den Nationalsozialismus oder Hitlerfaschismus, zweifellos in seiner Art von singulärer Brutalität, weil außerhalb direkter Kriegshandlungen viele Millionen um ihr Leben gebracht wurden. Mussolini, Teno, Franco bis Pinochet kann man im allgemeinen auf Konferenzen ohne jeden Widerspruch faschistisch nennen.

<sup>14</sup> Karl Kaiser, Zwischen neuer Interdependenz und altem Nationalstaat. In: Werner Weidenfeld, Hg., Demokratie am Wendepunkt. Berlin 1996, S. 331.



Kampf um die Ölfelder des eurasischen Balkan (Brzezinski) in Stalingrad oder in Afghanistan oder Irak geführt wird. Die USA sind nicht nur eine „Supermacht“, sondern sie betreiben auch exzessiv eine Supermachtspolitik. Sie haben nicht nur die größten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen, über die je eine Weltmacht verfügte, sondern sie setzen sie auch ein. Von ihr und nicht von den von ihnen bekämpften Kräften und Staaten gehen die größten Gefahren für den Weltfrieden und die Existenz der Menschheit aus. Sie sind das Geozentrum eines „Imperiums der Angst“, wie B. Barber es nannte. Die Rolle eines „wohlwollenden Hegemons“ der Nachkriegszeit, als die sie von nicht wenigen Ländern empfunden werden konnten, ist lange vorbei. Die Hypostasierung des Antikommunismus zur Staatsdoktrin hatte die Weltherrschaftsansprüche der USA auch ideologisch begründet. Bushs ungläubliche Sentenz: „Es kann sein, daß wir irgendwann als Einzige übrig bleiben. Ich habe nichts dagegen. Wir sind Amerika,“<sup>15</sup> ist von ungläublicher Selbstherrlichkeit und voller Verachtung und Aggressivität gegenüber anderen Völkern. Kein Wunder, daß nicht wenige Staaten der Erde fürchten, daß die USA oder eine weltweit nach US-Vorbild und unter US-Führung agierende NATO oder andere Bündnisse Williger die Welt vor zahlreiche neue und existenzielle Probleme stellen werden, daß Streitkräfteeinsätze ohne Mandat der Vereinten Nationen das Gewaltmonopol der UNO weiter untergraben, daß „präventive“ Militärschläge mit Massenvernichtungswaffen, „Menschenrechtsinterventionen“, Termini, die Angriffskriege verhüllen und völkerrechtsfähig machen sollen, eine weltweite Militarisierung der Außenpolitik bewirken, daß die Gefahr atomarer Auseinandersetzungen neue Runden des Wettrüstens auslöst und der Kampf um die Ressourcen der Erde immer erbitterter wird, die Spanne zwischen reichen und armen Staaten sowie zwischen vermögenden und ausgebeuteten Klassen und Schichten explosiv anwächst, auch durch einen „wirtschaftlichen Totalitarismus, der nicht mit Kugeln, sondern durch Hunger tötet.“<sup>16</sup>

Außen- und Innenpolitik sind einander nicht wesensfremd. Gehen wir auf eine philosophische Ebene, so ist die Betrachtung der Totalität eines sozialen und politischen Systems und seiner einzelnen Momente nicht voneinander zu trennen. Im Zweck eines Systems, würde Hegel wohl sagen, ist jedes seiner Momente die Totalität. Nicht jedes faschistische System übt brutale Gewalt über das zu seiner Erhaltung, zur Durchsetzung konterrevolutionärer Ziele oder Erweiterung seiner Macht und seines Zugriffs auf Ressourcen ihm notwendig erscheinende Maß aus. Und auch diese kann schon sehr exzessiv sein. Die Abwägung, wo man mehr oder weniger direkte Gewalt einsetzen will, ist sowohl eine Frage des Zwecks als auch der Zweckmäßigkeit und kann nicht der Bagatellisierung der Gefahren dienen. Wer nach 1990 gegenüber Vertretern der DDR-Intelligenz äußerte: „Wir werden sie nicht in Lager sperren, das haben wir nicht nötig, wir werden sie an den sozialen Rand drängen“, hat die faschistische Lösung als dem Gegner wohlbekanntes Drohinstrument zu seiner Einschüchterung genannt. Wie heißt es: Die Anwendung der Waffe beginnt mit der Androhung ihrer Anwendung. Auch die Ausübung faschistischer Herrschaftsmethoden beginnt mit der Androhung ihrer Anwendung. Das gilt auch für die Außenpolitik. Die von den USA geführten Kriege sind

---

<sup>15</sup> Bush, George, zit. nach Barber, Benjamin R., *Imperium der Angst*, München, 2003 S. 69.

<sup>16</sup> Perez, Carlos Andres zit. Nach: Chossudovsky, Michel, *Global brutal*. Frankfurt a. Main, 2002 S. 42.

zugleich die Androhung weiterer Kriege gegen andere Staaten, wie gegen Jugoslawien, Afghanistan oder Irak.

Mir scheint: Der Faschismus ist mit der durch den Imperialismus generell entstandenen neuen Geopolitik und Klassenkonstellation als eine Möglichkeit und latente bzw. zeitweilige Notwendigkeit der Herrschaftsausübung der Bourgeoisie entstanden, nicht frei von Zufälligkeiten seiner konkreten Ausprägungen, doch insgesamt dem Wesen des Imperialismus nicht inadäquat und in gewisser Hinsicht für die Stabilisierung und Ausdehnung seiner inneren und äußeren Herrschaft notwendig. Er greift zu ihm, egal ob es um die brutale Verhinderung innerer Destabilisierung geht wie um den - auch militärischen - Kampf um Kolonien, Ressourcen und Märkte, um die Zurückdrängung des Sozialismus im Weltmaßstab, was ihn auch heute noch zur Hysterie treibt.

Die Frage nach den sozialökonomischen Wurzeln ist indes nicht leicht zu beantworten. Schon immer gab es brutale Gewalt als Antwort der Herrschenden auf die Gefährdungen ihres Regimes. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ war der Wahlspruch Friedrich Wilhelms des IV. im Revolutionsjahr 1848. Mit der Heraufkunft des Imperialismus hat die bald zum geflügelten Wort gewordene Alternative „Sozialismus oder Barbarei“, die Gefahren faschistischer Herrschaftsmethoden antizipiert.

Eine äußerst eindrucksvolle Vorahnung faschistischer Methoden zur Verhinderung sozialistischer Revolutionen hat Jack London unter dem unmittelbaren Eindruck der Russischen Revolution 1905 und in Erinnerung an die Pariser Kommune geschrieben: „Die eiserne Ferse“. Anatole France bemerkte in der Einführung: „Im Jahre 1907 wurde Jack London als schrecklicher Pessimist verschrien. Selbst wahre Sozialisten tadelten ihn, daß er Schrecken in die Reihen der Partei brächte. Sie hatten unrecht; wer die kostbare und seltene Gabe des Vorausschauens hat, ist verpflichtet, die Gefahren, die er kommen sieht, aufzudecken.“<sup>17</sup> Er sollte Recht behalten.

Der Faschismus läßt sich generell nicht eindeutig bestimmten ökonomischen Richtungen oder Krisenerscheinungen zuordnen. Er läßt sich natürlich auch nicht unabhängig von ihnen erklären. Hans Günther hatte als Marxist 1935 in seinem Buch „Der Herren eigener Geist“, das eine wesentliche Quelle der Faschismusdefinition Dimitroffs wurde, seinen antifaschistischen „Freunden unter der Intelligenz“... „zugerufen“, es sei flach, eng und klein gedacht, „wenn sie vor lauter kulturellen, ästhetischen und individuellen psychologischen Problemen die - *Ökonomie der Epoche* - nicht sehen“.<sup>18</sup>

Auch heute ist der Faschismusvorwurf nicht ohne seine ökonomischen Bedingungen zu erheben, wenn Autoren sie oft auch nicht ausdrücklich mit diesem verbinden. Generell sind die internationalen „gewaltförmigen Konstellationen“ nach dem Ende des Kalten Krieges insbesondere auch angesichts des „räuberischen Charakters des internationalen Regimes“<sup>19</sup> „Konstellationen der Barbarei, die sich im neuen Imperialismus immer weiter ausbreiten. „Die Spirale der Barbarei dreht sich mit der militärischen Eskalation von Konflikten weiter.“<sup>20</sup>

Es gibt kaum einen Begriff, mit dem mehr Mißbrauch getrieben wird, als „Faschismus“. Und dieser Mißbrauch dient vor allem der Verharmlosung des Faschismus, je-

<sup>17</sup> Anatole France, Zur Einführung. In: Jack London, Die eiserne Ferse, Berlin 1978, S. 9.

<sup>18</sup> Hans Günther, Der Herren eigener Geist, Berlin und Weimar 1981, S. 14.

<sup>19</sup> Frank Deppe u.a., Der neue Imperialismus, Heilbronn 2004, S. 116.

<sup>20</sup> Ebd., S. 147.

doch mehr noch der Verharmlosung des Imperialismus generell, der nicht mehr als das sozialökonomische System gelten soll, dem und gerade dem in bestimmten Konstellationen Faschismus als Macht- und Herrschaftsform nahezu notwendig eignet.

„Stalinismus“ und nicht Mc Carthyismus soll unter dem Begriff des Totalitarismus mit Faschismus gleichgestellt werden. „Den größten Sieg auf dem Felde der Ideologie haben unsere Gegner dadurch erzielt, daß es ihnen gelungen ist, die angebliche Gleichartigkeit von Faschismus und Kommunismus in die Köpfe zu hämmern“<sup>21</sup>, schreibt Götz Dieckmann. Tatsächlichen imperialistischen Faschismus auch Faschismus zu nennen, erfordert heute deshalb nicht nur wissenschaftliche Einsicht, sondern auch persönliche Konsequenz und Charakter, Eigenschaften, die vorerst offensichtlich seltener wurden und auch zu den Verlierern der sozialistischen Revolution zu zählen sind. Ein Vorwurf, der den Jubilar Hanfried Müller gewiß nicht trifft, schätze ich ihn neben seiner wissenschaftlichen Stringenz doch gerade auch wegen dieser Eigenschaften so sehr.

Wir erlebten nach 1990, wie in einem Land, in dem niemand mehr geehrt wurde als die Antifaschisten, im Jugoslawien Titos, Milosevic als Beginn eines jugoslawischen Faschismus bezeichnet wurde und wird. Die kroatische Autorin Dubravka Ugresic beschrieb, daß es nach der Souveränität Kroatiens plötzlich besser war von einem Vater abzustammen, der im zweiten Weltkrieg bei den Ustaschen war als bei den Partisanen.<sup>22</sup>

In Litauen wurden ehemalige Partisanen während der Feierlichkeiten für die Waffen SS eingekerkert. Sie wurden als Kollaborateure bezeichnet.<sup>23</sup>

Der Ostdeutsche erlebt das Verhältnis zum Westdeutschen Establishment als seine eigene politische Infantilisierung. Er soll plötzlich nicht mündig gewesen sein. Sein Antifaschismus sei ihm bloß verordnet gewesen und habe nicht seiner eigentlichen Überzeugung entsprochen - selbst wenn er das nicht gemerkt habe. Dabei war wohl kaum etwas so verinnerlicht wie der Antifaschismus im Denken und auch im Handeln und der Solidarität der Menschen in der DDR. Die „kollektive Amnesie“ und „ausgelöschte Vergangenheit“ des Sozialismus erwies sich vielmehr gerade wegen der antifaschistischen Gesinnung der DDR-Bevölkerung als *conditio sine qua non* des Anschlusses an ein System, das seine Verortung in einem Bündnis mit den USA und der NATO gesucht hatte und damit gewissermaßen unter Generalverdacht steht und stand, faschistische Politik zumindest zu tolerieren, wenn nicht zu fördern.

Brecht meinte mit dem oft gedankenlos und eilfertig zitierten Schlußsatz seines Arturo Ui „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, nicht einige Glatzköpfe, Stiefelträger, Halbe- oder Pro-Speer-Demonstranten, auch nicht - wenn auch viel zu viele - jugendliche NPD-Wähler. Er meinte Staaten und Klassen und ihre Politik, von denen eine vergleichbare Gefahr wie einst von Hitlerdeutschland ausgeht. Es gibt sie.

---

<sup>21</sup> Götz Dieckmann, *Attac und wir Marxisten*, Weißenseer Blätter 3/2004, S. 20.

<sup>22</sup> Dubravka Ugresic, *Die Kultur der Lüge*, Frankfurt a. Main 1995, S. 271.

<sup>23</sup> Vgl. Anm. 7 In: Ervin Roznay, *Einige Worte über das Heute*, Weißenseer Blätter 2/2005, S. 51.



## **§ 10 Nach der Konterrevolution**

## Manfred Sohn

### Über den historischen Optimismus

Nein, ein Christ bin ich nicht. Ich werde das auch nicht mehr werden. Allerdings: wenn ich jemals jemanden erlauben sollte, mich zu missionieren, dann wäre das Hanfried Müller. Das liegt am Optimismus.

Natürlich verbindet uns - den großen weisen Weißenseer und den damit verglichen dummdreisten niedersächsischen Flegel - vieles. Auf das komme ich noch, weil es zu offensichtlich ist als das es das Wesentliche sein könnte. Denn das Wesentliche ist sich immer zu schade, um auf den ersten Blick erkannt zu werden. Es verlangt die Mühe des Entdeckens.

Das Wesentliche ist auch spielerisch. Manchmal - Müller wird wissen, wovon ich spreche - grübelst Du stunden- und nächtelang über etwas nach, versuchst, der Sache auf den Grund zu kommen, aber sie bleibt Dir verborgen, liegt stur und stumm im Schlamm herum, geschützt durch undurchsichtiges Wasser. Und dann plötzlich knallt Dir so ein Sonnenstrahl zwischen zwei dunklen Wolken links von Dir am grübelnden Ohr vorbei genau an die Stelle, wo Du vorher vergeblich gesucht hast und alles liegt klar eine Viertelsekunde lang vor Dir. Wehe Dir, Du hältst es dann nicht fest. Das sind die Glücksmomente jedes Suchenden und die Größe dieses Moments bemißt sich nicht nach den historischen Folgen der Entdeckung. Es muß ein solcher Moment gewesen sein, als Marx begriff, daß es nicht der Wert der Arbeit, sondern der Wert der Arbeitskraft ist, nach dem er grübelnd viele Jahre suchte, um den Schlüssel für das Verständnis des ökonomischen Wirrwarrs um ihn herum zu finden. Keine Ahnung, wann es war - auf dem Klo, am Schreibtisch in Zigarrennebel oder bei Jenny. Aber es muß diesen Moment gegeben haben, sonst hätte er nicht so stolz von der Erkenntnis dieses Unterschieds berichtet seinem Freund Friedrich gegenüber und auch anderen, die uns wiederum von dieser Entdeckung des Wesentlichen berichtet haben.

Manfred Idler war es, der göttergleich mich hat begreifen lassen, wo das Wesentliche liegt, das Hanfried Müller und mich verbindet. Es ist ein Jammer, daß Manfred Idler nicht mehr Leute kennen so wie es ja auch ein Jammer ist, daß die Weißenseer Blätter nicht mehr Leute lesen. Der Idler ist einer der wackeren Redakteure, die die Wochenzeitung „unsere zeit“ immer noch am Leben halten. Zu einer Zeit, in der ich in unserer Zeit noch mehr gelitten war als heute, hat er in einem Zusammenhang, den ich jetzt nicht mehr weiß und der auch ziemlich belanglos ist, diesen großartigen Satz fallen lassen, der wie ein Lichtstrahl alles klar gemacht hat: „Der historische Optimismus ist ja sowieso das Glaubenselement im Marxismus-Leninismus.“

Es kann kein Zufall sein, daß in den Millisekunden, in denen sich nach diesem Satz meine Lachmuskulatur in freudige Bewegung setzte, gleichzeitig vor meinem geistigen Auge - vielleicht nicht nur, aber auf jeden Fall auch - das Bild Hanfried Müllers auftauchte.

Im „Kleinen Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie“ von 1975, das immer noch zu meinen ständig gebrauchten Nachschlagewerken gehört, gibt es das Wort „Optimismus“ nicht. Die DDR ist nicht vor allem an diesem Mangel zugrunde gegangen, aber daran auch. Obwohl ich keine statistischen Erhebungen angefertigt habe und auch keine kenne, ist es doch erstaunlich: Viele aus meinem engeren Bekanntenkreis, die über die Klippe des Bruchs, der sich 1989 aufgetan hat, mutig gesprungen und, statt wie andere abzustürzen in die Schlucht der Resignation und der Entsagung von der Politik, statt auf dem anderen Ufer, dem vermeintlich rettenden zu bleiben, unserer Seite treu geblieben sind, schwer atmend, zitternd vor Aufregung, Angst, Wut oder Mischung aus allem, rußgeschwärzt und wundgeschlagen, kommen aus dem christlichen Glauben. Der große Publizist aus Marburg gehört dazu und eben auch Hanfried Müller.

Deshalb muß der Idler recht haben: Das ist die Brücke, die uns gemeinsam trägt, das verbindende Dritte. Aber ist es denn eine Sache des Glaubens, also etwas Metaphysischen, das ja der Dialektik, wie uns das eben erwähnte Wörterbuch lehrt, entgegensteht?

Auf solche Fragen stoßend, die den Horizont eines roten Kärrners überschreitet, rette ich mich in der Regel ins Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie und damit ins Wort „Vorgeschichte“. Das wiederum ist das Gute am Marxismus-Leninismus, das der alte Karl selig uns diesen Glücksband 13 geschenkt hat mit dem Hinweis, daß wir in der „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“ leben solange wir uns im Schoße der bürgerlichen und damit noch nicht im eigentlichen Leben, der Geschichte selbst befinden.

Dieser Gedanke hat in mehrfacher Hinsicht etwas tröstendes und damit einem professionellen Christen, der ja sein Geld vielfach mit Trösten verdient, etwas hoch vertrautes.

Zum einen macht die Sache klar, daß ich den eben erwähnten Knoten, ob denn christlicher Glaube und Marxismus überhaupt zusammengehen könne, nicht lösen muß. Er muß mir deshalb die Hirnwindungen nicht verknoten, weil kein Mensch - selbst kein höh'eres Wesen - von mir Noch-nicht-Geborenen verlangen kann, die Rätsel jetzt schon zu lösen, für deren Lösung die Menschheit noch ihre ganze eigentliche Geschichte vor sich hat. Wenn die Vorgeschichte schon alle philosophischen, theologischen und ökonomischen Rätsel löste - was hätte dann die Geschichte noch zu tun?

Das sind diese Glücksmomente, in denen ich mich zurücklehne und sage: Weiß ich nicht - sollen meine Ur-Ur-Enkel beantworten, bin noch in der Vorgeschichte. Meine Frau bringt das übrigens zum Wahnsinn. Sie ist eine begnadete Naturwissenschaftlerin und immer noch in der Partei, aus der mich deren Vorsitzender hinausgetrieben hat, außerdem Lehrerin und sie begreift nicht, warum ich Relativitätstheorie und das Problem der morphogenetischen Felder nicht begreife, ja, noch nicht einmal versuche, mich dort gedanklich hineinzufräsen. Sobald ich mit meiner weißen Fahne „MEW 13, S. 9!“ wedele, bin ich vor naturwissenschaftlichen Debatten gerettet - meist allerdings um den Preis einer ernsteren Eheverstimmung.

Aber der Hinweis auf die „Vorgeschichte“ hat natürlich nicht nur diese enormen persönlichen Vorteile. In dieses Schrankfach pflege ich auch die Sache mit dem Glauben hineinzulegen. Wenn wir „Vorgeschichte“ sind, selbst wenn es die letzte Phase vor dem Beginn der eigentlichen Geschichte ist, ist da auch Platz für den Glauben. Sollen doch spätere Generationen mal mit derselben Mischung aus Ehrfurcht und Geringschätzung unsere Glaubensprobleme betrachten wie wir die Höhlenmalereien aus Frankreich.

Vor allem aber zeugt der Satz, der ja selbst der tiefen Vorgeschichte entsprungen ist, von einem großen Optimismus, einem historischen eben. Es ist ein sehr bildhafter Gedanke, der da in Marx' Kopf herumspukte, sonst hätte er ja nicht im Satz vorher vom „Schoß“ gesprochen, in dem wir uns noch befinden. Wer so redet und schreibt, verbindet Schwangerschaft mit Geburt und späteren Wachstum und nicht mit Fehlgeburt und frühem Tod. Weil der Mensch vor allem ein biologisches Wesen ist, gibt es nichts optimistischer Stimmendes als Geburt und neues Leben.

## 1989

Geprägt ist die Generation, der wir angehören, vom 89er-Bruch.

Der „historische Optimismus“ ist kein „tagespolitischer Optimismus“. Er hat keine Jahre, keine Jahrzehnte, sondern Generationen und Jahrhunderte als kleinste Maßeinheit. „Historisch“ wird heute inflationär gebraucht - auch von der Linken. Es ist albern, wenn sich ein sonst ja guter Mann hinstellt vor einen Parteitag und den Tag seiner Rede selbst als „historisch“ bezeichnet. Historisch ist, was Schulkinder zweihundert Jahre später noch lernen müssen. Historisch sind weder die Septemberwahlen 2005 noch die Umbenennung der PDS in Linkspartei - wiewohl natürlich aus beiden noch etwas historisches werden kann. Sicher weiß mensch das erst im Nachhinein. Historisch also war die Eroberung Roms durch die Westgoten im August 410, der den Weg zur Feudalgesellschaft öffnete, historisch war der Sturm auf die Bastille im Juli 1789, der den Weg zum Kapitalismus öffnete, historisch war die kürzlich stattgefundene Oktoberrevolution in Rußland, die den Weg zum Sozialismus öffnete.

Der letzte Satz hat einen Fehler, einen historischen gewissermaßen. Dieser Fehler ist wichtig und wertvoll (meist sind unsere Fehler wertvoller als unsere Siege). Denn das Ende des Weströmischen Reiches war der Endpunkt einer inneren ökonomischen Erschöpfung der Sklavenhaltergesellschaft. Sie fiel wie eine überreife Frucht vom Baum, vermoderte am Boden, wurde der Kompost, der die junge Feudalgesellschaft nährte. Vor dem Sturm auf die Bastille war die Festung innen schon morsch. Venedig hatte bereits dreihundert Jahre vorher das erste Mal das Totenglöckchen auf die eiserne Adelherrschaft geläutet und der Sieg der Glorious Revolution, der, weil auf einer Insel stattfindend, den Rest des europäischen Kontinents genauso wenig interessierte wie den Rest der Welt, war schon vorher das Signal in eine neue Epoche gewesen - auch wenn Englands Könige außen prachtvoll gewandert, aber als politische Eunuchen auf den Thron zurückkehren durften. Beide Siege waren nur der Abschluß eines sich jeweils über mehrere Jahrhunderte hinziehenden geschichtlichen Prozesses.

Die Oktoberrevolution aber hatte keinen Vorläufer außer dem der Pariser Kommune. Das ist zu wenig für ein wirklich historisches Ereignis. Insofern war die Oktoberrevolution nicht der Beginn, sondern der Prolog zur sozialistischen Weltrevolution. Wir haben die Vorpremiere gesehen. Der große Tanz hat noch nicht begonnen. Wieder ein Fehler: Der große Tanz läuft ja schon. Denn der Funke der Iskra hatte ja nicht nur in Osteuropa und Westasien Feuer gezeugt. Die Herren der Finsternis haben es geschafft, diesen Brandherd vorläufig wieder auszutreten. Nützen wird ihnen das genauso wenig wie die ersten gewonnenen Abwehrschlachten Westroms den Enkeln der weinsaufenden Patriziern oder Cromwells Tod dem heutigen Haus Windsor die Macht auf Dauer sichern



konnten. Der Brand lodert weiter in Kuba, Vietnam und China - und er schwelt wieder stärker in all' den Ländern, in denen, wie gerade in Deutschland, die Linkskräfte wieder spür- und zählbar an Einfluß gewinnen.

Wir dürfen uns von der Niederlage 1989 nicht kirre machen lassen. Aber wem erzähle ich das, wo es doch hier um Hanfried Müller geht - einem derer, die vor allem dafür fechten, daß wir uns von einer Niederlage nicht den Mut und die Überzeugung nehmen lassen! Das wäre wahrhaftig so, als hätten die Menschen vor gut 100 Jahren, als Lilienthal mit einem seiner Flugmaschinen abstürzte und sich das Genick brach, gesagt: „Okay, das war's, die Sache mit dem Fliegen geht halt' nicht.“. Statt dessen haben sie begriffen: Nichts Großes gelingt beim ersten Anlauf. Sie haben Lilienthals Fluggeräte nicht weggeworfen. Sie haben sie studiert, bewundert und verbessert. Wir werden die DDR nicht wegwerfen. Wir werden diesen ersten Sozialismus auf deutschem Boden studieren, bewundern und verbessern, weil wir den historischen Optimismus als historisch, nicht als kurzatmig begreifen.

Mit Glauben hat das, glaube ich, nicht viel zu tun. Unsere Eltern haben uns in der Vorgeschichte der Menschheit abgeworfen. Die bewußte, geschriebene Geschichte ist verglichen mit der bereits zurückgelegten Menschheitsgeschichte blutjung. Sie hat noch kein Gefühl für geschichtliche Dimensionen entwickelt. In Europa übrigens weniger als in Asien. Wer sich die Parteiprogramme der kommunistisch opponierenden Japaner oder der kommunistisch regierenden Chinesen ansieht, bekommt eine Ahnung, welche Horizonte, welche zähe Gelassenheit es öffnet, nicht in Jahren oder Legislaturperioden, sondern in Jahrzehnten und Generationen zu denken. Es hat also mehr mit Erfahrung und nüchternen, wissenschaftlichen, also historisch-materialistischen Herangehen zu tun, wenn wir heute nach dem düsteren, immer noch nachwirkenden Jahre 1989, weiter auf historischen Optimismus setzen. (Wenn der Eindruck täuschen sollte und es dem Privateigentum an Produktionsmittel tatsächlich gelänge, weltweit und nicht nur zwischen Elbe und Oder das Gemeineigentum an Grund und Boden und Produktionsmitteln auszulöschen, dann käme ich vielleicht noch mal darauf zurück, einfach nur an unseren letztlichen Sieg zu glauben - aber ich glaube, das tut nich' nötig).

## September 2005

Das Wesentliche ist wirklich nur dann wesentlich, wenn es sich bis in jede Faser der Wirklichkeit und damit der Erscheinung vorarbeiten kann.

Hanfried Müller ist meist ein ausgleichendes Element - empört war ich zunächst, dann aber einsichtig, als er einen heftigen Disput zwischen meinem geistigen Ziehvätern Gerns und Steigerwald mal als ein Generationengerangel klassifizierte. Gestritten aber haben wir selbst nur einmal wirklich und dann auch öffentlich.

Es ging um die Frage, ob zu den letzten Europawahlen Kommunisten die PDS wählen sollten, obwohl doch auch die DKP sich zu einer Kandidatur entschlossen hatte. Er hat überhaupt das Zustandekommen dieser Konstellation für ein großes Unheil gehalten und es war in den Zeilen, die er darüber schrieb, ein fast körperliches Leiden daran spürbar. Ich denke, er dürfte mit dieser Etappe inzwischen versöhnt sein und damit auch mit dem Sohn. Denn der Erfolg der gegenüber der vorher gescheiterten Bundestags-Liste der PDS nach links verschobenen Liste der EU-Wahlen war der Stab, an dem

sich die demoralisierte linke parlamentarische Resthoffnung in Deutschland so weit aufrichten konnte, daß sie nach der Blutzufuhr durch die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der WASG jetzt in stattlicher Stärke im Bundestag sitzt. Und hätten die kommunistischen Kräfte früher einheitlich auf ein Wirken in dieser de-facto-Bündnis-Partei gesetzt, wären kommunistische Stimmen auch in Berlin jetzt so hörbar wie in Brüssel - aber der Konjunktiv ist immer Mist.

Klar dürfte nur sein: Wir sind dabei, uns aus diesem finsternen Loch, in das wir 1989 nach unseren Fehlern die Jahrzehnte vorher zu Recht geworfen worden sind, wieder langsam durch Dreck und Tränen nach oben zu arbeiten. Auch das ist nicht deshalb so, weil der historische Optimismus ein Glaubensbekenntnis ist, das nur oft genug gebrabbeln muß, um Wirklichkeitskraft zu erhalten wie eine Placebo-Pille. Das ist deshalb so, weil eine ökonomische Ordnung, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, Menschen produktiv nicht mehr in ihr System integrieren kann, wenn die real vergesellschaftete Produktion hohe Produktivitätsschübe bei sinkendem Lohnniveau hervorbringt. Und weil das immer mehr Menschen nicht nur aus Büchern begreifen, sondern am eigenen Leibe verspüren, wenden sie sich ab von diesem System und dem sie repräsentierenden Parteien.

Asche, sagte der unvergessene und unendlich wertvolle Karl-Eduard von Schnitzler mehr als einmal, gehört in die Urne und nicht aufs Haupt. Das gilt nicht nur für die DDR, die der beste Staat auf deutschem Boden war, den es bisher gab. Das gilt auch für die Linkspartei, die es bislang schafft, die wachsende Unmut mit kapitalistisch orientierten Regierungen nach links zu kanalisieren und damit rechten Rattenfängern den Weg zum Masseneinfluß bislang zu verlegen.

Vor allem bestätigt der 18. September 2005, daß es möglich ist, diese beginnende Linksverschiebung im Massenbewußtsein bis ins höchste nationale Parlament zu tragen. Nun fragt Brecht zu Recht: Die Macht geht vom Volke aus, aber wo geht sie hin? Die Frage steht auch für die Linkspartei. Vierundfünfzig von ihnen sitzen jetzt vor den politisch üppigsten Fleischtopfen der Republik, die so reichlich gefüllt sind, daß jeder von ihnen - Fraktions- und Stiftungsgelder eingerechnet - noch neun andere mitfuttern lassen kann und trotzdem gut lebt. Diese 500 sind potentiell bestochene und korrumpierte Linke. Aber sie sind es nur potentiell. Ob sie es werden, hängt von uns hier unten, von unserer Arbeit in Berlin-Weißensee bis ins kleinste niedersächsische oder bayrische Dorf, von der Kanzel bis ans Band oder im Büro ab. Denn abgesehen von einigen von Beginn an versauten Charakteren, die sich allerdings zum Glück in der Regel eher bei den Grünen oder der SPD mit dem Löffel angestellt haben, um an die Futtertröge zu gelangen, kommt das Käuflich-Werden nach der Resignation. Was aus der Linksfraktion wird, hängt also davon ab, welches Klima wir für ihr Gedeihen in der Gesellschaft schaffen.

Vor allem aber müssen wir wie die da jetzt in Berlin wissen: Selbst das beste Parlament ist nur ein guter Spiegel der Gesellschaft (schlechte sind verzerrte, verschleierte oder sonst eben schlechte Spiegel). Ein Spiegel macht sich regelmäßig zülig lächerlich, wenn er denkt, das Geschehen, was er spiegelt, mache er selbst. Die Akteure sind wir, nicht unsere Repräsentanten in den Parlamenten. Vergessen sie das, werden sie zu Paulskirchen-Clowns.

Aber sie werden es nicht vergessen. Es gibt ja uns. Es gibt Hanfried Müller. Es gibt unseren historischen Optimismus, der uns nicht hoffen, sondern wissen läßt, daß letzt-

lich das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Grund und Boden doch über dem bornierten Privateigentum siegen wird. Wer 1989 verdaut hat - und wir sind dabei, es zu verdauen - wer soll von Rückschlägen noch aufzuhalten sein?

Alles Gute zum 80. - machen Sie ja weiter so, Hanfried Müller!

Edemissen, 20. September 2005

**Peter Franz**

### **Zur „Kirchenfeindlichkeit“ der DDR**

Es gehört zu den Standard-Klagen von Zeitgenossen bürgerlicher und antikommunistischer Provenienz, daß sie dem Staat der Arbeiter und Bauern das Etikett „atheistisch“ und (als Steigerungsform) „kirchenfeindlich“ anhängten und nach seinem Verschwinden auch nachträglich noch anzuhängen beliebten.

Was die „atheistische“ Qualität der DDR angeht, so bin ich als Freund guten Unterscheidungsvermögens der Ansicht, daß kein Staat der Welt - nicht einmal der Vatikanstaat - mit einer Kategorie gekennzeichnet werden kann, die im Bereich individueller Überzeugung entstanden ist und dort ihren Platz hat. Also: Weder war oder ist der Kirchenstaat ein religiöser, noch ist die UdSSR oder die DDR ein atheистischer Staat gewesen. Etwas anderes ist es mit jener sozialistischen Vereinigung von Menschen, auch „Partei“ genannt, die ihre Mitglieder auf ein Gleichmaß an weltanschaulichen Überzeugungen ein schwören will. Und selbst in Bezug auf die SED habe ich meine Zweifel, ob man sie mit Fug und Recht atheistisch nennen darf. M.W. hat sie von ihren Mitgliedern nicht apodiktisch den Kirchenaustritt verlangt, sondern sie lediglich zur Enthaltensamkeit gegenüber offensichtlich religiösen Aktivitäten angehalten.

Wie steht es nun um die wieder und wieder behauptete Kirchenfeindlichkeit des DDR-Staates? Natürlich sind in Bezug auf ein so praktisches Verhältnis wie das zwischen einer Administration und verschiedenen religiösen Gemeinschaften immer die jeweiligen zeitgeschichtlichen Hintergründe zu berücksichtigen, die zu einem bestimmten Agieren oder Reagieren den Anlaß gegeben haben. Insofern lassen sich in der Geschichte der DDR tatsächlich recht unterschiedliche Phasen im Staat-Kirche-Verhältnis feststellen. Einer zunächst fast bürgerlich-demokratischen Anfangsphase nach dem Motto „Religion ist Privatsache“ seit 1945 folgte zu Beginn der fünfziger Jahre ein mehr und mehr gespanntes Verhältnis, das aus der fahrlässigen oder mutwilligen Einbeziehung kirchlicher Kreise in westdeutsche Ambitionen zugunsten von Atomwaffen und einer von ihnen angestrebten Bollwerk-Funktion von Religion gegenüber „dem Kommunismus“ herrührte. Das führte z.B. zur zeitweisen Behinderung der evangelisch-kirchlichen Jugendarbeit als ganzer, obwohl nur einer bestimmten Führungsklientel der Jungen Gemeinde eine lockere oder auch professionelle Verbindung zu feindlichen Geheimdiensten nachgewiesen werden konnte. Vor allem waren es natürlich die zählbaren gesamtdeutschen Verbindungen der kirchlichen Arbeit, die durch die Einbeziehung des größeren bundesdeutschen Teils in die restaurative Formierung der dortigen Gesellschaft samt Wiederaufrüstung, Atombewaffnung und Militärseelsorge fast zwangsläufig den kleineren DDR-Teil des Gesamt-Kirchengefüges in den Augen der regierenden Sozialisten kompromittierten. Zwar konnten die verständlichen repressiven Maßnahmen der DDR-Regierung in einem Prozeß der Gesprächsbildung und Kontaktpflege allmählich abgemildert oder eingestellt werden, aber eine ruhige und schöpferische Phase konnte eigentlich erst mit der dann 1969 vollzogenen organisatorischen Trennung der DDR-Kirchen von der westdeutschen EKD beginnen. Am Beginn dieser

sehr hoffnungsvollen Zeit, die in ihrer strategischen Bedeutung vielleicht erst eine spätere Generation richtig würdigen wird, stand die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik (BEK). Mit dieser klugen kirchenpolitischen Wende (die diesen schönen Namen wirklich einmal verdient) konnte der DDR-Staat erstmals sicher sein, daß Christen und ihre religiösen Gemeinschaften ihr Leben auf der Grundlage der Verfassung dieses Staates organisierten, jedenfalls nicht grundsätzlich ihr Glaubensleben in einer verfassungsfeindlichen Stoßrichtung wahrnehmen würden. Das bildete die Grundvoraussetzung für den Beginn eines vertrauensbildenden Miteinanders von Christen und Nichtchristen des Landes. Damit will ich die Lage nicht schönreden, denn zweifellos war eine fortgesetzte innere geheimdienstliche Ausspähung in den Augen des Staates nötig, weil sich unter dem Dach dieser vielgestaltigen Kirche die verschiedensten Geister versammelten und das Spektrum kirchlichen Agierens von den bewundernswürdigsten bis zu manchmal merkwürdigsten Aktivitäten reichte. Aber immerhin: Es gab staatliche Zusagen für die kirchliche Seelsorge auch in staatlichen Krankenhäusern, es gab Genehmigungen für den Neubau von Gemeindezentren in sozialistischen Wohnquartieren, es gab Sendezeiten für einen Kirchenfunk bei Radio DDR und beim Fernsehen, und es gab sogar die Einrichtung eines besonderen Wehrrersatzdienstes, um christliche Wehrpflichtige durch den Einsatz bei der „Spaten-truppe“ von Gewissenskonflikten zu entlasten. Wer aus religiöser Überzeugung keine Waffe anfassen wollte, mußte dies also fortan nicht mehr tun. Von Kirchenfeindlichkeit der DDR zu sprechen, war nach den mutigen Schritten realistischer Kirchenführer im abflauenden Kalten Krieg zu Beginn der siebziger Jahre bereits zur westlichen Propagandahülse verkommen, die wohl ihre leicht nachlassenden, aber immer noch bedauerlichen Wirkungen in einer manipulierten Bevölkerung entfaltete, aber die Sache selber schon nicht mehr traf. Namhafte Vertreter des BEK sprachen nach tiefgründigen Erörterungen in einzelnen Synoden gar von der Kirche im Sozialismus als einer *Lerngemeinschaft* - ein bis dato unerhörtes Wort im kirchlichen Raum, war doch die Kirche nach ihrem traditionellen Verständnis schon immer vor allem eine *Lebrgemeinschaft* gewesen! Und tatsächlich hatten einzelne Pfarrer und mehrere Kirchengemeinden zuerst zaghaft und mit der Zeit immer herzhafter versucht, als Christen und Gemeinden in einer sozialistischen Gesellschaft zu leben und ihren Platz bei den werktätigen Menschen zu finden: einige Prediger zugleich als Arbeiter in sozialistischen Großbetrieben, einige Kirchengemeinden oder Gemeindegruppen als korporative Mitglieder der Christlichen Friedenskonferenz, einige Pfarrer als Entwicklungshelfer der Gossner-Mission usw. Natürlich kann hierbei nur von Anfängen die Rede sein. Diese kleinen Pflänzchen konnten nur gedeihen in einem Klima stetiger Lernbereitschaft auf beiden Seiten - und die war immer einmal bedroht durch inneres Fehlverhalten oder auch durch äußere Störungen, die durch die gleichwohl nicht abebbenden Systemauseinandersetzungen zwischen West und Ost eintraten. Anfang der achtziger Jahre glitt dann das Staat-Kirche-Verhältnis wieder in eine kritische Phase über, die zwar nicht mehr jene Zuspitzungen der fünfziger Jahre annahm, sie jedoch in ihrer untergründigen Erschütterung bei weitem übertraf. Grund dafür war die zunehmende Handlungsunfähigkeit der SED-Spitze, die ihre Ursache vor allem in zunehmenden ökonomischen Problemen hatte, die bereits von anderer Seite dargestellt wurden. Nicht zu unterschätzen ist freilich das breitgestreute Irritationspotential, das von den Neuerungen Gorbatschows ausging und - ungehindert durch eine wirksame eigene Gegenstrategie der SED-Führung - bis tief in die

sozialistische Parteibasis hineinwirkte. Daß Gorbatschows Friedensrhetorik bis tief in kirchlichen - auch fortschrittlichen - Kreisen ihr Echo fand, war überaus verständlich. Daß er mit seinem Glasnost- und Perestroika-Feuerwerk auch Glanz in den Augen von konservativen und traditionalistischen Kreisen (die in den Kirchen weiterhin die Mehrheit stellten) zauberte, waren jedoch beängstigende Anzeichen für all jene, denen eine Weiterentwicklung des Sozialismus, aber nicht seine Abschaffung am Herzen lag. Eine andere Merkwürdigkeit innerhalb der evangelischen Kirche war das Heraufkommen solcher Führungspersönlichkeiten wie die des thüringischen Bischofs Werner Leich, der nicht nur seiner Landeskirche mit dem Abbruch des sogenannten „Thüringer Weges“ eine Wende zu konservativ-kirchlicher Selbstgenügsamkeit bei gleichzeitiger Distanzierung gegenüber allem Sozialistischen verordnete, sondern als Leitender Bischof des Kirchenbundes mit unangekränktem Sendungsbewußtsein den führenden Personen des DDR-Staates mit Forderungen politischen Inhalts gegenübertrat, die mittlerweile in aller Munde, auch im Munde westlicher „Sozialismus-Reformer“ waren. Leich, ein gebürtiger Thüringer, sozialisiert durch HJ und Napola-Schule, 1945 noch Fahnenjunker „für Deutschland“, ausgebildet an westdeutschen Hochschulen und dort wiederum in der schlagenden Verbindung Hasso Borussia beheimatet, an seiner Uni nach eigenem Bekunden dort „linke Ansätze abwehrend“, kam zurück in die DDR, um hier der Kirche auf seine Weise zu dienen. Auch innerkirchlich ist er hier seiner Jugendmotivation treu geblieben und hat „linke Ansätze“ in seiner Kirche behindert, wo immer es irgend ging: durch seine Personalpolitik, durch Vortrags- und Visitationstätigkeit, durch Förderung ihm genehmer und Verhinderung ihm suspekter kirchlicher Aktivitäten. Er war es schließlich auch, der als einziger ostdeutscher Oberhirte am Tag des Beitritts 1990 ein nationales Glockenläuten empfahl - gegen den Protest DDR-bewußter Erneuerer in den Gemeinden, die einen besseren Sozialismus wollten, aber keinen Anschluß an die BRD. Schon in der Mitte des Jahres 1990, als noch die DDR-Verfassung geltendes Recht war, hat er bei einer Zusammenkunft von Kirchenvertretern im bundesdeutschen Kloster Loccum den DDR-Kirchenbund BEK als aufgelöst erklärt und das Wiederaufleben der EKD als organisatorisches Dach auch für die zu diesem Zeitpunkt noch existierenden DDR-Kirchen proklamiert.

„Kirchenfeindlichkeit“ der DDR? Treffender sollte man von einer tiefsitzenden „DDR-Feindlichkeit“ der Kirchen sprechen. Da Vergleiche zwischen dem NS-Regime und dem DDR-Staat heute so beliebt sind, sei einmal dieser Vergleich angestellt: Obwohl die rassistische und völkermordende Nazipartei mithilfe christlich-nationalistischer Kirchenkreise und konservativer Kirchenführer (Dibelius) an die Macht geschoben wurde und sich auch später aus der Kirche kein nennenswerter Widerstand gegen Krieg und Holocaust formierte, hatte Hitler für die Zeit nach dem „Endsieg“ die gänzliche Liquidierung der verfaßten Kirchen vorgesehen. Obwohl den regierenden Sozialisten nach KZ und Nazibarbarei bekannt gewesen ist, wie tief Christen und Kirchen in das braune Unrechtsregime hineinverflochten waren, bekamen sie ihre Chance, den kirchlichen Dienst auch in einer sozialistischen Gesellschaft zu tun, sogar in modernen Kirchenzentren inmitten „atheistischer“ Neubaugebiete der Großstädte. Von einigen ihrer Glockentürme ist am 3.10.1990 die „deutsche Einheit“ eingeläutet worden. Und die besteht vorerst darin, daß die Ostdeutschen von 94% ihres Produktivvermögens enteignet wurden. „Linke Ansätze“ erfolgreich abgewehrt - das läuten nun sogar die Kirchenglocken!

## Günter Lange

### Heute noch überzeugender als schon vor 15 Jahren!

Heute wissen viele junge Menschen aus den neuen Bundesländern nicht, was ihnen durch die so genannte „Wende“ an garantiertem Gesundheitsschutz und sozialer Sicherheit verloren gegangen ist. Und die bürgerlichen Medien bauen auf diese Unwissenheit. Und faseln unablässig von ihren „westlichen Werten“. Viele, sehr viele der ehemals „Eingemauerten“ sind deren oberflächlichem, ja pervertiertem Freiheitsbegriff auf den Leim gekrochen und huldigen gar dem Superapostel der Westliche-Werte-Lehre aus Washington. Gesellschaftlich-historische Dummheit ist ein Massenphänomen geworden. Aber: „Nur wer sozial sicher ist, kann auch frei sein!“ (Wilhelm von Humboldt).

Manche Ältere verschweigen es aus Scham ob ihrer Angepaßtheit und ihres Kriechertums. Viele aber erinnern sich angesichts des nun schon nicht mehr verschleierte und sich weiter schnell beschleunigenden Sozialabbaus und der sich herausbildenden Zweiklassenmedizin. „Die Wut wächst“(Oskar Lafontaine) - erst recht in der ehemaligen DDR!

Noch kein früheres Staatsgebilde der deutschen Geschichte hatte eine solche Wandlung in Bezug auf humanistische Zielstellungen, Strukturen, Systemlösungen und Beziehungen der Menschen zueinander und zu anderen Staaten versucht wie diese DDR. Auch sind wohl noch nie in so kurzem Zeitraum derart einschneidende Umbrüche alter Vorstellungen und Lebensweisen erfolgt wie in den 40 Jahren der DDR.

Manche „wahrheitssuchenden“ Historiker (insbesondere westgeprägt!) versuchen die Aufarbeitung der Geschichte der DDR mit Verlogenheiten und Halbwahrheiten, verschweigen aber tunlichst, was nach der „Wende“ in den neuen Bundesländern auch im Gesundheitswesen bittere Realität wurde: Vernichtete Existenzen, tausendfache Entlassungen, „Abwicklung“ ganzer wissenschaftlicher Institutionen, die ersatzlose Streichung von sehr stark praxisorientierten Forschungsprojekten, von ideenreichen Neuerungen, die Auflösung funktionierender Strukturen - das alles verzerrt heute die Erinnerung an das Originalbild der DDR und vermittelt den unwissenden Nachkommen, ebenso wie der heutigen manipulierten Umwelt, die die DDR nicht aus eigenem Erleben kennen gelernt hat, falsche Vorstellungen, die ihren Höhepunkt in der Charakterisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ finden!

Es ist sicher nachdenkenswert, daß in den Erinnerungen der früheren DDR-Bürger das Gesundheits- und Sozialwesen der DDR, einige Facetten des Bildungswesens, die Landwirtschaft, die allgemeine systematische Sportförderung u.a.m. immer wieder als besonders positiv auftauchen. Selbst dem notorisch DDR-unfreundlichen Leser sei hier zur Nachhilfe und Annäherung an das Thema empfohlen: Bollinger/Vilmar: „Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer soziokulturellen Einrichtungen.“ Verlag Das Neue Berlin, edition ost 2002.

Ich möchte beispielhaft und wohl weit entfernt von Vollständigkeit einige Stärken des DDR-Gesundheitswesens benennen:

1.) Es gelang, vorher bestehende soziale Schranken für die Inanspruchnahme medizinischer und sozialer Leistungen und Hilfen zu beseitigen (heute kommen sie wieder!) und *allen* Menschen eine unentgeltliche und gleichermaßen zugängliche Versorgung zu ermöglichen. Grundlage dafür war ein durchgehend und konsequent verwirklichtes Solidarprinzip auf der Basis eines einheitlichen sozialen Versicherungssystems sowie von Zuschüssen aus dem Staatshaushalt.

2.) Die medizinisch-fachliche und berufsethische Grundsituation des Arztes.

Im unmittelbaren Arzt-Patient-Verhältnis konnte er sich frei von jeglichen kommerziellen Erwägungen und ohne Rücksichten auf die eigene ökonomische Existenz den individuellen gesundheitlichen Problemen seiner Patienten widmen. Es gab keine strukturell eingebaute Steuerung des medizinischen Denkens und Handelns über das Geld! Diese fundamentalen Vorzüge waren unseren Ärzten offensichtlich so selbstverständlich geworden, daß ihr Verlust von vielen erst im nachhinein schmerzlich empfunden wurde, wie ich in vielen Kollegengesprächen immer wieder hören konnte. „In der Sprechstunde drehen sich heute 50% meiner Überlegungen nicht um den Patienten, sondern in irgendeiner Weise um Geld - früher undenkbar!“, so kürzlich ein mir bekannter Augenarzt zu mir.

Jeder Arzt, der fremdbestimmten repressiven, ökonomischen Zwängen unterworfen ist oder sich selbst primär dem pekuniären Gewinnstreben unterwirft, kann heute seinen *Hippokrates* vergessen!

3.) Die Spezialisierung in der Medizin schreitet objektiv schnell voran, was in gleichem Maße und Tempo Integration erfordert. Kooperation und Zusammenarbeit der zunehmenden Zahl ärztlicher Spezialisten, aller anderen Ärzte und Gesundheitsberufe müssen bewußt gestaltet und organisiert werden. Die praktische Umsetzung dieses elementaren Erfordernisses war im DDR-Gesundheitswesen in vielen Jahren immer bewußt betrieben worden und weitestgehend nahezu flächendeckend gelungen. Hier sei nur an die poliklinische Idee und die mit ihr verbundene Kooperation ambulant tätiger Ärzte untereinander und mit den stationären Einrichtungen erinnert, die vielerorts unter einem Dach zusammengeführt waren. Aber diese großartige Errungenschaft wurde nach der „Wende“ zerschlagen. Heute mit dem Wesen nach gleicher inhaltlicher Tendenz zunehmend geäußerte Gedanken werden als „strukturelle Neuerungen“ ausgegeben!

4.) Zu den herausragenden Merkmalen des DDR-Gesundheitswesens zählt zweifellos auch der von vornherein hohe Stellenwert prophylaktischen Handelns. Die dafür geschaffenen gesetzlichen Grundlagen und praktischen Arbeitsformen enthielten auch auf längere Sicht eine Vielzahl vorbildlicher Regelungen. So seien z.B. genannt:

- Der Gesundheitsschutz für Mutter und Kind
- Die prophylaktische zahnärztliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen
- Die arbeitsmedizinische Versorgung durch ein leistungsfähiges Betriebsgesundheitswesen, das von den Betriebsleitungen nun wahrlich völlig unabhängig war
- Die Dispensairebetreuung von Patienten mit bestimmten Krankheiten
- Der durchgreifende effektive Infektionsschutz u.v.a. sowie die dies alles tragenden Einrichtungen!



Mit deutlich geringeren Mitteln als z.B. die Alt-BRD konnte die DDR - trotz auch hier seit etwa Anfang der 80er Jahre sektorenweise stagnierender Tendenzen - Gesundheitsparameter erreichen, die sich durchaus in der Spannweite der entwickelten westlichen Industrieländer bewegten, punktuell diese sogar übertrafen. Das spricht eher für vergleichsweise hohe medizinische, soziale und ökonomische Effizienz eines Gesundheitswesens. In ihrer letzten Sitzung kam eine Kommission des DDR-Gesundheitsministeriums im Sommer 1990 in Konsultation mit den westdeutschen Professoren Obladen und Versmold (die einen Teil der „Abwicklung“ mitvorzubereiten hatten) zu dem Ergebnis: „Die Vermutung liegt nahe, daß in der ehemaligen DDR Faktoren wirksam wurden, die in der Lage waren, die teilweise bestehenden Mängel im Gesundheitswesen allgemein auszugleichen“! (Monatsschrift Kinderheilkunde, Springer Verlag Berlin - Heidelberg - New York 1991, S.139, 303, 306). Welch wundersame Faktoren werden das wohl gewesen sein?-

Sehen wir uns einige wenige sozialpolitische Details an, deren Vorbildcharakter gerade heute Nichtkennern der Materie unglaublich erscheinen mag:

Das „Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft“ vom 09. März 1972 bedeutete die Befreiung der Frauen vom Gebärzwang und eröffnete ihnen das Selbstbestimmungsrecht, über Zeitpunkt, Anzahl und zeitliche Aufeinanderfolge von Geburten frei zu entscheiden. Gleichzeitig wurde durch dieses Gesetz die kostenfreie Abgabe ärztlich verordneter Verhütungsmittel geregelt und damit der Prävention das Primat eingeräumt. Die politisch klare und von großer menschlicher Wärme getragene Begründung dieses Gesetzes durch den Minister für Gesundheitswesen der DDR, Prof. Dr. Mecklinger, vor der Volkskammer, war eine Sternstunde für uralte Forderungen der Kommunisten nach Freiheit und Gleichberechtigung der Frauen. Aus medizinischer Sicht zeigten sich schon sehr bald die Auswirkungen dieses Gesetzes in der deutlichen Senkung der Müttersterblichkeit, der Suizide bei Schwangeren und Wöchnerinnen und der Anzahl klinischer Erkrankungen infolge von Aborten. Die direkten demographischen Folgen der Fristenlösung waren in relativ kurzer Zeit überwunden. Der nach Einführung von Fristenlösungen international bekannte Anstieg legaler Schwangerschaftsabbrüche auf das Fünffache war bereits nach zwei Jahren beendet und ab 1975 stiegen die Geburtenzahlen wieder an! Folgende konkrete Daten sind sehr aufschlußreich:

Tabelle I: Fruchtbarkeitsziffer - Vergleich BRD / DDR 1970 bis 1990 (d.h. Lebendgeborene je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren)

	BRD	DDR
1970	67,2	70,1
1975	47,6	52,3
1980	46,7	67,4
1985	?	63,8
1990	53,9	58,2

(Zynisch kommentiert: Man glich sich an! Richtiger aber: Die „blühenden Landschaften“ brachten auch die „Befreiung“ von sozialer Sicherheit, von staatlich breit geförderter Kinder- und Familienfreundlichkeit!)

Hier erkennt man eine der Ursachen für die heute so beklagte „demographische Lücke“. Der Maximalprofit war mit dem Import billigerer ausländischer Arbeitskräfte viel kostengünstiger zu realisieren, als mit der Auflage eines flächendeckenden, teuren kinder- und familienfreundlichen sozialpolitischen Programms!

Der Fristenlösung in der DDR folgte 1974 die Fristenlösung in der BRD. Aber „um so größer war die Fassungslosigkeit, als die von Millionen Frauen in einem harten aber demokratischen Kampf den Politikern abgerungene Fristenlösung wenig später durch sechs alte Männer des Bundesgerichtshofes mit einem Federstrich zunichte gemacht werden konnte.“ (Zitat Zeitschrift „Emma“). Bekanntlich wurde das seit 1995 gültige einschlägige Gesetz ungeachtet der Folgen auf gleiche Weise weiter verschärft.

Nach dem „Beitritt“ der DDR zur BRD wurde den Frauen der Ex-DDR die frauenfeindliche, diskriminierende Gesetzgebung der BRD mit den Paragraphen 218 und 219 StGB übergestülpt. Die Rücknahme der einstigen kostenlosen Abgabe von Verhütungsmitteln an Frauen, Existenzunsicherheiten und hohe Kosten für die Kinderbetreuung - das alles sind Ursachen für den derart gravierenden Geburtenrückgang auf ein Drittel (!) der Geburtenhäufigkeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Vergleich zu den Jahren vor 1990:

Tabelle II: Lebendgeborene in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost:

1980	245 132
1981	245 132
1982	198 922
1983	107 800
1984	88.300

Tabelle III: Fruchtbarkeitsziffer Berlin-Ost und Berlin-West

(= Zahl der Lebendgeborenen je 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren)

1988	61,4	47,8
1993	25,7	44,8

Dies alles u.a.m. sind sehr konkrete und ebenso sensible Indikatoren; sprechen sie etwa für die großmäulig und demagogisch versprochenen „blühenden Landschaften“, denen viele auf den Leim gekrochen sind??

Viele sozialpolitische Maßnahmen der ehemaligen DDR wären es wert, wieder in Erinnerung gerufen zu werden. Sie sind teilweise in Vergessenheit geraten, werden von den bürgerlichen Medien natürlich bewußt ignoriert und klingen gelegentlich fast unglaublich. Dazu möchte ich z.B. die Möglichkeit für berufstätige Großmütter nennen, in Vertretung ihrer Töchter oder Schwiegertöchter das bezahlte Babyjahr in Anspruch zu nehmen (bei Garantie des eigenen Arbeitsplatzes!), damit die Mutter des Kindes ihre Ausbildung oder ihr Studium ungehindert fortsetzen konnte. Das heute in dieser BRD zur Übernahme in die einschlägigen gesetzlichen Regelungen zu empfehlen, würde bei den Zuständigen wohl nur überhebliche Heiterkeit auslösen?! Ernsthafter wäre schon an solche Bedingungen wie die kostenlose Abgabe der Antikonzeptiva an alle Frauen, die

das wünschen, die vollständige Kostenübernahme des Schwangerschaftsabbruchs und aller damit im Zusammenhang notwendigen medizinischen Maßnahmen sowie die selbstverständliche Arbeitsbefreiung mit Lohnfortzahlung u.v.a. DDR-Errungenschaften zu denken.

Alle sozial Benachteiligten, alle Linken müssen - insbesondere in den neuen Bundesländern - entschlossen den Verlogenheiten und Halbwahrheiten vieler angepaßter „DDR-Geschichtsaufarbeiter“ mit der Wahrheit entgegentreten, dabei die seinerzeitigen konkret historischen Bedingungen nicht vergessend!

Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist fast doppelt so hoch wie in den alten und wächst und wächst, rücksichtsloses Lohndumping ist an der Tagesordnung. Die soziale Barbarei wächst in allen Segmenten!

Welch hohe Verantwortung haben alle Linken und Globalisierungsgegner, gleich welcher Couleur, außerparlamentarisch in Bündnissen, in gemeinsamen Aktionen, auch bei den Bundestagswahlen 2005, in Bewegungen gegen Sozialabbau und Ausbeuterbarbarei, Arbeitslosigkeit und Armut, um diesen Weg in die soziale Barbarei, Völkerentrechtung und Krieg zu stoppen. Deshalb treffen sie, liebe Leser, am 18. September 2005 die z.Zt. einzig mögliche akzeptable Wahl: LINKS !!

Dennoch gibt es Grund, davor zu warnen, sich nicht erneut ins „Bockshorn jagen zu lassen“! Niemand sollte sich von der neuerlichen sozialdemokratischen Münzfering-Kapitalismuskritik täuschen lassen. Ihre „Herausgeber“ geben sich inzwischen noch nicht einmal mehr die Mühe zu verbergen, daß sie als Ouvertüre zu einem neuen Reformismus gedacht ist!

Die gegenwärtige gesamtgesellschaftliche Krise hat eine Dynamik soziokultureller Selbstzerstörung in Gang gesetzt, die durch partielle Maßnahmen (eher hilflose Flickschusterei) nicht mehr gestoppt werden kann. Aber nur daran sind im Interesse der Systemerhaltung die so genannten großen Volksparteien sowie ihre bayerischen und gelben Helfershelfer interessiert!

Durch die kapitalistische Organisationsform der Gesellschaft wird schleichend das zivilisatorische Fundament menschlichen Zusammenlebens zerstört.

Bürgerliche Ideologen sprechen von einer gegenwärtigen tiefen Krise der allgemeinen Moral und des elementaren Verantwortungsbewußtseins, das ist ebenso oberflächlich wie hilflos! Die Dialektik von Wesen und Erscheinung muß man verstehen und man erkennt: Es bleibt dabei: Das Grundübel ist letztendlich das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, der gesetzmäßige Zwang zur Profitmaximierung!



## § 11 Klassenkampf

## Armin Stolper

### Unsterbliche Opfer

Gewidmet dem parteilosen Bolschewiken,  
dem Kommunisten und Marxisten,  
in der Robe des Theologie-Professors  
der Barth-Bonhoefferschen Couleur,  
dem hochverehrten Herrn Doktor  
Hanfried Müller zu seinem  
80. Geburtstag

*Hör zu, Jungchen, was dir ein alter Matrose erzählt: Ich war  
auch mal so ein nacktarschiger Rekrut wie du, im Jahre 1905  
In der Schwarzmeerflotte auf der „Potemkin“...*

So begann Onkel Mitri sein Parteilehrjahr, das er mir 1917  
Auf dem Achterdeck des Kreuzers „Sarja“ hielt, der in  
Kronstadt bereit zur Ausfahrt nach Petrograd lag, wo es galt  
Die Stadt gegen die Weißen und gegen die Interventen  
Mit unserem Blut zu verteidigen, denn Petrograd war  
Das Herz der Revolution; ich war 19 und diente das  
Erste Jahr, und ich fragte den Alten, ob wir wohl auch  
Auf die eigenen Leute werden schießen müssen, und da  
Nannte er mich ein Mondkalb und berichtete mir, wie  
Sie damals, ihren Fehler bitter gebüßt hatten müssen,  
Wie sie von den „eigenen Leuten“ abgeschossen worden waren  
Wie Hasen, als sie Proviant nehmen wollten in Feodossia.  
*Also, Jungchen, präge dir ein: Hast du das Gewehr einmal  
Angelegt, dann laß es nicht wieder sinken. Schieß dem Gegner  
Mitten ins Herz. Du kannst die Freiheit nur dann  
Richtig erkämpfen, verscheuchst du jegliches Mitleid  
Im heiligen Zorn.*

Ich kam nicht dazu, zu beherzigen die Lehre des Alten,  
Denn nur wenige Minuten später schlug mich Schwatsch  
Mit seinem Revolverknäuel auf den Kopf, sprach:  
Sauf Salzwasser, du Kröte, und warf mich über Bord;  
Ich konnte nicht wissen, daß er, unser Zweiter Bootsmann,  
Ein Verräter im Dienste der Konterrevolution war, und so kam  
Ich nicht dazu, wie der Frontsoldat Iwan Schadrin,  
Der Mann mit dem Gewehr, mit Lenin zu sprechen, sondern  
Befinde seitdem mich auf dem Grunde des Meeres  
Bei Algen und Fischen, jedoch nicht allein, denn  
Wenig später landete hier eine Gitarre, die war

Durch die Luft gesegelt wie viele Matrosen von Kronstadt,  
Die gegen die Weißen gekämpft, gefangengenommen worden,  
Mit Steinen an Stricken gebunden, ebenfalls hier  
Angekommen waren. Später bekamen Gesellschaft  
Wir auch von den Weißen, aber selbst im Tode noch gab es  
Keine Gemeinschaft mit denen, wir alle hatten gelernt  
Die Lektion, die uns die Revolution gelehrt, und waren welche  
Von denen im Liede es heißt: Unsterbliche Opfer,  
Ihr sanket dahin. .. Jedoch 1919 haben einige unserer Leute  
Die Sache der Bolschewiki verraten, indem sie ohne  
Kommunisten glaubten den Sieg erringen zu können, was Iljitsch,  
Also den Genossen Lenin, in die Scheißlage versetzte,  
Den Aufstand blutig niederschlagen zu müssen. Die Lehren  
Der Revolution sind viele und keine einzige kann allein  
Die ganze Wahrheit für sich reklamieren; Lenin, um sie  
Zu retten, mußte den Brester Frieden hinnehmen und für  
Den Mord, den die Sozialrevolutionäre an Mirbach verübten,  
Sich bei den Deutschen entschuldigen, er mußte die NÖP,  
Diese Sumpflüte des Alten, neubeleben für einige Zeit,  
Um das Neue am übermächtigen Alten nicht ersticken zu lassen;  
Es wieder abzuschaffen, kostete neue Opfer, wie später  
Die Industrialisierung des Landes, was ihr bei  
Ehrenburg nachlesen könnt, und erst der Kampf gegen  
Die Kulaken und gegen die reaktionären Kosaken, den  
Der Genosse Scholochow eingehend beschreibt! Über  
Die Opfer, die der Große Vaterländische Krieg von uns  
Menschen der großen Sowjetunion forderte, künden  
Poeme, Lieder, Gemälde, Sinfonien, in Stein gehauene  
Gestalten und die Erinnerungen der heut bettelarmen Alten,  
Deren Zahl immer weniger wird, je mehr die Zahl zunimmt  
Der Verbrecher, die das Land regierend ruinieren,  
Seitdem es der Lump Gorbatschow, sich anfangs  
Auf Lenin berufend, an den Weltfeind der Sowjets, verriet.  
Und glaubt nicht, daß ich, jener Posten auf der „Sarja“,  
Der neunzehnjährig sein Leben verlor unverschuldet  
Und im Lernen begriffen die Lehren der Revolution,  
Mit einstimme in das Geheul der Wölfe und Schafe,  
Das weltweit im Dienste der finstersten Reaktion heute  
Ertönt gegen Stalin und die, die ihm folgten; nein,  
Stalin hat die SU zur Weltmacht erhoben unter  
Schrecklichen Opfern und verteidigt gegen den Faschismus  
Und wenn er, um den Feind unerbittlich zu treffen, auch  
Freunde traf, so ist das dem blutigen Kampf geschuldet,  
In dem auch ich einst fiel und seitdem gelernt hab,  
Was viele der Kameraden aus eurer Zeit vergaßen,  
Lumumba, Allende, und mancher von ihnen: Es geht nicht

Ohne Kampf. Erinnert euch: Der schwarze Amerikaner  
Luther King, der ein Leben lang glaubte, gewaltlos  
Gegen den Gegner kämpfen zu können, war an dem Tag tot,  
Als er die Verursacher der Gewalt und den Kampf  
Gegen die als gerecht benannte. Kein Wunder,  
Daß Castro, der unbestechliche Kämpfer, hundertmal  
Totgesagte, als Schreckbild des Bösen heut erhalten muß.  
Genug agitiert - in irgendeinem der Stücke, die von  
Lenin erzählen und von uns, heißt es: In hundert Jahren  
Wird man wissen, was wir wollten, oder kein Hund  
Wird mehr nach uns fragen. Ihr könnt entscheiden,  
Zu welcher Klasse der Erben ihr gehören wollt.



## Robert Steigerwald

### 1955 - 2005: Über 50 Jahre Wirkens von KPD und DKP

Da man die Situation weder der KPD noch der DKP wirklich verstehen kann, ohne einige Bedingungen anzuführen, die unsere Wirkungsmöglichkeiten betrafen und betreffen, beginne ich nicht mit dem Jahr 1955, sondern etwas früher.

Wir gingen von Anfang davon aus, daß die Politik des USA-geführten imperialistischen Blocks - zumindest Zurückrollen des Sozialismus, wenn möglich, dessen Vernichtung (Churchill: Wir haben das falsche Schwein geschlachtet!) - die Gefahr eines neuen Krieges in sich barg und daß die Grundlinie der sowjetischen Politik gar nicht anders lauten konnte: Friedenssicherung. Darum standen wir all die Jahrzehnte bis zum Untergang der Sowjetunion und der DDR unverrückbar an beider Seite. Auch unsere auf die nationale Einheit gerichtete Politik muß man nicht nur unter nationalem, sondern auch friedenssichernden Wirken sehen, denn sie zielte ja auch darauf ab, dem Imperialismus sein Glacis für einen solchen Krieg zu entziehen. Diese Politik stand im Westen unter keinem guten Stern. Mindestens acht der zwölf Millionen Nazi-Parteimitglieder lebten im Westen. Von den 16 Prozent Umsiedlern waren es ebenfalls mindestens zwei Drittel, die im Westen wohnten. Dazu der allgemeine ideologisch-politische Sumpf aus der Nazi-Zeit, der ja nie wirklich richtig trocken gelegt wurde. Korea-Krieg als „Beweis“ drohender sowjetischer Gefahr. 17. Juni 1953 als Zeugnis für Freiheitsbedrohung durch die Kommunisten. Dazu mit dem XX. Parteitag der KPdSU Eingeständnis der sowjetischen Kommunisten, daß es unter Stalin schlimm zugegangen sein muß. Auf solcher Grundlage - es wären noch mehr solcher Faktoren zu nennen - erzeugten die imperialistischen Kräfte einen in demokratische Tücher eingekleideten Antikommunismus.

Das waren äußere Faktoren, es gab aber auch solche inneren Charakters. Da wäre der Rückfall in linksradikale Fehler zu nennen, der sich auf der Grundlage der sog. Tito-Affäre entwickelte. Nur ein paar Hinweise, wie sich das bei uns auswirkte. Nahezu alle Leitungen der Parteibezirke - und das waren zumeist erfahrene Genossinnen und Genossen - wurden plötzlich abgelöst, an ihre Stelle traten weniger erfahrene Kräfte. Manche der alten Genossen wurden in die DDR abgezogen - Jupp Schleifstein etwa - oder gar verhaftet, Fritz Sperling, Kurt Müller, Alfred Drögemüller, um nur wenige Namen zu nennen. Überdies hatten wir ja Entwicklungshilfe für die DDR geleistet: Heinz Hoffmann, Paul Wandel, Lene Berg, Kurt Goldstein, auch diese Namen wiederum nur als Hinweise. Im Zeichen des Kampfes gegen den „Titoismus“ wurde eine Kampagne gegen opportunistische Gefahren gestartet, die zu einer Gewerkschaftspolitik führte, die uns 11 000 Gewerkschaftsfunktionen kostete.

Und seit 1951 lag der Verbotsantrag auf dem Tisch, wurden solche Organisationen wie die FDJ verboten, wanderten die ersten von uns schon wieder in Gefängnisse.

Dies waren die „Startbedingungen“ 1955 - da lief der Verbotsprozeß bereits. Unser Kampf in der folgenden Zeit, bis zur Konstituierung der DKP, war also ein illegaler, was ja auch zuerst mit einer Umorganisation der Partei verbunden sein mußte. Alles das hat aber in keiner Weise den Verzicht der KPD auf den Kampf um die Einheit

Deutschlands auf demokratischer Grundlage, um die Verhinderung der Remilitarisierung Deutschlands bewirkt.

Am Beginn der neuen Periode - neu wegen des Eintritts der BRD in die NATO 1955 - standen also XX. Parteitag der KPdSU und das Parteiverbot mit seiner Hexenverfolgung. Bis dahin und im Ergebnis dieser antikommunistischen Verfolgungsmaßnahmen gab es bereits Hunderttausende polizeiliche und juristische Maßnahmen, wurden einige Tausend Kommunistinnen und Kommunisten zu teils langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Illegalität traf die Partei zwar nicht unvorbereitet, fiel aber zusammen mit den Auswirkungen des XX, Parteitags der KPdSU im Frühjahr 1956. Es war dies ein die ganze Partei aufwühlendes Ereignis, denn die Orientierung auf Stalin als dem Kopf und genialen Führer des Weltkommunismus hatte sich auch in der KPD festgesetzt - und dies war nun plötzlich, ohne jegliche Vorwarnung alles in Frage gestellt. Ehe die Partei - dazu noch nicht einmal mit den wirklichen Dokumenten (sprich Chrustschows sog. internen Rede) vertraut gemacht für die erforderlichen Diskussionen Zeit hatte, mußte sie ganz andere Aufgaben lösen, vor allem die Organisierung einer neuen, illegalen Parteistruktur mit allen daran hängenden Aufgaben: wie sichert man den organisatorischen Zusammenhalt? Die alten Führungspersönlichkeiten waren auszutauschen. Waren sie nicht verhaftet oder „untergetaucht“ so doch dem Gegner bekannt und folglich in ihren Aktivitäten leicht zu kontrollieren. Aber neue Leitungen waren in den Regionen, wo sie zum Einsatz kamen, den Genossen unbekannt und sie kannten auch oft genug die regionalen und örtlichen Besonderheiten kaum. Es mußten illegale regionale Zeitungen, ein illegales theoretisches Organ geschaffen und die Verteilung gesichert werden. Und es waren ja nicht mehr all zu viele Genossen vorhanden, die Erfahrungen aus dem Kampf gegen die Nazis besaßen - und außerdem waren das auch qualitativ völlig unterschiedliche Aufgaben.

Die Partei hat einige Zeit gebraucht, um diese Aufgaben zu lösen, aber spätestens der illegale Parteitag vom Juni 1963 zeigte, daß sie wieder „auf dem Marsch“ war: Sie nahm wieder an Mitgliedern zu (in diesen Jahren um 4 000!). Eine größere Zahl von Betriebsgruppen und 100 neue Betriebszeitungen erschienen.

So vorbereitet war die Partei, als 1967/68, teilweise angestoßen durch Bewegungen gegen den Vietnam-Krieg der USA, den Algerien-Krieg Frankreichs, die imperialistischen Machenschaften im Nahen Osten (Suez-Krise), die Bürgerrechtsbewegung in den USA sich auch in Deutschland Teile der jungen Generation mit solchen Kämpfen solidarisierte - und die Väter- und Großvätergeneration danach befragte, wie sie sich in der Zeit der Naziherrschaft verhalten hätten. Es war dies der mit dem Stichwort „die 68.er“ benannte sehr hoffnungsvolle Bewegung in unserem Land.

Noch war die KPD verboten, aber sie hatte bereits ein breites Netz von Beziehungen aufgebaut, teils aus den Bewegungen zur Beseitigung des KPD-Verbots stammend, aber auch im Zusammenhang mit den anderen eben erwähnten Aktionen und Aktivitäten. Es gab sogar Bemühungen, gemeinsam mit anderen sozialistischen Kräften eine größere, legale gemeinsame politische Organisation aufzubauen, was daran scheiterte, daß in der Auseinandersetzung um das, was die bürgerlichen Medien den „Prager Frühling“ getauft hatten, die Gegensätze zu groß waren.

Wir, die KPD, sahen in diesem „Frühling“ vor allem den Versuch, die CSSR aus dem Warschauer Pakt und aus dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe heraus zu brechen, was de facto bedeutete hätte, daß die Südflanke Polens, der Ukraine aufgebrochen und

dem Nato-Zugriff ausgeliefert worden wäre. Uns war durchaus bewußt, daß sich in der Potestbewegung in Prag und anderswo auch ehrlich um den Sozialismus, seine demokratische Weiterentwicklung bemühte Kräfte eingeklinkt hatten. Doch wir waren nicht blauäugig genug, um die Gefahren zu mißachten, die sich aus der kleinbürgerlichen Woge unter der Losung „Für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ergeben mußten. Die weitere Geschichte hat ja gezeigt, daß hinter solchen Wogen die Konterrevolution marschiert! An solchen Widersprüchen scheiterte damals der Versuch, eine breitere legale sozialistische Partei ins Leben zu rufen. Wir Kommunisten machen uns auch heute unser damaliges Verhalten nicht zum Vorwurf, denn es fand statt im Kontext der Gesamtorientierung auf Frieden, auf Abwehr der imperialistischen Aggression.

Die Bewegung gegen den Atomtod und gegen die Notstandsgesetze, der Kampf gegen Aggressionen bzw. Kolonialkriege, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, antifaschistische Tendenzen in der Jugend unseres Landes verflochten sich zu einem breiten Komplex antiimperialistischer Bewegungen. Es kam in diesem Zusammenhang zu einer starken Wiederbelebung marxistischer oder pseudomarxistischer Aktivitäten, bildeten sich Gruppen und Organisationen, Periodika, die vorgaben, einen Neo-Marxismus zu entwickeln und stellvertretend für die ins System integrierte Arbeiterklasse zu handeln. Dabei war ihr Wirken nicht frei von Antisowjetismus, gerichtet gegen „stalinistische“ Orthodoxie, bald sich maoistischen Positionen Chinas anschließend. Auf die vom XX: Parteitag der KPdSU enthüllten Untaten der Stalin-Zeit reagierten marxistische, auch kommunistische Kräfte Westeuropas durch Preisgabe wesentlicher Bestandteile des Marxismus.

Diese Jahre waren auch von den schweren Zerwürfnissen zwischen der KPdSU und der KP-Chinas gekennzeichnet, die nicht spurlos an der Entwicklung der illegalen KPD und später der DKP vorübergingen. Ultralinke und sicher auch bestellte Kräfte nutzten diese Situation, um schwere Angriffe auf die Partei, ihre Orientierung und ihre Einheit zu starten.

Es war dies auch die Zeit zunehmender problematischer Prozesse in einigen sozialistischen Ländern, insbesondere in Polen und Ungarn, In der Sowjetunion gab es deutliche Anzeichen von Stagnation.

Wir haben also in diesen Jahren an mehreren „Fronten“ gekämpft: gegen ultralinkes Chaotikum, gegen pro-maoistische Kräfte, gegen den „Neo-Marxismus“ jeglicher Spielart und den Euro-Reformismus, gegen den von Gorbatschow genährten Reformismus, wie er sich in der selbst ernannten Erneuerer-Strömung ausgedrückt hat. Die genannten Auseinandersetzungen fanden in Wort und Tat, in Konferenzen und Schriften statt und waren oft durchaus auch mit physischen Gefahren verbunden! Wir haben die Versuche, gestützt auf einen (mißverstandenen oder mißdeuteten Antonio Gramsci), auf Georg Lukacs, Karl Korsch, auf Sartre, auf den „Freudo-Marxismus“ einen gegen den Leninismus, also gegen die Grundlagen des Kommunismus gerichteten „westeuropäischen Marxismus“ aus der Taufe zu heben, gründlich wiederum in Wort und Schrift, auf jede uns damals mögliche Weise bekämpft. Wir haben zu keiner Zeit, auch nicht, wo wir zweifelten, ob dies immer richtig war, uns in die Reihe jener begeben, die sich, etwa unter dem Signum der „kritischen Solidarität“ oder des Ringens um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, gegen die Sowjetunion, gegen den realen Sozialismus stellten. Wir haben uns mit der Gorbatschow-Strömung auseinandergesetzt und sind in den Krisenjahren 1989/90 fähig gewesen - bei schweren Mitgliederverlusten - die Partei

davor zu bewahren, in diesem Strudel zu versinken. Wir haben uns nicht von Gysi dazu verlocken lassen, unter dem angebotenen Firmenschild einer Kommunistischen Plattform die DKP auf dem Altar einer - damals war das noch zulässig, sie so einzuschätzen - kleinbürgerlichen Utopie des demokratischen Sozialismus zu opfern.

Wir haben etwas anderes getan:

1968 war es gelungen, auch mit Hilfe solidarischer demokratischer Kräfte, die sich im Kampf gegen das KPD-Verbot engagiert hatten - den Durchbruch zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, der DKP, zu schaffen, einer Partei, die sich in der Tradition von Marx, Engels und Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck stehend sah uns sieht!

Und auch dazu übergang, mit dem ultralinken Sektierertum zu brechen!

Wir gingen alsbald daran, die Programmatik dieser Partei zu erarbeiten, und das war mit einigen neuen Aspekten verbunden. Sah die Programmatische Erklärung des bereits genannten illegalen KPD-Parteitag vom Juni 1963 noch vor, daß die Frage der sozialistischen Zukunft sich erst nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands für ganz Deutschland stelle, so mußte die Kommunistische Partei eines Landes in ihr Parteiprogramm notwendiger Weise auch des sozialistisch/kommunistische Ziel, die Vorstellungen über die Kräfte, mit denen das Ziel zu erreichen sein könne und welche Zwischenschritte, Zwischenetappen man auf diesem Weg für möglich ansieht aufnehmen. Diese Aufgaben wurden im Laufe eines zehnjährigen Prozesses, beginnend mit der Grundsatzklärung der DKP vom Essener Parteitag 1968 über die Thesen des Düsseldorfer Parteitag von 1971 bis hin zu dem derzeit noch immer gültigen Parteiprogramm des Mannheimer Parteitag von 1978 erarbeitet.

Unter theoretisch-politischem Gesichtspunkt bestand das Neue an dieser programmatischen Arbeit nicht nur darin, daß es die Orientierung zum Sozialismus für die Bundesrepublik schon vor der Erringung der nationalen Einheit enthielt, sondern eben auch, im Zurückgehen auf die Erkenntnisse früherer Kominternkongresse wieder die Strategie des Erarbeitens von Etappen der Übergänge enthält.

Die Zeit nach der Neukonstituierung der Partei war die wohl dramatischste Periode in der jüngeren deutschen Geschichte seit der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Es war dies die Periode einer Friedensbewegung, wie es sie so in der deutschen Geschichte noch nie gegeben hat und in welcher die DKP, die ihr verbundenen Jugendorganisationen SDAJ und MSB-Spartakus eine herausragende Rolle spielten. Es war die Zeit breiter Bündnisse gegen Raketenrüstung und Kriegsvorbereitung, breitester internationaler Zusammenarbeit. Aber es war dies auch die Zeit schwerster NATO-Provokationen. In diesen Kämpfen wuchsen die DKP und die ihr verbundenen Jugendorganisationen, erreichte die Partei in ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beträchtliche Erfolge, wurde die Partei durch die ihr verbundenen Kulturschaffenden unseres Landes zu einer bedeutenden kulturellen Potenz.

Wir gingen nach 1989/90 daran und sind weiterhin damit befaßt, das immer noch in Kraft befindliche Parteiprogramm von 1978, ein revolutionäres Programm, durch Dokumente weiter zu entwickeln. Zu nennen sind die „Thesen zur Programmatischen Erneuerung“, „DKP Partei der Arbeiterklasse“, „Der Sozialismus als historische Alternative zum Kapitalismus“. Das sind Dokumente auf der Basis der Theorie von Marx,

Engels Lenin. Und der jetzt vorgelegte Diskussionstext für ein neues Parteiprogramms ist auch von diesem Geist getragen.

Wir haben, bei aller notwendigen Kritik an unseren Fehlern, auch an im Namen des Kommunismus begangenen Untaten uns nie losgesagt von der Realität und Geschichte des Sozialismus, haben die Errungenschaften des Sozialismus verteidigt, die Entschuldigungsorgien der PDS-Führung nicht nur als opportunistisch, sondern auch als einfach würdelos beurteilt.

Angesichts solcher erkennbaren Schwierigkeiten in Ländern des realen Sozialismus erschien es vielen als ein Zeichen der Hoffnung, daß mit Andropow - der jedoch nur kurze Zeit noch lebte und dessen Nachfolger Tschernjenkow eher wider die Wende nach rückwärts erstrebte - Gorbatschow die Führung der Sowjetunion übernahm und die Hoffnung nährte, das Land und die Partei würden nun die Kraft finden, um die längst überfälligen inneren Reformen durchzusetzen. Mag sein, daß Gorbatschow hoffte, außenpolitischen Ballast abzuwerfen, als er Bush senior in der Abrüstungsfrage einseitig entgegen kam. Nun erweckte der oberste Mann der SU gegenüber Bush senior den Eindruck, an den Rüstungs- und Kriegsvorwürfen gegen die SU sei nicht alles verlogen gewesen! Wir aber hatten ohne Wenn und Aber in der Kriegs- und Friedensfrage an der Seite der Sowjetunion (und, selbstredend, der DDR) gestanden! Wir hatten die Oktoberrevolution und den Weg der Sowjetunion trotz nötiger Kritik an Verletzungen sozialistischer Moral und Gesetzlichkeit verteidigt. Und nun erweckt der oberste Mann an der Spitze der SU den Eindruck, der Weg der SU sei voller Fehler und Verbrechen und die gewaltigen Opfer der Völker des Landes letztlich vergebens gewesen.

Dabei ging es nicht nur um Politik, sondern auch um den Kernbestand des Marxismus: Wenn es möglich sein sollte, die globalen Probleme gemeinsam mit dem Imperialismus zu lösen, wenn dieser nicht Krieg aus seinem innersten Wesen hervorbringt sondern friedensfähig sein soll, wenn die Klassenfragen hinter den „Menschheitsfragen“ zum Verschwinden gebracht wurden, so waren doch die Grundlagen der Kapitalismus-Analysen, der materialistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie ausgehebelt - und das von dem Mann, der an der Spitze, so doch die damalige Überzeugung - der marxistisch-leninistischen Kräfte nicht nur der Sowjetunion stand. Der Mann gab sich plötzlich als Sozialdemokrat aus und wurde nicht müde, Westliches anzupreisen. Wie hätte ein derart von seiner eigenen Führung an die Prinzipien des jahrzehntelang bekämpften anderen Lagers verratene Volk noch seine eigenen Werte verteidigen können? Mit Gorbatschow wurde der Weg auf eine abschüssige Bahn beschritten, auf der es nur immer weiter bergab ging bis hin zum schmachvollen Verrat an der DDR, ja, am Sozialismus selbst, wofür ihm der Imperialismus - völlig zu Recht - einen seiner wohl dotierten Preise verlieh.

Für die DKP waren damit harte Zeiten angebrochen. Anfängliche Euphorie - sie erfaßte als Gobi-Welle doch sogar unser ganzes Land, - in der Partei und dem gegenüber früh erwachsendes Mißtrauen führte zu Spaltungstendenzen, und ein großer Teil gerade der jüngeren Genossinnen und Genossen, die teilweise große persönliche Opfer auf sich genommen (Stichwort: Berufsverbote) und sich wohl auch Illusionen über die Härten des Klassenkampfes gemacht hatten, fühlten sich gerade in ihren wertvollsten Idealen verraten und wandten sich von der Partei ab.

Tatsächlich muß man eingestehen, daß es während längerer Zeit in Theorie und Praxis der Kommunisten Stillstand gegeben hatte, daß wir wichtige Anstöße anderer, dem

Marxismus verbundener Kräfte, die sich auf neue Fragestellungen und Lösungen bezogen, nicht oder ungenügend beachteten (oder sie mit Rücksicht auf sowjetisches Herangehen an solche Fragen, Stichwort Kernkraftwerke, in unserem Wirken ausblendeten). Es gab (und gibt) also Nachholbedarf auf theoretischen, politischen und organisatorischen Feldern. Kein Wunder, daß sich eine Bewegung zur erstrebten, erwünschten oder auch nur angeblichen Erneuerung des Marxismus herausbildete. Das mußte anfänglich zu Irritationen führen, da keinesfalls sofort erkennbar war, ob das Erneuerer-Motiv ehrlich oder nur ein Vorwand war. Inzwischen haben sich die Dinge da weitgehend geklärt, weil ein erheblicher Teil jener, die sich anfänglich als Wortführer von Erneuerung ausgaben, sich längst in alle Winde davon gemacht oder seinen Weg in die Institutionen des einst so heftig bekämpften „Establishments“ angetreten hat.

Wegen solcher Zusammenhänge ist die DKP nicht einzureihen in jene Parteien, die von Krisen reformistischer und sozialdemokratischer Art befallen sind.

Unsere Partei ist heute klein, aber sie ist die Partei einer ruhmreichen Tradition und steht in Verantwortung ihr gegenüber. Sie ist die kommunistische Partei im Zentrum Europas, im Zentrum seiner imperialistischen Führungsmacht und als solche mit besonderer Verantwortung ausgestattet. Wir sind verpflichtet, so gut wie wir nur immer können unseren Beitrag zur Bewahrung und Weiterentwicklung von Theorie und Praxis des Kommunismus zu leisten.

Bleibt das Fazit:

Schon die deutschen Linken, aus deren Reihen die KPD hervorwuchs, waren dem Prinzip des antiimperialistischen, antimilitaristischen, des Friedenskampfes verhaftet und brachte in diesem Kampf ihre schwersten Opfer. Die KPD ist diesen Prinzipien stets treu geblieben, hat allen imperialistischen Abenteuern, Versuchungen widerstanden, im Kampf gegen Hitler die größten Opfer gebracht. Diesen Weg haben wir nach 1945 fortgesetzt und sind, auch als DKP, bis zum heutigen Tag DIE Partei des Antimperialismus, des Antimilitarismus, des Antifaschismus, des Völkerfriedens geblieben, wobei wir von den Erkenntnissen des „Kommunistischen Manifests“ ausgehend wissen, daß die Erde sich erst dann um die Sonne des Friedens drehen wird, wenn die befreite Arbeit zum herrschenden Prinzip des gesellschaftlichen Lebens geworden ist.

Die KPD hat zu keiner Zeit einen Riß zwischen sich und der Sowjetunion, zwischen sich und der DDR, zwischen sich und dem realen Sozialismus aufkommen lassen. Wir haben die von diesen Staaten ausgehende Politik der Friedenssicherung, der Abrüstungsschritte und - vor allem - der Herbeiführung von Bedingungen zur demokratischen deutschen Einigung nach Maßgabe unserer Kräfte unterstützt. Wir waren eine wahrhaft nationale Kraft, wie das auch unsere Genossen in anderen europäischen Ländern waren. Nur: Sie hatten im deutschen Faschismus den nationalen Feind, nicht nur den Feind der Demokratie und der sozialen Errungenschaften bekämpft, wir deutschen Kommunisten standen gegen die „eigene“ Regierung, den „eigenen“ Krieg, die „eigenen“ Siege, an der Seite derjenigen, die „uns aus der Heimat vertrieben“ usw. Diese Konstellation ermöglichte es den antikommunistischen Kräften, uns als vaterlandslose Gesellen, Nestbeschmutzer hinzustellen, unsere nationale Politik als Trick zu verteufeln, Deutschland nur den verhaßten Sowjets auszuliefern. Was im richtig verstandenen Sinne Politik im Interesse unseres Volkes war, wurde als in höchstem Maße für dieses Volk verderblich hingestellt.

Wir haben ein reichhaltiges historisches, politisches, auch programmatisches Material, das uns heute zur Verfügung steht und uns befähigt, eine an den Interessen der Massen anknüpfende ökonomische, soziale und ideologische Leitlinie unseres Handelns auszuarbeiten, eine Leitlinie, die sich nicht darauf beschränkt - sie aber auch nicht ignorieren darf! - bei den Tagesinteressen stehen zu bleiben. Wir müssen nach Möglichkeiten im Argumentieren und Handeln suchen, die den Übergang auf höhere Stufen der Einsichten und des Handelns heranzuführen, die schließlich erkennen lassen, daß das Grundübel unserer Zeit Kapitalismus heißt. In allen sog. Kleinen Fragen stecken diese großen, diese Grundfragen drin und wir müssen versuchen, diese Zusammenhänge, diese Verbindungen einsehbar herauszuarbeiten.

Auf lange Sicht ist wohl die wichtigste Frage unseres Kampfes der um Abrüstungsschritte, um Zurückdrängung der Kriegskräfte, um Entlarvung ihrer vorgeblichen Gründe für Rüstung und Kriege, die nicht nur allesamt Grundlagen der heutigen Sozialreaktion sind, sondern in ihrer letzten Konsequenz uns in Kriege von bisher ungeahnter Furchtbarkeit, aber auch in ökologische Katastrophen führen müssen. Die alte Losung ist nach wie vor richtig: Der Frieden ist zwar nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!

**Hans Kölsch**

## **Das Kräfteverhältnis im Kampf der Arbeiterklasse**

Die Glückwünsche für den Jubilar gelten gleichzeitig seiner wichtigsten Schöpfung, den *Weißenseer Blättern*. Hanfried Müller hat mit ihnen einer humanistischen Schriftreihe Leben gegeben und ein Forum für Autoren verschiedener Weltanschauung geschaffen, daß auch mit Hanfried Müllers programmatischen Beiträgen im Kampf für den Fortschritt das geistige Leben bereichert hat.

In Zeiten, als viel von einer Wende ohne Woher und Wohin die Rede war, wurde in den *Weißenseer Blättern* von Anfang an die Konterrevolution beim Namen genannt, verbunden mit Beiträgen über den Kampf gegen die Gefahren für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt und für die Verteidigung humanistischer Errungenschaften auf den verschiedensten Gebieten.

Diesem Schaffen gilt der Wunsch auch zu weiteren Erfolgen für den Jubilar und auch der folgende Beitrag über theoretische und aktuelle Probleme des Kräfteverhältnisses.

Vom Kräfteverhältnis wird oft gesprochen, ohne das Kräfteverhältnis und seine Bedingungen einzuschätzen. Mitunter genügt jedoch schon ein offener Blick auf Tatsachen und eine Tatsachenskizze, um eine Einschätzung vorzubereiten. Das gegenwärtige Kräfteverhältnis in Deutschland wird durch folgende Tatsachen erkennbar. Es ist außerordentlich günstig für die Initiatoren und Manager der Agenda 2010. Bis 2010 sollen stabile ökonomische, politische und militärische Ausgangspositionen für die folgenden Etappen des Kampfes für den Ausbau der Hegemonie in Europa und für die weiterreichenden Pläne der deutschen Großkapitalisten zur Eroberung von Weltmachtpositionen geschaffen werden.

Entscheidend dafür ist, daß Kritik und Widerstand von Volkskräften diesem Kurs keinen Strich durch die Rechnung machen. Darum ist diese Agenda zugleich eine Konzeption, wie Kritik und Widerstand unter Kontrolle gehalten und unwirksam gemacht werden sollen. Das zentrale Mittel ist zur Zeit die Zerstörung aller Ansätze für solidarisches Handeln gegen die Politik der Agendakräfte. Im Vordergrund steht dafür die allseitige Verschärfung der Konkurrenz zwischen den bedrohten Volkskräften. Dieses Kräfteverhältnis ist spürbar äußerst ungünstig für Berufstätige aller Bereiche, für Arbeitslose, Rentner, Kranke und Lehrstellensuchende, kleine Gewerbetreibende, für Kommunisten, Sozialisten und andere antiimperialistische Kräfte.

### **Das Kräfteverhältnis - ein Machtverhältnis**

Die skizzierten Tatsachen erhärten wichtige Erkenntnisse über Kräfteverhältnisse, die geschichtlich belegt und für alle Länder und modifiziert auch für internationale Beziehungen gültig sind. Das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen *entscheidet* darüber, welche Klasse ihren Interessen gesellschaftliche Geltung verschaffen und über die Lebensqualität der Bevölkerungsmehrheit befinden kann. Es entscheidet darüber, welche Klassen und Schichten von einer solchen Möglichkeit ausgeschlossen sind oder ihre



Interessen nur nach Maßgabe der herrschenden oder dominierenden Klassenkräfte verwirklichen können. Obwohl die Finanzhaie und die anderen Kapitalisten unter Ein-schluß ihrer bestellten Manager eine unbedeutende Minderheit der Bevölkerung nicht nur in Deutschland sind, entscheiden sie darüber, wer arbeiten darf und wer nicht; sie entscheiden über das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit; mit den Hartz-Gesetzen entscheiden sie darüber, was für den Lebensunterhalt ein angemessenes Einkommen und was überhaupt für den Lebensunterhalt notwendig sei; sie befinden darüber, welche Sozial- und Kultureinrichtungen zu schließen sind und daß Gesundheitsfortschritte nicht nach medizinischen Kriterien, sondern nach der Bilanz einer Gebührenordnung zu bewerten sind; sie entscheiden, wie viel Milliarden für Rüstungsprojekte verpulvert werden und in welchen Ländern militärisch interveniert wird; sie legitimieren neue faschistische Gefahrenherde und verlangen, daß dies als Merkmal demokratischer Verhältnisse zu gelten habe; sie entscheiden auch darüber, wie ohne Rücksicht auf die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung anderer Länder, deren Naturreichtümer und wissenschaftlichen Potentiale vereinnahmt werden.

Doch wovon ist konkret die Kraft bestimmt, die einer Klasse eine solche Macht gibt und andere fast zur Ohnmacht verurteilt? Eine richtige Antwort auf diese Frage ist nur möglich, wenn die Existenz von Klassen, deren Kraft und das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen ihnen in der Einheit und Wechselwirkung ökonomischer und politischer Faktoren und im konkret historischen Zusammenhang analysiert wird.

Das gegenwärtig so günstige Kräfteverhältnis für die Kräfte des Großkapitals in Deutschland fußt auf drei Vorteilen:

*Erstens* sind sie Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel. Sie beherrschen damit die sozialen Existenzbedingungen des gesellschaftlichen Lebens und bestimmen dadurch Charakter und Richtung der ökonomischen Bewegung und Entwicklung der Gesellschaft, die darin besteht, Kapital und Profit zu produzieren. Dem ist ökonomisch *alles* untergeordnet.

Die ökonomische Kraftquelle der Kapitalisten wird durch weitere Faktoren verstärkt. Die Profitproduktion realisiert sich nur dadurch, daß sie mit dem Mehrwert auch Gebrauchswerte schafft und umsetzt. So entsteht der *Schein*, daß das Warenangebot nicht Mittel zum Zweck der Profitproduktion, sondern der Zweck und die Gesellschaft deshalb nicht ohne Kapitalisten lebensfähig sei. Außerdem verschleiert der Widerspruch zwischen dem Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihren Erscheinungsformen den Ausgebeuteten die Umsetzung von Erfahrungen in Erkenntnisse über ihre Lage.

Hinzu kommt, daß Kapitalmacht nicht nur durch Akkumulation zunimmt, sondern zunehmend durch die Zentralisation der Mittel für die Akkumulation und der Profite in den Händen des Finanzkapitals. Dadurch entsteht eine Supermacht für Investitionsvorhaben in neuen Größenordnungen; für milliardenschwere Rüstungsprojekte; für die Steuerung von Staatshaushalten und deren zinsgünstige Verschuldung, für die ganze Völker in Haftung genommen werden; für die Privatisierung gemeinnütziger Einrichtungen zum Nutzen der Aktionäre und zum Schaden für die Bevölkerung. Gestützt auf diese Finanzmacht bauen die herrschenden Kräfte Deutschlands ihre Hegemonie in Europa aus, um darüber hinaus verstoßen zu können.

*Zweitens.* Die ökonomischen Vorteile für die Kräfte des Großkapitals lassen sich nur dadurch aufrecht erhalten und langfristig sichern, indem sie sich auch mit *politischer*, staatlich organisierter und politisch ideologischer Macht ausstatten. Der geballte politische Machtkomplex sichert die Produktion und Reproduktion des Kapitals, schafft möglichst profitgünstige Bedingungen, die auch den Expansionsbedürfnissen des Kapitals nützen. Der Machtkomplex minimiert die „Gefahren“, die unvermeidlich aus den Widersprüchen der Profitproduktion mit ihren volksfeindlichen Auswirkungen für das Ausbeutungssystem erwachsen. Ein ausgeklügeltes Parteiengesetz und Wahlsystem sorgt mit Hilfe der vom Kapital beherrschenden Massenmedien dafür, daß jeweils eine Regierungsmannschaft gewählt wird, die den Großkapitalisten genehm ist. Ein Heer von Beamten und Staatsangestellten administriert die Durchsetzung der Regierungspolitik oder modifiziert sie, je nach der Interessenlage, aber immer in den Grenzen, die vom Herrschaftssystem vorgegeben sind.

Gemeinsam mit den Massenmedien sind alle Einrichtungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die das geistige Leben beeinflussen und beherrschen, vom Bildungssystem bis zur Unterhaltungsindustrie auf drei Funktionen konzentriert. Die widerstandslose Integration in das herrschende System wird wie eine Naturnotwendigkeit verkauft. Ein ganzes System von Lügen dient dazu, alle selbst verschuldeten Übel weiter zu verschlimmern, in dem die selbstorganisierte Arbeitslosigkeit, der selbstorganisierte Finanzmangel für soziale und kulturelle Einrichtungen, der selbstverschuldete Widerstand überfallener Völker als ein „Fremdverschulden“ dargestellt und Kritik fehlgeleitet wird. Im weiteren wird alternatives Denken und Handeln im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts als absurd und kriminell verurteilt. Dem dient vor allem der Antikommunismus, mit dem alles stigmatisiert wird, was der herrschenden Politik ungeliebt kommt. Diese Funktionen werden ergänzt durch die unterhaltsam aufgemachte Propagierung der Unkultur, daß ohne eigene Arbeit ein Leben in „Reichtum“ wünschenswert sei.

Ein Gesetzeswerk mit Justizorganen sorgt in ähnlicher Weise wie ein Wächterrat in islamischen Staaten dafür, daß die möglichen Gesetzesauslegungen und Ermessensfragen den Interessen der Herrschenden nicht widersprechen. Bewaffnete Kräfte und Repressivorgane stehen bereit, existentielle Gefahren für das kapitalistische System und die ihm dienende Politik zu beseitigen. Doch nicht nur das. Mit der Einbindung der militärischen Kräfte der BRD in die NATO und der militärischen Kooperation in der EU mit ihrem Rüstungsprogramm wurde der politische Machtkomplex gegen den gesellschaftlichen Fortschritt verstärkt und ein weiterer Gefahrenherd für den Weltfrieden geschaffen.

Eine Besonderheit in der politischen Formierung der kapitalistischen Gesellschaft gewinnt an Bedeutung. Mit dem Aufbau der kapitalistischen Profitproduktion sind auch die Anforderungen an den Ausbau der Infrastruktur gewachsen. Die Kapitalisten benötigen gebildete, gesunde und mobile Ausbeutungsobjekte. Aber der *Aufbau* der erforderlichen Bildungs-, Gesundheitseinrichtungen und der mit der Urbanisierung verbundenen Wasserversorgung, Abfallentsorgung und Verkehrseinrichtungen versprochen zunächst keine Profite. Deshalb wurden sie von staatlichen Einrichtungen mit Steuermitteln finanziert und von Kommunen und anderen Instanzen „bewirtschaftet“. Diese zivilisatorischen Einrichtungen und Regelungen waren weitgehend gemeinnützig.

„Zivilisationstheoretiker“ haben daraus das Märchen vom klassenneutralen Staat abgeleitet.

Bedeutsam ist inzwischen geworden, daß der Kapitalüberschuß auf der Suche nach Anlagenmöglichkeiten danach drängt, die nicht von Kapitalisten finanzierten, inzwischen aber modern gestalteten gemeinnützigen Einrichtungen in kapitalistisches Eigentum zu verwandeln. Die staatlichen Organe stehen solchen Privatisierungen positiv gegenüber. Das zu verhindern ist, zu einem wichtigen Kampffeld geworden.

*Drittens.* Die Schwäche des Volkswiderstandes verstärkt die Kraft und den Handlungsspielraum der Herrschenden. Geschichtliche Erfahrungen belegen zwar, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Teilen der Bevölkerung und gestützt auf die internationale Solidarität in der Lage ist, die Macht des Kapitals zu brechen und menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen, aber dafür fehlen gegenwärtig in Deutschland wichtige Voraussetzungen.

Die Tatsachen machen die wichtigste, allgemeingültige Erkenntnis über Kräfteverhältnisse sichtbar. Das Kräfteverhältnis ist in erster Linie ein ökonomisch und politisch bedingtes Machtverhältnis. Die Tatsachen belegen weiterhin, daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis in Deutschland relativ stabil ist. Relativ deshalb, weil die nationalen und internationalen Erfahrungen mit der Weltmachtspolitik des Hitlerfaschismus durch die Konfrontation mit der Agenda 2010 allmählich aktiviert werden und auch in Deutschland Protestaktionen ausgelöst haben.

Für die Stärkung der Protestaktionen und der Kampfkraft des Widerstandes gewinnen die Dokumente des VII. Weltkongresses der kommunistischen Internationale von 1935 zunehmend an Bedeutung. Sie begründen unter anderem, daß Kräfteverhältnisse auch als Hegemonieverhältnisse innerhalb der Herrschenden wie ihrer Gegner *strategisch* bedeutsam sind. Sie festigen oder schwächen das gegebene Herrschaftsverhältnis teilweise in Qualitätssprüngen.

### **Hegemonieverhältnisse im Klassenkampf**

Die Kommunistischen Parteien haben 1935 die Ergebnisse ihrer Analysen im Kampf gegen den Faschismus durch Beschlüsse erhärtet, die auch über die Anforderungen an den antifaschistischen Kampf hinaus bedeutsam sind. Sie werden hier mit dem Blick auf die strategische Bedeutung von Hegemonieverhältnissen skizziert. Bezogen vor allem auf Deutschland, erfolgte hier der Übergang von imperialistischen Machtverhältnissen mit bürgerlich demokratischen Verfassungsformen zu imperialistischen Machtverhältnissen mit offen diktatorischen, faschistischen, demokratiefeindlichen Herrschaftsformen. Die Grundlage dafür war eine Umgruppierung der Kräfte *innerhalb* der großkapitalistischen Machthaber. Die reaktionärsten Kräfte, die des Finanzkapitals, erlangten mit Hilfe der anderen die Hegemonie, die Vorherrschaft in den Machtverhältnissen und wurden zur bestimmenden Kraft. Die Beseitigung bürgerlich demokratischer Verhältnisse, der sie stützenden Organisationen und sie verteidigenden Menschen haben den Weg für den Raubkrieg und andere Verbrechen geebnet. In Italien hatte sich bereits in den 20er Jahren ein ähnlicher Prozeß vollzogen.

Die strategische Konsequenz für die Politik Kommunistischer Parteien aus diesen Veränderungen bestand darin, alle Kräfte zur Verteidigung bürgerlich demokratischer

Verhältnisse zu mobilisieren und zusammen zu schließen und mit allen, auch mit nicht-sozialistischen Kräften eine antifaschistische Gegenmacht zu organisieren und zu erkämpfen. Der Sozialismus konnte deshalb nicht das nächste strategische Ziel sein. Einige Klugmänner haben diese strategische Orientierung des Kongresses so mißdeutet, als hätten die Kommunisten das sozialistische Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse als die notwendige Phase des Übergangs zur klassenlosen Gesellschaft aufgegeben und dem revolutionären Charakter ihrer Politik abgeschworen. Andere behaupten, der Kongreß sei inkonsequent gewesen, weil er das nicht getan habe. Die vorherrschende Tendenz aller Entstellungen besteht in der Behauptung, daß die Strategie der Kommunistischen Parteien eine antifaschistische Einheitsfront erschwert oder verhindert habe, weil sie diese Einheit nicht unter der Hegemonie kleinbürgerlicher und bürgerlicher Demokraten als erfolgversprechend eingeschätzt und angestrebt habe.

Gramsci hatte bereits in den 20er Jahren darauf aufmerksam gemacht, was die Hegemonie des *bürgerlichen* Antifaschismus in Italien für negative Folgen für den antifaschistischen Kampf gehabt hat. Die Ereignisse von 1933 bestätigen in Deutschland das Gleiche. Die Kommunistische Partei forderte 1933 dazu auf, das faschistische Unheil mit einem Generalstreik abzuwehren und sich über die Leitung dieser Aktion zu verständigen und zu einigen. Die von Reformisten geführten Gewerkschaften lehnten ab. Sie wurden im Mai von den Hitlerfaschisten aufgelöst. Die SPD hat einen Generalstreik ebenfalls abgelehnt und sich auf ein angebliches Verfassungsgebot berufend, Kritik nur in parlamentarischen Formen geübt. Das hat sie mit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag auch getan. Sie wurde im Juni verboten. Der KPD waren sofort alle Reichstagsmandate aberkannt worden. Mitglieder der Partei wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Nichtfaschistische bürgerliche Parteien stimmten im Mai dem Ermächtigungsgesetz zu und damit der Abschaffung der bürgerlich demokratischen Verfassungsordnung. Sie haben sich zum Teil danach selbst aufgelöst oder wurden ebenfalls verboten.

Die Tatsachen widerlegen also die Behauptung, daß eine Vereinigung nichtfaschistischer und antifaschistischer Kräfte unter der Hegemonie kleinbürgerlicher und bürgerlicher Demokraten eine Alternative gewesen sei. Eine Tatsache ist jedoch auch, daß ein Generalstreik oder andere entschlossene Aktionen zwar die einzig erfolgversprechende Möglichkeit waren, das faschistische Unheil abzuwehren, aber solche Einheit in der Aktion muß im Kampf für die Lösung von Teilaufgaben langfristig vorbereitet werden und mit den gewonnenen Erfahrungen reifen. Das ist jedoch nur möglich, wenn zum Beispiel die faschistische Gefahr bereits vor ihrer „Verstaatlichung“ erkannt und bekämpft wird, wie das in den Kongreßdokumenten begründet worden ist.

Diese geschichtlichen Tatsachen und Erfahrungen reichen leider nicht aus, bürgerliche Vorbehalte gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung abzubauen; sie sind relativ langlebig und vorherrschend. Doch die Tatsachen und Erfahrungen sind geeignet, das Bewußtsein über den konsequenten Demokratismus der revolutionären Arbeiterbewegung zu stärken. Das wirkt opportunistischen Bestrebungen entgegen, die Verteidigung bürgerlich demokratischer Verhältnisse mit der Preisgabe des Klassenstandpunktes zu verwechseln und die Inkonsequenz bürgerlich demokratischer Kräfte zu teilen, die Schwierigkeiten haben, den Gefahrenherden für die Demokratie in den nichtfaschistischen, aber doch kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen den Kampf anzusagen.

Solche Gefahrenherde waren der Ausgangspunkt für die Liquidierung der Weimarer Republik. Solche Gefahrenherde existieren in der Bundesrepublik und in anderen imperialistischen Ländern. Die vom Kommunistischen Weltkongreß erarbeitete Orientierung besteht darin, die noch nicht zur Alleinherrschaft gelangten Gefahrenherde vor einer antidemokratischen Pervertierung der gesellschaftlichen Verhältnisse auszuräumen. Darin besteht die Strategie der *proletarischen* Linken. Die proletarische Linke, das sind alle Kräfte, die für die Arbeiterklasse, deren Interessen und gesellschaftlichen Einfluß Partei ergreifen, das sind Kommunisten und Sozialisten, die sich vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten lassen; das ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, von deren Einfluß die Hegemonie und Kampfkraft aller antiimperialistischen Aktivitäten weitgehend bestimmt ist, Hegemonie dieser Politik besteht also nicht darin, die linksradikale Forderung zu stellen, daß *nur* eine sozialistische Lösung den Erfolg antifaschistischer Politik ermögliche, sondern darin, unter den gegebenen Bedingungen einen *konsequenten* Demokratismus und Antifaschismus zu praktizieren und den, gegenüber bürgerlichen Halbheiten, zur bestimmenden, vorherrschenden Kraft zu machen.

Unumstößlich ist die Wahrheit, daß die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter nur in einer sozialistischen Revolution beseitigt werden kann und daß diese Wahrheit in allen Etappen des Kampfes verteidigt und verbreitet werden muß, auch wenn die Situation noch nicht reif für die Revolution ist. Ein Bestandteil dieser Wahrheit besteht darin, daß „politische Umgestaltungen in wahrhaft demokratischer Richtung...unter keinen Umständen die Lösung der sozialistischen Revolution verdunkeln oder abschwächen, im Gegenteil, sie bringen sie stets näher, sie verbreitern ihre Basis, ziehen neue Schichten des Kleinbürgertums und der halbproletarischen Massen in den sozialistischen Kampf hinein.“<sup>1</sup> „Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d.h. indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es mit jedem Schritt seiner Bewegungen die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung verbindet.“<sup>2</sup>

Faschistische und andere Gefahrenherde für bürgerlich demokratisch Verhältnisse sind überwiegend in der Form bekannt, die als Parteien, Gruppen und Kameradschaften, Kampfkraft und Autorität staatlicher Macht nur in einer offenen diktatorischen Machtvollkommenheit anerkennen und in der Bereitschaft und Fähigkeit, anderen Völkern ihren Willen gegebenenfalls mit kriegerischer Gewalt aufzuzwingen - nach bekanntem Vorbild. Einen größeren gesellschaftlichen Einfluß gewinnen diese Kräfte durch den Zufluß finanzieller Mittel von gleichgesinnten „Wohlhabenden“, auch wenn die heute noch nicht die Größenordnung haben, wie zu Beginn der 30er Jahre. Noch weit reichender ist die Hilfe durch Justizorgane und Verwaltungen, die neofaschistische Aktivitäten legalisieren und schützen.

Für Bürger, die Probleme haben, den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Recht zu erkennen, wurde jüngst ein umfangreiches Nachschlagbuch bei Brockhaus über „Recht“ veröffentlicht, in dem eigentlich belegt werden müßte, daß Recht vor Unrecht schützen und Unrecht bestrafen sollte. Doch hier werden die Rechtsauffassungen großkapitalistischer Kräfte propagiert und deren Blindheit gegenüber faschistischen Verbre-

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin: Die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa. Lenin Werke Bd. 21, S. 342.

<sup>2</sup> W. I. Lenin: Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nation. Lenin Werke Bd. 21, S. 415.

chen und Gefahren. Unter den viertausend Stichworten befaßt sich kein einziges mit Rechtsfolgen aus Kriegs- und Naziverbrechen; die werden überhaupt nicht erwähnt. Selbst das Stichwort „Kriegsverbrechen“ enthält nichts darüber, auch nicht über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, der die langjährige Friedensperiode in Europa beendet hat. Statt dessen wird, sogar mit Photo, ein ehemaliger jugoslawischer Staatsmann als Kriegsverbrecher denunziert.

Alles was in den Kongreßdokumenten von 1935 über die strategische Bedeutung von Hegemonieverhältnissen im Klassenkampf enthalten ist, kann wie eine Anleitung für die Politik im Kampf gegen die Politik der Agenda 2010 genutzt werden. Die Regierenden in Deutschland sind zur Zeit zum Glück keine Faschisten, aber sie sind blind gegenüber faschistischen Gefahrenherden und helfen sogar, sie zu legalisieren und zu schützen. Der Verfassungsschutz und andere Behörden sind vor allem gegen Antifaschisten aktiv. Unter dem Aushängeschild von Terrorismus-Schutz werden demokratische Rechte eingeschränkt. Militäreinsätze in anderen Ländern werden nicht mehr verfassungsgemäß im Plenum des Bundestages beschlossen, sondern von einer Kommission abgenickt. Unter solchen Verhältnissen liegt bereits ein Vorschlag zur Diskussion auf dem Tisch, die Bundeswehr für militärische Einsätze im Inneren zu legitimieren, ohne den Hintergedanken laut werden zu lassen, daß damit gegebenenfalls auch Streiks und andere Aktionen niedergeschlagen werden können, wenn sie der herrschenden Politik Schwierigkeiten bereiten.

Die Klassen und Schichten, die nicht zu den herrschenden gehören und den Kurs der Herrschenden ändern wollen, haben durch soziale Unterschiede bedingt auch unterschiedliche Vorstellungen und Konzeptionen, wie das zu erreichen sein soll. Die großen Unterschiede in den theoretischen und programmatischen Grundlagen für ihre Politik und den der proletarischen Linken werden vor allem in den darauf fußenden Einschätzungen der konkreten Lage und den daraus folgenden Aufgabenstellungen sichtbar. Das steht dann auch im Vordergrund der Auseinandersetzungen um die Hegemonie dieser oder jener Einschätzung und Politik.

Ganz aktuell betrifft das die Stellung zu den vorgezogenen Bundestagswahlen, die von vielen begrüßt werden, obwohl sie mit besorgniserregenden Konsequenzen verbunden sind. Neu ist in der gegenwärtigen Situation, daß die Politik der Agenda 2010 nicht mehr im Konsens mit den Gewerkschaften, mit bürgerlichen Demokraten und kleinbürgerlichen Linken durchgesetzt werden kann, deren Kritik durch die bisherige Koalition auf Sparflamme gehalten worden ist. Die aufbrechenden Widersprüche und Proteste können nicht mehr in der gleichen Weise unter Kontrolle gehalten werden. Die vorgezogenen Wahlen sollen der geplanten Verschärfung der ohnehin schon belastenden Politik eine parlamentarische Legitimation verschaffen.

Für die geplante Verschärfung des Kurses ist eine Umgruppierung der Kräfte innerhalb der Herrschenden in die Wege geleitet, für die unabhängig von den Wahlergebnissen und von Personen eine Regierungskoalition gefunden wird. Die Agenda soll ohne den genannten Konsens fortgesetzt werden, der von den reaktionärsten Kräften schon lange als Hemmschuh angesehen wurde und dem deshalb im Bundesrat eine Unterstützung verweigert worden ist.

Die sich abzeichnenden Angriffe gegen die neue Linkspartei, die sich als eine Wahlalternative und als künftige parlamentarische Opposition versteht und nicht als eine systemkritische Kraft, werden bereits im Vorfeld der Wahlen mit antikommunistischer

Munition beschossen. Das signalisiert, daß mit Hilfe des Antikommunismus die Kritik und Opposition auch bürgerlich demokratischer und sogar konservativer Kräfte, mit „Rot-Rot-Grün“ Warnungen, niedergehalten werden sollen, damit der antisoziale und expansive Kurs verschärft vorangetrieben werden kann.

Ein weiteres Anliegen der Terminverschiebung besteht darin, die sich abzeichnende Formierung und Organisierung außerparlamentarischer Aktionen und Bewegungen in ihren Anfängen zu bremsen. Die ganze Gesellschaft, alle Medien und auch oppositionelle Kräfte sind mit ihrer Aufmerksamkeit auf die Wahlen fixiert und warten erst einmal auf die Ergebnisse der Wahlen. Manche hoffen, daß bereits mit den Wahlen und ihren Ergebnissen etwas an der Lage gebessert werden kann. Doch vorab ist bei dem gegebenen Kräfteverhältnis bereits jetzt eine politische Kurskorrektur noch weiter nach rechts vorbereitet, die durch ein *Wahlergebnis* allein nicht verhindert werden kann. Gestützt auf diese Tatsachen ergeben sich für die proletarische Linke neue Aufgaben. Notwendig ist, den Einzug kritischer, auch bürgerlich *demokratischer* Kräfte in den Bundestag zu unterstützen und alle Versuche zu bekämpfen, unter dem Deckmantel des Antikommunismus auch parlamentarische Rechte einzuschränken und abzubauen, und auch bürgerlich demokratischen Kräften eine Einflußnahme auf die Politik und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verwehren. Die weitergehende Aufgabe besteht darin, unbeirrt der Erkenntnis den Weg zu bereiten, daß nicht nur sozialistische sondern auch bürgerlich demokratische Vorstellungen und Interessen nur dann an gesellschaftlichem Einfluß gewinnen können, wenn sie auch und vor allem durch außerparlamentarische Aktionen und im Zusammenwirken mit den Kräften der Arbeiterklasse vertreten werden. Das schließt die Erkenntnis ein, daß alle Versuche, die proletarische Linke auszugrenzen nur der herrschenden Politik nutzt. Situation und Probleme erinnern an die Zeit vor 1933.

### **Das Kräfteverhältnis und das nachfaschistische Deutschland**

Das nachfaschistische Deutschland unterscheidet sich durch wichtige Tatsachen vom vorfaschistischen. Im vorfaschistischen Deutschland ist es der KPD z.B. gelungen, im Kampf gegen den Faschismus unter anderem sechs Millionen Wählerstimmen zu gewinnen. Diese Zahl ist nicht gleichbedeutend mit Millionen aktionsbereiter Kämpfer, aber sie verdeutlicht den Unterschied zum Wählerverhalten im nachfaschistischen Deutschland, mit allem was damit im Einklang steht. Die nachfaschistische Bundesrepublik unterscheidet sich noch gravierender vom DDR - Deutschland. Hier haben 90% der wahlberechtigten Bürger nach demokratischen Beratungen über den Entwurf für eine Verfassung gestimmt, mit der eine konsequente antifaschistische und sozialistische Position fixiert war. Durch die Konterrevolution und die Annektion der DDR wurde diese Position so entstellt, daß sie im nachfaschistischen Deutschland nur schwer wahrgenommen werden kann.

Der erfolgreiche Kampf der Antihitlerkoalition und antifaschistischer Volksbewegungen haben zur Befreiung vom Faschismus geführt. Der Bruch des Potsdamer Abkommens durch die imperialistischen Teilnehmer der Antihitlerkoalition wurde zum Bestandteil einer Politik, in den von ihnen besetzten Ländern und Gebieten das Kräfteverhältnis so zu verändern, daß mit der uneingeschränkten Kapitalherrschaft auch die alten Gefahrenherde für Frieden und Demokratie wieder erstehen konnten, auch im Hauptland der Kriegs- und Naziverbrecher.

Für das Kräfteverhältnis im Kampf der Arbeiterklasse sind ohne Zweifel stärker differenzierende Strukturveränderungen in der Lage der Arbeiterklasse und angrenzender Schichten ungünstig, weil sie den Zusammenschluß zu einheitlichem, gemeinsamen Handeln erschweren. Das verdient notwendige Beachtung. Doch solche Veränderungen sind auch in anderen kapitalistischen Ländern zu verzeichnen, ohne hier die Widerstandskraft gegen eine volksfeindliche Politik im gleichen Maße zu schwächen wie in Deutschland. Die Hauptursache für das Ausmaß der Schwächung liegt hier nachweislich in *politischen* Faktoren, vor allem in einem besonders großen Einfluß des Antikommunismus. Vom Hitlerfaschismus hinterlassen, fand er hier vertraute Verhältnisse.

Der Antikommunismus erlangt seine Massenwirksamkeit zur Zerstörung revolutionärer Positionen und Erfahrungen vor allem dadurch, daß er jeweils in einem Gewand auftritt, das nicht so leicht wie des Kaisers neue Kleider von einem Kind durchschaut werden kann. Ein solches Gewand ist auch geeignet, die im bürgerlichen Denken und Handeln vorhandenen Bestandteile besonders reaktionärer Art zu aktivieren und sie in aggressiver Weise, auch gegen bürgerlich demokratische Kräfte, durchzusetzen und sie etwas modifiziert zu alleinbestimmenden zu machen.

So ist es kein Zufall, daß sich der Hitlerfaschismus zur Täuschung der Bevölkerung ein Firmenschild zugelegt hat, das ihn als national und sozialistisch ausweisen soll. Diese auf Manipulation berechnete Bezeichnung ist auch für die BRD - Gegenwart nützlich. Sie steht deshalb im amtlichen Deutschland unter einer Art Denkmalschutz. Eine schlimmere Wirkung hatte der faschistische Antikommunismus im Gewand der Judenfeindlichkeit erreicht. Alte rassistische Vorurteile wurden aktiviert. Alle Einrichtungen, Organisationen, politischen Überzeugungen und Personen, die vernichtet werden sollten, wurden mit dem Adjektiv „jüdisch“ gekennzeichnet. So erlangte der Antikommunismus seine gesamtgesellschaftliche Wirksamkeit.

Die herrschenden Kräfte in Deutschland machen sich das gegenwärtig politisch zu nutze. Sie distanzieren sich, wie die Masse der Bevölkerung, von den faschistischen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung, lassen in Berlin ein großes Mahnmal bauen, aber sie versuchen sich auf diese Weise antifaschistisch zu geben, ohne den Eckpfeiler faschistischer Politik, den Antikommunismus, zu schwächen oder ihn in ihre Kritik einzubeziehen. Dieser Linie entspricht auch, daß zusätzlich zur geschützten NS- Firmenbezeichnung, aus Gedenkstätten, Straßennamen und Namen von Sportstätten alles getilgt worden ist, was an den Antikommunismus der Faschisten erinnern könnte.

Die schriftlich fixierte antikommunistische Programmatik des Hitlerfaschismus ist im Unterschied zu genannten Tarnbezeichnungen recht offen, weil für den Machtantritt auch der Antikommunismus der Großkapitalisten genutzt werden mußte. In den schriftlichen Texten liest sich das so: Die Juden haben die marxistische Lehre begründet; die Arbeiter kämpfen scheinbar gegen das Kapital, in Wirklichkeit aber für ein Reich der Juden; so entsteht eine Arbeiterbewegung unter jüdischer Führung, die bereits die Gewerkschaften beherrscht; der Raubkrieg zur Vernichtung der Sowjetunion, dient der Befreiung vom jüdischen Bolschewismus; der jüdische Marxismus ist nicht durch Diskussionen aus der Welt zu schaffen, sondern nur durch Gewalt und die Vernichtung seiner jüdischen Grundlagen. Dieses Gewand des Antikommunismus ist durch die damit begangenen Verbrechen und die militärische Niederlage der Faschisten für die erneuten Weltmachtpläne der deutschen großkapitalistischen Kräfte nicht mehr brauchbar. Ein neues Gewand wurde gebraucht.



Der Kommunismus existiert für viele Menschen vordergründig nicht als eine vom wissenschaftlichen Sozialismus geleitete Politik und Bewegung, sondern auf der Grundlage seiner Errungenschaften als ein Komplex nützlicher *Erfahrungen*, die vor über fünfzig Jahren weltweiten Einfluß hatten. Diese Erfahrungen besagen, daß soziale Sicherheit frei von Arbeitslosigkeit möglich ist; auch Gesundheit und Bildung sind für alle ohne ein Privileg für Geldleute möglich; auch staatliche Autorität ist ohne Aggressivität und Rassismus möglich, weil Völkerfreundschaft und Solidarität bestimmend sind. Wir hatten in der DDR zwar nicht zu allen Jahreszeiten Bananen und wer ein Auto wollte, mußte lange warten, aber wir hatten keine Obdachlosen, keine Straßenkinder und auch keinen Bedarf an Suppenküchen für Arme.

Nun lassen sich Erfahrungen nicht so leicht zerschlagen wie ein kommunistisches Parteibüro; da benötigte der Antikommunismus schon neue und wirksamere Waffen. Die fanden sich in der Form, daß die alte Methode der Kriminalisierung kommunistischer Theorie und Praxis modifiziert und massenwirksam zum Einsatz gebracht worden ist. Die international wirksame Modifizierung erfolgte in Gewand der Stalinismus-Doktrin und in Deutschland mit der Gleichsetzung von DDR mit kriminell.

Damit die vorhandenen kapitalismus-kritischen Erfahrungen geschwächt werden konnten, wurden sie auf das Lügengebäude aufgesetzt, daß sie das Produkt einer kriminellen Politik seien, die auf keinen Fall wiederholt werden dürfe, weshalb auch das kritisch zu bewerten sei, was nicht alles schlecht gewesen ist.

Mit der Stalinismus-Doktrin sollte sogar erreicht werden, daß sich auch Kommunisten und kommunistische Organisationen von den Voraussetzungen distanzieren sollten, die zu einem internationalen Kräfteverhältnis geführt hatten, bei dem sich Ausbeuter, Kriegstreiber und Kolonialpolitiker sehr unwohl gefühlt haben, während Arbeiter, Bauern und andere Volkskräfte anders als heute in die Zukunft blicken konnten. Die anti-kommunistische Konzeption hatte Wirkung. Es fanden sich Personen und Parteien, die zum politischen Selbstmord bereit waren und die der Konterrevolution den Weg gebnet haben. So folgte der Kriminalisierung die strafrechtliche Verfolgung von Kommunisten und das Verbot ihrer Parteien oder deren Umwandlung in Systemschützende. Solche Repressionen erfolgten im nachfaschistischen Deutschland in zwei Wellen. Die erste, 1956 beginnend mit dem Verbot der KPD, die zweite nach der Annektion der DDR, gegen deren Führungskräfte und Staatsnahe.

Bestandteil der Kriminalisierung der DDR ist bis in die Gegenwart die Behauptung, daß die Bevölkerung der alten Bundesländer für die der neuen Opfer bringen mußte, was natürlich nicht mit den Folgen der Agenda 2010, sondern mit Transferleistungen „begründet“ wird. In den neuen Bundesländern dagegen dominiert die Behauptung, daß ihre schlechte Lage der DDR-Vergangenheit geschuldet sei. Nur die „Westhilfe“ habe die Notlage abgeschwächt. Das verdiene Dankbarkeit und keine Kritik der Regierungspolitik.

Egon Bahr, ein unverdächtig Zeuge im Kreis kritischer Stimmen von Bundesbürgern zur Einheitspolitik, sieht negative Folgen vor allem als ein Resultat der CDU-Politik und der Kohl - Regierung. Doch diese Folgen haben sich unter Schröder nicht zum Besseren gewendet, sondern noch verschlechtert. Gestützt auf umfangreiches Tatsachenmaterial, das Bahr in seinem Beitrag auch ausgeführt hat, schlußfolgert er, daß die in den alten Bundesländern verbreitete Meinung über Transferleistungen verkenne, „daß es so etwas wie eine selbstverantwortliche ostdeutsche Wirtschaft nicht gibt. Alle aus-

schlaggebenden Kompetenzen liegen seit 1991 bei westdeutschen Instanzen und Eigentümern.<sup>3</sup> Indirekt ist damit die Frage aufgeworfen, in welchem Verhältnis die Transferleistungen von West nach Ost zu denen von Ost nach West stehen.

Die hier nur skizzierten politischen Faktoren für die geschwächte Kampfkraft der Arbeiterklasse und anderer antiimperialistischer Kräfte, die auch zur Hegemonie kleinbürgerlicher Kräfte unter den Linken geführt haben, kann nur überwunden werden, wenn vor allem das vom Antikommunismus entstellte Bild von der Arbeiterklasse und das Wissen über ihre gesellschaftliche Stellung wieder hergestellt wird.

### **Zukunftsweisende Kraft - die Arbeiterklasse**

Zur Mehrheit der Ausgebeuteten und in Existenzunsicherheit gestürzten gehören z.B. in Deutschland über vierzig Millionen Menschen im berufsfähigen Alter. Die meisten von ihnen können lediglich ihre Arbeitskraft auf dem Markt zum Verkauf anbieten. Sie haben kein Eigentum an Produktionsmitteln und keine Kapitaleinkünfte. Sie verfügen damit über ein wichtiges Merkmal der Proletarität, was für ehemalige Bürger der DDR zur neuen „Freiheit“ gehört. Von all denen sind etwa zehn Millionen in der Produktion tätig, was für die „Klasse der modernen Arbeiter“ (Manifest) charakteristisch ist; modern, weil mit entsprechenden Produktionsmitteln arbeitend.

Einige Millionen von ihnen, von der Arbeit ausgeschlossen, bilden die industrielle Reservearmee der Kapitalisten, mit der die Konkurrenz um Arbeitsplätze verschärft wird. Die arbeitslosen Arbeiter sind der benachteiligste Teil der Arbeiterklasse, aber der verfügt trotzdem über die Erfahrungen vergangener Klassenkämpfe und das wichtigste gemeinsame Interesse mit den Arbeitenden an kürzeren Arbeitszeiten, die durch den Reifegrad der Produktivität möglich sind und erkämpft werden müssen. Kürzere Arbeitszeiten vermindern die stressige Angst um den Arbeitsplatz der noch Arbeitenden und stärken die Hoffnung der anderen, einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Wer trotz dieser Tatsachen proletarische Kräfte und die ganze Klasse der modernen Arbeiter in Publikationen schrumpfen und verschwinden läßt und mit ihnen die Existenzberechtigung marxistisch leninistischer Parteien, der hätte gern eine Linke, die sich ohne ihren proletarischen Flügel leichter in das herrschende System integrieren läßt, wie das in Berlin und Schwerin geprobt wird.

Tatsache ist gegenwärtig, daß die proletarisierte Mehrheit zwar noch nicht über die Kampfkraft verfügt, die Politik der Agenda zu kippen und durch eine Politik zu ersetzen, die zu menschenwürdigen Verhältnissen führt, weil eben die zahlenmäßige Stärke *allein* den Interessen der Bevölkerungsmehrheit noch keinen wesentlichen Einfluß auf das gesellschaftliche Leben verleiht. Offensichtlich läßt sich die Kraft von Klassen nicht nach ihrer Menge wie mit einer Kartoffelwaage messen, wie das bereits über Kraft und Einfluß der Kapitalisten begründet worden ist. Zu den Tatsachen über das Kräfteverhältnis gehört deshalb die wichtige geschichtliche Erfahrung, wie und warum Volksmehrheiten durch solidarisches, politisch organisiertes Handeln Ausbeutern und Kriegstreibern das Handwerk gelegt haben. Das ist vor allem durch die Hegemonie der

---

<sup>3</sup> E. Bahr: Die Situation in den östlichen Ländern (II), in: Menschenrecht und Bürgersinn. Hrsg. v. Marion Gräfin Dönhoff, Knaur 2002.

revolutionären Arbeiterbewegung in Volkskämpfen möglich gewesen. Über die Möglichkeit zu einer solchen revolutionären Kraftentfaltung verfügt nur die Arbeiterklasse.

Das ergibt sich *erstens* aus ihrer geschichtlichen Stellung im gesellschaftlichen Leben. Für die „modernen Arbeiter“ ist eben charakteristisch, daß sie mit modernen, höchst produktiven Mitteln arbeiten, die sie auch selbst produzieren und zwar für alle wirtschaftlichen Bereiche. Auch der große Dienstleistungsbereich ist auf moderne Arbeitsmittel angewiesen. Der größte Teil der Konsumtionsmittel wird ebenfalls von der Arbeiterklasse produziert. Von ihrer Arbeit, gleich mit welcher Zahl der Produzierenden, sind die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft abhängig, die natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit vorausgesetzt. Diese Klasse ist für das gesellschaftliche Leben unentbehrlich, im Unterschied zu den Kapitalisten.

Natürlich leisten auch andere gesellschaftliche Kräfte wichtige Beiträge zum gesellschaftlichen Leben und zu seiner Qualität, so wie die Lebensqualität eines Menschen auch durch die Fähigkeit mitbestimmt ist, zu sehen, zu hören, zu sprechen, zu denken und zu fühlen. Doch alles das funktioniert nur durch die Arbeit des Herzens, was im gesellschaftlichen Leben durch die Produktion des materiellen Lebens gegeben ist.

Die geschichtlich besondere Stellung der Arbeiterklasse im Kreis der unterschiedlichen Klassen und Schichten ergibt sich also nicht vordergründig daraus, wie manche meinen, daß sie lediglich über ein zahlenmäßig großes Protestpotential im Kampf gegen volksfeindliche Politik verfügt oder daß sie von dieser Politik besonders hart betroffen ist; manch andere sind noch härter davon betroffen. Bestimmend ist die Tatsache, daß Proteste und Aktionen der Arbeiterklasse untrennbar mit einer gesellschaftserhaltenden humanistischen Alternative verbunden sind, die menschenwürdigen Gesellschaftsverhältnissen den Weg bereiten.

An die *zweite* Tatsache führt der große Widerspruch in der Entwicklung der Arbeiterklasse und ihres Kampfes heran. Er wirkt zwischen ihrer lebenssichernden produktiven Kraft und der Tatsache, daß sie unter kapitalistischen Verhältnissen Kapital produziert und reproduziert und damit auch die Mittel, mit deren Hilfe eine volksfeindliche Politik möglich wird. Die Arbeiterklasse ist unter kapitalistischen Verhältnissen in das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital gepreßt. *Ökonomisch* ist hier unter der Arbeiterklasse das *Proletariat* zu verstehen. Das sind die Lohnarbeiter, die Kapital produzieren und verwenden und aufs Pflaster geworfen werden, sobald sie für die Verwertungsbedürfnisse der Kapitalisten überflüssig sind.<sup>4</sup>

Aus dieser Klassenlage erwachsen Bedürfnisse, die als Klasseninteressen zur Triebkraft des Handelns werden. Eine solche Triebkraft wirkt akut zur Verteidigung des Lohnes gegen die kapitalistische Tendenz, ihn auf die physischen Reproduktionskosten zu reduzieren und den Arbeitstag maximal auszudehnen. Der von proletarischen Interessen geleitete Kampf hat im Verlauf von Generationen durch die Kraft organisierten Handelns von einem 16-stündigen Arbeitstag zu einer 35-stündigen Arbeitswoche geführt. Solche erkämpften Fortschritte vermitteln und verstärken die Erfahrung der Arbeiterklasse, daß sie selbst für ihre Interessen eintreten muß und daß sie durch *organisiertes* und *solidarisches* Handeln Erfolge erreichen kann. Darin ist im Keim die Er-

---

<sup>4</sup> K. Marx: Das Kapital, MEW, Bd. 23, S. 642.

fahrung und die Frage enthalten, daß und weshalb die Kampfkraft für Reformen nicht ausreichend ist, sich von den knechtenden Ausbeutungsverhältnissen der Lohnarbeit zu befreien.

Das führt zur *dritten* Tatsache. Solche Fragen und Erfahrungen bilden die Grundlage, auf der marxistisch-leninistische Antworten und Erkenntnisse in die Arbeiterbewegung Eingang finden und sie zu einer *revolutionären* Bewegung und Kraft formieren können. Das vollzieht sich notwendig im Kampf gegen die vorherrschenden Einflüsse der bürgerlichen Medien und der herrschenden öffentlichen Meinung, speziell gegen deren antikommunistischen Eckpfeiler.

Die Formierung zu einer revolutionären Kraft kennzeichnet die *politische* Charakteristik der Arbeiterklasse. In klassischer Weise wurde dieser Prozeß als Wandlung der Arbeiterklasse aus einer Klasse an sich zur Klasse für sich gekennzeichnet. Als Klasse an sich unterscheidet sie sich von anderen Klassen und Schichten zwar durch ihre sozialen, proletarischen Merkmale, trotzdem aber ist sie wie alle anderen den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise und feindlichen Klasseninteressen ausgeliefert.

Mit der Entwicklung zur Klasse für sich tritt in den Klasseninteressen das Bedürfnis in den Vordergrund, aus den ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnissen des Kapitalismus auszubrechen, diese Verhältnisse zu beseitigen und durch ein Herrschaftsverhältnis zu ersetzen, das ihren Interessen gesellschaftliche Geltung verschafft und das es ermöglicht, die gesellschaftlichen Verhältnisse in menschenwürdige, sozialistische umzuwandeln. Dieser Konsequenz stehen kleinbürgerliche Einflüsse in der Arbeiterbewegung entgegen, die politisch organisiert keinen geringen Kraftfaktor bilden. Sie zielen mit ihrem Opportunismus darauf, die Kräfte der Arbeiterklasse an das herrschende System zu ketten und ihren Ausbruch daraus zu verhindern. *Das* hat zur Spaltung der Arbeiterbewegung geführt und hält die Spaltung aufrecht. Apologeten dieser Spaltung behaupten, daß die Wandlung der Arbeiterklasse zu einer Klasse für sich, zu einer revolutionären Kraft, die Ursache der Spaltung sei.

Die Formierung der Arbeiterklasse zu einer revolutionären Kraft, die zunehmend die Fähigkeit erlangt, den eigenen Interessen in allen Etappen des Kampfes Geltung, Einfluß zu verschaffen, ist in seiner erfolgsversprechenden Richtung gleichbedeutend mit der Überwindung politischer Spaltung und mit der Annäherung der Mehrheit der Arbeiterklasse an die politisch *organisierte* Kraft ihrer revolutionären Vorhut. Zentrale Bedeutung hat in diesem Prozeß die Politik zur Formierung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse für die Lösung anstehender Aufgaben.

Die Übereinstimmung der Interessen der Arbeiterklasse mit denen des gesellschaftlichen Fortschrittes und denen der Mehrheit der Bevölkerung wird zu einer neuen Triebkraft, die sowohl nationale Kräfteverhältnisse wie das internationale Kräfteverhältnis zu verändern und zu beeinflussen vermag. Anderen Klassen und Schichten ist ein solcher Durchbruch des gesellschaftlichen Fortschrittes nicht möglich, es sei denn, sie vereinigen ihre Kräfte in Bündnissen mit denen der Arbeiterklasse unter deren Hegemonie. Der Antikommunismus richtet sich deshalb gezielt gegen den solidarischen Zusammenschluß von Volksmehrheiten um die Arbeiterklasse und der Mehrheit der Arbeiterklasse um die marxistisch-leninistische Partei.

Die *vierte* Tatsache besteht darin, daß die Arbeiterklasse, gestützt auf alle genannten kraftbestimmenden Faktoren, in der Lage ist, eine politisch *organisatorische* Kraft zu entwickeln, die der aller anderen Klassen und Schichten überlegen ist. Sie bildet die Grundlage, die scheinbar unüberwindliche Kapitalherrschaft zu schwächen und auszuschalten.

Die Kraft politischer Organisiertheit ist mit der Kraft der Kooperation in Arbeitsprozessen vergleichbar. Durch Kooperation entsteht eine Produktivkraft, die größer ist als die Summe der beteiligten Einzelkräfte, sie wird zu einer Massenkraft, die den Weg von der Manufaktur zur maschinellen Großproduktion gefördert hat. Durch die politische Organisiertheit vollzieht sich ein ähnlicher Prozeß, der den Organisierten eine Kraft verleiht, die größer ist als die Zahl der Organisierten. Auf dieser Grundlage werden Millionen Arbeiter zu einer Kampfkraft, die der ausbeutenden Minderheit überlegen sind und die Welt durch Massenaktionen zu verändern vermögen. Hinzu kommt, daß diese politische Massenkraft durch die revolutionäre Partei in den komplizierten Verhältnissen des Klassenkampfes eine programmatische Orientierung und eine politische Führung erhält.

### Das Kräfteverhältnis verändern

Alle Erkenntnisse über das Kräfteverhältnis erfüllen nur dann ihren Zweck, wenn sie nicht nur eine richtige Einschätzung ermöglichen; sie müssen vor allem für den Kampf hilfreich sein, das Kräfteverhältnis im Interesse der Arbeiterklasse und anderer antiimperialistischer Kräfte zu *verändern*. Für diesen Hauptzweck sind drei Schlußfolgerungen von besonderer Bedeutung.

Wie bereits dargelegt, ist das Kräfteverhältnis der ökonomisch und politisch bedingte Ausgangspunkt, der Richtung und Charakter der gesellschaftlichen Bewegung und Entwicklung bestimmt. Die erste Schlußfolgerung besagt: eine reaktionäre, volksfeindliche gesellschaftliche Bewegung kann nur durch das organisierte Handeln, durch *Massenaktionen* ihrer konsequentesten Kritiker gestoppt und in ihrem Charakter und ihrer Richtung verändert werden.

Dafür ist nicht nur der von Massenaktionen ausgehende kritische politische Druck von Bedeutung, sondern auch die Tatsache, daß die Arbeiterklasse und andere Werktätige nicht allein durch Agitation und Propaganda zu einer revolutionären Kraft werden, sondern vor allem durch ihre eigenen politischen Erfahrungen.<sup>5</sup> Solche Erfahrungen erwachsen vor allem aus *Aktionen*. Das sind Erfahrungen über die eigene Kraft und Fähigkeit, ihren Interessen gesellschaftliche Geltung zu verschaffen, das sind Erfahrungen über den Klassenfeind, seine politischen Fallstricke und seine Helfer in Volksbewegungen. Nur auf einer solchen Grundlage kann sich eine Kampfkraft entwickeln, die über eine einzelne Aktion hinausgehend zu einer revolutionären Bewegung werden kann.

Die zweite Schlußfolgerung hilft auch bei taktischen Entscheidungen, wie Aktionen erfolgreich geführt werden können. Im Zentrum steht hier die Erkenntnis über die notwendige *Konzentration* der Kräfte in allen aktionsentscheidenden Aufgaben, gleich ob es um Teilinteressen oder machtentscheidende Aufgaben geht. In den Auseinandersetzungen mit der volksfeindlichen Politik der herrschenden Kräfte gibt es verständlicherweise

---

<sup>5</sup> Vgl. W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, Lenin Werke Bd. 23, Dietz Berlin 1959, S. 80.

ständig Kritik in *allen* Konfliktpunkten. Doch die Arbeiterklasse ist weder bei der Verteidigung von Volksinteressen noch bei der Organisation von Fortschritten in der Lage, gleichzeitig und für alle Konflikte ein Übergewicht der eigenen Kräfte für deren Lösung herbeizuführen. Sogar in einer revolutionären Situation ist es notwendig, die Kräfte auf einen oder wenige Schwerpunkte zu konzentrieren. Auch aktionsbereite Gewerkschafter lassen sich mitunter von einer notwendigen Konzentration der Kräfte für den Erfolg eines Streiks leiten. Einige Tatsachen sollen diese Feststellungen unterstützen und gleichzeitig deutlich machen, was zu einer Konzentration der Kräfte alles gehört.

Die IG Metall hat 1956 z.B. die Unternehmer zu Verhandlungen aufgefordert, um negative Regelungen für Arbeiter im Krankheitsfall zu beseitigen. Die unbezahlten Karenztage sollten wegfallen und wie bei Angestellten die Lohnfortzahlung bis zu sechs Wochen erfolgen. Das war die Konzentration auf die Lösung von *einem Problem*. 1917 haben die Bolschewiki das zentrale, zur Lösung drängende Problem erkannt und auf das revolutionäre Ausscheiden Rußlands aus den imperialistischen Krieg orientiert. In unserer Gegenwart konzentrierte sich die Kritik gegen Hartz IV.

Solchen Vorentscheidungen folgt die Konzentration auf den *Zeitpunkt*, zu dem massenhaft sichtbar wird, daß sich das anstehende Problem nur durch eine Aktion lösen läßt. 1956 wurde erkennbar, daß die Unternehmer nicht bereit waren, über die Forderungen der Gewerkschaften überhaupt zu verhandeln, so daß nur ein Streik etwas verändern konnte. 1917 führte die provisorische Regierung nach dem Sturz der zaristischen Herrschaft deren Kriegspolitik unvermindert fort. Nur die Entmachtung dieser Regierung konnte zum Ausscheiden aus dem Krieg führen. In unserer Gegenwart hat sich abgezeichnet, daß nicht nur die SPD und Grüne für Hartz IV waren, sondern alle Fraktionen des Bundestages. So wurde die Orientierung auf außerparlamentarische Aktionen akut.

Dem folgten die Entscheidungen über den *günstigsten Ort* der Auseinandersetzung. Die IG Metall hatte sich für Schleswig-Holstein entschieden, mit der dort vorhandenen Konzentration von Metallarbeitern in den Werften. Die Bolschewiki orientierten auf Petersburg, nicht nur weil dort der Sitz der Regierung war, sondern vor allem, weil hier die Sowjets und die Partei starke Positionen hatten. Gegen Hartz IV drängten Demonstrationen in vielen Städten zum Durchbruch.

Als nächstes konzentrierte sich alles darauf, daß eine kampfentscheidende *Mehrheit* in Aktion treten konnte. In einer Urabstimmung entschieden sich 87% der Metallarbeiter von Schleswig-Holstein für den Streik. Die Bolschewiki hatten 1917 in Auseinandersetzungen mit Menschewiki und Sozialrevolutionären in den Sowjets die Mehrheit für den Kurs auf den Sturz der Regierung gewonnen. Im Kampf gegen Hartz IV kam es nicht zu einer aktionsbereiten Mehrheit. Neben den Kräften, die Hartz IV weg haben wollten, gab es Kräfte, die nur für einige Korrekturen waren und damit Hartz IV beibehalten wollten. Die Demonstrationen hatten wenig Aussicht auf Erfolg.

Schließlich konzentrierten sich die aktionsbereiten Kräfte auf die *Leitung* der Aktion. Die streikbereiten Metallarbeiter wählten eine Streikleitung, die den Kampf über die Dauer von 16 Wochen erfolgreich geführt hat. Nachfolgend sind die Gewerkschaften bis in die Gegenwart gezwungen, das Streikergebnis gegen Unternehmerattacken zu verteidigen. Gestützt auf bewaffnete Formationen der Sowjets bildeten die Bolschewiki einen Stab, der den bewaffneten Aufstand zum Sturz der provisorischen Regierung erfolgreich geleitet hat. Mit dem Erfolg der Aktion wurden die Sowjets aus Organisatio-

nen des Massenkampfes zu Staatsorganen, die den Erfolg verteidigen und ausbauen konnten. Gegen Hartz IV kam es zu keiner einheitlichen Leitung der Demonstrationen. Die PDS hat nach den Landtagswahlen in Brandenburg sogar die Teilnahme an den Demonstrationen aufgekündigt.

Zur Konzentration in allen genannten Fragen und Aufgabenstellungen hat nationale und internationale Solidarität wesentlich zum Erfolg der Aktion beigetragen, die gegenwärtig durch die fehlende organisierte Aktionseinheit leider keinen zentralen Bezugspunkt gefunden hat.

Wie bei Streiks und manchen anderen Aktionen sind unterschiedliche Organisationen federführend. Wenn solche Aktionen für Fortschritte bedeutsam sind, sind auch Kräfte der proletarischen Linken dabei. Sie bekunden ihre Solidarität mit dem Ziel der Aktion durch ihre Teilnahme. Sie helfen, die Einheit der Aktion gegen fast immer tätige Spalter und die Konsequenz der Aktion zu stärken. Die vorhandenen Kräfte verlangen auch hier eine Konzentration bei Einsätzen, die der spontanen Tendenz entgegenwirkt, möglichst überall dabei zu sein, ohne wirklich Einfluß zu nehmen.

Die dritte Schlußfolgerung besagt, daß der Erfolg des Kampfes, z.B. gegen die Agenda 2010, dadurch vorbereitet wird, daß die Verantwortlichen für die *Agenda politisch isoliert* werden, was einen Machtwechsel vorbereitet. Die politische Isolierung wird nur dadurch erreicht, daß die Kritik an der Agenda zu *einer* Kampffront gegen sie wird. Das ist gleichbedeutend damit, daß die Kritik des *konsequenten* Demokratismus gegenüber der Kritik bestimmend und vorherrschend wird, die lediglich auf eine „kritische“ Reformierung der Agenda 2010 gerichtet ist.

### Das komplizierteste Kräfteverhältnis

Das internationale Kräfteverhältnis ist das komplizierteste. Seine Einschätzung ist deshalb im hohen Maß auf internationale Zusammenarbeit angewiesen. Trotzdem ist es möglich, einige Tatsachen zu skizzieren, die dringlich anmahnen, die internationale Zusammenarbeit der proletarischen Linken voranzuführen und in solidarischer Verbundenheit mit anderen antiimperialistischen Kräften gegen die Schäden anzukämpfen, die einem Tsunami gleich die internationalen Beziehungen durch den Antikommunismus, durch Konterrevolutionen und neokolonialistische Aggressionen verwüstet haben.

Das internationale Kräfteverhältnis ist trotz Globalisierung und transnationaler Konzerne kein Herrschaftsverhältnis eines irgendwie gearteten „Weltstaates“. Auch wenn die internationalen Beziehungen von militärischen Gewaltexzessen überschattet sind und den Eindruck erwecken, in einem fast faschistischen Herrschaftsverhältnis zu leben, in dem die Verteufelung der Juden durch die von Islamisten ersetzt worden ist, so stoßen jedoch in der internationalen Realität unterschiedliche und gegensätzliche Herrschafts- und Hegemonieverhältnisse aufeinander, in denen auch antiimperialistische Bewegungen wirksam sind, die allerdings dringender Verstärkung bedürfen.

Inhaltlich dominierend für Konflikte und Schadwirkungen ist der Kampf kapitalistischer Großmächte für die erneute und weitergehende Neuaufteilung der Welt zu ihrer neokolonialistischen Beherrschung. Führend sind hier die USA und andere Staaten der G 8. Aber auch andere Staaten sind dabei, den reaktionären Kahlschlag voranzutreiben, wie z.B. Saudi-Arabien. Als Erdölgroßmacht baut dieser Staat in strategischer Partnerschaft mit den USA seine Hegemonie in der arabischen Welt aus.

Ein charakteristisches Merkmal ist der Kampf um die Erweiterung von Hegemonieverhältnissen, von Einflußbereichen kapitalistischer Großmächte, die über ihren unmittelbaren Herrschaftsbereich hinausgehend auf die Innen- und Außenpolitik anderer Staaten einwirken. Sie schränken deren Souveränität ein, ohne sie aufzuheben. Finanzpolitische Machtzentren wie IWF, Weltbank, WTO und andere sind hier aktiv. Das sind Stufen oder Etappen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Sie bereiten neokolonialistische Okkupationen vor und „regulieren“ das Kräfteverhältnis zwischen den konkurrierenden Großmächten in der Auseinandersetzung um ihren Anteil. Die Auseinandersetzungen sind unter Konkurrenten von dem gegenseitigen Anliegen bestimmt, sich bei der neokolonialistischen Neuordnung keinen strategischen Schaden zuzufügen.

Wo Hegemonieverhältnisse auf ernsthafte Grenzen stoßen und sich expansive Interessen nicht in der gewünschten Weise verwirklichen lassen, werden die begrenzenden Faktoren und Kräfte entweder einer permanenten Aggressionsdrohung und anderen Repressalien ausgesetzt, um sie aufzuweichen oder ohne solche „Umstände“ wird das Hegemonieverhältnis durch Aggression und Okkupation in ein neokolonialistisches Herrschaftsverhältnis umgewandelt. In Verbindung mit dem von den USA proklamierten Recht auf Präventionskriege erwachsen daraus existentielle Gefahren für die Friedensbedürfnisse der Menschheit.

Dem Hegemonie- und Herrschaftsstreben der kapitalistischen Großmächte sind Grenzen gesetzt vor allem durch sozialistische und andere revolutionäre Staaten, aber auch durch Staaten, die mit ihren Existenzbedingungen noch nicht in das Zentrum expansiver Begehrlichkeiten geraten sind. Aber auch nichtstaatliche Bewegungen und Organisationen erschweren den Expansionskurs der kapitalistischen Großmächte. Allerdings sind im internationalen Kräfteverhältnis negative Veränderungen im Widerstandspotential antiimperialistischer Kräfte zu verzeichnen. Der dominierende Antikommunismus, die Schwächung der internationalen Arbeiterbewegung, die Zerstörung der sozialistischen Staatengemeinschaft hat auch die solidarischen Verhältnisse in antiimperialistischen Bewegungen geschwächt und deformiert.

Als der solidarische Einfluß der revolutionären Arbeiterbewegung und des Sozialismus noch dominierend war, hat dieser Einfluß die Kraft von Millionen Bauern und anderen nichtproletarischen Kräften zu erfolgreichen revolutionären Veränderungen befähigt, wie in China. Das vietnamesische Volk wurde befähigt, den USA-Aggressoren eine empfindliche Niederlage zu bereiten. In solchem solidarischen Zusammenwirken ist das imperialistische Kolonialsystem zerschlagen worden. Doch unter den gegenwärtigen Bedingungen hat die Schwächung der von der revolutionären Arbeiterbewegung ausgehenden Solidarität dazu geführt, daß ethnische, nationale und religiöse Unterschiede unter imperialistischen Einflüssen zu fanatischen *Spaltungswaffen* geworden sind, die sich nicht mehr gegen die Ursachen allen Übels richten, sondern zum Teil selbstzerstörerisch wirken.

Während die USA und andere Großmächte ihre Bomben mit modernen Kampfflugzeugen in fremde Länder tragen, werden im Versuch, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, Bomben mit den Leibern von Selbstmordkandidaten in Länder der Aggressoren getragen, wo sie nicht die Verantwortlichen treffen. Auch in Kämpfen gegen die herrschende Obrigkeit wird zum Teil dem Klassenkampf abgeschworen und Krieg gegen Touristen geführt, in der Annahme und Hoffnung, damit die Herrschenden zu treffen.



Elemente des individuellen Terrors treten teilweise in den Vordergrund, wie in den Zeiten, als sich die Arbeiterbewegung noch nicht formiert hatte.

Von zentraler Bedeutung ist trotzdem, daß sich in der Auseinandersetzung zwischen solidarischen, antiimperialistischen Aktivitäten und den imperialistischen, die solidarische Handeln mit allen Mitteln zu zerstören versuchen, Fortschritte abzeichnen. Die Solidarität mit Kuba hat wichtige, wieder auch staatliche Unterstützung erfahren. Antiimperialistische Fortschritte zeichnen sich insgesamt in Lateinamerika ab und in der Solidarität zwischen ihren Staaten, die für antiimperialistische Veränderungen kämpfen. Auch zwischen China und anderen Staaten und Bewegungen wurden mit solidarischen Vereinbarungen imperialistischen Hegemoniebestrebungen Grenzen gesetzt.

Wenn auch differenziert und zum Teil widersprüchlich ist die Solidarität mit dem antiimperialistischen Widerstand im Irak, in Afghanistan und Palästina sichtbar. Wenn auch nicht die Ursachen behebend, gibt es weltweite solidarische Hilfe für die Hunger- und Gesundheitsopfer imperialistischer Politik. Alle solidarischen Aktivitäten könnten wesentlich an Kampfkraft gewinnen, wenn sich die Kräfte der proletarischen Linken national und international für die Lösung strategischer, antiimperialistischer Aufgaben zusammenschließen. Zunehmende Bedeutung haben gegenwärtig die folgenden Tatsachen.

In dem komplizierten Geflecht internationaler Beziehungen und Kräftekonstellationen hat sich ein Konfliktzentrum herausgebildet, das für positive Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis bedeutsam ist. Der bewaffnete Widerstand gegen die imperialistischen Okkupanten im Irak, der sich trotz unterschiedlicher Motivation auch auf internationale Solidarität stützt, hat für die imperialistische Weltmachtspolitik die Anfänge einer Krisensituation geschaffen. In ihrem Ergebnis konnten antiimperialistische Bewegungen und Kräfte neue Aktivitäten entfalten und zum Teil neue Positionen erkämpfen. Zur Zeit versuchen nicht nur die aggressiven Hauptmächte mit der Terrorismusdoktrin die Formierung einer internationalen Solidaritätsfront für den Erfolg des Widerstandes im Irak zu verhindern, der sich wie die Solidaritätsaktion für den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes entwickeln könnte. Der Ausgang dieses Kampfes ist in hohem Maß auch davon abhängig, daß die Kräfte der Linken insgesamt zu einer einheitlichen Solidaritätsposition im Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren finden.

## Kurt Gossweiler

### Gegen die Verfälschung der sozialistischen Freiheitsidee (1954)

#### Einführende Bemerkungen

In den Jahren von 1947 bis 1955 war ich Mitarbeiter der Landesleitung Berlin der SED, im Jahre 1954 als stellvertretender Leiter des Parteikabinetts der Landesleitung. Damals war die Berliner SED noch eine einheitliche Gesamtberliner Organisation, im Landesvorstand gab es aber eine Westabteilung, deren Leiter, wenn ich mich recht erinnere, zu diesem Zeitpunkt Bruno Baum war. Eines Tages wurde ich zu unserem Abteilungsleiter gerufen, der mir eröffnete, die Westabteilung habe Verbindungen zu Jugendgenossen der Jusos, der Jungsozialisten, also der Jugendorganisation der SPD, und die hätten eine Bitte vorgetragen. Sie geben eine eigene Zeitschrift, „Die Fackel“ heraus, und sie wollen zwei Sondernummern herausbringen mit einer grundsätzlichen Kritik an den Positionen der Berliner SPD-Rechten, und sie wollen diese Nummern auf dem bevorstehenden Parteitag als Juso-Material auslegen. Aber für die Erarbeitung der Texte brauchten sie Hilfe, und die hätten sie gerne von uns. In der einen Nummer sollte es gegen die Verfälschung der sozialistischen Freiheitsidee durch die Berliner SPD-Rechten gehen, in der zweiten Nummer um die außenpolitische Orientierung der SPD.

Ob ich mir zutraute, die Artikel für diese Nummern so zu schreiben, daß sie auch der Überprüfung durch die Parteizensur standhalten und als echte Juso-Erzeugnisse auf dem Parteitag verteilt werden könnten. Ich sagte, daß ich mir das schon zutraute, aber nur, wenn sie - also die Genossen der Landesleitung - sich darüber klar seien, daß das nur dann gelingen könnte, wenn diese Artikel auch antikommunistische Passagen enthalten würden und sie mir diese nicht streichen würden.

So schrieb ich also die von den Juso-Genossen gewünschten zwei Artikel. Leider habe ich nur noch einen davon.

Die Juso-Genossen haben uns berichtet, die beiden Artikel seien nach peinlicher Prüfung von den zuständigen SPD-Funktionären als „echt und nicht untergeschoben“ befunden und mit verschiedenen Änderungen zugelassen und auf dem Parteitag verteilt worden.

Wir bekamen von den Juso-Genossen die beiden Nummern der Fackel, (die Nummern 2 und 3) und konnten so feststellen, welche Änderungen vorgenommen wurden.

Der hier vorgelegte Artikel zur „sozialistischen Freiheitsidee“ blieb fast unverändert. Gestrichen wurden die letzten beiden Seiten, auf denen die Notwendigkeit der Aktions-einheit mit den Kommunisten begründet worden war. Sehr viel mehr Änderungen mußten die Juso-Genossen am zweiten Artikel, dem zur Außenpolitik, hinnehmen.

Der Leser dieses vor einem halben Jahrhundert geschriebenen und von der linken SPD-Jugend verteilten Materials mag mit Verblüffung und Bestürzung feststellen, wie zeitnah und aktuell gerade jetzt doch der Konflikt ist, der damals zwischen SPD-Spitze und linken Sozialdemokraten ausgetragen wurde. Mit Bestürzung auch deshalb, weil

diese Lektüre noch schmerzhafter bewußt macht, wie weit wir durch die Liquidierung der DDR in ganz Deutschland wieder zurückgeworfen wurden.

### Abschrift

#### Gegen die Verfälschung der sozialistischen Freiheitsidee

Das gegenwärtig dringendste Anliegen in der Partei ist die Herbeiführung einer Klärung über ihre geistigen und weltanschaulichen Grundlagen. Seit dem Wahlergebnis des 6. September 1953 ist die Diskussion über diese Fragen vor allem von jenen Genossen vorangetrieben worden, die eine „Neuorientierung“ der Partei in der Richtung des endgültigen Bruches mit - wie sie behaupten - „unzeitgemäß gewordenen Vorstellungen und Begriffen“ (Klingelhöfer) fanden. Es ist dies in Berlin vor allem die Gruppe um die Herausgeber der Reuter-Briefe (Siegfried Aufhäuser, Paul Hertz, Gustav Klingelhöfer u. a. ). Der Hauptangriff dieser Gruppe richtet sich gegen all das, was der Mehrzahl der Mitglieder unserer Partei, vor allem ihren Arbeiter-Mitgliedern, als geistiges Fundament der Partei gilt: Die sozialistische Zielsetzung, die Beantwortung des Klassenkampfes von oben durch den Klassenkampf von unten; schließlich als Ausgangspunkt für die praktische Politik der Partei die Analyse der modernen kapitalistischen Gesellschaft, wie sie uns in den Grundzügen von Karl Marx gegeben wurde.

Im ersten Reuter-Brief nennt Klingelhöfer diese Ideen „überständige Vorstellungen“, die „Ketten geworden sind, die uns um so schneller eine Welt gewinnen lassen, je schneller wir sie von uns werfen“. Er geht soweit, zu behaupten: Sozialismus als eine Heilslehre ist heute entbehrlich“.

Klingelhöfer verbannt also leichtfertig und bedenkenlos die gewaltigen Ideen eines Karl Marx ins Museum, aber er bleibt jeden eigenen konstruktiven Gedanken, der die so entstehende weltanschauliche Leere ausfüllen könnte, schuldig. Er fordert lediglich von der SPD, daß sie „bis zur Selbstaufgabe realistisch“ sein müsse, und wir befürchten allerdings, daß die von ihm und anderen geforderte „Erneuerung“ der Partei tatsächlich ihrer Selbstaufgabe gleichkommen würde.

Diesen Mangel an gedanklicher Substanz mag Klingelhöfer wohl selbst empfunden haben. Das würde jedenfalls den Stoßseufzer der Erleichterung verständlich machen, mit dem er im fünften Reuterbrief eine Formulierung Paul Serings (2. Brief) aufgreift: „Nach der glücklichen Formulierung von Paul Sering ist die Freiheitsidee im Industriezeitalter die sozialistische Kernidee und ihre Verwirklichung durch das Mittel der bewußten gesellschaftlichen Kontrolle der Macht die sozialistische Kernaufgabe“. Endlich also vermeint Klingelhöfer das Feigenblatt einer „Kernidee“ gefunden zu haben, mit dem er seine ideologische Nacktheit und Blöße bedecken kann.

Nun sind wir allerdings - und das nicht erst mit Serings „glücklicher Formulierung“! - der Überzeugung, daß die Freiheit, die Befreiung des Menschen und der ganzen Gesellschaft, nicht nur die „Kernidee“, sondern das Ziel darstellt, das zu erreichen sich die Sozialdemokratie seit jeher als höchste Aufgabe gestellt hat. Aber das Wort „Freiheit“

schillert in den Farben aller Parteien, vom Braun bis zum röttesten Rot der Kommunisten. Keine Partei, die nicht das Wort „Freiheit“ auf ihr Banner geschrieben hätte!

Daher genügt es nicht, das Wort „Freiheit“ als magisches Zauberwort auszusprechen.

Wir müssen klar formulieren, welche Freiheit wir meinen, wenn wir anders nicht in den Verdacht geraten wollen, dieses Wort ebenfalls nur zum Zweck des Stimmenfangs zu mißbrauchen. Was Gustav Klingelhöfer dazu zu sagen weiß, ist allerdings verwaschen und unklar genug, um einen solchen Verdacht geradezu aufzudrängen.

Was soll man davon halten, wenn er in einem Atemzuge als Grundlage für ein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie folgende sich gegenseitig ausschließende Elemente nennt:

„erstens von Karl Marx die auch heute nicht erschütterte Begründung der heute wie je gegenüber ... der Herrschaft des Kapitals geltenden sozialistischen Freiheitsidee und die Forderung ihrer Verwirklichung,

„zweitens von Ferdinand Lassalle der Weg ... der ‚sozial-kapitalistischen‘ Selbsthilfe der abhängig arbeitenden Menschen ...

drittens von Jahn Maquard Keynes ... die Befreiung vom Alldruck des marxistischen Denkens!“

Eine solche eklektische Bettelsuppe kann nicht anders als ungenießbar sein und muß zur Durchfall bei demjenigen führen, der sie dennoch zu seiner geistigen Kost zu machen versucht.

Gustav Klingelhöfer spricht von der „sozialistischen Freiheitsidee“. Aber meint er auch wirklich die sozialistische Freiheitsidee?

Worin besteht denn deren wesentlicher Inhalt? Doch in der Erkenntnis, daß die wahre Freiheit des schaffenden Menschen und der ganzen Menschheit nur im Sozialismus verwirklicht werden kann, daß der Sozialismus die Voraussetzung der Freiheit ist, daß also der Kampf um die Freiheit gleichbedeutend ist mit dem Kampf um den Sozialismus!

Bei Gustav Klingelhöfer hat aber das Wort „sozialistische Freiheitsidee“ nicht diesen Inhalt, im Gegenteil: Er wie auch andere bemühen sich gerade darum, diese beiden zueinandergehörenden Begriffe „Freiheit“ und „Sozialismus“ auseinanderzureißen, den Nachweis zu führen, daß man auf die sozialistischen Ziele verzichten könne, ohne dabei auch gleichseitig auf die Verwirklichung der Freiheit zu verzichten.

Deshalb spricht er davon, daß der Sozialismus als Heilslehre heute „entbehrlich“ sei.

Er beschränkt die „Emanzipation des Proletariats“ auf die Herstellung der staatsbürgerlichen Gleichheit. Er behauptet:

„Heute ist in allen kapitalistischen Industriestaaten der Welt die soziale Frage auf dem Weg zur Lösung (!). Die Gewährleistung der politischen gleichen Bürgerrechte ist der Weg auch zur Verwirklichung der sozialen gleichen Menschen geworden“.

Damit negiert Klingelhöfer Erkenntnisse, die sich die Menschheit durch qualvolle und bittere Enttäuschungen in den letzten 150 Jahren erworben hat.

Wenn bei den Jakobinern der französischen Revolution von 1789 die Illusion, allein durch die Herstellung der staatsbürgerlichen Gleichheit vor dem Gesetz alle Menschen wirklich gleich und frei zu machen, verständlich und entschuldbar, weil historisch begründet war, können für die Wiederholung solcher Irrtümer in der Mitte des 20. Jahrhunderts keinerlei mildernde Umstände ins Feld geführt werden.

Die Beseitigung der persönlichen Freiheit des Feudalismus und die Proklamation der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz hat ja in der Periode nach der französischen Revolution gerade erst deutlich werden lassen, daß die Grundwurzel der Abhängigkeit und Unfreiheit der arbeitenden Bevölkerung nicht in ihrer - bereits weitergehend beseitigten - rechtlichen, sondern in der noch immer bestehenden und sogar verschärften sozialen Ungleichheit zu suchen ist. Diese Erkenntnis hat schon lange vor Marx die besten Geister sich mit der Frage beschäftigen lassen, auf welche Weise nicht nur die rechtliche, sondern die wirkliche, d. h. auch soziale Gleichheit und Freiheit zu erreichen sei. Aber während jene nur die Hügel sozialistischer Ahnungen erklommen, gelang Karl Marx die Bezwingung des Berggipfels, gelang ihm die wissenschaftliche Fundierung des sozialistischen Gedankens.

Die bürgerliche Gesellschaft befreite die arbeitende Klasse von der Leibeigenschaft, sie schuf den freien Lohnarbeiter, den Proletarier. Dieser war, wie Marx zeigte, gegenüber dem Leibeigenen im doppelten Sinne frei: Frei von der Kette persönlicher Untertänigkeit gegenüber seinem Grundherrn, frei aber auch von jeglichen Eigentum an Produktionsmitteln!

Gar bald stellte es sich heraus, daß dieser „freie“ „Arbeiter-Bürger“ durch seine Besitzlosigkeit in grausame Abhängigkeit, in größere Unfreiheit und in vorher nie gekannte Existenzunsicherheit gestürzt war. Der morgenfrische Glanz der großen Werte der französischen Revolution Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verblaßte mit dem Heraufsteigen des kapitalistischen Alltags zu einer leeren, verlogenen, hohnvollen Phrase. Die „Gleichheit“ der Staatsbürger in der bürgerlichen Gesellschaft hat der Franzose Anatole France ebenso sarkastisch wie treffend mit den Worten gekennzeichnet: „Es ist Reichen wie Armen verboten, unter Brücken zu schlafen.“

Marx war es, der dem sozialistischen Freiheitsbegriff seinen klar umrissenen Inhalt gab, indem er ihn definierte als die Befreiung des Menschen von der Ausbeutung durch andere Menschen.

Die volle politische und soziale Freiheit des Einzelnen ist erst dann gesichert, wenn er vor jeglicher Ausbeutung gesichert ist. Die gesamte Menschheit ist erst dann wahrhaft frei, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.

Diese Freiheit erreicht die Menschheit aber nicht durch die noch so feierliche Proklamation der Staatsbürgerlichen Gleichheit, sondern nur durch die Beseitigung der Voraussetzung jeglicher Ausbeutung. Diese Voraussetzungen liegen aber nicht in erster Linie in der politischen, sondern in der ökonomischen Sphäre. Sie wurden durch die ökonomische Lehre Karl Marx enthüllt.

„Der römische Sklave war durch Ketten, der Lohnarbeiter ist durch unsichtbare Fäden an seinen Eigentümer gebunden. Der Schein seiner Unabhängigkeit wird durch den beständigen Wechsel der individuellen Lohnherren und die  *fictio juris*  des Kontrakts aufrechterhalten“, sagt Marx im Kapital.<sup>1</sup>

Marx verspottet jene Advokaten des Kapitalismus, die davon reden, daß Kapitalist und Arbeiter sich als gleichberechtigte Kontrahenten gegenüberstehen und zum beiderseitigen Wohl zusammenarbeiten, indem er sagte:

„Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z. B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen. Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den anderen kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge, oder unter den Auspizien einer allpffiffigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses.

Beim Scheiden von dieser Sphäre der einfachen Zirkulation oder des Warenaustausches, woraus der Freihändler vulgare Anschauungen, Begriffe und Maßstab für sein Urteil über die Gesellschaft des Kapitals und der Lohnarbeit entlehnt, verwandelt sich, so scheint es, schon in etwas die Physiognomie unser dramatis personae (handelnde Personen). Der ehemalige Geldbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markte getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die -Gerberei.“<sup>2</sup>

Und nachdem Marx den Mechanismus dieser „Gerberei“, d.h. der kapitalistischen Form der Ausbeutung eingehend dargelegt hat, kommt er zu der Feststellung:

„Man muß gestehn, daß unser Arbeiter aus dem Produktionsprozeß herauskommt, als er in ihn eintrat. Auf dem Markt trat er als Besitzer der Ware ‚Arbeitskraft‘ andren Warenbesitzern gegenüber, Warenbesitzer dem Warenbesitzer. Der Kontrakt, wodurch er dem Kapitalisten seine Arbeitskraft verkaufte, bewies sozusagen Schwarz auf weiß, daß

---

<sup>1</sup> Karl Marx, Kapital, Bd. I, S. 602

<sup>2</sup> Ebd., S. 184

er frei über sich selbst verfügt. Nach geschlossenem Handel wird entdeckt, daß er ‚kein freier Agent‘ war, daß die Zeit, wofür es ihm freisteht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, die Zeit ist, wofür er gezwungen ist, sie zu verkaufen, daß in der Tat sein Sauger nicht losläßt, solange noch ein Muskel eine Sehne, ein Tropfen Blute auszubeuten.<sup>3</sup>

Die genaueste und gewissenhafteste Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise führt Marx zu der Schlußfolgerung:

„Der kapitalistische Produktionsprozeß reproduziert also durch seinen eignen Vorgang die Scheidung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsbedingungen. Er reproduziert und verewigt damit die Exploitationsbedingungen des Arbeiters. Er zwingt beständig den Arbeiter zum Verkauf seiner Arbeitskraft, um zu leben, und befähigt beständig den Kapitalisten zu ihrem Kauf, um sich zu bereichern.“<sup>4</sup>

Die Annahme dieser Schlußfolgerung bedeutet für unser Thema, daß es keinerlei Möglichkeit gibt, die sozialistische Freiheitsidee, nämlich die Befreiung von der Ausbeutung, innerhalb kapitalistischer Verhältnisse zu verwirklichen, daß diese Idee vielmehr nur im Kampf gegen und nach der Beseitigung der kapitalistischen Ordnung Gestalt annehmen kann. Diesen Befreiungskampf führen muß in erster Linie jene Klasse, die das direkte und unmittelbare Objekt der Ausbeutung durch das Kapital ist, das Proletariat.

Diese Erkenntnis hat Marx bereits in einer seiner Frühschriften im Jahre 1844, zu einer Zeit also, als er selbst noch nicht Marxist war, ausgesprochen, und zwar in der Einleitung zur Kritik der Hegelchen Rechtsphilosophie.

Er fragt dort:

„Wo also besteht die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation?“

Und er antwortet drauf:

„In der Bildung einer Klasse,...welche mit einem Wort der völligen Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat“.

Dieser Gedanke erhielt später im Kommunistischen Manifest, - diesem bei uns oft genannten aber wenig bekannten Werk - seine klassische Formulierung:

„Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwarfen. Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen“.

Die bürgerliche Gesellschaft ist außerstande, dem Arbeiter die wirkliche freie Entfaltung seiner Persönlichkeit zu erlauben, sie ist unvereinbar mit den Forderungen eines echten, alle Menschen umgreifenden Humanismus.

---

<sup>3</sup> Ebd., S. 316

<sup>4</sup> Ebd., S. 606

Marx drückt das folgendermaßen aus:

„In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbstständig und unpersönlich ist. Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht! Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit. Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Kauf und Verkauf. Fällt aber der Schacher, so fällt auch der freie Schacher“.

All dies wurde vor rund 100 Jahren geschrieben, und die Frage ist durchaus berechtigt: Haben diese Feststellungen heute noch die gleiche Gültigkeit wie damals?

Wie wir schon sahen, beantworten Klingelhöfer und andere diese Frage mit einem entschiedenen: Nein. Man müßte erwarten, daß es für dieses Nein überzeugende Erklärungen gibt. Diese Erwartung wird enttäuscht. Es gibt nur Behauptungen, die im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit stehen, sogar im Widerspruch zu Feststellungen, zu denen sich selbst Klingelhöfer gezwungen sieht.

Untersuchen wir daher selbst die Marx'sche Feststellungen auf ihre Brauchbarkeit und Gültigkeit für unsere gegenwärtige Situation und konfrontieren wir sie mit den Klingelhöferschen „Korrekturen“.

Die wichtigste Frage: Hat sich das Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnis des Proletariats gegenüber der Kapitalistenklasse grundsätzlich gewandelt?

Gustav Klingelhöfer bejaht diese Frage. Er behauptet, „daß es in der modernen Industriegesellschaft des Westens keine freiverfügbare Kapitalistenklasse und auch keine ihr hilflos ausgelieferte Arbeitsklasse mehr gibt“. Er behauptet weiter, daß heute „eine nicht geringere faktische Abhängigkeit des Kapitals von den das Kapital verwaltenden und die Produktion entwickelnden Menschen entstanden“ sei, „als sie zwischen dem ‚Arbeitgeber‘ und seinem im Lohn- und Gehaltsverhältnis stehenden ‚Beschäftigten‘ besteht.“

Auf gut deutsch heißt das also, daß die Unternehmer heutzutage von den Arbeitern und Angestellten genau so abhängig seien, wie diese von den Unternehmern!

Soweit uns bekannt ist, hat aber nach wie vor der Unternehmer die volle Möglichkeit, seine „Arbeiter zu zehntausenden auf die Straße zu setzen“, „wenn die Geschäftslage dies erfordert“, liegt also Sein oder Nichtsein der Arbeiter in der Entscheidungsgewalt der Kapitalistenklasse; dagegen ist uns keinerlei Tatsache bekannt, die auf eine gleiche Abhängigkeit der Unternehmer von den Arbeitern hindeuten würde.

Klingelhöfer mag mit seiner Theorie vielleicht ein geneigtes Ohr bei solchen Bundestagsabgeordneten finden, die seit 1945 kein Arbeitshaus mehr betreten haben, aber wohl kaum bei den Zehntausenden Bergarbeitern, die zu Feierschichten gezwungen werden, und erst recht nicht bei den rund 2 Millionen Erwerbslosen in Westdeutschland und Westberlin!



Und wenn Genosse Aufhäuser im 3. Reuterbrief feststellen muß, daß sich seit der Währungsreform 1948 „die Neubildung der Betriebsvermögen auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger“ vollzog, daß ferner „die Großunternehmer in Industrie und Landwirtschaft auf den Gebieten der Preis- und Steuerpolitik und der sogenannten Selbstfinanzierung eine geradezu beispiellose Begünstigung bei der Neubildung von Betriebskapital erfahren“ haben, dann scheint uns das doch eine eindeutige Bestätigung der Marxschen Feststellung zu sein, daß der kapitalistische Produktionsprozeß und eine ebenso eindeutige Widerlegung der Klingelhöfer'schen zweckoptimistischen Behauptung, die soziale Frage sei in allen kapitalistischen Industriestaaten der Welt auf dem Wege zur Lösung“.

Die Leichtigkeit, mit der sich Klingelhöfer über alle Erfahrungen der Vergangenheit und alle Tatsachen der Gegenwart hinwegsetzt, ist geradezu erstaunlich.

Er behauptet, heute sei im kapitalistischen Betrieb „das Team“ wichtiger geworden als das „Kommando“. Er spricht von der „Vergesellschaftung auch des variablen Kapitals“, wodurch angeblich das Entstehen einer „produktivitätsfördernden Betriebssolidarität ermuntert“ würde.

Man denke:

1918 eroberten sich die deutschen Arbeiter in der Novemberrevolution weitgehende politische und soziale Rechte. Inzwischen sind 36 Jahre vergangen. Wie ist die Stellung der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik heute im Vergleich zu der von 1918 - 1933? Rechtfertigt die Entwicklung von fast 4 Jahrzehnten die Klingelhöfersche Selbstzufriedenheit? In keiner Weise! Obwohl die politischen und ökonomischen Grundlagen der Macht des Besitzbürgertums 1945 in unvergleichbar stärkerer Masse in Frage gestellt waren als 1918, hat die organisierte Arbeiterschaft heute bei weitem nicht den Einfluß, den sie in der Weimarer Republik hatte!

Das Betriebsverfassungsgesetz ist im Vergleich zum Betriebsrätegesetz der Weimarer Zeit ein erheblicher Schritt zurück.

Die Gewerkschaften befinden sich in Verteidigungsposition gegenüber den massiven Gleichschaltungs- und Verstaatlichungsversuchen der großkapitalistischen Bundesregierung.

Die Monopole kaufen ungeniert politische Macht, benutzen also ihre heute wie damals erhalten gebliebenen ökonomischen Machtpositionen dazu, das demokratische Votum des Volkes zu verfälschen und in das Parlament und die Regierung ihre Vertreter zu bugsieren.

Die sozialen Gegensätze werden nicht gemildert, sondern spitzen sich gefährlich zu.

Symptomatisch dafür ist die rasch wachsende Zahl von Lohnkonflikten, Tarifikündigungen und Streikkämpfen. Die hartnäckige Weigerung der Unternehmer, trotz steigender Gewinne die berechtigten Forderungen der Arbeiter nach Anpassung ihrer Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzuerkennen, sieht ganz und gar nicht wie eine

Illustration zu Klingelhöfers „Betriebssolidarität“, sondern viel eher zu Karl Marx' Mehrwerttheorie aus.

Also auch unsere jüngste Geschichte beweist nicht weniger als die etwas länger zurückliegende Geschichte aller Industrieländer, daß die Hoffnung auf Verwirklichung der sozialen Freiheit und Gleichheit lediglich auf dem Wege über die staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit eine verhängnisvolle Fehlorientierung ist.

Kein Volk hat für diese Fehlorientierung grausamer bezahlen müssen, als das deutsche. Die 12 Jahre der Hitlerdiktatur waren die Quittung der Geschichte für das, was wir zur Sicherung der politischen Freiheit zu tun unterließen, (und was wir auch bis jetzt noch nicht nachgeholt haben!) nämlich, das ökonomische Fundament für die politische Freiheit zu schaffen, einen ersten Schritt voran zur Verwirklichung der sozialistischen Freiheitsidee zu tun!

Klingelhöfer macht den gefährlichen Versuch, diese Zusammenhänge zu verdunkeln, indem er die Herrschaft des Faschismus in Italien und Deutschland in unglaublich schnoddriger Weise als „historische Unglücksfälle Mitteleuropas“ abtut. So kann nur jemand sprechen, der von vornherein die Wiederkehr solcher „Unglücksfälle“ in seine Kalkulation einbezieht, anstatt gerade alle Überlegungen darauf zu richten, wie dem Faschismus für immer der Weg verlegt werden kann. Und tatsächlich nimmt Klingelhöfer die Möglichkeit eines neuen Faschismus in der Bundesrepublik mit erstaunlicher Gelassenheit hin.

Nachdem er nämlich feststellte, daß Hitler durch das „Verhalten der Gruppen um Kirddorff und Thyssen, betreut von Dr. Schacht an die Macht gebracht wurde, fährt er fort:

„Und es gibt absolut keine Garantie dafür, daß nicht eines Tages die funktionslosen Kapitalisten, die heute wieder so gut gedeihen, nicht wieder anderer Meinung sein werden“.

Dieser absolute Mangel einer Garantie vor der Wiederkehr des Faschismus berechtigt Klingelhöfer wohl zu der zuversichtlichen Feststellung, daß „in allen kapitalistischen Industriestaaten der Welt die soziale Frage auf dem Weg der Lösung ist“ ?!

Die einzige Möglichkeit, einen neuerlichen Machtantritt des Faschismus zu verhindern, sieht Klingelhöfer in Folgendem: „Die Unterscheidung liegt nämlich in der Frage, wofür die Leitungsfunktionäre aller privaten und auch öffentlichen und sozialen Produktions- und Verteilungssphären sich entschließen: gegen oder für die Freiheitsidee im Industriezeitalter“.

Mit anderen Worten: Die Entscheidung über Demokratie oder Faschismus liegt nach Klingelhöfer in den Händen derer, die sich 1933 für den Faschismus entschieden und heute bereits wieder diesmal über EVG und Wehrpflichtgesetz das Gewaltinstrument für die Wiederholung dieser Entscheidung schmieden. Zu erwarten, daß diese Kreise sich „für“ und nicht wiederum „gegen“ die „Freiheitsidee“ entscheiden würden, heißt einfach an Wunder glauben.

Mit dieser Feststellung, daß die weitere Entwicklung davon abhängig sei, ob sich die Herren der Monopole (so muß man ja wohl „Leitungsfunktionäre aller privaten Produktions- und Verteilungssphären“ in allgemeinverständlichem Deutsch übersetzen) für oder gegen die „Freiheitsidee“ entscheiden, bestätigt Klingelhöfer, was wir oben bereits feststellten, nämlich, daß er zwar ab und zu „sozialistische Freiheitsidee“ sagt, aber etwas ganz anderes meint: denn soviel Naivität, die Möglichkeit für dankbar zu halten, diese Kreise könnten sich für eine sozialistische Alternative entschließen, wird er wohl kaum irgendeinem seiner Leser zumuten.

Uns aber geht es wirklich um die sozialistische Freiheitsidee! Ihre Verwirklichung können wir niemals von guten oder bösen Willen ihrer hochkapitalistischen Todfeinde erwarten. Sie kann nur im Kampf gegen sie verwirklicht werden.

Wenn für Gustav Klingelhöfer die Entscheidung nur bei den kapitalistischen „Leitungsfunktionären“ liegt, und die Aufgabe der Sozialdemokratie infolgedessen darin bestehen soll, diesen Leitungsfunktionären gut zuzureden, sich „für“ und nicht „gegen“ die „Freiheitsidee im Industriezeitalter“ zu entscheiden - (wobei selbst Klingelhöfer sich ausdrücklich hütet, einen Erfolg solcher Bemühungen zu garantieren!) - liegt nach unserer festen Überzeugung die Entscheidung ganz woanders: Bei denen, für die die Verwirklichung der sozialistischen Freiheitsidee - ohne Anführungsstriche! ihre eigene Befreiung, die ihres Menschentums von den Fesseln kapitalistischer Abhängigkeit und Ausbeutung bedeutet, bei der Arbeiterschaft in allererster Linie.

Bei ihr liegt auch eine - die einzige! - zuverlässige Garantie gegen das Wiederkommen des Faschismus.

Wird sind also der Auffassung, daß der sozialistische Freiheitsbegriff heute noch den gleichen Inhalt hat, den ihm Marx vor 100 Jahren gab, und daß in allen kapitalistischen Ländern die gefährlichsten Feinde jeglicher Freiheit, auch der nur politischen, staatsbürgerlichen Freiheit! - die Industrie- und Finanzherzöge sind.

Dabei muß aber noch eine wichtige Frage beantwortet werden: Klingelhöfer schreibt - und darin stimmen wir ihm zu:

„Alle Erwägungen um ein Grundsatzprogramm der SPD bleiben jedoch unvollständig, wenn sie die Auswirkungen des neuen Welt [ ] zwischen Ost und West auf Deutschland außer acht lassen.“

Klingelhöfer und seine Freunde ziehen daraus die Schlußfolgerung vom „Primat der Außenpolitik“ gegenüber der Innenpolitik (Sering), und begründen damit die Forderung, dem Kampf gegen die Bedrohung der Freiheit durch die Sowjets die innerpolitischen Differenzen zwischen Arbeit und Kapital unterzuordnen.

Klingelhöfer sagt das so:

„Es hat sich als falsch erwiesen, daß die Interessen der Arbeiter und des Kapitals immer noch mit Notwendigkeit einander entgegengesetzt sein müssen ... Muß nicht deutlich gesagt werden, daß die Interessen der Arbeiter und des Kapitals beispielsweise in

der Abwehr des kalten Krieges der Sowjets voll identisch sind?“ (Klingelhöfer im ersten Reuter-Brief).

Hier liegt bereits ein gefährlicher Trugschluß vor! Niemand wird bestreiten, daß die in der westlichen Welt herrschende Ordnung und der dort gültige Begriff der Freiheit durch die Entwicklung im Osten bedroht sind. Aber - das wurde schon des öfteren ausgesprochen - die kommunistische Bedrohung ist viel weniger eine militärische als eine politische - geistige und soziale. Kein westlicher Militärwerber in Bonn, Paris, London oder Washington glaubt im Ernst daran, daß die Sowjets in Europa sich in das Abenteuer einer militärischen Aggression stürzen werden, sosehr man auch zum Zwecke der reibungslosen Bewilligung der enormen Rüstungsbudgets periodisch der Bevölkerung vor einer solchen Möglichkeit das Gruseln beizubringen sucht.

Dennoch ist die Gefahr der Ausbreitung des Kommunismus eine reale Gefahr, wie das Beispiel Frankreichs und Italiens zeigt.

Aber hieraus läßt sich bei klarer Überlegung keine „Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Arbeit und Kapital“ entnehmen, im Gegenteil!

Der Vormarsch des Kommunismus ist nur dort unaufhaltbar, wo es nicht gelingt, den arbeitenden Menschen soziale Sicherheit zu bieten, wo die besitzende Klasse, um es mit einem Wort des „Kommunistischen Manifesten“ zu sagen, „unfähig ist zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern“.

Wir fügen hinzu: Und wo es der Sozialdemokratie nicht gelingt, die sozialistische Freiheitsidee auf dem von ihr erstrebten demokratischen Wege zu verwirklichen!

Klingelhöfers „Lösung“ heißt: Verzicht auf den Kampf um die sozialistische Lösung im Innern im Interesse des gemeinsamen Kampfes von Arbeiter und Kapitalist gegen den kommunistischen Osten.

Wir behaupten, daß dies der sicherste Weg zum Sieg des Kommunismus auch bei uns ist! Weil dieser Weg nämlich einerseits Verschärfung der sozialen Not und der sozialen Gegensätze, andererseits die restlose Kompromittierung der Sozialdemokratie in den Augen der schaffenden Menschen bedeutet.

Denn - sooft auch die Sozialdemokratie schon auf den Klassenkampf von unten verzichtet hat, (Burgfrieden, Arbeitsgemeinschaft usw.) - noch immer wurde dabei den Arbeitern das Fell gegerbt!

Nicht anders heute: Die Zustimmung zur EVG-Politik würde der Sozialdemokratie die Hände gegenüber dem westdeutschen Monopolkapital binden, und es ihr unmöglich machen, für eine wirklich sozialistische Lösung der soziale Frage zu kämpfen.

Um es überspitzt und paradox zu sagen:

Die gefährlichsten Verbündeten der Kommunisten im Inneren - sind die Kapitalisten! Ihr unheilbares egoistisches Profistreiben schafft erst den Nährboden, auf dem kommunistische Propaganda gedeihen kann. Wer deshalb den Kommunismus wirksam bekämpfen will, kann nicht Fürsprecher einer Aufrüstung gegen den Osten sein, - ganz gleich unter welchem Vorzeichen, am wenigsten aber im Zeichen der Wasserstoffbombe! - sondern muß die Kommunisten im Kampf um soziale Gerechtigkeit, im Kampf gegen das Großkapital übertreffen! Entweder - die Sozialdemokratie vermag ihr Bemühen um die Verwirklichung der sozialistischen Freiheitsidee den Massen durch ernste Taten glaubhaft zu machen - oder aber sie wird ruhmlos untergehen!

Die These vom Primat der Außenpolitik ist deshalb eine falsche These.

An ihre Stelle muß gesetzt werden die These vom Primat der sozialistischen Freiheitsidee.

Je nach dem, von welcher Seite - von innen oder von außen - die sozialistische Freiheitsidee der gefährlichsten Bedrohung ausgesetzt ist, muß die Sozialdemokratie die Hauptstoßrichtung ihres Kampfes gegen diese Seite lenken.

Wer will angesichts der großkapitalistischen Restauration in Westdeutschland und der selbst nach Klingelhöfer dort möglichen faschistischen Restauration behaupten, daß die Hauptgefahr ein für allemal von außen kommen müsse?

Ja, es kann mit guten Gründen angezweifelt werden, daß sie heute von außen droht, wie das von Klingelhöfer und seinen Freunden behauptet wird.

Nehmen wir z. B. Westberlin:

Jahrelang nehmen wir gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien unter der Devise der Verteidigung der Freiheit die Frontstellung gegen den Osten ein, gingen mit diesen Parteien durch Dick und Dünn.

Wenn wir heute Bilanz ziehen und uns fragen: Was hat die sozialistische Freiheitsidee dabei gewonnen? - dann können wir zwar darauf hinweisen, daß die Insel Westberlin noch immer standgehalten hat - aber wer hat davon profitiert? Was haben wir an wichtigen politischen und sozialen Errungenschaften - also an Ansatzpunkten für weitgreifende sozialistische Verwirklichungen - nicht alles geopfert und preisgegeben, um schließlich auch noch die Leitung der Verwaltung zu verlieren! Von der Schulreform angefangen über die Sozialversicherung und das 13ler-Gesetz stehen wir überall vor den Trümmern einst so hoffnungsvoll begonnener Projekte, und es ist ein schwacher Trost für die Westberliner Bevölkerung, daß auf diesen Trümmern geschrieben steht: Geopfert dem Kampf für die Freiheit!

Hat die Freiheit wirklich dabei gewonnen! Ist sie heute nicht in viel größerem Masse bedroht als je! Uns will es jedenfalls so scheinen. Die kommunistische Bedrohung ist nicht geringer, sondern größer geworden. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, dem kann nicht entgangen sein, daß sich bereits die ersten Anzeichen einer umgekehrten Ausstrahlung bemerkbar machen. Die Immunität erheblicher Teile der Westberliner Bevölkerung, vor allem der Arbeitslosen, gegenüber den kommunistischen Propagandaparolen läßt nach. Es erweist sich daran nur, was wir schon vorhin sagten: Jedes Erstar-

ken der restaurierten großkapitalistischen Kräfte muß dem Kommunismus überall da neue Kräfte zuführen, wo die Sozialdemokratie darauf verzichtet, den vom Kapital Ausgebeuteten eine klare antikapitalistische, sozialistische Alternative zu zeigen und um sie zu ringen.

Aber - so groß auch die Gefahr von Seiten der Kommunisten - vor allem auch dank der Nachbarschaft des Ostsektors von Berlin - sein mag, der sozialistischen Freiheitsidee und der Demokratie schlechthin droht eine viel akutere Gefahr durch die rücksichtslose [ ] der großkapitalistischen Parteien des Schreiber-Senats. Und im Hintergrund lauert bereits wieder eine durchaus ernstzunehmende Bedrohung der Demokratie durch faschistische Kräfte vom Schlage des Stahlhelms und der andere Früchte vom Stamme der NSDAP. Es wäre verbrecherischer Leichtsin, solche Symptome wie die geplante Januarkundgebung Kesselrings und die durchgeführte Aprilkundgebung Manteuffels zu übersehen oder zu bagatellisieren.

So hat also die von Klingelhöfer und anderen geforderte Politik hier in Berlin, wo sie ja im Prinzip schon lange praktiziert wurde, lediglich dazu geführt, daß die Position der SPD von beiden Seiten, von links und von rechts - von rechts sogar viel stärker als von links! - angegriffen und eingeengt wurde.

Wodurch sind wir in diese Lage gekommen! Dadurch, daß wir eben nicht die sozialistische Freiheitsidee, sondern den Antikommunismus zur alleinigen Richtschnur unseres Handels werden ließen! Sicherlich gehört zum Kampf um die Freiheit auch die Abwehr der diktatorischen Bestrebungen der Kommunisten. Aber er erschöpft sich nicht darin. Sonst gerät man schließlich in die peinliche Lage, die Freiheit Arm in Arm mit den faschistischen Henkern der Freiheit, mit Nazi-Generälen und mit einem Franco zu „verteidigen“! Und dabei geht dann allerdings früher oder später die Glaubwürdigkeit der Freiheitlösungen zum Teufel.

*[Ab hier gekürzt]*

Deshalb macht eine Politik, die ernsthaft die Verwirklichung der sozialistischen Freiheitsidee anstrebt, auch eine Überprüfung unserer Stellung zu den Kommunisten notwendig. Dabei geht es natürlich nicht um die Aufgabe unserer grundsätzlichen Einwendungen gegen das kommunistische Programm und seine Verwirklichung in den Oststaaten, sondern um die Überprüfung unserer Taktik gegenüber den Kommunisten nach innen und außen.

Was das Verhältnis zu den kommunistischen Staaten, insbesondere zur SU anbelangt, so hat der Parteivorsitzende Ollenhauer diese Überprüfung bereits mit seiner Forderung der Kontaktaufnahme mit eingeleitet. Nach innen gesehen aber liegt über jeder Kontaktaufnahme mit Kommunisten noch immer der Bannstrahl. Wir fürchten uns sogar, Forderungen der Kommunisten an Adenauer oder Schreiber, und mögen sie noch so berechtigt sein, zu unterstützen, weil wir glauben, dadurch in gefährliche Nähe der Kommunisten zu geraten. Aber haben wir eigentlich keine Furcht davor, durch offizielle Besprechungen mit prominenten Führern der militärischen Soldatenbünde, wie sie ja

doch schon mehrfach stattgefunden haben, „in gefährliche Nähe der Militaristen und Faschisten“ zu geraten? Sind etwa ehemalige Nazigenerale natürlichere Gesprächspartner für einen Sozialdemokraten, als von Hitler verfolgte Kommunisten?

Wir sind auf den Vorwurf gefaßt, durch eine solche Fragestellung den Kommunisten Vorschub zu leisten. Uns geht es jedoch nicht um die Kommunisten, uns geht es um die Sozialdemokratische Partei. In dieser Partei ist allerdings etwas nicht gesund, wenn wir uns an eine Bündnispartnerschaft mit Leuten als an eine Selbstverständlichkeit gewöhnt haben, deren faschistische Vergangenheit und deren unveränderte faschistische Gesinnung in der Gegenwart erwiesen sind, während allein der Gedanke, mit Kommunisten auch ein Gespräch zu führen, als Ketzerei gilt.

Man entgegnet uns darauf, jedes Zusammengehen mit Kommunisten müsse unterbleiben, weil dadurch nur die kommunistische „Aktionseinheit“ unterstützt würde, bei der die Kommunisten unter dem Aushängeschild gemeinsamer Aktionen nur ihr eigenes Parteisüppchen kochen wollten.

Es versteht sich für uns von selbst, daß die Kommunisten, wenn sie „Aktionseinheit“ vorschlagen, dabei nur ihren eigenen Nutzen im Auge haben.

Aber was ist das für ein seltsamer Einwand? Gehen etwa die bürgerlichen Parteien mit uns Koalitionen ein, um sich selbst zu schaden und uns zu nützen? Ist es nicht umgekehrt bisher immer so gewesen, daß am Ende bei solchen Heiraten wir immer übers Ohr gehauen wurden?

Ist es nicht ein ABC der Politik, daß beim Zusammengehen verschiedener politischer Kräfte jede Seite gerade durch das Zusammengehen zu gewinnen hofft?

Und wenn der Vorsitzende des deutschen Soldatenbundes, Admiral Hansen mit dem Vorsitzenden unserer Partei, Genosse Ollenhauer, verhandelte, will uns etwa jemand glauben machen, daß er dabei nicht die Interessen der hinter ihm stehenden großkapitalistischen und militaristischen Kreise, sondern die Interessen der Sozialdemokratie im Auge hatte?

Warum werden keine Bedenken laut, daß durch solche Gespräche die Militaristen und Faschismus wiederum Oberwasser gewinnen könnten, Bedenken, denen übrigens eine gewisse Berechtigung durchaus nicht abgesprochen werden kann? (Ganz abgesehen davon, daß solche Besprechungen auch den Kommunisten überflüssigerweise billige Agitationsmaterial gegen uns liefern!)

Wenn wir solche Überlegungen anstellen, dann ziehen wir daraus durchaus nicht den Schluß, die SPD müsse jetzt etwa ein sofortiges Kampfbündnis mit den Kommunisten eingehen. Aber wir werden uns entscheiden dagegen, daß es für Sozialdemokraten grundsätzlich verboten sein soll, ein Übereinkommen mit den Kommunisten zu treffen, sogar selbst dann verboten sein soll, wenn ganz offensichtlich auf andere Weise keine Aussicht besteht, unsere sozialdemokratische Forderung und Ziele zu erreichen. Vor

solchen Situation aber werden wir immer stehen, solange wir den Kampf um die Verwirklichung der sozialistischen Freiheitsidee gegen deren kapitalistische Widersacher führen müssen. In Berlin z. B. werden wir den Schreiber-Senat und seine reaktionäre Politik nicht schachmatt setzen können, wenn nicht die ungebrochene und ungeteilte Kraft der Berliner Arbeiter gegen ihn eingesetzt wird. Es wäre daher u. E. ein Fehler, wollte man der Teilnahme der SED an den Herbstwahlen von unserer Seite ein Hindernis in den Weg legen. Wenn uns entgegengehalten wird, daß wir auf diese Weise nur helfen würden, den Einfluß der Kommunisten zu vergrößern, dann muß doch gefragt werden: Woher eigentlich diese Flucht? Wo steht denn geschrieben, daß nicht wir Sozialdemokraten unseren Einfluß vergrößern, wenn wir für bestimmte, genau abgegrenzte Ziele, die im Interesse der schaffenden Menschen liegen, mit den Kommunisten zusammen gehen?

Ist eine solche Flucht nicht Ausdruck des Zweifels an der Durchschlagkraft unserer Idee?

Wir werden selbstverständlich niemals darauf verzichten, von unseren Positionen aus die schärfste Kritik zu üben an all dem, was uns an den Methoden in der kommunistischen Politik und der kommunistischen Herrschaft in der Ostzone, im Osten überhaupt, verwerflich erscheint. Aber gerade weil wir davon überzeugt sind, daß der von uns gewiesene Weg zur Verwirklichung des Sozialismus der einzig richtige ist, sind wir auch überzeugt davon, daß wir im Ringen um den arbeitenden Menschen den Sieg davontragen werden.

Was aber für uns das Wichtigste ist: Wir müssen nicht noch einmal erleben, daß wir Sozialdemokraten uns mit den Kommunisten in faschistischen Zuchthäusern und Konzentrationslagern über unsere Differenzen auseinandersetzen müssen, weil wir uns nicht rechtzeitig über den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu verständigen versuchten!

#### Fassen wir zusammen:

1. Wir sind der Meinung, daß die sozialistische Freiheitsidee das feste Fundament unserer Politik darstellen muß.
2. Wir meinen dabei wirklich die unverfälschte sozialistische Freiheitsidee, die nicht nur den Katalog der Menschenrechte, sondern auch die ökonomische Untermauerung der politischen Freiheit, die Freiheit von Ausbeutung, umschließt.
3. Wir halten die Konzeption Klingelhöfer und seiner Freunde für zutiefst falsch und vergeblich, weil sie in Wirklichkeit die Freigabe der sozialistische Freiheitsidee bedeutet, indem sie die SPD zum linken Flügel aller restaurativen, antisozialistische Kräfte macht, statt zum Mittelpunkt aller antikapitalistischen, sozialistischen Kräfte.
4. Klingelhöfer erhofft sich von seiner Konzeption eine „Erneuerung“ der SPD. Davon kann keine Rede sein. Die Anbiederung bei Adenauer und dessen amerikanischen Gönnern bedeutet keinerlei Garantie dafür, daß die SPD von diesen Kreisen zu gegebener Zeit nicht wieder - wie 1933 - über Bord geworfen wird; sie führt aber mit Sicherheit



zum Verlust des Vertrauens bei den arbeitenden Menschen und überläßt den Kommunisten das Monopol als einzige antikapitalistische und antifaschistische Kraft.

5. Deshalb gilt es innerhalb der Partei einen entschiedenen Kampf gegen diese, vor allem in den „Reuter-Briefen“ verbreiteten Auffassungen zu führen, und bei allen Genossen das Bewußtsein dafür zu wecken, daß es bei dieser Auseinandersetzung um Sein oder Nichtsein der Partei geht.

6. In der praktischen Politik der Partei muß der Kampf um die sozialistische Zielsetzung wieder die Vorrangstellung erhalten, die allein die Erreichung dieser Ziele gewährleistet. Das macht erforderlich, daß die Partei unter den gegebenen Umständen in Westberlin und Westdeutschland im Innern den Kampf führt vor allem gegen den immer stärker werdenden Klassenkampf von oben, sowie gegen die Adenauersche Remilitarisierung im Zeichen der EVG.

Darüber hinaus aber darf das Ziel der Ökonomischen Sicherung der politischen Rechte und Freiheiten nicht aus dem Auge gelassen werden; vielmehr müssen alle Schritte der Partei unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie uns der Erreichung dieses Ziele näherbringen.

Nur so werden wir die sozialistische Freiheitsidee verwirklichen können.



## § 12 Marxismus und Sozialismus

## Herbert Münchow

### Die Aktualität von Marx in den heutigen Debatten um sozialistische Programmatik - 12 Thesen

Für Prof. Dr. Hanfried Müller - den spiritus rector  
der „Weißenseer Blätter“ in Dankbarkeit  
für jede geistige Anregung dieser streitbaren Reihe.

1. Sozialistische Programmatik als mittel- und langfristige Handlungsorientierung für den Kampf um eine alternative sozialistische Gesellschaftsordnung bedarf der marxistischen Theorie. Ansonsten reduziert sie sich auf eine reine „Utopie“, auf die Rechtfertigung von Pragmatismus und letztlich auf ein sozialistisch drapiertes Rahmendokument für politische Reklame im Kampf um Wählerstimmen und Parlamentsmandate. Der Aufgabe, einen spezifischen Beitrag zur Vereinigung der Marxisten mit den sich ihrer Klassenlage bewußt gewordenen oder bewußt werdenden Arbeitern bzw. Lohnabhängigen zu leisten, könnte sie überhaupt nicht gerecht werden.

Nach einer in ihren geschichtlichen Ausmaßen bislang unbekanntem, den Umschwung einer ganzen Epoche beinhaltenden Konterrevolution bedeutet sozialistische Programmatik im Marxschen Sinn, sich dieser Situation nicht etwa anzupassen, sondern an der Erkenntnis festzuhalten: „Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde“. (MEW, Bd. 33, S. 209) Die Menschen machen nach Marx „ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf der Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflußt werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden, allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden.“ (MEW, Bd. 39, S. 206)

Diesen theoretischen Grundgedanken marxistischer Programmatik hat Engels im Vorwort zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifestes von 1888 dahingehend verallgemeinert: „daß in jeder geschichtlichen Epoche die vorherrschende wirtschaftliche Produktions- und Austauschweise und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung die Grundlage bildet, auf der die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche sich aufbaut und aus der allein sie erklärt werden kann; daß dem gemäß die ganze Geschichte der Menschheit (seit Aufhebung der primitiven Gentilordnung mit ihrem Gemeinbesitz an Grund und Boden) eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen; daß die Geschichte dieser Klassenkämpfe eine Entwicklungsreihe darstellt, in der gegenwärtig eine Stufe erreicht ist, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse - das Proletariat - ihre Befreiung vom Joch der ausbeutenden und herrschenden Klasse - der Bourgeoisie - nicht erreichen kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft ein für allemal von aller Ausbeutung und Unterdrückung, von allen Klassenunterschieden und Klassenkämpfen zu befreien.“ (MEW, Bd. 4, S. 581f)

Marx' Methode besteht „vor allem darin, daß der *objektive* Inhalt des geschichtlichen Prozesses im jeweiligen konkreten Augenblick, in der jeweiligen konkreten Situation berücksichtigt, daß vor allem begriffen wird, die Bewegung *welcher* Klasse die Haupttriebfeder für einen möglichen Fortschritt in dieser konkreten Situation ist.“ (LW, Bd. 21, S. 132)

2. Die sozialistische Programmatik von Marx hat ihre wechselvolle Geschichte. Einzelne Sätze können veralten und sind veraltet. Darauf haben Engels und Marx in den Vorworten zum Kommunistischen Manifest wiederholt hingewiesen. Nicht veraltet ist der emanzipatorische Grundgedanke, daß es keine starke sozialistische Partei geben kann, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt. Nicht veraltet ist auch die grundlegende Linienerführung marxistischer Propaganda: 1.) Der Klassenkampf ist der dominierende Faktor in der Gesellschaft, 2.) die Arbeiterklasse muß die politische Macht erobern. Das Manifest ist gerade heute in sehr bestimmter Weise insgesamt aktueller denn je. Wer wollte dies bestreiten? Aber es ersetzt nicht „Das Kapital“ und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, wie es auch nicht das konkrete Studium der neuen Bedingungen ersetzt. Von dem Moment, „wo die bürgerliche Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Distributionsverhältnisse als *geschichtliche* erkannt sind, hört der Wahn, sie als Naturgesetze der Produktion zu betrachten, auf, und eröffnet sich die Aussicht auf eine neue Gesellschaft, ökonomische Gesellschaftsformation, wozu sie nur den Übergang bildet.“ (MEW, Bd. 26. 3., S. 422) Den Beginn des 21. Jahrhunderts erleben wir inmitten eines neuen brutalen Zyklus der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrer verheerend wirkenden monopolkapitalistischen Struktur. Erneut bestätigt sich die These des Kommunistischen Manifestes: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.“ (MEW, Bd. 4, S. 465)

Der heutige Stand der Produktivkraftentwicklung ermöglicht es zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte, die materiellen Bedürfnisse eines jeden zu erfüllen und zur kulturellen und politischen Freiheit aller zu gelangen. Das Ende des Realsozialismus, d. h. ein sich ungehemmt entwickelnder Raubtierkapitalismus weisen unter den Bedingungen einer noch weitgehend „schlummernden“ Arbeiterklasse in eine andere Richtung. Wer soll in dieser konfliktgeladenen Situation den Trend des Kapitalismus zur Barbarei aufhalten? Wer soll den Lauf der Geschichte ändern und ihn auf eine sozialistische Gesellschaft richten? Unübersehbar ist, daß sich eine Entwicklung zur systematischen Verkümmern des kritischen Denkens vollzieht. Die Zerstörung der Vernunft wird zum Zeitgeist. Nur wenige erkennen darin einen Anschlag auf das physische Leben des Volkes selbst, ja eine direkte Folge dieses Anschlages. Der Sozialismus, einst eine machtvolle Bewegung und ernsthafte Überzeugung klassenbewußter Arbeiter, droht weiterhin - trotz des empirisch wieder wahrnehmbaren Interesses am Denken von Karl Marx - zur unverbindlichen Kommunikationsformel ehemals praktisch-kämpferisch auftretender Parteien zu verkommen. Gestützt auf eine Schicht der Gesellschaft, die teilhat an den pekuniären Vorteilen der Macht, betreiben deren Oberschichten eine Politik der Integration in das ideologische und politische System hegemonialer Kapitalherrschaft. Ihr besonderer Dienst besteht darin, daß sie die Ideologie des Bourgeoisozialismus - „die Bourgeois (sind) Bourgeois ... - im Interesse der arbeitenden Klasse“ (MEW, Bd. 4, S.

489) - unter neuen Vorzeichen wieder „salonfähig“ machen und dadurch zur weiteren Vertiefung der Krise des subjektiven Faktors beitragen.

Es kann für Sozialisten nicht darum gehen diese Krise zu beklagen, sondern ihre Energie darauf zu konzentrieren, die geschichtliche Bewegung für eine alternative sozialistische Gesellschaft zu reaktivieren. Unsere Epoche darf nicht nur einen Übergang in einem entfesselten Kapitalismus/Imperialismus zur globalen Anpassung der Gesellschaft an den Aneignungstrieb internationaler Kapitalistenverbände bedeuten, sondern muß vor allem eine Periode der Erneuerung sozialistischer Bewegung zur Formierung von Gegenmacht werden. Mit den früheren, noch unter materiell unausgereiften Bedingungen entstandenen Formen des Sozialismus wurde ein die soziale Ungerechtigkeit der Bourgeoisordnung entlarvender sozial gerechter Ausgangspunkt von welthistorischer Wichtigkeit gewonnen. Sicherlich: Der DDR ist „weggenommen worden ein schlechter Sozialismus und gegeben worden ein schlechter Kapitalismus...Also die Leute müssen noch lernen“, und lernen es jetzt, „daß der schlechteste Sozialismus immer noch besser ist, als der beste Kapitalismus.“ (Peter Hacks) Aber ein neuer Sozialismus kann natürlich nicht als Rekonstruktion des früheren Sozialismus entstehen, es würden dann auch seine Mängel rekonstruiert, die von anderen Voraussetzungen ausgingen als den heutigen und den künftigen.

3. Der Marxschen dialektisch-materialistischen Denktradition liegt es fern, den derzeitigen Widerspruch zwischen Ziel und Bewegung (die Massen bewegen sich noch nicht zu den Kommunisten - allerdings dem Märchen vom „Gespenst“ könnten sie schon ihr Programm entgegenstellen) durch eine Neuauflage utopistischer Theorien oder sektiererischer Glaubensbekenntnisse ideologisch zu überbrücken. Marxisten stehen heute nicht nur vor der Alternative „Sozialismus oder Barbarei“, sondern auch vor der Entscheidung angesichts der neoliberalen Offensive gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, „den Kampf aufzunehmen oder ohne Kampf zu erliegen“ (Marx). „Wir sagen ihr „(der Welt) „nicht: Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben.“ (MEW, Bd. 1, S. 345)

Friedrich Engels charakterisierte den Kern der Marxschen Denktradition mit den Worten: „Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem *er* zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewußtsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte - das war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element.“ (MEW, Bd. 19, S. 336) Die Marxsche Doktrin verband Theorie und Praxis des Klassenkampfes zu einem untrennbaren Ganzen, indem sie das Problem löste, an dem der utopische Sozialismus scheiterte - in der gegebenen Gesellschaft Kräfte zu finden und aufzuklären, die zu ihrer grundlegenden Umgestaltung in Richtung des Sozialismus fähig sind. „Marx hat die moderne Arbeiterklasse als historische Kategorie, das heißt als eine Klasse mit bestimmten geschichtlichen Daseinsbedingungen und Bewegungsgesetzen, sozusagen entdeckt.“ (Rosa Luxemburg)

Die Arbeiterklasse von heute, die Klasse, die den Mehrwert produziert, ist sicher unter vielen Gesichtspunkten eine andere, als zu Lebzeiten von Marx. Daraus aber abzuleiten, daß die Verwirklichung des „radikalsten emanzipatorischen Planes“ (Ernest Mandel) - der Ausräumung aller gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen der Mensch ein ge-

knechtetes, elendes, verstümmeltes, unterdrücktes, ausgebeutetes und entfremdetes Wesen ist - doch nur eine Utopie sei, käme einer vollständigen Kapitulation vor der Barbarei gleich. Denn: „Die Lebenslage des Proletariats wird...von den denselben Gesetzen der kapitalistischen Produktion bewegt, auf und ab gezerrt, und das Proletariat bildet erst mitsamt der breiten Schicht der ländlichen Arbeiter wie mit seiner Armee der Arbeitslosen und mit allen Schichten, von der obersten bis zu den untersten, ein organisches Ganzes, eine soziale Klasse, an deren verschiedenen Abstufungen der Not und des Druckes man das kapitalistische Lohngesetz im ganzen richtig erfassen kann.“ (Rosa Luxemburg) Man kann die Interessen der Arbeiterklasse nicht vertreten, wenn man nur die Interessen einer ihrer Schichten vertritt, auch dann nicht, wenn man von der Arbeiterklasse erwartet, sie solle sich nur um sich selbst kümmern. Den Kapitalismus trifft der Marxsche Vorwurf, daß er *überhaupt* ein Proletariat hervorbringt, eine Bevölkerungsklasse, die durch ihre ökonomischen Lebensbedingungen gezwungen ist, den einzigen Besitz, über den sie zum Lebensunterhalt wirklich verfügt - die Arbeitskraft -, als Ware gegen Lohn an die Eigentümer der kapitalistischen Betriebe zu verkaufen - und dabei letztlich nicht reicher, sondern ärmer wird, relativ immer, absolut in bestimmten Situationen. Auf diese Weise produziert die Arbeiterklasse, deren kommerzieller Teil für das Kapital nicht weniger notwendig ist, wie ihr direkt produktiver Teil - das industrielle Proletariat - das Einkommen der oberen Gesellschaftsklassen. Diese Klasse, welche die Kernschicht einer „Arbeitnehmerklasse“ ist, wenn wir vom Standpunkt des Gesamtarbeiters urteilen, unterliegt derselben Ausbeutung wie das gesamte werktätige und abhängige Volk. Der Marxismus begreift und verdeutlicht die heranwachsende soziale Revolution von ihrer realen Basis her, den Volksmassen. Marx begründet die Notwendigkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus nicht „rein ökonomisch“. Er begründet ihn mit dem Nachweis solcher sozialen Verhältnisse, in denen das Fortbestehen des Kapitalismus für die unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen lebenden Menschen unerträglich, die Revolution also notwendig wird.

Marx hat die fast *vollständige* Verdrängung der Arbeiterklasse aus der unmittelbaren Produktion als *Grenzsituation* für den Kapitalismus analysiert: „Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Zahl der Arbeiter verminderte ... würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs setzen würde.“ (MEW, Bd. 25, S. 273 f) Nach Marx kommt in dieser von ihm selbst immer wieder aufgezeigten Möglichkeit nicht nur des relativen, sondern auch des absoluten Rückganges der zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterklasse, die schon David Ricardo als ein Resultat der kapitalistischen Anwendung der Maschine dargestellt hat, für die im Ersten Band des Kapital mehrere Beispiele genannt werden, die am Exempel einer Analyse der Entwicklung in den USA, die Eugen Varga gab, eine heftige Debatte in der Kommunistischen Internationale auslöste, die zeigt, daß die Lohnsklaverei nicht mit der höheren Bezahlung aufgehoben wird, da der Arbeiter nicht zum Kapitalisten, sondern zum Pauper wird, die sich verstärkt, je mehr sich der Kapitalismus unter imperialistischen Bedingungen seinem „Idealbild“ annähert, d. h. der „Autarkie“ - somit eine wachsende gesellschaftliche Schicht aus armen Erwerbstätigen und arbeitslosen Armen existiert, der gegenüber die beschäftigten Proletarier in den Großbetrieben relativ privilegiert sind - die „spezifische Schranke“ der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck. Aber die Verwirklichung dieser Möglichkeit erfolgt unter solchen widersprüchlichen Umständen, daß es für eine sozialistische Partei als völlig verantwortungslos gelten muß, die Suche nach den

„geschichtlichen Akteuren“ der Gegenwart mit der These vom „verschwindenden Proletariat“ zu beginnen. Die sog. „aufgelöste Arbeiterklasse“, die ihre Grenze im Lohnsystem selbst hat, bildet das *Hauptmerkmal* der gewaltigsten geschichtlichen Krise, die der Kapitalismus jemals erlebt hat. Deshalb darf man sich gerade heute vom Proletariat nicht abwenden, sondern muß sich ihm zuwenden.

Es kann für Sozialisten nicht darum gehen, Zweifel an der Arbeiterklasse als *historischem Subjekt* zu säen. Auf der Grundlage theoretischer Hegemonie des marxistischen Denkens in einer sozialistischen Partei müssen sie dieses Subjekt durch politische und organisatorische Gewinnung einer „strukturellen Hegemonie“ (W.F. Haug), eines Bündnisses der Träger von Arbeit, Wissenschaft, Kultur, Moral neu formieren. Die materielle Basis für die Lösung dieser Aufgabe bildet die vereinende Rolle des Kapitalismus. Die daraus notwendig hervorgehende Tendenz der geistigen Differenzierung vom Privateigentum erfordert zu ihrer Durchsetzung heute vor allem die Bekämpfung der Spaltung des Sozialismus durch den Imperialismus, die Überwindung aus der Vergangenheit überkommener gegenseitiger Verengungsfehler unter den Marxisten - ihre Sammlung, ihr Bündnis überhaupt.

Nach Marx kann man die „Parole des Kampfes“ nicht ausgeben, ohne materielle Interessen - Klasseninteressen - zu artikulieren. Alle Politik der Arbeiterklasse muß letztlich die ökonomische Befreiung der Arbeit zum Ziel haben. Der Sinn der theoretischen Untersuchungen von Marx bestand darin, das „ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen“ (MEW, Bd. 23, S. 15 f); nachzuweisen, daß es geschichtlich ein besonderes Stadium des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Sozialismus geben muß. Auch die Analyse der aktuellen Entwicklungen im heutigen Imperialismus kann auf die ökonomischen Untersuchungen von Marx, seine programmatischen und taktischen Schlußfolgerungen, nicht verzichten. Ihre grundlegende Prämisse ist der *Kapitalismus*, der sich entwickelt hat, also das Wirken der im „Kapital“ dargelegten ökonomischen Gesetze unter geschichtlich veränderten Bedingungen. Die Probleme für die sozialistische Programmatik treten vor allem dort auf, wo außer Acht gelassen wird, daß es keine Tendenz ohne Gegenteil gibt. Die sozialistische Bewegung entspringt der Wechselwirkung von Kapitalismus und Klassenkampf. Das Monopol mit seiner „Planung“ hebt auch als Staatsmonopol den Kapitalismus nicht auf, das *System der Lohnarbeit* besteht weiter.

4. Zu Unrecht berufen sich jene auf Marx, die unter Hinweis auf die Bedeutung der praktischen Politik die Geringschätzung von Programmatik behaupten. „Jeder Schritt wirklicher Bewegung, demokratischer Bewegung, Arbeiterbewegung und Arbeiterbewegung ist wichtiger als noch so präzise ausgedachte Programmformulierungen“ - so zitierte Herbert Wehner recht freizügig Marx aus seinem Brief an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875 auf dem Godesberger Parteitag der SPD. Marx wird hier in der größten Weise verfälscht, denn zum einen bekräftigt er lediglich das Primat praktischer Schritte in Richtung Sozialismus gegenüber bloßen Programmauswertungen, zum anderen sagt er im gleichen Zusammenhang: „Macht man Prinzipienprogramme (statt dies bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt.“ (MEW, Bd. 19, S. 14) Das Programm soll die Bewegung festigen, nicht spalten. „Unsere Theorie ist kein Dogma, sondern die Darlegung eines Entwick-



lungsprozesses“, betonten Engels und Marx wiederholt - wobei sie ergänzten: „und dieser schließt aufeinanderfolgende Phasen ein.“ (MEW, Bd. 36, S. 589) Die Bewegung kann nicht mit dem „vollen Bewußtsein der Theorie“ beginnen. Sie arbeitet sich durch Erfahrung und theoretische Diskussion auf diese Höhe empor.

Der Abfassung des Kommunistischen Manifestes, dem wichtigsten programmatischen Dokument, das uns Marx und Engels hinterlassen haben, ging eine theoretische Krise im Bund der Gerechten voraus. Der Fortschritt der Bewegung war ohne einen Fortschritt des Bewußtseins, der Selbsterkenntnis des Proletariats, nicht zu erreichen. Das Manifest brachte diesen Fortschritt. Auf seiner Linie bewegen sich die Programme aller Parteien, die der Marxschen Denktradition folgen. Sie sind sich bewußt, daß zur Aufhebung des „wirkliche(n) Privateigentum(s)“ eine „wirkliche kommunistische Aktion“ gehört, daß „jene Bewegung“, die sie „in *Gedanken* schon als eine sich selbst aufhebende wissen, ... in der Wirklichkeit einen sehr rauhen und weitläufigen Prozeß durchmachen (wird).“ (MEW, EB 1, S. 553) Wie Marx sehen es diese Parteien als einen Fortschritt an, daß die Bewegung ein sie „überbietendes Bewußtsein“ erworben hat - sich theoretisch auf dem Standpunkt des *Ganzen* befindet. Mißerfolge in der politischen Praxis stehen auch im Zusammenhang mit theoretischer Rückständigkeit. Der Sozialismus von Marx ist eine Einheit von zwei Bewegungen, einer theoretischen und einer praktischen. Im daraus resultierenden Wechselverhältnis beweist er seine Aktualität.

Die Programmdebatten sich reformkapitalistisch wandelnder sozialistischer Parteien haben mit dieser Denktradition gebrochen. Sie behandeln das von Marx so hoch geschätzte „überbietende Bewußtsein“ als einen Nachteil, ein Hindernis. In Gedanken heben sie das kollektive Eigentum auf, nicht das private. Sie schöpfen ihre Poesie aus der Restauration der alten Welt und betrachten die Bewegung von der Seite, die rückwärts gerichtet ist. Dieser Trend reicht zurück bis in den vormonopolistischen Kapitalismus. Engels und Marx haben in England die Tendenz von „zwei Parteien“ in der Arbeiterbewegung seit 1858 beobachtet. Ein monopolistischer Extraprofit ermöglichte ein bürgerliches Proletariat, eine „bürgerliche Arbeiterpartei“.

Der Übergang zum Imperialismus seit 1898 verwandelte die Ausnahme in eine Regel. Die „bürgerliche Arbeiterpartei“ wurde fester Bestandteil des monopolistischen Herrschaftsverhältnisses. Diese Partei wendet sich vor allem an diejenigen, die von der „bürgerlichen Ehrbarkeit“ angesteckt sind. Sie sieht „im Elend nur das Elend“, ohne die „revolutionäre, umstürzende Seite darin zu erblicken“ (Marx). Ihr Programm lautet: Wenn man „die oberen Schichten der Gesellschaft oder nur ihre wohlmeinenden Elemente gewinnen will, so darf man sie beileibe nicht erschrecken.“ (MEW, Bd. 34, S. 403) In der Herausbildung einer Schicht von gut bezahlten Funktionsträgern in der Politik liegt die entscheidende Ursache dafür, daß auch heutige Programmdebatten von deren materiellen Sonderinteressen dominiert werden können.

5. Sinn und Zweck eines sozialistischen Parteiprogramms Marxscher Denktradition ist nicht die Synthese, die „Identitätsstiftung“ aller möglichen Spielarten des Sozialismus, sondern die öffentliche und selbstbewußte Repräsentation der objektiven Interessen des Proletariats vor dem ganzen Volk. „Die Aufgabe des ‚Kommunistischen Manifestes‘ war die Proklamation des unvermeidlich bevorstehenden Untergangs des heutigen bürgerlichen Eigentums.“ (MEW, Bd. 22, S. 55) Marx und Engels ließen keinen Zweifel daran,

daß von den verschiedenen Arten des Sozialismus nur eine einzige dem Proletariat als geistige Grundlage dienen kann, nämlich die des Manifestes selbst.

Denn, so Engels an Gerson Trier am 18. Dezember 1889: „Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig - und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten -, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen andern und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei.“ (MEW, Bd. 37, S. 326) Als Aufgaben der Partei (und Pflichten der Parteimitglieder) ergaben sich: Hervorhebung der „von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats“; in den „verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten“; durch „die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung“ den Arbeitern helfen, ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln (Kommunistisches Manifest, MEW, Bd. 4, S.474) ; den „Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten“ (Erfurter Programm der SPD von 1891); „der zielbewußte Teil des Proletariats zu sein“ (Programm der KPD von 1918). Kern der Organisierung des Proletariats zur Partei ist die *Parteibildung des Proletariats* selbst.

Hinsichtlich des Programmzwecks vertrat der Bund der Gerechten bzw. der Bund der Kommunisten die Auffassung: Das Programm solle „allen zur Richtschnur dienen“; es solle erklären, „was wir sind und was wir wollen“; eine „feste Partei“ mit „gewissen festen Anhaltspunkten“ solle entstehen; weil man an „der Spitze der Bewegung“ stehe, müsse man auch „eine eigene Fahne haben“, um die sich alle scharen; man müsse „nicht unter der großen Philisterarmee herumstreifen“; öffentlich seien „die Grundsätze des Bundes“ zu proklamieren. (Der Bund der Kommunisten, Berlin 1970, Bd. 1, u. a. S. 454) Schließlich hieß es im Kommunistischen Manifest: „Es ist hohe Zeit, daß die Kommunisten ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke, ihre Tendenzen vor der ganzen Welt offen darlegen und dem Märchen vom Gespenst des Kommunismus ein Manifest der Partei selbst entgegentellen.“ (MEW, Bd. 4, S. 461)

Nach Marx kann es keinen *nicht*-klassenmäßigen Sozialismus und keine *nicht*-klassenmäßige Politik geben, also auch kein *nicht*-klassenmäßiges Parteiprogramm. Aber gerade zu einer Zeit, wo die organische Arbeitslosigkeit zum festen Bestandteil der ökonomischen und sozialen Situation in der Gesellschaft geworden ist, wo sich eben deshalb die sozialökonomische Spaltung der Gesellschaft in Lohnarbeit und Kapital immer weiter verschärft, soll der Sozialismus auf eine vage „Vision“ beschränkt werden, also den Marxismus, der sich vor kühner Voraussicht, die durch den Klassenkampf selbst möglich wird, nicht fürchtet ausgliedern. Und mit Marx trifft man Lenin - wie man mit Lenin Marx trifft. Statt Arbeiterpartei „Sowohl-als-auch-Partei“, für die es wohl eine Klassengesellschaft, aber keinen Klassenstaat gibt, wobei die äußeren Formen international wechseln und innerhalb der Parteien durchaus Streit möglich ist.

Das „Züricher Dreigestirn“ (Höchberg, Schramm und Bernstein) dachte ähnlich. Marx und Engels setzten sich in ihrem Zirkularbrief an August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Bracke vom 17./18. September 1879 damit auseinander. Dem damals noch zaghaften Ruf nach einer allseitigen Partei aller von wahrer Menschenliebe erfüllten Männer, statt einer einseitigen Arbeiterpartei, hielten die beiden „Alten“ entgegen: „Was uns betrifft, so steht uns nach unserer ganzen Vergangenheit nur ein Weg offen. Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte, und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als

den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehn, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen. Wir haben bei Gründung der Internationalen ausdrücklich den Schlachtruf formuliert: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir können also nicht zusammengehn mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien, und erst von oben herab befreit werden müssen durch philanthropische Groß- und Kleinbürger.“ (MEW, Bd. 34, S. 407f)

6. „Jedem Menschen ist es unbenommen, über Marx zu denken, wie er will, aber wer wider Marx ist, der soll nicht so tun, als ob er für Marx sei.“ Diese Worte von Franz Mehring richten sich heute an alle, die den materialistischen Ausgangspunkt sozialistischer Programmatik zurückgenommen haben und dennoch behaupten, mit Marx zu sein.

Marxismus ist weder die Übernahme einzelner Termini, die zu einem kunstvollen System leerer Worthülsen vereinigt werden, noch der „harmlose Kolophoniumblitz des ‚reinen Denkens‘ „ (Rosa Luxemburg). Er stellt eine theoretische Anleitung zum Handeln dar und betrachtet die Wirklichkeit vom Standpunkt der ihr immanenten Parteilichkeit, der realistischen Objektivität, der *Weltveränderung*. Seinen allgemeinen Leitsätzen steht die Offenheit der Geschichte gegenüber. Neue Erscheinungen sind nicht an alten Formen zu messen - wie Marx selbst immer wieder unterstrichen hat - sondern darauf anzusehen, ob sie neue Erkenntnisse für den proletarischen Emanzipationskampf liefern, unbekümmert darum, ob dabei diese oder jene alte Formel in die Brüche geht.

Deshalb betonte Lenin, indem er sich auf G. W. Plechanow berief: Die „Marxisten entlehnen der Marxschen Theorie vorbehaltlos nur die wertvollen Methoden, ohne die eine Aufhellung der gesellschaftlichen Verhältnisse unmöglich ist, und sehen folglich das Kriterium für ihre Beurteilung dieser Verhältnisse keineswegs in abstrakten Schemata und ähnlichem Unsinn, sondern darin, ob diese Beurteilung richtig ist und mit der Wirklichkeit übereinstimmt.“ (LW, Bd. 1, S. 189) Im Kommunistischen Manifest hatten Marx und Engels dieses Kriterium in die Worte gefaßt: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“ (MEW, Bd. 4, S. 474f) Dies war der Maßstab, den Marx und Engels an alle sozialistischen Programme angelegt haben. Der kompromißlose Schlußpunkt unter Marx' „Randglossen“ zum Gothaer Programm: „Dixi et salvavi animam meam.“ - „Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet.“ - (MEW, Bd. 19, S. 32), bedeutet: Ich lehne die geistige Vaterschaft für dieses Programm ab, denn es ist ein Rückschritt - ein Prinzipienschacher - und steht nicht „auf dem Boden der heutigen Wissenschaft“ - was beim Erfurter Programm der SPD von 1891 völlig anders war, wie Engels in seiner Kritik des ersten Entwurfes lobend hervorhob. (MEW, Bd. 22, S. 91f, 227). Marx hielt es mit der Devise: „Jedes Urteil wissenschaftlicher Kritik ist mir willkommen. Gegenüber den Vorurteilen der sogenannten öffentlichen Meinung, der ich nie Konzessionen gemacht habe, gilt mir nach wie vor der Wahlspruch des großen Florentiners: Segui il tuo corso, e lascia dir le genti!“ - „Geh deinen Weg, und las die Leute reden!“ (MEW, Bd. 23, S. 17)

7. Das sozialistische/kommunistische Programm des Marxismus beruht auf zwei großen theoretischen Entdeckungen: Der materialistischen Geschichtsauffassung und der Mehrwerttheorie. Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft. Marx deckte das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung auf. Er löste das Problem, die kapitalistische Produktionsweise „einerseits in ihrem geschichtlichen Zusammenhang und ihrer Notwendigkeit für einen bestimmten geschichtlichen Zeitabschnitt, als auch die Notwendigkeit ihres Untergangs, darzustellen, andererseits aber auch ihren innern Charakter bloßzulegen.“ (MEW, Bd. 19, S. 209)

Die daraus folgende programmatische Konsequenz lautet: Die Emanzipation der Klasse der Produzenten umfaßt alle Menschen, ohne Unterschied von Geschlecht und Rasse. Die Produzenten können nur dann frei sein, wenn sie im Besitz der Produktionsmittel sind. Es gibt nur zwei Formen, in denen die Produktionsmittel gehören können. Die individuelle Form wird durch den industriellen Fortschritt mehr und mehr überwunden. Der Kapitalismus erzeugt in Form der Vergesellschaftung der Arbeit die materiellen und geistigen Elemente der kollektiven Form. Die kollektive Aneignung kann nur von einer revolutionären Aktion der Klasse der Produzenten - dem Proletariat -, in einer selbständigen politischen Partei organisiert, ausgehen. Eine „solche Organisation“, heißt es in Marx' Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei vom 30. Juni 1880 weiter, „ist mit allen Mitteln“ anzustreben, „über die das Proletariat verfügt, ... einschließlich des allgemeinen Wahlrechts, das so aus einem Instrument des Betrugs, das es bisher gewesen ist, in ein Instrument der Emanzipation umgewandelt wird“. (MEW, Bd. 19, S. 238)

Der Sozialismus von Marx stellt sich dar als eine objektiv bedingte dialektische Einheit von Ziel, Bewegung und Wertesystem: „Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird.“ (MEW, Bd. 4, S. 481) Soweit der Sozialismus theoretisch ist, ist er „der theoretische Ausdruck der Stellung des Proletariats in diesem Kampfe und die theoretische Zusammenfassung der Bedingungen seiner Befreiung.“ (MEW, Bd. 4, S. 322) Aus der Forderung nach „Freiheit und Gleichheit“ wurde die Forderung nach „Abschaffung der Klassen“.

Die Ziele der sozialistischen Bewegung ergeben sich aus den realen Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft und aus den herangereiften Entwicklungspotentialen. Diese Erkenntnis ist maßgebend für den speziellen Typus Marxscher sozialistischer Programmatik: Im Mittelpunkt stehen die Zeitanalyse und die Kapitalismusanalyse, die ökonomische und politische Analyse - die materialistische Analyse *aller* Seiten der Gesellschaft. Die sozialistische Idee wird so zum Ausgangspunkt einer „rücksichtslosen Kritik alles Bestehenden“ (MEW, Bd. 1, S. 344), die sich weder „vor ihren Resultaten“ noch vor „dem Konflikt mit den vorhandenen Mächten“ fürchtet. (MEW, Bd. 1, 344) Die durch sie gewonnenen Prinzipien sind „Leitsterne“ zur Orientierung, die den allgemeinen Bedingungen eines Kampfes entsprechen, der in seinem Wesen einheitlich ist, aber in der Form und seinen einzelnen Phasen von den geschichtlichen Umständen modifiziert wird. Die Kritik, so Marx in der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, zerpflückt „die imaginären Blumen an der Kette“ nicht, „damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche.“ (MEW, Bd. 1, S. 379) Erinnert werden wir hier an den „roten Pater“ aus der Großen Französischen Revolution, Jacques Roux: „Der Überfluß

hat dazu gedient, den Völkern Ketten zu schmieden; der Überfluß möge nun dazu dienen, sie zu zerbrechen.“ (Rede über die Ursachen der Mißgeschicke der Französischen Republik)

8. Die den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, das heißt des Marxismus verlassenden programmatischen Orientierungen heutiger Parteien eines integrationistischen Reformismus, der einen Ausweg aus den Grausamkeiten des Kapitals im Rahmen des Kapitalismus sucht - und deshalb keinen Ausweg anzubieten hat, stehen in der Tradition einer Strömung, die Marx und Engels so charakterisierten: „Alle historisch notwendigen Konflikte werden umgedeutet in Mißverständnisse und alle Diskussionen beendet mit der Beteuerung: In der Hauptsache sind wir uns ja alle einig“. (MEW, Bd. 34, S. 405). Aus der „Ferne des sozialistischen Zieles“ wird seine völlige Bedeutungslosigkeit für die politische Praxis der Gegenwart abgeleitet. Man kann „vermitteln, kompromisseln, philanthropisieren nach Herzenslust“. (MEW, Bd. 34, S. 405) Die Propaganda wendet sich vornehmlich an die Klasse der Eigentümer; nicht an diejenigen, in deren Köpfen der Sozialismus als „ideelle Rückspiegelung“ eines „tatsächlichen Konfliktes“ von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, das heißt als „Messer- und Gabelfrage“ (Engels) instinktiv entsteht (MEW, Bd. 19, S. 211). Der Klassenkampf „als unliebsame ‚rohe‘ Erscheinung“, wird „auf die Seite geschoben.“ Als „Basis des Sozialismus“ bleibt „nichts als ‚wahre Menschenliebe‘ und leere Redensarten von ‚Gerechtigkeit‘.“ (MEW, Bd. 34, S. 406)

Diese Auffassung, die auch im Godesberger Programm der SPD von 1959 verankert ist, verzichtet auf eine - von Marx stets geforderte und praktizierte - wissenschaftliche Klassen-Machtanalyse. Im *besten Fall* bleibt sie der Illusion verhaftet, die durch die technische Revolution bedingte Lebensrevolution und die gleichfalls durch sie bedingte Tendenz zur parasitären Dienstleistungsgesellschaft, die sich ideologisch als „Umwertung aller Werte“ äußert, würde den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, die Eigentumsfrage, das heißt die „Grundfrage der Bewegung“ (MEW, Bd. 4, S. 493), zu einer Nebenfrage degradieren. Es wäre möglich - unter Umgehung des Klassenkampfes, der sich um das Eigentum dreht - eine „Assoziation“ zu verwirklichen, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. (MEW, Bd. 4, S. 482)

Dieser Formulierung des Kommunistischen Manifestes ging u. a. eine heftige Diskussion - die sog. „Londoner Diskussion“ - im Bund der Gerechten voraus, in der es die Frage zu beantworten galt: „Welches ist der von jedem System unabhängige Kern des vollkommenen Kommunismus?“ Wilhelm Weitling vertrat die Position: „was man für sich wünscht, muß auch für alle sein“. Karl Schapper führte aus: „daß der Kern des Kommunismus sein muß, sich frei entwickeln zu können“. (Der Bund der Kommunisten, Bd. 1, Berlin 1983, S. 233 ff) Es handelt sich hier um die „Grundforderung“ (Engels) jedes sozialistischen Parteiprogramms: Die klassen- und daher staatslose Gesellschaft. Im Manifest stellten Marx und Engels diese Forderung in den Kontext einer Abfolge von Gedanken, die zu dem Ergebnis führte: „In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen“. (MEW, Bd. 4, S. 475)

9. Marx - wie auch Engels - haben den Schwerpunkt sozialistischer Programmatik darin gesehen, eine praktisch kämpfende Arbeiterpartei zu formieren. Marx lehnte die illusionäre Politik kleinbürgerlicher Flickreformen, „die der alten Gesellschaft neue Stützen verleihen und dadurch die endliche Katastrophe vielleicht in einen allmählichen und möglichst friedfertigen Auflösungsprozeß verwandeln könnten“ (MEW, Bd. 34, S. 406), prinzipiell ab. Er vertrat eine andere Auffassung von der Reform. Entschiedene politische Opposition, trotziger Widerstand, Kampf gegen die Regierung - waren seine Orientierungen. Dabei lag ihm nichts ferner, als die Vertröstung auf das Endziel.

Der wichtigste taktische Grundsatz sozialistischer Programmatik lautet: „Sie“ (die Kommunisten) „kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung“ (MEW, Bd. 4, S. 492). Es handelt sich immer um ein und dieselbe Bewegung - jedoch unter geschichtlich vorgefundenen, nicht frei wählbaren Bedingungen. Die Sozialisten haben die Aufgabe, diese Bewegung aufgrund einer theoretischen Analyse ihrer Erfolge und Niederlagen mit dem Programm von Marx zu vereinigen - ihr das *Bedürfnis* nach Marxismus bewußt zu machen.

Der Kampf um ökonomische und politische Reformen, zu dem die Praxis des wirklichen Lebens zwingt, ist ein Kampf im Sinne des sozialistischen Zieles, wenn er zur Hebung des Selbstbewußtseins des Proletariats beiträgt. Er stärkt den Kampfeswillen, wenn er dem Druck der Verhältnisse, das Bewußtsein des Druckes und der eigenen (zureichenden oder unzureichenden) Kraft hinzufügt. Die Not ist nach Marx der „praktische Ausdruck der *Notwendigkeit*“ (MEW, Bd. 2, S. 38). Deshalb muß der Kampf um unmittelbare Interessen, als ein gemeinsamer Lernprozeß im Hinblick auf das Erkennen der tiefer liegenden materiellen Interessen, die sich um die Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft drehen, verstanden und organisiert werden. Er ist also nur Mittel zum Zweck, aber ein notwendiges Mittel, ein Mittel, um die physische Existenz der Klasse überhaupt zu sichern und ihre Kampffähigkeit zu stärken - ein Nebenprodukt des Klassenkampfes, was auf die Schwere des Ganzen und die Rolle des Kräfteverhältnisses hinweist.

10. Engels warnte in seiner Kritik des Erfurter Programmentwurfes ausdrücklich vor einer Abschwächung bzw. Aufhebung entscheidender sozialistischer Grundsätze zugunsten einer oberflächlichen Popularität - man soll präzise, kurz und schlagend sein. Karl Kautsky folgerte daraus für den Aufbau eines sozialistischen Parteiprogramms: „1. Eine Kennzeichnung der heutigen Gesellschaft und ihres Entwicklungsganges. Daraus werden gefolgert: 2. die Endziele der Sozialdemokratie und 3. die Mittel, welche zu ihrer Verwirklichung führen können und werden.“

Eine sozialistische Partei in der Denktradition von Marx übersieht nicht den grundlegenden Unterschied zwischen Umgestaltungen, die ohne die Aufhebung des Kapitalismus *unmöglich* und Umgestaltungen, die noch im Rahmen des Kapitalismus *möglich* sind. Sie differenziert direkt sozialistische (ökonomisch-organisatorische) von allgemein demokratischen (politisch-organisatorischen) Aufgaben - ohne den Kampf um Demokratie dem Kampf um Sozialismus entgegenzustellen.

Die praktische Anwendung der allgemeinen Grundsätze, erklärte das Kommunistische Manifest, hängt überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen ab. Nach Marx geht es um den Zusammenhang dieser Grundsätze mit einem bestimmten

Grad der Entwicklung des Widerspruches von Produktions- und Aneignungsform. Marx verurteilte stets das Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen. Die politische Kleinarbeit des Alltags gründete er auf die geschichtliche Entwicklungstendenz, die materielle Notwendigkeit. Er vertrat eine Taktik, welche eine bloße Etappe nicht für das Ganze der Bewegung hält - das große Ziel niemals aus dem Auge verliert.

Die Hauptaufgabe der Taktik bestimmte Marx „in strenger Übereinstimmung mit allen Leitsätzen seiner materialistisch-dialektischen Weltanschauung. Nur die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen ausnahmslos aller Klassen der gegebenen Gesellschaft, und folglich die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft, wie auch der Wechselbeziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften, kann als Grundlage für eine richtige Taktik der fortgeschrittenen Klassen dienen. Dabei werden alle Klassen und alle Länder nicht in ihrer Statik, sondern in ihrer Dynamik betrachtet, das heißt nicht im starren Zustand, sondern in der Bewegung (deren Gesetze den ökonomischen Existenzbedingungen jeder Klasse entspringen). Die Bewegung wiederum wird nicht nur vom Standpunkt der Vergangenheit betrachtet, sondern auch vom Standpunkt der Zukunft, und zwar nicht nach der platten Auffassung der ‚Evolutionisten‘, die nur langsame Veränderungen sehen, sondern dialektisch.“ (LW, Bd. 21, S. 64)

Unter imperialistischen Bedingungen wird der Kampf um Demokratie auf eine neue Stufe gehoben. Marx hat das imperialistische Stadium des Kapitalismus nicht erlebt. Aber er hat die theoretischen Grundlagen für die heute zu verfolgende Taktik geschaffen. Der Umschlag der Konkurrenz in das Monopol infolge der Konzentration und Zentralisation der Produktion wurde von ihm vorhergesehen. In Ökonomie und Politik ist die Klasse der Eigentümer reaktionär geworden; dem ökonomischen Monopol entspricht das politische Monopol. Die Entwicklung des Kapitalismus zerstört mehr und mehr die nationalen Schranken, hebt die nationalen Absonderungen auf und setzt an die Stelle der nationalen Absonderungen die Klassengegensätze.

Daher haben die Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Ländern objektiv „kein Vaterland“; die „vereinigte Aktion“ ist eine der „ersten Bedingungen“ ihrer Befreiung. Die Arbeiterklasse, die national nicht im Sinne der Bourgeoisie, sondern im Sinne ihres Erstarkens als eine selbständige politische Kraft im Kampf um die Demokratie ist, muß in den imperialistischen Ländern der Regierung die sog. „Vaterlandsverteidigung“ versagen. Der Internationalismus entscheidet über die Aufgaben im eigenen Land („Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“) Deshalb gilt die dringende Mahnung Lenins: „Man muß den Leuten die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist.“ (LW, Bd. 33, S. 433)

Die Grundbedingung der internationalen Einheit der Arbeiterklasse ist der opfermütige Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Das sog. „Minimalprogramm“ wird zu einem umfassenden politischen Aktionsprogramm; einer Klassenstrategie zur Wiedererweckung und Stabilisierung von Klassenbewußtsein. Sein Grundgedanke ist die Formierung der Arbeiterklasse als ideologische und organisatorische Gegenmacht gegen den kapitalistischen Staat mit klarer sozialistischer Perspektive und die Unterstützung jeder Bewegung, die sich gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zu-

stände richtet - insofern sie nicht bereits geschichtlich überwundene Verhältnisse wiederherstellen will.

Zur Ausarbeitung des „Minimalprogramms“ - erst recht eines bedeutend höher stehenden „Übergangsprogramms“, das grundlegend die Frage zu beantworten hat „Was geht wohin über?“ und diesem *Übergang* behilflich ist, da nichts mehr stabil bleibt - bedarf es einer ökonomisch fundierten Klassen-Machtdanalyse, welche die politischen Forderungen ins richtige Verhältnis setzt zum Entwicklungsstand der kapitalistischen Gesellschaftsformation und ihrer nationalen Ausprägungsform, wie auch (und keineswegs zuletzt) zum Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse - *Hauptkritikpunkt* von Engels am Erfurter Programmentwurf: Nicht „allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund“ schieben, sondern „die nächsten, konkreten Fragen“ klären, „die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen.“ (MEW, Bd. 22, S. 234)

11. Angesichts des neoliberalen Umbaus der kapitalistischen Gesellschaft wie er sich über die Staatspolitik in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten seit Mitte der siebziger Jahre vollzieht, ist die Verteidigung, Verbesserung und Erweiterung der Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung zu einem Hauptinhalt der gegenwärtigen Klassenkämpfe geworden. Die Taktik dieser Kämpfe muß die objektiv unvermeidliche Dialektik berücksichtigen, daß „soziale Reformen“ vor dem Eigentum halt machen, aber dieses „Haltmachen“ von Tag zu Tag unmöglicher erscheint. Die Eigentumsfrage ist die Grundfrage der Bewegung in jedem Stadium; nach Marx ist sie „die Lebensfrage der *Arbeiterklasse*“ (MEW, Bd. 4, S. 342). Die ökonomische Entwicklung kann auf mannigfache Weise politisch beeinflußt, jedoch aufgrund ihrer eigenen Gesetze nicht zur Umkehr gebracht werden. Wieder heißt es: „Sozialismus oder Barbarei!“ So stößt die philosophisch schon oft beschworene „Einschränkung des Profitinteresses“ auf dasselbe Hindernis wie die Befreiung von abhängiger Arbeit - den Klassencharakter des Eigentums. Das Privateigentum „existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert“. Nach Marx setzt es „die Eigentumslosigkeit der Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung“ voraus. (MEW, Bd. 4, S. 477)

Schon der Kampf um die täglichen Lebensansprüche der Lohnabhängigen führt heute zum Aufwerfen der Eigentumsfrage, zur Notwendigkeit struktureller Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Großkapitals. Diese Forderung darf in einem sozialistischen Parteiprogramm Marxscher Tradition nicht als „Endlösung“ aufgefaßt werden. Es handelt sich im Sinne des Kommunistischen Manifestes um eine der Maßregeln, die „ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“ (MEW, Bd. 4, S. 481)

Solange „die besitzenden Klassen am Ruder bleiben“, bekräftigte Engels Jahrzehnte später diesen Gedanken, ist „jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur eine Formveränderung der Ausbeutung“. In dem Maß aber, wie die Umwälzung in den Produktionsmethoden, die „ökonomische Umwälzung sich rascher und einschneidender vollzieht, in dem Maß werden sich auch Maßregeln mit Notwendigkeit aufdrängen, die, anscheinend nur zur Abhülfe plötzlich ins Große und Unerträgliche gewachsener Übelstände bestimmt, in ihren Folgen die Wurzeln der bisherigen Produktionsweise untergraben; und werden sich die Arbeitermassen vermittels des allgemeinen Stimmrechts



Gehör erzwingen. *Welche* Maßregeln da die ersten sein werden, das hängt von lokalen und zeitweiligen Verhältnissen ab, darüber läßt sich im voraus und allgemein nichts sagen.“ (MEW, Bd. 38, S. 64) Den Grundgedanken dieser Taktik bildet die *Hegemonie* des Proletariats im Kampf um die Demokratie. Je demokratischer die Staatsordnung, um so klarer das Bewußtsein, daß die Rechtlosigkeit nicht die Ursache für die Ausbeutung der Lohnarbeit ist.

Marx wandte sich stets gegen alle Erscheinungsformen eines platten Ökonomismus. Die demokratische Republik galt ihm als der Boden, auf dem der Kampf um den Sozialismus ausgefochten wird, weil sie - weit entfernt die Klassenunterdrückung zu beseitigen - den Klassenkampf reiner, breiter, offener und schärfer gestaltet. Darin besteht auch der Kern aller heute hämisch verlachten „Revolutionsprognosen“ von Marx: In Epochen der politischen Stagnation auf der Grundlage realer Kämpfe und des sozialistischen Zieles, die proletarische Klasse zur Lösung der Aufgaben in den Tagen zu befähigen, „worin sich zwanzig Jahre zusammenfassen“ (MEW, Bd.30, S. 342).

12. „Marx brauchte keine Zweidrittel-Mehrheit für sein Manifest“ - so lautet einer der üblichsten Einwände gegen die Forderung nach einer programmatischen Debatte, die der Selbstfindung und der politischen Standortbestimmung der sozialistischen Partei und der von ihr vertretenen Klassenkräfte dient.

Richtig ist: Als die Leitung des Bundes der Gerechten im Frühjahr 1847 an Marx und Engels herantrat, um sie zum Eintritt in den Bund aufzufordern, war dies mit dem Angebot verbunden, den kritischen Kommunismus in einem Manifest zu entwickeln, das sodann als Manifest des Bundes veröffentlicht würde; der Bund habe sich von der allgemeinen Richtigkeit ihrer Auffassungsweise überzeugt. Faktisch falsch ist es aber, daß die weitere Diskussion absolut konfliktfrei verlief. Marx sprach von „heftigen mehrwöchigen Debatten“ (MEW, Bd. 14, S. 439). Engels berichtete aus der Erinnerung, daß der entscheidende Bundeskongreß „mindestens 10 Tage“ dauerte, bis „aller Widerspruch und Zweifel ... endlich erledigt“ wurde (MEW, Bd. 21, S. 215 f).

Aber es war ein Ringen im Sinne des gemeinsamen Strebens nach Erkenntnis, um in den praktischen Kämpfen der sich ankündigenden Revolution bestehen zu können. Die Organisation der Debatte war höchst demokratisch. Es wurden Fragen erarbeitet und die Antworten gemeinsam diskutiert. Jedes Bundesmitglied sollte sich beteiligen. Das Kommunistische Manifest war die Frucht mindestens fünfjähriger wissenschaftlicher Vorarbeiten der beiden „Alten“.

Es war aber auch die Frucht zehnjähriger praktischer Kämpfe und eines sachlichen, leidenschaftlichen Meinungsstreites, in dem nichts übereilt wurde. Aufrichtigkeit und Öffentlichkeit waren die entscheidenden Grundsätze der gesamten Debatte. Wir „hingegen sind der Ansicht,“ hieß es in einer Erklärung der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an den Bund, „daß alle die ungeheuren und vielfachen Schwierigkeiten“ (womit auch die programmatischen gemeint waren) „mit denen wir zu kämpfen haben, kennen müssen - Wer wirklich ein Mann ist, wird dadurch nicht abgeschreckt, sondern im Gegenteil zu neuer Tätigkeit angespornt.“ (Bund der Kommunisten, Bd. 1, Berlin 1983, S. 529)

Marx war aber auch auf andere Weise gewissermaßen mit dem Aspekt der „Zweidrittel-Mehrheit“ konfrontiert. So konnte das von ihm verfaßte Programm der I. Internationalen Arbeiterassoziation nicht unmittelbar von den Grundsätzen des

Kommunistischen Manifestes ausgehen. Die IAA hatte „zum Zweck, die gesamte streitbare Arbeiterschaft Europas und Amerikas zu *einem* großen Heereskörper zu verschmelzen.“ (MEW, Bd. 4, S. 584) „Sie mußte“, so Engels in seiner Vorrede zur deutschen Ausgabe des Manifestes von 1890, „ein Programm haben, das den englischen Trade-Unions, den französischen, belgischen, italienischen und spanischen Proudhonisten und den deutschen Lassalleanern die Tür nicht verschloß.“ (MEW, Bd. 4, S. 584)

Aber nur auf dem Boden eines dialektisch-materialistischen Sozialismus, der „die Wissenschaft aus der kritischen Erkenntnis der geschichtlichen Bewegung“ schöpft, „einer Bewegung, die selbst die *materiellen Bedingungen der Emanzipation*“ produziert (MEW, Bd. 16, S. 28), konnten Erwägungsgründe für den Zusammenschluß der Arbeiterschaft (MEW, Bd. 16, S. 14f) formuliert werden, die den schließlichen Sieg der im Manifest aufgestellten Sätze zur Folge hatten. Als Grundlage dieses Sieges galt Marx die „intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Aktion und der Diskussion notwendig hervorgehen mußte. Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, konnten nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Allerweltsmittel klarzulegen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation.“ (MEW, Bd. 4, S. 579)

Unter den heutigen kapitalistisch-imperialistischen Bedingungen, wo die einst primär entwicklungsbedingten grundlegenden taktischen Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung auf die Ebene des Kampfes gegen eine ökonomisch verfestigte *Strömung* der permanenten Anpassung an den Kapitalismus und die Politik der Herrschenden gehoben werden, hängt sehr viel davon ab, die Marxsche Programmatik konsequent zu verteidigen und schöpferisch weiterzuentwickeln. Dazu gehört heute vor allem auch das „Sozialismusbild“, doch dazu äußert sich ein anderer Beitrag in dieser Festschrift, der aus der Feder meines Freundes und Genossen Prof. Dr. Ingo Wagner stammt.

## Ingo Wagner

### Das Bild vom Sozialismus heute und der Programmwurf der DKP

In vielen Publikationen habe ich dafür plädiert, in Deutschland eine solche zeitgemäße marxistisch-leninistische Partei auszubilden, der es gelingen könnte, nach und nach Masseneinfluß auszubilden.<sup>1</sup> In dieser Sicht habe ich den Programmwurf der DKP gründlich durchgearbeitet. In ihm gibt es zweifelsohne eine Fülle von Aussagen, mit denen ich vollkommen konform gehe. Allerdings bleibt er in meinen Augen auf der generellen Ebene unter den notwendigen Erfordernissen einer marxistisch-leninistischen Programmgestaltung heute. Diesen fundamentalen Einwand möchte ich in diesem Beitrag problematisieren, kritisch exemplifizieren und mit programmatischen Vorschlägen verbinden; und zwar gezielt methodologisch-theoretisch. Als „Demonstrationsobjekt“ wird die Sozialismuskonzeption, wie sie im Programmwurf enthalten ist, gewählt und wie sie eigentlich in ihm als moderne Sozialismusauffassung erscheinen sollte. Viele andere Fragen stehen auf einem anderen Blatt, das hier nicht beschrieben werden kann. In medias res.

#### I.

Auf internationalen Konferenzen zum Sieg über den Faschismus in Prag und Moskau unterstrich Heinz Stehr in seinen Redebeiträgen, daß für die Durchsetzung progressive Ziele vor allem die Arbeiterbewegung mobilisiert werden muß. Das setzt Änderungen im Massenbewußtsein voraus. Dies wird am ehesten in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, verbunden mit Diskussionen zu Alternativen und Perspektiven, durchgesetzt werden können. „Den Kampf müssen wir sowohl im nationalen wie auch im internationalen Rahmen entwickeln. Dazu gibt es keine Alternative. Die von Rosa Luxemburg formulierte Losung ‚Sozialismus oder Barbarei‘ ist höchst aktuell“; er verwies auf die Notwendigkeit, daß die Abwehrkämpfe dieser Zeit noch stärker verbunden werden müssen mit der Alternative und der Perspektive des Sozialismus.<sup>2</sup>

Hieraus leite ich folgerichtig ab, daß wir heute intensiv über den Sozialismus reden müssen. Hieran kann die Niederlage des europäischen Frühsozialismus nichts ändern. Im Gegenteil. Auch heute gilt generell, was Albert Einstein einmal so formulierte: „Wer seinen Kopf aus dem Fenster steckt und dabei nicht sieht, daß die Zeit reif für den Sozialismus ist, der läuft wie ein Blinder durch dieses Jahrhundert.“ Und: „Klarheit über die Ziele und Probleme des Sozialismus ist für unsere Zeit des Übergangs von größter

---

<sup>1</sup> Siehe z.B. I. Wagner: Für die Rekonstruktion der deutschen marxistischen Linken ist Lenins Parteitheorie weitergedacht unabdingbar! Positionsstimmungen (Thesen, Probleme, Vorschläge) - Teil I, in: *offen-siv*, 11/03, S. 32 ff. Ders.: Für die Rekonstruktion der deutschen marxistischen Linken ist Lenins Parteitheorie weitergedacht unabdingbar! Positionsbestimmungen (Thesen, Probleme, Vorschläge) - Teil 2, in: *offen-siv*, 13/03, S. 30 ff.

<sup>2</sup> Nach: *unsere Zeit* vom 6. Mai 2005.

Bedeutung.“<sup>3</sup> Allerdings bedarf es seitens der Marxisten natürlich intensiver geistiger Anstrengungen, um in unserer Zeit ein solches Sozialismusbild zu gewinnen, welches nicht nur die Erfahrungen des realen Sozialismus und die Ursachen seiner Niederlage verarbeitet, sondern zugleich die gegenwärtigen Bedingungen zur Grundlage nimmt, die sich in vieler Hinsicht radikal und teilweise sogar dramatisch verändert haben. Die moderne Theorie des Sozialismus muß unter den Bedingungen des vorübergehenden Sieges der Konterrevolution ausgearbeitet werden. In dieser Sicht ist jedoch im Programmmentwurf nicht viel zu spüren. Er enthält zwar richtige sozialismustheoretische Grundaussagen, bleibt allerdings hierbei stehen - einmal abgesehen von solch richtigen Feststellungen, daß der Sozialismus nur das gemeinsame Werk aller Menschen sein wird, „die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren weltanschauliche und politische Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden.“<sup>4</sup> Oder: „daß ein Durchbruch zum Sozialismus mit großer Wahrscheinlichkeit nicht isoliert in unserem Land erfolgen kann, sondern nur im Zusammenwirken mit gleichgerichteten Kämpfen in unseren Nachbarländern und anderen Teilen der Welt.“<sup>5</sup> Es bleibt aber bei einer Intention, daß Sozialismusbild auf Aussagen zu reduzieren, wie sie von Karl Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“<sup>6</sup> formuliert wurden. Natürlich sind sie nach wie vor von fundamentaler theoretischer Bedeutung für die Erarbeitung von programmatischen Sozialismusvorstellungen.<sup>7</sup> Sie können aber niemals ein modernes Sozialismusbild heute ersetzen.

Als „Begründung“ für eine diese „Reduktion“ im Programmmentwurf kann man lesen: Man wird feststellen, daß im Entwurf im Unterschied zum Mannheimer Programm auf detaillierte Aussagen über die Gestaltung des Sozialismus verzichtet wird. Dabei haben wir uns davon leiten lassen, daß die konkrete Ausgestaltung künftiger sozialistischer Gesellschaften in vielem von den konkreten Bedingungen abhängt, die dann gegeben sein werden, wenn sich die sozialistische Umwälzung und der Aufbau der neuen Gesellschaft als unmittelbare Aufgaben stellen. Darum hängt das konkrete Antlitz des künftigen Sozialismus von vielen Faktoren ab, die heute nicht vorhersehbar sind... All das ist heute nicht vorhersehbar. Im Unterschied zu Autorenpublikationen, in denen man durchaus die Gedanken fliegen lassen und die Zukunft auch hypothetisch ausmalen kann, gehören in das Programm der kommunistischen Partei aber nur solche Aussagen über die zukünftige Gesellschaft, die vom heutigen Erkenntnisstand aus absolut gesichert sind.“<sup>8</sup>

Das liest sich zwar auf einen ersten flüchtigen Blick „überzeugend“. Es ist aber in meinen Augen deshalb falsch, weil zwei Denkebenen durcheinander gebracht werden: einmal das künftig historisch Konkrete, welches man selbstverständlich nicht wissen

---

<sup>3</sup> Zitiert nach ND vom 18. April 2005.

<sup>4</sup> Diskussionsgrundlage des Parteiprogramms der DKP, Beilage in unsere Zeit vom 1. April 2005 (künftig Programmmentwurf).

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Siehe K. Marx, MEW, Bd. 19, S. 15 ff.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu W. Gerns: 130 Jahre: Marx' "Kritik des Gothaer Programms". I. „Marksteine“ für ein marxistisches Parteiprogramm, in: unsere Zeit vom 29. April 2005. Ders.: 130 Jahre: Marx' "Kritik der Gothaer Programms. Fundamentale neue Erkenntnisse des Marxismus, in: unsere Zeit vom 6. Mai 2005.

<sup>8</sup> W. Gerns und N. Hager: Kontinuität und Erneuerung, in: unsere Zeit vom 27. Mai 2005.

kann. Aussagen hierzu gehören ins Reich der Spekulation und nicht in ein kommunistisches Parteiprogramm. Hiervon abzuheben sind allerdings solche unübersehbaren Erfordernisse unserer Zeit, die auf jedem Fall methodologisch-theoretisch auf einer generellen (allgemein-abstrakten) Ebene das marxistisch-leninistische Sozialismusbild heute tangieren. Es sind solche „absoluten“ (Gerns/Hager) Erfordernisse unserer Zeit, die der Programmwurf in seiner Sozialismuskonzeption entweder ausläßt oder in andere Programmzusammenhänge einordnet und so „minimiert“. Bevor dies im einzelnen ausgeführt wird, soll zunächst mittels eines Exkurses diese Problemlage weiter verdeutlicht werden.

So wird das Thema „Sozialismus“ von theoretisch führenden Mitgliedern der DKP seit langem stiefmütterlich behandelt. Man hielt die Erarbeitung einer modernen Sozialismuskonzeption für nicht notwendig. Das Sozialismusbild wurde auf dessen allgemeine sowie historische und logische Grundlage reduziert - auf die Veränderung des Eigentums an den Produktionsmitteln; und verbunden wurde dies mit solchen Aussagen, daß wir keine utopischen Sozialisten sind, „die die Zukunft vorwegnehmen wollen.“<sup>9</sup> Oder: „Wie im Einzelnen die Übergangs- und Organisationsprozesse verlaufen werden, kann ohnehin niemand voraussagen.“<sup>10</sup> Auch Robert Steigerwald hielt zunächst die Erarbeitung einer zeitgemäßen Sozialismusauffassung nicht für notwendig. Er meinte, „wir hätten in unserem Lande für eine lange Zeit mit ganz anderem zu tun als damit, unmittelbar für den Sozialismus zu wirken.“<sup>11</sup> Er hat allerdings diese Auffassung wie folgt korrigiert: Ich hielt ... zunächst die Erarbeitung einer solchen Konzeption nicht für notwendig. Dennoch habe ich mich überzeugen lassen, daß wir wenigstens aus fünf Gründen auch heute die Sozialismus-Diskussion führen müssen: 1. Weil in den sog. Tagesfragen immer auch die Grundsatzprobleme enthalten sind. ... 2. Weil wir noch lange im Reformkampf stecken werden und folglich im Reformismus ersticken, wenn wir nicht unser sozialistisches Ziel festschreiben und dazu sagen, daß dies nicht durch eine Summe von Reformen erreichbar sein wird. ... 3. Weil es nötig ist, dem Gegner, der jeglichen Dreck gegen die Idee und die Realität des Sozialismus verbreitet, entgegenzutreten. ... 4. Weil es inzwischen siebzig Jahre positive wie negative Erfahrungen mit einem Sozialismus-Modell gibt und wir diese Erfahrungen aufarbeiten müssen. ... 5. Weil es gerade angesichts unserer schweren Niederlage, nicht möglich sein wird, der Idee des Sozialismus neue Anziehungskraft zu verleihen, wenn wir nicht über sie in ernsthaftester Weise diskutieren.<sup>12</sup> Und das eine solche Debatte nur in Intention eines zeitgemäßen Sozialismusbildes erfolgen kann, ist wohl sicher wie das Amen in der Kirche. Mir scheint allerdings, daß sich bereits im Vorfeld der Ausarbeitung des Programmwurfs der DKP die Position der „Reduktion“ durchgesetzt hat; denn eine solche Debatte hat es überhaupt nicht gegeben. Sie hätte den ganzen Reichtum der Gedanken von Marx und Engels über die sozialistische und kommunistische Gesellschaft<sup>13</sup> für die Ausarbeitung einer modernen Sozialismuskonzeption des 21. Jahrhundert erschließen können.

---

<sup>9</sup> H. H. Holz: Sozialismus statt Barbarei, Essen 1999, S. 12.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>11</sup> R. Steigerwald: Kommunistische Stand- und Streitpunkte, GNN Verlag 2002, S. 10.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 11 ff.

<sup>13</sup> Siehe hierzu R. Merkel: Marx und Engels über Sozialismus und Kommunismus, Berlin 1974; R. Dlubek/R. Merkel: Marx und Engels über sozialistische und kommunistische Gesellschaft, Berlin 1981.

Einer solchen zweifelsohne schwierigen Denkarbeit ist man leider aus dem Wege gegangen.

Ich habe eine Reduktion des marxistischen Sozialismusbildes mit der „Begründung“ des (durchaus notwendigen) Kampfes von Marx und Engels im 19. Jahrhundert gegen den utopischen Sozialismus stets zurückgewiesen und für einen zeitgemäßen Sozialismus als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus plädiert.<sup>14</sup> Die Gründe hierfür - einmal „pragmatisch“ formuliert: eine konsequent-demokratische Revolution im Kapitalismus, die Realismus und Perspektive vereint, braucht die Kontur eines zeitgemäßen theoretischen Sozialismusbildes in marxistischer Sicht; ohne eine moderne theoretisch-programmatische Fassung des sozialistischen Fernziels wäre eine kommunistische Partei wie ein Schiff auf stürmischer See früher oder später zum Untergang verurteilt. Und. Die sozialistische Idee lebt! Nach der konterrevolutionären Wende in der DDR sahen etwa 79 Prozent der Ostdeutschen den Sozialismus mehr oder weniger positiv; rund ein Viertel der Westdeutschen sah dies ähnlich. Die Idee des Sozialismus ist im individuellen Bewußtsein, in den Gefühlen, Stimmungen und Gedanken, also auf der Ebene der Sozialpsychologie, nicht überholt; sie ist aktueller als je zuvor in der Geschichte.

Das Warum einer modernen Sozialismusauffassung bedarf natürlich einer weiterführenden theoretischen Antwort, die involviert, daß die Theorie des Sozialismus in der Gegenwart deshalb dringend einer schöpferischen Weiterentwicklung bedarf, damit sie den qualitativ neuen Bedingungen und Problemstellungen gerecht werden kann, vor denen der Sozialismus im 21. Jahrhundert steht. Hier sind m. E. die folgenden methodologisch-theoretischen Leitgedanken zu beachten, die (später) programmatisch fixiert, Eingang in die Programmatik kommunistischer Parteien finden sollten.

## II.

Erstens muß eine moderne Sozialismuskonzeption methodologisch-theoretisch als Grundlage und Ausgangspunkt davon ausgehen, daß der wissenschaftliche Sozialismus auch in unserer Zeit die Unvermeidlichkeit der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische aus den dem Imperialismus eigenen Widersprüchen und ihrer Lösung ableitet. Mit einer neuen Produktionsweise auf der Basis der modernen Produktivkräfte und dem damit verbundenen rasanten Wachsen der Vergesellschaftung der Produktion und Arbeit bilden sich im Schoße des modernen Kapitalismus mit ständig zunehmender Geschwindigkeit wesentliche Elemente einer sozialistischen Zukunft heraus. Die „sozialistische Welt“ existiert bereits in „alter kapitalistischer Form“ als eine gewaltige, nur bisher ungenutzte evolutionäre Potenz.<sup>15</sup> Weder die Niederlage des europäischen Frühsozialismus noch der entfesselte Kapitalismus schaffen die historische Verankerung des Sozialismus, dessen Möglichkeit und Notwendigkeit aus der Welt.

---

<sup>14</sup> Vgl. I. Wagner: Für einen neuen Sozialismus als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, Marxistisches Forum, Heft 23, Berlin, September 1999.

<sup>15</sup> Vgl. H. Kallabis, H.-J. Krusch, I. Wagner: Ein Beitrag zur linken Programmdebatte in der BRD, 21.02.2001, S. 5.

Der Programmentwurf der DKP benennt zwar richtig den Sozialismus als die historische Alternative zum Kapitalismus.<sup>16</sup> Er blendet aber diese Wesenselemente einer wissenschaftlichen Zukunftserhellung aus und reduziert auf „Das sozialistische Ziel.“ Dieses Ziel existiert aber nur ideell; und zwar als gedanklich vorweggenommener Sachverhalt, der mittels menschlicher Tätigkeit realisiert werden soll. Ein zukünftiges sozialistisches Ziel muß allerdings auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis als real möglich und notwendig erkannt sein, ehe es zur Zielbestimmung menschliche Tätigkeit werden kann. Durch diese „Ausblendung“ hängt „Der Sozialismus - die historische Alternative zum Kapitalismus“ im Programmentwurf der DKP in der Luft.

Die Frage nach der Marxschen „Naturnotwendigkeit“ des Sozialismus im 21. Jahrhundert bedarf allerdings einer Erläuterung, da es heute auch gilt, die marxistische Theorie von allen mechanistischen Vorstellungen, die es ohne Zweifel gegeben hat, zu befreien - und so von den damit einhergehenden Bindungen an ein vorfixiertes soziales Systemkonzept. Zunächst. „Die kapitalistische Gesellschaft ist, wie alle Gesellschaftsformen, ein Produkt historischer Entwicklung, sie ist unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen mit Notwendigkeit entstanden.“<sup>17</sup> Aber auch der Sozialismus kann unter bestimmten historischen Bedingungen nur mit Notwendigkeit entstehen. Und dies hat weder mit Geschichtsteologie noch damit zu tun, der Geschichte einen Sinn zu unterlegen. Mit Blick auf das vor uns liegende Jahrhundert: Marxisten sind keine Propheten. Sie wissen zwar, daß die bereits von Marx erkannte geschichtliche Notwendigkeit des Sozialismus herangereift ist, damit die vergesellschaftete Menschheit national und universal ihren gesellschaftlichen Lebensprozeß unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle nehmen kann, um für sich selbst und künftige Generationen und die Übereinstimmung von Natur und Gesellschaft herstellen zu können. Sie wissen aber auch, daß die Geschichte offen ist und sich einer Sinngebung entzieht. Aber diese „Offenheit widerspricht nicht ihrer tendenziellen Gerichtetheit, diese involviert unterschiedliche, alternative Trends innerhalb eines Spektrums real möglicher Entwicklungswege.“<sup>18</sup> Insofern ist die Offenheit der Geschichte relativ. „Ihre Absolutheit zu behaupten, würde die gesellschaftliche Entwicklung dem Willen handelnder Geschichtssubjekte absolut subordinieren. Das widerspräche aller geschichtlichen Kenntnis und Erfahrung. Die Menschen sind immer an objektive Bedingungen ihrer Existenz und ihres Wirkens gebunden, die in der existentiell und essentiell begründeten Notwendigkeit der Naturaneignung durch Arbeit wurzeln.“<sup>19</sup> Dies bedeutet: Obwohl wir das Ergebnis historisch gesellschaftlicher Aktionen erst im nachhinein kennen, kann der Mensch jederzeit verändernd in den Lauf der Geschichte eingreifen und damit auch - früher oder später - eine sozialistische gesellschaftliche Neuorganisation auf den Weg bringen. Die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ kann also in welthistorischer Sicht durchaus zugunsten des Sozialismus entschieden werden, obwohl die welthistorische Tendenz, die zur Aufhebung des Kapitalismus durch den Sozialismus drängt, weder eine Garantie für den Geschichtsverlauf ist, noch dessen „Weg“ und „Ziel“ vorschreiben kann. Von dieser Dialektik der Verwurzelung des wissenschaftlichen Sozialismus heute darf ein zeitgemä-

---

<sup>16</sup> Siehe Abschnitt III des Programmentwurfs.

<sup>17</sup> G. Stiehler: *Werden und Sein. Philosophische Untersuchungen zur Gesellschaft*, Köln 1997, S. 252.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 242.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 241 f.

ßes Sozialismusbild in der marxistischen Programmatik - natürlich in „Programmsprache“ - nicht abstrahieren.

Zweitens. In meiner Sicht ist das Verhältnis zwischen Mensch und Natur in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft im Programmentwurf nicht tief gefaßt. Man kann zwar bereits in der Präambel lesen, daß beim gegenwärtigen Stand der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung zugleich die Möglichkeit entsteht, „die Erde für künftige Generationen als lebensfähiges Ökosystem“ zu erhalten.<sup>20</sup> Und in der Sozialismusbestimmung dieses Entwurfs wird von „den Erfordernissen eines schonenden Umgangs mit den natürlichen Ressourcen“<sup>21</sup> geschrieben - im Kontext mit anderen Komponenten des Sozialismus, die summa summarum als dessen Sinn zu begreifen sind. Für eine agitatorische Intention könnte das genügen; für eine notwendige theoretische Fundierung einer marxistischen Programmgestaltung jedoch keinesfalls.

Eine moderne marxistische Sozialismuskonzeption muß vielmehr explizite prononciert kenntlich machen, daß die historische Funktion des Sozialismus darin besteht, die Übereinstimmung von Mensch und Natur ein und für alle mal herzustellen. Es ist weit hin bekannt, daß die Menschheit durch den modernen Kapitalismus und mit ihm der Planet Erde in eine solche ökologische Krise geraten ist, welche die reale Gefahr des Aussterbens der Menschheit in historisch überschaubarer Zeit und zugleich früher oder später die Selbstvernichtung auf die geschichtliche Tagesordnung setzen könnte. Und das erhöht die historische Notwendigkeit des Sozialismus zu einer „Notwendigkeit erster Ordnung, zu einer Naturnotwendigkeit.“ (Gerhard Branstner) Branstner meint zum Unverständnis dieser Sachlage unter Linken sarkastisch, daß es „selbst einen Hornochsen einleuchten (muß), daß die unendliche Natur irgendwo der endlichen Menschheit das Maß setzt, den Menschen in das allumfassende Gesetz des natürlichen Ausgleichs einschließt.“<sup>22</sup> Der moderne Kapitalismus hat aber ökonomisch, politisch und sittlich die Fähigkeit eingebüßt, der notwendigen Übereinstimmung von Natur und Mensch zu entsprechen. Wenn dem so ist, müssen sich hieraus auch substantielle Folgerungen für einen künftigen Sozialismus ergeben. Seine historische Funktion muß dann darin bestehen, „die Übereinstimmung von Mensch und Natur ein und für alle mal herzustellen...“<sup>23</sup> Insofern muß der Sozialismus eine wesentliche andere Gestalt annehmen als bisher. Seine Funktion, den Einklang von Mensch und Natur herzustellen, wird ihn, statt Selbstzweck zu sein; zum dienenden Mittel bestimmen.<sup>24</sup> Damit wird es möglich, den Weg der Selbstvernichtung der Menschheit zu beenden.<sup>25</sup>

Drittens muß eine moderne Sozialismuskonzeption das Wesen des Sozialismus an die Spitze stellen. Der „Sinn des Sozialismus“<sup>26</sup> ist sein Ziel. Die Emanzipation des Menschen ist das Ziel des Sozialismus. Den erst hier erhält er die Chance, mit dem zu begin-

---

<sup>20</sup> Programmentwurf, S. 1.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>22</sup> G. Branstner: Offener Brief an den Genossen Heinz Stehr, in: *Offensiv*, 5/98, S. 15.

<sup>23</sup> Ebenda.

<sup>24</sup> Vgl. hierzu I. Wagner: Für einen neuen Sozialismus, a.a. O., S.19 f. Hier sind die diesbezüglichen Überlegungen von G. Branstner mit Quellenangaben zu finden, die in diesem Beitrag nicht ausgewiesen sind.

<sup>25</sup> Eine solche programmatische Aussage ist in H. Kallabis, H.-J. Krusch, I. Wagner: Ein Beitrag zur linken Programmdebatte..., a.a.O., S. 6. enthalten.

<sup>26</sup> Programmentwurf, a.a.O.



nen, was das Ziel des Sozialismus ist: wirkliche Freiheit. Der Sozialismus ist eine Bedingung dieser Freiheit. Deshalb: „Eine modern marxistische Sozialismusvorstellung muß das menschliche Wesen klar über die Rolle seiner Ökonomie heben, ohne diese als Primat (objektives Mittel) aufzulösen...“<sup>27</sup> Das Gründungskonzept im Marxismus besteht in der Konzeption des Menschen und seiner Evolution vermittelt der Arbeit und im Sozialismus in einer Synthese von Humanismus und Naturalismus, die die Überwindung der Ausbeutung und der mit ihr verbundenen Gebrechen des kapitalistischen Systems impliziert. Der Sozialismus ist für Marx eine rationale, nicht entfremdete Form der Gesellschaft, in der der Mensch die Entfremdung von seinem Produkt, seiner Arbeit, seinem Mitmenschen, sich selbst und der Natur überwinden kann; er erhält so die Chance, mit dem zu beginnen, was das Ziel des Lebens ist: „die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit.“<sup>28</sup> Für Marx ist Sozialismus eine Bedingung dieser menschlichen Freiheit als Rückkehr zu einem wirklichen menschlichen Wesen.

Eine moderne Sozialismuskonzeption kann deshalb nicht von der Marxschen Erkenntnis abstrahieren, daß der Übergang zum Sozialismus die Grundbedingung für die weitere Entwicklung und Vertiefung der Freiheit des Individuums ist. Marx und Engels schrieben im „Kommunistischen Manifest“: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft ... tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“<sup>29</sup> Diese Marxsche Freiheitsbestimmung des Individuums ist ein substantieller Kulminationspunkt seiner Lehre. Der künftige Sozialismus kann sich also nur gemäß einer solchen Individualitätsstufe entwickeln, die Marx mit den Worten charakterisierte: „Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens.“<sup>30</sup> Diese Individualitätsstufe impliziert zugleich das hier ausgewiesene Ziel des Sozialismus - die Emanzipation des Menschen.

Viertens. Eine moderne Sozialismuskonzeption muß davon ausgehen, daß der künftige Sozialismus als Erbe die zivilisatorischen Errungenschaften bisheriger Menschheitsentwicklung auf politischem, staatlichem und rechtlichem Gebiet auf höherer humanistischer Stufe fortsetzen wird. Er wird alles Progressive und Vernünftige der Zivilisation und Kultur fortführen, das mithilft, in welthistorischer Perspektive der Menschheit den Weg zu neuen kommunistischen Ufern zu bahnen.<sup>31</sup> Dieses Erfordernis ist in der Diskussionsgrundlage des Parteiprogramms der DKP unterbelichtet. Völlig zutreffend ist natürlich, wie es in dieser Diskussionsgrundlage heißt, daß die „sozialistische Gesellschaftsordnung... die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen“ voraussetzt.<sup>32</sup> Damit „und dem gesellschaftlichen Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln wird der Sozialismus den demokratischen Rechten und Freiheiten, die sich das arbeitende Volk bereits im Kapitalismus erkämpft hat, die unter der Herrschaft des Kapitals aber nicht gesichert

---

<sup>27</sup> G. Branstner: Offener Brief..., a.a.O.

<sup>28</sup> K. Marx: Das Kapital, Dritter Band, in MEW, Band 25, S. 828.

<sup>29</sup> MEW, Band 4, S 482.

<sup>30</sup> K. Marx: Grundrisse der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S 75.

<sup>31</sup> Vgl. H. Kallabis, H.-J. Krusch, I. Wagner: Ein Beitrag zur linken Programmdebatte ..., a.a.O., S. 6.

<sup>32</sup> Programmentwurf, a.a.O.

sind, eine reale Grundlage geben.“<sup>33</sup> Einverstanden. Hinzuzufügen wäre allerdings, daß der Sozialismus nicht nur Erbe der kapitalistischen Ökonomie, sondern der gesamten bürgerlichen Gesellschaft ist. Insofern gibt es keinen absoluten Kontrast zwischen kapitalistischer und bürgerlicher Gesellschaft. Die dialektisch-materialistische Betrachtungsweise der Gesellschaft impliziert damit auch den Zusammenhang der kapitalistischen Formation und ihrer Aufhebung (im Marxschen Sinne) durch die sozialistische Gesellschaftsordnung. Deshalb involviert ein zeitgemäßes Sozialismusbild als Wesenskomponenten zugleich die moderne politische Demokratie und die moderne Konzeption der Menschenrechte in sozialistischer Ausformung als humanistische Fortführung von Errungenschaften der menschlichen Zivilisation.<sup>34</sup> Insofern sind Demokratie und Menschenrechte objektive Existenzbedingungen des Sozialismus. Die sozialistische Demokratie ist ein neuer Demokratietyp, der als Demokratie des Volkes zugleich dessen Herrschaft durch den sozialistischen Staat realisiert, der auch das individuell-rationalistische rechtsstaatliche Erbe als zivilisatorische Errungenschaft auf einer höheren humanistischen Stufe fortführen wird: den Menschen als Zweck und Wert für sich affirmieren. Eine solche sozialistische Rechtsstaatspraxis mündet damit in ihrer Intention gleichfalls in das originäre Marxsche Menschenbild und so in das Ziel des Sozialismus ein. Auch in dieser Sicht ist das grundlegende Menschenrecht im Sozialismus das Recht des Menschen auf Selbstverwirklichung, da die Selbstverwirklichung der Persönlichkeit die Rückkehr zu einem wirklich menschlichen Leen ermöglicht.

Fünftens muß eine moderne Sozialismuskonzeption von den heutigen Gegebenheiten ausgehend die Bedürfnisse, Interessen und Ansprüche der Menschen bei einer künftigen sozialistischen Neuorganisation der Gesellschaft beachten, die in Bezug auf die materiellen und moralisch-kulturellen Bedürfnisse und Interessen, der Lebensweise und der Politik- und Demokratiemitgestaltung differenzierter und reicher geworden sind, als die theoretischen Vorstellungen der Vergangenheit vermuten ließen. Aber auch hier gilt das Primat des menschlichen Wesens. Diese originäre Marxsche Konzeption vom Sozialismus zielt natürlich auf den Sieg über die Armut ab. Sie ist aber zugleich eine eindeutige Absage an eine maximale Produktion und Konsumtion als oberste Ziele der Gesellschaft.<sup>35</sup> Ein moderner Sozialismus wird also niemals die durch den kapitalistischen Konkurrenzkampf bis ins Absurde gesteigerte Verschwendungssucht fortführen. Er wird sich vielmehr durch eine qualitativ neue Konsumtionsstrategie auszeichnen, die darauf gerichtet ist, die materiellen Bedingungen für ein reiches und menschenwürdiges Leben zu schaffen. Es darf in diesem Zusammenhang auch nicht verschwiegen werden, daß der Sozialismus nicht das Paradies auf Erden ist. Es bleiben gesellschaftliche Widersprüche und persönliche Konflikte. Aber er befreit die Menschheit von den Geißeln der Ausbeutung; er überwindet alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, eine verlassenes Wesen ist; er befreit die Menschen von der Ausbeutung, von Unterdrückung und Armut, von Krisen und Umweltzerstörung und von Kriegen und so von der Gefahr des Untergangs der menschlichen Zivilisation. Sozialistische Gesellschaftsgestaltung ist nicht auf die Lösung des Klassenwiderspruchs zwischen

---

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> Siehe I. Wagner: Für einen neuen Sozialismus..., a.a.O., S. 21 ff.

<sup>35</sup> Insofern möchte ich die Formulierung im Programmentwurf von der „immer besseren Befriedigung der wachsenden materiellen Bedürfnisse der Menschen“ im Sozialismus bezweifeln; a.a.O., S. 6.

Kapital und Arbeit beschränkt; sie muß zugleich die gesamten von der Ausbeuterzivilisation hervorgebrachten antagonistischen Widersprüche lösen.<sup>36</sup> Die Emanzipation des Menschen als Ziel des Sozialismus wird in einem langen Prozeß in die klassenlosen kommunistische Gesellschaft einmünden, in der Eigentum an Produktionsmitteln und Selbstverwaltung auf kommunistischer Basis bestehen werden und in der die bürgerlichen Prinzipien der Leistung, der Gleichheit und des formalen Rechts ihre Gültigkeit verlieren. Im Kommunismus ist die Arbeit das erste Lebensbedürfnis; es gilt das Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ (Marx). Mit diesem Beginn der menschlichen Geschichte tritt der vergesellschaftete Mensch zugleich in das Reich der Freiheit ein. Dieser eigentlich „authentische“ kommunistische Gesellschaftszustand könnte als „wirkliche *Aneignung des menschlichen Wesens* durch und für den Menschen“ (Marx) die künftige Existenzform der menschlichen Gesellschaft sein.

Sechstens muß eine moderne Sozialismuskonzeption die Erfahrungen des realen Sozialismus dialektisch negieren (Negation der Negation) Sie muß, wie es in der Diskussionsgrundlage zutreffend heißt, die „positiven wie die negativen Erfahrungen, die in der Entwicklung des realen Sozialismus gewonnen wurden“, für die Zukunft nutzbar machen; denn sie stellen einen riesigen Schatz an Erkenntnissen dar, der für die revolutionäre Arbeiterbewegung und eine zukünftige sozialistische Neuorganisation der Gesellschaft unverzichtbar bleibt.<sup>37</sup> Zugleich muß diese Konzeption sich allerdings von den in der Vergangenheit aus den verschiedensten objektiven wie subjektiven Ursachen entstandenen Vereinfachungen, Deformationen und utopistischen Vorstellungen befreien. Neue Legendenbildungen dürfen nicht zugelassen werden.

Den Aussagen im Abschnitt „Die Erfahrungen des realen Sozialismus“ kann man überwiegend zustimmen. Einerseits wurde verdeutlicht, daß die sozialistische Gesellschaft ihren Entwicklungsweg im allgemeinen unter extrem ungünstigen Bedingungen begonnen hat, die durch einen niedrigen Stand der Produktivkräfte sowie der sozialen und kulturellen Entwicklung gekennzeichnet waren. Dieses schwere Erbe der Vergangenheit hatte erhebliche Auswirkungen auf Inhalt, Wege und Formen des Sozialismus gehabt. Andererseits war dieser frühe „Sozialismus, der sich gegen den Imperialismus nicht zu behaupten vermochte und selbst unter Antimperialisten an Akzeptanz verlor, ... immer noch dem Imperialismus um eine ganze Epoche voraus.“<sup>38</sup> Die sozialistische DDR hat der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt; sie „war die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.“<sup>39</sup> Hinsichtlich der DDR möchte ich allerdings die generelle Aussage in der Diskussionsgrundlage bezweifeln, daß das „administrativ-zentralistische ‚Sozialismusmodell‘... nach dem zweiten Weltkrieg weitgehend auf die Länder übertragen (wurde), die einen sozialistischen Entwicklungsweg beschritten.“<sup>40</sup> In der DDR vollzog sich die sozialistische Gesellschaftsgestaltung vielmehr im Spannungsfeld zwischen sowjetischen Erfahrungen und den konkret-historischen Erfahrungen der DDR. Eine schematische Übernahme

---

<sup>36</sup> Siehe H. Kallabis, H.-J. Krusch, I. Wagner: Ein Beitrag zur linken Programmdebatte..., a.a.O., S. 6.

<sup>37</sup> Vgl. Programmentwurf, a.a.O., S. 7.

<sup>38</sup> H. Müller: Gratulation eines Außenseiters zum 175. Geburtstag von Karl Marx, Vortrag beim wissenschaftlichen Kolloquium des Vereins Wissenschaft und Sozialismus, Frankfurt a. M. e. V. (15. Mai 1993) S. 36.

<sup>39</sup> Programmentwurf, a.a.O.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 7 f.

der sowjetischen Wege, Formen und Methoden erfolgte nicht. Andererseits ist es allerdings gleichfalls eine historische Tatsache, daß wesentliche Funktionsmechanismen und Strukturen der politischen Macht sowie die Funktionsweise der Partei der Arbeiterklasse und des Verständnisses ihrer führenden Rolle in der sozialistischen Gesellschaft sich am sowjetischen Modell orientierten. So entstand in der DDR ein modifiziertes politisches System gemäß den historisch konkreten Bedingungen; es konnte über einen längeren Zeitraum sicherlich eine überwiegend positive Rolle spielen. Aber mit der weiteren Entwicklung der Gesellschaft geriet es immer mehr in Widerspruch zu den neuen Erfordernissen; es nahm stark bürokratische Züge an und erwies sich zunehmend als unfähig, die herangereiften Probleme auf eine demokratische Weise zu lösen. Weiter. In der Diskussionsgrundlage wird dem realen Sozialismus „auf seiner eigenen Grundlage“ einerseits faktisch ein hoher Reifegrad unterstellt, dem andererseits die Fähigkeit abging, „entsprechend dem erreichten Entwicklungsstand, immer neue revolutionäre Entwicklungsschübe“ auszulösen.<sup>41</sup> Einer solchen Aussage möchte ich widersprechen; was die DDR betrifft: es gab zwar eine theoretische Konzeption von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; sie stand aber in einem krassen Widerspruch zu realen Wirklichkeit, die weit hinter den theoretischen Postulaten zurückgeblieben war.

Und was die Ursachen der Niederlage des realen Sozialismus betrifft: sie werden zwar summa summarum aufgelistet. Die tiefere innere und letztlich entscheidende Ursache wird allerdings in ihren „Folgen“ eingelagert und so „versteckt“. Sie besteht im Zerfall der kommunistischen Partei durch die Preisgabe der Leninschen Normen des Parteilebens, die durch den Stalinschen Parteitypus hervorgerufen wurde.<sup>42</sup> Ich gehe mit Gerns konform: „Die unter Stalin erfolgten Pervertierungen der Partei und ihre Übertragung auf die internationale kommunistische Bewegung gehören jedenfalls nicht zum Wesen der Leninschen Parteikonzeption. (In der Stalinschen Konzeption) sehe ich einen ganz wesentlichen Grund für die Kampfunfähigkeit der regierenden kommunistischen Parteien, für ihre kampflose Kapitulation vor der Konterrevolution.“<sup>43</sup> In meinen Augen kommt Gerns mit dieser Folgerung der Wahrheit sehr nahe. Das künftige Programm der DKP sollte sich von diesem Erbe explizite verabschieden.

### III.

Exkurs. Ein zeitgemäßes marxistisches Sozialismusbild bedarf im Konnex der Programmaussagen insgesamt allerdings ein Ensemble essentieller theoretischer Fundamente; sie sucht man leider in der Diskussionsgrundlage des Parteiprogramms der DKP vergebens. Die folgenden diesbezüglichen Sachverhalte wären hier in meinen Augen von evidenter Relevanz.

Als „Folgerung“ aus dem tiefen historischen Rückschlag mit der Niederlage des europäischen Sozialismus hat die DKP in ihrem Programmentwurf die Frage nach der Epo-

---

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, S. 8.

<sup>42</sup> Siehe I. Wagner: War die Niederlage des Sozialismus gesetzmäßig? (Thesen), in: Zu den Ursachen des Scheitern des europäischen Sozialismus, Marxistisches Forum, Heft 49, Leipzig, Januar 2005, S. 7 ff. Ders.: Kein gesetzmäßiges Ende. Zu den Ursachen der Niederlage des europäischen Sozialismus - Positionsbestimmung, in: junge Welt vom 24./25. März 2005.

<sup>43</sup> W. Gerns: Der Sozialismus. Bilanz und Perspektiven, Marxistische Blätter, Flugschriften 16, Essen 2003, S. 26.

che völlig ausgeklammert - abgesehen von einem historischen Hinweis, daß die Oktoberrevolution „der Menschheit das Signal zum Aufbruch in eine neue Epoche gab“ und daß sie damit den Übergang zum Sozialismus einleitete. Das halte ich für einen schwerwiegenden Mangel, der davon abstrahiert, daß die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie in der Epoche des Übergangs zum Sozialismus unter den Bedingungen des vorübergehenden Sieges der Konterrevolution weiterzuentwickeln ist. Das „Trugbild vom Epochenwechsel“ wird seit langem publiziert, so z. B. in einer Artikelseerie in *junge Welt*. Man kann auch lesen: „Die Epoche seit 1990 ist vom Sieg des Kapitalismus, von einer neoliberalen Offensive gekennzeichnet, die gegenwärtig immer weiter fortschreitet, deren Ende nicht abzusehen ist.“<sup>44</sup> Diese Bestimmung schließt ein, unsere und die künftige historische Zeit nicht mehr als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu begreifen. In meiner Sicht wird so tieferen Einsichten für den möglichen und notwendigen Weg der Menschheit in eine kommunistische Zukunft der Boden entzogen. Die Ignoranz in der Diskussionsgrundlage, einen der gegenwärtigen Situation gemäßen „Epochebegriff“ programmatisch zu fixieren, rückt den gesamten Entwurf in die Nähe einer solchen Gefahr.

Der Begriff „Epoche“ verweist dem Wortinhalt nach auf einen bedeutsamen größeren Zeitabschnitt. In historisch-materialistischer Fassung bedeutet er: die Epoche ist ein grundlegender historischer Zeitabschnitt innerhalb einer ökonomischen Gesellschaftsformation oder beim Übergang von einer niederen in die höhere. Marx, Engels und Lenin haben diesen Begriff stets im Zusammenhang mit historischen Höhepunkten oder theoretisch-analytischen Geschichtsbetrachtungen sowie Erfordernissen des Klassenkampfes verbunden. So schätzte Lenin die Oktoberrevolution als Einleitung einer neuen Epoche der Weltgeschichte ein - als „Epoche der Herrschaft der *neuen* Klasse, die in allen kapitalistischen Ländern unterdrückt ist...“ Die Oktoberrevolution schuf einen „noch nie dagewesenen *Typus* der Staatsordnung.“<sup>45</sup> Damit wurde die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die welthistorisch mit der Formierung der Arbeiterklasse begann, auf einen historisch-konkreten Begriff gebracht.

Richtig ist aber auch, daß frühere Einschätzungen über den Fortgang dieser Epoche immer weniger der Wirklichkeit entsprechen und daß mit der Niederlage des europäischen realen Sozialismus eine historische Zäsur eintrat - ein Epochenbruch. W. Gerns und Nina Hager verweisen hierauf in ihrem Beitrag zum Programmentwurf der DKP; und zwar als „Begründung“ für ihren Verzicht, sich über die Epoche des Übergangs zum Sozialismus heute programmatisch zu äußern.<sup>46</sup> Es ist selbstverständlich eine historische Tatsache, daß die imperialistische Epoche, die weiter vorhanden ist, sich in Wechselwirkung mit der kapitalistischen Globalisierung vermittels neoliberaler Politik festigen konnte. Dieser konterrevolutionäre Restaurationszeitraum droht in Krieg und Barbarei zu versinken. Er produziert zunehmend krasse soziale Ungleichheit und bringt mittels Gewöhnung an solche Lebensumstände moderne Sklaverei als eine Form der Barbarei hervor. Daß diese imperialistischen Verwerfungen mit einer Katastrophe oder den Untergang der Menschheit enden könnte, ist nicht auszuschließen.

---

<sup>44</sup> U.-J. Heuer, in: Z-Nr. 44, Dezember 2000, S. 88.

<sup>45</sup> Werke, Bd. 33, S. 35.

<sup>46</sup> In: unsere Zeit vom 27. Mai 2005, S. 17.

Zur objektiven weltgeschichtlichen Dialektik gehört allerdings zugleich: Die Niederlage des europäischen Sozialismus ist eine historisch zeitweilige, die keinesfalls den Prozeß der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein jähes Ende setzte. Dieser epochale Übergang geht als *objektiver Prozeß besonderer historischer Art* weiter. Nicht nur, daß eine Reihe von Ländern trotz aller Schwierigkeiten an ihrem sozialistischen Weg festhalten. Wesentlich ist, daß trotz imperialistischer Gefährdung der Menschheit sich der „naturgeschichtliche Prozeß“ (Marx) der Evolution des Kapitalismus mit zunehmender Geschwindigkeit fortsetzt. Im Ergebnis der digitalen Revolution hat die damit verbundene rasante Entwicklung der Vergesellschaftung der Produktion nunmehr eine solche Qualität erreicht, die bereits eine kommunistische Produktionsweise als reale Möglichkeit einschließt, deren Wirklichkeit allerdings an die Aufhebung des Monopolkapitals gebunden ist. Dieses „Ausbrüten“ der zunächst sozialistischen Gesellschaft schreitet als ein Prozeß sozialer Revolution rasch voran. Engels meinte, daß mit der Geburt des Proletariats in England dieses Land zugleich „auch in keine universellere, eine soziale Revolution hineingerissen (wurde) ...“<sup>47</sup> Die soziale Revolution im modernen Kapitalismus enthält - wenn auch kapitalistisch geformt und zunehmend deformiert - eine solche verborgene Substanz der eigenen Verneinung, des Kapitalismus als Totalität, die Marx als Parameter einer kommunistischen Zukunft betrachtete (Arbeitsproduktivität, Vergesellschaftungsgrad u.a.m.).

Dieser epochale Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus und die Epoche des modernen Imperialismus sind miteinander verklammert. Sie sind verbunden durch das Scharnier des absterbenden Systems Imperialismus und des neuen Systems Sozialismus als erster Stufe der Epoche des Kommunismus. (Manfred Sohn) *Das ist der dialektische Gehalt unserer Epoche als weltgeschichtliche Erscheinung.* Daß für den weiteren Fortgang dieser historischen Dialektik in unserer Zeit allerdings als subjektive Hauptvoraussetzung die Formierung eines geschichtsmächtigen Subjekts in längeren Fristen erforderlich ist, liegt auf der Hand. Wenn deshalb eine kommunistische Partei, die diese „Subjektbildung“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, darauf verzichtet, die historische Differenz dieser Epochencharakteristik als Crux marxistischer Theorie und gesellschaftlich-historischer Praxis weiter auszuloten und so die Epochencharakteristik zeitgemäß weiter zu entwickeln, verzichtet sie darauf, den Sozialismus heute in der geschichtlichen Notwendigkeit zu verankern. Er könnte so als bloße Vision erscheinen.

Ein solcher Eindruck wird ebenfalls dadurch hervorgerufen, daß der Programmwurf vollkommen von der Marxschen Erkenntnis abstrahiert, daß auch der Sozialismus „im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet“ werden muß. Mit Blick auf das Heute werden dadurch wichtige substantielle Momente für die Gestaltung eines modernen Sozialismusbildes ausgelassen.

Marx schrieb in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, daß die Arbeiterklasse „keine fix und fertigen Utopien einzuführen“ und auch „keine Ideale zu verwirklichen“ hat; „sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der ... Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben.“<sup>48</sup> Und auch Rosa Luxemburg sprach davon, daß es mittels der „gänzlichen Aufhebung des kapitalistischen

---

<sup>47</sup> MEW, Bd. 1, S 552.

<sup>48</sup> MEW, Bd. 17, S 343.

Systems“ gilt, „den Kern der sozialistischen Gesellschaft aus dem ihm widersprechenden kapitalistischen Hülle herauszuschälen.“<sup>49</sup>

Mit dem Kapitalismus der freien Konkurrenz begann dieses Ausbrüten des Sozialismus. Mit der Geburt des Imperialismus und seiner Entwicklung war dieses Ausbrüten bereits direkt mit der historischen Genesis der Lehre von Marx und der Arbeiterbewegung und dem Schicksal der proletarischen Revolution verknüpft. Und in unserer Zeit des Übergangs zum „digitalen“ Kapitalismus involviert das Maß dieses Ausbrütens in meinen Augen bereits die objektiv-reale Möglichkeit und Notwendigkeit einer letztlich kommunistischen Zivilisation Ergo: Dieser historisch-objektive Sacherhalt involviert, daß im Schoße des modernen Kapitalismus in zunehmendem Maße wesentliche Strukturelemente eines neuen Sozialismus ausgebrütet werden - und zwar als Ergebnis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der nicht nur den Widerspruch zwischen Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem allgemeinen Charakter der Arbeit vertieft. Als Folge der wissenschaftlich-technischen-elektronischen Revolution im modernen Kapitalismus zeigt sich diese materielle „Vorbereitung“ der kommunistischen Produktionsweise ebenfalls zunehmend sozial in neuer Qualität. Vor allem durch die enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität bilden sich bereits jetzt in den entwickelten kapitalistischen Ländern Momente der von Marx abstrakt formulierten Charakteristika der kommunistischen Gesellschaft als „welthistorischer Vorgriff“ in noch kapitalistischer Art und Weise heraus. Sie nehmen Züge einer hervortreten der Tendenz an, wie zum Beispiel als Überwindung der den Menschen knechtenden Arbeitsteilung, des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit. Da dieses Reifen der kommunistischen Zukunft der Menschheit im modernen Kapitalismus ein Prozeß sozialer Revolution ist, kann er für die Gestaltung einer modernen Sozialismuskonzeption nicht obsolet sein.

In dieser Sicht ist es unerläßlich - zugleich in Fortführung des bisher Gesagten - einen kurzen Blick auf den Abschnitt „Imperialismus heute“ des Programmentwurfs zu werfen. Vorab. W. Gerns und Hager meinen, daß dieser Abschnitt „den Leserinnen und Lesern sicher besonders viel Arbeit abverlangen“ wird.<sup>50</sup> Wie wahr! Was mich betrifft: Eigentlich wäre ich angehalten, hier eine scharfe Polemik generell und in concreto zu führen. Sie würde allerdings den Rahmen dieses Beitrages vollkommen sprengen. Deshalb kann ich meine generellen Einwände nur andeuten.<sup>51</sup>

So scheint mir, daß aus diesem Abschnitt der „kollektive Imperialismus“ und der „Ultraimperialismus“ hervorschaut - obwohl diese Begriffe selbst nicht genannt werden. Und der Imperialismus wird in der Konnexität mit „Globalisierung“ als Wesensbestimmung gedacht uns so als Epoche (oder Phase) der gegenwärtigen imperialistischen Entwicklung bestimmt. In meiner Sicht ist dies eine Fehlgeburt mit fatalen theoretischen und strategisch-politischen Folgen. Denn der Begriff der Globalisierung - ein irreführender, arg schillernder, widernatürlicher und meistgebrauchtester Begriff der letzten Jahre - wird de facto zum „Schlüsselbegriff“ von „Imperialismus heute“ erklärt. Daß damit zugleich Lenins Imperialismustheorie mit seiner Bestimmung des historischen Platzes des Imperialismus entsorgt wird, liegt auf der Hand. Denn aus allem, was Lenin aus seiner Bestimmung des ökonomischen Wesens des Imperialismus als Monopolkapi-

---

<sup>49</sup> R. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1899, S.53.

<sup>50</sup> W. Gerns und N. Hager: Kontinuität ..., a.a.O., S. 17.

<sup>51</sup> Eine Fülle zutreffender konkreter Einwände hat A. Schön vorgetragen, in: offen-siv, 5/05, S. 25 ff.

talismus folgerte: „Schon dadurch ist der historische Platz des Imperialismus bestimmt, denn das Monopol ... bedeutet den Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren Gesellschaftsformation...<sup>52</sup> Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus.“<sup>53</sup> Offensichtlich legte Lenin nach Marx und Engels in jener historischen Zeit der imperialistischen Epoche weitere theoretische Fundamente des epochalen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Lenin meinte in seiner Imperialismusanalyse und seiner Wertung des Imperialismus als *sterbender* Kapitalismus: „Es ist begreiflich. Warum der Imperialismus *sterbender* Kapitalismus ist, den *Übergang* zum Sozialismus bildet: das aus dem Kapitalismus hervordachsende Monopol ist *bereits* das Sterben des Kapitalismus des Kapitalismus, der Beginn des Übergangs zum Sozialismus. Die gewaltige *Vergesellschaftung* der Arbeit durch den Imperialismus ... hat dieselbe Bedeutung.“<sup>54</sup>

Ein mannigfaltiges Abweichen der historisch-konkreten Praxis vom Leninschen theoretischen „Fahrplan“ der Übergangsepoche ist offensichtlich. Diese Crux sozialistischer Theorie und Praxis setzt aber weder die Notwendigkeit dieses Übergangs außer Kraft, noch kann sie Anlaß sein, das diesbezügliche Leninsche theoretische Gedankengut zu den historischen Akten zu legen. Gefragt ist vielmehr eine solche dialektisch-materialistische Positionierung, die dieses Gedankengut fortführt und auf eine zeitgemäße theoretisch-methodologische Grundlage stellt. Und das macht auch Korrekturen nötig.

Aus heutiger Sicht kann man durchaus „kritisch“ ermerken, daß durch die Einlagerung dieser Aussage in die damalige historisch-konkrete revolutionäre Situation eine „Verkürzung“ dieses Sachverhaltes erfolgte sowie eine ökonomische Analyse in bezug auf eine weiterhin *offene* Entwicklung des Kapitalismus unterblieb. Lenin konnte selbstverständlich weder das Ende des realen Sozialismus noch die jetzige Restauration des Kapitalismus im Weltmaßstab erfassen. Jedoch aus *solchen* historisch objektivierten „Unzulänglichkeiten“, die keiner wissenschaftlichen Voraussicht zugänglich sind, abzuleiten, daß diese These in Frage zu stellen sei, wie dies gelegentlich auch von Marxisten erfolgt<sup>55</sup>, halte ich für falsch. Im Gegenteil! Der abstrakt-allgemeine Wesenskern dieser These zeigt sich erneut historisch-konkret auf einer höheren Stufe in unserer Zeit. Die damaligen Kartelle und Trusts, die Lenin in seiner Imperialismustheorie als Schwelle zum Sozialismus betrachtete, stehen allerdings wie kleine Kinder zu den heutigen Multis und Transnationals. Das Reifen des Sozialismus - überhaupt Kommunismus - im Schoße der heutigen Phase des kapitalistischen Imperialismus zeigt sich so als eine solche *neue* Qualität, in der sich ein Kulminationspunkt weltgeschichtlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus manifestiert. Hierbei handelt es sich um einen zutiefst objektiv-gesetzmäßigen Prozeß in einer wirklich *historischen* Dimension, die nicht nur die Mängel und Irrtümer unserer herkömmlichen Epochebestimmung „hinter sich“ gelassen hat,

---

<sup>52</sup> Werke, Bd. 22, S. 304.

<sup>53</sup> Ebenda, 307.

<sup>54</sup> Werke, Bd. 23, S. 104.

<sup>55</sup> So beispielsweise Gretchen Binus in einem Vortrag „Zur Leninschen Imperialismusanalyse aus heutiger Sicht“. In: Geschichtskorrespondenz. Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der historischen Kommission der PDS, Mitteilungsblatt, Nr. 1/3. Jhg. Januar 1997, S. 17 ff.



sondern gleichfalls die Irrtümer von Marx, Engels und Lenin hinsichtlich des historischen Zeitmaßes des gesellschaftlichen Fortschritts in Richtung Sozialismus als praktisch-politische Aktion und theoretische Voraussicht. Und eine solche Positionierung ist gleichfalls nicht *unmittelbar* mit revolutionären Ausbrüchen großen Stils und historisch-konkret mit dem Fortgang der sozialistischen Revolution auf unseren Planeten gekoppelt. Nur so können wir „uns endlich und endgültig unseres Ortes in der Geschichte sicher sein.“ (Gerhard Branstner)

Im Programmwurf der DKP wird die Leninsche Imperialismustheorie nicht weitergedacht<sup>56</sup>; sie wird beiseite gelegt und damit das eigentliche Fundament ignoriert, worauf das zeitgemäße Begründungsgefüge beruht, welches den sich objektiv, mit „Naturgesetzlichkeit“ vollziehenden epochalen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus theoretisch formiert. Damit ist natürlich auch der Weg verbaut, einen dialektisch-historischen Zusammenhang zwischen einer diesbezüglichen Leninschen Positionsbestimmung heute und einer zeitgemäßen Sozialismuskonzeption herzustellen. Dies halte ich für einen fundamentalen Fehler und Schwachpunkt der Diskussionsgrundlage des Parteiprogramms der DKP.

Weil dem so ist, abstrahiert diese Diskussionsgrundlage auch von Übergangsforderungen im Sinne eines Übergangsprogramms, welches bezweckt, die Massen zwecks Vorbereitung der Macherobierung zu mobilisieren. Es ist eine historische Brücke zwischen den objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution und dem Proletariat und seiner Führung.<sup>57</sup> Gerns und Hager meinen: „Was die Reformvorstellungen betrifft, so haben wir uns im Entwurf auf wenige zentrale Forderungen beschränkt. Detaillierte Forderungen sollen Aktionsprogrammen oder Handlungsorientierungen überlassen werden, die schneller an aktuelle Erfordernisse angepaßt werden können.“<sup>58</sup> Das ist natürlich für eine zeitgemäße marxistisch-leninistische Programmgestaltung zu wenig. Die im Entwurf genannte Aufgaben als „Abwehrkämpfe“ bis hin zu „Heute kämpft die DKP für: ...“ verlangen die Formierung eines solchen zeitgemäßen Übergangsprogramms, das den objektiven Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus heute repräsentiert. Die programmatische Formierung eines modernen Sozialismusbildes ist hierfür die elementare Grundvoraussetzung. Die Fragen bezüglich dieses zeitgemäßen Übergangsprogramms bedürfen allerdings einer besonderen Darstellung, die hier nicht erfolgen kann. Meine Vorstellungen hierzu habe ich in der ausgewiesenen Schrift vorgestellt.

#### IV.

Viele Fragen und Probleme einer künftigen sozialistischen Gesellschaft harren natürlich einer ernsthaften theoretischen Diskussion. Sie als „Utopie“ oder nur als ein Phänomen der künftigen sozialistischen Zukunft abzutun, halte ich für abstrus. Obwohl niemand

---

<sup>56</sup> Dies habe ich in einigen meiner Publikationen versucht; vgl. z.B. I. Wagner: Der Kommunismus ist modern. Lenin und die Epoche, in: Schriftenreihe Marxistische Theorie und Politik 1, Berlin 2005, S. 72 ff. Ders.: „Kollektiver Imperialismus“ - Lenins Imperialismustheorie - „Globalisierung“, in: Marxistische Blätter 4-02, S. 92 ff.

<sup>57</sup> Siehe I. Wagner: Das Übergangsprogramm (Übergangsforderungen) heute. Theoretisch-methodologische Positionsbestimmung - Versuch einer marxistischen Annäherung. Leipzig Mai 2005.

<sup>58</sup> W. Gerns und N. Hager: Kontinuität und Erneuerung, a.a.O., S. 19.

sagen kann, wie sich der Aufhebungsprozeß des Kapitalismus historisch-konkret vollziehen wird, kann man bereits jetzt vermuten, welche Ergebnisse er als Suchprozeß für eine künftige sozialistische Gesellschaft zutage fördern könnte, da die neue Gesellschaft im Schoße der alten verborgen liegt. Dies involviert allerdings, daß sich ein zeitgemäßes Sozialismusbild zunächst „nur“ auf einer abstrakt-allgemeinen Ebene bewegen kann; es kann dem ihm immanenten Sachverhalt nur in einer noch einfachen, unvermittelten Form, als primäres Wesen kenntlich machen. Erst gemäß des Ganges der Geschichte kann zu historisch-konkreten Präzisierungen übergegangen werden. Dabei wird es höchstwahrscheinlich nicht nur zur Affirmation, sondern auch zur Negation und Limitation kommen und erst dadurch entsteht das Ganze einer konkreten theoretischen Aneignung der Wirklichkeit. In einem solchen Rahmen wird ein modernes Sozialismusbild erst einmal in Form einer (abstrakt-) allgemeinen Tendenz fungieren und zugleich für die Gestaltung einer antikapitalistischen und sozialistischen Politik, insbesondere für die Ausarbeitung eines Übergangsprogramms, hilfreich sein.

Um in dieser Sicht ein zeitgemäßes Sozialismusbild mit emanzipatorischen Momenten anreichern zu können, darf die diesbezügliche programmatisch-theoretische Debatte nicht auf die programmatischen Vorstellungen im „engeren Sinne“ reduziert werden. Sie muß vielmehr mannigfaltige Denkanstöße vermitteln und so theoretisch-programmatische Positionen in einem „erweiterten“ Sinne vermitteln. Einige Problemlagen, die einer weiteren Diskussion bedürfen, seien angedeutet.

Ausgangspunkt hierbei ist die bereits erwähnte Tatsache, daß die „sozialistische Welt“ bereits in alter „kapitalistischer Form“ bereits als eine gewaltige, nur bisher ungenutzte evolutionäre Potenz existierte. Und deshalb kann auch der europäische „reale Sozialismus“, der als Frühsozialismus einerseits die kapitalistische Ausbeutung und dadurch bedingte Grundgebrechen des Kapitalismus beseitigte, andererseits aber wesentliche Grundanliegen sozialistischer Gesellschaftsentwicklung nicht lösen konnte, nicht als Matrize eines künftigen Sozialismus gelten. Obwohl er als positives wie negatives „Erfahrungsobjekt“ für eine sozialistische Neuorganisation der Gesellschaft fungieren wird, ist eine künftiger moderner Kapitalismus weder logisch noch historisch seine Fortsetzung. Ein geschlossenes, allgemein verbindliches Modell des Sozialismus wird es nicht geben. Die künftige sozialistische Gesellschaft wird ein offenes und variantenreiches Projekt sein. In Zukunft wird es verschiedene „Sozialismen“ geben, die universell ein menschengemäßes Leben aller Menschen sowie die Versöhnung der Menschen mit der Natur und mit sich selber ermöglichen.

Für die entwickelten kapitalistischen Staaten ist m. E. besonders eine schöpferische Gestaltung der marxistisch-leninistischen Staatsfrage relevant. Im Programmwurf der DKP kann man lesen, daß in den Ländern des realen Sozialismus die „Volksherrschaft über Räte und sozialistische Parlamente ausgeübt“ wurde. „Es ist zu erwarten, daß die Schöpferkraft der Massen beim Aufbau der neuen Gesellschaft neben bewährten auch neue Formen der gesellschaftlichen Organisation hervorbringen wird.“<sup>59</sup> Das ist so zu erwarten. Allerdings konnte von einer wirklichen Volksmacht in Form von Räten und Parlamenten - aus welchen Gründen auch immer - keine Rede sein. Die Marxsche und Leninsche Positionierung zum sozialistischen Staat wurde in der frühsozialistischen Praxis negiert und durch staatstheoretischen Dogmatismus ersetzt. Hier sollte man Le-

---

<sup>59</sup> Programmwurf, a.a.O., S. 7.

nins Gedanken vom sozialistischen Staat als „Halbstaat“ zu Rate ziehen.<sup>60</sup> Sie sind keineswegs überholt. Im Unterschied zum Staat im eigentlichen Sinne - dem bürgerlichen Staat - ist der sozialistische Staat „Halbstaat“, da er „die Übergangsform seines Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat)“ ist.<sup>61</sup> In einem künftigen Sozialismus wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ohne Vergesellschaftung des Staates nicht möglich sein. Aber diese radikale allseitige Demokratisierung des Staates und aller gesellschaftlichen Bereiche bedeutet, daß sich dieser Staat durch seine Evolution der Gesellschaft immer mehr nähert - also in *sozialer* Hinsicht abstirbt, und zwar als „Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige Macht.“<sup>62</sup> Es wird sich also um den Ausbau und die Gestaltung einer wirklichen Volksmacht handeln, die als Rätewacht auch in Form eines sozialistischen Rechtsstaates den Weg in eine kommunistische Selbstverwaltung bahnen könnte, in der das Individuum nicht verwaltet wird, sondern selbst aktiv gestaltendes Glied des Ganzen ist. Als Werk von Generationen findet dies seine volle Ausformung im kommunistischen Gesellschaftszustand - als der künftigen Existenzform der menschlichen Gesellschaft, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung des Menschen ist.

Im Programmentwurf wird richtig vermerkt, daß möglicherweise neben den bekannten Formen des gesellschaftlichen Eigentums (Staats- und Genossenschaftseigentum) „auch neue Formen des gesellschaftlichen Eigentums entstehen.“<sup>63</sup> Allerdings. „Vergesellschaftung ist nicht Verfügung des Staates über die Produktionsmittel, sondern Übernahme der gemeinschaftlichen Produktion durch die Gesellschaft mit ihren Zwecken und Interessen als das dialektische Ganze der Bedürfnisse, Ziele und Interessen der Individuen. Konsequente Demokratie ist die politische Form. Eine sozialistisch-demokratische Wirtschaftsorganisation hat den Charakter individueller, gemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Selbstorganisation, da die Vorzüge einer im Gemeineigentum gegründeten Gesellschaft nicht zentral gesteuert und verordnet werden können.“<sup>64</sup> Die Dialektik der Evolution des künftigen Sozialismus wird natürlich viele Fragen und Probleme aufwerfen, über die es sich lohnt, bereits jetzt nachzudenken. Dies gilt für die Entwicklungsstufen dieser Gesellschaft, der „Muttermale“ der alten Gesellschaft als einer objektiven Erscheinung, der Umkehrung des Verhältnisses von Tauschwert und Gebrauchswert in einer höheren Entwicklungsphase des Sozialismus sowie gleichermaßen für Probleme von Freiheit Gerechtigkeit, Gleichheit, Werten und Moral in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft. Natürlich bedürfen diese Fragen und Probleme einer weiterführenden Diskussion außerhalb dieser Abhandlung. Mir scheint allerdings, daß die Autoren des Programmentwurfs der DKP diese Phänomene, die man, wenn auch in bescheidenem Umfang, in der marxistischen Literatur nachlesen kann, nicht einmal ansatzweise zur Kenntnis genommen und programmatisch-theoretisch verarbeitet haben. Auch wenn weiterführender diesbezüglicher Erkenntnisgewinn nicht immer originär im Programmtext Berücksichtigung finden kann; er wird auf jedem Fall zu einer Fundierung und Verbreiterung der im Marxismus und Leninismus verorteten theore-

---

<sup>60</sup> Vgl. W. I. Lenin: Marxismus und Staat, Berlin 1960, S. 70; insgesamt.

<sup>61</sup> LW, Bd. 25, S. 445.

<sup>62</sup> K. Marx, MEW, Bd. 17, S. 543.

<sup>63</sup> Programmentwurf, a.a.O.

<sup>64</sup> G. Stiehler: Sozialismus - ein aporetisches Projekt, in: Z - Nr. 49, S. 133.

tisch-programmatischen Substanz der DKP führen und die Gestaltung eines zeitgemäßen marxistischen Sozialismusbildes - auch über die programmatische Fixierung hinaus - befördern.

Abschließend. In seiner Schrift „Der Sozialismus - Bilanz und Perspektiven“ zitiert Gerns einen Brief von Josef Schleifstein, der im Jahre 1990 an einen Genossen betonte: „Wir müssen das sozialistische Ziel gründlich neu bestimmen, und diese Bestimmung wird sich nicht auf Ökonomie u. Politik beschränken dürfen. Der Sozialismus wird in universell-gesellschaftlichen Kriterien zu bestimmen sein, so daß schon von daher der Mißbrauch zumindest erschwert wird: ökonomisch (inkl. nichtentfremdetes Gemeineigentum), sozial, politisch (inkl. räte- u. basisdemokratisch), ökologisch, frauenemanzipatorisch, internationalistisch (im neuen, hauptsächlich auf die praktische Solidarität mit der Menschheitsmehrheit in Asien, Lateinamerika u. Afrika gerichteten Zielen), geistig-kulturell, ethisch-moralisch. Ich halte gerade die möglichst universelle Bestimmung im humanistisch-demokratischen Sinne für entscheidend, um die Idee des Sozialismus als Menschheitsbefreiungsidee zum Kern künftiger Sozialismusvorstellungen und ihnen entsprechender sozialer und politischer Praxis zu machen.“<sup>65</sup> Ein solches zeitgemäßes marxistisches Sozialismusbild, offen für die Erkenntnis des historischen Fortschritts, ist unverzichtbar. Mit dieser Arbeit habe ich mich in meiner Sicht der Dinge bemüht, einen Beitrag zur Lösung dieses Anliegens zu leisten.

---

<sup>65</sup> In W. Gerns: Der Sozialismus ..., a.a.O. S. 52.

**Lisl Rizy / Helmut Fellner**

## **Für die Kommunistische Initiative**

Genosse Hanfried Müller zu seinem 80. Geburtstag die besten Wünsche für ein im Rahmen des Kapitalismus, aber unter FreundInnen, GenossInnen in aller Welt, bestmögliches Leben.

Er hatte an der DDR nie auszusetzen, daß sie real existierte, er setzte sich mit ihr und ihren Problemen auseinander. Und er nannte die Konterrevolution beim Namen und sah und schrieb, wohin nun der Weg gehen würde, als viele GenossInnen blind und taub wurden.

Die KommunistInnen in Österreich sind ihm - und den von ihm und seinem Kreis herausgegebenen »Weißenseer Blättern« zu größtem Dank verpflichtet, weil er uns seit Jahrzehnten wissenschaftliche Information, in Diskussionen Argumente gegen Reformismus und Opportunismus und auch Kraft für die politische Arbeit gibt. Genosse Hanfried Müller hat damit auch zu einer Vernetzung der antikapitalistischen Kräfte beigetragen - offensichtlich einem der schwersten Vorhaben, seit dem Sieg der Konterrevolution in großen Teilen der Welt. (In den »Weißenseer Blättern« interessierten mich erstmals auch theologische Auseinandersetzungen, obwohl ich letztlich wie Hans Heinz Holz „aus der Sicht eines marxistischen Philosophiehistorikers. Eine Antwort an Hanfried Müller“, nicht verstehen kann, wie das funktioniert mit der Mischung radikale Christen und politische Kommunisten.)

Wenige von uns, die wir vor kurzem in Wien die Kommunistische Initiative gegründet haben, um den Aufbau einer Kommunistischen Partei in Österreich, die diesen Namen wirklich verdient, voranzutreiben, kennen Hanfried Müller persönlich, aber durch seine politischen, theoretischen Arbeiten fühlen wir uns ihm herzlich und vor allem geistig verbunden.

Wir widmen ihm einen bescheidenen Versuch - mit den Instrumenten des Marxismus-Leninismus -, uns im eigenen Land mit den Bedingungen des Kapitalismus auseinander zusetzen.

Für die Kommunistische Initiative  
Lisl Rizy

## **Thesen über die heutige Situation der österreichischen ArbeiterInnen- klasse und die prinzipielle Orientierung auf sie**

1. In den Industriestaaten ist in den letzten Jahren der Gesamtumfang der ArbeiterInnenklasse im weitesten Sinn gewachsen. In vielen Ländern (so auch in Österreich) stieg in den letzten Jahren sogar - statistisch nachweisbar - der Anteil der ArbeiterInnen im produktiven, mehrwertschöpfenden Sektor, dem Industrie- und Gewerbetariat.

Und dies bei durchaus hohen Arbeitslosenziffern und trotz Ab- und Auswanderung ganzer Produktionen in Entwicklungs- und Schwellenländer. In Österreich kam es dabei durch die Privatisierung der großen verstaatlichten Industrie-Einheiten zu gravierenden Umschichtungen von Groß- zu Klein- und Mittelbetrieben. Die Ausweitung insbesondere des Dienstleistungssektors führte zu einem enorm gestiegenen Anteil an Frauen innerhalb der ArbeiterInnenklasse.

2. Immer mehr Schichten (selbst hoch- und höchstqualifizierter und akademischer) Lohnabhängiger werden „proletarisiert“, ihre Situation am Arbeitsplatz, die Abhängigkeit von der Unternehmensführung, soziale, arbeitsrechtliche und finanzielle Standards und auch ihre Lebensumstände nähern sich immer deutlicher der Lage der ArbeiterInnenklasse an. Dies passiert auch im Bereich der kleinen und mittleren Beamtschaft, der Telekommunikation, des öffentlichen Verkehrs und im Gesundheits- und Sozialdienst sowie im Bildungswesen.

3. Alle Arbeitsverhältnisse sind einem gravierenden Wandel ausgesetzt:

Selbst in geregelten Normalarbeitsverhältnissen greifen Arbeitsrechtsverletzungen immer mehr um sich. Die Möglichkeiten der Lohnabhängigen, sich gegen Eingriffe ins Arbeitsrecht zu wehren, sind auf Grund des Arbeitsdrucks, der Entsolidarisierung, falscher „sozialpartnerschaftlicher“ Gewerkschaftspolitik stark beschränkt. Dazu kommt die weitere Aushöhlung des Arbeits- und Sozialrechts sowohl durch sozialdemokratische als auch durch bürgerliche Regierungen auf nationaler Ebene und erst recht auf der Ebene der EU.

Atypische Arbeitsverhältnisse wie Scheinselbständigkeit und fingierte Werkverträge nehmen in allen Arbeitsbereichen zu.

4. Ein beträchtlicher Teil bisheriger Normalarbeitsverhältnisse ist einer steigenden Prekarisierung ausgesetzt, überproportional betroffen sind davon Frauen. Vollzeit Arbeitsplätze werden auf Teilzeit reduziert, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) greift um sich, die Zahl der befristeten Dienstverhältnisse steigt. Dazu kommt eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der Sozialgesetzgebung, die Frauen wieder aus dem Erwerbsleben drängen sollen.

5. Auf Grund tatsächlicher oder illusionärer Unabhängigkeit suchen viele qualifizierte, vor allem junge Menschen den Weg in die „unternehmerische Selbständigkeit“. Nicht selten endet ihre erträumte Unabhängigkeit auf einem riesigen Schuldenberg. Ihre soziale Lage ähnelt jener der Lohnabhängigen, der Grad der Selbstausbeutung liegt vielleicht höher. Auch unter kleinen Selbständigen wächst die Erkenntnis, daß Solidarität nötig ist, und auch linkes politisches Bewußtsein, daher sind sie in eine Bündnispolitik im Interesse der Lohnabhängigen einzubeziehen.

6. Eine marxistisch-leninistische Partei ist grundsätzlich eine Partei der ArbeiterInnenklasse und aller von den verschärften Verwertungsbedingungen des Finanz- und Monopolkapitals betroffenen werktätigen Schichten. Es handelt sich bei diesen Schichten nicht um Opfer irgendeiner Modernisierung, sondern alter, aber neu verschärfter Ausbeutung. Sie sieht sich als Sprachrohr der Interessen der ArbeiterInnen, Angestellten,

kleinen Beamten und kleinen Selbständigen und „Scheinselbständigen“ und versucht, eine Politik für sie und mit ihnen zu entwickeln, um gemeinsam einen Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, perspektivisch für eine gänzlich andere Gesellschaftsordnung, für den Sozialismus, zu führen.

7. Der „Abwehrkampf“ gegen weitere Verschlechterungen des Arbeits- und Sozialrechts muß organisiert geführt werden. Die kommenden Angriffe auf arbeitsrechtliche Absicherung, auf Kollektivverträge und Mindestlohntarife, Abfertigungen, Sozial- und Pensionsversicherung usw. müssen mit allen rechtlichen und politischen Mitteln verhindert werden. Dies kann nur durch mehr Druck von links auf die Gewerkschaften sowie durch Ausweitung fortschrittlicher Positionen in Betrieben und Arbeitnehmervertretungen gelingen.

8. Atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse müssen mit allen Möglichkeiten bekämpft werden: durch Auseinandersetzung mit falschem, illusionärem Bewußtsein, durch Umwandlung in Normalarbeitsverhältnisse mit Hilfe von arbeitsrechtlichen Klagen, durch Erkämpfung arbeits- und sozialrechtlicher Standards für „Scheinselbständige“. Das noch vorhandene Arbeits- und Sozialrecht muß dabei so gut wie möglich genutzt werden, sonst wird es totes Recht und bedarf gar keiner weiteren Aushöhlung durch die reaktionären Kapitalfraktionen.

9. Es geht darum, den Mut der arbeitenden Menschen zu stärken, sich zu wehren, zumindest das vorhandene Arbeitsrecht zu nützen. Voraussetzung dafür ist die Stärkung des Solidaritätsgedankens der einzelnen Sparten der ArbeiterInnenklasse den jeweils anderen gegenüber. Kleine Selbständige, Gewerbetreibende und Künstler müssen in diese Solidarität mit eingeschlossen sein, da sie von ihrer sozialen Lage her ebenfalls zusehends „proletarisiert“ werden.

10. Die Fragen der Umverteilung des Besitzes von oben nach unten, der Besteuerung der großen Vermögen und Besitzstände müssen Teil unserer Strategie im Kampf für die Rechte der ArbeiterInnenklasse sein. Diese Politik muß aber auch das soziale Umfeld der ArbeiterInnenklasse umfassen: die Systeme der Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, die kulturellen Gewohnheiten, die Lebens- und Wohnbedingungen. Dabei darf der Begriff der Arbeit nicht auf reine Erwerbsarbeit eingeschränkt werden, sondern muß auch den Bereich der hauptsächlich von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit innerhalb der lohnabhängigen und werktätigen Schichten mit einschließen.

11. Unser Ziel bleibt dabei eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft in eine sozialistische, in der die Entfremdung der Arbeit allmählich überwunden wird, der Profit nicht mehr die oberste Maxime ist und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwindet. Bei der Entwicklung dieses Zieles geht es auch darum, ständig die Unmenschlichkeit des Kapitalismus im globalen, aber auch im österreichischen Rahmen aufzuzeigen.

Helmuth Fellner





## § 13 Recht und Gerechtigkeit

## Wolf-Dieter Gudopp-v.Behm

### Notizen zu einem Vers von Solon

Man sollte, wenn der spartanische Dichter Tyrtaios erwähnt wird, nicht gleich, so verständlich der Impuls auch wäre, die Schotten dicht machen. Der Mann verdient Beachtung. Während des zweiten Messenischen Kriegs (ungefähr zwischen 660 und 640) trug er seine Kampfparänesen vor - in der nicht unbegründeten Sorge um den Kriegsausgang und das künftige Schicksal seiner Polis, die auf eine lange Zeit kultureller Blüte zurückblickte, aber allen Grund hatte, die Vergeltung der unterdrückten Heloten zu fürchten.

Wenn Tyrtaios vor der Schlacht zu den Truppen sprach, verfolgte er dabei in der Hauptsache zwei Ziele: das allgemeine, den Kämpfern die natürliche Todesfurcht auszutreiben, und das besondere, ihnen noch einmal - auch das mit großer rhetorischer Bildhaftigkeit - die spezifische Disziplin der Hoplitenphalanx mit der ihr eigenen Aufstellung und Taktik einzuprägen<sup>1</sup>. Dazu gehört unabdingbar, jedes individualistische Verhalten, in erster Linie selbstverständlich die Flucht, zu unterlassen, den Nebenmann, den Nächsten (πλήσιος, 3 Latacz<sup>2</sup> [9 Diehl], v. 19; cf. 2 L, v. 38) nie allein zu lassen, in Reih und Glied zu bleiben und sich darüber hinaus auch des politischen ξυόν (3 L, v. 15), des bonum commune der Polis bewußt zu sein.

Hochgeehrt werden die Männer, die als Sieger lebend zurückkommen (3 L, vv. 35-42). Wenn aber einer vorn, in der vorderen, besonders gefährdeten Reihe fällt, von vorn getroffen, dann, sagt Tyrtaios in einer Elegie, mehrt das den Ruhm der Stadt, des Volks und des Vaters, und alle trauern um ihn (3 L, vv. 23-28). Es folgt ein Distichon, das hier zunächst interessieren soll (v. 29-30); die Rede ist immer noch von dem Gefallenen:

καὶ τύμβος καὶ παῖδες ἐν ἀνθρώποις ἀρίσημοι  
καὶ παίδων παῖδες καὶ γένος ἐξοπίσω.

sein Grabmal wie seine Kinder sind bei den Menschen weitbekannt  
und ebenso die Kindeskindern und das Geschlecht künftighin.

Das Distichon aus einem Hexameter und einem folgenden Pentameter ist die metrische Form und die Sinneinheit der Elegie. Im form-inhaltliche Rhythmus ist der erste Vers dynamisch offen angelegt und bereitet vor, der zweite bringt eine Konzentration oder Steigerung des Sinngehalts und schließt ruhig. Die Zäsur, die den Pentameter gliedert, und der metrische Neuanfang des zweiten Versteils bewirken eine Atempause und laden

---

<sup>1</sup> ohne darüber die unentbehrlichen Leichtbewaffneten, die γυμνητες, zu vernachlässigen: 2 L (s. Anm. 2), vv. 35-39.

<sup>2</sup> Die Numerierung der Gedichte und die Stellenangaben beziehen sich auf: J. Latacz (Hrsg.): Die griechische Literatur in Text und Darstellung. Archaische Periode. Stuttgart (Reclam) <sup>2</sup>1998. Der Band enthält ausgewählte Dichtungen im griechischen Original und in deutscher Übersetzung; die meisten Übersetzungen stammen von Latacz, der auch die Einführungen zu den jeweiligen Dichtern geschrieben hat.

ein innezuhalten und, wovon die Rede ist, nachdenklich zu reflektieren. Die Gedankenführung des zitierten Distichons kulminiert in der Perspektive, die den gegenwärtig überblickbaren Zeitbereich des Ruhmes überschreitet. Der Hexameter blickt noch auf erfahrbar Gegenwärtiges, den Tymbos und die Kinder; der erste Teil des Pentameter auf eine fernere Zeit, die aber für die Heutigen noch real ist, auf die Enkel; der zweite Teil des Pentameters schließlich geht über die Erfahrungswelt der Menschen einer bestimmten Zeit hinaus und versichert: Der mit diesem Tod erworbene Polis-Ruhm des Geschlechts wird auch in ferner Zukunft nicht vergessen sein.

In allgemeinerer Form ist das Motiv aus der Zeit vor Tyrtaios nicht unbekannt. In den epischen Hexametern vor allem der Odyssee begegnet es mehrfach. Telemach sagt zur (als solche unerkannten) Athene: Alles wäre nicht so schlimm, wenn der vermißte Vater mit seinen Gefährten bei Troja oder bei Freunden gestorben wäre. Dann nämlich hätten ihm die Achäer einen Tymbos (Grabmal, Tumulus) errichtet, *καὶ ὦ παιδί μέγα κλέος ἦρατ' ὀπίσσω* - auch seinem Sohn hätte das für die Zukunft zu großer Berühmtheit verholfen (Od. I., v. 239 f.). Die Formulierung wird von Eumaios gegenüber dem (unerkannten) Odysseus (Od. XIV., v. 369 f.) und im Hades von Achilleus gegenüber dem so unwürdig ums Leben gekommenen Agamemnon (Od. XXIV., v. 32 f.) wiederholt.<sup>3</sup>

Bei Homer<sup>4</sup> hat die Formel ihren Platz im Zusammenhang der Adelsideologie des späten 8. Jahrhunderts, deren Vorstellungswelt sich auf die mykenische Zeit und den alten Kampfstil der Helden bezieht. Tyrtaios kennt selbstverständlich seinen Homer und bedient sich der geläufigen Satzprägung. Aber er kopiert sie nicht. Indem er sie aufnimmt verändert er sie sowohl künstlerisch als auch hinsichtlich ihres Gehalts, das eine im ändern. Das Erinnern an die heroische Vergangenheit ist beabsichtigt; es stützt das Überleiten in die neue Lebens- und Kampfweise und verleiht den Anforderungen der neuen Zeit eine traditionale Weihe. Der kontinuierlich-diskontinuierlich vom Epos in die Elegie wechselnde Hexameter eignet sich dabei hervorragend als ein Vehikel, das überträgt und zugleich verwandelt. Nach wie vor geht es um den gebührenden Ruhm und Nachruhm verdienstvoller Krieger, aber nicht nostalgisch idealisierend, sondern aktuell motivierend. Tyrtaios entwindet den Aristokraten die Erbschaft der traditionellen Einstellung und macht sie für die militärische und politische Hopliten-Ordnung und deren Kollektiv- und Kooperativ-Ethik nutzbar. Appelliert wird nicht mehr an die Größe des fürstlichen Geschlechts und womöglich dessen göttliche Abstammung, die dem besungenen Helden genetisch eingepflanzt sind und zu entsprechenden eigenen Taten prädestinieren. Gemeint ist vielmehr der (spartanische) Patriot, kein geborener Held, sondern ein durch seine Polis und für diese verpflichteter Mitkämpfer. Jeder, der sich bewährt und seine Kommilitonen nicht im Stich läßt, ist ein Kandidat des Ruhmes für sich und sein ganzes Genos - in seinem *καὶ γένος ἐξὀπίσσω* läßt Tyrtaios den antiaristokratischen Hoplitenstolz mitklingen.

Die differenzierende Verfeinerung und erweiternde Komplexierung des tradierten Verses resp. der Verse wäre ohne die poetische Verfeinerung und die Erweiterung der

---

<sup>3</sup> Wollte man die geschichtliche Dimension und Perspektive erweitern, so wäre nach der Seite des Älteren auf die Worte Enkidus am Ende der VII. Tafel des Gilgamesch-Epos, nach der des Jüngeren an die Totenrede des Perikles im II. Buch von Thukydides' Peloponnesischem Krieg, dort auf den Abschnitt 43, zu verweisen.

<sup>4</sup> oder, wenn man vorsichtig ist: beim Dichter der Odyssee.

künstlerischen Möglichkeiten, die die Elegie gegenüber den hexametrischen Epen gebracht hat, nicht denkbar gewesen. Die neue Form ist ihrerseits eine Folge und ein Ausdruck der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung, mit der neue gesellschaftliche Kräfte maßgebend wurden und deren wichtigste politische Kraft die Hoplitensklasse gewesen ist, die Klasse der mehr oder weniger gleichen Grundeigentümer, der Bürger und Bauern in Rüstung, die sich in Sparta als *homoioi*, als Ihresgleichen bezeichneten.

\*

Ungefähr ein halbes Jahrhundert später hatte es der aus vornehmerem Adel stammende Kaufmann, Politiker und Dichter Solon mit dem drohenden Kollaps seiner Polis Athen zu tun. Athen war drauf und dran, den Anschluß an die moderne Welt zu verlieren und in einen selbstzerstörerischen Bürgerkrieg zu schlittern. Solon beließ es nicht bei den Wahrnehmungen, die er mit vielen teilte, und überließ sich nicht spontanen Stimmungen. Seine Diagnose war konkret und radikal, gab die Gründe des aus Erfahrung und theoretischer Überlegung gewonnenen Befunds an und verband die Analyse mit einem komplexen Konzept der notwendigen gesellschaftspolitischen Neuordnung, die die greifbar nahe Katastrophe abwenden sollte. Für das Amtsjahr 594/593 wurde er zum Regierungschef gewählt und mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Während der kurzen Amtszeit vermochte er seine einschneidenden Pläne so gründlich um- und durchzusetzen, daß spätere Geschichtsschreiber wie Friedrich Schiller oder Friedrich Engels trotz des historischen Kompromisses, dessen Architekt Solon war und der ihm nicht nur Freunde beschert hatte, bis zum heutigen Tag von einer sozialen, von der solonischen Revolution sprechen.

Solon war ein Zeitgenosse des Thales von Milet; er wußte sich der materiell und ideell fortgeschrittenen Welt Ioniens zugehörig und versuchte, die alte Zusammengehörigkeit Attikas mit dieser dynamischen Ex-oriente-lux-Region wiederzubeleben. In Athen wirkte er als ein personell und thematisch eigenständiger Aktivposten der ionischen Aufklärung; im Unterschied, nicht im Gegensatz zu den Milesiern galt sein wissenschaftliches und praktisches Generalinteresse nicht der Natur, sondern der inneren Struktur der Polis: dem Recht. Was ist *Recht*, und wie „funktioniert“ es? Seine Überlegungen veröffentlichte er in der Form kunstvoller Gedichte, die auf Foren vorgetragen und in erster Linie auch so verbreitet wurden; die meisten Griechen konnten zwar lesen und schreiben, aber das gesellschaftliche Leben vollzog sich doch im Medium des Mündlichen.

Die homerische Ruhmesformel war, wie gesagt, für Tyrtaios zum Material einer neuen Form und eines erneuerten Inhalts geworden. Dieses auf Homer transparente Distichon wiederum hat der von Tyrtaios schon früh beeindruckte politische Dichter Solon aufgenommen. An einem anderen Ort und in einer anderen Zeit, unter ganz anderen Bedingungen und in ganz anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen hat er das Distichon seiner eigenen Intention und Generalaussage anverwandelt. Tyrtaios hatte sich auf einen älteren *Hexameter* aus Ionien bezogen, Solon greift auf dem jetzt moderneren Niveau auf den *Pentameter* aus Sparta zurück und nutzt ihn, um mit einer demonstrativen Operation das bekannte Text-Motiv in den Dienst eines qualitativ neuen Inhalts zu stellen und in die moderne Weltanschauung überzuführen. Es geht nicht mehr um kriegerischen Ruhm, sondern um Solons großes, von Hesiod vorbereitetes Thema *Recht*, *δίκη/díkē*.

Die betreffenden Verse mit dem Erbe-gesättigten Pentameter (v. 32), zwei Distichen (vv. 29-32), finden sich in Solons großer „Musen-Elegie“ (1 L [1 Diehl]), die so heißt, weil sie, wie's im Land der Brauch war, mit einer Anrufung der Musen beginnt. Sie ist unstrittig einige Zeit vor Solons Archontat entstanden, ein Werk eher des „früheren“ Solon, mit dem er seine später eindeutiger formulierte Auffassung vom objektiven Charakter der Rechtswirklichkeit und von der politischen Eigenverantwortlichkeit der Bürger aber schon unmißverständlich ausspricht. Der gedankliche Zusammenhang der Passage läßt sich fürs erste mit der frommen Volksweisheit andeuten „Unrecht Gut gedeiht nicht“ und „Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein“, um diese Assoziation aber sofort wieder zu korrigieren: Zum einen weiß Solon, daß der Augenschein und die Erfahrung etwas anderes lehren, und zum andern hat er nicht wohlfeile Sprüche im Sinn, die ehrliche Menschen über den Reichtum anderer hinwegtrösten möchten. Davon, daß jede Verletzung des Rechts früher oder später geahndet werden wird, ist allerdings wirklich die Rede.

Zunächst wird jedoch, nicht von ungefähr, die Frage traktiert, wie es mit dem Eigentum zu halten sei. Die Gegensätze zwischen arm und reich und zwischen aristokratischem Großgrundbesitz und der Masse der abhängigen Kleinbauern schrien zum Himmel, und die Handelsbourgeoisie, oft mit Großgrundbesitz verwoben, benötigte in ihren Bewegungsfeldern eine zuverlässige Rechtssicherheit ohne dysfunktionale Schranken und Fesseln. Weder die alten Eigentumsverhältnisse noch die aus gentilgesellschaftlicher Zeit ererbten und gewohnheitsrechtlichen Normen und Gesetze waren weiter aufrechtzuerhalten. Wenn Solon die drängenden Probleme nicht nur erfassen, sondern auch lösen und einen umfassenden politischen Aufschwung in Gang bringen wollte, mußte er nun das Kunststück versuchen, nach Möglichkeit alle ökonomisch und sozial aktiven Gesellschaftsklassen und -gruppen mit ihren jeweiligen höchst ungleichen Interessen für seine Politik zu gewinnen und in einer schwierigen Gleichgewichts-Konstruktion als Kräfte *eines* politischen Kosmos zu organisieren.

Im Prinzip, sagt Solon in der „Musen-Elegie“, ist es gut und nicht schlecht, ein Vermögen sein eigen zu nennen - *χρηματα* (v. 7), *πλουτος* (v. 9) oder allgemein und die Dichtung Hesiods aufnehmend *ὀλβος* (v. 3). Dem folgt das einschränkende Aber: Das gilt nur unter der Bedingung, daß es nicht unrecht - widerrechtlich und widergöttlich sind ihm ein- und dasselbe - erworben wurde; wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist, wird's nicht gut gehen. Die wohltuende Wirkung des Wohlstands zu genießen, ist das eine; etwas anderes ist es, dabei das rechte Maß zu halten. *πλούτου δ' ουδεν τέρον* (v. 71); der Reichtum, *πλουτος*/*ploutos*, kennt kein Ziel und keine Grenze, bei denen Schluß ist: Mit der ihm eigenen expansiven Maßlosigkeit verläßt er sehr bald den Weg des Rechts und führt aus eigener Folgerichtigkeit ins Unheil/*ἀτη* (vv. 13, 75); er ist die nachhaltigste Quelle des Übels in der Welt. Das Recht aber wird sich zu melden wissen und seine Souveränität in den Vorgängen der menschlichen Welt exekutieren; dafür steht als Garant der olympische Zeus selbst, der alles sehende und nichts vergessende Vater der *Δίκη*. Die Verse 29-32 schließen an den Gedanken an und lauten<sup>5</sup>:

29 Nur zahlt der eine gleich, der andre später; und entkommt man

30 auch selbst - vom Götterzorn, wiewohl verfolgt, nicht eingeholt -,

<sup>5</sup> Ich halte mich - mit einigen Abweichungen - an die Übersetzung von J. Latacz, s. Anm. 2.

31 trifft's einen doch in Zukunft: schuldlos büßen dann die Taten

32 Kinder derer, die's getan, oder ein künftiges Geschlecht.

29 ἀλλ' ὁ μὲν αὐτίκ' ἔτεισεν, ὁ δ' ὕστερον. οἱ δὲ φύγῳσιν

30 αὐτοί, μῆδε θεῶν μοιρ' ἐπιουσα κίχῃ,

31 ἤλυθε πάντως αὐτίς. ἀναίτιοι ἔργα τίνουσι

32 ἢ παῖδες τούτων ἢ γένος ἐξοπίσω.

Die Übersetzung erweiternd kann man die Verse paraphrasieren:

Aber es ist so, der eine bekommt gleich seinen Lohn und bezahlt, quasi auf frischer Tat ertappt, unverzüglich, der andere eben später; andere wieder entkommen in eigener Person - was ihnen die Götter zugedacht haben und ihnen rechtens zusteht, ist hinter ihnen her, hat sie nicht erwischt, kommt aber am Ende ganz gewiß zum Zug - : in diesem Fall büßen die Taten (nun kommt der Pentameter Vers 32:) entweder deren Kinder, die mit der Sache ursächlich überhaupt nichts zu tun haben, oder sogar ein kommendes Geschlecht, eine Generation, die um so böser überrascht werden wird, als sie sich an keinen Grund des „strafenden“ Unglücks erinnern kann.

Das letzte Wort ἐξοπίσω/exopísō (oder οπίσω) heißt nicht nur ‚nachher‘/‚in Zukunft‘, sondern auch ‚hinten‘/‚auf den Rücken‘ und außerdem ‚wieder‘ (zurückgeben). Solon scheint mit der Mehrfachbedeutung zu spielen: Die Vergeltung geschieht irgendwann später, unversehens, wenn niemand an etwas Böses denkt, sozusagen hinterrücks; und ihrem Charakter liegt das Moment des ‚wieder‘ (rursum) als Wiedervergeltung.

Dies wiederum verweist auf einen begrifflichen Konstruktionsträger der Wissenschaft, der σοφία Solons. Das Verb τι(ν)ειν/τί(ν)ειν (v. 31) beziehungsweise das Substantiv τίσις/tísis (vv. 25, 29, 76) bedeuten vergelten, wiedervergelten (und in diesem Sinn bezahlen, büßen) bzw. Vergeltung/Wiedervergeltung. Die tísis ist ein Organ und ein Moment der díkē und darin das Wirken des Rechts selbst. Im Vollzug der tísis wird das Unrecht vernichtet, und das Recht setzt sich wieder in Geltung. Die passive Seite der tísis, ihre Erscheinungsform am betroffenen Subjekt, ist die ἀτή/átē (v. 13, 75). In Solons bildhafter Sprache: Der aus Unrecht gewonnene ploútos paart sich mit átē (v. 13). Atē ist hier nicht - wie bei Homer meistens und in Kreuzworträtseln immer - als Unheilsgöttin personifiziert, sondern sie ist das, was als Strafe erlitten wird („dann ist das Geschrei groß“). Das Verb ἀάειν gibt lautmalerisch das Wehschreien dessen wieder, der geblendet wird; átē bedeutet sowohl Verblendung als auch großer Schmerz.

Un-recht geschieht ὑφ' ὕβριος (v. 11), unter der Ägide von ὕβρις/hýbris, von hýbris geleitet. Das Wort hýbris ist abgeleitet von hypér: sie überschreitet ein Maß, das Maß der Ordnung im Verhältnis der Menschen zu den Göttern (Frevel) und in den rechten Verhältnissen der Menschen untereinander. In ihrer Hybris verletzen die Menschen lebenserhaltende Grenzen. Nicht etwa ἀδικία/adikía (Un-recht), sondern hýbris ist das Gegenteil des Rechts: Zerstörung der guten Ordnung. Hybrider, unrechter Reichtum kommt οὐ κατὰ κόσμον (v. 11), nicht wie es sich gehört, und ist nicht in Ordnung. Gerade die Einsicht in den Charakter von hýbris zeigt, was díkē ist: die notwendige Struktur nicht-chaotischer Verhältnisse, ein Begriff des rechten Maßes und des kósmos. Der Kosmos der Menschenwelt ist labil. Maße und Grenzen werden permanent verletzt, stabilisieren sich aber immer wieder. Die Hybris hat keine eigene Substanz - das private Un-recht sowieso nicht; díkē greift über und steuert die objektive Tendenz der Erhal-

tung des Gleichgewichts gemäß dem, was sein und wie es sein muß. Das objektiv reale Gesetz setzt sich über und vermittels *tísis* durch. Auf jeden Fall, ganz gewiß, πάντως/pántōs. Im Blick auf die *tísis* als ein wesentliches Moment des *díkē*-Geschehens kann *díkē* auch Strafe bedeuten: πάντως ὅστερον ἦλθε δίκη (v. 8); dabei wird Strafe nicht als Knüppel der Abschreckung verstanden, sondern als notwendiger Ausdruck der Selbstregulierung des Rechts.

Pántōs (v. 31) setzt sich das Recht durch, und die Wiedervergeltung erfolgt gesetzmäßig. Daran können auch die Götter, selbst wenn sie wollten, letztlich nichts ändern.<sup>6</sup> Sie, auch Zeus allerhöchst persönlich, fungieren als autorisierte Supervisoren und allenfalls als ausführende Organe mit hoher Autorität; souverän sind sie nicht. Wenn es nicht die Verursacher der Rechtsverletzung selbst/autoí trifft - das αυτοί/autoí wird durch seine Position am Versanfang (v. 30) hervorgehoben -, dann eben die Kinder oder spätere Generationen. Die zitierten Verse des Tyrtaios wie die des Solon weisen beide in die Dimension der Geschichte; sie unterscheiden sich aber gewaltig. Während der eine die kontinuierlich fortdauernde (καί - και) Berühmtheit von verdienstvollen Menschen und Familien imaginiert, in der sich die Polis spiegelt und kräftigt, beschreibt der andere Gegenwärtiges und Künftiges als einen fürs Auge des Betrachters in der Regel diskontinuierlichen Prozeß der *díkē* und ersetzt das και - και (und) durch ἢ - ἢ (oder), wodurch die manifeste Kontinuität der Geschichte aufgebrochen wird. Nicht das lange Gedächtnis, sondern dessen Unterbrechung und das Vergessen kennzeichnen hier das gesellschaftliche Leben - bis jäh *Díke*/Zeus eingreift; dieses ἢ schließt die Möglichkeit ein, daß das Operationsgebiet der *tísis* überhaupt nicht das bestimmte *génos* sein muß, sondern irgendeine spätere Generation der betreffenden politischen Einheit sein kann. Die Vergeltung ist nicht Person-gebunden, auch nicht gebunden an das blutsverwandtschaftliche *génos*; die Täter-Individuen als solche sind von sekundärer Bedeutung. *Díkē* ist eine überpersönliche Macht. Worauf es allein ankommt, ist das faktische Geschehen des Wieder-Gutmachens: *Díkē* ist verletzt; die Verletzung wird gesühnt; der *Díkē*-Kosmos der politisch verfaßten Gesellschaft wird gerettet und erhalten.

\*

ἢ γένος ἐξοπίσω. Es könnte nahe liegen, den Satz zur attischen Tragödie weiterzuverfolgen, zu fluchbeladenen Geschlechtern wie den Labdakiden und zu dem Furcht und Mitleid erregenden unausweichlichen und unauflösbaren „tragischen“ Geschick.<sup>7</sup> Solons *Gedanke* aber gesellt sich zur gleichzeitig beginnenden ionischen Wissenschaft und nicht oder allenfalls über eine Nebenlinie zur später entstehenden und auf andere Weise großartigen Tragödie. Das *koinón* ist die Wissenschaft, die im Gewimmel der Erscheinungen die Ursachen und die immanenten Gesetze komplexer Bewegungszusammenhänge aufzuklären sucht. Mit den Ioniern arbeitete Solon an der neuen empirisch-theoretisch vorgehenden rationalen Ätiologie; sein Proprium ist die Entdeckung wesentlicher kausa-

<sup>6</sup> Ungefähr 100 Jahre später wird Heraklit sagen: Die Sonne wird ihre Bahn nicht überschreiten; wenn doch, werden die Erinyen, die Gehilfen der Dike, sie ausfindig machen. (Fr. 94 DK.)

<sup>7</sup> Auch eine neuzeitliche Version wie die im Lied des Harfners in Goethes *Lehrjahre*n ist nicht solonisch: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, / Dann überlaßt ihr ihn der Pein; / Doch alle Schuld rächt sich auf Erden“.

ler Beziehungen, die der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt eigen sind und durch die sie besteht.

Weiter wird man beim solonischen Vers unwillkürlich an alte Formulierungen wie „... bis ins dritte und vierte Glied“, Exodus 20<sup>5</sup>, denken und an Bekundungen, die dem entgegentreten und die individuelle Verantwortung des Einzelnen emanzipieren. Das Deuteronomium plädiert für die Strafverfolgung nur des tatsächlich Schuldigen (Dt. 24<sup>16</sup>), des, wie der Schweizer sagt, „fehlbaren“ Einzelnen, und läßt keine schuldnerische Haftung der Nachkommen oder des Stammes gelten; auch Gott übt am bestimmten Gotteshasser direkt Vergeltung, ohne verzögernde und aufschiebende Umwege (Dt. 7<sup>10</sup>). In aller Ausführlichkeit ist das die Botschaft von Hesekeil 18. Ob ein ganzes Geschlecht oder Kollektiv, gar alle Lebewesen für die aus ihrer Mitte begangene Untaten zu büßen haben oder nur der Missetäter selbst, ist auch Thema der Sintflut-Geschichte des Gilgamesch-Epos: Ea, der Gott, der vor der Flut heimlich Uta-napishti, das Pendant zum biblischen Noah, über den Beschluß der Götterversammlung informiert und ihm dadurch ermöglicht hatte, eine Arche zu bauen, hält nach der Sintflut dem Antragsteller des Vernichtungsbeschlusses Enlil vor: „Dem, der selbst eine Sünde beging, laste seine Schulden an! / Dem, der eines Fehlers sich schuldig machte, laste seinen Fehler an!“ (XI., 185 f.)<sup>8</sup>

Der fragliche Vers Solons bewegt sich wie seine Lehre im ganzen auf einer anderen Ebene und zielt auf anderes. Er, der das neue Rechtswesen seiner Polis konzipiert und eingerichtet hat, denkt ganz gewiß nicht im Traum daran, die Modernisierungstendenz umzukehren, die das Recht der Eigenverantwortung für das eigene Tun anerkennt. Mit irgendwelchen irrationalen „Karma“-Ideologien, die ein Personen- oder Gruppengebundenes Erbe-Kontinuum der Schuld behaupten, hat sein γένος ἐξοπίσω sowieso nichts zu tun.

Solon tritt weder als ein Prediger der Gerechtigkeit auf, noch ist er, der die Bauern Attikas von den drückendsten Schuldenlasten tatsächlich befreit hat, ein Metaphysiker der Schuld und der Sühne. Er ist ein Denker des Rechts:

Recht/Díkē ist ein kósmos, dessen labiles Gleichgewicht durch hýbris permanent an den Rand des cháos manövriert wird und der sich durch tísis immer von neuem wiederherstellt und erhält. Solons Modell zeigt das Funktionieren einer dynamischen conservatio continua. Theoretisch handelt es sich um eine Soteriologie der Immanenz. Die Folgerichtigkeit und die Notwendigkeit der díkē sind unumstößlich wie Naturgesetze; sie wirken aber nicht mit mechanischer Automatik, sondern in und mit der gesellschaftlichen Praxis, die die Schmerzen der Átē abmildert oder verstärkt. Am Anfang steht immer ein Tun oder Lassen von Menschen, und die Korrektur eines angerichteten Schadens beziehungsweise die präventive Schadensvermeidung oder -begrenzung liegen im Kompetenzbereich von Menschen. Dem objektiv real regulierende GESETZ dienen politisch regulierende Gesetze, die in Ansehung des Notwendigen erarbeitet werden, und die Aufklärung über den Charakter und die Wirkungsweise des RECHTS.

---

<sup>8</sup> Übersetzung und Edition: S. M. Maul, München (Beck) 2005.



## Erich Buchholz

### Rechtsfragen des Potsdamer Abkommens zur Überwindung des Faschismus

*Für Hanfried Müller*

Mit schlimmen Erlebnissen und einem Granatsplitter im Bein aus dem Krieg heimgekehrt, gab es für mich nur eine Schlußfolgerung aus der Lebensgrunderfahrung des Hitler-Krieges: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Aufgrund ähnlicher Erfahrungen zog auch Hanfried Müller eine ähnliche Schlußfolgerung. Ich darf mich zu seiner Generation zählen.

Auch aus diesem Grunde möchte ich mit diesem Beitrag das Lebenswerk des Jubilars würdigen, zumal mir sein besonderes Interesse an juristischen Fragen geläufig ist.

Wir begegneten uns das erste Mal in den frühen 50er Jahren bei Friedensaktivitäten in der Humboldt Universität. Später hatten wir an dieser Universität noch des öfteren miteinander zu tun. Noch enger wurden unsere Beziehungen nach 1990, als ich die Möglichkeit nutzte, in den Weißenseer Blättern Beiträge zu veröffentlichen.

In diesem Jahre jährte sich zum 60. Mal der Abschluß des Potsdamer Abkommens. Ich erinnere mich noch sehr genau an den August des Jahres 1945, als in Berlin der Text dieses Abkommens vom 2. August 1945 mit den Unterschriften Attlees, Trumans und Stalins an die Litfasssäulen geklebt wurde. Viele Menschen standen herum, schweigend, mit düsteren Gesichtern, voller Zweifel und Angst, was die Sieger über Deutschland mit dem deutschen Volk vorhatten.

Nach den beispiellosen Untaten und Verbrechen der Nazis, die von Millionen Deutscher in dieser oder jener Weise unterstützt, zumindest toleriert worden waren, war es nicht abwegig zu erwarten, daß die Alliierten als Sieger von den Deutschen Sühne und Wiedergutmachung verlangen und daß sie Maßnahmen vorsehen würden, damit Deutschland nicht zum dritten Mal einen Weltkrieg vom Zaun brechen könnte.

Mich haben, wie ich mich noch gut erinnern kann, im Text des Potsdamer Abkommens insbesondere zwei Aussagen besonders bewegt:

- Die Vernichtung und Ausrottung des Hitler-Faschismus mit Stumpf und Stiel.
- Die Chance des deutschen Volkes als antifaschistisches, friedliebendes und demokratisches Glied in der internationalen Völkergemeinschaft.

Darin lag nicht nur eine zwingende Konsequenz aus dem, was die Nazis mit maßgeblicher Unterstützung Millionen Deutscher anderen Völkern angetan hatten, sondern auch das In-Aussicht-stellen einer hoffnungsvollen Perspektive für uns Deutsche, auch für mich.

Deshalb beschäftigte mich seitdem, wie in der Folgezeit die Überwindung des Faschismus in Deutschland praktisch geübt wurde und wird. Dazu möchte ich meine Sicht als Jurist kundtun.

## I.

Das Potsdamer Abkommen wurde zwar de jure durch das Abkommen „Über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 erledigt, das an die Stelle eines ordnungsgemäßen Friedensvertrages mit dem besiegten Deutschland trat. So wird in Art. 7 des Zwei-plus-Vier-Vertrages bestimmt, daß die vier Mächte, die das Potsdamer Abkommen abgeschlossen bzw. sich diesem angeschlossen hatten, „hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“ „beenden“ Damit erledigten sich „als Ergebnis“ dessen „die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen“ - so auch das Potsdamer Abkommen. Betreffende „Beschlüsse und Praktiken“ werden „beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst“ (Art. 7 des Vertrages).

Kann ein Jurist angesichts dieser Rechtsstatsache überhaupt noch auf das Potsdamer Abkommen zurückgreifen und daraus juristische Folgerungen ableiten?

Meines Erachtens durchaus. Denn wesentliche politische Bestimmungen des Potsdamer Abkommens bleiben, soweit sie nicht von vornherein befristet oder auf die Zeit der Besatzung oder die Nachkriegszeit beschränkt waren, der Sache nach weiterhin bedeutsam.

So bleibt, daß nach dem Potsdamer Abkommen Deutschland nur als ein antifaschistisches und demokratisches Deutschland - nach dem 2+4-Vertrag nur als demokratischer und friedliebender Staat - bestehen und sich nur als ein solches entwickeln darf.

Auch bekräftigte der 2+4-Vertrag ausdrücklich die Ergebnisse des Jahres 1945 und die danach vollzogenen Veränderungen, einschließlich der unverrückbar gewordenen Grenzen Deutschlands, so vornehmlich der Oder - Neiße - Grenze. (Art. 1 Abs. 1 des 2+4-Vertrages)

Die Endgültigkeit der Grenzen des vereinigten Deutschlands wird in diesem Artikel ausdrücklich bekräftigt. Daß das vereinigte Deutschland keinerlei Gebietsansprüche hat und auch in Zukunft solche nicht erheben wird, ist im Art. 1 Abs. 3 des Vertrages verankert.

Ausdrücklich ist auch in dem Abkommen von 1990 das Verbot eines Angriffskrieges enthalten, insbesondere, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird (Art. 2) und daß das vereinigte Deutschland Waffen nur in Übereinstimmung mit seiner Verfassung (!) - gemeint sein kann nur das Grundgesetz, weil die BRD bis heute keine ordentliche Verfassung hat - und der UN-Charta einsetzen wird (Art. 2 des Vertrages).

Im Art. 3 verzichteten die Regierungen der beiden deutschen Staaten auf ABC-Waffen; die Stärke der Streitkräfte des vereinigten Deutschlands ist auf 375.000 Mann begrenzt. Die Stationierung ausländischer Streitkräfte und von Atomwaffen oder deren Träger auf dem Gebiet der früheren DDR wird ausgeschlossen (Art. 5 Abs. 3 des Vertrages).

Gleichwohl darf der fundamentale Unterschied zwischen dem Potsdamer Abkommen und dem 2+4-Vertrag nicht übersehen werden, der auf dem grundlegend veränderten Kräfteverhältnis des Jahres 1990 gegenüber dem des Jahres 1945 beruht.

Nach dem Sieg über Hitlerdeutschland genoß die Sowjetunion allgemein ein außerordentlich hohes Ansehen; die Welt würdigte, daß dieses Land die Hauptlast des Hitlerkrieges zu tragen hatte und ihre Rote Armee die militärische Niederringung der Armeen Hitlerdeutschlands maßgeblich bewirkte. So war die Sowjetunion trotz ihrer großen

Verluste - 27 Millionen Tote - damals zu einer England und USA durchaus ebenbürtigen Weltmacht geworden. Angesichts dieses Kräfteverhältnisses konnte Stalin in Potsdam in hohem Masse die Positionen der Sowjetunion im Potsdamer Abkommen zur Geltung bringen.

Völlig anders war das Kräfteverhältnis 1990. Die USA hatten ihre Weltmachtposition aufgrund ihrer ökonomischen und militärischen Stärke weiter ausbauen können und sich, militärisch auch vermittelt der NATO, zu *der* Hauptmacht des Westens und dem Gegenpol gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten herausbilden können.

Die Sowjetunion hatte dank des Verrats Gorbatschows international Positionen aufgegeben bzw. verloren. Seitdem dieser die Zügel im Sowjetstaat an sich gerissen hatte, wurde sie nach bereits zuvor sichtbar gewordener Stagnation auch ökonomisch schwächer. Die politische Schwäche der Sowjetunion kam unübersehbar darin zum Ausdruck, daß sie akzeptierte, daß die NATO - ohne einen Schuß abgegeben zu haben - bis zur Oder vorrücken konnte und die in der DDR stationiert gewesenen sowjetischen Truppen wie eine geschlagene Armee abzuziehen hatten.

Die Bundesrepublik hatte sich in den letzten Jahrzehnten auch militärisch zu einem maßgeblichen Verbündeter der USA entwickelt, was die Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Gebiet einschloß.

Die Noch-DDR des Jahres 1990 hatte längst aufgehört ein sozialistischer Staat zu sein. Im September 1990 waren nicht nur bereits die Würfel für ihren Anschluß an die BRD gefallen.

Der sog. Einigungsvertrag war bereits am 31. August 1990 von Herrn Schäuble für die BRD sowie von einem Günther Krause unterzeichnet worden, der wahrlich nicht die Interessen der DDR und ihrer Bürger vertrat, sondern nach Helmut Kohls Pfeife tanzte.

Daß der 2+4-Vertrag dann in Moskau unterzeichnet wurde, war nicht mehr als ein Trostpflaster, eine vermeintlich „freundliche Geste“ für den vom Westen besiegten vierten Alliierten.

## II.

Im Potsdamer Abkommen wurden Vereinbarungen über verschiedene Gegenstände getroffen, darunter - in Durchführung der Krim-Konferenz nach der Besetzung ganz Deutschlands durch die Alliierten Armeen - über Deutschland (III.), über Kriegsverbrecher (VII) und über die ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile (XIII).

Zu den substantiellen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gehört das absolute Verbot der Nazipartei und ihrer Gliederungen, sowie das Verbot einer Wiederauferstehung solcher.

Unter III A 3 (III) heißt es: „Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisation ist zu *vernichten*; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigungen und Propaganda ist *vorzubeugen* „(Hervorgehoben von mir).

Dazugehört auch, wie unter Ziff. 6 bestimmt: „Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den Alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen

oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.“

Weiterhin wird unter Ziff. 7 festgelegt: „Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“

Damit war in Potsdam bestimmt worden, was durch den 2+4-Vertrag nicht berührt wird, daß in *Deutschland Faschismus keinen Platz haben darf*.

Folgerichtig enthielten die Verfassungen der DDR strafbewehrte Verbote faschistischer Aktivitäten, auch der Wiederbelebung und des Wiedererstehens des Faschismus, so - Art. 5 und 6 der Verfassung von 1949 sowie Art. 6 und 8 der Verfassung von 1968.

Vergleichbare Bestimmungen sind im bundesdeutschen Verfassungsfunktion erfüllenden Grundgesetz nicht zu finden.

Im politischen Alltag der Bundesrepublik spielen die verbindlichen Vorgaben des Potsdamer Abkommens von 1945 für Deutschland keine Rolle. Sie werden einfach verschwiegen.

Die Festlegungen des Potsdamer Abkommens wurden in Westdeutschland zunehmend immer weniger eingehalten. Die gebotene konsequente Abrechnung und Auseinandersetzung mit dem Faschismus unterblieb.

Als undefinierte und unscharfe Reaktion auf die NS-Verbrechen wurden im bundesdeutschen Grundgesetz im Art. 1 der Schutz der Menschenwürde, im Art. 2 die (persönlichen) Freiheitsrechte, im Art. 3 die Gleichheit vor dem Gesetz (unter ausdrücklicher Hervorhebung des Diskriminierungsverbotes im Hinblick auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaubens, religiöse oder politische Anschauungen), im Art. 4 die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit und im Art. 5 die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft verankert.

So sehr dies zu begrüßen ist, kann nicht übersehen werden, daß diesen Vorschriften die gebotene klare *antifaschistische* Stoßrichtung fehlt. Durch ihre bewußt formal gehaltene Abfassung erwiesen sie sich des Öfteren als Bestimmungen, die alten und neuen faschistischen Kräften verfassungsrechtlich gesicherten Entfaltungsraum gewährten, dem Faschismus also gerade keine Grenzen setzen.

Die entsprechenden Strafbestimmungen der §§ 86, 86 a und 130 des bundesdeutschen StGB sind ähnlich formal abgefaßt.

Die Strafbestimmung des § 86 dieses Strafgesetzbuches mit der Überschrift „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“ stellt zunächst die Propaganda von für verfassungswidrig erklärten Parteien unter Strafe, also namentlich die der KPD!

Unter Ziff. 4 des Abs. 1 dieser Vorschrift werden auch Propagandamittel erfaßt, „die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisationen fortzusetzen“, sofern deren Verbreitung in der BRD erfolgt oder sie zur Verbreitung in dieser hergestellt, eingeführt oder vorrätig gehalten werden.

Abgesehen davon, daß der bundesdeutsche Gesetzgeber geflissentlich den umfassenden Begriff „Faschismus“ vermeidet, schränkt er die Reichweite dieser Strafbestimmung

durch eine Legaldefinition der Propagandamittel insofern maßgeblich ein, als darunter „nur solche Schriften“ fallen, „deren Inhalt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist.“

Damit werden augenscheinlich ganz wesentliche Bereiche faschistischer Propaganda ausgenommen, die nicht gegen die Völkerverständigung sind, wie insbesondere deren Rassismus und Antikommunismus beweist. Außerdem werden bereits dem Wortlaut des Gesetzes nach solche Handlungen der gebotenen strafrechtlichen Verfolgung entzogen, die sich als Aktivitäten „der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge der Zeitgeschichte oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken“ dienend *darstellen* lassen!

Im Übrigen hat die Rechtsprechung (des BGH) betont, daß von Propaganda nur bei „aktiv kämpferischen, aggressiven Tendenzen“ die Rede sein könne; „soft faschism“, also zahmer Faschismus, ist straffrei; im Übrigen würden „vorkonstitutionelle“ Schriften, also faschistische Originalschriften aus der Zeit vor 1945 (auch unveränderte Nachdrucke!) nicht erfaßt; die bloße Verherrlichung des NS-Regimes und seiner Ideologie genüge zur Strafverfolgung nicht.

Ähnlich formal-kasuistisch abgefaßt ist § 86 a des bundesdeutschen Strafgesetzbuches, der die Überschrift trägt „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. Diese Vorschrift bezieht sich ausdrücklich auf den vorgenannten § 86 und stellt lediglich auf betreffende „Kennzeichen“, wie „Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen“, ab. Immerhin werden das „Hakenkreuz“, auch ein „Führerbild“ sowie das „Horst-Wessel-Lied“ von der Rechtsprechung als solche Kennzeichen angesehen. Im Übrigen sei der Symbolgehalt solcher „Kennzeichen“ vielfach umstritten.

Schließlich könnte auch die Strafbestimmung des § 130 des bundesdeutschen Strafgesetzbuches als eine Strafbestimmung gegen Faschismus angesehen werden. Nach dieser macht sich strafbar, „wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er

1. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt (etwa gegen Juden),
2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet.“

Da in dieser Bestimmung der maßgebliche Begriff „Faschismus“ *nicht* vorkommt, entbehrt sie der antifaschistischen Stoßrichtung. Zu besorgen ist, daß sie gemäß bekannten Klischees von „Gewalt- und Willkürmaßnahmen“ sogar gegen die entschiedensten Gegner des Faschismus, gegen Kommunisten, angewandt wird.

Die in den drei vorgenannten Strafgesetzen praktizierte Kasuistik (und die dazu gehörige Rechtsprechung) sind geeignet, den alten und neuen Nazis Anleitung dafür zu geben, wie sie ihre faschistische Propaganda abfassen und gestalten müssen, um straffrei zu bleiben.

So erweisen sich derartige Gesetze des bundesdeutschen Strafrechts im Unterschied zu den vorerwähnten Strafbestimmungen des DDR-Strafrechts nicht als Gesetze zu einer entschiedenen Bekämpfung des Faschismus, sondern als solche, die ihm hinreichend Raum zu Entfaltung und Aktivität geben.

*Im ganzen Grundgesetz gibt es nur eine einzige spezielle Vorschrift zum „Nationalsozialismus“, nämlich den Art. 139 mit der Überschrift „Befreiungsgesetze“ bzw. „Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung“, nach der die zur „Befreiung des deutschen Volkes*

vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften von den Bestimmungen des Grundgesetzes „nicht berührt“ werden.

Anderes war ja auch nicht möglich; denn das Grundgesetz von 1949 bedurfte der Genehmigung der drei westlichen Alliierten.

Der in diesem Artikel 139 enthaltene Vorbehalt (!) gilt ausdrücklich nur für das beim Inkrafttreten des Grundgesetzes vorhandene Entnazifizierungsrecht, dessen Grundzüge besatzungsrechtlichen Ursprungs sind. Die von den Alliierten geschaffenen Entnazifizierungsvorschriften konnte der bundesdeutsche Grundgesetzgeber im Jahr 1949 wahrlich nicht außer Acht lassen.

Klarheit besteht indessen unter Juristen der Bundesrepublik, daß der Zweck dieser „Übergangsbestimmung“ (!) sich darin erschöpft, die vorbehaltenen Vorschriften „unabhängig von ihrer rechtsstaatlichen Problematik und ihrer Übereinstimmung mit den Grundrechten“ (!) in den neu geschaffenen Verfassungszustand zu überführen und den planmäßigen Abschluß der Entnazifizierung ohne Gefährdung ihrer Rechtsgrundlagen zu ermöglichen. Allerdings will das Grundgesetz diese Entnazifizierungsvorschriften nicht „konservieren, d.h. nicht auf Dauer in ihrem Bestand schützen“.

Mit dem letzten Entnazifizierungsabschlußgesetz im Jahr 1953 sei dieser Artikel 139 gegenstandslos geworden!

Die Vorschrift des Artikels 139 enthält somit, wie in Kommentaren ausdrücklich betont wird, *keine* fortdauernde *antinationalsozialistische Grundentscheidung* der Verfassung.

Soweit nationalsozialistische Bestrebungen im Parteien-, Vereins- oder Versammlungsrecht eine Rolle spielen, argumentiert die Rechtsprechung daher nicht mit Art. 139 GG! Soweit gegen faschistische Bestrebungen und Aktivitäten überhaupt juristisch vorgegangen wird, so geschieht dies ausschließlich mit den formalen Elementen des Parteien-, Vereins- und Versammlungsrechts.

Ansonsten ist dem Grundgesetz, nicht einmal seiner Präambel, anzusehen, daß es nach der Befreiung auch des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus in Kraft gesetzt wurde.

Die Väter des Grundgesetzes gingen von einem Fortbestehen des Deutschen Reiches aus - als hätte es keinen Hitlerfaschismus mit seinen verbrecherischen Aggressionskriegen und seinen beispiellosen Verbrechen gegeben.

Aufgrund dessen kam es nicht zu einer hinreichend scharfen und eindeutigen Abgrenzung vom Hitlerfaschismus. Die Bundesrepublik sieht sich vielmehr als Rechtsnachfolger des unter den Schlägen der Alliierten Armeen untergegangenen Deutschen Reiches, auch des Dritten Reiches, und in dessen Tradition.

Jedenfalls gab es für die Väter des Grundgesetzes mit dem Ende des Hitlerfaschismus weder eine Zäsur, noch eine Abhebung oder gar einen Bruch mit der Vergangenheit.

In diesem Sinne regelt das GG (im Art. 123) die Fortgeltung alten Rechts und im Art. 129 fortgeltende Ermächtigungen. Mehr noch, den Vätern des GG war es wichtig, in ihrem GG nicht nur mit der Abschaffung der Todesstrafe in Art. 102 den Naziverbrechern den Kopf zu retten, sondern mit Art. 131 auch den früheren Angehörigen des öffentlichen Dienstes eine hinreichende Versorgung zu sichern, die die Naziverbrechen zumindest toleriert, wenn nicht aktiv unterstützt hatten.

So ist der bundesdeutschen Rechtsordnung, wie sie 1949 geschaffen bzw. bestätigt wurde, nicht zu entnehmen, daß ein Fortleben faschistischen Gedankenguts mit ihr unvereinbar sei.

Diese Rechtsordnung entbehrt seither des gebotenen juristischen Arsenalts zur wirksamen Bekämpfung faschistischer Aktivitäten und des Wiedererstarkens des Faschismus in Deutschland. Namentlich fehlt im Grundgesetz eine eindeutige und klare Antifaschismusklausel, wie wir sie in den DDR-Verfassungen kennen.

Demgegenüber wurde in Ostdeutschland gründlich mit dem Faschismus abgerechnet und wurde er mit seinen ökonomischen, politischen und ideologischen Wurzeln ausgerottet.

Ergänzend wurde jedes Wiederaufleben des Faschismus nicht nur durch die Verfassung verboten, sondern mit Art. 6 der Verf. v. 1949 auch absolut und eindeutig unter Strafe gestellt.

Im Art. 6 der Verfassung von 1968 wurde festgestellt, daß die DDR „getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den Militarismus und Nazismus ausgerottet“ hat.

Durch § 92 des StGB der DDR, eine Vorschrift im Kapitel über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, wurde uneingeschränkt jede „faschistische Propaganda“, wie auch jegliche „Völker- und Rassenhetze, die geeignet ist, zur Vorbereitung oder Begehung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit aufzuhetzen“, streng bestraft, und zwar auch bereits jede Vorbereitung zu solchem Verbrechen.

Als ein Fall staatsfeindlicher Hetze gem. § 106 StGB/DDR wurde streng bestraft, „wer die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR angreift oder gegen sei aufwiegelt, indem er ... den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder Rassenhetze treibt“, wobei auch bei diesen Verbrechen bereits die Vorbereitung unter Strafe gestellt ist.

Schließlich wurde gemäß § 220 Abs. 3 StGB/DDR als „Öffentliche Herabwürdigung“ auch bestraft, „wer in der Öffentlichkeit Äußerungen faschistischen, rassistischen, militaristischen oder revanchistischen Charakters kundtut oder Symbole dieses Charakters verwendet, verbreitet oder anbringt.“

Diese Strafbestimmungen waren gewollt umfassend gestaltet - und nicht kasuistisch -, um jegliche relevante faschistische Propaganda oder Hetze erfassen und verfolgen zu können. Solche Strafbestimmungen trugen dazu bei, daß dem Faschismus in der DDR kein Entfaltungsraum gelassen wurde.

Da demgegenüber die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik zu keiner Zeit eine hinreichend scharfe Abgrenzung zu Nazis und Faschisten vorgenommen hatten, statt dessen aber „Linksextremisten“ und „Rechtsextremisten“ formal gleichbehandeln, erlangen die alten und neuen Nazis einen von dieser bundesdeutschen Rechtsordnung gewährten Freiraum. In der polizeilichen Praxis läuft diese Gewährung nicht selten darauf hinaus, gestützt auf den Rechtsanspruch auf Versammlungsfreiheit, Nazidemonstrationen vor Antifaschisten zu schützen!

Als schon vor Jahren die Wiederbelebung faschistischen Gedankenguts unübersehbar wurde, sah sich der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, genötigt zu erklären: „Wehret den Anfängen, heißt es oft, wenn es um den Kampf gegen den Rechtsextremismus geht. Doch wir sind längst über dieses Stadium hinaus. Was wir fast täglich erleben, hat nichts mehr mit ‚Anfängen‘ zu tun“.

Angesichts dieser Situation in Deutschland brachte die Fraktion der PDS Anfang 2001 in den Bundestag eine Vorlage ein, um eine Antifaschismusklausel in das Grundgesetz zu bringen, nämlich einen „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes“.

Dieser Antrag wurde nicht nur, wie bekannt, von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt und verworfen, womit er auch in jüngerer Zeit erneut bekräftigte, gegen Neonazis und Faschisten nicht konsequent sein zu wollen. Vor allem wurde in der Debatte dieses Antrags am 16. Februar 2001 von Vertretern anderer Fraktionen verbreitet die Auffassung vertreten, dann bedürfe es auch einer entsprechenden Bestimmung gegen den „Linksextremismus“. Ein solcher Vortrag, gleichermaßen gegen „Linksextremisten“ und „Rechtsextremisten“ zu sein und vorgehen zu wollen, erweist sich im Ergebnis als überdeutliche Hilfestellung für Neonazis und Faschisten. (*Siehe meinen Beitrag „Antifaschismusklausel ins Grundgesetz?“ in den WBl. 1/2001, S. 27 ff.*)

Der Faschismus lebt, blüht und gedeiht in Deutschland, weil er aus der Mitte der Gesellschaft gespeist, unterstützt und toleriert wird. Die politische Klasse, die herrschenden politischen Klassenkräfte, wollen keinen Antifaschismus und verleumdete den Antifaschismus; sie liebäugeln mit dem Faschismus. Unter dem Deckmantel der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die als hohes Gut der freiheitlich-demokratischen Ordnung der BRD gewürdigt und gefeiert werden, wurde und wird es den alten und den neuen Nazis erlaubt, politisch zu agieren, Nazi-propaganda und -hetze zu betreiben. Man meinte, gerade nach den Zeiten der Hitlerdiktatur jedem diese Freiheiten garantieren zu müssen, auch den ausgewiesenen Feinden der Demokratie.

Während gegenüber Kommunisten und anderen Gegnern der Adenauerpolitik die „wehrhafte Demokratie“ mit allen staatlichen Gewaltmitteln zur Geltung gebracht wurde, blieb man gegenüber alten und neuen Nazis zurückhaltend. Wie schon in der Weimarer Republik blieb die bundesdeutsche Justiz - wie Tucholsky wußte - auf dem rechten Auge blind.

Während die Partei der Kommunisten aufgrund eines Antrags der Bundesregierung vom 22.11.1951 nach Art. 21 GG am 17. August 1956 regelrecht - durch das Bundesverfassungsgericht - verboten wurde, können neofaschistische Parteien heutzutage Abgeordnetensitze in deutschen Landtagen einnehmen, ohne mit der Rechtsordnung in Konflikt zu geraten.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß zu den ersten politischen Aktivitäten der Bundesregierung, der Regierung Adenauer, auch das Einbringen des offen gegen die Kommunisten gerichteten 1. Strafrechtsänderungsgesetzes, des „Blitzgesetzes“, gehörte.

In heuchlerischer Weise stellte dieser Regierung beim BVerfG gleichzeitig auch einen Antrag auf Verbot einer politisch unbedeutenden rechten Partei, der „Sozialistischen Reichspartei“, SRP, um den Anschein zu erwecken, man wende sich sowohl gegen „Linksextremismus“ wie auch gegen „Rechtsextremismus“.

Nach dem bewußt formal gehaltenen, nur Verfahrensregeln enthaltenden Parteiengesetz darf jeder, auch ein Nazi, eine Partei gründen, die unter dem Schutz des Art. 21 des Grundgesetzes steht. Denn die Gründung einer Partei ist frei. So dürfen auch Nazis oder Neonazis, wie es im ersten Satz dieses Artikels heißt, „an der politischen Willensbildung des Volkes“ teilnehmen und faschistisches Gedankengut propagieren, in die Köpfe der Bürger bringen.



Ob eine solche dem Faschismus huldigende Partei irgendwann später einmal ob nachweisbarer faschistischer Aktivitäten, weil sie „nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“, vom Bundesverfassungsgericht gem. Art. 21 Abs. 2 GG in einem entsprechenden Verfahren gem. §§ 43 ff. für verfassungswidrig erklärt werden wird, ist eine andere Frage. Nach den Erfahrungen mit dem Verbotsantrag bezüglich der NPD ist ein Verbot nicht einmal sicher.

Als ein besonders markantes Beispiel, wie die Bonner Justiz die Verbreitung faschistischen Gedankenguts erlaubt, stellt ein Urteil des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes vom 25. Juli 1979 - Az. 3 Str 182/79 (S) dar. Es ging um den Vertrieb Hitlers Buch „Mein Kampf“, in dem Völkermord, Krieg, Terror und freislerische Gerichtsbarkeit ideologisch vorprogrammiert worden waren. Die Karlsruher Richter befanden: Hitlers Kampfwerk sei schon vor der Ausarbeitung des Grundgesetzes gedruckt worden und deswegen rechtlich als „vorkonstitutionelle Schrift“ anzusehen. Folglich könne von ihrer Verbreitung keine Gefahr für die grundgesetzliche Ordnung ausgehen. Im übrigen habe der Gesetzgeber zu solcher nazistischer vorkonstitutioneller Literatur keine eindeutigen Aussagen gemacht!

Auf der gleichen Linie liegt - die geistige Kontinuität dieses 3. Strafsenats des BGH bewahrend - seine jüngste am 28. Juli 2005 verkündete Entscheidung, nach der die Verwendung der faschistischen Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“ nicht strafbar sei, so daß die drei Angeklagten, Angehörige der „Karlsruher Kameradschaft“, freigesprochen wurden. Bei ihrem Ausspruch bestehe keine Verwechslungsgefahr (!) mit nazistischen Originalparolen der Hitler-Jugend oder der Waffen-SS.

Geht es denn eigentlich um eine Verwechslungsgefahr bestimmter Äußerungen oder Parolen?

Der Präsident des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel, nannte das Urteil unglaublich.

Daß die Neonazis und andere Rechtsextremisten durch eine derartige Entscheidung des höchsten Strafgerichts der BRD zu noch stärkerem Agieren ermutigt und ermuntert werden, liegt auf der Hand. Jüngst erklärte der Bundesinnenminister Schily, die neu formierte „Linke“ müsse - wie zuvor die PDS - deshalb weiterhin vom Verfassungsschutz überwacht werden, weil sie in ihrem Bestand das „Marxistische Forum“ dulde. Offensichtlich ist dem derzeitigen Bundesinnenminister das GG nicht geläufig, das im Art. 5 nicht nur die Meinungsfreiheit schlechthin, sondern ausdrücklich auch die Freiheit der Wissenschaft garantiert.

Schily hält es mit dem GG ähnlich wie einer seiner Vorgänger im Amt, der bei entsprechenden Nachfragen über polizeiliches Handeln im Bundestag erklärte, seine Beamten könnten doch nicht ständig mit dem GG unterm Arm herumlaufen!

Schily befindet sich in guter Gesellschaft, denn das BVerfG hatte es im KPD-Verbotsprozeß maßgeblich auf den „Marxismus-Leninismus“ abgestellt und über ihn Beweis erhoben!

Das Potsdamer Abkommen gebot, den Faschismus zu vernichten und nicht wieder-auferstehen zu lassen!

Was daraus in der BRD - nun im größer gewordenen vereinigten Deutschland - wurde, liegt auf der Hand.

Nach Einverleibung der DDR und nach Wegfall des Antipoden DDR ist ein Wiederaufleben faschistischen Gedankenguts sowie eine verstärkte Aktivität und Propaganda zu beobachten.

### III.

Zu weiteren substantiellen und nicht zeitbedingten Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gehört die Ächtung und das strafbewehrte Verbot von Aggressionskriegen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

Das Potsdamer Abkommen als das maßgebliche Dokument über die Folgerungen aus den Verbrechen des Hitler-Faschismus enthält juristische Definitionen, die in der Folgezeit in den Tatbeständen des Londoner Statuts über den Internationalen Militärgerichtshof (IMT-Statut) vom 8. August 1945, im Nürnberger Urteil vom 1. Oktober 1946 und im Kontrollratsgesetzes Nr. 10 völkerstrafrechtlich als Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und die Kriegsverbrechen beschrieben wurden.

All diese juristischen Definitionen stellen klar: Faschismus ist nicht eine „andere Meinung“, sondern ein Verbrechen.

Diese Festlegungen im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß wurden von der ersten Vollversammlung der Vereinten Nationen am 11.12.1945 durch die Resolution 95 (I) ausdrücklich bestätigt. Hierzu gehört auch die Völkermordkonvention von 1948.

Diese Festlegungen sind Marksteine auf dem Weg zu einem universellen Völkerstrafrecht. Zuvor hatte der Versailler Vertrag vom 7.05.1919 in seinen Strafbestimmungen gegen Kriegsschuldige, in Gestalt der Art. 227 - 230, insbesondere hinsichtlich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des deutschen Kaisers, erste Schritte in diese Richtung gewagt.

In der DDR wurden im Sinne des vorgenannten Londoner IMT-Statuts in den §§ 85-89 StGB Strafbestimmungen geschaffen, die die drei Hauptverbrechen des Völkerstrafrechts - Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfassen.

Immerhin kennt das GG in seinem Art. 26 das Verbot des Angriffskrieges, wengleich der durch Absatz 1 Satz 2 dieses Artikels erteilte Gesetzgebungsauftrag durch den bundesdeutschen Gesetzgeber in Gestalt des § 80 StGB nur sehr unzureichend erfüllt wurde.

Seit Nürnberg werden Völkerrechtsverbrechen, namentlich die Verbrechen der Aggression gemäß dem Briand-Kellogg-Pakt von 27.08.1928 über die Ächtung des Krieges, nicht mehr nur als Völkerrechtsdelikte von Staaten, insbesondere eines Aggressorstaates verfolgt. Es können nun auch Individuen, die an der Spitze eines solchen Staates standen, persönlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

So kann sich das Individuum eines Staatsmannes als individueller Urheber derartiger Verbrechen nach Völkerrecht nicht mehr hinter der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit des Staates verstecken, die allenfalls zu Reparationsleistungen dieses Staates führt, aber nicht auch zu einer persönlichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit und Bestrafung solcher Staatsmänner.

Nürnberg war ein ad-hoc-Gerichtshof - so wie in der Folgezeit aufgrund entsprechender Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen mehrere ad-hoc-Gerichtshöfe eingerichtet wurden, namentlich für Völkermord im Jahre 1994 in Ruanda

mit einer Million Toten und in Bezug auf das frühere Jugoslawien durch die Resolution Nr. 827 (1993) des Sicherheitsrates vom 25.05.1993 mit einer spezifischen Zuständigkeit für „schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangen wurden“. Eine Verfolgung der gegen Jugoslawien durch die USA und andere NATO-Staaten vorgenommenen Aggression und anderer Verbrechen nach Völkerrecht blieben von vornherein ausgeklammert.

Einen ständigen internationaler Strafgerichtshof für Völkerrechtsverbrechen einzurichten, steht seit Nürnberg auf der Tagesordnung.

Noch im Jahre 1946 war durch die Resolution Nr. 177 der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossen worden, durch die internationale Rechtskommission (International Law Commission, ILC) rechtliche Grundlagen des Völkerstrafrechts und insbesondere ein Statut eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofes zu erarbeiten.

Es hat noch bis zum Jahre 1998, also mehr als 50 Jahre, gedauert, bis in einem zähen diplomatischen und juristischen Ringen in Gestalt des „Rome Statute of the International Criminal Court“ (ICC) die Einrichtung eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) vereinbart werden konnte.

Durch die Einrichtung eines solchen ständigen Internationalen Strafgerichtshofes können manche Probleme und Gefahren eingeschränkt werden, die bei ad-hoc-Gerichtshöfen dadurch entstehen können, daß ihre Einrichtung und damit ihre Tätigkeit von der jeweiligen aktuellen internationalen Situation, vom aktuellen internationalen Kräfteverhältnis bestimmt wird.

Das gilt insbesondere für die beiden vorgenannten Ruanda und Jugoslawien betreffenden Gerichtshöfe. Denn bei diesen war von vorn herein zu besorgen, daß sie - auch wegen ihrer Zusammensetzung und Finanzierung - nicht das gebotene objektive und universelle Herangehen an die Be- und Verurteilung von Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beweisen.

Insofern leiden einige nach Nürnberg und Tokio tätig gewesenen Gerichtshöfe gegen Völkerrechtsverbrechen daran, daß die Universalität, das universelle Rechtsprinzip der Gleichheit vor dem Gesetz und vor dem Gericht nicht eingehalten oder sogar pervertiert wird, wie dies bei dem Jugoslawien-Tribunal besonders deutlich hervortritt.

Deswegen ist es als ein Sieg des Rechts, des Völkerrechts und auch des Völkerstrafrechts, zu würdigen, daß schließlich ein internationaler Strafgerichtshof geschaffen werden konnte.

Am 17. Juli 1998 haben 120 Länder in Rom (bei 21 Stimmenenthaltungen und sieben Gegenstimmen) auf einer diplomatischen Bevollmächtigtenkonferenz in Gestalt des „Rome Statute of the International Criminal Court“ (ICC) den grundlegenden multilateralen Vertrag für den Gerichtshof verabschiedet. Er trat am 1. Juli 2002 in Kraft. Mitte August 1998 hatten diesen Vertrag bereits 29 Staaten, vornehmlich aus der „Dritten Welt“ unterschrieben; inzwischen haben ihn 89 Staaten ratifiziert, darunter alle Staaten der Europäischen Union, der EU. Es fehlt vor allem die Unterschrift der USA als einem ständigen Mitglied des Sicherheitsrates, aber auch die Israels.

Ohne den Sieg über Hitlerdeutschland und ohne das Potsdamer Abkommen wäre es zu diesem einen Meilenstein in der Entwicklung des Völkerstrafrechts darstellenden Kodex nicht gekommen. Nach diesem Statut ist der ICC zuständig für die internationale Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen sowie für das Verbrechen der Aggression, des Angriffskrieges.

Der Gerichtshof, der seinen Sitz in Den Haag in den Niederlanden hat, wird als unabhängig charakterisiert; insbesondere ist er - im Unterschied zu den beiden vorgenannten ad-hoc-Tribunalen - auch vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unabhängig; er ist somit kein Organ der UNO.

Inzwischen wurden am 11. März 2003 in Den Haag die 18 Richter dieses Gerichtshofs, des „International Criminal Court“ (ICC) im Beisein des UN-Generalsekretärs Kofi Annan und der niederländischen Königin Beatrix vereidigt.

Die in Rom zustande gebrachten vertraglichen Grundlagen bieten gute Möglichkeiten zur Durchsetzung des Völkerstrafrechts; ob dies auch Wirklichkeit wird, ob mehr als Symbolik bleibt, muß sich erst erweisen. Letztendlich hängt auch dies wiederum davon ab, wie stark die Kräfte des Friedens sind und werden, inwieweit sie den Aggressoren und all denen wirksam entgegentreten, die das vornehmlich auf der UN-Charta basierende Völkerrecht mit Füßen treten, wie jüngst in Afghanistan und im Irak.

Die im Statut verankerte Konzeption der Tätigkeit des Gerichts stellt, wie meist im Völkerrecht, einen Kompromiß dar. Auf maßgeblichen Einfluß der USA hin ist sie so angelegt, daß in erster Linie die Staaten die Verfahren gegen entsprechende Kriegsverbrecher nach dem räumlichen Geltungsbereich ihres Strafrechts durchführen, insbesondere wenn sich die Täter auf ihrem Staatsgebiet befinden oder die Verbrechen - zumindest teilweise - auch auf dem Staatsgebiet der betreffenden Staaten ausgeführt worden waren.

Der Internationale Strafgerichtshof ist deshalb so genanntes Komplementärgericht gestaltet; es darf nur tätig werden, wenn der zuständige Staat ein bestimmtes Verbrechen nicht verfolgen will oder nicht verfolgen kann. Der ICC soll das Wirken der nationalen Strafgerichte der Staaten ergänzen, aber nicht ersetzen.

Der Hauptmangel der Vereinbarung über den Internationalen Strafgerichtshof und über seine Befugnis und Tätigkeit besteht darin, daß die USA als die derzeitige Weltmacht sich nach Kräften dem Zustandekommen des Abkommens von Rom entgegensetzte, es auch nicht ratifizierte, sondern sich davon ausdrücklich deutlich distanzierte und nach wie vor distanzieren.

Die USA waren nach dem Zweiten Weltkrieg in Nürnberg und in Tokio bei der Verfolgung der Kriegsverbrecher treibende Kraft. In der Folgezeit haben sie alle diplomatischen Hebel in Bewegung gesetzt, um ihre Militärs und Politiker vor der Anklagebank eines Internationalen Strafgerichtshof zu bewahren.

Hatte Präsident Clinton noch die römischen Statuten wenigstens unterzeichnet, so schloß sein Nachfolger Bush eine Ratifizierung kategorisch aus. Die USA tun alles in ihren Kräften Stehende, daß niemals US-Bürger vor dieses Gericht gebracht werden können. Um auszuschließen, daß US-Bürger, namentlich US-Militärs, vor dieses Gericht gebracht werden können, sind die USA bestrebt, bilaterale Abkommen mit anderen Ländern abzuschließen, um Staatsangehörige der USA von der Gerichtsbarkeit dieses Internationalen Strafgerichtshofes auszunehmen; mehr als 20 Staaten haben solche bilateralen Verträge mit den USA abgeschlossen, die insbesondere die Auslieferung von US-Bürgern an den Gerichtshof in Den Haag untersagen.

Mehr noch: sollte doch einmal ein US-Militär vor den Schranken des Internationalen Strafgerichtshofes gebracht werden, dann hat für diesen Fall der Senat in Washington ein Gesetz verabschiedet, das es erlaubt, selbst eine „militärische Befreiung“ solcher

Person(en) aus dem Gewahrsam des Gerichtshofes in Den Haag in den Niederlanden, einem NATO-Staat, auszuführen.

Die Motive der Haltung der USA zu dem Internationalen Strafgerichtshof liegen auf der Hand. Als *die* Weltmacht wollen sich die USA in keiner Weise Schranken auferlegen oder Schranken auferlegen lassen, die ihren Weltherrschaftsplänen entgegenstehen.

Die USA setzen auf eine Strategie der Weltherrschaft, die auch auf völkerrechtlich verbotene Präventivkriege und atomare Erstschläge nicht verzichten will.

Die Haltung der Bush-Regierung ist derzeit das größte Hindernis für eine allumfassende Wirksamkeit des Internationalen Strafgerichtshofes. Die USA wollen für ihre Staatsangehörigen eine Ausnahmesituation, ein Sonderrecht; sie widersetzen sich damit den allgemein anerkannten Rechtsprinzipien der Gleichheit vor Gesetz und vor Gericht, auch der gleichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit eines jeden.

Waren in den frühen 50er Jahren die USA darauf aus, daß nicht ihre Soldaten die „Kastanien aus dem Feuer“ holen, weshalb es damals hieß: „Not our boys!“, so gilt heute für die USA, daß nicht ihre Soldaten vor diesen Weltgerichtshof gebracht werden, also wiederum „Not our boys!“.

#### IV.

Nach dem Potsdamer Abkommen ist Faschismus nicht lediglich eine andere Meinung, sondern ein außerordentlich schweres Verbrechen, das strafrechtlicher Verfolgung bedarf, wie nach 1945 auch tatsächlich strafrechtliche Verfolgungen stattfanden.

Die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands, die in der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 manifestiert wurde, gebot - wie es im Potsdamer Abkommen in Übereinstimmung mit den Forderungen der aus der Emigration, den Konzentrationslagern und Zuchthäusern oder der Illegalität zurück- oder hervorgekommenen deutschen Antifaschisten festgelegt wurde - , auf dem Gebiete des Strafrechts und in der Strafjustiz vordringlich drei außerordentlich umfängliche und komplizierte Aufgaben zu lösen:

- Aufhebung der Nazigesetze und ungerechter, vielfach verbrecherischer Urteile von Nazigerichten;
- Entfernung der Nazis aus der deutschen Justiz und ihre Neugestaltung,
- Strafverfolgung von Nazi - und Kriegsverbrechern.

Den ersten Teil der erstgenannten Aufgabe haben die Alliierten kraft ihrer obersten Gewalt in Deutschland größtenteils selbst geleistet. Deutsche Justizbehörden haben in Einzelfällen ergänzend geklärt, welches überkommene Recht jeweils der Strafrechtsprechung zugrunde zu legen ist. Für die Aufhebung ungerechter, vielfach verbrecherischer Urteile von Nazigerichten schufen die Alliierten die entsprechende Rechtsgrundlage.

Die als zweite genannte Aufgabe haben die Besatzungsmächte bereits in den ersten Monaten gemeinsam mit deutschen Demokraten und Antifaschisten - in unterschiedlichem Maße - erfüllt; dabei ist ein unterschiedliches Herangehen an die Entfernung nazistischen Justizpersonals und ihre Ersetzung nicht zu übersehen.

Die dritte Aufgabe wurde durch die Alliierten ebenfalls eingeleitet, in erster Linie durch den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, aber auch durch weitere Verurteilungen; einige deutsche Behörden nahmen diese Strafverfolgung ebenfalls sofort in Angriff, im übrigen setzten sie sie - in unterschiedlicher Weise - später fort.

Die Alliierten, die gemäß III A 1 des Potsdamer Abkommens die oberste Gewalt in Deutschland übernommen hatten, vereinbarten in diesem Abkommen unter III A 4, daß „alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, abgeschafft werden.“ Es dürfe „keine solche Diskriminierung ... geduldet werden“.

Durch die Kontrollratsgesetze Nr. 1, Nr. 11 und Nr. 55 wurden bestimmte Vorschriften des Strafrechts, des Strafprozeßrechts und der Gerichtsverfassung aus der Nazizeit namentlich aufgehoben. Sie können hier nicht im Einzelnen dargestellt werden. Ich beschränke mich auf die Vermittlung eines illustrativen Einblicks in das durch Nazi-Gesetze geschaffene terroristische Unterdrückungssystem.

Mit dem Gesetz *Nr. 1* (Aufhebung von - faschistischen - Nazigesetzen) vom 20. September 1945 wurden einige „Gesetze politischer Natur oder Ausnahmegesetze, auf welchen das Naziregime beruhte“, ausdrücklich aufgehoben, so diejenigen, die unmittelbar nach der „Machtergreifung“ zur Sicherung der Macht der Nazis erlassen wurden, wie das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933, Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934, das die Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat verschärfte, Gesetz zum Schutze der nationalen Symbolen vom 19. Mai 1933, Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934, sog. Heimtückegesetz, und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935, das sog. Blutschutzgesetz, das schwerste Strafen für nichtig erklärte Eheschließungen und außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes vorsah.

Am 30. Januar 1946 erließ der Kontrollrat das *Gesetz Nr. 11* (Aufhebung einzelner Bestimmungen des deutschen Strafrechts), mit dem bestimmte aufgelistete Vorschriften des Strafgesetzbuches in der Fassung, die am 8. Mai 1945 vorgefunden wurde, aufgehoben wurden. Dazu gehörte vor allem die Änderung des § 2, mit dem die Nazis das Prinzip der Strafgesetzmäßigkeit und das *Analogieverbot abgeschafft* und durch die *Analogie zu Ungunsten* eines Täters ersetzt hatten; nunmehr konnte bestraft werden, „wer eine Tat begeht, die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient“.

Demgemäß wurde in der RStPO ein § 268 a eingefügt, der folgenden Wortlaut hatte: „Ergibt die Hauptverhandlung, daß der Angeklagte eine Tat begangen hat, die nach gesundem Volksempfinden eine Bestrafung verdient, die aber im Gesetz nicht für strafbar erklärt ist, so hat das Gericht zu prüfen, ob auf die Tat der Grundgedanke eines Strafgesetzes zutrifft und auch durch entsprechende Anwendung dieses Strafgesetzes der Gerechtigkeit (!) zum Siege verholfen werden kann.“

Übrigens wurde dieser Vorschrift des Prozeßrechts durch die Alliierten nicht ausdrücklich aufgehoben, aber in Ost und West wurde dieser § 268 a als gegenstandslos und damit als unanwendbar angesehen.

Aufgehoben wurden durch Kontrollratsgesetz Nr. 11 die Strafgesetze, die der Vorbereitung des verbrecherischen Hitlerkrieges dienten, so die Verordnung über das *Sonderstrafrecht* im Krieg und bei besonderem Einsatz (Kriegssonderstrafrechtsverordnung) vom 17. August 1938; sie enthielt Sondertatbestände für Spionage (das Beschaffen von Nachrichten im Kriegsgebiet der Wehrmacht, insbesondere durch Zivilpersonen, wurde

mit dem Tode bestraft), Freischärlerei (womit den Partisanen und anderen Widerstandskämpfern gegen eine deutsche Besatzung der Tod angedroht wurde) und Zersetzung der Wehrkraft (durch Auffordern, die Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder „Zersetzen“ des Willens des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung, wofür ebenfalls die Todesstrafe drohte).

Ebenso wurde durch KG 11. die besonders bösartige Verordnung über die *Strafrechtspflege gegen Polen und Juden* in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. Dezember 1941, die „Polen-VO, aufgehoben. Diese sah gegenüber Polen und Juden per Gesetz die Verhängung der Todesstrafe auch bei Bagatelldelikten vor. Durch diese Verordnung habe „der Ministerrat für die Reichsverteidigung in nur 18 Bestimmungen für Polen und Juden der eingegliederten Ostgebiete ein Sonderstraf- und Verfahrensrecht geschaffen, rühmten sich die Nazis.

Ausdrücklich wurde erklärt: „Dieses Strafrecht steht im Gegensatz zu dem allgemeinen Strafrecht - das einen Appell an die Treuepflicht des Volksgenossen enthält - unter dem Leitgedanken der unbedingten Gehorsamspflicht der der deutschen Reichsgewalt unterworfenen Polen und Juden.“

*Bei Deutschen galt eine Treuepflicht, bei Polen und Juden nur Gehorsamspflicht.*

„Auch da, wo das Gesetz sonst Todesstrafe nicht vorsieht, wird sie gegen Polen und Juden verhängt, wenn die Tat von besonders niedriger Gesinnung zeugt oder aus anderen Gründen besonders schwer ist; in diesen Fällen ist Todesstrafe auch gegen jugendliche Schwerverbrecher zulässig.“

Das Strafverfahren stand ebenfalls unter dem Leitgedanken der unbedingten Gewaltunterworfenheit der Polen und Juden unter die deutsche Gerichtshoheit. Der Staatsanwalt hat in der Verfolgung von Straftaten freie Hand und erhob Anklage,, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt.“ Todesstrafe nach Belieben!

Die Aburteilung erfolgte vor dem *Sondergericht* oder dem Amtsrichter. Ausdrücklich bestimmt wurde: „Der Pole und Jude hat gegen Urteile deutscher Gerichte kein Rechtsmittel. Der Staatsanwalt kann gegen Urteile des Amtsrichters binnen zwei Wochen Berufung an das Oberlandesgericht einreichen. Deutsche Richter können von Polen und Juden nicht wegen Befangenheit abgelehnt werden. Verhaftung und vorläufige Festnahme sind bei dringenden Tatverdacht immer zulässig.“ „Polen und Juden werden in Strafverfahren als Zeugen nicht vereidigt.“

Privatklage oder Nebenklage kann von Polen und Juden nicht erhoben werden. Das Strafverfahren wird vom Gericht und Staatsanwalt nach Maßgabe des deutschen Strafverfahrensrechts *nach pflichtgemäßem Ermessen* gestaltet. Wenn es zur schnellen und nachdrücklichen Durchführung des Verfahrens zweckmäßig ist, kann von den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Reichs-Strafverfahrensrechts *abgewichen* werden.

Bemerkenswert ist weiterhin: „Das Strafrecht der Verordnung gilt nicht nur für alle Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten, sondern auch für solche Polen und Juden, die eine Straftat in einem anderen Gebiet des Deutschen Reiches begangen haben und am 1. September 1939 ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in dem Gebiet des ehemaligen polnischen Staates gehabt haben.“

Schließlich wurde in diesem Zusammenhang vermittelt, daß der Reichs-Statthalter in den eingegliederten Ostgebieten jeder Zeit anordnen kann, daß Polen und Juden wegen schwerer Ausschreitungen gegen Deutsche von Standgerichten abgeurteilt werden, die die Todesstrafe verhängen, soweit die Betreffenden nicht an die geheime Staatspolizei überwiesen werden.

*Der Tod war ihnen in jedem Fall sicher.*

Als drittes ist das *Gesetz Nr. 55* vom 20. Juni 1947 (Aufhebung von Vorschriften auf dem Gebiete des Strafrechts) zu nennen, durch das - zwei Jahre nach Ende des Nazi-Reiches - noch weitere Nazi-Gesetze aufgehoben wurden, die gleichfalls unmittelbar nach der „Machtergreifung“ erlassen worden waren, so verschiedene Notstandsverordnungen des Reichspräsidenten gemäß Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung, nämlich Abschnitt IV der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933, die Verordnung des Reichsministers des Innern über das Verbot kommunistischer Demonstrationen im Freistaat Sachsen vom 21. Februar 1933, § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933, die Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe vom 28. Februar 1933, die Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückische Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933 - ein Vorläufer des o. g. „Heimtückegesetzes“ - und das Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten vom 4. April 1933.

Unter dem 4. September 1941 hatten die Nazis das Strafgesetzbuch so geändert, daß Todesstrafe für gefährliche Gewohnheitsverbrechen und Sittlichkeitsverbrechen möglich wurde, „wenn der *Schutz der Volksgemeinschaft oder das Bedürfnis nach gerechter Sühne es erfordern*“

Schließlich befreite die Verordnung vom 5. Mai 1944 die Richter von allen Beschränkungen bezüglich des Strafmaßes: „Bei allen Tätern, die durch eine vorsätzliche strafbare Handlung einen schweren Nachteil oder eine ernste Gefahr für die Kriegführung oder die Sicherheit des Reiches verschuldet haben, kann unter Überschreitung des regelmäßigen Strafrahmens die Strafe bis zur Höchstgrenze der angedrohten Straftat erhöht oder auf zeitliches oder lebenslanges Zuchthaus oder auf Todesstrafe erkannt werden, wenn der regelmäßige Strafrahmen nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht. Das gleiche gilt für alle fahrlässigen strafbaren Handlungen, durch die ein besonders schwerer Nachteil oder eine besonders ernste Gefahr für die Kriegführung oder die Sicherheit des Reiches verschuldet wurde.“

Das Nürnberger Juristen-Urteil, das der (us-amerikanische) Militärgerichtshof Nr. 3 am 3. und 4. Dezember 1947 verkündete, enthält wichtige Feststellungen über den verbrecherischen Charakter der Nazijustiz, der Nazigesetze und zur gerichtlichen Praxis in Hitler-Deutschland.

Zur *Rechtsstellung Hitlers im Justizsystem* hatte Göring, wie in diesem Urteil wiedergegeben, in einer Rede vor der Akademie für deutsches Recht am 13. November 1934 seine Meinung zum Ausdruck gebracht: „In dieser Stunde höchster Gefahr“ - nach dem Röhm-Putsch - sei allein Hitler „oberster und alleiniger Gerichtsherr der deutschen Nation.“



Nach Rothenberger müsse ein Richter „wie der Führer urteilen“, während in gleichem Sinne Reichsjustizminister Dr. Thierack am 5. Januar 1943 erklärt hatte, daß „der Führer der oberste Gerichtsherr, der oberste Richter des deutschen Volkes ist.“ In einem Brief an Freisler erklärte Thierack: „Im allgemeinen muß sich der Richter des Volksgerichtshofes daran gewöhnen, die Ideen und Absichten der Staatsführung als das Primäre zu sehen, das Menschenschicksal, das davon abhängt, als das Sekundäre...“ und am 5. Januar 1943 äußerte er: „Das innere Gesetz des Rechtswahrers sei der Nationalsozialismus. Das geschriebene Gesetz sei nur die Hilfe zur Auslegung der nationalsozialistischen Idee.“

Im Ergebnis all dessen stellte das Militärgericht in diesem Juristenprozeß fest: „Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen“

## V.

Ich möchte an dieser Stelle als Strafrechtswissenschaftler einiges zur NS-Rechtsideologie erläutern.

Im „Rechtswahrer“, einem „Soldatenbriefe zur Berufsförderung“, für „Frontsoldaten“, der „unter ständiger Beteiligung der Reichs-Rechtsanwaltskammer, der Reichs-Notarkammer, der Rechtsfakultäten der deutschen Universitäten und der Reichs-Studenten-Führung herausgebracht wurde, ist einleitend der Erlaß des Reichs-Justizministers Thierack vom 24. August 1942 abgedruckt, der mit den Worten endet: „Ich möchte im Urteil des Richters den deutschen Menschen erkennen, der mit seinem Volk lebt.“

Rothenberger vermittelt u. a. „Der Richter leitet im Gegensatz zu anderen Staatsdienern seine Befugnis unmittelbar von der Staatsführung ab.“ „Der Führer ist nach Überwindung der Gewaltenteilung nicht nur Gesetzgeber und Inhaber der vollziehenden Gewalt, sondern auch oberster Gerichtsherr.“ und „Denn ein Richter, der in einem unmittelbaren Lebensverhältnis zum Führer steht, muß richten, wie der Führer“.

Das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des allgemeinen Strafverfahrens, des Wehrmachtstrafverfahrens und des Strafgesetzbuches vom 16. September 1939 trage „wegen seiner verfassungsrechtlichen Bedeutung ... die Unterschrift des Führers.“ „Aus der Stellung des Führers als oberster Gerichtsherr im Sinne von oberster Richter, die aus dem tiefsten Sinn des Führerstaates folgt, ergibt sich, daß jedes Urteil seiner Bestätigung bedarf. Diese ist an sich als im voraus für jedes Urteil erteilt anzusehen. Nur wenn schwerwiegende Bedenken gegen die Richtigkeit des Urteils bestehen, kommt im Einzelfall die allgemein in Aussicht gestellte Urteilsbestätigung nicht zum Zuge.“

Dann wird der außerordentliche Einspruch gegen Urteile und Gerichtsbeschlüsse erhoben, und zwar durch den Oberreichsanwalt beim Reichsgericht in allen Strafsachen der allgemeinen Gerichte und der Sondergerichte bzw. den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof.“

Zur Volksschädlings-Verordnung wird strafrechtstheoretisch besonders hervorgehoben: „Ein reines Tatstrafrecht in dem Sinne, daß nur das äußere Tatgeschehen Grund und Maßstab der Strafe bestimmen, hat es seit Einführung der Schuldhaftung und Ablehnung des Prinzips der Erfolgshaftung nicht mehr gegeben. Jede Straftat ist seitdem in

ihrem Wertgehalt nach der Schuld des Täters bemessen und bestraft worden. Dennoch bedeutet dies noch kein Täterstrafrecht in dem neuzeitlichen Sinne... Beim Täterstrafrecht geht es um die Kennzeichnung des Täters als Typ des Volksschädlings.“

Es geht nach *nazistischen Täterstrafrecht* also darum, ob der Täter ein Volksschädling ist, nicht darum, ob er in diesem Gesetz beschriebene *Handlungen beging!*

Weiterhin heißt es: „Das Täterstrafrecht bietet deshalb einen besseren Beurteilungsmaßstab, weil es nicht nur eine Tat auf die Waage der Justitia legt, sondern alle Taten dieses Menschen, die guten und die schlechten, zusammenträgt und nun von neuem wägt, ob gut oder böse überwiegt. (S. 70)

„Echte Reformgedanken“ - heißt es weiter - „enthält die Neuerung der Strafvorschriften über Mord und Totschlag mit der Neufassung der §§ 211,212 SGB“.

„Die Unterscheidung des Mörders vom Totschlag soll fortan nach Merkmalen erfolgen, die eine sittliche Bewertung der Täterpersönlichkeit in den Vordergrund stellen.“ „Motiv, Tatausführung und Zweck der Handlung bestimmen den Unwertcharakter der Tötungshandlung“.

In einer gesonderten „Einführung in das Strafrecht“ wird die Strafe als Mißbilligung und Verdammung des Verbrechens bezeichnet, die ihrem Wesen nach „Vergeltung“ sei und „das in uns allen lebendige Sühnebedürfnis“ befriedigt. „Verbrecher sollen abgeschreckt, gebessert oder unschädlich gemacht werden.“

„Die Arbeit des Richters“ - heißt es dann im Geiste der nazistischen Tätertypenlehre - „ist also das Gegenteil von Schema und Abstraktion, wenn er sie richtig auffaßt. Nicht nur das Typische an der Tat, sondern auch den *Typ des Menschen*, den er vor sich hat, muß er erkennen, um die richtige Strafe zu finden. Auch der „Schaeffer“, ein knappes, aber zuverlässiges, didaktisch vorzüglich aufgearbeitetes den Jurastudenten geläufiges Studienbuch „Der Staat im nationalsozialistischen Weltbild“ von Dr. Helmut Nicolai, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, verrät die Nazi-Rechtsideologie. Dort heißt es u. a.: „Die rassengesetzliche Rechtslehre des Nationalsozialismus hat folgende Grundgedanken: „1. das Recht ist mit dem Begriff und dem Vorhandensein einer Gemeinschaft von Menschen (Volksgemeinschaft) unmittelbar gegeben.“ „Das Recht ist angeboren. Es entspricht den natürlich gegeben sozialen Instinkten der Menschen. Das Recht ist seinem Geiste nach bestimmt durch die Rasse der Menschen.

*„Zweck des Rechts ist die Erhaltung des Lebens der Volksgemeinschaft.“*

Daraus folgt: Nur das ist Recht, was dem Leben der Volksgemeinschaft dient. Das Recht darf nicht international sein!! Dem Deutschen gebührt deutsches Recht.

Für den Begriff des Volkes ist die Abstammung maßgebend; Volk ist eine durch Blutverwandtschaft zusammengehörige Menschengruppe. Deutscher ist, wer deutsche Abstammung ist, wobei das Blut (die Rasse) entscheidet.

Genau in diesem Sinne und auch in dieser Terminologie finden wir Aussagen der deutschen Strafrechtslehrer im Dritten Reich, die in ihrem Schrifttum die nazistische Ideologie offen vertraten und propagierten.

Friedrich Schaffstein, neben Dahm Vertreter der faschistischen „Kieler Schule“, erklärte: Beim „Übergang vom sozialliberalen zum nationalsozialistischen Strafrecht“ ist dieses Recht „auf die völkische Sittenordnung zurückzuführen, die das Verbrechen wesentlich als Verstoß gegen die Sittenordnung und erst sekundär als äußeren Schaden

erscheinen läßt“. Dies sei „bedeutungsvoll, als es den Täter und seine Gesinnung ... in den Vordergrund rückt.“

Noch deutlicher formuliert Wilhelm Gallas: „Die Ordnung der Gemeinschaftswerte, die den Sinngehalt des Verbrechens bestimmt, ist als völkische Sittenordnung mit der Einmaligkeit des Volkes als biologisch - geistiger Einheit immanent gegeben. Damit sind Wert und Wirklichkeit im Ursprungs vereinigt.“

Sehr engagiert hatte sich Hans Welzel für die Nazis ausgesprochen. Er stellte - schreibt er selbst - den Plan, die Beziehungen des Rechts und der Rechtswissenschaft zu den tragenden Ideen des 19. Jahrhunderts zu bearbeiten, zurück, „bis das ungeheure politische Geschehen der nationalsozialistischen Revolution uns allen die Frage nach unserem geschichtlichen Standort und die Auseinandersetzungen mit dem Vergangenen mit unmittelbarer Kraft aufzwang. Die Gewalt dieses Umsturzes gab dann den Mut, irgendwo in den Ring der Probleme hinein zu springen“ „Alles drängt auf eine neue Metaphysik hin, die ihren Mittelpunkt in einer metaphysischen Anthropologie hat ...“ Er begrüßte die Idee „einer alle Klassen umfassenden Volksgemeinschaft..., die erst das gewaltige Programm des Nationalsozialismus wurde“ Dann geht es ihm um „die Volksgemeinschaft mit den Notwendigkeiten der konkreten historischen Situation, die auf rechtlchem Wege vor allem in dem geäußerten Führerwillen, d. h. im Gesetz, ihren sichtbaren Niederschlag finden“.

Auch Welzel begrüßt ausdrücklich die Einführung der Analogie und des „gesunden Volksempfindens“ durch den geänderten § 2 RStGB, obzwar diese Neufassung direkt und ganz offen gegen Art. 116 der Weimarer Reichsverfassung verstieß, also verfassungswidrig war! Die „ideellen Grundgedanken des neuen § 2“ wachsen „mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes und (es) wird gestaltet durch die Tat des Gesetzgebers. Beide Kräfte gestalten das Recht.“

Edmund Mezger spricht im Hinblick auf diesen § 2 RStGB vom „Standpunkt des lebendigen Rechts“, das zwei Erscheinungsformen habe, das Gesetz und das „gesunde Volksempfinden“. Wenn Metzger schreibt (S. 303) „Tätertypik lege ... überall dort vor, wo die Gesinnung des Täters bei der Beurteilung der Tat eine entscheidende Rolle spielt“, dann erkennen wir schon an der Terminologie die Rolle der Gesinnung, die im Nazi-Staat ein großes Gewicht hatte.

Die Tätertypik bzw. die Lehre vom Tätertyp kam in der Gesetzgebung der Nazis nicht nur in der taterstrafrechtlichen Neufassung des § 211 (Mord), sondern auch im Vokabular solcher Strafbestimmungen zum Ausdruck, wie der Verordnung gegen „Volksschädlinge“ vom 5. September 1939, in der Verordnung gegen „Gewaltverbrecher“ vom 5. Dezember 1939 und in der VO zum Schutze gegen „jugendliche Schwerverbrecher“ vom 4. Oktober 1939. Strafe war damit keine *Tat*strafe mehr, sondern *Täter*„strafe“.

So haben diese Strafrechtswissenschaftler und viele andere auch mit den von ihnen vertretenen Lehren dazu beigetragen, die Herrschaft der Nazis zu fördern, deren Ideologie zu propagieren und die Jugend mit dem nazistischen Ungeist zu vergiften.

Auch wenn sie nicht direkt zum Kreis der Hauptschuldigen oder der Schuldigen zweiter Stufe im Sinne der Kontrollratsdirektive 38 gehören, und somit sich der Verantwortlichkeit nach dieser Vorschrift der Alliierten ausgesetzt haben, darf ihr Beitrag zur Stärkung der nazistische Ideologien nicht unterschätzt werden.

Diese alten Nazi-Professoren lehrten nach 1945 im Westen Deutschlands wieder, als wäre nichts geschehen, auch wurden sie „ganz normal“ durch Festschriften geehrt.

Die oben vorgenommene Auflistung der von den Alliierten aufgehobenen Nazigesetze läßt erkennen, daß eine Reihe von Vorschriften des Dritten Reiches *weiterhin galten*, die als höchst bedenklich anzusehen sind und ihnen nazistischer Geist innewohnt.

Dazu gehört die Verordnung gegen Gewaltverbrecher (Gewaltverbrecher-VO) vom 5.12.1939 mit *uneingeschränkter Rückwirkung*, die die Todesstrafe obligatorisch vorsah und so nazistische Züge aufweist. Auch das *Reichsjugendgerichtsgesetz* (RJGG) vom 6. 11.1943 blieb in Geltung, obwohl es mehrere unzweifelhaft nazistische Bestimmungen enthielt. So konnte gegen einen Jugendlichen, der bei Begehung einer Straftat über 16 Jahre alt ist, Erwachsenstrafrecht angewandt werden, wenn der Täter nach seiner geistigen und sittlichen Entwicklung einer über 18 Jahre alten Person gleichzusetzen ist und wenn die bei der Tat gezeigte, besonders verwerfliche verbrecherische Gesinnung (!) oder der Schutz des Volkes eine solche Bestrafung erforderlich macht; auch diese Verordnung hatte rückwirkende Kraft.

Verweisen muß ich demgegenüber auf eine weitreichende Entscheidung des Obersten Gericht der DDR vom 23. Dezember 1952, wonach die in der Nazizeit am 24.11.1933 erlassenen Vorschriften des § 20 a RStGB gegen „gefährliche Gewohnheitsverbrecher“ und der §§ 42 a Ziff. 4 und 42 e RStGB über die *Sicherungsverwahrung*, in der DDR nicht anwendbar sind.

In der Folgezeit blieb das Strafrecht der DDR frei von einer Bestimmung über die Sicherungsverwahrung; das hatte zur Folge, daß auch nach dem 3. Oktober 1990 bei so genannten Alttaten (noch zur Zeit des Bestehens der DDR auf ihrem Boden begangene Straftaten) auf Sicherungsverwahrung nicht erkannt werden konnte.

## VI.

In Erfüllung des Potsdamer Abkommens wurden auch die besonderen Nazigerichte abgeschafft, nämlich der Volksgerichtshof, die Gerichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und die Sondergerichte.

Zur Aufhebung ungerechter, vielfach verbrecherischer Urteile heißt es in der Präambel der Proklamation Nr. 3 des Alliierten Kontrollrates vom 20.10.1945, betr. Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege: „Mit der Ausschaltung der Gewaltherrschaft Hitlers durch die Alliierten Mächte ist das terroristische System der Nazigerichte abgeschafft worden.“

Obzwar auch die nazistischen Militärgerichte und die „ordentlichen Gerichte“ des Dritten Reiches mit ihrer „Rechtsprechung“ an dem terroristischen System der Nazigerichte ihren Anteil hatten, sahen die Alliierten keine Möglichkeit, auch diese Gerichtsbarkeit schlechthin abzuschaffen. Sie mußte, wie in der Präambel und in Artikel 1 des KG Nr. 4 vom 30.10.1945 festgelegt, *umgestaltet* werden.

In der Proklamation Nr. 3 wurde - unter II 5 - weiterhin bestimmt: „Verurteilungen, die unter dem Hitler-Regime ungerechterweise aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen erfolgten, müssen aufgehoben werden.“

Die wohl komplizierteste praktische Aufgabe, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergab, war die der Entfernung von Nazis aus der Justiz und die Neu- und Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens.

Um eine neue demokratische Strafrechtspflege in Deutschland zu gestalten war es nicht nur unerlässlich, die Nazigesetze aufzuheben und die besonderen Nazi - Gerichte abzuschaffen. Es bedurfte auch einer grundlegenden Veränderung des Gerichtssystems und vor allem des Personals der Richter und Staatsanwälte.

In III A 6 des Potsdamer Abkommens war - wie bereits oben ausgeführt - als Konsequenz der Niederwerfung des verbrecherischen Hitlerregimes die Entfernung aller Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und aller anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern vorgesehen. Sie waren durch Personen zu ersetzen, die nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

Das Potsdamer Abkommen gab somit eine doppelte Aufgabe vor:

*Entfernen* von Nazijuristen aus der deutschen Justiz *und* ihre *Ersetzung* durch vom Nazismus unbelasteten Personen!

Für die Alliierten war die *Entfernung* dieser Nazis aus dem deutschen Gerichtswesen eine *unerlässliche Bedingung*.

Nachdem mit der *Proklamation Nr. 3* (Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege) vom 20. Oktober 1945 das terroristische System der Nazi-Gericht abgeschafft worden war und an seine Stelle eine Rechtspflege treten sollte, „die sich auf die Errungenschaften der Demokratie, Zivilisation und Gerechtigkeit gründet“, wozu das *Gesetz Nr. 4* (Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens) vom 30. Oktober 1945 erlassen wurde, das im wesentlichen der Gerichtsverfassung von vor 1933 entsprach, kam es nun auf die *personelle* Seite dieser Umgestaltung an.

Nach der aufgrund des Potsdamer Abkommen erlassenen Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12. Januar 1946 war die Entfernung von Nazis aus allen öffentlichen und halböffentlichen Ämtern, also auch aus der Justiz verbindlich festgelegt.

So war in Ziff. 10 dieser Direktive die „*zwangsweise Entfernung*“ bestimmter Kategorien von Personen vorgesehen, nämlich: „Kriegsverbrecher, d. h. Personen, die auf der Kriegsverbrecherliste der Alliierten Kommission für Kriegsverbrechen oder auf irgend einer Sonderlisten des Gegenspionagedienstes stehen oder eines Kriegsverbrechens verdächtig sind“ und NSDAP -Mitglieder verschiedener Ränge sowie Mitglieder in mit der NSDAP verbundene Organisationen, die im Einzelnen aufgezählt werden.

In der Unterziffer 87 ist der zu entfernende Personenkreis von Juristen im Einzelnen festgelegt, so alle diejenigen, die zu irgendeinem Zeitpunkt Präsident, Vizepräsident, Direktoren oder Schatzmeister der „Akademie für deutsches Recht“ waren, weiter alle Richter am Volksgerichtshof sowie der Oberreichsanwalt und alle anderen Staatsanwälte dort; alle Vorsitzenden und sonstigen ständigen Richter an Sondergerichten und alle Staatsanwälte; alle Richter, Staatsanwälte und Amtsträger an Partei-, SS- und SA-Gerichten; alle vorsitzführenden Richter und alle Staatsanwälte der Standgerichte.

Gemäß Unterziffer 88 werden weitere aus den „ordentlichen Gerichten“ als zu entfernende Juristen aufgelistet: Der Präsident des Reichsgerichts, die Richter des Sonder senats und alle Staatsanwälte; Präsident, Vizepräsident und andere leitende Beamte im Reichsjustizprüfungsamt; alle Präsidenten und Vizepräsidenten der Oberlandesgerichte und alle Generalstaatsanwälte; alle Präsidenten und Oberstaatsanwälte der Landgerichte,

sowie leitende Juristen weiterer Gerichte, wie Erbhofgerichte, Dienststrafkammern, Reichsverwaltungsgericht, Reichsfinanzhof, Reichsarbeitsgericht, Reichspatentamt, Reichsversicherungsamt, Reichsversorgungsgericht, Reichslehrengerichtshof u.a. Schließlich gibt es unter Ziff. 11, 12 und 13 noch Richtlinien für Entfernung und Ausschluß „nach Ermessen“. Auch dazu gibt es entsprechende Listen.

Wenngleich die Zahl der vorstehend aufgeführten obligatorisch zu entfernenden Juristen nicht gering ist, erschöpft ist der Kreis der nazistisch belasteten Richter und Staatsanwälte damit nicht. Es bedurfte daher weiterer Prüfungen. So ergaben sich sofort zwei nicht einfach zu lösende Probleme:

Wer war Nazi im Sinne dieser Bestimmungen?

Wo sind die Personen zu gewinnen, die die Stellen der entfernten nazistischen Richter und Staatsanwälte einnehmen sollen und können?

Dabei sollte nicht übersehen werden, daß um die 80 % der Richter und Staatsanwälte Mitglieder der Nazipartei gewesen waren. Und es darf auch nicht vergessen werden, daß - wie das Oberste Gericht der DDR in seiner Entscheidung vom 13. Juni 1950 - 3 Zst 25/50 - zutreffend erkannte: „Das Vorhandensein der gleichen Tendenzen in der Justiz der Weimarer Republik wie der im Nazistaat gibt nur eine Erklärung dafür, daß die deutschen Richter in ihrer übergroßen Mehrzahl sich dem Nationalsozialismus als willige Werkzeuge zur Verfügung stellten.“

Es war jedenfalls keineswegs so, daß - wie vielfach behauptet wurde - der in der deutschen Justiz herrschende Rechtspositivismus die deutschen Richter (und Staatsanwälte) unfreiwillig im Dritten Reich im Amt beließ und sie im Sinne der Nazis „Recht“ sprechen ließ - wodurch sie in bagatellisierender Weise schuldlos zu Opfern des Rechtspositivismus gemacht werden. Vielmehr war es deren überwiegend rechtsorientierte politische Einstellung, die sie seit 1933 gern Hitler dienen ließ. Fast alle 1933 im Amt befindlichen und gebliebenen, also übernommenen Richter und Staatsanwälte waren bereit, auch im Dritten Reich ihre Ämter auszuführen. Andere waren aus rassistischen Gründen oder mangels politischer Zuverlässigkeit ohnehin entfernt bzw. nicht übernommen worden. Zumindest in der Strafrechtspflege dürften sich alle dort tätig gewesenen Richter und Staatsanwälte dem Hitler-Regime gefügig unterworfen und im Geiste des Nazismus „Recht“ gesprochen haben.

Da - unbestritten - die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes im 8. Mai 1945 *nicht\_eine Befreiung* von der Hitler-Diktatur sah, sondern sich mit dem Untergang des Dritten Reiches *besiegt* fühlte, darf als sicher angesehen werden, daß die Mehrheit der deutschen Richter und Staatsanwälte diese im deutschen Volk dominierende Einstellung geteilt haben.

Für die Mehrzahl der deutschen Richter und Staatsanwälte; die 1945 im Amt waren, stellte sich dieser Tag als ein schmerzliches Ende und eine bittere Niederlage dar. Angesichts dieser Tatsachen wurde sehr bald deutlich, daß die Erfüllung des Auftrags der Alliierten, Nazirichter und - Staatsanwälte aus der deutschen Justiz zu entfernen - ein Gebot, das den Forderungen und Erwartungen der Antifaschisten entsprach, - davon abhing, welche *Einstellung* und Haltung die nun maßgeblichen deutschen Politiker und Behörden *zum Hitler-Staat und seiner Justiz*, und zu den in diesem Staat tätig gewesenen Richtern und Staatsanwälten einnahmen.

Für diejenigen, für die das Dritte Reich und seine Justiz mehr oder weniger eine Fortsetzung der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte war, die sich in den Traditionen

dieses Staatswesens, auch des Reichsgerichts, sahen und sehen, war die von den Alliierten in der Proklamation Nr. 3 so bezeichnete „terroristische System der Nazigerichte „nur eine bedauerliche Entgleisung und Entartung, die aber mit der deutschen Justiz als solcher, mit den deutschen Richtern und Staatsanwälten an sich nichts zu tun gehabt hätte.

Im übrigen habe sich - hieß es auch - das Dritte Reich nur gegen seine inneren und äußeren Feinde auf entsprechender Rechtsgrundlage zur Wehr gesetzt. Damit spitzt sich die Lösung der von den Alliierten in den vorgenannten Gesetzen vorgegebene Aufgabe auf folgendes zu: Entweder werden die Fachleute, Richter und Staatsanwälte, in der deutschen Justiz belassen, auch wenn sie durch ihre Einbindung an die Hitler-Justiz mehr oder weniger stark belastet waren, oder es werden von jeglicher faschistischen Belastung freie neue Richter und Staatsanwälte in ihr Amt berufen, auch wenn sie - anfänglich - womöglich noch nicht über die erforderlichen Rechtskenntnisse verfügen.

Oder anders ausgedrückt: Entweder wird eine der Form nach gut funktionierende (althergebrachte) Justiz mit mehr oder weniger starker nazistischer Belastung und mit all den Mängeln und Problemen der früheren deutschen Justiz der Kaiserzeit und der Weimarer Republik übernommen bzw. fortgeführt *oder* es wird eine wirklich neue Justiz aufgebaut, eine Justiz, die sich aus anderem, von den Traditionen der Vergangenheit unbelastetem Personal rekrutiert. Tertium non datur!

In eben diesem Sinne bestimmte Art. 128 der für eine gesamtdeutsche Republik gedachten und vorbereiteten Verfassung, die dann die der DDR von 1949 wurde: „Richter kann nur sein, wer nach seiner Persönlichkeit und Tätigkeit die Gewähr dafür bietet, daß er sein Amt gemäß den Grundsätzen der Verfassung ausübt.“

Auch wenn dort keine bestimmte politische Einstellung oder Richtung von einem Richter erwartet wird, ist aber eindeutig, daß ein Richter der nicht im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu wirken bereit ist, in dieser keinen Platz hat.

Weiterhin bestimmte Art. 129 dieser Verfassung, daß „Angehörige aller Schichten des Volkes die Möglichkeit haben, die Befähigung zur Ausübung des Berufes als Richter ... zu erlangen“, wofür die Republik „durch den Ausbau der juristischen Bildungsstätten“ - keineswegs nur der juristischen Fakultäten - dafür „Sorge trägt“.

Das entsprach auch der Bestimmung in der bereits erwähnten KR-Proklamation Nr. 3. Dort wird im Zusammenhang mit der Festschreibung der Unabhängigkeit des Richters erklärt: Der Zugang zum Richteramt steht ohne Rücksicht auf Rasse, gesellschaftliche Herkunft oder Religion allen Personen offen, sofern sie die Grundsätze der Demokratie anerkennen. In dieser Festlegung ist erkennbar die Zulassung von Volksrichtern eingeschlossen.

Eine wirkliche neue, vom Faschismus und von alten Traditionen freie Justiz entstand und entwickelte sich nur im Osten Deutschlands, in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Ob der einzelne es so will oder nicht, in der Haltung zur Entnazifizierung, zur Entfernung nazistischen Richter und Staatsanwälte aus der deutschen Justiz zeigt sich seine Haltung und *Einstellung zum Hitler-Faschismus*.

Vereinfacht kann man sagen: in Ostdeutschland wurden nahezu 90 Prozent der vor 1945 im Amt gewesenen Richter und Staatsanwälte entfernt; in Westdeutschland blieben etwa 90 Prozent dieser früheren Richter und Staatsanwälte im Amt oder sie wurden wieder in ein solches Amt gerufen.

Mit diesem unbestrittenen Ergebnis hat die Entnazifizierungspolitik der westlichen Alliierten und der maßgeblichen westdeutschen Politiker auf dem Gebiet der Justizpolitik als eine bemerkenswerte Einstellung zum Hitler-Faschismus verraten.

In den westlichen Besatzungszonen, der späteren Bundesrepublik, wurde nicht nur die auf dem Privateigentum beruhende kapitalistische Wirtschaft mit einem entsprechenden Staatswesen übernommen und restauriert, sondern auch die Justiz im wesentlichen mit dem alten Personal, der bisherigen Struktur, dem geläufigen juristischen Wortschatz, Titeln und den justiziellen Formen, in denen die an überkommene Traditionen gebundene deutsche Justiz fortlebt.

## VII.

Zur Verfolgung und Bestrafung von NS - und Kriegsverbrechen wird daran erinnert, daß aufgrund der bereits 1943 vorliegenden Beweise der Verbrechen des Hitler-Regimes, insbesondere von Greueln, Massakern und kaltblütigen Massensexekutionen, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion am 30. Oktober 1943 die „Moskauer Erklärung über die Verantwortlichkeit der Hitler-Anhänger für begangene Greueln“ abgaben. Die Alliierten hatten nämlich bereits 1942 durch die Gründung der United Nations War Crime Commission (UNWCC) in London mit der Sammlung von Beweisen für diese Verbrechen begonnen.

„Die drei alliierten Mächte werden“ - heißt es in dieser Moskauer Erklärung die Schuldigen „ganz gewiß bis an das äußerste Ende der Welt verfolgen und sie ihren Anklägern ausliefern, damit ihnen Gerechtigkeit geschehe.“

Dabei wurde klargestellt, daß diese Erklärung nicht die Frage der Hauptverbrecher berührt, deren Verbrechen nicht mit einem bestimmten geographischen Ort verbunden sind und die durch gemeinsames Urteil der Regierungen der Verbündeten bestraft werden.

So war bereits 1943 zwischen den drei Alliierten vereinbart, die Hauptkriegsverbrecher vor ein internationales Gericht zu stellen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen mit dem Umgang deutscher Gerichte mit eigenen Kriegsverbrechern, so dem deutschen Kaiser und der deutschen Generalität nach dem Ersten Weltkrieg, entschlossen sich die Alliierten zur Einrichtung des Internationalen Gerichtshofes.

Im Sinne der Moskauer Erklärung wird im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, den Forderungen der Antifaschisten in aller Welt entsprechend, unter IIIA 5 bestimmt: „Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben.“

Darüber hinaus gab es in diesem Abkommen einen meist weniger beachteten Unterabschnitt VII Kriegsverbrecher.

In den letzten Wochen vor diesem Abkommen hatte es in London zwischen den Vertretern der Vier Mächte (einschließlich Frankreich) Gespräche und Vereinbarungen „über die Methoden des Verfahrens gegen alle Hauptkriegsverbrecher, deren Verbrechen nach der Moskauer Erklärung vom Oktober 1943 räumlich nicht besonders begrenzt sind“ gegeben. Sie bekräftigen ihre Absicht, diese Verbrecher einer schnellen und



sicheren Gerichtsbarkeit zuzuführen. Die erste Liste die Angeklagten sollte vor dem 1. September dieses Jahres veröffentlicht werden.

Daraufhin wurde am 8. August 1945, unmittelbar nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens, in London das „Abkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, der Provisorischen Regierung der französischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse“ verabschiedet. Am gleichen Tage wurde auch das Statut des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg (IMT) unterzeichnet.

Nach den Nürnberger Prinzipien ist jede Person, die eine Tat begeht, die nach dem Völkerrecht ein Verbrechen darstellt, hierfür verantwortlich und dafür zu bestrafen. Im Einzelnen wurden als „Verbrechen nach Völkerrecht“ definiert: Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Als eine weitere Konsequenz aus der Verurteilung der Naziverbrechen ist die Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord (Genozidkonvention) vom 9. Dezember 1948 - UNO Resolution Nr. 96 (I) - besonders hervorzuheben; auch dieses Verbrechen des Völkermords ist ein „Verbrechen nach Völkerrecht“, und zwar unabhängig davon, ob es im Frieden oder im Kriege begangen wurde.

Gemäß dem Potsdamer Abkommen und in Übereinstimmung mit dem Londoner IMT-Statuts wurden das *Kontrollrats-Gesetz Nr. 10* (KG 10) und die *Kontrollrats-Direktive Nr. 38* (KRD 38) erlassen.

Das Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrats vom 20. Dezember 1945 betraf die „Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben“. Es will ausdrücklich „die Bestimmungen der Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 und des Londoner Abkommens vom 8. August 1945 sowie des im Anschluß daran erlassenen Grundgesetzes zur Ausführung bringen, und ... in Deutschland eine einheitliche Rechtsgrundlage (zu) schaffen, welche die Strafverfolgung von Kriegsverbrechern und anderen Missetätern dieser Art - mit Ausnahme derer, die von dem Internationalen Militärgerichtshof abgeurteilt werden - ermöglichen“.

Klargestellt wird auch, daß das KG 10, wie ein ordentliches Strafgesetz, Straftatbestände definiert und auszusprechende Strafen vorsieht. Zehn Monate später, als der „kalte Krieg“ bereits ausgebrochen war, hielt der Alliierte Kontrollrat es für geboten, unter dem 13. Oktober 1946 die *Direktive Nr. 38* zu erlassen.

Diese verweist auf die betreffenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, des Kontrollrats-Gesetzes Nr. 10 und die bereits erwähnte, die Entfernung der Nazis aus den Ämtern betreffende Kontrollrats - Direktive Nr. 24 und bezeichnet als ihren Zweck „gemeinsame Richtlinien für

a) die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen (!), welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt haben;

b) die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren (!);

c) die Internierung von Deutschen, welche *ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein* (!), als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und

Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können (!), zu schaffen.“

Zwecks Durchführung der in Potsdam aufgestellten Grundsätze wurde es für notwendig erachtet, „Kriegsverbrecher und Personen, die möglicherweise gefährlich werden können (!), in fünf Hauptgruppen einzuteilen und *einer jeden Gruppe angemessene Strafen und Sühnemaßnahmen festzusetzen*.“

Diese Festsetzung von Sühnemaßnahmen soll gemäß dem vorliegenden Übereinkommen einheitlich erfolgen, ohne das freie Ermessen der Zonenbefehlshaber gem. KG 10 einzuschränken. Erneut wird betont, daß eine „klare Definition der alliierten Politik hinsichtlich Deutscher, die offensichtlich gefährlich sind oder möglicherweise gefährlich werden können“ erforderlich sei.

Während KG 10 mit den - sehr weit gefaßten - drei grundlegenden Straftatbeständen, darin eingeschlossen die verschiedenen Beteiligungsformen, auch in Gestalt schlichter Zugehörigkeit zu für verbrecherisch erklärten Organisationen des Nazi-Regimes, den Rahmen des kriminalisierten Verhaltens umschreibt, will diese Direktive angesichts der in die Zehntausende gehenden Zahl zu verfolgender Nazi- und Kriegsverbrecher durch *Kategorisierung* ein möglichst einheitliches Vorgehen sichern.

Mit dieser Direktive wird zwangsläufig ein Schematismus der Behandlung dieses Personenkreises angeordnet bzw. in Kauf genommen.

Es darf angemerkt werden, daß ein derartiges schematisiertes Vorgehen in der Strafjustiz nicht völlig ungewöhnlich ist; es darf an massenhafte kriminelle Erscheinungen im Zusammenhang mit Demonstrationen, Zusammenrottungen und Erscheinungen des Landfriedensbruchs erinnert werden, wo die Staatsanwälte sich auf die Rädelsführer konzentrierten, bei vielen untergeordnet Beteiligten jedoch sich mit „formularhaften“, im Text standardisierten Strafbefehlen begnügten.

Die Festlegungen der vier Alliierten in der Direktive 38 sind deshalb besonders hervorheben, weil sie keineswegs nur auf eine Bestrafung gemäß individueller Schuld im Einzelnen abstellen, sondern auch eine *gruppenmäßige Verantwortlichkeit* vorsehen; bekanntlich hatte das Nürnberger Urteil bestimmte Organisationen für verbrecherisch erklärt, weshalb *allein die Zugehörigkeit* zu diesen einen Straftatbestand darstellt.

Aus diesem Grunde wurde zwischen mit *allgemeiner Schuld* Belasteten und solchen Personen unterschieden, denen *auch eine persönliche Schuld* wegen konkreter Taten nachgewiesen werden konnte.

So erklärt sich auch, daß im Zusammenhang mit der Direktive 38 von „Kollektivschuld“ die Rede war.

Das wird bei der Beurteilung der Strafverfahren nach dieser Direktive vielfach übersehen.

Zum anderen sieht diese Direktive vor, gefährliche Deutsche oder möglicherweise gefährliche Deutsche zu internieren.

Die vorgenannten fünf Hauptgruppen von Kriegsverbrechern und möglicherweise gefährlichen Deutschen sind nach Abschnitt II Art. I folgende:

1. Hauptschuldige;
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer);
3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe);
4. Mitläufer;

5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind).

In der ersten Zeit nach Kriegsende waren auch in den westlichen Besatzungszonen noch Urteile gegen Nazi- und Kriegsverbrechen sowohl durch die Gerichte der Alliierten als auch durch deutsche Gerichte gefällt worden.

Auf der Grundlage des Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Verordnung Nr. 7 der amerikanischen Militärregierung führten amerikanischen Militärgerichte, die in Nürnberg tagten, eine Reihe von so genannten Nachfolgeprozessen gegen Direktoren des IG-Farben-Konzerns, gegen faschistische Ärzte, faschistische Juristen (siehe den bereits erwähnten Nürnberger Juristen-Prozeß) und gegen Einsatzkommandos der SS durch.

In der amerikanischen Besatzungszone wurden zwar bis zum 1. Januar 1947 33.000 Nazi-Aktivisten und SS-Verbrecher inhaftiert, aber nur 556 von ihnen zur Verantwortung gezogen und gerichtlich verurteilt; die anderen wurden nach und nach entlassen und die Verurteilten dann begnadigt.

Die Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern ging dann in Westdeutschland von Jahr zu Jahr zurück. Sie lief zunehmend auf eine Verhinderung der völkerrechtlich gebotenen Verfolgung und Bestrafung dieser Verbrechen und auf deren Rehabilitierung hinaus.

Als die Remilitarisierung der Bundesrepublik bereits offen betrieben wurde, hatten fast alle Kriegs- und Naziverbrecher wieder leitende Posten in Staat und Wirtschaft oder erhielten ihre Pensionen. Im Gnadenwege revidierte der amerikanische Oberkommissar Mc Cloy am 31. Januar 1951 von amerikanischen Militärgerichten verhängte Urteile zu Gunsten von NS-Verbrechern.

Indessen darf der bedeutende Anteil des Obersten Gerichtshof der britischen Zone (OGH) bei der Verfolgung und Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern nicht vergessen werden.

Viele westdeutsche Gerichte mußten erst durch Entscheidungen dieses Obersten Gerichtshofs zur Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 in der Zeit von 1948 bis 1950 angehalten werden.

Dieser OGH bejahte exponiert die Anwendbarkeit des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 auch durch deutsche Gerichte und bezog sich in Bezug auf die Verbrechen der Nazijuristen ausdrücklich auf das Nürnberger Juristenurteil. Im Fall Petersen/Holzwig, den Rottleuthner referiert, hatte das Landgericht Hamburg auf Freispruch erkannt. Der OGH hob den Freispruch mit seinem Urteil vom 07. Dezember 1948 (mit den vorgeannten Argumenten) auf und verwies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurück.

Mit der Bildung der Bundesrepublik wurde der OGH durch den BGH abgelöst und zugleich nahmen die britischen und französischen Militärregierungen im Jahre 1951 die Ermächtigung an die deutschen Gerichte zurück, Kontrollratsgesetz Nr. 10 anzuwenden. Hatte bisher der OGH in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und den Grundsätzen der Nürnberger Prozesse entschieden, so kehrte der Bundesgerichtshof diese Linie um und gab den „Weg frei für die künftige Linie der bundesdeutschen Rechtsprechung“.

Im Fall Petersen/Holzwig meinte der BGH in seiner Entscheidung vom 29. Mai 1952, daß für die Strafbarkeit wegen Rechtsbeugung der Nachweis eines dolus eventua-

lis erforderlich sei, woraufhin das Landgericht Hamburg die Angeklagten am 27. Februar 1953 wieder freisprach.

Mit Urteil vom 07. Dezember 1956 kam der BGH dem Verlangen nach einem waserdichten Richterprivileg nach; seit dem mußte dolus directus vorgelegen haben, wonach bei keinem Nazi-Richter Rechtsbeugung angenommen werden konnte.

*Der BGH rettete so die Nazijuristen vor ihrer gerechten Strafe.*

*Demgemäß wurde kein einziger Nazirichter von bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden wegen seiner Verbrechen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.*

Bei den westlichen Alliierten und erst recht bei den westdeutschen Richtern, Staatsanwälten und Rechtswissenschaftlern, die bereits Hitler gedient hatten, zeigten sich zunehmend Widerstände und Vorbehalte gegen eine konsequente Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrechen. Berge von Schrifttum waren darauf gerichtet, diese Verbrechen ihrer persönlichen Verantwortung zu entziehen.

In vielen Prozessen wurden ungewöhnlich milde Strafen ausgesprochen, von Inhaftierung wurde mit den verschiedensten Begründungen vielfach abgesehen.

Im Zusammenwirken von alten Rechtswissenschaftlern und übernommenen Richtern, auch am Bundesgerichtshof, wurde bewirkt, daß die Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechen nur sehr eingeschränkt erfolgte.

Dazu gehörte auch eine raffinierte juristische „Argumentation“, besonders unter Nutzung der so genannten subjektiven Teilnahmelehre, wonach ein Nazi - Mörder nicht Täter, sondern nur Gehilfe gewesen sei, weil er nur „für den Führer“ getötet habe; sofern man dann nicht auf Verjährung kam, wurde die Strafe nach den Bestimmungen der Beihilfe entsprechend gemildert.

Da die bundesdeutsche Justiz - im Unterschied zum OGH - die Bestimmungen des Völkerstrafrechts, so namentlich die Tatbestände des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 grundsätzlich nicht anwandte, war man genötigt, die strafrechtliche Verfolgung auf Straftaten nach dem allgemeinen Strafrecht zu beschränken. Das brachte zwangsläufig besondere Beweisprobleme mit sich; denn es mußte nun, wie bei gewöhnlicher Kriminalität, nachgewiesen werden, daß der betreffende Angeklagte tatsächlich zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort eine (namentlich) bestimmte andere Person in bestimmter Weise geschlagen oder getötet hatte. Es mußten also - noch nach Jahrzehnten - Zeugen zur Verfügung stehen, die eben diese Einzelheiten der betreffenden Handlungen des jeweiligen Angeklagte bekunden konnten.

Über die unzureichende juristische Aufarbeitung der Verbrechen des Hitler-Staates gibt es zahlreiche Literatur. Auch wurde in den letzten Jahren so häufig offiziell eingestanden, daß die Bewältigung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland „gründlich mißlungen“ ist, daß diese historische Tatsache geradezu als (weiteren Beweises nicht mehr bedürftig) allgemerkundig angesehen werden kann.

In seinem Urteil vom 16. 11.1995 stellt der 5. Strafsenat des höchsten deutschen Strafgerichts fest: Es „haben sich bei der strafrechtlichen Verfolgung des NS-Unrechts“ - das der Senat einige Zeilen zuvor mit *Spendel* zutreffend als eine „Perversion der Rechtsordnung“, wie sie schlimmer kaum vorstellbar war“, bezeichnete - „erhebliche Schwierigkeiten ergeben ...“, Die vom Volksgericht gefällten Todesurteile sind ungesühnt geblieben, keiner der am Volksgerichtshof tätigen Berufsrichter und Staatsanwälte wur-

de wegen Rechtsbeugung verurteilt; ebenso wenig Richter der Sondergerichte und der Kriegsgerichte.“

Daran schließt sich eine höchst ungewöhnliche Selbstkritik des Bundesgerichtshofes (übrigens eine an nicht mehr amtierende Bundesrichter gerichtete Kritik !!) an: „Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte nicht zuletzt die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes.“

Infolgedessen fanden auch schwer belastete NS-Richter und -Staatsanwälte in der westdeutschen Justiz wieder Beschäftigung, so daß nachvollziehbar - „an der weiteren Strafverfolgung von NS-Verbrechen kein Interesse mehr (bestand)“. Was sich dort vollzog, war eine „Selbstamnestierung der Justiz für ihre eigenen Taten“.

Statt der gebotenen Strafverfolgung dominierten Mitte der 50er Jahre alle möglichen Formen der Amnestierung der NS- Verbrechen, einschließlich der Gewährung von Beamtenbezügen bzw. -Pensionen, auch für Witwen, so für die Witwe des NS-Richters Freisler.

Auf Grund politischer Vorgaben beendeten Staatsanwaltschaften und Gerichte faktisch die Verfolgung von NS-Verbrechen. Noch 1960 ließ der Bundestag Totschlagsdelikte aus der NS-Zeit verjähren.

Es kam schließlich soweit, wie Peschel-Gutzeit berichtet, daß „wer sich vor 1985 als Richter oder Staatsanwalt kritisch mit der NS-Justiz befaßte, durchaus mit dem Ende seiner beruflichen Aufstiegschancen zu rechnen“ hatte!

Das Unterlassen der gebotenen Strafverfolgung fand hinter einem Rauchvorhang raffinierter juristischer Schein-Argumente statt. Auch mit dem juristischen Institut der Verjährung wurden Nazi- und Kriegsverbrecher begünstigt. Die von der Sache her und international geforderte Nichtverjährung zögerte man hin und beschränkte sie schließlich auf die Nichtverjährung des Völkermords, so daß die anderen vorgenannten Verbrechen nach Völkerrecht der Verjährung unterfielen.

In einem Aufsatz in der „Neuen Justiz“ Heft 12 aus dem Jahre 1979 S. 546, erinnert sich Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul, Rechtsanwalt und Notar in Berlin, an ein Gespräch mit dem damals amtierenden Generalbundesanwalt Güde im Frühjahr 1957. Der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hatte am 07. Dezember 1956 - 1 StR 56/56 - SS Angehörige, die in den letzten Tagen des Krieges als Standgericht kriegsmüde Bürger zum Tode verurteilt und erhängt hatten, freigesprochen. Als sich Kaul ob solcher „Rechtsprechung“ zur Rechtsbeugung empörte, antwortete ihm Güde: „Haben Sie schon je erlebt, daß eine Krähe einer anderen ein Auge aushakt?“

Der systematischen Nichtverfolgung von NS-Verbrechen und ihrer umfassenden Amnestierung steht gegenüber, daß verbrecherische NS-Urteile noch nach über 50 Jahren (zumindest formell) in Kraft sind.

In der Bundesrepublik trat an die Stelle der gebotenen Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen die Verfolgung von Kommunisten und derjenigen, die für Kommunisten gehalten wurden oder mit diesen gemeinsam gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und die Spaltung Deutschlands auftraten. Über 100 000 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet.

Zum Zwecke dieser Strafverfolgung beschloß der Bundestag am 30.8.1951 das sog. Blitzgesetz. Dieses war maßgeblich von dem „Fachmann“ für Kommunistenverfolgung im nazistischen Justizministerium, Herrn Schafheutle, ausgearbeiteten worden. Es war

ein ausdrücklich und erklärtermaßen gegen Kommunisten und ihnen nahestehende gerichtetes Gesinnungsstrafgesetz mit weiten Straftatbeständen.

Zu dessen extensiver Anwendung hatte der politische Strafsenat des BGH nicht nur mit dem berüchtigten 5-Broschürenurteil von 8.4.1952 eine ausgesprochen böartige Rechtsprechung entwickelt und dadurch die mit ausgewählten Richtern besetzten politischen Sonder-Strafkammern instruiert.

Demgegenüber wurde in der sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR eine konsequente Verfolgung und Bestrafung der Nazi - und Kriegsverbrecher gesichert.

Die sowjetischen Strafverfolgungsorgane begannen sofort nach der Befreiung mit der systematischen Aufklärung und Verfolgung von Nazi - und Kriegsverbrechen auf der Grundlage der Gesetze der Alliierten.

Bis zum 1. Januar 1947 wurden 48.085 Angehörige der durch das Nürnberger Urteil für verbrecherisch erklärten faschistischen Organisationen (SS, Gestapo und SD, Korps der politischen Leiter der NSDAP) verhaftet und 17.866 dieser faschistischen Verbrecher zur Verantwortung gezogen.

In Ostdeutschland und dann in der DDR wurden die Nazi - und Kriegsverbrechen, besonders auf der Grundlage des Befehls 201 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 16. August 1947, umfassend und konsequent verfolgt und bestraft.

So ergaben sich sehr bald bei der Verfolgung dieser Verbrechen sowohl durch die Besatzungsmächte als dann vor allem durch deutsche Strafverfolgungsbehörden wachsende Unterschiede.

Bedeutsam ist weiter, daß in der DDR die Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrechen - nach anfänglichen Unsicherheiten - nicht nach dem allgemeinen Strafrecht, sondern nach den Tatbeständen des Londoner Statuts, des Nürnberger Urteils und des KG Nr. 10, also nach den Tatbeständen des Völkerstrafrechts, erfolgte. Das gilt insbesondere für die in den 60 er Jahren ergangenen Urteile.

In strafrechtstheoretischer Hinsicht muß betont werden - worauf Hubert Rottleuthner, Freie Universität Berlin, in seinem Aufsatz „Das Nürnberger Juristen Urteil und seiner Rezeption in Deutschland - Ost und West“, Neue Justiz, Heft 12,1997, S. 617 hinweist -, daß der Hitler-Faschismus von der DDR-Rechtswissenschaft als eine „Inkarnation des Unrechts“ erkannt wurde - so Lekschas/Renneberg in ihrem „Rechtsgutachten über die Verantwortlichkeit der Richter und Staatsanwälte der Sonderjustiz des Nazismus sowie über die Rechtswidrigkeit ihrer Rehabilitierung und Wiedereinsetzung in der Bundesrepublik“ (veröffentlicht in „Staat und Recht“, 1961, S.1642 folgende).

Auch Peter A. Steiniger qualifizierte die Nazigesetze als juristisch verkleidete „Raub - und Morddirektiven“. Alle normativen und exekutiven Akte der Hitler-Leute waren unmittelbar strafbare Handlungen.

Eine „derart fundamentale Verurteilung des Hitlerregimes“ einschließlich seines Rechts- und Justizwesens ist im Westen selten zu finden, weiß Rottleuthner, allenfalls bei Gustav Radbruch, als er im März 1947 schrieb, „daß der ganze Rechtsboden, auf dem der Nationalsozialismus zu stehen vorgab, kein Rechtsboden war“. Die Anwendung der Begriffe übergesetzliches Recht oder Naturrecht finden „ihre Grenze in den völlig singulären Verhältnissen der 12 Nazijahre, in Ereignissen, die wir in ihrer Einzigartigkeit auch jetzt noch kaum zu fassen vermögen“. (Siehe seinen bekannten Aufsatz in der Süddeutschen Juristenzeitung (SJZ), 1947, S. 131 f).

Daher bestanden die Verbrechen der Nazijuristen nicht lediglich in einer „Beugung“ der nationalsozialistischen Morddirektiven, sondern in ihrer Anwendung. Nach Auffassung der DDR-Juristen widerspricht die Abdrängung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf die Ebene der Rechtsbeugung dem Nürnberger Juristenurteil und muß als besonders raffiniert getarnter und dem Recht widersprechender Versuch der Legalisierung vergangener und geplanter neuer faschistischer Justizwillkür zurückgewiesen werden.

Deshalb geht es bei der Beurteilung der Tätigkeit der Blutrichter nicht darum, daß sie Recht gebeugt hätten, da ein solches gar nicht bestand, sondern daß sie grausamstes Unrecht angewandt und Hitlers Anweisungen zur Begehung schwerster Straftaten gewissenlos verwirklicht hatten. Daher bleibt die Einstellungspraxis der westdeutschen Justiz, die alles auf Rechtsbeugung abstellt, auf dem Boden des Nazi,rechts’.

Denn nach dem Nürnberger Juristenurteil besteht der eigentliche Unwertgehalt der nazistischen Strafurteile nicht darin, daß die Richter fahrlässig das Recht gebeugt, sondern vorsätzlich das Gesetz zu einer objektiv unmenschlichen Behandlung der Opfer benutzt haben. Daher müssen die Nazirichter wegen ihrer vorsätzlichen Unmenschlichkeitstat unter vorwerfbarer Rechtsverkennung bestraft werden. Wenn Richter ihr Amt zur Begehung von Unmenschlichkeiten mißbrauchten, so war das eine der gefährlichsten und unerträglichsten Form dieser Verbrechen, weil sie Richter waren und unabhängig hätten urteilen sollen.

Aber unter ihrer Robe war - wie es im Nürnberger Juristenurteil heißt - der Dolch des Richters verborgen.

Der Sachkundige Dr. Günther Wieland, seinerzeit Staatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, gelangt zu dem Ergebnis: Die Justiz der DDR kann - unbeschadet berechtigter Vorwürfe, denen sie sich zu stellen hat - darauf verweisen, einen sowohl national also international durchaus beachtlichen Beitrag zur Aufdeckung, Aufklärung und Ahndung von NS-Verbrechen geleistet zu haben.

## Friedrich Wolff

### Die Krise des Rechtsstaats - Ausdruck der Krise des Kapitalismus

Die Bundesrepublik rühmt sich, ein Rechtsstaat zu sein. Niemand bezweifelt das. Gestritten wird allenfalls darüber, was ein Rechtsstaat ist. Wer im Grundgesetz nachliest, findet das Wort nicht. In fremden Sprachen ist es unbekannt. Professor Gilles von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. erläuterte 1998: „Der Ausdruck ‚Rechtsstaat‘ ist bekanntlich eine Wortschöpfung (Kunstwort) des deutschen Sprachraums, der in seiner deutschen Fassung oder in fragwürdigen Übersetzungen (z.B. ‚state of law‘, ‚rule of law state‘, ‚constitutional state‘) mittlerweile auch in nichtdeutsche Sprachräume und rechtswissenschaftliche Terminologien Eingang gefunden hat. Er findet sich als gängiger Begriff bereits im Staatsdenken des deutschen Frühliberalismus, und zwar als Gegenbegriff (Kampfbegriff) etwa zu Despotie und Theokratie und später zum ‚Polizeistaat‘, und er wird auch heute noch als Gegensatz etwa zum ‚Willkür-, ‚Macht-‘ oder ‚Gewaltstaat‘ benutzt.“<sup>1</sup> Das Münchener Rechtslexikon nennt folgende Definition: „In einem allgemeinen Sinn ist Rechtsstaat ein Staat, in dem nicht Willkür, sondern Recht und Gerechtigkeit herrschen. Der Begriff hat sich am Anfang des 19. Jahrhunderts zunächst als Gegenbegriff zum Polizeistaat gebildet; er umschließt dabei die Forderung nach einer Verfassung und ist im wesentlichen mit der Idee des Verfassungsstaates identisch. Mäßigung der Staatsgewalt, Grundrechtsgewährleistung, Selbstbestimmung und gerichtlicher Schutz des Bürgers, kommunale Selbstverwaltung und Dezentralisation sind wichtige Elemente dieses Rechtsstaatsverständnisses. Im Laufe des 19. Jahrhunderts verengt sich der Begriff des Rechtsstaats zunehmend und mündet ein in eine Beschränkung auf vornehmlich formale Kriterien, insbesondere auf die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Gewaltenteilung und die Institution einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.“<sup>2</sup> Professor Uwe Wesel ist wohl zuzustimmen, wenn er sagt: „Was ein Rechtsstaat ist, läßt sich schwer in einem Satz beschreiben“.

Was 1848 Not tat, der Schutz gegen staatliche Willkür, ist heute bewältigte Vergangenheit. Es sind nicht mehr die Hohenzollernkönige Friedrich Wilhelm III. und IV., die den deutschen Bürger auf die Barrikade treiben. Was heute Not tut, ist der Schutz des Bürgers vor - juristisch gesehen - seinesgleichen. Es sind die Global Player, die Shareholder und natürlich auch die gewöhnlichen Kriminellen, die ihn bedrohen. Es ist nicht die Staatsmacht, es sind juristisch gleich gestellte Personen. „Formale Kriterien“ - so wertvoll sie auch sind - helfen gegen sie nicht. Da muß der Bürger die Volksherrschaft, die Demokratie verwirklichen. Der Staat muß her, muß erobert werden, muß regulieren, muß sozialisieren, darf nicht privatisieren, muß Stärke zeigen, darf sich nicht „verschlanken“ lassen, darf nicht an der Zinsschlinge der Banken würgen. Wo Staat ist, besteht noch die Chance auf Demokratie, wo Unternehmer herrschen, besteht die Gefahr von Willkür, falls sie nicht schon existiert. Die Zeiten haben sich geändert, der Rechtsstaat ist geblieben, was er war. Man müßte ihn reformieren, modernisieren.

Für die Mehrheit der Bevölkerung gilt immer noch, was der bekannte Verwaltungsrechtler der Weimarer Republik, Walter Jellinek, 1929 in seinem Lehrbuch des Verwal-

<sup>1</sup> Peter Gilles, Rechtsstaat und Justizstaat in der Krise, Neue Justiz 1998, S. 226.

<sup>2</sup> Münchener Rechts-Lexikon, München 1987.



tungsrechts so mit den Worten ausdrückte: „*Wenn versehentlich ein Unschuldiger verhaftet wird, dann beklagt er sich bitter, daß so etwas in einem ‚Rechtsstaat‘ möglich sei. Er hat dabei die dunkle Vorstellung, daß Rechtsstaat ein Staat ist, der seinen Bürgern niemals Unrecht tut.*“<sup>3</sup> Wer heute Rechtsstaat sagt, löst somit überwiegend diese falsche Vorstellung aus. Die Diskrepanz zwischen dem, was der durchschnittliche Bürger unter „Rechtsstaat“ versteht und dem, was das Wort tatsächlich juristisch bedeutet, macht den Begriff politisch gefährlich, weil er Illusionen verbreitet, d.h. die Wahrheit verhüllt, weil er immer noch wie damals ein Kampfbegriff ist. Nur richtet dieser sich nicht mehr gegen die Hohenzollern, die schließlich seit 1918 verschwunden sind (was nicht jedem recht ist), sondern ausschließlich gegen antikapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnungen. Es wäre jedoch verfehlt, deswegen die Bedeutung der Prinzipien zu leugnen, die das Bundesverfassungsgericht unter dem Begriff Rechtsstaat herausgearbeitet hat. Formale Kriterien braucht das Recht, nur die ausschließliche „*Verengung*“ auf diese Kriterien ist fatal. Das grundlegende Staats- und Rechtsziel ist und bleibt die Wahrung der friedlichen Existenz der Bürger. Je weniger die Gesetze übertreten werden, je seltener z.B. Verbrechen sind, desto mehr verdient der Staat den Titel Rechtsstaat. Die Einhaltung von Formen ist dabei gleichfalls bedeutungsvoll. Niemand soll ohne richterlichen Haftbefehl in Haft genommen werden, jeder soll das Recht auf einen fairen Prozeß innerhalb angemessener Zeit haben. Dies und vieles andere mehr ist notwendig und richtig, aber wenn das Verbrechen blüht, wenn Unternehmer die Bürger ungezügelt und ungestraft ins Elend treiben können, dann ist der Staat trotz aller dieser rechtsstaatlichen Kriterien dennoch kein Rechtsstaat, hat er sein vornehmstes Ziel, den Frieden seiner Bürger zu sichern, verfehlt. Was nützt dem Bürger ein perfekter Schutz gegen staatliche Willkür, wenn ihn der Staat nicht gegen die Willkür von Gangstern mit oder ohne weiße Kragen schützt?

Der Rechtsstaat, wie ihn die BRD versteht, genießt hohes Ansehen. Viele praktizierende Juristen, Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte sind stolz auf ihn. Andere Staaten wählen sich das Rechtswesen der BRD zum Vorbild. Der Heidelberger Universitätsprofessor Rudolf Bernhardt sagte: „*Man kann sogar sagen, daß manche vor allem in Deutschland entwickelte Maximen immer mehr internationale Anerkennung finden.*“<sup>4</sup>

Trotz allen Lobes, das die hehren Prinzipien auch verdienen: Der Rechtsstaat BRD steckt in der Krise. Der Bürger fühlt es, das Ansehen der Justiz in der öffentlichen Meinung ist gesunken. Rolf Lamprecht gibt eine Nachricht aus der FAZ vom 8.3.1995 wieder: „*Wenn 68 % aller Deutschen (im Osten sogar 73 %) der Überzeugung sind, daß der Gerechtigkeits-Gedanke des Grundgesetzes (Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich) in der Bundesrepublik nicht verwirklicht wird, muß der Glaubwürdigkeitsverlust schon weit fortgeschritten sein.*“<sup>5</sup>

Auch unter den Rechtswissenschaftlern und Praktikern mehren sich seit geraumer Zeit die Stimmen, die auf die Krise hinweisen. Tatsächlich steht der Glanz, der sich mit dem Begriff Rechtsstaat verbindet, in eklatantem Widerspruch zur Wirklichkeit in der Bundesrepublik. Professoren, Richter, Rechtsanwälte u.a. klagen über die Flut und die Mangelhaftigkeit der Gesetze, die Kompliziertheit und Undurchschaubarkeit des Rechts,

---

<sup>3</sup> S. 83.

<sup>4</sup> Rudolf Bernhardt, Diskussionsbeitrag auf dem Symposium, Die Krise des Rechtsstaats, Festschrift zum 80. Geburtstag von Ernst Wolf, Marburg 1994, S. 91.

<sup>5</sup> Rolf Lamprecht, Vom Mythos der Unabhängigkeit, Baden-Baden 1995, S. 91 unter Berufung auf FAZ v. 8.3.1995.

die lange Dauer der Verfahren, den Mangel an Richtern, Staatsanwälten und sonstigem Justizpersonal. Sie suchen mit den Politikern und den Beamten der Justizverwaltung nach Auswegen. Sie suchen schon lange, doch ihre Reformvorschläge lösten und lösen die Probleme nicht. Auffällig ist, daß sie die Parallelität der gegenwärtigen Mißstände sowie der heutigen Reformbemühungen zu denen in der Weimarer Republik nicht bemerken oder jedenfalls nicht aussprechen.

Was ist faul im Rechtsstaat Bundesrepublik?

Recht beginnt mit Gesetz. Die Krise des Rechtsstaats zeigt sich schon in der Gesetzgebung. Die Zahl der Gesetze schwillt sintflutartig an. Professor Rüdiger Zuck schrieb 1999 unter dem Titel „Der totale Rechtsstaat“: „Der Gesetzgeber der Jahre 1949/50 kam im Bundesgesetzblatt noch mit 825 Seiten aus. ... Das Bundesgesetzblatt 1997 besteht aus 3444 Seiten, und das auf dem Boden von fast 50 Jahren gesetzgeberischer Tätigkeit. Dazu kommen - z.B. - die Gesetzesproduktionen der 16 deutschen Länder, das Tarif- und Satzungsrecht und, nicht zu vergessen, das EG-Recht.“<sup>6</sup> Seither ist die Flut weiter gestiegen. Im Jahr 2004 hatte das Bundesgesetzblatt 3.891 Seiten und 2002 auch schon einmal 4.593 Seiten.<sup>7</sup> Professor Lücke illustrierte eine der Auswirkungen dieses Zustands mit den Worten: „Wenn der letzte sorgenvolle Gedanke eines umsichtigen Hochschullehrers vor dem Betreten des Hörsaals regelmäßig ist, hoffentlich habe ich alle Gesetze in der z. Zt. geltenden Fassung bei mir, dann ist dies ein Indiz dafür, daß die Gesetzgebung nicht mehr in Ordnung ist.“<sup>8</sup> Zu diesem Bild gehören auch die „Artikelgesetze“. Das sind Gesetze, die in ihren Artikeln jeweils weitere Gesetze enthalten. Dazu schrieb Zuck: „Die fragmentierenden Artikelgesetze, die heute die Gesetzgebung beherrschen, sind unlesbare und unlösbare Puzzle-Spiele geworden.“<sup>9</sup>

Seit der Weimarer Republik hat sich im Recht, im Sprachstil und überhaupt viel geändert, doch die Krisenzeichen im Rechtswesen sind dieselben geblieben. Eugen Schiffer, Reichsjustizminister von 1919 - 1921, fragte 1928: „Was würde wohl der große König zu dem Zustand der Dinge sagen, wie er heute ist? Zu dem gegenwärtig herrschenden Übermaß von Recht und Rechtsprechung, Jurisprudenz und Juristerei, von Richtern und Gerichten, zu dem ungeheuren, unübersehbaren Wust von Recht und Rechtsnormen jeder Gattung von Gesetzen, Verordnungen, Verfügungen, Erlassen und Anweisungen im Reich und in den Ländern, den Provinzen und den Kreisen, den Gemeinden und anderen öffentlich-rechtlichen Korporationen. Sie füllen Hunderte und Tausende von Bänden der Gesetzessammlungen, Gesetzblätter, Ministerialblätter, Amtsblätter und unzähliger sonstiger amtlicher, halb- und nichtamtlicher Publikationsorgane, die zusammen eine Riesensammlung darstellen würden. Das Reichsgesetzblatt enthält bis zum 1. Januar 1926 rund 44000 Seiten - davon entfallen auf die Jahrgänge 1914 bis 1935 allein 19679 - , auf denen 11140 gesetzgeberische Akte verkündet werden. Die Zahl der Polizeiverordnungen bloß in Preußen beträgt etwa eine Million.“<sup>10</sup> Die Gesetzesflut gab es also im Deutschen Reich, dem Rechtsvorgänger der Bundesrepublik, ebenfalls.

<sup>6</sup> Rüdiger Zuck, Der totale Rechtsstaat, Neue Juristische Wochenschrift 1998, S. 1518.

<sup>7</sup> Ebd., S. 1518.

<sup>8</sup> Gerhard Lücke, Die Krise des Rechtsstaats - aus der Sicht des Zivilrechts in Gerhard Lücke (Hrsg.), Die Krise des Rechtsstaats, Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstags von Ernst Wolf, Marburg 1995, S. 22.

<sup>9</sup> Zuck, ebd., S. 1519.

<sup>10</sup> Eugen Schiffer, Die Deutsche Justiz, Berlin 1928 S. 80 f.

Heute gibt es nicht nur zu viel Gesetze, es gibt auch zu wenige. Udo Steiner, Richter am Bundesverfassungsgericht, stellt fest, daß es auf wichtigen Gebieten an Gesetzen fehlt: „Das Parlament der Bundesrepublik war in mehr als 50 Jahren nicht in der Lage, ein rechtsstaatliches Staatshaftungsrecht zu schaffen.“<sup>11</sup> Noch bedeutungsvoller sind andere Defizite. Das Arbeitsrecht, das in vielen, verstreuten Gesetzen unübersichtlich niedergelegt ist, verlangt seit der Weimarer Republik vergeblich nach Kodifizierung. Im Strafverfahrensrecht beklagt der bundesdeutsche Starnwalt Rolf Bossi in seiner Autobiografie: „Skandalöse Mißstände ..., die daran zweifeln lassen, ob im Zweifel tatsächlich für den Angeklagten Recht gesprochen wird.“<sup>12</sup> Bossi benennt viele gravierende Mängel des geltenden Strafverfahrensrechts, der Hauptmangel ist für ihn das Fehlen eines Rechtsmittels gegen die Tatsachenfeststellungen in Urteilen wegen Kapitalverbrechen: „Das wahre Problem ist demnach nicht die Fehlbarkeit der einzelnen Gerichte, sondern die Struktur des Rechtsweges im bundesdeutschen Schwurgerichtsverfahren.“<sup>13</sup> Erläuternd sagt Bossi: „Ausgerechnet bei schweren Straftaten, wenn es um hohe Freiheitsstrafen für den Beschuldigten geht, ist der Rechtsweg durch die Instanzen schlicht unzureichend.“<sup>14</sup> Das Problem ist alt. Ein anderer berühmter Strafverteidiger und Rechtswissenschaftler schrieb 1971 unter Berufung auf einen Zeitschriftenartikel von 1967: „Die Revision gilt daher allgemein als ‚ein höchst unbefriedigendes, selbst für den überdurchschnittlichen Juristen schwer verständliches, wenig sinnvolles Rechtsgebilde‘“.<sup>15</sup> In der DDR war auch dieses Problem befriedigend gelöst.

Zum Übermaß und zum Mangel an Gesetzen kommt hinzu, daß ihre Qualität schlecht ist. Die Klagen der Juristen sind beredt. Udo Steiner sagte im Dezember 2004<sup>16</sup>: *Möglicherweise kann man die These formulieren, der Aufstieg der Justiz und insbesondere der Verfassungsjustiz in Deutschland hänge zusammen mit dem Niedergang der Gesetzgebung in unserem Land.*<sup>17</sup> „Unser Leben ist überreguliert, unser Staat überorganisiert. So empfinden es viele. Zwei Beispiele aus dem Bereich, für den ich in Karlsruhe Verantwortung trage: Im Gesetz zur gesetzlichen Krankenversicherung (SGB) wurden in zehn Jahren, zwischen 1977 und 1986, 6.800 Vorschriften geändert. Das Gesetz über die Arbeitsförderung hat man in den ersten fünf Jahren seiner Geltung (1997-2002) 45-mal novelliert. Schon bevor es in Kraft trat, war es bereits mehrfach geändert. Für die Haltbarkeit des Steuer- und Sozialrechts gilt - so hat man formuliert - der Satz: Eine Woche ist schon eine lange Zeit. Gelegentlich verliert der Gesetzgeber auch die Übersicht: Das deutsche Parlament berät beispielsweise die Änderung eines Gesetzes, das bereits nicht mehr in Kraft ist. Schon vor einiger Zeit hat man pointiert, als der Grieche Dädalos das Labyrinth erbaut habe, habe er nicht gewußt, daß er damit das Modell für die deutsche Sozialgesetzgebung schaffen würde“<sup>18</sup> Der Richter am Bundesverfassungsgericht setzte seine Kritik fort: „Längst hat die Gesetzgebung an vielen Stellen die Verständlichkeit überschritten, die wenigstens dem Juristen den Zugang zum Inhalt eröffnet.“<sup>19</sup>

Prof. Horst Sandler, damals Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, äußerte bereits am 4. Mai 1989 in einer Rede zum Thema „Der Rechtsstaat im Bewußtsein seiner Bürger“, daß

<sup>11</sup> Udo Steiner, *Regieren Richter die Deutschen?*, Anwaltsblatt 2004, 673.

<sup>12</sup> Rolf Bossi, *Halbgötter* in Schwarz., Frankfurt am Main 2005, S. 88.

<sup>13</sup> A.a.O., S. 75.

<sup>14</sup> A.a.O., S. 21 f.

<sup>15</sup> Hans Dahn, *Handbuch des Strafverteidigers*, Köln-Marienburg, 1971, Rdnr. 718.

<sup>16</sup> Udo Steiner a.a.O., S. 674.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Ebd., S. 675.

<sup>19</sup> Ebd.

die vom „Gesetzgeber gelieferten Rechtsgrundlagen so unübersichtlich, verworren und widersprüchlich sind...“<sup>20</sup> Er fügte hinzu: „Manchmal hat man den Eindruck, der Rechtsstaat könne gleichsam an sich selbst ersticken oder verfange sich in den eigenen Schlingen so wie weiland Laokoon im Kampf mit den Schlangen.“<sup>21</sup>

Peter Macke, Präsident des Brandenburgischen Oberlandesgerichts kritisierte 2004, es wirke „das, was heutzutage in den Gesetzblättern als Recht daherkommt, meist eigenartig kleinkariert und bürokratisch, umständlich und für den Normalbürger, manchmal auch für den Juristen, weitgehend unverständlich obendrein. Der Gesetzgeber überschlägt sich dabei gelegentlich bis an die Grenze des Kuriosen. Zum Beispiel ist das Einkommensteuergesetz in den letzten 14 Tagen des vergangenen Jahres neun Mal geändert worden, alles zum 1.1.2004 in Kraft tretend. Die Vorstellung, daß sich die Leute unterm Weihnachtsbaum mit Steueränderungen befassen würden, ist geradezu komisch.“<sup>22</sup>

Professor Ernst Wolf sprach 1994 in einem Vortrag „Die Krise des Rechtsstaats“ davon, daß das Bundesverfassungsgericht so auf den Gesetzgeber einwirkt, daß dabei „eine jährliche Gesetzeslawine“ herauskommt, die „geradezu eine Kanonade im Dunkeln“ genannt worden ist (Egon Schneider)...<sup>23</sup>

Steffen Heitmann, einst DDR-Bürgerrechtler und später sächsischer Justizminister, legte seine Sicht in einem Artikel: „Erneuerung der Rechtsordnung als Folge der deutschen Wiedervereinigung? - Anmerkung eines Ostdeutschen“ wie folgt dar: „Viele Menschen - nicht nur im Osten - empfinden das Recht als ein undurchschaubares Dickicht, durch das sie nicht einmal Experten sicher geleiten können. Viele erleben die Rechtsordnung nicht mehr als eine prinzipiell vernünftige, gerechte und einsehbare Ordnung; Gerichtsverfahren und andere staatliche Prozeduren erscheinen ihnen nicht mehr als grundsätzlich überschaubar und im Ergebnis berechenbar.“<sup>24</sup> Drei Jahre später, 1998, schrieb er unter dem Titel „Das Vertrauen in die Justiz nimmt ab - Eine kleine Selbstbetrachtung“: „Zum anderen belastet die zunehmende Kompliziertheit des Rechts das Verhältnis zwischen der Justiz und den Bürgern erheblich. Das labyrinthisch verworrene Verfahrensrecht und die tatsächlich sachlich nicht zu rechtfertigende Aufsplitterung der Gerichtsbarkeit in fünf Zweige machen Aufbau und Funktion der Justiz für den Bürger undurchsichtig. Solche Undurchsichtigkeit führt zu Mißtrauen.“<sup>25</sup>

Der Richter am Bundesverfassungsgericht Steiner kritisierte 2004: „Viele Gesetze werden in Deutschland zu schnell und zu hastig gemacht.“<sup>26</sup>

Die Gesetzgebungsqualität und -praxis der Weimarer Republik schilderte Schiffer 1928 mit Worten wie: „Das Recht wird entfestigt, erweicht und verflüssigt, und es gehört eine unendliche Arbeit dazu, sich seiner zu vergewissern, damit es nicht zwischen den Fingern zerrinnt.“<sup>27</sup> Und: „Das hängt wesentlich mit der Art zusammen, in der moderne Gesetze überhaupt zustande kommen. Sie sind Angstgeschöpfe und Kompromißprodukte aus juristischer Technik, politischer Taktik, Interessenbeeinflussung, Zufallsabstimmung, Parteitreiberei, Popularitätshascherei, persönlicher Liebhaberei

<sup>20</sup> Horst Sandler, Der Rechtsstaat im Bewußtsein seiner Bürger, Anwaltsblatt 1989, S. 423.

<sup>21</sup> Ebd., S.424.

<sup>22</sup> Peter Macke, „Des Glückes Unterfand“ trotz allem, Neue Justiz 2004, S. 482 f.

<sup>23</sup> Ernst Wolf, Die Krise des Rechtsstaats in Gerhard Lüke (Hrsg.), Die Krise des Rechtsstaats, Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstags von Ernst Wolf, Marburg 1995, S. 67.

<sup>24</sup> Steffen Heitmann, Erneuerung der Rechtsordnung als Folge der deutschen Wiedervereinigung? \_ Anmerkungen eines Ostdeutschen, Neue Juristische Wochenschrift 1995, S. 2207.

<sup>25</sup> Steffen Heitmann. Neue Juristische Wochenschrift 1998, S. 1123.

<sup>26</sup> Udo Steiner, a.a.O., S. 675.

<sup>27</sup> Eugen Schiffer, Die Deutsche Justiz, Berlin 1928, S. 84.

und Pressegeschrei. Kein Faden führt durch das so entstehende Paragraphenlabyrinth zum Willen des Gesetzgebers, zur ‚ratio legis‘.<sup>28</sup>

Die Aussagen von Professoren, Richtern vom Oberlandesgericht bis zum Bundesverfassungsgericht zeigen unmißverständlich, die Gesetzgebung entspricht nicht den Anforderungen. Die Kritiker stellen nicht die Frage nach den Ursachen der Gesetzesflut und der mangelnden Qualität. Das ist heute so, das war in Weimar genauso. Damals sagte Stresemann, ein Jahr nach dem Erscheinen des Buches von Eugen Schiffer: „wir stehen in einer Krise der Demokratie“. Der weitere Gang der Geschichte bestätigte ihn erschreckend.

Auch heute wird die Krise des Rechtsstaats von einer Krise der Demokratie begleitet, wenn nicht sogar von ihr verursacht. Warum sind die Gesetze schlecht? Die Gesetze sind schlecht, weil der Gesetzgeber schludrig gearbeitet hat, weil „er nicht immer mit der gebotenen Sorgfalt arbeitet und seine Novellen nicht ausreifen läßt, Gesetze, die als Jahrhundertwerke gepriesen worden sind, werden schon nach kurzer Zeit ‚nachgebessert‘“<sup>29</sup>. Gesetzgeber sind die Abgeordneten des Bundestages. Warum „schludern“ sie?

Hans Herbert von Arnim hat 2002 festgestellt: „Schon seit längerem zeichnet sich ab, das unser politisches System die Herausforderungen nicht mehr bewältigt.“ Er fand auch heraus: „Schuld ist das System“.<sup>30</sup> Schließlich befand v. Arnim: „Das Fazit ist ziemlich niederschmetternd: Die Demokratie ist in Deutschland kaum mehr als ein schöner Schein.“<sup>31</sup> An anderer Stelle bezeichnete er die Wurzel allen Übels so: „Soziologische Untersuchungen des Bundestages haben zutage gefördert, daß der Einzug in das Parlament für fast alle Abgeordneten einen beachtlichen finanziellen und sozialen Aufstieg bedeutet.“<sup>32</sup> Weiter charakterisiert er die Gesetzgeber und ihre Einstellung wie folgt: „Blickt man auf die spezifischen systembedingten Gegebenheiten, in die der Abgeordnete eingespannt ist, dürfte die Wahrscheinlichkeit gemeinwohlorientierter Motivation eher gering sein“<sup>33</sup> Ganz deutlich benennt von Arnim eine der Wurzeln der Demokratiekrise: „Solange die Bezahlung gering war, konnte man davon ausgehen, daß Postenjäger nicht angelockt würden, weil es eher ein Opfer darstellte, sich für ein Leben von der Politik zu entscheiden. Je üppiger aber die Positionen ausgestaltet werden, je höher die Bezahlung, je überzogener die Versorgung, je ausgeprägter die Privilegien und je sicherer und abgeschotteter die Pfründen gegen Konkurrenz und Abwahl sind, desto weniger kann ausgeschlossen werden, daß sie von vielen nur wegen des Geldes, des Ansehens und des sonstigen Status des Mandatsträgers angestrebt werden.“<sup>34</sup>

Politiker mit einer derartigen Haltung und Motivation können keine gute Politik, keine guten Gesetze machen. Politik wird zu einer Ware, die auf dem Markt gehandelt wird und dem Politiker Profit bringen soll. Das „Gemeinwohl“ fällt dem Handel zum Opfer.

Wo die Gesetze schlecht sind, können Recht und Justiz nicht gut sein. Die Justiz ist in Deutschland groß und mächtig, aber auch ihr wird nachgesagt, sie befände sich in einer Krise. Manche meinen, sie sei zu groß, zu mächtig, sie sehen darin Gefahren für das Prinzip der Gewaltenteilung. Professor Gilles spricht das noch nicht aus, aber er deutet

<sup>28</sup> Ebd., S. 84.

<sup>29</sup> Gerhard Lüke, a.a.O., S. 21.

<sup>30</sup> Hans Herbert von Arnim, Wer kümmert sich um das Gemeinwohl, Zeitschrift für Rechtspolitik 2002, S. 226.

<sup>31</sup> Ebd., S. 229.

<sup>32</sup> Hans Herbert von Arnim, Fetter Bauch regiert nicht gern, München 1997, S. 80

<sup>33</sup> Ebd., S. 150.

<sup>34</sup> Ebd., S. 159.

immerhin an, daß etwas nicht in Ordnung ist: „Die deutsche Justiz ist nämlich seit Gründung der Bundesrepublik und dank ihrer verfassungsrechtlich verankerten Vorzugsstellung unter den drei Staatsgewalten nicht nur mächtig, sondern infolge der ihr von Seiten der Verfassung, der Gesetzgebung und Verwaltung, der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zugewiesenen oder zugewachsenen Aufgaben inzwischen die fraglos stärkste unter den staatlichen Gewalten und so gesehen vielleicht längst übermächtig. Sie ist nicht nur groß, sondern nach Zahl und Ausmaß ihrer Behörden und ihres Personals wie namentlich der Richter und sonstigen im Dienst der Justiz stehenden Berufstätigen längst übergroß.“<sup>55</sup>

Udo Steiner fragte 2004: „Regieren Richter die Deutschen?“ Die Fragestellung spricht bereits für sich und widerspiegelt die rechtliche Brisanz, die vor allem in der gewachsenen Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts liegt. Steiner stellte fest: „Genug Richter gibt es im Übrigen in Deutschland, um zu regieren. Es sind über 20.000, mehr als fast in jedem anderen Land der Welt, gemessen an der Bevölkerungszahl. Nur Ägypten und Slowenien haben nach den Erkenntnissen der deutschen Richterdichteforschung mehr Richter.“<sup>56</sup> Sein Resümee lautet: „Es gibt in Deutschland so etwas wie eine Regierung durch Richter, aber es darf davon nicht noch mehr geben.“<sup>57</sup> So weit ein Richter des Bundesverfassungsgerichts.

Andere gehen weiter, nennen die Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts offen eine Gefahr für den Rechtsstaat. So zitiert Professor Ernst Wolf, ein sehr konservativer Jurist, das Bundesverfassungsgericht mit den Worten: „Die traditionelle Bindung des Richters an das Gesetz, ein tragender Bestandteil des Gewaltenteilungsgrundsatzes und der Rechtsstaatlichkeit, ist im Grundgesetz ... abgewandelt... Der Richter ist nach dem Grundgesetz nicht darauf verwiesen, gesetzgeberische Weisungen in den Grenzen des möglichen Wortsinns auf den Einzelfall anzuwenden.“<sup>58</sup> Wolf schlußfolgert sodann unumwunden: „Das Bundesverfassungsgericht hat damit jeder rechtsstaatlichen Gesetzesgebundenheit der Richter einschließlich seiner eigenen an das Grundgesetz abgesagt und die Richter über das Gesetz gestellt. Vom Rechtsstaat ist nach dem Bundesverfassungsgericht nichts mehr übrig.“<sup>59</sup>

Neben dem Vorwurf der Aufgabe der Gesetzesbindung des Richters wird dem Bundesverfassungsgericht vorgeworfen, auf die Gesetzgebung in einer Weise einzuwirken, die zur Gewaltenteilung gleichfalls in Widerspruch steht und damit ebenfalls dieses Grundprinzip des Rechtsstaates gefährdet. Ernst Wolf sagt dazu: „Nimmt man an, das Bundesverfassungsgericht sei ein Gericht, ist das rechtsstaatliche Verhältnis zwischen gesetzgebendem Parlament und Gericht (Gesetzgebung einschließlich Verfassungsgabe einerseits und Rechtsprechung andererseits) durch die Vorgaben ins Gegenteil verkehrt. Geht man davon aus, daß diese Vorgaben als Maßnahmen eines obersten Staatsorgans Regierungsmaßnahmen sind, ist zum einen das Verhältnis zwischen Gerichtsbarkeit und Parlament, zum anderen das Verhältnis zwischen Gerichtsbarkeit und Regierung ins Gegenteil verkehrt.“<sup>40</sup>

Von ganz anderer politischer Position aus sahen das die ehemaligen Bundestagsabgeordneten der PDS, Uwe-Jens Heuer und Gerhard Riege, schon 1992 im Ergebnis genauso. Sie bezogen sich ebenfalls auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Ernst Wolf zu seiner Kritik veranlaßten und stellten fest: „Damit war das Bundesverfas-

<sup>55</sup> Peter Gilles, Rechtsstaat und Justizstaat in der Krise, Neue Justiz 1998, S. 228.

<sup>56</sup> Udo Steiner, Anwaltsblatt 2004, S. 673.

<sup>57</sup> Ebd., S. 676.

<sup>58</sup> zitiert nach Ernst Wolf, Die Krise des Rechtsstaats, Marburg 1995, S. 39, (BVerfGE 34, 286 f).

<sup>59</sup> Ernst Wolf, Die Krise des Rechtsstaats, Marburg 1995, S. 40.

<sup>40</sup> Ebd., S. 68.

sungsgericht zum Supergesetzgeber geworden. Es vereint die Stellung eines unabhängigen Gerichts mit der eines Verfassungsorgans, hebt also in bestimmten Umfang die Gewaltenteilung auf.“<sup>41</sup>

Die Justiz ist nicht nur zu mächtig, sie ist auch zu langsam. Die lange Dauer der Verfahren ist unter den Mängeln der Justiz derjenige, der am häufigsten gerügt wird. Professor Konrad Redeker äußerte z.B. 2002: „Ich halte die Dauer der Verfahren für ein Grundübel der Judikative; sie ist vielfach schlichte Rechtsverweigerung.“<sup>42</sup> Professor Horst Sandler betonte: „Wer auf schnelle Rechtsverwirklichung angewiesen ist, bekommt sein Recht zu spät und damit oft in Gestalt von Steinen statt Brot.“<sup>43</sup>

Auch die Presse kritisiert die Justiz und zeigt die Folgen langer Verfahrensdauer. So schrieb der Spiegel bereits 1996 unter dem Titel „Rechtlos im Rechtsstaat“: „Wie Jürgen S. sind in diesem Jahr schon über ein Dutzend Schwerekriminelle aus der Untersuchungshaft freigekommen, weil die Fristen verstrichen waren.“ ... „Langsame Justiz ist schlechte Justiz. Weil Gerichtsverfahren viel zu lange dauern, wartet der Bürger Monate oder gar Jahre auf sein Urteil und ist zeitweise rechtlos im Rechtsstaat. Seit Jahren steigt die Dauer der Prozesse, langsam zwar, doch stetig. Dauerte ein Zivilprozeß wegen Mietstreitigkeiten oder Haftungsfragen vor den Amtsgerichten 1992 im Schnitt noch 4,1 Monate, waren es zwei Jahre später 4,3 Monate. Über 40 Prozent der Fälle, die in einem Jahr eingehen, können im selben Jahr gar nicht abgeschlossen werden.“<sup>44</sup>

Die lange Dauer der Verfahren wird auf mehrere Ursachen zurückgeführt. Professor Gerhard Lüke erklärte z.B. in einem Vortrag „Die Krise des Rechtsstaats - aus der Sicht des Zivilrechts“ im Jahr 1994: „Kompliziertes objektives Recht erfordert aufwendige Entscheidungen, die die Arbeitskapazität der Gerichte unnötig in Anspruch nehmen und mit dazu beitragen, daß die Prozesse im Schnitt immer noch zu lange dauern.“<sup>45</sup> Er fügte hinzu: „Verantwortlich hierfür ist zunächst die ungeheure Gesetzesflut, die über die Bürger hereingebrochen ist.“<sup>46</sup>

Thomas de Maizière, Sächsischer Staatsminister der Justiz, schrieb 2003 „Recht wuchert mit dem Ziel von mehr Rechtssicherheit. Aber wucherndes Recht schafft keine Rechtssicherheit und es schränkt Freiheitsräume ein.“<sup>47</sup>

Neben der schlechten Gesetzgebung werden für die Misere auch die Richter verantwortlich gemacht. So schrieb Professor Konrad Redeker unter dem Titel „Was der Judikative Not tut“: „Muß es wirklich sein, bereits vorhandenen mehreren unterschiedlichen Auslegungen der gleichen Norm eine vierte oder fünfte Auslegung hinzuzufügen und damit die Prozeßführung des Bürgers und Anwalts gänzlichen Unvorhersehbarkeiten auszusetzen?“<sup>48</sup>

Die Krise des Rechtsstaats, die Krise der Justiz offenbart sich auch in Betrachtungen über die Stellung des Richters in der Bundesrepublik. Mit dem herrschenden Rechtsstaatsbegriff ist die Unabhängigkeit des Richters unlöslich verbunden. Die Frage ist nur, sind die Richter wirklich unabhängig?

<sup>41</sup> Heuer/Riege, Der Rechtsstaat - eine Legende?, Baden-Baden 1992, S. 95.

<sup>42</sup> Konrad Redeker, Was der Judikative Not tut, Neue Juristische Wochenschrift 2002, S. 2511.

<sup>43</sup> Horst Sandler, Der Rechtsstaat im Bewußtsein seiner Bürger, Anwaltsblatt 1989, S. 424.

<sup>44</sup> Spiegel, Rechtlos im Rechtsstaat, 1996 Nr. 36.

<sup>45</sup> Gerhard Lüke, Die Krise des Rechtsstaats - aus der Sicht des Zivilrechts in Gerhard Lüke (Hrsg.), Die Krise des Rechtsstaats, Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstags von Ernst Wolf, Marburg 1995, S. 23.

<sup>46</sup> Ebd., S. 21.

<sup>47</sup> Thomas de Maizière, Grenzen des Rechts, Neue Justiz 2003, S. 283.

<sup>48</sup> Konrad Redeker, Was der Judikative Not tut, Neue Juristische Wochenschrift 2002, S. 2611.

Ernst Gottfried Mahrenholz, seinerzeit Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, hielt 1991 vor dem Deutschen Richtertag zum Thema „*Justiz - eine unabhängige Staatsgewalt?*“ einen Festvortrag. Das Fragezeichen zeigt, mit der Unabhängigkeit der Justiz, der Richter gibt es Probleme. Mahrenholz unterschied zwischen äußerer und innerer Unabhängigkeit. Im Hinblick auf solche Bedingungen, wie die Wahl von Richtern durch Richterwahlausschüsse der Parlamente und die Abhängigkeit der Justiz von den ihr zugeteilten Haushaltsmitteln, erklärt Mahrenholz schlicht: *„Dann aber muß die knappe Frage des Tagungsthemas, ob die ›Staatsgewalt Justiz‹ unabhängig sei, mit einem ebenso knappen ›Nein‹ beantwortet werden.“*<sup>49</sup> Von der äußeren unterschied Mahrenholz die innere Unabhängigkeit. Hierzu sagte er: *„Zwei Aspekte der inneren Unabhängigkeit des Richters bedürfen besonderen Augenmerks: Der eine Aspekt ist der des Einflusses der Parteien auf die Besetzung der Richterämter, und der andere ist der Einfluß der Öffentlichkeit auf Richter und Gerichte.“*<sup>50</sup> Hier gibt Mahrenholz keine knappe Antwort. Er sagt jedoch zur Wahl der Bundesrichter: *„Jedenfalls hat der Richterwahlausschuß exakt diejenige Struktur, die zur Kungelei geradezu einlädt.“*<sup>51</sup> Zum Einfluß der Öffentlichkeit auf die richterliche Unabhängigkeit nannte Mahrenholz die Kritik an einem Urteil, das einen Angeklagten vom Vorwurf der Beleidigung freisprach, der erklärt hatte, Soldaten seien potentielle Mörder. Mahrenholz sagte dazu: *„Wieviel Mut gehört denn eigentlich nach Äußerungen der geschilderten Art dazu, in einem parallelen Fall aufgrund gleicher Überzeugung das gleiche Urteil zu sprechen?“*<sup>52</sup>

Der Journalist Rolf Lamprecht, langjähriger Berichterstatter des „Spiegel“ von den obersten Gerichten, schrieb zu dem Thema ein ganzes Buch unter dem bezeichnenden Titel *„Vom Mythos der Unabhängigkeit“*. Darin sagte er u.a. zu dem Auswahlverfahren für die höchsten Richter: *„Die Parteien, die den Staat ungeniert als Selbstbedienungsladen behandeln, haben diese Mentalität mittlerweile auf die Dritte Gewalt ausgedehnt. Sie besetzen namentlich die 16 Planstellen der höchsten Instanz, des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, nach den Riten eines orientalischen Bazars. Für die fünf obersten Gerichtshöfe gilt Vergleichbares - die Vorauslese der Richter erfolgt in den Parteizentralen, die Richterwahlausschüsse sind nur Vollzugsorgane.“* Und Lamprecht faßt zusammen: *„Die Devise heißt: zwei links, zwei rechts.“*<sup>53</sup> *„Wirklich unabhängig sind vielleicht nur der Amtsrichter, der alle Karrierevorstellungen aufgegeben hat, und die Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und der obersten Gerichtshöfe.“*<sup>54</sup> Er stellte jedoch auch fest: *„Andererseits scheint es so, daß die Parteien ihre Kandidaten noch so gut aussuchen können und dann zähneknirschend beobachten müssen, wie die Erwählten ihre eigenen Wege gehen. Das Amt verändert den Menschen. Wer die rote Robe trägt, kann und will in der Regel nichts mehr werden. Allein diese Erkenntnis macht unabhängig.“*<sup>55</sup> Doch darauf folgt wieder die gegenteilige Aussage: *„Jeder Richter, erst recht jeder Bundesverfassungsrichter neige ›zum politischen Engagement im Schutz der Robe‹“*<sup>56</sup> Die Dinge liegen eben kompliziert und erlauben keine oberflächlichen Urteile.

---

<sup>49</sup> Ernst Gottfried Mahrenholz, *Justiz - eine unabhängige Staatsgewalt?* Deutsche Richterzeitung 1991, S. 433.

<sup>50</sup> Ebd., S.434.

<sup>51</sup> Ebd., S. 434.

<sup>52</sup> Ebd., S. 435.

<sup>53</sup> Rolf Lamprecht, *Vom Mythos der Unabhängigkeit*, Baden-Baden 1995, S.70

<sup>54</sup> Ebd., S.215.

<sup>55</sup> Ebd., S. 80.

<sup>56</sup> Ebd., S. 80.



Die lange Dauer der Gerichtsverfahren haben schließlich ihre unmittelbare Ursache, wie Peter Gilles es ausdrückte, in der „geradezu ungeheuerlichen bei den Gerichten anlandenden Verfahrensflut“<sup>57</sup>, der sie nicht mehr gewachsen seien. Auch Professor Deubner stellt fest: „Die Gefahr geht aus von der Überlastung der Gerichte. Der Hauptgrund für sie ist das starke Ansteigen der Zahl der Zivilprozesse.“<sup>58</sup>

Die Ursachen für die „Verfahrensflut“ nennen diese Autoren aber nicht. Wiederum ist festzustellen, dieselbe Erscheinung gab es bereits in den Weimarer Republik. Schiffer berichtete 1928 von einem Ansteigen der vermögensrechtlichen Verfahren innerhalb von dreißig Jahren von 100 auf 267.<sup>59</sup> Diese Entwicklung hat sich nach der Unterbrechung durch die Nazizeit und den 2. Weltkrieg seither fortgesetzt. Es kann folglich festgestellt werden, Wirtschaftskrisen führen zum Ansteigen der Zahl der Gerichtsverfahren und damit zu Justizkrisen. Die Zahl der Gerichtsverfahren ist ein Symptom der Stabilität oder Instabilität einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Krise des Rechtsstaats wirkt sich auch auf die Anwaltschaft als Ganzes aus. Sie tritt zunächst als schnelles und unnatürliches Anwachsen der Zahl der Anwälte in Erscheinung. Der Gesetzes- und Prozeßflut entspricht die Anwaltsschwemme. Das Wachstum der Anwaltschaft übertrifft jedoch das Anwachsen der Zahl der Prozesse und damit der Mandate bei weitem. Es hat schwerwiegende Folgen für die wirtschaftliche Lage der Rechtsanwälte und damit zugleich für ihr Verhalten gegenüber ihren Mandanten, den Prozeßgegnern, den Kollegen und den Gerichten und der Staatsanwaltschaft, also für ihre Funktion in der Rechtspflege. „Der Rechtsanwalt ist“ - so heißt es in § 1 der Bundesrechtsanwaltsordnung von 1959 - „ein unabhängiges Organ der Rechtspflege“. Der Rechtsanwalt gehört unzweifelhaft zum Rechtsstaat. Auch sein Verhalten wirkt sich auf die Funktionsfähigkeit der Justiz und damit des Rechtsstaates aus. Rechtsanwalt Professor Hans-Jürgen Hellwig schrieb in einem Artikel „Der Rechtsanwalt - Organ der Rechtspflege oder Kaufmann?“: „Der Wettbewerb um anwaltliche Mandate nimmt ständig zu. Die inländischen Anwaltszahlen steigen ständig. Für Deutschland sind die Zahlen Ende 1960: 18.000; Ende 1985: 48.000; derzeit: rund 127.000; Ende 2006: ca. 150.000. In den anderen Ländern in Europa ist die Entwicklung ähnlich.“<sup>60</sup> Und er fügte hinzu: „Der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer spricht offen von zunehmender Verarmung der Anwaltschaft. Welche Gefahren sich daraus für den Verbraucherschutz ergeben, bis hin zu Verstößen gegen Berufs- und Strafrecht, wissen wir alle.“<sup>61</sup>

Professor Horst Sandler schilderte schon 1989 in einem Vortrag vor Rechtsanwälten unter dem Titel „Der Rechtsstaat im Bewußtsein seiner Bürger“ die Folgen der zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Entwicklung: „Ich habe schon manchen kaum glaublichen Anwaltschriftsatz gelesen und manch kümmerliches, von Kenntnis ungetriebtes Plädoyer gehört. Rechtsanwälte in nicht unbeträchtlicher Zahl waren und sind es wohl immer noch, die sich vor den Karren von Schlepperorganisationen für Wirtschaftsflüchtlinge spannen ließen oder gar dahinter standen und mit unseriösen Mitteln deren dunkle Geschäfte unterstützten. Rechtsanwälte betrieben und betreiben das unwürdige Hickhack um die Kennzeichenanzeigen und die Haftung der Halter von Kraftfahrzeugen in dem wohl

<sup>57</sup> Peter Gilles, Rechtsstaat und Justizstaat in der Krise, Neue Justiz, 1998, S. 229

<sup>58</sup> Karl G. Deubner, Die Krise des Rechtsstaats - aus der Sicht des Zivilprozesses in Gerhard Lücke (Hrsg.), Die Krise des Rechtsstaats, Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstags von Ernst Wolf, Marburg 1995, S. 29.

<sup>59</sup> Schiffer, a.a.O., S. 93.

<sup>60</sup> Anwaltsblatt 2004, S. 213.

<sup>61</sup> Ebd., S. 214.

*sicheren Wissen, daß sie den Betroffenen mit Lügen aus der Patsche helfen, mit solchen Mitteln die Gerichte an der Nase herumführen und - schlimmer noch - den Rechtsstaat ‚vorführen‘ und blamieren in einer Weise, die man sonst nur von Systemverächtern kennt. Kann ein Bürger für einen Rechtsstaat, der so mit sich durch Organe der Rechtspflege, wie sie ja immer noch heißen, spielen läßt und für Rechtsvertreter, die so mit ihm spielen, viel mehr als Naserümpfen oder gar Verachtung übrig haben?“<sup>62</sup>*

Schließlich veröffentlichte Uwe Wesel 2001 ein Buch mit dem provokanten Titel „*Risiko Rechtsanwalt*“. Die zweite Auflage wurde entschärft, doch daß ein Juraprofessor überhaupt ein solches Buch schrieb, kennzeichnet die Krise der Anwaltschaft als Teil der Krise des Rechtsstaats.

Mit der Zahl der Rechtsanwälte sinkt die Qualität der anwaltlichen Arbeit, sinkt auch die Moral der Anwaltschaft. Die Zahl der Anwälte wird zu einem Problem für den Rechtsstaat. Der Ausweg, die Einführung eines numerus clausus für die Zulassung von Anwälten ist versperrt durch die ideologische These des 19. Jahrhunderts von der Freiheit der Advokatur. Sie war im feudalen Staat sinnvoll, sie wird sinnwidrig am Ende des Kapitalismus.

Schon 1905 warnte Adolf Weißler in seiner zum Standardwerk gewordenen „*Geschichte der Rechtsanwaltschaft*“ vor den Folgen einer „freien Advokatur“, wie sie im Gefolge der Gewerbefreiheit im Deutschen Reich eingeführt worden war. Mit Blick auf die Rechtsanwaltsordnung von 1878 erklärte er: „*Ein Stand wie der unsrige wird die unangemessene Vermehrung seiner Glieder und Verminderung der Erwerbsmöglichkeiten stets mit moralischer Einbuße bezahlen.*“<sup>63</sup>

In der Weimarer Republik war die Situation auf einem anderen zahlenmäßigen Niveau dieselbe wie heute. Die Rechtsanwaltschaft befand sich zu Beginn der 30er Jahre in einer Krise, die der heutigen erschreckend gleicht. So meldete ein Sonderheft des Anwaltsblattes, das wie heute vom Deutschen Anwaltverein herausgegeben wurde, auf seiner ersten Seite am 15. Dezember 1932 unter der Überschrift: „*Lage und Schicksal der deutschen Anwaltschaft!*“ folgendes: „*Lage und Schicksal der deutschen Anwaltschaft beschäftigten die Abgeordnetenversammlung des Deutschen Anwaltvereins in ihrer 29. Tagung, die am 4. Dezember 1932 in Berlin abgehalten wurde. Schwerste Not drückt die deutschen Rechtsanwälte, bitterste Entbehrung herrscht in zahllosen deutschen Anwaltsfamilien, und mit tiefster Besorgnis blickt die deutsche Anwaltschaft in eine verhüllte, aber unheilswangere Zukunft.*

*Die berufene Vertretung der deutschen Anwaltschaft, die Abgeordnetenversammlung, kam in ihren von tiefstem Verständnis für die Nöte und Erfordernisse des Standes erfüllten Verhandlungen zu der einhelligen Überzeugung, daß das Schicksal der deutschen Anwaltschaft nur beschworen, der Untergang der deutschen Anwaltschaft nur abgewendet werden kann, wenn dem seit Jahren fließenden, von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat anschwellendem Zustrom zur Anwaltschaft Einhalt geboten wird.“*

Damals wuchs die Zahl der Anwälte wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist:

1.1.1924	12.531	1.1.1927	14.894	1.1.1930	16.416
1.1.1925	13.537	1.1.1928	15.329	1.1.1931	17.184
1.1.1926	14.308	1.1.1929	15.846	1.1.1932	19.208

<sup>62</sup> Horst Sendler, Der Rechtsstaat im Bewußtsein seiner Bürger, Anwaltsblatt 1989, S. 422.

<sup>63</sup> Adolf Weißler, Die Geschichte der Rechtsanwaltschaft, Leipzig 1905, S. 614.

Den 19.208 Rechtsanwälten von 1932 entsprechen die 132.569 am 1.1.2005<sup>64</sup>, die im nächsten Jahr, wie Hellwig sagt, auf 150.000 anwachsen sollen.

Wie es dem „Stand“ der Rechtsanwälte erging, so ging es auch den Ärzten. Steht bei jenen die Frage Kaufmann oder Organ der Rechtspflege, so heißt es bei diesen Kaufmann oder Eid des Hippokrates. Mehr oder weniger gilt das auch auf vielen anderen Gebieten, so z.B. im Sport und sogar in den Kirchen, die den Markt zu nutzen versuchen und dabei wenig an Jesus denken.

Schließlich manifestiert sich die Krise des Rechtsstaates auch deutlich in der mangelnden Anerkennung, die Recht und Justiz erfahren. So stellte Steffen Heitmann fest: *„Aber das Vertrauen in den Rechtsstaat im allgemeinen und in die Unabhängigkeit der Justiz im besonderen hat nach meinem Eindruck abgenommen.“*<sup>65</sup> Auch Horst Häuser, Bundesvorsitzender der Neuen Richtervereinigung, schrieb in der Frankfurter Rundschau vom 26.7.96 unter dem Titel: *„Die heutige Justiz weckt Erinnerungen an die k.u.k. Monarchie“*. *„Das ‚Unbehagen‘ der Bürger an der Justiz wächst - nicht zu Unrecht.“* Häuser stellt auch einen Zusammenhang zwischen Quantität und Qualität her: *„Die Anzahl der Rechtsstreitigkeiten steigt - und das Ansehen der Rechtsprechung sinkt.“* Er meint: *„Eine Reform ist notwendig.“* Er kommt dabei zu dem Schluß, die *„hierarchischen Justizstrukturen, die dem Obrigkeitsstaat des vergangenen Jahrhunderts näher stehen als dem demokratischen Rechtsstaat des Grundgesetzes, lähmen jede Erneuerung in dieser Justiz“*.

Etwas anders sieht es Professor Peter Gilles, der nach dem Titel eines seiner Aufsätze zwar auch den Rechtsstaat und Justizstaat in der Krise sieht, aber dennoch meint: *„Deshalb dürfen bei all den genannten hybriden Auswüchsen des deutschen Systems immerhin als positiv die hohe Akzeptanz und ebenso die enorme Effizienz dieses Justizsystems vermerkt werden, auch wenn es derzeit wachsende Vertrauenseinbußen gegenüber der Justiz innerhalb der Bevölkerung, wenn nicht schon eine Justizverdrossenheit, zu konstatieren gibt, und dies nicht zuletzt aufgrund einiger spektakulärer Entscheidungen unseres deshalb inzwischen ebenfalls in die ‚Krise‘ geratenen Bundesverfassungsgerichts.“*<sup>66</sup> Immerhin sieht auch Gilles den wachsenden Vertrauensverlust. Unklar bleibt, wo die hohe Akzeptanz zu beobachten sein soll.

70 Jahre zuvor, 1928, hatte Schiffer zustimmend den damaligen bayerischen Innenminister Schweyer mit den Worten zitiert: *„Die wichtigste Säule der Staatsautorität, das Vertrauen in die Rechtspflege, das Rechtsgefühl im Volke ist in einem Maße erschüttert worden, daß es wohl sehr langer Zeit bedürfen wird, diese Wunde zur Heilung zu bringen.“*<sup>67</sup>

Die Akzeptanz des Rechts zeigt sich am deutlichsten in dem Grad, in dem es befolgt wird. Dem wenden sich nur wenige Autoren zu. Unter ihnen ist es Prof. Horst Sendler, der am 4. Mai 1989 in einem Vortrag als Präsident des Bundesverwaltungsgerichts zu dem Thema: *„Der Rechtsstaat im Bewußtsein seiner Bürger“* feststellte: *„Das geltende Recht wird nämlich in weiten Teilen nicht (mehr) befolgt, gilt also faktisch nicht.“*<sup>68</sup> Und hinzufügte: *„Der Respekt vor dem Rechtsstaat ist jedenfalls in weiten Teilen der Bevölkerung abhanden gekommen.“*<sup>69</sup> Sendler bezieht sich dabei auf solche Phänomene wie Steuerehrlichkeit und Schwarzar-

---

<sup>64</sup> BRAK (Bundesrechtsanwaltskammer) Mitteilungen 2005, S. 76.

<sup>65</sup> Steffen Heitmann, Das Vertrauen in die Justiz nimmt ab - Eine kleine Selbstbetrachtung, Neue Juristische Wochenschrift 1998, S. 1123.

<sup>66</sup> Neue Justiz 1998, S. 228.

<sup>67</sup> Eugen Schiffer, Die Deutsche Justiz, Berlin 1928, S. 14 f.

<sup>68</sup> Horst Sendler, Der Rechtsstaat im Bewußtsein seiner Bürger, Anwaltsblatt 1989, S. 419.

<sup>69</sup> Ebd., S. 420.

beit. Die hohe Kriminalitätsrate, darunter die Korruption in Politik und Wirtschaft, läßt er unberücksichtigt. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß Kriminalität als eine quasi natürliche, jedenfalls unvermeidliche Erscheinung gilt.

Während die verschiedenen Erscheinungsformen der Krise konkret und ziemlich vollständig dargestellt werden, bleibt die Feststellung ihrer Ursachen verschwommen und werden Auswege aus der Misere entweder überhaupt nicht oder noch weniger überzeugend aufgezeigt:

- Dieter Meurer fragt: „*Krise im Strafrecht?*“ und er antwortet ausweichend: „*Kritiker meinen ja...*“ Dann fährt fort: „*Als Ursache werden eine falsche Kriminal- und Gesellschaftspolitik benannt.*“<sup>70</sup> Er selbst sieht das Heilmittel in einer neuen Differenzierung der Sanktionen, die gegen die Straftäter zu verhängen sind.

- Gerhard Lüke sieht die Ursache für die Krise des Rechtsstaats darin, „*daß er - anders als in den Jahren nach 1949 - überhaupt nicht mehr in den Herzen der Menschen ist, folglich auch nicht mehr aus ihren Herzen kommt.*“ Er sagt: „*Dies scheint die eigentliche Krise des Rechtsstaats zu sein.*“<sup>71</sup> Ein Mittel, wie der Krise zu begegnen ist, nennt er nicht.

- Karl G. Deubner, der die Krise des Rechtsstaats aus der Sicht des Zivilprozesses betrachtet, nennt als Ausweg zunächst die „*Vermehrung der Richterstellen*“<sup>72</sup>. Sagt aber selbst: „*leicht vorzuschlagen, aber wenig realistisch*“. Ein praktikables Mittel sieht er dagegen „*im völligen Verzicht auf das Kollegialprinzip bei den Landgerichten*“<sup>73</sup>, d.h., wo bisher drei Richter entschieden haben, soll nun ein Richter entscheiden.

- Ernst Wolf sucht das Heil in philosophischen Überlegungen: „*Nach der Darlegung der Krise und ihrer Entstehungsgründe (Wolf sieht sie in der Abkehr von der Gesetzesbindung des Richters und vom BGB, beginnend in der Nazizeit und übernommen vom Bundesverfassungsgericht) bleibt die Frage des Auswegs. Dazu ist festzustellen:*

1. *Die Menschen regieren sich nicht selbst. Der Ausweg aus dem Chaos, das sie mit ihrem manipulativen Ideenglauben anrichten, liegt im biblischen Ewigkeitsglauben.*

2. *Ein Philosoph unserer Tage erkennt: ‚Wir Heutigen können dem nur vorarbeiten.‘*

3. *Vor nahezu eineinhalbtausend Jahren - wurde der chinesische Philosoph Kungtse (Konfuzius) von einem Fürsten gefragt: Was ist zuerst zu tun? Kungtse antwortete: ‚Zuerst müssen die Begriffe richtiggestellt werden‘. Daran hat sich nichts geändert.*

*Die Rückkehr zu den Begriffen, d.h. zum System des Bürgerlichen Gesetzbuchs, ist gleichbedeutend mit methodischer und sachlicher Herstellung der Rechtssicherheit, ohne die es kein Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat gibt, die aber auch Sicherung und grundlegende Entlastung der richterlichen Arbeit bedeutet. Das Glücksspiel der Prozeßführung und die Katastrophe der uferlosen Prozeßflut mit allen schlimmen Folgen wäre zu Ende.*“<sup>74</sup>

- Gilles sieht Abhilfe nur in „*Forderungen nach einer grundlegenden Reform der Justiz, die nahezu so alt sind wie das Justizsystem selbst*“.<sup>75</sup>

- Hansgötz Werner schließlich sucht als einziger die Ursache für die Krise des Rechtsstaats nicht allein im Recht. Er sagt: „*Wir leben in einer ungeheuren Gesellschaftskrise, in der*

<sup>70</sup> Dieter Meurer, Die Krise des Rechtsstaats aus der Sicht des Strafrechts, ebd., S. 15.

<sup>71</sup> Gerhard Lüke, Die Krise des Rechtsstaats - aus der Sicht des Zivilrechts, ebd., S. 25.

<sup>72</sup> Karl G. Deubner, Die Krise des Rechtsstaats aus der Sicht des Zivilprozesses, ebd., S. 31.

<sup>73</sup> Ebd., S. 33.

<sup>74</sup> Ernst Wolf, Die Krise des Rechtsstaats in Gerhard Lüke (Hrsg.), Die Krise des Rechtsstaats, Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstags von Ernst Wolf, Marburg 1995, S. 73 f.

<sup>75</sup> Peter Gilles, Rechtsstaat und Justizstaat in der Krise, Neue Justiz 1998, S. 228.

*nicht mehr die Familie und von ihr in die Gesellschaft ausgehend Recht und Ordnung, Anstand und hohe geistige und moralische Ansprüche wie auch Ideale den Ton angeben, sondern umgekehrt, in sie und die Gesellschaft mit hoher Intensität der Zeitgeist hinein wirkt, wer oder was auch immer dahinter stecken mag, für die meisten jedenfalls ein nicht faßbares Phänomen, von dem sich alle Welt verblenden, verführen und bis zum reinen Kadavergehorsam erschrecken läßt, und der durch seine zunehmende Unverfrorenheit, Brutalität und Gemeinheit den meisten Leuten nicht nur die Sprache verschlägt, sondern ihnen inzwischen auch das eigene Denken und Urteilen abgewöhnt hat.*<sup>76</sup>

- Heinrich Rupp, emeritierter Universitätsprofessor, äußert resigniert: *„Eine Umkehr ist rebus sic stantibus (wie die Dinge liegen) nicht in Sicht.“*<sup>77</sup>

Zusammenfassend darf man wohl feststellen: Rechtswissenschaftler wie die Justizpraktiker erkennen zwar viele Symptome der Krise und sogar die Krise des Rechtsstaats insgesamt, ihre Gedanken zu den Ursachen und möglichen Auswegen sind jedoch nicht überzeugend. Vielfach wird Skepsis deutlich, ob ein Ausweg, rebus sic stantibus, überhaupt realistisch sei. Professor Richard Schröder hat über ein Gespräch zu einem Thema aus dem Komplex der Krise des Rechtsstaats folgendes berichtet: *„Auf meine Frage, wie man sich denn eine Vereinfachung von solchen Rechtsgebieten denken könnte, hat mir ein Jurist gesagt, nur durch eine Revolution.“*<sup>78</sup> . Das war zweifellos nicht ernst gemeint, doch es entspricht den Dingen, wie sie nun einmal liegen.

Betrachtet man alle einzelnen Symptome der Krise des Rechtsstaats, berücksichtigt man, daß sie bereits in der Weimarer Republik auftraten, daß sie immer gleichzeitig mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen auftreten, so ist es schwer zu glauben, daß alle diese Krisen unterschiedliche Ursachen haben können. Alle Tatsachen deuten vielmehr darauf hin, daß das Gegenteil richtig ist. Alle Krisen, die uns heute bedrohen, haben eine gemeinsame Ursache, die Krise der Demokratie, des Gesundheitswesens, der Sozialsysteme, des Staatshaushalts, des Bildungswesens, der Kultur und auch des Rechtsstaats und seiner Justiz sind Ausdruck der Krise des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, des kapitalistischen Systems. Das läßt die Zahl der Prozesse zur Flut anschwellen, erhöht mit der Zahl der Arbeitslosen, die Zahl der Rechtsanwälte in ungekanntem Ausmaß, macht die Kriminalität zu einer der größten Sorgen der Bürger, ruiniert die Demokratie und schließlich auch die Moral. Der CSU-Politiker und Rechtsanwalt Heiner Geißler erklärte in seinem Festvortrag auf dem Deutschen Anwaltskongress am 21. Mai 2004: *„Mit anderen Worten, die Menschen in dieser Demokratie haben den ethischen Kompaß verloren. An dessen Stelle treten vom Frühstücksfernsehen bis zu den Abendmeldungen die Börsennachrichten über DAX, Dow Jones, Nikkei-Index. Das heißt, die westlichen Demokratien und ihre Bürgerinnen und Bürger und ihre führenden Leute tanzen um das goldene Kalb und haben die Gesetzestafeln verloren.“*<sup>79</sup> Natürlich glaubt Heiner Geißler nicht, daß der Kapitalismus an dem Verlust schuld ist, aber wo sonst wird um das goldene Kalb getanzt, wenn nicht auf dem Markt und ist nicht der Markt der Kernbestandteil des Kapitalismus?

<sup>76</sup> Hansgötz Werner, Diskussionsbeitrag in Gerhard Lüke (Hrsg.), Die Krise des Rechtsstaats, Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstags von Ernst Wolf, Marburg 1995, S. 92.

<sup>77</sup> Hans Heinrich Rupp, Aus der Sicht des öffentlichen Rechts in Gerhard Lüke (Hrsg.), Die Krise des Rechtsstaats, Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstags von Ernst Wolf, Marburg 1995, S. 11.

<sup>78</sup> Richard Schröder, Recht und Gerechtigkeit, Anwaltsblatt 1999, S. 444 f.

<sup>79</sup> Heiner Geißler, Anwaltsblatt 2004, S. 475.

Ein Vergleich von Daten des Rechts und der Justiz der Bundesrepublik mit denen der DDR bestätigt die Abhängigkeit der Rechtswirklichkeit von den jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Der hohen Kriminalitätsrate der BRD stand die niedrige der DDR gegenüber, der Prozeßflut, der hohen Richter- und Anwaltszahl der BRD die niedrige der DDR. Wenn das vom Westen als Merkmal für einen Unrechtsstaat angesehen wurde, so ist das nur ein Zeichen für den falschen Rechtsstaatsbegriff. Richtig ist, wenn die Gesetze weitgehend freiwillig eingehalten werden, wie das in der DDR der Fall war, dann braucht der Staat weniger Juristen, wenn die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft nicht stark sind, dann braucht der Staat auch weniger Gesetze. Das beweist ein Vergleich zwischen dem Bundesgesetzblatt und dem Gesetzblatt der DDR. Dem Trend ständig wachsender Anzahl von Gesetzen in der BRD<sup>80</sup> stand ein entgegengesetzter Trend in der DDR gegenüber. Hatte das DDR-Gesetzblatt Teil I und II 1950 zusammen noch 1244 Seiten, so hatte es 1988 noch 478 und 1989 noch 510. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die DDR große Rechtsreformen durchgeführt hat, indem sie ein neues Gerichtsverfassungsgesetz, eine neues Strafprozeßgesetz, eine neues Strafrecht, ein neues Zivilgesetzbuch und ein neues Arbeitsgesetzbuch schuf. Zu derartigen Kodifikationen war die BRD in der ganzen Zeit ihres Bestehens nicht fähig.<sup>81</sup> Die geringere Zahl der Gesetze, ihre moderne Kodifizierung machten das DDR-Recht unkomplizierter, verständlicher. Die Folge war, der Ausgang von Prozessen wurde vorhersehbarer und damit die Rechtssicherheit größer. Eine Justizkrise gab es nicht.

Die Krise des Rechtsstaats ist ein Indikator der Krise der Gesellschaft, das hat Hansgötz Werner richtig erkannt, auch wenn er sich vielleicht der Tragweite dieser Erkenntnis nicht bewußt war. Wie für alle anderen Krisen der BRD gilt auch für die Krise des Rechtsstaates, ohne Überwindung des kapitalistischen Systems wird er nicht gesunden. Hoffen wir, daß die Geschichte sich nicht wiederholt, daß das Schicksal der Weimarer Republik nicht zu dem der BRD wird. Hobsbawms Feststellung über den Gang der Geschichte nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 sollte uns Mahnung sein: „*Ohne diesen Zusammenbruch hätte es mit Sicherheit keinen Hitler und mit ziemlicher Sicherheit auch keinen Roosevelt gegeben.*“<sup>82</sup>

---

<sup>80</sup> S. oben, S. 4 f.

<sup>81</sup> S. oben, S. 5.

<sup>82</sup> Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*, 5. Aufl. 1997, München-Wien, S. 116.

## § 14 Politische Philosophie

## Eike Kopf

### Die Welt erkennen und uns verstehen und der Wahrheit dienen mit ganzer Kraft!

#### Oder: Die werdende Realität erkennen und mitgestalten!

*Hanfried Müller zum 80. Geburtstag*

Nach allem, was ich bis und vor allem seit Herbst 1989 erfahren habe, kann ich der bedeutenden Entdeckung von Friedrich Engels aus dem Jahre 1886 nur zustimmen: „Die große Grundfrage aller, speziell neueren Philosophie ist die nach dem Verhältnis von Denken und Sein“<sup>1</sup>, von Bewußtsein und objektiver Realität, von Ideellem und Materiellem. Wehe dem Chirurg (und vor allem dem Patienten), der auf Grund einer falschen Diagnose einen unangemessenen Eingriff vornimmt; wehe dem Kommandierenden (und vor allem den betroffenen Personen), der auf Grund unzureichender Aufklärung der Lage einen verheerenden Befehl erteilt; wehe der politischen Führung (und vor allem der betroffenen Öffentlichkeit), die subjektivistisch, voluntaristisch regiert; wehe dem Menschen, der die Eisdecke für stärker hielt als sie wirklich war und sie betrat usw. usf. Das scheinen alles Binsenweisheiten zu sein; und doch ist das leichter gesagt als getan, verbirgt sich dahinter eine ernsthafte Problematik.

Das Sein, womit Engels auch auf das erste Buch von Hegels „Wissenschaft der Logik“ anspielte, diese Materie oder objektive Realität<sup>2</sup> ist doch ein kompliziertes „Ding“, zu dem die Menschheit nur einen sehr geringen Teil seiner Existenzdauer gehört. Geologen, Paläontologen, Geophysiker und Astronomen haben bisher die Erkenntnis erarbeitet, daß das Alter unserer Erde wenigstens 3,5 Milliarden Jahre beträgt. Fachleute sind bisher der Auffassung, daß vor 30 Mill. Jahren die Stammlinie „Mensch (homo)“ auftrat, sich bis vor 3 Mill. Jahren entwickelt und zum „homo erectus“ und „homo sapiens“ differenziert hat. Im Übergang vom Pliozän zum Pleistozän habe sich in einem über 2 Mill. Jahre erstreckenden Entwicklungsprozeß aus dem „homo habilis“, dem ältesten Vertreter der Gattung Mensch, der im älteren Pleistozän auftretende Urmensch herausgebildet. In der Geschichte der Menschheit folgten (charakterisiert durch das Material der Werkzeuge): die Altsteinzeit (600 000-8 000 Jahre vor unserer Zeitrechnung), die Mittelsteinzeit (8000-4500 Jahre v.u.Z.), die Jungsteinzeit (4500-2000 Jahre v.u. Z.), die Bronzezeit (2000-750 Jahre v.u. Z.) und die Eisenzeit (750 bis zum Beginn u.Z.). Der älteste Staat, von dem wir bisher Kenntnis haben, die Stadt Ur, das größte Handelszentrum Südmesopotamiens, existierte vor 5500 Jahren. Man vergleiche selbst die Zeiträume der realen Erscheinung Menschheit und man wird selbst bei großzügig-

---

<sup>1</sup> Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. II. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Dietz Verlag Berlin 1956 ff. (nachfolgend: MEW), Bd. 21, S. 274.

<sup>2</sup> Siehe W.I. Lenin: Materialismus und Empirio-kritizismus“. In: W.I. Lenin: Werke. Dietz Verlag Berlin, Bd. 14, S. 124, 260, 267.



ster Rechnung finden, daß bisher alle Klassengesellschaften (und ihre Staatstypen) zusammen höchstens nur 1% der gesamten Existenzdauer des Menschengeschlechtes vorhanden waren und sind. Ist es angesichts dieser skizzierten Tatsachen unseriös festzustellen, daß in zeitlicher Hinsicht der „Normalzustand“ der Menschheit derart war, daß sie sich entwickelt hat *ohne* privates Eigentum an Produktionsmitteln, daher *ohne* soziale Klassen, *ohne* Politik (Staat), *ohne* Recht, *ohne* Ideologie (als systematisiertes Klassenbewußtsein)? „In Gesellschaft produzierende Individuen - daher gesellschaftlich bestimmte Produktion der Individuen - ist natürlich der Ausgangspunkt. Der einzelne und vereinzelt Jäger und Fischer, womit Smith und Ricardo beginnen, gehört zu den phantasielosen Einbildungen des 18. Jahrhunderts“, schrieb Karl Marx daher 1857 im ersten Rohentwurf seines späteren „Kapital“<sup>3</sup>

Der von diesen Klassengesellschaften heute etwa 75% der Erdbevölkerung beherrschende Typ, die kapitalistische Gesellschaftsformation, hat sich etwa seit 500 Jahren herausgebildet und entwickelt. Er hat mit seinem wesentlichen Bewegungsgesetz, der unbezahlten Aneignung eines Teils des Mehrprodukts der Lohnarbeiter durch die die Produktionsmittel besitzenden Kapitalisten in der Geschichte der Menschheit und ihrer Umwelt eine vorher nie gekannte Umwälzung (Revolutionierung) realisiert.<sup>4</sup> Die ökonomische Ausbeutung der Lohnarbeiter ist eine objektiv notwendige Funktion, die aus der Existenz von ausreichend großen privaten Geldsummen in gesellschaftlichen Zuständen folgt, in denen es rechtlich gestattet ist, wichtige Produktionsmittel privat (individuell oder als Teilhaber) zu besitzen. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung kommt - wie alles Entstandene - „in die Jahre“; „seit 1825, wo die erste allgemeine Krisis ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierter Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischen Anhängsel so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen.“<sup>5</sup> Krisen sind Krisen, d. h. sie können, müssen aber nicht notwendig zum Verlust der Existenz führen.

Wenn jedoch diese Krisen im Interesse der herrschenden Klasse so überwunden werden wie 1914-1918 (15 Mill. Tote), 1939-1945 (50 Mill. Tote<sup>6</sup>) oder seit 1991 die Durchsetzung der „neuen Weltordnung“ und des „Kampfes gegen den Terrorismus“ mit Kriegen im Nahen Osten, in Jugoslawien oder in Afghanistan nach dem Bilde der herrschenden kapitalistischen Klassenkräfte<sup>7</sup> vor allem der USA, dann wird spätestens hier deutlich, daß aus Sicht der Menschheit dieser Gesellschaftstyp reaktionär geworden ist und überwunden zu werden verdient.

---

<sup>3</sup> K. Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42, S. 19.

<sup>4</sup> „Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. ... Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen.“ (Marx, Engels: „Manifest ...“ in: MEW, Bd. 4, S. 464, 467.)

<sup>5</sup> F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring). In: MEW, Bd. 20, S. 257.

<sup>6</sup> Dabei vergesse man nie, daß faschistische Herrschaftsformen aus *kapitalistischem* „Schoß“ kroch und nicht nur eine Ideologie, eine ideelle Angelegenheit ist!

<sup>7</sup> Die Bourgeoisie „zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“ (Marx, Engels: „Manifest ...“ In: MEW, Bd. 4, S. 466.)

Dies ist die größte Herausforderung der fortschrittlichen Menschheit, einen Zivilisationstyp zu erringen, in welchem es nicht rechtens ist, daß sich normalerweise ein Teil der Menschen die Arbeitsergebnisse ohne Gegenleistung anderer aneignen kann, sonder die Gemeinschaft (Assoziation) vielseitig entwickelte Persönlichkeiten als Voraussetzung nötig hat. Dieses schwierige Ringen ist spätestens seit Oktober 1917 mit beachtlichen Erfolgen und schweren Rückschlägen im Gange.

Diese Umgestaltung der Welt erfordert eine realistische Anschauung. Auch hier gilt in bestimmter Weise: realistisches Denken ist die erste Tat bzw. es ist nichts so praktisch wie eine gute Theorie. Eine solide Grundlage dafür geliefert zu haben, macht Engels und Marx sozusagen unsterblich. Beide sind leider nicht dazu gekommen, ihre Theorie, ihre „Kritiken“ bzw. „Dialektiken“ zu schreiben und zu veröffentlichen, die sie geplant hatten. Noch als 59jähriger - der erste Band seines „Kapitals“ hatte schon 10 Jahre gewirkt - schrieb Marx, daß er nur eine „historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa“ veröffentlicht habe, aber noch keineswegs „eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges“.<sup>8</sup> Ihr schriftlicher Nachlaß ist jedoch so umfangreich, daß dafür in der zweiten historisch kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) 114 Bände (in 123 Teilbänden) vorgesehen sind.<sup>9</sup> In dieser Form ist die beste Theorie nicht handhabbar, selbst nicht von Politikern, die sich viel Wissen aneignen. Philosophen, Ökonomen, Politikwissenschaftler, Historiker und andere Ideologen im besten Sinne<sup>10</sup> sind gefordert, sich so gut wie möglich in die konkreten historischen Situationen, in denen die Marginalien, Entwürfe, Schriften oder Briefe entstanden sind, zu versetzen und aus dem Gesamtschaffen das theoretische System herauszu„filtern“.

In allen Wissenschaften wird systematisiert, ohne daß man den Vorwurf der Dogmatisierung erhebt. Verlangt man z. B. in der Mathematik und Physik, daß die Schüler die überlieferten Schriften von Thales, Pythagoras oder Euklid, Kopernikus, Kepler, Newton, Leibniz oder Gauss studieren? Nein! Man lehrt sie die wesentlichsten Erkenntnisse dieser Wissenschaftler - und alle finden das als ein normales Verfahren. Methodische und didaktische Aufbereitung wissenschaftlicher Inhalte sind nicht notwendig mit Verzerrungen oder Verfälschungen verbunden.

Der geschichtliche und logische Ausgangspunkt der marxistischen Weltanschauung ist die Tatsache, daß Marx und Engels ihre *revolutionäre Theorie* nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel, als Beitrag zur grundlegenden Umwälzung der Lebensbedingungen der *werktätigen Massen* verstanden haben. Die Orientierung der Kommunistischen Partei Chinas, dem Volke zu dienen, gehört ist ein spezifischer Ausdruck dieser Grundorientierung.

Eine Weltanschauung ist erfahrungsgemäß anziehend und wirkungsvoll, wenn es ihr gelingt, die verschiedenartigsten Erscheinungen und Vorgänge *einheitlich (monistisch, also nicht dualistisch oder gar pluralistisch)* zu erklären. Diesen Vorzug schätzten alle bedeutenden

---

<sup>8</sup> K. Marx [; Brief an die Redaktion des „Otetschestwennyje Sapiski“, Nov. 1877.] In: MEW, Bd. 19, S. 111.

<sup>9</sup> 51 Bände bzw. 58 Teilbände davon sind seit 1975 erschienen.

<sup>10</sup> Unter Ideologen im besten Sinne heute verstehe ich Wissenschaftler und politische Praktiker, die ein solide begründetes und logisch folgerichtiges System des gesellschaftlichen Bewußtseins im Interesse der werktätigen Massen erarbeiten und zur Verfügung stellen.

Philosophen der materialistischen wie der idealistischen Grundrichtung sowie führende Vertreter wirkungsvoller Religionen.

Die kürzeste und daher auch praktisch handhabbare Antwort auf die Frage, auf welche *allgemeinste (also philosophische)* Erkenntnis sich der Mensch verlassen kann, wäre meines Erachtens auf der Grundlage des Schaffens von Marx und Engels ein formulierbarer *Aphorismus*, ein Satz, der die allgemeinsten Erfahrungen etwa so zusammenfaßt: Es gibt eine *objektive Realität (d. h. Materie)*, die in *Zusammenhängen und ständiger Veränderung* existiert, die daher vom Menschen *erkannt* und daraufhin zielgerichtet *verändert* werden kann.

Dieser Satz enthält vier allgemeine Aussageinhalte, die als Elemente einer Übersicht bzw. einer logischen Struktur des *Dialektischen Materialismus*, d. h. der dialektisch-materialistischen Philosophie genutzt werden können:

1. *Philosophischer Materialismus* [im engen Sinn] (behandelnd Gegenstand und Methode; Grundfrage der Philosophie; Bewegung, Raum und Zeit als Daseinsweise und -formen der Materie; Widerspiegelung als allgemeine Eigenschaft der Materie sowie allgemeine Eigenschaften des Bewußtseins);

2. *Materialistische Dialektik* (behandelnd die materielle Einheit der Welt, den universellen Zusammenhang und die allgemeine Bedingtheit, Gesetze überhaupt und speziell grundlegende Gesetze der Dialektik);

3. *Dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie* (behandelnd die Erkenntnis als höchste Form der Widerspiegelung, Stufen der Erkenntnis sowie Wahrheit und Praxis). (Der vierte allgemeine Aussageinhalt des Aphorismus wäre der Bezug auf die *Praxis*.)

Wendet man diese Erkenntnis vom Weltganzen - wiederum gestützt auf das Schaffen von Marx und Engels - methodisch auf die philosophische Erkenntnis eines Teils der Materie, nur auf die Menschheit an, dann erhält man die logische Struktur der materialistischen Theorie von der Gesellschaft und ihrer Geschichte, der allgemeinen Gesellschaftslehre (Soziologie), des (nicht ganz glücklich) sogenannten *Historischen Materialismus*:

1. *Gesellschaftliches Sein und seine allgemeinen Strukturen* (objektive Gesetze und bewußtes Handeln, die Beziehungen von Individuum und Gesellschaft, die Produktion materieller Existenzbedingungen der Menschen als naturgeschichtlicher Prozeß, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, den Zusammenhang von Basis, Überbau und ökonomischer Gesellschaftsformation, Klassen und Klassenbeziehungen [insbesondere Klassenkampf], den Staat als wichtigsten Bestandteil der politischen Organisation einer Klassengesellschaft sowie Krieg und Frieden und andere globale Menschheitsprobleme);

2. Gesellschaftliches Sein und seine Entwicklung

3. *Das gesellschaftliche Bewußtsein* oder der geistige Lebensprozeß einer Gesellschaft (behandelnd Inhalte und Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins, insbesondere des Rechtes, der Moral, der Religion, der Kunst und der Einzelwissenschaften, Ideologie in Geschichte und Gegenwart).

Das Kernproblem dabei war die Entdeckung, daß sich die menschliche Gesellschaft in großen gesellschaftlichen *Formationen* entwickelt (wofür die Entdeckung sozialer Klassen Voraussetzung war). Dabei entdeckten sie, daß es nicht nur in der Natur, sondern auch

in der Gesellschaft allgemeine, wesentliche und innere Zusammenhänge gibt, die unter gleichen Voraussetzung notwendig entstehen. Damit entdeckten sie als erste, daß es auch in der menschlichen Gesellschaft *objektive Gesetze* gibt, und zwar dadurch, daß die Menschen gemeinschaftlich und arbeitsteilig wirken, um ihre und ihrer Kinder Existenz zu sichern. Die großen ökonomischen Gesellschaftsformationen Urgesellschaft, Sklavenhalterordnung, Feudalgesellschaft, kapitalistische Gesellschaft und sozialistisch/kommunistische Gesellschaft sind sowohl zeitliche Zusammenhänge (sie besitzen Existenzdauer) als auch räumliche Zusammenhänge (sie besitzen Strukturen). Man kann eine solche Struktur - vereinfacht - folgendermaßen darstellen, überblicken und aktiv gestalten:

### Struktur von Gesellschaftsordnungen (nach Auflösung der Urgesellschaft)

	Ebene	Einrichtung	Tätigkeit	Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins
<b>Überbau</b>	Philosophie	Institute	forschen, lehren	philos. Erkenntnisse
	Einzelwissenschaften	Institute, Labors, Schulen	forschen, lehren	wiss. Erkenntnisse, Hypothesen, Theorien
	Kunst	Ateliers, Theater, Filmstudios	malen, dichten, musizieren ...	Bilder, Lieder, Filme, Gedichte, Romane
	Religion	Kirchen	glauben, beten	gläubige Ansichten
	Moral	Öffentlichkeit	kritisieren, loben	Sitten, Gebräuche
	Recht	Parlament, Gericht, Staatsanwalt, Kriminalpolizei, Strafvollzug, Rechtsanwaltskanzleien	Einhalten oder Brechen von Gesetzen, Aufklärung, Verhandlung u. Ahndung von Verbrechen oder Vergehen	Verabschiedete Gesetze und Verordnungen, Gerichtsurteile (Beschlüsse = Rechtstitel) Auffassungen, Lehren,

				Theorien vom Recht und seiner Geschichte
	Politik	Staat, Parteien	öffentl. Tätigkeit	polit. Lehren, Pläne
	Soziales im engen Sinn	Familie, Klasse	Hilfe, Ablehnung, Kooperation	Familien-sinn
<b>Basis =</b>	Produktionsverhältnisse			
Ökonomie	Produktivkräfte			
	Geographische Grundlage (Boden, Wasser, Klima ...)			

Wenn die neue Auffassung von Marx und Engels auch nie als eine „Lehre“ entworfen und ausgebaut worden ist, so lassen sich doch mehrere weltanschauliche Grundpositionen erkennen, die diese beiden wissenschaftlich Denkenden und mit den Proletariern Fühlenden ab Ende 1843 bei ihrer Suche nach zutreffenden Antworten auf Fragen, die im *gesellschaftlichen* Leben ihrer Zeit (vor allem in der Diskussion religiöser oder politischer bzw. staatsrechtlicher Fragen) aufgeworfen waren und in ihrem gesamten Schaffen immer wieder bezogen, bekräftigt oder weiterentwickelt haben:

a) *Materialismus* (Vertreter des gesellschaftlichen Fortschritts müssen sich bemühen, *Realisten* zu sein und sich selbst, die anderen Menschen sowie die übrige umgebende Natur so zu erkennen, wie sie objektiv real, ohne Wunschdenken, ist);

b) *Dialektik* (Anerkennung der *Evolution*, der Veränderung [insbesondere der Entwicklung], der Nützlichkeit des Studiums der Geschichte und des Fortschritts, des universellen Zusammenhangs und der allgemeinen Bedingtheit der Erscheinungen und Zusammenhänge sowie der Grundgesetze der Dialektik);

c) *Erkenntnisoptimismus* (Anerkennung der *prinzipiellen Erkennbarkeit der Welt* zum Zwecke ihrer zielgerichteten humanistischen Veränderung; Ablehnung irrationalistischer Positionen);

d) *Humanismus* (Der Mensch ist das höchste Wesen für den Menschen; der Mensch als Welt des Menschen, als Sozietät, als Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, als Produzent seiner Mittel zum Leben; alle Gesellschaftsauffassungen müssen am Menschen demonstrieren und an ihrem Verhältnis zum Menschen geprüft werden; alle Verhältnisse müssen umgewälzt werden, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist; Kommunisten als Verfechter des Lebens [nicht des Todes] und der Sicherung der Existenz- und Entwicklungsbedingungen der *menschlichen Population*, der *Menschheit*);

e) *Naturalismus* (Anerkennung der historisch konkreten geographischen und klimatischen Bedingungen als *natürliche Lebensgrundlage* der spezifischen Naturwesen Menschen,

als Basis jeder Gesellschaft; Arbeit als Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur);

f) *Spezifischer Individualismus* (Ohne *lebendige menschliche Individuen* gibt es keine Gesellschaft; die Reichhaltigkeit eines menschlichen Individuums hängt von der Reichhaltigkeit und Vielfältigkeit seiner Beziehungen zu anderen Menschen ab; Ziel von Kommunisten sollte die Gestaltung einer Gemeinschaft [Assoziation] sein, worin sich die Individuen möglichst vielseitig entwickeln können - dieser spezifische Individualismus ist nicht zu verwechseln mit einem auf Konkurrenz begründetem Egoismus!);

g) *Solidarität, Demokratismus und Kommunismus* (Von Anfang an *in Gemeinschaft* produzierende Individuen sind die objektiv reale Grundlage für jede Betrachtung und bewußte Gestaltung menschlicher Daseinsformen; Anerkennung, Begünstigung und schließliche Ermöglichung des Wesen der menschlichen Gattung, d.h. der Menschheit oder „des Menschen“, das im Unterschied zu anderen Gattungen von Lebewesen darin besteht, zielstrebig so zusammenzuwirken, daß die besten Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu einem gemeinsamen Resultat zusammengeführt werden, das dann für alle Beteiligten vorteilhaft genutzt werden kann.);

h) *Internationalismus* (Die materielle Tatsache, daß die Beschaffung von Rohstoffen und Energien, die Produktion sowie der Absatz der produzierten Güter mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion *weltumspannend* geworden war, muß seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts zur Folge haben, daß die Bewegung, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung erfolgreich überwinden will, ebenfalls vereinte Aktionen organisieren muß - wenigstens in den „zivilisierten Ländern“ [das hieß in der Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem Großbritannien und sein Kolonialsystem, Frankreich, Preußen, Niederlande und Italien].)

Bis zu welchem Grade sich Engels und vor allem Marx schon Ende 1843 bis etwa 1845 diese Positionen bewußt bezogen haben, kann man in „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“<sup>11</sup>, in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844<sup>12</sup>, in den Thesen über Feuerbach<sup>13</sup> oder in „Die deutsche Ideologie“<sup>14</sup> nachprüfen.

Indem Marx und Engels *auf diese Weise die Welt in ihrer Zeit* sahen, anschauten bzw. erkannten und diese Erkenntnisse Personen und Vereinigungen nahebrachten, die sich für eine Veränderung der gesellschaftlichen Zustände, vor allem im zeitgenössischen Preußen, praktisch einsetzen wollten, wurden sie zugleich zu *Revolutionären*.

Diesen ersten großen Bestandteil ihrer Weltanschauung, den philosophischen, kennzeichnete Marx 1880 kurz als „kritischen und materialistischen Sozialismus ..., der die reale, historische Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion verständlich machen will“.<sup>15</sup>

---

<sup>11</sup> MEW, Bd. 1, S. 378 ff.

<sup>12</sup> MEW, Ergänzungsband Schriften bis 1844, I. Teil = MEW, Bd. 40, S. 533 ff.

<sup>13</sup> MEW, Bd. 3, S. 6.

<sup>14</sup> MEW, Bd. 3, S. 18-36.

<sup>15</sup> MEW, Bd. 19, S. 229.

Das Erkenntnisresultat der bisher überblickten *Philosophie*, daß es in der Gesellschaft unter den verschiedenen Ebenen abgeleitete und grundlegende, Überbau und Basis, gibt, ist der logische Anknüpfungspunkt für den zweiten Hauptbestandteil der marxistischen Weltanschauung, die *Politische Ökonomie*, welche die Grundlage der Gesellschaft, also die Produktion und Verteilung der materiellen Existenzbedingungen der Menschen, detaillierter untersucht.

Dazu hat Marx 1858/1859 einen 6-Bücher(Teile)-Plan entworfen.<sup>16</sup>

*Teil 1: Das Buch vom Kapital*

*Der Produktionsprozeß des Mehrwerts/Kapitals (Buch/Bd. 1 „Das Kapital“) [„hegelisch“: These]*

A 1. Ein Mensch erzeugt Produkte für den eigenen Gebrauch und für den Austausch (Ware mit Wert) [„hegelisch“: These]

2. Der Austauschprozeß in bestimmten Wertformen [„hegelisch“: Antithese]

3. die Wertform Geld [„hegelisch“: Synthese]

B 1. Geld (und seine Funktionen) [„hegelisch“: These]

2. Geld, getauscht gegen Ware ergibt Geld [„hegelisch“: Antithese]

3. Geld, getauscht gegen Ware Arbeitskraft und unentgeltliche Aneignung eines Teils davon ergibt Mehrwert, Kapital [„hegelisch“: Synthese]

C 1. Produktion des absoluten Mehrwerts (Extensivierung und Intensivierung der Arbeit) [„hegelisch“: These]

2. Produktion des relativen Mehrwerts (Steigerung der Arbeitsproduktivität: Kooperation, Arbeitsteil., Maschinerie) [„hegelisch“: Antithese]

3. Kombination beider Produktionsformen - Reproduktion/Akkumulation des industriellen Kapitals im Inland und in Kolonien und ihre historische Tendenz. [„hegelisch“: Synthese]

*Der Zirkulationsprozeß des Kapitals (Buch/Bd. 2 „Das Kapital“) [„hegelisch“: Antithese zu Buch 1]*

A. Der in der produzierten Ware steckende Mehrwert muß einen Kreis (Zirkel) durchlaufen, die Warenform muß auf dem Markt erfolgreich verkauft und in Geldform verwandelt werden (Metamorphosen). [„hegelisch“: These]

B. Der wiederholte, Kreislauf der einzelnen Ware als Umschlag [„hegelisch“: Antithese]

C. Der wiederholte Umlauf der Waren einer Gesellschaft in den großen Abteilungen: Herstellung von Produktionsmitteln und Herstellung von Konsumtionsmitteln; die Wirtschaftskrisen [„hegelisch“: Synthese]

*Der Distributionsprozeß des Kapitals und der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion der Gesellschaft eines Landes (Buch/Bd. 3 „Das Kapital“) [„hegelisch“: Synthese zu Buch 1 und Buch 2]*

A . - Die Verwandlung des Mehrwerts in Profit und der Rate des Mehrwerts in Profitrate.

- Die Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit.

- Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate.

---

<sup>16</sup> Siehe MEW, Bd. 29, S. 550/551 sowie S. 312-318 und Bd. 13, S. 7.

- Verwandlung von Warenkapital und Geldkapital in Warenhandlungskapital (Transport/Handel) und Geldhandlungskapital (Banken).

- Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn. Das zinstragende Kapital. [„hegelisch“: These]

B. Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente. [„hegelisch“: Antithese]

C. Die Revenuen (Einkommen) von Kapitalisten, Grundeigentümern und Lohnarbeitern als den 3 großen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft (und ihre historische Tendenz). [„hegelisch“: Synthese]

*(Für die folgenden 5 Teile erarbeitete Marx die Überschriften, spezielle Darlegungen in Schriften, Vorarbeiten zum „Kapital“ und Briefen sowie Exzerpte, Notizen und Marginalien bis zum Ende seines Lebens, die in der IV. Abteilung der MEGA ediert werden sollen. Die nachfolgenden Hauptinhalte zu den 5 Teilen stammen z.T. aus diesen Quellen.)*

*Teil 2: Das Buch vom Grundeigentum* [„hegelisch“: Antithese zu Teil 1]

Gemeineigentum an Grund und Boden, *ager publicus* (Gemeindeland)

Entstehung und Entwicklung des privaten Grundeigentums (antikes, feudales)

Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnis auf dem Lande (Grundeigentümer, Pächter und Tagelöhner, Grundeigentum in Kolonien) und ihre historische Tendenz bei Verflechtung mit Industrie, Banken, Tourismus usw.

*Teil 3: Das Buch von der Lohnarbeit* [„hegelisch“: Synthese zu Teil 1 und Teil 2, die beide ohne Lohnarbeit nicht existieren können]

Entstehung und Entwicklung der Lohnarbeit in Industrie, Landwirtschaft, Transport, Handel, Bankwesen usw.

Lohnarbeit und wissenschaftlich-technische Revolution (Fusionierungen, Ausgründungen, Flexibilisierung usw.)

Lohnarbeit und Kooperativgenossenschaften u. Aktiengesellschaften in Industrie, Landwirtschaft, Transport, Handel usw. und ihre historische Tendenz

(Hiermit endet die Untersuchung der „ökonomischen Lebensbedingungen der drei großen Klassen“<sup>17</sup> innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eines Landes)

*Teil 4: Das Buch vom Staat (in ökonomischer Hinsicht)* [„hegelisch“: Antithese zu Teil 1-3, zugleich These zu Teil 4]

Im Unterschied zur Gentilordnung ist der Staat gekennzeichnet durch Einteilung seiner Angehörigen nach dem Gebiet (Territorium mit Grenzordnung), der besonderen öffentlichen Gewalt („Staatsmaschinerie“ als „geschäftsführender Ausschuß“ der herrschenden Klassen) und Steuern sowie Staatsschulden und im Unterschied zur Feudalgesellschaft als politisch zentralisierte Zusammenfassung der früheren Kleinstaaten usw. zur bürgerlichen Nation im Unterschied bzw. Gegensatz zu anderen bürgerlichen Staaten.

Der Staat und seine Gesetzgebung für Maße, Münzen, Gewichte, Steuern und Abgaben, Zölle; Handelsrecht, Arbeitsrecht, Koalitionsrecht, Kartellrecht usw. sowie seine Exekution (auch mit militärischen Mitteln) und rechtliche Bewertung, Realisierung und Ahndung von Vergehen.<sup>18</sup>

Der bürgerliche Staat als Unternehmer/Kapitalist und Anwender von Lohnarbeit.

<sup>17</sup> MEW, Bd. 13, S. 7.

<sup>18</sup> Siehe Engels an Conrad Schmidt, 27.10.1890, S. 490/491.



*Teil 5: Das Buch vom auswärtigen oder internationalen Handel* [„hegelisch“: Antithese zu Teil 4]

Der auswärtige oder zwischen(inter)nationale Handel als wirtschaftliche Beziehung zwischen wenigstens zwei Staaten. Kolonien, Rohstoffquellen, Märkte, Hafenordnungen, Niederlassungen und Stapelrechte, Durchfahrtsrechte, Handelsgesellschaften, Handelsabkommen, Finanzierungen, Geldwechsel, Investitionen, Gerichtsstände. Mit der Manufaktur bekommt der Handel politische Bedeutung.<sup>19</sup>

*Teil 6: Das Buch vom Weltmarkt, d.h. vom internationalen Handel auf der Erde (global), mit Konkurrenz* [„hegelisch“: Synthese von Teil 4 und Teil 5]

Der kapitalistische Weltmarkt als Zusammenfassung und „Kampffeld“ der internationalen Produktion (Herstellung), Zirkulation (Realisierung) und Distribution (Verteilung) der Kapitalien.

Die Konkurrenz und ihre doppelte (gegensätzliche) Wirkung. Handelsmonopole und Freihandelszonen.

Neue Kommunikationsmittel.<sup>20</sup> Industriell entwickelte und Entwicklungsländer. Protektionismus und Freihandel. Multipolarisierung der globalen Beziehungen.

Militärische Aktionen im Ausland zur Durchsetzung „nationaler“ Interessen und der Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten als internationale oder Weltkriege seit dem 20. Jh. Handelskriege und -blockaden.

Seerecht<sup>21</sup>, spezielle (z.B. für Erdöl) und universelle Handelsorganisationen mit Welthandelsrecht und seiner Durchsetzung. Internationale Banken und Währungsfonds. Leitwährungen.

Kosmos, Klima, Wasser, Biotische Arten, Verwüstung, Ernährung, Werkstoffe, Energien, Gesundheit, Bildung usw. als globale Probleme.

Dies - nur skizziert - ist die ökonomische Struktur, die reale Basis, aus der die sozialen, politischen, juristischen, moralischen, religiösen, künstlerischen, wissenschaftlichen und philosophischen Ebenen mit ihren jeweiligen spezifischen Einrichtungen, Tätigkeiten und Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins (siehe die Übersicht oben) jeder bürgerlichen Gesellschaft letzten Endes entquellen.<sup>22</sup>

Es ist die weltgeschichtliche Funktion der Bourgeoisie, die notwendig aus der Existenzweise dieser Klasse und dem ökonomischen Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise entspringt (also objektiv, nicht subjektiv verursacht), daß sie zur Erzielung möglichst großen Gewinns (Profits), um im Konkurrenzkampf nie der letzte und untergehende Wettbewerber zu werden, die gesamte Erde versucht zu nutzen und zu diesem Zweck die Produktivkräfte zu steigern (um Arbeitskosten, also den Arbeitslohn zu senken) oder Krieg als „regelmäßige Verkehrsform“ führt.<sup>23</sup>

In diesem Sinne entzieht sie sich tendenziell ihre eigene Grundlage („Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital* selbst“<sup>24</sup>) und schafft die materiellen Grundlagen (die ausreichenden „Springquellen“ des gesellschaftlichen Reichtums<sup>25</sup>)

---

<sup>19</sup> MEW, Bd. 3, S. 56.

<sup>20</sup> MEW, Bd. 3, S. 60.

<sup>21</sup> MEW, Bd. 3, S. 63.

<sup>22</sup> MEW, Bd. 13, S. 8/9.

<sup>23</sup> MEW, Bd. 3, S. 23.

<sup>24</sup> MEW, Bd. 25, S. 260.

<sup>25</sup> MEW, Bd. 19, S. 21.

für den möglichen und historisch notwendigen (nicht „automatischen“!) Übergang zu einem höheren Zivilisationstyp mit „assozierten Produzenten“<sup>26</sup>, in der nicht die private Profitvermehrung, sondern die planmäßige und produktive Erfüllung der wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnisse der werktätigen Menschen und ihrer Nachfahren Ausgangspunkt, Grundlage und Ziel wirtschaftlich harter Anstrengungen (also Erzeugung von ausreichendem Mehrprodukt) sind.

Dies alles ist - etwas detaillierter formuliert - gemeint gewesen mit der grundlegenden Erkenntnis von Engels und Marx über die Bedeutung des Weltverkehrs und Weltmarktes und den internationalen Charakter der Arbeiterklasse z. B. in „Die deutsche Ideologie“<sup>27</sup>, „Grundsätze des Kommunismus“<sup>28</sup> oder „Manifest ...“<sup>29</sup> oder in der Inauguraladresse und den Provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation<sup>30</sup> sowie im „Kapital“<sup>31</sup>.

Das Erkenntnisresultat der Politischen Ökonomie des Kapitalismus, daß die ständige Reproduktion des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zur Akkumulation von Kapital, Verelendung und Überfluß an Arbeitern sowie zu zyklischen und allgemeinen Krisen (darunter Kriegen) führt, ist der logische Anknüpfungspunkt für den dritten Hauptbestandteil der marxistischen Weltanschauung, die *politische Lehre* und ihre Anwendung in der Geschichte der Arbeiterbewegung, welche die Meinungs- und Willensbildung der werktätigen Massen bei der Vorbereitung und Durchführung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sowie bei der Errichtung und Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung zum Gegenstand hat.

Im Hinblick auf das zu schreibende Programm des Bundes der Kommunisten formulierte Engels im Oktober 1847: „Die allgemeine Assoziation aller Gesellschaftsmitglieder zur gemeinsamen und planmäßigen Ausbeutung der Produktionskräfte, die Ausdehnung der Produktion in einem Grade, daß sie die Bedürfnisse aller befriedigen wird, das Aufhören des Zustandes, in dem die Bedürfnisse der einen auf Kosten der andern befriedigt werden, die gänzliche Vernichtung der Klassen und ihrer Gegensätze, die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder durch die Beseitigung der bisherigen Teilung der Arbeit, durch die Teilnahme aller an den durch alle erzeugten Genüssen, durch die Verschmelzung von Stadt und Land - das sind die Hauptresultate der Abschaffung des Privateigentums.“<sup>32</sup>

Ein noch immer anregendes Beispiel dafür, wie ein progressives politisches Programm abgefaßt sein sollte, ist folgendes von Marx aus dem Jahre 1880: „In Erwägung,

daß die Emanzipation der Klasse der Produzenten alle Menschen, ohne Unterschied von Geschlecht und Rasse, umfaßt;

daß die Produzenten nur dann frei sein können, wenn sie im Besitz der Produktionsmittel sind;

daß es nur zwei Formen gibt, in denen die Produktionsmittel gehören können:

---

<sup>26</sup> MEW, Bd. 25, S. 828.

<sup>27</sup> MEW, Bd. 3, S. 35/36.

<sup>28</sup> MEW, Bd. 4, S. 374/375.

<sup>29</sup> MEW, Bd. 4, S. 465/466.

<sup>30</sup> MEW, Bd. 16, S. 12-14.

<sup>31</sup> MEW, Bd. 25, S. 277.

<sup>32</sup> F. Engels: Grundsätze des Kommunismus. In: MEW, Bd. 4, S. 377.

1. die individuelle Form, die niemals allgemeine Erscheinung war und durch den industriellen Fortschritt mehr und mehr überwunden wird;

2. die kollektive Form, deren materielle und geistige Elemente durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst geschaffen werden;

in Erwägung,

daß die kollektive Aneignung nur von einer revolutionären Aktion der Klasse der Produzenten - dem Proletariat -, in einer selbständigen politischen Partei organisiert, ausgehen kann;

daß eine solche Organisation mit allen Mitteln, über die das Proletariat verfügt, angestrebt werden muß, einschließlich des allgemeinen Wahlrechts, das so aus einem Instrument des Betrugs, das es bisher gewesen ist, in ein Instrument der Emanzipation umgewandelt wird;

haben die französischen sozialistischen Arbeiter, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet die Rückkehr aller Produktionsmittel in Kollektiveigentum zum Ziel gesetzt haben, als *Mittel der Organisation und des Kampfes* beschlossen, mit folgendem *Minimalprogramm* in die Wahlen zu gehen:<sup>33</sup>

1884, ein Jahr nach Marx' Tod, notierte Engels über die Rolle des Staates: „Die bisherigen - naturwüchsigen oder auch gemachten Assoziationen waren der Sache nach für ökonomische Zwecke, aber diese Zwecke versteckt und vergraben unter ideologischen Nebelbildungen. Die antike Polis, die mittelalterliche Stadt oder Zunft, der Feudalverband des Grundadels, alle hatten ideologische Nebenzwecke, die sie heiligten, und die beim Patrizier-Geschlechterverband und der Zunft nicht minder aus Erinnerungen, Traditionen und Vorbildern der Gentilgesellschaft entsprangen, als die antike Polis. - Erst die kapitalistischen Handelsgesellschaften sind ganz nüchtern und sachlich - aber kommun. Die Assoziation der Zukunft wird die Nüchternheit der letzteren vereinigen mit der Sorge für die gemeinsame gesellschaftliche Wohlfahrt der alten und dadurch ihren Zweck erfüllen.“<sup>34</sup> Engels hatte schon 7 Jahre vorher im „Anti-Dühring“ darauf hingewiesen, daß dialektisches Negieren sowohl Beseitigen und Bewahren von altem als auch Entwickeln von neuem bedeutet und gekonnt sein will.<sup>35</sup>

Schlußfolgerungen für die politische Gestaltung der assoziierten Gesellschaft, welche die kapitalistische ablöst, findet man im Schaffen von Marx und Engels vielfach.<sup>36</sup> Die grundlegenden betreffen die Übergangsperiode; die Planmäßigkeit und Zielbewußtheit des gesamtgesellschaftlichen Aufbaus; die politische Herrschaft der Arbeiterklasse (sowie ihre Sicherung und Verteidigung) im Bündnis mit den werktätigen Bauern; das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln; das Arbeiten der Individuen nach ihren Fähigkeiten und die Verteilung des Teils des gesellschaftlichen Produkts, der indi-

---

<sup>33</sup> K. Marx: [Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei.] In: «L'Egalité» Nr. 24 vom 30. Juni 1880 [aus dem Französischen]. Nach: MEW, Bd. 19, S. 238.

<sup>34</sup> F. Engels: [Über die Assoziation der Zukunft.] In: MEW, Bd. 21, S. 391.

<sup>35</sup> „Ich soll nicht nur negieren, sondern auch die Negation wieder aufheben. Ich muß also die erste Negation so einrichten, daß die zweite möglich bleibt oder wird.“ (MEW, Bd. 20, S. 132.)

<sup>36</sup> Siehe Voraussagen für unsere Epoche. Marx und Engels über Sozialismus und Kommunismus. Dietz Verlag Berlin 1977; Dlubek, Rolf/Renate Merkel: Marx und Engels über die sozialistische und kommunistische Gesellschaft. Die Entwicklung der marxistischen Lehre von der kommunistischen Umgestaltung. Dietz Verlag Berlin 1981.

viduell konsumiert werden kann, vorerst nach der erbrachten Arbeitsleistung sowie Frieden und Internationalismus zwischen den werktätigen Völkern.

Marx und Engels haben mehrfach unterstrichen, daß das Suchen und Finden der den konkret historischen Bedingungen angemessenen Schritte und Maßnahmen von den betreffenden zukünftigen Generationen, Kräften und politischen Organisationen zu ermitteln und zu gehen bzw. anzuwenden sein werden.

Drei Belege seien dafür angeführt. Im Juli 1874 lobte Engels die von Wilhelm Liebknecht und August Bebel geführte und 1869 in Eisenach gegründete deutsche Arbeiterpartei: „Zum erstenmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin - nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) - im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt.“ Die sei ein Erfolg versprechender „konzentrischer Angriff“ und es werde „namentlich die Pflicht der Führer sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären“ und „im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will.“<sup>37</sup> Damit bezog er sich nicht auf das „Manifest ...“ von 1848, sondern eindeutig auf den ersten Band von Marx' „Kapital“, der zu diesem Zeitpunkt in zwei deutschen Auflagen (1867, 1872/1873), einer russischen (1872) und z.T. in einer französischen Ausgabe (seit 1872 in Lieferungen) erschienen war!

Engels schrieb am 27. Januar 1886 an Edward Pease: „Unsere Ansichten über die Unterschiede zwischen einer künftigen, nichtkapitalistischen Gesellschaft und der heutigen, sind exakte Schlußfolgerungen aus den historischen Tatsachen und Entwicklungsprozessen und sind, wenn sie nicht im Zusammenhang mit diesen Tatsachen und dieser Entwicklung dargelegt werden, theoretisch und praktisch ohne Wert.“<sup>38</sup>

Engels wurde am 8. Mai 1893 von einem Reporter der Pariser Zeitung «Le Figaro» hinsichtlich der Reichstagswahlen befragt: „Und was ist Ihr, der deutschen Sozialisten, Endziel?“ und antwortete: „Aber wir haben kein Endziel. Wir sind *Evolutionisten*, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren. Vorgefaßte Meinungen in bezug auf die Organisation der zukünftigen Gesellschaft im einzelnen? Davon werden Sie bei uns keine Spur finden. Wir sind schon zufrieden, wenn wir die Produktionsmittel in die Hände der ganzen Gesellschaft gebracht haben, und wir wissen, daß das bei der gegenwärtigen monarchistischen und föderativen Regierung ein Ding der Unmöglichkeit ist.“<sup>39</sup>

Nach dem Fall des „Sozialistengesetzes“ 1890 und der bis zum Erfurter Parteitag der SPD 1891 anberaumten Debatte um ein Parteiprogramm, welches das 1875 in Gotha beschlossene ablösen sollte, wurde Engels nicht müde, in Briefen immer wieder darauf hinzuweisen, daß die von Marx und ihm erarbeitete materialistische Auffassung von der Gesellschaft und ihrer Geschichte kein Dogma sei, sondern als „Leitfaden“ für das fleißige Studium der geworden historisch konkreten Verhältnisse zu verwenden sei.<sup>40</sup> Dabei wandte er sich gegen einseitige Interpretationen, die unterstellten, die ökonomischen Verhältnisse seien das einzig bestimmende Moment in der Geschichte der Gesell-

---

<sup>37</sup> MEW, Bd. 18, S. 516/517.

<sup>38</sup> MEW, Bd. 36, S. 429.

<sup>39</sup> MEW, Bd. 22, S. 542.

<sup>40</sup> Siehe Engels an Conrad Schmidt, 5.8.1890. In: MEW, Bd. 37, S. 436/437.

schaft.<sup>41</sup> Andererseits machte er mehrfach darauf aufmerksam, daß das Studium und Begreifen der ökonomischen Zusammenhänge durch die führenden Vertreter der Arbeiterbewegung verbessert werden muß. Nachdem er den zweiten Band Marx' „Kapital“ für den Druck bearbeitet hatte und an die Bearbeitung des dritten gegangen war, schrieb er am 4. April 1885 an August Bebel: „Diese Umwälzung der alten Ökonomie ist wirklich unerhört. Erst hierdurch erhält unsre Theorie eine unerschütterliche Basis und werden wir befähigt, nach allen Seiten siegreich Front zu machen. Sowie das erscheint, wird auch die Spießbürgerei in der Partei wieder einen Schlag bekommen, woran sie denken wird. Denn damit treten die ökonomischen Generalfragen wieder in den Vordergrund der Debatte.“<sup>42</sup>

Also nicht nur die Erzeugung des Mehrwerts in der Fabrik, sondern auch seine Realisierung auf dem Markt und anschließende Verteilung an Händler, Bankiers, Grundeigentümer usw. (siehe oben) waren für Engels grundlegende Probleme, über die sich Arbeiterparteien Klarheit verschaffen müssen! Man denke in diesem Zusammenhang auch an politische Führungen in sozialistischen Ländern!

Sicherlich ist die Wirtschaft nicht das ganze Leben einer sozialistischen Gesellschaft, aber ohne erfolgreiche Wirtschaft verlieren sozialistische Gesellschaften ihre Existenz. Hatte sich nicht schon Ende September 1989 das Ende der DDR darin geäußert, daß einer der ehemaligen Kanzler der BRD in 10 Forderungen die DDR *politisch* erpressen konnte, weil sie zu dieser Zeit *ökonomisch* nicht zahlungsfähig war? Was soll man davon halten, wenn man gelegentlich liest, die Führung der Volksrepublik China gestalte zu wenig den Sozialismus, sie denke zu sehr an die wirtschaftliche Stärkung. Trotz erstaunlich gewachsener wirtschaftlicher Kraft wird die VR China gegenwärtig von USA und EU immer noch politisch zu erpressen versucht! Der in den vergangenen Jahren gewordene Weltmarkt (mit seiner mächtigeren Konkurrenz, mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds, Welthandelsorganisation, Freihandelszonen, OPEC usw.) wird entweder von den verbliebenen sozialistischen Ländern realistisch beurteilt und genutzt, oder auch sie werden „gecrusht [erdrückt]“.<sup>43</sup>

<sup>41</sup> Siehe Engels an Joseph Bloch, 21./22.9.1890. In: MEW, Bd. 37, S. 463 und an W. Borgius, 25.1.1894. In: MEW, Bd. 39, S. 205.

<sup>42</sup> Siehe MEW, Bd. 36, S. 293/294.

<sup>43</sup> Bezug nehmend auf den Krimkrieg 1854/55 schrieb Marx am 8.10.1858 an Engels: „Wir können es nicht leugnen, daß die bürgerlichen Gesellschaft zum 2tenmal ihr 16tes Jahrhundert erlebt hat, ein 16tes Jahrhundert, von dem ich hoffe, daß es sie zu Grabe läutet, wie das erste sie ins Leben poussierte. Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft ist die Herstellung des Weltmarkts, wenigstens seinen Umrissen nach, und einer auf seiner Basis ruhenden Produktion. Da die Welt rund ist, scheint dies mit der Kolonisation von Kalifornien und Australien und dem Aufschluß von China und Japan zum Abschluß gebracht. Die schwierige question für uns ist die: auf dem [europäischen – E. K.] Kontinent ist [wegen der ausgebrochenen Wirtschaftskrise – E. K.] die Revolution immanent und wird auch sofort einen sozialistischen Charakter annehmen. Wird sie in diesem kleinen Winkel [! – E. K.] nicht notwendig gecrusht werden, da auf viel größerem Terrain das movement der bürgerlichen Gesellschaft noch ascendant ist?“ (MEW, Bd. 29, S. 360).

Vorher, am 12.4.1853 hatte Engels an Joseph Weydemeyer geschrieben: „Mir ahnt so etwas, als ob unsere Partei, dank der Ratlosigkeit und Schlawheit aller andern, eines schönen Morgens an die Regierung forciert werde, um schließlich doch die Sachen durchzuführen, die nicht direkt in unsrem, sondern im allgemeinen revolutionären und spezifisch kleinbürgerlichen Interesse sind; bei welcher Gelegenheit man dann, durch den proletarischen Populus getrieben, durch seine eignen, mehr oder weniger falsch gedeuteten, mehr oder weniger leidenschaftlich im Parteikampf vorgedrängten, gedruck-

Eine kurze Zusammenfassung all dieser Schlußfolgerungen und der Erfahrungen der Geschichte des Sozialismus könnte programmatisch so lauten: In einer sozialistischen, von Ausbeutung des Menschen weitgehend freien Gesellschaftsordnung ist auf der Grundlage des vorherrschenden Volkseigentums die Herrschaft der Werktätigen zu nutzen, um planmäßig und wissend (bewußt) die gesellschaftliche Arbeit so zu organisieren, die Produktivkräfte so zu entwickeln und der internationale Wettbewerb so zu meistern, daß die wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen schrittweise nach dem Leistungsprinzip befriedigt werden können, sich vielseitige Menschen entwickeln und die Natur geschützt wird.

Es sei unterstrichen: Jede politische Führung steht oder fällt vor allem mit ihrem Verhältnis zur gewordenen objektiven Realität.

*Beijing, den 6. Juni 2005*

---

ten Aussprüche und Pläne gebunden, genötigt wird, kommunistische Experimente und Sprünge zu machen, von denen man selbst am besten weiß, wie unzeitig sie sind. Dabei verliert man dann den Kopf – hoffentlich nur physiquement parlant [im physischen Sinne – E.K.] – eine Reaktion tritt ein, und bis die Welt imstande ist, ein *historisches* Urteil über uns zu fällen, gilt man nicht nur für eine Bestie, was Wurst wäre, sondern auch für bête [dumm – E. K.], und das ist viel schlimmer.“ (MEW, Bd. 28, S. 580)

## Werner Wittenberger

### Friedrich von Hardenberg (Novalis) als frische Quelle auf dem Wege zum marxistischen Denken

#### 1. Die Aufgabe

Von wegen - die Zerstörung der Vernunft beginne mit Schelling und den Romantikern in seiner Nähe.<sup>1</sup> Wie Lukács zu der Auffassung kam, ist ein eigenes Thema. Die Erfahrung von Krieg und Faschismus wird eine Rolle gespielt haben. Die Kämpfe der Junghegelianer haben sicher ebenfalls ihr Gewicht. Wieder als eigenes Thema wird man auch Peter Hacks behandeln müssen. Für Hacks ist das erste Auftauchen der Romantik in einem Lande wie Salpeter in einem Haus. Romantik ist die historische Voraussetzung der Medienmanipulationsästhetik unserer Zeit.<sup>2</sup> An dieser Bewertung der Romantik muß man gar nicht lange rütteln. Auf irgendeine Weise muß das soziale Zerstörungswerk des Kapitalismus schließlich plausibel gemacht werden. In historischer Hinsicht gibt die Romantik da sicher etwas her. Aber nach solchen Ansätzen muß man sofort wieder in die Untersuchung der Einzelheiten eintreten. Von einer Dialektik der Romantik wage ich noch gar nicht zu reden, aber Fundsachen, die man nicht liegen läßt, gibt es allemal.

Ich beschränke mich angesichts der Fülle des Stoffes auf einen ganz kleinen Sektor, nur von der Frühromantik, nur von Novalis soll eigentlich die Rede sein. Aber allzu große Vorsicht geht eben auch nicht ganz auf. Den Einstieg soll mir K. Barth liefern.

Barth versteht die Romantik nicht als die tiefste, nicht als die radikalste und nicht als die reifste Form der Geistesbewegung, die die Aufklärung vollendet und überwindet. Die Romantik war für Barth aber die repräsentativste. Und Novalis hat Barth unter den Romantikern ausgewählt für seine Darstellung des 19. Jahrhunderts, „weil er das Wollen und Vollbringen dieser ganzen Gruppe in einzigartig reiner Weise vertritt“<sup>3</sup>. Wenn wir nach den Quellen marxistischen Denkens suchen, sollte Novalis nicht verachtet werden.

Die Frühromantiker waren Transzendentalphilosophen. In Jena trafen sie sich nicht etwa, um lediglich zu philosophieren, sie „fichtisirten“. Wie die Transzendentalphilosophie konstruiert, hatten sie geübt wie die Lehrlinge von Sais. Wir wollen das transzendente Konstruktionsprinzip zunächst erörtern, damit wir es bei Novalis wiedererkennen können. Sodann wollen wir sehen, was bei ihm daraus wird.

#### 2. Metamorphosen des transzendentalen Konstruktionsprinzips

---

<sup>1</sup> Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler, Berlin/Weimar 1984.

<sup>2</sup> Arnold Schölzel, Das Numinose im Zeitalter seiner Reproduzierbarkeit. Peter Hacks über die Medien. Eine Anmerkung. In: Topos, Napoli 2005, Heft 23, S. 76/78. Auf die Stelle hat mich Siegfried Bönisch aufmerksam gemacht.

<sup>3</sup> Karl Barth, Die Theologie im 19. Jahrhundert, Berlin 1961, S. 303.

## 2.1 Kant

Kants Vorrede zur „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) beginnt so: „Die menschliche Vernunft hat das besondere Schicksal in einer Gattung ihrer Erkenntnisse: daß sie durch Fragen belästigt wird, die sie nicht abweisen kann, denn sie sind ihr durch die Natur der Vernunft selbst aufgegeben, die sie aber auch nicht beantworten kann, denn sie übersteigen alles Vermögen der menschlichen Vernunft.“<sup>4</sup> Auf die unabweisbaren und doch unbeantwortbaren Fragen reagiert Kant mit der Unterscheidung von Verstandes- und Vernunftbegriffen. Die Verstandesbegriffe werden in der Kategorientafel (1. Kategorie der Quantität: Einheit, Vielheit, Allheit. 2. Kategorie der Qualität: Realität, Negation, Limitation. 3. Kategorie der Relation: substantia et accidens, Ursache und Wirkung, Wechselwirkung zwischen dem Handelnden und Leidenden. 4. Kategorie der Modalität: Möglichkeit - Unmöglichkeit, Dasein - Nichtsein, Notwendigkeit - Zufälligkeit.) namhaft gemacht. Die Vernunftbegriffe lassen sich nicht so leicht, d. h. kategorial fixieren. Damit ist aber nicht gesagt, daß man nun nicht mehr weiß, ob die Vernunftbegriffe tatsächlich wahr sind.

Bei Kant sind die Vernunftbegriffe regulative Ideen, die wie die Geräte eines Landvermessers außerhalb der Fläche aufgestellt werden, um die es geht. Kant erleichtert dem Leser der Kritik der reinen Vernunft an der entsprechenden Stelle mit einem Beispiel das Verständnis seines schwierigen Textes. „Cajus ist sterblich“, könnte ein Satz sein, den wir aus dem Geschichtsbuch gelernt haben, ein Satz, der aus der Erfahrung stammt. Wie würden wir indessen reagieren, wenn das Geschichtsbuch uns mitteilen würde, Cajus sei nicht sterblich? Dieser Mitteilung würde unsere Vernunft widersprechen, ohne daß wir zuvor ein Quellenstudium hinter uns bringen müßten. Wie kommt das? Ich habe einen Begriff, unter dessen Bedingungen das Prädikat des Urteils steht. Im Fall des Beispiels: Alle Menschen sind sterblich. Jetzt subsumiere ich meinen Gegenstand unter diesen Begriff in seinem ganzen Umfang: Cajus ist ein Mensch. Hinsichtlich der Sterblichkeit gibt es keine Ausnahme. Nun komme ich zur Erkenntnis meines Gegenstandes: Cajus ist sterblich. Der ganze Umfang des Begriffs, der einem Vernunftschluß vorausgeht, ist die Bedingung, unter der der Gegenstand steht. Das ist die Allgemeinheit. Die Allgemeinheit heißt in der Synthese der Anschauung: die Totalität der Bedingungen. „Da nun das Unbedingte allein die Totalität der Bedingungen möglich macht, und umgekehrt die Totalität der Bedingungen jederzeit selbst unbedingt ist: so kann ein reiner Vernunftschluß überhaupt durch den Begriff des Unbedingten, sofern er einen Grund der Synthesis des Bedingten enthält, erklärt werden.“<sup>5</sup>

Die Totalität der Bedingungen liegt also in der „Idee“, ihr Inhalt ist kein existierender Gegenstand, der immer schon kategorial bestimmt, immer schon bedingt wäre, dessen Erkenntnis immer schon das Geschäft der Verstandestätigkeit bleiben muß. Aber der Verstand braucht notwendigerweise selbst einen Kanon, soll nicht ins Blaue hinein bestimmen. Die Notwendigkeit der „Ideen“, der „reinen Vernunftbegriffe“, erweist sich, sofern diese Aufgabe besteht, „die Einheit des Verstandes, wo möglich, bis zum Unbedingten fortzusetzen... es mag auch übrigens diesen transcendentalen Begriffen an einem

---

<sup>4</sup> Kritik der reinen Vernunft. Kants gesammelte Schriften, hg. von der Königlichen Preußischen Akademie der Wissenschaften, Bd. IV, Berlin 1903, S. 7.

<sup>5</sup> KrV., S. 205.



angemessenen Gebrauche in concreto fehlen und sie mithin keinen anderen Nutzen haben, als den Verstand in die Richtung zu bringen, darin sein Gebrauch, in dem er aufs Aeußerste erweitert, zugleich sich selbst durchgehend einstimmig gemacht wird.“<sup>6</sup>

Das transzendente Konstruktionsprinzip entspricht, wie wir sehen, der Methode des besagten Landvermessers. Kein Naturwissenschaftler käme auf die Idee, einem solchen Landvermesser entgegenzuhalten, er spekuliere nur über eine neue Grünanlage, aber vermesse sie nicht, weil seine Geräte außerhalb der Fläche stehen, die er vermißt. Der Philosophie gegenüber, die in vergleichbarer Lage ist, wird der Einwand gemacht. Der Kritizismus nannte solchen Einwand dogmatisch. Wahr ist freilich, das transzendente Konstruktionsprinzip ist ein Werkzeug, kein Allheilmittel.

Im Bereich der praktischen Vernunft vollzieht Kant eine Kehrtwende. Die Idee hat hier konstitutiven Charakter, nicht nur regulativen wie im Bereich der theoretischen Vernunft. Das transzendente Konstruktionsprinzip ist dasselbe, aber es funktioniert umgekehrt. Äußerlich am schnellsten vor Augen zu führen, ist die Kehre am Aufbau der „Kritik der praktischen Vernunft“. Kant beginnt die Analytik der reinen praktischen Vernunft mit den Grundsätzen und schreitet von dort zu den Begriffen eines Gegenstandes der reinen praktischen Vernunft fort. In seiner ersten Kritik bot er zuerst die Analytik der Begriffe und viel später die der Grundsätze. Für unsere begrenzten Zwecke kommen wir schneller zum Ziel, wenn wir uns der „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ zuwenden. Kant beginnt mit folgendem Satz: „Es ist überall nichts in der Welt, ja überhaupt auch außerhalb derselben zu denken möglich, was ohne Einschränkung für gut könnte gehalten werden als allein ein guter Wille.“<sup>7</sup> Also alle Talente des Geistes, wie Verstand, Witz, Urteilskraft oder gute Eigenschaften des Temperaments, wie Mut, Entschlossenheit, Beharrlichkeit, auch Macht, Reichtum, Ehre und selbst Gesundheit und Zufriedenheit sind nicht gut, wenn der gute Wille fehlt. Man kann ja Böses mittels dieser Güter oder Werte verrichten. Im Bereich der theoretischen Vernunft waren wahre Aussagen mit Hilfe der Verstandesbegriffe (Kategorien) möglich. Die Vernunftbegriffe (Ideen) hatten in concreto keinen Nutzen, außer daß sie den Verstand in Richtung Unendlichkeit trieben. Im Bereich der praktischen Vernunft sieht die Sache anders aus. Der gute Wille muß da sein. Aber wie soll das zugehen? Da der Mensch Neigungen hat, ist er „der Idee einer praktischen reinen Vernunft zwar fähig, aber nicht so leicht vermögend, sie in seinem Lebenswandel in concreto wirksam zu machen.“<sup>8</sup>

Wo kommt der gute Wille her? Die Freiheit ist der Schlüssel, aber empirisch kann sie nicht erwiesen werden. Kant schreibt im dritten Abschnitt der Grundlegung: Die Freiheit muß „als Eigenschaft aller vernünftigen Wesen bewiesen werden, und es ist nicht genug, sie aus gewissen vermeintlichen Erfahrungen von der menschlichen Natur darzuthun (wiewohl dieses auch schlechterdings unmöglich ist und lediglich a priori dargethan werden kann), sondern man muß sie als zur Thätigkeit vernünftiger und mit einem Willen begabter Wesen überhaupt beweisen. Ich sage nun: Ein jedes Wesen, das nicht anders als unter der Idee der Freiheit handeln kann, ist eben darum in praktischer Rücksicht wirklich frei, d. i. es gelten für dasselbe alle Gesetze, die mit der Freiheit un-

---

<sup>6</sup> KrV., S. 205.

<sup>7</sup> Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Akad.-Ausg., Bd. IV, S. 393. Abgekürzt: Grundlegung.

<sup>8</sup> Grundlegung, S. 389.

zertrennlich verbunden sind, eben als ob sein Wille auch sich selbst und in der theoretischen Philosophie für gültig frei erklärt würde.“<sup>9</sup>

Das transzendente Konstruktionsprinzip kann gleichsam vorwärts und rückwärts angewandt werden. Wenn die Maschine vorwärts fährt, zieht sie die regulativen Ideen nach, wenn sie rückwärts fährt, schiebt sie die konstitutive Idee vor sich her. Der theoretische Gebrauch der Vernunft ist philosophisch die schwierigere Aufgabe, der praktische Gebrauch der Vernunft führt selbst „beim gemeinsten Verstande leicht zu großer Richtigkeit“. Dennoch erfordert die Kritik der praktischen Vernunft, daß „ihre Einheit mit der speculativen in einem gemeinschaftlichen Princip zugleich müsse dargestellt werden können, weil es doch am Ende nur eine und dieselbe Vernunft sein kann, die bloß in der Anwendung unterschieden sein muß.“<sup>10</sup>

Für Kant war die Einheit der spekulativen und der praktischen Vernunft im transzendentalen Konstruktionsprinzip überzeugend dargestellt, jedenfalls als er 1786 die „Grundlegung“ der Öffentlichkeit übergab. Doch es gab Kantianer, die hatten bei aller Begeisterung für den Meister noch Fragen. War denn wirklich die Einheit der Vernunft gewahrt, wenn der gute Wille an der Freiheit und die Freiheit an einem Als-ob hängt, wie in der „Grundlegung“ gesehen? Die Kritik der Urteilskraft (1790) hatte den Mangel an Grundsätzlichem nur noch deutlicher an den Tag gebracht. Es fehlte Kant auch an einem übergreifenden Prinzip zwischen Geist und Natur. Schelling faßte die Bedenken der Kantianer, die über Kant hinaus wollten, in einem Brief an Hegel vom 6. Januar 1795 in unüberbietbarer Prägnanz zusammen. „Ich lebe und webe gegenwärtig in der Philosophie. Die Philosophie ist noch nicht am Ende. Kant hat die Resultate gegeben; die Prämissen fehlen noch. Und wer kann Resultate verstehen ohne Prämissen. - Fichte, als er das letzte Mal hier war, sagte, man müsse den Genius des Sokrates haben, um in Kant einzudringen. Ich finde es täglich wahrer. - Wir müssen noch weiter mit der Philosophie... Nun arbeite ich an einer Ethik à la Spinoza, sie soll die höchsten Prinzipien aller Philosophie aufstellen, in denen sich die theoretische und die praktische Vernunft vereinigt.“<sup>11</sup>

## 2.2. Reinhold

Reinhold war seit einiger Zeit auf dem Wege vorangegangen: „Zu dieser Wissenschaft, die ich, in wieferne sie aller theoretischen und praktischen Philosophie gemeinschaftlich zum Fundament dient, allgemeine Elementarphilosophie nenne, hat zwar die Kritik der Vernunft Materialien, aber nicht einmal die Idee, geschweige denn das wirkliche Fundament aufgestellt; ...“<sup>12</sup> Reinhold suchte das Fundament. Der Sprachgebrauch bei Kant, Reinhold und Schelling ist Beleg genug dafür, daß es tatsächlich um den Zusammenhang von theoretischer und praktischer Philosophie ging. Mehr Aufwand betreiben wir für unsere Zwecke nicht, um die Auffassung, die Romantik zerstöre die Vernunft, in Gelassenheit zu übergehen. Aber wie gelingt das Unternehmen? Die Frage stellte sich

---

<sup>9</sup> Grundlegung, S. 447f.

<sup>10</sup> Grundlegung, S. 391.

<sup>11</sup> Briefe von und an Hegel, Bd. 1: 1785 - 1812. Hg. v. Johannes Hoffmeister, Berlin 1970, S. 14.

<sup>12</sup> Carl Leonhard Reinhold, Über das Fundament des philosophischen Wissens nebst einiger Erläuterungen über die Theorie des Vorstellungsvermögens, Jena 1791, S. 72. Abgekürzt: Fundament.

auch Novalis. Um ihn nachher recht verstehen zu können, ist es nötig, Reinholds Vorgabe - Novalis hatte ihn gehört - noch ein wenig zu beschreiben.

Ein übergreifender Grundsatz sollte her. „Es muß ein allgemeingeltender Satz als erster Grundsatz möglich seyn, oder die Philosophie ist als Wissenschaft unmöglich... und der Zufall muß ewig bey der Lenkung menschlicher Angelegenheiten die Rolle behalten, die eurer Ueberzeugung nach der Vernunft gebührt.“<sup>13</sup> Nur durch ein allgemeingeltendes Prinzip könne die Schmach von der Philosophie genommen werden. Keine Rede kann demnach davon sein, daß erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts, seit die Naturwissenschaften die Rasanzen des Fortschritts bestimmen, die Philosophie ihre Existenzberechtigung nachweisen muß, weil ein völlig neues, durch die Mathematik und das Experiment charakterisiertes Denken in der Wissenschaft allgemein Fuß gefaßt habe. Das Problem bestand schon früher. Wie umgekehrt kein Naturwissenschaftler, der sich an der philosophischen Debatte beteiligt, aus dem Schneider ist, weil er exakte Zahlen zuhauf im Gepäck hat. Es ging schon Reinhold um den allgemeingeltenden Grundsatz. Der Grundsatz soll nicht nur einleuchten, er soll auch wie eine Währung im Umlauf sein. Die Wahrheit, die nur im Elfenbeinturm erwogen wird, bleibt eitel. Die Wahrheit soll politisch werden. Darum muß aber zuvor die Philosophie strenge Wissenschaft werden.

Als strenge Wissenschaft kann Philosophie nur in systematischer Form auftreten. Dazu bedarf es des obersten Grundsatzes. „Nur durch diesen obersten Grundsatz erhalten alle übrigen zu derselben Wissenschaft gehörigen Sätze, erhält der ganze Inhalt die Einheit Einer Wissenschaft, in dem jener Grundsatz das allgemeine Prädikat aufstellt, das allen Prädikaten und Subjekten im ganzen Umfange der Wissenschaft zukömmt... so verdankt ihm das ganze Gebäude der Wissenschaft, das nur durch ihn Systematisch wird, seine ganze Festigkeit, die nur durch den durchgängigen Zusammenhang aller Sätze, und durch Zurückführung aller auf einen möglich ist.“<sup>14</sup> Der allgemeingeltende Satz muß natürlich von besonderer Beschaffenheit sein.

„Dasjenige, was an der Spitze der Elementarphilosophie“ steht, darf durch keine künftige Philosophie überboten werden können.<sup>15</sup> Der Grundsatz, der durch keine Philosophie erwiesen werden kann, kann selbstverständlich erst recht nicht durch irgendeine Erfahrungswissenschaft beschafft werden. Die Erfolge der modernen Naturwissenschaften mögen noch so imposant sein, sie können die Grundsatzfrage der Philosophie nicht lösen, sie gründen darauf. Der übergreifende Grundsatz mußte nämlich dermaßen evident sein, daß er nicht einmal bewiesen werden konnte. Diese Anforderung stellte Reinhold an einen Grundsatz als Antwort auf Kants Als-ob im transzendentalen Konstruktionsprinzip. Reinhold fand die Lösung über den Begriff der Vorstellung. Skeptisches Mißtrauen gegenüber irgendwelcher Willkür in der Wissenschaft ist fehl am Platze. Reinhold ging es um den Begriff der gültigen Vorstellung. Vorstellen kann man sich allerlei. Man kann sich ein geflügeltes Roß vorstellen und wie sich auf ihm die Dichter in Begeisterung emporschwingen. Wer die Willkür dieser Vorstellung erörtern möchte, gibt

---

<sup>13</sup> Karl Leonhard Reinhold, Beyträge zur Berichtigung bisheriger Mißverständnisse der Philosophen. Erster Band das Fundament der Elementarphilosophie betreffend, Jena 1790, S. 367. Abgekürzt: Beyträge.

<sup>14</sup> Beyträge, S. 119.

<sup>15</sup> Fundament, S. 77.

nur preis, daß er etwas nicht verstanden hat. Die Sprache des Mythos vermittelt dennoch keine gültige Vorstellung im Sinne der Wissenschaft.<sup>16</sup>

Reinhold wollte Philosophie als exakte Wissenschaft möglich machen. Die Philosophie, die er suchte, sollte die Merkmale der Vorstellung nur durch erschöpfende Zergliederung vor Augen führen, nicht herbeischaffen.<sup>17</sup> Der Begriff der Vorstellung muß schon synthetisch bestimmt sein, bevor er analytisch bestimmt werden kann.<sup>18</sup> Der Begriff der Vorstellung mußte aus dem Bewußtsein gewonnen werden als eine Tatsache, hinter die man nicht zurückgehen konnte.<sup>19</sup> Und siehe: es klappte. „Durch keinen Vernunftschluß, sondern durch bloße Reflexion über die Thatsache des Bewußtseyns, das heißt, durch Vergleichung desjenigen, was im Bewußtseyn vorgeht, wissen wir: daß die Vorstellung im Bewußtseyn durch das Subjekt vom Objekt und Subjekt unterschieden und auf beyde bezogen werde.“<sup>20</sup>

Kant lieferte die Wissenschaft der a priori bestimmten Merkmale eigentlicher Objekte. Reinhold wollte die Wissenschaft einen Schritt weiter führen. Er lieferte „die Wissenschaft der a priori bestimmten Merkmale der bloßen Vorstellungen.“<sup>21</sup> Die „a priori bestimmten Merkmale der bloßen Vorstellung“ machen die gültige Vorstellung aus. Die gültige Vorstellung gleicht dem Meßgerät des Landvermessers. Sie funktioniert wie das transzendente Konstruktionsprinzip, ist aber ein Faktum. Wissenschaft ohne dieses Faktum ist so unmöglich wie ohne Objekt. Dieses Faktum ist die Subjektseite der Wissenschaft. Ohne die Konstruktion der Subjektseite keine objektive Erkenntnis der Wissenschaften, die exakten eingeschlossen.

Wenn Philosophie sich nicht mehr von sachfremden Interessen oder anderen Kurzschlüssen ablenken läßt, sollte sie so evident sein wie Mathematik. Die Faszination der sogenannten exakten Wissenschaften wäre ohne eine Philosophie dieser Bauart gar nicht denkbar. Jemand, der mit der Natur lebt, der Spuren lesen, Heilpflanzen und den zu ihrer Anwendung erforderlichen Ritus kennen muß, kann mit den Naturerklärungen der exakten Wissenschaften nichts anfangen. Was nützt ihm die Relativitätstheorie, wenn er an der Spur erkennen muß, wann der Bär hier war? Auch die exakten Wissenschaften haben keinen unbegrenzten Erklärungswert.

---

<sup>16</sup> „Dem Flügelpferde kömmt das Merkmal Flügel nothwendig zu, weil ihm unter der Voraussetzung, daß es mit Flügeln gedacht sey, die Flügel keineswegs nicht zukommen können; und so kömmt dem weisen Bären das Merkmal weiß, und dem, was entsteht, das Merkmal der Wirkung ebenfalls nur unter ebenderselben Voraussetzung nothwendig zu, daß das Prädikat, das im Urtheile mit dem Subjekte als verbunden ausgesagt wird, schon vor dem Urtheile mit dem Begriffe es Subjekts verbunden sey, wodurch allein von dem Urtheilen das gelten kann: daß das, was in ihm verbunden wird, in sofern nicht nicht verbunden werden könne.“ Vgl. *Fundament*, S. 34. Der weiße Bär hat eine Entsprechung in der Erfahrung, das Flügelpferd hat keine und das ist ein erheblicher Unterschied hinsichtlich der gültigen Vorstellung. Die ganze Operation wurde natürlich nur wegen des Begriffs der Wirkung gemacht. Etwas ist entstanden. Nun muß auch eine Ursache sein. Aber was ist eine Ursache?

<sup>17</sup> *Fundament*, S. 77.

<sup>18</sup> *Fundament*, S. 77.

<sup>19</sup> *Fundament*, S. 77f.

<sup>20</sup> *Fundament*, S. 78.

<sup>21</sup> *Fundament*, S. 70. Unter bloßer Vorstellung ist nicht etwa freie Erfindung zu verstehen, sondern das der Rezeptivität gegebene und durch Spontaneität auf Einheit gebrachte Mannigfaltige. Vgl. Karl Leonhard Reinhold, *Versuch einer neuen Theorie des menschlichen Vorstellungsvermögens*, Prag und Jena 1789, S. 206, 292.

Das wurde den frühen Romantikern klar. Sie haben die Wissenschaften, die sich an Zahl und Maß orientierten, nicht verachtet, aber der Mensch und seine Welt war ihnen damit noch nicht erklärt. Und sie zweifelten aus diesem Grunde an der Möglichkeit eines ersten Grundsatzes.

### 2.3 Fichte

Das damalige Ringen um das transzendente Konstruktionsprinzip ist immer noch aufschlußreich. So wie Reinhold das Als-ob aus dem Begriff der gültigen Vorstellung herausbringen wollte, das Kant noch für produktiv hielt, so hatte Reinhold wie Kant Arbeit übrig gelassen.

Der Begriff der Vorstellung müsse synthetisch bestimmt sein, sagte Reinhold, bevor er analytisch bestimmt werden kann. Was war denn da passiert? Was war denn da geschehen? Da war doch einer vorher da, um heimlich dran zu drehn. Das etwa schoß Fichte am warmen Winterofen November/Dezember 1793 durch den Kopf. Und einer pietistischen Bekehrung gleich wußte er im Nu, auf welchem Wege der absolut erste Grundsatz der Philosophie und damit erst ein überzeugendes System gefunden werden konnte.<sup>22</sup>

Schon bei Reinhold verschob sich der Schwerpunkt der Argumentation immer mehr vom Begriff der gültigen Vorstellung auf die Rolle des Subjekts. Fichte wollte die Wissenschaft nun entschieden wieder einen Schritt weiterführen. Das Subjekt bezieht und unterscheidet das Subjekt vom Objekt. Der Satz des Bewußtseins drückt eine Tatsache aus. Na gut, aber dahinter konnte man zurückgehen. Es gab ja eine Handlung, durch die das Selbstbewußtsein sich selber ergriff.

Der höchste Grundsatz der Philosophie war dann dasselbe wie die Beschreibung dieser Handlung, durch die das Ich sich selbst setzt und sich dem Nicht-Ich entgegensetzt, lautete das Ergebnis der Entdeckungsreise, die Fichte seit Frühjahr 1794 seinen Hörern in Jena vortrug: „Also das Setzen des Ich durch sich selbst ist reine Thätigkeit desselben... Es ist zugleich das Handelnde, und das Produkt der Handlung; das Thätige, und das, was durch die Thätigkeit hervorgebracht wird; Handlung und That sind Eins und eben dasselbe; und daher ist das: Ich bin, Ausdruck einer Thathandlung; aber auch der einzig möglichen...“<sup>23</sup>

Tat-Handlung bedeutet also für Fichte, die Tat als Tat-Sache und die Handlung sind eins, aber beide Momente sind als Struktur zu erkennen, so wie ein Dreieck eins ist, aber seine drei Seiten zu sehen sind. Die Wortbildung soll offenbar eine Analogie zum Wort „Tatsache“ sein. Tatsache war damals auch ein neueres Wort in der deutschen Sprache und 1801 noch als ungeschickt verworfen, doch von Lessing, Herder und Goethe

---

<sup>22</sup> Fichtes Enkel berichtet: „Und hier sei beiläufig einer Mittheilung erwähnt, welche er (sc. Johann Gottlieb Fichte) später in Freundeskreisen machte, daß er damals über das höchste Princip der Philosophie lange und anhaltend meditirend, wie mit einer plötzlich ihn ergreifenden Evidenz, während er am warmen Winterofen stand, von dem Gedanken ergriffen worden sei, nur das Ich, der Begriff der reinen Subject-Objectivität, könne das höchste Princip sein.“ Vgl. J. G. Fichte im Gespräch. Berichte der Zeitgenossen, hg. von E. Fuchs, Bd. 1, Stuttgart 1978, S. 63.

<sup>23</sup> Grundlage der gesammten Wissenschaftslehre, 1794. J. G. Fichte Gesamtausgabe der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, hg. v. Reinhard Lauth und Hans Jacob, Bd. I, 2, Stuttgart/Bad Cannstadt 1965, S. 259.(Gesamtausgabe = GA, Band und Seite.)

durchgesetzt worden.<sup>24</sup> Vermutlich bildete Fichte nun sein Kunstwort in Erinnerung an die Kritik, die Änesidemus-Schulze am Satz des Bewußtseins übte, wo von der Handlung des Bewußtseins die Rede war.<sup>25</sup>

Das Ich bedeutet nicht empirische Individualität. Darum spricht Fichte auch von Ichheit. Ichheit ist immer gegenwärtig, wo ein empirisches Ich ist, doch Ichheit ist nicht Allgemeinheit. Mit Intersubjektivität sind wir heute wohl besser bedient, ohne daß wir damit ganz genau dasselbe meinen wie Fichte mit dem nicht-individuellen Ich. Es gibt offensichtlich verschiedene Denkkulturen. Die Fragen: Wahrheit oder nicht, Wissenschaft oder nicht, Fortschritt oder nicht, sind damit noch nicht entschieden. Womöglich entfernt sich die Wissenschaft hin und wieder von der Wahrheit, während sie scheinbar Fortschritte erzielt.

Es geht um den Punkt, wo Fichte über Kant samt Reinhold hinauskommt. Wie konnte er die Einheit von theoretischer und praktischer Vernunft festhalten? Die Gliederung der „Grundlage der gesamten Wissenschaftslehre“ von 1794 läßt am äußeren Aufbau kaum eine Neuerung erkennen. Der erste Teil handelt von den „Grundsätzen der gesamten Wissenschaftslehre“, der zweite von der „Grundlage des theoretischen Wissens“, der dritte von der „Grundlage der Wissenschaft des Praktischen“. Dabei ging es darum, das transzendente Konstruktionsprinzip in der praktischen Philosophie nicht anders anzuwenden als in der theoretischen. Das Geheimnis steckte in der Tathandlung, in der das Handelnde und das Produkt der Handlung eins sind. Nun mußte Fichte den Beweis liefern.

Das Verfahren ist zweifellos zeitbedingt und für unseren Zeitgeschmack vielleicht etwas umständlich, vielleicht auch nicht in allen Stücken überzeugend. Dennoch gehört unser Zeitgeschmack zum selben Wissenschaftsideal.

Fichte fordert den Leser auf, etwas zu denken - irgendetwas. Die Reflexion ist frei, es kommt nicht darauf an, an welchen Punkt sie beginnt. Im Gegensatz zu Reinhold braucht Fichte nicht das Faktum, hinter das man nicht mehr zurückgehen kann mit dem Risiko, daß einer kommt, der das „Unmögliche“ trotzdem schafft. Der Leser oder das empirische Bewußtsein soll etwas denken und von dem Gedachten abstrahieren und dann soll es auch von den Momenten des Bewußtseins abstrahieren. So entsteht das leere Bewußtsein. Darüber hinaus kann das Bewußtsein nicht fortschreiten. Recht eigentlich ist schon jetzt nicht mehr nur ein empirisches Bewußtsein am Werk. Das empirische Bewußtsein hat zwar begonnen, inzwischen sehen wir aber den Transzendentalphilosophen bei der Arbeit. Der Landvermesser stellt seine Geräte auf.

---

<sup>24</sup> Friedrich Kluge, *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*, 12. u. 13. unveränderte Auflage, Berlin/Leipzig 1943, S. 613.

<sup>25</sup> Gottlob Ernst Schulze schrieb: „Da Herr Reinhold selbst erklärt hat, daß die Begriffe Subject, Object und Vorstellung...durch das Unterscheiden und Beziehen...bestimmt werden, so müßte vorzüglich...die im Bewußtseyen vorkommende Handlung des Unterscheidens und des Beziehens durch die im Satz des Bewußtseyens gebrauchten Worte so genau und so vollständig bestimmt angegeben seyn, daß beständig von allen Menschen nur einerley und weder überflüssige noch zu wenige Merkmale mit denselben verbunden werden können.“ Vgl. *Aenesidemus oder über die Fundamente der von Herrn Prof. Reinhold in Jena gelieferten Elementar-Philosophie. Nebst einer Vertheidigung des Scepticismus gegen die Anmaßungen der Vernunftkritik*, Helmstedt 1792 (Die Schrift erschien allerdings anonym, ohne Ort und Jahr), S. 65. Seite 69ff folgt dann die Kritik an der Behauptung, der Satz des Bewußtseins drücke ein Faktum aus, das an keine bestimmte Erfahrung gebunden sei. Damit waren die Momente beisammen, die Fichte einleuchteten verband.

Fichte drückt das Bewußtsein, das sich selbst ergreift, aus in dem Satz:  $A = A$ . Das Vermögen heißt: Etwas schlechthin setzen.

Dann erläutert Fichte weiter.  $A$  ist  $A$  besagt nicht, daß  $A$  ist. Es geht noch gar nicht um den Gehalt des Satzes, nur um die Form. Von der Form aber ist zu sagen, daß sie einen notwendigen Zusammenhang darstellt. Diesen notwendigen Zusammenhang nennt Fichte  $X$ . Sodann fragt Fichte: Unter welchen Bedingungen ist denn nun  $A$ ? Antwort:  $X$  ist in dem Zusammenhang von  $A$  und  $A$ , also in dem Bewußtsein, das sich selbst ergreift. Also ist  $X$  im Ich.  $X$  ist durch das Ich gesetzt. Ich hatte  $X$  ohne allen Grund gegeben.  $X$  ist nur in der Beziehung zu  $A$  möglich.

Wo stünde eigentlich die moderne Wissenschaft ohne diese Denkschule? Die moderne Wissenschaft ist Bestandteil dieses Ichs, das wir ja als Intersubjektivität verstehen wollten.

Beispiel: Stephen Hawking erklärt: „Ich verlange nicht, daß eine Theorie mit der Wirklichkeit übereinstimmt, denn ich weiß gar nicht was das ist. Mich interessiert nur, ob die Theorie die Ergebnisse von Messungen vorhersagt.“<sup>26</sup> So ähnlich hat Novalis auch schon geredet. „Alle historische Wissenschaft (Nach damaligem Sprachgebrauch ist alle Erfahrungswissenschaft gemeint.) strebt mathematisch zu werden. Die mathematische Kraft ist die ordnende Kraft...“<sup>27</sup> Für den Kriminalisten wäre der Fall eindeutig. Beide waren am Tatort. Nicht erwiesen ist durch den Vergleich der Aussagen lediglich, zu welcher Zeit jeder von beiden da war. Aber darüber besteht ja bereits keine Unklarheit. Die Romantiker von damals würden heute nur protestieren, wenn Naturwissenschaftler der Meinung wären, sie könnten, nachdem sie so viel gemessen und gerechnet haben, das bißchen Philosophie auf derselben Etage gleich mit erledigen.

Ein Naturwissenschaftler darf sich natürlich philosophisch äußern. Sofern er für Hörer aller Fakultäten spricht, wird der Philosoph begierig zuhören, gerade wenn er für die Philosophie relevante Aussagen macht. Sobald er philosophische Erbensprüche stellt, ist er Philosoph. Wenn er nun behaupten sollte, in klassischen Zeiten versuchte die Philosophie eine Erklärung der Wirklichkeit im Ganzen zu geben, heute sei die Philosophie bescheidener, dann wird es problematisch. Diese Bescheidenheit kommt ziemlich journalistisch daher. Wenn der Wissenschaftler sich immer nach dem gleichen Muster verhält, wenn immer wieder Mathematik und Experiment sein Verhalten bestimmen, dann war die Bescheidenheitserklärung überflüssig. Da sind wir wieder bei Fichte und ziemlich bald bei Novalis.

Da  $X$  im Ich gesetzt ist, muß auch  $A$  im Ich gesetzt sein. Also wird das  $A$ , das Subjekt ist, mit dem  $A$ , das Objekt ist, durch  $X$  und damit durch Ich vereinigt. Und so kann  $A = A$  auch  $\text{Ich} = \text{Ich}$  heißen. Dieses Ich ist nun aber endgültig nicht mehr das empirische. Von dem nicht-individuellen Ich läuft die Partie wieder zurück ins Reich der Erfahrung. Jetzt kann die Vernunft ohne Bruch, ohne ein Als-ob arbeiten. Die theoretische und die praktische Vernunft sind aus einem absolut ersten Grundsatz zu brauchen. Philosophie wird aus einem Stück möglich.

---

<sup>26</sup> Zitiert nach Gerhard Klose, Aspekte der Wissenschaftsentwicklung am Beispiel der Physik, Rohrbacher Manuskripte 17, 2001, S. 40.

<sup>27</sup> Novalis Schriften. Die Werke von Friedrich von Hardenberg. Begründet von Paul Kluckhohn und Richard Samuel. Hg. von Richard Samuel in Zusammenarbeit mit Hans-Joachim Mähl und Gerhard Schulz, Bd. 3: Das philosophische Werk II, Stuttgart 1983, 2. Aufl., S. 459, Nr. 1016.

### 3. Novalis als Transzendentalphilosoph

Wie Fichte erkannte, daß Reinhold noch Arbeit übrig gelassen hatte, erkannten einige der jüngeren Generation, daß auch Fichte noch Arbeit übrig gelassen hatte. Lange währte die Schonfrist nicht, die dem frischgebackenen Professor in Jena eingeräumt wurde. Hölderlin sprach „mit Begeisterung von ihm als einem Titanen“<sup>28</sup> Im Gänsemarsch folgten seine Schüler ihm dennoch nicht nach. Einer dieser Schüler war Novalis.<sup>29</sup>

Novalis hat sich - wahrscheinlich als Vorarbeit für einen Aufsatz im Philosophischen Journal Niethammers - seit September oder November 1795 bis ins Jahr 1796 hinein mit Fichte beschäftigt.<sup>30</sup> Er hatte neben der Berufsarbeit nur „3 Stunden des Tages frey“ zu solchen Studien, wie er dem Bruder Erasmus am 11./13. November 1795 mitteilt. Das Arbeitstempo muß erheblich gewesen sein.

Die Aufzeichnungen beginnen mit dem entscheidenden Gedanken wie aus der Pistole geschossen, schreibt ein Interpret.<sup>31</sup> Von einem fulminanten Auftakt, wo Novalis nicht nur auf die Kernstellen der Wissenschaftslehre losgeht, sondern „vom ersten Moment an ihren Mechanismus unterläuft“, ist an anderer Stelle die Rede.<sup>32</sup> Wie Hardenberg den Mechanismus der WL im Blick auf das transzendente Konstruktionsprinzip unterläuft, wollen wir versuchen, für uns nachvollziehbar zu machen.

#### 3.1 Am Anfang stand eine Operation der Vernunft?

Die erste Handschriftengruppe beginnt so:

*„1. In dem Satz a ist a liegt nichts als ein Setzen, Unterscheiden und verbinden. Es ist ein philosophischer Parallelismus. Um a deutlicher zu machen wird A getheilt. Ist wird als allgemeiner Gehalt als bestimmte Form aufgestellt. Das Wesen der Identität läßt sich aber nur in einem Scheinsatz aufstellen. Wir verlassen das Identische um es darzustellen“<sup>33</sup>*

Wir wollen den Gedanken durch ein Beispiel griffiger machen. In dem Satz a = a liegt also ein Setzen. Daher setzen wir: a = dieser Stuhl. Dieser Stuhl ist die bestimmte Form des allgemeinen Gehalts Sein. Der Tisch wäre eine andere bestimmte Form des allgemeinen Gehalts. Alles, was ist, hat teil am Sein. Darum ist Ist der allgemeine Gehalt. Es ist das Sein-selbst, das nichts Seiendes, nichts Konkretes und nichts Abstraktes ist, das

<sup>28</sup> Briefe von und an Hegel, Bd. 1, S.18.

<sup>29</sup> Novalis hatte im August 1797 ein Gespräch mit Fichte, worüber er am 5. September Fr. Schlegel schrieb: „Bey Fichte gericht ich auf meine Lieblingsmaterie. - Er war meiner Meynung nicht -- aber mit welcher Schonung sprach er darüber, da er meine Meynung für eine Abgedrungene hielt - Es soll mir unvergeßlich sein.“ Vgl. Manfred Frank, „Unendliche Annäherung“. Die Anfänge der philosophischen Frühromantik, Frankfurt/Main 1997, S. 796.

<sup>30</sup> Vgl. Novalis Schriften. Die Werke Friedrich von Hardenbergs in 4 Bänden und einem Begleitband, hg. von Paul Kluckhohn und Richard Samuel, Stuttgart, 3. Aufl., 1977 (Historisch-kritische Ausgabe = HKA), Bd. II, Hans-Joachim Mähl, Einleitung, S. 32f. und M. Frank, Annäherung, S. 784-787.

<sup>31</sup> Vgl. M. Frank, Annäherung, S. 796.

<sup>32</sup> Nikolaus Lohse, Dichtung und Theorie. Der Entwurf einer dichterischen Transzendentalpoetik in den Fragmenten des Novalis, Heidelberg, 1988, S. 48.

<sup>33</sup> Novalis. Werke, Tagebücher und Briefe Friedrich Hardenbergs, hg. von Hans-Joachim Mähl und Richard Samuel. Bd. 2: Das philosophische Werk, S. 8, Nr. 1. Im folgenden: Novalis. Werke, Band, Seite und Fragment-Nummer.



aber immer mitgedacht wird, wenn von etwas gesagt wird, daß es ist. Und a ist die bestimmte Form. Wir unterscheiden oder verbinden den allgemeinen Gehalt mit der bestimmten Form in dem Vorgang, der hier Setzen heißt. An späterer Stelle heißt es: „Setzen muß in dem Sinne gebraucht werden, den es in den Ausdruck hat: ich setze den Fall. Es ist die Handlung der Hypothese.“<sup>34</sup> Der Satz  $a = a$  ist als Satz der Identität aber ein Scheinsatz. Wie das?

Novalis schiebt hier zur Erläuterung in Parenthese ein, wie der Scheinsatz funktioniert, also wie das Identische verlassen und dargestellt wird: „- Entweder *dis* geschieht nur scheinbar - und wir werden von der Einbildungskraft dahin gebracht, es zu glauben - es geschieht was schon ist - natürlich durch imaginaires Trennen und vereinigen - ”

Um der Übersichtlichkeit willen brechen wir hier den Text zunächst ab, um ihn zu entfalten. Wir hatten gesagt  $a =$  dieser Stuhl. Durch imaginäres Trennen und Vereinigen befinden sich mit dem Satz  $a = a$  zwei Stühle in unserer Vorstellung. Das Identische beider Stühle ist natürlich auch mit einem Stuhl gegeben. Der zweite Stuhl ist sowieso nur eine Hilfskonstruktion - und schwer in der Vorstellung festzuhalten. Wir müssen die Vorstellung ständig wiederholen und sind Ursache unserer Vorstellung. Die Einbildungskraft hat uns aber durch die Hilfskonstruktion dahin gebracht, zu glauben, daß  $a$  gleich  $a$  ist. „Anders gesagt: das Sein der Identität wird zum Geschehen der Vereinigung, und das Geschehen ist ‚nur scheinbar‘: ‚es geschieht, was schon Ist‘.“<sup>35</sup>

Nun bringen wir den zweiten Teil der Parenthese: „Oder wir stellen es [*das Identische*] durch sein Nichtseyn, durch ein Nichtidentisches vor - Zeichen - ein bestimmtes für ein gleichförmig bestimmendes - dieses gleichförmig bestimmende muß eigentlich durchaus unmittelbar das mitgetheilte Zeichen durch eben die Bewegung bestimmen wie ich - Frey und doch so wie ich. Geschmack und Genie.“<sup>36</sup>

Wir gehen jetzt also vom Nichtsein des Identischen aus und stellen uns das Identische durch ein Zeichen, ein Nichtidentisches vor. In unserer vorigen Operation stand an der Stelle der zweite Stuhl. Die Hilfskonstruktion ließ sich in der Vorstellung aber schwer festhalten. Wir blieben die Ursache unserer Vorstellung. Das Zeichen als Nichtidentisches ist nun etwas Bestimmtes. Daraus sollte ein Vorteil für die Einbildungskraft erwachsen.

Wenn  $a$  dieser Stuhl ist, aber dieser Stuhl gar nicht da ist, weil wir ja vom Nichtsein des Identischen ausgehen, was ist dann das Zeichen? Gesetzt ich bin der Tischler, der im Begriff ist, den Stuhl zu bauen, dann ist das Zeichen die Zeichnung, durch die ich mir den Stuhl schon vorstellen kann. Dieser vorgestellte Stuhl ist aber auch das Bestimmende für das bestimmte Zeichen. Ich habe so lange an der Zeichnung gearbeitet, bis sie dem vorgestellten Stuhl (d.h. dem gleichförmig Bestimmenden) entsprach. Nun erst stelle ich mir mit Hilfe der Zeichnung den Stuhl vor, kann auch die Vorstellung festhalten und habe den Kopf frei für die Arbeit am Holz. Das Bestimmende muß nämlich unmittelbar „das mitgetheilte Zeichen durch eben die Bewegung bestimmen, wie ich“. Das Bestimmende, der vorgestellte Stuhl, füllt meine Vorstellung aus. Es ist frei, so wie ich. Das Bestimmte, die Zeichnung, ist nur noch ein Merkblatt, auf dem ich nachsehe,

<sup>34</sup> Novalis. Werke, 2, S. 107f, Nr. 282.

<sup>35</sup> Manfred Frank, Das Problem ‚Zeit‘ in der deutschen Romantik. Zeitbewußtsein und Bewußtsein von Zeitlichkeit in der frühromantischen Philosophie und in Tiecks Dichtung, Paderborn 1990, S. 141.

<sup>36</sup> Novalis. Werke, 2, S. 8, Nr. 1.

wenn ich das eine oder andere Maß für die weitere Arbeit brauche. Wenn ich nun Kunstschler bin und mein Stuhl ein Kunstwerk wird, vielleicht ein Königsthron, der alle Macht ausstrahlt, dann wird niemand daran zweifeln: In dem Satz  $a = a$  ist  $a$  durch  $A$  dargestellt. „Das Sein war schon, bevor es ‚durch sein Nichtseyn, durch ein Nichtidentisches‘, durch ein ‚Zeichen‘ artikuliert werden konnte.“<sup>37</sup>

Eine weitere Bemerkung beschließt die Parenthese: „Ersteres [das imaginäre Trennen und Vereinigen geschieht] wenn es durch ein Mittelbares, eine Vorstellung meiner Productions-handlung des Zeichens oder nur meiner Absicht, meines Sinnes [hervorgebracht wird], letzteres, wenn ohne das Mittelbare, die Vorstellung meiner Causalität, es unmittelbar producirt - wie ich. Jenes ist bloßer Geschmack, das Genie Geschmack.“<sup>38</sup>

Wäre  $a =$  dieser Stuhl ein bequemes aber gewöhnliches Sitzmöbel geworden, würde es bloßen Geschmack einer gewissen Kultur ausdrücken. Wäre der Stuhl aber doch besagter Königsstuhl, der wirklich königliche Macht ausstrahlt, würde sich in ihm Genie-Geschmack ausdrücken. Man kann sich bis heute bei jedem Museumsbesuch selber davon überzeugen.

Hardenberg interpretiert im Anschluß an Fichte das Verhältnis des Identischen und beschwört doch Fichtes eigentliches Problem, sagt Frank. „Um sich reflexiv... fassen zu können, muß das in der Reflexion Gespiegelte schon als das mit dem Verglichenen Gleiche bekannt sein.“<sup>39</sup> Diesen Prozeß wollen wir weiter am Text verfolgen.

### 3.2 $a = a$ - aber Ich bin ich

Der nächste Abschnitt lautet:

„Anwendung des bereits gesagten auf den Satz: Ich bin ich.

Grammaticalisch enthält er dreyfach idem.

Gehalt kann in dem Satze: Ich bin Ich nicht mehr, als in dem bloßen Begriff des Ich liegen.

Was ist Ich? Absolut thetisches Vermögen/ Die Sphäre des Ich muß für uns alles umschließen. Als SelbstGehalt kann es Gehalt erkennen. Das Erkennen deutet auf ein Ich-seyn. Als Grund alles Bestimmens für das Ich, oder aller Form ist es mithin Grund seiner eigenen Bestimmung, oder Form. Kürzer: es ist eine selbstständige Bestimmung des Gehalts - damit hat es sich selbst alle Bestimmung gegeben.

Spontaneität seiner Bestimmung - Es nimmt z. B.  $A$  an, weil es  $a$  annimmt.

Warum die erste Handlung eine freye Handlung seyn muß - weil sie keine andere voraussetzt - Sie ist, weil sie ist, nicht, weil eine andre ist. Folglich ist die Bestimmung des Ich, als Ich, frey. /Eine nichtfreye Handlung, kann nur durch eine andre Handlung nichtfrey seyn und so fort. Identität/

Weil das Ich ein durchgehends bestimmtes ist, so kann es den allgemeinen Gehalt nur in sich erkennen. Inwiefern es den allgemeinen Gehalt außer sich versetzt - muß es daran glauben. Wissen, als eine Bestimmung, kann es ihn nicht, denn sonst müßte er in ihm seyn. Was ich nicht weis, aber fühle / das Ich fühlt sich selbst, als Gehalt/ glaube ich. Die Handlung des Heraussetzens muß frey seyn - aber nur mittelbar - Sie hängt von der

<sup>37</sup> M. Frank, Zeit, S. 141.

<sup>38</sup> Novalis. Werke, 2, S. 8, Nr. 1.

<sup>39</sup> M. Frank, Zeit, S. 141.

ersten Handlung ab - die werden wir nicht gewahr, folglich fühlen wir diese, als nicht-frey. Warum wir sie nicht gewahr werden - weil sie das Gewährwerden erst möglich macht, und folglich dis in ihrer Sphäre liegt - die Handlung des Gewährwerdens kann ja also nicht aus ihrer Sphäre herausgehn und die Muttersphäre mitfassen wollen.“<sup>40</sup>

Einen solchen Text will ein Philosoph, der auch Dichter ist, natürlich nicht veröffentlichen. Statt regulärer Satzzeichen werden Schrägstriche gesetzt. Der Gedanke ist nicht völlig ausgeführt. Wir müssen nicht alle Lücken schließen. Doch wir hoffen, die Wendungen nachvollziehbar machen zu können, die verdeutlichen, wie Novalis über Fichte hinaus kommt.

Angewandt wird in diesem Abschnitt der Satz  $a = a$  auf das Ich. Wir setzen also  $a = \text{Ich}$ . Setzen ist Unterscheiden und Verbinden von bestimmter Form und allgemeinem Gehalt. Wir unterscheiden und verbinden demnach die bestimmte Form Ich mit dem allgemeinen Gehalt Sein. Das Sein ist jetzt aber wieder Ich, weil das Ich durchgehend bestimmt und bestimmend ist. Allgemeiner Gehalt, bestimmte Form und deren Identität sind in dem Satz Ich bin ich gleich ursprünglich. „Dreyfach idem“, sagt Hardenberg.

Was ist nun Ich? Es ist ein absolut thetisches Vermögen. Das thetische Vermögen ist jenes Setzen, das Gehalt und Form unterscheidet und verbindet. Da das Ich Gehalt (Sein) ist, kann es Gehalt erkennen. Da das Ich bestimmte Form ist, ist es der Grund seiner eigenen Bestimmung und mithin der Grund alles Bestimmens. Wenn  $a$  der Stuhl ist, liegt der Grund der Bestimmung aber nicht im Stuhl, sondern im Ich. Das Ich ist eine Sphäre, die „für uns alles um schließt“. An anderer Stelle bedeutet Sphäre Schema oder „bloße Sphäre“<sup>41</sup>. Die Sphäre, könnte man sagen, ist das Schema, das alle Eindrücke so deutet, daß das tägliche Existenzminimum an Durchblick gesichert ist.

Vergleichen wir die Operation  $a = a$ , wenn  $a = \text{Ich}$  ist mit derselben Operation, wenn  $a = \text{dieser Stuhl}$  ist, dann tritt an die Stelle des Zeichens die Reflexivität. Wenn  $a = \text{Ich}$  ist, wird Identität durch Reflexivität gewonnen. Wenn  $a$  etwas anderes ist, wird die Objektivität des Gehalts (Sein) gegen seine Reflexivität gewonnen. Der Gehalt ist nun außerhalb, etwas Seiendes, das dem Ich entgegengesetzt ist. Die Handlung des Heraussetzens muß auch frei sein wie die erste Handlung des Sich-setzens. Die Handlung des Heraussetzens ist aber nur mittelbar frei, weil sie von der Handlung des Sich-setzens abhängig ist. Die erste Handlung werden wir nicht gewahr, weil sie das Gewährwerden erst möglich macht. Mit der ersten Handlung ist es wie mit dem Auge. Das Auge sieht alles, nur nicht sich selber. „Der Mensch fühlt die Grenze die alles für ihn, ihn selbst, umschließt, die erste Handlung; er muß sie glauben, so gewiß er alles andre weiß.“<sup>42</sup>

Um Novalis recht zu verstehen, müssen wir nochmals Fichte unsere Aufmerksamkeit schenken, auch wenn es schien, als hätten wir ihn schon hinter uns. Novalis bezieht sich mit dem Anfang dieser Studien doch wohl besonders auf die Verhältnisbestimmung von WL und Logik im § 6 in Fichtes Einladungsschrift, die für dessen Lehrtätigkeit in Jena gedacht waren.

Die Logik sei eine besondere Wissenschaft, die es mit der Form von Sätzen zu tun habe. Aber im Begriff des Satzes läge, daß er Form und Gehalt habe. Hieraus ergibt sich das Verhältnis von Logik und WL. Die WL begründet die Logik nicht umgekehrt. Die

---

<sup>40</sup> Novalis. Werke, 2, S. 8f., Nr. 1.

<sup>41</sup> Vgl. Novalis. Werke, 2, S. 109, Nr. 283.

<sup>42</sup> Novalis. Werke 2, S. 11, Nr. 3.

WL ist notwendig, „nicht als deutlich gedachte systematisch aufgestellte Wissenschaft, aber doch als Naturanlage - die Logik ist ein künstliches Produkt des menschlichen Geistes in seiner Freiheit“. Ohne WL gäbe es kein Wissen und keine Wissenschaft. Ohne Logik würden alle Wissenschaften nur später zu Stande gebracht werden können. WL ist eine Bedingung der Wissenschaft, Logik ist eine „wohlthätige Erfindung“.<sup>43</sup>

Beispiel: „ $A = A$  ist ohne Zweifel ein logischer Satz, und in so fern er das ist, ist seine Bedeutung die: wenn A gesetzt ist, so ist A gesetzt. Es entstehn hierbei die zwei Fragen: Ist denn A gesetzt? - und in wiefern und warum ist A gesetzt, wenn es gesetzt ist; wie hängt jenes Wenn und dieses So überhaupt zusammen?“<sup>44</sup>

Fichte gibt die Formel, nach der jeder, sei er Physiker, sei er Historiker, arbeiten muß, wenn er wissenschaftlich arbeiten will. Genau an dieser Stelle setzen Hardenbergs Fichte-Studien ein. Aber er bedient sich nur des fichteschen Begriffsapparates zum selbständigen Philosophieren. Dabei verändert sich das transzendente Konstruktionsprinzip.<sup>45</sup>

Novalis war mit Fichte nicht ganz einverstanden. Seine Bedenken setzen im Zentrum der Philosophie Fichtes an. „Hat Fichte nicht zu willkürlich alles ins Ich hineingelegt?“<sup>46</sup>

Man kann Fichte sicher nicht vorwerfen, „die Welt ist ihm nur ein Ball, den das Ich geworfen hat, und den es bey der Reflexion wieder fängt! So hätte er seine Gottheit wirklich declariert, wie wir neulich erwarteten.“<sup>47</sup> Max Wundt fand „es einfach lächerlich, wenn man in die Setzung des Nicht-Ich durch das Ich eine Art Welterschöpfung des Ich erblickt.“<sup>48</sup>

Fichte wollte das gesamte System der Philosophie, die endlich als Wissenschaft möglich werden sollte, aus einem absolut ersten Grundsatz entwickeln. Mit Hilfe des transzendentalen Konstruktionsprinzips sollte die Welt nicht erschaffen, sondern die Vernunfttätigkeit erklärt werden. Genauso ging es ihm um Vernunftklärung als Beitrag der Philosophie zur Weltgestaltung, was seine Arbeit über den „geschlossenen Handels-

<sup>43</sup> GA, I, 2, S. 139.

<sup>44</sup> GA, I, 2, S. 139.

<sup>45</sup> Zum Vergleich setzen wir Fichtes entscheidende Sätze hierher. „Setzet: A im obigen Satze bedeutet ich, und habe also seinen bestimmten Gehalt, so hieße der Satz zuvörderst: Ich bin Ich: oder, wenn ich gesetzt bin, so bin ich gesetzt. Aber, weil das Subjekt des Satzes das absolute Subjekt, das Subjekt schlechthin ist, so wird in diesem einzigen Falle, mit der Form des Satzes zugleich sein innerer Gehalt gesetzt: Ich bin gesetzt, weil ich mich gesetzt habe. Ich bin, weil ich bin. - Die Logik also sagt: Wenn A ist, ist A; die Wissenschaftslehre: Weil A (dieses bestimmtes A = Ich (Erläutert die 2. Aufl. weiter) ist, ist A.“ Das bedeutet: Ich ist unbedingt und schlechthin gesetzt oder das Ich fängt geradezu mit sich selber an. „Setzet: A im obigen Satze bedeutet nicht das Ich, sondern irgend etwas anders, so läßt sich aus dem obigen die Bedingung einsehen, unter welcher man sagen könne: A ist gesetzt; und wie man berechtigt sei zu schließen: Wenn A gesetzt ist, so ist es gesetzt. - Nämlich der Satz  $A = A$  gilt ursprünglich nur vom Ich; er ist von dem Satze der Wissenschaftslehre Ich bin Ich abgezogen; aller Gehalt also, worauf er anwendbar seyn soll, muß im Ich liegen, und unter ihm enthalten seyn. Kein A also kann etwas andres seyn, als ein im Ich gesetztes, und nun hiesse der Satz so. Was im Ich gesetzt ist, ist gesetzt; ist A im Ich gesetzt, so ist es gesetzt, (in so fern es nemlich gesetzt ist, als möglich, wirklich, oder nothwendig) und so ist es unwidersprechlich wahr, wenn das Ich Ich seyn soll. - ...“ Vgl. GA, I, 2, 140.

<sup>46</sup> Novalis. Werke. 2, S. 12, Nr. 5.

<sup>47</sup> Schiller an Goethe, 28. 10. 1794. Vgl. Fichte im Gespräch. Berichte der Zeitgenossen, hg. von E. Fuchs, Bd. 1, Stuttgart 1978, S. 160.

<sup>48</sup> Max Wundt, Johann Gottlieb Fichte. Sein Leben und seine Lehre, Stuttgart 1927, S. 109.

staat“ zeigt. Daß dieser Staat so kein Ideal ist, braucht nicht mehr erläutert zu werden. Wieso aber bereits 1800 ein Korrektiv zu jener Art Weltgestaltung, die inzwischen Globalisierung heißt, gedacht werden konnte, ist durchaus des weiteren Nachdenkens wert. Auf dieser Linie scheint sich Novalis zu bewegen, längst bevor Fichte den „Handelsstaat“ vorlegte. Die Linie zog Novalis bereits in der Auseinandersetzung mit Fichte in der Fundamentalphilosophie.

### 3.3 Ohne Ontologie geht die ganze chose nicht

#### 3.3.1 Das Ich hat keinen Anfang

Novalis fragt vorsichtig. Man könnte fast hören: Hat Fichte nicht etwas zu willkürlich alles ins Ich gelegt? Die Sphäre des Ich umschließt auch bei Novalis alles. Aber irgendwo im Ich liegt der Unterschied. Wie entwickelt er sich weiter?

„Theilen und vereinen.  
Reines und empirisches Ich.  
Über das Bewußtseyn.

[2.] Wissen kommt her von Was - es bezieht sich allemal auf ein was - Es ist eine Beziehung auf das Seyn, im bestimmten Seyn überhaupt nemlich im Ich.

Der Accent, die Länge liegt im bestimmten Seyn bey dem Wissen auf dem Seyn das Bestimmte wird nur mitgenommen, ist Accidens. Beim Fühlen ist es umgekehrt. Der Accent liegt da auf der Form, auf der Bestimmung. Das Seyn wird nur mitgenommen, ist Accidens.

Das Bewußtseyn ist Sphäre des Wissens. Bey dem Fühlen kann es nur mediat vorkommen.

/Das Wissen wird hier lediglich in der bestimmten Bedeutung genommen/

Was für eine Beziehung ist das Wissen? Es ist ein Seyn außer dem Seyn, das doch im Seyn ist.

/Theilen - vereinen/

Das Bewußtseyn ist ein Seyn außer dem Seyn im Seyn.

Was ist aber das?

Das Außer dem Seyn muß kein rechtes Seyn seyn.

Ein unrechtes Seyn außer dem Seyn ist ein Bild - Also muß jenes außer dem Seyn ein Bild des Seyns im Seyn seyn. Das Bewußtseyn ist folglich ein Bild im Seyn. Nähere Erklärung des Bildes./Zeichen/ Theorie des Zeichens. /Theorie der Darstellung oder des Nichtseyns im Seyn, um das Seyn für sich auf gewisse Weise daseyn zu lassen/

Theorie des Raumes und der Zeit bey dem Bilde.“<sup>49</sup>

In dem neuen Abschnitt wird „Theilen und vereinen“ zweimal herausgehoben notiert. Vorhin stellte Hardenberg unterscheiden und verbinden gegenüber. Darin bestand der Vorgang, durch den sich das Ich selbst setzt. Offenbar wird dieser Vorgang weiter analysiert, so daß das reine und das empirische Ich und das Bewußtsein ins Bild kommen. „Das Bewußtseyn ist die Sphäre des Wissens.“ Wenn a wieder dieser Stuhl ist und ich das

---

<sup>49</sup> Novalis. Werke 2, S. 9f, Nr. 2.

aussagen kann, habe ich ein Wissen von dem Stuhl. Ich sitze zwar darauf. Aber gleichzeitig existiert der Stuhl ein zweites Mal in meinem Bewußtsein, also außer dem Sein. Insofern ist das Bewußtsein ein Bild vom Sein. Das Bild (Zeichen) muß erklärt werden. Das Zeichen für etwas ist nicht die Sache selber. Es ist das „Nichtseyn im Seyn, um das Seyn für sich auf gewisse Weise daseyn zu lassen“. Die „gewisse Weise“ zielt auf die Bestimmtheit und bedeutet nicht etwa soviel wie „in etwa“. In unserem Beispiel vom Stuhl, dem Tischler und der Zeichnung vom Stuhl haben wir schon ein wenig vorweggenommen, was Novalis in Nr. 11 der ersten Handschriftengruppe ausführlich behandelt und gleich im ersten Abschnitt auf den Punkt bringt. „1. Theorie des Zeichens oder was kann durch das Medium der Sprache wahr seyn“ ausführlich behandelt. „Jedes verständliche Zeichen also muß in einem schematischen Verhältniß zum Bezeichneten stehen.“<sup>50</sup>

Wenn nun wieder a = Ich ist und ich das aussagen kann, hat das Ich ein Wissen von sich oder eben Selbstbewußtsein. So wie vorhin Identität durch Reflexivität geschah, geschieht jetzt durch Reflexivität Selbstbewußtsein. Das Wissen vom eigenen Sein ist Reflex oder „ein unrechtes Seyn außer dem Seyn“, ein Bild. Das Wissen vom eigenen Sein, das Selbstbewußtsein ist also nicht der Anfang vom Sein des Ich. Im „Allgemeinen Brouillon“ von 1798/99, das laut Mähls Einleitung eine Materialsammlung für ein Buch sein wird, finden wir die Bestätigung. „Der Anfang des Ich ist blos idealistisch.<sup>51</sup> - Wenn es angefangen hätte, so hätte es so anfangen müssen. Der Anfang entsteht später als das Ich, darum kann das Ich nicht angefangen haben. Wir sehen daraus, daß wir hier in einem Gebiet der Kunst sind - aber diese künstliche Supposition ist die Grundlage einer ächten Wissenschaft die allemahl aus künstlichen Factis entspringt. Das Ich soll constructirt werden. Der Philosoph bereitet, schafft künstliche Elemente und geht so an die Construction. Die Naturgeschichte des Ich ist dieses nicht - Ich ist kein Naturproduct - keine Natur - kein historisches Wesen - sondern ein artistisches - eine Kunst - ein Kunstwerck. Die Naturgeschichte des Menschen ist die andere Hälfte.“<sup>52</sup> Das Ich, das nur einen idealistischen Anfang hat, taucht aber nicht etwa wie Dornröschen aus der Bewußtlosigkeit auf, sondern der „Zustand drückt vortrefflich das eigenste Wesen des bisher sogenannten Gegensatzes aus.“<sup>53</sup> Dieser Zustand vor der Reflexion ist ein Fühlen. „Beym Fühlen kann es (das Bewußtsein) nur mediat vorkommen.“ Das Sein des Ich kommt der Reflexion über sein Sein zuvor. Der Grund des Wissens bleibt dem Wissen transzendent. Damit hat Novalis tatsächlich Fichtes absolut ersten Grundsatz überrannt.

Jetzt zeigt sich an der Beziehung, die das Wissen ist, daß das Ich nicht sein eigenes Seins setzt, sondern auf es trifft. „15. Die Philosophie soll nicht mehr antworten, als sie gefragt wird. Hervorbringen kann sie nichts. Es muß ihr etwas gegeben werden/ Analyse/. Dieses ordnet und erklärt sie, ...“<sup>54</sup> Die Worte zielen sicherlich auf Fichtes Behauptung, daß kein A etwas anderes sein könne (ob als mögliches, wirkliches oder notwendiges) als ein im Ich Gesetztes, wenn Ich Ich sein soll. Fichte will mit Hilfe der transzendentalen Begriffsbildung Philosophie als Wissenschaft möglich machen - wie

---

<sup>50</sup> Novalis. Werke, 2, S. 14, Nr. 11.

<sup>51</sup> D. h. der Anfang des Ich stammt aus Begriffen, nicht aus der Erfahrung.

<sup>52</sup> Novalis Schriften, HKA, Bd. III, S. 253, Nr. 76.

<sup>53</sup> Novalis. Werke, 2, S. 116, Nr. 292.

<sup>54</sup> Novalis. Werke. 2, S. 17, Nr. 15.

zuvor Reinhold. Darum versteht er seine Philosophie, man könnte auch sagen: seine Metaphysik, als Wissenschaftslehre. Reinhold wollte, daß die Philosophie die Königin der Wissenschaften werde. Bei Hardenberg ist der Gedanke auch deutlich zu erkennen. „Die Wissenschaftslehre ist eine wahrhafte, unabhängige, selbständige Encyclopätik. - Wissenschaft der Wissenschaften./ Wissenschaftslehre ist ein System des wissenschaftlichen Geistes - die Psychologie, wenn ich so sagen darf - der Wissenschaft im Ganzen.“<sup>55</sup> Doch Hardenberg treibt Fichte gleichsam über sich selbst hinaus in seine „höhere Wissenschaftslehre“<sup>56</sup> hinein. Die transzendente Begriffsbildung verwandelt sich durch diese Zielsetzung in eine Art konkrete Logik. Dabei war Fichte selbst nahe daran, den nächsten Schritt zu gehen, als er festhielt, dem Absoluten sei nichts entgegengesetzt, weil es nicht etwas ist.<sup>57</sup> Wenn dem so ist, ist nur dem endlichen Ich ein Nicht-Ich entgegengesetzt. Da stellt sich die Frage: Was geschieht im empirischen Ich, wenn es sich ein Nicht-Ich entgegengesetzt?

3. Wenn nun der allgemeine Gehalt nur im Ich wäre, so könnte man das bestimmte Seyn nicht dem Nur Seyn entgegensetzen? Der Glauben zwingt uns auch nur diese Scheingegensetzung vorzunehmen, zu der wir allerdings im thetischen Vermögen die Kraft besitzen. /So wechselt das Denken und das Fühlen die Rolle des Subjectiven und Objectiven./

An dem Nur Seyn haftet gar keine Modification, kein Begriff - man kann ihm nichts entgegensetzen - als verbaliter das Nichtseyen. Dis ist aber ein copulirendes Häckchen, was blos pro Forma dran gehängt wird - Es scheint nur so. Greift doch eine Handvoll Finsterniß.

Um das Ich zu bestimmen müssen wir es auf etwas beziehn. Beziehn geschieht durch Unterscheiden - beydes durch These einer absoluten Sphäre der Existenz. Dis ist das Nur Seyn - oder Chaos.<sup>58</sup>

Wenn der allgemeine Gehalt, also das Sein-selbst, nur im Ich wäre, könnte man das bestimmte Sein, sei es dieser Stuhl oder das Ich, nicht dem Nur-Sein entgegensetzen. Wenn es um das Nur-Sein, das Ist, die Existenz überhaupt, eben die „absolute Sphäre der Existenz“ geht, ist keine Modifikation möglich. Basta, das ist die ganze Erklärung. Aber weil mit dem Nur-Sein auch das Nichtsein zur Debatte steht, wird bestimmtes Sein möglich. Erst durch das Nichtsein kommt Bestimmung, Modifikation, Bewegung ins Sein. Wenn man Hardenberg ernstnimmt, ist das Nichtsein die Ermöglichung von Sein im Sinne von Seinsordnung. „Realität erkennt die Realität nur durch Beziehung, Form, Schein - Negation. / Die Form des Seyns ist Nichtseyen - die Form des Nichtseyns - Seyn. / Die Beziehung des Nichtseyns ist Seyn. Folglich ist Wahrheit, Existenz - Form des Scheins, des Nichtseyns - Schein - Form der Existenz.“<sup>59</sup>

Man kann durchaus auch in diesem Zusammenhang auf das griechische *me on* verweisen, das eine dialektische Beziehung zum Sein hat, während das *ouk on* überhaupt

<sup>55</sup> Novalis Schriften, HKA, III, S. 249, Nr. 56.

<sup>56</sup> Novalis Schriften, HKA, III, S. 252, Nr. 76.

<sup>57</sup> Fichte, GA, I, 2, S. 110.

<sup>58</sup> Novalis. Werke, Bd. 2, S. 10f, Nr. 3. Vgl. S. 141, Nr. 376: „Die Quantität macht die Zahllosigkeit, die unendliche Mannichfaltigkeit - die Qualität bringt Einheit in das Chaos - Folgen“.

<sup>59</sup> Novalis. Werke, 2, S. 89, Nr. 234.

nichts, gewissermaßen ein schwarzes Loch anzeigt.<sup>60</sup> Das Verneinungspartikel *me* bezeichnet, daß nach dem Willen oder der Voraussetzung des Subjekts etwas als nicht vorhanden angesehen wird. Im negativen Finalsatz bedeutet *me*: damit nicht, daß nicht. Die griechische Sprache rührt hier an die fundamentale philosophische Frage, welche Art Sein das Nichtsein hat. Die griechische Philosophie hat den Genius ihrer Sprache nicht ungenutzt gelassen. Bei Platon korrespondiert das Unendliche, *to apeiron*, mit dem Nichtsein, *to me on*. Und Aristoteles definiert sogar den Stoff (*hyle*, lateinisch *materia*) als dasjenige, was, ohne der Wirklichkeit nach ein bestimmtes Etwas zu sein, doch der Möglichkeit nach ein bestimmtes Etwas ist, was ja, obzwar nicht etwas doch nicht absolut nichts ist. Dem Unendlichen entgegengesetzt ist das Begrenzte, *to peras*. Das Begrenzte ist das Sein, *to on*. Die Mischung von *me on* und *on* ist die Welt, wie wir sie sehen.

Die Frühromantiker nehmen die alte Frage nach dem Sein des Nichtsein in ihre Überlegungen auf. Damit was wo sein kann, muß anderswo nichts sein. Schon wenn ich die fünf Finger meiner Hand abzählen will, muß neben Finger auch Nichtfinger dasein. Jedes Anfangen setzt ein Aufhören voraus. „Eins ist, das durch die Allheit Bedingte. Mehrheit ist ein Abbrechen der Fortsetzung.“<sup>61</sup> Aber wie kommt dann das Bewußtsein mit dem absoluten Anfangen und dem Sein-selbst zurecht?

Der Glaube bzw. das Gefühl (Was ich nicht weiß, aber fühle, glaube ich.) zwingt uns, eine Scheingegensetzung vorzunehmen. Im thetischen Vermögen haben wir die Kraft dazu. Aus einer Scheinoperation soll Wissen werden? In der Tat: Was für eine Beziehung ist Wissen? Die Frage wird immer drängender.

### 3.3.2 Gefühl, Reflexion, Wissen

Das Sein ist das Erste. Als Erstes kommt es selbstverständlich dem Denken, damit auch allem Messen und Berechnen, zuvor. Aber dieses blinde, unbewegliche Nur-Sein ist trotz aller Autorität, die das Ich fühlt, nur Finsternis. Es wäre schon sehr merkwürdig, wenn Novalis bei der obigen Formulierung nicht an Gen. 1, 1f gedacht hätte: „Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde. Und die Erde war wüst und leer, und es war finster auf der Tiefe;...“ Am Anfang war das Nur-Sein, aber es war Chaos, Tohuwabohu. Bis in unsere Umgangssprache hat sich die hebräische Wendung erhalten. Außerdem sollten die Gespräche mit Schelling im Jenaer Romantikerkreis ihren Niederschlag gefunden haben. Auch Schelling beschäftigt sich dann noch ausführlich mit der Mythologie.

Die Sprache des Mythos hat keine Schwierigkeit, einem verwickelten Sachverhalt Ausdruck zu verleihen. Die Logik quält sich noch und noch: Wie vermeidet man, daß sich der Begriff vom Sein vor das Sein schiebt? Novalis versucht es mit dem Fühlen. Aber was eben noch, „beym Fühlen“, die Autorität des Objektiven hatte, wird das Subjektive.<sup>62</sup> Das Sein-selbst verliert so seine erste Autorität. Das Denken, dem das Nur-

<sup>60</sup> M. Frank, *Annäherung*, S. 802, denkt bei der Aussage, daß das Bewußtsein kein rechtes Sein sei an das *me on* der alten Griechen.

<sup>61</sup> Novalis. *Werke*, 2, S. 53, Nr. 86.

<sup>62</sup> Novalis. *Werke*, 2, S. 76, Nr. 219: „Empfindung scheint Subjectives - Gefühl Objectives zu seyn.“ Vgl. „Die Anschauung ist für das Gefühl und die Reflexion getheilt. Eins ist sie ohne Anwendung. Angewandt ist sie Tendenz und Produkt. Die Tendenz gehört dem Gefühl, das Produkt der Reflexion. Das Subjective dem Gefühl, das Objective der Reflexion.“ (Novalis. *Werke*, 2, S. 18, Nr. 16).



Sein oder man könnte auch sagen das absolut notwendige, nicht von anderswo her begründbare Sein zuvorkommen muß, wenn nicht alles im Zufälligen verkommen soll, ergreift im zweiten Schritt, gewissermaßen sicherheitshalber, das Objektive. Das thetische Vermögen besteht in diesem Rollenwechsel. „Die Nothwendigkeit, die wir fühlen, ein objectives Daseyn anzunehmen ist die natürliche Thatsache des Entgegensetzens.“<sup>63</sup> „Novalis zieht mit, wie man sagen muß, schlafwandlerischen Sicherheit - und offenbar, ohne sich zunächst einer Abweichung von Fichte bewußt zu sein - die Konsequenz: Das Ich, dem entgegengesetzt werden kann, ist allein wirkliches, ist allein endliches Ich.“<sup>64</sup> Novalis ist dabei, eine philosophische Entdeckung zu formulieren. Nicht der Begriff, nicht die Idee, nicht das Bewußtsein bestimmt das Sein, sondern das Sein bestimmt das Bewußtsein, das zwar ein Bild des Seins außer dem Sein, aber dennoch kein Abbild, keine Kopie der Wirklichkeit ist. Auch Hölderlin wollte Fichtes Ich als Anfang der Philosophie nicht gelten lassen und schlägt in dieselbe Kerbe wie Novalis. „In diesem Sinne könnte man von einem Primat des Seins über das Bewußtsein reden: das Licht, in dem das Bewußtsein sich hält, fließt nicht aus ihm, sondern einem (nicht-kausal gedachten) Grund, den das Bewußtsein nie ganz ausleuchten kann.“<sup>65</sup>

Eine Scheinoperation sichert, daß der Begriff des Seins sich nicht vor das Sein schiebt. Zu verhindern ist ein unendlicher Regressus, in dem sich das Denken todläuft. Ausgerechnet eine Scheinoperation soll eine solch fundamentale Aufgabe lösen?

Und wie kann die Scheingegensetzung eigentlich möglich werden? Ein Text aus der dritten Handschriftengruppe hilft weiter.

„Gegensetzen drückt die Handlung des Gegenstandes aus, wodurch der Gegensatz und mithin der Gegenstand selbst, entsteht.

Entgegensetzen drückt die Handlung des Gegensatzes aus, wodurch der Gegenstand, Gegenstand unmittelbar und der Gegensatz selbst mittelbar wird.

Ersteres ist also das Schiboleth des Gefühls und der Empfindung - letzteres die Handlung der Anschauung und der Reflexion.“<sup>66</sup>

Besagte Scheingegensetzung erklärt sich also von dem Verständnis von Gegensetzen her. Mit der Scheingegensetzung sind wir eben noch in dem Ich, das sich selbst fühlt, das noch gar nicht bis zur Reflexion vorgedrungen ist. Das Gegensetzen ist nur die erste Hälfte der Operation, der die andere Hälfte, das Entgegensetzen, noch folgen muß. „Wahrheit ist das Ganze - Schein nur der Bruch - das Halbe - der das Ganze scheint und es nicht ist ...“<sup>67</sup> Warum wir es mit einer Scheinoperation zu tun haben, wird von diesem Begriffsapparat her nachvollziehbar. Möglich aber wird die Scheingegensetzung, weil sich der „Trieb Ich zu seyn“ betätigt. Dieser Trieb wird von Hardenberg weiter interpretiert als „Trieb zu denken und zu fühlen. Beyde äußern sich im Stoff und in der Form - Gegeneinander. Die Reflexion hat jetzt ihre bestimmte Handlungsweise (ihren

---

<sup>63</sup> Novalis. Werke, 2, S. 150, Nr. 444.

<sup>64</sup> M. Frank, Zeit, S. 140.

<sup>65</sup> Selbstbewußtseinstheorien von Fichte bis Sartre, hg. und mit einem Nachwort versehen von M. Frank, Frankfurt, 1991, S. 466.

<sup>66</sup> Novalis. Werke, 2, S. 115, Nr. 290.

<sup>67</sup> Novalis. Werke, 2, S. 87, Nr. 234.

bestimmten Stoff), das Gefühl seine bestimmte Form erhalten.<sup>68</sup> Die Scheingegensetzung ist aber wohl auch das Tor, durch welches das transzendente Konstruktionsprinzip in konkrete Logik eingeht.

Um das Ich bestimmen zu können, müssen wir es auf etwas beziehen und also von etwas unterscheiden. Doch bisher hatten wir nur den Primat des Seins vor dem Bewußtsein festgehalten. Das Nur-Sein ist nicht etwas. Vielmehr ist es noch Chaos, und doch ist es schon die Sphäre der Existenz, allerdings erst die „absolute Sphäre der Existenz“. Für den Begriff der Sphäre brauchen wir wiederum Belehrung. In der vierten Handschriftengruppe werden wir fündig. Novalis stellt sich selbst die Frage:

„Was für eine Theorie suche ich? Ich suche, das, was in uns denkt etc. zu ordnen - die Veränderungen in uns unter Gesetze zu bringen - ein Anschauliches und begreifliches Ganzes daraus zu bilden, nachdem ich dann meine innern Erscheinungen ordnen kann, und erklären - Ein Schema für mich.

Ein Schema enthält die Sphären eines in Rücksicht seiner Natur bestimmten, aber nicht wirklich gegebenen, Inhalts - und das wechselseitige Eingreifen dieses Sphären in einander um ein allgemeinbestimmtes Produkt hervorzubringen. ... Das Schema erleichtert nur die Behandlung eines einzelnen Falls, weil es die allgemeinen Gesetze der Gattung dieser Fälle anwenden lehrt, und mir so die Mühe der abermaligen Aufsuchung der Gesetze für diesen Fall erspart.“<sup>69</sup>

„Unser Gemüth ist durchaus schematisch. Genauer untersucht sind alle unsere Begriffe - Gattungsbegriffe.

/Verhältniß ist Afficirtseyn von einer Sphäre./

Das Einzelne ist nur Gattung in gewissen Verhältnissen, durch eine objective und Subjective Handlung isolirt. ...

/Sphäre oder Gattung sind eins/ ...“<sup>70</sup>

„Die gemeinschaftliche Sphäre entgegengesetzter Begriffe ist die Sphäre ihrer gemeinschaftlichen Produkte - was aufeinander i. e. zusammen würken will muß eine gemeinschaftliche Sphäre haben - In dieser werden die Eigenschaften bestimmt.“<sup>71</sup>

Das Nur-Sein ist die Sphäre, die auch das me on, jenes Nichtsein, umgreift, das eine dialektische Beziehung zum Sein hat.

„Sollte es noch eine höhere Sphäre geben, so wäre es die zwischen Seyn und Nichtseyn - das Schweben zwischen beyden - Ein Unaussprechliches, und hier haben wir den Begriff von Leben. Leben kann nichts anderes sein - der Mensch stirbt - der Stoff bleibt - das Mittelglied, wenn ich so sagen darf, zwischen Stoff und Vernichtung ist weg - der Stoff wird bestimmungslos - Jedes eignet sich zu, was es kann. Hier bleibt die Philosophie stehn und muß stehn bleiben - denn darinn besteht das Leben, das es nicht begriffen werden kann.

---

<sup>68</sup> Novalis. Werke, 2, S. 31, Nr. 32.

<sup>69</sup> Novalis. Werke, 2, S. 160, Nr. 465.

<sup>70</sup> Novalis. Werke, 2, S. 160f, Nr. 466.

<sup>71</sup> Novalis. Werke, 2, S. 162, Nr. 468. Nach M. Frank, Zeit, S. 445, Anm. 14, weitet Novalis Fichtes Begriff der Sphäre aus. Dazu Fichte, GA I, S. 191ff. Diese Ausweitung hilft den Begriff Gefühl, richtig einzuordnen. Soviel ist allerdings schon klar: Das Gefühl meint hier nicht Emotion. Es ist eher ein Existential wie Heidegger die Sorge.

Nur aufs Seyn kann alle Philosophie gehn. Der Mensch fühlt die Grenze die alles für ihn, ihn selbst, umschließt, die erste Handlung; er muß sie glauben, so gewiß er alles andere weiß. Folglich sind wir hier noch nicht transscendent, sondern im Ich und für das Ich.“<sup>72</sup>

Hinter das Nur-Sein kann man eigentlich kaum zurückgehen. Sollte es dennoch eine höhere Sphäre geben, kann es sich nur um ein Unaussprechliches handeln. Die Erwägung macht den Eindruck, als wäre sich Hardenberg über den weiteren Verlauf seiner Distinktionen noch unschlüssig. Ein halbes Jahr später bei der Abfassung der 4. Handschriftengruppe (Frühjahr 1796) scheint die „Unschlüssigkeit“ systematische Gründe zu haben.

„Am Ende setzt wol gar jede Gattung eine Umfassendere nothwendig voraus - und wenn das so ist, so ist höchste Gattung wol gar ein Nonsens. Das Allgemeine setzt das Einzelne, das Einzelne das Allgemeine voraus - der Begriff von Gattung, Art und Einzelnen hat nur einen regulativen, classificirenden Gebrauch - Keine Realität an sich, denn sonst würde er unendlich seyn. Wir müssen die Idee nicht verfolgen, denn sonst kommen wir in die Räume des Unsinn...“<sup>73</sup>

Wenn das Sein-selbst nicht das Nichtsein umfassen sollte, sondern Sein und Nichtsein von einer gemeinschaftlichen Sphäre umfaßt werden, weil wir diese zur Darstellung brauchen, ist das Mittlere zwischen den Entgegengesetzten ein unaussprechliches Schweben. Dieses nennt Novalis Leben.<sup>74</sup> Die Illustration ist nicht ohne Humor. Der Mensch stirbt, der Stoff bleibt. Vom bestimmungslosen Stoff eignet sich jedes zu, was es kann. Fast klingt es, als grüße Erich Kästner zum Neuen Jahr. „Wird's besser, wird's schlimmer, fragt man alljährlich. Seien wir ehrlich, Leben ist immer lebensgefährlich.“ Das Leben verläuft nach dem „Assoziationsgesetz“. „Höchste Darstellung des Unbegreiflichen ist die Synthese des Unvereinbaren - Setzen des Widerspruchs, als Nichtwiderspruchs.“<sup>75</sup>

Das Leben ist zwar nicht zu begreifen, trotzdem haben wir es nicht ohne unsere Interpretation. Wir können auch sagen: Die Interpretation stirbt zuletzt. Deshalb kann Hardenberg die Kategorien, die das Denken ausbildet mit dem Begriff des Lebens verbinden. „Nothwendig freye Wirkungen des Lebens auf das Was im Ich - das sind die Kategorien“<sup>76</sup> „Stoff ist mit Object, Form mit Subject einerley.“<sup>77</sup> „Reflexion und Vorstellung sind einerley. Im Vohergehenden ist alles noch auf eine sehr verwirrte Art deducirt. Wir haben aber jezt ein festes Anhalten. Ich ist die Synthesis der intellectualen

---

<sup>72</sup> Novalis. Werke, 2, S. 11, Nr. 3. Vgl. S. 75, Nr. 218: „Unsre Natur ist immanent - unsre Reflexion transscendent.“ Novalis ist offenbar dabei, mit den Mitteln der Transzendentalphilosophie, den Idealismus zu überwinden.

<sup>73</sup> Novalis. Werke, 2, S. 162, Nr. 466.

<sup>74</sup> Novalis, Werke, 2, S. 85, Nr. 234: „Möglich ist eine doppelte Beziehung im Dritten - es ist nichts als ein Schweben zwischen Nothwendig und wircklich.“ Vgl. S. 96, Nr. 249: „Freyheit bezeichnet den Zustand der schwebenden Einbildungskraft./ Gesetz muß Produkt der Freyheit seyn/“.

<sup>75</sup> Novalis. Werke, 2, S. 16, Nr. 12.

<sup>76</sup> Novalis. Werke, 2, S. 17, Nr. 13.

<sup>77</sup> Novalis. Werke, 2, S. 29, Nr. 30.

Anschauung.“<sup>78</sup> Was ist nun wieder die intellectuelle Anschauung? „Eine Wechselwirkung des Ich mit sich selbst scheinbar Mittelbar. Dis ist die intellectuelle Anschauung.“<sup>79</sup>

„Gefühl und Reflexion bewirken zusammen die Anschauung. Es ist das vereinigende Dritte .... Anwendung auf die Urhandlung. Gefühl scheint das Erste - Reflexion das Zweyte zu seyn.“<sup>80</sup>

Die Art der Deduktion kann den Leser in der Tat verwirren. Immer von neuen umkreist Hardenberg seinen Gegenstand. Wann einer seiner Begriffe ausreichend bestimmt ist, um damit weiter vordringen zu können, ist nicht leicht auszumachen.

Die Darstellung des Unbegreiflichen oder die Interpretation des Lebens beginnt bereits mit der Urhandlung. Jenen Akt nannte Fichte Tathandlung. Da Novalis diese Handlung bezüglich des Lebens tiefer aufklären will, benennt er sie auch anders.

„Die Urhandlung ist blos, insofern sie sich in These, Antithese und Synthese darstellt, Form der Reflexion. Ihr Substrat, als Leben, ... enthält die reine Darstellung des Gefühls oder des Stoffs in Beziehung auf die Form allein.“ Da das Sein vor dem Begriff des Seins kommt, ist nicht deduzierbar, wie der Begriff des Seins ins Subjekt kommt. Der Mensch fühlt die Grenze. Er kann das Unausprechliche selbstverständlich nicht deduzieren. Somit ist von der Urhandlung her auch der Macht des Menschen eine Grenze gezogen. „Philosofie ist ein ursprüngliches Gefühl... Die Grenzen des Gefühls sind die Grenzen der Philosophie.“<sup>81</sup>

Diese romantische Bescheidenheit hat es in sich.

„Um sich selbst zu begreifen muß das Ich ein anderes ihm gleiches Wesen sich vorstellen, gleichsam anatomiren. Dieses andre ihm gleiche Wesen ist nichts anderes, als das Ich selbst. Die Handlung dieser Alienation und respectiven Production wird gleichfalls nur an diesem Gedankenpräparat gewahr - es findet, daß es bey ihm selbst eben so seyn muß, daß die Handlung auf keine andre Art bey ihm geschieht, die dieser Reflexion vorhergeht.

/Wörterklärungen von Seyn, Leben, denken, vorstellen etc./

Natürlicher Gang der Reflexion zum Resultat und von Resultat zur Reflexion, als dem Resultate des Resultats. Leben ist ein aus Synthese, These und Antithese Zusammengesetztes und doch keins von allen dreyen.

Den Gehalt der These und der Form der ersten Synthese und Antithese müssen alle folgenden Thesen, Synthesen und Antithesen haben. Folglich muß Seyn allen Thesen, trennen und beziehn allen Antithesen und Synthesen seyn - ihr Character.“<sup>82</sup>

Das Ich kann sich nicht geradewegs begreifen. In der Beziehung geht es dem Ich so ähnlich wie der Hand oder dem Auge. Das Auge sieht alles, nur nicht sich selbst. Die Hand greift alles, doch sich selbst kann sie nicht einmal berühren. Das Ich kann alles begreifen („... so gewiß es alles andre weiß“), aber um sich selbst zu begreifen, bedarf es einer Hilfskonstruktion. Es muß sich „ein anderes ihm gleiches Wesen“ vorstellen. Das geschieht in der Urhandlung durch intellektuale Anschauung. Das Produkt dieser Anschauung ist das absolute Ich.<sup>83</sup> Ohne absolutes Ich, „welches aber nur Sphäre ist“,<sup>84</sup> wäre

<sup>78</sup> Novalis, Werke, 2, S. 29, Nr. 31.

<sup>79</sup> Novalis. Werke, 2, S. 24, Nr. 22.

<sup>80</sup> Novalis. Werke, 2, S. 19, Nr. 16.

<sup>81</sup> Novalis. Werke, 2, S. 18, Nr. 15.

<sup>82</sup> Novalis. Werke, 2, S. 11, Nr. 3.

<sup>83</sup> Novalis. Werke, 2, S. 25, Nr. 11.

Ich und Nichtich (nach der Schreibweise des Novalis) einerlei. Das Ich würde nie Ich von Was unterscheiden können. Siehe das Kleinkind. Es spricht von sich in der dritten Person und berichtet der Mutter freudestrahlend, der Stein habe gerufen: *Wirf mich ins Kellerfenster*. Manfred Frank bezeichnet den Zustand, nicht entwicklungspsychologisch, sondern philosophisch gedacht, als nicht-thetisches Bewußtsein. „Es muß ein Bewußtsein geben, das nicht primär Reflexion ist, d. h. ein Bewußtsein, das sich seinem Gegenstand nicht entgegensetzt, sondern ihm innewohnt, wodurch der Gegenstand freilich aufhört Gegenstand zu sein.“<sup>85</sup>

Das nicht-thetische Bewußtsein kann aus der erwähnten Hilfskonstruktion erschlossen werden. Wenn das Ich nämlich Ich sagen kann, wird es längst „unvermerkt vor den Spiegel der Reflexion sein eigenes Bild gemahlt haben“.<sup>86</sup> An dem Gedankenpräparat, dem anderen Ich also, wird das Ich gewahr, daß eine entsprechende Handlung der Reflexion, die es gerade anstellt, auch vorausgeht, nur nicht so radikal, möchte man ergänzen. In dem Zustand ruft der Stein noch: *Wirf mich*. Novalis nennt diesen Zustand Selbstgefühl im Unterschied zur Selbstbetrachtung.<sup>87</sup> Sobald das Kind aber Ich sagen kann, wird die Mutter nicht mehr glauben, daß der Stein gerufen hat. Die Probe aufs Exempel wird das Kind allerdings nicht machen, sondern lieber passendere Berichte geben. Novalis nennt daher die Produktion des anderen Ichs, durch die das Ich sich begreift, nicht zu Unrecht Alienation. Alle Entfremdung entspringt hier. Das Ich begreift sich und begreift zugleich, daß es in den Abgrund der Vernunft schaut. Was auf der jetzigen Stufe nur ein logisches Problem zu sein scheint, ist ein Merkmal des Daseins überhaupt. Wenn die Philosophie die Aufgabe der Aufklärung hat, beginnt sie spätestens an dieser Stelle. Marxistisches Denken darf sich der Aufgabe nicht entziehen.

### 3.3.3 Das transzendente Konstruktionsprinzip jetzt

Auch bei Novalis umfaßt das Ich alles. Da er von Fichte herkommt, nicht lediglich gegen ihn polemisiert, ist das kein Wunder. Wir beobachten ja in den Fichte-Studien Hardenbergs Weg von dem, was er schon gedacht hat hin zu dem, was er gerade denken will. Da stoßen wir auf eine Differenz zwischen Fragment-Befund und systematischen Entwurf. Novalis selbst teilt mit, daß er noch verwirrend deduziert hat. Wir haben es mit Wiederholungen, Rückgriffen und ähnlichen Formen zu tun. So ergibt sich die Aufgabe, sein systematisches Interesse möglichst adäquat zu erheben, gleichzeitig sind wir herausgefordert, dasselbe mit dem unseren zu verbinden. Versuch macht kluch.

---

<sup>84</sup> Novalis. Werke, 2, S. 15, Nr. 11.

<sup>85</sup> Frank, Zeit, S. 144f. Vgl. Jean-Paul Sartre, *Das Sein und das Nichts*. Versuch einer phänomenologischen Ontologie. Hg. von Traugott König. Deutsch von Hans Schöneberg und Traugott König, Hamburg, 1993, S. 288: „Das Für-sich dauert in der Form von nicht-thetischem Bewußtsein (von) Dauer. Aber ich kann die ‚die fließende Zeit spüren‘ und mich selbst als Sukzessionseinheit erfassen.“ Weiter S. 297: „Die Reflexion beschränkt sich darauf, diese Enthüllung für sich existieren zu machen; das enthüllte Sein offenbart sich nicht als ein gegebenes, sondern mit dem Merkmal ‚schon enthüllt‘. Die Reflexion ist mehr ein Wiedererkennen als Erkennen. Sie impliziert ein vor-reflexives Verständnis dessen, was sie zurückgewinnen will, als ursprüngliche Motivation der Rückgewinnung.“

<sup>86</sup> Novalis. Werke, 2, S. 15, Nr. 11.

<sup>87</sup> Novalis. Werke, 2, S. 18, Nr. 15

„Zuerst constituirt sich bekanntermaßen die Urhandlung selbst. Dann muß sie kraft ihrer Selbstconstitution auf das Was gehn.“<sup>88</sup>

„25. Nachzuholen möchte noch seyn - daß die Urhandlung mit sich selbst in Wechselwirkung steht. Ihre relativ erste Handlung, ihre relative Konstituierung, ist ursprünglich die zweyte, ihre relativ 2te Handlung, das Fortschreiten zum Was, ursprünglich die erste Handlung. Letztere ist ursprünglich absolut, Erstere relativ absolut - aber für sie allein muß es umgekehrt seyn. Der relative Gesichtspunkt dreht die Sache um - Er ist ein Schreiten vom Beschränkten Unbeschränkten zum Unbeschränkt Beschränkten, oder vom scheinbar Unbeschränkten/ weil es sich selbst beschränkt und also kein Zwang, keine Schranke spürt/ zum Scheinbar Abhängigen /nemlich von diesem durch sich selbst Beschränkt/ Das Abhängige ist nemlich mittelbar durch sich selbst abhängig - Das Mittel ist jene Beschränkung durch sich selbst. In diesem Felde ist Täuschung der Einbildungskraft oder der Reflexion unvermeidlich - in der Darstellung denn man will Nichtreflexion durch Reflexion darstellen und kommt eben dadurch nie zur Nichtreflexion hin - man beeifert sich demonstrieren, daß Schwarz Weiß sey....“<sup>89</sup>

Das Gefühl ist nicht nur Gegensatz, sondern auch Quelle der Reflexion. Der merkwürdige Zusammenhang erschließt sich ihm ontologisch.

Das bestimmte Sein ist Etwas, das unbestimmte Sein ist alles - als Chaos. Das bestimmte Sein ist hier zunächst Ich und sodann Etwas-Anderes. Das Wissen wäre demnach eine Beziehung auf Etwas im Ich oder auf das Ich im Unterschied zu Etwas-Anderem.

Hardenberg erklärt den Unterschied dieser Beziehung.

„Der Accent, die Länge liegt im bestimmten Seyn beym Wissen auf dem Seyn; das Bestimmte wird nur mitgenommen, ist Accidens.“

Wir umschreiben. Der Akzent, die Länge, die Dehnung, der Zirkumflex, die Melodie, das, worauf man sich konzentriert, liegt, wenn es ums Wissen geht, auf dem Sein. Also etwas ist wirklich. Es ist keine Täuschung. Wenn es nur um das Sein, das Ist, die Existenz geht kann man nichts beschreiben. Basta ist die ganze Erklärung.

„Beym Fühlen ist es umgekehrt. Der Accent liegt da auf der Form, auf der Bestimmung. Das Seyn wird nur mitgenommen, ist Accidens.“<sup>90</sup> Jetzt wird Beschreibung möglich. Genau Mitternacht, nicht vorher, fielen zwei Schüsse, nicht einer, weiß der Zeuge und so notiert es der Kommissar. Woher weiß der Zeuge, daß er weiß und nicht geträumt hat? Und warum glaubt der Kommissar? „Das Bewußtseyn ist die Sphäre des Wissens. Beym Fühlen kann es nur mediat vorkommen.“

Im ersten Moment möchte man vielleicht einwenden, die Bestimmung, die Form fällt doch nicht ins Fühlen. Aber Novalis befindet sich in guter Gesellschaft. Schon längst waren sich die Aufklärer darüber klar, daß einige unserer Vorstellungen vom Gefühl der Notwendigkeit begleitet werden.<sup>91</sup>

<sup>88</sup> Novalis. Werke, 2, S. 25, Nr. 23.

<sup>89</sup> Novalis. Werke, 2, S. 27, Nr. 25.

<sup>90</sup> Novalis. Werke, 2, S.10, Nr. 2. Vgl. auch Nr. 3: „Um das Ich zu bestimmen müssen wir es auf etwas beziehn. Beziehn geschieht durch Unterscheiden - beydes durch These einer absoluten Sphäre der Existenz. Dis ist das Nur Seyn - oder Chaos.

<sup>91</sup> David Hume, Eine Untersuchung über den menschlichen Verstand. Übersetzt und herausgegeben von Herbert Herring, Stuttgart, 1982, S. 65: „Ohne den Einfluß der Gewohnheit würden wir absolut nicht von jeder Tatsache wissen, die jenseits dessen liegt, was Gedächtnis und Sinnen unmittelbar

Ich höre zwei Schüsse. Ich sehe ein Pferd. Diese Vorstellungen werden vom Gefühl der Notwendigkeit begleitet. Die Vorstellungen des Traumes oder eines Flügelpferdes werden nicht vom Gefühl der Notwendigkeit begleitet. Novalis hat das Gefühl einer Notwendigkeit, die doch keinen sicheren äußeren Grund hat, nicht entdeckt, aber er schiebt es philosophisch nach vorn. Hume hatte die eigentümliche Verfaßtheit des Geistes thematisiert und eine skeptische Lösung daraus entwickelt. Novalis sieht die Möglichkeit zu einer höheren Wissenschaft.

Das, was Novalis hier „ein Bild des Seyns“ nennt, könnte man auch Theorie nennen - zumal das griechische *theoreo* = ich sehe auch eine sinnvolle etymologische Erklärung abgibt. Aber es geht natürlich nicht um Ethymologie, sondern um die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und welche Rolle die Philosophie in der Welt der Wissenschaften spielt.

Kommen wir zurück auf Hardenbergs Einwand gegen Fichte: wenn der allgemeine Gehalt nur im Ich wäre, so könne man das bestimmte Sein nicht vom Nur-Sein unterscheiden.

Der allgemeine Gehalt - das ist Himmel und Erde oder eben alles, eine Handvoll Finsternis, hatten wir gehört. Man könnte glatt an Hegel denken, der sagt, es läge in der Natur des Anfangs, „daß das Sein sei und sonst nichts.“<sup>92</sup>

Das reine Sein (bei Novalis: Nur Seyn) und das reine Nichts sind am Anfang dasselbe. Die Volksweisheit sagt: Aus nichts wird nichts. In der Philosophie wird aus Sein Nichts und aus nichts etwas. Diese Hexerei ist das Wesen der idealistischen Dialektik. Bevor der dialektische Materialismus versuchte, mit dem Materiebegriff mehr Bodenhaftung zu gewinnen an der Stelle oder knapp daneben, wo der Idealismus nur vom Sein sprach, bemühten sich die Romantiker um eine Art konkrete Logik, wie ich das, philosophisch gesehen, in aller Harmlosigkeit nennen möchte. Waldeinsamkeit und Posthorn sind fälschlicherweise die Markenzeichen der Romantik geworden. Das war mit Novalis gesprochen nur die eine Hälfte der „Sfäre“. Daß am Ende die Phantasie an die Stelle der

---

gegeben ist. Wir würden niemals Mittel den Zwecken anzupassen wissen... Alles Handeln sowie der größte Teil der Forschung wären mit einmal zu Ende.“ S. 66: „Kurz, wenn wir nicht von einer dem Gedächtnis oder den Sinnen gegenwärtigen Tatsache ausgehen, würde unser Denken rein hypothetisch bleiben... Frage ich, weshalb du von einer bestimmten Tatsache, die du berichtest, überzeugt bist, so mußt du mir einen Grund nennen, und dieser Grund wird irgendeine andere, mit jener in Beziehung stehenden Tatsache sein. Da du jedoch nicht in dieser Art in infinitum fortfahren kannst, mußt du schließlich bei einer Tatsache haltmachen, die deinem Gedächtnis oder deinen Sinnen gegenwärtig ist - oder du mußt zugeben, daß diese Überzeugung gänzlich unbegründet ist.“ S. 69: „Wo immer ein Gegenstand dem Gedächtnis oder den Sinnen gegeben wird, führt die Einbildungskraft durch die Macht der Gewohnheit dazu, sich denjenigen Gegenstand vorzustellen, der gewöhnlich mit ihm zusammenhängt; und diese Vorstellung wird von einem Gefühl oder von einer Empfindung begleitet, das von anderer Art ist als die ungebundenen Träumereien der Phantasie.“ Ich weiß nicht, ob Novalis Hume gelesen hat. Wichtiger ist aber, daß der Exponent der Romantik offensichtlich in der Denktradition der Aufklärung steht. Siehe HKA, Bd. II, S. 528, Nr. 21: „Es giebt Dichtungen in uns, die einen ganz andern Character, als die Übrigen zu haben scheinen, denn sie sind vom Gefühl der Nothwendigkeit begleitet, und doch ist schlechterdings kein äußer Grund zu ihnen vorhanden. Es dünckt den Menschen, als sey er in einem Gespräch begriffen, und irgend ein unbekanntes, geistiges Wesen veranlasse ihn auf eine wunderbare Weise zur Entwicklung der evidentesten Gedancken...“

<sup>92</sup> Hegel, Wissenschaft der Logik, Erster Teil, Berlin 1971 (1. Aufl. 1812), S. 57.

Wirklichkeit getreten sein soll, ist Fehldeutung, die womöglich bei Goethe und Hegel begann.

Die materialistische Dialektik kommt daher auf der anderen Seite ohne ein Quäntchen Hexerei auch nicht in die Gänge. Man verbiete das Quäntchen Idealismus und uns blieben Erde, Wasser, Feuer und Luft. Dann gäbe es nicht einmal Mathematik und Physik. Idealismus muß sein, aber in homöopathischen Dosen. In der Hinsicht ist Hardenbergs eigener Weg auch in systematischer Hinsicht ein Muster von einigem Wert.

Je länger sich Novalis mit Fichte beschäftigte, desto schärfer sprach er seine Differenz zum Meister aus. Der Brief vom 14. Juli 1797 an Fr. Schlegel ist ein augenfälliger Beleg dafür. „Fichte ist der Gefährlichste unter allen Denkern, die ich kenne. Er zaubert einen in seinem Kreis fest. Keiner wird wie er mißverstanden und gehaßt werden... Du bist erwählt gegen Fichtes Magie die aufstrebenden Selbstdenker zu schützen. Ich hab es in der Erfahrung wie sauer dieses Verständnis wird - Manchen Wink, manchen Fingerzeig, um sich in diesen furchtbaren Gewinde von Abstractionen zurecht zu finden, verdanke ich lediglich Dir und der mir vorschwebenden Idee Deines freyen, kritischen Geistes.“<sup>93</sup>

Hier haben wir den Fluchtpunkt, auf den hin sich Hardenberg entwickelt. Wir begeben uns zurück zu den Anfängen und werden die Pointe, so sauer es ist, verstehen.

Kommen wir schließlich ein drittes Mal auf den Einwand, Fichte habe willkürlich alles in das Ich gelegt. Fichte würde gegen die Kritik einwenden, das Ich könne sich ja in der Tat nicht ohne das Nicht-Ich setzen, denn indem es sich setzt, setzt es sich dem Nicht-Ich entgegen. Darauf würde Novalis erwidern, die Gleichzeitigkeit von Ich und Nichtich verdecke nur das unangemessene Bild vom Sein. Trotz Gleichzeitigkeit bestünde nämlich eine Prävalenz des Ich vor dem Nichtich. Wo kommt denn diese her, wenn der Gegensatz von Ich und Nichtich noch gar nicht da ist?

Bei Fichte war das Ich (Ichheit) regulative Idee. Das transzendente Konstruktionsprinzips war über Kant hinausgeführt, sofern es aus einem Grundsatz entfaltet werden konnte. Novalis nimmt eine Verlagerung vor. Wenn ich den Vergleich mit dem Landvermesser noch einmal bemühen darf, stehen die Geräte jetzt auf der Fläche, die vermessen werden soll. In der „Verlagerung“ deutet sich ein anderes Menschen- und Weltverständnis an. Bei Kant konnte sich der Verstand verheben, konnte ins Blaue hinein schließen. Die Vernunft, sowohl die theoretische als auch die praktische, aber wußte, was zulässig ist. Bei Novalis stellt sich erst in der Konfrontation von Ich und Was heraus, wie die Welt eigentlich ist und sein soll.

Ich muß hier gewaltsam abbrechen. Hardenbergs weitere fundamentalphilosophischen Analysen das Verhältnis von Gefühl und Reflexion betreffend sind noch lange nicht am Ende. Anfügen möchte ich aber noch wenige Stellen, die andeutungsweise Auskunft geben über das erweiterte Weltverständnis oder eben den veränderten Gebrauch des transzendentalen Konstruktionsprinzips. Die Einheit von theoretischer und praktischer Philosophie würde sich finden in einem Poesie-Begriff, der Poesie als Moment gesellschaftlicher Praxis versteht. Der Poet interpretiert (poiein) die Praxis.

„Welches ist ihr (der Philosophie) Wirkungskreis?... Sie muß nicht von Gegenständen und Kenntnissen abhängen, die erworben werden müssen - ... sonst wäre jede Wissenschaft Philosophie. Wenn also jene Wissenschaften sind, so ist sie keine.“<sup>94</sup>

<sup>93</sup> HKA, IV, S. 230.

<sup>94</sup> Novalis. Werke, 2, S. 17, Nr. 15.



Man könnte sagen, mit dieser Feststellung wendet sich Novalis gegen den Typ der Philosophie, die sich als Königin der Wissenschaften versteht, der jetzt von Fichte vertreten wird. Novalis will daher die „höhere Wissenschaftslehre“. Das transzendente Konstruktionsprinzip ist immer noch zu erkennen, aber was ist daraus geworden?

Was ist Gegenstand der Philosophie, fragt Novalis, wenn sie keine Wissenschaft ist, wenn aber auch keine Wissenschaft sich zur Philosophie aufbauen darf?

„Sie handelt von einem Gegenstand, der nicht gelernt wird. Wir müssen aber alle Gegenstände lernen - Also von gar keinem Gegenstand. Was gelernt wird muß doch verschieden seyn von dem Lernenden. Was gelernt wird ist ein Gegenstand - also ist das Lernende kein Gegenstand. Könnte also die Philosophie vielleicht vom Lernenden handeln, also von uns,...“<sup>95</sup>

Der Mensch als Lernender ist damit Gegenstand der Philosophie. „Die Philosophie ist aber im Lernenden.“ Dann wäre die Philosophie Selbstbetrachtung.

„Ey! wie fängt es der Lernende an sich selbst in dieser Operation zu belauschen.“ Das müßte er lernen. Gegenstand anschauen ist ein Lernen. Der Lernende müßte lernen, sich anzuschauen, müßte sich die Merkmale einprägen. So würde der Lernende selbst Gegenstand, der gelernt werden müßte. Das war gerade nicht gefordert. Das Geforderte muß ursprünglich sein, also nicht gelernt. Gelernt ist reflektiert. Das Geforderte muß ursprünglich sein, weil es Ursache sein soll. Was ist also das Verlangte. „Es ist ein Selbstgefühl vielleicht.“<sup>96</sup> Das Gefühl muß man nicht lernen. „Die Philosophie ist ein ursprüngliches Gefühl“.

Dieser Gedanke zeigt, auch Hardenberg sucht den Anfang der Philosophie, der nicht weiter zurückgeschoben werden kann. Und da die Reflexion, wie seit Reinhold klar war, an diesen Anfang nicht gelangen kann (Ein Gedanken kann immer nur aus einem vorherigen gewonnen werden.), kann die Philosophie nur aus dem Gefühl entspringen. Die Vernunft soll natürlich nicht zerstört werden. Hardenberg ist nicht weniger Aufklärer als Hume. „Es muß ein Gefühl von innern, nothwendig freyen Verhältnissen seyn“<sup>97</sup>

Das schrieb Hardenberg, als Hegel sich noch in Bern befand. Wenn Jena 1795 ein Leuchtturm der Philosophie war, saß Hegel im Schatten, während Novalis im Licht spazieren ging. Hegel wird seine Fichte-Studien 1801 mit der Differenzschrift vorlegen. Hardenbergs Fichte-Studien bleiben verborgen als philosophische Dokumente. Aber die Frühromantiker haben die Sache diskutiert. Daß Hegel in der Phänomenologie des Geistes dann den Romantikern einen Formalismus vorwirft, in dem alle Kühe schwarz sind, kann kaum wirklich nur sachliche Gründe haben. Und von Marx her betrachtet, ist Hardenberg mitunter näher an der Sache als Hegels Begriffs-Ontologie. Wenn man nach den Quellen marxistischen Denkens sucht, gibt diejenige in Weißenfels jedenfalls immer noch frisches Wasser.

---

<sup>95</sup> Novalis. Werke, 2, S. 17f, Nr. 15.

<sup>96</sup> Novalis. Werke, 2, S. 18, Nr. 15.

<sup>97</sup> Novalis. Werke, 2, S. 18, Nr. 15.



## **§ 15 Nach Redaktionsschluß**

## Dick Boer

### Über die Gemeinde

„Bonhoeffer kämpfte und litt in einer sehr *kleinen Kirche*, die in der Nachfolge Jesu schwach, arm und angefochten war, und er erkannte deren Auftrag, nicht für sich selbst, sondern für andere da zu sein. Darum distanzierte er sich von der hierarchischen, klerikalen, selbstzwecklichen Großkirche.“

Hanfried Müller<sup>1</sup>

Hanfried Müller war in der DDR einer der wenigen Theologen, der ohne Hintergedanken diese DDR die DDR sein ließ. Das hat mich mit ihm verbunden. Auch mir war es wichtig, der DDR zu gönnen, real existieren zu können. Sowohl bei Hanfried Müller wie bei mir hatte das mit Theologie zu tun: die Gemeinde Jesu Christi konnte nur Kirche für die Welt sein. Hanfried Müller definierte dieses Engagement der Gemeinde allgemein als Eintreten für eine „unreligiöse, weltliche, rationale Politik als umfassende historische Verantwortung der menschlichen Gesellschaft für ökonomischen, sozialen und politischen Fortschritt“<sup>2</sup>. daß er den real existierenden Sozialismus, also (auch) die DDR, meinte, war jedem klar. Er wollte es aber nicht sagen, weil er nicht suggerieren mochte, „es könne die Gemeinde Jesu Christi nur und erst im Sozialismus ihrem Herrn gehorsam existieren“<sup>3</sup>. Darüber gab es zwischen uns immer eine Diskussion. Ich war - und bin - der Meinung, daß die Gemeinde ihre Position in der Welt und ihr Engagement für die Welt konkreter definieren darf. Ihr Auftrag, das Reich Gottes zu verkündigen, ist zwar nicht identisch mit dem sozialistischen Projekt einer klassenlosen Gesellschaft, aber es gibt eine Affinität, die ausgesprochen werden muß.

Unsere Gespräche waren - im besten Sinn - akademisch. Wir sprachen über Theologie, nicht über den ‚Ort‘ der Theologie: die Gemeinde. Hinterher wundert mich das. Denn diese Gespräche spielten sich zu einem erheblichen Teil in der Zeit ab, als ich als Pfarrer in der DDR arbeitete. Vor einigen Jahren hielt ich, auf Einladung von Bruno Schottstädt, einen Vortrag über das Verhältnis von (klein)Gemeinde und (Gross)Kirche an Hand meiner Erfahrungen als Pfarrer in der DDR. Diese Erfahrungen möchte ich mit Hanfried Müller teilen. Deshalb biete ich ihm diesen Vortrag in leicht bearbeiteter Form an.

---

<sup>1</sup> Hanfried Müller, Dietrich Bonhoeffer - Christuszeuge in der Bekennenden Kirche für die mündige Welt, in: Dietrich Bonhoeffer - Kämpfer gegen Krieg und Faschismus (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Nr. 5), Berlin (DDR) 1981, S. 44.

<sup>2</sup> Hanfried Müller, Evangelische Dogmatik im Überblick, Teil 1, Berlin (DDR) 1978, S. 243.

<sup>3</sup> Ebd., Teil 2, S. 395.

### Denken nach der Wende - über Gemeinde in der DDR

Man hat mich gefragt, meine Berliner Erfahrungen zu reflektieren: die 6 Jahre, die ich als Pfarrer in der Niederländischen Ökumenischen Gemeinde in der DDR (NÖG) gearbeitet habe (1984-1990).

Dafür muß ich mir zuerst die NÖG selbst in Erinnerung rufen. 1949 von meiner Vorgängerin Bé Ruys als ‚Niederländische Gemeinde in Berlin und in der DDR‘ gegründet, hat sie sich seit 1961 (Bau der Mauer) zu einer ökumenische Gemeinde in der DDR entwickelt, die hauptsächlich aus, meist jungen, DDR-Bürgern bestand - und diese Entwicklung ist nicht zuletzt Bé's Offenheit für die ebenfalls 1949 gegründete DDR zu verdanken.

Diese Gemeinde war in dreierlei Hinsicht ziemlich anders als die Großkirchen.

1. Sie unterschied sich von diesen erstens durch die zentrale Stelle, die die Lektüre der Bibel einnahm (Predigt war vor allem Bibelauslegung) und dadurch, daß unter Bibel vor allem das Alte Testament verstanden wurde. Dies führte dazu, daß die Verbindung von Glauben und politischem Engagement selbstverständlich war: vom Alten Testament her gelesen ist die Bibel unverkennbar ein politisches Buch - und zwar ein ‚linkes‘ politisches Buch!

2. Das zweite, wodurch die NÖG sich von den Großkirchen unterschied, war, daß sie sich selbst nicht nur als Gemeinde *im* Sozialismus, sondern auch als Gemeinde *für* den Sozialismus verstand - und zwar für den Sozialismus der DDR! Es war sozusagen die konkrete Anwendung ihrer Bibellektüre. Dennoch war ihr Sozialismusverständnis nicht provinziell. Es ging ihr nicht zuerst um ‚unsere DDR‘, sondern es war ‚ökumenisch‘. Daß der Sozialismus real existierte war deshalb so wichtig, weil er, allen Defiziten zum Trotz, weltweit, d.h. von der Dritten Welt aus gesehen, die einzige real existierende Alternative zum globalen Kapitalismus war.

3. Der dritte Unterschied war, daß die NÖG eine Gemeinde von ‚Kirchengeschädigten‘ war, von Menschen, die in den Großkirchen unmöglich noch glauben konnten. Menschen, für die diese Kirchen in ihrer Sprache, ihrer Liturgie, ihrer Amtlichkeit ein ‚skandalon‘, ein ‚Ärgernis‘ geworden waren - mindestens so ärgerlich wie der Staat mit seiner Sprache, seinen Ritualen, seiner Bürokratie.

Diese Gemeinde bildete so eine eigene kirchliche Denomination, die weitaus kleinste in der DDR! Als solche war sie übrigens auch von der Niederländischen Reformierten Kirche offiziell anerkannt. Ich wurde 1984 von dieser Kirche als ‚Pfarrer im besonderen Auftrag‘ berufen. Dieser besondere Auftrag war die Arbeit als Pfarrer in der NÖG. Die NÖG war auch, und das ist wichtig festzustellen, zu ihrer Kleinheit ‚verurteilt‘, oder besser: sie hatte sich in ihrem Selbstverständnis dazu bestimmt, klein zu bleiben, sich eine Karriere zur Großkirche bewußt verbaut.

Denn:

1. Indem die NÖG das Alte Testament als die eigentliche Bibel auffaßte (wir haben öfters ganze alttestamentliche Bücher durchgepredigt, ohne eine Lesung aus dem Neuen Testament daneben zu stellen), stellte sie sich völlig außerhalb dessen, was nach kirchlichem - und auch nach nicht(mehr)kirchlichem - Allgemeinverständnis noch ‚christlich‘ war. Christlich war ja eigentlich nur das Neue Testament und auch dieses zumeist nur als Anlaß für erbauliche Gedanken.

2. Indem die NÖG sich als Gemeinde für den Sozialismus verstand, wurde sie uninteressant als ‚Freiraum‘, der den Menschen die Möglichkeit bot, sich der DDR-Offizialität zu entziehen. Eher lief sie Gefahr, als Mantelorganisation des Staates aufzufallen und dementsprechend unsympathisch zu wirken.

3. Als Gemeinde von ‚Kirchengeschädigten‘ hatte sie eine ausgesprochene Aversion gegen alles, was nur ‚religiös‘ anmutete. Es gab in den Gottesdiensten der NÖG kein Gebet mit Händefalten und Augenschließen, und das Abendmahl war ein ziemlich unfeierliches Essen und Trinken. Sie hatte also dem religiösen Gemüt wenig zu bieten, war unattraktiv für alle, die nach einem Raum suchten, wo es mal nicht alltäglich zuging, wo Schönheit und Wärme die Graueit des realen Sozialismus erträglich machten. Und die Zahl der ‚Kirchengeschädigten‘, die es trotzdem nicht lassen können auf die Bibel zu hören, mit der Bibel zu hoffen, an ihre Verheißung zu glauben, ist erfahrungsgemäß sehr gering.

In dieser ihrer Eigenart jedoch hat die NÖG real existiert: am äußersten Rand der Kirche und auch für den Staat nur sehr begrenzt von Interesse. Ich habe mich oft gefragt, was der Staat überhaupt in uns sah, und ich bin sicher, daß er zu jeder Zeit bereit war, uns fallen zu lassen, wenn dies dem guten Verhältnis mit den Großkirchen dienlich gewesen wäre.

Sie hat real existiert in ihrem Gottesdienst. In diesem Gottesdienst war die Bibel nicht Anlaß sondern Grund zum gemeinsamen Nachdenken darüber, wie die Gesellschaft menschlich zu gestalten wäre. Denn das Evangelium wurde zuerst im Alten Testament gehört: ich bin der HERR, Dein Gott, der dich aus Ägypten, aus dem Haus der Sklaverei, befreit hat. Es wurde also gehört als die Frohbotschaft für die Armen und Erniedrigten: Er an erster Stelle *ibr* Gott, sie vor allen anderen Menschen *sein* Volk. Ein parteilich-ökumenischer Gott, der uns den Weg vom Ich zum Wir anbietet - und gebietet.

Sie hat real existiert in ihrem Gottesdienst, das heißt, sie hat existiert in ihrer Liturgie, die eine Liturgie auf der Grenze war und sein wollte. Auf der Grenze von Bibel und Zeitung, wo die Sprache der Botschaft sich mit der Sprache der Politik, der Ökonomie, der marxistischen Tradition vermischte. Auf der Grenze vom Liedgut der Kirche und der Arbeiterbewegung. Das Gesangbuch der NÖG reichte von ‚Sonne der Gerechtigkeit‘ zu ‚Vorwärts und nicht vergessen‘.

Unvergeßlich ist mir eine Trauung in unserer Gemeinde - zwischen einer kirchlich sozialisierten Frau, die dies wollte, und einem Mann, der Kriminalist und Genosse war und dies - con amore! - zuließ. Da saßen seine Eltern, gestandene Kommunisten, und guckten skeptisch. War die Religion nicht das Opium des Volkes? Und dann hörten sie, wie die Gemeinde sang ‚Vorwärts und nicht vergessen‘ - und sangen mit! Sie wurden Teil dieser ökumenischen Gemeinde auf der Grenze.

Auf der Grenze war auch das, was vom Gebet übriggeblieben war: die Fürbitte, in der jeder die Möglichkeit hatte, eine Sache, die ihm zu Herzen ging, einzubringen. Es hatte oft mehr den Charakter einer Parteiversammlung, wo die Genossen sich darüber beraten, was zu tun, woran zu denken ist.

Auf der Grenze war auch die andere Aktivität, in der die NÖG real existierte: die Seminare, die sie organisierte. In diesen Seminaren war grundsätzlich einer der Referenten ein Marxist, in der DDR also ein Parteigenosse. Es waren Marxisten, die sich selber auf der Grenze befanden: die Parteilinie war für sie kein Dogma, sondern wirklich eine Linie, die weiterzudenken, eventuell anders zu denken war. Jedenfalls in unseren Semi-

naren war dies der Fall, wahrscheinlich auch, weil sie in der NÖG nicht das Gefühl bekamen, in einen weltanschaulichen Disput verwickelt zu werden. Deshalb hatten wir sie auch nicht eingeladen. Wir wollten sie hören als Sachverständige, als Marxisten eben, geschult in der marxistischen Analyse. Die Sache, um die es uns ging, war nicht die Weltanschauung, sondern die Sache der ‚Ökumene‘. Für uns bedeutete das: die ganze bewohnte Welt, die aber für die meisten Menschen überhaupt erst bewohnbar gemacht werden sollte.

Es war wirklich auf der Grenze, was wir taten! Zum Beispiel in unserer Fürbitte: ohne Hände falten und Augen schließen sich mit einander verständigen über das, was Not tut. Ist das Gebet denn nicht zuerst ein Schreien nach Gott? Und soll das als ‚religiös‘ disqualifiziert werden? Ab und zu artete die Fürbitte - nach meinem Empfinden jedenfalls - aus in ein ziemlich stilloses Wortgeplänkel. Zum Beispiel auch in der Art, wie wir uns für den Sozialismus in der DDR aussprachen. Wie sollte man genau unterscheiden zwischen einem guten Wort für die DDR, das die NÖG sagen wollte, und einem kritiklosen Wort über die DDR, das sie lassen sollte?

Ich erinnere mich mit großem Unbehagen an die Erklärung, die die NÖG zum 40. Jahrestag der DDR (kurz vor der Wende also) veröffentlichte. Sie war gut gemeint - ich selbst hatte das Konzept geschrieben, das auch nahezu unverändert von der Gemeinde übernommen wurde. In dieser Erklärung ging es vor allem darum, unsere Verbundenheit mit einer DDR auszusprechen, die schwach war (wie Stephan Hermlin das kurz zuvor in der ‚Jungen Welt‘ getan hatte). Aber wie blauäugig waren wir. Wir hätten ja wissen müssen, daß die DDR-Medien unsere Erklärung nur sehr verkürzt bringen würden: nichts von Schwäche, nichts von Besorgtheit, nur plakative Zustimmung. Da sind wir in die Irre gegangen.

Diese Beispiele machen klar, daß ich die NÖG in der DDR nicht einfach als beispielhaft in Erinnerung habe. Gerade das, worin sie sich von der einen Großkirche, der evangelischen nämlich<sup>4</sup>, unterschied - nicht nur Kirche *im*, sondern Gemeinde *für* den Sozialismus zu sein -, hat sich auch als höchst fragwürdig herausgestellt. Das bedeutet für mich nicht, daß ich die Selbstbestimmung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) als die - besonders hinterher gesehen - bessere betrachte. Die vollständige Fassung dieser Selbstbestimmung - ‚Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus‘ - war nicht nur unlogisch - weil dem ‚nicht gegen‘ anders als dem ‚nicht neben‘ seine logische Konsequenz fehlt -, sondern dieser Mangel an Logik bedeutete auch eine Unentschiedenheit, die aber als eine solche wieder nicht thematisiert wurde. Überwiegen tat eine Ortsbestimmung, die offen ließ, wofür die Kirche wirklich stand. Und dementsprechend war ihre Praxis. Man weiß, gerade hinterher, nicht, ob sie nun eigentlich für die DDR - und in diesem Sinne: *im* Sozialismus - war, oder eigentlich doch mehr Opposition. Und ich werde den - zugegeben etwas böartigen - Verdacht nicht los, daß es Kirchenleitende gab, die dies schon damals bewußt in der Schwebe halten wollten. Nein, die Fragwürdigkeit der Position der NÖG bedeutet weder für damals noch für jetzt die Richtigkeit der Position des BEK.

Damit komme ich zu dem, was ich, aller Fragwürdigkeit zum Trotz, als die Stärke der Position der NÖG in der DDR in Erinnerung habe. Es ist die Stärke ihrer Schwächen!

---

<sup>4</sup> Die römisch-katholische Kirche hat ihren Ort in der DDR nie anders denn als nur reserviert bestimmt.

Denn eine Gemeinde, die in der DDR für den Sozialismus sein wollte und ihre kirchliche Identität weitgehend verloren hatte, stand schwach, ob sie es wollte oder nicht.

Es sei mir an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung erlaubt. Ich wollte in dieser Gemeinde Pfarrer sein, weil ich für sie eine ausgesprochene Schwäche hatte. Denn ich bin selber ein randkirchlicher Mensch, der, ehrlich gesagt, auch nicht weiß, wie er zwischen seinem - christlichen? jüdisch-christlichen? vielleicht, wenn es nicht zu anmaßend wäre, jüdischen? - Glauben und seiner kommunistischen Sehnsucht unterscheiden soll. Gott sei Dank, daß es diese Gemeinde gab, ich hätte wohl in keiner anderen Pfarrer sein können.

Ihre erste Stärke war, daß ihre Option für den Sozialismus so konkret war. Für uns in der NÖG war der Sozialismus nicht zuerst eine Idee, nicht vor allem das, was existieren könnte und existieren sollte, sondern der Sozialismus, der real existierte, in der so wenig idealen DDR. Es gab nun mal in der Welt, in der die NÖG lebte, kein anderer, es galt also: *hic Rhodus, hic salta*. Wäre sich diesem bedenklichen Sozialismus vornehm zu entziehen nicht genau so unmöglich gewesen, wie sich der mindestens so bedenklichen Kirche zu entziehen?

Wie man dann genau für diesen Sozialismus zu sein hatte, war eine andere Frage. Aber diese Frage war, wie bedeutsam auch, zweitrangig. Die notwendige Kritik an ihm war der gebotenen Soldaridität untergeordnet.

Oder muß man es dem Gott der Bibel als unerlaubte Schwäche anrechnen, daß er so hartnäckig der Gott Israels (und ist kein anderer Gott!) sein wollte? Ist diese Schwäche nicht seine Stärke?

Ihre zweite Stärke war, daß sie ihre Kleinheit und Marginalität nicht als ein Defizit, das eigentlich nicht sein sollte und deshalb zu jedem Preis zu überwinden war, sondern beides als hervorragendes Merkmal der christlichen Gemeinde auffaßte. Denn gerade als verschwindende Minderheit konnte sie optimal ihr Wesen demonstrieren: für andere da zu sein. Eine *Großkirche* - oder eine, die es sein möchte - ist, bevor sie es weiß, ein Widerspruch in sich selbst. Zuviel macht sie den Eindruck, ein Machtfaktor zu sein oder zumindest sein zu wollen. Zu sehr plagt sie die Frage, wie sie groß bleibt, an Einfluß gewinnt, Ansehen erlangt.

Bruno Schottstädt hat oft betont, daß das nicht unsere Sorge sein soll. Ich zitiere: „Da ist es für uns wichtig, daß wir viele sind, die suchen, aber es nie die Masse ist, die entscheidend ist für die Glaubwürdigkeit. Denn oft sind wir eine Minderheit in der Nachfolgegemeinschaft, wir sind eine Minderheit in unserem Volk, die sich in den Gemeinden versammelt und noch mal sind wir eine Minderheit, wenn es darum geht, Schuld zu bekennen und einzustehen für die Fehlentwicklungen unseres Lebens, einzustehen aber auch für eine Kirche, die oft an der Welt vorbeilebt.“<sup>5</sup> In der Tat: *oft* sind wir eine Minderheit und wenn wir es nicht mehr sind, ist Vorsicht angebracht. Denn es kann zwar die große erfreuliche Ausnahme sein, die die Regel durchbricht: ein ‚kairos‘, wie Gott ihn uns dann und wann gönnt. Meistens jedoch stellte es sich heraus, eine ‚konstantinische Wende‘ gewesen zu sein!

---

<sup>5</sup> Bruno Schottstädt, Die Kirchen auf der Suche nach einem glaubwürdigen Zeugnis in der Welt der neunziger Jahre, in: H.Dohle, J.Heise, R.Spanjer (Hrsg.), Der Geschichte ins Gesicht sehen. Zum 80. Geburtstag von Bé Ruys. Autobiographische Skizzen, Erinnerungen und Betrachtungen, Rothenburg 1997, S. 323.



Ihre dritte Stärke war die Weise, in der sie das Gespräch mit den Marxisten führte. Wie gesagt, spielte in diesem Gespräch die weltanschauliche Auseinandersetzung eine denkbar geringe Rolle. Worum es ging, war, miteinander so sachlich wie möglich die Frage zu beantworten: ‚Was tun‘ (Lenin)? Weil wir uns auf der Grenze von Christentum und Marxismus bewegten, war uns selber nicht mehr klar, wo die Grenze lag. Und diese Unklarheit war eben die Stärke. Denn tendenziell ging in der NÖG das Gespräch über den Dialog hinaus: es waren vielmehr Bundesgenossen, die einander trafen um sich gemeinsam über die gebotene Praxis zu beraten.

War es ein Zufall, daß in diesen Gesprächen öfters gesagt wurde: Dialog, für mich gibt es gar keinen Dialog, ich bin ja Christ *und* Marxist. Und wer jetzt sagt: das hätte aber ein Marxist seinerseits nie sagen können, hat etwas nicht verstanden.

Was uns in der NÖG mit den Marxisten verband war die Ökumene, die nach unserem Verständnis das eine Wort für die eine Sache einer wirklich sozialistisch gewordenen Welt war. Unsere Gespräche waren, so mein Eindruck, in dieser Hinsicht freier und unbefangener als die, die sich unter dem Dach der Großkirchen auf den ‚ökumenischen Versammlungen‘ abspielten. Dort war das ökumenische Interesse doppeldeutig: einerseits wollte man durchaus global denken, andererseits aber war diese ökumenische Perspektive für viele auch ein Mittel, um der DDR eins auszuwischen. Das von dem, was man auf diesen ökumenischen Versammlungen so feierlich versprach (die ‚commitments‘), nach der ‚Wende‘ praktisch nichts geblieben ist, spricht diesbezüglich Bände.

Soweit die Stärken der NÖG, durch die sie die Großkirchen nachdenklich hätte machen können. Deshalb mache ich, wenn auch *post festum*, das Experiment, diese Stärken als die ‚*nota ecclesiae*‘ (die Merkmale einer Kirche) in der DDR zu verallgemeinern: so hätte eine Kirche im Sozialismus sein können.

Als Leitsatz nehme ich die intrigierende Aussage von Karl Barth im ersten Römerbrief, wo er schreibt von der „erfüllende[n], geschichtliche[n] Stunde ... wo die jetzt erlöschende Glut des marxistischen Dogmas als Weltwahrheit neu aufleuchten, wo die sozialistische Kirche in einer sozialistisch gewordenen Welt auferstehen wird.“<sup>6</sup>

Eine sozialistische Kirche in einer sozialistischen Welt! Das wäre eine Kirche gewesen, die aus der Umkehr gelebt hätte - weg von der Verbindung von Thron und Altar, sich der Genossenschaft mit dem Staat der Arbeiter und Bauern zuwendend, auch wenn dieser Staat allgemein verachtet wird, so daß jeder sein Angesicht vor ihm verbirgt.

Es wäre vor allem eine Kirche gewesen, die sich befreit hätte von jedem Selbstinteresse. Sie wäre nur daran interessiert gewesen, wie der Sozialismus besser gemacht werden könnte. Sie hätte begriffen, daß ‚der Stadt Bestes suchen‘ in einem sozialistischen Staat nicht ein beliebiges, allgemein anwendbares ‚Bestes‘ bedeutete, sondern nur das Beste *dieses bestimmten* Staates. Sie hätte es nicht nur als einen Mangel an Demokratie gesehen, daß die DDR kein pluralistischer, sondern ein auf eine bestimmte Gesellschaftsordnung festgelegter Staat war. Sie hätte, nicht weil der Staat das forderte, sondern weil sie es selber wollte, ‚ihre besondere Verbindung mit der westdeutschen Kirche‘ aufgeben.

„Indem die Gemeinde in der Liebe Gottes die Welt liebt, verleugnet sie sich selbst [...] Die Gemeinde Jesu Christi würde sich der Welt gleichstellen, wenn sie gleich der Welt daß Ihre suchte: die Interessen der christlichen Gemeinde, kirchlichen Einfluß und Re-

---

<sup>6</sup> Karl Barth, *Der Römerbrief* (Erste Fassung) 1919, Karl-Barth-Gesamtausgabe (H. Schmidt, Hg.), Zürich 1985, S. 444.

spektierung christlicher Belange. Sie würde damit aufhören, Zeuge des Herrn zu sein, der sich selbst entäusserte. Nur als Kirche *für* die Welt ist die Kirche Zeuge dessen, der ‚für uns gestorben ist, als wir noch Sünder waren‘ (Röm. 5,8).<sup>7</sup>

Es wäre auch eine Kirche gewesen, die in ihrem Eigenleben so etwas wie ein ‚sozialistisches Leben‘ (Ragaz) dargestellt hätte. Sie hätte so eine qualifizierte ‚Proexistenz‘ (Schmauch) praktiziert, ein konkretes ‚für andere dasein‘ (Bonhoeffer).

Wäre so nicht auch Luthers ‚Freiheit eines Christenmenschen‘ zu ihrem Recht gekommen? Eine Freiheit, die darin besteht nichts anderes als dienstbar sein zu wollen? Und zwar vor allem darin, diese dienstbare Freiheit im Leben der Gemeinde vorzuleben? Denn, wie faßt Luther den Sinn seiner beiden Thesen über Freiheit und Dienstbarkeit zusammen? Indem er Paulus zitiert: „Seid niemand etwas schuldig, außer daß ihr euch untereinander liebet.“ (Röm. 13, 8)

Diese Kirche hätte damit keineswegs ihr ‚proprium‘ aufgeben müssen, nämlich zu beten: dein Reich komme! Aber sie hätte es dann nicht nur gebetet als den großen Vorbehalt, unter dem alle menschlichen Versuche stehen, um Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen. Sie hätte es dann auch für ihre Genossen in der DDR gebetet - als die öffentliche Bekundung ihrer Hoffnung, daß dieser konkrete Versuch des Sozialismus nicht vergeblich sei, sondern verheißungsvoll.

Eine solche Kirche wäre in der Tat eine ökumenische Gemeinde in der DDR gewesen. Diese Gemeinde aber ist die Kirche im Sozialismus dem Sozialismus schuldig geblieben. Insofern hat auch sie erst zum Verfall und schließlich zum Zusammenbruch des Sozialismus in ihrer Weise beigetragen.

Ich möchte dieses so nüchtern wie nur möglich feststellen - ohne dabei eine moralische Keule zu schwingen. Eine andere Kirche als die in der DDR (und nicht nur dort) nun mal real existierende wäre ein Wunder gewesen. Man darf, man muß vielleicht, auf Wunder hoffen, um Wunder beten, man darf das Nicht-Geschehen aber nicht hinterher jemandem zu einem Vorwurf machen.

Man könnte jetzt natürlich fragen, ob es nicht angebracht wäre darüber zu sprechen, was die DDR und ihre Partei selber dem Sozialismus schuldig geblieben ist. Ich kann dazu nur sagen: hier, wo es um die Gemeinde geht, ist es nicht angebracht. Zu schnell wären wir dann wieder mit der Frage beschäftigt, was die Anderen alles falsch gemacht haben.

Aber was soll das alles: dieses sich erinnern an das, was damals alles war oder hätte sein können? Der Sozialismus ist erst mal gelaufen. Die Kirche ist im Kapitalismus angekommen und hat sich größtenteils in die EKd aufgelöst. Die ‚NÖG in der DDR‘ ist ‚NÖG in Berlin‘ geworden. Was bleibt? Dazu noch einige kurzen Bemerkungen.

Was bleibt ist erstens die Niederlage. Die jetzt herrschende Ordnung feiert diese als den endgültigen Beweis, daß der Sozialismus nie etwas getaugt hat. Nach ihrer Logik hat nur der Sieger recht - und ihr Recht ist dann auch logischerweise Siegerrecht. Die Kirche aber steht in einer Tradition, in der die Niederlagen gedacht werden - als etwas, das unendlich schmerzt aber nicht das letzte Wort hat. Das letzte Wort hat, glauben wir, der Gott, der einen gekreuzigten Sklaven auferweckte und das Werk seiner Hände nicht fallen läßt.

---

<sup>7</sup> Hanfried Müller, Evangelische Dogmatik im Überblick, Teil 1, Berlin (DDR) 1978, S. 241.

Was bleibt ist auch das, was manche von uns damals entdeckt haben: die Affinität des Sozialismus mit der messianischen Bewegung. Denn der Sozialismus bleibt die neuzeitliche Gestalt der Sehnsucht nach einer Gesellschaft, in der alle alles gemeinsam haben. Er kann diese kommunistische Zielrichtung nicht aufgeben, so wenig, wie die Kirche es lassen kann, um das Reich Gottes zu beten.

Diese Affinität ist das, was den Sozialismus bleibend vom Kapitalismus unterscheidet. Dieser, wie er sich auch dreht und wendet, besteht darauf, daß alle gerade nicht alles gemeinsam haben können. Denn das funktioniert nicht, das geht gegen die menschliche Natur, weil die Erfahrung lehrt, daß das Eigeninteresse die *conditio sine qua non* für das Gemeinwohl ist. Weder die Niederlage des Sozialismus noch der Sieg des Kapitalismus kann daran etwas ändern. Es bleibt die grundlegende Differenz, die Differenz zwischen Leben und Tod. Der Gemeinde wurde gesagt: wählt dann das Leben!

Was bleibt - ja, was vielleicht erst jetzt, nach der Niederlage, richtig kommt - ist die Möglichkeit für die Gemeinde sich an ihre eigenen Anfänge zu erinnern. Was wird uns über diese Anfänge berichtet - nicht von einer unbeteiligten Geschichtswissenschaft, sondern von den engagierten Zeugen selber? Wir hören von einer christlichen Gemeinde als ‚Fremdkörper‘ in einer Welt, der ein geschwisterliches ‚Sozialwesen‘ wesensfremd ist. In dieser Welt - der Welt des römischen Reiches - herrscht zwar Frieden: die famose *pax romana*. Aber die Ordnung dieses ‚pax‘ bedeutet vor allem, daß die Welt für die Oberschicht, die wie jetzt durchaus zahlreich sein kann, in Ordnung ist: eine hochentwickelte Infrastruktur, eine beeindruckende Rechtskultur und wirtschaftlich blühende Landschaften. Die Zeugnisse der Gemeinde aber - ich denke hier namentlich an die Johannes-Apokalypse - sehen das anders, weil von unten. Sie stellen fest, daß die Perspektive eines ‚alle haben alles gemeinsam‘ in dieser Ordnung utopisch ist: es gibt für diese Perspektive in dieser Ordnung keinen ‚topos‘, keinen Ort - außer einen Ort am Rande, der die Gemeinde selber ist. Einen Ort des ‚gemeinsamen Lebens‘, einen Ort, wo ein ganz anderer Frieden erwartet wird, ersehnt wird, erbetet wird: Dein Reich komme! Einen Ort auch, wo geschehene, aber gescheiterte Befreiung ‚gedacht‘ wird - damit spätere Geschlechter darauf zurückkommen können und es besser ausfechten. Es ist ein Ort der Ökumene: Gemeinde für die Welt, für eine bewohnbare, eine soziale, eine sozialistische Welt.

Es wäre wichtig, wenn wir mehr als bisher die neutestamentlichen Schriften im Hinblick auf die Organisation dieses Ortes lesen würden. Insbesondere die Briefe sind viel zu viel als theologische Traktate und viel zu wenig als auf die Gemeindepraxis orientierte Broschüren rezipiert worden.

Solange wir die Schriften dieser Gemeinde lesen, können wir die Möglichkeit einer solchen Gemeinde nicht als ein ‚das war einmal‘ abbuchen und uns mit der Kirche, wie sie nun mal ist, abfinden. Diese Gemeinde ist so aktuell, wie die *pax romana* aktuell ist: leben auch wir nicht in einer Welt mit einer hochentwickelten Infrastruktur, einer beeindruckenden Rechtskultur (die dem römischen Recht auch viel zu verdanken hat!) und wirtschaftlich blühenden Landschaften (wenn auch nicht dort, wo ein Bundeskanzler sie versprochen hat). Eine solche Welt braucht eine Gemeinde: hier und dort einen Ort, wo die Utopie nicht belächelt, sondern konkret wird.

Vielleicht ist es so, daß wir über dieses ‚hier und dort‘ nicht hinauskommen. Auch das Buch, das die Geschichte der ‚praxis toon apostoloon‘ (der apostolischen Praxis) erzählt, die ‚Apostelgeschichte‘, kommt nicht weiter als bis zu dem unter Schutzhaft ge-

stellten Paulus in Rom. Offenbar das ist gemeint mit der Bewegung, ausgehend von Jerusalem, bis an das Ende der Erde. Diese Bewegung ist zweifellos ökumenisch, ist in der ganzen ‚Ökumene‘ präsent, bis in ihr Zentrum, Rom. Aber sie ist es nicht als Weltkirche, sondern als eine Sammlung von kleinen ökumenischen Gemeinden im römischen Reich. Ist das nicht die Botschaft der ‚Apostelgeschichte‘: daß wir über den Anfang nicht hinauskommen, immer auf den Anfang zurückkommen müssen? Ist uns das auch nicht geboten: „Trachtet erst (!) nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen“? Es ist ein Gebot, das uns trösten will. Denn es will uns befreien von der Sorge, wie wir in dieser Welt über die Runden kommen werden, die Sorge der Selbstbehauptung, die dazu führt, daß aus der ökumenischen Gemeinde eine Großkirche wird. Hoffen wir auf die Umkehr.

**Hans Bauer****Ich möchte ehrlich bekennen**

Verehrter Herr Professor! Lieber Hanfried Müller!

Ich möchte ehrlich bekennen: Als ich zum ersten Male von den Weißenseer Blättern hörte, hatte ich Vorurteile. Was für Erkenntnisse konnte eine theologische Zeitschrift einem Marxisten schon bieten, und was anderes als Antisozialistisches, die DDR Diffamierendes war zu erwarten? Das entspricht doch dem verordneten Zeitgeist, und die Kirche steht dabei bekanntlich mit an vorderster Stelle. Inzwischen habe ich meine Meinung zu den Blättern grundlegend revidiert. Diese Hefte gehören zu den Publikationen, die gerade für einen Marxisten von unschätzbarem Wert sind: aktuell-informativ, kritisch-polemisch, wissenschaftlich-fundiert. Daß sie dabei sogar noch juristische Themen behandeln, erhöht besonders für einen Juristen noch die Attraktivität. Jeder Beitrag ist anregend, egal ob man die Meinung der Autoren teilt oder nicht. Mit den Blättern ist mir bewußt geworden, daß Kirche und Christentum nicht ein- und dasselbe, wie andererseits Christentum und Sozialismus keine Gegensätze sein müssen. Die Weißenseer Blätter sind eine Zeitschrift mit ganz eigener und einzigartiger Handschrift - im Stil und im Inhalt - wider den Zeitgeist. Und diese Handschrift verdanken wir Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Müller. Auch künftig möchte ich auf diese Hefte nicht verzichten. Nicht ganz uneigennützig verbinde ich deshalb meine herzlichen Grüße zu Ihrem 80. Geburtstag mit guten Wünschen für eine stabile Gesundheit und persönliches Wohlergehen, viel Kraft und neue Ideen im Interesse der großen und dankbaren Leserschaft.

Ihr Hans Bauer, Rechtsanwalt

## Matthias Kreck

### Paul Kirchhofs Steuermodell - eine große wissenschaftliche Leistung?

Mit diesen Bemerkungen möchte ich Hanfried Müller zum 80. Geburtstag gratulieren. Ich kenne ihn nicht persönlich, aber in Gesprächen mit meinem Vater war er häufig präsent, so daß in mir über das Lesen der Weißenseer Blätter hinaus ein Bild entstanden ist, ja ein gewisser persönlicher Bezug. Mit den Weißenseer Blättern wurde ein Forum geschaffen, das sich erfreulich vom Einheitsbrei der angeblich abgewogenen Meinungen unterscheidet. Hier stehen Position und Argumentation im Vordergrund. Ich wünsche Hanfried Müller Gesundheit und Freude und uns noch viele spannende Artikel von ihm in den Weißenseer Blättern.

Der Name Paul Kirchhof wurde einer breiten Öffentlichkeit mir einem Schlag bekannt, als ihn Angela Merkel in ihr Kompetenzteam geholt hat. Zunächst wurde er als großer Hoffnungsträger bezeichnet, bis die SPD die Chance gesehen hat, durch Kritik an ihm eine Wende in der politischen Stimmung herbeizuführen. Damit hat sie Erfolg gehabt und Herr Kirchhof wurde zum Buhmann. Dies hat nun wiederum bei nachdenklicheren Bürgern eine Art Solidarisierungseffekt hervorgerufen. So könne man mit einem großen Wissenschaftler nicht umspringen. Auch wenn die Zeit vielleicht noch nicht reif sei für sein revolutionäres Steuersystem, so ändere dies nichts daran, daß es sich um eine großartige wissenschaftliche Leistung handele.

Diese Begeisterung für Herrn Kirchhof hat mich verwundert, und ich habe mich gefragt, ob ich die Sicht, daß es sich um eine große wissenschaftliche Leistung handele, irgendwie nachvollziehen kann. Ich kann und will dies nicht in einer wissenschaftlichen Studie machen, es kann also sein, daß ich mit der folgenden Kritik Herrn Kirchhof unrecht tue. Aber wenn dem so ist, so hat er Gelegenheiten, die wissenschaftliche Begründung wenigstens anzudeuten, nicht wahrgenommen.

Eine solche Gelegenheit wäre zum Beispiel ein Vortrag von Kirchhof vor der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gewesen, in dem er vor nicht allzu langer Zeit seine Vorstellungen zur Steuergestaltung erläutert hat. Der Vortrag war, was die Diktion und die Präsentation betrifft, brillant, und natürlich hat er auch argumentiert. Eine große wissenschaftliche Leistung konnte ich nicht erkennen (was mir als Arroganz des Mathematikers ausgelegt werden kann).

Ich möchte diese Kritik etwas erläutern. Ins Zentrum stellt Herr Kirchhof den Freiheitsbegriff. Natürlich ist Freiheit ein großer Wert, aber politisch auch ein problematischer, wenn man daran denkt wie viele Kriege und wie häufig Unrecht im Namen von Freiheit stattfanden. Es hängt viel davon ab, wie man Freiheit definiert. In seiner Arbeit „Der Verfassungsauftrag zur Erneuerung des Steuerrechts“ ([www.akademienunion.de/\\_files/akademiejournal/2002-2/AKJ\\_2002-2-S-15-26\\_kirchhof.pdf](http://www.akademienunion.de/_files/akademiejournal/2002-2/AKJ_2002-2-S-15-26_kirchhof.pdf)) schreibt Kirchhof: „Denn Freiheit heißt, daß der eine sich vom anderen unterscheiden darf, und daß er, wenn es Unterschiede gibt, diese Unterschiede mehren darf.“ Natürlich ist da was dran, aber ich finde, daß diese Definition viel zu kurz greift, man denke z.B. an Konzepte wie

„Einsicht in die Notwendigkeit“ und „Freiheit des Andersdenkenden“. Wenn ich mich frage, wo ich subjektiv Freiheit besonders stark erfahre, dann ist das bei der mathematischen Forschung, wenn ich meine Gedanken in jeden Winkel schweifen lassen kann, um das noch nicht Gedachte zu finden, oder wenn ich Cello spiele und versuche, den Geist eines großen Werkes zu erleben und lebendig zu halten. Daß ich mich dadurch von anderen unterscheide, ist hierbei völlig nebensächlich. Es gibt eben auch Freiheit - und vielleicht kommen wir ihr dort am nächsten -, die einen nicht über oder unter einen anderen stellt!

Wenn nun der Kirchhofsche Freiheitsbegriff ins Zentrum der Argumentation für ein Steuersystem gestellt wird, so ist eine Reibung mit dem Gerechtigkeitsbegriff und erst recht mit dem Solidaritätsbegriff unvermeidlich, und natürlich frage ich mich sofort, wie dies mit dem „Eigentum verpflichtet“ vereinbar ist. Bei einer großen wissenschaftlichen Leistung, die ich außerhalb der Mathematik natürlich nur begrenzt beurteilen kann, würde ich als Laie erwarten, daß ein kritisches Hinterfragen parallel stattfindet, selbst wenn es nicht zu einer Korrektur der Ergebnisse führt. Ich weiß natürlich nicht, ob das in anderen Arbeiten von Kirchhof nachgeholt wird, aber weder bei dem erwähnten Vortrag noch bei dem zitierten Artikel ist das der Fall.

Nun noch zu einem Punkt, wo der Mathematiker in mir spricht. Warum 25%? Warum ist 25 besser als 17, eine wunderbare Primzahl, oder 32, eine 2erPotenz. Aber im Ernst, wie wird 25% begründet? Ich denke, es gäbe durchaus eine Möglichkeit, dies zu tun. Wenn man sich auf einen einheitlichen Steuersatz  $x$  festgelegt hat, so kann man  $x$  durch eine einfache Gleichung bestimmen. Man muß abschätzen, wie viel der zu versteuernde Bruttoverdienst der Gesellschaft beträgt, und wie viel Geld der Staat zur Wahrnehmung seiner Aufgaben benötigt. Dann kann man  $x$  ausrechnen. Weder in seinem Vortrag noch in dem Artikel, wo ich die 25 Prozent allerdings nicht finden konnte, wird auf diesen Punkt eingegangen. Ich finde das nicht besonders wissenschaftlich, wobei mir natürlich klar ist, daß diese Festlegung von  $x$  von geschätzten Werten abhängt, aber besser als nur ins Blaue gesagt ist es in jedem Fall.

Allerdings weist der Versuch, den Steuersatz auszurechnen, auf eine viel wesentlichere Schwäche hin. Das von mir zugrunde gelegte Modell ist ein statisches, die Wirklichkeit ist aber dynamisch. Kirchhofs Ansatz berücksichtigt genauso wenig wie das existierende Steuersystem, daß sich die gesellschaftlichen Bruttoeinnahmen ständig ändern, während ein Großteil der staatlichen Ausgaben feste Kosten sind (von Einflüssen wie Inflation sei hier einmal abgesehen), wie z.B. die Finanzierung von Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, und andere gerade steigen, wenn die Bruttoeinnahmen zurückgehen, wie besonders drastisch bei der Kopplung von Arbeitslosigkeit und Finanzierung der Arbeitslosen oder auch bei der zunehmenden Anzahl von Rentnern deutlich wird. Würde es nicht zu einem wissenschaftlichen Ansatz gehören, ein dynamisches Steuermodell zumindest zu diskutieren?

Natürlich ist dies nicht meine Hauptkritik am Kirchhofschen Steuermodell, das ich ungerecht finde, und mir nicht mit der grundgesetzlich geregelten Verpflichtung des Besitzes von Eigentum vereinbar zu sein scheint. Aber sein Modell als große wissenschaftliche Leistung zu betrachten, scheint mir völlig unangebracht. Dies ist im übrigen kein Vorwurf an Herrn Kirchhof, der die Einschätzung seiner Arbeit natürlich anderen überläßt. Es ist ein Vorwurf an die, die, wahrscheinlich ohne mehr als die überall verbreiteten Schlagworte zu kennen, eine solche Wertung vornehmen. Dahinter könnte

sich entweder naive Wissenschaftsgläubigkeit verbergen, oder der Versuch, eine mir gerade passende Position durch den Hinweis auf die wissenschaftliche Basis als bewiesen und somit nicht hinterfragbar darzustellen. Beides ist nun gerade unwissenschaftlich. Ob und wie Politik mehr von Wissenschaft profitieren kann, ist eine spannende Frage, die es Wert wäre, untersucht zu werden.



## Von Gerhard Feldbauer

### Epochenwechsel in vorsozialistischer Zeit. Streiflichter zu Gestalten und Ereignissen

Der Begriff der Epoche nahm in der materialistischen Geschichtsauffassung der DDR einen festen Platz ein. Im Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie (Dietzverlag Berlin 1989) hieß es: „Auf der Grundlage der Periodisierung der Geschichte nach Gesellschaftsformationen erfaßt er eine konkrete Gesamtheit verschiedenartiger wesentlicher wie unwesentlicher Erscheinungen und Prozesse, die klassenmäßigen Triebkräfte des geschichtlichen Prozesses und damit den Hauptinhalt und die Hauptrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung in einem bestimmten Zeitabschnitt.“ Das wurde für die Ausarbeitung der politischen Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse als „von großer Bedeutung“ gesehen.

Erstmals definierte die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 in Moskau den Hauptinhalt der mit der Oktoberrevolution angebrochenen Epoche der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsformation als „die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphs des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab“. Die Moskauer Beratung 1969 hielt fest, die Ereignisse seit 1960 hätten „die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Einschätzung des Charakters, des Inhalts und der Haupttendenzen der gegenwärtigen Epoche bestätigt“.

Eine entscheidende Grundlage des vorwärtsschreitenden weltweiten revolutionären Prozesses hätte das einheitliche Handeln der kommunistischen und Arbeiterparteien sein müssen, das durch die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPdSU und der KP Chinas in Frage gestellt wurde. Die unterschiedlichen Auffassungen waren wesentlich durch die unter Chruschtschow nach dem XX. Parteitag der KPdSU einsetzenden revisionistischen Erscheinungen hervorgerufen worden, die seit den siebziger Jahren auch Deformierungen und Fehlentwicklungen der sozialistischen Staaten bedingten, aber auch in opportunistischen Prozessen in Gestalt des sogenannten Eurokommunismus in westeuropäischen KPs, darunter besonders der IKP, ihren Niederschlag fanden.

Ohne gewisse positive Aspekte des XX. Parteitages zu übersehen, beginnt mit ihm ein Prozeß, der dem Renegaten der Neuzeit Gorbatschow die Möglichkeit des Weges an die Macht ebnete. Dessen Ziel bestand - wie er nach der Niederlage des Sozialismus in Europa 1989/90 offen eingestand, schon bevor er 1985 KPdSU-Generalsekretär wurde - darin, die sozialistischen Gesellschaftsordnungen zu liquidieren und eine kapitalistische Restauration durchzusetzen. Diese Aspekte haben maßgebliche Theoretiker der kommunistischen und Arbeiterparteien nicht erkannt. Als der Dietzverlag 1989 die Definiti-

on der sozialistischen Epoche in sein Wörterbuch aufnahm, entsprachen jedoch auch Einschätzungen nicht mehr realen Entwicklungen, die durchaus offensichtlich waren. Darunter fiel vor allem die über den „wachsenden Einfluß“, den der Sozialismus auf den Verlauf der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus „durch seine zunehmende wirtschaftliche Macht“ ausübe. Die als Bestandteil der sozialistisch/kommunistischen Epoche definierte friedliche Koexistenz war zu dieser Zeit, wie Kurt Gossweiler einschätzte, in wesentlichen Fragen der Außenpolitik ihres Inhalts als einer „Form des Klassenkampfes“ beraubt.

### **Das, was man den Zeitfaktor nennen könnte**

Die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus wurde als ein „längerer Zeitabschnitt der Menschheitsgeschichte“ definiert. Die praktische Haltung der Kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten vermittelte aber eher den Eindruck, daß man mit kürzeren Zeitabschnitten rechnete. Ins Auge fällt heute in diesem Kontext auch, daß Schlußfolgerungen aus der Analyse des Epochenwechsels in vorsozialistischer Zeit bezüglich dessen, was man den Zeitfaktor nennen könnte, generell fehlten. Gerade hier hätten historische Betrachtungen Anregungen darüber liefern können, daß vorangegangene Epochenwechsel, bei denen es obendrein, um einen Machtwechsel von einer Ausbeuterformation zur anderen ging, sich in Jahrhunderten vollzogen, über Niederlagen und lange Perioden der Stagnation erfolgten, oft Irrwege durchmachten, oder, wie Jürgen Kuczynski es formulierte, im Zickzack verliefen. Die folgenden Ausführungen wollen dazu, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, einige Gedanken beisteuern.<sup>1</sup>

### **Vom Römischen zum Frankenreich**

Von den rund 1500 Jahren der Existenz des Römischen Reiches, des größten und bedeutendsten Sklavenhalterstaates des Altertums, entfielen fast die Hälfte auf seine Niedergangsphase. Das Westreich wurde von Goten, Vandalen, Burgundern und Alemannen, zuletzt von den Franken überrannt. Die Kurie, 324 von Kaiser Konstantin zur privilegierten Staatskirche erhoben, konnte den Untergang nicht aufhalten. Die Ressourcen, vor allem die ökonomischen, hatten sich erschöpft. Die neue Gesellschaftsformation reifte heran: Die Feudalmacht. Das Ende markierte 486 der Sieg der Franken unter dem Merowingerkönig Chlodwig bei Soisson über den letzten römischen Machthaber in Galien, Syagrius, Sohn und Nachfolger des Ägidius. 496 oder 497 trafen dann die zwei stärksten germanischen Stammesverbände im Kampf um die Herrschaft über das entstehende Reich aufeinander: Alemannen und Franken. Nach den Siegen hieß das Imperium Frankenreich.

Als politischer Vorteil erwies sich, daß die Anfänge der frühfeudalen Ordnung aus den Stammesorganisationen heraus entstanden, da die auf dem fränkischen Territorium siedelnden Völker keine Sklavenhalter kannten und ihre Führungen noch von Formen der „reinen Adelsdemokratie“ (Friedrich Engels) geprägt waren. Die Siege über die

---

<sup>1</sup> Der Autor hat sich diesem Thema nach 1989/90 in zahlreichen Beiträgen vor allem in „junge Welt“, „Unsere Zeit“, „Neues Deutschland“ und „Rote Kalenderblätter“ gewidmet.

Römer festigten die Herrschaft des fränkischen Kriegeradels, aus dem sich die neue Feudalschicht formierte, deren Macht auf dem Grundbesitz beruhte. Unter Chlodwig begann in Europa der historische Prozeß des Entstehens des bedeutendsten Reiches des frühen Mittelalters, das germanische und romanische Völker umfaßte und die Grundlage für die politische und kulturelle Entwicklung des Abendlandes, insbesondere Deutschlands und Frankreichs legte. Die christliche Religion wurde zum ideologischen Band, das den Vielvölkerstaat zusammenhielt. Leopold von Ranke sah darin ein Erfordernis der „historischen Wirksamkeit“.

Das im 8. Jahrhundert vom Atlantik bis zur Elbe, von den friesischen Inseln bis weit hinter Rom reichende Frankenreich zu beherrschen, war Ziel sowohl der Könige und Kaiser als auch der Päpste. Der fränkische Episkopat lehnte zunächst mehrheitlich eine von Rom straff geleitete Kirche ab. Nördlich der Alpen konnte der Papst keinen Bischof, noch nicht einmal einen Priester ernennen. Die von den Fürsten und Landeskirchen eingesetzten Würdenträger kamen aus dem Adel, führten ein weltliches Leben und vererbten ihre Diözesen wie Familienbesitz. Sie lebten wie Grundherren, zogen in den Krieg, führten ein ausschweifendes Leben, brüsteten sich mit ihrer Trinkfestigkeit und heirateten nicht nur, sondern brachen auch die Ehe.

### **Bonifatius verhilft Rom zum Durchbruch**

In dieser Zeit war Rom ein Missionar zu Diensten, der dem Heiligen Stuhl zum historischen Durchbruch verhalf: Der 672 oder 673 in Wessex geborene angelsächsische Benediktiner mit dem ursprünglichen Namen Wynfried, der seit 716 in Friesland, später in Thüringen, Hessen und Bayern das Christentum verbreitete. Sein missionarischer Eifer, sein historischer Weitblick, aber auch sein großes organisatorisches Talent ließen ihn frühzeitig zum wichtigsten Vertrauten des Heiligen Stuhles bei der Festigung der Papstherrschaft nördlich der Alpen werden. 722 zum Bischof und zehn Jahre später zum Erzbischof geweiht, ernannte ihn Gregor III. 738 zum Legaten für Deutschland. Vorher hatte ihm Gregor II. den Namens des römischen Märtyrers Bonifatius verliehen und ihn so der Kurie verpflichtet.

Die von Bonifatius betriebene Reform der fränkischen Kirche entsprach zunächst auch Interessen des Königtums, da sie die durch die Heidenbekehrung unterworfenen germanischen Stämme an das Reich band. Unter Karl Martell (688-741) kam es zum Bündnis zwischen Kirche und Zentralgewalt. Vor allem die Karolinger, die für eine starke Königsgewalt eintraten, setzten gleichzeitig auf die Hilfe der Kurie, was eine Stärkung des römischen Einflusses bedingte. In Rom wiederum wußte man, daß ohne den militärischen Beistand der Fürsten dem Missionswerk der Erfolg versagt bleiben mußte. So wurde die Kirche neben dem Lehnswesen zur vor allem ideologischen Stütze der Herrscher des Reiches.

Als Pippin der Jüngere 751 den letzten merowingischen König Childrich III. stürzte, gab der Papst ihm seinen Segen. Während die Reichsversammlung in Soisson ihn zum König erhob, wurde der neue Herrscher zum ersten Mal nach alttestamentarischer Weise gesalbt, was seine Berufung durch Gott belegen sollte. Pippin dankte dem Papst mit einem Kriegszug nach Italien, wo er ihn gegen die vordringenden Langobarden unterstützte. Im Ergebnis dieses Feldzuges entstand der Kirchenstaat, der die weltliche Herr-

schaft des Papstes begründe. Der Architekt dieses Bündnisses, das der römischen Kirche Einfluß und Geltung verschaffte, war Bonifatius.

### **Die Reichsteilung von Verdun**

Die Karolinger, die den Merowingern folgten, brachten das Frankenreich zu seiner größten Blüte. Der 800 zum Kaiser gekrönte Karl der Große (Charlemagne) erweiterte es durch Kriege in Italien, Westslawien und Awaren. Dem Reich fehlte jedoch eine einheitliche ökonomische Basis. Es blieb vor allem ein militärischer und administrativer Zusammenschluss der verschiedenen Stämme und Stammesverbände, der noch keine einheitliche Gesellschaftsformation bildete. Unter Ludwig dem Frommen, dritter Sohn Karl des Großen, der von 814 bis 840 regierte, verfiel es der feudalen Zersplitterung. Sein ältester Sohn und Nachfolger Lothar teilte das Frankenreich 843 im Vertrag von Verdun in drei Teile. Das Westreich, das spätere Frankreich; das Ostreich, aus dem das deutsche Reich entstand, und das Mittelreich Lothringen (Lothringen).

### **„Taufe oder Tod“**

Den Beginn der Christianisierung des Frankenreiches markierte die Taufe Chlodwigs und 3000 seiner Krieger nach der Alemannenschlacht. In den folgenden Jahrhunderten nahm sie immer blutigere Formen an. Die im 13. Jahrhundert unter dem Deutschen Ritterorden einsetzende Heidenbekehrung der Pruzzen (Preußen), begleitete barbarischer Terror. Der Begründer des Zisterzienserordens, Bernhard von Clairvaux, prägte dafür die Formel: „Christliche Mission bedeutet Taufe oder Tod“. Unzählige verweigerten die Bekehrung und erlitten das entsprechende Schicksal. Im Verlauf der Christianisierung übernahm die Kirche staatliche Ordnungsfunktionen, fungierte sie, wie Engels schrieb, als „allgemeinste Zusammenfassung und Sanktion der bestehenden Feudalgesellschaft“. Als barbarisches Instrument der Unterdrückung jeden Widerstandes dagegen funktionierte die 1183 unter Papst Lucius III. geschaffene Inquisition, der Millionen zum Opfer fielen. Somit war klar, so Engels weiter, daß „alle allgemein ausgesprochenen Angriffe auf den Feudalismus, vor allem Angriffe auf die Kirche, alle revolutionären, gesellschaftlichen und politischen Doktrinen zugleich und vorwiegend theologische Ketzereien sein mußten. Damit die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse angetastet werden konnten, mußte ihnen der Heiligenschein abgestreift werden.“

Zu den vielen heroischen Gestalten, die dieses System angriffen, gehörten in der Zeit des Renaissance-Humanismus Jan Hus, Jeanne d'Arc, Girolamo Savonarola oder Giordano Bruno. Augenscheinlich zeigte sich das gemeinsame Handeln von Kirche und Feudalmacht während der Ketzerprozesse. Nach der Urteilsverkündung übergab das Tribunal der Inquisition die Abtrünnigen der Staatsmacht, die nach den theologischen Richtlinien verpflichtet war, sie als „Pestbeulen“ aus dem Körper der Gesellschaft zu entfernen und als „Majestätsverbrecher“ (Thomas von Aquino) hinzurichten. Weltliche Herrscher, die aus Souveränitätsgründen, da sie im Machtkampf zwischen Papst und Kaiser nicht als Vasallen des Pontifex gelten wollten, sich weigerten, die Urteile zu vollstrecken, exkommunizierte der Papst, verhängte über unbotmäßige Städte das Verdikt, das von den Gläubigen u. a. forderte, keine Steuern zu zahlen.

Zu Giordano Brunos revolutionärem Wirken sollte festgehalten werden, daß er, wie auch wir heute, in einer Zeit der Restauration gelebt und er dennoch das Licht der Vernunft nicht unter den Scheffel gestellt hat. Trotz des wirtschaftlichen und nationalen Niedergangs Italiens, trotz des Vordringens der Gegenreformation setzte er das auf Erkenntnis und Wahrheit, die Freiheit und Würde des Menschen gerichtete Renaissancegedenken fort und krönte es mit seinem materialistisch orientierten Pantheismus, der die Herausbildung der modernen bürgerlichen Philosophie wesentlich beförderte. Seinen Materialismus setzten, beginnend mit Bacon, die englischen und französischen Materialisten fort. Leibnitz griff mit seiner Monadenlehre auf Bruno zurück, Spinoza knüpfte an die Idee von der Einheit der unendlichen Substanz und der Vielfalt der endlichen Dinge an, Schelling führte die pantheistische Naturphilosophie fort.

### **Beginn einer Epoche historischen Umbruchs**

Im 12. Jahrhundert gab es erste Anzeichen des nächsten Epochenwechsels, begann mit Friedrich I. ein Prozeß widersprüchlichen historischen Umbruchs. Am 18. Juni 1155 krönte ihn Hadrian IV. zum Imperator des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Der Staufer, der in Italien nach der Farbe seines Barthaars Barbarossa (Rotbart) genannt wurde, war ein entschiedener Gegner des weltlichen Machtanspruchs der Kurie. Nur widerwillig gab Hadrian ihm deshalb den päpstlichen Segen. Unmittelbar nach der Krönung verwickelte er ihn hinterlistig in die Ermordung Arnolds von Brescia, welcher, der Herrschaft des Papstes entgegentretend, die Römische Republik ausgerufen hatte. Das blutige Omen belastete das Streben des neuen Kaiser nach einer Verständigung mit dem aufstrebenden italienischen Bürgertum. Dennoch setzte mit seiner 38jährigen Regierungszeit der mehrere Jahrhunderte währende Übergang von der Feudalzeit zur bürgerlichen Gesellschaft ein.

Zu den Widersprüchen dieser Epoche gehört, daß die städtischen Bürger, das heißt, „die Klasse, in der die Fortentwicklung der Produktion und des Verkehrs, der Bildung der sozialen und politischen Institutionen sich verkörpert fand“ (Engels), entscheidend auf die sozialökonomische Entwicklung einwirken, damit aber auch die Blüte des Rittertums herbeiführen. Die weitgehend unabhängigen Städte werden als „Glanzpunkt des Mittelalters“ (Karl Marx) innerhalb der Feudalgesellschaft zum vorwärtsweisenden Element des Geschichtsprozesses. Die von ihnen hervorgebrachten Ware-Geld-Beziehungen drängen die bis dahin vorherrschende Naturalwirtschaft zurück. Unter Friedrich I. gedeiht die Dichtkunst. Es entstehen erste Universitäten. Sprache, Literatur und Wissenschaften erleben einen nie gekannten Aufschwung. Das Nibelungenlied erhält seine endgültige Form. Die großen Epiker Walther von der Vogelweide (die politischen Lieder), Wolfram von Eschenbach (Parzival), Hartmann von der Aue (Der arme Heinrich) und Gottfried von Straßburg (Tristan und Isolde) ergreifen bewußt Partei in den politischen Streitfragen, indem sie gegen die feudale kirchlich-religiöse Auffassung des Daseins Werke schaffen, die nicht nur ihre Zeitgenossen beeinflussen, sondern alle nachfolgende deutschsprachige Literatur und so frühe Grundlagen für den langwierigen Weg der Formierung der Nation legen.

Barbarossa trat nicht nur dem Anspruch der Päpste auf die weltliche Herrschaft entgegen, den er aufhalten und partiell zurückdrängen konnte, sondern auch dem abendländischen Expansionsdrang Kaiser Emanuel I. von Byzanz. Gemessen an

feudalstaatlichen Kriterien gewann das aus der Teilung von Verdun hervorgegangene deutsch-römisch Reich unter ihm an Macht und Ansehen. Er unterwarf den polnischen Staat seiner Lehnshoheit und nahm die Huldigung der Könige von Böhmen (das Teil des Reiches war), sowie Dänemarks und Englands entgegen. Von seinem strategischen Weitblick zeugte, daß er der Versuchung widerstand, die Expansion nach Osten voranzutreiben und sich statt dessen auf Italien konzentrierte. In dem Mittelmeerland, auf das sich sowohl die Gelüste von Byzanz als auch der sizilianischen Normanen richteten, sah er ein Kernstück seines Imperiums.

An die Grenzen seiner Macht stieß Barbarossa in der Auseinandersetzung mit dem von Mailand geführten Lombardischen Städtebund, einem Vorläufer der künftigen kapitalistischen Gesellschaftsformation. Seine Absicht, die ökonomische Basis der Lombardei zur Stärkung der von ihm angestrebten deutschen Zentralgewalt zu nutzen, stieß auf hartnäckigen Widerstand, da das Bürgertum dort auf seine wirtschaftliche und politische Selbständigkeit pochte. Über viele Jahre herrschten kriegerische Auseinandersetzungen vor, in denen die Kaiserlichen mit Augen ausstechen, Kopf und Hände abschlagen sowie Folterungen von Gefangenen und Brandschatzungen der eingenommenen Städte wüteten, aber auch die lombardischen Befehlshaber, die oft aus dem Adel kamen, mit gleicher Münze heimzahlten.

Im Kampf gegen Barbarossa verbündeten sich die Lombarden mit dem Feind jeden Fortschritts, Alexander III. Der 1159 von der Antikaiserpartei gewählte Papst hatte Friedrich 1160 mit dem Bann belegt. Im Mai 1176 siegte der Städtebund in der Schlacht bei Legnano nahe Mailand über den Kaiser. Friedrich entging nur knapp der Gefangennahme. Das herausragende militärische Ereignis bestand darin, daß erstmals ein Ritterheer vom verachteten städtischen Fußvolk besiegt wurde. Das von der bürgerlichen Geschichtsschreibung unterschlagene gesellschaftliche Novum bestand darin, daß die Feudalmacht auf dem Höhepunkt ihrer Macht die erste Niederlage erlitt, zugefügt von der gerade die Bühne der Geschichte betretenden und sie, wenn auch erst Jahrhunderte später, ablösenden bürgerlichen Klasse.

Die Auseinandersetzungen endeten mit Kompromissen - dem Verständigungsfrieden 1177 mit dem Papst und 1183 mit dem Lombardenbund. Friedrich erkannte die Selbstverwaltung der italienischen Städte an, diese ihrerseits die kaiserliche Oberhoheit. Mit der Kurie herrschte ein Patt. Durch die Zusicherung der Anwartschaft seines Sohnes Heinrich VI. auf den normannischen Königsthron in Sizilien konnte sich Friedrich jedoch 1186 ein Übergewicht über das Papsttum sichern. Insgesamt hinterließ er bei seinem Tode das von der Nordsee bis Mittelitalien ausgedehnte Reich wesentlich gefestigter, als er es vorgefunden hatte. Als Führer des dritten Kreuzzuges fand er am 10. Juni 1190 in Kleinasien, unweit Seleukia in den Fluten des Saleph (türkisch Gök-su), den Tod. In der Mittagshitze, als er sich bei einem Bad erfrischen wollte, erlitt er in den kalten Wassern des in den kilikischen Bergen entspringenden Flusses einen Herzschlag.

Es war das Ende eines feudalen Herrschers, der eine herausragende Persönlichkeit sowohl der deutschen als auch der europäischen Geschichte des 12. Jahrhunderts und noch darüber hinaus darstellt. Ihn mit allem Reaktionären in der deutschen Geschichte gleichzusetzen, was durch die Identifizierung militaristischer Kriegervereine seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit der Kyffhäuserlegende und durch den Mißbrauch seines Namens für die Aggression Hitlerdeutschlands gegen die UdSSR befördert wurde, geht an der historischen Realität vorbei. Ebenso abwegig sind seine

Idealisierung und Heroisierung, die seit dem 19. Jahrhundert das Geschichtsbild vom Kaiser Rotbart, von der alten deutschen Kaiserherrlichkeit sowie von deutscher Macht und Einheit prägten.

### **Bauernkriege und frühbürgerliche Revolutionen in Europa**

Gut drei Jahrhunderte später, ungefähr fünfzig Jahre nach der Unterdrückung der hussitischen Bewegung, erlebt fast ganz Europa in den Auseinandersetzungen der progressiven Kräfte mit der Feudalmacht und der Papstherrschaft, die im Rahmen der Reformation erfolgt, den bis dahin revolutionärsten Höhepunkt der mittelalterlichen Klassenauseinandersetzung. Obwohl objektiv nicht zur führenden Klasse berufen, werden vor allem die deutschen Bauern mit Thomas Münzer an der Spitze zur ihrer revolutionärsten Kraft.

Am 15. Mai 1525 fand bei Frankenhausen die entscheidende Schlacht im großen deutschen Bauernkrieg statt. Das von Münzer geführte Bauernheer, das etwa 8.000 Mann zählte, hatte auf einer Anhöhe, die heute noch Schlachtberg heißt, eine Wagenburg gebildet und sich dahinter verschanzt. Das angreifende Heer der vereinten Fürsten mit dem Landgrafen von Braunschweig und dem Herzog von Sachsen an der Spitze zählte über 10.000 erfahrene Kriegsknechte, viele beritten, und eine große Zahl Geschütze.

Das Kräfteverhältnis war jedoch nicht nur zahlenmäßig ungleich. Der Thüringer Haufen besaß bei weitem nicht die Kampfkraft, über welche die oberschwäbischen und fränkischen oder später die Tiroler Bauern verfügten und dem Truchseß zeitweise schwere Niederlagen beibrachten. Die Fürsten setzten auf ihre bereits in den vorangegangenen Kämpfen praktizierte Taktik der Verhandlungen und schlossen einen vierstündigen Waffenstillstand, um dann noch vor dessen Ablauf wortbrüchig in die Wagenburg einzufallen. Die Fürsten hatten gegen Kapitulation und Auslieferung Münzers und seiner Hauptleute allen Bauern Amnestie versprochen. Ein adliger Führer der Bauern und ein Priester sammelten Anhänger, um Münzer auszuliefern und die Wagenburg zu übergeben. Eine Mehrheit des Haufens verurteilte die beiden Verräter zum Tode und enthauptete sie. Münzer mahnte seine Brüder, den so oft wortbrüchigen Fürsten nicht zu glauben, ihre Tyrannei nicht zu vergessen. Deutlich fragte er aber auch, ob sie seine Person nicht doch den Fürsten überantworten möchten. Aber alle schriegen, so berichteten die Chronisten, „Nein, nein; tot oder lebendig wollen wir hie beieinander bleiben.“ „So will Gott denn nicht“, rief ihnen Münzer zu, „daß ihr Frieden mit den Gottlosen machen sollt. Fechtet unerschrocken und tröstet euch göttlicher Hilfe.“ Laut und vielstimmig antwortete der Haufen: „Frisch dran und dreingeschlagen und gestochen und der Bluthunde nicht geschont.“ (Wilhelm Zimmermann: „Der große deutsche Bauernkrieg“.)

Während der Haufen feierlich die Melodie anstimmte „Komm, heiliger Geist, Herre Gott“, um sich zur Schlacht zu weihen, überschütteten die Geschütze der Fürsten eine Stunde vor Ablauf des Waffenstillstands das Lager mit einem todbringenden Geschosshagel. Unmittelbar danach brach ihre Reiterei in die Wagenburg ein und begann unter den überraschten Bauern ein furchtbares Gemetzel. Ein Teil, so heißt es, „wehrte sich wild und tapfer gegen die ansprengenden Reisigen, brachte Wunden und Tod über sie, bis er durch die Überzahl überwältigt wurde.“ Viele flüchteten, um in Frankenhausen Zuflucht zu suchen. Mit ihnen drangen auch die Kriegsknechte in die Stadt ein und

richteten unter den Bauern ein furchtbares Gemetzel an. Bei Zimmermann heißt es: „Alles, was den Reisigen aufstieß, wurde nieder gehauen; in und um Frankenhausen war nichts als Jammer und Blutvergießen; selbst in den Kirchen und Klöstern und in den Häusern wurde gewürgt und geplündert; der durch die Stadt fließende Bach wälzte sich als Blutbach fort. Fünftausend Bauern waren auf dem Feld und in der Stadt erschlagen, und die Fürsten, des Blutes noch nicht satt, ließen noch 300 Gefangene, ohne Untersuchung der Schuld oder Unschuld, unter das Rathaus führen und sie enthaupten.“

Der selbst verwundete Münzer wurde in Frankenhausen gefangen und zwölf Tage grausam gefoltert. Herzog Georg und die anderen Fürsten waren zugegen und weideten sich an seinen Qualen. Am Ende der Torturen brachte man ihn auf einen Leiterwagen geschmiedet nach Mühlhausen, wo er den „Ewigen Rat“ gebildet hatte. Die Fürsten schauten seinem Tod zu. Münzer lehnte jeden Widerruf ab und klagte sie im Angesicht des Todes nochmals unerbittlich an. Seine letzten Worte sind wie folgt aufgezeichnet worden: „Die Fürsten sollen fleißig in der Heiligen Schrift lesen, zumal in den Büchern Samuelis und der Könige, dort werden sie Beispiele genug finden, was Tyrannen für ein Ende nehmen, und darin mögen sie sich wohl spiegeln.“ Dann fiel der Streich, sein Rumpf wurde aufgespießt, der Kopf am Schadeberg auf einen Pfahl gesteckt. Man schrieb den 27. Mai 1525. Münzer, dessen Geburtsjahr 1489 oder 1490 war, zählte kaum 35 Jahre.

Mit der Niederlage bei Frankenhausen gingen die großen Bauernerhebungen in Mitteleuropa zu Ende, eine Ausbreitung in die nördlichen Gebiete wurde verhindert. Der mit dem ersten großen Aufstand unter Hans Böheim, dem Pfeiferhänlein von Niklashausen, eingeleitete deutsche Bauernkrieg war entscheidender Bestandteil und zugleich Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution, in der es darum ging, das wirtschaftlich und politisch überlebte Feudalsystem zu überwinden und den Weg frei zu machen für eine bürgerliche Gesellschaft. Als die am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten wurden die Bauern zu ihrer entscheidenden Triebkraft und Thomas Münzer ihr herausragender politischer Führer und radikaler Ideologe. Diese Revolution richtete sich gleichzeitig gegen die Abhängigkeit von Rom, gegen die Vorherrschaft der römisch-katholischen Kirche als Zentrum des Feudalsystems, welches das Entstehen eines deutschen Nationalstaates hemmte.

Aus dem Kleinbürgertum, einer Handwerkerfamilie kommend, studierte Münzer Theologie, promovierte zum Magister und bildete bereits 1513 in Magdeburg eine gegen die fürstliche Macht gerichtete konspirative Handwerkervereinigung, studierte in Prag die Erfahrungen der Hussiten und wirkte unter anderem als Geistlicher in Weißenfels, Aschersleben und Braunschweig. In Zwickau kam er als Prediger 1520/21 mit den plebejischen Schichten (Bergknappen) und der unter ihnen tätigen chilastischen Sekte der Wiedertäufer des Tuchmachers Nikolaus Storch (Pelargus) zusammen. Hier fand Münzer den Weg zu den einfachen Menschen und schuf seine geistliche Lehre, nach der Gott stets und überall zu seinen Auserwählten spricht und das vom Geiste des lebendigen Gotteswortes geläuterte Volk die Umgestaltung des irdischen Lebens in seine Hand nehmen soll.

Während Luther sich von seinen gewaltsamen Predigten abwandte und sich auf die Seite der Fürsten schlug, führte Münzer, der ursprünglich zu seinen aktivsten Mitstreitern gehörte, nunmehr die eigene Sicht einer radikalen kirchlichen und politischen Erneuerung zur Abkehr von diesem. Im März 1523 ermöglichte ihm die Übernahme einer



Pfarrstelle in Allstedt bei Halle, den Gottesdienst zur Gewinnung der Gläubigen zu nutzen. Hier heiratete er im selben Jahr die ehemalige Nonne Ottilie von Gersen, mit der er einen Sohn hatte. In Allstedt, dem „Gegenwittenberg“ und Zentrum der reformatorischen Bewegung, entstanden Münzers wichtigste politische und theologische Schriften, so die „Deutsch-evangelische Messe“, „Deutsches Kirchenamt“, „Protestation oder Entbietung“ und 1524 die „Fürstenpredigt“, eine flammende Anklage gegen das blut-saugerische Feudalsystem.

In Gestalt des „Allstedter Bundes“ gründet Münzer im März 1524 eine revolutionäre Organisation, in der er die Bauern vereinigen und den Aufstand vorbereiten will. Im Herbst reist er nach dem Schwarzwald, wo sich unter seinem Einfluß der dort ausgebrochene Bauernaufstand radikalisiert. Anfang 1525 kehrt er nach Thüringen zurück. Auf seine Initiative wird in der Reichsstadt Mühlhausen der „Ewige Rat“ geschaffen, das Modell einer politischen und sozialen Umgestaltung. Münzer vereinigt mehrere Thüringer Haufen und hofft, dort ein Zentrum der vereinigten Bauernbewegung zu schaffen. In Thüringen, wo das plebejische Element der Städte, ein Keim des künftigen Proletariats, eine große Rolle spielt, wirbt er für das Bündnis mit den städtischen Schichten und eröffnet Ende April einen erfolgreichen Feldzug gegen die Feudalherren im Eichsfeld.

Am 11. Mai trifft Münzer in Frankenhausen ein und übernimmt die Führung der dort versammelten Haufen. Hier vollendet sich das Schicksal dieses furchtlosen revolutionären Führers der Bauern und der Volksreformation, der mit seinen kühnen Gedanken seiner Zeit weit voraus war.

### **Der Schweizer Reformator Huldrych Zwingli**

Obwohl es auch in der Schweiz vordergründig darum ging, die katholische Kirche in eine reformierte anglikanische, lutherische oder kalvinistische umzugestalten, bestanden die tieferen Ziele der Bewegung darin, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Dafür gab es in der Schweiz eine Reihe günstiger Bedingungen, die in anderen Ländern so meist nicht existierten: Relativ unterentwickelte Feudalverhältnisse, eine erhalten gebliebene Marktgenossenschaft, eine starke Schicht freier Bauern, in Zürich, Basel und Bern starke Zentren des Zunfthandwerks, einen ausgedehnten Fernhandel.

Das städtische Bürgertum, aber auch Grundbesitzer forderten im Interesse ihrer wirtschaftlichen Positionen und politischer Eigenständigkeit, die Eidgenossenschaft stärker zu zentralisieren und die Machtstellung der Kirche zu beseitigen. In den nordschweizerischen Städten, an ihrer Spitze Basel mit seiner 1459 gegründeten Universität, entstanden Zentren des Buchdrucks und auf seiner Basis des Humanismus.

In Basel und Bern besuchte Zwingli, Sohn eines Bauern und Amtmannes, die Schule, studierte anschließend in Basel und Wien Theologie und promovierte zum Magister. Danach hatte er in Glarus zehn Jahre ein Pfarramt inne und war seit 1519 Leutpriester am Großmünster in Zürich. Als Feldprediger nahm er 1513 und 1515 an den Schlachten von Novara bzw. Marignano (heute Melegnano) gegen die französischen Truppen in Norditalien teil.

Zunächst unter dem Einfluß der lutherischen Bewegung stehend, wird Zwingli bald durch den Humanismus Erasmus von Rotterdams geprägt, der sich 1517 und 1528 in Basel aufhält. Zu einem engen Weggefährten wird ihm der Mediziner, Philosophiepro-

fessor und Historiker Joachim von Watt (Vadianus), seit 1526 Bürgermeister in St. Gallen.

Im Rahmen heftiger sozialer und politischer Auseinandersetzungen leitet Zwingli 1523 in Zürich die Reformation ein, die sich von hier aus auf andere Stadtkantone ausbreitet. Während in Zürich das Patriziertum entmachtet wird, erheben sich die Bauern in der Nordschweiz, erkämpfen die Aufhebung der Leibeigenschaft und des kleinen Zehnten. Durch seine erste und zweite Disputation (Januar und Oktober 1523) gestaltet Zwingli Zürich zum Zentrum der kirchlichen, politischen und sozialen Neuordnung der Eidgenossenschaft. Die Schweizer Reformation strahlt auf Süddeutschland und Tirol aus.

Nach Zwinglis zweiter Disputation entmachtet der Züricher Stadtrat die Kirche und übernimmt ihre Aufgaben. Zwingli verkündet als Ziel, alles zu beseitigen, was nicht aus der Heiligen Schrift zu begründen ist: Darunter die Abnahme der Heiligenbilder, die Aufhebung der Klöster, die Abschaffung der Prozession, des Orgelspiels und des Gemeindegangs, der Firmung und der letzten Ölung, Beschränkung der Feiertage, Begründung des Almosenamtes, Abendmahlsfeier nur an vier Sonntagen des Jahres am weißgedeckten Tisch mit Brotbrechen und Kelchnahme. An die Stelle des Stiftskapitels am Großmünster tritt die Prophezei.

Zwinglis theologisches Wirken war rational geprägt und auf das gesellschaftliche städtische Leben ausgerichtet, es beeinflusste maßgeblich den bürgerlich-republikanischen Charakter der Schweizer Reformation. Wenn er die Bedeutung der Arbeit für die Gesellschaft hervorhob, war er seiner Zeit sozial weit voraus. Daran änderte auch die zeitbezogene Begründung nichts, daß sie Gottes Gnade herbeirufe. Entschieden bekämpfte er die Leibeigenschaft und den Söldnerdienst in fremden Heeren, das sogenannte Reislaufen, das 1522 in Zürich verboten wurde.

Sowohl in seinen kirchlichen als auch seinen politisch-sozialen Reformen war Zwingli radikaler als Luther, was offen im Marburger Religionsgespräch 1529 zum Ausdruck kam. Welten trennten ihn, der die Reformationstruppen in die Schlachten begleitete und sich auf die Seite der aufständischen Bauern stellte, von dem Wittenberger, der 1525 mit seiner Schrift „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ diesen in den Rücken fiel.

1529 verbündete sich die klerikal-katholische Reaktion der Schweiz mit der Österreicher gegen Zürich. 1531 erlitt das Revolutionsheer in der Schlacht bei Kappel, in der Zwingli fiel, eine Niederlage. Sein Tod erleichterte die katholischen Restaurationsbestrebungen. Die konfessionelle Spaltung blieb bestehen, tiefergehende historisch-progressive Pläne Zwinglis zu einer staatspolitischen Umgestaltung der Eidgenossenschaft wurden verhindert.

### **Die Tiroler Aufstände unter Michael Gaismaier**

Knapp ein Jahr nach Frankenhausen, am 20. April 1526, fand am Lueg-Pass vor Salzburg eine der bedeutendsten Schlachten der Bauernkriege statt. Zwischen Golling und Werften griff der Tiroler Bauernführer Michael Gaismaier mit seinem Haufen das 4000 bis 5000 Mann starke erzbischöfliche Heer in der Nacht so überraschend an, daß es furchtbare Verluste erlitt und nur knapp der Vernichtung entkam. In einer glänzenden Kampagne lieferte Gaismaier anschließend den von verschiedenen Seiten heranziehen-

den Bayern, Österreichern, schwäbischen Bundestruppen und erzbischöflichen Landsknechten bei Golling, Kirchberg und Mauterndorf eine „Reihe brillanter Gefechte“ (Engels). Mehrfach waren die Aufständischen, die geschickt ihre Ortskenntnisse im Gebirgsterrain nutzten, bei Kitzbühel erfolgreich. Bei Kuchel an der Salzach führte Gaismaier am 14. Juni den Angriff gegen acht beste Fähnlein des Schwäbischen Bundes selbst an und errang einen glänzenden Sieg. Drei Tage später erlitt das Bundesheer schwere Verluste, als es vergeblich versuchte, den Lueg-Paß zurückzuerobern. Die Haufen von Rauris, Pongau und Gastein stürmten und verbrannten die Alpenschlösser Mittersill, Kaprun Fischhorn, Taxenbach, Lichtenberg, Engelberg und Ittern.

Die österreichischen Aufstände bestätigten noch einmal die Tragik der zersplitterten kämpfenden Bauern als eine wesentliche Ursache ihres Mißerfolgs. Zwar waren „Münzersche Emissäre mit Erfolg tätig gewesen“ (Engels), aber ihre Saat ging zu spät auf. Die gegen die vereinten Söldnerheere kämpfenden deutschen Bauern gingen bereits ihrer Niederlage entgegen, als ihre Brüder in Tirol losschlügen. Zwei Tage vor der Schlacht bei Frankenhausen wählten die Bauernhauptleute am 13. Mai 1525 den 35jährigen Michael Gaismaier zu ihrem Obristen.

Gaismaier stammte aus einer begüterten Bergbauunternehmer- und Beamtenfamilie. Als Schreiber des Tiroler Landeshauptmanns und Burggrafen von Vols als auch Sekretär des Brixener Bischofs lernte er die brutale Unterdrückung des Volkes kennen, hatte aber auch Gelegenheit, sich mit den Lehren der großen Reformatoren vertraut zu machen. Von ihnen beeinflussten Münzer und Zwingli sein weiteres Handeln und ließen ihn neben ihnen zu einem der hervorragendsten Vertreter des radikalen Flügels der frühbürgerlichen Revolution werden.

Im Gegensatz zu Deutschland hatten Bauern und städtische Honoratioren in Tirol bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts sogenannte Landesstände durchgesetzt, in denen sie neben Prälaten und Rittern vertreten waren. Die Macht der Grundherren über die bäuerliche Bevölkerung war durch die Landstände zugunsten der Beamten der Gerichte, wie die unterste Verwaltungseinheit hieß, in gewissem Umfang beschnitten. Nun wollten die Bergknappen im Bündnis mit den Bauern weitere Rechte und Freiheiten erringen. Sie marschierten nach Innsbruck und forderten die Aufhebung der Kontrolle der Bergwerke durch die Augsburger Fugger, Mitsprache bei der Direktion der Betriebe und an der Landesregierung. Die Volkserhebung dehnte sich rasch auf die Gebiete Brixen, Bozen, Sterzing, Ghries und Hall aus.

Auf dem am 12. Juni 1525 eröffneten Innsbrucker Landtag verlangten 200 Vertreter der Bauern nicht nur die Geistlichkeit auszuschließen, sondern sogar die Bergknappen zuzulassen. Die Abgesandten der Städte stellten sich auf die Seite der Bauern. Der Adel - ein in ganz Deutschland beispielloser Fall - war so eingeschüchtert, daß er sich vielfach ebenfalls den Forderungen der Bauern anschloß. Das Bistum Brixen und der Deutsche Orden wurden säkularisiert. Die Gemeinden erhielten das Recht, den Pfarrer der Landesregierung vorzuschlagen. Das römische Recht wurde eingeschränkt, Fischfang und Jagd für frei erklärt, die Abgaben der Bauern reduziert.

Inzwischen aber hatte der Schwäbische Bund die letzten Ausläufer der Erhebung im Allgäu zerschlagen. Erzherzog Ferdinand konnte über die Heeresmacht des Bundes verfügen. Vor allem aber verhinderte Georg von Waldburg die Annahme einer neuen Landesverfassung, die einen radikalen Umbau der Verwaltung, die Beseitigung der Vorherrschaft des Herrenstandes, die Wahl der Richter und Beamten und die restlose Über-

eignung des Bodens an die Bauern enthalten sollte. Im August 1525 lockte der Erzherzog Gaismaier nach Innsbruck und ließ ihn in den Kerker werfen. Die angestrebten Reformen scheiterten.

Gaismaier gelang es, zu entkommen und nach Zürich zu fliehen, wo er von Zwingli Anregungen für seine reformatorische Programmschrift, die „Tiroler Landesordnung“ erhielt, die er anschließend im Klosters in Graubünden ausarbeitete. Darin entwarf er das Zukunftsbild einer von Unterdrückung befreiten, auf Gottes Wort gegründeten freien Republik der Bauern und Bergknappen. Der erste Artikel verlangte die Ausrottung aller Gottlosen, die das ewige Wort verfolgen, den gemeinen armen Mann beschweren und den gemeinsamen Nutzen verhindern.

Der Versuch, die Tiroler Landesordnung im Salzburger Aufstand im Juni/Juli 1526 durchzusetzen, scheiterte. Angesichts ausbleibender auswärtiger Hilfe brach Gaismaier vor den in erdrückender Übermacht anrückenden Kriegsobersten mit Zustimmung seiner Hauptleute den Aufstand ab. Der Versuch, ihn zur Verzweiflungsschlacht zu stellen und zu vernichten, schlug fehl. Es gelang diesem talentierten Heerführer aus dem Volk, der Niederlage zu entgehen und die bei ihm verbliebenen Bauernhaufen in einem in der Geschichte beispiellos dastehenden Rückzugsmarsch aus der feindlichen Umzinglung über die Alpen nach Venedig zu führen.

Die Stadtrepublik empfing Gaismaier mit großen Ehren und übernahm seine Truppen. Der Schweizer Kanton Zürich verlieh ihm das Bürgerrecht. Die Habsburger versuchten vergeblich, gegen hohe Entschädigungssummen seine Auslieferung zu erreichen. Schließlich setzten sie ein Kopfgeld aus, für das zwei spanische Söldlinge Gaismaier 1532 in Padua hinterrücks erstachen.

### **Deutschland als Spielball der europäischen Großmächte**

Ein Jahrhundert später wird Deutschland in seiner historischen Entwicklung durch den Dreißigjährigen Krieg ein weiteres Mal aufgehalten. In der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen dem Habsburger Block Österreich-Spanien und Frankreich mit wechselnden Verbündeten, welche die Dimension eines europäischen Krieges annahm, wurde Deutschland zum Hauptkriegsschauplatz und erlitt die furchtbarsten Verwüstungen. Seine Produktivkräfte wurden in großem Maße vernichtet, die ohnehin labile Zentralgewalt weiter geschwächt, die Bauern in tiefstes Elend gestürzt, das Bürgertum ruiniert. Deutschland wurde in seiner Entwicklung weit hinter die anderen europäischen Länder zurückgeworfen und zum Spielball der Großmächte des Kontinents. Mit der Einheit Deutschlands war es für über zwei Jahrhunderte vorbei.

Der religiöse Rahmen der Auseinandersetzungen (Katholiken gegen Protestanten) war nicht der entscheidende, wie das Bündnis des katholischen Frankreich mit dem protestantischen Schweden gegen das katholische Oberhaupt des Reiches zeigte. Der Kampf tobte zwischen kaiserlicher Zentralgewalt und den partikularistischen Bestrebungen der Fürsten. Die objektiv progressivste Gestalt der Ereignisse war Ferdinand II. Feldherr Wallenstein, wie bereits Schiller in seinem großartigen gleichnamigen Drama aufzeigte. Franz Mehring hielt fest: „Wallenstein verfolgte in Deutschland dasselbe Ziel, das Richelieu in Frankreich gleichzeitig verfolgte: Die Herstellung einer rein weltlichen Monarchie, die sich frei von allen konfessionellen Gegensätzen über die hadernden Fürsten erheben, die Klassengegensätze im Inneren mildern und die gesamte Kraft der Nation

nach außen kehren sollte. (...) Er hatte ein sehr klares Ziel, das, wie das französische Beispiel zeigte, nicht nur erreichbar war, sondern auch im Sinne des historischen Fortschritts lag.“ Der Drahtzieher seiner Ermordung 1634 war der kaiserliche Hof. Ferdinand fürchtete die zunehmende Machtfülle des erfolgreichen Heerführers, dessen bonapartistische Haltung nicht ausschloß, daß er angesichts der Schwäche des Kaisers selbst hätte danach streben können, Herrscher Deutschlands zu werden.

### **Napoleon Bonaparte - Repräsentant der Revolution und Eroberer**

Wenn vom schon erwähnten in Widersprüchlichen, oft im regelrechten Zick-Zack verlaufenden Gang der Geschichte die Rede ist, dann liefert auch die Etappe der Herrschaft Napoleon Bonapartes dafür ein beredtes Beispiel. In den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts befand sich Frankreich unter ihm auf dem Höhepunkt seiner Macht. Der Kaiser hatte die Armeen Österreichs, Preußens und Rußlands geschlagen und beherrschte West- und Mitteleuropa. Am 14./15. Oktober 1806 trafen seine noch vom Geist der Revolution beseelten Truppen erneut auf die reaktionäre preußische Armee und brachten ihr in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt eine vernichtende Niederlage bei.

Das junge Bürgertum, das sechs Jahrhunderte vorher unter Friedrich Barbarossa begonnen hatte, auf den Prozeß der sozialökonomischen Entwicklung einzuwirken, war in Frankreich nach der Revolution zur herrschenden Großbourgeoisie aufgestiegen, die unter Bonaparte antrat, ihre Vorherrschaft auf dem Kontinent geltend zu machen. In Deutschland traf Napoleon auf gesellschaftliche Zustände, die der Entwicklung Frankreichs um Jahrhunderte hinterherhinkten. Der Aufbau eines zentralen Königsstaates und damit die Überwindung der politischen Zersplitterung als wesentlicher Voraussetzung der Entwicklung der Produktivkräfte und der Nation waren in der frühbürgerlichen Revolution (deutscher Bauernkrieg) als auch im 30jährigen Krieg ungelöst geblieben. Nun gipfelte der Weg der bürgerlichen Klasse zur politischen Macht noch einmal in Niederlagen, gravierenden Fehlleistungen und schließlich Kompromissen, die nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848/49 zur Schaffung des nationalen Einheitsstaates durch die von Bismarck vollzogene Revolution von oben führten.

Aus Frankreich kamen mit dem Eroberer wesentliche Anstöße, die hoffnungsvolle Veränderungen einleiteten. Dieser Prozeß verlief alles andere als geradlinig. Napoleon ist für Deutschlands Bürgertum nicht nur der Eindringling, sondern zunächst vor allem „der Repräsentant der Revolution, der Verkünder ihrer Grundsätze, der Zerstörer der alten Feudalgesellschaft“ ( Engels). Er bringt den „Code Civil“ in die eroberten Länder, ein allen bestehenden weit überlegenes Gesetzbuch, das im Prinzip die Gleichheit anerkannte. Das neu geschaffene Königreich Westfalen wurde zu einer Art liberalem Musterland für Deutschland. Napoleon hob die Leibeigenschaft und die Privilegien des Adels auf, führte die Gewerbefreiheit und eben den „Code Civil“ ein. Der 1803 verabschiedete Reichsdeputationsausschuß löste etwa 200 Kleinstaaten auf und beseitigte damit die schlimmsten Auswüchse der politischen Zersplitterung. Im Juli 1806 bildeten 16 deutsche Fürsten den von Napoleon dominierten Rheinbund. Es folgte die offizielle Auflösung des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“.

Das Blatt wendet sich mit der vernichtenden Niederlage Preußens bei Jena und Auerstedt. Nun zeigen sich die Eroberungsgelüste der französischen Bourgeoisie, als deren

Vollstrecker der Korse handelt, deutlicher als vorher. Im Frieden von Tilsit verliert Preußen über die Hälfte seines Staatsgebietes. Lenin sieht diesen Raub später als „die größte Erniedrigung Deutschlands“, die „eine Wendung zu einem gewaltigen nationalen Aufschwung“ auslöst. Stein/Hardenberg leiten sie mit ihren Reformen ein. Nach der Niederlage in der Seeschlacht bei Trafalgar und dem Scheitern der Invasionspläne gegen Großbritannien befindet sich Napoleon mit der Besetzung Portugals und Spaniens 1807/08 nochmals kurze Zeit auf der Siegesstraße. Dennoch ist es ein „böser Irrtum“ (Golo Mann), denn noch 1808 beginnen mit dem Aufstand von Madrid die europäischen Befreiungskriege. 1809 erheben sich die freiheitsbewußten Tiroler Bauern unter Andreas Hofer gegen die bayrisch-französischen Besatzer. 12 Divisionen muß der Kaiser gegen die von Franz II. im Stich gelassenen Tiroler einsetzen, ehe er sie am Iselberg bei Innsbruck schlagen kann.

Nun folgt die Etappe der Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses, was ein Jahrhundert später im Ersten und dann im Zweiten Weltkrieg für den deutschen Imperialismus charakteristisch wird, heute ebenso für die reaktionärsten USA-Kreise bezeichnend ist. Napoleon beginnt den Feldzug in die unendlichen Weiten Rußlands, wo das Volk seine eigenen Interessen hintanstellt und mit der nationalen Unabhängigkeit gleichzeitig die reaktionäre Zarenherrschaft verteidigt. Die Vernichtung der „Großen Armee“ in Rußland läutet das Ende der französischen Hegemonie in Europa ein. Von 570.000 Soldaten kehren nur knapp 30.000 zurück. Statt sich nach Frankreich zurückzuziehen, stellt sich Napoleon mit 191.000 Mann und 690 Geschützen im Oktober 1813 bei Leipzig der Koalition von Rußland, Österreich, Preußen und Schweden, die auf dem Höhepunkt der viertägigen „Völkerschlacht“ 295.000 Soldaten mit 1.466 Geschützen zählt.

Der Wiener Kongreß verdeutlichte, daß die feudale Reaktion über das bürgerliche Frankreich gesiegt und damit die Konterrevolution triumphiert hatte. In ihrer Propaganda ist der Repräsentant der Bourgeoisie nur noch „das korsische Ungeheuer“. Während seiner Herrschaft der 100 Tage im Frühjahr 1815 wird er in Wien zum „Feind der Menschheit“ verketzert. Das europäische Geschmeiß der Könige und Fürsten, das um die Beute streitet, zittert, es könnte Napoleon gelingen, der Revolution noch einmal Leben einzuhauchen. Die Volksmassen, die ihm in Frankreich zujubeln, hoffen das sehnlichst und glauben ihm, wenn er erklärt, er sei gekommen, um die „Prinzipien der Großen Revolution zu schützen.“ In der Tat läßt er eine liberale Verfassung ausarbeiten und durch Plebiszit beschließen. Er wird bei Waterloo ein letztes Mal geschlagen, weil die französische Bourgeoisie längst konterrevolutionär geworden war, ihre einstigen Ideale verraten und den Kaiser fallen gelassen hatte. So steckte in dem, was Napoleon nach seiner letzten Niederlage sagte, viel Wahrheit: „Die Mächte führen nicht Krieg mit mir, sondern mit der Revolution. Sie haben in mir immer deren Vertreter, den Mann der Revolution gesehen.“

Waterloo macht den Weg frei zur Fortsetzung der Restauration der gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa. Die Völker, die für den Sieg ungeheure Opfer brachten, gehen leer aus. Gesellschaftlicher Fortschritt, der mit Napoleon Einzug gehalten hatte, stagniert. In Frankreich selbst gehört zu den Folgen, daß die 1792 gestürzten, im Volk verhaßten Bourbonen, die in Frankreich seit 1589 geherrscht hatten, den Ausgleich mit der Großbourgeoisie herstellen und unter Ludwig XVIII. auf den Thron zurückkehren.

Wäre es für den Verlauf des Geschichtsprozesses günstiger gewesen, wenn Napoleon gesiegt und die europäischen Feudalreaktionen gestürzt hätte? Stimmen großer Geister

dieser Zeit lassen vermuten, daß sie das besser gefunden hätten. Heine sah den Triumph mit großer Skepsis. Der historischen Rolle Napoleons widmete er „Die Grenadiere“. Goethe sprach von der Ablösung der bürgerlichen Vorherrschaft Napoleons durch die feudale Vormacht des Zaren. Menschen aus dem Volk äußerten erschrocken, „der Adel hat gewonnen“. Golo Mann schrieb über die Epoche Napoleons: „Es sind kurze Augenblicke in der Geschichte, in denen ein nobler Enthusiasmus regiert, und man muß für alles Bleibende, was in dieser Zeit geschaffen wird, dankbar sein.“

### **Das Proletariat betritt die Bühne der Geschichte**

Mit Streiks, Fabrikbesetzungen und republikanischen Demonstrationen greift das französische Proletariat bereits vor der Julirevolution von 1830 in die Klassenauseinandersetzungen mit der Feudalreaktion ein. Ihren Trois Glorieuse, den Barrikadenkämpfen vom 26. bis 28. Juli 1830 in Paris verdankt die Bourgeoisie ihren Erfolg über Karl X. und Marschall Marmont, der Paris räumen muß. Statt zu herrschen geht die gemäßigte Bourgeoisie unter Adolph Thierse und Guillaume Guizot erneut einen Kompromiß ein und akzeptiert den Bourbonen-Sprössling Louise Philipp als „Bürgerkönig“.

Die französische Julirevolution von 1830 hat eine Signalwirkung in zweierlei Hinsicht. Nach ihr verbreiten sich von Frankreich ausgehend sozialistische und kommunistische Theorien, die unter dem Einfluß von Marx und Engels besonders in Deutschland Fuß fassen; und die liberale Bewegung in Europa, vor allem in Deutschland, Belgien, Italien und Polen erhält Auftrieb.

Das deutsche Bürgertum, das bereits in den Bauernkriegen des 15./16. Jahrhunderts seine eigenen gesellschaftlichen Ziele verriet, nutzte auch 1848/49 seine Chance nicht. Gleichzeitig wurden diese Kämpfe dadurch charakterisiert, daß nun auch in Deutschland an ihnen bereits die Klasse der Proletarier teilnahm, in denen die Bourgeoisie „ihre eigenen Totengräber“ produziert (Marx/Engels im „Kommunistischen Manifest“).

Die letzte Etappe der deutschen Revolution begann mit der von der Frankfurter Nationalversammlung am 28. März 1849 beschlossenen Reichsverfassung. Trotz ihres Kompromiß-Charakters - statt demokratischer Republik, Proklamation einer konstitutionellen Monarchie - stieß die Verfassung auf den entschiedenen Widerstand der Feudalreaktion unter Preußens Wilhelm IV. Der revolutionäre Flügel mit Volks- und Arbeitervereinen an der Spitze forderte, die Verfassung mit einer bewaffneten Erhebung durchzusetzen.

Während Aufstände in Dresden, Breslau und im Rheinland Niederlagen erlitten, war die im Mai in Baden und der Pfalz ausgebrochene Erhebung zunächst erfolgreich. Fast die gesamte badische Armee und die pfälzischen Soldaten schlossen sich den Aufständischen an. Zum ersten Mal entstand eine Revolutionsarmee. Doch die liberale Bourgeoisie lief zur Konterrevolution über. Marx und Engels appellierten in Frankfurt vergeblich an die Nationalversammlung, die Revolutionsarmee nach Frankfurt zu rufen und an die Spitze des Aufstandes zu treten. Während Marx nach Paris reiste, um dort die Situation zu analysieren, begab sich Engels zur Revolutionsarmee und übernahm im Freikorps Willich die Funktion des Stabschefs und Adjutanten.

Nachdem die konterrevolutionäre Bourgeoisie eine Offensive der Revolutionstruppen verhindert hatte, traten diese in mutigen Gefechten der in Baden einfallenden 60 000 Mann starken preußischen Interventionsarmee entgegen. Am 28./29. Juni stellten sie

sich an der Murg unterhalb Rastatt mit noch 13 000 Mann 40 000 Preußen zur letzten erbitterten Schlacht. Nach der Niederlage zogen sich etwa 7000 Mann nach Süden zurück. Mit einer Nachhut des Freikorps Willich deckte Engels den Rückzug, der am 12. Juli mit dem Übertritt in die Schweiz endete. Die Lage des von 25 000 Preußen belagerten Rastatt wurde aussichtslos. Um die Zivilbevölkerung vor dem Artillerie-Beschuß zu bewahren, kapitulierte die Festung am 23. Juli. Der preußische Befehlshaber, General Graf von der Groeben, ließ danach den Festungskommandanten Oberst Tiedemann und 27 seiner Offiziere standrechtlich erschießen. Hunderte starben in den Kasematten der Festung ohne medizinische Hilfe an Typhus, unzählige wurden heimlich ermordet. Tausende fielen im ganzen Land dem Terror der Feudalreaktion zum Opfer, Zehntausende wurden gerichtlich verfolgt, insgesamt 700 000 Teilnehmer an den Erhebungen von 1848/49 in die Emigration getrieben. Die revolutionären Kämpfer würdigend, schrieb Engels in seiner „Reichsverfassungskampagne“, das deutsche Volk werde „die Füsilladen und die Kasematten von Rastatt nicht vergessen“.

Die deutsche Bourgeoisie, obwohl an der Überwindung der Herrschaft der Feudalklasse und der Errichtung ihrer eigenen interessiert, verzichtete darauf in der Erkenntnis, nach ihrem Sieg den an der Revolution entscheidend beteiligten Arbeitern und radikalen kleinbürgerlichen Demokraten politische Rechte gewähren zu müssen. Die kleinbürgerlichen Demokraten ihrerseits, deren radikalste Vertreter aktiv an der badisch-pfälzischen Revolution teilnahmen, waren - im Gegensatz zu ihren Parteigängern 1793/94 in Frankreich - insgesamt nicht mehr in der Lage, sich gegen die Bourgeoisie durchzusetzen oder gar die Führung zu übernehmen.

Auch bei ihnen fiel dabei die Furcht vor den weitergehenden Zielen des Proletariats ins Gewicht. Die entschiedensten Demokraten hatten sich in der Auseinandersetzung mit dem Chef der provisorischen badischen Regierung, Lorenz Brentano, in Karlsruhe im „Klub des entschiedenen Fortschritts“ zusammengeschlossen, um energische revolutionäre Maßnahmen durchzusetzen. Als Brentano den Klub nach seinem konterrevolutionären Staatsstreich (Auflösung des als Parlament fungierenden Landesausschusses) verbot, resignierten sie. Seine Mitglieder traten den verschiedenen Freischaren oder den Volkswheerbataillonen bei und gingen an die Front.

### **„Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“**

Einen Höhepunkt der europäischen Revolutionen von 1848/49 bildeten die Kämpfe in Paris. Im Februaraufstand 1848, der die Zweite Republik ausrief, errang die proletarische und demokratische Bewegung eine Reihe politischer und sozialer Zugeständnisse, darunter die Teilnahme der kleinbürgerlichen Sozialisten an der provisorischen Regierung. Im Juni 1848 erlitt das junge, isolierte Proletariat, das nunmehr seine eigenen sozialen Forderungen stellte, eine Niederlage. Ihrem Charakter nach stellten die Junikämpfe bereits die erste soziale Revolution des Proletariats dar, boten sie das „Schauspiel eines erbitterten Kampfes, wie ... ihn die Welt noch nicht gesehen“ hatte, (Engels). Bei den Präsidentenwahlen im Dezember 1848 siegte Louis Bonaparte, der am 2. Dezember 1851 die Nationalversammlung auseinander jagte und sich ein Jahr später zum Kaiser Napoleon III. ausrief.

Mit dem Staatsstreich kommen die konterrevolutionärsten Kreise der Bourgeoisie an die Macht. Er ist die Folge des Schwankens der bürgerlichen Parteien, die aus Furcht



vor dem „roten Gespenst“ die bonapartistischen Verschwörer gewähren lassen (Marx „Der Achtzehnte Brumaire...“). Angesichts der wachsenden proletarischen Bewegung sah die Bourgeoisie sich nicht mehr in der Lage, mit den gewöhnlichen parlamentarischen Methoden zu herrschen. Das Proletariat war noch nicht stark genug, den konterrevolutionären Machenschaften entgegenzutreten.

Im „Achtzehnten Brumaire“ legte Marx eine glänzende Analyse der Ereignisse vor. Die Schrift setzte „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ fort und zählt zu seinen brillantesten Werken. Wilhelm Liebknecht verglich Marx' Worte mit einem Speer, „der von sicherer Hand geschleudert, dem Feind mitten ins Herz dringt.“ Der „Brumaire“ gehört zu den von Marx und Engels nach 1848/49 verfaßten Schriften, in denen sie die Ursachen der Niederlagen herausarbeiteten, die Klassenkräfte, die sozialen Wurzeln und Triebkräfte ihres Verhaltens analysierten und die gesammelten Erfahrungen darlegten, um die Kräfte für einen neuen revolutionären Anlauf zu formieren. In einer Reihe ist dazu auch Engels „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ zu nennen.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo erst Frühformen politischer Parteien existierten, war in Frankreich deren Rolle als Vertreter von Grundinteressen der Klassen bzw. Klassenschichten deutlich geworden. Ausgehend vom Klassenkampf als Triebkraft der Geschichte arbeitete Marx ihre Rolle in der Revolution heraus, deckte ihren Klassencharakter und die durchweg verborgenen Triebkräfte ihres Handelns auf. Er verdeutlichte, daß man zwischen den Phrasen und Illusionen der Vertreter dieser oder jener Partei und ihrem wirklichen Wesen unterscheiden muß.

Er enthüllte den widersprüchlichen und begrenzten Charakter der bürgerlichen Demokratie als einer Scheindemokratie, und daß die Bourgeoisie bereits als volksfeindliche, konterrevolutionäre Kraft auftritt, die zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung den Putschisten und ihren blutigen Orgien freie Hand gab, die Verbrecherwelt gewähren ließ, der Erpressung und der Bestechung zuschaut.

Marx verfolgte die in den „Klassenkämpfen in Frankreich“ entwickelten Gedanken vom Bündnis der Arbeiter mit den Bauern, der größten Klasse der französischen Gesellschaft, unter Führung der Arbeiterklasse weiter und zeigte die soziale Doppelnatur der Bauern auf, eine revolutionäre und eine konservative. Die voneinander isolierten Parzellenbauern folgten Bonaparte, weil sie, politisch rückständig und eingeschüchtert, von den bürgerlichen Regierungen und ihrem rigorosen Steuersystem enttäuscht, von ihm eine Besserung ihrer Lage erwarteten.

Dargelegt wird der Unterschied zwischen bürgerlichen und proletarischen Revolutionen. Die bürgerliche charakterisierte Marx als kurzlebig, die bald „ihren Höhepunkt erreicht“, dem ein „langer Katzenjammer“ der Gesellschaft folgt; die proletarische dagegen als radikale Umwälzung der Gesellschaft in langen Zeiträumen, mit Unterbrechungen. Er bereicherte seine Lehre von der Diktatur des Proletariats, durch die Schlußfolgerung, daß das siegreiche Proletariat den alten Staatsapparat zerschlagen muß. Das stellte im Vergleich zum „Kommunistischen Manifest“ einen „gewaltigen“ Schritt vorwärts“ dar (Lenin).

Während der Arbeit am „Brumaire“ vertiefte Marx seine Lehre vom Klassenkampf und den Ansichten bürgerlicher Theoretiker, welche die Existenz von Klassengegensätzen einräumten, aber dabei stehen blieben. Er wies nach, daß die Existenz der Klassen an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; und diese Diktatur selbst nur

den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.

Trotz der Niederlage waren die revolutionären Kämpfe von 1848/49 nicht vergebens. Wie der deutsche Bauernkrieg, die Pariser Kommune oder 1918/19 die Novemberrevolution in Deutschland bereiteten sie den Boden für den Fortschritt des revolutionären Prozesses, der auf deutschem Boden bisher in der 40jährigen Existenz der DDR gipfelte. Ausgehend von den Lehren, die Marx und Engels aus den Kämpfen von 1848/49 zogen, wird deutlich, daß die DDR trotz Mißbildungen und Defiziten, Schwächen und begangener Fehler, von denen ihr nicht wenige entwicklungsbedingt nachgerade zwangsläufig anhaften mußten, in den historischen Dimensionen der Jahrhunderte langen Kämpfe der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, der Ausbeuteten gegen ihre Ausbeuter die bisher größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes darstellt.

Fazit dieser Streiflichter: Der Lauf der Geschichte ist nicht aufzuhalten. Über Niederlagen, und mögen sie, wie die von 1989/90, noch so katastrophal sein, bricht sich der historische Prozeß Bahn. Die Tage des imperialistischen Gesellschaftssystems sind gezählt, auch wenn es noch Jahrzehnte oder auch länger dauern sollte, bis es von der Bühne der Geschichte vertrieben wird.

## Margot Honecker

### Gerne reihe ich mich ein

Gern reihe ich mich in die sicherlich zahlreiche Schar der Gratulanten ein, die Hanfried Müller zu seinem achtzigsten Geburtstag gratulieren.

Was wünscht man einem aus diesem Anlaß, was ihm, dem unermüdlichen Streiter für eine Gesellschaft, in der der Mensch Mensch sein kann? Ich wünsche ihm ganz herzlich Gesundheit, und daß er noch viel Lust und Kraft haben möge, aufzuschreiben was ihn, was uns bewegt, daß er uns auch weiterhin teilhaben läßt an seinem Wissen, seinen Erkenntnissen und Erfahrungen.

Wir sind uns wohl in früheren Jahren nie persönlich begegnet, wenn ja, dann nur flüchtig. Die Weißenseer Blätter las ich interessiert, und weit entfernt von Deutschland las ich mit zunehmendem Interesse, was sie, was Hanfried Müller zu sagen hatte in einer Zeit der Wirren, ausgelöst durch den schmerzhaften gesellschaftlichen Umbruch, durch das Zurück aus einer Gesellschaft, die sich auf den Weg gemacht hatte, die Menschenrechte immer umfassender zu verwirklichen, in diese Gesellschaft, in der das Individuum, der Mensch nichts gilt.

Ich empfand es als ein gutes Omen, daß Christen, wie Hanfried Müller, sich mit aufrechten, standhaft gebliebenen Kommunisten zusammenfanden in der Suche nach Antworten auf Geschehenes. Die es jedoch dabei nicht bewenden ließen, sondern mit gebotener Klarheit, die sie sich in schon durchfochtenen Kämpfen erworben hatten, versuchten, die Sicht auf die gegenwärtigen Zustände der kapitalistischen Gesellschaft zu schärfen, wissend darum, daß es eine Alternative gibt.

Gemeinsam taten wir, Kommunisten und Christen in West und Ost nicht wenig in den Jahren des Neubeginns und doch wohl auch in den ‚Schlachten unterwegs‘ bei der Gestaltung des Sozialismus auf deutschem Boden.

Es ist gut, daß in unseren deutschen Landen Signale gesendet werden, daß sich Christen und Kommunisten zusammenfinden, zusammentun müssen. Ich habe die Botschaften der Weißenseer so verstanden, daß sie versuchen, deutlich zu machen, daß es sich nicht gut kämpfen läßt ohne das Wissen um die die Gesellschaft treibenden Kräfte, daß es sich schlecht kämpfen läßt mit hängendem Kopf, mit andauernder Selbstzerfleischung, die nichts mir Selbstkritik zu tun hat. Solche wie Hanfried Müller wissen darum, daß es sich gemeinsam besser kämpfen läßt, denn was wir erstreben, wenngleich heute scheinbar in weite Ferne gerückt, die sozialistische Gesellschaft, sie kann nur von vielen erkämpft und errichtet werden.

Hanfried Müller, das empfinden sicher auch andere so wie ich, regt mit seiner Nachdenklichkeit zum Denken an, und mit seiner Aufrichtigkeit setzt er Maßstäbe. Er gehört, wie mir scheint, zu denen, die bei aller Geduld ungeduldig sein können, wenn zögerliches, fehlerhaftes Verhalten in den Reihen derer, die wir zu unseren Freunden zählen, das Vorwärtsgehen hemmt. Solche Art ‚Unbequemlichkeit‘ tut not in unserer Zeit, weil wir nicht stehen bleiben dürfen, wo wir jetzt stehen.

Meine Hochachtung für Hanfried Müller verbinde ich mit vielen guten Wünschen für sein persönliches Leben, für sein weiteres Schaffen.

Margot Honecker / Santiago